



ANDREW FEINSTEIN

WAFFENHANDEL

**DAS GLOBALE GESCHÄFT
MIT DEM TOD**

| Hoffmann und Campe |

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel
The Shadow World: Inside the Global Arms Trade bei
Hamish Hamilton / Penguin Books, London 2011.
Recherche: Paul Holden und Barnaby Pace.

Aus dem Englischen von
Stephan Gebauer, Tom Goeller, Jens Hagedstedt,
Bernhard Josef, Jürgen Krause, Thorsten Schmidt,
Jochen Schwarzer.

1. Auflage 2012
Copyright © Andrew Feinstein, 2011
Alle Rechte vorbehalten
Copyright der deutschsprachigen Ausgabe
© 2012 by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
www.hoca.de
Satz und E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde
ISBN 978-3-455-85021-5

Zum Gedenken an meine Mutter
Erika Feinstein
1929 – 2009

Zum Gedenken an
Erison Durdaj

27. November 2000 – 4. April 2008
(und an all die anderen, die bei Gerdec starben)

Und meinen Informanten zu Ehren –
jenen »heimlichen Patrioten«, die den Mut haben,
den Mächtigen die Wahrheit zu sagen

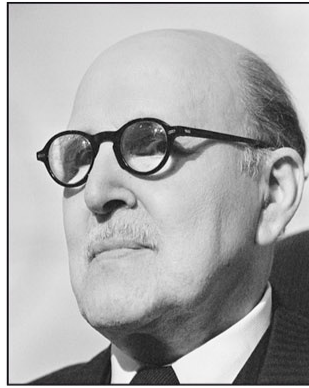
Sagt mir, wer vom Krieg profitiert,
und ich sage euch, wie man den Krieg beendet.
Henry Ford

Einmal Waffenschieber, immer Waffenschieber.
Efraim Diveroli

Die Hauptpersonen



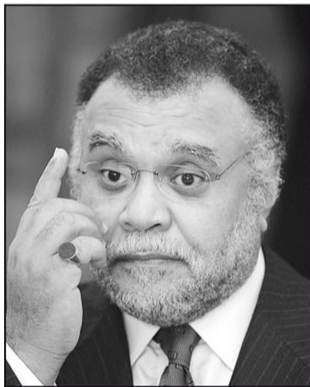
Basil Zacharoff
Der »Verkäufer
des Todes«



Marcel Dassault
Französischer
Luftfahrtpionier



Gerhard Mertins
Merex-Gründer



Prinz Bandar
Al-Yamamah-
Profiteur



Richard Evans
Ex-BAE-Chef



Wafic Said
Al-Yamamah-Vermittler



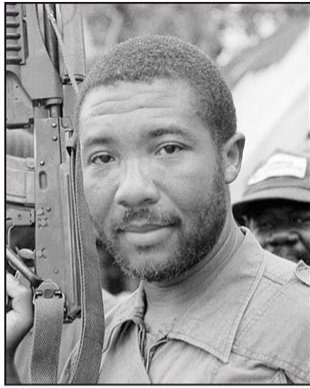
Prinz Turki bin Nasser
Al-Yamamah-Profiteur



Joseph Der Hovsepien
Merex-Mitarbeiter



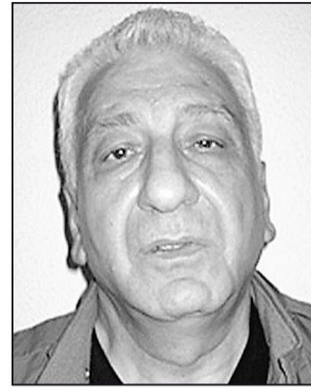
Leonid Minin
Waffenhändler



Charles Taylor
Diktator und
Waffenhändler



Viktor But
Waffenhändler



Monzer al-Kassar
Waffenhändler



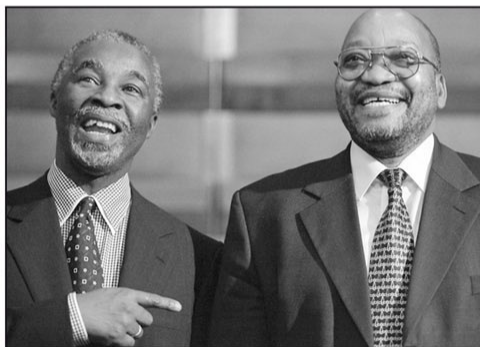
Robert Wardle
Ex-SFO-Direktor



Helen Garlick
Ex-SFO-Ermittlerin



Richard Alderman
SFO-Direktor



Thabo Mbeki und Jacob Zuma
Präsidenten von Südafrika ...



Die Brüder Shaik
... ihre treuen Unterhändler



John Bredenkamp
Waffenhändler



Andrew Chenge
Ex-Staatsanwalt
in Tanzania



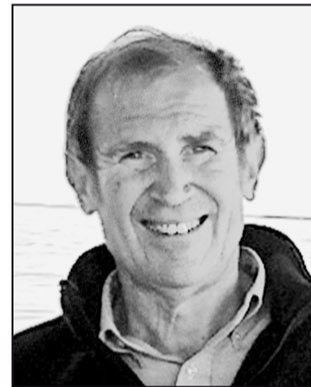
**Graf Alfons
Mensdorff-Pouilly**
Unterhändler



John Murtha
Der »Herr der
Fleischtröge«



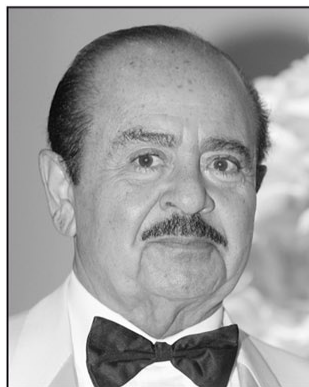
Charlie Wilson
Freund der
Mudschaheddin



Chuck Spinney
Pentagon-Insider/
Kritiker



Yoshio Kodama
Genannt »das Monster«



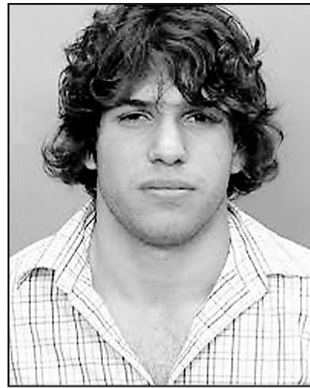
Adnan Kaschoggi
Waffenhändler



Darleen Druyun
Verurteilte Amtsträgerin



Randy Cunningham
Korrupter Ex-Politiker



Efraim Diveroli
Waffenschieber



Erison Durdaj
Waffenhändleropfer



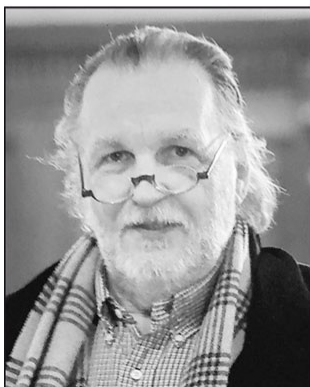
Amir Ardebili
Waffenhändler



Manucher Ghorbanifar
Waffenhändler



Dale Stoffel
Getöteter
Waffenhändler



J.-C. Mitterrand
»Angolagate«-Akteur



Arcadi Gaydamak
Waffenhändler



Pierre Falcone
Waffenhändler

Prolog

Prinz Bandar bin Sultan bin Abdul Aziz Al-Saud, Saudi-Arabiens Botschafter in Washington, entstieg im August 2002 in Crawford, Texas, seinem in der Sonne glänzenden, silberblauen Airbus. Er war auf dem Weg zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, der sich in diesen Tagen auf seiner Ranch aufhielt. Der Prinz kam in einer dringenden Sache: Er wollte den engen Freund überreden, Krieg zu führen. Die beiden Männer konferierten eine Stunde lang. Der Präsident konnte die Argumente des Prinzen sehr gut nachvollziehen. Bandars Ermahnung, keinen Rückzieher zu machen, sondern nachzuholen, was sein Vater versäumt hatte, und das Regime Saddam Husseins ein für alle Mal in die Knie zu zwingen, gefiel ihm. Befriedigt über ihr Einverständnis aßen der ebenso gewandte wie geheimnisvolle Prinz und der Cowboy-Präsident gemeinsam mit ihren Frauen und sieben der acht Kinder Bandars zu Mittag.

Einige Wochen später traf sich Präsident Bush in Camp David mit dem britischen Premierminister Tony Blair. Die beiden Staatsmänner erklärten, sie hätten genügend Beweise, dass der Irak Massenvernichtungswaffen entwickle; damit sei ihr Vorgehen gegen Saddam, ob mit oder ohne Unterstützung durch die Vereinten Nationen, gerechtfertigt.

Die Rolle, die Prinz Bandar in Washington und London spielte, war einzigartig: Er war Diplomat, Friedensstifter, Geldbote für verdeckte Operationen der CIA und Waffenhändler der Extraklasse. Er stellte besondere Beziehungen zwischen Washington, Riad und London her und wurde dabei sehr, sehr reich.

Der Airbus im Wert von 75 Millionen britischen Pfund, bemalt in den Farben der Dallas Cowboys, des Lieblingsteams des Prinzen aus der amerikanischen Football-Liga, war ein Geschenk des britischen Rüstungs- und Luftfahrtkonzerns

BAE Systems – Ausdruck der Dankbarkeit für die Rolle, die der Prinz als Sohn des Verteidigungsministers seines Landes beim größten Waffengeschäft aller Zeiten gespielt hatte. Der 1985 zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien abgeschlossene Al-Yamamah-Vertrag – *al-yamamah* heißt »die Taube« – mit seinem Auftragswert von mehr als 40 Milliarden Pfund war vermutlich zugleich die korrupteste Transaktion in der Geschichte des Welthandels: Mehr als eine Milliarde Pfund flossen auf von Bandar kontrollierte Konten. Der Airbus – gewartet und geflogen von BAE mindestens bis 2007 – war nur eine kleine zusätzliche Aufmerksamkeit anlässlich des Geburtstags des Prinzen im Jahr 1988.

Ein großer Teil der Schmiergelder wurde auf Privatkonten und Konten der saudi-arabischen Botschaft überwiesen, die von der ehrwürdigen Riggs Bank auf der Pennsylvania Avenue in Washington, direkt gegenüber dem Weißen Haus, geführt wurden. Das bei Präsidenten, Botschaftern und Botschaften beliebte Bankhaus unterhielt enge Beziehungen zur CIA. Mehrere Mitarbeiter hatten Zugang zu Dokumenten der höchsten Geheimhaltungsstufe. Ein Onkel des Präsidenten, Jonathan Bush, saß in der Geschäftsleitung. Doch sowohl Riggs als auch das Weiße Haus reagierten fassungslos, als sich herausstellte, dass seit 1999 versehentlich Gelder vom Konto der Ehefrau Prinz Bandars an zwei der fünfzehn Saudis geflossen waren, die zu den Attentätern des 11. September gehörten.

Am Abend des 4. August 2000 stürmten Polizisten in Cinisello Balsamo, einem gesichtslosen Arbeiterstädtchen in Norditalien, wenige Kilometer von Mailand entfernt, das Zimmer 341 eines heruntergekommenen Hotels. Der fettleibige blasse Dreiundfünfzigjährige, den sie vorfanden, lag auf einem Wust von Bett- und Unterwäsche und war von vier Prostituierten umgeben: einer Russin, einer Albanerin, einer Kenianerin und einer Italienerin. Im Hintergrund lief ein Porno. Auf dem Boden verstreut lagen Kokainreste und Diamanten im Wert von einer halben Million Dollar.

Leonid Minin, Miteigentümer des Hotels Europa, nutzte seine Zwei-Raum-Suite als Schlafzimmer, Büro und Lasterhöhle. Bei einer flüchtigen Durchsuchung stieß man auf brisante Dokumente mit Hunderten von Seiten in englischer, russischer, deutscher, niederländischer und französischer Sprache. Sie enthüllten die Rolle des in der Ukraine geborenen Israeli in einem

Sie charakterisierte die Rolle des in der Ukraine geborenen Isachen in einem Zusammenspiel von Rüstungskonzernen, Waffenhändlern, Banken, Tarnfirmen, Drogenkurieren, korrupten Politikern, Agenten, Regierungsvertretern, ehemaligen Nazis und militanten Islamisten. In Minins Korrespondenz ging es explizit und detailliert um den Verkauf von Waffen im Wert von mehreren Millionen Dollar an die Regierung von Liberia beziehungsweise um den Tausch dieser Waffen gegen Diamantenschürfrechte und Holzkonzessionen. Anhand der Fluglogbücher und Endnutzerbescheinigungen, die sie fanden, rekonstruierten die Ermittler zahlreiche Lieferungen von Waffen und Zubehör nach Westafrika und in andere Krisengebiete. Einige dieser Lieferungen waren mit Leonid Minins Privatmaschine, einer BAC One-Eleven, erfolgt, die noch das Emblem ihres Vorbesitzers trug, des Basketballteams der Seattle Sonics.

Minins zweistrahliges Kurzstreckenflugzeug, gebaut von einem Unternehmen der BAE-Gruppe, war weniger protzig als Prinz Bandars Airbus, aber die Flüge, die damit unternommen wurden, hatten nicht minder verheerende Folgen.

Der Schrecken brach über Freetown am 6. Januar 1999 um drei Uhr morgens herein.

Rebellen innerhalb der Armee verbündeten sich mit Truppen der Revolutionary United Front, RUF, um in die Hauptstadt von Sierra Leone einzufallen, wo sie eine Orgie von Mord und Zerstörung entfesselten. Sie nannten ihre Operation »No Living Thing«.

Dieser furchtbarste Bürgerkrieg des mit furchtbaren Bürgerkriegen so geschlagenen Kontinents war im März 1991 gleichsam aus Liberia herübergeschwappt, das seit dem Aufstand einer kleinen Gruppe Bewaffneter im Jahr 1989 unter der Führung von Charles Ghankay Taylor ebenfalls in blutigen Kämpfen versank. Taylor, ehemaliges Mitglied der liberianischen Regierung mit Beziehungen zur CIA (wie gemunkelt wurde), weitete seinen Krieg auf das benachbarte Sierra Leone aus, um sich mithilfe der RUF und ihres Anführers, des Psychopathen Foday Sankoh, eines ehemaligen Fotografen und aus der Armee entlassenen Unteroffiziers, den gewaltigen Reichtum des Landes an Diamanten unter den Nagel zu reißen.

In ihrem elf Jahre dauernden Feldzug verstümmelte und tötete die RUF mit unbegreiflicher Grausamkeit Zigtausende von Menschen, für die zu kämpfen sie vorgab. Zugleich plünderte sie die reichen Diamantvorkommen des Landes und

verkaufte sie durch Charles Taylor und sein Netzwerk, zu dem auch Leonid Minin gehörte.

Nachdem Sankoh Ende 1998 gefangen genommen worden war, kündigte sein Stellvertreter, Sam Bockarie, an, alles und jeden im Lande umbringen zu wollen – »bis zum letzten Huhn« –, um seinen Boss zu befreien. Mit diesem Ziel infiltrierten die Rebellen in den ersten Tagen des Jahres 1999 Freetown, indem sie sich den Zivilisten anschlossen, die aus den von der Gewalt verwüsteten umliegenden Städten und Dörfern hierher in die Hauptstadt strömten. Ihre Waffen hatten sie in Lumpen gewickelt. Eine kleine Gruppe hatte sich allerdings zum Mount Aureol durchgeschlagen, der sich im Osten von Freetown erhebt. Eine holprige, von Büschen gesäumte Landstraße windet sich von der Bergkuppe hinunter zum Savage Square im Herzen des Ostteils der Stadt. Die Männer benötigten nur eines, mehr Waffen, und sie sollten sie bekommen.

Am 22. Dezember 1998 hatte Leonid Minin höchstpersönlich in seiner BAC 1–11 Gewehre und Ausrüstung von Niamey, der Hauptstadt von Niger, nach Monrovia, der Hauptstadt von Liberia, geflogen, wo sie auf Fahrzeuge der Truppen von Charles Taylor – seit 1997 gewählter Präsident von Liberia – umgeladen worden waren, um nach Sierra Leone, in die Außenbezirke von Freetown, befördert zu werden. Als die illegalen Waffen wohlbehalten angekommen waren, wurde der Befehl zum Angriff gegeben.

In den frühen Morgenstunden des 6. Januar fuhren die Rebellen im Schutz der Dunkelheit zum Gefängnis an der Pademba Road. Sie sprengten die Tore auf, befreiten die Häftlinge und bewaffneten sie. Foday Sankoh befand sich allerdings nicht mehr unter ihnen. Er war zwei Wochen zuvor in ein anderes Gefängnis verlegt worden.

Was folgte, war ein zwei Tage währender apokalyptischer Albtraum. Tausende bewaffneter Kindersoldaten fielen über die Stadt her. Die meisten von ihnen hatten bandagierte Köpfe, weil man ihnen die Haut aufgeschnitten und Kokain hineingerieben hatte. Gänzlich von Sinnen, ja delirierend drangen sie in die Häuser der Menschen ein und töteten die, die nicht freundlich genug grüßten oder sich weigerten, Geld herauszurücken, die zu wohlgenährt aussahen oder deren Nase ihnen schlicht und einfach nicht gefiel. Tausende Unschuldiger wurden niedergeschossen oder zusammengetrieben und auf den Straßen massakriert, aus den oberen Stockwerken der Gebäude geworfen, als menschliche Schutzschilde benutzt oder bei lebendigem Leib in Autos und

Häusern verbrannt. Man stach ihnen mit Messern die Augen aus, zerschmetterte ihnen mit Hämmern die Hände und Kiefer und verbrühte ihnen mit kochendem Wasser den Leib. Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt und Kinder und Jugendliche verschleppt.

Eine Gruppe der Rebellen brach auf der Suche nach Lebensmitteln in ein Lager des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen ein, fand aber statt der Lebensmittel lediglich zahlreiche nagelneue Macheten, die für landwirtschaftliche Zwecke bestimmt waren. Sie benutzten diese Macheten, um systematisch Hunderten von Menschen – Erwachsenen, Kindern, sogar Babys – die Hände abzuhacken. Und da sie gehört hatten, es gebe eine Hilfsorganisation, die abgetrennte Hände wieder annähe, nahmen sie die Hände mit.

Auch nachts, als der Strom abgeschaltet war, zogen die Rebellen durch die Stadt. »Wir wollen Frieden! Wir sind gekommen, um Frieden zu bringen!«, grölten sie, schlossen aber ganze Familien in ihren Häusern ein und setzten diese in Brand, um – so ihre zynische Begründung – im Viertel Licht zu machen. Überall loderte Feuer. Mit zusammengerollten und in Kerosin getauchte Bastmatten entzündeten sie ein Haus nach dem anderen; die Familien verbrannten bei lebendigem Leib.

An einer Straßensperre wurden weibliche Gefangene ausgezogen und auf den Boden gedrückt. Eine Soldatin überprüfte, welche von ihnen noch Jungfrauen waren, und schickte diese dann ihren Vorgesetzten. Vor dem State House, dem Amtssitz von Präsident und Regierung, wo die Rebellen einen Befehlsstand eingerichtet hatten, wurden Hunderte von jungen Frauen zusammengetrieben, um anschließend in den Räumen und Gängen des Gebäudes vergewaltigt zu werden. Um nicht die Begierde der Soldaten zu wecken, bemühten sich die Frauen überall in der Stadt, besonders elend auszusehen, und die Hellhäutigen rieben sich die Haut mit einem Gemisch aus Wasser, Erde und Asche ein.

Für die unterschiedlichen Gräueltaten waren spezielle Einheiten gebildet worden: Es gab die »Burn House Unit«, das »Cut Hands Commando« und die »Blood Shed Squad« (das »Kommando Blutvergießen«). Die »Kill Man No Blood Unit« vergoss kein Blut, sondern prügelte ihre Opfer zu Tode, während die »Born Naked Squad« sie auszog, bevor sie sie umbrachte.

In nicht einmal zwei Wochen wurden fast hunderttausend Menschen aus ihren Häusern vertrieben, Zehntausende wurden verletzt und verstümmelt,

sechstausend Zivilisten ermordet.¹ Der Waffenhandel war nicht die Ursache für diese Barbarei, aber ein unabdingbares Mittel.

Sierra Leone war damals das unterentwickeltste Land der Welt. Die meisten Einwohner lebten von weniger als 70 Cent am Tag, die durchschnittliche Lebenserwartung betrug siebenunddreißig Jahre. Charles Taylor, Leonid Minin und ihre Komplizen, zu denen auch das Netzwerk von Al-Qaida gehörte, verdienten mit Waffenschieberei und Diamantenhandel Millionen und Abermillionen an diesem Bürgerkrieg.

Einleitung

Das fatale Zusammenwirken von Terrorismus und technologischem Fortschritt, von sozialer Ungleichheit und organisierter Kriminalität hat für Instabilität und Unsicherheit im 21. Jahrhundert gesorgt, wie die Welt es in diesem Ausmaße noch nicht gekannt hat. Und die treibende Kraft für diese Eskalation, der weltweite Waffenhandel, wird immer raffinierter, komplexer und in seinen Auswirkungen verhängnisvoller.

Es scheint daher unbedingt notwendig, dass sich die demokratischen Staaten der Welt – gemeinsam und ohne Zeit zu verlieren – mit diesem Handel befassen. Wenn es ihn denn geben muss, sollte er dann nicht konsequent reguliert, legal finanziert, wirksam überwacht und in seinen Mechanismen transparent gemacht werden, um allein dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu dienen?

Stattdessen findet der Handel mit Waffen heute in einer Parallelwelt statt, in der Geld, Korruption, Betrug und Tod regieren. Er folgt, weitgehend unkontrolliert, eigenen Gesetzen, lässt einige wenige unermesslich reich werden und stürzt Millionen Unschuldiger in Leid und Elend. Er zersetzt die Demokratien, schwächt instabile Staaten nur noch mehr und untergräbt die nationale Sicherheit, die er zu stärken behauptet.^{1*}

Die weltweiten Rüstungsausgaben werden für 2010 auf 1,62 Billionen Dollar geschätzt, was 2,6 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 235 Dollar pro Kopf der Weltbevölkerung entspricht – eine Steigerung um 53 Prozent gegenüber dem Jahr 2000.¹ Die Vereinigten Staaten allein geben inzwischen jährlich fast eine Billion Dollar für die nationale Sicherheit aus, mit einem Verteidigungsetat von mehr als 703 Milliarden Dollar.² Der Handel mit (großen und kleinen) konventionellen Waffen hat einen Umfang von jährlich etwa 60 Milliarden Dollar.^{3 2*}

Als größte Produzenten und Lieferanten von Waffen und Zubehör werden regelmäßig die Vereinigten Staaten, Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden, die Niederlande, Italien, Israel und China genannt.

Waffengeschäfte zwischen Staaten werden oft im Verborgenen abgeschlossen, worauf der »verkaufende« Staat sich an einen oder mehrere der heute zum großen Teil in Privatbesitz befindlichen Hersteller wendet mit dem Auftrag, den Vertrag zu erfüllen. Manchmal schließen Staaten Verträge auch direkt mit kommerziellen Lieferanten ab. Die Unternehmen ihrerseits machen auch Geschäfte untereinander oder mit dritten Parteien, von denen einige nicht einmal legale juristische Personen sind. Hierzu gehören nichtstaatliche Akteure – von bewaffneten Milizen über Gruppen von Aufständischen bis zu informellen Zusammenschlüssen von »Terroristen« – und sogenannten Paria- oder »Schurkenstaaten«. Am Verkauf und an der Lieferung von Waffen sind oft undurchsichtige Mittelsmänner beteiligt, die als Waffenhändler oder Waffenmakler auftreten.^{3*}

Die meisten Waffengeschäfte sind Kombinationen aus all diesen Elementen. Vom offiziellen Handel bis zu dem, was ich als die »Schattenwelt« des Grau- und Schwarzmarkts bezeichne, bewegen sie sich stets an der Grenze des Legalen und Legitimen oder überschreiten diese Grenze gezielt. Graumarktgeschäfte sind Geschäfte, die über legale Kanäle, aber dennoch im Verborgenen abgewickelt werden. Sie werden oft von Staaten getätigt, um auf widerrechtliche Weise die Politik anderer Staaten zu beeinflussen. Schwarzmarktgeschäfte sind in Planung und Durchführung gleichermaßen illegal. Sowohl Schwarz-als auch Graumarktgeschäfte verstoßen oft gegen Waffenembargos, gegen nationale und multilaterale Gesetze, Vereinbarungen und Regelungen. In der Praxis verwischen sich die Grenzen zwischen den drei Märkten. Aufgrund von Korruption gibt es nur sehr wenige Waffentransaktionen, die vollkommen legal sind.^{4*}

Waffenhandel erfolgt in geheimem Einverständnis von Staats- und Regierungschefs, Geheimdienstleuten, führenden Industrieunternehmen mit ihrer Spitzentechnologie, Geldgebern und Banken, Lieferanten, Mittelsmännern, Geldwäschern und gewöhnlichen Kriminellen.

Diese unheilige Allianz versucht sich der Verantwortung für die grausamen Folgen ihres Tuns zu entziehen mit dem in dieser oder ähnlicher Form stets aufs

Neue vorgebrachten Argument: »Gewehre töten keine Menschen; Menschen töten Menschen.«⁴ Aber selbst technologisch avancierte Formen der Kriegführung wie der Einsatz unbemannter Drohnen, um gezielt Feinde auszuschalten, können die Grausamkeit des Waffenhandels und seine verheerenden Folgen nicht minimieren.^{5*}

Indem Waffenhändler, Waffenfabrikanten und auch Staaten um des Profits willen Waffen in Krisengebiete liefern, seien es lokale Unruhen oder nationale Revolutionen, sei es in den Weltkrieg, im Kalten Krieg oder im Krieg gegen den Terrorismus (und womöglich noch an beide Seiten), tragen sie zur Verlängerung und Eskalation der Konflikte bei.

Zu bedenken ist aber nicht nur das vorrangige moralische Problem der durch die gelieferten Waffen verursachten Zerstörungen, sondern auch die Bedeutung der mit diesem Geschäft zusammenhängenden »Opportunitätskosten«. Wehrfähigkeit ist in unserer instabilen und aggressiven Welt zwar unverzichtbar, doch führt die Höhe der Verteidigungsausgaben sowohl in bedrohten als auch in nicht bedrohten Ländern dazu, dass Mittel in gewaltigem Umfang der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vorenthalten werden, was wiederum die Instabilität erhöht.

Ein gutes Beispiel für diese Kosten bieten die ersten Jahre der südafrikanischen Demokratie. Von anderen Staaten und internationalen Waffenschmieden ermuntert, gab Südafrika zirka 11 Milliarden Dollar für Waffen aus, die das Land im Grunde nicht brauchte zu einer Zeit, als Präsident Mbeki behauptete, dass das Geld für die antiretroviralen Medikamente fehle, die notwendig wären, um die fast sechs Millionen HIV-Infizierten und Aidskranken am Leben zu erhalten. Mehr als 355000 Südafrikaner starben in den folgenden fünf Jahren, weil sie die lebensrettenden Mittel nicht bekamen.⁵ Die Waffen aber (für die allein 300 Millionen Dollar Provisionen an Mittelsmänner, Agenten, Politiker, Beamte und den ANC geflossen waren) sind bis heute größtenteils kaum gebraucht worden.

Die Art und Weise, wie die Branche vorgeht und ihre Interessen verfolgt (nach Möglichkeit im Verborgenen und mithilfe von Bestechungen), steht im Widerspruch zu jeder Form von Rechtsstaatlichkeit, sowohl in den kaufenden als auch in den verkaufenden Ländern. Der Waffenhandel ist für mehr als 40 Prozent der Korruption im gesamten Welthandel verantwortlich.⁶ Allein

schon die finanzielle Größenordnung der Verträge, die sehr kleine Zahl von Personen, die die Kaufentscheidung treffen, und der Deckmantel der nationalen Sicherheit begünstigen Korruption in großem Umfang. Einige Staaten tragen aktiv zur Illegalität dieser Geschäfte bei, während viele andere sich damit begnügen, sie zu dulden. Fast alle Staaten beschließen Waffenkäufe mit enormen finanziellen Risiken, Käufe, die weder rentabel noch im eigentlichen Interesse ihrer Länder sind. Und die erworbenen Güter kosten oft weit mehr als veranschlagt, sind nicht so effektiv wie versprochen und werden erst Jahre nach dem Fälligkeitstermin produziert oder geliefert.

Zweifellos ist um der nationalen Sicherheit und der kommerziellen Vertraulichkeit willen eine gewisse Geheimhaltung notwendig. Doch die allumfassende Verschleierungstaktik, die für viele Waffengeschäfte charakteristisch ist, dient in erster Linie der Vertuschung von Korruption und Interessenkonflikten und oft von politischen sowie persönlichen Fehleinschätzungen. Als Folge davon ist dieser Handel, der besonders gut überwacht und kontrolliert sein sollte, einer der am wenigsten regulierten Bereiche des Handelns von Staaten und privaten Akteuren. Versuche, Gesetzwidrigkeiten nachträglich zu vertuschen, führen zu weiteren illegalen Aktivitäten und zur Schwächung der politischen Ordnung. So wurde im Rahmen des südafrikanischen Waffengeschäfts das Parlament umgangen, Anti-Korruptionsbehörden wurden aufgelöst und Strafverfolgungsbehörden in ihrer Arbeit behindert, um Politiker bis hinauf zum Präsidenten aus der Schusslinie zu bringen.

Es kann nicht überraschen, dass die Agenda der Waffenfabrikanten und ihrer Unterstützer im Mittelpunkt des Regierungshandelns steht, denn es gibt eine sich ständig drehende Drehtür, durch die immer wieder Mitarbeiter von Regierung, Militär und Rüstungsindustrie die Seiten wechseln. Die Unternehmen machen Politikern und ihren Parteien nicht nur beträchtliche finanzielle Zuwendungen, sondern bieten darüber hinaus ehemaligen Beamten, aus dem Dienst ausgeschiedenen Offizieren und abgewählten Politikern lukrative Posten an. Nirgends ist dies offensichtlicher als in den USA. Angesichts der alles beherrschenden, aber kaum durchleuchteten gemeinsamen Interessen von Rüstungsproduzenten, Geheimdiensten, dem Pentagon sowie Mitgliedern des Kongresses und der Regierung sprechen Kritiker bereits von einem »Nationalen

Sicherheitsstaat«. Tatsache ist, dass an absurden Waffenprogrammen, die das Land durchaus nicht sicherer machen, weiterhin in jedem Haushaltszyklus Milliarden von Dollars verdient werden. So werden die Vereinigten Staaten auch in diesen angespannten wirtschaftlichen Zeiten insgesamt mehr als 380 Milliarden Dollar für ein Kampfflugzeug ausgeben, das in den gegenwärtigen Konflikten kaum von Nutzen ist und von einem ehemaligen Flugzeugentwickler des Pentagon als »reiner Schrott« bezeichnet wurde.⁷ Die realen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen des durchschnittlichen amerikanischen Steuerzahlers werden auf dem Altar dieser legalisierten Korruption geopfert.

Der »Drehtür«-Effekt, der Wechsel zwischen Politik, Wirtschaft und Militär, hält am Leben, was C. Wright Mills als »militärische Metaphysik« bezeichnet hat: die militaristische Definition der Realität, die eine »permanente Kriegswirtschaft« rechtfertigt.⁸ Diese hat sich trotz der Warnung durchgesetzt, die der ehemalige General Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede als Präsident der Vereinigten Staaten ausgesprochen hatte:

Angesichts des Zusammentreffens eines gewaltigen militärischen Establishments und einer Rüstungsindustrie ... müssen wir in den Gremien der Regierung auf der Hut sein vor unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes. Die Gefahr für ein katastrophales Anwachsen unbefugter Macht besteht und wird weiter bestehen. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten und unsere demokratischen Prozesse bedroht.⁹

Innerhalb eines Jahres nach dem Amtsantritt von George W. Bush bezogen mehr als dreißig Manager, Berater und Lobbyisten der Waffenindustrie Führungspositionen in der Administration des neuen Präsidenten. 2001 wurden allein sechs leitende Angestellte von Lockheed Martin mit wichtigen Ämtern in Bushs Regierung betraut – am Ende des Jahres hatte das Pentagon dem Unternehmen einen der lukrativsten Militärverträge in der Geschichte der Vereinigten Staaten zugeschanzt.¹⁰

Dick Cheney hatte dem Vater von George W. Bush als Verteidigungsminister gedient, bevor er Geschäftsführer von Halliburton wurde. Während seiner Amtszeit als Vizepräsident unter Bush junior konnte Cheneys ehemalige Firma mit dem Verteidigungsministerium Verträge im Wert von mehr als 6 Milliarden Dollar abschließen. Halliburtons Verträge über Ölförderungsdienstleistungen im Irak hatten sogar den dreifachen Auftragswert.¹¹ Da Cheney noch Aktien der

Firma besaß, schied er als schwerreicher Mann aus dem Amt.¹² Unter der Obama-Administration hat sich an diesen Machenschaften leider nur wenig geändert.

Aber es geht nicht nur um die Verträge. Es geht auch um den verderblichen Einfluss, den der militärisch-industrielle Komplex auf alle Aspekte des Regierungshandelns hat, vor allem auf die Wirtschafts- und die Außenpolitik sowie auf Entscheidungen über Krieg oder Frieden. Das Unbehagen wächst, wenn man bedenkt, dass ein großer Teil der Aktivitäten dieses Komplexes vom Gesetzgeber, von der Justiz, den Medien und den Kontrollinstanzen der Zivilgesellschaft nicht überprüft werden kann.

Die Waffenindustrie und ihre mächtigen politischen Freunde haben ein politisches Paralleluniversum geschaffen, das sich gegen den Einfluss und das Urteil anderer weitgehend abschottet, indem es sich auf angebliche Erfordernisse zur Wahrung der nationalen Sicherheit beruft. Dies ist die Schattenwelt.

Großbritannien ist Opfer eines ähnlichen geheimen Einverständnisses zwischen den wichtigsten Rüstungsfirmen, vor allem BAE Systems,^{6*} und der Regierung, die sich als engagierte Verkäuferin für die Industrie betätigt. Diese Beziehung intensivierte sich während der Amtszeit von Margaret Thatcher, und Tony Blairs »New Labour« nahm sich an den Konservativen gern ein Beispiel. In den letzten zehn Jahren wurde gegen BAE wegen Bestechungen in mindestens fünf verschiedenen Waffengeschäften ermittelt.

In Frankreich, wo Teile der Industrie noch immer in staatlicher Hand sind, werden die Rüstungsfirmen von Regierungen jeder Couleur mit ähnlichem Enthusiasmus unterstützt, ohne dass sich – mit wenigen Ausnahmen – die Medien und andere Meinungsbildner für ihre dubiosen Geschäftspraktiken interessieren. Immerhin sind ein oder zwei Staatsanwälte bei dem Versuch, in besonders skandalösen Korruptionsfällen zu ermitteln, mutiger gewesen als ihre britischen Kollegen. Deutsche, schwedische und italienische Firmen erhalten ebenfalls massive Unterstützung von staatlicher Seite. In Deutschland ermitteln zwar Staatsanwälte gegen Rüstungsfirmen, aber nur selten mit Folgen, die den Firmen vor der Öffentlichkeit unangenehm sein müssten. In Italien und Schweden, wo Saab als Partner von BAE an vielen der unter die Lupe genommenen Geschäfte beteiligt war, wird selten ermittelt.

In weniger demokratischen Staaten ist die Beziehung zwischen der

Rüstungsindustrie und dem Machtapparat noch um einiges enger. Der Waffenhandel ist eine wichtige Komponente des gewaltigen und weiter wachsenden kommerziellen Imperiums der chinesischen Volksbefreiungsarmee, die zu einem bestimmenden Faktor des autokratischen Kommandokapitalismus des Landes geworden ist. Waffen sind zwar immer Werkzeuge der Außenpolitik gewesen, doch hat Chinas Einsatz von preisgünstigen Waffenverkäufen, um seinen Einfluss auszudehnen, ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht.¹³ Auch die Leute, die in Russland an den Machthebeln sitzen, die Vertreter der Geheimdienste und der Armee – die sogenannten »Silowiki« um Wladimir Putin –, haben die Waffengeschäfte des Landes vollkommen unter ihrer Kontrolle.¹⁴ Die Vetternwirtschaft hat hier ihr wichtigstes Betätigungsfeld.

China und Russland verkaufen Waffen an Diktaturen in aller Welt: genannt seien nur der Sudan, Syrien, Burma, der Iran, Nordkorea und Zimbabwe.^{7*} Ihre Kleinwaffen vermehren die Krisengebiete von Darfur bis Mullaitivu. Die Chinesen, aber auch die Russen, Franzosen, Briten und Amerikaner, lieferten bereitwillig Waffen an Husni Mubaraks Ägypten.¹⁵ Die NATO-Mächte mussten bei ihren Angriffen auf Libyens Muammar al-Gaddafi nicht nur russische Waffen zerstören, sondern auch jene, die Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien dem Diktator verkauft hatten.¹⁶

Ein solcher »Blowback«^{8*} – also der unbeabsichtigte negative Effekt einer militärischen Operation im Ausland auf das eigene Land – ist im Waffenhandel alltäglich und gefährdet oft massiv die Sicherheit des verkaufenden Landes. Das wohl berühmteste Beispiel für einen Blowback-Effekt stellt die Bewaffnung der afghanischen Mudschaheddin durch die Vereinigten Staaten dar. Bewaffnet und ausgebildet zu dem Zweck, die Sowjetunion aus dem Land zu vertreiben, bildeten dieselben ausgebildeten Kämpfer mit denselben Waffen den Kern der Taliban und des Al-Qaida-Netzwerks, das heute Amerikas Staatsfeind Nummer eins ist.

Zu einem Blowback kommt es auch immer wieder, wenn Waffen (oft Restbestände aus dem Kalten Krieg, den Balkan-Konflikten oder von den Schlachtfeldern des Irak und Afghanistans) von berüchtigten »Händlern des Todes« wie Leonid Minin oder Viktor But weiterverkauft werden. Diese meist kleinen und leichten Waffen haben dazu beigetragen, zahlreiche Konflikte im Nahen Osten, in Afrika, Lateinamerika und Südostasien am Leben zu halten.

Die Waffenfabrikanten und ihre Fürsprecher in den Regierungen die immer

Die Waffenfabrikanten und ihre Fallsprecher in den Regierungen, die immer wieder für solche Blowbacks verantwortlich gemacht werden, erwidern für gewöhnlich, dass diese Vorkommnisse bedauerlich seien, aber durch den wirtschaftlichen Nutzen der Rüstungsindustrie und vor allem die Zahl der von ihr geschaffenen Arbeitsplätze wettgemacht werden. In Wahrheit ist die Bilanz eher durchwachsen.

Der wirtschaftliche Nutzen des Waffengeschäfts wird von den mächtigen PR-Maschinerien, Denkfabriken und Lobbyisten, die die Industrie finanziert, oft verzerrt dargestellt. Nicht nur, dass die Angaben der Zahlen der geschaffenen Arbeitsplätze übertrieben wird, es wird auch übersehen, dass diese Arbeitsplätze im Allgemeinen von der öffentlichen Hand in beträchtlichem Umfang subventioniert werden müssen, mit Geldern, die genutzt werden könnten, um in anderen Bereichen weit mehr und moralisch weniger anrühige Arbeitsplätze zu schaffen.

Zweifellos hat die Rüstungsindustrie zu erheblichen Fortschritten in der technologischen Entwicklung beigetragen.¹⁷ Man kann aber davon ausgehen, dass dieselben oder gar weniger Mittel, in anderen Bereichen eingesetzt, ähnliche Resultate erzielt hätten.

Der wirtschaftliche Nutzen der Waffenindustrie wird auch durch die zahlreichen Fälle geschmälert, in denen gegen führende Vertreter dieser Industrie, wie Lockheed Martin, BAE, Boeing und Northrop Grumman, sowie den Firmen, die eng mit ihr verbandelt sind, wie KBR, Halliburton und Blackwater, der Vorwurf der Korruption in großem Stil, von Ineffizienz und Verschwendung staatlicher Gelder erhoben wurde. Eine Geldstrafe, die ihnen weh tut, müssen sie für ihre Gesetzwidrigkeiten nur selten bezahlen, um lukrative staatliche Aufträge aber dürfen sie immer wieder von neuem anfragen.

Es gibt zwar eine Fülle von nationalen, regionalen, multilateralen und sogar internationalen Regelungen für Waffengeschäfte, aber die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Verschleierung der symbiotischen Beziehungen zwischen der Industrie, den Mittelsmännern und den staatlichen Organen zur Folge hat, dass diese Regelungen in der Praxis nur selten in vollem Umfang befolgt, ja dass sie viel zu oft vollständig ignoriert werden. Seit es Waffenembargos der Vereinten Nationen gibt, ist in 502 Fällen der möglichen Verletzungen solcher Embargos ermittelt worden, doch hat es unseres Wissens nur einen einzigen Fall gegeben, in dem ein Verfahren eröffnet wurde – und dieses Verfahren endete mit einem

Freispruch.¹⁸

Waffengeschäfte haben Auswirkungen auf das Leben fast aller Menschen auf diesem Planeten, nicht nur, weil sie Konfliktherde schüren, sondern auch wegen ihrer Einflussnahme auf die Mächtigen dieser Erde, einer Einflussnahme, die nicht zuletzt für die Art und das Ausmaß der Kriege verantwortlich ist, die wir führen. Zu den Opfern des Waffengeschäfts gehören die Steuerzahler der Länder, deren Unternehmen die Waffen herstellen, und die nur allzu oft verarmte Bevölkerung jener Länder, die die Waffen kaufen, und natürlich all jene Menschen, für die das hochmoderne, lukrative Rüstungsprodukt nichts als den grausamen Tod bedeutet.

Der Waffenhandel – dies undurchschaubare Beziehungsgeflecht von offizieller Tagespolitik und Schattenwelt, von staatlichen Organen, wirtschaftlichen Interessen und kriminellen Machenschaften –, er macht uns oft ärmer statt reicher und unsicherer statt sicherer. Er dient nicht unseren Interessen, sondern dem Wohl einer kleinen selbtherrlichen Clique, die sich hinter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit verbirgt und glaubt, über dem Gesetz zu stehen, glaubt, niemandem Rechenschaft zu schulden.

Das vorliegende Buch ist eine Erkundungsreise in diese mächtige, aber verschwiegene Welt.

Sie beginnt mit einer Waffenfirma, die unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs von einer Gruppe ehemaliger Wehrmachtsoffiziere gegründet wurde – einem der perfidesten Netzwerke von Waffenhändlern, die die Welt gesehen hat. Und sie endet mit den von Fehlplanungen gekennzeichneten Kriegen im Irak und in Afghanistan, die sowohl für die Rüstungsfabrikanten der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten als auch für die Schattenwelt zu einer wahren Goldmine geworden sind.

Der Weg dahin führt uns zunächst nach Saudi-Arabien. Wir werden sehen, wie der Reichtum des Landes wuchs und damit sein Einfluss auf den weltweiten Waffenhandel und welche Rolle das Land mit dem größten Waffenvertrag der Welt, dem skandalösen Al-Yamamah-Deal, bei der Entwicklung des britischen Rüstungsgiganten BAE spielte. Wir zeigen, wie BAE und sein Pendant in den Vereinigten Staaten, Lockheed Martin, ihre Beziehungen zu den Regierungen und den Geheimdiensten ihrer jeweiligen Länder festigten, um »an der Heimatfront« Waffen verkaufen zu können, aber auch wie sie diese Kontakte

«Hauptpersonen» waren verdammt zu kommen, aber auch, wie sie diese Kontakte und mysteriöse Agenten nutzten, um sich durch Bestechungen den Weg zu spektakulären Verträgen im Ausland zu bahnen.

Das Buch verfolgt den Aufstieg von Kriminellen wie Joe Der Hovsepien, einem Händler libanesisch-armenischer Herkunft, und beobachtet, wie der Staat sich zum Handlanger eines Waffenschiebers macht. Ihren Höhepunkt findet die Episode in den Diamanten-für-Waffen-Transaktionen unter der Federführung des damaligen Merex-Repräsentanten sowie des liberianischen Präsidenten Charles Taylor. Berichtet wird von der Verwüstung ganzer Landstriche des afrikanischen Kontinents in Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten, die von habgierigen Waffenhändlern bewusst geschürt werden, und wie die reichsten Staaten der Welt, von Israel bis Schweden, dazu beitragen, dass diese Waffenhändler dabei leichtes Spiel haben.

Das Buch informiert außerdem darüber, was aus den »Hauptpersonen« und den wichtigsten Unternehmen inzwischen geworden ist, und wirft ein Licht auf aktuelle Trends im Waffenhandel, um schließlich abzuwägen, wie die Chancen stehen für strengere Gesetze, Regeln und Haftungsvorschriften und wie sie sich durchsetzen lassen.

Ich hoffe, dass Sie am Ende unserer Reise fragen werden, ob wir, die wir das alles bezahlen, nicht noch viel mehr wissen sollten über diese Schattenwelt, die Auswirkungen auf unser aller Leben hat. Ob wir von den Politikern, dem Militär, den Geheimdiensten, den Ermittlern und Anklägern, den Herstellern und Händlern, die dieses Paralleluniversum bevölkern, nicht mehr Transparenz und Verantwortlichkeit fordern sollten. Ob wir nicht heraustreten sollten aus diesem mächtigen Schatten, der unsere Welt verdunkelt.

EINS

Das zweitälteste Gewerbe

Wer zahlt, hat recht

»Hier stehe ich, ein Mann, der aus Verstümmelung und Mord Gewinn zieht«, lautet die stolze Selbstcharakterisierung von Andrew Undershaft, dem Rüstungsfabrikanten aus George Bernard Shaws Theaterstück *Major Barbara*. Anders als die vielen klischeehaften »Händler des Todes«, die in den mehr als hundert Jahren, seit Shaw sein Stück schrieb, die Literatur, den Film und das Fernsehen bevölkert haben, ist in Undershaft die ganze Komplexität des Waffenproduzenten und -händlers angelegt, mit seinen Widersprüchen und Abgründen. Für Undershaft sind für das Seelenheil des Menschen nur zwei Dinge erforderlich: »Geld und Schießpulver«. Und über die Regierung, dieses »schwatzende Narrenhaus«, sagt er:

Ihr werdet das tun, was uns Geld bringt. Ihr werdet Krieg erklären, wenn es uns passt, und Frieden halten, wenn Krieg uns nicht passt. Ihr werdet erkennen, dass der Handel gewisse Maßnahmen erfordert, wenn wir uns zu diesen Maßnahmen entschlossen haben. Wenn ich etwas verlange, um meine Dividenden oben zu halten, werdet ihr entdecken, dass mein Verlangen eine nationale Notwendigkeit ist. Wenn andere Leute etwas fordern, was meine Dividenden unten hält, werdet ihr nach der Polizei und dem Militär rufen. Als Entgelt erhaltet ihr die Unterstützung und den Beifall meiner Zeitung und die Freude, euch einzubilden, dass ihr bedeutende Staatsmänner seid.¹

Shaws »Waffenschmied« hat nur ein Credo: »... allen Menschen, die einen anständigen Preis dafür bieten, Waffen zu geben, ohne Ansehen der Person oder der Grundsätze ... Ich nehme den Auftrag eines guten Mannes so freudig an wie den eines bösen.« »Aber«, wendet ein Geck und Lebemann mit ernstern Absichten auf Undershafts Tochter ein, »das Kanonengeschäft und all das mag notwendig sein, ohne Kanonen geht's nicht; aber es ist trotzdem nicht richtig.«²

Shaws Vorbilder für Andrew Undershaft waren Basil Zacharoff, der Pate der modernen BAE Systems, und die schwedischen beziehungsweise deutschen

Rüstungsmagnaten Alfred Nobel und Alfred Krupp. Zacharoff, der auch als »Verkäufer des Todes«, als »der mysteriöse Europäer« und als »der Mann im Dunkeln« bezeichnet wurde, war der Prototyp für alle späteren Rüstungsbosse und Waffenhändler – charismatisch, skrupellos und übermächtig.

Anthony Sampson, der Autor des Standardwerks *Die Waffenhändler*, schreibt:

Zacharoff war eine Gestalt von historischer Bedeutung, denn er beherrschte nicht nur die hohe Kunst des Verkaufens und Bestechens, sondern er war ein raffinierter Bursche, der die Beziehungen zwischen Waffen und Diplomatie, zwischen Waffen und Geheimdiensten begriffen hatte und sich ebenso als Verkäufer wie als Spion nützlich machen konnte. Er vereinigte in seiner Person die verschiedensten Loyalitäten des aufblühenden Waffengeschäfts: »Ich verkaufte Waffen an jeden, der sie kaufen wollte. Ich war Russe, wenn ich in Russland war, Grieche in Griechenland, Franzose in Paris.«³

Alles an Zacharoffs weltbürgerlichem Leben, sogar sein Geburtsdatum und -ort, ja sein ursprünglicher Name, ist geheimnisumwoben – wofür er zum großen Teil selbst gesorgt hat, nicht zuletzt im Interesse seiner Geschäfte.⁴ Zacharoff, aus einfachen Verhältnissen stammender Grieche, geboren zwischen 1849 und 1851, arbeitete zunächst als Bordellschlepper in Istanbul, das damals noch Konstantinopel hieß. Danach war er Mitglied der Tulumbadschi, jener Bande von Feuerwehrleuten, die Feuer nur gegen Geld löschten und, um das Geld einzutreiben, notfalls wieder Feuer legten. Später reiste Zacharoff als Fürst Gortschakoff, Sohn eines russischen Offiziers, durch die Weltgeschichte.

Nachdem er fast mittellos auf Zypern gelandet war, warf sich Zacharoff aufs Waffengeschäft, wobei er zunächst Jagdflinten, später billige militärische Ausrüstung verkaufte. Er behauptete, mit einem Schiff voller Kriegsmaterial die afrikanische Küste entlanggeschippert zu sein und die Waffen an die Häuptlinge zweier sich bekriegender westafrikanischer Stämme verkauft zu haben. »Meine ersten hundert Pfund habe ich mit Waffenschiebereien für die Wilden verdient. Ich habe dafür gesorgt, dass Kriege geführt wurden, damit ich beiden Seiten Waffen verkaufen konnte. Ich muss mehr Waffen verkauft haben als jeder andere Mensch auf der Welt.«⁵

Daheim in Athen arrangierte ein einflussreicher politischer Journalist, der es später zum griechischen Premierminister bringen sollte, 1874 Zacharoffs ersten Job in dem Gewerbe, zu dem er berufen war:⁶ Zacharoff wurde Vertreter des schwedischen Rüstungsfabrikanten Nordenfelt. Er erweiterte rasch sein Wissen auf dem Gebiet der Waffen und überredete die Firma, ihr neu entwickeltes

Unterseeboot nicht nur an Griechenland, sondern auch an die Türkei, den Erzfeind seines Vaterlands, zu verkaufen: Zwar erschien es »auch ihm höchst unpatriotisch und zudem moralisch recht bedenklich, U-Boote an die Türken abzugeben, doch er hatte die Kraft, sich über solche Hemmungen hinwegzusetzen«. ⁷

Schon in dieser Frühzeit seines Handels mit Waffen übte sich Zacharoff in dem, was er später mit wahrer Meisterschaft beherrschen würde: in der Manipulation der Presse und der Bestechung. Bei Bernt Engelmann lesen wir dazu:

Selbst ein noch so abgebrühter Rüstungsvertreter zögert, ehe er einem Kriegsminister, in Gegenwart des parlamentarischen Kontroll-Ausschusses, zur Eröffnung der Verkaufsgespräche einen fünfstelligen Barscheck zusteckt. Solches Zögern kannte Zacharoff nicht ... Er hätte sich auch nicht gescheut, dem Minister Säcke mit Goldstücken auf den Schreibtisch zu legen – wenn es sein musste, sogar in Anwesenheit des mit der Unterdrückung der Korruption betrauten Generalstaatsanwalts. ⁸

Nordenfelts Konkurrenten, zu denen die großen britischen Hersteller Vickers und Armstrong, der deutsche Gigant Krupp und die französische Firma Schneider-Creusot gehörten, hatten sich die Ansicht zu eigen gemacht, dass das günstigste Angebot auch die besten Chancen habe, angenommen zu werden. Zacharoff entschied sich für die entgegengesetzte Methode: »Er bot seine Kanonen zum doppelten Preis an, und er offerierte den Politikern, die über den Kauf zu entscheiden hatten, dreimal so hohe Prozente, wie seine Konkurrenten sie anzubieten wagten.« ⁹

Wenn es galt, Konflikte anzuheizen, um den geschäftlichen Erfolg nicht dem Zufall zu überlassen, war Zacharoff immer mit Feuereifer dabei. Man hat behauptet, einer der entscheidenden Gründe dafür, dass es auf dem Balkan zwischen dem späten 19. Jahrhundert und dem Ende des Ersten Weltkriegs keinen Frieden gab, sei nicht zuletzt Zacharoffs Verdienst gewesen: »Ein paar tausend Goldfranken an die Redaktion einer sonst friedliebenden Zeitung, ein paar hundert Lewas an einen Grenzposten, der bis dahin noch nie einen Schuss abgefeuert hatte – und schon war ein neuer Zwischenfall da! Die Parlamente bewilligten neue Rüstungskredite, die Ministerien erteilten (gegen noch höhere Prozente von abermals erhöhten Preisen) neue Waffenaufträge.« ¹⁰

Zacharoff wurde beschuldigt, unter anderem die Kriege zwischen Bolivien und Paraguay und zwischen Spanien und Amerika gefördert, wenn nicht gar

direkt mit ausgelöst zu haben.¹¹ Im Burenkrieg und im russisch-japanischen Konflikt verkaufte er Waffen an beide Seiten und geriet darum mit Lloyd George aneinander, der – damals Mitglied der Opposition – an dieser Praxis Anstoß nahm.¹²

Zacharoff investierte enorm viel Energie und Geld, um sich an den Höfen und in den Botschaftskanzleien einzuschmeicheln.¹³ In den europäischen Hauptstädten machten Geschichten von Zacharoffs Korruption und Verschlagenheit die Runde. Selbst ein Vickers-Chronist, dessen Firma Nordenfelt gekauft hatte (nicht zuletzt, um sich Zacharoffs Dienste zu sichern), kam nicht umhin, zu gestehen: »Es liegen Hinweise darauf vor, dass Zacharoff in zwei oder drei Fällen, nämlich 1898 in Serbien, später in Russland und wahrscheinlich in der Türkei, geheime Vermittlungsgebühren oder Schmiergelder bezahlte.«¹⁴

Die Gründe für die Höhe der Schmiergelder waren dieselben wie heute: Wenn dadurch ihre Provisionen stiegen, waren die Beamten gern bereit, größere Bestellungen aufzugeben – auch über die finanziellen Möglichkeiten oder den Bedarf ihres Landes hinaus. Man erzählte sich die Geschichte eines englischen Vertreters, der Beamten eines europäischen Staates für einen Vertrag über die Lieferung eines Kreuzers Provisionen zahlte, bis einer der Beamten eine so hohe Summe forderte, dass der Engländer ausrief: »Wie können wir dann für den Rest noch den Kreuzer bauen?« Der Beamte antwortete: »Was spielt das für eine Rolle, solange *Sie* bezahlt werden und *wir* bezahlt werden!«¹⁵

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs schien Zacharoff allgegenwärtig; wo immer er eine Möglichkeit sah, Profit zu machen, hatte er seine Finger im Spiel. Seinen Konkurrenten war er immer einen Schritt voraus, und zwar nicht nur durch Bestechungen, sondern auch durch seine Meisterschaft in der »diplomatischen« Einflussnahme und im Ausstreuen von Informationen.¹⁶ Es gab sehr reale Befürchtungen, vor allem unter britischen Politikern, dass die Rüstungsfirmen allgemein, vor allem aber Vickers, und damit Zacharoff, ihre eigene Außenpolitik betrieben und ungebührlichen Einfluss auf die Regierung hatten.¹⁷ Als der von der Industrie so heiß ersehnte Krieg schließlich am 28. Juli 1914 formell erklärt wurde, hatte sich Zacharoff in die Position gebracht, in der er den größten Vorteil aus dem Gemetzel ziehen konnte, bewaffnete er doch anfangs – wahrscheinlich bis 1915 – *beide* Seiten.¹⁸ (Schon in den dreißig Jahren

vor dem Krieg hatte niemand das feindliche Militär stärker unterstützt als die britische Rüstungsindustrie. So hatte Armstrong-Whitworth sechsunddreißig Schiffe für die Royal Navy gebaut, für die Flotten anderer Staaten aber mehr als hundert, darunter sechsundzwanzig für den späteren Feind.)¹⁹

Dennoch kam Zacharoff in engen Kontakt zu Lloyd George, dem früheren Kritiker der Rüstungsindustrie, der seinem Land jetzt als Minister für Bewaffnung und Munition und ab Dezember 1916 als Premierminister diente. Der Waffenhändler betätigte sich im Auftrag von Lloyd George sogar als Meisterspion,²⁰ und natürlich nutzte er diese Aktivitäten zur Rechtfertigung weiterer Waffenverkäufe an alle und jeden. Sein Argument: »Die Nation, die Waffen an andere Nationen verkauft, kennt die wirkliche Lage von Heer und Marine in diesen Ländern am besten.«²¹

Der Erste Weltkrieg kostete Millionen Menschen das Leben und brachte Not und Elend über Europa. Doch für Zacharoff bedeutete er »den Aufstieg zu höchstem Ruhm« und größtem Reichtum.²² Zacharoff wurde vom englischen König zum Ritter geschlagen, mit den höchsten Verdienstorden ausgezeichnet und zum Berater des britischen Premierministers bei den Friedensverhandlungen ernannt.²³ Und dies, obwohl er in den letzten Monaten des Krieges, als unter den kriegsmüden Alliierten längst die Sehnsucht nach Frieden wuchs, sich noch vehement für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen hatte, für einen Kampf bis zum bitteren Ende.

Nach Kriegsende musste die Firma Vickers, ebenso wie die meisten anderen Rüstungsfirmen, ums Überleben kämpfen. Auch Zacharoff verlor ein Vermögen. Offiziell hatte er sich allerdings aus dem Erwerbsleben zurückgezogen. In seinen späteren, in Monte Carlo verbrachten Jahren war er, der einstige »Verkäufer des Todes«, in erster Linie darum bemüht, die Spuren seines früheren Wirkens zu verwischen, und als er am 27. November 1936 siebenundachtzigjährig in einem Rollstuhl auf dem Balkon seines Hôtel de Paris verstarb, konnte er das Gesicht ein letztes Mal zu einem zynischen Lächeln verziehen: Er hatte seine Millionen genossen, verdient in Kriegen, die ihm außer jedem nur denkbaren Luxus auch jede Menge Ehrentitel eingebracht hatten. Viele Geheimnisse nahm er zwar mit sich ins Grab, doch es blieb das Bild des Waffenhändlers mit all den Merkmalen, die für diesen noch heute charakteristisch sind: Er war mysteriös, charismatisch, lebte ein Leben im Luxus, hatte Zutritt zu den innersten Zirkeln der Macht;

Bestechung war sein tägliches Geschäft; er wirkte mit an Geheimdienstoperationen; er »animierte« Politiker und manipulierte die öffentliche Meinung durch gezielte Falschmeldungen (nicht nur in Zeitungen, die ihm selbst gehörten) und betrieb Geldwäsche. Zacharoff führte ein Leben in der Grauzone zwischen Legalität und Illegalität, gleichzeitig war er auf seinen Ruf bedacht – aber auch der ließ sich kaufen.

Nach dem Ersten Weltkrieg blies den Waffenfabrikanten ein eisiger Wind ins Gesicht.²⁴ Zacharoffs enger Verbündeter Lloyd George erinnerte sich später, dass es in Paris, wo die Alliierten zusammengekommen waren, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen, »niemanden gab, der nicht der Überzeugung war, dass man dem Profitdenken der großen und mächtigen Waffenfabrikanten ein Ende bereiten müsse, wenn man den Frieden in der Welt bewahren wolle«.²⁵

Die Entdeckung, dass Vickers, Zacharoffs Firma, Englands Feinde bewaffnet hatte, vergrößerte den Hass auf die Rüstungsfirmen. Deren einflussreichster Kritiker war der von seiner Begeisterung für den Völkerbund befeuerte amerikanische Präsident Woodrow Wilson. Er war es, der den historischen Artikel der Satzung anregte, in dem es heißt, die Mitglieder des Bundes stimmten darin überein, »dass gegen die Herstellung von Waffen und Gerät durch Privatunternehmen schwere Bedenken bestehen«.²⁶ Diese Bedenken führten zur Einsetzung einer Abrüstungskommission. Ihr Bericht aus dem Jahr 1921 war eine vernichtende Anklage gegen die Rüstungsfirmen, denen vorgeworfen wurde, sie hätten »Kriegspsychosen erzeugt, Regierungsvertreter bestochen, falsche Berichte über die militärischen Programme diverser Länder verbreitet und internationale Rüstungskartelle gebildet, die das Wettrüsten anheizten, indem sie ein Land gegen das andere ausspielten«.²⁷

Trotz dieser fundamentalen Kritik änderte sich in der Praxis wenig – vermutlich auch deshalb, weil die Rüstungsindustrie ohnehin in einer nie dagewesenen Krise war und es Vickers und seinem Konkurrenten Armstrong so schlechtging, dass die britische Regierung die beiden Firmen sogar zwang, miteinander zu fusionieren. So entstand Vickers-Armstrong.²⁸

Zwischen den beiden Weltkriegen agitierten alle großen Rüstungsunternehmen einschließlich Vickers-Armstrong gegen einen dauerhaften Frieden. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz von 1927 trug

William G. Shearer, ein temperamentvoller, von drei großen amerikanischen Schiffsbaufirmen für viel Geld engagierter Waffenlobbyist, dazu bei, dass jeder Schritt in Richtung auf internationale Abrüstungsverträge sabotiert wurde, indem er Ängste schürte und Propaganda für den Bau von Kriegsschiffen machte. Shearers Lobby-Arbeit war jedoch insofern kontraproduktiv, als sie unbeabsichtigt zu einem beispiellosen Kreuzzug gegen die Rüstungsfirmen führte: Kurz nach der Genfer Konferenz nämlich verklagte Shearer die drei Firmen, die ihn angestellt hatten, auf Zahlung von 258000 Dollar für seine Tätigkeit, wodurch er nicht nur sein exorbitant hohes Salär, sondern auch den Widerstand der Rüstungsfirmen gegen Abrüstung publik machte.²⁹

War die amerikanische Öffentlichkeit im verflossenen Jahrzehnt an Rüstungskontrolle noch weitgehend desinteressiert gewesen, so fielen Shearers Enthüllungen in eine Zeit, in der eine Welle des Pazifismus durch das Land ging und der Börsencrash von 1929 das unterschwellige Misstrauen gegen große Konzerne weiter verstärkt hatte. Die Indiskretionen eines einzelnen Geschäftsmanns wurden das leidenschaftliche Anliegen einer ganzen Nation. Ende 1933 gewannen die Pazifisten die Unterstützung von Gerald P. Nye, einem progressiven, aus North Dakota stammenden Senator der Republikaner, der die Kampagne gegen den Waffenhandel mit rhetorischem Eifer zu seiner Herzensangelegenheit machte: »Ist je eine irrsinnigere Gaunerei von verkommenen Geistern ersonnen und von einem aufgeklärten Volk geduldet worden?«³⁰

Im April 1934 bildete der Senat einen Ausschuss mit Nye als Vorsitzendem. Die Presse begrüßte die Kampagne: Die Zeitschrift *Fortune* etwa brachte einen Schmähartikel mit dem Titel »Arms and the Men« (Waffen und Menschen). Darin heißt es unter anderem, dass es im Ersten Weltkrieg 25000 Dollar gekostet habe, einen Soldaten zu töten, ein Betrag, von dem »ein großer Teil in die Taschen der Rüstungsfabrikanten geflossen« sei.³¹ Ein polemisches Buch, *The Merchants of Death* (Die Händler des Todes), wurde zum Bestseller, und die *Chicago Daily News* beschrieb, wie zweihundert Firmen »aus zertrümmerten Schädeln und zerschossenen Leibern kaltblütig Profit gezogen« hatten.³²

Noch im selben Jahr übergab Nyes Ausschuss dem Senat einen aufsehenerregenden Bericht. Darin zitierte er den Briefwechsel zwischen dem Präsidenten der Firma Electric Boat und seinem Pendant bei Vickers, der die

ganze Verlogenheit und Amoralität der Rüstungsbranche entlarvte, ihren Widerstand gegen jede Art von Kontrolle über das Waffengeschäft und gegen alle Friedensbemühungen und ihre ständige Bereitschaft, durch Manipulation und Bestechung zum Ziel zu kommen.³³ Der Ausschuss fragte Clarence Webster von der Flugzeugfirma Curtiss-Wright, was man unter einer Vermittlungsgebühr verstehe: »Im Grund ist es Bestechung, nicht wahr?« Websters Antwort: »Ja. Es ist ein ziemlich hartes Wort, aber genau genommen ist es das.«³⁴

Nyes Ausschuss dokumentierte anschaulich die »beständige Neigung (der Rüstungsindustrie), zum Mittel der Bestechung zu greifen und ein Land gegen das andere auszuspielen, um Waffen zu verkaufen«.³⁵ Und er brachte das Ausmaß an den Tag, in welchem die Waffenhändler von den staatlichen Stellen ihrer Länder unterstützt wurden: »Man fragt sich«, so der Senator, »ob die Armee und die Marine nur Organisationen von Vertretern der Privatindustrie sind, die vom amerikanischen Staat bezahlt werden.«³⁶ Ein Zeuge behauptete: »Die Vickers-Leute sind die schamlosesten; der Zahl nach lassen sie fast eine ganze Botschaft für sich arbeiten und spannen oft Frauen von zweifelhaftem Ruf ein.«³⁷

Obwohl die Befunde von Nyes Ausschuss von Interessenvertretern heftig angegriffen wurden, führten sie doch zur Einrichtung einer nationalen Rüstungskontrollbehörde, die die Regierung zwar nicht ermächtigte, Waffenverkäufe in Friedenszeiten zu verhindern, die aber auf ein internationales Abkommen hoffen ließ.

In Großbritannien veranlassten die Erkenntnisse des Ausschusses und der Druck der Öffentlichkeit die Labour-Partei 1934, ein »Verbot der privaten Herstellung von Waffen« zu fordern. In der Parlamentsdebatte verglich Clement Attlee, der spätere Premierminister, den Waffenhandel mit Prostitution und Sklaverei. Nach einer Abstimmung, in der sich mehr als 90 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen hatten, »die Herstellung und der Verkauf von Rüstungsgütern durch Privatbetriebe, die damit Gewinn erzielen, durch ein internationales Abkommen zu verbieten«, war die Regierung gezwungen, eine königliche Kommission zur Klärung dieser Frage einzusetzen.³⁸ Die Kommission übte umfassend Kritik am britischen Waffenhandel, formulierte sie allerdings eher vorsichtig; nur Lloyd George ließ sich zu einer grimmigen Intervention hinreißen: »Ich glaube, je weniger Sie privaten Fabrikanten

überlassen, umso geringer ist der Anreiz, Agitation für den Krieg zu unterstützen.«³⁹ Der in die Jahre gekommene Zacharoff hatte zu dieser Zeit offenkundig kaum noch Einfluss auf seinen alten Freund aus Kriegszeiten.

Die Sprecher von Vickers erklärten der Kommission den Modus Operandi der Firma:

Mr Yapp (Vickers): Wir zahlen unseren Vertretern einen gewissen Prozentsatz Provision.

Dame Rachel Crowdy: Einen gewissen Prozentsatz?

Yapp: Ja. Aber wie viel der Vertreter davon in die eigene Tasche steckt oder was er damit macht, darüber haben wir keine Kontrolle.

Crowdy: Also bestreitet er all seine Ausgaben aus seiner Provision?

Sir Charles Craven (Vickers): Ja.

Crowdy: Und alle Schmiergelder zahlt er ebenfalls aus seiner Provision?

Craven: Natürlich.⁴⁰

Zu der Zeit, als die Kommission Bericht erstattete, kam es zu einem Umschwung in der öffentlichen Meinung, und es begann, wieder besser zu stehen um die britischen Rüstungsfirmen. Grund dafür war das aggressive Verhalten Nazi-Deutschlands, wo Krupp sich mit Hitler arrangiert hatte und seine Fabriken zur Herstellung von Waffen zur Verfügung stellte. Die massive Wiederaufrüstung Großbritanniens bedeutete die Rettung für seine Rüstungsfirmen. Die unmittelbare Bedrohung, die sie begleitende Kriegspropaganda und die neuerliche Verherrlichung des Militärs setzten der Kritik an den Waffenfabrikanten ein Ende.

Die Firmen erhielten in erheblichem Umfang staatliche Unterstützung, um Schiffswerften und Fabriken zu modernisieren, und da die Behörden die Gewinne einer strengen Kontrolle unterwarfen, konnte der Vorwurf der »Kriegsgewinnlerei« nicht erhoben werden. Der Export von Waffen verlor an Bedeutung und wurde strenger überwacht. Das Luftfahrtministerium hatte heftige Kontroversen mit Vickers und anderen Firmen wegen verspäteter oder mangelhafter Lieferungen und musste sich an Lockheed in Amerika wenden, um genügend Bomber zu beschaffen. Doch die gefeierte Spitfire, nach der Luftschlacht um England 1941 zum Mythos geworden, stellte Vickers' Ansehen wieder her und ließ die unliebsamen Erinnerungen an den verstorbenen Basil Zacharoff endgültig verblassen. Vickers stand im Zenit seines Ruhms.⁴¹

Der Zweite Weltkrieg führte in Großbritannien und anderen Ländern zur

Entstehung eines neuartigen militärisch-industriellen Komplexes. Diese Form der militarisierten Wirtschaft – entstanden in Zeiten des Imperialismus und während des Krieges gewaltig expandiert – blieb bis in die Zeit des Kalten Krieges weitgehend bestehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Waffenhandel für die Dauer eines Jahrzehnts mehr oder weniger anglo-amerikanisches Monopol.⁴² Die britische Rüstungsindustrie wurde durch den Niedergang des Imperiums am Leben erhalten, da Länder, die die Unabhängigkeit erlangten, Waffen begehrten, um ihren Status und ihre Sicherheit zu erhöhen. Von 1945 bis 1955 verkaufte Großbritannien Waffen im Wert von mehr als 2 Mrd. Dollar an private Händler und im Wert von 1,7 Mrd. Dollar an Staaten – Kriegsschiffe nicht mitgerechnet.⁴³ Die Gründung der NATO und das Fließen amerikanischer Hilfsgelder nach Europa boten zusätzliche Gelegenheiten für Verkäufe. Die Amerikaner, deren Interessen mehr diplomatischer als kommerzieller Natur waren, kauften in England Ausrüstung für den Kontinent. Die beiden Länder arbeiteten eng zusammen, und da sie sich an ungeschriebene Abmachungen über ihre Einflussbereiche hielten, konnten sie harte Konkurrenz beim Waffenverkauf vermeiden.⁴⁴

Denkt man an die Reaktionen auf den Ersten Weltkrieg, so ist es verwunderlich, dass der florierende Waffenhandel nach dem verheerendsten Krieg in der Geschichte der Menschheit in der Öffentlichkeit nicht mehr Besorgnis hervorrief. Fragen der Abrüstung wurden zwar so intensiv diskutiert wie nie zuvor, doch stand dabei stets die nukleare Abrüstung im Vordergrund. Verglichen mit der neuen Gefahr eines nuklearen Holocaust schien das Problem des Exports konventioneller Waffen vergleichsweise harmlos und als Nebenprodukt des sich verschärfenden Kalten Krieges unvermeidlich.

Als der Kalte Krieg sich ausweitete und der britische Einfluss schwächer wurde, stießen die Amerikaner in traditionell britische Einflussgebiete vor, um der Bedrohung durch die wachsende Rüstungsindustrie der Sowjets zu begegnen. Anfang der sechziger Jahre waren die Vereinigten Staaten der mit Abstand größte Exporteur von Waffen, und Großbritannien musste hart um seine Märkte im Ausland kämpfen.

Die Bemühungen von Vickers-Armstrong, das größte Rüstungsunternehmen

der Welt zu bleiben, waren zum Scheitern verurteilt. Das Kriegsschiff, fünfzig Jahre lang Vickers' Kronjuwel, hatte nach dem Krieg an Bedeutung verloren, und der Bau von Düsenjets wurde allmählich zu komplex und zu teuer für eine einzelne britische Firma.⁴⁵

In Europa bedeutete der Wiederaufstieg Frankreichs als führender Hersteller von Rüstungsgütern, vor allem von Flugzeugen, eine Kampfansage an Großbritannien. Hauptvertreter der französischen Rüstungsindustrie war Marcel Dassault. Der Sohn eines jüdischen Arztes wuchs Ende des 19. Jahrhunderts in Paris auf und entwickelte früh eine Leidenschaft fürs Fliegen, die ihn im Ersten Weltkrieg eine eigene Firma zum Bau von Flugzeugen gründen ließ. Nach der Niederlage Frankreichs 1940 wurde er gemeinsam mit anderen französischen Flugzeugbauern interniert. Da er sich weigerte, als Gegenleistung für seine Freilassung für die Nazis zu arbeiten, wurde er 1944 nach Buchenwald deportiert und, auch dort nicht zur Kooperation bereit, zum Tode verurteilt. Die Ankunft der alliierten Truppen rettete ihn. Als er das Lager verließ, war er zweiundfünfzig Jahre alt, ausgemergelt und auf einem Ohr taub, aber noch immer brannte in ihm der Ehrgeiz, Flugzeuge zu bauen. Nach dem Krieg nahm er, der eigentlich Bloch hieß, den Namen Dassault an, der seinem Bruder zur Zeit der Résistance als Pseudonym gedient hatte, schmiedete eine enge politische Allianz mit de Gaulle und ließ sich 1951 für sieben Jahre als Abgeordneter ins französische Parlament wählen. Bereits 1947 gründete er ein Unternehmen, das in puncto Effizienz und Innovation die angelsächsischen Konkurrenten weit übertraf.⁴⁶ Seine berühmteste Schöpfung war die für ihren Deltaflügel und ihren Raketenantrieb berühmte Mirage. Sie wurde zu einem der erfolgreichsten Exportartikel Frankreichs und zu einem bedeutsamen Faktor der französischen Außenpolitik. Mit seinem immensen Reichtum, seiner beherrschenden Stellung in der französischen Rüstungsindustrie, seinen politischen Verbindungen und der von ihm gegründeten Wochenzeitung *Jours de France* verkörperte Dassault so etwas wie einen militärisch-industriellen Ein-Mann-Komplex.

Doch weder die Franzosen noch die Briten konnten auf Dauer mit den steigenden amerikanischen Exporten mithalten. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, ermunterte die britische Regierung die Industrie zu Rationalisierungen, aus denen Rolls-Royce, Hawker Siddeley Aviation und die

British Aircraft Corporation (BAC) als die großen Gewinner hervorgingen.⁴⁷ Die BAC wurde am 1. Juli 1960 durch Fusion der Flugzeugabteilung von Vickers-Armstrong mit drei kleineren Firmen gebildet. Vickers-Armstrong war mit 40 Prozent der größte Anteilseigner. Der einzige wirkliche Erfolg des Unternehmens war jedoch nur ein eher kleines Zivilflugzeug, die BAC 1-11, die später auch Leonid Minin gefallen sollte. Schließlich verstaatlichte die Regierung, die den Konkurs des Unternehmens befürchtete, aber nicht bereit war, es finanziell zu stützen, die BAC im Jahr 1977 und führte es mit Hawker-Siddeley und Scottish Aviation zusammen. Die neue Gruppe erhielt den Namen British Aerospace.⁴⁸

1979 brachten die Wahlen in Großbritannien Margaret Thatcher an die Macht, die sich als Anhängerin eines Marktfundamentalismus unter anderem für weitreichende Privatisierungen einsetzte. Die Zeit von BAE im Staatsbesitz endete daher Anfang 1981, als die Gruppe in eine Aktiengesellschaft überführt wurde. Der Staat verkaufte gut 51 Prozent der Anteile und stieß den Rest bis auf eine Schlüsselbeteiligung, die ihm ein Vetorecht gegen Übernahme des Unternehmens durch ausländische Anteilseigner gab, 1985 ab.⁴⁹

1987 erwarb BAE Royal Ordnance, eine Gruppe verstaatlichter Waffenfirmen, die Munition, Handfeuerwaffen, Panzer, Artillerie und Sprengstoffe herstellten. Vier Jahre später kam Heckler & Koch, ein Hersteller von Pistolen und Maschinengewehren, hinzu.⁵⁰ 1999 fusionierte die Gruppe mit Marconi Electronic Systems, und aus British Aerospace wurde BAE Systems. Die Namensänderung sollte das Unternehmen offenkundig vom Image einer rein britischen Firma befreien: Schließlich verkaufte es dem amerikanischen Verteidigungsministerium mehr Waffen als dem britischen.⁵¹

Dass die »neue« BAE überlebte, verdankte sie zunächst allerdings weniger dem Pentagon als einem Wüstenstaat mit zweifelhaftem Ruf. Saudi-Arabien hatte sich als Land erst 1925 gebildet, nachdem der auch unter dem Namen Ibn Saud bekannte Abdul Aziz in einem vierundzwanzig Jahre dauernden Feldzug die Stämme Arabiens unterworfen und geeint hatte. Das Land ist bis auf den heutigen Tag eine absolute Monarchie, in der die Nachkommen von Abdul Aziz den König und viele der wichtigsten Minister stellen.⁵² Saudi-Arabien verdankt seinen Reichtum und seinen Status den riesigen Ölfeldern im Osten des Landes

und den beiden heiligsten Stätten des Islam, Mekka und Medina, im Westen. Die Verbindung von ungeheurem Ölreichtum und strenger, fundamentalistischer Religionsausübung hat eines der großen Rätsel der Welt hervorgebracht.

Saudi-Arabien verfügt über ungefähr ein Fünftel der weltweit bekannten Ölvorkommen⁵³ und war lange größter Ölexporteur; erst in jüngster Zeit scheint das Land von Russland als wichtigstem Ölproduzenten abgelöst worden zu sein.⁵⁴ Das schwarze Gold, das Saudi-Arabien 80 Prozent seiner staatlichen Einnahmen, 90 Prozent seiner Exporterlöse und 45 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts beschert,⁵⁵ war im Jahr 1938 entdeckt worden, nachdem Jack Philby, der englische Berater von König Abdul Aziz, diesen überredet hatte, Bohrungen zuzulassen. Jack Philby, der Vater von Kim Philby, jenem berühmt-berüchtigten Engländer, der als sowjetischer Spion enttarnt wurde, war von der britischen Regierung als allzu kleines Licht entlassen und von Standard Oil of California engagiert worden. Für eine Abschlagszahlung von 175000 Dollar in Gold und einen Kredit in Höhe von 600000 Dollar sicherte er seinem neuen Arbeitgeber eine Konzession für Bohrungen. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von sechzig Jahren und bezog sich auf eine Fläche von knapp einer Million Quadratkilometern.⁵⁶ Er war zweifellos das Schnäppchen des Jahrhunderts. Dreißig Jahre lang wurde das Ölgeschäft der Saudis von der ARAMCO (der Arabian American Oil Company), einem Konsortium von Saudis und amerikanischen Ölgesellschaften, kontrolliert.

Der Ölreichtum hat es dem Land ermöglicht, eine symbiotische Beziehung mit dem Westen einzugehen, in der als Gegenleistung für eine ungeschriebene Sicherheitsgarantie und die Befriedigung eines anscheinend unersättlichen Hungers nach Waffen jede Menge Öl fließt. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben zwar Gesetze erlassen und Abkommen unterzeichnet, nach denen sie verpflichtet sind zu überprüfen, ob in dem jeweiligen Importland die Menschenrechte eingehalten werden, doch wenn es darum geht, dem autokratischen, repressiven und frauenfeindlichen Regime Saudi-Arabiens Waffen zu verkaufen, werden beiden Augen zugedrückt. Menschenrechtsverletzungen sind dort an der Tagesordnung. Die Ausübung anderer Religionen als der des Islam ist verboten, politische Parteien existieren nicht.⁵⁷ Amnesty International beschrieb die Lage des Jahres 2008 wie folgt:

Tausende von Menschen waren weiterhin ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Menschenrechtsaktivisten

und Regierungskritiker, die sich friedlich für politische Reformen eingesetzt hatten, wurden inhaftiert oder befanden sich nach wie vor in Gewahrsam, darunter auch politische Gefangene. Frauen wurden weiterhin schwer diskriminiert, sowohl vor dem Gesetz als auch im täglichen Leben. Arbeitsmigranten litten unter Ausbeutung und Missbrauch und hatten kaum Möglichkeiten, ihre Rechte einzuklagen. Das Strafrechtssystem war weiterhin von Geheimhaltung und Willkür geprägt. Systematische Folterungen und andere Misshandlungen von Gefangenen waren weit verbreitet, und die Täter gingen straffrei aus. Auspeitschungen wurden auch im Berichtsjahr häufig als Haupt-oder Zusatzstrafe verhängt. Die Todesstrafe wurde weiterhin sehr häufig angewandt und traf in diskriminierender Weise hauptsächlich Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern sowie Frauen und Arme. Mindestens 102 Menschen wurden hingerichtet.⁵⁸

Geoffrey Edwards, ein Geschäftsmann aus Yorkshire, eine stattliche Erscheinung mit einem mächtigen Schädel und Stentorstimme, der 1960 nach Saudi-Arabien gekommen war, um die Lage auf dem zivilen Baumarkt zu erkunden, sah das Potential für Waffenverkäufe. Er setzte sich mit britischen Firmen in Verbindung und wurde Agent für ein Konsortium aus BAC, Associated Electrical Industries (AEI) und Airwork. Edwards stellte bald eine enge Beziehung zu dem frischgebackenen Minister für Verteidigung und Luftfahrt, Prinz Sultan her, dem Halbbruder König Faisals und Vater von Prinz Bandar. Edwards war außerdem so schlau, den Bruder Prinz Sultans, Prinz Abdul Rahman, als Agenten zu engagieren und ihm die Hälfte der Provisionen zu versprechen, die er von AEI erhalten würde. Darüber hinaus zog er Gaith Pharaon, einen einflussreichen saudischen Finanzier, zu Rate, dessen Vater der Leibarzt des Königs war. Edwards gab später an, Pharaon 80000 britische Pfund bezahlt zu haben.⁵⁹

Die Saudis wollten damals unbedingt Kampffjets der jüngsten Generation erwerben. Edwards war jedoch nicht der Einzige, der sich um Verträge mit der saudischen Luftwaffe bemühte. Es gab harte Konkurrenz von Dassault und den amerikanischen Firmen Lockheed und Northrop. Das britische Außenministerium hatte anfänglich wenig Interesse an einem Abschluss, da man Saudi-Arabien als Domäne der Amerikaner betrachtete. Doch als 1964 eine Labour-Regierung an die Macht kam und mit einer Finanzkrise fertig werden musste, sah der rechts stehende Edwards eine Chance. Er verschaffte sich Zugang zum amtierenden Luftfahrtminister und überzeugte ihn von den enormen ökonomischen Vorteilen des Geschäfts. Der Minister entsandte seinen parlamentarischen Staatssekretär John Stonehouse mit dem Auftrag, die Verhandlungen voranzutreiben. Stonehouse schrieb später:

Die meisten Leute in der Regierung missbilligten Geoffrey Edwards als einen Waffenhändler, der nur hinter seinen fetten Provisionen her war. Ich tat das nicht. In einer Region wie Arabien würde ein großer Teil der Provision ohnehin für Bestechungsgelder draufgehen, und überhaupt, was hatte man davon, päpstlicher als der Papst zu sein in einer Zeit, in der Englands Fabriken dieses Geschäft bitter benötigten und unsere Zahlungsbilanz die fremde Währung gut gebrauchen konnte!⁶⁰

Edwards glaubte zu wissen, dass Prinz Sultan britische Lightning-Jets haben wollte. Er hatte gehört, dass der Prinz von den Amerikanern enttäuscht sei und sich aus der Abhängigkeit von ihnen befreien wolle. Aber vielleicht hatte der Prinz diese ermutigenden Gerüchte geschickt selbst verbreitet, um die Konkurrenz anzuheizen und von den Amerikanern ein besseres Angebot zu erhalten! Aber die Amerikaner waren nicht gerade scharf darauf, dass Saudi-Arabien den von Lockheed gebauten Starfighter erwarb, der technisch so avanciert war, dass er die Machtbalance in der Region stören würde – vor allem im Hinblick auf Israel –, und so führte Diplomatie auf höchster Ebene zwischen London und Washington schließlich zu einem den Saudis gemeinsam unterbreiteten Angebot. Im Dezember 1965 nahmen die Saudis das Angebot an, das auf britischer Seite zweiundvierzig BAC-Lightning-Jets, ein AEI-Radarsystem und die Schulung des Personals durch die Firma Airwork umfasste. Der Deal soll das bis dahin größte Exportgeschäft Großbritanniens gewesen sein.

Noch während die Verhandlungen zwischen London und Washington liefen, kam es zwischen den Firmen und ihren Unterhändlern allerdings zu Missstimmungen. Jede Firma hatte ihre eigenen Unterhändler, von denen einige aber heimlich mehrere Anbieter repräsentierten. Und jeder bezichtigte nun alle anderen der Bestechung. Kim Roosevelt, ein Unterhändler von Northrop, hatte als Angehöriger der CIA den Staatsstreich geleitet, mit dem im Iran Mossadegh gestürzt und der Schah wieder an die Macht gebracht worden war, und er war nicht abgeneigt, seine weitreichenden Kontakte zum Geheimdienst zu nutzen. Den Führungskräften von Northrop versprach er: »Meine Freunde von der CIA werden die Dinge im Auge behalten.«⁶¹ Prinz Mohammed, ein weiterer Unterhändler von Northrop, hielt den König über die Schmiergelder, die Lockheed zahlte, auf dem Laufenden. Lockheed hatte Adnan Kaschoggi engagiert, einen damals noch jungen, unbekanntem Waffenhändler, der später zu einem neuen Basil Zacharoff aufsteigen sollte. Er stellte enge Beziehungen zu Prinz Sultan her und wurde ausgiebig als jederzeit zu verleugnender

Verbindungsmann für die Überbringung von Schmiergeldern eingesetzt.⁶²

Mindestens 7,8 Millionen Pfund wurden an Provisionen und Schmiergeldern für die britischen Verträge gezahlt, und drei verschiedene staatliche Stellen wussten davon: die Abteilung für Exportkreditbürgschaften des Handels- und Industrieministeriums, das Finanzministerium sowie die Steuerbehörden.⁶³ Geoffrey Edwards, der der BAC geholfen hatte, den Vertrag über den Verkauf der Lightning-Jets unter Dach und Fach zu bringen, erhielt dafür 1,5 Prozent Provision, was mehr als zwei Millionen Pfund ergab, einen für die damalige Zeit gigantischen Betrag.⁶⁴ Er behauptete nonchalant, diese Zahlungen hätten den Gepflogenheiten entsprochen, seien legal und alles andere als geheim gewesen: »Sie waren das Honorar für geleistete Dienste.«⁶⁵ Um die enormen Schmiergelder aufbringen zu können, die an Gaith Pharaon und fünf saudische Prinzen gingen, erhöhte die BAC den Preis für jeden Lightning-Jet um 50000 Pfund, die als »Vermittlungsgebühren« verbucht wurden.⁶⁶

Nach dem Deal verklagte Edwards AEI, weil die Firma sich weigerte, die ihm zustehende Provision zu zahlen, und statt seiner einen zwielichtigen Mittelsmann entlohnte, der später in Paris ermordet wurde. Edwards wurde seinerseits von drei Unterhändlern verklagt – Prinz Abdul Rahman war einer von ihnen –, die darauf bestanden, dass der Mann aus Yorkshire ihnen Geld für den Deal schulde.⁶⁷ Edwards zog sich auf die Insel Jersey zurück und arbeitete kurze Zeit als Unterhändler für Lockheed. Dann gründete er eine eigene Firma, die mit dem Nahen Osten Handel trieb. Später wurde bekannt, dass der britische Vertrag und Edwards' Provisionen nichts waren im Vergleich zu den Verträgen von Lockheed und Northrop und zu den kolossalen Provisionen, die Kaschoggi erhalten hatte.

Und John Stonehouse, der das ganze Geschäft überhaupt erst ermöglicht hatte? Stonehouse lernte im Gefolge seines saudi-arabischen Engagements die Schattenseiten des Lebens kennen. Nachdem er im Staatsdienst aufgestiegen war, begann er, privat zu spekulieren, und verschuldete sich dabei bis über die Ohren. 1974 verschwand er am Strand von Miami, wurde aber, unter falschem Namen lebend, in Australien aufgespürt und 1976 wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu sieben Jahren Haft verurteilt.⁶⁸

Für die Saudis war der Deal kein großer Erfolg. Die Lightning-Jets waren besser für die Küstenwache Großbritanniens geeignet als für den Einsatz über

den unermesslichen Wüsten Arabiens.⁶⁹ Nach zahlreichen technischen Problemen unmittelbar nach Lieferung der Jets stürzte eine Lightning bei einem Demonstrationsflug im September 1966 über Riad ab. Doch das größte Problem, mit dem die Saudis zu kämpfen hatten, war die Unzulänglichkeit von Airwork, der Firma, die mit den Schulungs- und Wartungsverträgen betraut worden war. Die vielfältigen Aufgaben überstiegen die Möglichkeiten der Firma, und so musste sich das britische Verteidigungsministerium stärker engagieren. Ehemalige Piloten der Royal Air Force wurden angeworben, um die Flugzeuge zu fliegen, was sie praktisch zu fremdfinanzierten Söldnern der Saudis machte. Schließlich gründeten die Briten sogar eine eigene Organisation in Riad, um das Programm gemeinsam mit den Saudis zu überwachen. Was als scheinbar einfaches kommerzielles Geschäft begonnen hatte, endete, wie viele künftige Waffengeschäfte, als größeres staatliches Engagement.⁷⁰

Trotz der Unzufriedenheit der Saudis und der Tatsache, dass die Briten sich wieder gegen amerikanische Konkurrenz durchsetzen mussten, unterzeichneten die beiden Länder 1973 einen neuen, 253 Millionen Pfund schweren Vertrag über die Lieferung von zehn Strikemaster-Kampffjets und deren Wartung.⁷¹ Bei diesem offiziellen Handelsabkommen wurden mindestens 30 Millionen Pfund an Provisionen gezahlt.⁷² Die britische Regierung war unmittelbar in die Zahlungen involviert, da das Verteidigungsministerium den Vertrag mit Riad und mit der BAC als dem Hauptlieferanten abschloss. Die offiziell geprüfte Gewinnspanne des Unternehmens war eine Fiktion. Nur so konnten die Provisionen finanziert werden, die auf anonyme Schweizer Bankkonten flossen.⁷³

Willie Morris, von 1968 bis 1972 britischer Botschafter in Saudi-Arabien, schrieb: »Die Saud-Familie betrachtet Saudi-Arabien als Familienunternehmen ... Die Unverfrorenheit eines Prinzen, der einem erzählt, was richtig ist und was falsch, obwohl man weiß (und er wahrscheinlich weiß, dass man es weiß), dass sein Anteil am Lieferpreis bei 20 Prozent liegen dürfte, ist atemberaubend.«⁷⁴ Die Welt der Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien, so Morris, ist »korrupt. Bestechung ist von entscheidender Bedeutung ... das ›System‹ ist bestenfalls ein riesengroßes Ärgernis, allerdings ein potentiell explosives – eine Zeitbombe, die das Regime jederzeit in die Luft jagen kann ... Es ist ein von Raubtieren bevölkerter Dschungel, in dem man sich vorsichtig bewegen und auf alles gefasst sein muss.« Und Prinz Sultan »hat an allen

Verträgen natürlich ein korruptes Interesse«. ⁷⁵

Als der neue britische Außenminister David Owen 1977 sein Amt antrat, wurde er in einer Depesche mit der Taktik vertraut gemacht, mit der Unternehmen die königliche Familie bestechen: »Um einen Vertrag zu erhalten, muss sich ein Unternehmen nicht nur der Unterstützung eines hohen Prinzen versichern – was oft durch einen eingeführten Unterhändler geschieht, über den beträchtliche Provisionen gezahlt werden müssen –, sondern auch die vieler Minister, Beamten und kleiner Angestellter.« ⁷⁶

Um diese Praxis zu legalisieren, wurde im Mai 1977 die Cooper-Direktive erlassen. Diese nach ihrem Verfasser Frank Cooper, dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, benannte geheime Richtlinie ermächtigte den obersten Beamten, Provisionen für zwischenstaatliche Verträge zu bewilligen und dem Minister Informationen über deren Zahlung vorzuenthalten. Die Provisionen würden als »zulässig« betrachtet, wenn die involvierte britische Firma bestätigte, dass sie unabdingbar seien, um den Vertrag zu erhalten. Die Direktive wies die Beamten an, »allzu eingehende Befragungen« der Firmen zu unterlassen. ⁷⁷ 1994 wurde die Cooper-Direktive mit obskuren Bestimmungen neugefasst: »Die Beamten sollten Provisionszahlungen nicht mehr sichtbar ›bewilligen‹ und über sie auch nicht mehr korrespondieren. Stattdessen sollten sie ›sich ein Urteil bilden‹ und ›eine Empfehlung abgeben‹.« ⁷⁸ Laut Auskunft nach einer Anfrage gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz ist diese Richtlinie noch heute gültig. ⁷⁹

Und so, mit dem Handstreich eines einzelnen Beamten und dem Segen seines politischen Dienstherrn, des Premierministers, der Ministerkollegen informell wissen ließ, dass das Vereinigte Königreich in Sachen Korruption nicht denselben hohen Maßstab anlegen könne wie die Vereinigten Staaten, ⁸⁰ hatte Großbritannien unwiderruflich entschieden, dass es bei Waffengeschäften mit Saudi-Arabien auch in Zukunft das Gesetz brechen werde.

Die beiderseitigen Beziehungen der Staaten wurden dadurch selbstverständlich nur noch vertieft. Als König Faisal im März 1975 starb, wurde passenderweise der Verteidigungsminister entsandt, um die Briten bei der Beerdigung zu repräsentieren. 1976 stattete Prinz Sultan, noch immer Minister für Verteidigung und Luftfahrt, London seinen ersten Besuch ab. Großbritannien wollte dem Königreich Jaguar-Jets verkaufen. ⁸¹ Die Saudis hatten zwar bis dahin

stets in den Vereinigten Staaten gekauft, doch 1976 blockierte der Kongress den Verkauf von Maverick-Raketen an das Königreich, und der liberale Jimmy Carter wurde zum Präsidenten gewählt. In dieser Zeit der Ungewissheit wollten die Saudis rasch Vereinbarungen mit ihren anderen Waffenlieferanten treffen.

Im September 1977 unterzeichnete die BAC einen Nachfolgevertrag, der die »Saudisierung« der Luftwaffe des Königreichs bis 1982 fortführen sollte. Der Vertrag soll einen Auftragswert von 500 Millionen Pfund gehabt haben.⁸² An Provisionen wurden 60 Millionen Pfund gezahlt, was der britischen Regierung mit Sicherheit bekannt war. Der Leiter der Rüstungsexportbehörde bezeichnete Provisionen in dieser Höhe als das, was »üblicherweise verlangt« werde, wobei »die Summen allerdings sehr hoch sind und die geforderten Vermittlungsgebühren bei künftigen, noch ehrgeizigeren Rüstungsprojekten jedes Maß überschreiten werden, wenn man sie nicht irgendwann begrenzt«.⁸³

Die Provisionen, die insgesamt 15 Prozent des Auftragswertes ausmachten, wurden aufgebracht, indem man den Saudis von vornherein 10 Prozent mehr berechnete, die restlichen 5 Prozent wurden der unverhältnismäßig hohen Gewinnspanne der BAC entnommen.⁸⁴

Die ganzen siebziger Jahre hindurch profitierten außer Großbritannien vor allem die Vereinigten Staaten und Frankreich von den großzügigen Aufwendungen der Saudis für Waffen. Die Verträge, die Großbritannien 1967, 1973 und 1977/78 mit Saudi-Arabien abschloss, hatten einen Gesamtwert von ungefähr 4,5 Milliarden Pfund (nach heutigem Geldwert), von denen mindestens 500 Millionen Pfund auf Provisionen entfielen.⁸⁵

Doch der wirkliche Geldsegen sollte erst noch kommen.

Alte Kameraden

Während BAE Systems zu den höchsten Höhen des offiziellen Waffenhandels aufstieg, repräsentierte eine kleine, von einem beleibten, leutseligen ehemaligen Nazi geleitete deutsche Firma die finstersten Tiefen der Schattenwelt, den Grenzbereich zwischen dem legalen und dem illegalen Waffenhandel.

Die Ursprünge von Merex gehen auf die ersten Junitage des Jahres 1945 zurück, als sich, gut einen Monat nach Hitlers Selbstmord, auf einer Veranda in Wiesbaden zwei Männer gegenüber saßen. Der eine, der deutsche General Reinhard Gehlen, hatte sich einen Monat zuvor in amerikanische Kriegsgefangenschaft begeben. Der andere war John R. Boker Jr., ein amerikanischer Offizier des militärischen Geheimdienstes, der die Aufgabe hatte, ranghohe deutsche Offiziere zu verhören. Die beiden erörterten ein Vorhaben, das sowohl für Deutschland als auch für die Zukunft der Welt gravierende Folgen haben sollte: Es ging darum, einen Geheimdienst nach amerikanischem Muster aufzubauen mit ausschließlich deutschen Mitarbeitern.¹

Gehlen war im Mai 1942 zum Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost ernannt worden, einer Art Geheimdienstabteilung des deutschen Generalstabs an der Ostfront.² Seine Erfahrungen dort hatten ihm die Augen geöffnet: Obwohl überzeugter Nazi, hatte er bald eingesehen, dass Deutschlands Chancen, den Krieg zu gewinnen, gering waren. Um die Methoden und die Stärke der Sowjets wissend, hatte Gehlen Oberstleutnant Gerhard Wessel, einem Kollegen bei den Fremden Heeren Ost, seine Einschätzung anvertraut, dass das Ende des Krieges sehr deutlich zeigen werde, was sich jetzt noch die wenigsten vorstellen konnten: dass die Welt der nächsten Dekaden in zwei Blöcke geteilt sein würde, in einen westlichen und einen östlichen, und dass der nächste große Konflikt ein Ost-West-Konflikt sein würde. Und dieser Konflikt würde jeden betreffen, würde

von jedem Gefolgschaft verlangen, entweder auf der einen oder der anderen Seite: »Es war lebenswichtig, sich mit der einen oder der anderen Seite zu verbünden; eine neutrale Position einzunehmen sei nicht möglich«, erinnerte sich Wessel in einer späteren Stellungnahme gegenüber den US-Behörden.³ Gefangen zwischen zwei Weltmächten, entschieden sich Gehlen und Wessel für den Westen.

Nachdem sie sich über ihre Lage klar geworden waren, machten Gehlen und seine Mitarbeiter in der Abteilung Fremde Heere Ost Pläne. Umfangreiche Dossiers des deutschen Geheimdienstes über sowjetische Aktivitäten, mit Luftaufnahmen von russischen Industriekomplexen und detaillierten Informationen über die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Luftwaffe, wurden fertig ausgearbeitet und versteckt – etwa in eigens zu diesem Zweck gegrabenen Löchern unter den Dielenbrettern von Försterhütten. Und als die Zeit gekommen war, stellten sich Gehlen und seine Kollegen den Amerikanern und boten ihnen als Gegenleistung für gute Behandlung ihre Unterlagen an.

Für John R. Boker Jr. war das ein gutes Geschäft. Überzeugt von der Qualität des deutschen Geheimdienstes, überwachte Boker die Wiederherstellung der aus den Verstecken geholten Akten und durchkämmte die Kriegsgefangenenlager, um Gehlen wieder mit seinen ehemaligen Kollegen zusammenzubringen. Aus Furcht, amerikanische Instanzen, die sich weniger nachsichtig gegenüber Nazi-Offizieren verhalten und seine Pläne zunichte machen würden, setzte Boker alles daran, sein Tun geheim zu halten und Gehlens Organisation zu schützen.⁴ Im August wurden Gehlen und eine Reihe hochrangiger Kollegen in der Privatmaschine eines US-Generals nach Washington und von dort zum Pentagon geflogen.

Gehlen saß in den USA in Einzelhaft,⁵ beeindruckte den ihn ausbildenden amerikanischen Geheimdienst aber so sehr, dass er nach nicht einmal einem Jahr nach Deutschland zurückgebracht wurde. Dort erhielt er die Aufgabe, einen von den USA unterstützten deutschen Spionagering zu leiten, der russische Aktivitäten ausforschen sollte. Innerhalb der nächsten zehn Jahre steckten die Vereinigten Staaten geschätzte 200 Millionen Dollar in diesen auch unter dem Namen Organisation Gehlen bekannten Ring.

1955 wurde die Organisation Gehlen mit ihren nunmehr Tausenden von Undercover-Agenten formell in den Dienst der Bundesrepublik Deutschland

übernommen und erhielt den Namen Bundesnachrichtendienst (BND).⁶ Gehlen, der Star des deutschen Geheimdienstes, leitete den BND bis zu seiner Pensionierung 1968. Und John R. Boker? Boker, als Privatmann Briefmarkensammler mit Weltruf, erhielt 1990 verspätete Anerkennung für seinen Weitblick durch Aufnahme in die »Hall of Fame« des amerikanischen Militärgeheimdienstes.

Nach dem Krieg landete nicht nur Gehlen derart sanft wieder auf den Füßen, sondern auch viele anderen hochrangige Nazis, von denen viele ein Netzwerk bildeten, das den Aktivitäten der Organisation Gehlen und des späteren BND zuarbeitete. Es war daher vermutlich keine allzu überraschende Entdeckung, dass ein BND-Mitarbeiter prominenter Angehöriger einer SS-Einheit gewesen war, der in Russland 24000 Zivilisten – zum größten Teil Juden – ermordet hatte.⁷ Aber nicht nur die Vergangenheit des BND war schmutzig, die Gegenwart war es nicht minder: Auf der Tagesordnung standen Foltertraining, Söldnerdienste und – Waffenhandel.

Gerhard Mertins war einer von jenen vielen hochrangigen Nazis, die unbehelligt das Ende des Dritten Reichs erlebten und mithilfe von Kontakten innerhalb der Organisation Gehlen zu Reichtum kamen. Mertins hatte sich in der Wehrmacht ausgezeichnet und war zum Major aufgestiegen. 1944 war er für Tapferkeit am »D-Day«, bei den erfolglosen Versuchen, die Invasion der Alliierten zu verhindern, als einer von insgesamt nur 7000 deutschen Soldaten mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet worden.⁸

Dem äußeren Anschein nach ein zufriedener und verträglicher, immer hilfsbereiter Mensch, war Mertins in Wahrheit mit allen Wassern gewaschen – einer, der »jeden über den Tisch zog«, wie ein enger Mitarbeiter urteilte.⁹ Mertins übernahm schon kurz nach dem Krieg einen Posten bei Volkswagen, einem Unternehmen mit makellosem Nazi-Stammbaum. Über seine Aktivitäten bis Anfang der fünfziger Jahre ist nur wenig bekannt, ziemlich sicher ist aber, dass er in zwielichtiger Gesellschaft verkehrte. Laut Dokumenten des Geheimdienstes der US-Armee war Mertins der Kopf des Bremer Ablegers der Grünen Teufel, eines Verbands von ehemaligen Fallschirmjägern, die für die Wiederbewaffnung Deutschlands agitierten.¹⁰ Zum Bremer Ableger gehörte außer einer Reihe von mutmaßlichen Kriegsverbrechern auch General Kurt Student, der Mann, der für die Planung und Durchführung der deutschen

Invasionen in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg verantwortlich gewesen war.

Der in enger Verbindung mit alten Nazis jeglicher Couleur stehende und an seinen rechtsradikalen Ansichten festhaltende Mertins nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der alte Geist im Nachkriegsdeutschland noch immer wehte. So lud er beispielsweise 1950 Otto Ernst Remer, den Gründer der Sozialistischen Reichspartei (SRP), ein, in Bremen zu den Mitgliedern seiner Veteranengruppe zu sprechen. Das Programm der SRP war von demjenigen Hitlers kaum zu unterscheiden, leugnete jedoch den Holocaust. Obwohl Mertins in Sachen Wiederbewaffnung mit Remer in einigen Punkten nicht einer Meinung war,¹¹ wurde er »als wichtiger SRP-Sympathisant eingeschätzt«, der – so der US-Geheimdienst – »die Partei finanziell unterstützen werde«.¹²

Mertins' Beziehungen zu Veteranen und ehemaligen Nazis kamen ihm zustatten, als er sich entschloss, bei Volkswagen zu kündigen. Im September 1951 reiste er nach Ägypten, um sich an einem bizarren Projekt zu beteiligen, das ihm Eingang in die Welt des Waffenhandels verschaffen sollte.

Die ägyptische Armee war 1948 in einem Krieg mit dem neu gegründeten Staat Israel gedemütigt worden. König Faruk reagierte auf diese Niederlage, indem er – mit heimlicher Unterstützung der CIA und der Organisation Gehlen – eine Reihe ehemaliger deutscher Militärs zur Ausbildung seiner Truppen anheuerte. Als Mertins im September 1951 in Ägypten ankam, wurde er Adjutant eines der Leiter der Gruppe, des ehemaligen Wehrmachtgenerals Wilhelm Fahrmbacher, der im Zweiten Weltkrieg ebenfalls mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet worden war.¹³

Nachdem der junge General Gamal Abdel Nasser im Juli 1952 König Faruk gestürzt hatte, wandte er sich, um seine Macht zu festigen, an die Deutschen, die die Truppen seines ehemaligen Gegners ausgebildet hatten, und beauftragte sie, für ihn einen eigenen Nachrichten- und Sicherheitsdienst aufzubauen. Das deutsche Kommando übertrug seine Loyalität gegenüber König Faruk umstandslos auf Nasser und machte sich, weiterhin unterstützt von der CIA und der Organisation Gehlen, an seine neue Aufgabe. Die Ausbildung wurde von Otto Skorzeny geleitet, einem berühmten ehemaligen Nazi und Mitglied einer Eliteeinheit, die während des Krieges Mussolini aus alliierter Haft befreit hatte. Skorzeny war 1948 aus einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager

geflohen – vielleicht auf einen Wink der US-Geheimdienste hin –, hatte sich dem gleichgesinnten spanischen Diktator General Francisco Franco angeschlossen und war Unterhändler für mehrere spanische Rüstungsfirmen, vor allem für ALFA, geworden. Mertins stand mit ihm 1954 wegen eines möglichen Waffendeals in Kontakt, über den Skorzeny mit Nasser verhandelte.

Es ist zwar unwahrscheinlich, dass Mertins »zur Rechten König Faruks saß«, wie er 1968 in einem seiner seltenen Interviews prahlte,¹⁴ doch stand er Nasser ideologisch sicher weniger nahe, vor allem als sich der ägyptische Premier an die Sowjets um Unterstützung wandte. Mertins beendete sein ägyptisches Engagement, war aber noch bis Mitte der fünfziger Jahren weiterhin im Nahen Osten aktiv. Er trainierte in Syrien Fallschirmjägerregimenter und arbeitete für eine Reihe deutscher Firmen als Handelsvertreter. Sein bekanntester Arbeitgeber war die Firma eines gewissen Herbert Quandt, für die Mertins Fahrzeuge von Mercedes-Benz verkaufte, darunter fünfhundert weinrote PKW an das Offizierscorps von Saudi-Arabien.¹⁵ Quandt, der im selben Fallschirmjägerregiment gedient hatte wie Mertins, hatte erstklassige Nazi-Referenzen: Seine Mutter Magda hatte in zweiter Ehe Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels geheiratet und im Führerbunker in Hitlers Gegenwart Selbstmord begangen, als der Krieg sich dem Ende näherte.¹⁶

Aufgrund seiner Aktivitäten in der Region galt Mertins als potentiell nützlicher Agent. Der US-Armeegeheimdienst trat Mitte der fünfziger Jahre an ihn heran und setzte ihn sogleich auf die Gehaltsliste. Mertins' Aufgabe war es, seinen neuen Freunden Informationen über den Nahen Osten zu liefern, an die er bei seiner Arbeit als Handelsvertreter herangekommen war.¹⁷ Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass Mertins mit seinen Beziehungen zu Geheimdiensten Geld verdiente.

Mertins kehrte Ende der fünfziger Jahre nach Deutschland zurück, wo er sich vergeblich um Aufnahme in die Bundeswehr bemühte. Ein lukratives Angebot ließ ihn seine Enttäuschung aber bald vergessen: Reinhard Gehlen fragte Mertins, ob er bereit sei, als Mittelsmann zu agieren für deutsche Waffenverkäufe in die Dritte Welt. Gehlen würde ihn mit Geheimdienstinformationen über potentielle Kunden ausstatten und ihm helfen, die für Waffengeschäfte erforderlichen Papiere – Endnutzerbescheinigungen und

Exportgenehmigungen – zu besorgen.¹⁸

Deutschland forcierte damals seine Wiederbewaffnung. Aber für Waffenkäufe brauchte man Geld. Als Geldbeschaffungsmaßnahme sann man darauf, alte Waffenbestände zu verkaufen. Zu diesem Zweck gründete Mertins 1963 eine Firma namens Merex mit Sitz in Bonn und im schweizerischen Vevey.¹⁹ Er hat später behauptet, der Name sei eine Zusammenziehung von »Mercedes-Export«, obwohl es »keinen Zusammenhang mit dem Automobilhersteller« gebe.²⁰ Vielleicht war er zu bescheiden, um zuzugeben, dass der Name eigentlich das Kürzel für »Mertins-Export« darstellte.

Der Firmeninhaber fügte seinem weitgespannten Geheimdienstnetzwerk bald einen wichtigen neuen Kontakt hinzu: Merex wurde 1965 deutscher Einkäufer für Interarms, die International Armament Corporation des berühmten Sam Cummings, der bisweilen (wie manche andere auch) als der »neue Zacharoff« apostrophiert wurde und selbst gern darauf hinwies, dass sein Haus in Monte Carlo unweit von Zacharoffs ehemaligem Domizil lag.²¹ Cummings hatte im Zweiten Weltkrieg als Leutnant bei den Geheimdiensten der US-Armee gedient und war anschließend als Undercover-Agent der CIA angeworben worden, mit der Aufgabe, auf dem Schwarzmarkt alte Bestände an deutschen Waffen aufzukaufen.²² Interarms hatte er 1953 im zarten Alter von sechsundzwanzig Jahren gegründet und dann mithilfe der CIA ein Vermögen gemacht. 1954 hatte er seine erste größere, von der CIA finanzierte Mission durchgeführt und Waffen für einen rechtsgerichteten Putsch in Guatemala geliefert. Drei Jahre später hatte Interarms Fidel Castros Truppen Waffen verkauft – eine von der CIA genehmigte Transaktion.²³ Man hatte geglaubt, man könne die Kontrolle über den bärtigen Revolutionär behalten, wenn man ihm Waffen liefere – ein spektakulärer, allerdings nicht ungewöhnlicher Fall für einen Blowback.

Zusammen bildeten Mertins und Cummings ein formidables Schwergewicht im Waffenhandel. 1965 verkauften sie gemeinsam vierundsiebzig amerikanische F-86-Kampffjets an Venezuela, von denen vierundfünfzig aus Überbeständen der deutschen Bundeswehr und die restlichen zwanzig aus aktivem Luftwaffendienst stammten.²⁴ Es war ein höchst profitables Geschäft. Die Jets aus den Überbeständen wurden zum Stückpreis von 46400 Dollar gekauft und für je 141000 Dollar verkauft, was einen Reingewinn von 6,926 Millionen Dollar ergab, der Cummings zufolge vollständig an Mertins ging.²⁵ Der Deal war durch

und durch korrupt.²⁶

Ein Jahr später machte Mertins eine Reihe umstrittener Geschäfte, die fast das Ende seiner noch jungen Karriere als Waffenhändler bedeutet hätten: Er verkaufte in Südasien, damals einer der instabilsten Regionen der Welt, im Stile Zacharoffs Kampffjets an beide Seiten. Das erste dieser Geschäfte war der Verkauf von neunzig, wiederum aus deutschen Überbeständen stammenden, F-86-Jets an Pakistan, das damals wegen seines schwelenden Konflikts mit Indien von der NATO mit einem Embargo belegt worden war. Bei seinem Plan zur Umgehung dieses Lieferverbots konnte er auf die Hilfe des Schahs zählen, der einverstanden war, dass die Jets von Luftwaffenoffizieren nach Teheran und anschließend von persischen Piloten in pakistanischen Offiziersuniformen nach Pakistan geflogen wurden.²⁷

Mertins verkaufte Pakistan diese Rüstungsgüter, obwohl Merex einen Auftrag von Indien hatte: Im August 1965 hatte Indien achtundzwanzig Sea Hawk MK 100 und 101 bestellt, alte Unterschall-Jets, die im Dienst der Luftwaffe gestanden hatten, nun aber als überflüssig galten. Als im selben Jahr der indisch-pakistanische Krieg ausbrach, wurde über beide Länder ein Embargo verhängt. Mertins erhielt jedoch im Juni 1966 von den deutschen Behörden die Genehmigung, die Jets an eine Firma in Italien zu verkaufen, und mietete daraufhin ein Schiff, die *Billetal*, um seine Ware an ihren Bestimmungsort bringen zu lassen. Der Frachter lief in Nordenham aus, passierte im Mittelmeer die italienischen Hoheitsgewässer und nahm seinen Weg durch den Suez-Kanal nach Indien.²⁸ Berichten zufolge für 625000 Dollar das Stück erworben, wurden die Jets für je 875000 Dollar verkauft, was – nach Abzug der Unkosten – einen Gewinn von rund 5 Millionen DM ergab.²⁹

Zur selben Zeit, als die *Billetal* für Merex Fracht nach Indien brachte, war ihr Schwesterschiff, die *Werratal*, auf mehr oder weniger der gleichen Route unterwegs nach Pakistan, um Cobra-Panzerabwehrraketen zu liefern, die Merex dem mit Indien verfeindeten Nachbarland verkauft hatte.³⁰ Die *Werratal* legte auf dieser Fahrt auch in einem persischen Hafen an, wo eine aus Raketen, Kanonen, Maschinengewehren und anderen Rüstungsgütern bestehende Ladung gelöscht wurde. Eine persische Endnutzerbescheinigung, unterschrieben vom Gesandten des Landes in Deutschland, machte das Geschäft legal. Doch genau wie bei dem pakistanischen Deal wurde die Fracht umgeleitet, in diesem Fall

nach Saudi-Arabien, das ein Jahr zuvor die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatte.³¹ Die Fracht soll diesmal einen Wert von 12,58 Millionen DM gehabt haben.³²

Nachdem die Medien Wind von Mertins' doppeltem Spiel bekommen hatten, startete, von Schweizer Zeitungen ausgehend, eine massive Kampagne gegen ihn. Mertins erkannte, dass er in Deutschland nicht mehr länger willkommen war.³³ Auch in den Vereinigten Staaten wurde die Nachricht mit Empörung aufgenommen, da die an Pakistan verkauften Jets aus ehemaligen amerikanischen Beständen stammten und nach dem Krieg Deutschland zur Verfügung gestellt worden waren. Wie so oft bei solchen Geschäften, hatte das liefernde Land sich das Recht vorbehalten, jeden Weiterverkauf der Waffen zu untersagen. In einer Krisenphase Waffen an Pakistan zu verkaufen verletzte amerikanische und internationale Gesetze. Daher wurden im Kongress unter Vorsitz von Senator Stuart Symington Anhörungen durchgeführt. Während Mertins nicht geladen wurde, sondern sich privat mit Symington traf, musste Sam Cummings vor den versammelten Politikern erscheinen. Er bestätigte Symingtons erstaunliche Erkenntnis, dass »unsere Geheimdienste damals schon wussten, dass diese F-86-Jets für Pakistan bestimmt waren.«³⁴

Zur selben Zeit, als im Kongress diese Anhörungen stattfanden, untersuchte das FBI, ob Merex eventuell rückwirkend als »Agentur«, das heißt, als mit Geheimdienstaufgaben betraute Tarnfirma der Bundesrepublik registriert werden sollte. Nachdem ein Haufen Papier zusammengetragen worden war, aus dem hervorging, dass Merex in ständigem Kontakt mit dem Außen- und dem Verteidigungsministerium der USA stand, intervenierte der Armeegeheimdienst, um sicherzustellen, dass die Firma *nicht* als Tarnfirma registriert wurde – aber nur, weil sie damit ihren geheimen Status und ihre Anonymität verloren hätte: »Die Armee hat sich gegen jede Registrierung von Merex oder Mertins (als ehemaliger Agentur bzw. ehemaligem Agenten) ausgesprochen, die ihre weitere Verwendung gefährden könnte.«³⁵

Da er den US-Armeegeheimdienst auf seiner Seite hatte, beschloss Mertins, eine amerikanische Tochterfirma zu gründen, die Merex Corporation mit Sitz in Bethesda, Maryland, nördlich von Washington. In einem Interview, das er zur Zeit der besagten Anhörungen gab, deutete Mertins seine engen Beziehungen zum amerikanischen Establishment an, indem er sich auf Henry J. Kiss berief –

den Mann, der in den sechziger Jahren im Verteidigungsministerium offizieller Chefwaffenverkäufer war und der auch in späteren Jahren über den Verbleib ehemaliger Armeebestände wachte. Mertins verwies nur auf »Henry«.³⁶ Ohne Furcht vor schlechter Presse verteilte Mertins Merex-Kalender, Geschenke an Geschäftskunden, die sein Bild von Deutschland widerspiegeln: Die Fotos zeigen Soldaten, die schwerbewaffnet in den Kampf ziehen.³⁷

Die Gründung der amerikanischen Tochterfirma war jedoch der letzte Sargnagel für die kurze, aber einträgliche Beziehung zwischen Mertins und Cummings, die sich nach Publikwerden des Pakistan-Geschäfts verschlechtert hatte. Bisher war Mertins in den USA von Interarms vertreten worden, aber das war ja jetzt nicht mehr nötig. Mertins und Cummings lösten ihre beiderseitigen Verpflichtungen und traten mit wenig schmeichelhaften Charakterisierungen des jeweils anderen vor die Presse. Oft zitiert sind Mertins' Worten über Cummings, der bekannt für seinen Hang zur Selbstüberschätzung war: »Ich kenne ihn. Er ist Cassius Clay – der Größte! Ich habe das oft genug gehört. In Wirklichkeit ist er ein Schrotthändler. Er führt seine Akten immer noch so, wie er es als Obergefreiter gelernt hat. Aber Merex handelt nicht mit Schrott!«³⁸ Doch als Mertins seinen guten Stand in Deutschland verlor, war es ironischerweise Cummings, der ihn beerbte: Cummings wurde Partner der Merex-Nachfolgefirma »Werkzeugaußenhandelsgesellschaft m. b. H.« und dessen Geschäftsführer, dem in Bundeswehrkreisen hoch angesehenen Gerhard Engel, einem ehemaligen Generalleutnant der Wehrmacht und Adjutanten Hitlers.³⁹

Zum neuen Geschäftsführer der Merex Corporation machte Mertins seinen engen Freund Gerhard Bauch, wobei die Firma aber vollständig Eigentum der europäischen Mutterfirma blieb. Bauch, der die Firma anfänglich von zu Hause aus geleitet hatte, brachte viele nützliche Kontakte mit. Ähnlich wie Mertins hatte er sich in den Operationen des deutschen Bundesnachrichtendienstes eine Nische geschaffen und war 1962 auf Weisung Reinhard Gehlens zum Stationschef in Kairo, Mertins' altem Revier, ernannt worden. 1965 war er hier kurz in Untersuchungshaft gewesen, wegen mutmaßlicher Beteiligung an einem Komplott um den aufgefliegenen deutsch-israelischen Agenten Wolfgang Lotz, der dem Mossad Informationen von mit Nasser unzufriedenen ägyptischen Generälen verschafft und außerdem Briefbomben an deutsche Wissenschaftler geschickt hatte, die für den ägyptischen Herrscher arbeiteten. Nachdem Hans-

Heinrich Worgitzky, der Vizepräsident des BND, dreimal nach Ägypten gereist war, war Bauch schließlich aus der Haft entlassen worden.⁴⁰

Trotz Bauchs Verbindungen kühlte Mertins' Beziehung zum BND nach dem Pakistan-Geschäft, das ihm schließlich sogar eine Strafanzeige eintrug, deutlich ab. Dass er ungefähr zur selben Zeit der durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen Regierung von Nigeria sechs Millionen Patronen Munition verkaufte, obwohl die Bundesrepublik Lieferungen von Rüstungsmaterial an das Land offiziell gestoppt hatte, machte seine Lage nicht besser.⁴¹ Ganz überflüssigerweise, denn Nigeria näherte sich immer mehr den Sowjets, und die lieferten Waffen ohne viel Trara.⁴²

Da sich seine Beziehungen zu deutschen Behörden gelockert hatten, begann Mertins, sich auf anderen Wegen und auf anderen Kontinenten nach neuen Verkaufsmöglichkeiten umzusehen. In einigen Fällen halfen ihm dabei seine Beziehungen zum US-Geheimdienst. So wurde Mertins 1972, gut zehn Jahre nachdem er Ägypten aufgrund von politischen Differenzen verlassen hatte, von General Sadiq, einem Stellvertreter des neuen ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat, angesprochen. Die Ägypter waren ungehalten wegen der Verzögerungen, mit denen die Sowjets die bestellten Rüstungsgüter geliefert hatten. Bei einem Treffen mit Mertins in Ägypten bat General Sadiq den Waffenhändler, bei hohen amerikanischen Beamten zu sondieren, ob sie bereit wären, in die Bresche zu springen, wenn man im Gegenzug die Sowjets aus dem Land jagte. Ein weiteres Thema war ein möglicher Deal über von Merex gelieferte militärische Brückentechnologie.⁴³

Die meisten neuen Geschäfte aber konnte Mertins in Südamerika abschließen, wobei er wieder einmal von seinen guten Beziehungen zu ehemaligen Nazis profitierte. In Peru machte Mertins die von Fritz Schwend gegründete Firma Commercial Agricola zum Merex-Repräsentanten.⁴⁴ Schwend war im Zweiten Weltkrieg an der »Operation Bernhard« beteiligt gewesen, einer absurden Aktion zur Untergrabung der britischen Wirtschaft durch Überflutung des Marktes mit gefälschten Pfundnoten,⁴⁵ hatte sich nach dem Krieg aber wie so viele Nazis durch Flucht nach Südamerika der Strafverfolgung entziehen können. Er und Mertins wurden von Otto Skorzeny unterstützt: Skorzeny stellte enge Beziehungen zum peruanischen Geheimdienst her, die zu einer Bestellung

von M14-Panzern führten.⁴⁶

Zu Mertins' südamerikanischem Netzwerk gehörten noch weitaus berüchtigtere Nazis wie Hans-Ulrich Rudel und Klaus Barbie.⁴⁷ Rudel, ein hochdekoriertes Schlachtflieger im Zweiten Weltkrieg, reiste Anfang der fünfziger Jahre oft nach Deutschland, um im Auftrag des Freikorps zu sprechen, dessen »Schirmherr« er war.⁴⁸ Das Freikorps war »die am offenkundigsten nationalistische und rechtsradikale Organisation in Westdeutschland seit der NSDAP ... Sie war in hohem Maße dem Programm des NS-Regimes verpflichtet und befürwortete die Rückkehr zur Diktatur.«⁴⁹

Der bekannteste Alt-Nazi aus Mertins' südamerikanischer Clique aber war Klaus Barbie, der »Schlächter von Lyon«. Barbie, ein enger Freund Fritz Schwends, hatte während des Krieges persönlich das Foltern und Töten von 4000 Einwohnern Lyons überwacht, darunter einer Gruppe von jüdischen Waisen, die er in Konzentrationslager hatte deportieren lassen. Nach dem Krieg hatte Barbie zunächst für den amerikanischen Geheimdienst gearbeitet, bevor er nach Bolivien gegangen war. Die USA waren ihm bei seiner Flucht nach Südamerika sogar behilflich gewesen, nachdem französische Behörden seinen Aufenthaltsort ermittelt hatten. Barbies Kenntnisse in Sachen Folter waren bei Boliviens Militärmachthabern gefragt: Er war von Hugo Panzer und seiner Junta engagiert worden, um Internierungslager für politische Gegner einzurichten, in denen Folter und Hinrichtungen an der Tagesordnung waren. Mertins kam zupass, dass Barbie auch offizieller Agent der Junta für Waffenkäufe war. Im Februar 1968 schrieb Schwend an Mertins, um ihn davon in Kenntnis zu setzen, dass sich Barbies Firma Transmaritima nach gebrauchten Schiffen für die bolivianische Marine umsah. Zwar ist unbekannt, ob das Geschäft zustande kam, sicher ist jedoch, dass Mertins gern zu helfen bereit war; Schwends Bitte, mit Barbie zu sprechen, wurde an Merex' »Marineabteilung« weitergeleitet.⁵⁰

Seine engsten und einträglichsten Beziehungen in Südamerika unterhielt Mertins mit Chile. Merex trat erstmals 1971 auf dem chilenischen Markt auf, als Gerhard Bauch in das Land reiste, um der chilenischen Kavallerie Zaumzeuge und Sättel im Wert von 800000 Dollar sowie 20000 Patronen Munition zu verkaufen.⁵¹ * Weichensteller war Augusto Pinochet, ein einflussreicher und ehrgeiziger General, der sich zwei Jahre später, von den USA unterstützt, an die Macht putschte. Der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende wurde

entweder ermordet oder zum Selbstmord gezwungen. Mertins war entzückt, das Land in den Händen eines starken Mannes und überzeugten Antikommunisten zu wissen, und reiste oft nach Chile, wo er Zeuge von Pinochets unmenschlichem Regime wurde. Bei diesen Besuchen wohnte Mertins oft in der Colonia Dignidad, einer in den Süändern gegründeten Siedlung von Auslandsdeutschen. Er war so beeindruckt von der Kolonie, dass er in Deutschland einen »Freundeskreis« gründete, um Gelder zu sammeln.⁵²

Colonia Dignidad, gegründet 1961 von einem weiteren ehemaligen Nazi, dem Laienprediger Paul Schäfer, der aus Deutschland geflohen war, nachdem die Justiz ihn wegen Kindesmissbrauchs angeklagt hatte, war keine gewöhnliche Siedlung. Das mit Wachtürmen versehene Areal war mit Stacheldraht umzäunt, um die Bewohner am Verlassen und Neugierige am Betreten zu hindern. Die Gemeinschaft beschwor das Ideal von Autarkie und bäuerlicher Lebensweise aus den dreißigen Jahren. Als der Kolonie nach dem Sturz Pinochets endlich mit Waffengewalt ein Ende bereitet wurde, fand man ein riesiges Waffenlager mit Handfeuerwaffen, Granatwerfern und einem eingegrabenen Panzer. Unter der Siedlung war ein geheimes Tunnelsystem angelegt worden, mit Folterkellern, die angeblich von Michael Townley, einem eng mit der chilenischen Geheimpolizei DINA zusammenarbeitenden CIA-Agenten, entworfen worden waren.⁵³ Die DINA, die mit der Colonia Dignidad in regelmäßiger Funkverbindung stand, folterte, oft »zu den Klängen Wagners oder Mozarts«, in diesen Räumen politische Gegner.⁵⁴ Die mit allen »Schikanen« ausgestattete Anlage soll auch als Labor zur Entwicklung biologischer Waffen gedient haben, die vielleicht an den Folteropfern getestet wurden. Als die Kolonie schließlich gestürmt wurde, war klar, dass Schäfer auch kleine Jungen missbraucht hatte, ein Verbrechen, dessen er 2004 von chilenischen Gerichten in Abwesenheit für schuldig befunden wurde.⁵⁵

In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren versuchte Mertins, auch in Ostasien Fuß zu fassen. 1972 trat Mertins in Beziehung zu dem halbstaatlichen chinesischen Rüstungsunternehmen NORINCO, in das auch Saddam Hussein involviert war. Außerdem kam 1978 bei Anhörungen des amerikanischen Senats heraus, dass Merex einem berüchtigten südkoreanischen Geschäftsmann namens Tongsun Park – Park war angeklagt worden, sich in den siebziger Jahren illegal Einfluss auf den Kongress gekauft zu haben – Preislisten

geschickt hatte.⁵⁶

In den späten Sechzigern und frühen Siebzigern machten Merex und Gerhard Mertins Geschäfte fast auf der ganzen Welt. Es waren ihre goldenen Jahre.⁵⁷

Doch die guten Zeiten währten nicht ewig. Mertins verdankte sein Prestige seinen Beziehungen zu den Geheimdiensten in Deutschland und den Vereinigten Staaten. In den frühen siebziger Jahren arbeitete er als Agent für das Field Activities Command (USAFAC), eine Spionageeinheit der US-Armee, die vor allem personenbezogene Daten aus aller Welt sammelte, wer was und warum machte. Mertins verärgerte seine Führungsoffiziere oft, weil er auch mit Staaten Geschäfte abschloss, die zumindest als nicht pro-amerikanisch galten. Seine Beziehung zum US-Geheimdienst endete 1972, zur Zeit des Vietnamkriegs, als er bis ins militärische Hauptquartier der USA in Saigon vordrang, lauthals verkündete, er arbeite für den amerikanischen Geheimdienst, und den Einsatzleiter zu sprechen verlangte.⁵⁸ Er war zu weit gegangen mit seiner Selbstherrlichkeit und seiner Neigung, mit Indiskretionen zu prunken. Mertins wurde aus dem Dienst entlassen, wollte das jedoch nicht akzeptieren und verklagte das USAFAC. Das hatte es noch nicht gegeben. Die Sitzungsprotokolle wurden als geheim deklariert. Mertins hatte den Verantwortlichen einen solchen Schrecken eingejagt, dass man sich entschloss, die Einheit lieber aufzulösen.

Auch in Deutschland sank Mertins' Stern. Die Medien, immer noch empört über seine Verwicklung in Waffenverkäufe an Pakistan, intensivierten ihre Berichterstattung über den Waffenhändler, nachdem der Staatsanwalt entschieden hatte, Anklage gegen Merex wegen Urkundenfälschung und Verletzung des Außenwirtschaftsgesetzes zu erheben. Ebenfalls angeklagt wurden Mertins' Geschäftspartner Günter Laurisch, ein ehemaliger Fallschirmjäger der Wehrmacht, der unter Mertins gedient hatte, Karl von Brackel, ein Angehöriger der Luftwaffe, und Heinz Hambrusch, ein österreichischer Büchsenmacher, der auch als Merex-Vertreter arbeitete. Mertins' Verteidiger waren von der Unschuld ihres Mandanten überzeugt und vertraten die Behauptung, dass dieser seine Geschäfte in Pakistan im Auftrag der Bundesregierung gemacht habe. Mertins selbst legte all seine Beziehungen zum BND offen, und der Richter sah kaum Anlass, an seinen Darstellungen zu

zweifeln, vor allem, nachdem ein BND-Agent bestätigt hatte, dass die Regierung im Grunde immer gewusst habe, was Mertins unter dem Decknamen »Uranus« in Pakistan tat.⁵⁹ Ende 1975 wurde Mertins schließlich vom Vorwurf des illegalen Exports von Rüstungsgütern und Verstoßes gegen das Kriegswaffen-Kontrollgesetzes freigesprochen – weil er im Staatsauftrag gehandelt habe.

Doch Mertins war noch nicht zufrieden. Mit der Begründung, der Prozess habe seinen Namen ruiniert, verklagte er die Bundesrepublik auf Schadensersatz. Was ihn dazu trieb, war aber nicht nur Stolz, sondern auch und vor allem finanzielle Not. Der Prozess hatte zu einem Einbruch in den Umsätzen von Merex geführt, der erst Mitte der achtziger Jahre überwunden sein sollte. 1977 war Mertins so knapp bei Kasse, dass sein Anwesen am Rhein konfisziert wurde.⁶⁰ Merex' Bilanzen aus dieser Zeit sind desaströs: 1980 hatte die Firma Kosten von 8,2 Millionen DM, aber nur 1 Million DM an Besitz und kümmerliche 500000 DM Umsatz.⁶¹ Dieser zweite Prozess brachte für Mertins eine gewisse Erleichterung, da er zwar nicht die geforderten zwölf, aber immerhin fünf Millionen DM Entschädigung erhielt.

Die zweite Hälfte der siebziger Jahre war für Mertins ein Kampf ums Überleben, und er beschloss, bei der Wahl seiner Kunden in Zukunft wählerisch vorzugehen. In den ideologischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges für beide Seiten arbeitend, war Mertins ein Paradebeispiel für die Blowbacks im internationalen Waffengeschäft. Anfang der achtziger Jahre hatte er sich bemerkenswerterweise wieder bei einem US-Geheimdienst lieb Kind gemacht, nachdem er sich mit James Atwood, einem Amerikaner mit engen Verbindungen zur CIA, angefreundet hatte. Atwood, ein als verschroben geltender Händler von Handfeuerwaffen, besaß als Autor des Buches *The Daggers and Edged Swords of Hitler's Germany* ein gewisses Ansehen bei Militaria-Freunden ebenso wie in Neonazi-Kreisen. Atwood und Mertins unterhielten Mitte der achtziger Jahre ein gemeinsames Büro in den USA und arbeiteten im September 1986 zusammen an einem Deal, bei dem im Rahmen der später so genannten Iran-Contra-Affäre Waffen an die Contras in Nicaragua geliefert werden sollten.

Den Hintergrund bildete der dubiose Plan der Regierung, dem Iran und damit dem islamischen Regime des Ayatollah Khomeini, trotz eines weltweiten Embargos, Waffen zu verkaufen und die Erlöse zur Finanzierung rechtsgerichteter nicaraguanischer Rebellen zu verwenden, die die linke sandinistische Regierung stürzen wollten. Die auf höchster Ebene der Reagan-

sanktionslose Regierung stützen wollen. Die auf höchster Ebene der Reagan-Administration konzipierte und von Oberst Oliver North durchgeführte Operation wurde zu einem Desaster, das letztlich nur den Iran bewaffnete, der heute als unversöhnlichster Feind der Vereinigten Staaten und Israels gilt. Eine führende Rolle spielte dabei der damalige Vizepräsident George Bush senior, unterstützt von seinem saudi-arabischen Freund Prinz Bandar, den Israelis und einer Vielzahl von skrupellosen Waffenhändlern.

Merex' Aufgabe in dieser Affäre war es, eine der vielen peinlichen Pannen zu beheben. Oliver Norths Tarnfirma Enterprise hatte mit Geld, das aus den Waffenverkäufen an den Iran stammte, von Monzer al-Kassar, einem auch unter dem Namen »Prinz von Marbella« bekannten Waffenhändler, illegal Waffen im Wert von 2,2 Millionen Dollar gekauft. Während die im kommunistischen Polen erworbenen Waffen nach Portugal unterwegs waren, hoben die US-Behörden das über die nicaraguanischen Contras verhängte Waffenembargo auf, wodurch Enterprise plötzlich auf einem riesigen Lager zu teuer bezahlter Waffen saß. Um das Gesicht zu wahren, beauftragte Enterprise Mertins und Atwood, sich einzuschalten und die CIA zum Kauf der Waffen zu überreden. Mertins' Sohn Helmut wurde nach Portugal geschickt, um die Sache zu bereinigen. Er mietete ein zweites Schiff und überwachte den Transport der Waffen in ein amerikanisches CIA-Depot, von dem aus sie an die Contras geliefert worden sein sollen.⁶²

Ziemlich genau zur selben Zeit, als Mertins in Sachen Contras mit der CIA zusammenarbeitete, nahm er Beziehungen zu China auf. Wie erwähnt, hatte Merex schon 1972 dem halbstaatlichen chinesischen Rüstungsunternehmen NORINCO den unschätzbaren Zugang zu westlichen Waffen- und Geheimdienstnetzwerken verschafft.⁶³ Mertins stand daher auf gutem Fuß mit Zhao Fei, dem Direktor von NORINCO. Die Chinesen waren versessen auf eine ebenso mächtige wie präzise, von Rheinmetall hergestellte 120-mm-Kanone. Mertins »besorgte« die Baupläne für die Kanone und stellte sie NORINCO zur Verfügung.⁶⁴ Das ist die Moral des Waffenhändlers: Obwohl vom deutschen Geheimdienst als Waffenhändler der Wahl für zwielichtige Transaktionen groß gemacht, war Mertins zehn Jahre später bereit, die Wehrfähigkeit seines Vaterlands durch Unterstützung des kommunistischen China zu untergraben.

Aus Mertins' Korrespondenz mit Zhao Fei ging eindeutig hervor, dass er trotz seiner Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst Waffengeschäfte mit

China gemacht hatte – ein Schlag ins Gesicht der USA. Sie brachte auch an den Tag, dass mitten im Iran-Irak-Krieg, nur zwei Jahre vor dem Iran-Contra-Skandal, Saddam Hussein potentieller Merex-Kunde gewesen war. In einem Brief an Fei hatte Mertins den Chinesen wissen lassen, dass Merex Saddam Hussein kontaktiert und einmal mehr auf die Qualität der chinesischen Rüstungsproduktion hingewiesen habe.⁶⁵

Mertins' Beziehung zu Zhao Fei war aufgrund einer anderen fragwürdigen Transaktion publik geworden. Die amerikanische Firma Fairchild Weston hatte 1982 die Dienste von Merex in Anspruch genommen, um ihre Produkte besser in China verkaufen zu können. Vor allem ein Artikel war bei den Chinesen auf Interesse gestoßen: eine sogenannte Long-Range-Aerial-Panoramic-Kamera (LORAP) für Spionagezwecke. NORINCO wollte davon zwei Stück zum Preis von 20 Millionen Dollar kaufen. Doch das amerikanische Verteidigungsministerium war dagegen. Das Pentagon schrieb in seiner Stellungnahme, dass »wir aufgrund der in der Kamera enthaltenen avancierten Technologie zur Nachrichtengewinnung und der daraus resultierenden Bedrohung für unsere Verbündeten von dem Geschäft abraten«.⁶⁶ Beamte der Reagan-Administration waren jedoch anderer Meinung. Die Empfehlung des Pentagon wurde verworfen und das Geschäft mit NORINCO genehmigt. Mertins war dennoch unzufrieden, da er meinte, mit seiner Provision zu kurz gekommen zu sein. Fairchild Weston widersprach und behauptete, Mertins habe die Transaktion mehr behindert als gefördert, worauf Mertins die Firma verklagte. Seine Forderungen wurden jedoch im Berufungsverfahren abgewiesen. Der Waffenhändler sah keinen Cent.

Sein ständiges Doppelspiel, sein Täuschen und Tricksen sowie sein Mangel an Loyalität, nicht nur gegenüber einem Land oder einer Ideologie, sondern auch gegenüber seinen engsten Geschäftspartnern, wurden Gerhard Mertins schließlich zum Verhängnis. Merex aber florierte weiter in den Tiefen der Schattenwelt.

ZWEI

**Ein schöner Auftrag, wenn man
ihn bekommen kann**

Die Saudi-Connection

Die Premierministerin machte einen so tiefen Knicks, als wollte sie auf die Knie fallen. Margaret Thatcher, die Eiserne Lady, von der Prinz Bandar einmal sagte, sie sei »ein ganzer Kerl«, ließ sich nicht leicht zu unterwürfigen Gesten hinreißen. Bei ihrer Ankunft in Saudi-Arabien aber, einem Land, in dem es Frauen nach wie vor untersagt ist, Auto zu fahren, von politischer Betätigung ganz zu schweigen, war sie nur allzu gern bereit, sich vor der königlichen Familie in Demut zu üben. Die Saudis standen schließlich kurz davor, den eben erst privatisierten BAE-Konzern vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren – mit dem größten Rüstungsgeschäft aller Zeiten.

Der im Jahre 1985 unterzeichnete sogenannte Al-Yamamah-Vertrag brachte britischen Unternehmen, vornehmlich BAE, über 43 Milliarden Pfund ein: für die Lieferung und Wartung von 96 Panavia-Tornado-Jagdbombern, 24 Panavia-Tornado-Abfangjägern, 50 BAE-Hawk- und 50 Pilatus-PC-9-Flugzeugen sowie speziellen Marineschiffen, Raketen, Granaten, technischen Dienstleistungen samt der dazugehörigen Infrastruktur. Als Gegenleistung lieferten die Saudis 400000 Barrel Öl pro Tag.¹ In den folgenden Jahren nahm der Umfang der Rüstungs- wie der Öllieferungen noch weiter zu.^{10*}

Großbritannien erhielt den Zuschlag nicht etwa aufgrund der Überlegenheit seiner Produkte, sondern weil sich der US-Kongress unter dem Druck der einflussreichen Israel-Lobby dagegen sperrte, den Saudis die F-15-Kampfflugzeuge zu verkaufen, die sie eigentlich haben wollten. Es hätte jedoch nicht viel gefehlt, und Frankreich hätte die Briten ausgestochen. In den Jahren 1984/85 sah es so aus, als hätte sich die französische Mirage 2000 gegen das Angebot der Briten durchgesetzt, da sie preiswerter und schneller lieferbar war. Michael Heseltine, der britische Verteidigungsminister, wurde nach Riad

entsandt, um sich für die Sache des Vereinigten Königreichs einzusetzen. Die konziliantere Haltung der Franzosen in der Nahostpolitik hatte König Fahd jedoch für sie eingenommen, und er bereitete Heseltine einen kühlen Empfang.² Das französische Kampfflugzeug war bereits erfolgreich an Griechenland, Indien und Abu Dhabi verkauft worden und hatte den großen Vorteil, 25 bis 30 Prozent preiswerter zu sein als der Tornado.³ Präsident Mitterrand hatte sich bei einem Treffen im Februar 1985 gegenüber Kronprinz Abdullah sehr dafür eingesetzt, und im März dieses Jahres stand das Geschäft mit den Franzosen angeblich kurz vor dem Abschluss.⁴ Man vermutete damals, dass die Saudis immer noch hofften, die Amerikaner zur Lieferung der F-15 überreden zu können, und dass sie die fortgeschrittenen Verhandlungen mit den Franzosen dazu nutzten, Druck auf die USA auszuüben.⁵ Als es dann aber April wurde, war klar, dass aus dem Verkauf der F-15 nichts werden würde.⁶

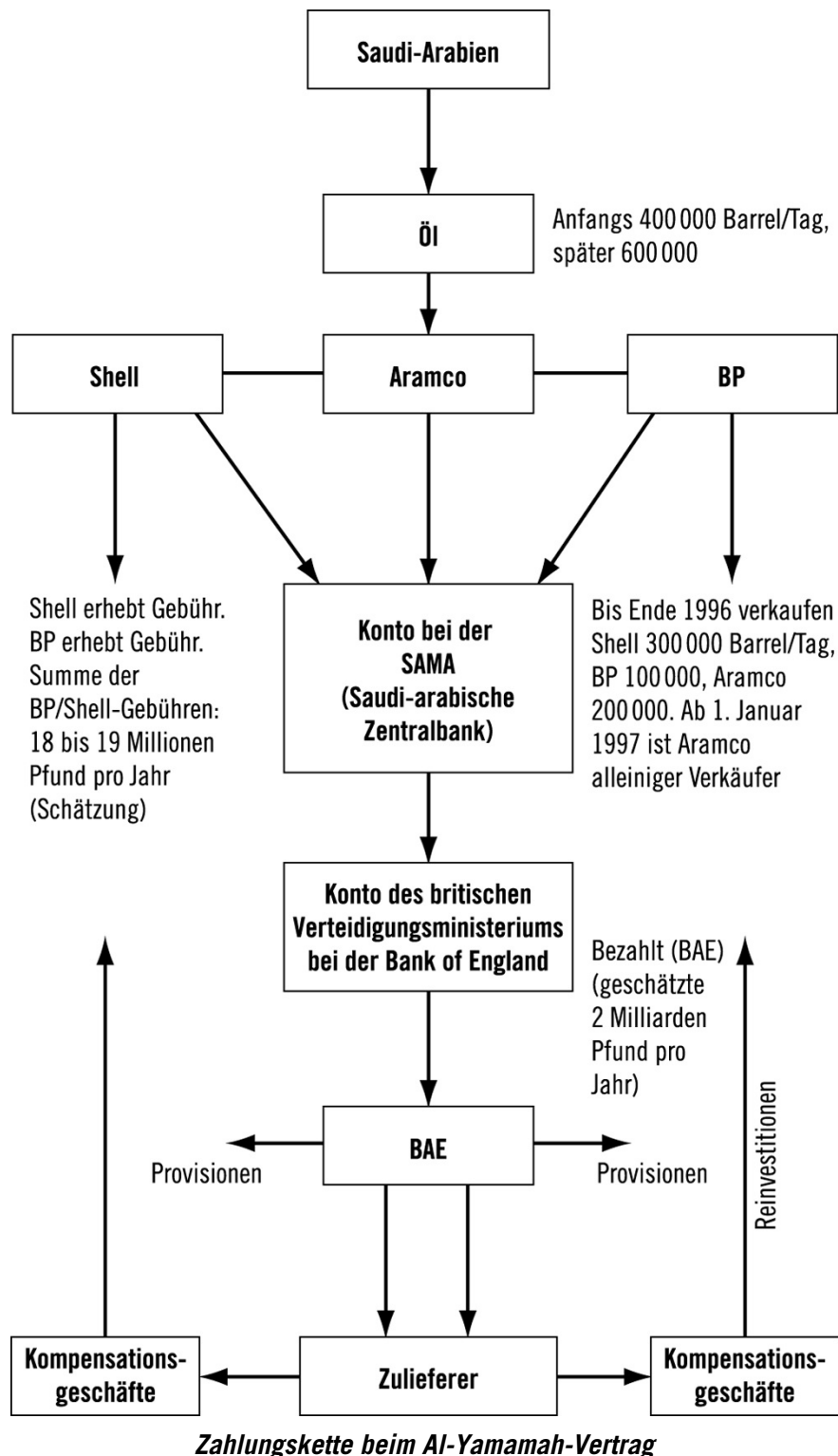
Doch was Heseltine nicht gelungen war, gelang Thatcher. Die Premierministerin unterbrach für ein Treffen mit Prinz Bandar eigens ihren Urlaub in Salzburg.⁷ Der charismatische junge Saudi überbrachte ihr ein Schreiben von König Fahd, in dem dieser in aller Form den Wunsch äußerte, die Tornados zu erwerben. Thatchers spontane Reaktion war: »Abgemacht!« Laut Bandar dauerte das Gespräch gerade mal fünfundzwanzig Minuten, und es sei der leichteste Waffenhandel gewesen, den er je abgeschlossen habe.⁸ Was genau geboten wurde, um das Geschäft unter Dach und Fach zu bringen, ist bis heute Gegenstand wilder Spekulationen.

Der erste Al-Yamamah-Vertrag, der die Lieferung von 132 Militärflugzeugen umfasste, wurde am 25. September 1985 im Londoner Lancaster House feierlich unterzeichnet. Michael Heseltine und Prinz Sultan, der saudi-arabische Verteidigungsminister, waren die Unterzeichner. Die französische Regierung zeigte sich bestürzt darüber, dass sie den Kürzeren gezogen hatte, und bekundete gegenüber dem *Observer*, diese plötzliche Wendung der Ereignisse sei »unerwartet, nicht nachvollziehbar und katastrophal«, und habe »politische Hintergründe«.⁹ Damit könnte der Verdacht gemeint gewesen sein, dass Schmiergelder geflossen sein müssen oder dass die US-Regierung, die ihre eigenen F-15 nicht liefern durfte, die Saudis gedrängt habe, sich stattdessen an ihren treuen britischen Verbündeten zu wenden. Ein britischer »Luftfahrtfunktionär« meinte: »Die jüdische Lobby in Amerika hat uns einen

Gefallen getan.«¹⁰

Branchenexperten sind der Meinung, dass der Tornado aus strategischer Sicht die bessere Wahl für die Saudis gewesen sei, da er sowohl als Abfangjäger wie auch als Jagdbomber eingesetzt werden konnte, wohingegen die Mirage sich nicht als Jagdbomber eigne.¹¹ Die gelieferten Maschinen waren jedoch alles andere als auf dem neusten Stand der Technik. Britische Flugzeuge aus früheren Geschäften waren so unzuverlässig – wie wir gesehen haben, ganz besonders die für Wüstenverhältnisse ungeeigneten Lightning-Jets –, dass die am Luftwaffenstützpunkt Zahran tätigen Ingenieure gerne scherzten, der einzige Tornado, den sie dauerhaft in der Luft halten konnten, sei der auf dem Sockel vor dem Haupteingang gewesen.¹²

Die Flugzeuge sollten fast ausschließlich mit Öllieferungen bezahlt werden, anfangs mit 400000 Barrel pro Tag. BP und Shell sollten das Öl weiterverarbeiten und vermarkten und die Einnahmen daraus (abzüglich einer Gebühr) auf ein Konto des britischen Verteidigungsministeriums bei der Bank of England einzahlen, von dem dann BAE bezahlt würde. Dieser Vertrag sollte sich auf Jahrzehnte hinaus als Lebensader des Unternehmens erweisen.^{11*}



Im Juli 1988 wurde bekanntgegeben, dass Al Yamamah in eine zweite Phase ging. Ein zweiter Al-Yamamah-Vertrag wurde unterzeichnet. Er hatte einen

geschätzten Umfang von bis zu 10 Milliarden Pfund.¹³ Der Vertrag umfasste 48 Tornados inklusive Bewaffnung und Ersatzteile, 60 Hawk-Kampfflugzeuge, 88 Agusta-Westland-Hubschrauber (vor allem Black Hawks), 6 Minenjagdboote der Sandown-Klasse, einige vor allem als Zubringerflugzeuge vorgesehene Maschinen vom Typ BAE 125 und 146, die Errichtung eines Luftwaffenstützpunkts (was allerdings später fallengelassen wurde) und von Liegeplätzen für die Minenjagdboote sowie Ausbildungsmaßnahmen bei der Luftwaffe und Marine. Dieses Abkommen war am 3. Juli 1988 von Prinz Sultan und dem damaligen britischen Verteidigungsminister George Younger unterzeichnet worden. Und auch diesmal war Margaret Thatcher in die Verhandlungen involviert.¹⁴

Die Neuauflage von Al Yamamah war ein deutliches Zeichen dafür, wie frustriert die Saudis von der Haltung der USA zu Waffenexporten in ihr Land waren. In den Jahren nach dem ersten Abkommen hatte der amerikanische Kongress etlichen geplanten Waffenkäufen der Saudis einen Riegel vorgeschoben. Hätte der US-Kongress den Saudis nicht die kalte Schulter gezeigt, dann hätte BAE die Aufträge nie erhalten. Ein saudi-arabischer Regierungsvertreter äußerte: »Wir würden viel lieber Waffen aus den USA kaufen. Die amerikanische Technologie ist im Allgemeinen allen anderen überlegen. Aber wir sind nicht bereit, Milliarden Dollar hinzublättern, um uns dann beleidigen zu lassen. Wir sind schließlich keine Masochisten.«¹⁵ Im Mai 1986 hatte sich der US-Kongress gegen den Verkauf von Raketen an Saudi-Arabien ausgesprochen, und dies mit einer Zweidrittelmehrheit, sodass der den Saudis freundlich gesinnte Präsident Ronald Reagan kein Veto einlegen konnte. Das Votum spiegelte einerseits die Macht der Israel-Lobby wider, andererseits die Befürchtung der Amerikaner, mit der Loylität der Saudis könnte es nicht mehr weit her sein nach dem jüngsten Luftangriff der USA auf Libyen. Manche US-Politiker fürchteten, Saudi-Arabien würde Waffen an »Terroristen« weiterleiten.¹⁶

Zahlungen für beide Teile des Abkommens waren vom Sinken des Ölpreises im Jahre 1989 betroffen, was zur Folge hatte, dass 400000 Barrel pro Tag nicht mehr ausreichten. Der Fall des Ölpreises führte in Saudi-Arabien zu einer Haushaltskrise. Da die Saudis nicht willens waren, in größerem Umfang im Ausland Kredite aufzunehmen, standen ihre üppigen Rüstungsausgaben zur

Disposition. Einiges von dem Gerät, das man mit dem ersten Al-Yamamah-Vertrag erworben hatte, sollte an den Irak weiterverkauft werden, doch als der Iran-Irak-Krieg, der erste Golfkrieg, 1988 nach acht Jahren endete, standen die Saudis mit einem Mal ohne Abnehmer da.¹⁷ Ihr schier unstillbares Verlangen nach Waffen und den damit einhergehenden Schmiergeldern bewegte die Saudis jedoch schließlich dazu, eine Barzahlung in Höhe von 1,3 Milliarden Pfund zu leisten und die Öllieferungen um 100000 Barrel pro Tag zu erhöhen.¹⁸

Dass bei den Al-Yamamah-Abkommen Öl als Zahlungsmittel verwendet wurde, machte es allen Beteiligten leicht, die Bestechungen zu vertuschen; die Saudis konnten gleichzeitig die restriktiven Förderquoten-Vorgaben der OPEC umgehen, und das saudi-arabische Verteidigungsministerium konnte weiterhin Waffen einkaufen ohne internationale Kontrollen.¹⁹ Tony Edwards, von 1998 bis 2002 Leiter der britischen Rüstungsexportbehörde, räumte ein: »Für die Saudis bedeutete die Verwendung von Öl, dass das Abkommen in den Bilanzen praktisch nicht auftauchte. Es lief nicht über das saudi-arabische Finanzministerium.«²⁰ Chas Freeman, ehemaliger Botschafter der USA in Riad, bezeichnete das Verfahren, wonach die Ölkonzerne ihre Einnahmen aus dem Verkauf des Al-Yamamah-Öls auf ein Bankkonto einzahlten, dessen Inhaber das britische Verteidigungsministerium war und das von BAE verwaltet wurde, als »eine einzige Schmiergeldkasse für das saudi-arabische Verteidigungsministerium. Sie konnten dieses Konto beliebig belasten, und BAE übernahm die Beschaffung. Und es unterstand in keinem der beiden Länder einer öffentlichen Kontrolle. Es tauchte in keinem Staatshaushalt auf, und weil es so unsichtbar war, war es ganz besonders anfällig für Korruption.«²¹

Der irakische Einmarsch in Kuwait im August 1990, der eine massive Militäraktion der Amerikaner nach sich zog, die das Ziel verfolgte, ein weiteres Vordringen Saddam Husseins nach Saudi-Arabien zu verhindern, brachte die beiden Verbündeten wieder näher. Nicht zuletzt war es Prinz Bandars diplomatischen Bemühungen und seinen legendär großzügigen Freundschaftsbezeugungen zu verdanken, dass die USA das Wüstenreich nun wieder als entscheidenden Hüter westlicher Interessen in der Region ansah. Die veränderte Lage erlaubte es den USA, ihre saudischen Freunde nun wieder direkt zu beliefern, statt dies den Engländern zu überlassen. Die Überlegenheit der US-amerikanischen Rüstungsgüter machte sich sofort bemerkbar. Kein Vergleich

mit den von Pannenserien heimgesuchten Tornados. Die Waffen der USA waren schlachterprobt und angepasst an die klimatisch-geographischen Bedingungen des Nahen Ostens.²² Das ging so weit, dass die USA mit zusätzlichen Einsätzen für Tornados einspringen mussten, weil diese mit dem Wüstensand nicht zurechtkamen. Auch gab es ein Radar-Problem, das es nötig machte, die Zielerfassung auf Handbetrieb umzustellen und mit Stoppuhren zu arbeiten.²³ Dick Cheney, damals amerikanischer Verteidigungsminister, versprach Saudi-Arabien eine Fülle neuer Rüstungsgüter, deren Lieferung der Kongress bis dahin verweigert hatte. In seiner Begründung hieß es, die Lage in der Golfregion habe sich »dramatisch geändert«.²⁴

Im September 1990 stellte Prinz Bandar jedoch klar: »Wir haben nicht die Absicht, unsere Käufe in Großbritannien zu verringern. Wir streben sogar eher eine noch größere Kooperation mit unseren europäischen Freunden an, darunter auch Großbritannien, und wollen die Ausrüstung unserer Streitkräfte weiterhin verbessern.«²⁵ Das verringerte die Abhängigkeit der Saudis von amerikanischen Lieferungen in einer politisch weiterhin brisanten Situation. 1991 gab Bandar bekannt, dass das saudische Königreich alle noch ausstehenden Vereinbarungen aus dem zweiten Al-Yamamah-Vertrag erfüllen werden. Trotz aller Kritik lobte Bandar die britischen Waffen und sagte: »Wir sind sehr zufrieden damit, wie sich die Tornados im Golfkrieg bewährt haben. Als wir die Maschinen 1985 bestellten, brauchten wir ein schlagkräftiges Kampfflugzeug, und als solches hat es sich im Laufe des Konflikts bezahlt gemacht. Wir sind außerdem sehr dankbar für die Unterstützung, die Mrs Thatcher unserem Land hat zukommen lassen, und für die fortgesetzte Unterstützung durch Mr Major.«²⁶

Zwar umfasste der zweite Teil des Abkommens auch einige Kompensationsgeschäfte, aber insgesamt hielten sich die Investitionen in Grenzen, und es wurden nie mehr als einige hundert Arbeitsplätze dadurch geschaffen.²⁷ Eine seltsame Begleiterscheinung des Abkommens war der Auftritt der englischen Fußballnationalmannschaft in Saudi-Arabien im November 1988, die dort ein Freundschaftsspiel absolvierte. Man flog sie mit einer von BAE gecharterten Concorde ein, die mit Funktionären und Kunden des Unternehmens »aufgefüllt« wurde. Graham Kelly, Präsident des englischen Fußballverbands, erklärte: »Wir unterstützen unsere Regierung gern dabei, ihren Verpflichtungen gegenüber Saudi-Arabien nachzukommen.«²⁸

Auf britischer Seite spielte Richard (Dick) Evans von BAE eine fast ebenso bedeutende Rolle wie Margaret Thatcher. Der raubeinige Manager aus Blackpool war bereit, alles zu tun, als es darum ging, den Al-Yamamah-Vertrag zu bekommen, »und wenn ich Schafsaugen verputzen müsste, als wären es Kanapees«, wird er zitiert.²⁹ Evans begann seine Karriere 1960 im britischen Verkehrs- und anschließend im Technologieministerium. 1967 wechselte er durch die berühmte »Drehtür« in die Privatwirtschaft und wurde Beauftragter für öffentliche Aufträge im Elektronunternehmen Ferranti, das auch im Rüstungsbereich tätig war. Zwei Jahre später wechselte er zur British Aircraft Corporation, BAC, die später im British-Aerospace-Konzern, BAE, aufgehen sollte, wo er 1978 zum kaufmännischen Leiter des BAE-Werks in Warton aufstieg. 1983 schließlich wurde Evans stellvertretender Geschäftsführer in Warton.

Seine Karriere machte noch einmal einen großen Sprung, als man ihn in leitender Funktion nach Saudi-Arabien versetzte. Dort nahm er entscheidenden Einfluss auf die Al-Yamamah-Verhandlungen. Sein unzähligen Kontakte und Beziehungen im Land waren legendär. Der erfolgreiche Vertragsabschluss führte dazu, dass er 1990 zum Vorstandsvorsitzenden von BAE ernannt wurde und 1998 zum Aufsichtsratschef. Während seiner Regentschaft bemerkte ein Londoner Analyst: »BAE wird von einer ›Mafia‹ geleitet, die von Dick angeführt wird und die sich ihre eigenen Gesetze macht.«³⁰ Ein ehemaliger Mitarbeiter meinte: »Er ist ein ausgesprochen umgänglicher Mensch und bei allen sehr beliebt, aber er hat auch eine rücksichtslose Seite: Wenn man ihm die Hand gegeben hat, sollte man anschließend seine Finger nachzählen.«³¹

Der wahre Star der Al-Yamamah-Show aber war Prinz Bandar bin Sultan. Wie sein Name erkennen lässt, ist Bandar ein Sohn von Prinz Sultan, dem derzeitigen saudi-arabischen Verteidigungsminister und Kronprinzen, der, falls seine Gesundheit es gestattet, einmal den Thron des Landes besteigen wird. Bandar wurde im März 1949 geboren. Seine Mutter war die damals sechzehnjährige Khizaran, die von manchen als Sklavin der Familie, von Bandar aber als Konkubine bezeichnet wird.³² Obwohl nach der Scharia allen Söhnen die gleichen Rechte zukommen, hat sich Bandar selbst stets als Außenseiter gesehen, als das illegitime Kind unter seinen zweiunddreißig Halbbrüdern und -schwestern. Als kleiner Junge hatte er kaum Kontakt zu einem Vater, lebte

vielmehr bei seiner Mutter und Tante. Zu seinem Glück hatte es der kleine Bandar seiner Großmutter angetan, Prinzessin Hasa, der einflussreichen Lieblingsfrau von König Abdul Aziz. Sie nahm ihn zu sich und brachte Prinz Sultan dazu, sich zu seinem Sohn zu bekennen.³³ So kam es, dass Bandar mit elf Jahren mit seiner Mutter in den Palast seiner Großmutter zog.³⁴ Er selbst bekannte, es sei »eine Entscheidung aus pragmatischen Gründen« gewesen, »die mein Leben aber vollkommen veränderte«.³⁵ Bis zu seinem Einzug in den Palast war er in relativ einfachen Verhältnissen aufgewachsen, hatte barfuß auf den unbefestigten Straßen von Riad gespielt und sich in einem Zuhause, das nur teilweise elektrifiziert war, seine eigenen Spielsachen gebastelt.³⁶ Aus diesem Grund bezeichnet sich der für seine Extravaganzen bekannte, mittlerweile schwerreiche Saudi gelegentlich als »Bauernprinzen«.³⁷

Bandar ging in Riad zur Schule, nicht wie viele seiner Verwandten in Eton, was darauf hindeutet, dass er sich in der Tat nicht für vornehm hielt.^{12*} In seiner halb autorisierten, zuweilen etwas unkritischen Biographie Bandars zitiert der Autor William Simpson einen Schulfreund, Faisal Mifgai, heute General, der über Bandar sagte: »Seine schulischen Leistungen waren ausgezeichnet. Und er war auch ein sehr beliebter Schüler, charmant, kontaktfreudig, ein angenehmer Umgang. Er war ein vernünftiger, friedfertiger, ausgeglichener junger Mann. Er ließ sich nicht leicht ärgern und verlor nie die Beherrschung, und wenn er provoziert wurde, überhörte er das und ging seines Weges.«³⁸

Der ständige Umgang mit Militärs, seit sein Vater 1962 zum Verteidigungsminister berufen wurde, die patriotische Hochstimmung, die das saudische Königshaus erfasste, als man zugunsten der Royalisten im jemenitischen Bürgerkrieg intervenierte, und seine Bestreben, seinen Vater zu beeindrucken – das alles brachte Bandar dazu, die prestigeträchtige Laufbahn eines Kampfpiloten anzustreben. Er sagte: »Wenn man ein Flugzeug fliegt, ist es egal, wer man ist. So ein Flugzeug weiß nicht, ob ich Prinz Bandar bin oder nicht. Man beherrscht es entweder, oder man beherrscht es nicht. Wenn man es beherrscht, überlebt man; wenn nicht, bringt es einen um.«³⁹

Um beim Royal Air Force College in Cranwell in England angenommen zu werden, gab Bandar in seiner Bewerbung ein falsches Alter an.⁴⁰ Prinz Sultan kaufte seinem Sohn für dessen England-Aufenthalt einen weißen Mercedes, den Bandar prompt zu Schrott fuhr. An seine Stelle trat ein Aston Martin, mit dem er

an den Wochenenden Ausflüge nach London unternahm. Wenn er angehalten wurde, zeigte er seinen saudi-arabischen Führerschein vor und berief sich auf seine diplomatische Immunität. Einer von Bandars Ausbildern erinnert sich: »Er hatte eine ganze Schublade voll Strafzettel, die er in London sammelte und nie bezahlte, und er besaß einen Satz Diplomatenkennzeichen, die er sich fürs Wochenende an den Wagen schraubte.«⁴¹

Was die Flugkünste des Prinzen betrifft, gehen die Meinungen auseinander. Einerseits startete er nach nur neun Stunden Training schon zu seinem ersten Alleinflug, andererseits aber meinte sein Fliegerkamerad und Freund John Waterfall, er sei in Cranwell »eine ziemliche Null« gewesen.⁴² Einmal passierte es auch, dass Bandar die Landebahn vom falschen Ende her anflog. Sein Fluglehrer Tony Yule attestierte: »Sultan fliegt mit Mut und Begeisterung. Er hatte im Anfang ein kleines Problem mit der Orientierung, aber zum Ende des Kurses hat er sich wacker geschlagen.«⁴³

Nach seinem Abschluss in Cranwell ging Bandar 1969 im Rang eines Leutnants zur Royal Saudi Air Force, wurde in Zahran stationiert und dort von amerikanischen Ausbildern im Rahmen des »Peace Hawk«-Programms weiter geschult.⁴⁴ Sein Charisma und seine Führungsqualitäten wurden gelobt. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der königlichen Familie, die beim Militär tätig waren, ließ sich Bandar lieber mit seinem Rang als Kapitän oder später Major ansprechen und nicht als Prinz. Diesen Titel benutzte er erst wieder, als er Botschafter in den USA wurde.⁴⁵ Trotz dieser Geste der Bescheidenheit bestand er insofern auf seinen Status, als sich alle seine Pilotenkollegen erheben mussten, wenn er den Raum betrat.⁴⁶ Im Jahre 1970 verbrachte er einige Zeit in den USA, in Texas, South Carolina und Arizona, um sich an Kampfflugzeugen vom Typ F-102 sowie F-5A und B ausbilden zu lassen, die damals gerade für die saudi-arabische Luftwaffe angeschafft wurden.⁴⁷

Als er an seinem ersten Tag in Amerika auf dem Flughafen von Dallas umstieg, begegnete Bandar einer wild lärmenden Gruppe der Dallas Cowboys. Die Spieler zogen im Flughafengebäude alle Aufmerksamkeit auf sich, doch Bandar war ganz besonders fasziniert von den »hinreißen« Mädels, die die Football-Profis als Cheerleader begleiteten. Von diesem Tag an war Bandar Fan der Dallas Cowboys. Bei ihren Heimspielen gehörte er im Stadion bald zum lebenden Inventar, zunächst als Gast des Vereinsbesitzers, bis er sich schließlich

für 500000 Dollar pro Jahr eine Privatloge mietete. Die Spieler nennen ihn nur »den Prinzen«, und Bandar seinerseits bezeichnet sich gern als »obersten internationalen Cheerleader« der Dallas Cowboys.⁴⁸

Im Jahr 1972, als er als F-5-Pilot wieder in Saudi-Arabien stationiert war, heiratete Bandar Prinzessin Haifa bint Faisal bin Abdul Aziz Al-Saud, eine Tochter des früheren Herrschers, König Faisal. Im folgenden Jahr gehörte Bandar nach dem Ausbruch des Yom-Kippur-Kriegs zu einer Gruppe von Piloten, die Befehl hatten, israelische Ölanlagen in der Nähe der jordanischen Grenze anzugreifen. Man ging davon aus, dass möglicherweise nur jeder Zehnte dieser Piloten den Einsatz überleben würde. Bandar erinnert sich: »Wir waren schon auf der Startbahn und machten uns bereit, und es war ein richtiger Angriff, doch dann wurden wir buchstäblich in letzter Minute begnadigt.« Henry Kissinger hatte einen Waffenstillstand ausgehandelt, der Bandar womöglich das Leben rettete.⁴⁹ Der Prinz kehrte mit seiner Frau 1974 in die USA zurück, wo er als Pilot auf der neuen F-5E ausgebildet wurde. In den folgenden Jahren schulte er selbst in Saudi-Arabien Piloten auf diesem Kampfflugzeug.

Prinz Bandar genoss ganz offensichtlich seine Erfolge als Pilot, Pilotenausbilder und Befehlshaber. Wie einer seiner Biographen bemerkte, »schmeichelte es seinem Ego«, zu wissen, dass er in nur dreißig Meter Flughöhe eine 360-Grad-Rolle vollführen konnte, ohne sich dabei umzubringen.⁵⁰ 1977 führte ihn sein Kunstflug-Faible fast ins Verderben, als bei einer Flugschau in Abha, in Südwest-Saudi-Arabien, sein Fahrwerk versagte. Statt, wie er es gelernt hatte, den Schleudersitz zu betätigen, versuchte der Prinz eine Bauchlandung. Er kam hart auf der Landebahn auf und erlitt dabei eine schwere Rückenverletzung, die zu bleibenden Schäden führte und seiner Fliegerkarriere schließlich ein Ende setzte.

Im April 1978 machte Bandar, damals neunundzwanzig Jahre alt und immer noch auf seine Luftwaffenlaufbahn konzentriert, auf der Rückreise von Kalifornien nach Saudi-Arabien in Washington DC Station. Als er durchs Foyer des vornehmen Madison-Hotels schritt, ein bevorzugter Treffpunkt reicher Saudis, nur fünf Gehminuten vom Weißen Haus entfernt, lief ihm sein Schwager Prinz Turki bin Faisal über den Weg.⁵¹ Nachdem Bandar ihm berichtet hatte, dass er nach einem Luftwaffeneinsatz nun auf dem Heimweg sei, erwiderte Turki: »Dich schickt der Himmel. Genau dich brauche ich hier.« Turki leitete

damals die Lobby-Arbeit bei den Bemühungen, die USA dazu zu bewegen, dem Königreich sechzig Kampfflugzeuge vom Typ F-15 zu verkaufen. Turki nahm Bandar mit nach oben, in ein Zimmer voller amerikanischer Berater und PR-Fachleute, die den jungen Luftwaffenmajor mit Fragen löcherten, wozu genau das saudische Militär die F-15 benötigte. Er antwortete, das Kampfflugzeug sei bestens dazu geeignet, die Infrastruktur der Ölfelder und die heiligen Stätten von Mekka und Medina zu beschützen wie auch der Bedrohung durch den sozialistisch orientierten Südjemen zu begegnen. Geschickt wich er den Fragen aus, ob das Flugzeug denn nicht seinerseits eine Bedrohung für Israel darstelle, und erwähnte mit keiner Silbe die Stationierung von Kampfflugzeugen auf dem Stützpunkt Tabuk, von wo aus sie Israel leicht erreichen konnten.

Bandar beeindruckte Turki und die amerikanischen Berater derart, dass man ihn zu bleiben bat. Am nächsten Tag nahm man ihn zu den Senatoren John Glenn und Barry Goldwater mit, zwei wichtigen Mitgliedern des Streitkräfteausschusses des Senats und ehemaligen Piloten, die dem Verkauf der Kampfflugzeuge wohlwollend gegenüberstanden. Anschließend traf er die Senatoren Frank Church und Jacob Javits, die dem Verkauf ablehnend gegenüberstanden. Bandar fand es »öde«, von einem Büro zum anderen zu gehen, um größtenteils feindselige Fragen zu beantworten, und wollte heim zu seiner Frau.⁵² Doch Turki rief Kronprinz Fahd an und schlug vor, dass Bandar bleiben sollte. Fahd stimmte zu, und als Turki diesen königlichen Befehl Bandar überbrachte, glaubte der ihm zunächst nicht und antwortete: »Nein, danke. Ich bin jetzt schon zwei Tage hiergeblieben, um dir als Freund und Kollege beizustehen.« Er flog weiter nach Paris und traf sich mit seiner Frau, doch am nächsten Tag erhielt er einen Anruf von Kronprinz Fahd, der ihm befahl, er solle sich »im Weißen Haus melden« und helfen, das Votum für den Verkauf der F-15 zu erhalten.⁵³ Bandar war bis dahin nur ein einziges Mal im Weißen Haus gewesen, 1973, als Tourist, während er in Alabama stationiert war. Diesmal nun »ging ich ins Weiße Haus, und (Stabschef) Hamilton Jordan führte mich zu Präsident Carter. Da sitze ich also plötzlich im Büro des Stabschefs, und dann brachte man mich ins Oval Office. Als ich wieder rauskam, war ich ziemlich durcheinander.«⁵⁴

Bandar wurde gebraucht, weil ein 1974 erlassenes Gesetz bei Waffenexporten im Umfang von über 25 Millionen Dollar die Zustimmung des Kongresses

erforderlich machte, der dreißig Tage im Voraus zu benachrichtigten war. Während die US-Regierung vor allem das Ziel verfolgte, die Ölversorgung ihres Landes sicherzustellen, indem man ein möglichst enges Bündnis mit Saudi-Arabien schloss, war die einflussreiche pro-israelische Lobby unter Führung des Amerikanisch-israelischen Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten (American Israel Public Affairs Committee, AIPAC) unermüdlich damit beschäftigt, sich gegen Waffenexporte an feindliche oder potentiell feindliche arabische Staaten einzusetzen. In Veröffentlichungen des AIPAC wurde die F-15 als modernster sogenannter »Luftüberlegenheitsjäger« der Welt bezeichnet und behauptet, das Flugzeug ermögliche es den Saudis, »tief nach Israel vorzudringen«.⁵⁵ Die Carter-Regierung hatte Präsident Fords geheime Zusage von 1976 geerbt, Saudi-Arabien die F-15 zu liefern, als Ersatz für die in die Jahre gekommenen britischen Abfangjäger vom Typ BAC Lightning, und hatte diese Zusage im Mai 1977 anlässlich eines Besuchs von Kronprinz Fahd in Washington erneuert.

Der ursprüngliche, informelle Deal bestand darin, Saudi-Arabien sechzig F-15 zu verkaufen und zum Ausgleich fünfundsiebzig F-16 an Israel und fünfzig F-5 an Ägypten zu liefern. Der Kongress wurde über dieses Ansinnen erst am 18. April 1978 informiert, wodurch die Dreißig-Tage-Frist in Gang gesetzt wurde. Bandar erhielt den Befehl, die Lobby-Arbeit zu machen. Die Saudis hatten eine ganze Reihe erfahrener amerikanischer Politikberater engagiert, darunter Frederick Dutton (den ehemaligen persönlichen Berater von Präsident John F. Kennedy und ehemaligen Leiter des Büros für legislative Fragen), John C. West (den ehemaligen Gouverneur von South Carolina und unter Präsident Carter Botschafter in Riad) und David Long (einen Nahostexperten des Außenministeriums, Professor für Internationale Beziehungen).⁵⁶ Frederick Dutton blieb Bandar die nächsten siebenundzwanzig Jahren als treuer Weggefährte und politischer Berater verbunden, was ihm bei der Washingtoner Presse den Spitznamen »Fred von Arabien« eintrug. Duttons Frau Nancy war für die saudi-arabische Botschaft als Juristin tätig.⁵⁷

Bandar lernte schnell, wie das Lobbyisten-Spiel in Washington funktionierte. Sein ehrgeiziger Plan bestand darin, sich die Taktiken des überaus erfolgreichen AIPAC zu eigen zu machen und eine ebenbürtige arabische Lobby aufzubauen.⁵⁸ Wie schwierig das war, kann man angesichts einer Studie ermessen, die von

Carters Stab erstellt wurde und die zu dem Ergebnis kam, dass das AIPAC sich nötigenfalls auf 65 bis 75 der insgesamt 100 Stimmen im Senat verlassen konnte. Bandar – den John C. West, der Botschafter in Riad, als »das Beste, was den Saudis in der F-15-Sache passieren konnte«, bezeichnete⁵⁹ – machte sich daran, eine Mehrheit für den Verkauf aufzubauen. Die Saudis beschlossen, mit so vielen AIPAC-nahen Senatoren wie nur möglich persönlich in Kontakt zu treten, außerdem mit dem McDonnell-Douglas-Konzern, dem (mittlerweile mit Boing fusionierten) Hersteller der F-15 und zahlreichen weiteren Vertragsunternehmen, Zulieferern sowie Gewerkschaften, um gegenüber dem Kongress für den Verkauf zu werben. Bandar fungierte dabei gegenüber den Medien, Kongressmitgliedern und anderen einflussreichen Personen als Gesicht der Kampagne.

Im Zuge seiner Lobby-Arbeit besuchte Bandar auch den republikanischen Ex-Gouverneur Ronald Reagan, der damals gerade seine Präsidentschaftskandidatur vorbereitete. Bandar hatte keine Ahnung, wer Reagan war, was Carter überaus amüsierte. Man hoffte, Reagan würde aufgrund der antikommunistischen Meriten Saudi-Arabiens den Verkauf unterstützen und auch andere Republikaner dazu bewegen. Bandar setzte sich mit Thomas Jones in Verbindung, dem Chef des F-5-Herstellers (der Northrop Grumman Corporation), der eng mit Reagan befreundet war, und wurde bald darauf zu einem Besuch nach Kalifornien eingeladen. Bandar erzählte es folgendermaßen:

Ich setzte mich mit Gouverneur Reagan zusammen, und wir plauderten ein bisschen. Dann erklärte ich ihm, weshalb wir dieses Flugzeug brauchten. Anschließend sagte er: »Prinz, ich will Ihnen eine Frage stellen: Betrachtet sich Ihr Land als Freund Amerikas?« Ich sagte: »Ja, seit König Abdul Aziz, mein Großvater, und Präsident Roosevelt damals zusammentrafen. Seitdem sind wir sehr enge Freunde.« Dann stellte mir Reagan eine zweite Frage. »Seid ihr Antikommunisten?« Ich sagte: »Herr Gouverneur, wir sind das einzige Land der Welt, das nicht nur keine Beziehungen zu den Kommunisten unterhält, sondern das auch Kommunisten, wenn sie als Transitreisende bei uns landen, nicht mal aus ihrer Maschine aussteigen lässt.«⁶⁰

Bandar sagte, er habe mit einer langen Diskussion über den Verkauf gerechnet, aber: »Das war's. Nur zwei Dinge waren ihm wichtig. Seid ihr unsere Freunde? Und seid ihr Antikommunisten? Als ich beides bejahte, sagte er: ›Dann werde ich die Sache unterstützen.«« Bandar bat Reagan, dies gegenüber einem Reporter der *Los Angeles Times*, dem Dutton einen vertraulichen Tipp gegeben hatte, zu

wiederholen. Laut Bandar fragte der Reporter: »Unterstützen Sie den Verkauf der F-15 an Saudi-Arabien, den Präsident Carter vorgeschlagen hat?« Reagan antwortete: »Aber ja doch, wir unterstützen unsere Freunde, und sie sollen die F-15 bekommen. In allen anderen Punkten allerdings stimme ich mit Carter nicht überein.«⁶¹

Im Laufe seiner Kampagne traf Bandar auch mit Senator Russell B. Long zusammen, dem einflussreichen Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats und Sohn des legendär korrupten ehemaligen Senators und Gouverneurs von Louisiana, Huey Pierce Long. Zu Bandars Erstaunen bat Long darum, das Treffen unter vier Augen abzuhalten. Als sie unter sich waren, sagte der Senator: »Sie wollen meine Stimme, nicht wahr?« – »Ja«, erwiderte Bandar. »Das kostet Sie zehn Millionen Dollar«, sagte Long, legte einen Arm um Bandar und schob ihn auf einen Sessel. »Habe ich Sie schockiert?«, fragte der Senator und erklärte dann, das Geld sei nicht für ihn selbst bestimmt, sondern für eine Bank in Louisiana, die ein wichtiger Geldgeber seiner Wiederwahlkampagne sei. Um eine Lizenz für internationale Transaktionen zu erlangen, benötigte die Bank eine Einlage aus dem Ausland in Höhe von zehn Millionen US-Dollar. Bandar sagte zu, sich bei der saudi-arabischen Regierung dafür einzusetzen. Es ist nicht bekannt, ob dieses Geldgeschäft zustande kam. Long votierte für den Verkauf der F-15 und wurde wiedergewählt, starb aber 2003, ohne diese Geschichte je bestätigt zu haben.⁶²

Die Entscheidung ging schließlich mit 55 zu 44 Stimmen zugunsten der Saudis aus, und der Verkauf wurde am 15. Mai 1978 genehmigt. John C. West lobte Bandar in den höchsten Tönen für seine »unerschöpfliche Energie« und »seinen vollendeten Takt« im Umgang mit den Kongressmitgliedern. Zu Kronprinz Fahd sagte er: »Prinz Bandar hat eine Souveränität an den Tag gelegt, wie man es sonst nur von führenden Staatsmännern und den erfahrensten Diplomaten kennt.«⁶³ Zwar gab Bandar den saudi-arabischen Bemühungen sicherlich enormen Auftrieb, doch all das hätte nicht viel genützt, wenn sich Präsident Carter und zahlreiche Mitglieder seines Kabinetts nicht persönlich für die Sache eingesetzt hätten.

Nach der F-15-Kampagne kehrte Bandar nach Saudi-Arabien zurück und widmete sich wieder seinen Pflichten bei der Luftwaffe. Seine Freundschaft mit

John C. West blieb bestehen, und die beiden sprachen oft über amerikanische Politik und den Friedensprozess im Nahen Osten. Im Herbst 1978 beauftragten Carter und Kronprinz Fahd Bandar regelmäßig damit, Botschaften zwischen Washington und Riad zu überbringen. Beim ersten Mal ging es dabei um die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Anwar as-Sadat, dem ägyptischen Präsidenten, der seit seinem Friedensschluss mit Israel in Camp David in der arabischen Welt geächtet war. Fahd lehnte Carters Ansinnen mit den Worten ab: »Wir regeln unsere Probleme mit den Ägyptern auf direktem Wege, nicht über Sie.«⁶⁴ Die Folge war jedoch, dass Bandar in die Kunst der Geheimdiplomatie eingeführt wurde und ein noch engeres Verhältnis zu seinem Onkel, dem saudi-arabischen Thronerben, aufbaute. Bald darauf ernannte Fahd, der das Land nun de facto regierte, Bandar zu seinem persönlichen Gesandten in Washington.

Der Prinz kehrte 1979 als Luftwaffenoffizier in die USA zurück. Er besuchte zunächst die Maxwell Air Force Training School in Alabama. John C. West und David Long arrangierten jedoch ein spezielles Programm für Bandar an der John-Hopkins-Universität in Washington.⁶⁵ Aus einem Memorandum vom Mai 1979 geht hervor, dass Long dazu von Hamilton Jordan, dem Stabschef des Weißen Hauses, und von Außenminister Cyrus Vance »ermuntert« wurde.⁶⁶ Dieses Programm ermöglichte es Bandar, zweimal im Monat aus Alabama nach Washington zu kommen und Einzelunterricht bei Professoren zu erhalten, die dafür eigens bezahlt wurden. Er belegte Kurse in Internationaler Wirtschaft und Politik und machte in diesem Fach schließlich seinen Master mit einer Arbeit über die innenpolitischen Einflüsse auf die US-amerikanischen Außenpolitik, bei der ihm Fred Dutton mit ziemlicher Sicherheit half.⁶⁷

Carters Wiederwahlkampagne begann 1979 bei rapide steigenden Ölpreisen. Mit Bandars Hilfe formulierte Carter ein Schreiben an Fahd, in dem er Saudi-Arabien bat, mehr Öl auf den Markt zu bringen.⁶⁸ Fahd antwortete: »Sage meinem Freund, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika: Wenn er unsere Hilfe braucht, werden wir ihn nicht enttäuschen.«⁶⁹ Er versprach, »im In-und Ausland alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um Ihre Wiederwahl zu sichern«, da dies »von entscheidender Bedeutung ist, damit es eines Tages einmal einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben kann.«⁷⁰ Diese Wahlhilfe kostete das Königreich 30 bis 40 Millionen Dollar pro Tag. Voller Dankbarkeit lud Carter Bandar Anfang Dezember 1979

ins Weiße Haus ein und sprach mit ihm über Nahostpolitik und die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien.

Eingedenk Carters früherer Anregung zu einer Wiederannäherung zwischen Saudi-Arabien und Ägypten, nahm Bandar es im November 1979 selbst in die Hand, den damaligen ägyptischen Vizepräsidenten Husni Mubarak in Washington zu treffen. Bandar war dazu weder von der saudi-arabischen Regierung ermächtigt, noch wurde er zuvor von Fahd dazu autorisiert, auch wenn der Kronprinz nach dem Treffen die Fortführung der Initiative billigte.⁷¹ Bandar hatte die Idee, Carter solle Fahd bitten, einen Versöhnungsbrief an Sadat zu schreiben, der diesem persönlich übergeben werden sollte, wenn er sich in Washington mit dem israelischen Premierminister Begin und Carter traf. Fahd zögerte zunächst, setzte den Brief dann aber gerade noch rechtzeitig auf, damit Bandar ihn bei dem Treffen überbringen konnte. Allerdings hatte Bandar den Text von Fahds Schreiben ziemlich frei übersetzt, um es noch versöhnlicher wirken zu lassen. Er rechtfertigte das mit der kühnen Behauptung: »Ich wusste ja, was Fahd sagen wollte und sagen musste, und habe es entsprechend übersetzt.«⁷² Bandars hochriskante Kreativdiplomatie führte bei dieser Gelegenheit nicht zum gewünschten Erfolg, und es kam vorläufig zu keiner Wiederannäherung zwischen Ägypten und Saudi-Arabien. Dieser Vorstoß sagt jedoch einiges aus über Bandar.

Im Jahre 1980 nahm die Abhängigkeit Saudi-Arabiens von den USA noch weiter zu, als die Ausstrahlung des Fernsehfilms *Death of a Princess* in Großbritannien ein Schlaglicht auf die beklagenswerte Menschenrechtssituation und oft brutale Unterdrückung der Frauen in Saudi-Arabien warf. Der Film erzählte die Geschichte einer jungen Prinzessin aus einem fiktiven islamischen Land des Nahen Ostens, die gemeinsam mit ihrem Liebhaber wegen Ehebruchs öffentlich hingerichtet wurde. Das war deutlich inspiriert von der tragischen Lebensgeschichte von Prinzessin Mischa'al bint Fahd Al-Saud, einer Großnichte von König Khalid. Die Prinzessin war 1977 in Dschidda auf einem Parkplatz kniend erschossen worden, und ihren libanesischen Geliebten Khalid Mulhalal hatte man anschließend geköpft. Die königliche Familie versuchte, die Todesfälle zu vertuschen, und behauptete, die Prinzessin sei bei einem »Schwimmbadunfall« ums Leben gekommen.⁷³ Die Ausstrahlung des Films erzürnte die Saudis und führte zu einer deutlichen Abkühlung im Verhältnis zu

Großbritannien, und den Saudis blieb nun kaum etwas anderes übrig, als sich, was ihre Rüstungswünsche anging, an die USA zu wenden.

Saudi-Arabien war sehr daran interessiert, Tankflugzeuge von den USA zu erwerben, um die Einsatzfähigkeit seiner F-15-Maschinen zu erweitern. Dieser Plan wurde jedoch durch ein vom AIPAC initiiertes Schreiben vereitelt, das siebenzig Senatoren unterschrieben. Der Ausbruch des Kriegs zwischen dem Iran und dem Irak im Jahr 1980 änderte die Lage. Als Reaktion auf die Sorge der Saudis, der Konflikt könnte sich auf ihr Land ausweiten, fragte Botschafter John C. West bei Prinz Sultan an (wobei Bandar erneut als Emissär fungierte), ob Saudi-Arabien an »Rüstungsgütern wie AWACS-Frühwarnflugzeuge und einem Flugabwehrraketensystem vom Typ Hawk interessiert« sei.⁷⁴ Diese Anfrage zog eine heftige Auseinandersetzung nach sich, die vor allem die ersten Tage der Reagan-Ära dominieren sollte.

Das Airborne Warning and Control System AWACS war das fortschrittlichste Luftraumaufklärungssystem, das bis dahin entwickelt worden war. Kein Nicht-NATO-Staat hatte Zugriff darauf, nicht einmal Israel. Zentrale Komponenten waren militärische Varianten der Boeing 707 mit dem unverkennbaren Radarkuppel über dem Rumpf. Bandar sorgte dafür, dass einige führende Saudis in einer solchen Maschine einmal mitfliegen durften, da er überzeugt war, dass sie völlig hingerissen wären, wenn sie es erst einmal mit eigenen Augen gesehen hatten – »wie beim Kauf eines neuen Autos«.⁷⁵ Die Carter-Regierung war zwar noch nicht bereit, AWACS-Maschinen an Saudi-Arabien zu liefern, entsandte aber vier dieser Maschinen samt Besatzung dorthin, als Zeichen, dass man sich der Sicherheit dieses Landes verpflichtet fühlte. Ein möglicher diplomatischer Konflikt, der sich an der Frage hätte entzünden können, ob die Saudis um die Maschinen gebeten oder die USA sie ihnen angeboten hatten, wurde von Bandar abgewendet, indem er anregte, dass die Presseerklärungen auf Arabisch und Englisch die Vorgeschichte unterschiedlich darstellen sollten. Fahd war von der Geste der Amerikaner so begeistert, dass er bereit war, »so ziemlich alles« zu genehmigen, was das Pentagon in Saudi-Arabien verlangte – Stationierung von Kriegsmaterial, gemeinsame Militärplanungen und Zugang für die AWACS-Maschinen zu saudi-arabischen Stützpunkten. Offenbar reisten sowohl Fahd als auch Prinz Abdullah, der damalige Befehlshaber der Nationalgarde, eigens nach Mekka, um für Carters Wiederwahl zu beten.⁷⁶

Doch ihre Gebete wurden nicht erhört, und bei den Wahlen von 1980 siegte Ronald Reagan. Da Bandar der einzige Angehörige der saudischen Königsfamilie war, der Reagan bereits kennengelernt hatte, wurde er dazu ausersehen, engere Beziehungen zu dem neuen Präsidenten zu knüpfen. Als Außenminister Alexander Haig Saudi-Arabien im April 1981 besuchte, um für Unterstützung für Reagans Kreuzzug gegen den Kommunismus zu werben, sagte man ihm, Schlüsselthemen für die Saudis seien die Palästinenserfrage und die Anschaffung von AWACS-Maschinen. Als man darüber diskutierte, wie man diesen Handel durch den Kongress bringen könnte, regte Haig an: »Vielleicht könnte Prinz Bandar kommen und uns wieder mit dem Kongress behilflich sein.« Fahd willigte ein.⁷⁷ Bandar war nun offiziell saudischer Cheflobbyist mit königlichem Mandat.

Die Reagan-Regierung war der Auffassung, der AWACS-Verkauf an Saudi-Arabien sei wichtig, um »die Beziehungen zu diesem relativ gemäßigten arabischen Land zu festigen, und dies nicht nur deshalb, weil unsere Wirtschaft auf die saudi-arabischen Ölexporte angewiesen war, sondern auch, weil sich dieses Land ebenso wie Isreal als Bollwerk gegen den sowjetischen Expansionismus in der Region begriff«.⁷⁸ Israel fühlte sich durch dieses Rüstungsgeschäft jedoch eindeutig bedroht, nicht nur deshalb, weil die AWACS es den Saudis gestatten würden, israelische Militärbewegungen zu überwachen, sondern auch, weil Reagan plante, die F-15-Maschinen bei dieser Gelegenheit mit einem Upgrade zu versehen, das es den Kampfflugzeugen theoretisch ermöglichen würde, Einsätze gegen Israel zu fliegen. Das alles führte dazu, dass sich die Debatte im Kongress über diesen Verkauf neun lange Monate hinzog.⁷⁹ Und allen war klar, dass die Entscheidung knapp ausfallen würde. Bandars Berater Fred Dutton ließ sich für die Kampagne den recht primitiven Slogan »Reagan oder Begin« einfallen. Er erwies sich jedoch als treffend, denn der israelische Premierminister Menachem Begin machte der Israel-Lobby das Leben schwer. Erst befahl er, den irakischen Kernreaktor Osirak zu bombardieren, ohne zuvor die Reagan-Regierung davon in Kenntnis zu setzen, und dann tat er, nachdem ihn der neue Präsident bei einem USA-Besuch gebeten hatte, sich nicht gegen den AWACS-Verkauf auszusprechen, vor den Toren des Weißen Hauses genau das.

Bandar war auch diesmal wieder der Mann, um den sich alles drehte – obwohl

er gerade mal zweiunddreißig Jahre alt und nicht einmal akkreditierter Diplomat war. *Newsweek* schilderte, wie er »Senatoren mit seinem Witz und Charme für sich einnahm«. Der Prinz traf sich neuerdings regelmäßig zum Squash mit General David Jones, dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, und spielte mit John Glenn, einem demokratischen Senator, ehemaligen Piloten und Astronauten, berühmte Luftkämpfe nach, so als wären sie »alte Fliegerkameraden«. ⁸⁰ Er wurde ein guter Bekannter von Reagans Stabschef James Baker, der später, unter George Bush, Außenminister wurde, und war unter anderem daran beteiligt, zwischen König Chalid und Präsident Reagan auszuhandeln, welche Kompromisse den Deal sichern könnten. ⁸¹ Man einigte sich schließlich darauf, dass die AWACS unter der Bedingung verkauft würden, dass es einen Informationsaustausch mit den USA geben würde. Außerdem wurden diverse Sicherungen eingebaut, die verhindern sollten, dass Dritte Zugriff auf das System erhalten konnten. Dieser Deal, zusammen mit weiteren Initiativen der USA, die dazu dienen sollten, den militärischen Einfluss der Amerikaner in der Region zu stärken, kulminierte schließlich darin, dass die USA das Königreich als Ausgangspunkt für ihrer Operationen im zweiten Golfkrieg, 1990/91, nutzten.

Bald nach dem erfolgreichen Abschluss des AWACS-Geschäfts wurde Bandar zum wehrtechnischen Attaché der saudi-arabischen Botschaft in Washington berufen. Bandar fasste diesen Job, der normalerweise den Schlussstein einer Militärlaufbahn darstellte, als Bewährungsprobe auf, mit der König Khalid seine Fähigkeiten auf die Probe stellen wollte. ⁸² Er übernahm diese neue Funktion zu dem Zeitpunkt, da Israel im Libanon einmarschierte, in der Hoffnung, die PLO von dort vertreiben und Jassir Arafat ausschalten zu können. Eine Woche nach dem Einmarsch starb König Khalid. Sein Nachfolger wurde im Juni 1982 Bandars Onkel und Mentor, Fahd. Bandar behauptet, er sei damals gerade mit Verhandlungen beschäftigt gewesen, in denen es um den Abzug der PLO aus dem Libanon ging. Reagan und seine beiden Außenminister erwähnen ihn in ihren Erinnerungen an diese Ereignisse allerdings nur ganz am Rande. Wie auch immer seine Rolle bei diesen Verhandlungen aussah – es kam kaum überraschend, als Prinz Bandar am 24. Oktober 1983 zum saudi-arabischen Botschafter in den USA berufen wurde.

Als der neue Botschafter seinen Akkreditierungsbrief überreichte, sagte Präsident Reagan: »Ich muss sagen, Sie haben es weit gebracht. Als ich Sie kennenlernte, waren Sie ein junger Luftwaffenmajor. Jetzt sind Sie Botschafter Ihres Landes in den USA.« Bandar erwiderte: »Nun ja, Mr President, Sie haben es ja auch weit gebracht. Als ich Sie kennenlernte, waren Sie ein arbeitsloser Ex-Gouverneur. Jetzt sind Sie Präsident des mächtigsten Landes der Welt.«⁸³

Bandar hatte unter Reagan so oft Zugang zum Weißen Haus, dass sich schließlich der israelische Botschafter in Washington darüber beschwerte.⁸⁴ Der Saudi erwies sich als ausgesprochen wertvoll für die Reagan-Regierung, da er glaubte, dadurch, dass er sie im In- und Ausland unterstützte, ein Gegengewicht zu der einflussreichen Israel-Lobby aufbauen zu können.

Mit der Iran-Contra-Affäre kam für Bandar bald eine Gelegenheit, seinen Wert unter Beweis zu stellen. Wie schon erwähnt, waren Präsident Reagan und seine National Security Planning Group (ein Krisenstab für verdeckte Operationen) 1984 fest entschlossen, den rechtsgerichteten nicaraguanischen Contras zu helfen, um einer Ausbreitung des Kommunismus in Mittelamerika entgegenzuwirken, obwohl der Kongress der US-Regierung eine direkte materielle Unterstützung der Contras untersagte. Reagan wies seinen Berater für Nationale Sicherheit, Robert McFarlane, an, den Contras nach besten Kräften beizustehen. Im Wesentlichen nutzte man die Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran (auch via Israel) – die gegen amerikanische Gesetze verstießen und Amerikas eigener Kampagne gegen Waffenverkäufe an das Khomeini-Regime zuwiderliefen –, um mit ihnen die Contras zu fördern.

Es dauerte einige Zeit, dieses komplexe Arrangement ins Werk zu setzen. In der Zwischenzeit, nachdem der Kongress den Contras den Geldhahn zugedreht hatte, bat McFarlane Prinz Bandar, finanziell in die Bresche zu springen. Nach einem Treffen mit McFarlane und dem Verteidigungsminister, Casper Weinberger, sicherte Bandar zu, den Contras ab Mitte 1984 monatlich eine Million Dollar zukommen zu lassen. Bei einem Arbeitessen mit Reagan Anfang 1985 bot König Fahd an, den Betrag zu verdoppeln. Im Laufe der Monate zahlten die Saudis insgesamt 32 Millionen Dollar an die Contras.⁸⁵ Die Weiterleitung dieser Gelder hing insofern mit dem AWACS-Deal zusammen, als aus den Einnahmen des AWACS-Verkaufs ein Fonds gebildet wurde, aus dem man die monatlichen Zahlungen an die Contras abzweigte.⁸⁶

Bandar behauptete später: »Die Contras waren mir völlig egal – ich wusste nicht einmal, wo Nicaragua liegt.«⁸⁷ Diese Unterstützung war die saudische Methode, in den USA zu investieren, mit dem erklärten Ziel, eine Partnerschaft zu etablieren, die derjenigen von Israel mit den USA in nichts nachstand.⁸⁸ Dieser Strategie dienten auch die legendären »Gunstbezeugungen« der Saudis. Als Zeichen seiner Wertschätzung schenkte König Fahd dem Präsidenten und der First Lady Araberpferde und Diamanten im Wert von zwei Millionen Dollar. Bandar sorgte auf einfallsreiche Weise dafür, dass diese Gaben tatsächlich Eigentum des Präsidentenpaares wurden, statt, wie es das Protokoll verlangte, im Namen des amerikanischen Volkes als Staatsgeschenke angenommen und registriert zu werden. Bandar, der besonders Nancy Reagan nahestand, half der Familie auf vielfältige Weise. So schilderte ihm Mrs Reagan den Fall von Michael Deaver, dem Vizestabschef des Präsidenten, der das Weiße Haus verlassen musste, weil er juristische Probleme hatte und zudem Alkoholiker war, und der jetzt in Geldschwierigkeiten steckte. Bandar engagierte Deaver kurzerhand für ein ganzes Jahr als Berater und zahlte ihm monatlich fünfzigtausend Dollar, ohne ihn in dieser Zeit auch nur ein einziges Mal zu kontaktieren.⁸⁹

Angesichts der saudischen Bereitschaft, in der Iran-Contra-Operation geheime Hilfe zu leisten, bemühte sich Verteidigungsminister Caspar Weinberger, als die Affäre schließlich vom Kongress untersucht wurde, die Beteiligung der Saudis zu vertuschen.⁹⁰ Am 31. Juli 1987 wurde Weinberger zu einem Gespräch befragt, das er bei seinem allwöchentlichen Arbeitsessen mit dem damaligen CIA-Chef William Casey geführt hatte und bei dem erwähnt und auch schriftlich festgehalten worden war, dass Prinz Bandar den Contras 25 Millionen Dollar in Teibeträgen zu je 5 Millionen bereitstellen würde. Weinberger litt bei dieser Anhörung an Gedächtnisschwund und behauptete, er könne sich nicht erinnern, das gesagt zu haben. General John (Jack) Vessey, der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, widersprach dem Minister und bestätigte, dass Weinberger 25 Millionen Dollar für die Contras zugesichert habe. Darüber hinaus enthüllte Vessey 1992 im Zuge dieser Ermittlungen, dass ihm Bandar zweimal von dieser Spende berichtet habe. Eines dieser Gespräche habe am 25. Mai 1984 bei einem Treffen im Weißen Haus stattgefunden, bei dem es um den AWACS-Verkauf gegangen sei und bei dem auch Robert McFarlane

zugegen gewesen sei.⁹¹ Wie schließlich herauskam, hatte Weinberger eine ganze Reihe dieser Gespräche in seinem Tagebuch festgehalten und darin auch mindestens vierundsechzig Kontakte mit Bandar vermerkt, darunter sechzehn Treffen im Pentagon.⁹²

Der Verteidigungsminister wurde wegen Meineids und Justizbehinderung angeklagt, 1992 aber durch eine Verordnung von George Bush amnestiert. Bandar bestritt ebenfalls jede Beteiligung und behauptete am 21. Oktober 1986 in einer Presseerklärung: »Saudi-Arabien ist nicht und war nie beteiligt, weder direkt noch indirekt, an irgendeiner militärischen oder anderweitigen Unterstützung im Zusammenhang mit irgendwelchen Gruppierungen, die irgendetwas mit Nicaragua zu tun haben.« Als seine Lügen aufflogen, verteidigte sich Bandar unter anderem mit der Behauptung, er habe mit seinen Taten »per se gegen keine Gesetze der USA verstoßen«.⁹³ Doch auch das war gelogen, denn schließlich hatte der Kongress ausdrücklich untersagt, Spenden aus dem Ausland für die Contras einzuwerben. Casey hatte im Grunde die Saudis als Strohmänner benutzt, um genau das zu tun, was der Kongress untersagt hatte. Die Beweismittel belasteten zwar hochrangige Personen wie Weinberger und den berüchtigten Oberstleutnant Oliver North. Casey selbst aber hatte sich geschickt geschützt, da er die Sache nie direkt mit den Saudis besprochen hatte. Bandar hatte zudem dafür gesorgt, dass es keine belastenden Unterlagen gab, indem er in die Schweiz flog und das für die Contras bestimmte Geld bei seiner Hausbank persönlich auf Konten auf den Kaimaninseln einzahlte.⁹⁴ Der Prinz, der über diplomatische Immunität verfügte, verweigerte jegliche Kooperation mit den Ermittlern. Sein lockeres Verhältnis zur Wahrheit offenbarend, bekundete er gegenüber McFarlane seine Enttäuschung darüber, dass die Beteiligung der Saudis aufgefliegen war, mit den Worten: »Es ist mir egal, was die Wahrheit ist. Wenn wir denen irgendeine Geschichte auftischen müssen, dann sollten wir wenigstens die gleiche Geschichte erzählen. Und wenn es eine Lüge ist, lügen wir halt gemeinsam.«⁹⁵

Die Saudis beteiligten sich aber nicht nur an Umsturzversuchen in Mittelamerika, sie finanzierten darüber hinaus auch Jonas Savimbis brutale UNITA-Streitkräfte in Angola, die mit substanzieller Unterstützung des südafrikanischen Apartheidregimes versuchten, die sozialistische MPLA-Regierung in ihrem Land zu entmachten. Sam Bamieh, ein amerikanischer

Geschäftsmann palästinensischer Herkunft, sagte vor dem Unterausschuss für Afrikanische Angelegenheiten des US-Senats aus, er habe sich 1981 mit Fahd getroffen, und der damalige Kronprinz habe ihm gesagt, wenn sie die AWACS-Maschinen erhielten, seien die Saudis bereit, »antikommunistische Bewegungen überall auf der Welt« finanziell zu unterstützen.⁹⁶ Bamieh sagte ferner aus, Prinz Bandar sei damit beauftragt worden, die Transaktionen in die Wege zu leiten. Er habe sich daraufhin im Februar 1984 mit Bandar in Cannes getroffen, um die Gründung einer Scheinfirma zu besprechen, über die Gelder zu den angolanischen Rebellen und auch nach Afghanistan geleitet werden sollten. Bandar habe Bamieh bei diesem Treffen gesagt, dass Fahd dieses Thema gerade auch mit Casey auf der königlichen Jacht bespreche. Laut Bamieh brachten die Saudis über 50 Millionen Dollar auf, die über Marokko zu den angolanischen Rebellen flossen.

Zu Bandars nächster Geheimoperation kam es angeblich auf Bitten von William Wilson, einem engen Freund Reagans und damals Botschafter der USA im Vatikan. Anscheinend bat man Bandar, der Christdemokratischen Partei Italiens zwei Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen und diese auch zu überbringen, um bei den Wahlen von 1985 einen Sieg der Kommunisten zu verhindern.⁹⁷ Diese »Parteispende« der Saudis wurde angeblich in einem Koffer überbracht, den Bandar mit einem Privat-Airbus nach Rom flog. Er habe ihn persönlich in einem saudi-arabischen Diplomatenwagen zur Vatikanbank gebracht, wo ein Geistlicher zum Fuß der Eingangstreppe herabgekommen sei und den Koffer entgegengenommen habe, ohne dass irgendwelche Fragen gestellt worden seien. Der Vatikan habe das Geld an die Christdemokraten weitergeleitet, die bei den Wahlen schließlich mit einem Vorsprung von vier Prozent siegten.⁹⁸ Der Wahrheitsgehalt dieser Darstellung ist schwer zu ermitteln, denn diese Geschichte wurde nur vier Personen erzählt, drei Mitarbeitern der *Washington Post* und dem Autor William Simpson. Botschafter Wilson bestritt jede Kenntnis von der Sache und sagte, falls so etwas vorgefallen sei, »dann ganz bestimmt, ohne dass ich davon erfahren habe«.⁹⁹ Simpson behauptet, dieser Plan sei von Reagan, Fahd und Thatcher gemeinsam ausgeheckt worden, und Bandars Beteiligung sei so erfolgt, dass »die Dementierbarkeit jederzeit gewährleistet blieb, denn nirgends würde man Fingerabdrücke der Amerikaner oder Briten finden. Das Geld stammte nicht von

ihnen. Weder der US-Kongress noch das britische Parlament hatte die Sache gebilligt. Alle konnten sagen: ›Ich hatte nichts damit zu tun; das geht mich nichts an‹, aber dennoch war das die Art und Weise, wie diese Dinge erledigt wurden ... Das war ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie die strategische Zusammenarbeit zwischen Reagan, Fahd und Thatcher funktionierte – und zwar in vielen, vielen Fällen.«¹⁰⁰

War Bandar zu einem Schmiergeldboten des Papstes geworden? Falls an dieser Geschichte etwas dran ist, dann war seine Aussage vor Gericht im Jahr 1993 reine Heuchelei, als er den *Guardian* wegen Verleumdung verklagt hatte, nachdem die Zeitung fälschlicherweise behauptet hatte, er habe der Konservativen Partei in Großbritannien geheime Spenden zukommen lassen. Bandar sagte vor Gericht aus, allein der Gedanke, dass er versucht haben könne, in einem anderen Land Wahlen zu beeinflussen, »beschäme und schmerze« ihn »zutiefst«.¹⁰¹

Am 8. März 1985 detonierte eine große Autobombe vor einer Moschee in Beirut, in der Nähe der Wohnung von Scheich Mohammed Hussein Fadlallah, dem geistlichen Führer der kurz zuvor gegründeten Hisbollah. Durch die Explosion wurden mehr als achtzig Menschen getötet und über zweihundert verletzt. Viele der Opfer waren Gläubige, die gerade die Moschee verließen. Fadlallah selbst blieb unversehrt. Der vielfach ausgezeichnete *Washington Post*-Reporter Bob Woodward behauptet, William Casey und Prinz Bandar hätten hinter diesem versuchten Mordanschlag gesteckt und dazu einen ehemaligen britischen Elitesoldaten angeheuert, der von Bandar drei Millionen US-Dollar erhalten habe.¹⁰² Bandar wies diese Anschuldigungen entschieden zurück, Woodward aber wiederholte sie 2001 in der amerikanischen Fernsehsendung *Frontline*. Er behauptet, bei einem »Spaziergang im Garten« von Bandars Residenz in McLean, im Norden Virginias, hätten William Casey und Bandar sich geeinigt, »dass der Saudi das Geld dafür zur Verfügung stellen würde, um ein paar Profis zu engagieren, die Scheich Fadlallah mit einer Autobombe töten sollten«. Casey habe gesagt, die Operation solle so geheim verlaufen, dass nicht einmal Reagan davon erführe.¹⁰³ Angeblich kostete die Aufdeckung dieses fehlgeschlagenen Unterfangens Bandar den Job, den er damals in seinem Heimatland anstrebte – den des Beraters für Nationale Sicherheit.¹⁰⁴ Bandar blieb dabei, dass die Behauptung einer saudischen Beteiligung an dem

Mordanschlag auf Fadlallah jeglicher Grundlage entbehrte, und erklärte ausdrücklich, auch er selbst habe mit der Sache nichts zu tun.¹⁰⁵

Die Saudis unterstützten auch die Afghanen mit Waffen- und Wirtschaftshilfe im Umfang von mehreren Milliarden US-Dollar bei ihrem Krieg gegen die Sowjets und arbeiteten in den achtziger Jahren mit der CIA zusammen, als es um die Finanzierung von Koranschulen in Afghanistan ging.¹⁰⁶ Prinz Bandar behauptet zudem, er habe eine entscheidende Rolle dabei gespielt, Präsident Gorbatschow zum Rückzug aus Afghanistan zu bewegen. Bei einem Moskaubesuch habe Gorbatschow 1988 dem Prinzen gesagt, die Sowjets wüssten, dass die Saudis die Mudschaheddin mit jährlich 200 Millionen US-Dollar unterstützten. Bandar habe entgegnet: »Da irren Sie sich, Herr Präsident. Wir zahlen jährlich nicht 200, sondern 500 Millionen, und wenn Sie nicht aus Afghanistan abziehen, erhöhen wir den Betrag auch gern auf eine Milliarde.«¹⁰⁷ Bandar suggeriert, Gorbatschow habe daraufhin fast sofort eingewilligt, sich bis zum März des nächsten Jahres aus Afghanistan zurückzuziehen. Ob dieses Gespräch so stattfand oder nicht – Bandar bekam von Gorbatschow jedenfalls ein bemerkenswertes Souvenir geschenkt, eine Fotografie, die den russischen Präsidenten mit Reagan zeigt, darauf die Aufschrift: »*Trust but Verify*« – »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser«. Das war ein Lieblingspruch von Reagan. Von dem Foto gab es nur fünfzig Exemplare. Als Bandar Reagan das nächste Mal traf, fragte er ihn: »Was meinen Sie, warum hat er mir das geschenkt, Mr President?« – »Was hat er Ihnen denn gesagt?«, fragte Reagan. Bandar antwortete: »Er sagte: Ich will, dass Sie wissen, dass auch ich ein Freund Ihres Freundes bin.« Reagan schrieb daraufhin auf das Foto: »*Prince Bandar, Trust but Verify*«. Als Bandar Gorbatschow ein paar Jahre später wieder begegnete, schrieb dieser die Redewendung noch einmal im russischen Originalwortlaut auf das Bild: »*Dowerjai, no prowerjai*« – »Vertraue, aber prüfe nach«. Diese Fotografie stand viele Jahre lang an prominenter Stelle in Bandars Büro.¹⁰⁸

Prinz Bandar verfügt über den nötigen Charme, um die Mächtigen der Welt für sich einzunehmen, und über den nötigen Reichtum, um sich Freundschaften und Einfluss zu erkaufen. Er ist kaltblütig und einfallsreich, wenn es gilt, Gesetze und Vorschriften zu umgehen, und mit der Wahrheit nimmt er es für gewöhnlich nicht so genau. Das machte ihn zum idealen Mittelsmann, als es darum ging, den

ment so genau. Das machte ihn zum reichen Mittelmann, als es darum ging, den größten Rüstungsdeal aller Zeiten auszuhandeln.

Laut Bandar verhielt sich Mrs Thatcher sehr entgegenkommend, was die Rüstungswünsche der Saudis anging. Während ihnen die amerikanische Option nicht zur Verfügung stand und die Franzosen sich selbst den schlechten Dienst erwiesen, zu viel iranisches Erdöl zu importieren, war ein weiterer Beweggrund für die Saudis, bei den Briten zu kaufen, der niedrigste Grund überhaupt: Geld. Der Deal stellt wahrscheinlich die korrupteste Transaktion in der Geschichte des Waffenhandels dar, und Bandar, Thatchers Sohn Mark und zahlreiche weitere Personen wurden beschuldigt, Schmiergelder in astronomischer Höhe angenommen zu haben.

Einem ehemaligen Berater der saudischen Königsfamilie, Nihad Ghadry, gegenüber erinnerte sich Bandar: »Ich sagte Mrs Thatcher, dass dies ein Deal direkt zwischen uns sei, zwischen unseren beiden Ländern. Andere seien nicht davon betroffen. Unsere Angelegenheiten gingen nur uns selbst etwas an und niemanden sonst ... Ich sagte ihr auch: Die Sauds sind eine königliche Familie, und rings um uns her gibt es viele Leute und viele Verpflichtungen. Mein Gespräch mit Mrs Thatcher endete damit, dass sie verstand, was ich damit meinte.«¹⁰⁹

»Zur Verteidigung der Menschlichkeit«

Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 führte zu einem grundlegenden Wandel in der Art und Weise, wie Waffenhändler weltweit ihre Geschäfte tätigten. Die These vom »Ende der Geschichte«, und damit der Kriege, schien sich erledigt zu haben, da die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges in dem Maße, wie sich das Modell der freien Marktwirtschaft weltweit durchsetzte, von immer komplexeren bewaffneten Konflikten erschüttert wurde. Der Wegfall der Unterstützung durch die ehemalige UdSSR brachte viele Länder des Ostblocks in politisch-wirtschaftliche Schieflage. Neue Bündnisse wurden gebildet und neue Fronten eröffnet, die jetzt zwischen den Ethnien verliefen oder zwischen den Religionen. Neue Akteure strebten nach der Macht, die ihnen so lange verwehrt worden war, oder versuchten das Feindbild westliche Demokratie durch Terror zu erschüttern. Für die kleineren Waffenhändler, die im Schatten der neuen Konflikte operierten, waren diese neuen Akteure lukrative Kunden.

Die Firma Merex jedenfalls konnte rasch auf diesen neuen Märkten Fuß fassen und die exponentielle Zunahme der Bürgerkriege und ethnischen Konflikte auf mehreren Kontinenten nutzen. Merex erweiterte seinen geschäftlichen Aktionsradius in rasantem Tempo, tatkräftig unterstützt von hochkarätigen »Vermittlern« wie den liberianischen Brüdern Charles und Bob Taylor. Merex profitierte praktisch von allen bekannten Konflikten der nächsten fünfzehn Jahre – den Bürgerkriegen in Jugoslawien und Liberia/Sierra Leone ebenso wie vom US-Einmarsch im Irak. Dabei war Merex in ein ausgedehntes internationales Netzwerk von Waffenhändlern, Revolutionären, Despoten, Scharlatanen, Kriegstreibern, religiösen Extremisten, Folterern, Sanktionsbrechern, Geldwäschern, zwielichtigen Geheimdienstlern und opportunistischen Geschäftsleuten eingebunden, die überall dort operierten, wo

das Chaos groß genug war, um möglichst schnell möglichst viel Geld zu machen. Dieses gesetzlose Labyrinth war die Schattenwelt in der neuen globalen Wirklichkeit.

Im Jahr 1990 zwangen rechtliche und finanzielle Schwierigkeiten sowie die Notwendigkeit, unter den neuen Rahmenbedingungen ein profitables Geschäftsmodell zu etablieren, Merex zu einer Umstrukturierung. In diesem Zuge wurde Joseph »Joe« Der Hovsepien als Gesellschafter aufgenommen. Hovsepien, ein »Weltbürger«,¹ ist armenisch-libanesischer Abstammung und hat enge Verbindungen nach Deutschland, Italien, der Schweiz und Frankreich.

Ich traf ihn im Mai 2010 in Amman in Jordanien. Sein Büro in der Mekka-Straße, ganz in Glas und dunklem Holz gehalten, ist geschmückt mit Postern von Gewehren und anderen Waffen. Hovsepien ist eine imposante Erscheinung. In seinem markanten Gesicht spiegelt sich seine kosmopolitische Abstammung wider: teutonische und arabische Züge, ein gestutzter deutscher Schnurrbart unter einer roten Knollennase. Der große schwarze Stetson-Hut und Cowboy-Stiefel lassen ihn noch größer erscheinen, als er ohnehin schon ist.

Er gibt sich leutselig und charmant; nur wenn ihm ein Thema nicht gefällt, wird er laut und fast ein wenig unheimlich. Bereitwillig schilderte Hovsepien die Anfänge seines beruflichen Werdegangs: Der Sohn eines Fremdenlegionärs und einer libanesischen Mutter hatte, immer im Kreis von Militärs, die Welt bereist. Dem militärischen Naturell seines Vaters folgend, trat er in die libanesischen Armee ein, wo er eine Ausbildung zum Kampfpiloten absolvierte, die ihn auch zu mehreren Luftwaffenstützpunkten in den USA führte. Aufgrund seiner Abenteuerlust und seiner ehelichen Verbindungen mit einer der bedeutendsten libanesischen Familien wurde der junge Joe schon bald zum Oberst befördert – und »der Oberst« wird er auch in Waffenhändlerkreisen genannt.

Im Jahr 1978 verließ Hovsepien die libanesischen Streitkräfte und eröffnete ein Waffen- und Sportschützengeschäft in Bonn – der Heimatstadt des ehemaligen Nazis und Merex-Gründers Gerhard Mertins. Anfang der achtziger Jahre begann er, mit Mertins als Waffenhändler zusammenzuarbeiten.² Hovsepien äußerte sich zunächst nur vage zu seiner Zusammenarbeit mit Mertins in den achtziger Jahren, aber es war klar, dass er über die Pläne Mertins im Bilde war – nicht zuletzt, weil die beiden auf demselben Anwesen wohnten. Mertins hatte die erheblichen unerwarteten Einnahmen aus seinem

Schadensersatzprozess gegen den Bundesnachrichtendienst dazu verwendet, eine weitläufige Hühnerfarm und ein Grundstück in Thomasberg zu erwerben, einem Ortsteil von Königswinter, das Bonn gegenüber, auf der anderen Seite des Rheins, liegt. Hovsepien behauptete, Mertins habe seine engen Beziehungen zur Bundesregierung dazu benutzt, den Wert seines Anwesens zu steigern, indem er das Auswärtige Amt, für das der Ehemann seiner Nichte arbeitete, dazu überredete, auf einem Nachbargrundstück einen Bürokomplex zu errichten.

Da Mertins in den achtziger Jahren oft knapp bei Kasse war, bezahlte er manchmal diejenigen, die für ihn arbeiteten, mit kleinen Parzellen seines Anwesens in Thomasberg. Hovsepien war einer dieser Empfänger; er wohnte zusammen mit Mertins und zahlreichen Kontaktpersonen des Deutschen auf dem Anwesen. Hovsepien behauptet heute, Mertins habe ihn um fast 3 Millionen Dollar betrogen: Statt Hovsepien für erbrachte Dienstleistungen zu bezahlen, bot ihm Mertins eine erstklassige Parzelle des Geländes in Thomasberg zur baulichen Erschließung an, mit der Aussicht, dass sich der Wert dieses Grundstücks vervielfachen würde. Die Sache hatte nur einen Haken, den Mertins wohlweislich für sich behielt: Planungsvorschriften untersagten jegliche Bebauung des Grundstücks. Hovsepien behauptete, Mertins habe ihn mehrfach in dieser Weise über den Tisch gezogen.

Als Hovsepien 1990 Teilhaber von Merex wurde, befand sich das Unternehmen in einer Krise. Aus Finanzberichten von damals geht hervor, dass die Kosten rasch anstiegen, während die Einnahmen zurückgingen; die Rücklagen schwanden so schnell dahin, dass die Gewinne aus den glücklichen Tagen fast aufgezehrt wurden.³ Um die Firma zu retten, wandte sich Mertins an einen langjährigen Geschäftspartner, Saudi-Arabien. Die Saudis wollten Leopard-Panzer von Deutschland kaufen. Mertins mit seinem guten Draht zur Bundesregierung war bereit, das Geschäft zu vermitteln, für das die Saudis ihm 16 bis 17 Millionen DM Provision zusicherten – eine Summe, die groß genug war, um eine Pleite abzuwenden. Das Anwesen in Thomasberg wurde als Sicherheit für den Barvorschuss herangezogen. Diese ungewöhnliche Vereinbarung wurde von Mertins' Freund, Prinz Turki bin Faisal, dem Bruder des Außenministers, Schwager von Prinz Bandar, Sohn des verstorbenen Königs Faisal und damals Leiter des Al-Muchabarat, des saudischen Geheimdienstes, ausgehandelt. Aus diesem Grund wurden die Verträge von Turkis Assistent,

Ahmed Badeeb, und Gerhard Mertins unterzeichnet.

Mertins wichtigster Kontakt in der Bundesregierung bei diesem Deal war der CSU-Politiker und Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Strauß, der Anfang der sechziger Jahre zusammen mit anderen in den Lockheed-Bestechungsskandal verwickelt war (siehe Kapitel 12), wurde von Joe als »*very corrupt*« beschrieben, was vielleicht seine Bereitschaft erklärt, sich mit Mertins und Merex einzulassen. Doch der bayerische Ministerpräsident starb 1988 überraschend auf der Jagd. Mertins konnte daher die Panzer, für die er bereits bezahlt worden war, nicht liefern. Da er sich weigerte, das Geld zurückzuerstatten, aber andererseits auch die Leos nicht liefern konnte, blieb Mertins nichts anderes übrig, als die Firma dichtzumachen und eine neue zu gründen.

Auch Mertins fortgeschrittenes Alter – er starb 1993 – war ein Beweggrund für die Neugründung von Merex. Es kam zu Verhandlungen, und schließlich entschied man sich, dass Hovsepian einerseits und die Mertins-Söhne Helmut und Jörg Thomas (»JT« genannt) andererseits zu gleichen Teilen Eigentümer des Unternehmens werden sollten. Ein Anteil von einem Prozent blieb in den Händen der US Merex Corp., die damals noch immer von Gerhard Mertins geführt wurde.⁴

Andere Teile des Merex-Netzwerks nahmen bizarre Formen an. Eine Gesellschaft, die Merex AG, ging in einem Unternehmen auf, das ein Hotel und ein Sportzentrum auf Gut Buschhof, einem Vorort von Königswinter, betrieb, was dafür spricht, dass einige Mitglieder des Mertins-Klans ein Tätigkeitsfeld gesucht hatten, das nicht so aufreibend war wie der Waffenhandel.⁵ Bald nach der Errichtung von Gut Buschhof und nach Mertins' Tod im Jahr 1993 wurde die »Thomasberg Hotel und Sportanlagen-Betriebsgesellschaft« gegründet.⁶ Der offizielle Geschäftsführer der Gesellschaft war Ahmed Badeeb, der Assistent von Prinz Turki.

Badeeb arbeitete zunächst als Lehrer. Als Biologielehrer, der unter Aufsicht des saudischen Bildungsministeriums arbeitete, war Osama bin Laden Badeebs berühmtester Schüler gewesen. Badeeb freundete sich mit seinem Schüler sogar an, weil dessen Familie aus der gleichen Region im Jemen stammte wie seine eigene.⁷ Doch Badeeb wollte nicht Lehrer bleiben, sondern arbeitete sich im saudischen Beamtenapparat zielstrebig nach oben und war, mit Mitte dreißig,

Stabschef von Prinz Turki. Die Ermordung von Prinz Turkis Vater, König Faisal (durch den Sohn seines Halbbruders), beeinträchtigte Turkis Aufstieg nicht, der in seiner Ernennung zum Chef des Muchabarat gipfelte, einem Posten, den er zwanzig Jahre lang bekleidete.⁸ Von 2003 bis 2005 war er Botschafter in Großbritannien, bevor er kurzzeitig, von Juli 2005 bis Dezember 2006, als Nachfolger von Prinz Bandar den Posten des saudischen Botschafters in den Vereinigten Staaten versah.⁹

In seiner Rolle als rechte Hand eines der mächtigsten Männer im Geheimdienstapparat des Wüstenreichs wurde er oft entsandt, um mit wichtigen befreundeten Diensten zu verhandeln, Rüstungsgeschäfte und Bargeld-Übergaben einzufädeln. Im Rahmen eines dieser Aufträge reiste Badeeb nach Pakistan, wo er mit dem Militärmachthaber Zia-ul-Haq zusammentraf. Badeeb, der von Prinz Turki mit einer großen Summe Bargeld losgeschickt worden war, unterrichtete seine pakistanischen Gastgeber, dass Saudi-Arabien bereit sei, den Kauf einer ganzen Palette von Präzisionsraketen aus chinesischer Produktion zu finanzieren. Seine Betreuer, die diese großzügige Offerte nicht recht glauben konnten, brachen Badeeb's Koffer auf, um seine Aussage zu überprüfen, während er sich mit Präsident Zia unterhielt.¹⁰ Badeeb war auch in Afghanistan aktiv, wo er die Beziehungen zwischen seinem Heimatland und den Mudschaheddin-Kämpfern pflegte. Es wird vermutet, dass Badeeb sich anstelle des Geldes, das Mertins den Saudis schuldet, nachdem der Leo-Deal geplatzt war, das Anwesen in Thomasberg übertragen ließ.

Angesichts der Schwierigkeiten des Unternehmens mag es sonderbar anmuten, dass man den Firmennamen Merex beibehielt, aber die Deutsche Merex hatte in nicht wenigen Ohren einen guten Klang. Laut Hovsepian haben nicht zuletzt die Verbindungen zu den alten Nazis die arabische Kunden beeindruckt, die gern betonten, dass sie heutzutage »weniger Probleme hätten, wenn Hitler damals die Juden erledigt hätte«.¹¹ Hovsepian widersprach bei diesen Gelegenheiten nicht, im Gegenteil, er redete seinen Kunden stets nach dem Mund. Die Araber begrüßte er mit einem munteren »Salam alaikum«, an das er ein deutsches »Wie geht's dir?« anzuhängen pflegte. »Um im Waffenhandel erfolgreich zu sein«, erklärte er mir, »braucht man jede Menge gute Sprüche, ein gutes Produkt, und man darf den Kunden nicht betrügen.« Viele Waffenhändler sind in der Tat ziemliche gesellige Kerle. Sie müssen die

Fähigkeit haben, eine vertrauliche Stimmung zu erzeugen, und Hovsepien hatte die Fähigkeit. Seinen Besuch in Saudi-Arabien absolviert er mit Bravour und sicherte so der neuen Merex ihren ersten größeren Auftrag.

Im August 1990 marschierte ein nach dem Ende des zehn Jahre währenden, aufreibenden Konflikts mit dem Iran zu neuer Kraft gelangter Saddam Hussein in Kuwait ein. Die Saudis waren zutiefst beunruhigt, vor allem angesichts des drohenden Einsatzes biologischer und chemischer Waffen durch Saddam. Und so traten sie an Merex mit der Bitte heran, den Kauf einer Million Gasmasken zu vermitteln. Für einen solchen Großauftrag brauchte Hovsepien diskrete Unterstützung, und so berief er die Gebrüder Mertins aus den Vereinigten Staaten her. Nachdem er bei mehreren Lieferanten vorstellig geworden war, konnte Hovsepien die bestellte Menge liefern: Er flog die Gasmasken persönlich nach Saudi-Arabien. Es war ein lukrativer Auftrag – laut Hovsepien hatte er einen Wert von 126 Millionen Dollar. Außerdem wurde der Waffenhändler für die zügige Lieferung mit einer lobenden Erwähnung durch die saudische Regierung geehrt.

Trotzdem kritisierte Hovsepien die »Sonderkosten«, die bei Geschäften mit den Saudis entstehen. »Sie sind äußerst raffgierig. Man muss sie immer schmieren.« Er wies auf ein Wasserglas, das vor ihm auf dem Schreibtisch stand. »Wenn Sie dieses Glas kaufen wollen, sagt man Ihnen, dass es fünf Dollar kostet. Sie handeln einen dann auf einen Dollar runter, und dann sagen sie: ›Okay, ich gebe dir 3 Dollar, aber du gibst mir 2 Dollar zurück!« Hovsepien behauptete, er habe bei seinen Geschäften mit den Saudis stets über die Hälfte des Auftragswertes in Form von Schmiergeldern zurückzahlen müssen. Der Militärattaché an der jeweiligen saudischen Botschaft quittiert den Empfang. »Das Geld wird in Deutschland an sie ausgezahlt, und die verdeckte Provision wird an den jeweiligen Militärattaché transferiert, der es weiterleitet an die Prinzen.« Zum Schluss sagte er: »Bei der kleinsten Rüstungslieferung von den USA nach Saudi-Arabien kassiert Bandar eine Provision.«

Als Jugoslawien nach dem Ende des Kalten Krieges zerfiel, waren Merex und Hovsepien bedeutende Akteure auf dem Balkan. Die Konflikt brach im Juni 1991 aus, als Slowenien seinen Austritt aus der Föderativen Republik erklärte, bald darauf gefolgt von Kroatien und Mazedonien. Es war der Auftakt zu einem vierjährigen erbittert geführten Krieg bei dem sich vor allem »die ethnische

Verjüngung, erobert gerahmten Krieg, bei dem sich vor allem »die ethnische Säuberung« an den bosnischen Muslimen durch die Serben ins kollektive Gedächtnis eingebrannt hat.

Da sehr früh Waffenembargos über die gesamte Region verhängt wurden, waren die Konfliktparteien händeringend auf der Suche nach Rüstungsgütern – eine Sternstunde für wagemutige Waffenhändler. Als die Regierung Kroatiens erkannte, dass es wahrscheinlich zu einem Krieg kommen würde, begann sie bereits im Januar 1991 mit Waffenkäufen. Der Italiener Lorenzo Mazzega war in einer hervorragenden Position, um Kroatien zu helfen, seine Waffenlager aufzufüllen. Damals wohnte er in der kroatischen Stadt Zadar, wo er nützliche Kontakte zur kroatischen Führung aufgebaut hatte.¹² Mazzegas Ruf eilte ihm voraus, jedenfalls kam er auch Franco Giorgi zu Ohren, einem 1943 geborenen Italiener, der 1975 nach Libyen gegangen war, um dort zu arbeiten – in welchem Metier, wollte er nicht sagen. Im Jahr 1979 kamen die libyschen Behörden zu der Überzeugung, er stelle ein Sicherheitsrisiko dar, weil er für Israel spioniere. Nach einer achtmonatigen Haft »wechselte er die Seiten« und lieferte von nun an den libyschen Behörden Informationen über wichtige Persönlichkeiten in Italien und in anderen Ländern. Im Jahr 1990 kehrte er nach Italien zurück, zu seiner Frau, der Inhaberin eines Geschäfts in Venedig, wo Giorgi mehrere seiner Kontaktpersonen traf.¹³ Von einem Geschäftsfreund hatte er gehört, Mazzega könne über seine Firma Venimpex Waffen ungehindert in ganz Osteuropa vertreiben. Nachdem er durch einen gemeinsamen Bekannten in Venedig Mazzega vorgestellt worden war, reiste Giorgi nach Zadar, um über gemeinsame Geschäfte zu sprechen.¹⁴ Seine Absicht: im Auftrag von Merex Waffen und sonstige Güter an Kroatien verkaufen. Mazzega erinnerte sich später daran, dass Giorgi behauptete, er sei »Vertreter von Merex in Italien, Kroatien und osteuropäischen Staaten ... Er zeigte mir auch einen Merex-Katalog. Er hielt sich in Zadar auf, weil Merex Polizeiausrüstung herstellte – Ferngläser, kugelsichere Westen, Funkgeräte und so weiter.«¹⁵ Im Anschluss an ihr Treffen ergatterte Merex tatsächlich einen Auftrag in Kroatien, der von einem Unternehmen in Zadar kam, für das Mazzega als Vertreter tätig war. Giorgi wandte sich prompt an Hovsepian und weihte ihn in die Einzelheiten des Geschäfts ein. Trotz anfänglicher Skepsis erklärte sich Hovsepian bereit, mitzumachen.

Die kroatische Regierung brauchte dringend Munition im Wert von etwa einer

Million Dollar. Hovsepien wandte sich an einen langjährigen Bekannten, Eli Wazan, mit der Bitte, ihm bei der Beschaffung zu helfen. Wazan war ein erfolgreicher Waffenhändler, der Anfang der achtziger Jahre als Einkäufer für christliche Milizen im Libanon tätig gewesen war. Nachdem er nützliche Beziehungen zu israelischen Nachrichtendiensten geknüpft hatte, machte sich Wazan Mitte der achtziger Jahre als Waffenhändler in Ostbeirut selbstständig. Er wurde auch zum Honorarkonsul im Libanon ernannt, was ihm nützliche diplomatische Privilegien verschaffte. Einer der besten Lieferanten Wazans war die halbstaatliche südafrikanische Rüstungsschmiede Armscor, die nach der Verhängung eines UN-Waffenembargos gegen Südafrika von der Apartheidregierung gegründet worden war – ein Embargo, das auch Armscor-Exporte verbot. Mit großzügigen Finanzspritzen aufgepäppelt, wurde Armscor zu einem industriellen Giganten, der alles an Rüstungsgütern ausstieß, was die Apartheidregierung benötigte, um im Inland und in ganz Subsahara-Afrika ihre Schreckensherrschaft auszuüben. Um das Auslandsgeschäft anzukurbeln, mit dessen Erlösen Armscor seine inländische Produktion subventionierte, stützte sich das Unternehmen auf ein Netz dubioser Mittelsmänner und Agenten. Wazan war einer ihrer bevorzugten Agenten, der seit 1983 mit dem Unternehmen zusammenarbeitete. Im Jahr 1990 war er zum »Alleinvertreter« von Armscor ernannt worden.¹⁶

Um die Munition für Kroatien zu beschaffen, mussten Hovsepien und Wazan das UN-Waffenembargo gegen Südafrika brechen. Aus Angst, die deutschen Behörden würden Wind von der Sache bekommen, wenn der Handel über Merex abgewickelt würde, beschloss Hovsepien, das Geschäft über eine Schwestergesellschaft, Intersystems Beirut, laufen zu lassen, obwohl er sich mit Giorgi getroffen hatte, um die Möglichkeit zu sondieren, den Auftrag in Deutschland abzuwickeln – was schon an sich ein Gesetzesverstoß war. Hovsepien und Wazan mussten außerdem südafrikanische Amtsträger in die Irre führen. Damals untersagte eine Verfügung des südafrikanischen Kabinetts Armscor Rüstungsgeschäfte mit sämtlichen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.¹⁷ Exporte in den Libanon dagegen waren nicht verboten. Also erklärte Wazan wahrheitswidrig, die Armscor-Lieferungen seien für christliche Milizen im Libanon bestimmt, und sie würden nach Beirut verschifft und dort entladen.¹⁸ In Wirklichkeit waren die auf das Schiff *Anke* verladenen Waffen für

Kroatien bestimmt, wo sie zur großen Erleichterung der kroatischen Behörden im März 1991 eintrafen.¹⁹ Obwohl die Rüstungsgüter nur knapp über 1 Million Dollar kosteten, erhielt Franco Giorgi für seine Tätigkeit als Vermittler auch nur 200000 Dollar Provision.

Für einen vergleichsweise kleinen Auftrag hatten sie sich ordentlich ins Zeug gelegt, was die kroatischen Behörden nur um so mehr davon überzeugte, dass sie Giorgi und Hovsepian vertrauen konnten. Im Jahr 1992, knapp über ein Jahr nachdem die Feindseligkeiten in der Region ausgebrochen waren und die UN ein Waffenembargo gegen alle Beteiligten verhängt hatten,²⁰ sah sich Kroatien nach weiteren Waffen um. Diesmal war es ein viel größerer Auftrag, der auch Raketen beinhaltete und dessen Volumen mit 26,1 Millionen Dollar beziffert wurde.²¹ Wieder wurde das Geschäft von Lorenzo Mazzega angebahnt, der im Auftrag der kroatischen Behörden Franco Giorgi kontaktierte. Die Gelegenheit ergreifend, reiste Giorgi nach Kroatien, um die Einzelheiten mit mehreren kroatischen Generälen und Finanzminister Jozo Martinović zu besprechen.²² Martinović, der ehemalige Direktor der kroatischen Staatsbank Privredna, soll an zahlreichen Verhandlungen über Waffenlieferungen, die gegen das UN-Embargo verstießen, beteiligt gewesen sein.²³

Giorgi wandte sich einmal mehr an Hovsepian, der auf das gleiche Netzwerk von Kontakten zurückgriff, mit dem er sich schon den ersten kroatischen Beschaffungsauftrag gesichert hatte. Armscor wurde kontaktiert und der Deal unter Dach und Fach gebracht. Der amerikanische Schiffsmakler Michael Steenberg wurde beauftragt, den Transport zu organisieren.²⁴ Die Waffen wurden Mitte 1992 von einem Frachter namens *Sky Bird* geliefert – wobei dieser Deal gegen zwei UN-Waffenembargos zugleich verstieß. Um nicht aufzufliegen, wurden die Frachtlisten geändert. Ihren früheren Verschleierungstrick wiederholend, gaben sie an, die Fracht sei für die libanesischen christlichen Milizen bestimmt.²⁵ Dabei war Umag, eine Hafenstadt in Kroatien, der wahre Bestimmungsort, und Finanzminister Martinović stellte eine Endnutzerbescheinigung aus.²⁶ Außerdem ließ er Hovsepian einen Schuldschein zukommen, in dem er sich verpflichtete, dem Händler eine Anzahlung in Höhe von 5 Millionen Dollar zu leisten, gefolgt von fünf monatlichen Zahlungen von jeweils 4,35 Millionen Dollar, die über die Privredna-Bank erfolgen sollten.²⁷ Hovsepian wurde peu à peu bezahlt, immer nach Erhalt einer neuen Lieferung.

Aber nachdem er etwa 12 Millionen Dollar erhalten hatten – und weitere 14 Millionen Dollar noch ausstanden –, stellten die kroatischen Behörden die Zahlungen ein.²⁸

Weshalb die Kroaten die Zahlungen einstellten, ist nach wie vor unklar. Laut Hovsepien monierten sie die Qualität des gelieferten Materials, behaupteten, es sei alt, gebraucht und nicht zu verwenden. Hovsepien war empört: Die Ausrüstung war fünf Jahre alt, neuwertig und funktionierte bei Tests, die er persönlich durchführte, tadellos. Nach Darstellung von Franco Giorgi hatten die Kroaten behauptet, die Ausrüstung sei »von der libanesischen Armee abgelehnt worden«²⁹ – wo die Waffen doch ausschließlich von Armscor in Südafrika bezogen worden seien. Und auch wenn Armscor zweifellos ein zwielichtiges Unternehmen war, stand es doch im Ruf eines Herstellers solider Waffen. Wahrscheinlicher ist, dass Hovsepien über den Tisch gezogen wurde. Nach der Lieferung der Waffen hatte der Händler kein Mittel, um die weiteren Zahlungen zu erzwingen. Laut Franco Giorgi erhielt Hovsepien in Deutschland merkwürdigen Besuch aus Kroatien: eine Frau und zwei Männer, die von Lorenzo Mazzega begleitet wurden. »Sie versuchten als Gegenleistung für ein positives Gutachten über die von ihm gelieferten Waffen Hovsepien zur Zahlung eines Schmiergeldes zu bewegen. Hovsepien weigerte sich und schmiss sie raus.«³⁰ Entweder wurde Hovsepien von den klammen Kroaten verschaukelt, oder aber er sollte dazu veranlasst werden, eine Provision an einflussreiche kroatische Amtsträger zu zahlen. So oder so erzielte Hovsepien keine weiteren Einnahmen aus diesem Geschäft.

Aber es kam noch schlimmer für den Waffenhändler. Während das Geschäft bereits im Gang war, hatte ein anderer Merex-Vertreter, Gerhard Dörfel, Kontakt zur kroatischen Regierung aufgenommen. Dörfel, ein gelernter Ingenieur, stand in enger Beziehung zu seinem Chef Mertins. Die kroatischen Behörden waren wegen seiner Beziehungen zu dem deutschen Technologiekonzern Giesecke & Devrient, den sie mit dem Druck der neuen kroatischen Banknoten beauftragen wollten, auf ihn aufmerksam geworden.³¹ Lorenzo Mazzega, der so viele Geschäfte für Kroatien arrangierte, begleitete Dörfel oft bei Geschäftsterminen und freundete sich mit ihm an. Mazzega erinnerte sich, er habe Mertins regelmäßig in seiner Villa in Thomasberg besucht, um sich dort mit diesem und Dörfel zu treffen, wobei er manchmal Hovsepien in seinem Auto vorbeifahren

sah. Wohl gemerkt, Hovsepien hatte den Deal mit der kroatischen Regierung vor Mertins geheim gehalten. Das sollte sich jetzt rächen. Dörfel hatte von den kroatischen Behörden von dem Deal erfahren und weihte Mertins umgehend ein. Dieser tobte, weil er sich hintergangen fühlte, aber auch, weil er fürchtete, die Aufmerksamkeit der deutschen Behörden zu erregen. Mertins beschloss, Hovsepien eine Lektion zu erteilen. Er durchwühlte die Papiere von Hovsepien, die bei Mertins archiviert waren, und übergab den gesamten Stapel mit den belastenden Unterlagen an die deutschen Behörden.³² Mertins verpiff seinen Partner.

Die deutschen Strafverfolgungsbehörden leiteten ein Ermittlungsverfahren ein, wobei sie auch die italienische Polizei kontaktierten, die ihrerseits begonnen hatte, die Aktivitäten von Franco Giorgi und Lorenzo Mazzega in ganz Ex-Jugoslawien unter die Lupe zu nehmen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass Mertins Hovsepien aus moralischen Gründen verraten hat. Vielmehr dürfte ihn die Aussicht auf fette Pfründe motiviert haben. Denn nachdem die kroatischen Behörden Hovsepiens Waffenlieferung zurückgewiesen hatten, schaltete sich Martinović ein und versuchte den Streit zu schlichten. Über Mazzega kontaktierte Martinović Mertins und sagte diesem, wenn er Hovsepien dazu überreden könne, Kroatien nicht länger wegen der ausstehenden Gelder zu bedrängen, werde Hovsepien eine Einmalzahlung von knapp über 1 Million Dollar zur abschließenden Abgeltung all seiner Ansprüche erhalten. Mertins versichert Martinović, er könne Hovsepien zur Annahme dieses Angebots bewegen – was er aber nicht zu tun vorhatte. Im August 1992 überreichte Lorenzo Mazzega in einer Bar am Münchner Flughafen Mertins eine Aktentasche mit über einer Million Dollar in bar.³³ Hovsepien hat das Geld nie zu sehen bekommen.

Infolge von Mertins Enthüllungen musste Hovsepien Deutschland fluchtartig verlassen, weil er damit rechnen musste, im Rahmen des Strafverfahrens festgenommen zu werden. Erst Jahre später, als klar war, dass die Ermittlungen im Sande verlaufen waren, kehrte er zurück.³⁴ Mertins war um eine Million Dollar reicher und einen Geschäftspartner ärmer; aber sein Täuschungsmanöver markierte auch das Ende der Deutschen Merex GmbH als einem aktiven Unternehmen. Hovsepien blieb den Mertins-Söhnen eng verbunden, die das Geschäftsgebaren ihres Vaters durchaus nicht billigten. Nach Gerhard Mertins'

Tod erhielt Hovsepien einen freundlichen Brief von J. T. Mertins, in dem dieser ihm mitteilte, dass er, Hovsepien, nur etwa an zwölfter Stelle auf einer Liste von Personen stand, die Gerhard Mertins betrogen hatte.³⁵

Hovsepiens Zwangsaufenthalt im Ausland bedeutete durchaus nicht das Ende in der Angelegenheit mit dem kroatischen Waffendeal. Im Jahr 1998 traf er die seltsame Entscheidung, die Sache vor Schweizer Gerichten weiterzufolgen: Er verklagte den kroatischen Staat auf Auszahlung der restlichen Summe.³⁶

Nachdem Hovsepien gegen die erstinstanzliche Entscheidung Rechtsmittel eingelegt hatte, wies schließlich das Schweizerische Bundesgericht seinen Antrag auf Auszahlung der ausstehenden Gelder ab. Das Gericht stellte fest, dass der Schuldschein zwar rechtskräftig sei und der Verstoß gegen Sanktionen kein hinreichender Grund, um von dem Vertrag zurückzutreten, auch sei die Schweiz von dem ganzen Handel ja durchaus nicht betroffen – aber: »Die schweizerischen Gerichte haben gleichwohl stets die schweizerische öffentliche Ordnung und die hiesigen Moralvorstellungen zu beachten.« Und das bedeute: »Unter Berücksichtigung der universellen sittlichen Bedeutung des derzeitigen Verbots der Kriegsmaterialausfuhr in das gesamte Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ist von einer rechtlich evidenten Sittenwidrigkeit des Grundgeschäfts der Waffenlieferungen in die Republik Kroatien auszugehen.«³⁷ Hovsepiens Berufung wurde daher abgewiesen.

Als ich Hovsepien nach dem Gerichtsurteil fragte, verdüsterte sich seine Stimmung. Er fluchte und schlug wütend mit der Faust auf den Tisch. Wie, so fragte er, könne ein Waffengeschäft als sittenwidrig gelten? Er habe vielmehr einen moralischen Zweck verfolgt! »Ich leiste meinen Beitrag zur Verteidigung der Menschlichkeit«, erklärte er. »Man muss sich für den Krieg wappnen, um Frieden schließen zu können.«

Vielleicht hat Hovsepien der Menschheit tatsächlich einen guten Dienst erwiesen, allerdings nicht so, wie er sich das denkt – denn das Urteil des schweizerischen Gerichts wird in Juristenkreisen lebhaft diskutiert und könnte Bedeutung erhalten für mögliche völkerrechtliche Implikationen, weil sich das Urteil »einlässlich mit den Auswirkungen im Ausland getätigter Waffengeschäfte auf das schweizerische Privatrecht befasst (hat) und weil es insbesondere unter Berücksichtigung völkerrechtlicher Gesichtspunkte die Sittenwidrigkeit des konkret in Frage stehenden Waffenhandels bejaht hat«.³⁸

Merex' geschäftliches Engagement im ehemaligen Jugoslawien endete nicht mit dem Fiasko in Kroatien. Wie die meisten Waffenhändler hatte auch Merex Beziehungen zu einer Gruppe von Personen, die Waffen an die Erzfeinde von Hovsepian's Freunden in Kroatien lieferten. Vor allem Nicholas Oman, von dem es in deutschen Ermittlungsakten aus dem Jahr 2005 heißt, er sei zu Anfang der neunziger Jahre ein Auslandsvertreter von Merex gewesen, war in dieser Region sehr aktiv. Über Omans Vorleben ist wenig bekannt, außer, dass er 1943 in Podkoren in Slowenien geboren wurde.³⁹ Spätestens in den sechziger Jahren ließ er sich in Australien nieder. Als er von italienischen Beamten, die Ermittlungen über seine Aktivitäten auf dem Balkan durchführten, vernommen wurde, behauptete Oman, er sei ein Zivildiplomat, der in den sechziger Jahren die Pilotenschule der NASA absolviert habe, und ein überzeugter Demokrat mit Wurzeln in Slowenien.⁴⁰ Australische Behörden zeichnen allerdings ein weit weniger freundliches Bild. Die Interpol-Filiale in Canberra bestätigte, dass Oman bereits häufiger mit dem Gesetz in Konflikt geraten war. Im Jahr 1966 wurde er wegen eines »bewaffneten Überfalls« verurteilt. Ein Jahr später fand man eine »verbotene Substanz« bei ihm. 1973 wurde er wegen Körperverletzung angeklagt. Und Mitte der achtziger Jahre wurde er von der Anklage wegen »Trickdiebstahl«, »betrügerischem Gebrauch eines Kfz-Kennzeichens« und »bewaffnetem Raub« freigesprochen.⁴¹

Oman reiste 1989 nach Italien, um dort dreimal mit dem berüchtigten Licio Gelli zusammenzutreffen.⁴² Der Italiener Gelli hatte Anfang der achtziger Jahre traurige Berühmtheit erlangt, als er in Verdacht geriet, in einen spektakulären Bankenskandal verwickelt zu sein, bei dem unerklärlicherweise über eine Milliarde Dollar von den Konten der Banco Ambrosiano verschwand. Dieser Verdacht mündete aber nie in einer Anklage. Gelli war zum »Meister vom Stuhl« der Freimaurerloge Propaganda Due, abgekürzt P2, ernannt worden,⁴³ einem ausgedehnten Netzwerk rechtsextremer Führungspersonen in der italienischen Wirtschaft, den Medien und der Politik, von denen später viele einen prägenden Einfluss auf das politische Leben Italiens ausüben sollten.⁴⁴ Im Jahr 1987 wurde Gelli wegen der Finanzierung rechter Terrororganisationen in Italien verurteilt. Vor seiner Verurteilung hatte er sich in die Schweiz abgesetzt, und er kehrte erst zurück, nachdem er eine Auslieferungsvereinbarung ausgehandelt hatte, die ihm Schutz vor Strafverfolgung für seine politischen

Verbrechen zusicherte.⁴⁵

Nicholas Oman behauptet, er habe Gelli kennengelernt, als er im Auftrag der Regierung des pazifischen Inselstaats Tonga Investoren gesucht habe.⁴⁶ Er glaubte, Gelli sei möglicherweise an solchen Investitionen interessiert, da die Regierung von Tonga Großinvestoren den Status von Diplomaten und, damit verbunden, diplomatische Immunität anbiete.⁴⁷ Omans Treffen mit Gelli im Jahr 1989 strafte dessen Behauptung, er sei lediglich ein einfacher Pilot, Lügen. Jernej Cepin, ein ehemaliger Berater Omans, räumte bei seiner Befragung ein, Oman habe ihm gesagt, sein großes Vermögen stamme daher, dass er »zur Zeit des iranisch-irakischen Krieges für den Iran gearbeitet und als Anerkennung dafür diese Gelder erhalten habe. Dies habe ihm ermöglicht, sein Waffengeschäft aufzubauen. Es habe sich um eine Summe von 35 Millionen Dollar gehandelt«. ⁴⁸ Cepin schenkte dieser Darstellung Glauben, und er führte als weiteren Beleg Omans Reise in den Iran im Jahr 1990 an.

Im Jahr 1991 übersiedelte Oman aus Australien wieder in sein Heimatland Slowenien. Er bezog eine veritable Burg in Bled, im nordwestlichen Teil des Landes, und ging von dort seinen Geschäften nach. Er behauptete, er wolle Slowenien auf seinem Weg in die Unabhängigkeit unterstützen und dem Land dabei helfen, die Fesseln des Kommunismus abzustreifen.⁴⁹ Der Burgherr war eine markante Erscheinung. Die slowenische Polizei beschrieb sein Äußeres in einem Haftbefehl so: »1,85 Meter groß, zerknautschtes Gesicht, dunkelbrauner Teint, graumeliertes Haar, dunkelbraune Augen, mittelgroße Nase, schiefer Kopf«. ⁵⁰

Von seiner hoch aufragenden Burg aus baute diese wenig graziöse Erscheinung ein profitables Netzwerk auf. In der kleptokratischen Regierung Liberias fand er dabei einen neuen Partner. Oman beteiligte sich bald am Handel mit Diamanten aus diesem verarmten Land, die in verschiedene europäische Länder exportiert wurden. Im Jahr 1992 flog der liberianische Botschafter Taylor Nill – später ein Vertrauter von Diktator Charles Taylor, der ebenfalls mit Merex zusammenarbeitete – zu einem Treffen mit Oman nach Liberia. Einige Tage später wurde bekanntgegeben, dass Oman zum slowenischen Honorarkonsul in Liberia ernannt worden war, was ihm sowohl einen Diplomatenpass als auch diplomatische Immunität einbrachte.⁵¹

Die Zuerkennung des Diplomatenstatus war die Gegenleistung dafür, dass er

den Angehörigen der liberianischen Eliten half, Diamanten zu verschieben und trotz eines UN-Waffenembargos, das 1992 gegen das Land verhängt wurde, Waffen zu kaufen. Cepin erinnerte sich daran, dass Oman häufig »geschäftlich« nach Liberia reiste und dass er einen südafrikanischen Diamantenexperten angestellt hatte, damit dieser ihm beim Schmuggeln der Waren half. Lorenzo Mazzega, den Oman im Kreuzverhör seinen »lieben italienischen Freund« nannte,⁵² erinnerte sich, dass Oman Mitte der neunziger Jahre für zehn Tage in die liberianische Hauptstadt gereist war. »Als in Liberia der Krieg ausbrach, kurz nachdem Oman dort gewesen war, habe ich ihn mit leicht ironischem Unterton gefragt, ob er nach Liberia gegangen sei, um einen Krieg vom Zaun zu brechen. Er antwortete mir damals, er sei ausschließlich dorthin gefahren, um einen Vertrag über die Lieferung von Waffen zu schließen.«⁵³ Die liberianische Kommission für Wahrheit und Versöhnung (Truth and Reconciliation Commission) beschuldigte Oman mehrerer schwerer Wirtschaftsdelikte, darunter des »illegalen Waffenhandels«, der »Beihilfe zu Straftaten von Akteuren (das heißt Waffenlieferanten; A. F.) aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft« sowie des »Schleichhandels und anderer Verstöße gegen Zollvorschriften«.⁵⁴

Mit seinem Wohnsitz in Slowenien und seiner diplomatischen Immunität war Oman in einer einzigartigen Position, um den meisten Konfliktparteien in Ex-Jugoslawien Waffen zu liefern. Slowenien, eine ehemalige jugoslawische Teilrepublik, erklärte im Juni 1991 seinen Austritt aus der Föderation, am gleichen Tag wie Kroatien. Die Erklärung löste einen zehn Tage dauernden Krieg zwischen verbliebenen Einheiten der jugoslawischen Armee, die gleichzeitig gegen Kroatien mobilmachte, und slowenischen Truppen aus. Die Jugoslawen erzielten keine nennenswerten Gebietsgewinne und verständigten sich schon bald auf eine Waffenruhe mit Slowenien, das in die Unabhängigkeit entlassen wurde und, da Kroatien eine Art geographischer Puffer zu Serbien bildete, weitgehend von weiteren Kampfhandlungen verschont blieb. Diese relative Ruhe und seine Lage machten Slowenien zum perfekten Umschlagplatz für Waffen. Nicholas Oman machte sich dies sogleich zunutze, wobei er seine Beziehungen in die obersten Führungsebenen der politischen und militärischen Elite Sloweniens spielen ließ.

Er veranstaltete protzige diplomatische Empfänge auf seiner Burg, bei denen

er sich mit dem slowenischen Verteidigungsminister und dem Innenminister anfreundete. Er entwickelte auch »kollegiale Beziehungen« zum slowenischen Staatspräsidenten Milan Kučan.⁵⁵ Zunächst half Oman Kučans Regierung dabei, sich Kreditlinien und Devisen zu verschaffen, eine Aufgabe, die er mit Bravour erledigte.⁵⁶ Bald schon wandte sich die Regierung mit der Bitte an ihn, er möge Slowenien im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung bei der Beschaffung von Waffen helfen. Oman kontaktierte einen Freund in Griechenland, Konstantin Dafermas, dessen Firma Scorpion umgehend über Oman eine große Waffenlieferung an die slowenische Führung organisierte.⁵⁷

Die kurze Dauer der bewaffneten Auseinandersetzung in Slowenien veranlasste Oman dazu, andere jugoslawische Konfliktparteien ebenfalls mit Rüstungsgütern zu versorgen. Zunächst konzentrierte er sich darauf, Waffen an Kroatien zu liefern. Eine Rechnung, die das Datum des 28. Oktober 1991 trägt – also unmittelbar nach Verkündung des UN-Waffenembargos ausgestellt wurde – und mit dem Briefkopf von Omans Firma Orbal Marketing Services versehen ist, war adressiert an das »Verteidigungsministerium der Republik Kroatien für die Lieferung von ›tragbaren Blowpipe-Flugabwehrraketensystemen‹«. Es handelte sich um eingemottete NATO-Bestände, die 1980 in Großbritannien hergestellt worden waren.⁵⁸ Insgesamt stellte Oman für vierhundert MK40-Raketen und achtzig Startgeräte 15,6 Millionen Dollar in Rechnung.⁵⁹

1992 lieferte Oman Waffen an Kroatien und Bosnien. Die bosnischen Serben widersetzten sich damals den kroatischen Bestrebungen, sich Teile von Bosnien-Herzegowina einzuverleiben. Laut einem slowenischen Untersuchungsbericht legte ein Schiff namens *Hel*, das unter der Flagge Antiguas fuhr, im Hafen von Koper in Slowenien an. Seiner Frachtliste zufolge hatte es für Kroatien bestimmtes landwirtschaftliches Gerät geladen. Doch als seine 46 Frachtcontainer ausgeladen und durchsucht wurden, entdeckte man 13000 AK-47-Gewehre mit 13 Millionen Patronen, 10000 Makarow-Pistolen mit 5 Millionen Schuss Munition, 14 Mörser und 2000 winterfeste Uniformen. Sie waren von Omans Firma Orbal Marketing geliefert worden, und Scorpion verkaufte sie an sämtliche Konfliktparteien weiter.⁶⁰ Die Gesamtkosten der Lieferung betrugen 8,9 Millionen Pfund.⁶¹

Oman knüpfte auch Kontakte nach Russland, wo er mit ehemaligen sowjetischen Generälen, die das im Kalten Krieg angelegte gigantische

Waffenarsenal ihres Landes veräußern wollten, in Verbindung stand. Ein Besucher Omans, Fulvio Leonardi, erinnerte sich, wie er einmal in der Burg des Slowenen in Bled vorbeischaute, wohin er eingeladen worden war, um sich in einem Restaurant, das Oman gehörte, mit seinem Gastgeber und VIP-Gästen zu treffen. Unter den Gästen waren der Ex-Präsident der russischen Suchoi-Werke, einer großen Waffenschmiede, und ein ehemaliger General namens Kuzin. Der General war nach zahlreichen Gläsern Rakija besonders mitteilhaft; er prahlte damit, er sei von korrupten Offizieren damit beauftragt worden, alte Lagerbestände der Roten Arme zu verkaufen, unter anderem Panzer und schwere Waffensysteme. »Kuzin«, so bestätigte Leonardi, »stellte sich ganz unverblümt als hochrangiger Waffenhändler vor.«⁶²

Wegen dieser russischen Kontakte wandte sich der Führer der bosnischen Serben, Radovan Karadžić, 1994 an Oman, um mit ihm über einen besonderen Beschaffungswunsch zu sprechen. Karadžić, der gegenwärtig wegen Kriegsverbrechen, unter anderem des Genozids in Srebrenica, vor Gericht steht, wollte etwas erwerben, das den Verlauf des Balkan-Konflikts auf dramatische Weise verändert hätte: eine Massenvernichtungswaffe.⁶³ Karadžić glaubte, Oman könne ihm dank seiner Beziehungen zum russischen Militär eine sogenannte »Vakuum-« oder Elipton-Bombe besorgen. Der etwa koffergroße Sprengkörper, der seine Energie aus nuklearem Material beziehen soll – entweder »Rotem Quecksilber« oder Osmium –, besaß angeblich eine außerordentlich hohe Sprengkraft von 1 Kilotonne TNT-Äquivalent.⁶⁴ Wladimir Schirinowski, der ultranationalistische russische Politiker, der für seine rassistischen und antisemitischen Hetzreden bekannt ist, hatte bei seinen Besuchen in Serbien immer wieder mit dieser russischen »Geheimwaffe« geprahlt.⁶⁵ Der Russe, der auf einer Reise in die Vereinigten Staaten bekanntlich die Amerikaner ermahnte, sie müssten angesichts der drohenden hispanischen und schwarzen Vorherrschaft mehr für die »Erhaltung der weißen Rasse« tun, und gegen den Australien und Japan ein Einreiseverbot verhängten, war nicht nur ein entschiedener Parteigänger der Serben, sondern auch ein Freund von Nicholas Oman, in dessen Burg er bereits zu Gast gewesen war.⁶⁶ Diese Beziehung ließ Omans Behauptung, er könne dem Führer der bosnischen Serben die Bombe verschaffen, glaubwürdig erscheinen. Karadžić erklärte sich bereit, 60 Millionen Dollar dafür zu zahlen. Omans Freund und Waffenhändlerkollege, Lorenzo

Mazzega, brachte eine Bar-Anzahlung in Höhe von zehn Prozent – 6 Millionen Dollar – im Kofferraum seines Saab zu Oman nach Slowenien.⁶⁷ Als Sicherheit für seine Ansprüche wurde Oman eine der Erdölraffinerien Bosniens verpfändet.

Aber Oman konnte den Wunsch des Serbenführers nicht erfüllen. Der Slowene schien zwar nukleares Material aufzutreiben zu können, denn als die Polizei 1996 ein Schließfach von ihm aufbrach, fand sie dort 30 Gramm Osmium.⁶⁸ Franco Giorgi erinnerte sich, dass Oman ihm ein Kilogramm Osmium zum Weiterverkauf angeboten hatte.⁶⁹ Dies spricht dafür, dass Oman womöglich gar nicht die Absicht hatte, die gewünschte Bombe zu liefern, und Karadžić die ganze Zeit über getäuscht hatte, in der Hoffnung, dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher das schöne Sümmchen von 6 Millionen Dollar aus der Tasche zu ziehen. Die *New York Times* präsentierte eine andere Version; sie behauptete, Oman habe sehr wohl eine Bombe in einem Koffer an Karadžić überreicht, aber das darin enthaltene »Rote Quecksilber«, das in Röhrchen aus einer Art roten Gelatine eingeschlossen gewesen sei, sei nicht aktiv gewesen.⁷⁰

Kurz und gut, Karadžić stand ohne die Waffe da und war zugleich um 6 Millionen Dollar ärmer. Fest entschlossen, sich das Geld zurückzuholen, bat der wütende Bosnier Branislav »Dughi« Lainović um Hilfe, einen seiner ehemaligen Milizkommandeure, der mittlerweile als Geschäftsmann tätig war.⁷¹ Lainović kontaktierte Franco Giorgi, den er für einen »Waffenhändler und Mafioso« hielt, der Oman durch Drohungen zum Nachgeben bewegen könne.⁷² Unterdessen hatte Nicholas Oman, der auf seiner Burg noch nicht mitbekommen hat, dass Karadžić außer sich war vor Wut, dreist zwei Boten – einer davon war Mazzega – nach Sarajewo geschickt, um das restliche Geld zu kassieren. Doch statt die ausstehenden 54 Millionen Dollar zu erhalten, wurden sie von Lainović als Geiseln festgehalten. Lainović nahm ihnen ihre Pässe weg und wollte sie erst freilassen, wenn Oman Karadžić das Geld zurückgebe. Zu Lainovićs großem Verdruss erlaubte ein US-Bombenangriff auf das Gebiet, in dem die beiden festgehalten wurden, Mazzega und seinem Kollegen die Flucht.⁷³

»Dughi«, der sich davon nicht abschrecken ließ, stattete Oman in Slowenien einen Besuch ab, in der Absicht, das Geld zurückzuholen und den hinterhältigen Vermittler zu ermorden. Aber Oman machte Lainović einen anderen Vorschlag: Er bot ihm 1,2 Millionen Dollar an, wenn er ihn, Oman, am Leben ließe und seinen Auftraggebern mitteilte, der Slowene sei wie vom Erdboden verschluckt

und unauffindbar. Lainović willigte ein, aber das war ein Fehler. Denn bald darauf fanden seine Vorgesetzten heraus, dass er sie hinters Licht geführt hatte, und »Dughi« wurde ermordet.⁷⁴ Als Oman davon erfuhr, verließ er fluchtartig seine Burg und ließ sich wieder in Australien nieder. Seine fünfjährige Herrschaft als einer der erfolgreichsten und skrupellosesten Waffenhändler Jugoslawiens war vorbei.

Sowohl für Hovsepian wie auch für Oman war Jugoslawien ein Desaster. Doch während Oman in der Versenkung verschwand, kehrte Hovsepian dorthin zurück, wo er sich am wohlsten fühlte: in den Nahen Osten. Im September 1993 begann er Waffen an eine Gruppe zu liefern, die gewissermaßen das Gegenteil der früheren Merex-Kunden war: linksgerichtete Milizen im Südjemen.⁷⁵ Dass er in die Transaktion mit einbezogen wurde, verdankte er seinen engen Beziehungen nach Saudi-Arabien, insbesondere zu Prinz Anwar bin Fawaz bin Nawaf al-Schalaan. Laut dem Bericht einer südafrikanischen Untersuchungskommission, die sich mit dem Geschäft befasst hat, hatte »der Prinz vollstes Vertrauen zu seinem Geschäftspartner Hovsepian – sodass er Hovsepian praktisch ermächtigte, in seinem Namen Geschäfte zu tätigen, sofern diese grundsätzlich im Interesse des Prinzen waren und ihm keine Schande machten«.⁷⁶

Prinz al-Schalaan ist ein typisches Mitglied der saudischen Königsfamilie und ist ständig mit neuen Geschäften befasst. Zu dieser Zeit interessierte er sich insbesondere für den südjemenitischen Rohstoffmarkt, ein noch weitgehend unerschlossener Sektor mit hohem Potential. Allerdings wurde ihm bedeutet, dass er nur dann Zugang zu diesem Markt erhalte, wenn er den Südjemeniten Waffen beschaffe – namentlich den sozialistischen Separatisten, die sich der Vereinigung des Nord- und Südjemen im Jahr 1990 offen widersetzten.⁷⁷ Also wandte er sich an seinen langjährigen Vertrauten Hovsepian, der, so al-Schalaan, »was den Waffenhandel angeht, eine ganz unverkrampfte Sichtweise hat«.⁷⁸

Um Waffen für den Prinzen zu beschaffen, nutzte Hovsepian das gleiche Netzwerk, das er schon in Kroatien aktiviert hatte. Über Eli Wazan kaufte er von Armscor die gewünschten Güter – Gewehre und Munition – und verschifft sie mithilfe von Michael Steenberg an Bord der *Vinland Saga* in den Jemen. Als Adressaten gab Armscor – das Unternehmen unterlag nach wie vor dem

Waffenembargo – wiederum die christlichen Milizen im Libanon an. Die Verantwortlichen behaupteten, von einem Weitertransport habe man nichts gewusst. Laut Joe Hovsepien wusste Armscor aber sehr wohl, dass der Libanon nicht der Endabnehmer war, vor allem, da der Prinz selbst, der keinerlei Verbindungen zum Libanon hatte, nach Südafrika gereist war, um die Waffen zu inspizieren. Und Hovsepien hatte ungeachtet der Endnutzerbescheinigung nie einen Zweifel daran gelassen, wohin die Waffen geliefert wurden.⁷⁹ Wie viel Hovsepien mit dem Geschäft verdiente, ist unklar. Der Kaufpreis betrug 350175 Dollar. Aber der Prinz zahlte zunächst 510000 Dollar und dann weitere 902455 Dollar, als man übereinkam, auf das erste Geschäft ein zweites folgen zu lassen. Davon erhielt Wazan zwischen September 1993 und 1994 insgesamt 484780 Dollar, was uns eine gewisse Vorstellung von der üblichen Höhe der Provisionszahlungen in der Branche vermittelt.⁸⁰

Die Klausel in dem Vertrag mit Armscor über eine zweite Lieferung von Rüstungsgütern bezog sich auf G3-Gewehre, AK-47-Kalaschnikows und Munition. Für die Verschiffung an Bord der *Arktis Pioneer* wurde ebenfalls das altbekannte Netzwerk verwendet.⁸¹ Alles schien reibungslos zu verlaufen, doch Hovsepien und seine Freunde hatten nicht mit der Wankelmütigkeit ihrer Abnehmer gerechnet oder auch mit der Unberechenbarkeit der Beziehungen zwischen Waffenhändlern. Eli Wazan, der beim zweiten Geschäft fast völlig außen vor gehalten worden war, wurde wieder ins Boot geholt, als man ihn brauchte, um eine gefälschte Endnutzerbescheinigung auszustellen. Er lieferte für teures Geld eine plumpe Fälschung, die auf den ersten Blick als solche zu erkennen war. Aber was den Deal wirklich platzen ließ, war die Unentschlossenheit der Käufer.

Als die Fracht schließlich den Jemen erreichte, wurde ihre Annahme rundweg verweigert. Offiziell erklärten die Jemeniten, die Ware sei minderwertig. Aber Hovsepien wusste es besser. Tatsächlich waren die Jemeniten zu dem Zeitpunkt, als die Fracht geliefert wurde, zu der Überzeugung gelangt, dass sie keine Verwendung mehr dafür hätten – bei ihren begrenzten Mitteln war die Anschaffung eines Kriegsschiffs viel vordringlicher. So wurde die *Arktis Pioneer* wieder zurückgeschickt,⁸² und als sie in Südafrika eintraf, war Nelson Mandela vom ANC gerade zum ersten demokratischen Präsidenten des Landes gewählt worden. Die örtliche Presse bekam Wind von der Sache und

veröffentlichte Ende 1994 einen Artikel darüber, in dem es hieß, der ANC habe von dem Deal Kenntnis gehabt und einen Teil der Waffen ihren einstigen Verbündeten in Palästina schicken wollen. Nach der Publikation wurde das Schiff beschlagnahmt und eine öffentliche Untersuchungskommission eingesetzt (die sogenannte »Cameron Commission«). Ergebnis der Untersuchung war ein schonungsloser, detaillierter Bericht über die gemeinsamen Geschäfte von Armscor und Hovsepien in Kroatien und im Jemen. Sofort rollten erste Köpfe: Steenberg gestand; der verantwortliche Armscor-Manager Vermaak gestand nicht, trat aber zurück.

Als ich mich erstmals mit einer Interviewanfrage an Hovsepien wandte, erwähnte ich, dass er noch keine öffentliche Stellungnahme zu dem Bericht der Untersuchungskommission abgegeben habe, und meinte, er würde vielleicht gern seine Sicht der Dinge darlegen. Er antwortete nonchalant: »Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.« Der Skandal war ihm gleichgültig, ihn ärgerten vor allem die finanziellen Folgen. Durch die Beschlagnahme der *Arktis Pioneer* hatte er eine kostbare Fracht und viel Kapital verloren. Also schaltete Hovsepien einen südafrikanischen Anwalt ein, der die Freigabe des Schiffes erwirken sollte, was schließlich 1998 auch gelang. Das Schiff nahm mit vierjähriger Verspätung erneut Kurs Richtung Jemen, aber als es dort eintraf, hatte seine Ladung erheblich an Wert verloren. Hovsepien sagte, seine jemenitischen Abnehmer hätten »den Preis ordentlich gedrückt« und infolgedessen habe er »verdammte viel Geld verloren«.⁸³

Nach seinen Erfahrungen in Kroatien und im Jemen behauptet Hovsepien, seine Lektion endgültig gelernt zu haben. So wolle er in Zukunft nur noch bei soliden Staatsverträgen als Vermittler fungieren. Und er werde nur noch gegen Vorkasse liefern. Er hatte ganz offensichtlich noch eine dritte Lektion gelernt, die er bei unserem Interview nicht erwähnte: sich im Hintergrund zu halten. Denn abgesehen von dem unklugen Prozess, den er 2001 gegen den kroatischen Staat anstrebte, ist sein Name seit über einem Jahrzehnt nicht mehr in der Presse aufgetaucht. Als ich zum ersten Mal Kontakt zu ihm aufnahm, sagte er spontan: »Und was hab ich davon? Ich habe in meinem Leben noch nie etwas geschenkt bekommen, warum sollte ich etwas ohne Gegenleistung geben?«

Hovsepiens langes Schweigen hat das ihm anhaftende Image eines furchteinflößenden Mannes nur noch verstärkt. Sowohl Steenberg als auch der

Armscor-Manager Vermaak erklärten, der Mann habe ihnen Angst gemacht.⁸⁴ Als ich Hovsepian darauf ansprach, lachte er sein leutseliges Lachen. »Natürlich hatten sie Angst vor mir«, erklärte er. »Ich hielt ihnen eine Pistole an den Kopf und sagte ihnen, dass ich sie umbringen würde. Aber sie wussten nicht, dass ich Pazifist bin. Ich handele nur mit dem Zeug, aber ich benutze es nicht.«⁸⁵

Das ultimative Geschäft oder das ultimative Verbrechen?

Die Riggs Bank in Washington DC war nicht nur das älteste und größte Finanzinstitut der amerikanischen Hauptstadt, sondern auch das ehrwürdigste.¹ Sie finanzierte den Krieg gegen Mexiko im Jahr 1847, den Abkauf Alaskas von Russland im Jahr 1868 und die Fertigstellung des Capitols.² Insgesamt zweiundzwanzig Präsidenten hatten dort ihre Konten, darunter Lincoln, Roosevelt, Eisenhower und Nixon,³ sowie die meisten der in Washington ansässigen Botschaften aus aller Welt.⁴ Riggs war derart Teil der amerikanischen Geschichte, dass in den zwanziger Jahre der alte Zehn-Dollar-Schein nicht nur das Finanzministerium zeigte, sondern die in unmittelbarer Nähe befindliche Riggs Bank rechts im Hintergrund gleich mit.⁵ Einer der angesehensten Kunden der Bank in jüngster Zeit war Bandar bin Sultan, der langjährige saudische Botschafter in Washington und Vertraute der Bush-Familie. Und Jonathan Bush, der Onkel des ehemaligen Präsidenten George W. Bush, saß, wie bereits erwähnt, in der Geschäftsleitung.⁶

Der Ruf der Bank schien über jeden Verdacht erhaben. Doch im Jahr 2000 kam die unglaubliche Tatsache ans Licht, dass ein Saudi namens Omar al-Bayoumi Konten für zwei der Terroristen vom 11. September hier eingerichtet hatte. Etwa zwei Wochen nach der Konteneröffnung erhielt die Frau al-Bayoumis monatliche Zahlungen in Höhe von Zehntausenden von Dollar, die wiederum von einem Riggs-Konto kamen, das auf den Namen der Prinzessin Haifa bint Faisal lief, der Frau des besagten Saudi-Botschafters Prinz Bandar.⁷

Als diese Überweisungen aufflogen, fing das FBI an, in der Bank auch wegen des Verdachts der Geldwäsche und Finanzierung von Terrorismus zu ermitteln.⁸

Obwohl das FBI und später auch die Untersuchungskommission zu den Anschlägen des 11. September letztlich erklärten, dass das Geld nicht in der Absicht umgeleitet wurde, Terroristen mit ihm zu finanzieren,⁹ waren die Ermittler doch einigermaßen erstaunt über die laxen Sicherheitsmaßnahmen der Riggs Bank,¹⁰ vor allem, weil sie dafür bekannt war, dass sie enge Verbindungen zur CIA unterhielt.¹¹

Im Zuge dieser Untersuchung fand man nebenbei auch Konten des liberianischen Diktators und Waffenhändlers Charles Taylor, des chilenischen Militärmachthabers Augusto Pinochet sowie verschiedener weiterer Gewaltherrscher; und man stieß auf mehrere weitere saudische Konten, die finanzielle Unregelmäßigkeiten aufwiesen. In den meisten Fällen waren nicht die gesetzlich geforderte Leumundsprüfungen der Kontoinhaber vorgenommen worden. Außerdem wurde offenkundig, dass es die Bank versäumt hatte, die Regulierungsbehörden über die großen Finanztransaktionen zu informieren, womit ebenfalls gegen Bundesgesetz verstoßen worden war.¹²

Bei vielen dieser Überweisungen war Prinz Bandar persönlich involviert; oft handelte es sich um Summe in Millionhöhe. So transferierte er zum Beispiel einmal einen Betrag von 17478870,87 Dollar an den Architekten und Bauunternehmer seines Palastes in Riad.¹³ Vieles von dem Geld auf Bandars Konto stammte vom britischen Rüstungs- und Luftfahrtunternehmen BAE, das im Laufe von fünfzehn Jahren einen Gewinnüberschuss von einer Milliarde britischer Pfund auf die Washingtoner Bank überwies. Diese Transaktionen wurden über ein Konto bei der Bank of England vorgenommen, das gemeinsam von der BAE und der Rüstungsexportbehörde DESO kontrolliert wurde.¹⁴ Bei dem BAE-DESO-Geld auf Bandars Konto handelte es sich zumindest teilweise um seine Provision für sein Engagement im weltgrößten Waffengeschäft aller Zeiten.¹⁵

Die Polizei schätzt, dass Provisionen von mehr als sechs Milliarden britischer Pfund für den Al-Yamamah-Vertrag flossen. Das Geld wurde hauptsächlich über eine englische Gesellschaft abgewickelt, die ihren Sitz auf den britischen Jungferninseln in der Karibik hat, der Poseidon Trading Investment Ltd; außerdem wurden für diese Transaktionen das genannte Konto bei der Bank of England sowie Zahlungen von Subunternehmen genutzt.¹⁶ Mehr als eine Milliarde britische Pfund gingen direkt auf Prinz Bandars Konto,¹⁷ während

Mark Thatcher, Sohn der einstigen Premierministerin Margaret Thatcher, nachgesagt wird, er habe zur gleichen Zeit zwölf Millionen Pfund als Vermittler für das Waffengeschäft eingestrichen; eine Anschuldigung, die er bestreitet.¹⁸

Korruption grassiert in Saudi-Arabien, seitdem man dort auf Erdöl gestoßen ist, und sie tritt in dreifacher Form auf. Der häufigste Fall ist der, dass ein Anbieter Kontakt zum saudischen Königreich sucht, einen Kontaktmann sucht und findet und diesen schmiert. Dieser Kontaktmann kann ein Saudi sein oder ein Ausländer mit guten Kontakten zur königlichen Familie. Der Kontaktmann gibt nun einen Teil des Geldes weiter an seinen Gewährsmann oder Entscheidungsträger innerhalb der königlichen Familie. Daneben gibt es Tauschverträge, sogenannte »Barterabkommen«, bei denen zum Beispiel militärisches Gerät und Waffen gegen Öl getauscht werden. Nehmen wir an, als Gegenwert für ein bestimmtes Kontingent Waffen sind 400000 Barrel Rohöl vereinbart worden, dann werden einfach in den saudischen Geschäftsbüchern 440000 Barrel Öl verzeichnet. Die zusätzlichen vierzigtausend Barrel »Schwarz-Öl« werden vom saudischen Mittelsmann und dessen Partnern verkauft und der Erlös als Provision eingestrichen.¹⁹ Das System der Tauschverträge öffnet dem Missbrauch Tür und Tor, besonders dann, wenn ein Öl-Fonds eingerichtet wird, der eigentlich helfen soll, den Kostenaufwand der Vertragsparteien zu minimieren. Und schließlich gibt es noch den vertrauten und einfachen Vorgang des Zuvielberechnens für diverse Teile eines Vertrages.

Alle drei Formen kamen beim Al-Yamamah-Vertrag zum Tragen. Unter den Beteiligten befanden sich Mitglieder der saudischen Königsfamilie sowie saudische Mittelsmänner, die Millionen, manchmal sogar Milliarden an britischen Pfund einstrichen. Wie Lord Ian Gilmour, der ehemalige britische Verteidigungsminister einmal in der BBC-Nachrichtensendung *Newsnight* sagte: »Entweder kriegt man den Vertrag und hat vorher geschmiert, oder man hat nicht geschmiert, und dann hat man ihn auch nicht bekommen. Entweder ist man auf die Bedingungen der Saudis eingegangen, oder man hat das Geschäft den Amerikanern und Franzosen überlassen. Das ist natürlich nichts, womit man sich schmückt oder worauf man besonders stolz ist. Aber so sind die allgemeinen Geschäftsbedingungen.«²⁰

Der Verdacht, dass im Al-Yamamah-Geschäft Korruption im Spiel war, kam

bereits auf, als noch über die letzten Einzelheiten des Vertrages verhandelt wurde. Ein Mitteilungsblatt in arabischer Sprache, *Sourakia*, drückte in seiner Oktoberausgabe von 1982 Besorgnis über mögliche Bestechungen aus, kaum dass der ganze Handel bekanntgegeben worden war. *The Guardian* wurde darauf aufmerksam und veröffentlichte auf seiner Titelseite einen Bericht mit der Schlagzeile »600 Millionen Pfund Schmiergelder für Flugzeuggeschäft«. ²¹ Am Tag zuvor hatte noch der Sprecher der Labour-Partei, Denzil Davies, die Regierung aufgerufen, Berichte über heimliche Provisionszahlungen zur Sicherstellung des Geschäfts in Höhe von 300 bis 600 Millionen Pfund entweder zu bestätigen oder zu dementieren. Das Verteidigungsministerium »lehnte eine Stellungnahme ab, aber Beamte erklärten, dass die Verhandlungen noch im vollen Gange seien«. ²² Zur gleichen Zeit zitierte *The Guardian* arabische Quellen, die mutmaßten, dass die Provision für das Zustandekommen des Geschäfts unter zwei oder drei führenden Mitgliedern der königlichen Familie, zwei angeheirateten Verwandten König Fahds sowie einem Geschäftsmann geteilt würde. Aus dem Außenministerium erging der Ratschlag an alle Beteiligung, auf keinem Fall den Versuch zu unternehmen, zu dementieren: »Wir schlagen dem Verteidigungsministerium vor, einfach jeglichen Kommentare abzulehnen.« ²³

Auf Jahre hinaus, wann immer die von den Konservativen geführte Regierung dazu gefragt wurde, bestritt sie, dass im Al-Yamamah-Deal Provisionen gezahlt worden seien. Roger Freeman, der Leiter des Beschaffungswesens im Verteidigungsministerium, erklärte im Oktober 1994 im Unterhaus: »Das Vertrag zwischen der Regierung Ihrer Majestät und Saudi-Arabien war ein reines zwischenstaatliches Handelsabkommen und beinhaltete keine Provisionszahlungen, und es waren auch keine Handelsvertreter oder Mittelsmänner involviert.« Er fügte noch hinzu, dass »Einzelheiten der Verträge von der britischen und saudischen Regierung als vertraulich behandelt werden«. ²⁴

Diese Lügen wurden jedoch bald danach aufgedeckt, als im gleichen Jahr leitende Angestellte eines am Al-Yamamah-Vertrag beteiligten Subunternehmens, die Elektronik- und Waffenfirma Thorn EMI (Thorn hatte Ende der Siebziger mit EMI, dem Musikgiganten, fusioniert) offenlegten, dass sie 40 Millionen Pfund Provisionen gezahlt hatten, um den Zuschlag für die

Lieferung von Bombenzündern zu erhalten. Die Provisionen, die zusammengenommen 26 Prozent des Vertragsvolumens ausmachten, wurden teilweise an einen saudischen Mittelsmann überwiesen, teilweise auf das Bermuda-Konto einer Firma in Preston, Lancashire, die von einem ehemaligen BAE-Angestellten geführt wurde.²⁵ Da nun die Dämme des Schweigens gebrochen waren, kamen schnell weitere Korruptionsfälle unter den Subunternehmern zutage. Rolls-Royce, Hersteller der Motoren für Tornado- und Hawk-Jets, gab zu, 23 Millionen Pfund als eine achtprozentige Provision an eine in Panama eingetragene Firma gezahlt zu haben: die Aerospace Engineering Design Corporation (AEDC). Diese Firma wurde von Mitgliedern der Ibrahim-Familie kontrolliert, die wiederum die bevorzugte Schwagerfamilie König Fahds war. Die Ibrahims behaupteten, dass Rolls-Royce einer Provision von 15 Prozent an einem 600-Millionen-Pfund-Geschäft für Motoren zugestimmt habe. AEDC legte am 12. Dezember 1997 einen Gerichtsbeschluss vor, in dem die fehlende Provision eingefordert wurde, und löste damit bei den Vorständen von Rolls-Royce und BAE eine regelrechte Panik aus. Rolls-Royce und AEDC beauftragten sofort namhafte Rechtsanwaltskanzleien, um eine außergerichtliche Einigung zu erreichen.²⁶

Der einstigen Rüstungsfirma Vosper-Thornycroft (VT Groups) wurde ebenfalls nachgesagt, dass sie für ihren Al-Yamamah-Vertrag kräftige Provisionen gezahlt hatte. Unter Inanspruchnahme seiner Immunität berichtete der Parlamentsabgeordnete George Galloway vor dem Unterhaus:

Ein weiterer Teil des Geschäfts wurde 1988 abgeschlossen, als sich die saudische Regierung dazu entschloss, von Vosper-Thornycroft Minensuchgeräte zu erwerben. VT nutzte dafür einen saudischen Mittelsmann namens Fahd al-Athel, der, ebenso wie der Parlamentsabgeordnete Jonathan Aitken, für Prinz Mohammed tätig war. VT überwies große Beträge an das Unternehmen von al-Athel, die wiederum mit Kenntnis von VT vorher über eine vorgeschobene Firma in Saudi-Arabien liefen, wo auf diese Weise Geldwäsche betrieben wurde. Die Überweisungen wurden zu 20 Prozent an al-Athel, zu 40 Prozent an Prinz Mohammed und zu 40 Prozent an weitere Ungenannte weitergeschleust, darunter namhafte Persönlichkeiten der britischen Öffentlichkeit.²⁷

Der amerikanische Oberst Thomas Dooley, ein Geschäftsführer des Hubschrauberherstellers Sikorsky, sagte vor einem amerikanischen Gericht aus, dass er einen wahren »Bestechungs-Wettkampf« erlebt habe, als er versuchte, Hubschrauber vom Typ Black Hawk an die Saudis zu verkaufen. Er sagte aus,

dass Prinz Bandar ihm unverhüllt klargemacht habe, »welche Bestechungen für das Zustandekommen des Vertrages über welche Mittelsmänner zu zahlen seien und wie er das Geld an andere Mitglieder der Königsfamilie verteilen würde.«²⁸

Das Unbehagen der britischen Regierung wuchs, als 1997 der von Galloway genannte Parlamentsabgeordnete und frühere Leiter des Beschaffungswesens im Verteidigungsministerium, Jonathan Aitken, versuchte, vor dem Obersten Berufungsgericht eine Verleumdungsklage gegen den *Guardian* anzustrengen und scheiterte. Vor demselben Gericht sagte auch ein gewisser David Trigger aus, vormaliger leitender Angestellter bei BMARC, einer Rüstungsfirma, in deren Vorstand Aitken gesessen hatte. Er sagte, dass er einen Vertrag zwischen der BAE und dem Rüstungskonzern Royal Ordnance ausgehandelt habe, um die Tornado-Kampffjets auszurüsten. Nach der Höhe der Provision gefragt, gab Trigger an: »Dazu kann ich nichts sagen.«

Ob diese geheim sei, wurde Trigger gefragt. »Ja, allerdings. Der Al-Yamamah-Vertrag ist höchst kompliziert und involviert die Regierung genauso wie British Aerospace und viele andere, und es wäre sehr schwierig, da eine Zahl für die Provision zu nennen. Es wurde wohl etwas bezahlt, aber meines Wissens nach unterliegt meine ganze Arbeit, die mit diesem Vertrag zu tun hat, dem Geheimhaltungsgesetz.«²⁹

Trigger gab indes zu, dass er eine fünfzehnprozentige Provision mit Scheich Fahad al-Athel, einem Geschäftsfreund Aitkens, für künftige Geschäftsabschlüsse ausgehandelt habe.³⁰ Die saudischen Gesetze gestatten Mittelsmännern jedoch nur eine Provision von fünf Prozent. Nachdem er seine Aussage beendet hatte, ging Trigger in den hinteren Teil des Gerichtssaals und zeigte dem dort sitzenden Aitken ein Beweisstück, das er aus seiner Aktentasche holte. Anwesende Journalisten berichteten: »Der einstige Minister (Aitken) setzte sein übliches Grinsen auf und trug ein freundliches Interesse zur Schau. Innerlich wird er wohl vor Wut geschäumt haben.«³¹

Jahre später, nachdem er wegen Meineids sieben Monate im Gefängnis gesessen hatte, widersprach Aitken den anhaltenden Dementi seiner Regierung: »Wenn man in der Wirklichkeit lebt, muss man sagen, dass es da immer spezielle Vertragsvereinbarungen gibt, zum Beispiel für Ausbildung, Ersatzteile und der Konstruktion, wofür Mittelsmänner eine Provision erhalten. Verkaufsprovisionen bestimmen die Geschäftswelt. Wenn man den größeren

Zusammenhang sieht, muss man sagen, dass Saudi-Arabien ein wesentlicher Verbündeter für geheimdienstliche Zusammenarbeit ist und einen stabilisierenden Einfluss auf eine politisch anfällige Region ausübt.«³² Der frühere Verteidigungsminister Michael Heseltine pflichtete dem bei: »Wenn das die Art und Weise ist, wie die Saudis Aufträge vergeben, dann hat eine international agierende Firma keine andere Wahl, als da mitzumachen. Es ist extrem wichtig für uns und für die Stabilität des Nahen Ostens, dass wir an der Verteidigung der Saudis beteiligt sind.«³³

Doch es bedurfte der mutigen Arbeit einiger Journalisten vom *Guardian*, die wichtige Informationen und Tipps von Insidern bekamen, um das ganze Ausmaß der Korruption aufzudecken.³⁴

David Leigh ist ein bescheidener Mann. Er trägt Brille und wirkt auf den ersten Blick wie ein typischer Akademiker. Seine markanten Gesichtszüge lassen allerdings ahnen, dass er nicht das beschauliche Leben eines Büchermenschen führt. Leigh ist seit mehr als zwanzig Jahren beim *Guardian* und gilt als einer der führenden investigativen Journalisten weltweit. Bekanntermaßen war er für den Sturz von Jonathan Aitken verantwortlich, nachdem der Minister den *Guardian* verklagt hatte. Die Zeitung hatte über eine Reise nach Paris berichtet, wo Aitken im Hotel Ritz auf Kosten von Said Ayas übernachtet hatte, eines »Bevollmächtigten« von König Fahds Sohn Prinz Mohammed. Aitken bestritt diese Reise und verkündete, er werde »das Krebsgeschwür eines Journalismus, dem es nur auf Verdrehung aus ist in unserem Land, herauschneiden, und zwar mit dem schlichten Schwert der Wahrheit und dem getreuen Schild des britischen Fair-Play«.³⁵ Doch nachdem Leigh Quittungen des Ministers, die dieser im Ritz unterschrieben hatte, vorlegen konnte, wurde Aitken der Lüge vor Gericht für schuldig befunden und zu achtzehn Monaten Haft verurteilt, von denen er indes nur sieben absitzen musste. Seither war Leighs Name in aller Munde.

Leigh hatte gemeinsam mit seinem akribisch arbeitenden Kollegen Rob Evans ein paar Artikel über den Waffenhandel in Zusammenhang mit der britischen Regierung veröffentlicht. Darin war auch die Rede von amerikanischen Beschwerden über angebliche unsaubere Machenschaften der BAE bei Ausschreibungen in Osteuropa. Während sie Regierungsarchive durchforsteten,

stießen die beiden Journalisten auf den Stokes-Bericht, eine Akte aus dem Jahr 1965, in der sie auf die Existenz einer staatlichen »Rüstungsexportbehörde«, der »Defence Sales Organization«, DSO (ab 1985 »Defence Export Services Organization«, DESO), aufmerksam wurden. Der Verfasser des Berichts, der Industrielle Donald Stokes, bemerkte damals, dass »sehr viele Waffenverkäufe getätigt worden waren, nicht weil irgendjemand diese Waffen gebraucht hätte, sondern wegen der Provisionen, die es dafür gab«. ³⁶ Und »es war häufig nötig, Bestechungsgelder anzubieten, um Geschäfte zu machen«. ³⁷ Stokes berichtete ferner, dass »gute Mittelsmänner der Wirtschaft bessere Chancen haben als ein Beamter, da sie auch unorthodoxe Verkaufsanreize anbieten können«. ³⁸ Diese Bemerkungen sowie das korrupte britisch-saudische Waffengeschäft, das dem Stokes-Bericht folgte, weckten die Neugierde der Journalisten. Sie begannen, tiefer in die jüngsten BAE-Geschäftspraktiken einzutauchen.

Die Ermittlung der beiden führte sie zu einer schäbigen Sozialwohnung in Liverpool, wo Eddie Cunningham wohnte, ein verbitterter ehemaliger Angestellter einer Firma namens Robert Lee International (RLI). Sie war 1986 von BAE beauftragt worden, die Reisen saudischer Piloten nach Großbritannien im Rahmen des Al-Yamamah-Vertrags zu betreuen. RLI wurde angewiesen, die Piloten zu »bewirten«, und Cunningham war ihr »Betreuer«. Bereitwillig packte er über BAE aus:

Die »Bewirtung« der Piloten habe Unsummen verschlungen: Es wurden Autos zur Verfügung gestellt, Yachten, es wurden Vergnügungsfahrten unternommen. Auch in puncto Frauen konnten die Saudis aus dem Vollen schöpfen. Er erzählte, wie die Piloten der königlich-saudischen Luftwaffe ihn baten, ihnen »Frauen zu beschaffen«. Sie hatten pro Nacht zwei oder drei Frauen. »Dann verlangten sie, früh um drei, dass wir irgendwo hinführen, um etwas zu essen, kamen zurück und fingen von vorne an ... Das hat mich fix und fertig gemacht.« ³⁹ Cunningham erfuhr von leitenden Angestellten der BAE, dass die Lustbarkeiten mit Saudi-Geld bezahlt würden und im Rahmen des Al-Yamamah-Vertrags so vorgesehen seien. »Man hat mir gesagt, dass dies alles nötig wäre. Andernfalls könnte man sich von dem Geschäft verabschieden, und die Saudis würden sich woanders umsehen.« ⁴⁰

Cunningham erinnerte sich, dass er einige Jahre zuvor, 1996, einen Sicherheitsbeauftragten von BAE darauf aufmerksam gemacht habe, dass es bei der Verwaltung der »Bewirtungskassen« zu Betrügereien käme. Der Bericht des

der Verwaltung der »Bewirtungskassen« zu Beauftragten kam. Der Bericht des BAE-Prüfers listete unter anderem auf:

Erpressung durch eine Ex-Prostituierte wegen erzwungenem Geschlechtsverkehr mit Saudis; Steuerhinterziehung und Umsatzsteuerbetrug im Wert von mehr als einer Million Pfund; außerdem wurde festgestellt, dass es Hinweise auf ein Haus gebe, wofür die die BAE gezahlt habe, das aber auf den Namen eines Saudi-Prinzen eingetragen war. Allerdings wohnte dort in Wirklichkeit ein BAE-Manager mit seiner Geliebten, die wiederum bei RLI angestellt war. Der Direktor von RLI behauptete indes, dies sei ein Geschenk des Saudi-Prinzen.⁴¹

Die Einzelheiten und das ganze Ausmaß dieses Betrugs wurden auch von Sylvia St. John bestätigt. Sie war die Geliebte des hier in Rede stehenden BAE-Managers Tony Winship, eines charmanten, grauhaarigen ehemaligen Oberstleutnants der Royal Air Force. Er war offiziell der Verbindungsmann der BAE für saudische Kunden und war verantwortlich für die Bewirtungs- oder Schmiergeldkasse. Seine Geliebte, Sylvia St. John, erhielt persönlich zwei Häuser im Wert von 300000 Pfund; eines im Südwesten Londons und ein anderes in Nordirland. Das Geld dafür wurde offiziell als Zahlungen an Prinz Turki verbucht, es scheint aber direkt an Sylvia St. John gegangen zu sein. Laut einer unterschriebenen Aussage des Geschäftsführers von RLI, John Sharp, habe »BAE diese Ausgaben bewilligt und genehmigt«. Das Londoner Haus läuft auf den Namen Prinz Turkis und das Haus in Nordirland ist eingetragen auf den Namen von Sylvia St. John, die allerdings angibt, dass sie ebenfalls Anspruch auf den Besitz des Londoner Hauses hat, wo sie mit Winship gelebt habe.⁴²

Sharp behauptet, dass Sylvia St. John das Haus von Prinz Turki als Geschenk erhalten habe, ergänzte allerdings, dass die Kasse, über die Winship verfügte, für die Grundsteuer und die Nebenkosten des Hauses in Nordirland aufkam. Ebenso wurden Rechnungen für die Gebäuderenovierung bezahlt bis hin zur Anschaffung eines »antiken Feuerrosts für den Kamin«. Miss St. John, obwohl bei der RLI beschäftigt, bezeichnete sich selbst als »Familienbeauftragte« in der Abteilung »Kundenbetreuung, Sektion Saudi-Arabien« von British Aerospace. Sie rechtfertigte die Geschenke damit, dass sie eine Schwester von Prinz Turki, die an Krebs erkrankt war und starb, im Krankenhaus besucht und getröstet habe. Deshalb habe sie »das Geld verdient«.⁴³

Der *Guardian* stieß außerdem auf eine Yacht im Wert von 80000 Pfund auf, die *Faye Samantha*. Sie war ebenfalls aus der genannten Kasse gekauft worden,

gehörte Tony Winship und ankerte in der Nähe seines Hauses, in Lymington in Hampshire.⁴⁴

Edward Cunningham sagte, kaum dass er seine Besorgnis über die Betrügereien geäußert hatte, sei er entlassen worden. Darüber war er derart empört, dass er Widerspruch eingelegt habe und schließlich in einem Vergleich mit 20000 Pfund abgefunden wurde. Er wollte sich aber nicht abspeisen lassen und wandte sich 2001 an das »Serious Fraud Office« (SFO), eine Strafverfolgungsbehörde für schwere Betrugsdelikte, und legte seine Beweise vor: fehlende oder fehlerhafte Belege für Ausgaben in einer monatlichen Gesamthöhe von 250000 Pfund, die RLI BAE in Rechnung gestellt hatte, sowie »Verschwendung von Spesen und Veruntreuung«.⁴⁵

Das SFO prüfte den Fall und wandte sich an das Verteidigungsministerium, das sich für den Al-Yamamah-Vertrag schließlich verantwortlich zeigte. Doch die Besorgnis des SFO, dass Regierungsgelder veruntreut worden wären, wurden von Sir Kevin Tebbit, dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, zerstreut: »Ich möchte keine Lawine losretten, aber unter dem Umstand, dass Sie ein sensibles Thema in Ihrem Brief ansprechen, habe ich eine erste diskrete Untersuchung der Vorwürfe angestellt, inwieweit sie das Ministerium betreffen.«⁴⁶ Diese Untersuchung scheint darin gegipfelt zu haben, dass man die persönliche Versicherung des Aufsichtsratsvorsitzenden von BAE, Dick Evans, es bestehe keine Notwendigkeit für derartige Überprüfungen, bereit war, unbesehen zu glauben. Cunningham war wütend und äußerte: »Da gibt es eine ganz ungute Beziehungskiste zwischen dem Verteidigungsministerium und BAE. Was das Verteidigungsministerium damit sagen wollte, war: ›Verärgere diese Leute nicht, denn sie bringen Geld ins Land, das allein zählt ... und die kleinen Unregelmäßigkeiten können wir stillschweigend dulden.«⁴⁷ Das Verteidigungsministerium veröffentlichte eine Stellungnahme, in der es wiederholte, dass Tebbits Maßnahmen voll und ganz im Sinne der »entschiedenen Anti-Betrugspolitik der Regierung« seien, aber dass die »Behörde für schwere Betrugsdelikte« (SFO) anerkannt habe, dass ordnungsgemäß gehandelt worden sei und dass man Sir Kevin Tebbit für seine Unterstützung sehr verbunden sei.⁴⁸

Cunningham äußerte gegenüber Leigh und Evans, dass die Ausgaben für die Piloten nur die Spitze des Eisbergs gewesen seien. Die saudischen Gäste seien

die eigentlichen Nutznießer der Freigebigkeit von BAE gewesen, die ihre »Spenden« mithilfe von RLI und einer weiteren Firma, der von Peter Gardiner geführten Traveller's World Ltd, verteilte. Nachdem Gardiner die Artikel im *Guardian* gelesen hatte, kontaktierte er die beiden Journalisten. Als er sich mit den Aussagen Cunninghams konfrontiert sah, entschloss er sich, lieber Zeuge als Verdächtiger zu sein, und wurde zu einem wichtigen Informanten der Journalisten. Er berichtete ihnen, wie seine kleine Reiseagentur als heimlicher Kanal genutzt wurde für Millionen von BAE-Pfund, die an die saudische Königsfamilie gingen. Er verfügte kistenweise über Belege für seine Behauptungen. Die beiden Reporter verbrachten Wochen mit Gardiner, gingen Rechnungen durch, stellten Verbindungen zu bestimmten Ereignissen, Orten und Leuten her. Gleichzeitig ermutigten sie Cunningham, sich auf das Datenschutzrecht zu berufen, um an weitere Informationen heranzukommen.

Mit Gardiners Belegen und den Erkundigungen, die Cunningham bei den Behörden einholte, waren sie in der Lage, zu rekonstruieren, wie das System der Bestechungen funktionierte: Der eigentliche Nutznießer war Prinz Turki bin Nasser. Er ist verheiratet mit der Tochter Prinz Sultans, einer Nichte des heutigen Königs Abdullah, war Chef der königlich-saudischen Luftstreitkräfte und bis 2000 eine politische Schlüsselfigur für Waffenkäufe. Er erhielt 17 Millionen in Leistungen und in bar, hauptsächlich aber floss viel Geld auf sein Konto bei der Bank of America in Los Angeles.⁴⁹ Die Leistungen beinhalteten Luxusurlaube, Shopping-Touren und natürlich Frauen. Von ihren Untertanen verlangen die Saudi-Herrscher selbstverständlich, sich strikt an die Regeln des wahabitischen Islam zu halten; für sie selbst scheinen diese Regeln nicht zu gelten.

Anouska Bolton-Lee, temperamentvolles Unterwäschemodel und MTV-Moderatorin, die 2009 auch Leonardo Di Caprio den Kopf verdreht hat, enthüllte, dass sie zwei Jahre lang die Geliebte von Prinz Turki war. Tony Winship war es, der sie dem Prinzen vorgestellt hatte und der nun die Gunstbezeugungen des Prinzen übermittelte. Zwischen 2001 und 2003 wurde so die Miete der Wohnung von Bolton-Lee in der Londoner Luxusgegend Holland Park bezahlt; sie belief sich auf 13000 Pfund im Jahr. Außerdem wurde ihr zwei Jahre lang der Schauspielunterricht bezahlt. Hin und wieder erhielt das Model auch Bargeld, dezent überreicht in weißen Briefumschlägen, damit sie ihre

täglichen Rechnungen sowie ihre Fahrschule bezahlen konnte. Das Bargeld belief sich insgesamt auf 4000 Pfund. »Ich dachte, das wäre das Geld des Prinzen«, sagte sie. Ab und an erhielt Bolton-Lee auch einen Batzen Geld direkt von Prinz Turki: 12000 Pfund zum Beispiel für einen Schaffellmantel und 3000 Pfund für eine Fendi-Handtasche. Sie habe geglaubt, »der Prinz hätte all das bezahlt, aber jetzt sieht es so aus, als sei dem gar nicht so gewesen. Anscheinend hat alles die BAE bezahlt. Ich finde das sehr traurig.«⁵⁰

Während sich der Prinz auf Kosten von BAE mit glamourösen Frauen vergnügte, stellte er sicher, dass seine Familie nichts von alledem erfuhr. Die Familienangehörigen erhielt ebenfalls Geschenke von der BAE, meistens Autos, darunter einen 30000 Pfund teuren Mercedes für seine Tochter, einen türkisblauen Rolls-Royce für seine Frau Nura, und für sich selbst ließ er sich einen 175000 Pfund teuren Aston Martin Le Mans überschreiben. Die Autos wurden regelmäßig zwischen Saudi-Arabien und Los Angeles mit einer privat gecharterten Frachtmaschine hin-und hergeflogen. Was solch ein Transport kostet, ist aus dem Jahr 1995 belegt, wo für 300000 Dollar eine Frachtmaschine gemietet wurde, die Prinz Turkis Autos sowie Einkäufe aus L. A. nach Saudi-Arabien flog.⁵¹

Die Familie wurde verwöhnt mit jährlichen Luxus-Urlaube in den teuersten Hotels der Welt. Begleitet wurden sie von einem Gefolge von fünfunddreißig Dienstboten, Fahrern und Bodyguards. Im August 2001 flog Turkis Familie in zwei privaten Passagierflugzeugen, einem Airbus und einer rosaroten Boeing, zum Urlaub nach Cancún in Mexico. BAE übernahm auch die 41000 Pfund hohe Rechnung im Ritz-Carlton. 99000 Pfund erhielt Turkis Sohn, Prinz Faisal, für einen Aufenthalt in einem exklusiven Ski-Ort in Colorado. 56000 Pfund zahlte die Firma nur für dessen Chartermaschine. Bevor er in Colorado eintraf, hatte der damals siebenundzwanzigjährige Prinz Faisal schon 21000 Pfund der BEA im Vierjahreszeiten-Hotel in Mailand ausgegeben.

Und seine Mutter kostete die BAE im gleichen Sommer 36000 Pfund nur für den Limousinen-Service während eines Aufenthalts im Intercontinental in Athen sowie einem weiteren Hotel. Auch eine Yacht wurde für sie gemietet, zum Preis von 36000 Pfund. Danach vergnügte sich die saudische Prinzessin im Grand Hotel des Bains, nahe Rimini, wo die BAE 26000 Pfund bezahlte sowie 28000 für Limousinen und 14000 für Bodyguards. Weiter ging's nach Südfrankreich,

wo sie im Majestic in Cannes mit ihrem Familienanhang 29000 Pfund durchbrachte. Aber der eigentliche Höhepunkt dieses Sommers war der Trip über den Atlantik ins Hilton von Beverly Hills in Kalifornien, das in Fußnähe zur berühmten und teuren Shoppingmeile, dem Rodeo Drive, liegt. Dort bewirtete sie Freunde und Gäste. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 101000 Pfund. Die Rechnung ging an British Aerospace.⁵²

Nach dem gemeinsamen Urlaubsaufenthalt mit ihrem Ehemann in Cancún reiste Prinzessin Nura weiter an die amerikanische Ostküste, nach Manhattan, wo sie im Plaza abstieg, dem »Kronjuwel auf der Fifth Avenue«. Dieser Aufenthalt hat die BAE, wie es scheint, mindestens 195000 Pfund gekostet. Danach brachte die reisefreudige Prinzessin im Pariser Hôtel Le Bristol 102000 Pfund durch, und bei ihrem Kurzaufenthalt in Ägypten fügte sie im Kairoer Marriott Hotel noch 35000 Pfund auf die Gesamtabrechnung für das Jahr 2001 hinzu. Damit nicht genug, zahlte der britische Rüstungskonzern für die in diesem Sommer umherziehende Familie mehr als 400000 Pfund für Scharen von Bodyguards, die rund um die Uhr das hochherrschaftliche Familienanwesen in Beverly Hills bewachten.⁵³

BAE übernahm auch die Ausgaben für die Flitterwochen-Reise von Prinzessin Reema bint Bandar, der Tochter von Prinz Bandar, die Turkis Sohn geheiratet hatte, den skibegeisterten Jet-Setter Faisal. Die Kosten dafür beliefen sich auf 250000 Pfund, bereitwillig bezahlt aus der Schmiergeldkasse. Die Reise führte unter anderem nach Australien zum Great Barrier Reef, und zwar in einem Privatflugzeug. Genau wie sein Schwiegervater war Prinz Faisal Anhänger des Dallas-Cowboys-Footballteams. Während seines Aufenthaltes in Sydney stand ein entscheidendes Spiel der »Cowboys« an. Da das jungverheiratete Paar das Spiel unbedingt live sehen wollte, wurde mitten in der Nacht ein ganzer Club sechzig Meilen vor Sydney angemietet, denn nur dort wurde über Kabelfernsehen das Spiel direkt übertragen. Die Kosten für drei Stunden Fernsehen von Prinzessin Reema und Prinz Faisal betragen 6000 Pfund, bezahlt von BAE.⁵⁴

Als BAE die Schwarzgeldkasse im Jahr 2002 endlich schloss, hatte die Firma Rechnungen bezahlt, die sich monatlich zuweilen auf mehr als eine Million Pfund beliefen. Durchschnittlich gab BAE jährlich 7 Millionen Pfund an solchen »Zuwendungen« aus. Peter Gardiner gab an, dass alle personenbezogenen

Ausgaben zunächst von seiner Firma bezahlt wurden. Am Monatsende sei dann eine Gesamtrechnung an die BAE gestellt worden, und zwar als »Bewirtungskosten und Unterkunft für Besucher aus Übersee«. Alle Ausgaben seien von der BAE erstattet und jeder einzelne Ausgabeposten von der Firma abgezeichnet worden.⁵⁵ Kenntnis von diesen Zahlungen hatten unter anderen der frühere leitende Geschäftsführer Steven Mogford sowie Tony Winship und dessen Kumpel, BAE-Chef Dick Evans.⁵⁶ Das britische Verteidigungsministerium war unwissentlich auch noch Komplize in der ganzen Affäre, da es der BAE die vorgelegten Betrugsrechnungen bezahlte und dann bei der saudischen Regierung mit der Bitte um Erstattung einreichte.⁵⁷

Als Konsequenz aus den Enthüllungen des *Guardian* stürmten in den frühen Morgenstunden des 3. November 2004 achtzig Polizisten und Ermittler des SFO und des Dezernats für Wirtschaftskriminalität der Londoner Polizei eine Lagerhalle in Hertfordshire, im Norden der Hauptstadt. Sie fanden 386 Kisten voll mit Abrechnungen aus der Schmiergeldkasse, die die Namen aller Saudis enthielt, die von der BAE Zuwendungen erhalten hatten, darunter auch mehrere Militärattachés der saudischen Botschaft in London, die, wie die Familie von Prinz Turki, Luxusunterkünfte in London gestellt bekommen hatten.⁵⁸ Die Razzien führten zur Verhaftung von Tony Winship und John Sharp.⁵⁹ Über die Zahlungen und Zuwendungen an die Saudis hinaus wurde Winship beschuldigt, großzügige Bestechungsgeschenke an Beamte des britischen Verteidigungsministeriums sowie an Mitarbeiter der Rüstungsexportbehörde DESO verteilt zu haben.⁶⁰ Keiner dieser Personen wurde verurteilt. Diejenigen, die verhaftet wurden, wurden ohne Anklageerhebung wieder freigelassen.

David Leigh und Rob Evans dachten zunächst, sie hätten mit ihrer Story BAE in den Grundfesten erschüttert, zu ihrem Erstaunen mussten sie aber feststellen, dass die BAE erstaunlich ruhig blieb. »Die Leute von BAE haben nie mit uns gesprochen. Und wir dachten, das tun sie nicht, weil wir so clever sind. Immerhin hatten wir die Existenz der Schmiergeldkasse enthüllt. Aber, die saßen offensichtlich da und dachten: ›Na, Gott sei Dank kennen die nicht die wahre Geschichte.«⁶¹

Nachdem die Reporter die Existenz der unerschöpflichen Schmiergeldkasse publik gemacht hatten, wurden sie von einem früheren BAE-Mitarbeiter

angesprochen, der sich mit der Firma überworfen hatte. David Leigh traf sich mit ihm außerhalb Englands. Er war als Vermittler von BAE tätig gewesen und berichtet jetzt von einem mächtigen Netzwerk von Firmen, über das er bezahlt worden war und welches er umgekehrt nutzte, um Entscheidungsträger zu schmieren. Der Informant übergab Leigh Kontoauszüge, »die der Schlüssel zur Enthüllung eines weltweiten Systems zur Geldwäsche waren, ein weltumspannendes System von geheimen Barzahlungen, die buchstäblich in die Milliarden von Dollar gingen. Das war jahrelang so gegangen, mit stillschweigender Billigung der britischen Regierung.«⁶²

Im Innern des Systems standen zwei Firmen: die eine nannte sich Poseidon Trading Investments Ltd, die andere Red Diamond Trading Ltd, beide auf den ominösen britischen Jungferninseln ansässig. Dieses karibische Idyll, das erstmals 1493 von Christoph Kolumbus auf seiner zweiten Überfahrt nach Amerika gesichtet worden war, besteht aus einem Archipel von sechzig Inseln. Der Entdecker benannte es nach der heiligen Ursula und ihren elftausend Jungfrauen; später führte dies zu der Abkürzung »Jungferninseln«. Jedoch an diesen britischen Inseln ist nichts Unschuldiges, denn sie bieten mehr als 820000 Briefkastenfirmen Sitz und Heimat und stellen damit laut Stand vom Jahr 2000 41 Prozent aller weltweit gemeldeten Briefkastenfirmen.⁶³ Es überrascht deshalb nicht, dass die BAE, als sie damit begann, ihr Firmen-Labyrinth aufzubauen, um ihre Schmiergeldkasse und die zahlreichen rechtswidrigen Zahlungen an Mittelsmänner und an die Saudis zu vertuschen, die britischen Jungferninseln auswählte.

Die Reporter des *Guardian* schrieben ihren Bericht, sobald David Leigh nach London zurückgekehrt war. Das Nachrichtenressort hatte ursprünglich vor, die Story auf Seite sieben der Ausgabe vom nächsten Tag zu bringen, weil die Nachrichtenredakteure glaubten, in dem Artikel ginge es »nur« um Waffenhändler oder Briefkastenfirmen. Leigh und Evans, die das Ausmaß ihrer Entdeckung sofort begriffen hatten, gingen mit ihren Informationen zum SFO und kontaktierten außerdem Journalisten auf der ganzen Welt, in der Hoffnung, endgültig das ganze Ausmaß der kriminellen Machenschaften der BAE zu enthüllen. Das SFO, das sich nun genötigt sah, den Vorwürfen nachzugehen, wies die Lloyds Bank und andere Geldinstitute an, ihre Unterlagen, die BAE betrafen, herauszugeben. Diese erwiesen sich als eine wahre Fundgrube.

Sie bewiesen, dass die Firma Red Diamant Trading im Februar 1998 auf den britischen Jungferninseln eingerichtet worden war.⁶⁴ Sie nutzte Konten bei der Lloyds-Bank in London, bei der UBS in der Schweiz und bei Chase Manhattan in New York. Zahlungen wurden seitens der Handelsfirma vorgenommen für Mittelsmänner in Südamerika, in Tansania, Rumänien, Südafrika, Katar, Chile, der Tschechischen Republik und in Großbritannien. BAE nutzte dafür einen Online-Dienst der Lloyds Bank, der automatisch die Gelder über die Red Diamond Trading an die Endempfänger schleuste.

BAE erwähnte Red Diamond Trading in keinem ihrer Firmenberichte und gab auch nie eine Erklärung ab, wozu diese Firma überhaupt gegründet worden war.

Red Diamond Trading war jedoch nur ein Teil des ausgeklügelten weltweiten Geflechts, das BAE geknüpft hatte, um ihre Bestechung zu verschleiern. Bereits 1995 konnte BAE etwa siebenhundert Verträge von Handelsvertretern vorweisen, zusätzlich zu jenen, die an ihre Tochtergesellschaften, die Rüstungskonzerne Royal Ordnance sowie Heckler & Koch, gekoppelt waren. Die Firma zahlte an mindestens dreihundert Mittelsmänner rund 50 Millionen Pfund im Jahr. Es gab derart viele Vertreterverträge, dass man sich bei BAE »unmöglich an alle erinnern« konnte.⁶⁵ Man gründete ein Unternehmen namens Novelmight, um »Dienste für andere Firmen der Gruppe durch eine Zweigniederlassung in der Schweiz anzubieten«. Ursprünglich lautete die eingetragene Adresse der Firma genauso wie die des BAE-Hauptsitzes in Farnborough.⁶⁶ Aber 1999 wurde die Eintragung von Novelmight im Handelsregister von Großbritannien gestrichen und auf die britischen Jungferninseln übertragen.⁶⁷ Diesen Wechsel führte die Leitung der Marketingabteilung durch, die ursprünglich in den Händen von Hugh Dickinson lag; er war gleichzeitig der Verbindungsmann zum Geheimdienst MI6. Auch seine jahrelange Assistentin, Julia Aldridge, war eingeweiht.⁶⁸ Unterlagen weisen darauf hin, dass sich ein Gremium auf Vorstandsebene traf, um jeden einzelnen Vertreter-Vertrag zu begutachten.⁶⁹

Um ihre illegalen Aktivitäten zu verbergen, wurden manchmal auch Verträge einfach außerhalb Großbritanniens unterzeichnet. Ein Informant erinnerte sich, dass er einmal in den achtziger Jahren in die Schweiz fliegen musste, um Geheimverträge über Waffengeschäfte mit Indien zu unterschreiben.⁷⁰ Immer wenn geheime Zahlungen anstanden, wurde nur eine Vertragsausfertigung

ausgestellt und ein BAE-Vertreter flog nach Genf, um das Schriftstück zu hinterlegen. Die Unterzeichnung fand manchmal bei Lombard Odier statt, einer Schweizer Privatbank, die dafür bekannt war, Geldanlagen des korrupten (Ex-)Präsidenten der Philippinen, Marcos, diskret verwaltet zu haben. Die Bank behielt die einzige Vertragsausfertigung. Eine erneute Vertragseinsicht war nur im Beisein beider Unterzeichnerparteien möglich.⁷¹ 1997 wurde die Vertragsaufsicht zwei Schweizer Anwälten übertragen, René Merkt und Cyril Abecassis, die auch Briefkastenfirmen für Waffenhändler gründeten.⁷²

Erst im Jahr 2002 wurde die Bestechung ausländischer Beamter und Vertreter anderer Staaten in Großbritannien offiziell für illegal erklärt. Dies geschah auf Grundlage der Pariser Anti-Bestechungskonvention der OECD, die als »Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung« Eingang ins britische Recht fand. BAE handelte unverzüglich und mietete, mit Unterstützung der Schweizer Niederlassung ihrer Hausbank, Lloyds TSB, ein Hochsicherheitsbüro in Genf, im sechsten Stock eines Blocks in der Route des Acacias

48. Überwachungskameras, sichere Fax- und Telefonverbindungen wurden installiert und ein zuverlässiger britischer Experte eingeflogen, um das Büro auf Abhörwanzen zu untersuchen. Eines Abends, kurz bevor die Anti-Bestechungskonvention der OECD unterzeichnet werden sollte, lud die BAE ihre Aktenschränke und Safes, die die Verträge und Vertreter-Vereinbarungen enthielten, in einen unscheinbaren Transporter. Dieser wurde von vertrauenswürdigen Fahrern nach Genf geschafft, um vor den neugierigen Blicken britischer Behörden sicher zu sein.⁷³ Immer wenn seither bestimmte Dokumente einer Unterschrift oder einer Erneuerung bedurften, flogen BAE-Mitarbeiter nach Genf und schlossen das ansonsten unbenutzte Büro an der Route des Acacias auf. In einigen Fällen war es so, dass ein Mittelsmann in London einen Vertrag unterschrieb, der eine direkte, korrekte Bezahlung des Geschäfts vorsah und vielleicht auch eine vertretbare Provision beinhaltete. Gleichzeitig wurde ein zweiter Vertrag in der Schweiz unterzeichnet, der viel höhere Summen sowie Provisionen anbot.⁷⁴

Die Firma Poseidon Trading Investment Ltd war von BAE am 25. Juni 1999 eigens für das Al-Yamamah-Abkommen auf den Jungferninseln eingerichtet worden. Insgesamt mehr als eine Milliarde Pfund wurden über Poseidon-Konten via Lloyds an saudische Mittelsmänner transferiert.⁷⁵ Ein Unterhändler, der sein

ganzes Berufsleben damit zugebracht hat, Provisionen für Waffengeschäfte auf diskreten Wegen zu übermitteln, erzählte David Leigh und Rob Evans geradezu mit einer gewissen Ehrfurcht: »Ich habe für viele Flugzeughersteller gearbeitet, aber die BAE ist die einzige Firma mit einem derart ausgeklügelten System.«⁷⁶ Obwohl damals dieses System nicht illegal war, erregt es natürlich Argwohn, wenn eine große, international agierende Firma eine geheime Schmiergeldkasse einrichtet, um Vertreter und Mittelsmänner mit Summen in astronomischer Höhe auszustatten. Das SFO zog später die Schlussfolgerung, dass »allein die extreme Geheimhaltung den Verdacht nahelegte, dass es bei den Zahlungen nicht mit rechten Dingen zuging«.⁷⁷

Über die Firmen auf den Jungferninseln wurde das Geld in aller Regel auf Schweizer Bankkonten transferiert. Man nimmt an, dass diese Konten den entscheidenden Kontaktmännern und Entscheidungsträgern gehörten, Prinz Sultan, dem Vater Bandars, sowie dem saudischen Verteidigungsminister, der den Al-Yamamah-Vertrag unterschrieben hatte. Einige dieser Provisionen wichen weit von den herkömmlichen, ohnehin hohen Schmiergeldsummen ab: Bis zu 32 Prozent wurden im Fall der Tornado-Kampfflugzeuge gezahlt.⁷⁸ Wenn man die drei üblichen Formen der Bestechungen zusammenfasst, belief sich das gesamte Ausmaß der Korruption bei diesem Geschäft auf sechs Milliarden Pfund.⁷⁹

Das Riggs-Konto Prinz Bandars wies zwischenzeitlich jährliche Gutschriften von mehr als 100 Millionen Pfund auf, die vierteljährlich von der Exportbehörde DESO überwiesen wurden. Diese Bankbewegungen überschritten zusammengenommen eine Milliarde Pfund, wovon ein Teil für das bereits erwähnt Geburtstagsgeschenk draufging, den nagelneuen Airbus der Baureihe Widebody. Treibstoff, Wartung, Unterhalt und die Crew des Fliegers wurden (bis mindestens 2007) alle aus derselben Quelle bezahlt.⁸⁰

Während erhebliche Summen direkt auf die Konten von Prinz Bandar und die seines Vaters Prinz Sultan gingen, wurden andere Gelder über die Waffenlieferanten Wafic Said und Mohammed Safadi an die beiden geschleust.

Said, ein elegant und geschmeidig auftretender englandfreundlicher Syrer, gilt als einer der reichsten Männer Großbritanniens. Mit einem geschätzten Vermögen von einer Milliarde Pfund wurde er auf der »*Sunday Times Rich List*«

2009 an vierzigster Stelle genannt. Er tritt stets in Pariser Maßanzügen auf und besitzt Paläste auf der ganzen Welt.⁸¹ Seine Landhausvilla in Oxfordshire hat einen Wert von etwa 35 Millionen Pfund.⁸² Er unterhält einen Rennstall,⁸³ liebt Monet, Modigliani, Picasso und Matisse (besonders wenn sie in seinen eigenen vier Wänden hängen) und soll eine eigene Boeing 737 besitzen.⁸⁴

Said wurde 1939 in Syrien geboren. Sein Vater war Augenchirurg und ging später als Erziehungsminister in die Politik. Said begann 1963 eine berufliche Laufbahn als Investmentbanker bei der UBS in Genf, wo er seine britische Frau Rosemary, Tochter eines Geschäftsmannes, kennenlernte.⁸⁵ Das Paar zog in den späten Sechzigern nach London und half Suids Bruder, der in der Kensington High Street ein libanesisches Kebab-Restaurant betrieb. Eines Abends speisten dort zwei ausgelassene Saudi-Prinzen: die Brüder Bandar und Khalid. Said stellte sich vor, und im Laufe einiger Wochen freundete sich die kleine Gesellschaft an.⁸⁶ Said und seine Frau zogen daraufhin 1969 nach Saudi-Arabien um, wo Said vorübergehend für die saudische Regierung arbeitete und dann ins Baugewerbe ging. Im gleichen Jahr, 1969, geriet Said an den saudischen Waffenhändler und Finanzier Akram Ojeh. Dessen Sohn Mansur wurde später ein Freund von Mark Thatcher; sie teilten eine gemeinsame Leidenschaft: Autorennen. Mithilfe von Ojeh wurde Said 1973 Chef der britischen Baufirma TAG Construction in Paris, wo er Bauaufträge aus dem Verteidigungssektor an Land zog. Außerdem war er als Vertreter für Raytheon tätig, einer amerikanischen Firma, die vor allem Raketen und Bomben herstellt und am Verkauf von Hawk-Raketen an die Saudis beteiligt war.⁸⁷ Said gründete 1980 schließlich zusammen mit Ojeh die Anlagen- und Finanzfirma Sifcorp, die vermutlich auf den Bermudas angesiedelt war, aber offiziell zum luxemburgischen Said-Konzern gehörte.⁸⁸

Said bot seinen ganzen Charme auf, um sich mit den Reichen und Mächtigen in Saudi-Arabien anzufreunden. Insbesondere erneuerte er seine Bekanntschaft mit den zwei Saudi-Prinzen, die er seinerzeit im Restaurant seines Bruders getroffen hatte, sowie mit deren Vater, Prinz Sultan. Später wurde Said ihr persönlicher Berater, half ihnen bei finanziellen Angelegenheiten, verwaltete ihre Immobilien und investierte Geld in ihrem Auftrag. 1981 erhielt er die saudische Staatsangehörigkeit durch königlichen Erlass. Im gleichen Jahr erkrankte sein ältestes Kind, der zehnjährige Karim, im Swimmingpool Prinz Sultans.⁸⁹

Saids Mitwirkung am Al-Yamamah-Geschäft sollte eigentlich streng geheim gehalten werden. Jetzt aber gibt er offiziell zu, dass er als Berater beteiligt war, bestreitet indes, Schmiergeld erhalten zu haben. 2001 sagte er dem *Daily Telegraph*:

Dieser Vertrag brachte der britischen Industrie einen enormen Aufschwung: Wir sprechen hier von Tausenden von Arbeitsstellen. Aber aus irgendeinem Grund, der mir schleierhaft ist, stellt die Presse die Sache als ein zwielichtiges, mysteriöses Geschäft dar. Aufgrund meiner weitreichenden Kontakte in Saudi-Arabien spielte ich nur eine sehr kleine Rolle; die Hauptrolle spielte Lady Thatcher.

Ganz ehrlich: Ich dachte, ich tue diesem Land einen Gefallen. Ich habe noch nie jemandem auch nur ein Taschenmesser verkauft. Für die Beratung bei British Aerospace habe ich keinen Penny bekommen. Ich profitierte jedoch insofern, als das Projekt dazu führte, dass in Saudi-Arabien Gebäude gebraucht wurden, die von meinen Baufirmen errichtet wurden.

Nun hat das Ganze dazu geführt, dass ich als Waffenhändler hingestellt werde. Als ob ich einen Musterkatalog mit Waffen hätte. Noch immer erhalte ich Anfragen von Leuten, ob ich ihnen helfen kann, Munition und Panzer aus zweiter Hand zu verkaufen.⁹⁰

Bei anderer Gelegenheit äußerte er: »Wenn *ich* ein Waffenhändler bin, dann ist es auch der Chef von British Aerospace sowie der englische Premierminister.«⁹¹ Wie auch immer er seine Rolle in dem Geschäft selbst definiert: Es besteht kaum Zweifel, dass Wafic Said einer der wichtigeren Mittelsmänner im Fall Al-Yamamah war.

So wird etwa vermutet, dass Said hinter der Zahlung von mehreren Millionen Pfund an Mark Thatcher steckte, um auf diese Weise Zugang zur Downing Street Number 10 zu erhalten.⁹² Er wies die Behauptung zurück und verteidigte sein Politik-Idol: »So etwas zu unterstellen ist gegenüber Lady Thatcher und ihrem Sohn einfach unstatthaft.«⁹³ Adnan Kaschoggi, der berühmte Waffenhändler (siehe Kapitel 13), behauptete: »Wafic nutzte Marks Informationen. Der Wert des Thatcher-Sohnes bestand in seinem Namen. Immer wenn Wafic eine Frage hatte, ging Mark direkt zu seiner Mutter, und kurz darauf hatte er die Antwort.«⁹⁴ Kaschoggi widerrief jedoch später wieder: »Ich bestreite, irgendetwas von einer Beteiligung von Mr Thatcher an diesem Geschäft zu wissen.«⁹⁵

Mark Thatcher wies wiederholt die Vorwürfe zurück, er habe 12 Millionen Pfund im Zusammenhang mit dem Geschäft erhalten.⁹⁶ Die Zahl stammt aus Abschriften von mitgehörten Gesprächen zwischen saudischen Prinzen und Mittelsmännern, die vom saudischen Geheimdienst aufgenommen wurden. Es

ging dabei vor allem um konkurrierende Angebote zwischen Briten, Franzosen und Amerikanern. Diese Abschrift wurde weitergegeben, und zwar von Mohammed Khiweli, dem Ersten Sekretär der Ständigen Vertretung Saudi-Arabiens bei der UNO. Er lief im Mai 1994 zu den Amerikanern über und erhielt in den Vereinigten Staaten Asyl.⁹⁷

Howard Teicher, ein Nahostexperte des Nationalen Sicherheitsrats von Ronald Reagan in den achtziger Jahren, behauptete:

Ich las über Mark Thatchers Verstrickung in das Waffengeschäft in den Depeschen, die unsere Botschaft in Saudi-Arabien schickte, in den Geheimdienstberichten, die in Saudi-Arabien gesammelt worden waren, sowie in Depeschen, die uns aus anderen europäischen Hauptstädten erreichten. Für mich waren diese Depeschen glaubwürdig ... Ich hatte nicht das Gefühl, dass es Leute gibt, die den Sohn der Premierministerin leichtfertig beschuldigen würden, in solch ein Geschäft verwickelt zu sein, ohne sicher zu sein, dass das stimmt. Und weil sein Name in ganz verschiedenen Dokumenten auftauchte, war ich von der Glaubwürdigkeit der Angaben überzeugt, zumindest, dass Mark Thatcher in der Sache mit drin hing. Offensichtlich war er in irgendeiner Weise am Zustandekommen des Geschäfts zwischen den beiden Regierungen beteiligt.⁹⁸

Teicher beteuerte seine Meinung Jahre später noch einmal: »Er spielte eine tatkräftige Rolle in diesem Waffengeschäft, und es war eindeutig, dass er eine bestimmte geschäftliche Funktion innehatte.«⁹⁹ Teichers Ansicht stützte sich auf Khiwelis Niederschrift, die bestätigte, dass die Saudis Mark Thatcher bezahlt hatten, um bezüglich der militärischen Ausrüstung seine hervorragenden Verbindungen zur Regierung zu nutzen.¹⁰⁰

Auch der Geschäftspartner, der Mark Thatcher am nächsten stand, bestätigte dessen Rolle: »Ich weiß ganz sicher, dass in einem Fall Wafic Mark angerufen hat, und Mark hat dann organisiert, dass Wafic per Hubschrauber nach Chequers Court fliegen konnte, um dort Margaret Thatcher zu treffen«, sagte Rodney Tyler.¹⁰¹ Und einstige Führungsleute der BAE bekräftigten ebenfalls, dass Mark Thatcher an dem Geschäft beteiligt gewesen sei und die Provisionen in der genannten Höhe erhalten habe.¹⁰² »Mark war dafür zuständig, sicherzustellen, dass seine Mutter auf unserer Seite stand«, erklärte ein früherer BAE-Berater und Freund Saids.¹⁰³ Einem Abgeordneten des Unterhauses wurde ein Schriftstück zugespielt, in dem anonym behauptet wurde: »Die zusätzlichen finanziellen Vorteile, die Mark Th., sein Freund Wafiq (sic) Said sowie andere Vermittler, die allesamt in Großbritannien wohnen, aber von der Steuer befreit sind, und auch die Partei der Konservativen erhielten, sind laut BAE-Chef

astronomisch hoch.«¹⁰⁴

Die Autoren eines Buches über Mark Thatcher geben an, dass Margaret Thatcher über die Zuwendungen, die ihr Sohn aus dem Geschäft erhielt, im Bilde war. In Anbetracht dessen, dass er für sie Zusammenkünfte mit Said und Prinz Bandar arrangiert hatte, musste sie zwangsläufig wissen, dass ihr Sohn an dem Ganzen beteiligt war. Wafic Saids ehemaliger Chefpilot sagte aus, Mark Thatcher habe mit Said geschäftlich zu tun gehabt, und zwar »auf Mrs Thatchers Drängen«.¹⁰⁵ Ein ehemaliger Manager aus der Rüstungsindustrie, Gerald James, vermutet, dass Mark Thatcher auch am Folgevertrag, Al-Yamamah-II, verdiente.¹⁰⁶

Mark Thatchers Vergünstigungen aus einem Geschäft, bei dem seine Mutter eine entscheidende Rolle spielte, war für diejenigen, die seine berufliche Laufbahn kannten, keine Überraschung. Sein persönliches Vermögen ist auf 60 Millionen Pfund geschätzt worden,¹⁰⁷ und die Unterstützung seitens seiner Mutter war bei dem Vermögenszuwachs natürlich nicht unwesentlich. Mark, der im Jahr 2003 von seinem Vater den Baronet-Titel erbte, steckte Gelder ein, die in Zusammenhang mit einem Geschäft standen, bei dem es um 300 Millionen Pfund ging: Seine Mutter hatte 1981 den Auftrag für die Errichtung einer Universität im Oman für eine britische Baufirma vermittelt. Als Margaret Thatcher vor dem Parlament darauf angesprochen wurde, bestritt sie, etwas Unrechtes getan zu haben, indem sie darauf verwies, sie habe nur Großbritanniens Interessen gewahrt.¹⁰⁸ Des Weiteren wird vermutet, dass Mark Thatcher eine handschriftliche Notiz seiner Mutter genutzt hat, um einen einträglichen Auftrag in Abu Dhabi sicherzustellen.¹⁰⁹

Sein Höhenflug wurde jäh unterbrochen, als er am 25. August 2004 in seiner Luxuswohnung in Constantia, einem Vorort von Kapstadt, verhaftet wurde. Ihm wurde vorgeworfen, an einem versuchten Staatsstreich in Äquatorialguinea beteiligt gewesen zu sein. Thatcher soll für die Geldbeschaffung sowie die Logistik für den fehlgeschlagenen Staatsstreich verantwortlich gewesen sein, der von seinem Freund, dem britischen Söldner Simon Mann, geplant worden war. Nachdem sich seine Mutter eingeschaltet und auf der Grundlage des südafrikanischen Anti-Söldnergesetzes einen Kompromiss im Strafverfahren erreicht hatte, bekannte sich Mark Thatcher schuldig in folgendem Sinne: Er habe fahrlässig Geld in ein Flugzeug investiert, »ohne sich vorher zu

erkundigen, wofür es gebraucht werde«. Zu seiner Verteidigung gab er an, er habe gedacht, dass es in der Luftambulanz in Afrika eingesetzt werden würde.¹¹⁰ Er wurde zu drei Millionen Rand (etwa 270000 Euro) Strafe und vier Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt und des Landes verwiesen. Simon Mann bekräftigte kürzlich, dass Thatcher massiv an dem versuchten Staatsstreich beteiligt gewesen sei, dafür 350000 Dollar zur Verfügung gestellt habe und dass »er nicht nur als Geldgeber fungierte, sondern er steckte voll mit drin und war an dem Unternehmen federführend beteiligt«. ¹¹¹

Nachdem der Al-Yamamah-Vertrag abgewickelt war, kaufte sich Mark Thatcher eine Luxuswohnung im Londoner Diplomatenviertel Belgravia, die ihm über die panamaische Firma Formigol vermittelt worden war, die ihrerseits über die Geschäftsadresse von Wafic Said lief.¹¹² Said nahm Mark Thatcher oft mit auf Prinz Bandars Anwesen in Oxfordshire, wo sie Golf spielten oder auf Scheiben schossen. Alex Sanson, der während des Al-Yamamah-Deals Leiter von BAE Dynamics war, einer Abteilung von BAE, sagte dem *Observer*, dass Said eine Schlüsselrolle beim Kaufabschluss gespielt habe, und zu Mark Thatcher gefragt, sagte er, dass »er (Thatcher) ein sehr enger Freund Wafic Saids und Prinz Bandars war. Es gab eine ganze Reihe von Leuten, die sehr wohl wussten, dass er da mit drinsteckte. Wenn er irgendwo beteiligt ist, ist das stets eine schlechte Nachricht. Er war einer von der Sorte, die Leute benutzten, um an Kontakte heranzukommen. Das war seine Methode, noch dazu mit dem Image, dass er der Sohn der Premierministerin war, das war schon ein ziemlicher Bonus.«¹¹³ So also sahen die Vergünstigungen aus dem Al-Yamamah-Vertrag für das Thatcher-Söhnchen aus. Manche nannten das Waffengeschäft deshalb auch »*Who's ya mama*« – »wer ist deine Mutter?«¹¹⁴

Wafic Said, obwohl eigentlich im Ruhestand, wird als Direktor zweier panamaischer Firmen geführt, der Mitrasur Corporation, die es seit 1975 gibt, sowie einer Al Mulk Holdings SA. Im Vorstand von Mitrasur sitzt ein gewisser Nabil Naaman, ein Mann, der auch Geschäftsführer von Magna war, einer libyschen Firma zur Tourismusförderung.¹¹⁵ Vermutet wird, dass hinter Magna niemand anderes als Said steht. Vorstandsvorsitzender von Magna Charles ist im Übrigen Powell, Margaret Thatchers ehemaliger Berater, der auch als Berater für BAE tätig war. Charles Powells Bruder Jonathan hatte ebenfalls eine Verbindung zur Downing Street: Er war Tony Blairs Stabschef.¹¹⁶ Aber Said

hatte noch weitere Ämter inne: Er war Direktor von AHI, vormals bekannt unter den Namen Aitken Hume Holding plc – Jonathan Aitkens Bank. Said ist außerdem noch immer einer der Direktoren der Said-Stiftung, die Stipendien für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien im Nahen Osten vergibt.¹¹⁷ Jonathan Aitken gehört ebenfalls diesem Direktorium an.

Dann gibt es noch die Said Business School, die 1996 an der Uni Oxford eingerichtet wurde. Mithilfe einer Spende von Wafic Said über 20 Millionen Pfund konnte sie in einem 2001 fertiggestellten Neubau untergebracht werden.¹¹⁸ 2008 spendete er der Schule weitere 25 Millionen Pfund. Unter den Stifternamen befindet sich auch Charles Powell.¹¹⁹ Angeblich hatte man in der Downing Street dafür gesorgt, die Genehmigung für den Bauantrag der Schule zu beschleunigen.¹²⁰ Dass Said Gründer und Spiritus rector der Schule ist, hat mehrfach zu Protesten von Studenten, Lehrkräften¹²¹ und örtlichen Aktivisten¹²² geführt. Vor ein paar Jahren habe ich einmal an der Schule einen Vortrag über Ethik gehalten. Nichts ahnend machte ich einen Witz darüber, welche Ironie es sei, einen Vortrag über Ethik an einer Schule zu halten, die genauso heißt wie ein mutmaßlicher Waffenhändler. Nach dem Vortrag informierten mich meine Gastgeber höflich darüber, dass genau dieser Wafic Said jene Person sei, die die Schule der Universität Oxford geschenkt hatte.

Wafic Said war außerdem einer der Stifter bei der Gründung des Centre for Lebanese Studies; so auch Said Ayas, ein »Vertrauensmann« von Prinz Mohammed, der wiederum in engem Kontakt zu Jonathan Aitken stand.¹²³ Unter den zahlreichen Titeln, die Said trägt,¹²⁴ ist seit 1996 auch der des Botschafters und Delegationsleiters des karibischen Ministaates St. Vincent und der Grenadinen bei der UNESCO.

Mit seiner Anhäufung von Ehrenbezeichnungen folgt er der Tradition Sir Basil Zacharoffs, der ebenfalls der High Society gern Geschenke machte, um dafür aber auch reich belohnt zu werden. Dies zeigt sich am Beispiel von Saids vertraulichen Umgang mit der britischen Politik. In den Jahren der Thatcher- und Major-Regierungen spendete Said mindestens 350000 Pfund an die Konservative Partei.¹²⁵ 2004 und 2005 spendete seine Familie mittels Versteigerungen rund 550000 Pfund.¹²⁶ Man nimmt an, dass er oder seine Familie den Konservativen im Jahr 2005 außerdem direkt Zigtausende von Pfund spendete, ungeachtet neuer Gesetze, die Ausländern derartige

Parteispenden untersagen.¹²⁷

Als die Labour-Partei an die Macht kam, suchte Said den Kontakt zu Peter Mandelson, einem der Architekten von »New Labour«, der auch den Spitznamen »Fürst der Finsternis« trug. Mandelson traf sich mit Said in Syrien, einige Wochen bevor er als Minister für Nordirland zurücktrat. Er behauptete, dass er die Reise beim Außenministerium nicht, wie erforderlich, angemeldet habe, weil sie privat gewesen sei.¹²⁸ Trotz des angeblich privaten Charakters traf Mandelson bei seinem Besuch für zwei Stunden mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zusammen. Die Said-Firma First Saudi Investment Co. war damals dabei, sich als Teil einer arabischen Unternehmensgruppe in Syrien lukrative Aufträge zu verschaffen.¹²⁹ Mandelson und Charles Powell, der BAE-Berater und Bruder von Tony Blairs Büroleiter, sind nicht nur Freunde Suids, sie sind auch untereinander befreundet. Genau solche Verbindungen sind es, die Wafic Said über drei Jahrzehnte lang in die Lage versetzt haben, stets in der Nähe der Macht zu bleiben, egal, welche Seite gerade regiert.

Die zweite Hauptperson im Al-Yamamah-Abkommen, Mohammed Safadi, ist ebenso wie Wafic Said ein Mann der unzähligen Beziehungen; er ist aber auch selbst Politiker. Der libanesische Geschäftsmann und Milliardär, dessen schweizerische Bankkonten als Kanäle für die Al-Yamamah-Schmiergelder genutzt wurden, steht den Saudis und der BAE schon seit Jahrzehnten nahe. Es wird vermutet, dass er die Interessen von Prinz Turki bin Nasser in den Al-Yamamah-Verhandlungen vertreten hat und als dessen Bevollmächtigter auftrat. Ein potentieller Zeuge im SFO-Fall sagte gegenüber David Leigh und Rob Evans, er sei vom SFO über Mr Safadis Rolle befragt worden. »Ich habe ihnen gesagt, dass die britische Firma Jones Consultants Rechnungen für Turki bin Nasser, dem Chef der saudischen Luftwaffe, bezahlt hat.«¹³⁰ Und die britische Firma Jones Consultants *ist* Mohammed Safadi.

Safadi wurde 1944 in Tripolis geboren und machte an der American University of Beirut einen Abschluss in Wirtschaftsmanagement. Er arbeitete zunächst im kaufmännischen Familienunternehmen. 1969 zog er zurück nach Beirut und begann mit einem eigenen Anlagengeschäft. Er investierte in Immobilien, in die Luftfahrt, in Tourismus, Computer und in Banken.¹³¹ Als 1975 im Libanon der Bürgerkrieg ausbrach, zog Safadi nach Riad, wo er Wohnanlagen für Firmen wie die BAE baute und damit begann, im Auftrag von

Verwandten Prinz Sultans tätig zu werden.

1995 kehrte er in den Libanon zurück, gründete die Safadi Group Holding und ging in die Politik. 2005 erhielt er den Posten des Bauministers,¹³² und im November 2009 wurde er in der neuen Einheitsregierung, die von Saad Hariri in einer Koalition mit der Hisbollah geführt wird, Wirtschafts- und Handelsminister.¹³³ Während er also für eines der wichtigsten politischen Ressorts verantwortlich war – die Vergabe von Regierungsaufträgen –, blieb er weiterhin an der Spitze seines Safadi-Konzerns. Hierzu zählt zum Beispiel die Firma Stow Securities, eine Makler- und Grundstücksfirma, mit einem Vermögen von 200 Millionen Pfund, sowie Grundstücksfirmen, die an Bürokomplexen in London beteiligt sind und einen Wert von 120 Millionen Pfund haben.¹³⁴ Stow setzt sich weitgehend aus Briefkastenfirmen auf der Insel Jersey und in Gibraltar zusammen. Einer ihrer eingetragenen Investoren ist General Ahmed Ibrahim Behery, ein ehemaliger hochrangiger Offizier der saudischen Luftwaffe.¹³⁵ Stow beteiligte sich an der privaten Fluggesellschaft TAG Aviation, die teilweise vom britischen Flughafen Farnborough aus operiert, dem Hauptsitz von BAE. Gemeinsam mit Mansur und Abdul Aziz Ojeh ist Safadi Geschäftsführer der TAG Aviation Holding.¹³⁶ Kein Wunder also, dass die von dem Informanten genannte britische Firma Jones Consultants und Safadis saudi-arabische Firma Allied Maintenance Aufträge von BAE erhielten.¹³⁷ Safadis enge Verbindung zu BAE wird auch dadurch deutlich, dass er dem BAE-Chef, Sir Dick Evans, durch eine seiner Briefkastenfirmen eine noble Penthousewohnung am Roseberry Court im exklusiven Londoner Stadtteil Mayfair zugänglich machte. Sie schließt direkt an eine Wohnung an, die Evans bereits vorher nutzen konnte, den sie gehörte einer der Firmen von Wafic Said.¹³⁸ Safadi legte auch Geld an bei der 1994 gegründeten Fluggesellschaft British Mediterranean Airways, einem Unternehmen, das hauptsächlich Länder im Nahen Osten anflieg. Auch Wafic Said investierte Geld in dem Unternehmen, wobei auch wiederum Charles Powell mit von der Partie war.¹³⁹ Bei diesen Verbindungen überrascht es nicht, dass Safadi eine entscheidende Rolle bei der Kanalisierung des Geldes spielte, das im Zusammenhang mit dem Al-Yamamah-Vertrag floss.

Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die Nutzung ausländischer Banken für derartige Geldtransaktionen damals durchaus nicht rechtswidrig war. Dies war in Großbritannien erst der Fall mit der Einführung der Gesetze gegen Bestechung und Geldwäsche im Jahr 2002

Ob Wafic Said oder andere – fast alle am Al-Yamamah-Geschäft Beteiligten haben behauptet, sie hätten nur eine unbedeutende Rolle in den Verhandlungen und bei der Abwicklung gespielt. Nur Prinz Bandar konnte diese Bescheidenheit schlecht an den Tag legen. Stattdessen bekannte er klipp und klar: das Geld, das sich auf dem DESO-Konto bei der Bank of England angesammelt habe, sei die Provision von zwei Prozent aus Öl-Geschäften und es sei von BAE und DESO dafür genutzt worden, im Auftrag der Saudis Waffen zu erwerben, die die Amerikaner nicht offen an die Saudis verkaufen wollten!

Ein Gewährsmann aus dem Umfeld des Prinzen erläuterte die Vorgehensweise Bandars: »Angenommen, die Saudis wollen zehn Hubschrauber vom Typ Superpuma kaufen, aber das Verteidigungsministerium hat für dieses Jahr ein Budget X vorgesehen und das würde mit dem Kauf überschritten werden. Das bedeutet, dass man den Kauf womöglich aufs nächste Jahr verschieben muss.« Ein Aufschub aber, so befürchteten die Saudis, könnte der pro-israelischen Lobby aus dem AIPAC-Umfeld die nötige Zeit geben, ihren Einfluss gegen das Waffengeschäft geltend zu machen. Der Gewährsmann weiter:

Was er also macht, ist Folgendes: Er nutzt den Al-Yamamah-Vertrag, der ja ein Tauschvertrag Öl-gegen-Waffen ist, und sagt: Kein Problem, Al Yamamah übernimmt die Rechnung. Saudi-Arabien schließt also einfach einen Vertrag mit den Franzosen oder mit wem auch immer ab – und die Engländer bezahlen in deren Auftrag. Und siehe da: Die Saudis kriegen auf diese Weise ein betriebsfähiges Waffensystem mit allem Drum und Dran, ohne dass irgendetwas auf Al-Yamamah hindeutet. Deshalb, wenn Saudi-Arabien Waffen von den Amerikanern haben will, aber der saudische Verteidigungshaushalt die Ausgabe gerade nicht erlaubt, dann können die Saudis trotzdem sofort kaufen. Zu den Al-Yamamah-Leuten sagen sie: »Hier habt ihr Öl, teilt das unter euch auf.«¹⁴⁰

Alles spricht dafür, dass dies tatsächlich Bandars Vorgehensweise war. In einer Depesche des amerikanischen Außenministeriums von 2004 heißt es, dass die Saudis für 600 Millionen Dollar zwölf französische Cougar-Hubschrauber und für 400 Millionen Dollar vierzig kanadische Bell-412-Hubschrauber kaufen wollten und das mit Al-Yamamah-Öl zu tun gedachten. BAE sollte die französische Firma Eurocopter und die kanadische Firma Bell »im Auftrag« der Saudis auszahlen, und zwar mit Geldern, die zuvor aus Ölgeschäften von Al-Yamamah geflossen seien. Im Außenministerium war man erstaunt über die

gepfefferten Preise für die Hubschrauber, stellte aber zugleich klar, dass »das Außenministerium nichts wisse über finanzielle Anreize, Fördergelder, Provisionen, finanzielle Ausgleiche oder Investitionen, die mit beiden Geschäften verbunden sein könnten«. ¹⁴¹

In der Depesche heißt es weiter: »Die Rücksprache mit Gewährsleuten vor Ort in Saudi-Arabien über die Frage der finanziellen Anreize, die das Geschäft ermöglichen, löste erstaunte Gesichter aus, Gelächter und Kommentare wie: ›Mit dem Geld, das da fließt, könnte man in Südfrankreich ein ganzes Schloss mit riesigen Ländereien kaufen.‹ Wir können daher annehmen, dass in dem Cougar-Geschäft Provisionsgeld gezahlt wird. Der Versender dieses Berichts hat jedoch keine Kenntnis darüber, wie hoch die Summe ist und an wen das Geld geht.« ¹⁴² Außerdem wurde erwähnt, dass »die treibende Kraft hinter der Beschaffung von Kampfflugzeugen sowie Such- und Rettungshubschraubern Generalmajor Prinz Turki bin Nasser bin Abdul Aziz Al-Saud ist, der Oberbefehlshaber der königlich-saudischen Luftstreitkräfte ... Turki bin Nasser hat offenbar herausgefunden, wie er Hubschrauber, die er unbedingt haben will, aber sich nicht leisten kann, dennoch kaufen kann: mit Öl und dem Al-Yamamah-Vertrag als Vehikel, über das die Zahlungen abgewickelt werden. (Es ist wohl überflüssig zu erwähnen, dass BAE angesichts dieser Vertragsverletzung außer sich ist.)« ¹⁴³

Dass die Saudis das Geld von Al-Yamamah benutzten, um Waffen für ihr Land zu kaufen, wurde von Louis Freeh, dem Anwalt Prinz Bandars, der von 1993 bis 2001 Direktor des FBI war, nicht nur nicht dementiert, sondern noch verteidigt, ungeachtet der Tatsache, dass eine solche Aktion die Kontrollmöglichkeit des amerikanischen Kongresses in puncto Waffenexporte komplett untergräbt und jeden Versuch der Abgeordneten durchkreuzt, eine verantwortungsvolle Haushaltsplanung vorzunehmen.

Selbst wenn man die merkwürdige Argumentation des Anwalts versucht nachzuvollziehen, bleibt es dabei, dass nicht ansatzweise die Frage nach der persönlichen Bereicherung geklärt wird, von der Louis Freeh ohnehin nichts wissen will. Als er vom amerikanischen Fernsehsender Public Broadcasting Service (PBS) gefragt wurde, wie es dazu kam, dass 17 Millionen Dollar von den Konten dazu benutzt wurden, einen Palast für Prinz Bandar zu bauen, gab der Anwalt folgende Antwort:

Sprecher: Der Verdacht ist laut geworden, dass es Zahlungen gegeben habe, die deutlich privater Natur zu sein scheinen, zum Beispiel Zahlungen an einen Architekten in Saudi-Arabien für Arbeiten an einer privaten Luxusresidenz für Prinz Bandar, die sich auf 17 Millionen Dollar belaufen.

Dennis Lormel: Das ist etwas, was es bei normalen Geschäften nicht gibt, dass eine Person 17 Millionen Dollar von einer Zahlung abzweigt, von einem Geschäftskonto, für, wie es scheint, private Dinge.

Louis Freeh: Die 17 Millionen Dollar für diese – in Anführungsstrichen – »Privatresidenz«: das war keine »Privatresidenz«. Das Anwesen ist Eigentum der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien, das hochrangigen Mitgliedern der Königsfamilie zum Wohnen zur Verfügung gestellt wird ... Und die Vorwürfe, dass mein Mandant 2 Milliarden Dollar Bestechungsgeld erhielt – dass er einen Airbus 340 als Geschenk angenommen habe, das ist alles völlig falsch.

Lowell Bergman: In Untersuchungsberichten heißt es, der Al-Yamamah-Handel laufe am Haushalt des saudischen Verteidigungsetats komplett vorbei. Stimmt das?

Freeh: Es ist ein außerbilanzmäßiges Kompensationsgeschäft: Öl gegen Flugzeuge.

Bergman: Aber das war ein ziemlicher Batzen Geld, also *richtig* viel Geld, das nicht durch das reguläre Haushaltsverfahren der saudischen Regierung geprüft wurde.

Freeh: Das stimmt.

Sprecher: Freeh hat eine Erklärung für die zwei Milliarden Dollar, die auf das Konto von Prinz Bandar überwiesen wurden.

Freeh: Sehen Sie es mal so, Lowell. Das war ein Vertrag, der so aufgesetzt war, dass er höchstmögliche Flexibilität für den Ankauf von Waffen garantierte. Wenn das saudische Ministerium für Verteidigung und Luftfahrt amerikanische Waffen kaufen wollte, konnte es dies am besten über BAE und das britische Ministerium tun. Auf diese Weise brauchte man sich gar nicht erst mit den Einwänden des US-Kongresses gegen den Verkauf amerikanischer Waffen an die Saudis herumzuschlagen.

Bergman: Also, gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages konnten Erlöse aus dem Ölverkauf dafür genommen werden, um Waffen aus dem Ausland, auch aus den USA, zu kaufen?

Freeh: Genau.

Sprecher: Nach diesem Interview hat *Frontline* Louis Freeh nach einem konkreten Beispiel für ein Waffengeschäft mit den USA gefragt, für das Geld von den zwei Milliarden Dollar verwendet wurde. Er wollte keines nennen. Auf unsere Frage nach dem Aribus 340 erhielten wir immerhin eine Antwort.

Bergman: Haben Sie denn gar nicht den Eindruck, dass hier etwas Merkwürdiges im Gange ist?

Freeh: Nein. Überhaupt nicht. Das Flugzeug war ihm zugewiesen worden. Es gehörte der königlich-saudischen Luftwaffe und wurde von ihr hauptsächlich für meinen Mandanten unterhalten, weil er am meisten reiste. Es war niemals ein Geschenk für meinen Mandanten.

Bergman: Kennen Sie irgendein anderes Militärflugzeug, das in den Farben der Dallas Cowboys bemalt ist?

Freeh: Nein, das nicht.

Bergman: Klingt nach einem Privatflugzeug, oder?

Freeh: Nein, es klingt nicht nach einem Privatflugzeug.

Bergman: Gut, aber wann ist etwas eine Staatsausgabe und wann eine private Ausgabe – wenn es um einen Fürsten wie Bandar in der saudischen Regierung geht?

Freeh: Sehen Sie es doch mal aus deren Sicht. Wenn Seine Majestät, der König von Saudi-Arabien, und der Minister für Verteidigung und Luftfahrt ...

Bergman: Der sein Vater ist.

Freeh: ... der sein Vater ist, sowie der Ölminister und der Finanzminister – wenn die sich alle einig

sind, was von wem ausgegeben wird, wie sie es ausgegeben haben oder wie sie es verteilt haben, auch, was davon private Ausgaben waren und was nicht – was geht das dann die Vereinigten Staaten an? Also wirklich nichts.¹⁴⁴

Dass ein früherer FBI-Direktor solche Handlungen verteidigt, ist wirklich verwunderlich. Aber es zeigt die Besonderheit der Beziehungen zwischen der amerikanischen Politik und der saudischen Königsfamilie, deren Einstellung zum Thema Korruption am besten von Prinz Bandar selbst zusammengefasst wird:

Prinz Bandar: Glauben Sie mir, ich wäre beleidigt, wenn ich glauben müsste, dass wir das Monopol auf Korruption hätten.

Sprecher: Prinz Bandar gibt uns in diesen Tagen keine Interviews mehr. Aber er hat uns eines im Jahr 2001 gegeben, als *Frontline* ihn über das Verhältnis der königlichen Familie zur Korruption befragte:

Prinz Bandar: Was ich zu den Korruptionsvorwürfen zu sagen habe, ist Folgendes: In den letzten dreißig Jahren haben wir ein Entwicklungsprogramm auf die Beine gestellt, ich meine umgesetzt, das sich auf eine Höhe von ungefähr 400 Milliarden Dollar beläuft. Man hätte das Ganze auf keinen Fall für weniger als, sagen wir, 350 Milliarden machen können. Wenn Sie mir jetzt sagen, dass wir für den Aufbau des gesamten Landes von 400 Milliarden Dollar nur 350 Milliarden Dollar ausgegeben und die übrigen fünfzig Milliarden zweckentfremdet oder für Bestechung genutzt haben, dann sage ich Ihnen: Ja. Aber das kann ich jederzeit vertreten.

Aber vor allem: Wie kommen Sie dazu, mir Vorhaltungen zu machen? Ich sehe hier in den USA ständig Skandale, und auch in England oder Europa. Ich bitte Sie! Wen kratzt es? Wir haben die Korruption nicht erfunden. Die gibt es seit, ach, seit Adam und Eva. Adam und Eva waren erst im Himmel und hatten dort ihr Techtelmechtel und mussten deshalb auf die Erde herabsteigen. Also wirklich, so ist nun einmal die menschliche Natur. Und so schlecht, wie Sie denken, sind wir nicht!¹⁴⁵

Diamanten und Waffen

Der »Pazifist« Joe Hovsepian und Nicholas Oman waren nur zwei von vielen Mitgliedern des Merex-Netzwerks, die aktiv in den Waffenhandel in Afrika, dem konfliktgebeutelten Mekka der Branche, verwickelt waren. Das Netzwerk verfügte über beste Verbindungen in den weniger stabilen Regionen des Kontinents; so zählten zu seinen Agenten der berühmte liberianische Präsident und Kriegsherr Charles Taylor und sein Bruder Bob, ein Angestellter der Barclays-Bank.¹

Mithilfe seiner einflussreichen Verbindungen manövrierte Taylor sich an die Macht eines kleinen westafrikanischen Staats, der im 19. Jahrhundert von »freien Sklaven« gegründet worden war, denen die USA von 1821 an die Rückkehr in ihre »Heimat« anheimgestellt hatten: Liberia. Ihre Nachfahren stellen heute den Großteil der sogenannten »Ameriko-Liberianer«. Taylors Kampf erst um die Macht und dann um den Machterhalt verwandelte eine ohnehin verarmte Nation in ein einziges Schlachtfeld. Der von Taylor entfesselte Terror weitete sich aus auf das ressourcenreiche benachbarte Sierra Leone: Es kam zu gezielten Verstümmelungen, Vergewaltigungen und Massentötungen. Ermöglicht wurde all das durch ein Netzwerk von Waffenhändlern, Diamantenschmugglern und Holzhändlern aus der Schattenwelt. Die meisten von ihnen waren skrupellose Kriminelle, andere waren Teil einer größeren Organisation, wie etwa jener Ring von Waffenhändlern mit Verbindungen zu Merex oder das Netzwerk von Diamantenhändlern von Al-Qaida, die Liberia dazu benutzten, Ströme internationaler Währung in das mobilste Anlagegut der Welt zu verwandeln.

Taylors Herkunft hätte seine spätere Entwicklung kaum vermuten lassen. 1948 in der Nähe der liberianischen Hauptstadt Monrovia geboren, war er das

dritte von fünfzehn Kindern in einem ameriko-liberianischen Haushalt.² Sein Vater hatte eine sichere Anstellung als Schullehrer und ermöglichte der Familie eine solide mittelständische Existenz. Charles folgte zunächst dem Vorbild seines Vaters und begann eine Ausbildung als Lehrer. 1972 jedoch ging er in die USA – dem gelobten Land der liberianischen Bessergestellten –, um am Bostoner Bentley College Wirtschaftswissenschaften zu studieren.³ Während seiner fünf Jahre am Bentley College schuf Taylor sich unter seinen amerikanischen Kommilitonen den Ruf einer energischen Führernatur, der sich in den politischen Kreisen vor Ort durchzusetzen verstand.⁴

Taylors Bildung garantierte ihm einen Platz an der reich gedeckten Tafel der liberianischen Elite, und seine politischen Sympathien spielten zweifelsohne eine Rolle dabei. Während einer Demonstration in New York 1979 tat er seine Abneigung gegenüber dem damaligen Präsidenten von Liberia, William Tolbert, öffentlich kund. Im folgenden Jahr reiste er nach Liberia, wo er aktiv am erfolgreichen Militärputsch unter Samuel Kanyon Doe teilnahm, der Liberia das nächste Jahrzehnt als Diktator regierte. Später sollte Taylor beim Sturz Does die Hand im Spiel haben. 1980 jedoch war Taylor Loyalist und bekam als Leiter des Beschaffungswesens eine Führungsposition in der Regierung Doe.⁵ Sein Stern beginnt jedoch bereits kurz darauf zu sinken, als man ihm vorwarf, er habe seinen Staatsposten hemmungslos zur persönlichen Bereicherung genutzt und 900000 Dollar auf persönliche Konten abgezweigt.⁶ Um einer Anklage zu entgehen, verließ er das Land Anfang der achtziger Jahre fluchtartig. Er richtete sich wieder in seiner alten Umgebung in Massachusetts ein, wo er allerdings nach einem Auslieferungsantrag Liberias polizeilich gesucht wurde. 1984 wurde er verhaftet und im Bezirksgefängnis im County Plymouth inhaftiert.

Das Gefängnis konnte Taylor jedoch nicht lange halten. Im folgenden Jahr brach er unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen aus der Haftanstalt aus. Einem Bericht zufolge hatte Taylor sich mit vier anderen Insassen zusammengetan; man habe das Zellengitter durchgesägt und sei mithilfe verknüpfter Bettlaken geflohen. Angeblich hatte Taylor 50000 Dollar gezahlt, um sich der Aktion anschließen zu können.⁷ Die Leichtigkeit, mit der er fliehen konnte, lässt allerdings Zweifel an der offiziellen Version aufkommen. Man darf vermuten, dass Taylor Unterstützung von einflussreicher Seite erhielt. Laut Taylors eigener Aussage war er nicht ausgebrochen, sondern vielmehr mithilfe

amerikanischer Nachrichtendienste »entlassen« worden.⁸ Er erinnerte sich, aus der Zelle des Hochsicherheitstraktes geholt und in einen minimal gesicherten Teil der Vollzugsanstalt verbracht worden zu sein, wo man ihn mithilfe von verknüpften Bettlaken hinausklettern ließ. Draußen fand er einen Wagen vor, mit dem er sich in Sicherheit bringen konnte.⁹ Die CIA dementiert jede Beteiligung bei dem Ausbruch,¹⁰ dennoch bleiben Zweifel: Denn wie es der Zufall will, unternahm Taylors liberianischer Verbündeter, Thomas Quiwonkpa, nur wenige Tage nach Taylors Flucht den Versuch, den Präsidenten Samuel Doe zu stürzen.¹¹ Außerdem verwundert, dass Taylor ungehindert von Plymouth nach Washington fahren konnte, von dort nach Atlanta und schließlich nach Mexiko, und das, obwohl er mit seinem eigenen Pass unterwegs war.¹²

Mit der Absicht, Samuel Doe zu stürzen und in Liberia die Macht zu übernehmen, ging Taylor zurück nach Afrika. Viele afrikanische Länder empfingen ihn mit offenen Armen, darunter Burkina Faso, wo er sich mit mehreren liberianischen Exilanten zusammentat, vor allem Prince Johnson, der an Quiwonkpas Umsturzversuch gegen Doe teilgenommen und Ambitionen als Kriegsherr hatte. Zusammen gründeten sie die National Patriotic Front of Liberia (NPFL), eine Gruppierung, die fünfzehn Jahre lang Not und Elend über Liberia bringen sollte. Die militärisch gut ausgebildeten und ambitionierten liberianischen Exilanten erregten die Aufmerksamkeit des burkinischen Präsidentschaftsanwärters Blaise Compaoré, der sie um Hilfe beim Sturz des Präsidenten von Burkina Faso, Thomas Sankara, bat. Unterstützung erhielten sie bei diesem Plan vom Präsidenten der Elfenbeinküste, Félix Houphouët-Boigny. Am 15. Oktober 1987 wurde Sankara von einem burkinischen Kommando ermordet, zu dem auch einige liberianische Kämpfer, unter anderem Prince Johnson, gehörten.¹³ Vielfach wird behauptet, Taylor habe eine aktive Rolle bei dem Mord an Sankara gespielt.¹⁴ In der Folge konnte Taylor, als er sich zwei Jahre später auf die Invasion Liberias vorbereitete, sowohl auf die Unterstützung Burkina Fasos als auch die der Elfenbeinküste zählen. Die Kanäle, über die er Waffen und Nachschub bezog, verliefen durch diese Länder.

Aber zunächst verschaffte diese Unterstützung Taylor und der NPFL beträchtliches diplomatisches Renommee. Was ihnen jetzt noch fehlte, war ein Verbündeter, der ihnen mehr als nur diplomatischen Rückhalt bieten konnte. Und diesen fanden sie schließlich in der Person des exzentrischen libyschen

Diktators Muammar al-Gaddafi. 1987 reiste Taylor nach Libyen, wo er und seine liberianischen Partner Aufnahme in Gaddafis »World Revolutionary Center« (WRC) fanden,¹⁵ einem Ausbildungslager für Gruppen, deren nationale Ziele Gaddafi im Rahmen seiner großwahnsinnigen Vision gerne von Erfolg gekrönt gesehen hätte.¹⁶ Als Staat, der von seinem Ölreichtum lebte, konnte Libyen Taylor und die NPFL mit allem versehen, was sie brauchten: militärische Ausbildung, Waffen, Munition und Millionen von Dollar.

Zur gleichen Zeit unterstützte Gaddafi auch die Gründung der Revolutionary United Front (RUF), jener sadistischen Rebellenarmee, die sich auf die gewaltsame Übernahme von Liberias Nachbarn Sierra Leone vorbereitete.¹⁷ Taylor freundete sich mit dem Führer der RUF, Foday Sankoh, an.¹⁸ Eine Freundschaft, die sich als schicksalhaft erweisen sollte. Ab 1990 arbeiteten RUF und NPFL in symbiotischer Beziehung zusammen, um ihre jeweiligen Länder in die Hand zu bekommen, Länder, in denen es einen der begehrtesten Rohstoffe der Welt gab – Diamanten.

Am Weihnachtsabend 1989 schlugen Charles Taylor und die NPFL zu. Ihr Plan war einfach: Sie wollten durch das Land ziehen und Helfer zusammentrommeln, um den amtierenden Diktator zu stürzen und die Hauptstadt Monrovia in ihre Gewalt zu bekommen. Sein Gewaltmarsch durch Liberia wurde von den Einheimischen bejubelt. Die Menschen hofften, Taylor würde den verhassten Doe aus dem Amt jagen und eine Art menschenwürdige Regierung einrichten. Viele Menschen der indigenen Bevölkerungsgruppen handelten aus ihrer Antipathie gegen die Ameriko-Liberianer, die traditionell die Führungsschicht bildeten, andere nutzten einfach die Gelegenheit, sich an den Plünderungen zu beteiligen. Taylor erinnerte sich später an den Vormarsch der NPFL in Liberia: »Wir brauchten überhaupt nichts zu tun. Die Leute kamen auf uns zu und sagten: ›Gebt mir ein Gewehr‹. Wie kann ich den Mann töten, der meine Mutter getötet hat?«¹⁹ Im Juni 1990 hatte die NPFL die Hauptstadt erreicht, und der Sieg schien gewiss.²⁰ Samuel Does Präsidentschaft hatte mit dem Mord an Präsident Tolbert begonnen, jetzt sollte ihn ein ähnliches Schicksal ereilen. Eine Splittergruppe der NPFL stürmte unter der Führung von Prince Johnson in Does Büro. Mehrere Stunden lang wurde Doe auf bestialische Weise gefoltert. Während man ihm unter seinem markerschütternden Schreien die Ohren abschnitt, fragte ein ungerührter Johnson, an einem Budweiser nippend,

nach seinen Kontonummern.²¹ Das grausige Video des Mordes wurde rasch vervielfältigt und massenhaft in Westafrika verbreitet.²²

Gerade als Taylor zu glauben begann, dass sein »Blitzkrieg« in Liberia von Erfolg gekrönt war, sah er seinen Vormarsch durch andere westafrikanische Staaten blockiert. Einige von ihnen, insbesondere Nigeria, machten sich Sorgen über auf das Kräftegleichgewicht in der Region, wenn Taylor erst einmal an der Macht säße. Da Taylor sowohl mit dem Rückhalt Burkina Fasos als auch dem der Elfenbeinküste rechnen konnte, fürchtete Nigeria, politisch ins Hintertreffen zu geraten. Aus diesem Grund stellte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States, ECOWAS) eine dem Namen nach unabhängige Streitkraft zusammen, die ECOWAS Monitoring Group, kurz ECOMOG. Den größten Teil der Soldaten stellte Nigeria. Als diese multinationale Einsatzgruppe entsandt wurde, waren Taylors Truppen bereits in Monrovia, hatten aber den Präsidentenpalast noch nicht einnehmen können. Die ECOMOG konnte auf Anhieb Terrain zurückgewinnen, das bereits in Taylors Hand war. Es war ein empfindlicher Rückschlag für Taylor, den dieser nicht so leicht hinzunehmen bereit war.

Ende 1990 kamen die Kämpfe vorerst zum Erliegen. Monrovia war unter Kontrolle der ECOMOG-Truppen, deren Offiziere sich in der Hauptstadt als selbstherrliche Sieger aufführten – was keine günstige Voraussetzung für einen Frieden war –, Prince Johnsons Splittergruppe der NPFL hatte sich in einem Vorort Monrovias verschanzt und konnte kaum etwas ausrichten, während Charles Taylor kraft seines politischen Talents sich im Rundfunk und in den internationalen Medien als der herausragende Führer der NPFL feiern ließ. Er verlieh dem gesamten restlichen Land, das unter seiner Kontrolle stand, offiziellen Status, indem er es »Greater Liberia« nannte, und operierte von seiner Basis aus praktisch wie ein Staat im Staat.²³

Seine Kontrolle über »Greater Liberia« gab Taylor die Möglichkeit, seine Macht zu konsolidieren und dabei zugleich beträchtliche Summen zu verdienen. So sorgte er zum Beispiel dafür, dass der größte Arbeitgeber der Gegend, die Firestone Tyre Company, die Produktion wieder aufnehmen konnte. 1992 machte Firestone bereits wieder einen soliden Profit und zahlte Taylors NPFL zwei Millionen Dollar »Schutzgeld« im Jahr.²⁴ Man vermutete später, dass eine Reihe der berüchtigtsten Operationen des Kriegsherrn von Liegenschaften der

Firma Firestone aus gestartet wurden.²⁵ Taylor beaufsichtige darüber hinaus den Wiederaufbau der liberianischen Holzwirtschaft, deren »Steuern« eine weitere Finanzspritze für seinen »Haushalt« bedeuteten. Abgesehen davon, dass er von ausländischen Geschäftsleuten den Ausbau der Infrastruktur verlangte, forderte Taylor von jedem Geschäftsabschluss seine Prozente. Schätzungen zufolge kamen durch diese Art von Erpressung zwischen 75 und 100 Millionen Dollar jährlich zusammen, Beute, die auf persönlichen Konten in ganz Afrika verschwand.²⁶ Es war dies ein System, das Taylor nach seiner Wahl zum Präsidenten 1997 perfektionieren sollte.

Taylors Beziehung zur RUF in Sierra Leone verschaffte ihm weitere finanzielle Polster und kam seinen militärischen Anstrengungen zugute. Die RUF war das exakte Gegenstück zur NPFL. Sie bestand aus einer Handvoll Exilanten aus Sierra Leone und war offiziell in Muammar Gaddafis »World Revolutionary Center« ins Leben gerufen worden. 1991 fiel die RUF mit Unterstützung der NPFL in Sierra Leone ein.²⁷ Sie suchte vorgeblich, die Macht an sich zu reißen; die symbolträchtige Eroberung des Regierungssitzes in Freetown gelang ihnen nicht. Aber weit wichtiger waren ihr die Kontrolle über die weiten Landstriche mit ihren Diamantenvorkommen. Die RUF war in erster Linie »eine wilde Bande, Menschen ohne jede Bildung, die aus jedem gesellschaftlichen Zusammenhang herausgefallen waren und jetzt von ihrem bloßen Überlebenswillen angetrieben wurden«.²⁸

Als gut bewaffneter Haufen von Banditen und Totschlägern ging die RUF nicht weniger brutal vor als die NPFL. Sie benutzten Kindersoldaten, um ihre Kriege zu führen, verbreiteten Angst und Schrecken unter der Bevölkerung und zwangen die Menschen in Abhängigkeit und Sklaverei. Denn es war Sklavenarbeit, mit der die Diamanten in die eigentliche Währung der Region umgetauscht wurden: Waffen. Einheimische brachten die Steine von den Diamantenfeldern an die durchlässige Grenze zwischen Liberia und Sierra Leone, wo die NPFL sie in Empfang nahm und ihnen dafür kistenweise Waffen aushändigte. Sie arbeiteten ohne Ruhepausen und unter der ständig Drohung, brutal geschlagen zu werden, wenn sie auch nur stolperten. Unzählige dieser menschlichen Lasttiere im Einsatz der RUF starben binnen weniger Monate.²⁹ Für Liberia bedeutete dies einen massiven Zuwachs beim Diamantenexport, obwohl die Diamantenproduktion im eigenen Land minimal war. In Sierra

Leone hingegen fielen die offiziellen Exporte von 2 Millionen Karat jährlich in den sechziger Jahren auf lächerliche 9000 Karat 1999.³⁰ Liberia dagegen exportierte ab dem Jahr 2000 plötzlich 6 Millionen Karat jährlich, obwohl die Diamantenfelder im Land gerade mal 200000 Karat hergaben.³¹

Um sowohl sein Ziel der Machtübernahme in Liberia als auch seine Unterstützung der RUF weiterverfolgen zu können, benötigte Taylor in den frühen neunziger Jahren drei eng zusammenarbeitende Dienstleister: Waffenhändler, Diamantenhändler und Geldwäscher. Alle drei standen auf dem Kriegsfuß mit geltendem Recht und Gesetz, insbesondere die Waffenhändler, da im November 1992 durch einen UNO-Beschluss der Verkauf von Waffen an beide Seiten im liberianischen Konflikt verboten worden war.³² Um sich dieser Dienstleistungen zu versichern, bediente Taylor sich des engmaschigen Netzwerks von Merex-Mittelsmännern und wurde schließlich selbst einer von ihnen.

Nicholas Oman, der australisch-slowenische Waffenhändler, der zum Merex-Netzwerk im Balkan gehört hatte, machte von 1992 an mit Liberia Geschäfte. Er verbündete sich mit Charles Taylor und belieferte ihn mit Waffen. Dass zwischen beiden Männern eine überaus intensive Beziehung herrschte, dafür sprechen mehrere Indizien. Oman hatte seinen Titel als Honorarkonsul von Liberia eingebüßt, als die ECOMOG in Morovia das Sagen hatte. Als sich das Blatt wieder wendete, kurz bevor Charles Taylor Präsident wurde, erhielt sein Sohn Mark Oman überraschend den Posten eines offiziellen Gesandten Liberias in Australien, ein Amt, das er bis zu Taylors Entmachtung behielt.³³ Mark Oman führte daneben in Liberia die Firma seines Vater weiter, Orbal Marketing,³⁴ und kündigte 2003, entgegen internationaler Embargos, sogar einen »Fire Sale«³⁵ von Diamanten an, was darauf hinwies, dass die Familie Oman weiterhin enge Kontakte zu Taylor und der NPFL unterhielt

Nicholas Oman arbeitete eng mit einem gewissen Taylor Nill zusammen, der sich (unter Vortäuschung falscher Tatsachen) als Botschafter der USA in Liberia ausgab. Nill sollte später als Mitgründer der Firma International Business Consultant (IBC) wieder in Erscheinung treten, zusammen mit anderen Aktionären wie Ibrahim Bah von der RUF und Charles Taylor selbst.³⁶ IBC war das Vehikel, das Taylor dazu benutzte, um sich ein beträchtliches Kontingent an

Waffen über das weitverzweigte Merex-Netzwerk zu beschaffen. Das wurde von Roger D'Onofrio bestätigt. D'Onofrio, Inhaber einer doppelten, amerikanisch-italienischen Staatsbürgerschaft, soll CIA-Agent gewesen sein, der Anfang der neunziger Jahre aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war.³⁷ Mal bekräftigte er, mal bestritt er seine Verbindungen zur CIA, je nachdem, wie es die Situation erforderte. Nach seiner »Pensionierung« von der CIA ließ D'Onofrio sich in Neapel nieder und mischte bei den Geschäften der Mafia mit. Dabei lernte er einen Mann kennen, der sein enger Vertrauter werden sollte, den sizilianischen Anwalt Michele Papa.³⁸

Michele Papa hatte sich in Italien in den achtziger und neunziger Jahren einen Namen als Mittler zwischen der italienischen Wirtschaft und Libyen gemacht. Von der Mitte der siebziger Jahre an hatte Libyen beträchtliche Anteile an italienischen Unternehmen gekauft. Für eine gewisse Zeit hielt der libysche Staat 13 Prozent Anteile von Italiens Riesenkonzern Fiat.³⁹ In den achtziger Jahren war Italien, gleich hinter Amerika, der zweitgrößte Importeur libyschen Öls.⁴⁰ Im Zuge dieser wirtschaftlichen Aktivitäten brauchte Libyen italienische Mittler, und Michele Papa wurde zu einem der einflussreichsten unter ihnen. Er verstand sich als Schirmherr der sizilianisch-libyschen Freundschaft und überwachte in dieser Eigenschaft persönlich den Bau der ersten Moschee Italiens.⁴¹ Einem Bericht der französischen Tageszeitung *Le Monde* zufolge machte er sich damit nicht nur Freunde:

Er organisiert regelmäßig italienisch-libysche Freundschaftsfeiern mit riesigen Porträts von Gaddafi und Präsident Sandro Pertini, was für heftige Empörung im Quirinalspalast sorgte. Er ermöglichte es den Libyern, zwei lokale TV-Sender auf Sizilien mehr oder weniger in ihren Besitz zu bekommen. In seiner Zeitung *Sicilia Oggi* preist er die Leistungen der libyschen Revolution und singt Loblieder auf ihren Führer.⁴²

Papas Verbindungen zu Libyen verwickelten ihn Ende der siebziger Jahre in den sogenannten »Billygate«-Skandal in den USA, der nach dem Bruder des damaligen Präsidenten Jimmy Carter benannt war. Seit Beginn der siebziger Jahre litt Libyen unter den gespannten Beziehungen zur US-Regierung, so kam es etwa zum Auslieferungsstopp von Waffen und Flugzeugen im Wert von 300 Millionen Dollar an die Libyer.⁴³ Was Libyen brauchte, das war ein geneigtes Ohr im Weißen Haus; Billy Carter schien dafür der Geeignete zu sein. Im Januar 1978 lud Papa den Bruder des amerikanischen Präsidenten nach

Libyen ein. Während der folgenden zwölf Monate besuchte Carter Libyen in Begleitung von Papa mehrere Male und gründete sogar eine eigene Version von Papas Freundschaftsverein, die Libya-Arab-Georgia Friendship Society.⁴⁴ Billy Carters Libyen-Werbung nahm so massive Formen an, dass die CIA ihn nach dem Foreign Agents Registration Act offiziell als »libyschen Lobbyisten« registrierte.⁴⁵ Als ans Licht kam, dass er von seinen neuen Freunden einen Kredit über 220000 Dollar bekommen hatte, war in Washington die Hölle los. Auch wenn Jimmy Carter schließlich von jedem Verdacht befreit wurde, je auf die »Verkaufsgespräche« seines Bruders gehört zu haben, überschattete »Billygate« seine Präsidentschaft zu einem Zeitpunkt, als er seinen Wahlkampf um eine zweite Amtszeit gegen Ronald Reagan begann.

1992 nahmen Papa und D’Onofrio Afrika ins Visier. Im Namen der Firma International Business Consultant (IBC) planten sie den Import und Export verschiedener Produkte.⁴⁶ Papa schlug vor, von Liberia, einem Land mit engen Verbindungen zu Libyen, aus zu operieren. »Liberia ist seit jeher ein großartiges Land für Offshore-Finanz-Deals«, schwärmte D’Onofrio später bei seiner polizeilichen Befragung (nach seiner Verhaftung 1995).⁴⁷ D’Onofrio begann den Plan in die Tat umzusetzen, indem er nach Foya in Liberia reiste, einer von Charles Taylor kontrollierten Provinz an der Grenze zu Sierra Leone und Guinea. Dort traf er sich mit Taylor und dem in Libyen ausgebildeten Führer der RUF, Ibrahim Bah.⁴⁸ Für Taylor war IBC die perfekte Firma, über die er Waffen einkaufen und Diamanten verkaufen konnte. »Taylor und ich haben uns ausführlich mit Bah unterhalten, und wir kamen überein, sie über IBC mit Waffen zu beliefern«, erinnerte sich D’Onofrio.⁴⁹ IBC würde die Waffen mit geschmuggelten Diamanten aus Sierra Leone bezahlen, die die Sklaven der RUF nach Liberia schafften. Um den Kriegsherrn von ihren guten Absichten zu überzeugen, überschrieben Papa und D’Onofrio die Firma zu 50 Prozent an Charles Taylor und seine Partner, um sicherzustellen, dass die Hälfte aller Profite wieder auf den Konten von Taylor und Konsorten landete.⁵⁰ Allein 1993 machte die Firma einen Profit von 3 Millionen Dollar.⁵¹

Doch zunächst wusste keine der an dem IBC-Deal beteiligten Parteien, wie man den Zahlungsverkehr so arrangierte, dass die Herkunft der schmutzigen Gelder nicht nachzuverfolgen wäre. Außerdem bezweifelten viele Waffenhändler, ob Taylor und Bah die versprochenen Diamanten auch wirklich

liefern würden. Aber es gab einen Mann, der ihnen bei diesem Problem helfen konnte. Dennis Anthony Moorby, auch er ein Merex-Mittelsmann,⁵² war Geschäftsführer von Swift International Services, einer in Kanada ansässigen Firma, die Anfang der neunziger Jahre bereits häufiger mit IBC zusammengearbeitet hatte.⁵³ Laut gemeinsamer Ermittlungen italienischer und kanadischer Polizeibehörden hatte Moorby enge Verbindungen zu Mafiafamilien in den Vereinigten Staaten, darunter der berühmten Gotti-Familie sowie dem Gambino-Klan.⁵⁴ Moorby ernannte einen gewissen Francesco Elmo zum juristischen Berater bei Swift International Services.⁵⁵ Elmo war ein italienischer Waffenhändler mit besten Beziehungen, der nach seiner Verhaftung den italienischen Behörden detaillierte Angaben machte, die ihnen die Aktivitäten von Leuten wie Nicolas Oman, Franco Giorgi, Joe Hovsepian, Gerhard Mertins, aber auch D'Onofrio und Moorby zu durchschauen halfen.

Mittels eines komplizierten System von Krediten, basierend auf alten deutschen Vorkriegsanleihen und hochwertigen Mineralen, die in verschiedenen Banken in den USA und anderswo deponiert waren, half Swift IBC effektiv dabei, Liberias Diamanten zu waschen, was für jede Menge sauberes Geld sorgte, mit dem sich Waffenkäufe tätigen ließen. Die Wirksamkeit des Systems zeigte sich 1993, als man mit sauberem Geld ein großes Kontingent von Munition und Gewehren bestellte, die IBC über einen Schweizer Kontakt von dem bulgarischen Waffenhersteller Kintex geliefert werden sollten. Die Waffen erreichten Liberia als harmlose Orangen und Oliven getarnt.⁵⁶

Kintex wurde von westlichen Behörden spätestens seit 1985 mit Drogen- und Waffengeschäften in erheblichem Umfang in Verbindung gebracht. Anfang der neunziger Jahre war Kintex Berichten zufolge Bulgariens größter einzelner Devisenbringer. Ende der Achtziger vergab die Banca Nazionale del Lavoro (BNL) in Atlanta, Georgia, die zuvor gerade von den USA dazu benutzt worden war, Saddam Hussein mit Mitteln zu versorgen, zwei unbesicherte Darlehen an Kintex, um Ausrüstung für den Irak zu kaufen – eines in Höhe von dreißig, und ein anderes in Höhe von elf Millionen Dollar. Das erste wurde zum Einkauf von Computer-Equipment benutzt, das später in einem Forschungszentrum namens Al Hatteen auftauchte, in dem der Irak angeblich im Rahmen seines Atomwaffenprogramms an Sprengstoffen arbeitete. Die 11 Millionen Dollar benutzte man für den Ankauf elektronischer Ausrüstung und Maschinen für das

irakische Verteidigungsministerium.⁵⁷

Mitte der neunziger Jahre hatte sich in Liberia eine Pattsituation ergeben. Kräfte der ECOMOG hatten Charles Taylor weiter zurück ins Landesinnere gedrängt, und zu einer bestimmten Zeit sah es ganz so aus, als würde man ihn ganz aus dem Land vertreiben. Aber Taylor formierte sich immer wieder neu, um die ECOMOG seinerseits wieder zurückzudrängen. Doch dann trat Nigerias Präsident Babangida im August 1993 zurück, und Taylors Beziehung zu dem Land, das seinem Putschversuch bislang einen Strich durch die Rechnung gemacht hatte, begann sich zu bessern. Ende 1996 war klar, dass Nigeria nichts dagegen haben würde, wenn Taylor für die liberianische Präsidentschaft kandidierte. Im August 1997, sieben Jahre nach Beginn seiner Invasion, wurde Charles Taylor tatsächlich zum Präsidenten gewählt. Die NPFL konnte fast 75 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen; die Wahlkampagne zeichnete sich dadurch aus, dass ihre Anhänger in Sprechchören »Er hat meinen Vater getötet, er hat meine Mutter getötet, aber ich wähle ihn!« skandierten.⁵⁸ Dass ein brutaler Kriegsherr in einer alles in allem freien und korrekt verlaufenen Wahl einen so überwältigenden Sieg erringen konnte, mag unverständlich erscheinen. Aber ein Großteil der Liberianer war offensichtlich der Meinung, dass nur ein starker Mann wie Taylor dazu in der Lage sei, einen der grausamsten Bürgerkriege Afrikas zu beenden.⁵⁹

Doch das Land kam nicht zur Ruhe. Taylor sah sich mit anhaltenden Unruhen konfrontiert, insbesondere ab 1999. Darüber hinaus unterstützte er weiterhin die Rebellen der RUF in Sierra Leone und erntete die Früchte ihrer Kleptokratie. Als Präsident stellte Taylor die Methoden, die er in »Greater Liberia« erprobt hatte, auf eine breitere Basis und bezog ein beträchtliches Einkommen sowohl aus der Holzproduktion als auch aus der Mineralgewinnung. Seine Interessen, die er nach der Wahl verfolgte, unterschieden sich in nichts von denen zu Zeiten des Bürgerkriegs: Waffenhandel, Diamantenschmuggel, Geldwäsche. Zu Taylors Verdruss standen ihm viele wichtige Kontakte, die ihm während des Bürgerkriegs gute Dienste geleistet hatten, nicht mehr zur Verfügung. Nicholas Oman hatte aus dem Balkan fliehen müssen, um Radovan Karadžić nicht in die Hände zu fallen, viele andere waren verhaftet worden. Bis 1996 hatte die italienische Polizei im Rahmen jahrelanger Ermittlungen unter dem Decknamen »Cheque to Cheque« ein weitverzweigtes Netz von internationalen Hehlern und

„Cheque to Cheque“ ein weltweitzweiges Netz von internationalen Banken und Geldwäschern aufgedeckt. Haftbefehle wurden ausgestellt für die Schlüsselfiguren der umtriebigen Merex-Firmengruppe, darunter Oman, Moorby, Roger D’Onofrio und Rudolf Meroni von Swift International. Obwohl gegen keinen von ihnen je ein Verfahren eingeleitet wurde, wirkten die Verhaftungen immerhin störend auf das Geschäft.

Zum Glück für Taylor gab es andere, die nur allzu gern in die Bresche sprangen. Ein Oberst a.D. der israelischen Streitkräfte, Jair Klein, lieferte Material und Ausbilder an die liberianische Anti-Terrorereinheit und – unter Umgehung des UNO-Embargos – zusammen mit zwei weiteren Israelis, Dov Katz und Dan Gertler, im Rahmen einer Diamanten-gegen-Waffen-Transaktion auch an die RUF. Im Januar 1999 wurde Klein in Sierra Leone unter dem Vorwurf des Waffenschmuggels für die RUF festgenommen.⁶⁰

Im September 1998 kam es zu einer schicksalhaften Begegnung zwischen Taylor und einem fettleibigen Israeli aus der Ukraine: Leonid Minin.⁶¹ 1947 als Leonid Bluvstein in Odessa geboren, folgte Minin dem Vorbild vieler russischer Juden und emigrierte über Österreich nach Israel. Um 1975 zog er abermals um und ließ sich schließlich im deutschen Nörvenich nieder, einer Kleinstadt unweit von Köln und Bonn.⁶²

Während der siebziger und achtziger Jahre hatte Minin sich erfolglos in verschiedenen Branchen versucht. Anfang der neunziger Jahre tauchte er schließlich auf dem Radar italienischer und anderer Ermittlungsbehörden auf. 1992 ermittelte die russische Polizei gegen ihn im Zusammenhang mit dem Schmuggel von Kunstwerken und Antiquitäten.⁶³ Zwei Jahre später wurde das ehemalige Model Kristina Calcaterra an der französisch-schweizerischen Grenze mit einem kleinen Beutel Kokain erwischt. Laut Calcaterra gehörte das Kokain Minin, der sie gebeten hatte, es bei ihm in der Schweiz abzuliefern. Im März 1997 verhaftete ihn die Polizei in Nizza – er wollte eben in seinen Privatjet steigen. Er führte einen kleinen Beutel Kokain bei sich, für den er eine Haftstrafe von acht Monaten bekam. Diese Verhaftung machte die Behörden in Monaco hellhörig, wo Minin mehrere Geschäfte betrieb. Im Juni 1997 ließ man ihn schriftlich wissen, er sei in Europas nobelstem Fürstentum nicht mehr willkommen. Auch die Deutschen entzogen ihm das Visum; zudem wurde er im Schengener Informationssystem (SIS) zur Personenfahndung ausgeschrieben, was automatisch die Einreiseverweigerung für sämtliche europäischen

Schengen-Staaten zur Folge hat.⁶⁴

Seine Drogenvergehen scheinen unbedeutend im Vergleich zu seiner Verwicklung in mafiose Aktivitäten in der Ukraine. Der Zusammenbruch der Sowjetunion bot hellen Köpfen, die über ein gewisses Maß an krimineller Energie verfügten, eine einzigartige Chance. Das vorübergehende Machtvakuum, die grassierende Korruption unter hochrangigen Politikern sowie die rasante Privatisierung staatlicher Betriebe erlaubten es mafiosen Gruppen, die Kontrolle über große Teile der Wirtschaft zu erlangen. Besonders lukrativ und unmittelbar gewinnbringend angesichts des unerschöpflichen Exportmarktes war die Öl- und Gasindustrie.⁶⁵ Odessa am Schwarzen Meer war das Tor für einen Gutteil der Öl- und Gasexporte aus dem Osten, und in den frühen Neunzigern übernahm hier die Ölmafia von Odessa die Kontrolle über die Exporteinrichtungen der Stadt.⁶⁶ Minin war »eines der wichtigsten Mitglieder« der Odessa-Mafia. Seine Firmen, Limad und Galaxy Energy, kontrollierten große Teile des Exportgeschäfts. Sie bekamen den Vertrag zum Bau einer Raffinerie, die Odessa die Möglichkeit geben würde, das russische Rohöl bereits vor dem Export weiterzuverarbeiten, was den Wert des Öls um ein Vielfaches steigern würde.⁶⁷ Aber es genügte nicht, dass man bereits im Ölgeschäft ein Vermögen verdienen konnte; die Odessa-Mafia soll ihre Aktivitäten unter Minins Regie massiv ausgeweitet haben, um »internationalen Waffen- und Drogenhandel, Geldwäsche, Erpressung und andere Delikte«.⁶⁸

Während die internationale Polizei noch nach handfesten Beweisen suchte, um diese Beschuldigungen in Anklagen zu verwandeln, glaubte die belgische Polizei genügend Information beisammen zu haben, um Minin mit einem Mordfall in Verbindung bringen zu können. Im Dezember 1994 wurde im belgischen Ukkel, Region Brüssel-Hauptstadt, der russische Unternehmer Wladimir Missiurin von drei Männern erschossen. Die Brüsseler Polizei konnte mehrere Anrufe aus Missiurins Büro zu Minins Galaxy-Gruppe zurückverfolgen. Missiurin, bei dem man bereits Verbindungen zum russischen organisierten Verbrechen vermutete, hatte eine Geschäftsbeziehung mit Minin aufgebaut und sich dann mit ihm zerstritten. Die Polizei fand eine Rechnung von Missiurin an Galaxy Energy über eine Provision von 117240 Dollar. Vier Tage nach Rechnungsdatum fand man Missiurin ermordet auf.⁶⁹ Wie bei den meisten Ermittlungen gegen Minin fand man nicht genügend Beweise, und so konnte der

Ukrainer seine Geschäfte ungehindert fortsetzen.

In Anbetracht der Gesellschaft, in der er sich bewegte, und der Aktivitäten, in die er verwickelt war, nimmt es nicht weiter wunder, dass in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Gerüchte auftauchten, Elemente der russischen Mafia hätten Minins Mord in Auftrag gegeben.⁷⁰ Er war entsprechend erpicht darauf, sein Imperium über Europa hinaus auszuweiten. 1998 kam es zu einer Zufallsbegegnung, die ihn nach Liberia führen sollte. Minin, der nach Ibiza gereist war, um die Möglichkeit eines Einstiegs in den dortigen Immobilienmarkt zu prüfen, lernte den russischen Immobilienmakler Vadim Semov kennen. Semov stellte Minin einem spanischen Freund vor: Fernando Robleda. Man führte lange Gespräche. Minin schilderte seinen Fall, seine Probleme mit der Polizei, und Robleda machte Minin schließlich ein Angebot: Minin könne sich, wenn er wolle, leicht nach Afrika absetzen, über seine liberianische Firma Exotic Tropic Timber Enterprises (ETTE).⁷¹

Robleda hatte ETTE im Februar 1997 als Holzimportfirma gegründet.⁷² Um wirklich Profit machen zu können, brauchte das Unternehmen jedoch eine staatliche Lizenz oder Konzession. Im Mai bekam ETTE die Holzkonzession für die Cavalla Reforestation and Research Plantation in Liberia, ein Waldareal von beträchtlicher Größe.⁷³ Dummerweise hatte Robleda die Konzession von Taylors Gegnern kurz vor dessen Wahl zum Präsidenten bekommen. Im November 1997 wurde Robleda die Konzession von der Liberian Forest Development Agency »einseitig« wieder entzogen.⁷⁴ Er hatte also ein Holzunternehmen, aber keinen Zugang zum Wald. Was ein vernichtender Schlag für ETTE war, zumal Robleda bereits fast eine halbe Million Dollar für Maschinen und Steuervorauszahlungen an die vorherige Regierung investiert hatte.⁷⁵

Robleda suchte nun Investoren, von denen er sich nicht nur die dringend benötigte Kapitalspritze für seine Firma erhoffte, sondern auch Hilfe dabei, die Konzession für seine Cavalla-Konzession zurückzubekommen. Im September 1998 reiste Minin mit Robleda nach Liberia, wo man sich mit Charles Taylor traf. Was sich bei diesem Treffen zutrug, ist umstritten: Robleda wollte sich beim späteren Verhör durch die italienische Polizei nur daran erinnern, mit Minin nach Liberia gereist zu sein, bei irgendwelchen Treffen zwischen Taylor und Minin jedoch wollte er nicht zugegen gewesen sein. Stattdessen behauptete er, Minin hätte sich mit Taylor mehrere Male im Verlauf der Woche getroffen.

Was dabei zur Sprache kam, bleibt ein Geheimnis, obwohl Robleda aussagte, Minin habe öfter davon gesprochen, in Taylors »Schuld« zu stehen, was darauf schließen lasse, dass es zu irgendeiner Art Deal zwischen den beiden gekommen war.⁷⁶ Im Gegensatz dazu behauptete Minin, Robleda sei bei den Treffen zugegen gewesen und habe ihn zu »Steuervorauszahlungen« direkt an Taylor überredet, was effektiv auf Bestechung hinauslief. Außerdem habe der Präsident die Garantie für künftige Provisionszahlungen gefordert.⁷⁷ Minins Aussage war ein klares Eingeständnis, dass er, unter Zwang oder nicht, das korrupte Spiel mitzuspielen gedachte, das Taylor von jedem Neuankömmling in Liberia verlangte.

Nach diesem Treffen ging alles ganz schnell. Am 10. Dezember traf sich der Vorstand von ETTE im monrovischen Hotel Africa, der bevorzugten Herberge der Gauner, Geschäftsleute und Waffenschieber Liberias, das der Bürgerkrieg schwer in Mitleidenschaft gezogen hatte. Bei der Vorstandssitzung wurde ETTE reorganisiert und die Aktienverhältnisse neu strukturiert. Minin besaß jetzt 34 Prozent der Anteile, Robleda und seinem Freund Semov gehörte der Rest. Zur Bestätigung seines Rangs ernannte man Minin zum Geschäftsführer, Semov wurde Präsident und Robleda Schatzmeister.⁷⁸ Kaum vier Tage später bekam ETTE die Holzkonzession für die Cavalla-Pflanzung. In der Übereinkunft hieß es ferner, dass ETTE am Erwerb zusätzlicher Konzessionen interessiert und der Staat der Gewährung selbiger nicht abgeneigt sei.⁷⁹

Das war eine bemerkenswerte Wendung für die Firma, die zeigt, welchen Einfluss Minins Wirkung auf Taylor hatte. Über die Barzahlungen hinaus hatte Minin dem kriegesischen Präsidenten gegenüber klargestellt, dass er ihn auch mit Waffen versorgen könne. Binnen einer Woche nach Erhalt der Konzession verhalf Minin Taylor zu einem beträchtlichen Kontingent an Waffen. Man nimmt an, dass die Waffen, die man im Dezember 1998 in zwei Schüben nach Monrovia brachte, in der Ukraine eingekauft worden waren. Beim zweiten Flug war die Maschine mit 86 Tonnen Waffen und Munition im Wert von etwa 1,5 Millionen Dollar beladen.⁸⁰ Die Waffen wurden rasch über die Grenze nach Sierra Leone geschleust, um Anfang Januar im Rahmen der Operation »No Living Thing« zum Einsatz zu kommen. In kaum vierzehn Tagen wurden Tausende unschuldiger Menschen ermordet und Zehntausende verletzt, die meisten davon fürs Leben verstümmelt. Hunderte von Gebäuden wurden

geplündert und in Brand gesteckt; zurück blieb die ausgebrannte Hülse einer Stadt.⁸¹ »Der Terror hatte wirklich etwas Endzeitliches«, schrieb Lansana Gberie, »er war willkürlich, er war ungebändigt, und er war überall.«⁸²

Für Minin war das Waffengeschäft hingegen ein Erfolg. Und es sollte nur den Auftakt bilden für weit umfangreichere Lieferungen. Während der nächsten anderthalb Jahre tätigte Minin mit Sicherheit zwei weitere Verkäufe mit Liberia und möglicherweise einen dritten. Der erste umfasste eine weitere Lieferung von 68 Tonnen diverser Waffen: 715 Kisten Waffen und Munition, 408 Kisten Patronenpulver, eine kleines Kontingent Panzerabwehrraketen sowie Panzerbüchsen (RPGs) und Munition.⁸³ Die Waffen stammten aus der staatseigenen ukrainischen Waffenschmiede Ukrspetsexport. Eine auf den 10. Februar 1999 datierte Endnutzerbescheinigung zeigt, dass die Waffen an eine in Gibraltar angemeldete Firma namens Chartered Engineering and Technical Services verkauft und von dort an Bord einer großen Antonow-124 ans Verteidigungsministerium von Burkina Faso geliefert werden sollten. Unterzeichnet war das Dokument von Oberstleutnant Gilbert Diendere, dem Chef der Präsidialgarde von Burkina Faso.⁸⁴ Ein Teil der Waffen blieb in Ouagadougou, während der Rest per Lkw nach Bobo-Dioulasso verbracht wurde. Vom 17. bis zum 30. März benutzte Minin seinen Privat-Jet, um die Waffen von den beiden Depots in Burkina Faso nach Liberia zu transportieren.⁸⁵ Fotos, die man später dem Gericht vorlegte, zeigten die Waffenkisten provisorisch in teure Ledersitze geschnallt.⁸⁶

Ob Minin 1999 eine weitere Waffentransaktion zu arrangieren begann, ist bis heute nicht ganz geklärt, was Minins ehemaligem Geschäftspartner Erkki Tammivuori sehr gelegen kam. Dem Finnen Tammivuori war das Big Business gewissermaßen in die Wiege gelegt. Sein Vater Olavi war ein prominenter finnischer Geschäftsmann, der sich damit einen Namen machte, für finnische Unternehmer Geschäftsmöglichkeiten in der Türkei zu entwickeln. Er wurde Ende der achtziger Jahre Finnlands Honorarkonsul in Istanbul.⁸⁷ Sohn Erkki heiratete in höchste politische Kreise ein, als er die Tochter des zweimaligen finnischen Premiers Ahti Karjalainen ehelichte. Mit einer Reihe von Geschäftsverbindungen in der Türkei trat Erkki Tammivuori in die Fußstapfen seines Vaters. Unter dem Briefkopf einer dieser Firmen, MET AS, korrespondierte er 1999 und 2000 häufig mit Leonid Minin.

Minin behauptet, Tammivuori über einen seiner Piloten, einen Finnen, um die Jahrtausendwende bei einer Neujahrsfeier in der Schweiz kennengelernt zu haben.⁸⁸ Am 20. März 1999 fragte Tammivuori per Fax bei Minin an, ob er in der Ukraine Schiffe kaufen könne, zum Beispiel Hovercrafts, für die türkische Marine.⁸⁹ Im Jahr darauf versuchten sich Tammivuori und Minin an mehreren gemeinsamem Transaktionen in Liberia, die nicht nur durch Minins persönlichem Kontakt zu Charles Taylor begünstigt wurden, sondern auch durch die Beziehung, die Tammivuori zu Taylors Sohn »Chucky« oder »Junior« aufgebaut hatte.⁹⁰ Im Juni 1999 machte Tammivuori seine Rolle als »Berater« von Minins Firmen offiziell,⁹¹ als die beiden Möglichkeiten prüften, wie sich bei der Privatisierung liberianischer Hafen- und Flughafeneinrichtungen mitwirken ließ.⁹² Ein Fax vom 19. September 1999 von Minin an Tammivuori bestätigte, dass Tammivuori »zehn Stück von Paket« (!) kaufen würde, die man potentiellen Kunden in Amsterdam zeigen könnte. Nach Ansicht der italienischen Ankläger handelte es sich bei diesen »zehn Stück von Paket« höchstwahrscheinlich um über Liberia exportierte Blutdiamanten aus Sierra Leone.⁹³

Über Chucky Taylor organisierte Tammivuori, mit Minins Unterstützung, anscheinend auch einen eigenen Waffendeal mit Liberia. Am 23. März 1999 schrieb Tammivuori Minin ein Fax mit dem Betreff: »»Konkurs«-Raketen-Beschaffung« und nannte den Deal »eine einmalige Gelegenheit«. Detailliert beschreibt er eine potentielle Transaktion, in der »»Konkurs«-Raketen beschafft werden würden (nur Raketen, keine Abschussvorrichtungen), mit der Konfiguration »Tandem-Gefechtskopf für Reaktivpanzerung«.⁹⁴ Tammivuori schätzte, dass der »Käufer« achtzig dieser Panzerabwehrraketen bräuchte, hundert, wenn der Preis stimmte. Interessanterweise behauptete der Finne, die Transaktion könne »mit Endnutzerbescheinigung oder ohne« vonstattengehen, was durchblicken ließ, dass er nur allzu froh wäre, wenn sich der Deal ohne den lästigen Papierkram über die Bühne bringen ließe.⁹⁵ Später im selben Jahr schrieb Tammivuori Minin noch einmal und ließ ihn wissen, er habe sich im Falle eines »besonderen Pakets für JUNIOR« an die Arbeit gemacht, das er nur zu gerne liefern würde, »vorausgesetzt, Junior kann es sich leisten«. Tammivuori bat Minin, für »eine Kommunikationsmöglichkeit mit JUNIOR zu sorgen, für den Fall dass ich sie brauche«; er bestätigte darüber hinaus, dass »das Paket aus 20–30 Stück über die 100 Einheiten hinaus« bestehe, »von denen du weißt«.⁹⁶

Beim Verhör behauptet Tammivuori später, der Deal hätte mit Liberia nichts zu tun gehabt, sondern mit einem anderen potentiellen Käufer, den zu nennen er nicht bereit sei.⁹⁷ Sanjivan Ruprah jedoch, eine rechte Hand Taylors, zeigte den Ermittlern der UNO Listen von all den Waffen, die in einer Lieferung vom Mai 2000 nach Liberia gingen, darunter auch Raketen verschiedenen Typs und eine Handvoll Abschussvorrichtungen für die Panzerabwehrlenkrakete Konkurs.⁹⁸

Zu Minins letztem erfolgreichem Deal kam es Mitte 2000. Diesmal sollten die Waffen über die Elfenbeinküste geliefert werden anstatt über Burkina Faso. Am 14. Juli 2000 startete im ukrainischen Gostomel wieder eine Antonow-124. Ihre Ladung bestand aus 113 Tonnen Waffen, darunter »10500 AK-47 Sturmgewehre, 120 Scharfschützengewehre, 100 Granatwerfer, Nachtsichtbrillen und 8 Millionen Schuss Munition«.⁹⁹ Die Waffen waren wiederum in der Ukraine gekauft, diesmal bei der staatlichen Firma Spetsehnoexport. Nach einem kurzen Zwischenstopp landete die Maschine am 15. Juli in der Elfenbeinküste. Landeerlaubnis bekam sie auf der Basis einer von einem Beamten der Elfenbeinküste unterzeichneten Endnutzerbescheinigung, die durch die Zusicherung zustande gekommen war, dass die Elfenbeinküste nach Landung der Maschine die Hälfte der Ladung bekam. Mit kleineren Maschinen transportierte man die Ladung dann unter der Aufsicht von Taylors Vertrautem Sanjivan Ruprah von der Elfenbeinküste nach Liberia.

N°22 /PR

Abidjan, le 26 Mai 2000

CERTIFICAT D'ACHAT

Nous, son Excellence Général de Brigade, Robert GUEI, Ministre de la Défense de la République de Côte d'Ivoire autorisons la Compagnie AVIA TREND représentée par Monsieur CHERNY VALERY de conclure le contrat d'achat des articles ci-dessous désignés :

N° D'ORDRE	LIBELLES	QUANTITES
1 a	Ammunition 76 2x39 mm Ball	5 000 000
1 b	Grenade Launcher M93 30 mm	50
2	30 mm Bombs for M93 Launcher	10 000
3	Thermal Image Binoculars	20
4	Thermal Image Weapon Sights	20
5	RPG-26 Launcher or M80 launcher	50
6	Grenade for RPG - 26 or M80	5000
7	PG-OG7 Grenades	1000
8	Ammunition 9X19 mm Parabellum	1 000 000
9	AGS-17 Grenade Launcher	50
10	Grenades for AGS-17	1000
11	Night Vision Monocular	50
12	GP -Kastvor Launcher	80
13	45 Pistol or CZ 99 9mm Para Pistol	2000
14	RPG-7	200
C1)	Sniper Gun 12,7 mm	50
2	Ammunition =2 cal 12,7	5000
3	Sniper Gun cal 7,9 mm	50
4	Ammunition cal 7,92 mm	5000
5	Sniper cal 7,62X51 (308)	70
6	Ammunition cal 7,62X51 mm	50 000
7	AK-47 Assault Rifle	10 500
	End of list-Total 21 items (Twenty-one)	
8	PK/ms	200
9	Ammunition PK/Ms	2 000 000
10	Pallard	2 000
11	40 mm Grenade for Pallard	10 000
12	60 mm	50
13	Rounds for 60 mm	1000

Nous, Ministre de la Défense de la République de Côte d'Ivoire certifions que ces présents articles sont exclusivement pour utilisation et emploi sur le territoire ivoirien et non pour exportation dans un pays tiers.

Vu pour la légalisation de la signature
opposée ci-dessus de M. le Général
Robert GUEI, Ministre de la Défense, Président de
la République de Côte d'Ivoire

N° 019/2000

le 02 Juin 2000



L'Ambassadeur

Ministre de la Défense



Président de la République

Général Robert GUEI

Falsches Endnutzerzertifikat, mit dem Leonid Minin ein Kontingent Waffen über die Elfenbeinküste nach Liberia schaffte

Bemerkenswerterweise waren Liberia und der Elfenbeinküste 113 Tonnen Kriegsmaterial noch nicht genug. Der Deal mit Minin vom Juli 2000 beinhaltete eine weitere Lieferung von Waffen, die bereitstand, nachdem die erste Lieferung über die Bühne gegangen wäre. Zu dieser Lieferung sollte es jedoch nicht mehr

kommen. Denn zu Beginn des folgenden Monats wurde Leonid Minin in einer gut vorbereiteten Aktion verhaftet.¹⁰⁰ »Wir stürmten das Hotel Europa und überraschten Minin, der im Bett war, nackt, mit vier Prostituierten, die ebenfalls nackt waren. Und sie ließen gerade ein Fläschchen mit Pillen herumgehen«, sagte der Polizeichef von Cinisello Balsamo dazu.¹⁰¹ Anscheinend hatte eine verärgerte Prostituierte, die von Minin nicht bezahlt worden war, der Polizei einen Tipp gegeben.¹⁰² Bei der Durchsuchung des Zimmers wurde den Polizisten klar, dass der schwergewichtige Mann, den sie da verhaftet hatten, weit mehr war als ein zwielichtiger Typ mit einem Drogenproblem. Man fand bei ihm Diamanten im Wert von 500000 Dollar, deren legale Herkunft Minin nicht belegen konnte. In einer Tasche fand man Dollar, Forint, Lire und mauritische Rupien im Wert von über 35000 Dollar.¹⁰³

Obwohl die italienische Polizei Minin bereits seit den frühen 1990ern im Visier gehabt hatte, erkannte man in ihm zunächst nicht den Gangster, der er tatsächlich war. Erst einige Tage später, nachdem die Dokumente übersetzt waren, wurde der Polizei Minins eigentliche Identität klar. Man erstattete Strafanzeige wegen Drogenvergehen, die jedoch nur ein Vorspiel für die Anklage wegen illegalen Waffenhandels war. Minin war damit für beträchtliche Zeit aus dem Verkehr gezogen. Charles Taylor ging damit ein Waffenhändler ab.

Seine Verhaftung war nicht das einzige Ärgernis für Minin. Auch mit seiner Beteiligung an ETTE gab es Probleme. Bei seiner Vernehmung behauptete Minin, Fernando Robleda hätte ihn durch Unterschlagung großer Summen um Geld betrogen und damit ein »Loch« von 300000 Dollar in die Konten der Firma gerissen.¹⁰⁴ Robleda behauptete dagegen, Minin hätte ihm vom Tag seines Einstiegs an mehrere ukrainische »Gangster« auf den Hals geschickt, die de facto die Kontrolle über die Firma übernommen hätten. Man habe ihn im Lauf der Zeit an die Wand gedrückt, und er habe um sein Leben fürchten müssen, sodass er schließlich aus Liberia geflohen sei.¹⁰⁵ Im September 1999 hatte der Spanier bereits einen Alternativpartner, eine Firma namens Forum Liberia, gefunden, die erst im selben Jahre gegründet worden war.¹⁰⁶ Minin erklärte sich bereit, seine Anteile an ETTE abzugeben, falls der neue Partner ihn auszahlen würde. Forum Liberia erklärte sich bereit, ihm 5 Millionen Dollar zu zahlen, getarnt als Vereinbarung über den Kauf der Firma nebst Maschinen. Das Ganze wäre ein netter Profit von über 4 Millionen Dollar für Minin gewesen. Robleda

dachte, das müsste reichen, um Minin loszuwerden. Stattdessen steckte der Ukrainer die Vorauszahlung von 1,5 Millionen Dollar ein und wollte dann, laut Robleda, weder die Holzkonzessionen noch die Firmenanteile herausgeben. Minin wusste, dass man ihn rechtlich belangen konnte, da in der Übereinkunft von Forum Liberia mit Minin extra nicht von einer Eigentumsübertragung die Rede war – die neuen Leute wollten mit ihrer Beteiligung an der liberianischen Holzindustrie unbedingt hinterm Berg halten, da liberianische Holzprodukte mit Sanktionen belegt waren. Noch Monate nach Minins Verhaftung versuchte Robleda ihn schriftlich zum Ausstieg aus ETTE zu bewegen, um mit Forum Liberia weiterarbeiten zu können.

Zu Robledas Leidwesen flog im Mai 2006 die unter dem Namen Forum Filatelico¹⁰⁷ firmierende spanische Holding von Forum Liberia als groß angelegter Schwindel auf.¹⁰⁸ Natürlich war Forum Liberia damit erledigt.

Minins persönliche, rechtliche und geschäftliche Probleme, zu schweigen von seinem erheblichen Drogenkonsum, hatten ihn schon Jahre vor seiner Verhaftung zu einem unsicheren Kantonisten gemacht. Und wie der Herr, so's G'scherr: Einmal war einer seiner Piloten so betrunken, dass er eine Ladung für die Liberianer nicht mehr fliegen konnte. Charles Taylor war wütend. Sein Sohn schaffte Abhilfe. Er hatte von einem Russen gehört, der einige seiner Flugzeuge unter liberianischer Flagge fliegen hatte und behauptete, alles überall hinfliegen zu können. Er setzte sich mit Viktor But in Verbindung, der sofort einen Piloten abstellte, um den Taylors behilflich zu sein.¹⁰⁹

But – auch Bout, Budd, Bouta oder Boutov – war der berühmteste Waffenhändler um die Jahrtausendwende. 1967 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe geboren,¹¹⁰ besuchte er das sowjetische Militärinstitut für Fremdsprachen.¹¹¹ Das Institut, in dem er als Leutnant eine leitende Position innehatte, pflegte enge Kontakte zu Russlands berühmtem Auslandsnachrichtendienst GRU. Buts Schwiegervater war ein ranghohes Mitglied des Komitees für Staatssicherheit (KGB) und womöglich sogar einmal stellvertretender Vorsitzender.¹¹²

1991 entschloss sich But, der fließend sechs Sprachen beherrschte und jede Art von Flugzeugen zu fliegen vermochte, sich im Frachtgewerbe zu versuchen, ein beliebtes Unterfangen in der chaotischen Zeit nach dem Fall der Berliner

Mauer.¹¹³ Flugzeuge waren leicht zu bekommen. Allenthalben verkauften Offiziere, die rasch ein paar Rubel verdienen wollten, ausgemustertes Militärmaterial, und so konnte But für nur 120000 Dollar drei große Transportmaschinen erstehen.¹¹⁴ Douglas Farah und Stephen Braun, die Buts Weg nachzuzeichnen versuchten, vermuten aufgrund der Tatsache, dass der Russe die Maschinen so billig bekam – und als Dreingabe eine detaillierte Liste mit alten Kunden für Militärwaffen der ehemaligen Sowjetunion –, dass But Unterstützung vom KGB erhielt.¹¹⁵ Russische Militärs erklärten Flugzeuge nicht selten für untauglich, um sie als Schrott verkaufen können, obwohl sie völlig in Ordnung waren, und so hatte But es in kürzester Zeit zu einer Flotte von fünfzig Maschinen gebracht.¹¹⁶

Bereits 1992 bewegte But sich im »Wilden Westen« des internationalen Waffenhandels. Sein erster Kunde war die im Werden begriffene Nationale Islamische Vereinigte Front zur Rettung Afghanistans, die sogenannte »Nordallianz«, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen verheerenden Krieg gegen die erstarkenden Kämpfer der Taliban führte. Immer wieder reiste But in diese so überaus gefährdete und gefährliche Region. Dabei lernte er Ahmed Schah Massud kennen, einen wichtigen Politiker der Region, der, sowohl Kriegsherr als auch Dichter, unter dem Namen »Löwe von Pandschschir« bekannt war. Bei üppigen Festgelagen und auf der Jagd, der man vor allem mit Scharfschützengewehren vom Hubschrauber aus frönte, wurden Massud und der leutselige russische Abenteurer zu Freunden. Die Beziehung sicherte But eine Reihe von profitablen Deals, bei denen er Massud mit russischen Waffen belieferte.¹¹⁷

Buts Geschäfte mit der Nordallianz brachten ihn allerdings auch in erhebliche Schwierigkeiten. 1995 wurde eine von Buts Frachtmaschinen auf einem Routineflug mit Munition nach Kabul von einer alten MiG der Taliban abgefangen und zur Landung gezwungen. Die Insassen, allesamt Angestellte von But, wurden als Geisel genommen und das Kriegsmaterial in der Maschine konfisziert. Angeblich konnten im August 1996 die gefangenen Piloten ihre Geiselnnehmer überwältigen und fliehen. Vermutlich war die Flucht inszeniert. Die Piloten sollten freigelassen werden; die Taliban wollten aber nicht in Verruf kommen, denn sie waren mittlerweile ebenfalls Kunden des Russen geworden. Ganz der nüchterne Geschäftsmann, hatte But die Taliban bei den

Freilassungsverhandlungen ganz nebenbei auch von seinen Vorzügen als Waffenhändler überzeugen können. Während der nächsten Jahre lieferte er von seiner Basis in Schardscha in den Vereinigten Arabischen Emiraten aus gewaltige Mengen an Waffen an die Taliban, was ihm einen geschätzten Profit von 50 Millionen Dollar einbrachte.¹¹⁸ Außerdem half er den Taliban beim Aufbau ihres Transportnetzes, indem er den Milizen 1998 eine Flotte von Frachtmaschinen verkaufte.¹¹⁹ Im Gefolge der Anschläge auf das World Trade Center in New York wurden But seine engen Beziehungen zu den Taliban zum Verhängnis; er wurde international geächtet.

Bereits vor seinen Geschäften mit den Taliban jedoch hatte But das UNO-Waffenembargo gegen Bosnien verletzt. Er lieferte Waffen an muslimische Bosnier, die den Übergriffen durch serbische Nationalisten ausgesetzt waren. Finanziert wurden diese Deals durch die sogenannte Third World Relief Agency (TWRA), eine selbst ernannte karitative Einrichtung mit Verbindungen zu islamischen Extremisten, darunter Osama bin Laden. Zwischen 1992 und 1995 gingen über 400 Millionen Dollar durch die Hände dieser Organisation.¹²⁰ Im September 1992 mietete man mit Geld aus diesen Mitteln eine Iljuschin-76, um ein Kontingent Waffen vom sudanesischen Khartum nach Maribor zu fliegen, die slowenische Stadt nahe der bosnischen Grenze.¹²¹ Die Maschine gehörte But, und wahrscheinlich hatte er auch bei der Beschaffung der Waffen die Hände im Spiel. Damit lieferten damals wenigstens drei Personen mit Verbindungen zum Merex-Netzwerk Waffen an verschiedene Parteien des Balkankonflikts – But, Hovsepian und Nicholas Oman.

Afrika, dieser so gebeutelte, ressourcenreiche Kontinent, wirkte auf alle Waffenhändler wie ein Magnet, und so auch auf Viktor But. Sein erster großer afrikanischer Kunde war die Regierung Angolas, die sich in einem jahrzehntelangen Konflikt gegen die Rebellen der UNITA wehrten, die bald von den USA und bald vom Apartheidstaat Südafrika unterstützt wurden. But trat in enge Beziehung zum angolanischen Militär, vor allem zur Luftwaffe. Er versorgte die Militärs mit einer breiten Palette von Kriegsmaterial und gründete in Belgien eigens eine Firma dafür. Zwischen 1994 und 1998 erfüllte But Verträge im Wert von 325 Millionen Dollar mit der angolanischen Luftwaffe.¹²² 1998 jedoch kam die angolanische Regierung dahinter, dass But auch ihren Todfeind, die UNITA, belieferte, mit Waffen bulgarischer Herkunft. But flog

insgesamt 37 Lieferungen an die UNITA. Bezahlt wurde er dafür mit Blutdiamanten. Die Fracht umfasste viele Millionen Schuss Muniton, Raketenwerfer, Kanonen, Fliegerabwehrgeschütze, Mörsergranaten und Panzerabwehrraketen.¹²³ Als die angolansiche Regierung But auf die Schliche kam, wurden alle Verträge mit ihm gekippt. Es kam selten vor, dass ein Kunde an dem Umstand, dass sein Waffenhändler beide Seiten belieferte, ernsthaft Anstoß nahm.

Durch Taylors Vertrauten, Sanjivan Ruprah, hatte der Russe von Liberias laxen Bestimmungen bei der Registrierung von Flugzeugen erfahren. Ruprah, ein gebürtiger Kenianer, hatte Minenanteile in Kenia und Verbindungen zu einer Firma namens Branch Energy, die eine Diamantenkonzession in Sierra Leone besaß.¹²⁴ Ruprah war es auch gewesen, der die Regierung von Sierra Leone – den Erzfeind der RUF – auf eine paramilitärische Gruppe namens Executive Outcomes aufmerksam machte;¹²⁵ das waren Söldner aus ehemaligen Spezialeinheiten der südafrikanischen Armee und andere skrupellose Abenteurer.¹²⁶ Executive Outcomes trat 1995 in den Krieg ein und erwies sich sofort als äußerst effizient. Man schlug nicht nur die Angriffe der RUF zurück, man bekam auch eine Reihe wertvoller Diamantenfelder wieder in die Hand.¹²⁷ Die politische Unbeständigkeit der Region mag daran zu ersehen sein, dass Ruprah zwei Jahre später für Charles Taylor arbeitete und zusammen mit der RUF den Umsturz in Sierra Leone betrieb. Im November 1999 hatte Ruprah sich in Taylors innerstem Kreis bereits so unentbehrlich gemacht, dass er den Posten eines »weltweiten Beauftragten der liberianischen Meldestelle für die zivile Luftfahrt« bekam.¹²⁸ Im Grunde war er damit Chef des liberianischen Luftfahrtbehörde, was But bereits mit großem Erfolg ausgenutzt hatte, um seine Waffengeschäfte zu kaschieren. Im Jahr 2000 dann hatte Ruprah direkt mit But zu tun, als man zur Durchführung der Waffengeschäfte Briefkastenfirmen in Abidschan einrichtete. Er war Buts »Geschäftspartner« geworden.

Zu diesem Zeitpunkt belieferte But Taylor bereits im großen Stil. Er bediente sich dazu eines ganzen Arsenal von Briefkastenfirmen, Luftfahrtgesellschaften etwa unter dem Namen »San Air«, »Centrafrican Airlines« und »MoldTransavia«, die er in verschiedenen Ländern der Welt anmeldete.¹²⁹ Im Fall von Centrafrican zum Beispiel registrierte But mithilfe eines korrupten Beamten in der Zentralafrikanischen Republik Flugzeuge, die jetzt unter der

Flagge der Zentralafrikanischen Republik flogen, ohne dass der Staat davon erfuhr. Im Juli und August 2000 flog eine von Buts Maschinen von Europa aus vier Lieferungen nach Liberia. Die dazu benutzte Iljushin-76 wurde zunächst 1996 in Liberia im Namen von »Air Cess«, einer weiteren seiner Firmen, registriert. Nach ihrer Löschung aus dem liberianischen Register meldete man sie in Swasiland, bis eine Prüfung durch die Luftfahrtbehörden des Landes den Schwindel aufdeckte. Worauf man die Iljuschin unter zentralafrikanischer Flagge fliegen ließ. Das Rufzeichen am Heck der Maschine hatte man wiederum von einem anderen korrupten Beamten bekommen, wiederum ohne dass sein Staat davon erfuhr.¹³⁰ Darüber hinaus war die Maschine doppelt registriert und flog auch unter der Flagge der Republik Kongo (Kongo-Brazzaville). Und wann immer sie gerade keine Lieferungen flog, parkte sie in Buts Geschäftszentrale in Schardscha.¹³¹ Kurz vor Eintreffen einer Lieferung wurde sie auf den Namen von »Abidjan Freight«, einer Briefkastenfirma von Ruprah, umgeschrieben, bevor sie die Reise in der unter mehreren Flaggen fliegenden Iljuschin antrat.¹³²

Mit diesem verwickelten System lieferte But nicht nur Standardware wie Raketen und Munition, sondern komplette Waffensysteme auf dem neuesten Stand der Technik, die die militärische Schlagkraft seiner Kundschaft beträchtlich erhöhte. Die UNO dazu: »Die Ladung umfasste waffenfähige Hubschrauber, Ersatzrotoren, Panzer- und Flugabwehrsysteme, gepanzerte Fahrzeuge, Maschinengewehre und fast eine Million Schuss Munition.«¹³³ But setzte seine Waffenlieferungen nach Liberia den Rest des Jahres 2000 bis ins Jahr 2001 hinein fort. Ganz in der Art eines legalen Rüstungslieferanten hatte er sogar einen After-Sales-Support in Form von Hubschrauberteilen und Rotorblättern im Programm.

Viele der von But und Minin gelieferten Waffen stammten aus der Ukraine. Nach dem Kollaps der Sowjetunion gab es in der ehemaligen Sowjetrepublik einen ungeheuren Überschuss an Kriegsmaterial. Und als das Land in die Wirtschaftskrise hineinsteuerte, verscherbelten Offiziere über dunkle Kanäle die Bestände. Ein parlamentarischer Ausschuss, der sich mit dem Vorwurf illegaler Waffengeschäfte zu befassen hatte, kam zu dem Ergebnis, dass die Ukraine 1992 über Militärbestände im Wert von 89 Milliarden Dollar verfügte und dass im Verlauf der folgenden sechs Jahre Waffen, Ausrüstung Militäreigentum im Wert von 32 Milliarden Dollar gestohlen und der größte Teil davon weiterverkauft

wurden. Der Befund war so brisant, dass die Ermittlungen vorzeitig abgeblasen wurden. Siebzehn Akten mit Material über die Arbeit des Ausschusses verschwanden und seine Mitglieder wurden eingeschüchtert, damit sie den Mund hielten. Der Abgeordnete, der die Ermittlungen leitete, der frühere Vizeverteidigungsminister Generalleutnant Oleksandr Ignatenko wurde vor ein Militärgericht gestellt und verlor seinen Rang.¹³⁴ Im Falle von But sicherten diesem vermutlich seine alten Verbindungen zu Militärs und Politikern den Zugang zu diesem Waffenschatz, während Minins Weg eher über seine Kontakte zum organisierten Verbrechen führte.

Was seine Lieferungen nach Liberia anbelangte, so stieß But ab Ende 2001 zunehmend auf internationale Hindernisse. Wiederholt tauchten sein und Ruprahs Name in den Berichten der UNO-Inspektoren über die Konflikte in Liberia und Sierra Leone auf. Man empfahl, gegen But ein internationales Reiseverbot auszusprechen. Schließlich waren es jedoch die Ereignisse vom 11. September 2001, in deren Folge der Russe zu Fall kam. Nach den Attentaten in den USA identifizierte man But als einen der Hauptlieferanten von Al-Qaida, was ihn zu einem der Hauptziele im Krieg gegen den Terrorismus machte. Aber damit nicht genug: Belgien stellte 2002 einen Haftbefehl gegen ihn aus; man warf ihm vor, über 300 Millionen Dollar an der Steuer vorbeigeschleust zu haben.¹³⁵ Sein Komplize Ruprah wurde noch im selben Jahr in Belgien verhaftet, aber später wieder auf freien Fuß gesetzt.¹³⁶ Für But hieß es nun, rasch zu handeln. Er brach seine Zelte in Afrika ab und zog nach Russland um, wo er vom Staat geschützt wurde, denn man bestritt seine Anwesenheit im Land, obwohl But immer wieder gesehen wurde. Während But der Justiz fürs Erste entkommen war, hatte Taylor zwei seiner bevorzugten osteuropäischen Waffenlieferanten verloren.

Taylor und die RUF mussten sich nach einem neuen Anbieter umsehen und fanden ihn im Terrornetzwerk Al-Qaida. Islamistische Agenten hatten schon seit 1998 die Möglichkeit von Diamantengeschäften in Liberia und Sierra Leone ausgelotet, da die Amerikaner nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania alles daransetzten, die Einkommensquellen der Terrororganisation zum Versiegen zu bringen. Im Juni des Jahres froren amerikanische Ermittler etwa 240 Millionen Dollar von Al-Qaida ein;¹³⁷ ein

Gutteil davon waren Goldeinlagen bei der amerikanischen Zentralbank.¹³⁸ Diamanten schienen jetzt ein perfekter Ersatz zu sein; sie waren leicht zu transportieren und schwer nachzuverfolgen. Das traditionelle islamische Hawala-Finanzsystem – ein informelles Netz von Geldverleihern, die Geldströme praktisch ohne Formalitäten durch die gesamte arabische Welt lenkt – sorgte für die nötige Diskretion und Mobilität.¹³⁹

Drei Monate nachdem die USA die Mittel der Organisation beschlagnahmt hatten, reiste Abdullah Ahmed Abdullah, ein hochrangiger Al-Qaida-Agent, nach Liberia.¹⁴⁰ Abdullah steht bei den Amerikanern in dem Verdacht, der Kopf hinter den Anschlägen auf die US-Botschaften zu sein und galt laut FBI als »Bin Ladens Chefberater«¹⁴¹ sowie als Schatzmeister der Organisation in Afghanistan und Pakistan.¹⁴² Er war einer der zweiundzwanzig Gründungsmitglieder und steht noch immer auf der Liste der meistgesuchten Terroristen des FBI.¹⁴³ Abdullah hatte den RUF-General Ibrahim Bah in Libyen kennengelernt, wo er nach seiner Zeit bei den Mudschaheddin in Afghanistan zur weiteren Ausbildung gekommen war.¹⁴⁴ In Liberia stellte man Abdullah dem Anführer der RUF, Sam Bockarie, vor, dem er 100000 Dollar für ein kleines Päckchen mit Diamanten übergab. Dann traf er sich mit Charles Taylor und flog an Bord eines liberianischen Hubschraubers nach Foya, in ebenjenes Diamantenzentrum, in das man Jahre zuvor auch Roger D’Onofrio gebracht hatte.¹⁴⁵

RUF und Taylor erwarteten von Al-Qaida auf diese erste Begegnung hin eine Waffenlieferung. Im März 1999 kauften die Al-Qaida-Agenten Ahmed Khalfan Ghailani und Fazul Abdullah Mohammed Diamanten bei einer groß angelegten Shoppingtour durch die Zentralafrikanische Republik, die Republik Kongo und Angola, bevor man zu einem Treffen mit Taylor nach Liberia kam. Peinlicherweise hatten sie keine Waffen für den liberianischen Präsidenten dabei. Worauf die Gespräche zwischen Taylor und Al-Qaida vorübergehend ins Stocken gerieten.¹⁴⁶ Im Dezember 2000, einige Monate nach Minins Verhaftung, kehrten die beiden Al-Qaida-Agenten ins Land zurück. Im Hotel Boulevard in Monrovia trafen sie sich mit Ali Darwish und Samih Ossaily, die für einen libanesischen Diamantenhändler, einen gewissen Aziz Nassour, arbeiteten, der in ganz Afrika operierte und als »Kassierer« für Zaires kleptokratischen Diktator Mobutu Sese Seko tätig war.¹⁴⁷ Die vier überquerten die Grenze nach Sierra Leone und konferierten wenigstens drei Tage lang mit der RUF. Ossaily war im

Namen Nassours gekommen und sollte fotografische Belege dafür mitbringen, dass die RUF die Diamanten liefern konnte. Von der Ehrlichkeit der RUF überzeugt, trat er in Verhandlungen mit den Rebellen ein. Man einigte sich schließlich darauf, Nassour im Gegenzug für Waffenlieferungen große Mengen Diamanten zu verkaufen.¹⁴⁸

Im März 2001 war das Arrangement in vollem Gang. Ghailani und Mohammed kehrten nach Liberia zurück, von wo aus sie wenigstens die nächsten neun Monate über Diamantengeschäfte mit der RUF tätigten. Zuerst wohnten sie im Hotel Boulevard, das sowohl Sam Backeries zweites Zuhause als auch Samih Ossailys Operationsbasis war. Man schickte Mohammed aufs Land, damit er sich um die Beziehung mit der RUF kümmerte, während Ghailani in Monrovia blieb. Später dann zog er in einen geheimen Unterschlupf, ein von Aziz Nassour gemietetes Haus. Das Geschäft lief so gut, dass Nassour im Juli 2001 selbst nach Liberia reiste, um bei Taylor vorzusprechen, damit der auf eine Verdoppelung der Diamantenproduktion in Sierra Leone drängte, eine Bitte, die er mit einem »Geschenk« von 250000 Dollar an den Präsidenten unterstrich. Nassour hatte Taylor im Verlauf ihrer Beziehung auf diese Weise eine Million Dollar »geschenkt«.¹⁴⁹

Nassour übernahm dies persönlich. Im Dezember 2000 trat Nassour an Schimon Jelenik heran, einen ehemaligen Offizier der israelischen Armee, der bei den Waffenlieferungen an die kolumbianischen Paramilitärs die Hand mit im Spiel¹⁵⁰ und als Sicherheitschef für Nassours ehemaligen Arbeitgeber Mobuto Sese Seko gearbeitet hatte.¹⁵¹ Von seiner Operationsbasis in Panama aus nahm Jelenik Kontakt zu einer guatemaltekischen Waffenfabrik auf, deren Bevollmächtigter, Ori Zoller, ebenfalls ein Israeli, ein ehemaliger Angehöriger der israelischen Anti-Terroreinheit war. Zoller seinerseits kontaktierte den Chef des nicaraguanischen Heers und erhielt eine Preisliste über verfügbare Waffen. Nassour wies darauf seine Handlanger Darwish und Ossaily an, die Information an die RUF weiterzureichen. Doch der Deal kam nicht zustande. Ossaily behauptet, es sich anders überlegt zu haben und mit der Sache nichts mehr zu tun haben zu wollen; bei einem seiner häufigen Besuche in Antwerpen, der Diamantenhauptstadt der Welt, habe er sich darüber hinaus entschlossen, den belgischen Behörden mitzuteilen, was er wisse.¹⁵² Die belgischen Behörden unternahmen zu dem Zeitpunkt zwar nichts, aber der Waffendeal war damit ins

Wasser gefallen.

Zu einem zweiten Versuch kam es im Mai und Juli 2002. Nassour bezahlte für zwei Lieferungen von Waffen und Munition, die über einen Mittelsmann in Paris in Bulgarien gekauft waren und über Nizza gingen, bevor sie schließlich in der kleinen Hafenstadt Harper im Süden Liberias eintrafen. Die erste Lieferung umfasste immerhin 30 Tonnen, die zweite 15 Tonnen Munition. Nachdem die Ladung in Harper gelöscht war, verlud man sie auf Lkw und transportierte sie in den Verwaltungsbezirk Lofa im Norden Liberias, wo sie zum Einsatz kommen sollte gegen die größte Bedrohung für Taylors Präsidentschaft – die von Guinea geförderte Rebellengruppe der Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD).¹⁵³

Doch die gesamte Operation wurde aufgedeckt, und zwar durch die unermüdliche und erschrockene Ermittlungsarbeit von Douglas Farah, dem Westafrika-Korrespondenten der *Washington Post*. Mithilfe eines wichtigen Informanten, der tief in die Beziehungen zwischen Liberia und Sierra Leone verstrickt war, fügte er mühsam unzählige Puzzlesteine zusammen und teilte seine Erkenntnisse schließlich den amerikanischen Behörden mit.¹⁵⁴ Die USA, insbesondere die CIA, waren nicht gerade begeistert davon, dass ihnen ein Journalist bei den Ermittlungen zugekommen war. Andere Nationen zeigten sich allerdings sehr aufgeschlossen. Am 12. April 2002 wurde Samih Ossaily in Belgien unter dem Verdacht, mit Blutdiamanten gehandelt zu haben, verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Im selben Prozess wurde auch Nassour verurteilt. Allerdings in Abwesenheit – sein Aufenthaltsort ist bis heute ungeklärt.

Eine anderer Waffenlieferant für Liberia war in dieser Zeit Gus Kouwenhoven, ein holländischer Staatsbürger, der wie Leonid Minin sowohl mit Holz als auch mit Waffen handelte – ein Schrank von einem Mann, mit einem breiten Brustkorb, vollem dunklen Haar und einer Vorliebe für Goldketten und selbsttönende Brillen. In Rotterdam geboren,¹⁵⁵ machte er sich in den siebziger Jahren einen Namen als international erfolgreicher Geschäftsmann. Nach dem Militärdienst eröffnete er sein erstes Geschäft – er verkaufte steuerbefreite Pkws an NATO-Bedienstete –, später dann handelte er mit Reis aus Südasien. Zunehmend bewegte er sich auch in diplomatischen Kreisen. Er wurde auf

Partys der High Society gesehen und frequentierte Bars und Clubs im alten Amsterdam, wo sich ein Barmann an ihn erinnert als einen »auffälligen Typen mit einem lockeren Mundwerk, der schnelle Autos liebte und leichte Frauen«. ¹⁵⁶ Immer der Macher (angeblich hatte man ihn beim Militär einmal beim Benzinstehlen erwischt), endete seine Karriere als Partylöwe in Los Angeles, wo er in eine Falle des FBI tappte, als er einen gestohlenen Rembrandt zu verkaufen versuchte. ¹⁵⁷ Man ließ ihn zwar nach nur siebzehn Tagen wieder laufen, wies ihn jedoch aus den USA aus.

Kouwenhoven tauchte für eine Weile ab, war Ende der Siebziger in Sierra Leone und erschien in den frühen Achtzigern in Liberia wieder auf der Bildfläche. Rasch richtete er sich in dem westafrikanischen Land ein, in dem damals noch Präsident Samuel Doe regierte, und heiratete eine Liberianerin, mit der er mehrere Kindern hat. ¹⁵⁸ Sein erstes Geschäft im Land bestand in der Beschaffung von Luxusgütern, vor allem Luxusautos. Seine großer Coup war, das heruntergekommene Hotel Africa im Zentrum von Monrovia zu kaufen und es gründlich zu renovieren. Er richtete in der 300-Zimmer-Edelherberge eine Diskothek ein, einen Bacardi-Club, ein Casino und ließ einen Swimming-Pool bauen. ¹⁵⁹ Es wurde, Kouwenhovens eigener Aussage nach, zur »Oase von Monrovia«. ¹⁶⁰ Es war eines der gesellschaftlichen Zentren, der Ort, wo die Entscheidungsträger aus dem In- und Ausland sich trafen, um ihre Verträge abzuschließen oder einfach nur, um gesehen zu werden. »Jeden Tag gab es eine Parade von Senatoren und Ministern«, erinnerte sich ein ehemaliger Wachmann. ¹⁶¹ Das Hotel sicherte Kouwenhoven einen festen Platz in der liberianischen Elite.

1999 weitete Kouwenhoven seine Unternehmungen, mithilfe seiner guten Beziehungen zu Regierungskreisen, erheblich aus. Im Juli 1999 erhielt die Oriental Timber Corporation (OTC) eine Konzession für liberianisches Holz, die ein gigantisches Territorium betraf: etwa 1,6 Millionen Hektar – oder 42 Prozent aller produktiven Wälder Liberias. ¹⁶² OTC gehörte mehrheitlich der in Hongkong ansässigen Firma Global Star Holdings, die wiederum zu einer indonesischen Firmengruppe namens Djan Djajanti gehörte. Kouwenhoven hielt 30 Prozent der Aktien und wurde Geschäftsführer von OTC und einer Schwesterfirma mit ebenfalls beträchtlichen Konzessionen, der Royal Timber Corporation. ¹⁶³ Er war für das Alltagsgeschäft der Firmen zuständig, und damit

ging ein Großteil der 110 Millionen Dollar, die OTC in Charles Taylors Liberia investierte, über seinen Schreibtisch. Größtenteils von der Hafenstadt Buchanan aus operierend, wurde OTC eine Art Miniregierung. Die Firma reparierte 172 Kilometer Straße von Buchanan ins Landesinnere, modernisierte den Hafen¹⁶⁴ und leistete sich sogar eine Privatmiliz von fast 2500 bewaffneten Soldaten.¹⁶⁵

OTC lag Taylor persönlich am Herzen. Er nannte das Unternehmen öffentlich seinen »Pfefferstrauch«, was so viel hieß wie »etwas sehr Kostbares«.¹⁶⁶ Seine Sorge um das Wohlergehen von OTC hatte den einfachen Grund, dass er beträchtliche Summen aus den Tätigkeiten der Firma bezog. Zur »Sicherung« der Konzessionen ließ Kouwenhoven Taylor regelmäßig große Summen zukommen, die der Holländer jeweils als Werbekosten verbuchte.¹⁶⁷ Es ist unklar, wie viel genau Kouwenhoven an Taylor überwiesen hat, aber es waren beträchtliche Beträge, die weit über die ursprünglichen 5 Millionen Dollar »Steuervorauszahlungen« hinausgingen.¹⁶⁸ Bei einem Verhör gab Kouwenhoven zu, er habe etwa 50 Prozent aller Einkünfte der OTC an Taylor überwiesen, der damit seine kriegstreiberische Diktatur finanzierte.¹⁶⁹ Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Taylor nicht nur Gelegenheitszahlungen bezogen, sondern war darüber hinaus bei der Firma auch Aktionär.¹⁷⁰

OTC war für Taylor aber auch über die nicht unerheblichen Zahlungen hinaus wichtig. Mit der Modernisierung und der Kontrolle des Hafens von Buchanan eröffnete sich ihm ein weiterer Handelsweg, über den sich Waffen ins Land schaffen ließen. Während Minin und But auf Luftfracht setzten, konzentrierten OTC und Kouwenhoven sich auf den Schiffsverkehr. Zeugen zufolge überwachte Kouwenhoven den Import großer Mengen Waffen an Bord eines OTC-eigenen Schiffes, der *Antarctic Mariner*, die oft für Holzexporte eingesetzt wurde.¹⁷¹ Das Schiff soll zwischen Juli 2001 und Mai 2002 regelmäßig in Buchanan angelegt haben und dann wieder zwischen September und Mai 2003; und jedes Mal wurden große Mengen Waffen gelöscht. Einmal an Land, wurden die Kalaschnikows, Panzerbüchsen und Munition per Lkw und Jeep zur Kaserne des Präsidenten geschafft und dort an die Soldaten der NPFL verteilt.¹⁷²

Viele der Lieferungen wurden über Abidjan Freight organisiert, eine von Sanjivan Ruprah eingerichtete Briefkastenfirma. Ermittlungen der UNO ergaben, dass Abidjan Freight eine nützliche Tarnung sowohl für Viktor But als

auch für Kouwenhoven bot, die beide die Firma benutzten, »um die Route wie auch den endgültigen Bestimmungsort eines Flugzeugs zu verschleiern, das Militärgüter nach Monrovia lieferte«. ¹⁷³ Trotz dieser Versuche, ihre Aktionen zu kaschieren, gerieten OTC und Kouwenhoven in den Fokus der Ermittler. Bereits ab Dezember 2000 war in Berichten von UNO und Global Witness von Kouwenhovens Holzunternehmen und seinen Verbindungen zum Waffenhandel die Rede. Kurz darauf sprach die UNO, wie im Fall von But und Minin, ein internationales Reiseverbot gegen ihn aus und ließ seine Konten einfrieren. Aber Kouwenhoven missachtete das Reiseverbot und ließ sich des Öfteren in den afrikanischen Nachbarländern sehen. Eine Reise nach Holland war dann aber eine Reise zu viel: Im März 2005 wird Gus Kouwenhoven schließlich in seiner Heimatstadt Rotterdam verhaftet.

Ab Mitte 2003 begann sich das Ende von Charles Taylors Herrschaft abzuzeichnen. Obwohl sich Liberias Ressourcen zu großen Teilen in seiner Hand befanden, gewannen seine Gegner immer mehr an Boden. Die Rebellengruppe Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) ¹⁷⁴ war seit einem ersten Aufstand gegen die NPFL 1999 unaufhaltsam in den von Taylor kontrollierten Gebiete vorgerückt. Eine andere Gruppierung, Movement for Democracy in Liberia (MODEL), hatte mit Unterstützung der Elfenbeinküste 2003 einen eigenen Aufstand begonnen. ¹⁷⁵ Taylors eiserner Griff, mit dem er das Land bislang geknechtet hatte, begann sich zu lockern. Nur noch etwa ein Drittel des Landes – Monrovia und seine Umgebung – befand sich unter seiner Kontrolle. Die Erfolge von UNO und anderen internationalen Kräften bei der Unterbindung der Waffenlieferungen an den Präsidenten durch Leute wie Minin, But, Kouwenhoven und Nassour spielten eine Schlüsselrolle dabei, Taylors Position zu unterminieren.

Im März 2003 reichte der Sondergerichtshof für Sierra Leone – ein gemeinsames Tribunal von UNO und dem Ermittlungsgericht von Sierra Leone – eine geheime Anklageschrift gegen Taylor ein. Spätestens im Juni war deren Inhalt aber publik geworden: Charles Taylor sollte verhaftet werden und sich in elf Anklagepunkten wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht verantworten. ¹⁷⁶ Falls man ihn fasste und schuldig sprach, würde er den Rest seines Lebens hinter Gittern verbringen. Es stand also

nicht nur sein Amt auf dem Spiel, sondern auch seine Freiheit.

Unter diesem Druck leitete Taylor Friedensgespräche mit seinen Gegnern ein. Einen Monat verhandelte man, die Nerven lagen bei allen Beteiligten blank. Schließlich einigte man sich auf einen Vertrag. Im August 2003 wurde er ratifiziert und sah vor, dass Liberia bis 2005 von einer Übergangsregierung regiert würde, dann sollte es Wahlen geben. Alle Parteien einigten sich auf die Bildung einer Kommission für Wahrheit und Versöhnung (Truth and Reconciliation Commission), die Liberias brutale Vergangenheit aufarbeiten sollte; den Akteuren der im Namen der Politik begangenen Gräueltaten sollte im Gegenzug eine Amnestie gewährt werden.¹⁷⁷ Im Rahmen dieses Abkommens sollte Charles Taylor trotz der vom Sondergerichtshof für Sierra Leone eingereichten Anklage seine Freiheit behalten. Im Gegenzug für sein Versprechen, friedlich abzudanken, gewährte der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo Taylor politisches Asyl in seinem Land. Bei einem Fernsehauftritt unmittelbar vor seiner Reise ins Exil gelobte er unversöhnlich: »Ich komme zurück, so Gott es will.«¹⁷⁸

Taylors neues Zuhause war die mondäne nigerianische Hafenstadt Calabar. Im Süden des Landes gelegen, bietet die Stadt ein Bild von tropischer Exotik. Taylor und seine Entourage zogen in ein großes, von schlanken weißen Säulen gesäumtes Anwesen im Kolonialstil am renommierten Diamond Hill, praktisch neben der Old Residency, dem ehemaligen Anwesen der britischen Gouverneure von Nigeria. Kaum einen Steinwurf entfernt wohnte Präsident Obasanjo, wenn er in der Gegend war.¹⁷⁹

Taylor sollte hier unter Hausarrest stehen. Das Haus lag in einem Regierungsbezirk, und nigerianische Sicherheitskräfte patrouillierten vor seinem Haus. In Liberia jedoch war man davon überzeugt, dass er nach wie vor Einfluss auf das politische Geschehen des Landes nahm. Mit Sicherheit hatte er die finanziellen Mittel dazu. Von den geschätzten 685 Millionen Dollar, die während seiner Amtszeit auf seine Konten geflossen waren, hatte er vermutlich jährlich zwischen 70 und 80 Millionen Dollar für militärische Operationen ausgegeben, so dass ihm im Exil immer noch zwischen 150 und 200 Millionen zur Verfügung standen.¹⁸⁰ Außerdem hatte er nach wie vor Geldanlagen in Liberia, deren Erträge ihm in der Regierung verbliebene Loyalisten per Kurier nach Nigeria zukommen ließen.¹⁸¹ Dem Sondergerichtshof für Sierra Leone

zufolge wurde fast die Hälfte der achtzehn Parteien, die 2005 zur Wahl antraten, von Taylor finanziert. UNO-Generalsekretär Kofi Annan wies in einem Bericht vor dem UNO-Sicherheitsrat darauf hin, dass »sowohl ehemalige Kommandanten von Taylors Militär und Geschäftspartner als auch Mitglieder seiner politischen Partei regelmäßig Kontakt mit ihm pflegen und sich mit der Absicht tragen, den Friedensprozess zu unterminieren«. ¹⁸²

Taylors Verbleib in Nigeria sorgte in internationalen Kreisen für beträchtliche Bestürzung. Vor allem die USA drängten darauf, ihn nach Liberia zurückzuschaffen und im Sinne der in Sierra Leone erhobenen Anklage zur Rechenschaft zu ziehen, eine Forderung, die von Nigeria konsequent abgelehnt wurde. 2006 stellte die frisch gewählte liberianische Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf offiziell den Antrag, Taylor an Liberia auszuliefern. Obasanjo, der Gerüchten zufolge von Taylors Großzügigkeit profitiert hatte, erklärte sich widerwillig bereit und gab Ende März 2006 bekannt, »es stehe dem liberianischen Staat frei, den ehemaligen Präsidenten Taylor in Gewahrsam zu nehmen«. ¹⁸³

Taylor wartete nicht darauf, dass seine Landsleute handelten. In wallenden weißen Gewändern floh er in einem Jeep Cruiser mit Diplomatenkennzeichen von seinem Anwesen in Calabar. Im Fahrzeug befand sich Bargeld in mehreren Währungen. Er war unterwegs nach Kamerun, als man ihn in der Grenzstadt Gamborou, fast sechshundert Kilometer von Calabar entfernt, verhaftete. ¹⁸⁴ Taylor hat immer wieder beteuert, dass er nicht fliehen, sondern lediglich Urlaub im Tschad machen wollen; die nigerianischen Behörden seien darüber informiert gewesen. ¹⁸⁵ Wie auch immer, er wurde an der Grenze festgenommen und direkt nach Monrovia ausgeflogen. Dort setzte man ihn in einen Hubschrauber nach Freetown, wo man ihn in Haft nahm.

Während seiner gewalttätigen sechsjährigen Kleptokratie wurden zwischen 60000 und 80000 Liberianer getötet und zahllose Menschen misshandelt. Ganz besonders traumatisiert wurden die Kindersoldaten, die man zum Teil gezwungen hatte, ihre eigenen Eltern zu töten. ¹⁸⁶ Im weitgesponnenen Netz von Merex-Mitarbeitern war Charles Taylor zweifelsohne der korrupteste und brutalste, doch es war ein Netz, in dem sich ein Diktator wie er ausgesprochen wohlfühlte.

Kotau vor Bandar

Helen Garlick ist eine beeindruckende Erscheinung. Obwohl erst in den Fünfzigern, hat sie weißes, welliges Haar, das sanft ihre ausdrucksstarken, schönen Gesichtszüge umrahmt. Von ihrer Erscheinung und der Stimme her ist sie ganz britischer Landadel. Aber hinter dem vornehmen Charme verbirgt sich eine eiserne Entschlossenheit. Die streitbare Juristin ist Rechtsanwältin mit über dreißig Jahren Berufserfahrung, eine erfolgreiche Ermittlerin in Sachen Korruption und Betrug. Sie hat dem nigerianischen Staat bei den Ermittlungen gegen den ehemaligen Diktator Sani Abacha wegen Bereicherung im Amt zur Seite gestanden, sie war an den Ermittlungen der italienischen Behörden im Falle der Betrugsvorwürfe gegen Ministerpräsident Silvio Berlusconi beteiligt. Als »Head of Policy« bestimmte sie die strategische Ausrichtung des britischen Serious Fraud Office (SFO), der Strafverfolgungsbehörde für schwere Betrugsdelikte, bevor sie die erste Chefin der neugebildeten Anti-Korruptionseinheit in London wurde. In dieser Eigenschaft leitete sie die Ermittlungen im Fall des Al-Yamamah-Vertrags, die im Juli 2004 begannen.

Auf den größten Waffen-Deal aller Zeiten aufmerksam wurde das SFO, als Edward Cunningham, zuständig für die exklusive »Betreuung« und »Bewirtung« der in England weilenden Saudis, der Behörde 2001 Belege für eine gigantische Schmiergeldkasse bei der Waffenschmiede BAE Systems vorlegte. Das Verteidigungsministerium wies die Bedenken durch seinen Staatssekretär Sir Kevin Tebbit zurück. Richard Evans, Chef von BAE, hieß es, habe ihm versichert, es sei zu keinerlei Unregelmäßigkeiten gekommen. Dennoch gingen das SFO und das Dezernat für Wirtschaftskriminalität der Londoner Polizei den Hinweisen nach. Die Ermittlungen begannen mit der Befragung von Peter Gardiner und anderen Informanten und fanden ihren dramatischen Höhepunkt in der großangelegten Razzia in der BAE-Zentrale in Hertfordshire Ende 2004

der großangelegten Kazzia in der BAE-Zentrale in Herfordshire Ende 2004.

Als David Leigh und Rob Evans vom *Guardian* mit ihren Enthüllungen über BAEs verdeckte Zahlungen zum SFO kamen, handelte Garlick und ihr fünfzehnköpfiges Team blitzschnell. Man schickte Rechtshilfeersuchen in Länder rund um den Globus und beantragte und erhielt Einsicht in die Konten von BAE. Schnell wurde deutlich, dass man es hier mit einem komplexen System finanzieller Manipulationen zu tun hatte. Zu einem Durchbruch kam es Anfang 2006 mit der Verhaftung von Barry George, einem BAE-Mittelsmann, der heimlich 7 Millionen Pfund für das Arrangement eines bemerkenswerten Deals erhalten hatte: So wurden 2003 zwei ausgemusterte britische Fregatten nach Rumänien transferiert, deren Bau den britischen Steuerzahler nur vierzehn Jahre zuvor etwa 250 Millionen Pfund gekostet hatte. Das Verteidigungsministerium überließ sie BAE zu einem Schrottwert von 100000 Pfund pro Schiff. Die Firma erhielt von der rumänischen Regierung 116 Millionen Pfund für die Renovierung der Schiffe und einen lukrativen Wartungsvertrag.¹ Auf diesem Wege erfuhr die SFO, wie George sein Honorar erhalten hatte, nämlich über die Firmen Red Diamond und Poseidon, die eine Schlüsselfunktion einnahmen bei der Verteilung der Provisionen. Auf diesem Wege stieß man auch auf die enge Verbindung zu Prinz Bandar und anderen ranghohen Saudis.²

Von den ersten Tagen der Ermittlungen an war die Haltung der Regierung ambivalent. Sie folgte damit einem Schema, das sich bereits 1985 etabliert hatte, als es in einer parlamentarischen Anfrage um etwaige Kommissionszahlungen im Zusammenhang mit dem Al-Yamamah-Vertrag ging. Die Regierung wimmelte die Anfrage ab, indem sie sie ans National Audit Office (NAO), den britischen Rechnungshof, verwies, dessen Prüfung sich von 1989 bis 1992 hinzog. Der Bericht ist nie veröffentlicht worden und ist damit der erste – und bis dato einzige – geheime Bericht des Rechnungshofs.³ Versuche, den Bericht unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz einzusehen, wurden mit dem Hinweis auf die heiklen wirtschaftlichen und politischen internationalen Beziehungen abgeblockt. Einem Sprecher des Verteidigungsministeriums zufolge habe man den Bericht nicht veröffentlicht, um eine Vertraulichkeitsvereinbarung mit den Saudis nicht zu verletzen: »Der Bericht bleibt sensibel. Eine Offenlegung würde sowohl den internationalen Beziehungen schaden als auch den wirtschaftlichen Interessen des Vereinigten

Königreichs.«⁴ Eine interne Notiz für John Major für die Fragestunde im Parlament bestätigte, dass »der Rechnungshof das Engagement des Verteidigungsministeriums im Fall von Al-Yamamah überprüft, um die Einhaltung ordnungsgemäßer Buchführungsvorschriften zu gewährleisten. Das Verteidigungsministerium hat im Fall Al-Yamamah in der Tat neue Buchungsvorschriften eingeführt, um insbesondere die den Saudis garantierte Vertraulichkeit zu gewährleisten. Würde man den üblichen Regeln folgen, würden die Transaktionen mit den Saudis im Jahreshaushaltsbericht erscheinen, und das gilt es zu vermeiden.«⁵ Als das SFO und auch die Polizei 2003 und 2006 den NAO-Bericht einzusehen versuchten, sagte man ihnen, man habe den Bericht zurückgehalten aus Angst, die Saudis zu verärgern. Um an den Bericht zu kommen, zog das SFO sogar eine Durchsuchung des Rechnungshofs in Betracht.⁶

Der damalige Oberste Rechnungsprüfer, Sir John Bourne, sah sich nicht nur dafür kritisiert, dem Ansehen des NAO als einer unabhängigen Behörde zu schaden, man warf ihm auch einen Interessenkonflikt vor, da er während seiner Zeit im Verteidigungsministerium Leiter des Beschaffungswesens war und in dieser Eigenschaft von 1985 an am Al-Yamamah-Projekt beteiligt.⁷ Die fortgesetzte Unterdrückung von Bournes NAO-Bericht lässt darauf schließen, dass auch die nachfolgenden Regierungen fest entschlossen waren, die Wahrheit über Al-Yamamah nicht an den Tag kommen zu lassen.

Während der Ermittlungen des SFO traf der Chefberater der Regierung in Rechtsfragen, Generalstaatsanwalt Peter Goldsmith, der einen Platz am Kabinetttisch hat, mehrere Male mit Robert Wardle zusammen, dem kleinen, nervös wirkenden Direktor des SFO, und dem Chef des Betrugsdezernats im Verteidigungsministerium, um die Entwicklungen in dem Fall zu besprechen. Lord Goldsmith sollte eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung über das endgültige Schicksal der Ermittlungen spielen.

Praktisch vom ersten Augenblick an startete BAE eine gezielte Kampagne, mit dem Ziel, die Untersuchung zu stoppen. Man versicherte sich der Dienste der renommierten Anwaltskanzlei Allen & Overy, die ihrerseits einen Anwalt engagierte, der den Generalstaatsanwalt persönlich kannte. Dieser nutzte seine persönliche Beziehung zu Lord Goldsmith und suchte ihn zu Hause auf. Goldsmith behauptet später, sich diese »privaten und vertraulichen«

Annäherungsversuche verboten zu haben.⁸

Der Vorsitzende von BAE, Dick Evans, schrieb von sich aus einen Brief an den Kabinettssekretär Sir Gus O'Donnell, der seinerseits die Möglichkeit ansprach, mit den verschiedenen Ministerien zu konferieren, ob man die angehende Untersuchung nicht im Interesse der Öffentlichkeit fallenlassen solle.⁹ Der Justiziar der Firma, Michael Lester, schrieb im November 2005 an den Generalstaatsanwalt: »Jüngste Entwicklungen in dieser Untersuchung werfen unserer Ansicht nach ernsthafte Bedenken auf, das öffentliche Interesse des Falls betreffend, die Ihnen unserer Ansicht nach zur Kenntnis gebracht werden sollten, da sie von Relevanz bei Ihrer Ermessensausübung sein könnten.«¹⁰ Er bestätigte, dass er das Problem mit Sir Kevin Tebbit, dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, besprochen habe. In der Anlage des Schreibens fand sich ein vierseitiges Memorandum, in dem es hieß, das öffentliche Interesse diktiere, die Untersuchung sofort abzubrechen, da die Firma am 27. Juli 2005 aus freien Stücken eine »schriftliche Analyse der Rechnungsbelegungsbehandlung auf Grundlage der von Price Waterhouse Coopers und Allen & Overy, unseren Beratern in buchhalterischen respektive rechtlichen Fragen, vorgenommenen Prüfung« veröffentlicht habe. »Diese Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Kosten faktisch vom saudi-arabischen Kunden getragen wurden, gemäß den Bestimmungen des Vertrags mit dem Kunden.« Weiter heißt es in dem Memorandum: »Allen & Overy haben das SFO mehrfach angeschrieben mit der Bitte, eine rechtliche Basis für die Fortsetzung der Untersuchung zu nennen, da sich bei der Untersuchung keinerlei Hinweise auf strafbares Verhalten ergeben haben und das Ergebnis der Analyse dem SFO am 27. Juli 2005 zugegangen ist.«¹¹ Was BAE damit sagte, war: Wir haben noch einmal ganz gründlich nachgesehen und beim besten Willen nichts Unrechtmäßiges gefunden. Warum also sollte irgendjemand eine Untersuchung gegen uns führen?

Die Firma weigerte sich, wiederholten Aufforderungen des SFO zum Trotz, ihre Mittelsmänner zu nennen, und berief sich auf »schriftliche Vertraulichkeitszusicherungen seitens der Steuerbehörde sowie auf ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des Verteidigungsministeriums (Sir Kevin Tebbit) und dem damaligen Leiter der Steuerbehörde (Sir Nicolas Montagu), bei dem die streng vertrauliche Natur der Informationen erklärt wurde, die das Unternehmen

der Steuerbehörde übergeben soll.¹²

Das Memorandum verwies auf Tony Blairs jüngsten Besuch in Saudi-Arabien, seinen geplanten künftigen Besuch, »um die Beziehung zwischen den beiden Ländern zu festigen«, und seine Bemühungen, zusammen mit dem Verteidigungsministerium, »das Zustandekommen der zweiten Phase des Al-Yamamah-Abkommens« sicherzustellen.¹³ BAE fuhr fort:

Die geforderte Offenlegung der Informationen bezüglich Al-Yamamah gegenüber dem SFO würde von der Regierung Saudi-Arabiens als schwerwiegender Vertrauensbruch sowohl seitens des Unternehmens als auch der britischen Regierung gewertet werden. Nach Ansicht des Unternehmens bestünde im Falle einer Herausgabe dieser Informationen wenig Aussicht darauf, dass sie vertraulich bleiben, woraus sich eine Gefährdung der nächsten Phase des Al-Yamamah-Abkommens bezüglich der Instandhaltung von Flugzeugen des Typs Tornado und des Verkaufs von Flugzeugen des Typs Typhoon, wie sie zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Saudi-Arabiens vereinbart wurde.¹⁴

Kurz gesagt, der Rüstungskonzern war der Ansicht, dass die Herausgabe der Informationen im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen »dem öffentlichen Interesse« zuwiderlaufe, insofern es –

- 1.) zu einer ernsthaften Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Saudi-Arabiens führen würde, und das zu einem Zeitpunkt, da die britische Regierung und insbesondere der Premierminister die Beziehung zwischen den beiden Ländern im Rahmen der strategischen Ziele des Vereinigten Königreichs im Nahen Osten zu entwickeln versucht; und dass es
- 2.) das Vereinigte Königreich fast zwangsläufig um seinen größten Exportauftrag des letzten Jahrzehnts bringen würde, was entsprechende negative Auswirkungen auf die britische Wirtschaft im Allgemeinen und auf die Arbeitsmarktsituation im Vereinigten Königreich, aber nicht zuletzt auch in Kontinentaleuropa im Besonderen nach sich zöge.¹⁵

All dies, obwohl die Anti-Bestechungskonvention der OECD, zu deren Gründungsunterzeichnern Großbritannien gehört, in ihrem Artikel 5 ausdrücklich betont, dass die Regierungen sich bei ihren Ermittlungen von »nationalen wirtschaftlichen Interessen und von möglichen Auswirkungen auf die Beziehungen zu anderen Staaten« nicht beeinflussen lassen dürfen.¹⁶

Das Memorandum schloss: »Das Unternehmen glaubt nicht, dass es sich im Zusammenhang mit seinem Engagement für das Al-Yamamah-Abkommen und mit seinen Beziehungen zu (Passage gestrichen) etwas hat zuschulden kommen lassen, unbeschadet der Behauptung des SFO, es bestehe Grund zu dem Verdacht, es liege eine strafbare Handlung vor. Das SFO hat keinerlei Hinweis

auf den Grund seines Verdachts gegeben.«¹⁷

Das große Bedürfnis des Rüstungskonzerns nach Vertraulichkeit und heimlichen Absprachen illustriert ein Brief, den das Unternehmen an Lord Goldsmith richtete und mit »Streng vertraulich und geheim« überschrieb. Der Referent des Generalstaatsanwalts antwortete dem Unternehmen:

»Stellungnahmen, die Sie an Justizbeamte richten, sind grundsätzlich nicht als ›vertraulich‹ und ›geheim‹ zu betiteln. Der richtige Adressat Ihrer Stellungnahmen ist in jedem Fall das Serious Fraud Office. Entsprechend habe ich Ihren Brief und das Memorandum weitergeleitet an den Direktor des SFO.«¹⁸ BAE antwortete darauf: »Mit der Bezeichnung meines Schreibens an den Generalstaatsanwalt als geheim und vertraulich bin ich nur geschäftlichen Gepflogenheiten gefolgt. Gerne werde ich dieses Memorandum ohne diese Ausweisung noch einmal vorlegen.« BAE fuhr fort: »Die vorgebrachten Punkte in meinem Schreiben gelten im Wesentlichen Fragen des öffentlichen Interesses und der internationalen Beziehungen unseres Landes. Unter diesen Umständen kam ich zu dem Schluss, es wäre angemessen, meine Stellungnahme auf Ministerialebene vorzubringen. Meines Wissens ist der Generalstaatsanwalt der für das Serious Fraud Office verantwortliche Minister, dem entsprechend ging mein Schreiben an ihn.«¹⁹

Informanten zufolge waren Robert Wardle und Helen Garlick sowie Matthew Cowie, der leitende Ermittler in diesem Fall, außer sich, dass das Unternehmen, gegen das immerhin strafrechtlich ermittelt wurde, sich direkt an den Generalstaatsanwalt wenden wollte. Und sich gleichzeitig weigerte, einer schriftlichen Aufforderung zur Herausgabe von Informationen nachzukommen, die faktisch einer strafbewehrten Vorladung gleichkam – der »fünften Aufforderung« genau genommen, wie es einem Brief heißt, den Ermittler Cowie den Anwälten von BAE in nüchternen, aber durchaus deutlichen Worten schrieb:

Betreff: Ihr Fax von gestern, 15 Uhr ...

Sie verlangen vom SFO die eingehende Betrachtung und Berücksichtigung eines augenscheinlich nicht von Ihnen, sondern vom Unternehmen selbst verfassten Memorandums, dessen Adressat nicht das SFO ist, sondern der Generalstaatsanwalt und das an diesen geschickt wurde, ohne dem SFO eine Kopie zukommen zu lassen oder die Behörde auch nur von dieser Kontaktaufnahme in Kenntnis zu setzen. Der Abgabetermin für das in fünfter Aufforderung eingeforderte Schreiben in Papierform war gestern. Die auf den 14. Oktober datierte Aufforderung ging noch am selben Tag an Sie heraus. Das Memorandum ist auf den 7. November datiert, was einer grundsätzlichen Weigerung gleichzukommen

scheint, dieser fünften Aufforderung nachzukommen. Das Memorandum erhebt außerdem einmal mehr die Behauptung, dass es im öffentlichen Interesse läge, die Untersuchung des SFO samt und sonders abzubringen. Wie ich jedoch in meinem letzten Schreiben dargelegt habe, hatte Ihr Unternehmen in Gesprächen mit uns derlei Bedenken oder Einwände nie geäußert ...

Darüber hinaus wird kein Beweis für die Behauptung erbracht, dass das Nachkommen einer behördlichen Aufforderung (der nachzukommen das Unternehmen gesetzlich verpflichtet ist) als Vertrauensbruch seitens des Unternehmens gewertet werden könnte oder weshalb die Ausübung der dem SFO kraft Gesetz verliehenen Untersuchungsbefugnisse zu Recht als Bruch einer Vertrauenspflicht durch die britische Regierung gewertet werden könnte ...

Auf der Basis des Artikels 5 der OECD-Anti-Bestechungskonvention kann ich die Bedenken hinsichtlich eines Schadens für das öffentliche Interesse auf der Grundlage wirtschaftlicher Erwägungen, wie sie in dem Memorandum aufgeworfen werden, getrost als gegenstandslos betrachten. Wir unterliegen keinerlei Verpflichtung, uns in operativen Angelegenheiten mit anderen Regierungsstellen zu beraten; wir werden jedoch alle Stellungnahmen von jedweder Seite entgegennehmen und in Betracht ziehen, solange sie uns auf dem üblichen Dienstweg zugehen. Genau genommen braucht das SFO Erklärungen das öffentliche Interesse betreffend erst entgegenzunehmen, wenn es seine Untersuchung abgeschlossen hat. In so ernsten Angelegenheiten wie der vorliegenden jedoch würden wir einer direkten Information des SFO auch in dieser Phase nicht im Wege stehen. BAE hatte einen Monat Zeit, dem SFO entsprechende Informationen zukommen zu lassen, hat dies jedoch versäumt.²⁰

Das SFO-Team und der Generalstaatsanwalt trafen sich am 2. Dezember und einigten sich darauf, das weitere Vorgehen von dem Ergebnis einer sogenannten Shawcross-Befragung abhängig zu machen.²¹ Bei diesem, nach dem Juristen Sir Hartley, dem späteren Lord Shawcross, benannten Verfahren zur Beurteilung von Ermessensspielräumen, werden alle Behörden um Stellungnahmen zu den möglichen Folgen einer Prozesseröffnung gebeten. Auf diese Weise wollte das SFO sich einen Überblick über die Ansichten der Minister verschaffen, um etwaige relevante Bedenken in ihre Erwägungen mit einbeziehen zu können. In diesem Fall holte man die Meinungen des Premierministers ein, des Außen- und des Verteidigungsministeriums, des Industrie- und Handelsministeriums sowie des Innenministeriums und des Schatzamtes.²² Der Kabinettssekretär übermittelte dem SFO ein Schreiben des Premierministers, des Außenministers und des Verteidigungsministers, in dem Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der Untersuchung auf die »geschäftliche Bedeutung des Al-Yamamah-Abkommens« geäußert wurden. Das Schreiben sprach darüber hinaus die Möglichkeit an, dass die Untersuchung die Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung gefährden könnte. SFO-Chef Wardle äußerte aber, er sei »nicht überzeugt, dass man damit eine unmittelbare Gefährdung meine«.²³

In ihrer Bitte um Stellungnahme im Rahmen der Shawcross-Befragung hatten der Staatsanwalt und das SFO noch einmal ausdrücklich auf Artikel 5 der OECD-Anti-Bestechungskonvention hingewiesen (dass etwaige negative Auswirkungen auf die nationale Wirtschaft und auf die Beziehung zu anderen Staaten nicht berücksichtigt werden dürfen). Aus der Note des Staatssekretärs ging aber klar hervor, dass man das ignorierte: »Die Entscheidung darüber, ob es zu einer Anklage kommen sollte, liegt selbstverständlich ebenso im Ermessen des Generalstaatsanwalts und seiner Behörde wie die Entscheidung darüber, inwiefern die in Artikel 5 angesprochenen Umstände in der gegenwärtigen Situation zu berücksichtigen sind oder nicht. Wir unsererseits haben uns vorbehalten, sie in unsere Überlegung mit einzubeziehen.«²⁴

Und tatsächlich war denn auch sofort wieder von der »Bedeutung der Beziehung zu Saudi-Arabien« die Rede und davon, »dass das Al-Yamamah-Luftschutzprogramm, darunter das Upgrade-Programm für Tornado-Flugzeuge, ein Eckpfeiler dieser Beziehung ist«.²⁵ Speziell sprach man den Ankauf der nächsten Generation von Mehrzweckkampfflugzeugen, Eurofighter Typhoon, durch die Saudis an sowie die Bedeutung von Saudi-Arabien im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und betonte, dass britische Sicherheitsinteressen berührt würden, sollte die Untersuchung fortgesetzt werden. Die Note bezeichnete Saudi-Arabien mit seiner verlässlich moderaten Außenpolitik als Schlüsselland im Nahen Osten und schloss mit der Feststellung, dass das Land von größtem strategischen Interesse für das Vereinigte Königreich im Besonderen und für den Westen im Allgemeinen sei.²⁶

Während die Umfrageschreiben unterwegs waren, setzte das Ermittlungsteam des SFO seine Bemühungen, von BAE besagte Auskünfte über ihre Mittelsmänner zu bekommen, nachdrücklich fort. Am 7. Dezember 2005 riefen Matthew Cowie und Helen Garlick den Chefjustiziar von BAE, Michael Lester, an. Zwar war die Shawcross-Befragung noch im Gange, aber das sollte BAE nicht davon abhalten, dem SFO endlich die gewünschten Dokumente auszuhändigen. Doch Lester und BAE versuchten, Zeit zu gewinnen. Der Justiziar sagte ihnen, es gebe gute Gründe, die Befragung abzuwarten, und dass man erst noch eine weitere Stellungnahme abzugeben wünsche. Cowie und Garlick antworteten ihm, dass »es eingedenk der Tatsache, dass BAE unter Verdacht stehe, in diesem Stadium das Beste wäre, wenn sie das schriftlich tun

würden, und man wolle niemandem zu nahe treten, aber BAE sei ein Verdächtiger in einer strafrechtlichen Untersuchung und man könne den Stellungnahmen eines Verdächtigen hinsichtlich der Frage, ob die Fortsetzung einer Untersuchung im Interesse der Öffentlichkeit sei oder nicht, wohl kaum mehr Gewicht beimessen als denen eines Ministeriums«. ²⁷ Nichtsdestoweniger gestanden die Ermittler BAE mehr Zeit für die Lieferung der Dokumente über ihre Agenten zu.

Tags darauf schickte BAE dem SFO ein weiteres Memorandum, in dem man noch einmal betonte, dass es sich bei Al-Yamamah um ein Abkommen zwischen zwei Staaten handele und dass die Lieferung von Rüstungsgütern einen wichtigen Beitrag leiste zur Aufrechterhaltung guter politischer und strategischer Beziehungen. »Sie ist Symbol des gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden Ländern.« Aber darüber hinaus unterscheide sich die saudi-arabische Kultur auch erheblich von der westlicher Nationen – »insbesondere hinsichtlich eines größeren Respekts vor der Privatsphäre«. ²⁸ BAE wiederholte, dass die Aushändigung der gewünschten Dokumente einem Vertrauensbruch gleichkäme. Die »streng vertrauliche Natur« der Informationen werde dadurch unterstrichen, dass die Dokumente auch vom britischen Verteidigungsministerium als geheim eingestuft worden seien. Weiter hieß es: »Man muss sich darüber im Klaren sein, dass im Kontext einer sensiblen und strategischen zwischenstaatlichen Beziehung die beiderseitige Vereinbarung der Regierungen, dass gewisse Daten vertraulich zu bleiben haben, respektiert werden muss, ganz gleich, ob diese Vereinbarung nun rechtlich verbindlich ist oder nicht ... Die Sanktionen, die im Falle vermeintlicher Verstöße verhängt werden können, sind politischer wie ökonomischer Art. Es wäre ein Fehler, bei der Fortsetzung der Untersuchung einfach davon auszugehen, die saudische Regierung würde, nur weil keine rechtlich einklagbare Vertraulichkeitspflicht bestehe, eine Preisgabe von Informationen, die sie als vertraulich ansieht, nicht als Vertrauensbruch empfinden.« ²⁹

Will heißen: Wenn ein anderes Land wissentlich britisches Recht verletzt und dies gern als Privatsache behandeln möchte, dann soll Großbritannien über diese Verbrechen geflissentlich hinwegsehen. Von den offensichtlichen Implikationen für das britische Justizsystem und die Bedeutung der Rechtsprechung weltweit einmal abgesehen, besagt dies natürlich auch, dass die saudische Königsfamilie das Ausmaß ihrer Korruption und Verschwendung vor ihrem eigenen Volk zu

das Fiskus mit Korruption und Verschwendung vor ihrem eigenen Volk zu verbergen versucht. All dies focht BAE aber nicht an, sondern man betonte vielmehr, dass die politischen Freunde in der Regierung bald in Saudi-Arabien zu Besuch weilen werden, um weitere Geschäfte an Land zu ziehen:

Es sind Vorbereitungen für den Besuch des Verteidigungsministers in Saudi-Arabien am 19. Dezember getroffen. Im Verlauf dieses Besuchs stehen Gespräche des Verteidigungsministers mit dem König und dem saudischen Verteidigungsminister auf dem Plan, bei denen in Erweiterung des Al-Yamamah-Abkommens eine Absichtserklärung über den Ankauf von 72 Typhoons unterzeichnet werden soll. Die saudische Regierung hat bei der britischen Regierung bereits Beschwerde wegen der im November 2004 bekanntgegebenen Untersuchung des SFO geführt.³⁰

Matthew Cowie reagierte auf die Erklärung von BAE mit einem leidenschaftlichen Plädoyer, das er in einem Memo seinen Vorgesetzten zukommen ließ:

Das SFO muss im Falle von Straftaten ermitteln. Es hat berechtigten Grund zur Annahme, dass eine Straftat vorliegt. Es muss allen vernünftigen Spuren nachgehen und das im Rahmen unserer nationalen wie internationalen Verpflichtungen. Diese internationalen Instrumente sehen den Gesetzesvollzug unabhängig von wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen vor. Um irgendeine sinnvolle Wirkung zu haben, müssen sie auch angewandt werden, ungeachtet des Ernsts der angeführten Konsequenzen. Jede größere Untersuchung im Bereich von Rüstungsaufträgen birgt die Möglichkeit ökonomischer und politischer Konsequenzen. Aus ebendiesem Grund haben derlei Überlegungen bei unabhängigen Ermittlungen letztendlich keine Rolle zu spielen ...

Hat das Kabinett wirklich dem Umstand in vollem Maße Rechnung getragen, dass die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit von SFO und Polizei, die Rolle der Zentralregierung, dass sie alle in Verruf kommen könnten, wenn bekannt wird, dass eine Untersuchung des SFO vorzeitig abgebrochen wurde?³¹

Unter diesen Vorzeichen trafen sich denn auch das SFO, der Generalstaatsanwalt und Kriminalkommissar Robert Allen von der Polizei des Verteidigungsministeriums, am 11. Januar 2006 mit BAE. Bei der etwas frostigen Begegnung stellten Helen Garlick und Robert Wardle klar, dass sie sich der Argumente von BAE voll bewusst seien, bekräftigten aber noch einmal die Bedeutung der Bekämpfung von Korruption und die Verpflichtung der Regierung, sich dabei an die Artikel der OECD-Konvention zu halten. Außerdem verwiesen sie auf den Schaden, den der Ruf des SFO und auch Großbritanniens nehmen könnten, würde man die Sache einfach fallenlassen. In diesem Sinne äußerte sich der bärbeißige Kommissar Allen. Das SFO stellte klar, dass es die Bemühungen, die Strafverfolgung zu verhindern, als Versuch

wertete, das Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung zu umgehen. Was das öffentliche Interesse angehe, so äußerte Robert Wardle, dass er trotz allem die weitere Verfolgung des Falls für vordringlich halte – und erneuerte daher die Forderung gegenüber BAE, die Dokumente herauszugeben. Nach diesem Treffen entschloss sich Generalstaatsanwalt Goldsmith, die Fortführung der Untersuchung zu erlauben,³² die denn auch einige Monate ungehindert verlief.³³

Im Mai 2006 kam dann der Tiefschlag. Völlig überraschend teilte der Generalstaatsanwalt dem SFO seine neueste Erkenntnis mit, dass laut britischem Recht niemand nach dem Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung verurteilt werden kann, wenn nicht der ursprüngliche Auftraggeber erkläre, dass die Zahlung an einen Vermittler von ihm nicht autorisiert gewesen sei. Die OECD hatte Großbritannien bereits früher gedrängt, diese Gesetzeslücke zu schließen; dass man es noch nicht getan hatte, erwies sich jetzt als fatal.³⁴ Der Druck auf die Ermittler wuchs. Bis in den Herbst hinein pochte Lord Goldsmith darauf, dass ein solcher Beweis erbracht werden müsse, und Garlick und Cowie zerbrachen sich den Kopf darüber, wie ein solcher überhaupt zu erbringen sei. Es hieße die Bestochenen zu fragen, ob sie rechtmäßig bestochen worden waren oder nicht.³⁵

Am 29. September 2006 legte das Kabinettsbüro dem Generalstaatsanwalt eine weitere Stellungnahme vor, in der man das Thema Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung ansprach und noch einmal nachdrücklich auf die finanziellen Auswirkungen eines Verlusts des Typhoon-Auftrages verwies.³⁶ Tags darauf gab der Generalstaatsanwalt das Schreiben an SFO-Chef Wardle weiter, der überzeugt war, dass Goldsmith trotz allem hinter der Untersuchung stand.

In einer hitzigen internen Sitzung des SFO am 30. September, besprach man die Rückmeldungen des Kabinettsbüros auf die Shawcross-Befragung. Helen Garlick stellte noch einmal klar, das Argument des vermeintlichen Vertrauensbruchs könne sie nicht akzeptieren.³⁷ Sie verwies darauf, dass die Untersuchung bis dato weder wirtschaftlich noch sonstwie negative Folgen gezeitigt habe – und selbst wenn dem so wäre, sei es die Pflicht des SFO, in Fällen von Korruption zu ermitteln.³⁸ Sie zählte die Bedenken und Gefahren auf, die man heraufbeschworen hatte: dass man ihnen den Ölhahn abdrehen würde, dass man Aufträge zurückziehen werde, dass die Friedensgespräche im Nahen

Osten ins Stocken geraten könnten, dass die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit eingestellt werden würde. All diese Argumente, so Garlick, waren ganz offensichtlich nur vorgeschoben worden, um die Untersuchung zu stoppen. Sie gab ihrer Überraschung darüber Ausdruck, dass man derartige Bedenken nicht bereits ein Jahr früher vorgebracht hatte, und fragte, ob die Drohungen der Saudis wirklich glaubwürdig seien. Sie schloss mit der Bemerkung, dass die angeforderten Informationen nun aber wirklich überfällig seien.³⁹ Ihre Empörung und ihre Enttäuschung waren groß, das spürten die Teilnehmer der Sitzung deutlich, aber ihre Entschlossenheit war ungebrochen.

Im November 2006 bat Jack Straw, Fraktionsführer der Labour-Partei im Unterhaus, um ein Treffen mit dem Generalstaatsanwalt; er wollte mit ihm über den Fall BAE sprechen. Der frühere Innenminister und spätere Außenminister war als vehementer Förderer von BAE bekannt; sein Wahlkreis Blackburn ist das Zuhause zahlreicher Mitarbeiter des Rüstungskonzerns.⁴⁰ Die Führungsriege von New Labour kochte ganz offensichtlich etwas auf, das war nicht zu übersehen. Im selben Monat traf sich der britische Botschafter für Saudi-Arabien, Sherard Cowper-Cowles, mit Robert Wardle und seinen Mitarbeitern des SFO sowie dem Bürochef des Generalstaatsanwalts und Mitgliedern aus Kabinett und Außenministerium. Es war das erste von drei Treffen zwischen dem Büro des Generalstaatsanwalts und dem Botschafter innerhalb von zwei Monaten; Lord Goldsmith war beim letzten dieser Treffen am 12. Dezember ebenfalls dabei.⁴¹

Gegen Ende 2006 wurde auch die öffentliche Kampagne von BAE gegen die Ermittlungen wieder massiver, sodass man im SFO sogar in Erwägung zog, BAE einen Deal vorzuschlagen.⁴² Dick Evans sollte sich relativ geringfügiger Vergehen im Zusammenhang mit den Schmiergeldkassen für schuldig bekennen, dafür würde man die peinlicheren Anklagepunkte der Zahlungen gigantischer Summen an Prinz Bandar, Muhammed Safadi und Wafic Said fallen lassen.⁴³ Trotz steigenden Drucks von außen fand sich jedoch nicht genügend Rückhalt für diesen Plan.

Im November hatte die *Daily Mail* berichtet, die Saudis drohten die diplomatischen Beziehungen abubrechen, falls Downing Street die Untersuchung nicht stoppte.⁴⁴ Einige Tage später las man in dem Blatt die Schlagzeile, es stünden 50000 britische Jobs auf dem Spiel.⁴⁵ Zum Monatsende

erklärte BAE öffentlich, der Eurofighter-Deal liege auf Eis; die *Financial Times* zitierte BAE-Vorstand Mike Turner mit den Worten: »Wir wollen uns nicht in die Justiz einmischen, aber wir wollen eine Lösung sehen. Das alles schadet unserem Geschäft.«⁴⁶ Am 30. November sagte der Tory Michael Jack, Abgeordneter für Fylde, wo eine große BAE-Fabrik ansässig ist, vor dem Unterhaus, die Untersuchung des SFO blockiere die Verhandlungen. »Wie der Kollege Straw von den in der Luft-und Raumfahrt Beschäftigten seines Wahlkreises wohl wissen wird«, sagte er, »bietet das im Augenblick großen Anlass zur Sorge, da sich die gegenwärtige Untersuchung allem Anschein nach auf wichtige Verhandlungen auswirkt.« Straw lobte Jack ausdrücklich: »Ich kann der Art und Weise, wie er die Interessen der britischen Luft-und Raumfahrtindustrie vertritt, nur Beifall zollen ... Ich werde seine Bemerkungen meinem geschätzten Freund, dem Generalstaatsanwalt, übermitteln.«⁴⁷

Im Dezember berichtete der *Daily Telegraph*, die Saudis hätten Großbritannien zehn Tage gegeben, um den SFO-Ermittlungen Einhalt zu gebieten, sonst würde ein Nachfolgevertrag zu Al-Yamamah nicht zustande kommen.⁴⁸ Die *Sunday Times* mischte sich ein mit der Meldung, dass lokale Abgeordnete bei Tony Blair vorstellig werden wollten.⁴⁹ Der Rüstungsrat, dem der Rolls-Royce-Chef Sir John Rose vorsah, gab bekannt, dem Industrie-und Handelsminister, Alistair Darling, schreiben zu wollen.⁵⁰

Die treibende Kraft hinter dieser Medienkampagne war Timothy Bell, der bereits Margaret Thatcher bei Al-Yamamah beraten hatte und auch später, als es hieß, Mark Thatcher bekomme Aufträge aus Oman, seitdem die Eiserne Lady das Land besucht hatte.⁵¹ Nach dem Sturz der konservativen Regierung arbeitete Bell unter anderem für den malaysischen Ableger der General Electronic Company (GEC), die in die Kontroverse um den Pergau-Damm verwickelt war, bei dessen Bau britische Entwicklungshilfe mit Rüstungslieferungen an Malaysia in Höhe von 1,3 Milliarden Pfund gekoppelt waren.⁵² In einem Interview, in dem es um Al-Yamamah ging, sagte er:

Es erregt immer Verdacht, wenn derart viel Geld im Spiel ist. Natürlich reagieren die Leute argwöhnisch, und natürlich haben die Leute ein Recht auf ihren Argwohn, aber es gibt einen Unterschied zwischen Verdächtigungen und Fakten. Also ich persönlich finde, wenn die britische und die saudische Regierung in aller Offenheit einen Vertrag über Waffenlieferungen abschließen, der in Großbritannien Arbeitsplätze und Wohlstand schafft und der es den Saudis ermöglicht, sich selbst zu verteidigen, dann ist das ein guter Vertrag.⁵³

Die Untersuchung des SFO tat er mit einem »alles Quatsch« ab und behauptete, es gebe keinen glaubhaften Beweis für Bestechungen.⁵⁴

Bells Parolen passten zu den Zahlen, mit denen in den entsprechenden Medien herumgeworfen wurde – 100000 Arbeitsplätze, so war zu lesen, stünden wegen der Untersuchung des SFO auf dem Spiel.⁵⁵ Die Zahlen waren völlig aus der Luft gegriffen. Die Schätzung des Verteidigungsministeriums, die in der Shawcross-Befragung genannt wurde, sprach von 10 bis 15000 britischen Arbeitsplätzen bei BAE und Subunternehmern sowie von 2000 für Briten in Saudi-Arabien, die von dem Al-Yamamah-Abkommen lebten.⁵⁶ An der Uni York sprach man hingegen von nur 5000 britischen Arbeitsplätzen.⁵⁷ Die künstlich aufgeblasenen Zahlen taten jedoch ihre Wirkung, als man Abgeordneten und Gewerkschaftern sagte, sie sollten sich wegen der durch die Untersuchung gefährdeten Jobs in der Downing Street beschweren.⁵⁸

Tatsächlich standen die Saudis kurz davor, den geplanten Nachfolge-Vertrag von Al-Yamamah zu unterzeichnen, der den schönen Namen »Al-Salam« erhalten sollte. (»Salam« heißt bekanntlich »Friede«; in Waffenhändlerkreisen liebt man es zynisch.) Al-Salam sieht den Verkauf von 72 Eurofightern vor, Mehrzweckkampfflugzeugen vom Typ Typhoon, für über 4,43 Milliarden Pfund. Die Einzelheiten des Vertrags sind geheim, und sein tatsächlicher Wert dürfte womöglich noch weit höher liegen, da die 4,43 Milliarden nur den Preis für die Flugzeuge beinhalten, nicht aber Ausbildung, Dienstleistungen und Wartung. Einigen Schätzungen zufolge beläuft der Wert des Deals sich möglicherweise auf 40 Milliarden Pfund.⁵⁹ Ausgehandelt wurde der Deal am 21. Dezember 2005, unterzeichnet im September 2007.⁶⁰ Es handelt sich wie im Fall von Al-Yamamah um ein zwischenstaatliches Handelsabkommen mit BAE als Hauptlieferanten. Bezahlt wird diesmal jedoch nicht in Öl, sondern in bar aus der Kasse des saudischen Verteidigungsministeriums. Die ersten 24 Flugzeuge sollen im BAE-Standort in Warton, Lincolnshire, gebaut werden, die anderen 48 in Saudi-Arabien⁶¹ von einem Konsortium, zu dem auch EADS in Deutschland und Spanien gehört und Alenia Aerospazio in Italien.⁶²

Der Eurofighter war ursprünglich als Gemeinschaftsproduktion von Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien für den Luftkampf mit sowjetischen Flugzeugen konzipiert worden. Mit dem Ende der Sowjetunion verlor das Projekt begreiflicherweise an Schwung, dafür stiegen die Kosten in

astronomische Höhen. Der britische Teil wird wenigstens 20 Milliarden Pfund kosten,⁶³ 13 Milliarden mehr als ursprünglich geplant.⁶⁴ Das entspricht 350 Pfund pro Kopf der englischen Bevölkerung und 1,1 Million Pfund pro Arbeitsplatz, der durch das Projekt erhalten worden sein dürfte. Das Projekt hat dreißig Jahre gebraucht, zehn Jahre länger als vorhergesagt.⁶⁵ Es ist eine schwere finanzielle Belastung für den britischen Staatshaushalt und ist überdies für eine weltpolitische Situation konzipiert, die sich erledigt hat. Wie der ehemalige Verteidigungsminister Alan Clark unumwunden erklärte: Der Eurofighter sei »faktisch voller Mängel und veraltet. Eine reichlich kostspielige Art, Leute mit der Herstellung von löchrigen Eimern zu beschäftigen.«⁶⁶ Großbritannien ist verzweifelt bemüht, den Eurofighter zu verkaufen, da das Land sich zur Abnahme einer bestimmten Stückzahl der Maschinen verpflichtet hat und mit erheblichen Konventionalstrafen rechnen müsste, wenn es die Bestellungen kippt; und im Beschaffungsbudget des britischen Verteidigungsministeriums klafft derzeit eine Finanzierungslücke von 36 Milliarden Pfund.⁶⁷

Die beiden Handelsabkommen, Al-Yamamah sowie der Eurofighter-Vertrag (Al-Salam), erhalten seit Jahrzehnten fast exklusiv die britische Rüstungsindustrie am Leben. Militärexporte nach Saudi-Arabien machten zwischen 1997 und 1999 62 Prozent aller britischen Rüstungsexporte aus. Zwischen 1987 und 1991 waren es 73 Prozent.⁶⁸ Wie Mike Turner, der damalige Aufsichtsratsvorsitzende von BAE 2005 kurz vor einem Besuch Tony Blairs in Riad sagte: »Ziel ist, die Typhoons nach Saudi-Arabien zu bekommen. Wir haben während der letzten zwanzig Jahre 43 Milliarden Pfund verdient, und es sind noch weitere 40 Milliarden Pfund drin.«⁶⁹

Trotz dieser Abhängigkeiten geriet der Al-Salam-Deal ins Sperrfeuer der Kritik: Er verstoße nicht nur gegen internationale Menschenrechtsvereinbarungen, sondern auch gegen den EU-Verhaltenskodex für Waffenexporte. Eine Studie kam zu dem Schluss, dass »die britische Regierung nach Beweislage durch ein Geschäft dieser Größenordnung mit Saudi-Arabien in elementarer Weise eine Reihe von Kriterien des EU-Kodex unterminieren würde. Das wirft wichtige Fragen hinsichtlich des tatsächlichen Interesses der Regierung an einer konsequenten Implementierung des von ihr unterzeichneten Kodex auf.«⁷⁰

Der kurze Flirt von »New Labour« mit einer ethischen Außenpolitik scheint

längst vergessen. Die Regierung machte sich zum großen Verfechter des Al-Salam-Deals. Zu diesem Zweck wies die Außenministerin Margaret Beckett einige hohe Diplomaten an, Robert Wardle die Fortsetzung der Untersuchung auszureden: »Wardle bekam zu hören, dass die Saudis sehr aufgebracht über seine anhaltenden Untersuchungen seien und dass es hier um Sicherheit gehe, um Terrorismus und um die ganze Zukunft des Nahen Ostens.«⁷¹

Die Saudis standen in ständiger Verbindung mit der britischen Regierung wegen der SFO-Untersuchung, hauptsächlich über die Exportbehörde DESO im Verteidigungsministerium und den britischen Botschafter in Saudi-Arabien, Cowper-Coles. Im September 2006 schrieb der Botschafter in einem Brief an Peter Ricketts in der Downing Street:

Ich erinnere mich an einige Unterredungen am Rande der Treffen und möglicherweise bei ein oder zwei anderen Gelegenheiten (z.B. während des Besuchs von Prinz Charles im März dieses Jahres) mit einem hohen Vertreter der saudi-arabischen Regierung (vermutlich Bandar; A. F.), in denen es um die Untersuchung des SFO ging ... Ich erinnere mich, dass der saudische Vertreter den Eindruck erweckte, er verfüge über eigene Informationen in dieser Sache. (So sagte er einmal von sich aus, soweit er wisse, könnte die Untersuchung abgebrochen werden, da sie doch erwiesenermaßen nicht im öffentlichen Interesse sei.) Ich erinnere mich, ihm mehr als einmal gesagt zu haben, dass die Verantwortlichen in London sehr genau wüssten, wie ernst die Angelegenheit sei, und dass wir daran arbeiteten, die Justizbehörden davon zu überzeugen. Aber ich habe auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Untersuchung nicht in unseren Händen liege und dass es keine Garantien gäbe. Das Gespräch hinterließ einen zwiespältigen Eindruck bei mir, weil der Vertreter der saudischen Regierung bezüglich der SFO-Untersuchung optimistischer war, als er angesichts der mir bekannten Faktenlage hätte sein sollen. Ich gestehe, mich wenigstens einmal gefragt zu haben, ob ich mehr hätte tun sollen, um ihn von seinem Irrtum zu befreien. Aber er hat immer den Eindruck vermittelt, er habe seine eigenen Informationen und bediene sich meiner nur, um London zu übermitteln, wie besorgt er sei.⁷²

Prinz Bandar setzte sich für die Einstellung der Untersuchung ebenso vehement wie rücksichtslos ein. So war es angeblich Bandar, der den Briten die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit aufzukündigen drohte, und zwar bei einem Treffen mit Blair und seinem Stabschef Jonathan Powell im Juli 2006. »Bandar kam in die Downing Street und sagte: ›Sorgen Sie dafür, dass das aufhört.‹ Bandar ließ Powell wissen, dass er sehr wohl wisse, dass das SFO sich Schweizer Bankkonten ansehe ... Wenn das nicht aufhöre, dann würde man den Typhoon-Auftrag stoppen und sowohl die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit abbrechen als auch die diplomatischen Beziehungen.«⁷³ Er traf sich angeblich auch in London mit Blair, im Dezember 2006, um auch ihm mit

der Aufkündigung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit zu drohen.⁷⁴ Und im Monat zuvor hatte er demonstrativ Paris besucht, um über den Ankauf von Rafale-Jets zu beraten – natürlich um der britischen Regierung Druck zu machen; die Saudis hatten nicht die geringste Absicht, französische Jets zu kaufen.⁷⁵

Am 8. Dezember ließ Tony Blair Robert Wardle über die Staatsanwaltschaft ein vertrauliches Schreiben zukommen, in dem vom »realen und unmittelbaren Risiko eines Kollapses der Zusammenarbeit auf sicherheitstechnischer, nachrichtendienstlicher und diplomatischer Ebene zwischen Großbritannien und den Saudis« und »kritischen Problemen für die Verhandlungen über den Typhoon-Vertrag« die Rede war.⁷⁶ Es gab eine Anlage zu diesem Schreiben, in der es hauptsächlich um die Frage des Terrorismus in Saudi-Arabien und die britische Rolle bei der Sicherung der Öl-Lieferungen ging; von einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr für Großbritannien ist dort nicht die Rede.⁷⁷ Eine zweite Anlage befasste sich mit der Rolle Saudi-Arabiens in der Nahostpolitik und ihre Bedeutung für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess, aber auch hier ist mit keinem Wort von einer Gefahr für Großbritannien die Rede.⁷⁸ Selbst der Geheimdienst MI6 wandte sich erstaunlicherweise gegen Blairs Angstmache und wollte auf Befragen der OECD nicht bestätigen, dass man »diese sicherheitstechnische Einschätzung geteilt habe«.⁷⁹

Einige Tage später teilte Lord Goldsmith Tony Blair mit, ein Stopp der Untersuchung aufgrund der saudischen Ankündigung, die Zusammenarbeit zu beenden, »würde ein schlechtes Licht auf unser Rechtswesen werfen, außerdem würde es aussehen, als gäben wir Drohungen nach«.⁸⁰ Der Premierminister antwortete darauf, »seiner Ansicht nach ginge es hier um übergeordnete Interessen: Eine Fortsetzung der Untersuchung würde zum Ende der Zusammenarbeit zwischen den Saudis und Großbritannien führen.« Obwohl der Premierminister einräumte, dass ein Stopp der Ermittlungen genauestens überlegt sein wolle, machte er klar, »dass in diesem Fall nationale Interessen Vorrang hätten und die Bevölkerung dies auch einsehen würde.«⁸¹

Am 13. Dezember 2006 wurden Robert Wardle und Helen Garlick zum Generalstaatsanwalt einbestellt. Die Stimmung war frostig. Den Ermittlern wurde mitgeteilt, es gebe nicht genügend Beweise für eine Fortsetzung der Untersuchung und dass man sich des öffentlichen Interesses wegen gezwungen

sehe, die Ermittlungen einzustellen. Wardle hielt seine Wut nicht zurück und wehrte sich gegen die Behauptung, es gebe nicht genügend Beweise. Er versuchte Zeit zu gewinnen, um sich mit dem Anwalt des SFO, Timothy Langdale, zu beraten. Der Generalstaatsanwalt wandte sich an Garlick mit der Frage, ob sie die Terrorbedrohung denn gar nicht sehe:

Der Generalstaatsanwalt fragte mich nach meiner Meinung in der Sicherheitsfrage. Ich sagte, das SFO hätte zu keinem Zeitpunkt die Untersuchung in Sachen BAE über die Interessen nationaler und internationaler Sicherheit zu stellen versucht. Wir sind ausschließlich dazu da, das Recht und die Beweislage in diesem Fall zu beurteilen. In Sicherheitsfragen müssen wir uns den Bewertungen anderer beugen. Das SFO hatte Informationen aus erster Hand nur vom britischen Botschafter. Wir gingen davon aus, dass der Generalstaatsanwalt bessere Informationen habe, Informationen von Geheimdiensten. Bei dem Treffen im Außenministerium, bei dem auch Jonathan Jones zugegen war, hatte man uns gesagt, es stünde »das Leben britischer Bürger, hier auf unseren Straßen« auf dem Spiel. Falls dies zu einem weiteren 7. Juli führen würde, wie stünden wir dann da, ganz gleich, ob unsere Untersuchungen nun von Erfolg gekrönt sein würden oder nicht?⁸²

Man sprach über die Implikationen einer Einstellung der Untersuchung, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Ermittlungsbehörden in den USA und der Schweiz auf eigene Faust weiter ermitteln könnten, was für die britische Regierung ausgesprochen peinlich hätte werden können. Der Generalstaatsanwalt bat Wardle und Garlick, sich nach den Positionen der Amerikaner und der Schweizer zu erkundigen. Goldsmith ließ bei diesem Gespräch aber auch durchblicken, dass er den Fall weiter prüfen werde und sich gegebenenfalls hinter die SFO stellen werde, wenn er sehe, dass es eine Chance für eine Anklage gebe.⁸³ Auf Anfrage sagte er dazu:

Nach eingehender Betrachtung aller Meinungen hinsichtlich des Aspekts des öffentlichen und strategischen Interesses in diesem Fall, kam der Direktor des SFO unabhängig zu dem Schluss, dass eine Fortsetzung der Untersuchung aufgrund der Risiken für die nationale und internationale Sicherheit nicht im Interesse der Öffentlichkeit liege. Er übermittelte diese Ansicht am 13. Dezember 2006 dem Generalstaatsanwalt und bestätigte seine Entscheidung nach reiflicher Überlegung dem Amt des Generalstaatsanwalts am 14. Dezember 2006.⁸⁴

Nach Ansicht mehrerer gut unterrichteter Informanten hatte SFO-Chef Wardle einfach keine andere Wahl. Er wurde von Goldsmith eingeschüchtert, der sehr arrogant und respektlos auftreten konnte. Wie es heißt, hatten die Ermittlern irgendwann zu hören bekommen, man habe »im Kabinettsbüro« über das Schicksal der Untersuchung entschieden; später lautete die Sprachregelung dann

wieder korrekt »im Büro des Generalstaatsanwalts«. Wenn dem tatsächlich so war, dann geht daraus klar hervor, dass die Exekutive den Anklägern sagte, was sie zu tun und zu lassen hätten.

Dieselbe Quelle äußerte die Ansicht, dass »Goldsmith die ganze Zeit über genau wusste, was er tat – er folgte der Stimme seines politischen Herrn. Es war ihm zu keinem Zeitpunkt ernst damit, die Untersuchung fortsetzen zu wollen.« Tatsächlich wollte Goldsmith unbedingt Mängel an der Untersuchung aufzeigen, um sich nicht auf die nationale Sicherheit berufen zu müssen. Nur weigerte sich das SFO, sich von ihm einen soliden, gründlich vorbereiteten Fall kaputtmachen zu lassen.⁸⁵

Am folgenden Morgen kam es zu einem Treffen zwischen dem Generalstaatsanwalt, seinem Stellvertreter, den Chefs der Geheim- und Nachrichtendienste sowie dem Staatssekretär für die Geheimdienste im Kabinettsbüro, um über die möglichen Konsequenzen einer Aufkündigung der Zusammenarbeit der Saudis mit Großbritannien zu sprechen. Der Generalstaatsanwalt behauptete, »keiner der zu Rate Gezogenen widersprach der allgemeinen Einschätzung, dass die Drohungen der Saudis ernst zu nehmen seien. Nach Ansicht des Chefs von MI6 bestand durchaus die Möglichkeit, dass die Saudis ihre Kooperation aufkündigen, falls die Untersuchung des SFO fortgesetzt würde, und sie könnten sich dazu jederzeit entschließen.«⁸⁶ Außerdem kam er zu dem Schluss, dass eine Anklage gegen BAE unmöglich sei angesichts der Tatsache, dass man »Beweise beibringen müsse, um die Behauptung zu widerlegen, dass die Zahlungen durch BAE von der saudischen Regierung oder in ihrem Namen genehmigt worden seien«.⁸⁷

Am 14. Dezember um 17 Uhr 21 gab der Generalstaatsanwalt bekannt, man werde die Untersuchung in Sachen Al-Yamamah-Waffenvertrag einstellen.⁸⁸ Die Bekanntgabe dieser Entscheidung fiel auf den – medientechnisch günstigen – Tag vor der angekündigten Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts über den Tod von Prinzessin Diana. Nach Bekanntgabe der Entscheidung stieg der Wert der BAE-Aktie, die unter den Ermittlungen gelitten hatte, sprunghaft an.⁸⁹ Robert Wardle, dessen Gesuch auf Erneuerung seines Vertrags als Direktor des SFO auf dem Schreibtisch des Generalstaatsanwalts gelegen hatte, sah sich mit einer Verlängerung seines Dienstverhältnisses um ein Jahr »belohnt«.

Der *Guardian* schrieb damals über Tony Blair: »Für einen Premierminister,

der von seinem Vorgänger wegen eines Waffengeschäfts sagte, ›er versinke in Schande‹, und der versprochen hatte, seiner Amt ›sauberer als sauber‹ zu führen, war der gestrige Tag ein trauriger und beschämender Tag.«⁹⁰

Selbst John Scarlett, der unrühmliche Bekanntheit vor allem wegen seiner Manipulation des Dossiers über »mögliche« Massenvernichtungswaffen im Irak erlangt hatte und dafür später zum Chef des britischen Secret Service MI6 befördert wurde – selbst Scarlett bezweifelte öffentlich, dass sich diese Entscheidung mit der Berufung auf die Staatssicherheit rechtfertigen ließ.⁹¹

Tony Blair, der seine Rolle bei der Einstellung der Untersuchung nie herunterzuspielen versuchte,⁹² hat dem Druck eines korrupten und undemokratischen Verbündeten nachgegeben und damit den Ruf und das Ansehen Großbritanniens in der ganzen Welt beschmutzt. Peinlich für die Regierung Blair war, dass die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD eine Untersuchung einleitete, ob Großbritannien damit gegen die Anti-Bestechungskonvention verstoßen habe. Im März 2007 demütigte die OECD die britische Regierung durch die Entsendung von Inspektoren, die feststellen sollten, weshalb man die Untersuchung abgebrochen hatte und warum es in Großbritannien seit Übernahme der Anti-Bestechungskonvention in britisches Recht noch zu keiner einzigen Anklage gekommen war.⁹³ Die britische Regierung setzte sich ihrerseits zur Wehr und erreichte – hinter den Kulissen – die Amtsenthebung des Chefs der Anti-Bestechungskommission des OECD!⁹⁴ Lord David Chidgey konnte nicht umhin, im Oberhaus zu bemerken, dass »Großbritannien zum Gespött der OECD geworden« sei, und sagte, dass »dringend etwas getan werden muss, um den Glauben an die britische Justiz wiederherzustellen«.⁹⁵

Die Nachricht, dass der Bruder von Tony Blairs Stabschef Jonathan Powell, Charles Powell, von BAE als Lobbyist angeheuert worden war, um den Ermittlungs-Stopp zu erwirken, verstärkt den Eindruck, dass äußerst ungute Seilschaften am Wirken waren.⁹⁶ Ein Sprecher der Downing Street bestand darauf, dass Jonathan Powell über den SFO-Fall zu keiner Zeit mit seinem Bruder gesprochen habe. »Der Umstand, dass sie Brüder sind, ist deshalb völlig irrelevant.«⁹⁷

Blairs Behauptung, dass die Bevölkerung die sicherheitspolitischen Erwägungen

der Regierung gewiss nachvollziehen werde, wurde nicht von allen geteilt. Die Campaign Against the Arms Trade (CAAT) und The Corner House, eine Bürgerinitiative für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, schrieben der Regierung unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entscheidung, die Einstellung der Ermittlungen sei ungesetzlich, und forderten die Wiederaufnahme. Im Januar 2007 bekam Tony Blair ein von hundertvierzig Bürgerinitiativen aus siebenunddreißig Ländern gemeinsam verfasstes Schreiben, das gegen die Entscheidung protestierte und auf die fatalen Auswirkungen von Korruption auf nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte hinwies.⁹⁸

Selbst Teile der britischen Wirtschaft sprachen sich gegen die Entscheidung aus. Hermes, Großbritanniens größte Pensionskasse, schrieb an den Premierminister, die Entscheidung bedrohe Großbritanniens Ruf als führendes Finanzzentrum, auf lange Sicht würden Geschäfte und Märkte sie teuer bezahlen.⁹⁹ F&C Asset Management, eine Firma, die über 100 Milliarden Pfund verwaltet, beurteilte die Entscheidung ebenfalls als schlecht fürs Geschäft. In einem Brief von F&C an die Regierung hieß es:

Für Langzeitinvestoren, so glauben wir, verzerren und destabilisieren Bestechung und Korruption die Märkte, sie setzen Unternehmen Haftungsrisiken aus, benachteiligen nichtkorrupte Unternehmen und reduzieren für Investoren auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten die Transparenz ... Es besteht die Gefahr, dass die jüngste Handlungsweise der Regierung als Unterminierung der konsequenten Anwendung von britischem nationalem Recht auf korrupte Praktiken aufgefasst werden könnte, und das in einer Zeit, da eine breitere Übernahme der OECD-Konvention Wurzeln zu fassen beginnt.¹⁰⁰

Im November 2007 wurde einem Antrag von CAAT und The Corner House auf eine umfassende gerichtliche Überprüfung der Angelegenheit durch den Obersten Gerichtshof stattgegeben. Die Bürgerinitiativen hatten argumentiert, die Entscheidung, die Untersuchung abubrechen, sei aufgrund von Überlegungen hinsichtlich eines potentiellen Schadens für die britischen Beziehungen zu Saudi-Arabien gefallen, insbesondere eines Schadens für die nachrichtendienstliche und diplomatische Zusammenarbeit; sie laufe damit dem Artikel 5 der OECD-Konvention zuwider. Ferner hatten sie angeführt, Großbritannien habe faktisch im Einverständnis mit Saudi-Arabien darauf hingewirkt, die (nach internationalem Recht auch für die Saudis geltende) Verpflichtung zur Zusammenarbeit gegen terroristische Aktivitäten sowie die diesbezügliche Informationspflicht zu umgehen. Darüber hinaus waren die

Antragsteller der Ansicht, die Regierungsminister, unter ihnen auch der Premierminister, hätten in ihren Stellungnahmen gegenüber dem SFO nicht die nötige Objektivität gewahrt, insofern, als der Eurofighter/Al-Salam-Vertrag vor allem unter kommerziellen, wirtschaftlichen und diplomatischen Gesichtspunkten betrachtet wurde, und das, obwohl der Generalstaatsanwalt sie darüber aufgeklärt hatte, dass die OECD-Konvention dies nicht erlaubt. Die Bürgerinitiativen betonten, dass weder der Direktor des SFO noch die Minister in ausreichendem Maß geprüft hätten, inwiefern die nationale Sicherheit durch die Untersuchung wirklich betroffen war. Als besonders gravierend stuften sie jedoch ein, dass amtierende Minister öffentlich ihre Meinung geäußert hatten, wie der Direktor des Serious Fraud Office in der Sache entscheiden solle. Obwohl Minister strikt gehalten sind, in einer Phase der öffentlichen Konsultationen von jeglichen Äußerungen dieser Art abzusehen, hatte Tony Blair unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass dem öffentlichen Interesse mit dem Abbruch der Untersuchung am besten gedient sei. Und schließlich war es ihrer Ansicht nach gesetzwidrig, dass ein unabhängiger Ankläger sich durch Drohungen oder Erpressung in seiner Entscheidung über die Einstellung einer strafrechtlichen Untersuchung oder Anklage habe beeinflussen lassen – das bedeutete für sie die Aufgabe der Rechtsstaatlichkeit.

Im April 2008 entschied der Oberste Gerichtshof zugunsten von CAAT und The Corner House. Das Urteil der Richter fiel für die britische Regierung vernichtend aus. Es war von einer »erbärmlichen Kapitulation vor Einschüchterungsversuchen« die Rede, die ihrerseits »der Versuch einer ausländischen Regierung waren, das Recht des Vereinigten Königreichs zu beugen«. ¹⁰¹ Der Oberste Gerichtshof gab den Klägern auch darin recht, dass die Shawcross-Befragung durch Stellungnahmen beeinflusst worden sei, die keine Berücksichtigung hätten finden dürfen. Ein wichtiger Punkt war zudem, dass die Regierung vor Gericht nicht bestreiten konnte, dass Bandar in der Downing Street geäußert hatte: »Sorgen Sie dafür, dass das aufhört.« Und: Andernfalls werde Saudi-Arabien den Typhoon-Vertrag stoppen und jede weitere Zusammenarbeit abbrechen. ¹⁰² Darüber hinaus stieß sich das Gericht an der Vehemenz, mit der der Premierminister interveniert habe, und kam zu folgendem Schluss:

Der Direktor des SFO beugte sich der Einschüchterung allzu bereitwillig, weil er sich, wie auch die

Regierung, allein mit den möglichen Folgen der Drohungen befasste, statt zu überlegen, wie man der Drohung begegnen könne.

Niemandem, sei es in diesem Land oder außerhalb, steht es zu, die Rechtsfindung zu behindern. Sowohl die Regierung als auch das SFO haben es versäumt, sich dieses wesentliche Prinzip vor Augen zu halten. Damit ist also eine Intervention dieses Gerichts zulässig ... Wir intervenieren in Erfüllung unserer Verantwortung, die Unabhängigkeit des SFO wie die unseres Strafjustizsystems vor Einflussnahme zu schützen.

Am 11. Dezember 2006 sagte der Premierminister, er habe sich noch nie so sehr genötigt gesehen, im Sinne des öffentlichen Interesses zu intervenieren. Wir sind ganz seiner Meinung.¹⁰³

Im Klartext heißt das: Das Gericht war zu dem Schluss gekommen, die Untersuchung sei gestoppt worden, weil Prinz Bandar mit dem Abbruch der diplomatischen und geheimdienstlichen Beziehungen gedroht hatte, was zur Folge hätte, dass das Leben britischer Bürger, »hier auf unseren Straßen«, auf dem Spiel stünde.¹⁰⁴ »Wäre eine solche Drohung«, so hieß es im Urteil, »von jemandem ausgesprochen worden, der dem Recht dieses Landes untersteht, er hätte eine Anklage wegen versuchter Rechtsbeugung riskiert.«¹⁰⁵

Das Urteil wurde sehr gelobt. Susan Hawley von The Corner House pries es »als großen Tag für die britische Justiz«, und CAAT sagte, »es ist für Großbritannien ein Schritt in die richtige Richtung, in eine Zukunft, in der BAE nicht mehr den Ton angibt.«¹⁰⁶ Der Philosoph und Schriftsteller A. C. Grayling schrieb: »Das Urteil trifft einen Nerv unserer Zeit, weil wir täglich erleben, wie unsere Demokratie von Manipulationen und Betrug bestimmt wird. Und hier schien sie sogar von einem fremden Staat gekauft worden zu sein.«¹⁰⁷

Sogar die rechtslastige *Daily Mail* äußerte die Ansicht, Großbritannien sollte aufhören, vor den Saudis den Kotau zu machen, und sei es auch nur, weil man den Drohungen von Ausländern aus Prinzip nicht nachgeben dürfe.¹⁰⁸ In einem Leitartikel der *New York Times* hieß es:

Der britische Premierminister Tony Blair scheint fest entschlossen, seine letzten Wochen im Amt dazu zu nutzen, der Welt zu zeigen, wie weit er von seinen Gelöbnissen einer »sauberen« Regierungsführung abgewichen ist, mit denen er vor einem Jahrzehnt angetreten war ... Mr. Blair sagte letzte Woche, die Untersuchung hätte zu nichts weiter geführt als zum »totalen Scheitern« einer lebenswichtigen strategischen Beziehung. So vollmundig, wie er das verkündet, übersieht er dabei den entscheidenden Punkt: Für Korruption gibt es keine Entschuldigung.¹⁰⁹

Ein Hauptargument in der Urteilsbegründung war, dass Regierung und SFO keinerlei Versuch unternommen hatten, anders auf die Drohung der Saudis zu

reagieren. Es wurde überhaupt nicht bedacht, wie unwahrscheinlich es ist, dass Saudi-Arabien – ein potentiell Hauptanschlagsziel von Al-Qaida – die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit aufkündigte, wo der Wüstenstaat doch weit abhängiger von Großbritannien und den USA ist als umgekehrt. Hätten die Saudis ihre Drohung wahrgemacht, sie hätten damit ihrer Beziehung zu den Vereinigten Staaten geschadet und ihre Rolle in George W. Bushs »Krieg gegen den Terror« in Frage gestellt. Bandars Schreckensszenario war völlig aus der Luft gegriffen. Die Terrorgefahr wuchs ja vielleicht gerade deshalb, weil Großbritannien sich auf den Super-Deal mit Al-Qaidas Feinden, den Saudis, eingelassen hatte.

Die Angst vor dem Terror kam beiden Seiten des Waffenvertrags gelegen – den Saudis, denen nicht daran gelegen war, dass das ganze Ausmaß ihrer Korruption ans Licht kam, und der britischen Regierung, die sich nicht gern nachsagen lassen wollte, sie betreibe Lobby-Arbeit für die Rüstungsindustrie. Der Abgeordnete David Howard deutete das an, als er behauptete, die Bestrebungen, die Untersuchung zu stoppen, seien von Machenschaften zum Schutz von BAE motiviert gewesen,¹¹⁰ eines Unternehmens, von dem der mittlerweile verstorbene Außenminister Robin Cook sagte, es hätte »einen Schlüssel zur Gartentür von Number 10 Downing Street ... Mir ist noch nie zu Ohren gekommen, dass in der Downing Street eine Entscheidung gefallen wäre, die BAE inkommodiert hätte.«¹¹¹ Ein Informant aus dem Umkreis der Untersuchung pflichtete dem bei: »BAE ist das Establishment schlechthin. Eigentlich gehören die zur Regierung.«

In der Folge des spektakulären Urteils des Obersten Gerichtshofs, unternahm BAE den Versuch, seine Ehre zu retten, und gab eine Untersuchung über ethische Prinzipien in der globalen Wirtschaft im Allgemeinen und bei BAE im Besondern in Auftrag. Unter Vorsitz des ehemaligen Oberrichters Lord Woolf brachte ein Gremium von Akademikern im Mai 2008 den sogenannten »Woolf-Bericht« heraus, den BAE ausdrücklich als »unabhängig« bezeichnete. Doch dann wurde bekannt, dass das Unternehmen Woolf neun Monate lang eine Tagespauschale von 6000 Pfund gezahlt hatte, und es kamen ernsthafte Zweifel an seiner Unabhängigkeit auf. Auch war Woolf angehalten worden, den Al-Yamamah-Vertrag bei seiner Untersuchung nicht zu berücksichtigen. Es sollte

nicht um die Vergangenheit gehen, sondern um die Zukunft. Woolf und seine Mitarbeiter sollten Empfehlungen aussprechen!¹¹²

Das Woolf-Gremium führte im Zuge seiner Nachforschungen auch öffentliche Fragestunden durch, und so nutzte ich die Gelegenheit, Lord Woolf dafür zu kritisieren, dass er sich auf ein solches »Auftragswerk« eingelassen habe. Dass er das getan hatte, so sagte ich ihm, bedeutete, dass er unmöglich die wahren Interessen des Unternehmens im Blick haben könne. In einem Gespräch unter vier Augen wies ich ihn darauf hin, dass BAE sich nie und nimmer »bessern« würde, solange das Unternehmen nicht zu seiner korrupten Geschichte stehe. Er antwortete, dass das Gesetz es einem Unternehmen nun einmal nicht leicht mache, diesen Schritt zu tun. Mit anderen Worten, ein ehemaliger Lordoberrichter vertritt die Ansicht, dass eine Firma, die das Gesetz gebrochen hat, getrost nach vorne blicken und ihre kriminelle Vergangenheit vergessen solle. Und er half ihr dabei.

In dem Bericht ist von BAEs vielen fragwürdigen Mittelsmännern kaum die Rede, geschweige denn von den gigantischen Summen, die für Bestechungen gezahlt worden sind, der Beeinflussung von Regierungen rund um die Welt und natürlich auch nicht von der Infiltration der CAAT-Bürgerinitiative.¹¹³ Der Bericht gab einige vernünftige Empfehlungen, die sich eigentlich von selbst verstanden, etwa keine Schmiergeldzahlungen zu leisten, die Anti-Korruptionsgesetze in Großbritannien anzuerkennen und bei der Zusammenarbeit mit Beratern eine gewisse Vorsicht walten zu lassen.¹¹⁴ Aber der »Woolf-Bericht« war nie dafür gedacht, BAEs Probleme zu lösen oder sie auch nur anzusprechen. Wie David Leigh in seinem Kommentar über die ganze Initiative schrieb: »Woolf bewegt sich souverän in einer faktenfreien Zone.«¹¹⁵ Von der Warte einer PRAktion aus gesehen, waren die 1,7 Millionen Pfund, die man für den »Woolf-Bericht« bezahlt hat, rausgeschmissenes Geld.¹¹⁶

Was für BAE ein Neuanfang sein sollte, war von dem Moment an zum Scheitern verurteilt, als man beschloss, die Vergangenheit einfach auszublenden. Dick Olver, der Aufsichtsratsvorsitzende, erklärte bei der Jahreshauptversammlung des Unternehmens im Jahr 2008, BAE wolle in Zukunft nicht nur der ethischste aller Rüstungsbetriebe sein, sondern es in dieser Hinsicht mit jedem anderen Industriezweig aufnehmen. Welch absurder Gedanke.¹¹⁷

Zum neuen Image der Firma gehört die Behauptung, das neue Management unter Dick Olver hätte mit dem alten von Dick Evans und Mike Turner, die man für die Einrichtung der Schmiergeldkassen und der weit verzweigten Kanäle für verdeckte Geldtransaktionen verantwortlich gemacht hat, nichts mehr zu tun. Dann jedoch stellte sich heraus, dass Dick Evans, der Karriere bei der BAE mithilfe seiner saudischen Beziehungen gemacht hatte und während der Zeit von Al-Yamamah in Saudi-Arabien die Firmengeschäfte leitete, auch nach seinem schimpflichen Abgang von Olvers »neuer« BAE ein Gehalt als Berater bezog. Dick Olver musste öffentlich bekennen, dass Evans seit seinem Rücktritt 2004 fast 1,5 Millionen Pfund von BAE bekommen hatte. Seine Aufgabe? Beratung in Sachen Umgang mit den Saudis.¹¹⁸ Sein Vertrag wurde erst 2010 gekündigt, nach einer Welle der Entrüstung in der Öffentlichkeit.¹¹⁹

Aber die moralische Erneuerung des Rüstungskonzern hatte nicht nur personelle Konsequenzen. 2006 erklärte Deborah Allen, Direktorin für unternehmerische Verantwortung (Corporate Responsibility), gegenüber der BBC, BAE unternehme »alles, vom Versuch, Kampfflugzeuge kraftstoffeffizienter zu machen, bis hin zur Prüfung der Materialien zur Herstellung von Munition auf ihre Umweltverträglichkeit«. ¹²⁰ So hatte das Unternehmen Pläne zur Herstellung »grüner«, das heißt bleifreier Projektile, damit diese, wenn sie einmal in der Umwelt gelandet sind, »keinen zusätzlichen Schaden verursachen«. ¹²¹ Will sagen, keinen Schaden neben dem beabsichtigten Schaden – dem verwundeten oder toten Menschen. BAE sprach außerdem davon, eine »leisere« Bombe zu entwickeln, um die, die sie einsetzen, einer geringeren Rauchentwicklung auszusetzen. Und schließlich arbeitete das Unternehmen Berichten zufolge an Landminen, die sich im Lauf der Zeit in Dünger verwandeln sollen. Wie Allen sich ausdrückte, sollen sie »die Umwelt regenerieren, die sie ursprünglich zerstört haben«. ¹²² Und sie merkte an: »Ich weiß, es klingt etwas absurd und widersprüchlich, aber ich glaube, es hätte doch etwas Gutes, wenn alle Waffen in diesem Sinne hergestellt würden.« Die grüne Initiative zeitigte freilich bestenfalls Heiterkeit – wie die ganze Vorstellung von einer »ethischen« Waffenfabrik und ihre Fertigung »sozialer« Waffen und Munition. Der Plan für grüne Projektile wurde nach zwei Jahren eingemottet, nachdem BAE festgestellt hatte, dass die Beschichtung mit Tungsten zu höheren Produktionskosten führen würde, was das ganze Unterfangen unprofitabel

machte.¹²³

Das Unternehmen startete außerdem eine massive Werbekampagne mit einem BAE-Slogan vor dem Union Jack im Hintergrund. Die Anzeigen erschienen in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, darunter auch eher linken wie dem *Guardian* und dem *New Statesman* (in Letzterem neben einem Artikel von mir über BAE), und waren auf vielen Londoner Taxis und Bussen zu sehen. Die patriotische Anzeigen-Serie hält an und sorgt für eine kleine Industrie satirischer Parodien.

Vor dem Hintergrund dieser PR-Welle zog Dick Olver gegen die Ermittlungen des SFO vom Leder. Er behauptete, sie seien »zum Scheitern verurteilt«, und schlug vor, sie fallenzulassen.¹²⁴ Mit Richard Alderman arbeitete das SFO ein Jahr nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs unter neuer Leitung. Alderman war zuvor Chef der Steuerfahndung gewesen und in den Augen der Generalstaatsanwältin, Patricia Scotland, »ein solider Kandidat« – und laut einem Insider »ein Schreibtischtäter, einer, der Akten mag«. Die getroffene Wahl ließ vermuten, dass die Regierung in Sachen BAE offensichtlich keine Scherereien mehr wollte.¹²⁵ Alderman versuchte in der Öffentlichkeit, ein Bewusstsein für Recht und Unrecht zu schaffen, und konzentrierte sich auf Fälle, in denen die Sachlage eindeutig war. Er betonte zunächst, dass Ermittlungen weiterhin Priorität hätten, zog aber kurz darauf einen Antrag zur Verfolgung mehrerer prominenter Londoner Firmen zurück, die in Bosnien in Korruptionsfälle verwickelt gewesen sein sollten.¹²⁶

Zugleich mit Aldermans Amtsantritt ging das SFO mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs in Berufung, um sich von dem Vorwurf reinzuwaschen, es habe unrechtmäßig gehandelt, als es die Untersuchung gegen BEA abbrach. Vor den zuständigen Law Lords, dieser altherwürdigen Institution des Oberhauses, änderte die Regierung ihre Taktik – man bestritt jetzt, dass Bandar die Untersuchung zu stoppen versucht habe. Nach Auffassung von Kronanwalt Jonathan Sumption, der die Regierung vertrat, gab es »keine Basis« für die Behauptung, Bandar habe aus Eigennutz ein Ende der Untersuchung zu erwirken versucht. Diese Behauptung, so sagte er, sei aufgrund eines Artikels in einer Sonntagszeitung zustande gekommen, aber von Regierungsseite nie eingeräumt worden. Er sagte nicht, wer den Ministern gegenüber die Drohung ausgesprochen hatte, sondern erklärte, es sei »vollkommen klar«, sie sei von

höchsten Stellen der saudischen Regierung gekommen, und zwar »über mehrere Wege und über eine gewisse Zeit«. ¹²⁷ Man legte den Lords Dokumente vor, die zeigen sollten, dass man den Äußerungen der Saudis wiederholt mit dem Hinweis entgegengetreten sei, dass SFO und der Generalstaatsanwalt selbstverständlich unabhängig arbeiteten und man keine Befugnis über die Anklagebehörde habe. Die Lords waren rasch bereit, der Argumentation von SFO und Regierung zu folgen. ¹²⁸ Im Übrigen, befanden sie, sei es nicht Aufgabe der britischen Rechtsprechung, zu klären, ob die Handlungsweise des SFO-Chefs mit dem Artikel 5 der OECD-Konvention zu vereinbaren sei, sondern vielmehr Aufgabe der Arbeitsgruppe Bestechung bei der OECD, die der Konvention als Schlichtungsinstrument diene. Auch überzeugte sie das Bekenntnis des Direktors, er hätte in jedem Fall so entschieden, mit oder ohne Konvention.

Es war dies ein erstaunliches Eingeständnis. Es bedeutete, dass das Vereinigte Königreich mitnichten den Artikel 5 der Anti-Bestechungskonvention ins nationale Recht integriert hatte, dass weder Regierung noch SFO die Absicht gehabt hatten, sich daran zu halten, und dass der Artikel im Vereinigten Königreich ganz offensichtlich auch in Zukunft nicht durchsetzbar sein würde. »Das bedeutet«, so erklärte The Corner House, »dass das Vereinigte Königreich, egal ob die Entscheidung des SFO im Fall der BAE/Saudi-Ermittlungen nun ungesetzlich war oder nicht, auf jeden Fall gegen seine Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen verstößt.« ¹²⁹

Die Entscheidung stieß weithin auf Unverständnis. Der *Guardian*, der einen Anteil daran gehabt hatte, die SFO-Untersuchung überhaupt erst loszutreten, ging mit den Law Lords hart ins Gericht:

»Ob Patriotismus die letzte Zuflucht des Schurken ist oder nicht, die nationale Sicherheit ist die letzte Zuflucht des Tyrannen.« Lord Walker sprach diese weise Warnung aus, bevor er sich in einem wegweisenden Fall zur Legalität harter Anti-Terrorgesetze auf die Seite der Regierung stellte. So sehr sie sich der Möglichkeiten des Missbrauchs bewusst sind, Gerichte waren schon immer zurückhaltend, wenn es darum ging, die Exekutive in Fragen der nationalen Sicherheit zu hinterfragen. Minister haben hier immerhin eine besondere Verantwortung und verfügen über vertrauliche Informationen. Diese traditionellen Rücksichten haben die Law Lords gestern einstimmig bestätigt. Sie haben entschieden, es sei rechtens gewesen, eine polizeiliche Untersuchung von BAE-Systems zu kippen – ein Schritt, dem, nach offizieller Darstellung, Bedenken um die öffentliche Sicherheit zugrunde lagen. ¹³⁰

Sue Lawley meinte dazu: »Es ist ein ausgesprochen enttäuschendes und

konservatives Urteil ... Wenn die Gerichte nicht bereit sind, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen, wer dann? Wie es im Urteil des Obersten Gerichtshofs so wortgewaltig hieß: ›Die Herrschaft des Rechts ist nichts, wenn sie maßloser Macht nicht Zügel anzulegen vermag.«¹³¹ Lawrence Cockcroft, der britische Vorsitzende von Transparency International (TI), klagte: »Die Hoffnung, unsere Gerichte könnten die Glaubwürdigkeit unserer Regierung retten, die sich doch offiziell zum Kampf gegen Korruption bekannt hat, hat sich in Luft aufgelöst.«¹³²

Wie Robert Wardle eingestand, hatte seinerzeit das SFO einer Erpressung nachgegeben, und jetzt hatten die Law Lords die Verfolgung großer Rüstungsbetriebe mit mächtigen Freunden praktisch unmöglich gemacht.¹³³ Den Staat durch Erpressung und Drohungen zur Aufgabe einer Untersuchung zu zwingen, war damit zulässig geworden.

Am 1. April verabschiedete sich Helen Garlick von Freunden und Kollegen beim SFO. Ort der Feier war der Saal im Keller von Bunghole Cellars & Wine Room im Gerichtsviertel im Herzen von London. Das etwas schummrige Ambiente passte perfekt zum Anlass. Mutige, integre Menschen, die ihren Prinzipien folgten wie Helen Garlick, wurden nicht länger gebraucht. Als sie sich so würdig wie herzlich verabschiedete, liefen bei vielen Kollegen die Tränen – weil sie eine wichtige Mitstreiterin verloren, aber auch, weil die Zukunft für den Kampf gegen die Korruption düsterer denn je aussah.¹³⁴

Und Gerechtigkeit für keinen

Gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts flogen einige der schlimmsten Machenschaften im weitverzweigten Merex-Netzwerk auf. Von der UNO und Organisationen wie Global Witness und Amnesty International war zu erfahren, dass Merex Waffen an fast alle kämpfenden Parteien in Jugoslawien verkauft hatte. Auch hatte Merex Waffenschiebereien in Liberia und Sierra Leone sowie Diamantengeschäfte mit Al-Qaida betrieben. Viktor But, bekannt als *der Händler des Todes*, diente als Vorlage für das Hollywood-Drama *Lord of War* (2005, *Händler des Todes*) mit Nicolas Cage in der Hauptrolle. Der Begriff »Blut-Diamanten« setzte sich im öffentlichen Bewusstsein fest, seitdem Hollywood im gleichnamigen Film von 2006 die Schrecken in Sierra Leone dargestellt hatte – in der Hauptrolle ein treffend finsterner Leonardo Di Caprio. Obwohl noch immer viele Fakten im Dunkeln liegen – zum Beispiel der genaue Werdegang von Joe Hovsepian sowie die üblen Machenschaften von Nicholas Oman –, war nun immerhin die einst so geheime Unterwelt der Waffenhändler und Wirtschaftsbetrüger ans Licht gezerrt und der Öffentlichkeit preisgegeben worden.

Und dennoch: keiner, der an verbrecherischen Geschäften Beteiligten, wurde wegen Waffenschmuggels strafrechtlich verfolgt. Einige wurden verhaftet und für andere Verbrechen für schuldig befunden, aber niemand musste sich den gerichtlichen Folgen seiner Waffenverkäufe stellen, die so viel Leid und Elend in die Welt gebracht hatten.

Das hat sowohl juristische als auch politische Gründe. Einige der wenigen Strafverfolgungen, die gegen Merex-Mitarbeiter angestrengt worden waren, scheiterten an den Klippen der juristischen Zuständigkeiten. Weil Waffenmakler von allen möglichen Orten auf der Welt aus operieren, Geld, Waffen und andere Waren mittels verschlungener Kanäle und über zahlreiche Mittelsmänner

Waffen mittels verschlungener Kanäle und über zahlreiche Mittelsmänner verschoben und zudem selten persönlich dabei sind, wenn die Waffen ausgeliefert werden, ist es für Gerichte leicht, zu entscheiden, dass die Straftaten außerhalb ihrer Gerichtsbarkeit liegen. Zwar fordert zum Beispiel die Europäische Union ein strenges gemeinsames Vorgehen gegen Waffenschlepperei, doch lässt der Mangel an gesetzlichen Instrumenten, mit denen Händler über alle Grenzen hinweg strafrechtlich verfolgt werden könnten, diese Todeslieferanten nach wie vor ungeschoren davonkommen.

Ein großes Problem stellen auch die Ermittlungen in Konfliktregionen dar. So hat ein Gericht in den Niederlanden Beweise, wichtige Zeugenaussagen, zurückgewiesen, da die Ermittler angeblich die komplexen Zusammenhänge in der Region nicht berücksichtigt hatten beziehungsweise da örtliche Auffassungen und Schilderungen von Ereignissen aus westlicher Sicht falsch verstanden werden könnten.¹ Diese ohnehin schon komplizierten rechtlichen Streitfälle werden oft noch dadurch erschwert, dass es vielen Ländern am politischen Willen fehlt, den Waffenhändlern den Prozess zu machen. Die Anfänge von Merex veranschaulichen, wie häufig Waffenschlepper vor Strafverfolgung geschützt sind, weil sie sich mit Geheimdiensten oder anderen halbamtlichen staatlichen Stellen verbündet haben. Im schlimmsten Fall sind Waffenschlepper integraler Bestandteil des organisierten Verbrechens, das auch politisch Handelnde mit einbezieht. Andere wiederum haben mächtigen Politikern oder Beamten einen Gefallen getan, die im Gegenzug nicht mehr so genau hinsehen und natürlich auch kein Interesse an Festnahme und Strafverfolgung haben, denn dies würde ja auch sie in Schwierigkeiten bringen. Viktor Buts Fall ist ein gutes Beispiel für den Filz von Politik, Wirtschaft und Waffenhandel, der dafür sorgt, dass jeder Versuch der Strafverfolgung von Waffenhändlern bislang im Sand verlief. Im Februar 2002 gab die belgische Polizei eine sogenannte »rote Mitteilung« heraus. Mit einer solchen Mitteilung fordert die internationale Polizeiorganisation Interpol alle Interpol-Mitgliedsstaaten auf, sich an der Ergreifung einer gesuchten Person zu beteiligen – in diesem Fall von Viktor But. Die Anklage lautete auf Geldwäsche und Waffenhandel. Sofern er sich in einem Interpol-Mitgliedsstaat aufhielt, war die örtliche Polizei verpflichtet, ihn zu verhaften und an die Belgier auszuliefern. Unmittelbar nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 setzte sich Buts afrikanischer Kollege Sanjivan Ruprah mit amerikanischen Geheimdienstbeamten in

Verbindung, Schreiben gingen hin und her. Ruprah wurde sogar in die USA geflogen, um an einer Nachbesprechung teilzunehmen, unter Vernachlässigung sämtlicher offizieller Einreiseüberprüfungen, denn diese hätten ergeben, dass Ruprah auf der UNO-Liste von Personen stand, die mit einem Reiseverbot belegt waren. Aber Ruprah hatte angekündigt, seinen amerikanischen Kontaktmann »Brad« mit Geheimdienstinformationen in großem Umfang zu versorgen,² so etwa über die Bewegungen der Taliban und von Al-Qaida-Mitgliedern in Afghanistan. Er und But wussten darüber Bescheid, weil sie diese Gruppen mit Waffen beliefert hatten.³ Mit diesem Insider-Wissen und ihrem weitreichenden Netzwerk waren But und Ruprah tatsächlich nützliche, wenn auch »schmutzige« Informanten im Kampf gegen den Terrorismus.

Ob die amerikanischen Geheimdienste jemals einen offiziellen Handel mit But und Ruprah ausgemacht haben, ist nicht bekannt. Aber man geht davon aus, dass die Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst But viele Jahre lang vor einer Verhaftung bewahrt haben. Der Verdacht verdichtete sich immer mehr, sodass die belgischen Behörden ihren Haftbefehl vor undichten Stellen in den amerikanischen Nachrichtendiensten zu verheimlichten suchten.⁴ Belgische und andere europäische Behörden taten sich mit dem britischen Geheimdienst zusammen unter dem Dach einer neu aufgestellten Taskforce, die als »Operation Bloodstone« bekannt wurde. Sie sollte vor allem die zahlreichen Reisen Buts, die dieser trotz internationalem Reiseverbots unternahm, überwachen. Ende Februar 2002 erfuhr man, dass But mit einer seiner Maschinen von Moldawien nach Athen fliegen werde. Man fasste den Plan, ihn in Athen nach der Landung zu verhaften und der Justiz in Belgien zu überstellen.⁵

In dem Moment, da Buts Maschine abgehoben hatte, schickten britische Beamte vor Ort eine verschlüsselte Nachricht nach London, in der sie mitteilten, »der Gewinn« sei in der Luft. Praktisch im nächsten Moment änderte das Flugzeug seinen Kurs und den Flugplan. Es verschwand in bergigen Regionen, außerhalb der Reichweite des örtlichen Radars. Neunzig Minuten später tauchte das Flugzeug wieder auf: in Athen. Als die Polizei an Bord kam, fand sie nur den Piloten vor. Vierundzwanzig Stunden später wurde But viertausendachthundert Kilometer weit entfernt gesichtet, in der Demokratischen Republik Kongo. Buts Mannschaft war offenbar von dem Plan unterrichtet gewesen, dass er in Athen verhaftet werden sollte, und hatte Vorkehrungen

getroffen, ihn irgendwo sicher abzusetzen. Für einen der europäischen Ermittler deuteten alle Zeichen daraufhin, dass But von den Amerikanern gewarnt worden war: »Es gibt nur zwei Geheimdienste, die die britische Mitteilung in so kurzer Zeit dechiffrieren konnten«, sagte er, »der russische und der amerikanische. Und wir wissen genau, dass es nicht die Russen waren.«⁶

Wenig später schlich But wieder zurück nach Russland, zurück in die »Heimat«. Die russischen Stellen sahen es nicht gern, dass But vor Gericht gestellt werden sollte, denn er war eng verbandelt mit der russischen Oberschicht, vor allem mit Militärs, die ihn jahrelang mit ausgemustertem Gerät versorgt hatten. 2002 etwa stritten russische Behörden bei einer Anfrage nach seinem Aufenthalt entschieden ab, dass er in Russland sei.⁷ Während sie stur bei ihrer Behauptung blieben, gab But ein zweistündiges Interview im Studio eines der größten Radiosender des Landes. Kurz darauf gaben die russischen Behörden eine zweite erklärende Stellungnahme ab. Die Botschaft lautete, in kaum verhülltem orwellschen »Neusprech«, dass But unantastbar sei. Unter der russischen Deckung konnte But seine Umtriebe mehr oder weniger ungestört fortsetzen. Bis 2006 belieferte er Islamisten in Somalia sowie die Hisbollah im Libanon mit Waffen.⁸ Zur gleichen Zeit stellte er den Amerikanern im Irak und in Afghanistan Frachtflugzeuge zur Verfügung.⁹

Im Jahr 2007 wurde indes auch die amerikanische Drug Enforcement Administration, die Drogenbekämpfungsbehörde DEA, auf ihn aufmerksam. Beauftragt, Amerikas »Krieg gegen Drogen« zu führen, war der Aufgabenbereich der DEA nach dem 11. September stark erweitert worden. Die DEA sollte ihre verdeckte Ermittlungen verstärkt auf jene Drogenhändler konzentrieren, die »Terroristen« unterstützten, auch wenn Drogen dabei nur eine untergeordnete Rolle spielten. Denn die DEA verfügt über eine beeindruckende Infrastruktur – sie unterhält mehr Auslandsbüros als die CIA –, die man nutzen wollte bei der Verfolgung international operierender Verbrecher, die für gewöhnlich eng mit Waffenhändlern in aller Welt zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit mit der DEA sollte sich bewähren, wie das Beispiel des Waffenhändlers Monzer al-Kassar zeigt.

Al-Kassar stieg ins Geschäft ein, als ihn die jemenitische Regierung damit beauftragte, Gewehre und Pistolen aus Polen zu besorgen, wo er in den achtziger Jahren als Wirtschaftsattaché an der jemenitischen Botschaft tätig war. Und bis

2002 half er auch dem polnischen Militär bei illegalen Waffengeschäften.¹⁰ Neben seiner Verwicklung in der Iran-Contra-Affäre (siehe Kapitel 2) versorgte er seinen palästinensischen Freund Abu Abbas mit Waffen. Abbas war der Chef der Entführer des Kreuzfahrtschiffes *Achille Lauro*, die 1985 den behinderten amerikanischen Passagier Leon Klinghoffer ermordeten. Außerdem verletzte er die UN-Embargos in Kroatien, Bosnien und in Somalia. Wahrscheinlich war er auch an der Beschaffung von Bauteilen für chinesische Seezielflugkörper beteiligt, die laut Berichten der *Washington Post* an den Iran gingen. In einem Bericht, der in der Library of Congress einzusehen ist, wird ihm vorgeworfen, dass er Sprengstoff an eine brasilianische Terroristengruppe geliefert und Waffen an iranische Freischärler auf Zypern verkauft habe.¹¹ Er hatte zudem gute Beziehungen zu den höchsten Regierungskreisen des syrischen Staates, dem sein Vater als Diplomat gedient hatte. Besonders schwere Vorwürfe wurden gegen ihn erhoben wegen seiner Beteiligung am Sunniten-Aufstand im Irak; al-Kassar soll ihn entscheidend unterstützt haben.¹²

Die amerikanische Drogenfahndungsbehörde nutzte ein ehemaliges Mitglied der palästinensischen Terrororganisation »Schwarzer September«, um an al-Kassar heranzukommen. Man gaukelte ihm vor, ein Kunde brauche Waffen. Dieser Kunde wurde vertreten von zwei DEA-Informanten aus Guatemala, die al-Kassar gegenüber als Bevollmächtigte der aufständischen Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, FARC, auftraten. Die Amerikaner hatte die FARC schon seit Langem als terroristische Organisation eingestuft. Das bedeutet im Klartext: Jeder, der versucht, die FARC mit Waffen zu versorgen, ist rechtlich gesehen Teil einer Verschwörung zur Ermordung US-amerikanischer Bürger.¹³ Nach mehreren Gesprächen und Treffen mit al-Kassar, die alle aufgezeichnet wurden, erklärten die Mittelsmänner, sie wollten knapp zwölftausend Waffen kaufen, darunter Maschinengewehre, Panzerfäuste und Boden-Luft-Raketen.¹⁴ Sie überzeugten den Waffenschieber, sich in Madrid mit einem »namhaften FARC-Führer« zu treffen. Al-Kassar erschien und wurde auf Anweisung der Amerikaner von der spanischen Polizei verhaftet. Dieses Mal halfen ihm seine Geheimdienstverbindungen in Spanien und in anderen Ländern nichts. Im Juni 2008 wurde al-Kassar in Fußschellen in die USA geflogen, wo er vor Gericht gestellt wurde.¹⁵

Weil Viktor But schon einmal, in den Jahren 1998 und 1999, Waffen aus der Luft für die FARC im kolumbianischen Dschungel abgeworfen hatte, überlegte man, ob man nicht den gleiche Trick anwenden könnte, But aus seiner russischen Höhle zu locken. Der DEA-Agent Michael Braun war sich sicher, dass es funktionieren würde. Er hatte lange genug die Mentalität der Drogenbosse studiert. Er wusste: Je überheblicher sie waren, desto leichter konnte man sie provozieren. Typen wie But sagen sich: »Auf keinen Fall werden die das ein zweites Mal versuchen.«¹⁶

Nach Monaten der intensiven Planung begann man im November 2007 konkret mit der verdeckten Ermittlung. Zunächst nahm man Kontakt auf zu einem guten Bekannten von But: Andrew Smulian, einem geheimnisvollen Briten Mitte vierzig, der bis vor Kurzem als Pilot gearbeitet hatte.¹⁷ Der Hauptinformant der DEA, der nur unter »Confidential Source 1« (CS-1) bekannt geworden ist, hatte berichtet, dass Smulian immer noch in engem Kontakt mit But stand. CS-1 selbst hatte vor Kurzem noch sowohl mit Smulian als auch mit But zusammengearbeitet. Mitte der neunziger Jahre war But mit CS-1 und Smulian in Kontakt getreten, um von Bulgarien aus nach Tschetschenien zu fliegen und dort Kisten mit Material abzuwerfen.¹⁸ »Obwohl CS-1 nicht wusste, was in den Kisten war, erfuhr er doch, dass es sich um Waffen gehandelt haben muss.«¹⁹ CS-1 hatte seither den Kontakt mit But aufrechterhalten und war sogar einmal mit ihm von Afrika nach Dubai geflogen.²⁰

Die DEA wies nun im November 2007 CS-1 an, Andrew Smulian eine E-Mail zu schreiben. Darin sollte er vorgeben, er habe eine Geschäftsmöglichkeit für But. Smulian antwortete prompt, der Russe sei interessiert und habe vorgeschlagen, dass er, Smulian, sich mit CS-1 treffen solle, um über das Geschäft zu sprechen. Im Dezember schickte Smulian eine weitere E-Mail, in der er schrieb, er habe »mit Boris gesprochen und bezüglich der landwirtschaftlichen Geräte (eine Umschreibung für Waffen; A. F.) ist alles möglich ... Ich glaube zwar nicht, dass er das Zeug einfach so durch die Gegend karren kann, aber ich denke, dass er das meiste von dem, was du dir wünschst, beschaffen kann.«²¹ Smulian teilte CS-1 mit, dass höchste Vorsicht geboten sei, da »unser Mann von der UNO weltweit zur Persona non grata erklärt worden ist. Er wird in den USA und in Europa gesucht. Seine Guthaben wurden eingefroren; das sind rund sechs Milliarden Dollar. Und natürlich hat er keine Möglichkeit

mehr, zu reisen, außer in seinem eigenen Land ... Es empfiehlt sich daher, keinerlei Kontakt zu ihm aufzunehmen, denn alle gegenwärtigen oder vergangenen Arten der Kommunikation werden elektronisch überwacht und aufgezeichnet.«²²

Smulian traf CS-1 erstmals im Januar 2008 in Curaçao, einer friedlichen Insel vor der Küste Venezuelas. Mit dabei waren zwei weitere Geheimagenten, »CS-2« und »CS-3«, die vortäuschten, im Auftrag der FARC zu verhandeln. Smulian schöpfte keinen Verdacht. Die vermeintlichen Mittelsmänner überreichten Smulian eine Liste jener Waffen, die die FARC angeblich kaufen wollte. Zusätzlich zu den üblichen Maschinengewehren wollten sie auch Boden-Luft-Raketen. Wenn Smulian zustimmte, diese zu besorgen, würde das Konsequenzen haben. Denn der Verkauf von Boden-Luft-Raketen an wen auch immer ist nach amerikanischem Recht nur legal, wenn der Käufer diese direkt von den USA bestellt.²³ Um die Geschäftsverbindung zu festigen und als Geste ihres guten Willens, gaben die DEA-Agenten Smulian 5000 Dollar in bar, als Reisekostenerstattung sozusagen.

Nachdem man sich über die Einkaufsliste einig war, fand eine Reihe weiterer Treffen statt, um die Einzelheiten des Handels zu besprechen. Bei einem solchen Treffen im Januar in Kopenhagen kündigte Smulian an, dass in Kürze ein Treffen mit But stattfinden solle, wobei er CS-2 gegenüber erstmals dessen russischen Namen nannte und auch bestätigte, dass es sich bei ihm um den berühmten »Händler des Todes« handle. Smulian erklärte, »einhundert Stück« seien sofort verfügbar, womit er wahrscheinlich die Raketen meinte. Außerdem gab er ein Angebot Buts weiter. Dieser schlug vor, das Geld, das die FARC für die geplante Transaktion ausgeben wolle, zu »waschen«. Dafür verlangte But 40 Prozent vom Gesamtbetrag.²⁴ Einige Tage darauf, bei einem Treffen in Rumänien, versuchte But den Deal zu vergrößern. Nachdem er mit CS-2 über mögliche Treffpunkte telefoniert hatte, verlangte er, mit seinem Geschäftspartner zu sprechen. Smulian ging ans Telefon und bestätigte kurz darauf begeistert, dass einhundert Igla-Raketen auf jeden Fall verfügbar seien sowie Spezialhubschrauber, »die die Hubschrauber der anderen einfach wegpusten«. Des Weiteren bot er eine Ausbildung für die Hubschrauberpiloten an und noch mehr Raketenwerfer, die in der Lage waren, drei Raketen auf einmal abzuschießen.²⁵ Die Waffen sollten von einem Hersteller in Bulgarien bezogen

werden. Die Lieferung selbst sollte während eines Fluges von Nicaragua nach Guyana über Kolumbien durch Abwurf von zweihundert Fallschirmen erfolgen. Wenn die FARC sein Angebot der Geldwäsche nicht annehmen wollte, so könne er das Geld in bar direkt von ihnen selbst entgegennehmen, da er immer ein Flugzeug in der Nähe ihres Operationsgebiets bereitstehen habe.²⁶

Es dauerte einen weiteren Monat, bevor But endlich aus seiner Deckung kam. Die vermeintlichen Mittelsmänner bestanden darauf, das Geschäft nur mit But persönlich abzuschließen. Eine erste geplante Zusammenkunft in Bukarest fiel ins Wasser. Denn gerade als der rumänische Kontaktmann ein Visum für But beschaffen wollte, lief im rumänischen Fernsehen eine Dokumentation über den Waffenschieber und seine Kontakte im Land. Rumänien war nun ein zu heißes Pflaster für ihn. Endlich wurde ein neues Treffen ausgemacht. Die DEA-Agenten, die mit But per E-mail in Verbindung standen, teilten ihm mit, dass sie Ende Februar geschäftlich nach Thailand reisen würden.²⁷ But, der anscheinend bereits ungeduldig war, rief ungeachtet seiner Besorgnis, überwacht zu werden, CS-2 direkt an und erklärte sich bereit, die Vermittler in Bangkok zu treffen. Nach Monate mühevoller Arbeit hatte die DEA endlich den »Händler des Todes« aus seiner schützenden Deckung herausgelockt. Ende Februar beantragten die Drogenfahnder bei den New Yorker Gerichten einen Haftbefehl und machten sich auf den Weg nach Thailand, um ihren Einsatz vorzubereiten. But kam am 6. März 2008 in Bangkok an und meldete sich gegen Mittag im Fünf-Sterne-Hotel Sofitel, das im Geschäftsviertel der Hauptstadt liegt. Die DEA-Agenten, die das Hotel bereits seit 5 Uhr früh observierten, erfuhren, dass But an der Rezeption für 15 Uhr einen Konferenzraum im siebenundzwanzigsten Stock angemietet hatte. Nachdem er sich frisch gemacht hatte, traf der Russe schließlich CS-2 und CS-3 an der Hotelbar. Während man ein paar Drinks nahm, »gab But zum Besten, dass der Kampf gegen die Vereinigten Staaten auch sein Kampf sei und dass er beabsichtige, die FARC mit jenen Waffen zu versorgen, mit denen man die in den USA hergestellten Hubschrauber abschießen könne.«²⁸ Wie es für Leute seines Schlages typisch ist, fing er an zu prahlen und lobte in den höchsten Tönen besonders ein »ultraleichtes«, zweisitziges Kampfflugzeug. Es sei mit Granatwerfern und Raketen ausgestattet, die sich perfekt dafür eignen würden, Hubschrauber vom Himmel zu holen. Dann ging die kleine Gesellschaft nach oben ins Konferenzzimmer. Um das Geschäft endlich unter Dach und Fach

zu bringen, bot But an, dass er für »15 Millionen 700 bis 800 Boden-Luft-Raketen, 5000 AK-47-Sturmgewehre, Millionen von Schuss Munition, diverse russische Ersatzteile für Gewehre, Tretminen und formbaren Plastiksprengstoff sowie Nachtsichtgeräte, extraleichte Flugzeuge und Drohnen« liefern könne.²⁹ Er konnte auch mit Broschüren dienen und riet den »Kolumbianern«, auch noch zwei Frachtflugzeuge zu kaufen, eine Antonow und eine Iljuschin, damit sie künftig ihre Waffen selbst transportieren könnten.

Als das Verkaufsangebot stand, stürmten thailändische Polizei und DEA-Agenten den Konferenzraum. But leistete keinen Widerstand. Während ihm Handschellen angelegt wurden, murmelte er: »Das war's.«³⁰ Er wurde sofort durch die Hotel-Lobby abgeführt, die vor DEA-Agenten nur so wimmelte. Sie beglückwünschten sich gegenseitig und vor allem CS-2 und CS-3. Am folgenden Tag wurde Andrew Smulian von New Yorker Polizisten aufgegriffen und dem Bezirksgericht übergeben, wo seine Verhaftung bestätigt wurde.³¹ Wie verlautete, ließ sich Smulian auf einen Geständnishandel ein: Er packte über Buts Rolle in der ganzen Aktion aus und erhielt dafür ein milderer Urteil sowie Zeugenschutz.³²

Mit einem Zeugen wie Smulian und einer derartigen Fülle an Beweisen, hätte es kein Problem sein sollen, But mit Erfolg vor Gericht zu stellen. Das rasche Gerichtsverfahren mit der prompten Verurteilung von Monzer al-Kassar hätte als Vorbild dienen können. Ähnlich wie im Fall al-Kassar war es nun wichtig, schnellstmöglich die Auslieferung von Thailand in die USA zu erwirken, um ihn dort vor Gericht stellen zu können. Der erste Auslieferungsantrag wurde im April 2008 gestellt. Die thailändischen Behörden hatten zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden, But nicht anzuklagen. Denn eine Auslieferung erfordert einerseits, dass das Vergehen in *beiden* Ländern strafbar ist, andererseits, dass das zur Last gelegte Vergehen nicht im Land, in dem der Verdächtige festgehalten wird, strafrechtlich verfolgt wird. Dem amerikanischen Antrag auf Auslieferung war jede Menge »belastendes Material« beigefügt, das bei Buts Verhaftung sichergestellt worden war, darunter Zeitungsartikel über die FARC, eine Karte von Südamerika sowie Buts handschriftliche Notizen vom Treffen.³³

Im August 2009 verkündeten die Thais endlich ihr Urteil. Es lautete auf Nichtauslieferung. Die entscheidende Frage war, ob die zur Last gelegten Verbrechen eher politischer oder eher krimineller Natur waren. Denn der

Auslieferungsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Thailand besagt, dass eine Auslieferung nicht erfolgen darf, wenn sie aus politischen Gründen verlangt wird oder das Verbrechen »ein vornehmlich militärisches oder politisches Vergehen« darstellt.³⁴ Der thailändische Richterspruch besagte, dass eine Unterstützung der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens FARC als politisch und nicht kriminelle motivierte Handlung anzusehen sei – was die thailändischen Richter wohl auch deswegen so sahen, weil die thailändische Regierung die FARC nicht als terroristische Gruppierung einstuft. Und das Gericht war selbstverständlich nicht bereit, nationale Gesetze im Sinne einer fremden Machtpolitik zu beugen.³⁵ Bei dem Urteil ging es aber gewiss nicht nur um juristische Formalien, sondern es war auch eine gehörige Portion Realpolitik mit im Spiel. Denn je länger sich das Gerichtsverfahren hinzog, umso stärker wuchs der Druck seitens der Russen auf die thailändischen Stellen. Russland war strikt gegen die Auslieferung. Es gab einflussreiche politische Akteure, die sich für die Verteidigung Buts einsetzten und die Anklage gegen ihn als schmutziges amerikanisches Komplott bezeichneten. »Nur weil der Kalte Krieg vorbei ist, heißt das nicht, dass es keine Konkurrenz mehr gäbe zwischen den Staaten«, gab Sergej Markow von sich, ein Duma-Abgeordneter, der auf der Seite des russischen Präsidenten stand. »Heute geht es nicht mehr um Ideologien, sondern um rivalisierende militärisch-industrielle Interessen. Russland steht zu Viktor But, weil But ein Bürger Russlands ist und weil ihn die russische Öffentlichkeit in keiner Weise als Kriminellen ansieht. Man erwartet, dass ihm geholfen wird.«³⁶

Auch But verstand es, sich in der Haft als unschuldig Verfolgten und die USA als imperialistischen Unrechtsstaat hinzustellen, denn er erklärte, wenn er ausgeliefert würde, fürchte er nach Guantanamo zu kommen.³⁷ Prominente Unterstützung erhielt But durch den Ultra-Nationalisten Wladimir Schirinowski, der in der Vergangenheit das Merex-Netzwerk von Nicholas Oman benutzt hatte, um sich Atomwaffen zu besorgen, und der dadurch auch eine geschäftliche Beziehung zu But hatte. Schirinowski, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Duma, hatte mehrere Telegramme an den thailändischen Premierminister geschickt, in denen er die Freilassung Buts forderte und ein Treffen in Moskau vorschlug, bei dem die Angelegenheit besprochen werden sollte.³⁸

Sogar die Duma veröffentlichte eine Stellungnahme, in der die Verhaftung Buts verurteilt wurde. Gerüchten zufolge machte Russland den Thais lukrative Angebote für den Fall, dass sie But freiließen, darunter günstiges Öl und Rüstungsgüter.³⁹ Im Februar 2009, etwa sechs Monate vor der gerichtlichen Entscheidung Thailands, schrieben einige amerikanischen Kongressabgeordnete einen offenen Brief an die neue amtierende Außenministerin, Hillary Clinton, und an den Generalstaatsanwalt Eric Holder. Die Unterzeichner plädierten dafür, dass »die Auslieferung dieses internationalen Waffenschiebers eine hohe Priorität für das Außenministerium und die amerikanische Regierung haben sollte«. ⁴⁰ Zwei Monate nach der Urteilsverkündung nutzte Präsident Barack Obama eine Asienreise, um für Buts unverzügliche Auslieferung zu werben. Gleichzeitig bestand der stellvertretende amerikanische Generalstaatsanwalt David Ogden darauf, dass ein Gerichtsverfahren gegen But in den USA »für die Vereinigten Staaten immer noch von höchster Wichtigkeit« sei.⁴¹

Inmitten des politischen Gezerres drohte der eigentliche juristische Aspekt der Angelegenheit etwas aus dem Blick zu geraten. So beklagte sich etwa ein thailändischer Richter während des Verfahrens, er sei »in einer verzwickten Lage, da die staatlichen Beziehungen sowohl zu Russland als auch zu den Vereinigten Staaten gefährdet sein könnten«. ⁴² Für Douglas Farah war dann das Urteil die Bestätigung dafür, dass der Richter »die Russen ganz offensichtlich mehr fürchtete als die Amerikaner« und dass rechtsstaatliche Prinzipien keine Anwendung gefunden hätten.⁴³ Der amerikanische Kongressabgeordnete Edward Royce sagte es noch direkter: »Während das thailändische Außenministerium zum Ausdruck gebracht hat, dass der Antrag auf Auslieferung den Bestimmungen des thailändisch-amerikanischen Abkommens entspricht, hat die russische Regierung energisch auf die Freilassung Buts gedrängt. Die Politik scheint über das Gesetz triumphiert zu haben. In Bangkok ist was faul.«⁴⁴

An der Qualität des Richterspruchs darf auch deshalb gezweifelt werden, weil das Gericht, das ja nur die Rechtmäßigkeit des Auslieferungsantrages prüfen sollte, in seiner Begründung Argumente vorbrachte, die über seine Zuständigkeit weit hinausgingen. So hieß es etwa: »Dem Beschuldigten wird vorgeworfen, er verkaufe Kriegswaffen und Kampfflugzeuge; doch ist der Preis viel zu hoch, um glaubhaft annehmen zu können, dass sie illegal verschoben werden, und es muss bezweifelt werden, dass man eine illegale Bezugsquelle für eine derart

umfangreichen Menge an Rüstungsgütern überhaupt finden kann.« Womit der thailändische Richter eine bemerkenswerte Unkenntnis in Sachen Waffenhandel an den Tag legte.⁴⁵

Die thailändische Staatsanwaltschaft gab unmittelbar nach Urteilsverkündung bekannt, dass sie Einspruch gegen die Entscheidung erheben werde. Doch die amerikanischen Behörden zeigten sich wenig zuversichtlich, dass dieser Einspruch Erfolg haben würde. Stattdessen legten die Amerikaner im März 2010 lieber selbst einen zweiten Haftbefehl vor, in dem andere Vorwürfe erhoben wurden. Dieser Zug erlaubte ihnen, erneut einen Antrag auf Auslieferung zu stellen, sollte die Berufung zugunsten Buts ausfallen.⁴⁶ Die Schwierigkeiten der gerichtlichen Verfolgung von Waffenschmuggel wird daran deutlich, welche neue Begründung die Amerikaner nun vorlegen mussten. Sie argumentierten, dass But und sein mutmaßlicher Kollege Richard Chichakli gegen einen Präsidialerlass verstoßen hätten. Deshalb seien die amerikanischen Konten der beiden eingefroren worden. Diese einstweilige Verfügung hinsichtlich der Konten war letztendlich auf die UN-Sanktionen gegen But zurückzuführen. But wurde nun vorgeworfen, er habe die neugegründete Luftfahrtgesellschaft Samar Airlines dazu benutzt, zwei Flugzeuge, eine Boeing 727 und eine Boeing 737, für siebzehn Millionen Dollar von einer in Florida ansässigen Firma zu kaufen. Über Samar Airlines seien außerdem die jeweiligen Flugzeugbesatzungen aus Florida angeheuert worden, die die beiden Boeings von den USA nach Tadschikistan geflogen haben. Obwohl Buts Name nicht auf den Zulassungspapieren auftauchte, war er laut amerikanischen Staatsanwälten der »eigentliche« Eigentümer der Firma.⁴⁷

Am 20. August 2010 verwarf das thailändische Berufungsgericht die vorangegangene Entscheidung, indem es die FARC nun sehr wohl als terroristische Organisation bezeichnete und feststellte, dass Thailand verpflichtet sei, But vertragsgemäß an die Vereinigten Staaten auszuliefern.⁴⁸ Buts Anwalt kündigte an, er werde bei der thailändischen Regierung einen Antrag stellen, die Auslieferung zu verhindern. »Die Verteidigung glaubt, dass Buts Sicherheit in den Vereinigten Staaten nicht garantiert ist und dass er keinen fairen Prozess bekommt«, gab der Anwalt bekannt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow wettete, dass Russland »diese ungesetzliche politische Entscheidung bedauert«. Sie sei »aufgrund extremen Drucks von außen« zustande gekommen.

Wie schon bei vielen Gelegenheiten zuvor, betonte er erneut, Russland werde sich für Buts Rückkehr in seine Heimat einsetzen.⁴⁹ Und But gab sich trotzig: »Wir werden in Amerika vor Gericht gehen, und wir werden gewinnen.«⁵⁰

Aber es gab noch eine letzte juristische Wendung in der Sache. Das amerikanische Regierungsflugzeug stand schon auf dem Rollfeld des Flughafens von Bangkok bereit, um But endlich in die USA zu transportieren, als der thailändische Generalstaatsanwalt noch einmal intervenierte. Als Schwachpunkt erwies sich der zweite Vorwurf, den die Amerikaner gegen But erhoben hatten und der ihnen gewissermaßen nur als zusätzlicher Trumpf hatte dienen sollen, wenn ihre Hauptanklage abgewiesen worden wäre. Der Generalstaatsanwalt bestand jetzt darauf, dass alle anhängigen juristischen Verfahren gegen But abgeschlossen sein müssten, bevor er ausgeliefert werden könne. Der Haken an der Sache war, dass die Auslieferungsbedingungen der Länder klar besagten: Wenn sich der Auszuliefernde drei Monate nach dem Gerichtsentscheid immer noch in Thailand befindet, ist er auf freien Fuß zu setzen. Buts Anwälte versuchten jeden nur erdenklichen Kniff, um den Aufenthalt ihres Mandanten in Thailand über diesen Zeitraum hinaus zu verlängern. Aber als sich der Stichtag 20. November näherte und die russischen Medien bereits Buts bevorstehende Freilassung bejubelten,⁵¹ handelte die thailändische Regierung. Vier Tage vor dem Stichtag bestätigte die Regierung die Auslieferung. Binnen Stunden wurde But aus seiner Zelle geholt, in eine schusssichere Weste gesteckt und von einem Polizeispezialkommando in voller Kampfmontur zu einem gecharterten Flugzeug gebracht. Dort wurde er DEA-Agenten übergeben, die ihn an Bord geleiten und mit ihm die Reise nach New York antraten.

Buts Ehefrau Alla, die gemeinsam mit dem Anwalt ihres Mannes zum Gefängnis geeilt war, kam zu spät. »Das war ein geheimer Einsatz«, sagte sie dem Fernsehsender Russia Today. »Die Regierung hat die Auslieferung von Viktor But angeordnet, obwohl der thailändische Premierminister zugesagt hatte, dass er nicht ausgeliefert werde, solange Gerichtsverfahren anhängig sind ... Er wurde in die Vereinigten Staaten verfrachtet wie irgendeine Ware, ohne Reisepass und ohne dass die russische Botschaft darüber informiert worden ist. Die Aktion verlief im Geheimen, weil die sie nach thailändischem Gesetz rechtswidrig ist. Ich werde Einspruch erheben.« Der russische Außenminister pflichtete ihr bei, indem er »die rechtswidrige Auslieferung« als »ein Ergebnis

beispiellosen politischen Drucks seitens der Vereinigten Staaten« bezeichnete.⁵²

Während das amerikanische Justizministerium eindeutig alles in seiner Macht Stehende getan hatte, um Buts Auslieferung zu erwirken, gab es seither berechtigte Zweifel daran, ob die Amerikaner den Russen wirklich vor Gericht stellen wollen und wie stark er immer noch geschützt wird. Mir wurde von zwei unterschiedlichen Stellen in amerikanischen Ministerien gesagt, dass es besonders im Jahr 2008 in der Bush-Regierung Differenzen innerhalb des Justizministeriums gab, aber auch zwischen Justizministerium und Pentagon. Kritisiert wurde die Art und Weise, wie But in die Falle gelockt worden war, und auch der immense Aufwand, der für seine Auslieferung nötig gewesen war. Außerdem fürchteten das Pentagon sowie die Geheimdienste, Buts Aussagen würden offenbaren, in welchem gigantischen Ausmaß er für sie tätig gewesen war, während die DEA und andere im Justizministerium davon überzeugt waren, dass die Waffenschleberei von But eine ernste Bedrohung für die Sicherheit des Landes darstellte.⁵³ Die *Washington Post* kommentierte die erfolgreiche Auslieferung mit den Worten: »Ach, wenn dieser Russe einmal anfängt zu erzählen!«⁵⁴

Am 17. März 2005 wurde der holländische Waffenhändler Gus Kouwenhoven unter dramatischen Umständen verhaftet, als er am Rotterdamer Bahnhof auf seinen Zug wartete. Menschenrechtsorganisationen in Liberia und Sierra Leone waren schon vor längerem auf Kouwenhoven aufmerksam geworden. Bereits im Jahr 2000 wurde sein Name in einem UN-Untersuchungsbericht genannt. Darin hieß es, Kouwenhoven sei »verantwortlich für die Logistik vieler Waffenkäufe«, die Charles Taylor getätigt hatte.⁵⁵ Die weiteren Untersuchungen brachten das Bild eines Mannes zutage, der zum »inneren Kreis« des Regimes von Charles Taylor gehörte und der Gewinne aus seinen Holzgeschäften dazu genutzt hatte, die Herrschaft der NPFL finanziell zu unterstützen.⁵⁶ Zudem wurde berichtet, dass Kouwenhoven dabei geholfen habe, Waffen aus China zu importieren, und zwar über die liberianische Hafenstadt Buchanan. Das klingt glaubwürdig, zumal seine Holzhandelsfirma Oriental Timber Corporation (OTC) zwei Schiffe unterhielt und er, wie berichtet, den Hafen von Buchanan mehr oder weniger in seiner Hand hatte.⁵⁷

Enthüllungen seitens nichtstaatlicher Organisationen sowie der UNO führten

schließlich zu einer Untersuchung durch holländische Behörden. Die niederländischen Beamten reisten nach Liberia, um Zeugen zu befragen und stellten dann eine Reihe von schwerwiegenden Anklagepunkten zusammen. Die Anklageschrift warf Kouwenhoven Kriegsverbrechen im Sinne Genfer Konvention vor. Er habe unter anderem zwischen 2000 und 2002 Sicherheitspersonal seiner Holzfirma OTC bei einigen Gefechten eingesetzt. In einem Fall sei Kouwenhoven auch selbst dabei gewesen, und zwar bei einem grausamen Überfall auf die Stadt Guéckédou in Guinea. Es hieß, die Söldner hätten »wahllos« in der Stadt um sich geschossen, ohne zwischen Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden. Ein Gebäude, in dem Kriegsgefangene zusammengepfercht worden waren, wurde in Brand gesteckt, und ein anderes Gebäude, in das sich Einheimische, die kapituliert hatten, geflüchtet hatten, wurde mit Granatbeschuss zerstört. Eines oder mehrere Babys wurden getötet, indem man es gegen die Wand schmiss, und mindestens drei Personen, die keinerlei Widerstand mehr leisteten, wurden geköpft.⁵⁸ Kouwenhoven soll aktiv an diesen Handlungen beteiligt gewesen sein, entweder, indem er die Leute seiner Firma OTC selbst in den Kämpfen befehligte, oder Charles Taylor erlaubte, sie zu befehligen. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, Waffen für den Angriff besorgt und verkauft zu haben sowie einen Hubschrauber zur Verfügung Taylors und dessen engsten Kreises gestellt zu haben. Schließlich soll er auch Geld, Zigaretten und Marihuana für Taylors Soldaten und dessen Komplizen beschafft haben.⁵⁹

Neben den drei Anklagepunkten wegen Kriegsverbrechen sollte Kouwenhoven auch wegen zwei Waffengeschäften belangt werden. Ihm wurde vorgeworfen, dass er erheblich daran beteiligt war, Waffen, Ausrüstung sowie militärische Technologie beschafft und damit gegen UN-Sanktionen und das niederländische Recht (Gesetz zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität) verstoßen zu haben. Während die Vergehen wegen illegalen Waffenhandels wohl nur mit einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren geahndet werden würden, hätte er für Kriegsverbrechen mit einer bis zu lebenslangen Haft rechnen müssen. Deshalb war es das vordringliche Ziel des Staatsanwaltes, Kouwenhovens Schuld an Kriegsverbrechen nachzuweisen. Im März 2006 befanden die drei Richter des Haager Gerichtshofs, dass sich die furchtbaren Gräueltaten tatsächlich ereignet hatten, dass es aber nicht genügend eindeutige

Beweise gäbe, um Kouwenhoven zu verurteilen: »Die vorgelegten Beweise überzeugen das Gericht nicht davon, dass der Angeklagte tatsächlich daran beteiligt war, noch dass er Kenntnis von jenen Dingen hatte, die gegen ihn vorgebracht werden, insofern, als dass viele unterschiedliche und auch widersprüchliche Angaben aufgezeichnet und Schriftstücke vorgelegt worden sind, die insgesamt keine eindeutige Beweislage bieten, um diese Beteiligung zu belegen.«⁶⁰

Die Richter zeigten sich jedoch von zwei anderen Punkten überzeugt. In ihren Augen bestand kein Zweifel daran, welcher Art die Beziehung des Holländers zu dem Diktator war, und sie sahen es auch als erwiesen an, dass Kouwenhoven im Auftrag Taylors Waffen beschafft hatte. Unter Eid gab Kouwenhoven zu, dass er für die täglichen Geschäfte seiner Holzhandelsfirma verantwortlich war und dass er häufig Zahlungen an Taylor und seine Clique von Kriegsherrn geleistet hatte, die insgesamt die Summe von fünf Millionen Dollar weit überstiegen. Und dies stets über seine Firma OTC, gewissermaßen als »Steuervorauszahlung« an die NPFL.⁶¹ Er räumte des Weiteren ein, dass er Charles Taylor einen blau-weißen Hubschrauber zum täglichen Gebrauch zur Verfügung gestellt habe. Die Richter vermuteten jedoch, dass die Beziehung zwischen Taylor, Kouwenhoven und dessen Firma OTC über diese Einzelfälle hinausging. Einige Unterlagen wiesen darauf hin, dass Charles Taylor im Grunde Miteigentümer der OTC-Holzhandelsfirma war. Sollte dies zutreffen, wäre Gus Kouwenhoven Geschäftspartner des Diktators Charles Taylor gewesen.⁶²

Der Holländer gab zu, dass OTC für den Hafenbetrieb von Buchanan zuständig war und dass das Hafenspersonal nahezu vollständig aus OTC-Beschäftigten bestand. Laut Aussagen von mehr als fünfzig Zeugen lag mindestens eines, wenn nicht mehrere Schiffe, die OTC gehörten, in Buchanan häufig vor Anker, insbesondere die *Antarctic Mariner*. Diese Aussage wurde durch Logbücher und Hafensrechnungen bestätigt. In mindestens einem Fall, wahrscheinlich aber in mehreren, transportierten die Schiffe Kistenladungen mit Waffen, vor allem Sturmgewehre des Typs AK-47 sowie Panzerfäuste. Nach dem Entladen wurden sie in die »White Flower«-Residenz von Taylor gebracht, wo man sie begutachtete. Einige Waffen wurde für die Firmenwachleute von OTC entnommen, was diese bestätigten. Ein Wachmann erinnerte sich, dass der Inhalt der Kisten, sobald sie an Land waren, kaum verborgen wurde: »Jedes Mal,

wenn die *Antarctic Mariner* ankam, waren Waffen an Bord. Die Waffen waren in Kisten und in Containern verpackt. Ich habe gesehen, dass auf den Kisten sogar draufstand, dass da Waffen drin sind. Zum Beispiel stand auf den Kisten ›AK47 rifle‹.«⁶³

Die Tatsache, dass Kouwenhoven der einzige und entscheidende Berührungspunkt zwischen Charles Taylor und der OTC war, genügte den Richtern als Nachweis, dass er direkt am Waffenhandel beteiligt gewesen war. »Es besteht kein Zweifel, dass der Angeklagte regelmäßig und von Anfang an eine wesentliche Rolle bei der im großen Stil organisierten Einfuhr von Waffen gespielt hat. Deshalb sieht es das Gericht als erwiesen an, dass der Angeklagte, gemeinsam mit einer oder mehreren Personen, Waffen an Charles Taylor und Liberia geliefert hat.«⁶⁴ Am 7. Juni 2006 wurde Kouwenhoven wegen illegalen Waffenhandels zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Sofort nach der Urteilsverkündung gingen sowohl die niederländische Staatsanwaltschaft als auch Kouwenhoven in die Berufung. Der Staatsanwalt war der Ansicht, dass die Anklagepunkte wegen Kriegsverbrechen ungerechtfertigterweise fallengelassen worden waren. Kouwenhovens Verteidiger hingegen stellte eine ganze Reihe von Beweisen infrage, die sich auf den Vorwurf der Waffenschieberei bezogen. Seiner Ansicht nach seien sie unzuverlässig. Die überwiegende Zahl der Beweismittel basierte, notgedrungen, auf Aussagen von Zeugen, die von der Verteidigung als widersprüchlich in Bezug auf wichtige Fakten bezeichnet wurden. Während des Berufungsverfahrens führte das Team der Verteidiger Kouwenhovens penibel und mittels einer Power-Point-Präsentation diese Ungenauigkeiten vor.

Zur Betroffenheit aller, die Kouwenhovens Werdegang kannten, folgte das niederländische Berufungsgericht im März 2008 der Argumentation der Verteidigung. Der Richter kritisierte zunächst die Durchführung der Ermittlungen; darüber hinaus kritisierte er die Verwendungen von Aussagen »geheimer Zeugen«. Und auch an den übrigen Zeugenaussagen ließ er kein gutes Haar, die er insgesamt als in sich widersprüchlich bezeichnete. In einigen Fällen hätten die Zeugen Erklärungen abgegeben, die schlicht nicht angehen könnten. Und er führte ein Beispiel an, das er für besonders »eklatant« hielt:

Die Zeugen sagten ausdrücklich, dass sie sahen, wie die *Antarctic Mariner* ihre erste Waffenladung Anfang Oktober oder im Dezember 1999 anlieferte (und dass der Angeklagte an Bord des Schiffes im

Hafen von Buchanan und zu dem angegebenen Zeitraum gesehen worden sei), obwohl belegt ist, dass das Schiff zuvor anders hieß und diesen Namen erst im Mai 2000 erhielt, nämlich nachdem es von der OTC gekauft worden war. Deshalb kann es 1999 niemals im Hafen von Buchanan unter diesem Namen gelegen haben; und das Berufungsgericht sieht keine Anzeichen dafür, dass das Schiff zur angegebenen Zeit unter seinem vorherigen Namen *Sinela* im Hafen lag.⁶⁵

Diese Aussage und einige andere ähnlicher Art reichten dem Gericht als Beweis dafür, dass Zeugenaussagen insgesamt als »unzuverlässig« zu verwerfen seien. Larissa van den Herik, Lehrbeauftragte für Jura an der Universität Leiden, bewertet dasselbe Beispiel ganz anders:

Es kann nämlich sehr gut sein, dass das Schiff, das später *Antarctic Mariner* hieß, im Hafen von Buchanan im Dezember 1999 vor Anker lag und dass die Zeugen, die dieses Schiff zu dem Zeitpunkt gesehen haben, jetzt darüber aussagen und das Schiff mit seinem derzeitigen Namen bezeichnen, obwohl sie über das Schiff aus einer Zeit sprechen, in der es einen anderen Namen hatte. Sollte dies so sein, dann beziehen sich natürlich die Zeugenaussagen auf genau dieses Schiff.⁶⁶

Sie glaubt, dass das Berufungsgericht die Situation Liberias während des Kriegs überhaupt nicht verstanden hat und auch nicht die Probleme, die es mit sich bringt, Beweise aus einem vom Krieg verwüsteten Land in einem komfortabel eingerichteten Gerichtssaal in einem Wohlstandsstaat zu präsentieren. Sie führt ein weiteres Beispiel an, das das Gericht als fragwürdig eingestuft hatte. Bei der Schilderung, wie Waffen von der *Antarctic Mariner* entladen worden seien, sagte ein Zeuge aus, dass die meisten Waffen von Hand und mit Stehleitern entladen wurden. Diese Angabe bewertete das Gericht als unglaubwürdig. »Klar, wer würde schon schwere Kisten per Hand und noch dazu über eine Leiter ausladen – in einem entwickelten Land wie den Niederlanden. Etwas anders sieht es aus, wenn wir uns in Erinnerung rufen, dass Liberia zu den ärmsten Ländern der Welt zählt.«⁶⁷

Infolge des Richterspruchs war Kouwenhoven nun, zwei Jahre nachdem er für schuldig befunden worden war, ein freier Mann, von allen Vorwürfen freigesprochen. Seinen laut vorgetragenen Unschuldsbeteuerungen konnte nun nicht mehr widersprochen werden, wenn auch die sonderbare Tatsache blieb, dass er selbst zugegeben hatte, einen der grausamsten Diktatoren in seinem Tun unterstützt zu haben, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. Die niederländische Bürgerinitiative gegen Waffenhandel klagte denn auch:

Holländische Waffenhändler, die außerhalb der Niederlande ihren Geschäften nachgehen, haben wenig von den holländischen Behörden zu befürchten. Internationale Initiativen und parlamentarische Anfragen, die auf eine hinreichende Gesetzgebung drängen, wurden von dieser Regierung auf die lange Bank geschoben. Sogar mit einer hinreichenden Gesetzeslage würde es schwierig bleiben, Waffenschieber vor Gericht zu bringen, weil das die Zusammenarbeit mit ebenjenen Staaten erforderlich machte, an die die Waffen verkauft wurden.⁶⁸

Dass sich Gus Kouwenhoven auf freiem Fuß befindet, ist vielleicht nicht von Dauer. Nach dem Richterspruch von 2008 hat der Staatsanwalt erneut Berufung eingelegt. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht die Kritik an der Ablehnung des Berufungsgerichts, jene belastenden Zeugenaussagen zuzulassen, die bereits im Jahr 2006 vor dem Sondergerichtshof für Sierra Leone in Freetown gehört worden waren. 2010 nun hat sich der Oberste Gerichtshof der Niederlande des Falls angenommen. Dieser bezeichnete den Richterspruch auf Freilassung Kouwenhovens als nicht nachvollziehbar und verwies darauf, dass die vom Berufungsgericht abgelehnten Beweise sehr wohl hätten zugelassen werden müssen. Damit wurde der Freispruch des Berufungsgerichts annulliert und die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Gus Kouwenhoven angeordnet.⁶⁹

Die Fälle But und Kouwenhoven stehen exemplarisch dafür, woran es bei der Strafverfolgung von Waffenhändlern so häufig krankt: am mangelnden politischen Willen und an der objektiven Schwierigkeit, Ermittlungen zu führen in Ländern, die im Chaos versinken, nicht zuletzt wegen der Waffenlieferungen, um die es geht. Ein drittes Problem ist die Frage der juristischen Zuständigkeit, wie der Fall Leonid Minin zeigt:

Minin wurde am 4. August 2000 auf frischer Tat ertappt und verhaftet. Er war immer unvorsichtiger geworden und gab der Polizei reichlich Möglichkeit, Indizien zu sammeln. Die erste Anklage lautete auf illegalen Drogenbesitz. In Anbetracht der großen Mengen Kokain, die man bei ihm fand, und da er schon früher wegen des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt worden war, konnte Minin ziemlich problemlos zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden.⁷⁰ Walter Mapelli, der zuständige italienische Staatsanwalt, kümmerte sich danach um den Vorwurf der Waffenschieberei. Im Juni 2001 stellte er ein Gesuch um Verlängerung der Untersuchungshaft. Zur Begründung wurden die Schriftstücke vorgelegt, die man bei ihm gefunden hatte, sowie Fotos, die sein Flugzeug beim Einsatz in Liberia zeigten, und schließlich die Aussagen von

mehreren Zeugen. Dies allein waren schon belastende Beweise genug, schien es. Auf einem Foto sah man zum Beispiel einige Säcke neben Minins Flugzeug in Liberia. Die Waffen, die man eindeutig in den Säcken erkennen konnte, waren identisch mit jenen, die in einer Broschüre und einem Katalog aufgelistet waren, die man bei Minin fand.⁷¹ Die Staatsanwaltschaft konnte außerdem die Endnutzerbescheinigung vorweisen, die Minin für den Transport der Waffen nach Liberia ausgefüllt und die der Militärführer der Elfenbeinküste, Robert Guéi, unterzeichnet hatte.⁷² Als die italienischen Ermittler mit den Behörden der Elfenbeinküste Kontakt aufnahmen, erfuhren sie, dass die Endnutzerbescheinigung von Guéi nie unterzeichnet worden war. Es war eine Fälschung. Damit war der Nachweis erbracht, dass Minin Schwarzhandel mit Waffen betrieben hatte.⁷³ Schließlich legte Mapelli eine detaillierte Aufstellung der verschiedenen Finanztransaktionen vor, die Minin für seine Geschäfte vorgenommen hatte.

Der entschlossene und gründliche Staatsanwalt war verständlicherweise zuversichtlich, dass das Strafrechtsverfahren erfolgreich verlaufen werde, zumal Minin ein Geständnis abgelegt hatte und es Beweise gab, die teils von seinem ehemaligen Geschäftspartner Fernando Robleda stammten, teils von einem der Piloten, die Minin angeheuert hatte, und da schließlich auch noch jede Menge Material des prominenten UN-Ermittlers Johan Peleman vorlag.⁷⁴ Die Beweislage war viel eindeutiger als im Fall Kouwenhoven. Im Fall Minin verfügte der Staatsanwalt über wirklich »zuverlässiges« Beweismaterial, darunter amtliche Dokumente und Nachweise über Geldbewegungen, und brauchte sich somit nicht auf heikle Zeugenaussagen zu verlassen.

Außerdem schien Minin seine eigene Verteidigung zu unterlaufen. Bis 2002 hatte er sich von vier verschiedenen Anwälten wieder getrennt. Einer davon war Pierre Traini, der Minin als »einen sehr, sehr schwierigen Mandanten« bezeichnete. »Ich habe ihn nur drei Monate lang vertreten, aber das hat mir gereicht.«⁷⁵ Minins eigene Aussagen waren häufig widersprüchlich oder dreiste Behauptungen, die oft nicht mit den Schriftstücken übereinstimmten, die man bei ihm gefunden hatte. Walter Mapelli beschrieb Minin während einer Befragung: »Er ist launisch, unterliegt Stimmungsschwankungen. Mal ist er zur Kooperation bereit und zeigt sich gesprächig, ein andermal ist er aggressiv und putzt einen runter. Ich hatte den Eindruck, dass man Minin nie ganz glauben

konnte.«⁷⁶ Wenn man dieses sprunghafte Verhalten und die kriminelle Vergangenheit Minins in Betracht zieht, war es unwahrscheinlich, dass er ein glaubwürdiger Zeuge sein würde. Dementsprechend düster sah seine Zukunft aus.

Aber im September 2002 erhob Minin Einspruch gegen die Fortdauer der Untersuchungshaft, und die Richter entschieden zu seinen Gunsten. Sie gaben keine Stellungnahme ab bezüglich seiner Schuld oder Unschuld, sondern sie entschieden, dass das Gericht für die ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht zuständig sei.⁷⁷ Minin wurde zwei Jahre nach seiner Verhaftung auf freien Fuß gesetzt. Mapelli versuchte, die Entscheidung rückgängig zu machen, und ging dabei durch alle Instanzen bis zum obersten italienischen Gerichtshof. 2004 bestätigte der Corte Suprema di Cassazione jedoch, dass rechtliche Zuständigkeitsprobleme die strafrechtliche Verfolgung Minins untersagten. Das Verbrechen, um das es ging, habe in Übersee stattgefunden und sei von einem Ausländer begangen worden, argumentierte der Gerichtshof. Außerdem gebe es keinerlei Beweise dafür, dass die Waffen, die aus der Ukraine stammten, über italienisches Gebiet transportiert oder geflogen worden seien oder dass Minin irgendwelche wichtigen Geschäftszusammenkünfte in Italien gehabt hätte.⁷⁸ Die einzige Anklage, derentwegen er für schuldig befunden werden konnte, war der Besitz von unregistrierten Diamanten. Für dieses Vergehen musste er eine Geldstrafe von 40000 Dollar bezahlen.⁷⁹

Diese Entscheidung war ärgerlich, kam aber nicht ganz überraschend. Minin war seit vielen Jahren in Italien ansässig und mit einer Italienerin verheiratet. Einige Erträge aus seinen kriminellen Machenschaften waren mit Sicherheit in Italien ausgegeben worden. Ich habe in Erfahrung bringen können, dass kurz vor Minins erfolgreicher Freilassung aus der U-Haft sein Anwaltsteam durch ein paar namhafte Juristen aufgestockt worden war, die zur Firma eines führenden italienischen Waffenherstellers gehörten.⁸⁰

Man möchte meinen, dass Italien als Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen einem Mitbürger, der UN-Waffenembargos unterläuft, entschiedener gegenübertritt. Aber der Fall Minin macht die Schwächen der Bemühungen um eine internationale Strafverfolgung besonders deutlich. UN-Sanktionen und Waffenembargos sind vollkommen nutzlos, wenn staatliche Gesetze nicht auch eine Art weltweite Zuständigkeit vorsehen. Die nationalen Polizeien sehen sich

immer häufiger mit global operierenden Verbrechern konfrontiert, für die ihnen keine adäquaten gesetzlichen Instrumente zur Verfügung stehen. »Die richterliche Zuständigkeit hinkt heute einen Schritt hinter der Kriminalität her, weil die Verbrecher inzwischen weltweit operieren und dieser Trend zunimmt«, beschwerte sich Mapelli während des Prozesses. »Jeder Staat ist eifersüchtig auf seine Souveränität bedacht und beharrt auf seinen Rechten innerhalb seiner Staatsgrenzen. Dies hat zur Folge, dass jeder Staat nur seinen kleinen Ausschnitt vom Gesamtbild sieht.«⁸¹

Mapelli hatte den Fall auf der Grundlage von Artikel 10 des italienischen Strafgesetzbuches geführt. Dieser besagt, dass auf Antrag des Justizministers ein Ausländer, der sich in Italien aufhält, für ein Verbrechen vor Gericht gestellt werden darf, das in einem anderen Land begangen worden ist, sofern es sich um ein Vergehen handelt, wofür eine Mindeststrafe von drei Jahren vorgesehen ist. Der damalige Richter war der gleichen Meinung gewesen, aber der Oberste Gerichtshof verwarf den Haftbefehl, indem er behauptete, dass illegaler Waffenhandel eine Ausnahme von Artikel 10 darstelle. Walter Mapelli ist da anderer Ansicht. Er nimmt an, dass es in Italien noch nie eine Verurteilung wegen illegalen Waffenhandels gegeben hat.⁸² Ein Informant, der mit den Ermittlungen zu dem Fall vertraut ist, sagte mir, dass das Justizministerium nicht gerade erpicht darauf war, eine Zulassung für das Gerichtsverfahren zu erteilen, und vermutlich hat man hinter den Kulissen Druck auf die Gerichte ausgeübt.

Wenn man sich die Fälle vor Augen führt, die in diesem Kapitel behandelt wurden, muss man zu dem Schluss kommen, dass es eine Klasse von Menschen gibt, Waffenhersteller, Waffenhändler und ihre Mittelsmänner, die Verbrechen begehen können, ohne dafür belangt zu werden. Sie korrumpieren Regierungen und leisten Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wenn sie nicht gleich selber morden. Sie operieren in einer Schattenwelt, schlüpfen durch die Lücken, die ihnen das internationale Recht lässt, und verstecken sich hinter dem Schutzschild mächtiger Politiker und Geheimdienste, während sie dazu beitragen, die Räder von Diktatoren und anderen unverantwortlichen Regierungen zu schmieren.

DREI

Business as usual

Das Alte stürzt – mithilfe von BAE

Das Al-Yamamah-Abkommen war gewiss das größte – und korrupteste – Waffengeschäft aller Zeiten, aber in seiner Art war es für BAE ein Auftrag wie andere auch. Es war Teil einer grundlegenden Strategie der Auftragsbeschaffung, die das Unternehmen von Pretoria über Prag bis Puento Alto anwandte. Die mit stillschweigender Rückendeckung durch die britische Regierung erfolgende Bestechung von Amtsträgern und Politikern durch den Rüstungskonzern und die Bemühungen der Firma, die Bestechung zu verschleiern, untergrub Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und beeinträchtigte die sozioökonomische Entwicklung in den Kaufstaaten, die viel ärmer waren als Saudi-Arabien. Nach dem Verhalten der BAE-Verantwortlichen Ende der neunziger Jahren zu urteilen, hat das Unternehmen aus der Al-Yamamah-Erfahrung nichts gelernt. Wie denn auch? Schließlich hat das System sich ja bewährt: Man besticht und korrumpiert im notwendigen Umfang und verlässt sich dann auf die Protektion durch seine politischen Freunde.

Wie die Träume der Regenbogennation zerstört wurden

Ich erlebte den schädlichen Einfluss von BAE auf Entwicklungsländer aus erster Hand mit. Als Südafrika im Jahr 1994 nach über dreihundert Jahren Rassismus und Unrechtsherrschaft eine Demokratie wurde, zog ich für den ANC als Abgeordneter ins Parlament ein. Mitte der achtziger Jahre war ich in den Squattersiedlungen von Kapstadt, wo ich ein Studentenhilfswerk leitete, zum ersten Mal mit dem ANC in Kontakt gekommen.

In den Anfangsjahren des neuen Südafrika trotzte das Land unter der inspirierenden Führung von Nelson Mandela den politischen Grabenkämpfen

inspirationen und Lehren von Nelson Mandela den politischen Grausamkeiten und Machtspielen, wie sie in vielen Ländern der Welt an der Tagesordnung sind, und wurde zu einer Bastion der Versöhnung, die geprägt war von einer kraftvollen Aufbruchstimmung, fortschrittlicher Menschenrechtspolitik und guter Regierungsführung.

Doch als Thabo Mbeki Mandela nachfolgte, wurde der strikte Anti-Rassismus durch einen weniger integrativen Afrikanismus ersetzt, der dazu tendierte, die Interessen einer Partei über die nationalen Belange zu stellen. An die Stelle offener Rechenschaftspflicht trat eine Art bedingungslose Loyalität zur Partei und ihrem Anführer.

Damals war ich Obmann des ANC im Rechnungsprüfungsausschuss des Parlaments, eines Gremiums, das die Staatsausgaben streng und in unparteiischer Weise überprüfte und Maßnahmen gegen die Unterschlagung öffentlicher Gelder einleitete. Wir waren das letzte Glied in der Kette der Rechenschaftspflicht, eine Aufgabe, die mir große Freude machte.

Diese Rolle brachte mich auch zum ersten Mal in direkten Kontakt mit dem Waffenhandel. Mit dem Ende der Apartheid hatte sich der ANC verpflichtet, die Verteidigungsausgaben zugunsten dringender sozioökonomischer Bedürfnisse zu kürzen. So kam es etwas überraschend, als die Regierung 1999 ein gewaltiges militärisches Beschaffungsprogramm ankündigte. Die Kosten dafür wurden damals auf etwa 3 Milliarden Dollar beziffert – wobei diese Ziffer die eigentlichen Kosten des Pakets um mindestens 250 Prozent zu niedrig ansetzte; das Projekt umfasste eine breite Palette von Rüstungsgütern, unter anderem Hawk- und Gripen-Kampfflugzeuge von BAE und Saab, U-Boote und Fregatten aus Deutschland und Hubschrauber aus Italien. Der mit Abstand größte Teil der Kosten – über 50 Prozent – entfiel auf den Kauf der Kampfflugzeuge.

Das Beschaffungsprogramm – nur schlicht »der Waffenvertrag« genannt – war von Anfang an von zahlreichen Korruptionsvorwürfen begleitet. Als der Präsident des Rechnungshofs dem Rechnungsprüfungsausschuss einen vernichtenden Bericht über das Programm vorlegte, der nur so strotzte von Anschuldigungen gegen Amtsträger, sich rechtswidrig verhalten zu haben, leiteten wir eine Reihe öffentlicher Anhörungen und Untersuchungen ein.

Zahllose Informanten traten an mich heran, einige davon allem Anschein nach glaubwürdig und wohlmeinend, anderen mit eindeutigen Interessen und wieder andere, die offenkundig nicht ganz zurechnungsfähig waren. Nach zahllosen

offenen und verdeckten Treffen und nach Durchsicht von Tausenden von Seiten an Beweismaterial vom Präsidenten des Rechnungshofs und unerschrockenen Journalisten fügten wir die Teile einer erschreckenden Story über Korruption und Betrug zusammen, mit BAE in der Rolle des Hauptschurken.

Wir fanden heraus, dass Thabo Mbeki zu der Zeit, als er behauptete, die Regierung habe nicht genügend Mittel, um den Millionen von HIV-infizierten Südafrikanern lebensrettende Medikamente zur Verfügung zu stellen, Rüstungsverträge abgeschlossen hatte, die zum Zeitpunkt ihrer vollständigen Erfüllung im Jahr 2018 das Land über 6 Milliarden Pfund gekostet haben werden.¹ Und dies ungeachtet der Tatsache, dass Südafrika keinerlei Bedrohungen von außen ausgesetzt ist.

Etwa 300 Millionen Dollar an Provisionen und Schmiergeldern flossen an Mittelsmänner, hohe Politiker, Staatsbeamte, deren Vertraute und den ANC selbst. Die Schmiergelder waren mit ausschlaggebend für den Deal, da ein Teil davon zur Finanzierung der Partei und des Wahlkampfes der Partei in den bevorstehenden Wahlen verwendet werden sollte.²

Seit Beginn der Verhandlungen über eine neue Verfassung für Südafrika Ende 1991, bei denen ich als Moderator fungierte, knüpften internationale Rüstungsfirmen Kontakte zu Schlüsselfiguren des ANC wie etwa Mbeki und dem ehemaligen Anführer der bewaffneten Fraktion des ANC, Joe Modise. Im Dezember 1993 wurden Modise und der Chef der staatlichen Rüstungsfirma Armscor als Gäste der britischen Rüstungsexportbehörde DESO nach Großbritannien eingeladen.³ Es war ein bemerkenswerter Schritt – Modise war damals noch nicht zum Verteidigungsminister ernannt worden. Bei Staatsbesuchen in Südafrika hatten bereits mehrere britische Premierminister bei der neuen Regierung die Werbetrommel für britische Waffen gerührt. Als John Major 1994 zum ersten Mal das neue, demokratische Südafrika besuchte, überreichte er Mandela einen persönlichen Brief, in dem er ihn bat, Waffenkäufe in Großbritannien in Erwägung zu ziehen.⁴ Britische Amtsträger versuchten die Südafrikaner davon zu überzeugen, dass ein großes Rüstungsgeschäft nicht nur ein gutes Mittel sei, um die Apartheid-Generäle zu beschwichtigen, sondern auch nützlich sei, um der Partei und Privatpersonen Gelder zukommen zu lassen. Nur so lassen sich viele der Entscheidungen erklären, die ansonsten völlig unbegreiflich wären, wie etwa die Vergabe des größten Auftrags über die

Lieferung von Schulungs- und Kampfflugzeugen an BAE und Saab.

Es war ein dreistufiger Entscheidungsprozess, beginnend bei technischen Ausschüssen; gefolgt von einem Beschaffungsausschuss, dem Arms Acquisition Council, AAC, in dem der damalige Verteidigungsminister Joe Modise (unterstützt von seinem politischen Berater, Fana Hlongwane) und der Leiter des Beschaffungswesens der Streitkräfte, »Chippy« Shaik, die maßgeblichen Akteure waren; und am Schluss stand ein ministerieller Ausschuss, der vom Vizepräsidenten, Thabo Mbeki, geleitet wurde.

Was den Auftrag über die Lieferung von Kampfflugzeugen anlangte, schaffte es das gemeinsame britisch-schwedische Angebot, für das sich Tony Blair bei mehreren Besuchen in Südafrika, der schwedische Ministerpräsident bei einer außerplanmäßigen Visite und sogar die britische Königsfamilie nachdrücklich einsetzten, zunächst nicht auf die Vorauswahlliste, die der zuständige technische Ausschuss an das AAC sandte. Es erfüllte einige der technischen Kriterien nicht, und es war in anderer Hinsicht übermäßig spezifiziert. Außerdem waren südafrikanische Piloten, die hauptsächlich südafrikanische Atlas Cheetahs geflogen hatten, nicht vertraut mit Hawk-Trainingsflugzeugen und Gripen-Kampfflugzeugen. Und für ein Land, das vor zahlreichen sozio-ökonomischen Herausforderungen stand, war es auch nicht ganz unwichtig, dass die BAE/Saab-Option zweieinhalbmal so teuer war wie der italienische Aermacchi-Jet, den der technische Ausschuss bevorzugte.

Abgesehen von den Kosten musste BAE noch eine weitere hohe Hürde überwinden. Als die südafrikanische Luftwaffe, die South African Air Force (SAAF), Mitte der neunziger Jahre eine Bedarfsprüfung durchführte, gelangte sie zu dem Ergebnis, dass sie »abspecken« müsse. In dem Wissen, dass Südafrika seine Verteidigungsausgaben reduzieren muss, empfahl sie, nur noch Flugzeuge eines Typs zu beschaffen. Dieses Flugzeug sollte eine doppelte Funktion erfüllen: Es sollte als Trainingsflugzeug dienen und zugleich in Konflikten einsetzbar sein.⁵ Damit jedoch schied das BAE/Saab-Angebot sofort aus, da sie kein solches Flugzeug anbieten konnten. Andere Anbieter dagegen konnten dies, wie etwa der wesentlich günstigere Aermacchi-Konzern.⁶

Doch im November 1997 musste die SAAF auf strikte Weisung von Joe Modise dieses Konzept fallenlassen. Stattdessen wurde laut verkündet, dass die Streitkräfte zwei verschiedene Flugzeuge benötigen: eines für die Schulung ihrer

Piloten und eines für Kampfeinsätze.⁷ Jetzt konnte sich auch BAE um den Auftrag bewerben, da das Unternehmen in einer hervorragenden Position war, um beide Flugzeugtypen zur Prüfung vorzulegen. Diese Wendung war kaum nachzuvollziehen. Die SAAF war offensichtlich gewillt, mehr Flugzeuge zu kaufen, ohne damit die eigentliche Kampfkraft zu steigern. Wie mehrere Rechnungsprüfer später herausfinden sollten, bestätigte jeder einzelne Lieferant, an den man herangetreten war, dass Piloten problemlos von den Schulungsflugzeugen, die Südafrika bereits besaß, auf ein voll einsatzfähiges Kampfflugzeug umsteigen könnten – was bedeutete, dass die zusätzliche Trainingsstufe, für die BAE den Hawk-Jet vorsah, vollkommen überflüssig war.⁸

Trotz dieser Manipulationen sah sich BAE noch einem weiteren Hindernis gegenüber. Nach Eingang der Angebote wurden die Hawk- und die Gripen-Jets auf einer Vorauswahlliste eines technischen Ausschusses als die unattraktivsten Modelle ihrer jeweiligen Typen geführt: bei den Trainingsflugzeugen bevorzugte die Air Force eindeutig die Aermacchi MB339FD und bei den Kampfflugzeugen unter anderem die Mirage 2000 von Dassault.⁹ Die Tatsache, dass die Hawk und die Gripen mit Abstand die teuerste Option waren, sprach jedenfalls entschieden gegen sie.

Aber wegen einer Formalität schlüpfte die Gripen dann doch noch durch. Das Angebot umfasste nämlich auch einen Finanzierungsvorschlag. Die Bewertung dieses Finanzierungsvorschlags sollte ein Drittel der »Gesamtnote« ausmachen in der abschließenden Bewertung jedes Anbieters. Als die Mitglieder des Auswahlausschusses die Angebote prüften, behaupteten sie, nur BAE habe überhaupt einen vollständigen Finanzierungsvorschlag unterbreitet, trotz wiederholter Aufforderungen an die anderen Bewerber, dies ebenfalls zu tun.¹⁰ Dies warf schließlich die anderen Anbieter aus dem Rennen und bugsiierte die Gripen automatisch an die erste Stelle,¹¹ obwohl die Gripen die teuerste und technisch am wenigsten geeignete Option war. Es ist kaum denkbar, dass die Konkurrenten derart wichtige Informationen nicht vorgelegt hätten, wenn sie darum gebeten worden wären. Und als Rechnungsprüfer die Unterlagen genauer unter die Lupe nahmen, konnten sie keinerlei Anhaltspunkte dafür finden, dass irgendeiner der Bewerber über das Erfordernis informiert worden war, einen vollständigen Finanzierungsvorschlag einzureichen.¹² Hier hatte selektives Verschweigen zugunsten von BAE gewirkt.

Um die Hawk durchzudrücken, ging man noch etwas dreister vor. Als dem

Um die Hawk durchzusetzen, ging man noch etwas drüber vor. Als dem AAC die Vorauswahlliste vorgelegt wurde, auf der die Hawk an letzter Stelle stand, war der Minister, Joe Modise, außer sich. Er fasste daher den »visionären Entschluss«, wie es seine Kabinettskollegen und eingeschüchterte Ermittler später nannten, bei dem größten Beschaffungsprojekt in der Geschichte des demokratischen Südafrikas die Kosten als ein Beschaffungskriterium auszuklammern. Es gab jetzt also zwei konkurrierende Vorauswahllisten. Die eine berücksichtigte die Kosten und verwies die Hawk auf den letzten Rang. Die zweite klammerte die Kosten aus, setzte die Hawk zwar nicht an erste Stelle, aber gab ihr so viele Punkte, dass sie zusammen mit einem attraktiven Kompensationsangebot seitens BAE leicht das Rennen machen konnte. Durch die »kostenneutrale« Option blieb die Hawk weiter im Rennen, obwohl die SAAF sich gegen das Flugzeug ausgesprochen hatte.

Um ihre Chancen weiter zu verbessern, wurden BAE/Saab aufgefordert, ein verbessertes Kompensationsangebot abzugeben, eine Gelegenheit, die die anderen Unternehmen nicht bekamen.¹³ Sie präsentierten ein Paket, das ein ungefähr zehnmal größeres Volumen hatte als das irgendeines ihrer Konkurrenten. Wie das südafrikanische Industrie- und Handelsministerium später feststellte, hatte der Bewertungsausschuss das Volumen des Kompensationsgeschäfts jetzt mit 1,6 Milliarden Dollar veranschlagt, zuvor waren es 245 Millionen gewesen.¹⁴

Kompensations- oder Offsetgeschäfte sind Vereinbarungen, nach denen sich die Lieferfirma verpflichtet, in die Industrie des Auftraggeberlandes zu investieren, indem sie zum Beispiel Subaufträge von dortigen Firmen ausführen lässt. Fallstudien und die Literatur, die diesen Gegenleistungen genauer auf den Grund gehen, deuten darauf hin, dass der erhoffte volkswirtschaftliche Nutzen überwiegend auf Wunschdenken beruht: Politiker sprechen gern von angeblichen Kompensationsgeschäften, um damit milliardenschwere Waffenkäufe zu rechtfertigen, tatsächlich aber bleibt der positive Effekt vor allem in Entwicklungsländern meist aus. Sie sind auch eine raffinierte Methode, um maßgeblichen Entscheidungsträgern Schmiergelder und sonstige Vorteile zukommen zu lassen. Sie sind so umstritten, dass die Welthandelsorganisation WTO in ihrem »Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen« Kompensationsgeschäfte als ein Kriterium zur Beurteilung von Lieferangeboten ausdrücklich verbietet (staatliche Rüstungsaufträge sind in dem Übereinkommen

allerdings ausgeklammert).¹⁵

Die Erfahrungen, die Südafrika mit Kompensationsgeschäften machte, deckten sich weitgehend mit den Erfahrungen anderer Länder. Als der Rüstungsdeal bekanntgegeben wurde, hieß es, die Kompensationen würden 65000 neue Arbeitsplätze in Südafrika schaffen und die nationale Wirtschaftsleistung um etwa 104 Milliarden Rand (etwa 10 Milliarden Pfund) steigern. Ungeachtet der Tatsache, dass 65000 Arbeitsplätze bei einer so gewaltigen Investitionssumme eine unglaublich geringe volkswirtschaftliche Rendite darstellen und zudem absurd hohe Kosten pro Arbeitsplatz bedeuten, waren selbst diese Erwartungen noch überzogen. Im Jahr 2010 bestätigte das Handelsministerium, das für die Beaufsichtigung der Kompensationsgeschäfte zuständig ist, dass unmittelbar nur 28000 Arbeitsplätze geschaffen wurden,¹⁶ was etwa 107 000 Pfund pro Arbeitsplatz auf der Basis der angesetzten, aber bewusst viel zu niedrig veranschlagten Kosten des Geschäfts entspricht beziehungsweise 214000 Pfund pro Arbeitsplatz, wenn man die fast 6 Milliarden Pfund zugrunde legt, die das Waffengeschäft bis 2018 tatsächlich kosten wird. Im Vergleich dazu beliefen sich die durchschnittlichen jährlichen Kosten für einen südafrikanischen Lehrer im Jahr 2010 auf 3870 Pfund.¹⁷ Für die Summe, die ein einziger Arbeitsplatz kostete, der unmittelbar durch die Kompensationsgeschäfte geschaffen wurde, hätte man also sage und schreibe 55 Lehrer beschäftigen können.¹⁸

Aber selbst die kümmerliche Zahl von Arbeitsplätzen, die durch die »Offsets« geschaffen wurde, ist noch mit großer Vorsicht zu genießen. Das Handelsministerium hat Untersuchungen über die Modalitäten der Kreditvergabe an Unternehmen im Rahmen der Kompensationsgeschäfte nicht zugelassen. Das Ministerium behauptet, die Aktivitäten der an dem Waffenvertrag beteiligten Unternehmen unterlägen wegen der »Vertraulichkeit der Geschäftsbeziehungen« der Geheimhaltung.¹⁹ Selbst das Ermittlungsteam, das den Waffenvertrag mit dem Segen des Parlaments, aber der Einmischung der Regierung untersuchte, durfte die Einzelheiten des Programms nicht einsehen.²⁰ Das Handelsministerium ist besorgt, dass die Fakten des Kompensationsgeschäfts unangenehme Fragen aufwerfen könnten.

Das kompensatorische Kreditsystem ist so ausgestaltet, dass am Waffenvertrag beteiligte Unternehmen Hunderte von Millionen Dollar an

Kredit erhalten können und das bei nur geringfügigen Investitionen und einem geringen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Der Fall des »McArthur Baths Swimming Pool Complex« macht dies besonders deutlich. Im Jahr 2001 investierte Saab 15 Millionen Rand (etwa 3 Millionen Dollar) in die Renovierung beheizter Schwimmbäder in der Küstenstadt Port Elizabeth und startete eine Werbekampagne in Schweden, um Touristen in die südafrikanische Stadt zu locken.²¹ Für diese geringe Investition forderte Saab allein 2005 218 Millionen Dollar an Kompensationskrediten.²² Das Unternehmen konnte dies deshalb tun, weil es für jeden skandinavischen Touristen, der Südafrika und nicht nur Port Elizabeth besucht, 3830 Dollar verlangte. Saab erhielt diesen Kredit für jeden skandinavischen Besucher bis 2011. Das bedeutete de facto, dass das Unternehmen für jeden schwedischen Touristen, der zur Fußballweltmeisterschaft 2010 nach Südafrika reiste, Kompensationskredite erhielt.²³ Wie viele Kompensationskredite nach 2005 gewährt wurden, muss erst noch offengelegt werden, aber wenn das Programm in der gleichen Weise fortgeführt wurde, könnte Saab für kümmerliche 3 Millionen Dollar Investition Kompensationskredite im hohen dreistelligen Millionenbereich erhalten haben.

Ungeachtet der von vornherein fragwürdigen Natur der Kompensationen gelang es BAE/Saab, durch Einbeziehung einer stark verbesserten Kompensationsofferte sein Waffenangebot an die Spitze der »kostenneutralen« Vorauswahlliste zu manövrieren.

Ihrer Sache nicht sicher, vereinbarten Modise und seine Mitstreiter ein informelles Treffen mit einigen Mitgliedern des ministeriellen Ausschusses. Zwei Vertreter des Verteidigungsministeriums, die an der Besprechung teilgenommen hatten, waren schockiert, als »Chippy« Shaik sie am nächsten Tag aufforderte, das Sitzungsprotokoll zu unterzeichnen und damit den Beschluss zu bestätigen, die Hawks und die Gripen zu kaufen. Die Ministeriumsangehörigen machten geltend, die Sitzung sei nicht offiziell einberufen worden, die Alternativen zu dem Angebot von BAE/Saab seien nicht einmal diskutiert worden und ein Beschluss sei auch nicht gefasst worden.²⁴ Doch ungeachtet dieser erheblichen Einwände und der Tatsache, dass die South African Air Force klarstellte, dass sie den Hawk/Gripen-Deal nur akzeptieren würden, wenn die Politiker sie dazu zwängen,²⁵ bekam das britisch-schwedische Joint Venture den Zuschlag für dieses gigantische Rüstungsprojekt.

Bei unseren Untersuchungen im Rechnungsprüfungsausschuss kamen wir zu dem Schluss, dass Südafrika über den Tisch gezogen worden war. Die Rüstungskonzerne hatten führende Politiker und Militärs davon überzeugt, dass sie viel mehr Rüstungsgüter benötigten, als sie in ihrer ursprünglichen Bedarfsanalyse festgestellt hatten. Sie forderten einen Preisaufschlag, der in einem Fall 35 Prozent höher lag als der Preis, den andere für die gleichen Rüstungsgüter bezahlten, und sie versprachen unrealistische gesamtwirtschaftliche Nutzeneffekte aus diesen Verträgen.

Es gab auch sofort eindeutige Anhaltspunkte für Interessenkonflikte und mögliche Bestechung. So erfuhren wir beispielsweise, dass der Verteidigungsminister 1997 Anteile an einer Firma namens Conlog erwarb, und zwar im Rahmen einer verschachtelten Transaktion, die dazu führte, dass er für diese Aktien nichts bezahlte.²⁶ Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens war Conlog von BAE als ein potentieller Empfänger hochwertiger Kompensationsgeschäfte genannt worden.²⁷ Aufgrund von Insiderinformationen kaufte Modise Conlog-Aktien, wohl wissend, dass ihr Kurs im Anschluss an das Waffengeschäft infolge der Kompensationszusagen von BAE steigen würde.²⁸ Dadurch hatte Modise nun selbstverständlich ein großes Interesse daran, dafür zu sorgen, dass BAE den Zuschlag erhielt. Als Modise Anfang 1999 die Regierung verließ, wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzenden von Conlog bestellt.²⁹

Gestützt auf diese Informationen, erhielten wir im Rechnungsprüfungsausschuss durch ein Team von Mitarbeitern mehrerer Behörden die Unterstützung für eine breitangelegte Untersuchung, um diesen Zusammenhängen auf den Grund zu gehen. Wir brachten eine Entschließung durch das Parlament, das neue Untersuchungsteam als offiziellen Ausschuss einzusetzen. Als der Führung des ANC dämmerte, was wir getan hatten, reagierten sie wütend. Wir wurden vor das Präsidium der Partei zitiert, und bei diesem Treffen brüllte mich der engste Verbündete von Präsident Mbeki im Kabinett über den Konferenztisch hinweg an: »Für wen halten Sie sich, dass Sie die Integrität des Präsidenten, des Kabinetts und der Regierung infrage stellen?«³⁰

Die Parteiführung unternahm alles, um die Arbeit des neuen Untersuchungsausschusses zu boykottieren. Die ANC-Mitglieder im Rechnungsprüfungsausschuss nutzten die Parteimehrheit um Beschlüsse zu

Rechnungsprüfungsausschuss nutzten die Parteimitglieder, um Beschlüsse zu verhindern. Ermittler, die dem ANC nicht wohlwollend gegenüberstanden, wurden abgezogen und die übrigen Ermittler verfassungswidrig beeinflusst in der Frage, wen sie worüber befragen sollten und wen nicht. Auch wurde die Zusammenarbeit mit internationalen Ermittlern massiv eingeschränkt.

Ich weigerte mich, an dieser Vertuschung mitzuwirken, und sammelte weitere Informationen. Eine Reihe hoher Parteimitglieder versuchte mich dazu zu überreden, mich der Parteidisziplin zu beugen. Einer sagte mir, ich könne diese Schlacht nicht gewinnen, die Partei würde die Reihen schließen, was den Waffenvertrag anlange, denn wir hätten von den erfolgreichen Anbietern Gelder bekommen, mit denen wir unseren Wahlkampf im Jahr 1999 finanziert hätten. Der Finanzminister sagte mir unter vier Augen: »Wir alle kennen Joe Modise (der schon während der Jahre, in denen der ANC im Exil gewesen war, wegen Korruption aufgefallen war; A. F.). Natürlich war dieser Deal unsauber. Aber die sind nicht blöd. Niemand wird das jemals enthüllen. Konzentrieren Sie sich auf die technischen Aspekte des Geschäfts, die nicht zu beanstanden waren.«³¹

Thabo Mbeki und seine engsten Vertrauten fanden Gefallen daran, die Schlüsselinstitutionen der neuen Demokratie – unter anderem das Parlament und wichtige Teile des Justizapparats – zu untergraben, um die Interessen der Partei zu wahren und einige ihrer hochrangigen Führer zu schützen.

Ich wurde aus dem Rechnungsprüfungsausschuss entfernt. Meine Bemühungen, weitere Nachforschungen über das Rüstungsgeschäft anzustellen, stießen auf den hartnäckigen Widerstand der Parteiführung, bis ich gemäß den Bedingungen des südafrikanischen Verhältniswahlrechts meinen Parlamentssitz aufgeben musste.

Als ich im November 2001 in Großbritannien eintraf, wurde ich von Leuten aus der ganzen Welt bedrängt, die das südafrikanische Waffengeschäft verfolgt hatten. Ich begann zu begreifen, dass dieses Ereignis nur eines in einer langen Geschichte systematischer Bestechung und Korruption durch Waffenhersteller war. Das Serious Fraud Office (SFO) betrieb damals mehrere Ermittlungsverfahren gegen BAE. Neben dem Al-Yamamah-Abkommen und dem weniger spektakulären Ermittlungsverfahren in Sachen »Waffenvertrag« in Südafrika untersuchte die Behörde auch ähnliche Geschäfte in Tansania, Tschechien und Ungarn.

Nachdem ich den Ermittlern alles, was ich über das südafrikanische Geschäft

wusste, erzählt hatte, war klar, dass BAE in Südafrika im Grunde nicht anders geschmiert hatte als in anderen Ländern.

Zusammen mit der südafrikanischen Anti-Korruptionseinheit der Polizei, die anschließend von der Regierung aufgelöst wurde, deckte das SFO das Netz von Tarnfirmen auf, das zur Abwicklung der Schmiergeldzahlungen genutzt wurde. In einer beeidigten Erklärung, die im Rahmen eines Antrags auf Erlass von Durchsuchungsbefehlen südafrikanischen Gerichten vorgelegt wurde, behaupteten die Behörden, sie hätten »hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass BAE ein System von Zahlungen konzipiert hat, die als Schmiergelder erfolgreiche Geschäftsabschlüsse befördern und dem Unternehmen unzulässige Vorteile gegenüber seinen Konkurrenten im Ausschreibungsverfahren verschaffen sollten«. ³² Dies geschah durch ein System »offener und verdeckter« Berater. Das SFO behauptete, die Red Diamond Trading Ltd sei gegründet worden, »um sicherzustellen, dass Zahlungen zum Zweck der Bestechung getätigt werden konnten, und um es den Vollzugsbehörden zu erschweren, das System verdeckter Zahlungen zu durchschauen«. ³³

Die Ermittlungen des SFO ergaben, dass BAE an Vermittler und hochrangige Politiker und Beamte in Südafrika 115 Millionen Pfund an Provisionen gezahlt hatte. Von 2002 bis 2007 erhielt Fana Hlongwane, Modises politischer Berater, erhebliche Zahlungen von BAE, darunter insgesamt 10 Millionen Pfund in Raten zwischen September 2003 und Januar 2007 direkt von BAE-Mantelfirmen; ein weiterer Betrag in Höhe von 9,15 Millionen Pfund sollte von anderen BAE-Mantelfirmen oder in Form von Prämien gezahlt werden. ³⁴ Diese Zahlungen erfolgten durch BAE direkt, über Sanip – einem Unternehmen in Südafrika, das von BAE und Saab gegründet wurde, um ihre Kompensationsgeschäfte zu managen – und zwei Tarnfirmen: Arstow Commercial Corporation, die ihren Firmensitz auf den britischen Jungferninseln hat, sowie die in Jersey registrierte Commercial Corporation International (CIC). Offenbar wurde CIC eigens gekauft »als eine Zweckgesellschaft für Fana Hlongwane«. BAE habe »keine glaubhaften Nachweise über Leistungen erbringen können, die eine Vergütung in dieser Höhe an Hlongwane nachvollziehbar rechtfertigen würde«. ³⁵

Das Unternehmen argumentierte, es habe erst dann Geschäftsbeziehungen zu Hlongwane geknüpft, nachdem es den Zuschlag für sein Angebot erhalten habe, doch dann beschlagnahmte das SFO Dokumente, aus denen hervorging, dass es bereits in der Phase der Vertragsverhandlungen zur Zusammenarbeit gekommen

war.

Aus den beeideten Erklärungen der BAE-Mitarbeiter geht eindeutig das Bemühen des Rüstungskonzerns hervor, noch vor der Unterzeichnung des endgültigen Vertrags mit der südafrikanischen Regierung im Dezember 1999 zwei höchst vertrauliche Provisionszahlungen zu tätigen. Am 2. Dezember, zwei Tage vor Vertragsunterzeichnung, genehmigte BAE die Zahlung von 4 Million Dollar an Huderfield Enterprises Inc., eine Tarnfirma, die von Richard Charter, einem Mittelsmann von BAE, gegründet worden war und die er neben seiner offiziellen Beratungsfirma betrieb. Am 5. Oktober 1999 erfolgte eine Sonderzahlung an Arstow in Höhe von 100000 Pfund, nachdem die südafrikanische Regierung den Kauf von Hawk- und Gripen-Flugzeugen bekanntgegeben hatte. Diese beiden Zahlungen wurden im Rahmen eines außerordentlichen Verfahrens »unter Umgehung der Ausschüsse« genehmigt; an der entsprechenden Sitzung nahm nur eine Handvoll BAE-Spitzenmanager teil. Vermutlich waren diese Zahlungen oder ein Teil davon für Hlongwane und andere bestimmt.³⁶

Neben dem Briten Richard Charter wurde der aus Simbabwe stammende John Bredenkamp als ein weiterer verdeckter »Vertreter« von BAE identifiziert. Bredenkamp, der zugibt, in den siebziger Jahren an illegalen Waffenlieferungen nach Rhodesien beteiligt gewesen zu sein,³⁷ stand nach Einschätzung von EU- und US-amerikanischen Behörden Robert Mugabe beziehungsweise Personen aus dessen Umkreis nahe.³⁸ Letzteres streitet Bredenkamp ab und behauptet vielmehr, er sei Mugabe 1981 zum letzten Mal begegnet, sei von dessen Regime aufgrund falscher Anschuldigungen festgenommen und inhaftiert worden, ehe er rehabilitiert worden sei; sein Pass sei für ungültig erklärt worden, und seine Farm sei zweimal zur Enteignung freigegeben worden.^{13*}

Wie dem auch sei: In gerichtlichen Dokumenten, die vom SFO vorgelegt wurden, wird die Anschuldigung erhoben, die Kayswell Services Ltd, eine der Gesellschaften Bredenkamps, habe von BAE für den südafrikanischen Waffenvertrag über 37 Millionen Pfund erhalten.³⁹ Allan McDonald, ein ehemaliger BAE-Manager, behauptet, Bredenkamps einzige Aufgabe habe darin bestanden, BAE Namen zu nennen – Namen der »maßgeblichen Entscheidungsträger« in Südafrika –, um ihnen »finanzielle Anreize« in Aussicht stellen zu können. Ihm wurde gesagt, Bredenkamps Team habe damit geprahlt,

sie hätten »Chippy Shaik auf ihrer Seite« und sie hätten bereits mit ihm über die Hawk gesprochen. Der Chef der britischen Filiale von Bredenkamps Firma sprach offiziell von »Dritte-Welt-Methoden«, die notwendig seien, um den Zuschlag für das südafrikanische Beschaffungsprojekt zu erhalten – womit vermutlich schlicht Bestechungen gemeint waren.⁴⁰

Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass zumindest ein Teil dieser gigantischen mutmaßlichen Zahlungen von Hlongwane und Bredenkamp dazu benutzt wurden, andere zu schmieren. Die südafrikanische Anti-Korruptionseinheit beendeten ihre Darlegungen zur Begründung der Durchsuchungsbefehle folgendermaßen:

In Anbetracht der gewaltigen Summen, um die es hier geht, besteht zumindest ein hinreichender Verdacht, dass Bredenkamp und/oder der Südafrika-Bevollmächtigte von BAE, Richard Charter, einen Teil der ihnen zugeflossenen Gelder dazu verwendeten, Fana Hlongwane und/oder andere Amtsträger, die an der Beurteilung der verschiedenen Angebote beteiligt waren, zu einem bestimmten Verhalten zu veranlassen oder für ein solches zu belohnen ... Sollte dies nicht zutreffen, besteht zumindest ein hinreichender Verdacht, dass Fana Hlongwane einen Teil der gewaltigen Summen, die ihm zufließen, entweder direkt oder über die verschiedenen von ihm kontrollierten Firmen dazu verwendete, diese Amtsträger zu dieser Beihilfe anzustiften und/oder sie dafür zu belohnen.⁴¹

Dies würde erklären, wieso die Beschaffungskriterien auf Verlangen von Joe Modise und seiner Handlanger widerrufen wurden, mit der Folge, dass sich BAE mit seinem Hawk-Jet gegenüber dem konkurrierenden Aermacchi-Jet durchsetzte.

Bredenkamp bestreitet, Bestechungsgelder gezahlt oder BAE verdeckte Unterstützung geleistet zu haben. In der Korrespondenz mit dem Autor behauptete er, er sei lediglich Anteilseigner an Firmen, die den britischen Rüstungskonzern bei seinem Angebot unterstützt hätten.

Ende 2010 wurde berichtet, Hlongwane habe Siphwe Nyanda, der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses Chef der südafrikanischen Streitkräfte, der South African National Defence Force (SANDF), war, ein beträchtliches Immobiliendarlehen zur Verfügung gestellt. Angeblich zahlte Nyanda nur einen Teil des Darlehens zurück, bevor es abgeschrieben wurde, als er 2009 zum Kommunikationsminister ernannt wurde, was auf eine Absprache über einen Geldtransfer an Nyanda hindeutet, bei dem möglichst wenige Spuren auf Papier zurückbleiben sollten.⁴² Nachdem Nyanda 2005 die SANDF verließ, wurde er

Aufsichtsratsvorsitzender von Hlongwanes Firmengruppe Ngwane Defence.⁴³ Nyanda war Chef der SANDF sowohl während des Auswahl- und Verhandlungsprozesses als auch, was entscheidender ist, während einer Überprüfung des Kaufs im Jahr 2004, der zu der Entscheidung führte, die nächsten Phasen des BAE/Saab-Deals freizugeben. Erst mit dieser Freigabe erfolgte die Prämienzahlung an Hlongwane im Jahr 2004.⁴⁴

Etwa zur gleichen Zeit, als die Ermittler die Privathäuser und Büros von Hlongwane und Bredenkamp durchsuchten, wurden fünf Bankkonten Hlongwanes in der Schweiz und Liechtenstein eingefroren, auf denen insgesamt über 160 Millionen Rand lagen. Die Schweizer leiteten eigene Ermittlungen wegen Geldwäsche ein.

Auch andere mutmaßliche Empfänger großzügiger Zuwendungen gerieten ins Visier der Ermittler. Der damalige Vizepräsident Südafrikas – und heutige Präsident – Jacob Zuma wurde wegen Bestechlichkeit im Zusammenhang mit dem Geschäft entlassen, nachdem sein Finanzberater, Schabir Shaik, Bruder von »Chippy« Shaik, wegen Betrugs und Bestechung zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war, weil er Zuma dafür bezahlte hatte, seine geschäftlichen Interessen zu fördern.

Der wichtigste Einpeitscher des ANC im Parlament, der mich davon hatte abhalten wollen, weitere Nachforschungen anzustellen, saß ebenfalls wegen kleinerer Vergehen im Zusammenhang mit Geschenken von EADS, dem französisch-deutschen Rüstungskonzern, der Angebote für verschiedene Projekte unterbreitete, eine kurze Haftstrafe ab. Hohe Funktionäre des ANC trugen ihn auf den Schultern ins Gefängnis, und bei seiner vorzeitigen Haftentlassung wurde er als Held gefeiert. Heute gehört er dem höchsten Entscheidungsgremium der Partei an und leitet die einflussreiche Political School, die Parteiakademie des ANC. »Chippy« Shaik musste das Land verlassen, nachdem Belege dafür auftauchten, dass er drei Millionen Dollar von Thyssen-Krupp angenommen hatte, das einem Konsortium angehörte, das sich – unter höchst umstrittenen Umständen – den Vertrag über die Lieferung von Fregatten sicherte. Zuvor war der Auftrag halboffiziell bereits an ein spanisches Unternehmen vergeben worden, als der damalige Vizepräsident, Thabo Mbeki, zu einem Staatsbesuch nach Deutschland aufbrach. Anschließend wurde das Ausschreibungsverfahren wieder eröffnet. Der dritte Shaik-Bruder, ein

Mitarbeiter des südafrikanischen Nachrichtendienstes mit dem Decknamen »Mo«, wurde kurzzeitig als Generalkonsul Südafrikas nach Hamburg entsandt, wo das Deutsche Fregattenkonsortium seinen Sitz hatte. Das Konsortium erhielt den Zuschlag, nachdem es angeblich 25 Millionen Dollar an Schmiergeldern gezahlt hatte. Die Vergabe eines Auftrags über U-Boote an ein Konsortium unter Führung der deutschen Ferrostaal AG geriet in diesem Zusammenhang ebenfalls in die Kritik.⁴⁵

Die Anklage gegen Jacob Zuma umfasste 783 Anklagepunkte, darunter organisierte Kriminalität, Betrug und Korruption, wegen der Annahme von Zahlungen von Schabir Shaik im Zusammenhang mit dem Waffenvertrag. Zuma hatte sich im Gegenzug dafür eingesetzt, dass Shaik durch die französische Firma Thomson-CSF, die heutige Thales, einen lukrativen Subunternehmervertrag erhielt. Als Thompson-CSF 1998 in Erwägung zog, Shaik als Partner fallenzulassen, schickte Shaik Zuma nach London, wo der sich mit Firmenvertretern traf und ihnen versicherte, Shaik sei ein hoch angesehener Mann im ANC, ein enger Vertrauter von Mandela und Mbeki – was nicht stimmte. Im Anschluss an das Gespräch erklärte sich das Unternehmen in einem verschlüsselten Fax bereit, Zuma 500000 Rand pro Jahr zu zahlen, damit er die Interessen des Unternehmens förderte und es vor möglichen Untersuchungen schützte.

Als Jacob Zuma Thabo Mbeki ablöste und ANC-Chef wurde und kurz davor stand, zum Präsidenten Südafrikas gewählt zu werden, wurden die Anschuldigungen gegen ihn plötzlich fallengelassen. Der für die Entscheidung verantwortliche Richter wurde zum Richter am Obersten Gerichtshof ernannt. Die Erklärung, in der er seinen Beschluss bekanntgab, stützte sich zu großen Teilen – in einigen Abschnitten fast wortwörtlich – auf ein Urteil des Richters Conrad Seagroats in einem Wirtschaftsprozess in Hongkong. Seagroats wies später darauf hin, dass sein eigenes Urteil im Rahmen eines anderen Rechtssystems ergangen war, außerdem in einem Wirtschafts-, nicht in einem Strafprozess, vor allem wurde es in der Berufung aufgehoben, sodass der Fall kein zulässiger Präzedenzfall sei. Er erklärte sogar, das Verfahren gegen Zuma hätte fortgesetzt werden sollen.⁴⁶ Schabir Shaik wurde aus humanitären Gründen aus der Haft entlassen, nachdem er weniger als zwei Jahre seiner fünfzehnjährigen Freiheitsstrafe abgesessen hatte – dabei ist die Haftentlassung aus humanitären

Gründen gesetzlich ausschließlich für Gefangene im Endstadium einer unheilbaren Krankheit vorgesehen. Er litt aber nur unter Bluthochdruck und an einer Depression. Seit seiner Freilassung wurde er in einem Nachtclub und beim Golfspiel gesehen, und er wurde in zwei Fällen wegen Körperverletzung angezeigt.⁴⁷

Südafrika bezahlt für dieses Geschäft weiterhin mit Menschenleben. Eine Studie der Harvard University schätzte vorsichtig, dass während der fünf Jahre nach Abschluss des Waffenvertrags 365000 Südafrikaner einen vermeidbaren Tod starben, weil der Staat in blinder Hörigkeit gegenüber der Verleugnungshaltung Thabo Mbekis in Sachen Aids und der strengen Sparpolitik auf allen Feldern, mit Ausnahme des Kaufs unnötiger Waffen, nicht die nötigen antiretroviralen Medikamente bereitstellte, die für die Aidskranken überlebenswichtig waren.⁴⁸

Der Waffenvertrag wird Südafrika Ende 2011 schätzungsweise 71 Milliarden Rand gekostet haben.⁴⁹ Diese Zahl überragt bei Weitem die Summen, die für weit dringendere Anliegen ausgegeben wurden. Bis 2008 hatte Südafrika dürftige 8,7 Milliarden Rand für seine Programme zur Bekämpfung von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten ausgegeben;⁵⁰ für jeden Rand, der ausgegeben wurde, um HIV-infizierte Südafrikaner am Leben zu halten, wurden 7,63 Rand für das Waffengeschäft ausgegeben.⁵¹ Im gleichen Zeitraum wurden 41 Milliarden Rand für die Bereitstellung von Wohnraum für die Millionen von Südafrikanern ausgegeben, die während der Apartheid obdachlos gewesen waren, das sind 30 Milliarden weniger, als für das Waffengeschäft ausgelegt wurden.⁵² Südafrika hätte mit dem Geld, das es für die Waffen ausgegeben hat, fast zwei Millionen Häuser oder 1,1 Millionen Wartungsarbeiter und Raumpfleger ein Jahr lang beschäftigen können – dies entspräche 100000 Arbeitsplätzen pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren, in einem Land mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von fast 30 Prozent.⁵³

Die Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden Südafrikas wurden durch den Waffenvertrag und seine Folgen erheblich geschwächt und haben an Schlagkraft verloren. Das Parlament hat sich nie davon erholt, zum bloßen Erfüllungsgehilfen einer Regierung degradiert worden zu sein, die erwartet, dass man ihre Beschlüsse einfach ungeprüft abnickt. Der Deal und die damit verbundenen Vertuschungsaktionen waren der Punkt, an dem der einstmalige so

stolze ANC seinen moralischen Kompass verloren hat. Er kündigte den Beginn einer Serie ähnlich korrupter Geschäfte an, von denen der ANC und einige seine Führer weiterhin profitieren, während sie die Bereitstellung grundlegender sozialer Dienstleistungen verweigern. Sogar der südafrikanische Vizepräsident beklagte die grassierende Korruption in den Reihen des ANC und auf allen Ebenen der Staatsverwaltung.⁵⁴ Und die führende politische Zeitung des Landes meinte: »Ein Großteil dessen, was in Südafrika schief läuft, hat seinen Ursprung in dem Waffenvertrag.«⁵⁵

Was die Waffen selbst anlangt, so waren nur elf der vierundzwanzig Hawks je einsatzfähig. Die südafrikanische Luftwaffe kann es sich nur leisten, die Gripen-Staffel, die aus den elf bislang ausgelieferten Flugzeugen besteht, für kümmerliche 250 Stunden pro Jahr fliegen zu lassen – was etwa über zwanzig Stunden je einsatzfähigem Flugzeug pro Jahr entspricht. 250 Stunden ist die Mindeststundenzahl, die ein Kampfpilot benötigt, um seine Zulassung zu behalten.⁵⁶ Die Flugbetriebskosten der Hawks sind zwar geringer, trotzdem wurden ihnen kostenbedingt nur 2500 Stunden jährlich bewilligt, ungefähr die Hälfte dessen, was nach Ansicht der South African Air Force notwendig ist, um die Flugzeuge optimal zu nutzen.⁵⁷ Bemerkenswerterweise hat die Air Force bestätigt, dass die zu geringe Anzahl von Flugstunden für die Hawk zur Folge hat, dass einige Piloten nicht genügend Flugzeit nachweisen können, um die Zulassung für die Gripen zu erhalten, ein Problem, das hätte vermieden werden können, wenn man an der ursprünglichen Idee, nur einen Flugzeugtyp zu beschaffen, festgehalten hätte.⁵⁸

Außerdem zahlt Südafrika weiterhin Millionen für die Instandhaltung der Flugzeuge. Allein für die Wartung der Hawk hat Südafrika seit 2006 268 Millionen Rand an BAE bezahlt.⁵⁹ Wie überhaupt die gelieferte Ware oft nicht hielt, was ihre marktschreierische Anpreisung vorher versprochen hatte. Ein Dauerbrenner in den Medien war eines der drei U-Boote aus deutscher Produktion, das von einer wahren Pannenserie heimgesucht wurde, was dazu führte, dass es die meiste Zeit in Südafrika in einem Trockendock lag, wo es wieder einmal auf seine Reparatur wartete.⁶⁰

Am 1. Oktober 2009 gab das Serious Fraud Office in London bekannt, dass es um die Erlaubnis ersuche, ein Strafverfahren gegen BAE wegen Bestechung von Amtsträgern in Afrika und Osteuropa einzuleiten. Dem Unternehmen wurde eine

Verfahrensabsprache angeboten, wonach sich BAE schuldig bekennen und eine Geldstrafe von etwa einer halben Milliarde Pfund zahlen sollte. Das schockierte Unternehmen wies das Angebot zurück, während der Kurs seiner Aktie stark einbrach.

Armut ist kein Hindernis

Wie die Anklageschrift des SFO verdeutlicht, war Südafrika nicht das einzige afrikanische Land, dem von BAE übel mitgespielt wurde. Während Tony Blair mit den besten Empfehlungen der von ihm gegründeten Afrikakommission den Kontinent besuchte, überredete er den Präsidenten Tansanias, eines der ärmsten Länder der Welt, dazu, ein Radarsystem für Militärflugzeuge für über 40 Millionen Dollar zu kaufen.⁶¹ Damals bestand die Luftwaffe Tansanias aus acht Flugzeugen, von denen die meisten mehr oder weniger reparaturbedürftig waren. Bei dem Geschäft flossen angeblich Schmiergelder in Höhe von fast 10 Millionen Dollar.⁶²

Im Jahr 1997 kaufte BAE das Unternehmen Siemens Plessey Systems (SPS), das seit 1992 mit der tansanischen Regierung über den Verkauf von Radargeräten verhandelte. Im Rahmen dieser Transaktion übernahm BAE auch den Vertreter von SPS, Sailesh Vithlani. Damals forderte Vithlanie sofort Änderungen in seinem Vertretervertrag – wegen gewisser »Zusagen« und »Versprechungen« an tansanische Regierungsbeamte.⁶³ Der ursprüngliche Radar-Deal, der ein Volumen von unerschwinglichen 110 Millionen Pfund gehabt hätte,⁶⁴ war von der Weltbank und dem britischen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung blockiert worden. Im Jahr 2000 tauchte das ursprüngliche Projekt wieder auf, nur dass BAE es jetzt in zwei Phasen aufspaltete, um es billiger erscheinen zu lassen.⁶⁵ Clare Short, die damalige britische Entwicklungsministerin, erinnert sich, dass »es als halbes Projekt zurückkam. Die ganze Sache stank zum Himmel, und natürlich war die Technik inzwischen auch längst überholt. Tansania hatte keine Militärflugzeuge. Es hätte seine zivile Luftverkehrskontrolle verbessern müssen, um seine Tourismusbranche zu fördern.«⁶⁶

Trotz des energischen Widerstandes von Short und dem Außenminister Robin

Cook wurde der Deal 2001 unter Dach und Fach gebracht, und BAE verkaufte an Tansania ein Watchman-Luftverkehrskontrollsystem zu einem Preis von 28 Millionen Pfund.⁶⁷ Das System war transportfähig und mit Entstörungselektronik ausgerüstet.⁶⁸ Der Kauf wurde mit einem Kredit der Barclays-Bank finanziert, jener Bank, die auch den Waffenvertrag von BAE mit Südafrika finanziert hatte.⁶⁹ Im Oktober 2001 stellte ein Bericht der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (International Civil Aviation Organization, ICAO) fest, dass der Handel völlig irrwitzig ist:

Das System, über das der Vertrag abgeschlossen wurde, ist in erster Linie ein militärisches System und kann die zivile Luftverkehrskontrolle nur in begrenztem Umfang unterstützen. Es wäre der Kauf von Zusatzgerät notwendig, um das System für die zivile Luftverkehrskontrolle umzurüsten. Aber wenn das vorgeschlagene System in erster Linie für die zivile Luftverkehrskontrolle eingesetzt werden soll, ist es unzureichend und zu teuer.⁷⁰

BAE warf der Luftfahrtorganisation vor, falsche Kostenvergleiche anzustellen,⁷¹ doch ein Sprecher der Weltbank bestätigte den Irrwitz: »Wir sind besorgt, dass so viel Geld für etwas verwendet wird, dessen Zweckdienlichkeit nicht ersichtlich ist. Um dieses Abkommen richtig einordnen zu können, sollte man wissen, dass 40 Millionen Dollar etwa einem Drittel des nationalen Etats Tansanias für die Grundschulbildung entsprechen. Es ist also wirklich eine beachtliche Summe, und dieser Ausgabenposten konkurriert mit vorrangigen Programmen wie denen für Bildung und Gesundheit.«⁷²

Norman Lamb, liberaldemokratischer Sprecher des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe im Unterhaus, äußerte, ein modernes System hätte für 10 Prozent der Kosten angeschafft werden können. Er sagte: »Das Wirtschaftsministerium hat, anscheinend mit Unterstützung des Premierministers und im heimlichen Einverständnis mit British Aerospace und der Barclays-Bank einem der ärmsten Länder der Welt ein kostspieliges und überflüssiges Waffengeschäft angedreht.«⁷³ Und Lamb ließ nicht locker. Im Jahr 2009 nannte er das Geschäft »moralisch nicht zu rechtfertigen«, und er fügte hinzu: »Es ist empörend, dass dies so viele Jahre weiterging. Es gab eine Untersuchung, von BAE Systems selbst initiiert, unter Vorsitz von Lord Woolf, die nichts als Augenwischerei war. Was wir brauchen, ist ein entschiedenes Durchgreifen des SFO, das klarstellen sollte, dass diese Machenschaften nicht länger hinnehmbar sind. Ich glaube auch, dass wir eine

öffentliche Untersuchung darüber brauchen, wie diese Ausfuhrgenehmigung überhaupt zustande kam.«⁷⁴

Clare Short war besonders wütend, weil sie das Vorhaben im Kabinett abgelehnt hatte. Ein Hilfspaket zur Förderung des Bildungssystems in Tansania mit einem Volumen von 35 Millionen Pfund wurde durch die Ausgaben für das Flugverkehrskontrollsystem praktisch vollkommen zunichtegemacht. Sie machte den Premierminister Tony Blair dafür direkt verantwortlich: »Tony hatte die Waffengeschäfte zur Chefsache gemacht«, sagt sie. »Jedes Mal, wenn British Aerospace etwas wollte, unterstützte er die Sache zu hundert Prozent. Er schien nicht einzusehen, dass es dabei auch um grundsätzliche Fragen ging. Auch er hatte sich leichtfertig das Argument zu eigen gemacht, solche Verträge seien nun einmal gut für die britische Wirtschaft, was durchaus nicht der Fall ist.«⁷⁵

Die Diskussionen im Kabinett über das Geschäft waren sehr hitzig gewesen, insbesondere nachdem herauskam, dass das Verteidigungsministerium dem Rüstungskonzern bereits grünes Licht gegeben hatte, bevor das Ausfuhrgenehmigungsverfahren über die rechtliche Zulässigkeit des Geschäfts abgeschlossen war.⁷⁶ Die Fronten waren bald so verhärtet, dass Ende 2001 ein Ad-hoc-Ausschuss eingesetzt wurde, um das Vorhaben zu analysieren und zu entscheiden, ob eine Ausfuhrgenehmigung erteilt werden solle oder nicht. John Prescott, damals stellvertretender Premierminister, leitete den Ausschuss. Clare Short hoffte auf Unterstützung durch Schatzkanzler Gordon Brown. »Ich sprach mit jedem einzeln, und Gordon Brown sagte, er werde mich unterstützen. Doch als dann die von John Prescott geleiteten Sitzungen begannen, ließ er sich gar nicht blicken, sondern schickte einen Staatssekretär vor. Die Presse war darüber informiert, dass Gordon mich unterstützen würde, aber als es darauf angekommen wäre, hat er sich mit Tony nicht angelegt.«⁷⁷ Blair erklärte, die 280 britischen Arbeitsplätze, die auf der Isle of Wight auf dem Spiel stünden, seien wichtiger als die Ziele der Regierung bei der internationalen Armutsbekämpfung.⁷⁸ Er wurde in dieser Auffassung unterstützt von Wirtschaftsministerin Patricia Hewitt, Verteidigungsminister Geoff Hoon und Außenminister Jack Straw,⁷⁹ die alle für ihre unkritische Haltung BAE gegenüber bekannt waren.⁸⁰

Oberst Gaby Komba, Militärattaché an der tansanischen Botschaft in London, der überrascht war von der Heftigkeit der Debatte, verteidigte das Geschäft: »Es

stimmt nicht, dass es sich im Grunde um ein militärisches System handelt, denn das ist nicht der Fall. Es wird für beide Zwecke (militärische und zivile) eingesetzt werden«, und er fügte hinzu: »Es gibt billigere Systeme, aber für unsere Zwecke ist es das am besten geeignete.«⁸¹ Er räumte ein, dass die Anlage ein »militärisches Element« enthalte, aber das System als Ganzes würde dazu benutzt, die »Unverletzlichkeit des tansanischen Luftraums zu gewährleisten«.⁸² Das Geschäft sollte den Tourismus in Tansania ankurbeln und zwischen 3 und 5 Millionen Dollar an Luftverkehrsgebühren pro Jahr einbringen.⁸³ Die Befürworter des Vertrags unterschlugen die Tatsache, dass Tansania nur acht, zudem technisch veraltete, unausgelastete Militärflugzeuge besaß.⁸⁴

Das Geschäft wurde mit einem Kredit über 39,5 Millionen Dollar der Geschäftsbank Barclays finanziert,⁸⁵ dies war merkwürdig, da Tansania erst kurz zuvor Auslandsschulden in Höhe von 2 Milliarden Dollar erlassen worden waren, und gemäß den Bedingungen dieses Schuldenerlasses durfte das Land keine Kredite aufnehmen, außer zu Vorzugskonditionen, wie sie etwa von multilateralen Entwicklungsbanken zur Verfügung gestellt wurden.⁸⁶ Barclays behauptete, der Kredit sei zu einem Vorzugszins gewährt worden, und erklärte, die Finanzierung stehe seit 1999; die Bank sei nicht an der Diskussion um das Geschäft »beteiligt«, und alle Kredite, die sie verbe, müssten den Ausfuhrgenehmigungsbestimmungen entsprechen.⁸⁷ Doch Clare Short vermutet, dass die Bank den ursprünglichen Preis des Geschäfts künstlich hoch veranschlagt habe und ihn anschließend ein wenig herabsetzte, damit sie ihn als Vorzugskredit verkaufen konnte.⁸⁸ Unbestreitbar stand ein Kredit der Europäischen Investitionsbank zur Errichtung eines dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Radarsystems für Tansania und seine beiden Nachbarstaaten zur Verfügung, das nur halb so viel kostete wie das BAE-System.⁸⁹ Im Jahr 2002 verschob Short die Auszahlung von 10 Millionen Pfund Entwicklungshilfe an Tansania, mit der Begründung, das Land habe seine Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung nicht erfüllt.⁹⁰

Auch Norman Lamb kritisierte die Finanzierung, und er erklärte im Unterhaus: »Die unerfreulichere Erklärung lautet, dass die Kreditkosten frisiert waren – künstlich aufgebläht, sodass es für die Außenwelt so aussah, als würde Barclays einen Kredit zu Vorzugskonditionen gewähren. Wenn dies zutrifft, dann liegt meines Erachtens Betrug vor. Wenn der Minister auf Korruption

anspielt, dann ist es zweifellos Zeit, die Finanzierung dieses Geschäfts gründlich zu untersuchen. Ich habe auch gehört, dass Schmiergeld geflossen sein soll, damit alles glatt über die Bühne geht.«

Alan Johnson, damals parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, antwortete, das Wirtschaftsministerium habe »keinerlei Anhaltspunkte für Betrug oder Schmiergeldzahlungen«.⁹¹ Der tansanische Präsident, Benjamin Mkapa, zeigte sich unbeeindruckt: »Niemand hat mir auch nur den kleinsten Hinweis auf Korruption vorgelegt.«⁹² Die Glaubwürdigkeit seiner Aussage wurde zwangsläufig durch die Tatsache in Frage gestellt, dass er 2002 einen nagelneuen Gulfstream-Jet für 40 Millionen Dollar erwarb, in einem Land, in dem das ärmste Drittel der Bevölkerung von weniger als einem Dollar pro Tag leben muss.⁹³

Der Vermittler im Fall des Jet-Kaufs war Tanil Somaiya, ein Wirtschaftsmagnat, dem die Shivacom Group of Companies gehört, die Beteiligungen an Telekommunikations-, Bau-, Werbe-, Promotions-, Immobilien- und »Sicherheitsfirmen«⁹⁴ hielt – wie der allgegenwärtige Oberbegriff lautet. Sein Geschäftspartner, der BAE-Vertreter Sailesh Vithlani, ist ein molliger zweiundvierzigjähriger Mann indischer Abstammung. Er besitzt die britische Staatsangehörigkeit, und seine Mutter und ein Bruder leben in London, aber in Tansania »ist er eine einflussreiche Persönlichkeit«.⁹⁵ Somaiya und Vithlani wuchsen zusammen in Mwanza an der Südküste des Viktoriasees auf, bevor sie nach Daressalam zogen, wo sie 1986 ein Unternehmen namens Merlin International Ltd registrieren ließen.⁹⁶

Als David Leigh, der unbestechliche Ermittler in Sachen BAE, den Radar-Verkauf genau unter die Lupe nahm, führte ihn die Spur zu diesen beiden Männern. Er flog nach Tansania und fand sie in einem schäbigen Büro in dem alten Avalon-Kinogebäude in der Samora Avenue in Daressalam, direkt gegenüber dem Anleger der Fähren nach Sansibar. Er befragte zuerst Somaiya, der zugab, dass er zwei »Verträge« mit BAE abgeschlossen habe. Bei dem ersten handelte es sich um einen konventionellen Kommissionsvertrag. In diesem »offiziellen« Vertrag war festgelegt, dass bei Zustandekommen des Geschäfts eine Provision in Höhe von 1 Prozent an Merlin International zu zahlen sei. Dann gab es aber auch noch eine zweite, heimliche Vereinbarung. Sie verfügte, dass die zu BAE gehörende Red Diamond Trading Ltd 6,2 Millionen Pfund, eine

Summe, die 30 Prozent des Vertragsvolumens entsprach, in der Schweiz hinterlegte.⁹⁷ Über dieses Geld verfügte der zweite BAE-Vertreter, Vithlani. Die Mittelsmänner beteuerten, dieses schweizerische Geld sei nicht an Amtsträger in Tansania geflossen. Sie verweigerten die Antwort auf die Frage, ob das Geld an Dritte außerhalb Tansanias transferiert worden sei.⁹⁸ Beamte, die in die Ermittlungen in Tansania involviert waren, bestätigten jedoch, dass Vithlani die Zahlungen mit hohen Regierungsvertretern ausgehandelt und den Transfer der geheimen Provisionszahlungen von dem schweizerischen Bankkonto arrangiert habe.⁹⁹ Es wurde ein geheimer Vermittlervertrag mit einer in Panama registrierten Firma namens Envers Trading Corporation geschlossen, die bei dem Geschäft in Vertretung für BAE auftrat. Sowohl Vithlani als auch Somaiya wurden darauf als Bevollmächtigte von Envers eingesetzt, die faktisch ihre »schmutzige« Deckfirma war.¹⁰⁰

Vithlani gab schließlich zu, dass er die geheime Einzahlung der 6,2 Millionen Pfund auf das schweizerische Bankkonto durch BAE eingefädelt hatte.¹⁰¹ Aber der britische Konzern beteuerte wie immer seine Unschuld: »Wir haben den Zuschlag in einem offenen Ausschreibungsverfahren erhalten, das vollkommen transparent war. Wir arbeiten als globales Unternehmen in einer sehr transparenten Weise, wozu wir heute gezwungen sind. Alles wird heutzutage offengelegt.«¹⁰²

Im August 2007 wurde ein internationaler Haftbefehl gegen Sailesh Vithlani ausgestellt, und in Tansania wurde ein Strafverfahren wegen Meineids gegen ihn eingeleitet. Das SFO ermittelte seit Mitte 2004 in dem Fall und vernahm ihn im Juli 2009.¹⁰³ Es ist unklar, weshalb Vithlani nicht festgenommen wurde, aber manches deutet darauf hin, dass er sich einverstanden erklärte, als Zeuge der Staatsanwaltschaft aufzutreten. Vithlani führt dem Vernehmen nach ein angenehmes Leben in der Schweiz. Somaiya, der sich 2007 reichlich spät aus dem Unternehmen Merlin zurückzog, nachdem die Korruptionsvorwürfe bereits für Schlagzeilen sorgten,¹⁰⁴ hat seither jegliche Verstrickung in das Geschäft bestritten.¹⁰⁵

Somaiya und Vithlani hatten schon viele Jahre vor dem Radarkauf mit Waffengeschäften eine Menge Geld verdient. Sie haben öffentliche Beschaffungsverträge im Volumen von weit über 240 Millionen Dollar vermittelt.¹⁰⁶ In den Jahren 2004 und 2005 erhielten sie bei einer

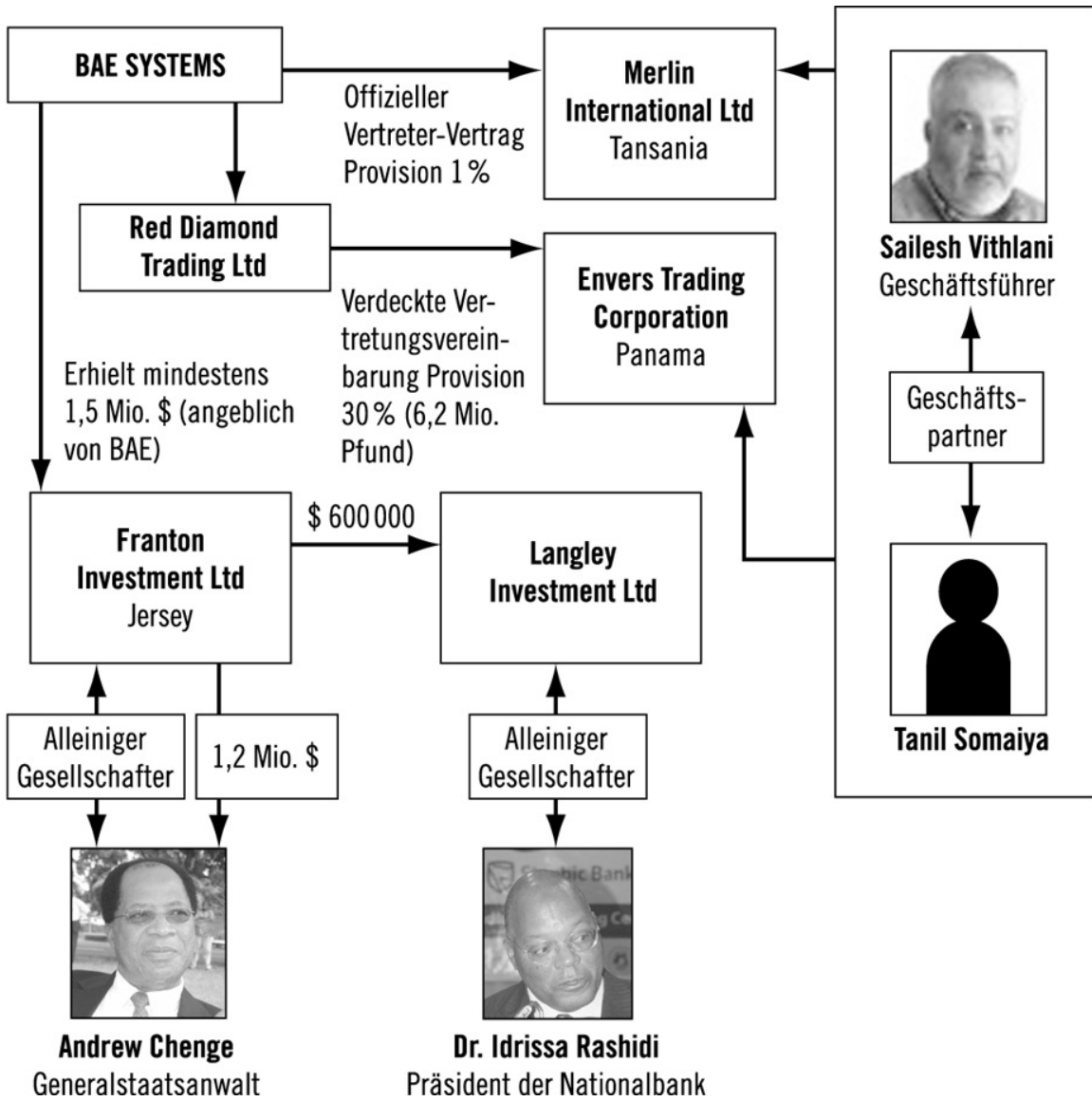
millionenschweren Ausschreibung des Verteidigungsministeriums über die Lieferung von 650 Lkw und Bussen an die Tanzania People's Defence Forces (TPDF) mit ihrem Angebot den Zuschlag. Die Regierung zahlte im Jahr 2006 den Lieferanten den vollen Kaufpreis, doch bis 2009 waren nur 350 der Fahrzeuge in dem Land eingetroffen.¹⁰⁷ In ihrem Angebot behaupteten Somaiya und Vithlani fälschlicherweise, sie seien die Eigentümer der INCAR Tanzania Ltd, des autorisierten Händlers für italienische Iveco-Lastwagen. Tatsächlich haben sie das Unternehmen erst 2006 erworben. Die Gründungsurkunde von INCAR ist unterdessen auf mysteriöse Weise aus den Büros der zuständigen Meldebehörde in Daressalam verschwunden. In Militärkreisen wurden Bedenken geäußert, die Flotte der Iveco-Lkw sei nicht geeignet, um die veralteten Fahrzeuge der Armee zu ersetzen, wobei auf die hohen Stückkosten, den hohen Spritverbrauch und die hohen Wartungskosten verwiesen wurde.¹⁰⁸

Somaiya und Vithlani sollen auch in die Lieferung von Hubschraubern an die Regierung verwickelt sein; sie beschafften diese, obwohl der Hersteller, Agusta Bell, sonst nicht mit ihnen zusammenzuarbeiten pflegte. Zwei der vier Hubschrauber sind bereits abgestürzt, wobei mehrere Menschen ums Leben kamen. Abgesehen davon, dass sie überteuert waren, waren die Hubschrauber zudem für zivile Einsatzzwecke ausgelegt.¹⁰⁹ Somaiya und Vithlani waren zweifellos auch am Kauf des luxuriösen Gulfstream-Geschäftsflugzeugs für Präsident Makapa im Jahr 2002 beteiligt.¹¹⁰

Im April 2008 trat der tansanische Infrastrukturminister, Andrew Chenge, der zum Zeitpunkt des Radarkaufs Generalstaatsanwalt war, zurück. Man hatte herausgefunden, dass er auf Jersey ein Bankkonto besaß, auf dem sich 500000 Pfund befanden. Chenge bestritt nicht die Existenz des Geldes, stellte aber in Abrede, dass es von BAE stamme. Als Generalstaatsanwalt hatte er Einfluss auf wichtige Punkte bei der Vertragsgestaltung gehabt, was das tansanische Kabinett letztlich dazu veranlasste, das Geschäft zu genehmigen. So riet er insbesondere dazu, darauf zu achten, dass die privatwirtschaftliche Finanzierung des Kaufs mit dem Antrag Tansanias auf Schuldenerlass vereinbar sei.¹¹¹ Sailesh Vithlani soll sogar eine Kopie von Chenges Rechtsgutachten an Barclays geschickt haben. Eine Zahlung auf Chenges Konto fiel genau mit der Übergabe seines Gutachtens zugunsten des Geschäfts zusammen.¹¹²

Laut einem Bericht des SFO erhielt Chenge zwischen Juni 1997 und April

1998 von einer Filiale der Barclays-Bank in Frankfurt am Main sechs Banküberweisungen in Höhe von insgesamt 1,5 Millionen Dollar. Die Gelder wurden auf ein Konto der Barclays-Filiale auf Jersey überwiesen,¹¹³ das von der Franton Investment Ltd geführt wurde, einem Unternehmen, das Chenge allein zum Zweck der Weiterleitung der Gelder gründete.¹¹⁴ Im Mai 1998 genehmigte er die Überweisung von 600000 Dollar auf ein Konto der Langley Investments Ltd, deren Geschäftsführer der ehemalige Präsident der tansanischen Zentralbank, Dr. Idrissa Rashidi, war. Rashidi war zuständig für die Genehmigung der Finanzierungsvereinbarungen des Radarkaufs. Die Finanzierung sah vor, dass die Nationalbank von Tansania ihre Goldreserven zur Besicherung der Kredite von Barclays verpfänden sollte. Rashidi war auch verantwortlich dafür, dass sich Tansania bereit erklärte, dass für den Fall eines Rechtsstreites aufgrund einer möglichen Zahlungsunfähigkeit des Kreditschuldners englisches, nicht tansanisches Recht gelten sollte. Am 20. September 1999 genehmigte Chenge persönlich die Überweisung von 1,2 Millionen Dollar von dem Franton-Konto an die Royal Bank of Scotland International auf Jersey.¹¹⁵



BAEs Zahlungsverkehr in Tansania

Einen bemerkenswerten Mangel an Sensibilität unter Beweis stellend, nannte Chenge dieses Geld auf seinem Konto »Wechselgeld«. ¹¹⁶ Seine ausländischen Rechtsanwälte in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien ¹¹⁷ räumten ein, dass er die Regierung in einigen Aspekten des Geschäfts rechtlich beraten habe, auch wenn sie beteuerten, er habe sich in keiner Weise dafür eingesetzt, BAE als Lieferanten auszuwählen. ¹¹⁸ Der bloße Umstand, dass er die Dienste teurer britischer und amerikanischer Anwaltskanzleien in Anspruch nehmen konnte, heizte in den Medien Spekulationen über Umfang und Herkunft seines Privatvermögens an. ¹¹⁹

Die Ermittlungen gegen Chenge und das Geschäft in Großbritannien nahmen im Herbst 2006 eine Besorgnis erregende Wendung, als Norman Lamb im Portcullis House, wo einige britische Unterhausabgeordnete ihre Büros haben, mit Ermittlern des SFO und des Verteidigungsministeriums zusammentraf. Ein SFO-Ermittler riet Lamb, die Zusammenkunft in den Innenhof zu verlegen, weil Lambs Büro möglicherweise verwandt sei. Der Unterhausabgeordnete war außer sich und schrieb am 5. Juni 2008 an Carl Brown vom SFO: »Sie haben erklärt, dass Sie im Lauf Ihrer Ermittlungen den Verdacht gewonnen hätten, wichtige Ermittlungsergebnisse und Informationen, die Sie durch Zeugenvernehmungen erlangten, seien BAE Systems zur Kenntnis gebracht worden. Sie gaben zu verstehen, Sie hätten den Eindruck gewonnen, die Verantwortlichen des Unternehmens hätten Ihre Befragungen mit potentiellen Zeugen belauschen können.« Das SFO antwortete: »Damals gingen wir sehr umsichtig vor. Es galt als ratsam, solche Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.« Der Abgeordnete wollte es kaum glauben: »Ich hatte inständig gehofft, dass das nicht wahr sei und dass mein Büro nicht abgehört wird. Ich habe es nicht durchsuchen lassen, weil es BAE vielleicht darauf aufmerksam gemacht hätte, dass ich wusste, dass sie es abhörten. Aber ich hatte immer gedacht, dass es im Grunde nicht angehen kann. Doch jetzt sprach das SFO den unerhörten Verdacht aus, die Ermittlungen würden womöglich überwacht und Gespräche abgehört.« ¹²⁰

BAE nannte die Beschuldigungen »absurd«, ¹²¹ worauf Lamb erklärte: »Die vom SFO geäußerte Befürchtung, dass sie von einem Privatunternehmen

abgehört werden, ist so gravierend, dass sie Gegenstand einer öffentlichen Untersuchung sein sollte.«¹²² Sie erscheint durchaus nicht so weit hergeholt, wenn man sie vor dem Hintergrund der schmutzigen Tricks sieht, die BAE in der Vergangenheit gegen unliebsame Gegner einsetzte, wenn man etwa an die Infiltration der Bürgerinitiative Campaign Against the Arms Trade (CAAT) denkt.

Aber nicht nur Lamb und seine liberaldemokratischen Fraktionskollegen sind hart mit der Regierung ins Gericht gegangen wegen des absurden und fatalen Radar-Deals. Unerwartete Schützenhilfe erhielten sie 2007 auch von den Konservativen, als es zu hitzigen Debaten kam zum Thema Entwicklungshilfe und Nachhaltigkeit.¹²³ Was eine gewisse Ironie birgt, wenn man bedenkt, dass die Konservativen nach ihrer Rückkehr an die Regierung im Jahr 2010 dem Vorstandsvorsitzenden von BAE das Amt des Wirtschaftsministers antrugen.¹²⁴

Lams Befürchtungen über mögliche Lauschangriffe verblassen neben der Erfahrung des tansanischen Staatsanwalts Edward Hoseah, der Ermittlungen in dem Fall einleitete. Hoseah sagte gegenüber US-Regierungsvertretern im Jahr 2007, sein Leben sei »womöglich in Gefahr« und er könne sich nicht wehren, denn Politiker in Tansania, die womöglich in das »schmutzige Geschäft«, wie er es nannte, verwickelt sind, seien »unantastbar«. Er hatte kaum noch Hoffnung, die »großen Tiere« strafrechtlich belangen zu können, aber er ist fest davon überzeugt, dass »Beamte des Verteidigungsministeriums und mindest ein oder zwei hohe Militäranghörige darin verwickelt waren«. Hoseah erzählte den Amerikanern, er habe SMS und Briefe mit Drohungen erhalten und werde jeden Tag darin erinnert, dass er gegen die »Reichen und Mächtigen« kämpfe. Hoseah erklärte mit gedämpfter Stimme: »Wenn diese Leute einen in ihre Kreise aufnehmen, dann möchten sie, dass man ihnen dafür auf Knien dankt. Wenn sie merken, dass man seine Unabhängigkeit wahren will und auf Distanz geht, wird es gefährlich.« Hoseah stellte klar, dass er, wenn die Bedrohungen gegen sein Leben konkreter würden, gezwungen wäre, außer Landes zu gehen.¹²⁵ Seine persönliche Sicherheit, aber auch das äußerst wichtige Ermittlungsverfahren und letztlich die demokratische Zukunft Tansanias lägen in der Hand vom SFO und der britische Justiz.

Im Osten nichts Neues

Wiens erster Bezirk hat viel von der imperialen Größe der einstigen habsburgischen Kapitale bewahrt. In seinem Zentrum liegt die Ringstraße, die von imposanten Fassaden und majestätischen Statuen geschmückt wird. Das Gebäude am Kärntner Ring 14 liegt in unmittelbarer Nähe zum Musikverein, Heimstatt der Wiener Philharmoniker, und dem luxuriösen Hotel Imperial. Ein Flur, so groß wie eine kleine Kirche, führt zu einer geschwungenen Treppe. Im ersten Stock befindet sich eine unscheinbare weiße Tür mit einem Messingschild darauf. In schwarzen großen Lettern liest man: »MPA«, darunter steht ein Name: »Mensdorff-Pouilly«.

Die Inneneinrichtung entspricht der Umgebung: reich verzierte hohe Stuckdecken, schwere alte Ledersessel, prächtige Gemälde, die züchtige junge Frauen zeigen; daneben präparierte Tierköpfe, die in den ländlichen Jagdrevieren des aristokratischen Pächters erlegt wurden. Eine strenge Mitarbeiterin begrüßt mich und sagt, sie werde dem Grafen meine Ankunft melden.

Graf Alfons Mensdorff-Pouilly – oder »Ali«, wie er von seinen Freunden genannt wird – ist größer und schlanker als die Bilder, die man von ihm in den Medien sieht, vermuten lassen. In seiner grünen Trachtenjacke und einer etwas gewagten rosa Krawatte verströmt er in der Tat etwas Aristokratisches. Er lächelt charmant, als wir uns in den Lederfauteuils niederlassen. Das gestrenge Fräulein Magister Luka nimmt neben mir Platz und blinzelt in ihr aufgeklapptes Notebook, und für einen Moment weiß ich nicht, wie ich beginnen soll, denn ich hatte mich angekündigt, um dem bekanntesten BAE-Lobbyisten in Ost- und Mitteleuropa ein paar unangenehme Fragen zu stellen. Doch der Sechsfünfzigjährige lässt gar keine peinliche Stille aufkommen, sondern gibt ein paar Anekdoten aus seinen beiden kurzen Gefängnisaufenthalten zum

Besten.

»Fünf Wochen in einem österreichischen Gefängnis waren nichts im Vergleich zu fünf Tagen in einem britischen. Ich bekam nichts von den britischen Behörden, keine Zahnbürste, keinen Kamm, nichts. Ich habe mich mit allen Häftlingen angefreundet«, sagt er mit einem Anflug von Macho-Stolz, »und ein Schwarzer bot mir seinen Kamm und seine Zahnbürste an. Ich hab den Kamm abgewaschen und benutzt, aber die Zahnbürste konnte ich nicht benutzen.«¹ Nach seinem Aufenthalt im Pentonville-Gefängnis im Norden Londons beklagte sich Mensdorff-Pouilly, seine Menschenrechte seien verletzt worden, weil die Gefängnisunterhosen, die man ihm gab, zu klein waren.² »Obwohl ich mehrmals darum bat, gab man mir keine ordentliche Unterwäsche.«³

Er bezeichnet MPA als eine Beratungsfirma, die zwischen dreißig und vierzig Klienten aus unterschiedlichen Branchen, hauptsächlich aber aus dem Gesundheitssektor, in Fragen der Geschäftsstrategie berät. BAE sei sein einziger Klient aus der Rüstungsindustrie, behauptet er. Er sei durch den Ehemann einer Cousine, Timothy Landon, mit dem britischen Unternehmen in Kontakt gekommen. Der berühmt-berüchtigte Landon wurde wegen seiner engen Beziehungen zum Oman auch »der weiße Sultan« genannt. Er soll an jenem Staatsstreich mitgewirkt haben, bei dem sein Freund aus gemeinsamen Studientagen an der Sandhurst-Militärakademie, Sultan Qabus bin Said, seinen Vater stürzte. Seine Geschäfte mit Qabus brachten Landon Hunderte von Millionen Dollar ein. Sein erstes Geld verdiente er damit, dass er die Öl-Embargos gegen Südafrika und Rhodesien umging und in den achtziger Jahren Bofors-Geschütze in den Oman schmuggelte.⁴

Mensdorff-Pouilly spricht mit großer Sympathie über Landon, der 2007 starb. Er sagt, Landon habe BAE klargemacht, dass das Unternehmen jemanden brauche, der gut in Mittel- und Osteuropa vernetzt sei, wenn es in dieser Region erfolgreich Aufträge akquirieren wolle. Landon stellte den BAE-Managern seinen Freund, den Grafen vor, der behauptet, alle wichtigen Leute in Österreich, Tschechien und Ungarn zu kennen, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Kaiserreichs Österreich-Ungarn seiner adligen Vorfahren (er behauptet von sich, einer seiner Vorfahren sei mit Queen Victoria verwandt gewesen). Mensdorff-Pouilly, der mit Maria Rauch-Kallat verheiratet ist, einer ÖVP-Politikerin und

ehemaligen Ministerin, sagt, er könne jederzeit mit jedem maßgeblichen Politiker in der Region sprechen. Er erklärt, er habe von BAE immer ein monatliches Fixum für seine politischen und ökonomischen Informationen über diese Länder erhalten.⁵

Laut Ermittlungsbehörden hat BAE Ende der neunziger Jahre Zahlungen in Höhe von über 19 Millionen Pfund an Unternehmen geleistet, an denen der Graf beteiligt war, und das meiste davon stehe in Zusammenhang mit »der Akquisition von Kunden, Vertriebsdienstleistungen beziehungsweise mit der Sicherstellung des Abschlusses von Leasingverträgen über Gripen-Kampfflugzeuge mit Ungarn und Tschechien ... BAE zahlte diese Gelder, in dem Wissen, dass ein Teil der Gelder höchstwahrscheinlich dazu verwendet werden würde, BAE im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zu begünstigen.«⁶ Ein britisches Gericht drückte es klarer aus: »BAE bediente sich korrupter Praktiken, um an lukrative Aufträge über Kampfflugzeuge in Mitteleuropa zu kommen.« Der Anwalt Tom Forster beschrieb die Aktivitäten des Unternehmens als eine »ausgeklügelte und sorgfältig geplante Operation, an der mehrere BAE-Topmanager beteiligt waren, die über 10 Millionen Pfund ausgaben, um eine Bestechungskampagne in Österreich, Tschechien und Ungarn zu finanzieren«.⁷ Drei Briefkastenfirmen wurden in der Schweiz gegründet, um zu verhindern, dass sie von »Strafverfolgungsbehörden infiltriert werden«, und zu dem »verdeckten Zweck, Amtsträgern Gelder zukommen zu lassen«.⁸ Etwa 70 Prozent des BAE-Geldes, das an Mensdorff-Pouilly überwiesen wurde, floss auf Konten in Österreich.⁹ Es fanden »erhebliche Bar-Abhebungen« statt, oft innerhalb von Tagen oder Wochen nach wichtigen Entscheidungen über die Beschaffung von Rüstungsgütern. BAE-Führungskräfte sollen an Besprechungen teilgenommen haben, bei denen »sogenannte Zahlungen an Dritte oder Abschlusszahlungen« erörtert wurden.¹⁰

Über 19 Millionen Pfund wurden an den Grafen überwiesen, aber die einzige Gegenleistung, die er offiziell dafür erbrachte, waren »Marketingberichte«.

Havels Albtraum

Vaclav Havel, der regimekritische Dramatiker, der zum Staatspräsidenten

wurde, behauptet, dass Politik »eine Art von Arbeit ist, die besonders integre Menschen erfordert, weil man besonders leicht moralisch korrumpiert wird«. ¹¹ BAE stellte diese Maxime auf eine besonders harte Probe.

Die 1993 durch Abspaltung von der Slowakei entstandene Tschechische Republik trat 1999 der NATO bei, was eine Modernisierung ihrer Streitkräfte erforderte. In jenem Jahr wurden Unternehmen aufgefordert, Angebote für die Lieferung von Kampfflugzeugen zu machen. Fünf Unternehmen gaben Angebote ab, darunter Saab, das 1995 eine Vereinbarung mit dem BAE-Konzern geschlossen hatte, der Saab bei der Vermarktung des Gripen-Kampffjets helfen sollte. Die Gripen hatte in jüngster Zeit herbe Rückschläge einstecken müssen: Bei einem Testflug war es zu einem dramatischen Unfall gekommen, und ein weiteres Flugzeug stürzte beim Stockholm Waterfestival vor Zehntausenden von Zuschauern ab. ¹²

1997 starteten die Partner eine intensive Werbekampagne, um die tschechische Regierung dazu zu bewegen, sich für die Gripen zu entscheiden. Sie wurde vor allem von zwei BAE-Mitarbeitern geführt, Steve Mead und Julian Scopes. Im Dezember 2001 beschloss die Regierung schließlich den Kauf von 24 Gripen-Jets zu einem Preis von rund einer Milliarde Pfund. Die vier anderen Wettbewerber zogen sich zurück und erhoben in der Folge Korruptionsvorwürfe. ¹³ In beiden Kammern des tschechischen Parlaments stieß das Geschäft auf erheblichen Widerstand und wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Der Sommer 2002 bescherte Tschechien eine Flutkatastrophe und die Wahl einer neuen Regierung, sodass die Beschaffung der Gripen auf Eis gelegt wurde. Die teuren Aufräumarbeiten nach den Überschwemmungen und die extrem hohen Anschaffungskosten der neuen Kampfflugzeuge führten zur Einsetzung eines »Sachverständigenausschusses«, der die Modalitäten des Ausschreibungsverfahrens festlegen sollte. ¹⁴ Großbritannien bot damals an, zur Überbrückung vierzehn gebrauchte Tornado-Flugzeuge zu liefern, während eine neue Ausschreibung für den Kauf der Flugzeuge organisiert werden sollte. (Obwohl es sich angeblich um eine freie Ausschreibung handelte, hätte BAE wahrscheinlich davon profitiert, dass es anbot, die Piloten auf den Maschinen zu schulen und Ersatzteile zu liefern. ¹⁵) Tony Blair stattete Tschechien im Rahmen der BAE/Saab-Kampagne einen sehr medienwirksamen Besuch ab, bei dem er

sich noch einmal nachdrücklich für das Geschäft einsetzte.¹⁶ Der Ausschuss empfahl allerdings, ohne öffentliche Ausschreibung einen zehnjährigen Leasingvertrag über vierzehn Gripen für 400 Millionen Pfund abzuschließen. Der Vertrag wurde im Juni 2004 unterzeichnet, wobei unmittelbar danach erneut Korruptionsvorwürfe laut wurden.¹⁷

Nachdem sich das US-Verteidigungsministerium zusammen mit den Lieferanten Lockheed und Boeing von der Ausschreibung zurückgezogen hatte, beschuldigte die US-Regierung BAE und die britische Regierung bei einer Zusammenkunft mit Sir Kevin Tebbit, dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, der »Bestechung«.¹⁸ Bei der Unterredung unterstrichen US-Regierungsvertreter ihre »Sorge über sich hartnäckig haltende Beschuldigungen, wonach BAE Systems Schmiergelder an ausländische Amtsträger zahlt, um sich Aufträge zu sichern«.¹⁹ Sie verwiesen auch auf ein »wiederkehrendes Muster von Anschuldigungen über einen langen Zeitraum hinweg. Presseberichte bestätigen Informationen aus geheimhaltungsbedürftigen Quellen«.²⁰ Sie fragten, was die britische Regierung unternommen habe, um Bestechungsvorwürfen gegen BAE, nicht nur in Zusammenhang mit aktuellen Projekten, sondern auch in Bezug auf ältere Geschäfte, »bei denen vielleicht noch immer Schmiergelder fließen«, auf den Grund zu gehen.²¹ Sie erklärten, dass »derart massive Anschuldigungen gegen ein Unternehmen in den Vereinigten Staaten schon längst Ermittlungen des Justizministeriums ausgelöst hätten.«²²

Amerikanische Beamte gaben Tebbit den Spitznamen »Sir Topham Hatt« (nach dem »dicken Kontrolleur« aus dem Kinderbuchklassiker *Thomas, die kleine Lokomotive*), wegen »der Arroganz, mit der er Schmiergeldvorwürfe gegen BAE rundweg bestritt, und der aufgeblasenen Art, in der er sie aufforderte, handfeste Belege für Vergehen vorzulegen«.²³

Tebbit mag Unwissenheit vorgetäuscht haben, weil die tschechische Polizei bereits Bestechungsversuche von BAE an tschechischen Politikern bestätigt hatte.²⁴ Zwei hochrangige Parlamentarier der Opposition berichteten, unabhängig voneinander, von Versuchen, sie und ihre Parteien zu bestechen, damit sie für die Gripen stimmten, als der ursprüngliche Vertrag im Parlament beraten wurde. Jitka Sietlova, ein Senator der Opposition, berichtete: »Ich wurde von einem Bekannten kontaktiert, der mir sagte, es wäre zu meinem Vorteil, wenn ich für

das Gripen-Projekt stimmte. Ich lehnte ab – so was tut man nicht –, ich war schockiert, wie jemand denken konnte, dass ich so etwas tun würde.«²⁵ Der andere Politiker, Přemysl Sobotka, erklärte: »Personen, die ich nicht kannte, traten auf der Straße an mich heran. Sie sagten, wenn ich für das Geschäft stimmte, würden sie in meinem Wahlkreis investieren. Ich weigerte mich, mit ihnen zu sprechen, ich mag so etwas nicht.«²⁶ Einem dritten, Michael Žantovský, wurde telefonisch eine Spende in Höhe von 10 Millionen Schwedische Kronen an seine Partei in Aussicht gestellt. Žantovský und die anderen sieben Senatoren der Demokratischen Bürgerallianz ODA, deren Fraktionsführer er war, stimmten nicht gegen die Gripen. Aber er ging zur Polizei, die den Anruf zu einer Telefonzelle direkt vor einem Regierungsgebäude, einen Steinwurf vom Senat entfernt, zurückverfolgte. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben einen hinreichenden Tatverdacht, aber das Verfahren wurde nach sechs Monaten eingestellt, da der Anrufer nicht ermittelt werden konnte.²⁷

Die versprochenen Investitionen in Sobotkas Wahlkreis bezogen sich vermutlich auf die Kompensations-oder Offset-Geschäfte, die ein entscheidendes Element der Saab/BAE-Vermarktungskampagne für die Gripen waren. Bei dem ursprünglichen Deal über den Verkauf von vierundzwanzig Flugzeugen sollten Kompensationsaufträge im Wert von 150 Prozent der Kosten der Jets an tschechische Unternehmen vergeben werden.²⁸ Die Großzügigkeit der in Aussicht gestellten Aufträge wurde als einer der wichtigsten Gründe für den Kauf des Gripen-Jets angeführt. Das Kompensationsprogramm für das Leasing-Geschäft war ähnlich üppig und mit 950 Millionen Dollar – was etwa 130 Prozent des Wertes der Flugzeuge entspricht – viel höher dotiert als das sämtlicher anderer Wettbewerber.²⁹ Doch wurde in die Kompensationsverträge eine Vertraulichkeitsklausel aufgenommen, die die tatsächlichen ökonomischen Aktivitäten verschleierte. Nur das Unternehmen durfte Details über die versprochenen Investitionen offenlegen. So wurde behauptet, das Programm ziele auf Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ab, wie etwa Nordböhmen – wohin 38 Prozent der gesamten Offset-Investitionen fließen sollten – und Nordmähren, auf das 33 Prozent entfallen sollten.³⁰ Mitte 2005 erklärten hochrangige Vertreter der Regionen Nordböhmen und Nordmähren, sie wüssten nichts von derartigen Vorhaben. »Öffentlich wurden viele Versprechungen gemacht, aber bislang kenne ich kein konkretes Projekt ... Ich stand dem

Kompensationsprogramm von Anfang an eher skeptisch gegenüber«, sagte Evžen Tošenovský, Gouverneur der Region Mähren-Schlesien, die damals eine Arbeitslosenquote von 14,5 Prozent hatte.³¹ Laut Auskunft von Wirtschafts- und Handelsminister Milan Urban waren sechzehn Projekte genannt worden und »einige davon sind bereits angelaufen«, auch wenn er keine genaueren Angaben darüber machen wollte.³² Oppositionspolitiker stellten kritische Fragen und wollten wissen, wieso die Kompensationsprojekte geheim gehalten wurden und weshalb Vertreter der betreffenden Regionen nichts von den angeblichen Investitionen wussten. Sogar der Präsident des Verbands der Rüstungsindustrie schien kein Verständnis dafür zu haben: »Das sind keine sicherheitsrelevanten Daten, die geheim gehalten werden müssten.«³³

Die wahre Natur des Geschäfts kam ans Tageslicht, als Journalisten des Schwedischen Fernsehens – Sven Bergman, Joachim Dyfvermark und Fredrik Laurin – einen anonymen Informanten auftaten, der an der BAE-Verkaufskampagne mitgewirkt hatte, sowie eine weitere Quelle, die ihnen eine Vielzahl von geheimen Ermittlungsunterlagen der tschechischen Polizei zuspielte. Der anonyme Informant sagte ihnen:

»Jeder wollte so viel erreichen, das Projekt war so wichtig, dass wir vor Begeisterung blind waren ... Aber nachdem ich nicht mehr in das korrupte Prag fuhr, erkannte ich, dass es falsch war, völlig falsch. Die Gripen-Kampagne hatte ein riesiges, luxuriöses Büro auf den Anhöhen von Prag, mit einer Aussicht über die gesamte Stadt. Der Raum von Steve Mead befand sich im inneren Bereich des Büros. Dort standen ein Schreibtisch, ein paar Stühle, und an der Wand hing eine Tafel mit fünfzig bis hundert Bildern. Es waren Fotos von Regierungsmitgliedern, Schlüsselpersonen im Parlament, Senatoren, Mitgliedern der Opposition und anderen wichtigen Leuten, zum Beispiel aus dem Verteidigungsministerium. Auf diesem Organigramm waren Namen, Positionen und weitere handschriftliche Angaben über jede Person verzeichnet. Die meisten waren farblich markiert: grün, gelb oder rot – für, unentschieden oder gegen die Gripen.«³⁴

Als Journalisten die Büros besichtigten, bestätigte der Hauseigentümer, dass BAE der Vormieter gewesen sei. Die Schlüssel waren noch immer mit dem Firmennamen versehen. Der Hauseigentümer erzählte ihnen dies begeistert in dem »besonders luxuriös eingerichteten Raum« von Steve Mead. »Er hat Tafeln

mit Bildern von allen Mitgliedern der Regierung und des Abgeordnetenhauses. Denn es war das größte Geschäft in der jüngsten tschechischen Geschichte.«³⁵

Der Informant fuhr fort: »Die wichtigste Zielperson war Ivo Svoboda, der damalige Finanzminister. Mead sprach auch davon, dass es wichtig sei, sich in gleicher Weise um die Opposition zu kümmern. Sie bearbeiteten Schlüsselpersonen, die anschließend die anderen Parteimitglieder mit ins Boot holen sollten.«³⁶ Svoboda wurde 1999 wegen eines anderen Betrugsskandals zum Rücktritt gezwungen und zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Der Informant erklärte, was daraufhin geschah: »Als Svoboda ins Gefängnis kam, musste Mead umdisponieren, und die Kontakte liefen jetzt über ein anderes Mitglied der Regierung.«³⁷ Es war klar, dass es um Schmiergelder ging: »Steve Mead sprach von dem Kontakt in Österreich, der sich um die Zahlungen an die tschechische Regierung kümmerte. Er war verantwortlich für die Schmiergeldzahlungen. Die österreichische Kontaktperson konnte das Geld an diejenigen in der Regierung verteilen, die noch nicht ›an Bord‹ waren, und auch an diejenigen, die bereits auf unserer Seite waren. Es genügte, sich auf einige wenige Schlüsselpersonen in der Regierung zu konzentrieren, um die parlamentarische Zustimmung zu dem Rüstungsdeal sicherzustellen.«³⁸

Die geheimen Vermittlungsvereinbarungen für das Geschäft bestätigten die Bestechungsversuche und die Identität des österreichischen Kontakts. Die erste Vereinbarung war ein Vertrag mit BAE.

Streng vertraulich
Betrifft: Ernennung eines Beraters

Datum: 5. November 1999
Einsatzgebiet: Tschechische Republik
Produkte, die Bestandteil der Vereinbarung sind: Gripen
Name des Beraters: Alfons Mensdorff-Pouilly
Adresse des Beraters: MPA Wien³⁹

Die Journalisten kannten den Namen des Grafen von einem anderen BAE-Skandal. Im Jahr 1995 wurde er auf einer Tonbandaufnahme als Zwischenträger geheimer Spendengelder von BAE an österreichische Parteikassen identifiziert, mit denen sich BAE für den Kauf von Kampfflugzeugen »erkenntlich zeigte«. Im Fall eines Vertragsschlusses sollten die beiden politischen Parteien insgesamt 70 Millionen Schilling erhalten (7 Millionen Dollar oder 4,4 Millionen Pfund im Jahr 1995). Folgendes Gespräch wurde heimlich mitgeschnitten:

Hermann Kraft (ÖVP-Abgeordneter): Ein paar hundert Millionen für das Flugzeug und einige Milliarden für die Hubschrauber.

SD (ein nicht identifizierter sozialdemokratischer Abgeordneter): Über wie viel sprechen wir?

HK: 2 Prozent.

SD: 2 Prozent von 3 Milliarden?

HK: 3,8 Milliarden.

SD: 2 Prozent sind 70 Millionen. Wie würden die aufgeteilt werden?

HK: Halbe-halbe.

SD: Wer transferiert das Geld?

HK: Unser Graf.

SD: Wie heißt er?

HK: Mensdorff.

SD: Er heißt Mensdorff? Und er repräsentiert die Engländer?

HK: Er ist ihr Berater.

SD: Wie kommt das Geld nach Österreich?

HK: Das regeln die Engländer.⁴⁰

Hermann Kraft wurde wegen versuchter Bestechung verurteilt, aber Mensdorff-Pouilly wurde freigesprochen, da die Erwähnung seines Namens nicht als hinlänglich beweiskräftig angesehen wurde. Sowohl BAE als auch der Graf

bestritten jegliche Verwicklung.⁴¹

In Bezug auf das tschechische Flugzeuggeschäft gab es ebenfalls eine geheime Vereinbarung, die Mensdorff-Pouilly bei Vertragsabschluss eine sehr hohe Provision zusicherte. Darin wurde der Vertragswert auf bis zu eine Milliarde Pfund beziffert und ein Provisionssatz von 4 Prozent festgelegt.⁴² Dies hätte 40 Millionen Pfund entsprochen, eine enorme Summe, wenn man bedenkt, welche legalen Dienstleistungen ein inländischer Berater überhaupt erbringen kann. Mensdorff-Pouilly wollte nicht mit dem schwedischen Fernsehen sprechen, aber gegenüber dem *Guardian* räumte er ein, dass »meine Firma, MPA, seit 1992 einen Vertrag über Beratungsdienstleistungen in Osteuropa mit BAE hat. Laut diesem Vertrag erhalte ich eine monatliche Vergütung.«⁴³

Allerdings war er nicht der einzige Agent. Am Ende des Vertrags stand folgender Satz: »Details über andere Repräsentanten im gleichen Einsatzgebiet: Hava.«⁴⁴ Richard Hava war der Direktor der staatlichen tschechischen Rüstungsfirma Omnipol, an der BAE 2003 eine Beteiligung erworben hatte.⁴⁵ Omnipol sollte von BAE öffentlich im Rahmen der Gripen-Kampagne benutzt werden, aber eine weitere geheime Vereinbarung enthüllte mehr:

Geschäftsgeheimnis

Region: Tschechische Republik
Betr.: Gripen-Programm
Kontakt: Richard Hava
c/o Remo Teroni, Rechtsberater, Genf
Geschätzter Auftragswert: 1,5 Mrd. Pfund
Provision: 2 %⁴⁶

Dies bedeutet, dass Hava bis zu 30 Millionen Pfund erhalten würde, wenn die Tschechen die Gripen kauften. Interessanterweise wird nicht Omnipol als Havas Adresse genannt. Angeblich sollte er über eine Gesellschaft namens Gabstar bezahlt werden.⁴⁷ Hava bestritt jegliche Verbindung. Dem schwedischen Fernsehen sagte er: »Ich bin kein geheimer Vermittler, bin es nicht und war es nicht.«⁴⁸

Die Vereinbarung mit Hava enthielt ihrerseits den Namen eines weiteren Mittelsmannes: »Weitere Repräsentanten in der Region: Jelinek.«⁴⁹ Der

gebürtige Tscheche und in Kanada aufgewachsene Otto Jelinek war unter anderem Weltmeister im Eiskunstlauf und ein Star der Eiskunstlaufshow Ice Capades, bevor er in die Politik ging. Er wurde Minister in der Regierung des Progressiv-Konservativen Brian Mulroney in Kanada, bevor er in seine tschechische Heimat zurückkehrte, wo er sich in Wirtschaftskreisen einen Namen machte. Jelinek gab zu, für BAE zu arbeiten: »British Aerospace war einer von zahlreichen Klienten, die ich hatte.«⁵⁰

Jelinek und die anderen »Außenmitarbeiter« wurden in der gewohnten BAE-Weise über Konten von Briefkastenfirmen bezahlt. Das Unternehmen leistete über das Konto von Red Diamond bei der Harris-Bank in New York Zahlungen an Jelineks Firmen Jelinek International und Dubový Mlýn. Er wurde auch über eine Gesellschaft mit Sitz auf den Bahamas namens Fidra Holdings bezahlt.⁵¹ Weiteres Geld wurde an eine weitere auf den Bahamas registrierte Gesellschaft namens Manor Holding überwiesen, ein Unternehmen, dessen Mitarbeiter Jelinek gewesen sein soll.⁵² Gefragt nach den Zahlungen über die Briefkastenfirmen, antwortete Jelinek: »Das ist eine persönliche Angelegenheit, wie mein Sexleben.«⁵³

Es besteht allerdings kein Zweifel daran, dass Mensdorff-Pouilly der entscheidende Kontaktmann war, dem die Auszahlung des Geldes oblag. Auch wenn sich die Absprachen für das Leasing-Geschäft, das am Ende herauskam, von denen unterscheiden mögen, die bei dem früheren Versuch, die Gripen zu verkaufen, getroffen wurden, sind sie doch nicht weniger belastend. Sie belegen eine Reihe von Zahlungen von Tim Landons Firma Valurex an Mensdorff-Pouilly, der einen Teil des Geldes weiter verteilte.

Gripen-Flugzeuge
Zwischenvereinbarung über fünf Jahre/Leasing

Auftraggebende Regierung: Tschechische Republik
Berater: Valurex International SA, succursale de Genève
Zahlungen: 5,33 Millionen Euro, 1 Million Dollar, 2 Millionen Pfund
Die vereinbaren Gebühren werden wie folgt in Raten gezahlt:
1.125 Mio. Euro 31. 8. 2004 GEZAHLT
1.125 Mio. Euro 31. 12. 2004 GEZAHLT
1.125 Mio. Euro 31. 7. 2005 GEZAHLT
1 Mio. US-\$ 31. 8. 2005
1,2 Mio. Pfund 31. 8. 2005

800.000 Pfund bei der Lieferung der letzten 8 Flugzeuge
1.125 Mio. Euro 31. 12. 2006

Graf Mensdorff-Pouilly ist der Kontakt für die Erbringung der Dienstleistungen gemäß den Bestimmungen dieser Vereinbarung.⁵⁴

Valurex bezahlte Mensdorff-Pouilly als Berater. Anschließend leistete er Zahlungen über eine weitere auf den britischen Jungferninseln registrierte Gesellschaft, Brodman Business, mit dessen Geschäftsführer der Graf seit der Schulzeit befreundet ist. Brodman diente als Verteiler der Zahlungen, die er von Landon erhielt, und zwar von 2002 bis zu dessen Tod 2007.⁵⁵ Wenn das Geld ausgezahlt wurde, kam es zu »signifikanten Cash-Abhebungen, oft im Bereich von 100000 Pfund und oft binnen weniger Tagen oder Wochen nach wichtigen Entscheidungen von Rüstungsbeschaffung, an denen BAE ein starkes Interesse hatte«. ⁵⁶ Mensdorff-Pouilly beschrieb Brodman als Drehscheibe zur Verteilung seines Anlagekapitals, auch wenn es sich dabei um einen verflucht verzwickten Anlageplan handelte. Wie immer behauptet er, die Zahlungen seien für »Marketingberichte« erfolgt, die allerdings lediglich aus einer »Kompilation von jedermann zugänglichen Informationen sowie Zeitungsausschnitten« bestanden.⁵⁷ In einer E-Mail an seinen Steuerberater, Mark Cliff, tönt er hingegen, was er leiste, seien »aggressive Zahlungen an wichtige Entscheidungsträger« bei Transaktionen.⁵⁸

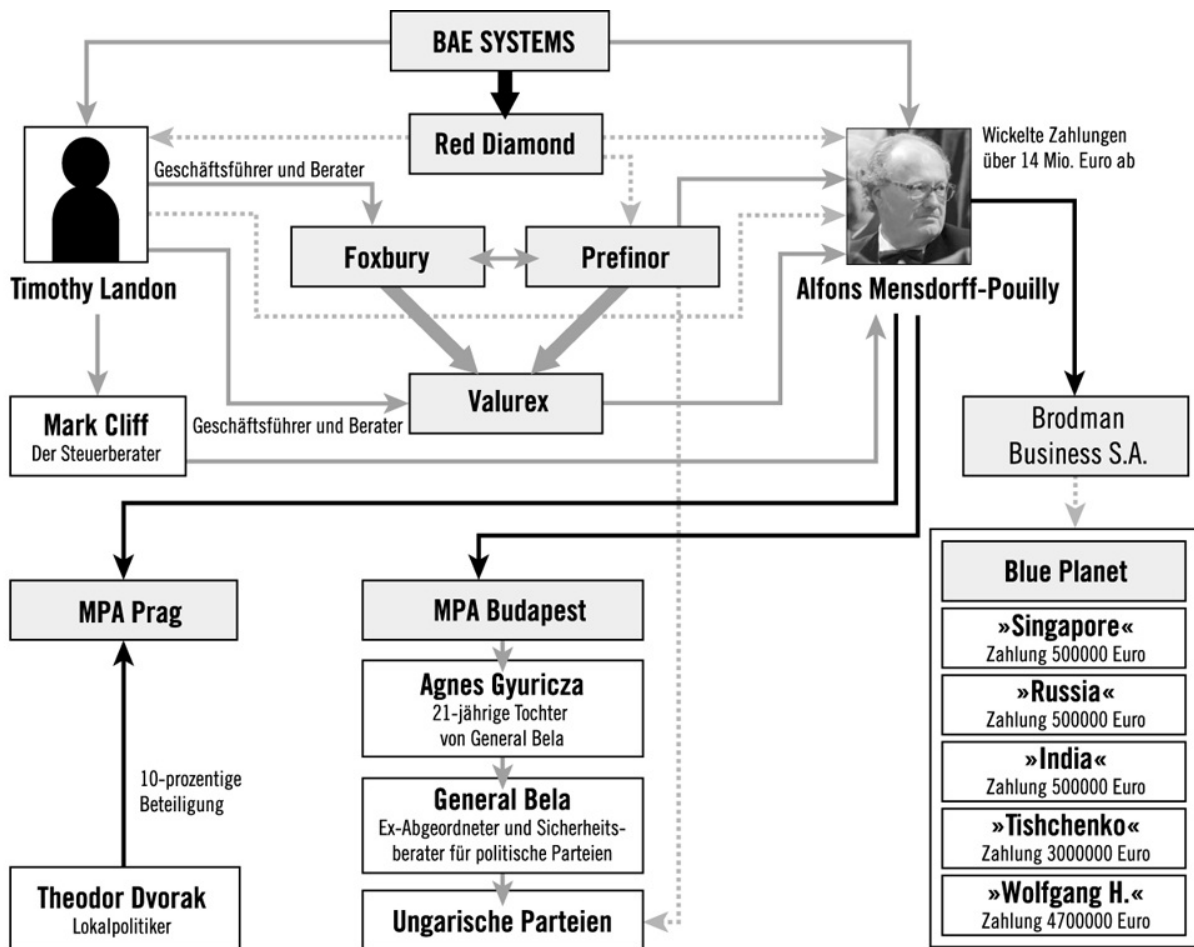
Die Geldspur von BAE zu Tim Landons Firma Valurex ist erwartungsgemäß verwirrend: Red Diamond bezahlte angeblich eine weitere auf den britischen Jungferninseln ansässige Gesellschaft, Prefinor, die ihrerseits Beratungsverträge mit Foxbury und Valurex hatte, die beide von Landon geführt wurden.⁵⁹ Ermittler spürten 6,3 Millionen Euro auf, die über Prefinor und Brodman weitergeleitet wurden. 30 Prozent davon, 1,9 Millionen Euro, sollen die Provision sein, die sich Mensdorff-Pouilly und Landon teilten. Dieses Geld wurde an eine weitere Mantelfirma überwiesen, eine Stiftung in Liechtenstein namens »Kate«. Behörden wiesen nach, dass Mensdorff-Pouilly an der Stiftung beteiligt ist – »Kate« benannt nach der Witwe von Timothy Landon und der Cousine von Mensdorff-Pouilly, Katalin Landon, von Freunden und Bekannten auch »Kate« gerufen.⁶⁰

Als BAE 1995 sein Netzwerk von Briefkastenfirmen für verdeckte Zahlungen

aufbaute, entdeckte das Unternehmen Liechtenstein für sich als die beste Adresse für seine krummen Machenschaften. Stiftungen wie »Kate«, die ihren Sitz in dem Fürstentum haben, unterliegen weder einer Buchführungs- noch einer Deklarationspflicht. Außerdem können sie schnell gegründet und wieder gelöscht werden. Österreichische Ermittler versuchten mehr über »Kate« herauszufinden, aber Anwälte der Stiftung erhoben Einspruch gegen jegliche Offenlegung.⁶¹

Es ist nicht sicher, wohin die Zahlungen von Mensdorff-Pouilly flossen, aber nach Recherchen des österreichischen Nachrichtenmagazins *Profil* erhielt ein russischer Abgeordneter namens »Tishchenko« 3 Millionen Euro. Ein in Wien ansässiges Unternehmen namens Blue Planet wurde ebenfalls als Empfänger genannt, ebenso weitere mysteriöse Projekte mit Namen wie »Singapore«, »Russia« und »India«. An den Wiener Geschäftsmann Wolfgang Hamsa, einen Spezialisten für Offshore-Briefkastenfirmen, flossen ebenfalls 4,7 Millionen Euro.⁶²

Die Tatsache, dass eine so ausgetüftelte und diskrete Methode zur Verteilung von Geldern benutzt wurde, legt den Verdacht nahe, dass dies Erlöse aus der verdeckten Arbeit von Mensdorff-Pouilly und Landon für BAE waren.⁶³



Grau-gestrichelte Linien = Zahlungen; graue Linien = Beratungsverträge; schwarze Linien = Eigentum; dunkle Kästen = Unternehmen.

Das osteuropäische Netzwerk von BAE-Systems⁶⁴

Mit Tarnidentitäten haben Joachim Dyfvermark (als »James Kershaw«) und Rob Evans (als »Dr. Miller«) verdeckte Nachforschungen über das Geschäft angestellt. Sie als Repräsentanten einer erfundenen britischen Gesellschaft namens ESID ausgehend, behaupteten sie, für einen Klienten zu arbeiten, und deuteten an, dass es sich um BAE handelte. Sie erklärten, ihr Auftraggeber wolle ganz genau wissen, was über das Gripen-Geschäft durchgesickert sei, um für den Fall, dass die Geschichte in den Medien gebracht würde, eine Gegenstrategie zu planen. Sie besuchten einen ehemaligen hochrangigen Staatsbediensteten, der für Mensdorff-Pouilly arbeitete. Er erzählte ihnen von der Verbindung zwischen dem Österreicher und Svoboda, der in den neunziger Jahren Finanzminister war. »Ich machte Svoboda mit Mensdorff bekannt.« Der Beamte sagte, er habe nichts

von Schmiergeldern gehört, gab dann aber zu, dass er für BAE Kompensationsgeschäfte betreue. Dann brach er das Gespräch abrupt ab: »Ich weiß nicht, wer Ihr Klient ist. Ich will es auch nicht wissen. Mein Vertragspartner ist Mensdorff – ich kann nur mit Mensdorff reden.«⁶⁵

Nachdem sie telefonisch Kontakt aufgenommen hatten, trafen sich die verdeckten Reporter mit dem ehemaligen tschechischen Außenminister Jan Kavan in einem Hotel im Zentrum Prags. Sie gewannen das Vertrauen des Ex-Ministers, indem sie Informationen preisgaben, die nur ein Insider des Gripen-Geschäfts kennen konnte. Sie fragten Kavan, was seines Erachtens die Folgen wären, wenn die Polizei Ermittlungen in der Sache aufnähme.

Kavan: Das könnte ziemlich verheerende Folgen haben.

Verdeckter Reporter: Wie bitte?

K: Das könnte ziemlich verheerende Folge haben.

VR: Tatsächlich?

K: Wenn Steve Mead der Polizei alles erzählen würde, was er weiß und worin er selbst verwickelt war – das könnte viele wichtige Leute betreffen. In der Tat.⁶⁶

Kavan, der bestritt, jemals Geld angenommen zu haben, räumte ein, dass Steve Mead im Rahmen der BAE-Werbekampagne für die Gripen-Jets andere hochrangige Politiker gekauft hatte.

K: Ich habe nie an Gesprächen teilgenommen, und man ist auch nie wegen irgendwelcher Provisionen an mich herangetreten. Weil sie wussten, dass ich grundsätzlich ein Befürworter des britischen Angebots war. Sie interessierten sich viel stärker für die Unentschlossenen. Die sich noch keine Meinung gebildet hatten oder die man überzeugen oder kaufen musste. Aber die Tatsache, dass zumindest im Parlament viel Geld die Besitzer wechselte, war ein ziemlich offenes Geheimnis.

VR: Wir reden hier sowohl über die ODS als auch über ...

K: Die Sozialdemokraten ...

VR: Ja.

K: Es betraf das gesamte politische Spektrum. Auch die Christdemokraten.

VR: Ja.

K: Wir sprechen von allen dreien ...⁶⁷

Kavan war Außenminister und später stellvertretender Ministerpräsident in der 1998 gewählten sozialdemokratischen Regierung. Seine Amtszeit – volle vier Jahre – blieb von Skandalen nicht verschont: Einmal wurde eine hohe Summe Bargeld in seinem Büro gefunden, und ein enger Mitarbeiter wurde beschuldigt,

einen Auftragskiller angeheuert zu haben, um einen der prominentesten Journalisten des Landes umbringen zu lassen.⁶⁸ Zwischen 2002 und 2003 bekleidete er einen Posten bei den Vereinten Nationen, und er fungierte eine Zeitlang sogar als Präsident der UN-Generalversammlung. Die Reporter brachten den erfahrenen Staatsmann dazu, über Julian Scopes und Steve Mead zu reden – Scopes war Leiter des Osteuropageschäfts von BAE, Steve Mead seine rechte Hand.

K: Julian Scopes war ebenfalls beteiligt, aber er war vorsichtiger, Mead war überall.

VR: Ja.

K: Julian beaufsichtigte das Ganze, aber Julian Scopes verfügte auch über die Informationen. Ich hatte geheime Besprechungen mit beiden, aber Mead war derjenige, der die Kleinarbeit vor Ort erledigte.⁶⁹

Kavan wusste von Valurex und wirkte sichtlich beunruhigt, als man ihm sagte, dass die Polizei Kenntnis hatte von der Existenz der Firma.

K: Haben Sie diese Information aus Österreich oder aus der Schweiz erhalten?

VR: Das weiß ich nicht genau, aber die Ermittler sind ziemlich auf Zack.

K: Dann sind sie also über all das im Bilde?

VR: Ja!

K: (Lautes Seufzen)

VR: Wie viele wissen von Valurex?

K: Keine Ahnung, aber es sind nicht wenige.

VR: Wie bitte?

K: Es sind nicht wenige.

VR: Ein größerer Kreis?

K: (nickt) Wenn sie die hauptsächlich von Steve Mead geführten Vorverhandlungen zum Gripen-Geschäft genauer unter die Lupe nehmen, wird das vielen einen kalten Schauer über den Rücken jagen ... Ich vermute mal, dass es Dutzende sein werden.⁷⁰

Kavan erklärte sich bereit, ein paar Freunde anzurufen, hochrangige Politiker, die vielleicht mehr wussten. Er erwähnte auch, dass er versuchen könnte, die polizeilichen Ermittlungen zu verschleppen.

VR: Wäre es möglich, die polizeilichen Ermittlungen zu beeinflussen?

K: Oh, ich glaube, dass das nicht unmöglich wäre, aber darüber sollten wir uns direkt und nicht am Telefon unterhalten ...

VR: Aber es wäre möglich?

K: Ich denke schon.⁷¹

Die Reporter hatten Kavan so sehr von ihrer Seriosität und Redlichkeit überzeugt, dass er auch nach ihrer Abreise aus Prag weiterhin mit ihnen in Verbindung blieb. Über E-Mail und das Telefon der Scheinfirma, die die Journalisten aus der Taufe gehoben hatten, kommunizierend, berichtet ihnen Kavan:

K: Seit Ihrer Abreise habe ich eine Reihe von Erkundigungen bei engen Freunden eingeholt. Ein Freund von uns, der eine Beratungsfirma betreibt, die einen Vertrag, aber keinen unterzeichneten, sondern einen formlosen Vertrag mit Steve hatte und lange Zeit mit ihm zusammenarbeitete, kann die meisten dieser Fragen ziemlich leicht beantworten.

VR: Ist er in Prag ansässig?

K: Ja, und er weiß ziemlich gut Bescheid. Wir könnten uns an jedem beliebigen Ort treffen, London, Paris ... wo auch immer. Kein Problem.⁷²

Sie trafen sich am 17. Januar 2007 mit Kavan und dem »Berater«, Petros Michopoulos, in einem Hotel vor den Toren Londons. Michopoulos erzählte ihnen von seiner Arbeit mit Mead:

Petros Michopoulos: Uns gegenüber war Steve Mead immer sehr offen. Aber er erzählte uns nicht Woche für Woche, wen er schmierte. Wir waren täglich mit ihm in Kontakt, wir trafen uns etwa dreimal in der Woche. In einigen Fällen sagte er uns, was er gemacht hatte, in anderen Fällen konnte man es der veränderten Einstellung von Leuten entnehmen.

K: Seine Aktivitäten richteten sich hauptsächlich gegen die ODS und die Sozialdemokraten.

VR: Was die Zahlung von Provisionen betrifft?

K: Ja, davon spricht er.

Michopoulos wandte sich an Kavan und sagte auf Tschechisch: »Ich weiß nicht, wie viele Namen ich ihnen nennen soll.« Kavan antwortete: »Gib ihnen nicht alle auf einmal.« Michopoulos nickte, ehe er fortfuhr:

PM: Die andere Gruppe, mit der er sprach, waren mit Sicherheit Verwaltungsbeamte, er wandte sich nicht nur an Politiker. Vor allem Leute aus dem Verteidigungsministerium, aber auch im Wirtschafts-, Handels- und Finanzministerium.⁷³

Er beteuerte, er habe sich nicht an der Bestechung beteiligt, und er betonte erneut, dass Mead die Schlüsselfigur sei.

PM: Steve war die zentrale Figur in diesem ganzen Geschäft.

K: Nichts geschah, ohne dass Steve davon wusste.

PM: Nach dem zu urteilen, was mir zu Ohren kam oder was ich vermute, ging er ziemlich klug vor. So hat der Bestochene immer jemanden an seiner Seite, sei es eine natürliche Person, ein Unternehmen oder eine Institution, die Geschäfte mit jemand anderem macht, und über dieses Geschäft fließt dann das Geld. Ich glaube nicht, dass man einen einzigen Fall findet, wo das Geld direkt auf das Konto eines Politikers, Staatsmanns oder Beamten geflossen ist.⁷⁴

Michopoulos bestätigte, dass BAE sich die verdeckte Gripen-Kampagne eine Menge Geld kosten ließ.

PM: BAE machte dafür viel mehr Geld locker, als Steve tatsächlich ausgab.

K: Ja, das Geld, das BAE für Provisionen bereitstellte, das Volumen der Ausgaben in der Tschechischen Republik im Zusammenhang mit diesem Projekt, war größer als die Summe, die Steve Mead ausgab.⁷⁵

Das waren schwer belastende Informationen. Als Kavan schließlich erkannte, dass die beiden Personen, mit denen er sich getroffen hatte, nicht für BAE arbeiteten, sondern Journalisten waren, erzählte er eine ganz andere Geschichte. Dem schwedischen Fernsehen sagte er:

Als mich schließlich der Verdacht beschlich – nicht der Verdacht, dass sie Journalisten waren, sondern der Verdacht, dass es hier um Korruption geht und dass sie in etwas verwickelt waren, was ich für illegal hielt, ging ich zur tschechischen Polizei und informierte sie darüber und gab ihnen die Namen Kershaw und Miller (ihre Pseudonyme) und den Namen dieser Organisation an und schilderte ihnen meinen Verdacht, dass sie eigentlich polizeiliche Ermittlungen über die Korruptionsfälle vereiteln oder verschleppen wollen.⁷⁶

Obgleich Kavan behauptete, er habe Anfang Januar mit der tschechischen Polizei gesprochen, kontaktierte die Polizei weder die Journalisten noch ihre als Tarnung dienende Firma. Selbst wenn er die Wahrheit gesagt haben sollte, ließ er nach dem Treffen, bei dem er den Reportern sagte, er könne polizeiliche Ermittlungen hinauszögern, noch einen ganzen Monat verstreichen. Er bemühte sich, seine Teilnahme an dem Treffen in London zu rechtfertigen:

K: Auch nachdem uns der Verdacht gekommen war und wir die Polizei informiert hatten, hatte ich noch Kontakt zu den Journalisten, weil ich hoffte, bei den Gesprächen weitere Informationen zu erhalten.

Schwedisches Fernsehen: Mr Kavan, die Kamera lügt nicht, und auf dem Mitschnitt hört man Sie sagen, Gelder hätten den Besitzer gewechselt, dies werde vielen wichtigen Leute eiskalte Schauer über den Rücken jagen, etliche Personen seien bestochen worden und BAE-Manager in Prag hätten die Provisionen abgewickelt. Jetzt sagen Sie etwas anderes. Finden Sie das verantwortungsvoll? Sagen Sie

in dieser Sache die Wahrheit?

K: Ich bin vollkommen ehrlich und aufrichtig. Ich sage, dass ich ihnen Gerüchte und Spekulationen über gewisse geheime Provisionszahlungen mitteilte, die auf den Fluren des Parlaments kursierten. Ich leugne nicht, dass ich solche Spekulationen gehört und diesen beiden Herren davon erzählt habe. Ich habe gesagt, dass ich persönlich keinerlei Beweise dafür habe, dass tatsächlich Bestechung stattgefunden hat.⁷⁷

Petros Michopoulos fügte hinzu: »Ihre Reporter brachten das Problem der Korruption zur Sprache und behaupteten, Beweise dafür zu haben. Ich hoffe, dass ich nicht dieser Beweis bin, denn das wäre eine schwerwiegende Manipulation.«⁷⁸ Nach der Veröffentlichung eines Beitrags über den Undercover-Einsatz schrieb Kavan an den *Guardian*:

Ich möchte klarstellen, dass ich nichts »zugegeben« habe. Ich habe lediglich gegenüber zwei verdeckt arbeitenden Journalisten, die sich als Vertreter eines britischen Sicherheitsunternehmens ausgaben, von Gerüchten und Spekulationen berichtet, die vor einigen Jahren im tschechischen Parlament kolportiert wurden. Ich haben ihnen gegenüber keinen Zweifel daran gelassen, dass ich keinerlei Beweis für Bestechung habe ... Hätte ich gewusst, dass sie Journalisten sind, dann wäre ich selbstverständlich vorsichtiger, aber auch präziser gewesen. Sie hätten ein Ergebnis gehabt, das weniger sensationell, aber zuverlässiger gewesen wäre.

Jan Kavan

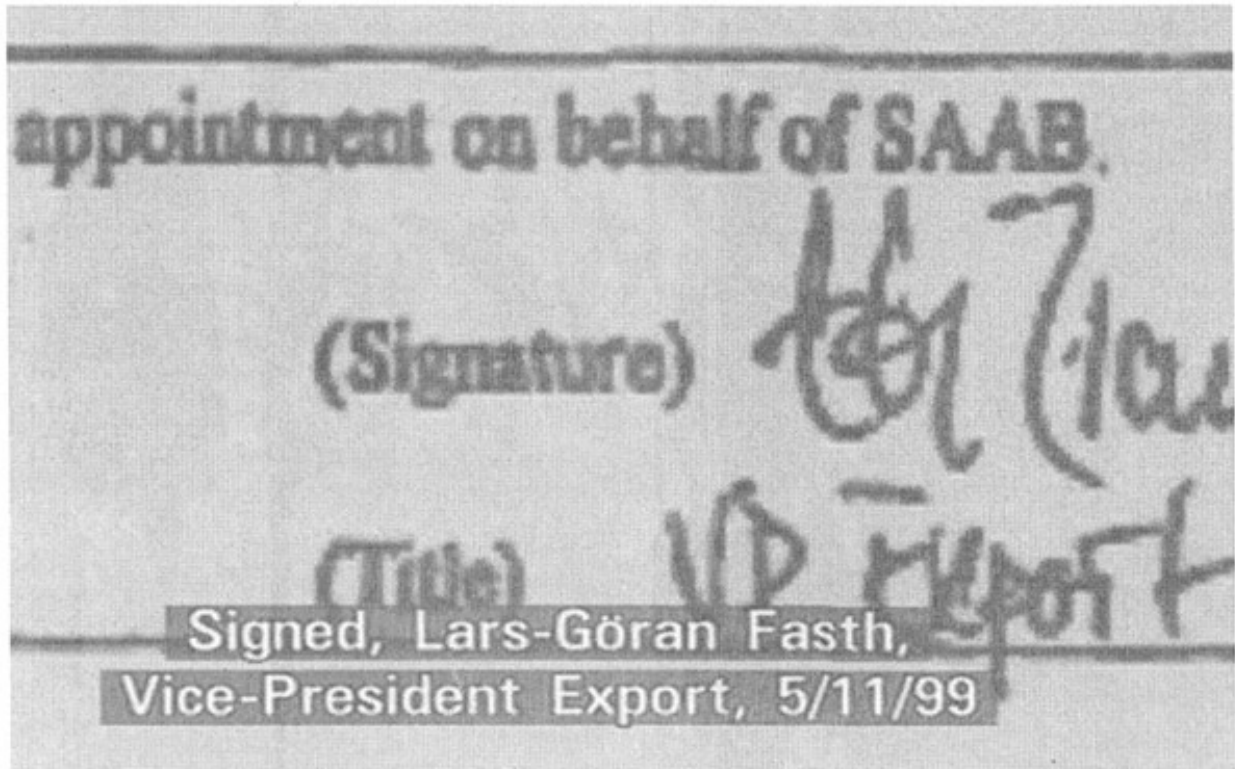
Ehemaliger Außenminister der Tschechischen Republik.⁷⁹

Saab war kein unschuldiger Zuschauer, während BAE seine Provisionsnetze wob. Der Informant, der die Bestechung aufdeckte, äußerte: »Die Schweden – Per Andersson und andere – sprachen ebenfalls über Schmiergelder, aber sie waren nicht so konkret.«⁸⁰ Per Andersson leitete die Werbekampagne von Saab für das Gripen-Geschäft mit Tschechien. Mehrere Leute bei Saab hörten Steve Mead darüber sprechen, wie Politiker bestochen wurden:

Steve Mead sprach mit einer ganzen Reihe von Leuten offen darüber. Sowohl Schweden als auch Briten hörten es, weil Steve ziemlich diktatorisch war, und er wollte uns alle anwerben. Per Andersson, der die Saab-Kampagne leitete, gehörte zum engsten Kreis von Personen, die die ganze Strategie erörterten – welche politischen Kontakte auf »unserer« Seite waren, welche auf der »anderen« Seite standen und welche Abgeordnete in der »Mitte« waren – die an Steves Tafel gelb markiert waren – und die man überzeugen musste.⁸¹

Eine Interview-Anfrage beantwortete Andersson folgendermaßen: »Nein, darüber weiß ich nichts. Ich habe Saab verlassen, und ich habe damit nicht mehr das Geringste zu tun. Ich kann dazu nichts sagen, außer, dass es unsinnig, absurd ist.«⁸²

Die Aussage des Informanten war nicht der einzige Beleg für die Verwicklung von Saab. Mensdorff-Pouillys Vertrag war wie folgt von einem Saab-Topmanager unterzeichnet worden: »Ich genehmige die Bedingungen dieser Auftragserteilung im Namen von Saab, gezeichnet Lars-Göran Fasth, Vizepräsident Export, 5. 11. 99.«⁸³



Gezeichnet Lars-Göran Fasth, Vizepräsident Export, 5. 11. 99

Fasth war ziemlich verunsichert, als er um eine Stellungnahme gebeten wurde:

Lars-Göran Fasth: Ich weiß wirklich nicht, wovon Sie reden.

Schwedisches Fernsehen: Ich habe hier Ihre Unterschrift vor mir. Haben Sie Entscheidungen wie diese ganz allein getroffen?

(Lange Pause)

LGF: Nein, ich muss sagen, die ... die Angelegenheit, die Sie beschreiben, ist mir im Moment nicht präsent.⁸⁴

Tatsächlich fielen die Provisionszahlungen nicht unter die Anti-Korruptionsrichtlinien, die zu befolgen sich auch Saab verpflichtet hatte. Da die Zahlungen von Vertretern von BAE vorgenommen wurden, konnte man seine Hände in Unschuld waschen, auch wenn das schwedische Unternehmen von den Schmiergeldern profitierte und auch wenn Gesprächsnotizen von BAE-Sitzungen belegten, dass die Saab-Tochter »Gripen International« unmittelbar an Entscheidungen über Zahlungen beteiligt war.⁸⁵ Bei einer Reihe von Treffen

stellte Gripen International klar, dass man die ursprüngliche Provisionsrate von 4 Prozent für Tim Landons Firma Valurex für zu hoch halte: »Gripen International hat Bedenken, BAE eine Vergütung in dieser Höhe zu zahlen, weil sich die Geschäftsgrundlage verändern könnte, das heißt, vielleicht liefert die schwedische Regierung direkt gebrauchte Flugzeuge, sodass die ganze Transaktion zu einem rein staatlichen Projekt werden könnte.«⁸⁶ Anders Frisé, der kaufmännische Geschäftsführer von Saab, war der Vertreter von Gripen International bei den Treffen. Die Aufzeichnungen zeigen, dass Saab und BAE die Provision für Valurex senken wollten und am liebsten einen Festbetrag vereinbart hätten statt des Prozentsatzes. Aber in der Notiz heißt es: »Die Gebühr wird zu einem späteren Zeitpunkt bestätigt werden.«⁸⁷

Josef Bernecker, Chef der österreichischen Luftwaffe, bestätigt, im Auftrag von BAE und Saab mit Mensdorff-Pouilly für Valurex gearbeitet zu haben:

Schwedisches Fernsehen: Sie beide arbeiten gemeinsam für Valurex?

JB: Ja, als Berater. Ich tue es auf militärischer Ebene, weil ich all diese Verbindungen von früher habe, und Mensdorff tut es auf politischer Ebene.

SF: Dann macht er eine Art Lobby-Arbeit bei Politikern?

JB: Genau. Genau. Die Zusammenarbeit mit Mensdorff begann nach meiner Pensionierung.

SF: Ja.

JB: Damals war das Geschäft bereits unter Dach und Fach, sodass ich mehr oder minder nur das Nachspiel mitbekommen habe. Er leistete politische oder gesellschaftliche Überzeugungsarbeit ...

SF: Für?

JB: Ja, für den Deal ...

SF: Für das Leasing-Geschäft ...

JB: Aber im Auftrag von Valurex.

SF: Aber Mensdorff ist Österreicher, wie kommt es ... Ich meine, Tschechien ist Tschechien, oder?

JB: Wissen Sie, diese Adligen verfügen über sehr gute Verbindungen, sie sind in ganz Europa bestens vernetzt. Daher kennt er einfach eine Menge Leute.

SF: Tat er dies im Auftrag von BAE und Saab?

JB: Ja, ich glaube, ja, oder zumindest wussten sie davon.

SF: Saab?

JB: Ja, ja!

SF: Weil ...

JB: ... oder Gripen International.⁸⁸

Die Beteiligung eines Cousins dritten Grades des Grafen, der einen wirklich poetischen Namen trägt – Michael Piatti-Fünfkirchen –, verdeutlicht, wie gut »diese Adligen« vernetzt sind und wie sehr sie danach streben, geschäftliche

Angelegenheiten innerhalb der Familie zu regeln, was oftmals in Tränen endet.

In den neunziger Jahren stand Piatti-Fünfkirchen einer Reihe von Prominenten innerhalb der tschechischen Regierung nahe. Jetzt bot Mensdorff-Pouilly seinem Cousin eine Provision von 1 Million Euro an, wenn er diese Kontakte für ihn spielen ließe, um dafür zu sorgen, dass die tschechische Regierung die Gripen kauft.⁸⁹ Eine Reihe hochrangiger Treffen im Sommer 1998, an denen tschechische Amtsträger, ein BAE-Manager und schließlich der tschechische Finanzminister Ivo Svoboda teilnahmen, verlief ergebnislos. Der Graf entschied, dass Piatti-Fünfkirchen keinen Anspruch auf eine Provision habe, weil der ursprünglich beabsichtigte Kauf zugunsten eines Leasingvertrags fallengelassen wurde.⁹⁰ Der erzürnte Cousin zeigte Mensdorff-Pouilly später wegen Betrugs an; er bezichtigte den Grafen, ihn »arglistig getäuscht« zu haben, damit er die tschechische Regierung zum Kauf der Gripen überrede.⁹¹

Dies brachte den Grafen Ende Februar 2009 für fünf Wochen in ein Wiener Gefängnis, wo er wegen Bestechungsvorwürfen in Untersuchungshaft saß. Der Richter behielt Mensdorff-Pouilly in Untersuchungshaft – wegen Verdunkelungsgefahr.⁹² Mensdorff-Pouilly lobte die Wärter und das Essen in dem Wiener Gefängnis und erinnerte sich: »Manchmal stand ich vor dem Spiegel und sagte zu mir: ›Ali, du bist im Knast – find dich damit ab!‹«⁹³ Während meines Gesprächs mit ihm berichtete er, dass die Polizisten, die ihn festnahmen, die Staatsanwälte und die Gefängnisbeamten ihn immer mit Respekt behandelten und ihn mit »Herr Graf« anredeten, obwohl das Führen von Adelstiteln in Österreich seit 1919 verboten ist.⁹⁴

Das Serious Fraud Office hatte im Juli 2004 Ermittlungen gegen BAE aufgenommen, wegen Bestechungsvorwürfen in Tschechien, Südafrika, Tansania, Chile, Katar und 2006 auch in Rumänien.⁹⁵ Die tschechische Polizei nahm im Anschluss an die Ausstrahlung des schwedischen Dokumentarfilms im Jahr 2007 ihre Ermittlungen wieder auf. Auf Ersuchen des SFO durchsuchte die österreichische Polizei Ende September 2008 das Haus von Mensdorff-Pouilly und beschlagnahmte eine Vielzahl von Dokumenten.⁹⁶ Im Oktober vernahm das SFO den Grafen. Julian Scopes wurde von der britischen Polizei vernommen. Im Februar 2009 wurde Mensdorff-Pouilly von den österreichischen Behörden festgenommen und über eine Zahlung von 11 Millionen Pfund befragt, die BAE an ihn geleistet haben soll.⁹⁷ Am 29. Januar 2010 klagte ihn das SFO wegen

Verabredung zur Korruption in Zusammenhang mit BAE-Geschäften in ost- und zentraleuropäischen Staaten an – darunter Tschechien, Ungarn und Österreich.⁹⁸ Doch nach einer Kautionsanhörung vor Gericht, bei welcher der aristokratische Unterhausabgeordnete John Gummer (heute Baron Deben) Mensdorff-Pouilly ein glänzendes Leumundszeugnis ausstellte, wurde der Graf gegen eine Kaution von 500000 Pfund, die bei Gericht zu hinterlegen waren, und 500000 Pfund als Bürgschaft von der Haft verschont. Das Gericht erlaubte ihm, sich mit einer elektronischen Fußfessel in einer Wohnung in Belgravia aufzuhalten, die er zwischen Mitternacht und sechs Uhr früh nicht verlassen durfte, außerdem musste er seine drei Pässe abgeben.⁹⁹

Österreichische Staatsanwälte setzen ihre Ermittlungen über die Aktivitäten des Grafen fort.¹⁰⁰ Das FBI leitete eine Untersuchung des tschechischen Gripen-Geschäfts ein im Zuge ihrer Ermittlungen gegen die Erste Bank Österreich, einem der größten Finanzdienstleister in Mittel- und Osteuropa, über die ein Teil der Schmiergelder bei dieser Transaktion geflossen sein könnte.¹⁰¹ Die tschechischen Behörden haben bei ihren Untersuchungen gewissermaßen »Reise nach Jerusalem« gespielt, indem sie in schöner Regelmäßigkeit Ermittlungsverfahren eröffneten und einstellten. Gegenwärtig haben sie mal wieder Ermittlungen aufgenommen.¹⁰²

In Schweden wurden im März 2007 Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Gripen-Verkauf in Tschechien, Ungarn und Südafrika aufgenommen,¹⁰³ aber sie wurden zwei Jahre später eingestellt, als der schwedische Oberstaatsanwalt, Christer van der Kwast, zu folgendem Schluss gelangte:

Die Ermittlungen haben ergeben, dass BAE mithilfe ausgetüftelter Zahlungsmechanismen hohe Zahlungen versteckt hat, die mit den Werbekampagnen in Tschechien, Ungarn und Südafrika in Verbindung gebracht werden können und die es ermöglichten, die Entscheidungsträger in diesen Ländern zu bestechen. Im Hinblick auf das Verschleierungssystem wie auf den Betrag handelt es sich um einen sehr schweren Fall. Es geht um Hunderte von Millionen Schwedischen Kronen an versteckten Zahlungen in mehreren Ländern, und vieles spricht dafür, dass es auch zu Bestechung gekommen ist. Ich kann aber nicht zweifelsfrei belegen, dass Saab an den Schmiergeldzahlungen beteiligt war. Und ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass ich vor Gericht nicht beweisen könnte, dass ein Vertreter von Saab vorsätzlich an der Zahlung von Schmiergeldern beteiligt war.¹⁰⁴

Er befragte über dreißig Mitarbeiter von Saab, ohne eine nachvollziehbare Erklärung dafür zu erhalten, weshalb riesige Summen an Schwedischen Kronen an Mittelsmänner weitergeleitet wurden. Gefragt, für wie glaubwürdig er Saabs

Behauptung halte, es handele sich um normale Geschäftstätigkeit, antwortete van der Kwast: »Ich will diese Frage nicht beantworten. Ich sage nur so viel, dass meines Erachtens die gesammelten Beweise nicht ausreichen, um einen Vertreter von Saab strafrechtlich zu belangen.«¹⁰⁵

Aufgrund der gesetzlichen Verjährungsfristen in Schweden konnte van der Kwast keine Ermittlungen wegen möglicher Straftaten, die sich vor dem 1. Juli 2004 ereigneten, einleiten. Er ist auch der Meinung, dass Schweden »keine Gesetze hat, die es erlauben würden, effizient gegen solche Vereinbarungen zwischen Vermittlern und Beratern vorzugehen«.¹⁰⁶

Die OECD kritisierte, für die Ermittlungen seien nur sehr begrenzte Ressourcen eingesetzt worden – ein einziger polizeilicher Ermittler. Van der Kwast wurde ebenfalls in einer unangemessenen, wenn auch indirekten Weise unter Druck gesetzt. »Sie haben betont, dass diese Ermittlungen natürlich dem Ruf der schwedischen Wirtschaft abträglich seien«, sagte er. Auf die Frage, wer das gesagt habe, antwortete der Staatsanwalt: »Ich möchte nicht darauf eingehen. Ich will nicht mehr sagen. Aber von meinem Standpunkt aus, von der Warte eines Gesetzeshüters aus, ist es als eine Art indirekter Hinweis zu verstehen, mich in Acht zu nehmen.«¹⁰⁷ Christer van der Kwasts Erkenntnisse wurden einen Tag, bevor er als Leiter der Nationalen Behörde zur Korruptionsbekämpfung zurücktrat, veröffentlicht.¹⁰⁸

Vaclav Havel war schockiert über die Enthüllungen, die Jahre später ans Tageslicht kamen, und über die Korruption »in Armeekreisen«.¹⁰⁹ Sein Traum von einer moralischen Politik scheint weiter von der Wirklichkeit entfernt zu sein denn je.

***Ungarn: »Die angenehmste Kaserne«^{14*}**

Generalleutnant Tome Walters, der ehemalige Verantwortliche für Rüstungsverkäufe im Pentagon, behauptete, die Amerikaner hätten bei dem Versuch, US-Flugzeuge an Ungarn zu verkaufen, die gleichen Probleme gehabt wie in Tschechien. Letztlich ergatterte BAE auch den Vertrag mit Ungarn, wobei amerikanische Amtsträger behaupten, dass die ungarischen und die tschechischen Regierungen von unzulässigen Zahlungen beeinflusst worden

seien. Sie verweisen auf ein Briefing durch die CIA, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass BAE Millionen von Dollar an die großen politischen Parteien in Ungarn zahle, um dort Aufträge an Land zu ziehen.¹¹⁰

Im Jahr 1999 führte die ungarische Regierung eine Ausschreibung für den Kauf gebrauchter Kampfflugzeuge durch. Im Juni 2001 gab die Regierung bekannt, der amerikanische Rüstungsgigant Lockheed Martin habe den Zuschlag für den Auftrag erhalten. Ungarische Militärexperten waren der Ansicht, die amerikanische F-16 sei der Gripen überlegen, und in einem Dokument, das auf den 6. September 2001 datiert ist, empfahlen sie, die Maschinen zunächst zu leasen und später zu kaufen. Die Entscheidung wurde von Verteidigungsminister János Szabó unterstützt.¹¹¹ Ein paar Tage später wurde auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitskabinetts unter Leitung von Ministerpräsident Viktor Orbán in einer unerwarteten Kehrtwendung die schwedische Gripen ausgewählt. Alle offiziellen Dokumente, die sich auf den Entscheidungsprozess im Zusammenhang mit dem spektakulären Deal bezogen, wurden vernichtet.¹¹² Im Jahr 2003 schloss Ungarn einen Leasingvertrag über vierzehn Gripen-Kampfflugzeuge für einen Preis von 210 Milliarden Forint (etwa 823 Millionen Euro) und mit einer Laufzeit von zehn Jahren, nach der die Flugzeuge ins Eigentum Ungarns übergehen sollten.¹¹³ Das erste der Flugzeuge wurde im Januar 2005 ausgeliefert; an der feierlichen Übergabe nahmen die Verteidigungsminister beider Länder teil.

Als einer der Hauptgründe für die Auswahl der Gripen führte die ungarische Regierung das Angebot Schwedens eines hundertprozentigen Kompensationsgeschäfts für den Leasing-Deal im Volumen von 500 Millionen Dollar an – 30 Prozent dieser Summe sollten in die ungarische Industrie investiert werden.¹¹⁴ Man nannte dies als Begründung, obwohl allgemein bekannt ist, dass diese Kompensationszusagen nur selten erfüllt werden.

Sowohl bei dem ungarischen wie auch bei dem tschechischen Vertrag galt die Lockheed Martin F-16 als Favoritin, was den Verdacht schürte, dass es zu geheimen Absprachen gekommen ist. In einem SFO-Bericht, der den österreichischen Ermittlern, die den Machenschaften von Alfons Mensdorff-Pouilly nachgingen, zugeleitet wurde, heißt es in einem Abschnitt, der sich auf den ungarischen Deal bezog: »Die Hinweise auf politisch motivierte Zahlungen sind viel eindeutiger. Dies geht aus einer Notiz über ein Gespräch mit den BAE-

Mitarbeitern Julian Scopes und David White hervor. Sie erwähnt ›Zahlung an Sozialisten 7,5 Prozent‹.¹¹⁵ Damals waren Scopes und White BAE-Manager für Mitteleuropa; Ersterer war zuvor Büroleiter des damaligen Verteidigungsministers Alan Clark gewesen.

In Geschäftsunterlagen, die mit dem Vermerk »Streng vertraulich, Gripen Europa« versehen waren, ist Mensdorff-Pouilly als Repräsentant für Ungarn aufgeführt, mit einer Erfolgsprovision von 3 Prozent. Außerdem erhielt der Österreicher eine feste jährliche Vergütung von BAE, zuzüglich Auslagen für sein Unternehmen MPA. Die außerordentlich hohe Provision sollte über Prefinor International auf den britischen Jungferninseln ausgezahlt werden.¹¹⁶

Zwar war das Geschäft letztlich kein Verkauf, sondern ein zwischenstaatlicher Leasingvertrag, aber Mensdorff-Pouilly wurde trotzdem bezahlt. In einer geheimen Vereinbarung vom März 2002 – drei Monate nach Unterzeichnung des zwischenstaatlichen Vertrags – werden Zahlungen in Höhe von 8 Millionen Dollar »für die achtjährigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Gripen-Projekt« festgelegt.¹¹⁷ Das Geld sollte über Red Diamond an Prefinor fließen und von dort weiter an Mensdorff-Pouilly in Österreich.¹¹⁸ Auf Fragen nach diesen Absprachen antwortete der Sprecher des Grafen: »Alfons Mensdorff-Pouilly oder eine seiner Firmen hat zu keinem Zeitpunkt eine Provision von BAE oder Saab erhalten ... Weder Alfons Mensdorff-Pouilly noch eine seiner Firmen wurden von BAE oder Saab beauftragt, als bevollmächtigte Handelsvertreter den Verkauf der Gripen zu fördern.«¹¹⁹

Im Juni 2007, im Anschluss an die Ausstrahlung der Dokumentation über den Gripen-Deal im schwedischen Fernsehen, gab der ungarische Verteidigungsminister bekannt, dass die Behörden den »behaupteten Unregelmäßigkeiten« nachgehen würden.¹²⁰ Aber der ungarische Ausschuss, der die Verträge prüfte, war nicht befugt, wegen Bestechung zu ermitteln, und »wollte daher auch nicht deren Möglichkeit in Betracht ziehen«, wie es die Ausschussvorsitzende ausdrückte. Ágnes Vadai, ihres Zeichens Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, fügte hinzu, dass ein neuer Parlamentsausschuss eingesetzt werden müsse, um Untersuchungen wegen möglicher Bestechung durchzuführen.¹²¹

Als ich Graf Mensdorff-Pouilly in Wien traf, beteuerte er einmal mehr, dass er

stets nur ein Festhonorar von BAE bezogen habe. Aber zugleich sagte er, das Zustandekommen der Leasingverträge sei sein Verdienst, da er in Gesprächen mit Regierungsvertretern in Tschechien und Ungarn eingesehen habe, dass ihre wirtschaftliche und politische Situation es ihnen nicht erlaube, die Kampfflugzeuge zu kaufen. Er behauptete, die Leasingvereinbarung sei seine Idee gewesen, und er habe dann BAE und Saab für diese Idee gewinnen müssen. Saab stand dem Vorschlag besonders kritisch gegenüber, weil das Unternehmen befürchtete, sein Geld nicht zu bekommen. Der Graf führte dies als ein Beispiel für die Art von Dienstleistungen an, die er erbringe, wobei er – wenig glaubhaft – betonte, dass er Regierungsvertretern, mit denen er regelmäßig Kontakt habe, niemals ausdrücklich empfehlen würde, ein bestimmtes Flugzeug eines bestimmten Herstellers zu kaufen, schon gar nicht von ebenjenem Unternehmen, von dem er ein Festhonorar erhalte.¹²²

Im Widerspruch zu seiner Leugnung, Aufträge für BAE/Saab akquiriert zu haben, äußerte er, wenn die beiden Partner seine Dienste in Polen in Anspruch genommen hätten, dann hätten sie die dortige Ausschreibung ebenfalls gewonnen. Er behauptete, die Amerikaner hätten Schmiergelder gezahlt, um sich den polnischen Auftrag zu sichern; aus diesem Grund seien sie so erpicht darauf gewesen, bei den Rüstungsgeschäften, bei denen sie das Nachsehen hatten, Gerüchte über Bestechung zu streuen. »Eine Art Versicherung«, meinte er, »damit die Briten und Schweden nicht auf den Gedanken kommen, die Bestechung der Amerikaner anzuprangern.«¹²³

Nach dem mehrstündigen Gespräch, in dem der Graf alle Beschuldigungen weit von sich wies, fragte ich ihn, wieso es notwendig war, seine festen Honorarzahlungen über ein undurchschaubar verzweigtes Netz von Unternehmen auf den britischen Jungferninseln, Liechtenstein, der Schweiz und anderen Ländern laufen zu lassen. Er zuckte mit den Schultern: »Ich weiß es nicht. Ich bekomme mein Geld in Österreich und manchmal, aus persönlichen Gründen, über die Schweiz.«¹²⁴

Schließlich gab der charmante Graf zu, dass er in seinem Leben einige Dummheiten gemacht habe: »Vielleicht zu viele Frauen ... aber ich habe nie Schmiergelder gezahlt. Ich spreche mit allen möglichen einflussreichen Personen, ich kann mit jedem in meiner Partei (der ÖVP; A. F.) sprechen, aber ich würde ihnen nie raten, die Gripen zu kaufen ... Ich würde niemals einen

Politiker bezahlen, um ihn zu einer bestimmten Entscheidung zu bewegen.«

Aber auf meine Frage, weshalb Provisionen flossen, wie etwa jene, die seinen Andeutungen zufolge von den Amerikanern in Polen gezahlt wurden, antwortete er: Als er im Jagd- und Geflügelgeschäft tätig gewesen sei, »habe man ebenfalls Geschenke, Vergünstigungen und Anreize bieten müssen. Dies«, er rieb Daumen und Zeigefinger aneinander, »gilt für alle Branchen«. ¹²⁵

Ein sehr schwedischer Widerspruch

Der wohl berühmteste Schwede aller Zeiten, Alfred Nobel, sagte einmal: »Ich würde gern ein Mittel oder eine Maschine von so fürchterlicher massenvernichtender Kraft erfinden, dass Kriege dadurch für immer unmöglich gemacht würden.« In seinem Leben und seiner Weltanschauung spiegelte sich diese chronische Zwiespältigkeit wider. Er war ein poetischer Idealist und Pazifist, aber auch ein skrupelloser Finanzier, der wie besessen war von der Wissenschaft der Sprengstoffe. Der einsame, schwermütige Nobel erfand das Dynamit, später kaufte er dann den schwedischen Geschützhersteller Bofors und stiftete die heute so berühmten Preise, darunter auch den Friedenspreis für denjenigen, »der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere ... hingewirkt hat«.

Diese Zwiespältigkeit setzte sich nach seinem Tod fort, sowohl in den Kontroversen über die Zuerkennung seines Friedenspreises als auch in der Ambivalenz Schwedens selbst, das nach wie vor ein erfinderischer Hersteller und Exporteur von Waffen wie auch ein beharrlicher Kämpfer für den Weltfrieden ist. ¹²⁶ Das Land verfügt über eine Rüstungsindustrie, die zu den zehn größten Waffenexporteuren der Welt zählt, angeführt vom Saab-Konzern, der allein, im Schnitt, 70 Prozent aller in Schweden hergestellten Waffen produziert. Eine Zeitlang hielt BAE eine zwanzigprozentige Beteiligung an Saab sowie an Hägglunds und Bofors. In dem Maße, wie der schwedische Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren auf 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschrumpft ist, ist der Anteil der Exporte am Gesamtumsatz von Saab auf über 65 Prozent gestiegen. ¹²⁷

Während Regierungen aller politischen Couleure ehedem behaupteten, eine

florierende inländische Rüstungsindustrie sei unverzichtbar, damit Schweden seine »glaubwürdige Neutralität« aufrechterhalten könne, dient die schwedische Waffenindustrie heute vor allem einem Zweck: Geld zu verdienen. Und der Export ist von zentraler Bedeutung dafür. Dies erklärt die äußerst laxen Anwendung der Waffenausfuhrbestimmungen des Landes. Henrik Berlau von der dänischen Seeleute-Gewerkschaft in Kopenhagen, die den internationalen Waffenhandel überwacht, hat gesagt: »Schweden hat sehr strenge Gesetze, aber ein äußerst entspanntes Verhältnis zum Vollzug dieser Gesetze.«¹²⁸

Wie dem schwedischen Friedensnobelpreis immer etwas Widersprüchliches anhaften wird, so erst recht der Rüstungsindustrie dieses so menschenfreundlichen Landes.

Saab eröffnete eine Niederlassung in Neu-Delhi, um Gripen-Kampfflugzeuge im Wert von 10,2 Milliarden Dollar an Indien zu verkaufen, aber das Unternehmen schaffte es nicht auf die Vorauswahlliste.¹²⁹ Dabei hatte Saab 2006 einen umstrittenen Vertrag über die Lieferung von sechs Flugzeug-Radarsystemen vom Typ Erieye im Wert von 8,3 Milliarden Schwedischer Kronen an Pakistan erfolgreich abgeschlossen, und dieser Deal sollte als Türöffner für den Verkauf der Gripens fungieren.¹³⁰

Umstrittene Waffenverkäufe von Schweden an Südasien sind nichts Neues. Als der damalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme 1986 seinen zweiten Staatsbesuch in Indien unternahm, waren er und sein indischer Amtskollege, Rajiv Gandhi, in vieler Hinsicht politische Seelenverwandte. Palme wurde weithin als eine Ikone des globalen Sozialismus und ein Vorkämpfer des Weltfriedens verehrt. Gandhi, der Bannerträger von Nehrus Kongresspartei, war als »Mr. Clean« gewählt worden, mit dem Versprechen, der schleichenden Korruption, die das demokratische Indien seit seiner Geburt lähmte, ein Ende zu setzen.

Doch dann einigten sich die beiden Regierungschefs bei ihren Gesprächen auf ein Rüstungsgeschäft, das auf Jahrzehnte hinaus einen Schatten auf ihre Länder werfen sollte. Indiens Militär brauchte dringend zeitgemäße High-Tech-Haubitzen, um den hochmodernen Geschützen, die die Vereinigten Staaten an Pakistan verkauften, etwas entgegenzusetzen. Palme wollte den Auftrag für Bofors an Land ziehen, den traditionsreichen schwedischen Geschützhersteller, der zu Nobel Industries gehörte und den Auftrag dringend benötigte, um

Entlassungen zu vermeiden, die Palmes Regierung politisch teuer zu stehen gekommen wären.¹³¹

Bofors erhielt den Zuschlag: eine Bestellung im Wert von 1,4 Milliarden Dollar, und dies, obwohl das indische Militär ein französisches Geschütz vorzog, das billiger war, eine größere Reichweite hatte und als zuverlässiger galt – das französische Geschütz war bei acht Begutachtungen hintereinander auf dem ersten Platz gelandet. Um sich das Geschäft zu sichern, zahlte Bofors Schmiergelder in Höhe von 250 Millionen Dollar.

Nachdem Gandhi öffentlich erklärt hatte, Indien werde keine Vermittler in Anspruch nehmen und keine Provisionen zahlen, teilte Gandhi Palme unter vier Augen mit, dass der Auftrag an Schweden vergeben werde, unter der Voraussetzung, dass Bofors seinen indischen Agenten wechsele. Bofors schaltete Gandhis bevorzugten Vermittler ein, AE Services, behielt jedoch die ursprünglichen Agenten einfach bei; sie waren ab jetzt als »Projektberater« tätig. Eine dieser Beraterfirmen, Svenska Inc., erhielt 29,44 Millionen Dollar, während AE Services eine Erfolgsgebühr in Höhe von 1,5 Prozent des Auftragswerts bekam – bemerkenswerte 168 Millionen Dollar.

Ungeachtet umfassender Bemühungen in Schweden und Indien, diese Bestechung zu verschleiern, veröffentlichten unerschrockene Journalisten in beiden Ländern detaillierte Berichte, die das ganze Ausmaß des Skandals erahnen ließen. Die Journalisten waren seither ihres Lebens nicht mehr sicher. Sie hatten unter anderem herausgefunden, dass AE Services einem gewissen Ottavio Quattrocchi gehörte, einem Italiener und engen Freund der Familie von Gandhis Ehefrau Sonia. Weder Quattrocchi noch seine Firma hatten Erfahrungen mit Waffengeschäften. Diese Enthüllung trug mit zu der Niederlage Rajiv Gandhis bei der Wahl Ende 1989 bei, bei der das Thema Korruption die entscheidende Rolle spielte. Quattrocchi versuchte jahrelang zu verhindern, dass Indien Zugriff auf seine Schweizer Bankkonten erhielt. Obwohl viele derjenigen, die in diese Machenschaften verstrickt sind, gestorben sind und einige von den Gerichten begnadigt wurden, als die Kongresspartei an die Macht zurückkehrte, bleiben die grundlegenden Probleme ungelöst.

Im Dezember 2005 gab die von der Kongresspartei getragene indische Regierung die britischen und schweizerischen Konten Quattrocchis frei. Doch einige Tage später forderte der Oberste Gerichtshof Indiens die indische Regierung auf sicherzustellen, dass Quattrocchi keine weiteren Gelder von

Regierung auf, sicherzustellen, dass Quattrocchi keine weiteren Gelder von seinen Konten abheben konnte. Im Jahr 2007 stellte das Gericht einen Haftbefehl gegen ihn aus. Ende September 2009 teilte die frisch wiedergewählte Kongress-Regierung dem Obersten Gerichtshof mit, dass sie die Klage gegen Quattrocchi fallenlasse.

Anfang 2011 erhob sich der Bofors-Phoenix wieder aus der Asche. Ein indisches Finanzgericht entschied, dass der Sohn und gesetzliche Erbe des Bofors-Vermittlers, W. N. Chanda, Steuern auf die vereinnahmten Provisionen zahlen müsse. Das Gericht gelangte in einem für die Kongresspartei vernichtenden Urteil zu dem Schluss, dass »genügend Beweismaterial existiert, um den Beweis zu führen, dass die Zahlungen in Zusammenhang mit dem Rüstungsvertrag mit der indischen Regierung tatsächlich über ausländische Bankkonten von Bofors an Svenska, AE Services und Moresco flossen«. ¹³²

Ottavio Quattrocchi wurde vom Gericht als einer der Empfänger der Provisionen genannt. ¹³³

Die Tageszeitung *The Hindu* schrieb: »Im Unterschied zu anderen Korruptionsskandalen hat sich Bofors als ein nationaler Streitpunkt nicht einfach in Luft aufgelöst – weil die tiefsitzenden politischen, moralischen und Systemfragen, die der Skandal aufgeworfen hat, nicht einfach verschwinden ... Der Fall verdeutlicht, wie verschiedene Institutionen mit dem Phänomen Korruption umgehen. Während die Regierung auf skandalöse Vertuschung und Behinderung der Justiz setzte, haben das Parlament, das indische Bundeskriminalamt und die Gerichte nicht die Interessen des indischen Volkes wahrgenommen.« ¹³⁴ Die größte Oppositionspartei forderte die Einsetzung einer Sonderermittlungseinheit, um das Ermittlungsverfahren in dem Fall des »Provisionen-Betrugs« von Bofors wieder zu eröffnen. ¹³⁵

Während der Skandal auch über zwanzig Jahre nach Vertragsunterzeichnung immer wieder auf der politischen Bühne Indiens auftaucht, wurde von den Geschützen kein ausgiebiger Gebrauch gemacht. Zwar hatten sie sich im Kargil-Konflikt bewährt, aber Verschleiß und der Mangel an Ersatzteilen führten dazu, dass viele von ihnen ausgeschlachtet wurden, sodass jetzt nur noch 200 einsatzfähig sind. ¹³⁶ Einem Bericht zufolge wurden mehrere der Geschütze eingemottet, weil sie beim Abfeuern überhitzten. ¹³⁷

Beobachter in Schweden mutmaßen, dass Olof Palmes Beteiligung an diesem und anderen Rüstungsgeschäften hinter seiner noch immer nicht aufgeklärten

Ermordung im Jahr 1986 stecken könnte. Diese Theorie erhält dadurch eine gewisse Glaubwürdigkeit, dass die schwedischen Sozialdemokraten dem Verkauf von Waffen an den Irak und den Iran während des Konflikts zwischen diesen beiden Ländern zustimmten. Anfang der achtziger Jahre, während einer Zeit in der Opposition, war Palme UN-Friedensvermittler zwischen Iran und Irak. Nach seiner Rückkehr an die Macht im Jahr 1984 sah er sich mit der Enthüllung konfrontiert, dass von Schweden aus Waffen über Singapur, Dubai und Bahrain in die Krisenregion geliefert worden waren. Top-Manager von Bofors versicherten, dies sei mit vollem Wissen der Regierung geschehen. Palme stoppte daraufhin die Lieferungen und empfing, nur drei Wochen vor seiner Ermordung, wütende Delegationen aus dem Iran und dem Irak.

Ein Jahr nach Palmes Ermordung kam es zu einem weiteren mysteriösen Todesfall: Ein ehemaliger Admiral, Carl-Fredrik Algernon, der als Offizier im Außenministerium für die Genehmigung sämtlicher Waffenexporte zuständig war, fiel im Stockholmer Hauptbahnhof vor einen einfahrenden U-Bahn-Zug – oder er wurde gestoßen. Dies unmittelbar, nachdem er eine »sehr aufschlussreiche Unterredung« hatte und sechs Tage, bevor er vor einem Sonderstaatsanwalt erscheinen sollte, der sämtliche illegalen Waffenlieferungen untersuchte.

Heute ist das Ansehen der schwedischen Rüstungsindustrie und insbesondere von Saab aufs Engste mit BAE verknüpft. In Südafrika, Tschechien, Ungarn und Österreich beflecken Berichte über rechtswidrige Einflussnahme und Korruption das Image dieser Bastion des Friedens.

Ich fragte Thomas Tjäder vom schwedischen Inspektorat für Strategische Produkte (ISP), der Behörde, die die Waffenexporte des Landes beaufsichtigt, ob diese Berichte zukünftige Entscheide seiner Behörde über Rüstungsexporte beeinflussten. Er antwortete, indem er zunächst die negativen sozio-ökonomischen Auswirkungen auf das importierende Land herunterspielte, dann fügte er hinzu: »Alle Schmiergelder sind illegal, aber wenn ein schwedisches Unternehmen in einem anderen Land Schmiergelder zahlen würde, kann ich nicht schwören, dass wir etwas dagegen unternehmen würden.«¹³⁸

Diese Einstellung ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Tjäder nicht nur neunzehn Jahre lang als Beamter im Verteidigungsministerium saß, sondern auch ein hochrangiger Stadtrat der Konservativen in Uppsala und

Vorsitzender von sechs Unternehmen ist; außerdem war er, bevor er zum ISP kam, Mitglied des Verwaltungsrats von Celsius, einem Rüstungsbetrieb.¹³⁹

Seine Berufung ins ISP hat viele Leute schockiert, die der Ansicht sind, dass Tjäder sich »eher für die Ausweitung von Waffenexporten als für ihre Kontrolle einsetzen dürfte«. ¹⁴⁰ Die Widersprüchlichkeit Schwedens zeigt sich auch hier.

Kapitulation auf ganzer Linie

Anfang 2010 wurde ich zusammen mit Sue Hawley, einer angesehenen Forscherin und Aktivistin auf dem Feld der Korruptionsbekämpfung, zu einem Treffen mit dem noch relativ neuen Chef des Serious Fraud Office (SFO) eingeladen. Die Regierung hätte auch jemanden von »außerhalb« ernennen können, der vielleicht frischen Wind in die Strafvollzugsbehörde für schwere Betrugsdelikte gebracht hätte, aber man zog Richard Alderman vor, der lange Jahre treue Dienste in der britischen Verwaltung geleistet hatte und eine berechenbare Größe zu sein schien. Äußerlich wirkte er in der Tat sehr gesetzt, Typ Buchhalter, doch als er mit uns sprach, kam er angenehm direkt zur Sache. Alderman sagte uns, er habe BAE ein letztes Angebot übermittelt, und zwar bezüglich der Ermittlungen des SFO in Sachen Waffengeschäfte in Südafrika, Tansania, Tschechien und Ungarn. Das Unternehmen lehnte das Angebot ab, das, wie Alderman an die Medien durchsickern ließ, ein Schuldeingeständnis und ein Bußgeld in der Größenordnung von 200 bis 500 Millionen Pfund vorsah. Er versicherte uns trotzig, er werde nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren, sondern den Generalstaatsanwalt dringend bitten, das Unternehmen wegen Korruption und Bestechung anzuklagen. Auch wenn der SFO-Chef sich, wie mir schien, nicht bis ins letzte Detail bewusst war, auf was er sich da einließ – seine Entschlossenheit und Offenheit waren lobenswert.

Drei Tage später, am Freitag, dem 5. Februar, war ich wieder zu Gast in den nüchtern schmucklosen Räumlichkeiten des SFO in der Gray's Inn Road unweit des Londoner Bahnhofs King's Cross. Im Lauf der vergangenen Jahre war ich oft hier gewesen. Diesmal kam ich, um in Sachen BAE-Waffengeschäft mit Südafrika eine förmliche Zeugenaussage zu machen. Die Teammitglieder, die mich befragten, wiederholten, was ich in der Vergangenheit schon so oft gehört

hatte: Dass sie zwar Schwierigkeiten hätten, das südafrikanische Justizministerium zur Zusammenarbeit zu bewegen, dass sie diesmal aber sehr zuversichtlich seien.

Am selben Tag, kurz nachdem ich gegangen war, erhielten die Ermittler von Alderman die Nachricht, dass »RLI02«, der Codename für das gesamte Ermittlungsverfahren gegen BAE, erledigt sei. Das Unternehmen hatte sich bereit erklärt, eine lächerlich niedrige Summe von 30 Millionen Pfund zu zahlen, als Strafe wegen »Fehlern bei der Rechnungslegung« im Zusammenhang mit dem Tansania-Geschäft; im Gegenzug sollten die Ermittlungen in Sachen Südafrika, Tschechien und Ungarn eingestellt werden.¹ Um die Kapitulation vollständig zu machen, verpflichtete sich das SFO erstaunlicherweise dazu, von der Behauptung abzusehen, BAE habe bestochen, und zwar auch im Zusammenhang mit anderen Ermittlungen, etwa gegen Unternehmen, die mit den korrupten Machenschaften von BAE in Verbindung standen.²

Die Ermittler, die Jahre ihres Lebens auf diese Untersuchungen verwandt hatten, waren fassungslos. Frustrierte Beamte verließen türenschiend das Büro oder schimpften lauthals. Einer murmelte düster: »Alderman hat keine Ahnung von dem Fall. Er weiß nicht, was er tut.«³

Als ich an diesem Tag nach Hause fuhr, rief mich eine Kontaktperson in der US-Regierung an. Der Mann kam gerade aus dem Gerichtsgebäude, in dem die US-Regierung sich auf einen ähnlichen Vergleich mit BAE geeinigt hatte. Aber in den Vereinigten Staaten musste sich das Unternehmen für Vergehen bei Rüstungsverkäufen in Saudi-Arabien, Tschechien und Ungarn schuldig bekennen und zugeben, dass es verdeckte Provisionen gezahlt und so am US-Fiskus vorbeigeschleust habe. Außerdem musste BAE die Existenz eines Netzes von Briefkastenfirmen einräumen, über die es seine verdeckten Zahlungen abwickelte. Das Unternehmen gestand auch, dass es im Jahr 2000 in betrügerischer Absicht einen Brief an US-Behörden geschickt hatte, in dem es bestritt, verdeckte Provisionen zu zahlen. Die Amerikaner erlegten BAE eine Geldstrafe von 400 Millionen Dollar auf, die höchste Geldstrafe, die ein britisches Unternehmen je zahlen musste.⁴

Am nächsten Tag ließen die britischen Behörden, als Teil ihrer Zusage im Rahmen des Vergleichs mit BAE, alle Anschuldigungen gegen Alfons Mensdorff-Pouilly fallen und setzten ihn nach kurzer Haft wieder auf freien Fuß. Er hatte eine Woche im Pentonville-Gefängnis in Nordlondon gesessen

Er hatte eine Woche im Ferochvie Gefängnis in Nordalondon gesessen, nachdem er wegen Verabredung zur Korruption bei den Rüstungsgeschäften in Österreich, Ungarn und Tschechien angeklagt worden war.

Der US-Vergleich traf den Konzern empfindlich; dagegen war der britische Vergleich ein Witz. Er war ein Schlag ins Gesicht für die Menschen der Länder, in denen BAE bestochen hatte, für den britischen Steuerzahler und die Justiz nicht nur im Vereinigten Königreich. Die Tatsache, dass BAE sich auf diese Weise freikaufen konnte, sendete die unmissverständliche Botschaft aus, dass Waffengeschäfte in einem straffreien Raum stattfinden. Der stellvertretende Vorsitzende der Liberaldemokraten und gegenwärtige britische Wirtschaftsminister, Vince Cable, war empört, dass es BAE gelungen war, wesentliche Details seiner Rüstungsgeschäfte zu verheimlichen. »Das einzig Positive besteht darin, dass wir jetzt das Eingeständnis von BAE haben, unlautere Praktiken angewandt zu haben. Aber niemand wurde zur Rechenschaft gezogen.« Er fügte hinzu: »Die britische Regierung steckte bis zum Hals mit in diesem Geschäft drin. Minister waren höchstwahrscheinlich bis ins Detail über alles unterrichtet.«⁵

Der frühere Labour-Minister Peter Kilfoyle bemerkte: »Ich bin der Auffassung, dass jetzt vieles für eine unabhängige juristische Aufarbeitung der Angelegenheit spricht. Dies wirft gravierende Fragen darüber auf, aus welchen Gründen Tony Blair in die Al-Yamamah-Untersuchung eingriff und welchen Einflüssen er dabei unterlag.«⁶

In Washington stellte Vize-Justizminister Larry Grindler unmissverständlich klar: »Jedes Unternehmen, das Geschäfte mit der Regierung der Vereinigten Staaten macht und von falschen Angaben profitiert, wird zur Rechenschaft gezogen. Die Rechtsverstöße des Unternehmens haben die Bemühungen der USA im Kampf gegen die Korruption untergraben.«⁷

Richard Alderman nannte den Vergleich »pragmatisch«. In den Tagen und Wochen nach der öffentlichen Bekanntgabe, als die Kritik am SFO wuchs, deutete Alderman, zumindest im Gespräch unter vier Augen, an, das US-Justizministerium habe ihn mit der Höhe des Strafmaßes völlig überrascht und brüskiert. Von zwei Quellen in Amerika hörte ich etwas anderes. Ein Informant behauptete, die US-Behörden hätten erwartet, dass sich die vom SFO festgelegte Vergleichssumme in der gleichen Höhe bewegen würde wie die ihre und dass der Vergleich ein klares Schuldeingeständnis umfasse. Als ich fragte, was dieses

plötzliche Umdenken herbeigeführt haben könnte, zuckte mein Informant nur mit den Schultern. Zwei Quellen, die in die Verhandlungen involviert waren, bestätigten, dass man sich auf eine Geldstrafe von 100 Millionen Pfund und ein Schuldeingeständnis in zwei Bestechungsfällen verständigt hatte, bis Richard Alderman in die Verhandlungen geplatzt sei und die Position des SFO erheblich geschwächt habe. »Er machte diese lächerlichen Aussagen in den Medien und nahm die Verhandlungen in die Hand. Er verlangte eine Geldstrafe in Höhe von einer Milliarde Pfund, weil er das zu den Medien gesagt hatte, und die Leute von BAE nahmen ihn daraufhin nicht ernst.« Wollte er mit aller Gewalt beweisen, dass er hart durchgreifen konnte, oder beabsichtigte er insgeheim, die ganze Sache nur so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen?

Nach seinen Äußerungen in den Medien nahm Alderman keine Anrufe des Generalstaatsanwalts entgegen. Die Tatsache, dass er die wichtigsten Ermittler in dem Fall nicht konsultiert hatte, war nicht nur nachlässig, sie widersprach auch den geltenden Leitlinien der Generalstaatsanwaltschaft.⁸

Die Verhaftung von Graf Mensdorff-Pouilly einige Tage vor dem Vergleich zeigte, wie unsicher Alderman war. »Man kann nicht jemanden verhaften, solange man verhandelt, nur um ihn ein paar Tage später wieder freilassen zu müssen. Das ist, als würde man in die Welt hinausposaunen, dass man nicht weiß, was man tut.«⁹

Wie um die groben Fehler, die in diesem Fall gemacht wurden, zu bestätigen, dauerte es zehn Monate, ehe der Vergleich von den Gerichten schließlich gebilligt wurde. Dies hing damit zusammen, dass der Richter in einem anderen Fall das SFO heftig dafür kritisiert hatte, seine Kompetenzen überschritten zu haben, indem es einen Vergleich mit einem Unternehmen geschlossen und das Gericht vor vollendete Tatsachen gestellt hatte.¹⁰ Ein Informant aus dem Umfeld des SFO wusste zu berichten, dass das SFO sich in den Monaten, die zwischen der Einigung auf den Vergleich und der Gerichtsentscheidung lagen, von zwei Teams von Rechtsanwälten trennte, die es hinzugezogen hatte, um sich juristisch beraten zu lassen.

Der Vergleich wurde schließlich am 20. Dezember einem Richter in London vorgelegt. Im Hinblick auf die »Fälschung von Buchhaltungsunterlagen« in Tansania erklärten BAE und SFO übereinstimmend, dass »mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Teil der 12,4 Millionen Dollar im Lauf der

Verhandlungen dazu verwendet wurde, British Aerospace Defence Systems Ltd zu begünstigen.«¹¹ Das SFO behauptete, der Aufbau eines Netzwerks »verdeckter« und »offener« Vermittler sei von »legitimen geschäftlichen Interessen« gedeckt. Und dies, obwohl das SFO im Besitz einer Notiz war, die vom BAE-Vertriebsvorstand stammte und in der im Einzelnen die Gründe dargelegt wurden, warum das Unternehmen Zahlungen an Mitarbeiter geheim halten wollte. Dort geht es um:

1. Vorschriften und rechtliche Bestimmungen in dem betreffenden Land (einschließlich Klauseln in staatlichen Kaufverträgen), die die Einsetzung von Maklern, Handelsvertretern usw. verbieten.
2. Steuerliche Erwägungen, wenn der Berater Geld an einen Dritten weiterleiten will, dies aber nicht gegenüber den Behörden seines Heimatlandes offenlegen kann.
3. Öffentliches Aufsehen oder mögliches Presseinteresse aufgrund hoher Provisionsgebühren oder anderer sensiblen Themen.¹²

Als der Richter diese Praxis hinterfragte, antworteten das SFO und BAE, dass »im Waffenhandel Vertraulichkeit von höchster Wichtigkeit ist«. Nachdem das SFO vorbrachte, Schmiergeldzahlungen ließen sich nicht zweifelsfrei beweisen und jemand wie der tansanische Vertreter Sailesh Vithlani sei einfach ein hochbezahlter Lobbyist, gab der Richter dem SFO und BAE die Gelegenheit, Beweise dafür vorzulegen, dass BAE deshalb Gelder an Vithlani überwiesen habe, damit dieser Lobby-Arbeit für das Unternehmen leiste und nicht zum Zweck der Bestechung. Das lehnten sie ab.¹³ Der Richter stellte daraufhin fest, dass die Vithlani zugeflossenen Gelder eindeutig Bestechungszwecken dienten, und entschied: »Ich bin nicht gewillt, auf dieser Basis, ohne Vorlage von Beweisen, festzustellen, dass es sich hierbei bloß um Zahlungen für geleistete Lobby-Arbeit handelte ... Diese Zahlungen erfolgten zu dem Zweck, wichtige Personen zu bestechen. Auf der Basis der Dokumente, die mir vorgelegt wurden, erscheint es äußerst naiv, zu glauben, Herr Vithlani wäre einfach nur ein gut bezahlter Lobbyist ... BAE verschleierte vor den Wirtschaftsprüfern und letztlich auch vor der Öffentlichkeit die Tatsache, dass Zahlungen an Mr Vithlani geleistet wurden, 97 Prozent davon über zwei Offshore-Gesellschaften; dabei ließ man ihm freie Hand, Zahlungen an solche Personen zu leisten, die ihm geeignet erschienen, um den Radar-Verkauf für die Angeklagten zu sichern, wobei die Angeklagten die Einzelheiten nicht wissen wollten.«¹⁴

Das SFO bemühte sich nicht nur, BAE gegen Bestechungsvorwürfe zu

verteidigen, sondern es erteilte dem Unternehmen gewissermaßen eine strafrechtliche »Generalabsolution« für sämtliche Vorwürfe. In dem Vergleich erklärte sich das SFO bereit, sämtliche Ermittlungen gegen BAE einzustellen, kein Unternehmen der BAE-Gruppe für Handlungen vor dem 5. Februar 2010 strafrechtlich zu belangen, dafür zu sorgen, dass im Zusammenhang mit Ermittlungsergebnissen des SFO kein Zivilprozess gegen ein Unternehmen der Gruppe angestrengt würde und dass auch kein Unternehmen der Gruppe als »nichtangeklagter Mitverschwörer namentlich genannt oder eine entsprechende Behauptung geäußert wird oder in irgendeiner anderen Eigenschaft in einem etwaigen Ermittlungsverfahren, das das SFO gegen Dritte einleitet, erwähnt wird«. Sogar Richter Bean »nahm mit Erstaunen zur Kenntnis, dass eine Strafverfolgungsbehörde eine generelle Straflosigkeit für sämtliche Delikte zusichert, die in der Vergangenheit begangen wurden, und zwar unabhängig davon, ob sie aufgedeckt wurden oder nicht«. ¹⁵

Der ursprüngliche Vergleich verpflichtete BAE dazu, 30 Millionen Pfund an Tansania zu zahlen – abzüglich der vom Gericht verhängten Geldstrafe. Dadurch entstand die paradoxe Situation, dass die Opfer von BAE desto weniger Geld erhielten, je höher das Bußgeld ausfiel. Daher sah sich der Richter gezwungen, BAE eine Geldstrafe von nur 500000 Pfund aufzuerlegen, zu denen 225000 Pfund an Gerichtskosten dazukamen. ¹⁶

Nach über fünfjährigen Ermittlungen brachte das SFO also nicht mehr zustande als einen Scheinprozess, eine kümmerliche Anklage auf unzulänglicher Beweisgrundlage und einen schlecht durchdachten Vergleich. Damit ist es dem Rüstungskonzern empörenderweise gelungen, durch seinen politischen Einfluss und Dank der Inkompetenz der SFO-Führung der Justiz eine Niederlage beizubringen.

In den betroffenen Ländern reagierte man auf die Bekanntgabe des Vergleichs mit großer Empörung. Patricia de Lille, die Führerin der oppositionellen Unabhängigen Demokraten in Südafrika und Bürgermeisterin von Kapstadt, die als Erste die Vorwürfe, bei dem Rüstungsgeschäft sei Bestechung im Spiel gewesen, öffentlich machte, erklärte, die britische Regierung habe die moralische Autorität verloren, um andere Staaten über gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung zu belehren: »Sie sind keinen Deut besser als

irgendeiner dieser verbrecherischen afrikanischen Staatsführer, die Schmiergelder aus Waffengeschäften dazu nutzen, sich an der Macht zu halten«, sagte sie.¹⁷ Der Sprecher der oppositionellen Demokratischen Allianz, David Maynier, bemerkte: »Mit der Entscheidung, einen Vergleich zu schließen und BAE nicht strafrechtlich zu belangen, fällt man uns in den Rücken. Infolge der Absprache werden die Einzelheiten der verschiedenen Ermittlungsverfahren unter Verschluss bleiben, und niemand – ob Bestechender oder Bestochener – wird gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.«¹⁸

Ein paar Jahre zuvor hatten deutsche Staatsanwälte ein Ermittlungsverfahren gegen Thyssen-Krupp eingeleitet, den größten deutschen Nutznießer des Geschäfts mit Südafrika. Angeblich hatte das Unternehmen versucht, die Provisionen, die es gezahlt hatte, um sich den Vertrag über die Lieferung von vier Fregatten zu sichern, steuerlich abzusetzen. Das Verfahren wurde eingestellt, nachdem das Unternehmen Verstöße gegen steuerrechtliche Bestimmungen eingeräumt und eine Geldstrafe gezahlt hatte. Trotz schriftlicher Beweise für Schmiergeldzahlungen von Thyssen-Krupp an »Chippy« Shaik und obwohl Patricia de Lille im südafrikanischen Parlament mit Kopien von Schecks wedelte, die auf den ANC und auf Wohltätigkeitsorganisationen von ANC-Funktionären ausgestellt waren, erwähnten die deutschen Behörden die von dem Unternehmen gezahlten Schmiergelder mit keinem Wort.¹⁹

Die südafrikanische Regierung äußerte sich nicht zu beiden Entscheidungen. Kurz vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten war dafür gesorgt worden, dass Jacob Zuma in juristischer Hinsicht eine reine Weste hatte. Die Anschuldigungen gegen ihn wurden fallengelassen, obwohl die Generalstaatsanwaltschaft, die National Prosecuting Authority, stets betonte, dass sie »schlüssige, stichhaltige Beweise gegen Zuma« habe.²⁰ Sein Finanzberater, Schabir Shaik der wegen Bestechung Zumas zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, wurde nach nur zwei Jahren wieder auf freien Fuß gesetzt. »Chippy« Shaik, der zum Zeitpunkt des Rüstungsgeschäfts Leiter des Beschaffungswesens der südafrikanischen Streitkräfte und Empfänger großzügiger deutscher Geldgeschenke war, ist inzwischen wieder in seiner Heimat und ein erfolgreicher Geschäftsmann, während der dritte Bruder, Mo, heute Chef des südafrikanischen Geheimdienstes ist. Bei seiner Ernennung wurde bekannt gegeben, dass er auch für die Bekämpfung des Waffen-und

Drogenschmuggels zuständig sein wird.²¹

Die Mehrheit der südafrikanischen Juristen stand der Entscheidung in Sachen Jacob Zuma – der schamlosesten politischen Manipulation einer staatsanwaltschaftlichen Entscheidung seit dem Ende der Apartheid – sehr kritisch gegenüber. Als Zuma 2009 das Amt des Präsidenten antrat, tat er dies mit dem Makel der Bestechlichkeit. Bezeichnenderweise ernannte er kurze Zeit später den ehemaligen Generaldirektor im Justizministerium, Menzi Simelane, zum neuen Chef der National Prosecuting Authority, und Simelane sorgte in dieser Position dafür, dass internationale Ermittler bei ihren Untersuchungen über Rüstungsgeschäfte möglichst wenig Unterstützung von Südafrika erhielten. Am ersten Tag in seinem neuen Amt verkündete Simelane seinen fassungslosen Mitarbeitern, er sei zum Chef dieser laut Verfassung unabhängigen Behörde eingesetzt worden, um seiner politischen Partei, dem ANC, zu Willen zu sein.²² Bald darauf gab er bekannt, Südafrika werde nicht versuchen, die Beschlagnahmeverfügung, mit der die Gelder von Fana Hlongwane eingefroren worden waren, aufrechtzuerhalten. Simelane gelangte zu dem Schluss, dass »die Ermittlungen bislang keinen Beweis für strafrechtlich relevantes Verhalten erbracht haben«, obwohl Hunderte von Dokumenten das Gegenteil belegten.²³

Diese in schamloser Weise unverantwortliche Entscheidung Simelanes ist heftig kritisiert worden. Im Mai 2011 strahlte der schwedische Fernsehsender tv4 eine Reihe von Dokumentarfilmen aus (an denen ich mitgearbeitet habe) über die Verwicklung Schwedens in das südafrikanische Rüstungsgeschäft. Aufsehen erregte vor allem, dass die Beratungsverträge zwischen Hlongwane und Sanip gezeigt wurden, der Gesellschaft, über die Saab und BAE ihre Kompensationsprogramme laufen ließen.²⁴ Sanip war zunächst eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Saab, obwohl Saab behauptet, die operative Führung des Unternehmens sei schon 2004 an BAE übergegangen.²⁵

Anfangs bestritt Saab, dass über Sanip Zahlungen an Hlongwane erfolgt seien. Bald darauf und im Anschluss an eine interne Untersuchung schlug Saab freilich einen ganz anderen Ton an. Im Juni 2011 gab das Unternehmen zu, dass Hlongwane Zahlungen von Sanip erhalten habe.²⁶ Allerdings behauptete Saab, die Vereinbarung mit Hlongwane sei von einem BAE-Angestellten geschlossen worden, der bei Sanip arbeite und Saab nicht darüber informiert habe.²⁷

Die Zahlungen erfolgten, wie nicht anders zu erwarten, heimlich; die Gelder

wurden von BAE an Sanip überwiesen und von dort an Hlongwane weitergeleitet, ohne in der Bilanz von Sanip ausgewiesen zu werden.²⁸ Das Eingeständnis von Saab war ein Novum: Zum ersten Mal wurde offiziell bestätigt, dass Zahlungen von BAE/Saab an Hlongwane erfolgt waren. Die Tatsache, dass die Geldflüsse verdeckt erfolgten, erhärtet den Verdacht, dass sie zum Zweck der Bestechung getätigt wurden.

Nur ein paar Tage später gab der Abgeordnete David Maynier bekannt, ihm lägen ergänzende Vereinbarungen zu den Beratungsverträgen zwischen den Unternehmen und Hlongwane vor.²⁹ Unter diesen Dokumenten befindet sich eine Zusatzvereinbarung, in der Hlongwanes Aufgabenbereich erweitert wurde um die Förderung direkter persönlicher Begegnungen mit südafrikanischen Amtsträgern im Auftrag von BAE und um die Beratung bei der Erstellung einer »Kontaktkarte« mit »Mitarbeitern von Schlüsselkunden und insbesondere den Entscheidungsträgern, was die Auswahl von Produkten und Dienstleistungen anlangt«.³⁰ Dies untermauert den Verdacht, dass ein Teil der Zahlungen an Hlongwane für führende Politiker und Militärs und Beamte, mit denen er zu tun hatte, bestimmt war.

Die tansanische Anti-Korruptionsbehörde, das Prevention and Combating of Corruption Bureau (PCCB), führte nach der »gütlichen Einigung« zwischen BAE und SFO ihre Ermittlungen in Sachen Radar-Verkauf noch eine Zeitlang fort. Solange das Verfahren in Großbritannien im Gang gewesen war, war das PCCB an wichtiges Beweismaterial nicht herangekommen. Und jetzt waren die Ermittlungen gegen Andrew Chenge, Tanil Somaiya und Shailesh Vithlani gänzlich eingestellt worden.³¹ Edward Hoseah vom PCCB schrieb in dieser Angelegenheit an das SFO und ersuchte auch um nähere Auskünfte über britische Staatsbürger, die an dem Verkauf des Radarverteidigungssystems beteiligt gewesen waren, nämlich Michael Rouse, Dick Evans, Mike Turner und Julia Aldridge.³² Rouse war seit 2002 Vertriebsvorstand von BAE und Aldridge seine Stellvertreterin.

Es besteht die Absicht, die 30 Millionen Pfund Geldstrafe Tansania zukommen zu lassen. Das hat bereits für Debatten im Land gesorgt. Die einen sind der Ansicht, das Geld müsse dem Fiskus zufließen, die anderen meinen, mit dem Geld sollten humanitäre Organisationen unterstützt werden, die über jeden

Verdacht der Korruption erhaben seien. BAE selbst würde gern eine direkte Zahlung an den Staat vermeiden, da dies als ein Schuldeingeständnis angesehen werden könnte, geradezu als Rückerstattung eines Teils des Kaufpreises. Sue Hawley von Corruption Watch behauptet: »Das ist ein Trick von BAE, um legale Konsequenzen im Land zu vermeiden. Aber damit werden sie nicht davonkommen.«³³

Am 4. November 2010 wurde Andrew Chenge abermals ins Parlament von Tansania gewählt, und er bekundete seine Absicht, das Amt des Parlamentspräsidenten anzustreben. Drei Tage später gab das PCCB bekannt, es habe keine Beweise gefunden, die Chenge bei dem Radar-Kauf mit Bestechung in Verbindung bringen würden.³⁴

Diese Entscheidung hat Kritik hervorgerufen. Der Vorsitzende der liberalen Civic United Front (CUF), Ibrahim Lipumba, sagte, er hege Zweifel an der Integrität des PCCB, weil das Reinwaschen von Verdächtigen nicht zu den Hauptaufgaben dieser Behörde gehören sollte. »In Anbetracht der Tatsache, dass das PCCB schon einige ›hohe Tiere‹ aus der Regierung geschützt hat, die in etliche Skandale verwickelt waren, ist mein Vertrauen in das PCCB nachhaltig erschüttert«, sagte Lipumba. Er fuhr fort: »Chenge hat noch immer nicht erklärt, wie er an das Geld kam, das auf seinem Offshore-Konto gefunden wurde. Aus seinen Bezügen als Staatsbeamter kann es jedenfalls nicht stammen.«³⁵

Als Alfons Mensdorff-Pouilly in Großbritannien aus der Haft entlassen wurde, empörten sich einige österreichische Abgeordnete, die argwöhnten, dass jemand seine schützende Hand über ihn hielt. Stimmen wurden laut, die forderten, man solle ihm in Österreich den Prozess machen. Die Freunde des Grafen indes behaupteten, das Schengen-Abkommen erlaube das nicht, denn innerhalb des Schengen-Raumes dürfe ein Tatverdächtiger nur einmal wegen einer ihm zur Last gelegten Tat verurteilt – oder freigesprochen – werden.³⁶ Doch Mensdorff-Pouilly wurde nicht freigesprochen. Die Anschuldigungen gegen ihn wurden vielmehr fallengelassen, ohne dass ein Gericht über seine Täterschaft geurteilt hatte.

Als die Campaign Against Arms Trade (CAAT) und The Corner House erfolglos versuchten, die Niederlegung des Falls anzufechten, behauptete das SFO, es sei »von seinem Rechtsberater dahingehend unterrichtet worden, dass es

nicht möglich wäre, gegen Graf Mensdorff zu prozessieren, ohne einen Bestechungsvorwurf gegen BAE zu erheben«. ³⁷ Juristen bezweifeln, dass dies der wahre Grund war, und nannten das Argument schlicht: »Blödsinn.« ³⁸ CAAT und The Corner House verwiesen auf einen eklatanten Widerspruch in der Darlegung des SFO: »Der Beklagte (das SFO; A. F.) behauptet, das Strafverfahren gegen Graf Mensdorff habe nicht weitergeführt werden können, weil dieses inakzeptable Bestechungsvorwürfe der Anklage gegen BAE Systems erfordert hätte. Dies deutet entschieden darauf hin, dass es Beweise für eine strafrechtliche Verantwortung des Unternehmens gab, sodass solche Beschuldigungen im Fall von Graf Mensdorff mit vollem Recht hätten erhoben werden können.« ³⁹ Zuerst hatte das SFO den Grafen angeklagt, weil es davon überzeugt war, dass der Österreicher im Auftrag von BAE hohe Funktionäre bestochen hatte. Als sich das SFO dann eine Woche später in schmählicher Weise mit dem Unternehmen auf einen Vergleich verständigt hatte, ließ es die Vorwürfe gegen Mensdorff fallen, weil die Fortsetzung des Verfahrens gegen ihn zu Bestechungsvorwürfen gegen BAE geführt hätte, die natürlich der Grund sind, weshalb das SFO ihn überhaupt beschuldigte!

Wie Sten Lindström, der schwedische Kriminalkommissar, der in Schweden die Ermittlungen in der Bofors-Affäre leitet, sagte: »Die Bofors-Affäre zeigt vor allem eins: Die Wahrheit kommt immer heraus. Es mag Jahre dauern, in diesem Fall sogar über ein Jahrzehnt, aber man kann die Wahrheit nicht verbergen.« ⁴⁰

Die Wahrheit über das BAE-Rüstungsgeschäft, das mit stillschweigender Zustimmung und aktiver Begünstigung durch die britische Regierung abgeschlossen wurde, ist, dass es vielen Regionen der Erde Elend und Leid beschert – Regionen, die dies am allerwenigsten verkraften können. Es sind keine hochbezahlten Top-Manager oder Politiker oder Regierungsfunktionäre, die unter den Folgen leiden. Es sind die einfachen Bürger der Käufer- und Verkäuferstaaten, die für die verschwendeten Steuergelder und die Beeinträchtigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zahlen müssen.

Dagegen ist es das Schicksal der mutigen und engagierten Korruptionsbekämpfer wie Helen Garlick, Matthew Cowie, Edward Hoseah und zahlloser weiterer, gefeuert zu werden, ihren Job frustriert hinzuschmeißen, in ihrem beruflichen Umfeld ausgegrenzt zu werden, vielleicht sogar ins Exil gehen zu müssen – die einzige Hoffnung, die ihnen, wie auch mir, dann noch bleibt, ist,

dass die Wahrheit eines Tages ans Licht kommen wird.

VIER

Die Waffensupermacht

Legale Korruption

Präsident Roosevelt war es, der die USA in der Frühphase des Zweiten Weltkriegs zur »großen Waffenkammer der Demokratie« ernannte und bis 1945 aus dem ganzen Land ein einziges Waffenlager machte. Vor dem Überfall auf Pearl Harbor hatten die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten hinter den Kulissen mit Waffen und Kriegsmaterial versorgt; nach dem japanischen Angriff setzten sie ihr Arsenal auch selbst ein.¹ Die Kriegsanstrengungen führten nicht nur zu einer gezielten Mobilisierung der Bürger, Ressourcen und Industriekapazitäten des Landes, sondern bewirkten auch eine weitreichende Umwandlung der amerikanischen Gesellschaft.²

1944 sah der Historiker D. W. Brogan im Krieg »keine Kunst, sondern ein Geschäft« und betrachtete die USA als »riesigen Konzern«.³ Damals explodierte die amerikanische Industrie geradezu: In den Jahren 1940 bis 1943 verdoppelte sich der Produktausstoß, und zwischen 1941 und 1943 wurde der Rüstungsbereich mit seinem 800-prozentigen Wachstum fast so groß wie der von Großbritannien, Deutschland und der Sowjetunion zusammen. Nach Ansicht des Filmemachers Eugene Jarecki wurde der Kriegsgedanke in dieser Zeit zum untrennbaren Bestandteil der amerikanischen Lebensweise. Immer mehr staatliche Mittel flossen dem Militär zu und sorgten dafür, dass zwischen der US-Regierung und der amerikanischen Privatwirtschaft eine äußerst enge Verbundenheit entstand. Dadurch konnte der Rüstungsapparat ein Eigenleben entwickeln, das sich in politischer Einflussnahme und schädlicher Wirkung auf die Gewaltenteilung äußerte. Exekutive und Privatwirtschaft bildeten eine Symbiose: Sie schützten und bestärkten sich gegenseitig und erzeugten so ein Klima, das sich durch verminderte Transparenz und Verantwortlichkeit sowie letztlich durch eine ungezügelte Exekutivgewalt auszeichnete. Während seiner

Zeit im Weißen Haus versah Roosevelt die Exekutive mit einer bis dahin unvorstellbaren Geheimhaltungs-, Autonomie- und Machtfülle.⁴

Die von Präsident Harry Truman angeordnete Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki war, von der strategischen Effektivität einmal abgesehen, ein extremer Fall von verselbstständigtem Militarismus. Durch den maßgeblich von den USA bewirkten Sieg im Krieg wurden übermäßige Exekutiv- und militaristische Aggressionskräfte entfesselt, die sich noch jahrzehntelang auf Politik und Gesellschaft der Vereinigten Staaten auswirken sollten.⁵ Seit dieser Zeit üben Rüstungsindustriemanager sowohl auf die Innen- als auch auf die Außenpolitik der USA nachhaltigen Einfluss im Sinne ihrer Unternehmen aus.

Nach der kriegsbedingten Hochkonjunktur sanken die Verteidigungsausgaben von 908 Milliarden (1945) auf 141 Milliarden Dollar (1947).⁶ Doch sah man sich durch die wachsende sowjetische Bedrohung bald zu erneuter militärischer Aufrüstung gezwungen. Die Vereinigten Staaten wurden anstelle des Vereinigten Königreichs zur westlichen Weltmacht Nummer eins. Und durch die Truman-Doktrin wurde die Dominotheorie auf den Weg gebracht, die die bedeutendste Erweiterung der amerikanischen Außenpolitik seit der Monroe-Doktrin von 1823 darstellte. Truman zufolge bedeutete eine Bedrohung freier Menschen irgendwo auf der Welt eine Bedrohung der Vereinigten Staaten, und daraus folgte für die USA der Auftrag, die freie Welt überall und jederzeit zu schützen. Er verlangte also eine ständige militärische Bereitschaft und verwischte dadurch die Trennlinie zwischen Friedens- und Kriegszeit. Durch das Sicherheitsgesetz von 1947, den sogenannten National Security Act, konzentrierte sich die Kriegsführungsgewalt verstärkt in den Händen der Exekutive.⁷

Die Schaffung eines auf nationale Sicherheit bedachten Staates, durch die ab 1947 das Verteidigungs- auf Kosten des Außenministeriums mehr Befugnisse erhielt, war für die Rüstungsindustrie ein Geschenk des Himmels. Seither ist das Verteidigungsministerium zum Gravitationszentrum eines kaum überschaubaren Systems von Rekrutierungsbüros, Militärbasen, Labors, Testgeländen, Kommandozentralen, Rüstungsunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen geworden. Der Kalte Krieg ließ Militär und Industrie so eng wie noch nie zusammenarbeiten und gemeinsam verstärkten Einfluss auf die Politik nehmen. So entstand der von Eisenhower beschriebene »militärisch-industrielle

Komplex«.⁸

Als die Vereinigten Staaten knapp drei Monate nach seinem Amtsantritt wiederum mehr Geld für Verteidigung als für grundlegende menschliche Bedürfnisse auszugeben begannen, sagte US-Präsident Eisenhower in seiner Rede »Chance for Peace« am 16. April 1953 vor dem Verband der amerikanischen Zeitungsverleger: »Jede Herstellung einer Kanone, jeder Stapellauf eines Kriegsschiffs, jeder Abschuss einer Rakete bedeutet Diebstahl an den Hungernden, die keine Nahrung bekommen, und an den Frierenden, die keine Kleidung erhalten.«⁹

Trotz dieser Ansicht ließ die Eisenhower-Regierung in verschiedenen Ländern, darunter Guatemala und Iran, Geheimdienstaktionen durchführen. Dadurch wollte man in erster Linie im Kampf gegen den Kommunismus geostrategisch Boden gut machen; mit der Zeit ging es aber auch zunehmend um privatwirtschaftliche Interessen. Der Marinesoldat mit den meisten Orden in der Geschichte der USA und zweimal verliehener höchster Tapferkeitsmedaille, Generalmajor Smedley Butler, sagte über seine Beteiligung an profitgetriebenen Militäraktionen der USA rund um den Globus: »Ich habe dreiunddreißig Jahre und vier Monate aktiv gedient, und mein Militärdienst hat die meiste Zeit über darin bestanden, die Muskeln für die Großindustrie spielen zu lassen. Kurz gesagt: Ich bin als hochrangiger Gangster und Ganove für den Kapitalismus tätig gewesen.«¹⁰

Neu an den unter Eisenhower eingeleiteten verdeckten Aktionen war, dass die CIA dazu eingesetzt wurde, im Verborgenen Pläne umzusetzen, die zuvor in einem kleinen Kreis von Regierungsvertretern, handverlesenen Kongressabgeordneten und deren Freunden aus der (vor allem Rüstungs-) Industrie ausgeheckt worden waren. Die Gründung der CIA im Jahr 1947 führte zur Entstehung eines neuen Geheimhaltungsschleiers und zur Verringerung der Verantwortlichkeit, wodurch die Trennlinie zwischen dem Staatsinteresse der USA und den privatwirtschaftlichen Interessen regierungsfreundlicher Konzerne noch einmal verwischt wurde.¹¹

Aus diesem Interessengeflecht heraus wurde Eisenhower trotz seiner bemerkenswerten Militärlaufbahn beschuldigt, er sei gegenüber der Sowjetunion zu nachgiebig und Schuld daran, dass man ihr beim Wettrüsten hinterherhinke. Diese Kritik kam in Gestalt zweier propagandistischer Vorwürfe: der »Bomber-« und der »Raketenlücke«. Beide belegten wie hinterlistig die Interessen von

und der »Raketengrube«. Beide belegten, wie untrennbar die Interessen von Militär, Kongress und Rüstungsindustrie verflochten waren.

Die politische Ente von der angeblichen »Bomberlücke« brachten hochrangige Vertreter der Luftwaffe und der Rüstungsindustrie vereint in Umlauf, um Geld für mehr Bombenflugzeuge locker zu machen. Sie behaupteten, die Vereinigten Staaten seien bei der Produktion von atomwaffenfähigen strategischen Düsenbombern gegenüber der UdSSR ins Hintertreffen geraten. Trotz gegenteiliger Beweise streuten Kongressmitglieder diese Nachricht unters Volk; besonders hervor tat sich dabei der demokratische Senator für Missouri und frühere Leiter des Luftwaffenamts, Stuart Symington. Er war der Prototyp vieler heutiger Kongressmitglieder, die sich durch Lobby-Arbeit und die Verbreitung von Angst für die Bestrebungen des militärisch-industriellen Komplexes stark machen. Eisenhower meinte dazu: »Jede Gemeinde mit einer Rüstungsfabrik oder einer Militäreinrichtung profitiert von den vor Ort ausgegebenen Geldern und den so geschaffenen Arbeitsplätzen. Dadurch stehen die politischen Vertreter solcher Gemeinden ständig unter dem Druck, für eine maximale Auslastung der betreffenden Fabrik oder Einrichtung Sorge zu tragen.«¹² Obwohl die Bomberlückenbehauptung widerlegt wurde, erzielte sie die gewünschte Wirkung: Die amerikanische Luftwaffe wurde enorm verstärkt.

Die Vorstellung von einer »Raketengrube« tauchte nach dem erfolgreichen Start der ersten russischen Weltraumrakete *Sputnik 1* auf. Aktiv war hier wiederum Senator Symington und außerdem sein ehemaliger persönlicher Assistent aus der Zeit im Luftwaffenamt, der als nunmehriger Rüstungsmanager mit seinem Unternehmen helfen wollte, für 1,5 Millionen Dollar pro Stück die »Raketengrube« zu stopfen. Als die Rüstungsfirmen Boeing und Douglas das Thema weiter anheizten, sah Eisenhower sich zu der Bemerkung veranlasst, er habe von dieser Art der Lobby-Arbeit langsam die Nase voll: »Allmählich zeigt sich, dass es bei dieser Sache durchaus nicht um die Landesverteidigung geht, sondern nur um noch mehr Mäuse für ein paar schon reichlich fette Katzen.«¹³ Der junge Senator John F. Kennedy war es, der als erster den Begriff von der »Raketengrube« einsetzte, um erst Eisenhower und dann Nixon in Verlegenheit zu bringen. Als er selbst Präsident geworden war, musste er zugeben, dass es sich um ein Ammenmärchen gehandelt hatte. Nachdem Kennedy im Präsidentschaftswahlkampf Eisenhower zu große Nachgiebigkeit gegenüber den

Sowjets vorgeworfen hatte, zeigte er sich anschließend weltweit als Falke, in dessen Regierungszeit »die weitreichendsten je zu Friedenszeiten in diesem Land verwirklichten Verteidigungsverbesserungen« fielen.¹⁴ Das führte zum bis dahin größten Anstieg bei den Rüstungsausgaben in Friedenszeiten: von 371 Milliarden Dollar im Jahr 1961 auf 388 Milliarden 1962.¹⁵ Außerdem brockte Kennedy den USA Vietnam ein.

Als ehemaliger Militär verstand Eisenhower nur zu gut, dass es sich beim amerikanischen Rüstungsgeschäft um eine systematische Absprache handelte, an der nicht nur die Rüstungswirtschaft und das Militär, sondern auch der Kongress beteiligt waren. Seine Enkelin Susan, als Wissenschaftlerin eine bekannte Expertin zur Geschichte des »Kalten Kriegs«, erklärt in diesem Zusammenhang, ihr Großvater habe den Kongress »eindeutig als Teil eines Dreiecksverhältnisses« gesehen.¹⁶ Angesichts dieser symbiotischen Beziehung haben manche Kritiker inzwischen auch den US-Kongress begrifflich dingfest gemacht: Sie sprechen vom »*military-industrial-congressional complex*« (MICC) oder auch vom »eisernen Dreieck«, dem »*iron triangle*«. ¹⁷ Ein langjähriger Kongressmitarbeiter beschrieb mir gegenüber diese stille Duldung als »legale Korruption«.

Was beim offiziellen Rüstungsgeschäft in den USA schief läuft, lässt sich gut an den nicht unumstrittenen, sich teilweise kreuzenden Berufswegen von zwei Männern ablesen, die als Mittsiebziger Anfang Februar 2010 im Abstand von zwei Tagen gestorben sind. Der eine saß seit rund sechsunddreißig Jahren im Kongress, der andere hatte früher als Abgeordneter dort vierundzwanzig Jahre verbracht. Beide machten in einem System Karriere, das auf einem von Rüstungsunternehmen, Lobbyisten, Parlamentariern, dem Weißen Haus und dem Pentagon gebildeten Kreis der Vetternwirtschaft beruht. Dieses System ist auf gegenseitigen Nutzen ausgerichtet und nach US-Recht nicht unbedingt ungesetzlich, würde aber in einigen anderen Weltgegenden als Korruption eingestuft.

John Murtha, der am 8. Februar 2010 im Alter von siebenundsiebzig Jahren starb, schaffte es 1974, als erster Vietnamkriegsteilnehmer ins Repräsentantenhaus gewählt zu werden.¹⁸ Dass er als Angehöriger der Demokratischen Partei in einem Wahlkreis mit stark konservativer Tradition den

Wahlsieg errang, wurde teilweise als Votum gegen Präsident Richard Nixon verstanden. Murthas Wahlkampfmotto lautete: »*One honest man can make a difference*« – »schon ein ehrlicher Mann kann etwas ändern« – eine Anspielung auf Nixons zweifelhafte ethische Gesinnung.

Ironischerweise galt John Murtha zum Zeitpunkt seines Todes als Personifizierung der im Kongress grassierenden Praxis der Mittel-Zweckbindung. Durch Zweckbindung sorgen die Parlamentarier dafür, dass Bundesmittel einem willkürlich bestimmten Haushaltsposten zugeschlagen oder mit einem thematisch völlig anders ausgerichteten Gesetzestext verknüpft werden und so ohne Ausschreibung eigenen Lieblingsprojekten oder bevorzugten Unternehmen zufließen können. Diese Zweckbindung wird dem Gesetz »angeheftet« wie die »Ohrmarke« einer Kuh; daher spricht man in den USA von »*earmarks*«. Der Kongressabgeordnete Murtha sah sich zu Lebzeiten einem Trommelfeuer von Fragen nach möglicher Befangenheit ausgesetzt, weil Manager und Lobbyisten der dank seiner Tätigkeit mit Aufträgen bedachten Firmen zu seinen großzügigsten Wahlkampfspendern gehörten.

Murtha, der 1989 Vorsitzender des mächtigen Unterausschusses für die Bewilligung von Mitteln für den Verteidigungssektor geworden war, trug den Spitznamen »Speckkönig«, weil er so viele Steuergelder in die Gegend seiner Heimatstadt Johnstown lenkte; allein im Haushaltsjahr 2008 waren es 192 Millionen Dollar gewesen.¹⁹ Seine Freigebigkeit äußerte sich vor allem darin, dass er Firmen, die ihren Sitz oder wenigstens eine kleine Zweigniederlassung in seinem Wahlkreis hatten, Rüstungs- und militärische Forschungsaufträge zuschanzte.²⁰ Kritische Beobachter setzten seinen Namen regelmäßig auf die Liste der korruptesten Abgeordneten des Repräsentantenhauses.²¹

Die einflussreiche Lobby-Agentur PMA Group – deren Gründer, Paul Magliocchetti, nicht nur eng mit Murtha befreundet, sondern zeitweilig auch sein Mitarbeiter im Unterausschuss gewesen war – erzielte einen besonderen Erfolg: Sie erreichte, dass ihre Klienten von Murtha mit zweckgebundenen Haushaltsmitteln bedacht wurden. Im Gegenzug ließen die betreffenden Unternehmer sowie einige PMA-Mitarbeiter dem Kongressabgeordneten großzügige Wahlkampfspenden zukommen.²²

Im Oktober 2008 wurden die PMA-Geschäftsräume in Arlington im Rahmen

einer Ermittlung wegen unzulässiger Wahlkampfspenden vom FBI durchsucht. Man beschuldigte Magliocchetti der Bestechung und Verschwörung in elf Fällen; im Wesentlichen ging es um die Kanalisierung von illegalen Spendengeldern an Parlamentarier. Im Jahr darauf entschied der Ethikbeirat für den Kongress, in der PMA-Angelegenheit nicht weiter gegen Murtha zu ermitteln, und empfahl der Ethikkommission des Repräsentantenhauses, keine Schritte gegen den Abgeordneten einzuleiten. Magliocchetti bekannte sich im September 2010 schuldig, Wahlkampffinanzierungsvorschriften des Bundes verletzt zu haben.²³

Murthas Machtposition erwies sich auch für seine Familie als nützlich. Sein Bruder, Robert C. »Kit« Murtha, wurde Rüstungslobbyist und erhielt einen leitenden Posten bei der Lobby-Agentur KSA, deren Kunden durch den Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses oft an millionenschwere Aufträge gelangten.²⁴ Dessen Sohn, Robert C. Murtha junior, bezog jahrelang ein Spitzeneinkommen, weil er mit Firmen zusammenarbeitete, die von Aufträgen des Verteidigungsministeriums abhängig waren, bei deren Bewilligung sein Onkel ein entscheidendes Wörtchen mitzureden hatte. Sein Unternehmen Murtech verdiente durch nicht ausgeschriebene Pentagon-Aufträge Millionen.²⁵

Die *Washington Post* veröffentlichte Unterlagen, die belegen, wie Robert Murtha sein einflussreiches Verwandtschaftsverhältnis bei Geschäftsverhandlungen als Hebel benutzte, um sich bei Militäraufträgen eine ungewöhnliche Machtstellung zu sichern. Im Jahr 2001 zum Beispiel erzählte Murtha junior einem Geschäftspartner, dass die Finanzmittel nur unter bestimmten Bedingungen flössen. Man müsse immer darauf achten, dass ein Teil der Arbeiten nach Johnstown vergeben werde, der Heimatstadt seines Onkels im Bundesstaat Pennsylvania. Nur unter dieser Voraussetzung könne man selbst an Dollars kommen.²⁶ Ein ehemaliger Murtech-Mitarbeiter hat ausgesagt, die Firma habe für die Erledigung mancher Aufträge praktisch keinen Finger rühren müssen.²⁷

Im Juli 2010 bekannte sich der ehemalige Manager eines eng mit John Murtha verbundenen Rüstungsunternehmens aus Pennsylvania schuldig, von einer Partnerfirma Bestechungsgeld genommen zu haben. Richard Ianieri gab zu, als damaliger Chef von Coherent Systems International von einem Subunternehmen 200000 Dollar an »Zuwendungen« akzeptiert zu haben. Bestechungsgelder

flossen auch an Kuchera Defense Systems in Murthas Wahlkreis. Ianieri und andere leitende Coherent-Mitarbeiter spendeten ab 2003 insgesamt 92000 Dollar an Kongressmitglieder, wobei 34700 Dollar davon an Murthas Aktionskomitee beziehungsweise seinen Wahlkampfonds gingen.²⁸ Die Firma Kuchera, der Murtha mit Militäraufträgen im Gesamtwert von über 100 Millionen Dollar zu Wachstum verholfen hatte, wurde während der Ermittlungen wegen betrügerischer Rechnungsstellung von jeder weiteren Auftragsvergabe der Marine ausgeschlossen.²⁹ Leitende Firmenmitarbeiter bedachten Murthas Wahlkampfonds mit insgesamt 60000 Dollar. Kuchera war zwar kein PMA-Kunde, nahm aber mehrere Jahre lang die Lobby-Arbeit von John Murthas Bruder Kit in Anspruch.³⁰

Ein Jahr vor seinem Tod erklärte Murtha gegenüber der *Pittsburgh Post-Gazette*, dass jeder Abgeordnete für die eigene Klientel Sorge trage: »Wenn ich korrupt bin, dann weil ich für meinen Wahlkreis Sorge ... Jeder Präsident würde gerne den Kongress außen vor lassen und allein die Macht in Händen haben. Aber wir sind näher an den Menschen dran.«³¹

Der John Murtha Johnstown-Cambria County Airport, der auf einem windzerzausten Berg drei Autostunden von Washington DC entfernt liegt, umfasst eine versiegelte Fläche von 263 Hektar mit ausladenden Gebäuden, einer Hubschrauberhalle und einem Übungszentrum der Nationalgarde. Dem einheimischen Wohltäter und seiner Karriere wurde damit ein würdiges Denkmal gesetzt. Der Flughafen existiert nur, weil Murtha für dessen Errichtung und Ausbau ein Jahrzehnt lang insgesamt 200 Millionen Dollar an Bundesmitteln beschafft hat. Als 2009 ein Wirtschaftsförderungspaket verabschiedet wurde, war Murthas Flughafen die erste Einrichtung, die Mittel aus diesem Topf erhielt: 800000 Dollar zur Ausbesserung einer Ersatzlandebahn. Dabei übertrifft werktags die Zahl der Sicherheitsleute und Kontrolleure häufig die der Passagiere, denn die drei Linienflüge zum Flughafen Dulles International werden durchschnittlich nur von jeweils vier Personen genutzt. Kürzlich klagte der aus Johnstown stammende Bill Previte, dass das Flugzeug, mit dem er morgens angekommen war, halb leer gewesen sei und die Ankunftshalle völlig verlassen gewirkt habe. Ob es nicht lächerlich sei, für eine oder zwei Handvoll Passagiere jedes Mal das Gepäckförderband in Gang zu setzen? »Es ist doch offensichtlich, dass es hier nicht genug Einwohner gibt, um diesen Flughafen zu

rechtfertigen.« Nach einer Investition von 30 Millionen Dollar für Ausbau und Verbesserungen dient der wenig genutzte Zubringerflughafen nun außerdem dem Pentagon als Bereitschaftseinrichtung für Kriegszeiten.³²

Die von Murtha beschafften Gelder haben seiner wirtschaftlich darbedenden Heimatstadt zweifellos zu etwas Aufschwung verholfen, aber längst nicht die eigentlich versprochene Zahl an Arbeitsplätzen gebracht. Laut einer Analyse der *Washington Post* sind bei zehn der sechzehn ortsansässigen Firmen, denen der Kongressabgeordnete zu Bundesmitteln verhalf, weit weniger Arbeitsplätze entstanden als prognostiziert, und die Hälfte dieser Unternehmen hat inzwischen den Betrieb in Murthas ehemaligem Wahlkreis eingestellt.³³

Doch John Murtha war nicht nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Es gab da noch den Idealisten Murtha, der sich selbst durch mächtige Gegner nicht von Dingen abbringen ließ, an die er leidenschaftlich glaubte. Obwohl er Dick Cheney als wichtiger inoffizieller Berater zur Seite gestanden hatte, als der – nach eigenem Eingeständnis »ohne einen Hauch von Ahnung in Verteidigungsfragen« – 1989 Verteidigungsminister geworden war, sprach Murtha sich 2005 vehement für einen vollständigen Truppenabzug aus dem Irak aus, da er in diesem Krieg nur noch einen einzigen Sumpf sehen konnte, für den Amerikaner nicht ihr Leben riskieren sollten. Auf Cheneys Vorwurf, kein Rückgrat zu haben, entgegnete Murtha: »Solche Burschen liebe ich, die sich fünfmal zurückstellen lassen (vom Militärdienst; A. F.) und sich dann keine Ratschläge anhören wollen, von Leuten, die dabei gewesen sind.« Damit spielte er darauf an, dass der US-Vizepräsident in den sechziger Jahren mehrmals um die Einberufung herumgekommen war. Murthas Forderung nach Abzug der amerikanischen Truppen und das anschließende verbale Gerangel mit Cheney bildeten bei der Debatte um den Krieg einen entscheidenden Wendepunkt. Vor allem aber wurde sichtbar, was George W. Bush und Dick Cheney wirklich waren: verbohrt und oftmals ignorante Ideologen, die lieber ihren eigenen Interessen nachgingen, als für die USA oder deren Streitkräfte das Richtige zu tun.³⁴

Als John Murtha starb, schaltete die Firma Lockheed Martin eine ganzseitige Traueranzeige. Ganz unten, unter dem Firmenlogo, war der Lockheed-Martin-Slogan zu lesen: »Wir vergessen niemals, für wen wir arbeiten.«³⁵

Im Herbst 1980 führte das FBI einen verdeckten Anti-Korruptionseinsatz

durch. Ein als arabischer Scheich auftretender FBI-Beamter bat Abgeordnete und einen Senator um politische Gefälligkeiten gegen eine entsprechende finanzielle Zuwendung. Nachdem auch John Murtha ins Blickfeld der Ermittler geraten war, bat der mit ihm befreundete einflussreiche Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, den Kongressabgeordneten Charlie Wilson, sich um einen Posten in der Ethikkommission des Hauses zu bemühen, um Nachforschungen gegen Murtha Einhalt gebieten zu können. Zwar wurde wegen dessen Rolle bei diesem Korruptionsskandal kein Strafverfahren eröffnet, doch wollte das interne Kontrollgremium trotzdem erkunden, ob Murtha durch die unterlassene Meldung des Bestechungsversuchs nicht vielleicht die Regeln des Repräsentantenhauses verletzt hatte.³⁶

Angesichts seines Rufes als trinkfreudiger Schürzenjäger konnte Wilson kaum als erste Wahl für den Posten gelten. So wollte denn auch ein überraschter Journalist von ihm wissen, warum ausgerechnet er für einen Sitz in der als Gewissen des Repräsentantenhauses geltenden Kommission ausersehen worden war. Darauf erwiderte der Gefragte augenzwinkernd: »Weil ich der einzige in der Kommission bin, der Frauen und Whiskey liebt, und unsereins muss schließlich auch repräsentiert werden.«³⁷ Wilson mochte Murtha, den er von der gemeinsamen Arbeit im Bewilligungsausschuss her kannte und besonders als gleichgesinnten Antikommunisten und ordensgeschmückten Kriegsveteranen schätzte. Vielleicht wäre es deshalb gar nicht nötig gewesen, ihm den Kommissionssitz durch einen lebenslangen Logenplatz im Konzertsaal des John-F.-Kennedy-Zentrums schmackhaft zu machen.³⁸

In der Ethikkommission, in der für gewöhnlich eine seriös-gedämpfte Arbeitsstimmung herrscht, trat Wilson als polternder Störenfried auf und erreichte, dass der Sonderermittler seinen Hut nahm und die Untersuchung gegen Murtha eingestellt wurde.³⁹ Diese Rettungsaktion sollte Murtha seinem Abgeordnetenkollegen nie vergessen. Als er Vorsitzender des Bewilligungsausschusses für die Verteidigungsausgaben geworden war, nickte er alle Anträge ab, bei denen es um Wilsons Lieblingsthema ging: Afghanistan.

Charlie Wilson war ein blendend aussehender Texaner, gut eins neunzig groß, scharfgeschnittene Gesichtszüge, braungebrannt, sonore Stimme. Er war immer auffallend gekleidet, trug Hemden in gewagten Farben und dazu passende Hosenträger, und er beschäftigte in seinem Kongressbüro ausnahmslos

hochgewachsene hübsche Frauen, die allgemein als »Charlies Engel« bekannt waren. Wenn man ihn nach seinen Kriterien bei der Einstellung befragte, kam immer die Antwort: »Tippen können sie noch lernen, aber die Titten müssen sie mitbringen.«⁴⁰ Die Schamlosigkeit dieses Polit-Hedonisten gipfelte darin, dass er 1980 in Las Vegas in Begleitung von zwei nackten Stripperinnen in einem Whirlpool im Caesar's Palace Kokain schnupfte und dabei prompt fotografiert wurde.⁴¹

Im Frühsommer desselben Jahres las Wilson in der Speaker's Lobby, dem Aufenthaltsraum der Parlamentarier im Repräsentantenhaus, ein soeben aus Kabul eintreffendes Telex. Darin hieß es, sowjetische Kampfhubschrauber würden in Afghanistan ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen und alle Menschen umbringen, die im Verdacht stünden, Widerstandskämpfern Unterschlupf zu gewähren; Hunderttausende seien auf der Flucht. Besonders interessierte den glühenden Antikommunisten Wilson eine Passage, in der das Vorgehen der afghanischen Kämpfer geschildert wurde: Nachts schlichen sie sich an Russen heran und erstachen oder erschossen sie oder gaben ihnen mit Schaufeln und Steinen eins über den Schädel. Wilson wandte sich sofort an den Ausschussmitarbeiter, der für die Bewilligung von »schwarzen Mitteln« verantwortlich war, also für die Finanzierung verdeckter CIA-Aktionen. Er fragte den Mann, wie viel Geld für Afghanistan eingesetzt werde. »Fünf Millionen«, war die Antwort. »Verdoppeln!«, erwiderte der Texaner.⁴²

Vor Charlie Wilson hatte sich noch nie ein Kongressabgeordneter unaufgefordert für eine Erhöhung des CIA-Etats eingesetzt. Das exklusive Recht dazu hatte der Kongress mit Beginn des Kalten Krieges allein dem US-Präsidenten zugebilligt. Doch so spektakulär eine Verdoppelung der Mittel auch klingen mag, auf den Krieg hatte sie keinerlei erkennbare Auswirkungen.

Auf einer Reise nach Peschawar, die seine reiche Geliebte, Joanne Herring, angeregt hatte, schloss Wilson zwei Jahre später in einem Rotkreuzkrankenhaus voller Freiheitskämpfer, die durch Sowjettruppen verwundet worden waren, »die Afghanen ins Herz«. Die Menschen dort baten ihn um Waffen, mit denen sie die gefürchteten sowjetischen Mi-24-Kampfhubschrauber vom Himmel holen könnten.⁴³ Und solche Waffen erhielten sie dann auch in rauen Mengen, nachdem Wilson für eine Aufstockung der ihnen zgedachten Gelder von ursprünglich 5 Millionen Dollar auf 750 Millionen im Jahr gesorgt hatte. In

diesem Zusammenhang überredete Wilson nicht nur seine Ausschusskollegen zu Mittelerhöhungen, sondern brachte auch die Saudis – in Gestalt von Verteidigungsminister Prinz Sultan und dessen Sohn Prinz Bandar – dazu, auf jeden von den USA aufgewendeten Dollar einen weiteren Dollar draufzulegen.⁴⁴ Prinz Bandar, der Wilson und Herring des Öfteren in dem Wüstenkönigreich als Gäste willkommen hieß, war gerne bereit, den Geheimkrieg mitzufinanzieren.⁴⁵

Um die amerikanischen Spuren zu verwischen, bestellte Wilson Flugabwehrgeschütze aus Israel, Munition aus Ägypten und preisgünstige Sturmgewehre aus China. Als sein Bemühen, die Afghanen mit Stinger-Raketen auszurüsten, auf Widerstand stieß, bohrte er so lange nach, bis auch diese – für die spätere Kriegswende entscheidenden – Waffen geliefert wurden. Zur Behebung von Transportproblemen sandte er den »Mudsch«, wie er sie nannte, Esel aus Tennessee. Und als die CIA ihnen keine Funkgeräte geben wollte, kaufte Wilson bei einer großen amerikanischen Elektromarktkette für 12000 Dollar einen ganzen Schwung davon. Er reiste ganze zweiunddreißigmal in jenen Teil der Welt und wurde dabei zum Erstaunen der afghanischen Kriegsherren und des pakistanischen Generals Zia von attraktiven jungen Frauen in hautengen pinkfarbenen Overalls begleitet, die er »Schneeflocke« und »Zuckermaus« nannte.⁴⁶

Innerhalb von zehn Jahren wurden auf den Rücken von Kamelen, Mulis und Eseln Milliarden von Kugeln und Hunderttausende von Waffen über die Grenze geschmuggelt. Schließlich verfügten mehr als 300000 afghanische Kämpfer über von der CIA besorgte Waffen, und Tausende hatten eine spezielle Guerilla-Ausbildung erhalten. 28000 sowjetische Soldaten wurden getötet, ehe die Truppen Anfang 1989 das Land verließen.

Die gesamten achtziger Jahre hindurch waren die afghanischen Mudschaheddin Amerikas Stellvertretersoldaten in dem brutalen Guerillakrieg, der zum Vietnam der Russen wurde und dessen Ausgang mitentscheidend war für den Zusammenbruch der UdSSR. Dieser größte Geheimkrieg der Geschichte wurde ohne Kongressdebatten und ohne Straßenproteste ausgefochten.⁴⁷

Als sich die Sowjets zum Abzug aus Afghanistan gezwungen sahen, äußerte der pakistanische Militärbefehlshaber General Ziaul-Haq, was viele dachten: »Charlie hat's geschafft!« Das war nicht zuletzt auch die Meinung der CIA, die Wilson daraufhin mit dem selten verliehenen Titel »Ehrenkollege« bedachte.⁴⁸

Bei einer Nahostreise wurde Wilson in Saudi-Arabien als besonders geschätzter Gast behandelt; den Schlüssel zu einer großzügigen Hotelsuite bekam er mit den Worten überreicht: »Herr Abgeordneter, wir möchten Sie wissen lassen, dass diese Räumlichkeiten größer sind als die, in denen George Bush übernachtet hat. Herr Bush ist nur Vizepräsident, Sie aber haben den Afghanistankrieg gewonnen.«⁴⁹

Der Autor George Crile schildert die unglaubliche Leidenschaft, mit der sich Wilson für die Afghanen eingesetzt hat, und bestätigt damit doch nur ungewollt die Ansicht des Pulitzer-Preisträgers Steve Coll, der anmerkte, Wilsons »whiskeygeschwängelter Romantizismus« habe die Mudschaheddin gnadenlos verklärt – »zu edlen Wilden, die einen gleichsam biblischen Kampf um die Freiheit führen«.⁵⁰ Doch Wilson hat nicht nur einen Krieg gnadenlos verklärt, sondern auch dafür gesorgt, »dass die USA zum meistgehassten Staat auf Erden wurden und eine ganze Folge von Blowbacks erleben mussten, die schließlich in den Angriffen vom 11. September 2001 gipfelten«.⁵¹

Warnhinweise gab es schon früh, aber Wilson war für vernünftige Argumente kaum zu haben. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen nahmen die afghanischen Freischärler ihre jahrhundertealten Fehden wieder auf, nur dass sie jetzt mit allen hochmodernen Rüstungsgütern im Wert von mehreren hundert Millionen Dollar ausgerüstet waren. Die Russen pumpten weiterhin schätzungsweise 3 Milliarden Dollar pro Jahr in das bergige Land, um die Marionettenregierung, die sie hinterlassen hatten, zu stützen; gleichzeitig ließ die CIA mit saudischer Hilfe den kriegführenden lokalen Machthabern nach wie vor riesige Waffenmengen zukommen. Von russischer Seite war zu hören, dass der in der Region aufgetauchte militante Islamismus den Vereinigten Staaten genauso gefährlich werden könnte wie der Sowjetunion, doch obwohl Wilson das auch von eigenen Leuten des Öfteren gesagt bekam, setzte er sich unbekümmert darüber hinweg.⁵²

Durch die Mittel, die in den folgenden zwei Jahren dank Wilsons Einsatz und saudischer Zusagen flossen, erhielten die Mudschaheddin zur Kriegsführung jährlich fast eine halbe Milliarde Dollar. Darüber hinaus wurden sie von den USA in reichlichem Maß mit irakischen Waffen beschenkt, die man im Golfkrieg erbeutet hatte. Unter den Afghanen führte das zunehmend zu inneren Konflikten. Als Saddam Hussein mit seinen Truppen 1990 in Kuwait

einmarschierte, war er immerhin von nicht wenigen Afghanen bejubelt worden. Wilson hingegen griff immer öfter zur Flasche und wollte nicht sehen, welchen Weg seine geliebten »Freiheitskämpfer« inzwischen eingeschlagen hatten.⁵³

Im Schutz der CIA war Afghanistan zu einem Sammelplatz für militante Moslems aus aller Welt geworden. Schon beim ersten Golfkrieg äußerte der Mudschaheddin-Führer Gulbuddin Hekmatyar, der bei den Amerikanern großes Ansehen genoss, die Ansicht, dass die Vereinigten Staaten nach der Weltherrschaft trachteten und das moslemische Öl in die Hand bekommen wollten. Dschalaluddin Haqqani, den Wilson als »Güte in Person« bezeichnet hatte, zog schon seit Längerem extremistische Freiwillige aus Saudi-Arabien an. Einer davon war Osama bin Laden, und er war des Öfteren genau dort anzutreffen, wo Wilson Haqqanis Ehrengast gewesen war. Als ein von der CIA besonders geschätzter Befehlshaber erhielt Haqqani vom CIA-Stützpunkt in Islamabad Monat für Monat ganze Koffer voll Geld.⁵⁴

Das zehn Jahre lange Engagement der CIA hatte aus primitiven Stammestruppen hochgerüstete Kampfverbände gemacht. Vom Geist des Dschihad durchdrungen, glaubte man daher, es mit der Supermacht USA aufnehmen zu können – man hatte schließlich schon einmal eine Supermacht besiegt.⁵⁵ Es waren diese Kämpfer oder ihre Nachfolger, die 1996 im saudi-arabischen Zahran neunzehn amerikanische Soldaten töteten, die 1998 auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania Bombenanschläge verübten, im Jahr 2000 im Hafen von Aden ein Loch in den Rumpf der USS Cole bombten und am 11. September 2001 Flugzeuge in die Zwillingstürme des World Trade Center sowie ins Pentagongebäude lenkten.⁵⁶

Unmittelbar nach den Ereignissen des 11. September tröstete Wilson sich damit, dass alle Täter Araber gewesen seien und keine Afghanen. Aber die Wahrheit ließ sich nicht mehr länger leugnen, nachdem zu erfahren war, dass alle Flugzeugentführer sich mindestens eine Zeitlang in Afghanistan aufgehalten hatten. Die Regierung Bush hob diesen Punkt besonders hervor und setzte die Taliban unter Druck, weil sie Osama bin Laden Unterschlupf gewährt und Afghanistan zur Brutstätte des internationalen Terrorismus hatte werden lassen. Als der US-Präsident zum »Krieg gegen den Terror« rief, stellte sich die amerikanische Öffentlichkeit hinter ihn. Über die Rolle, die die USA bei der Bewaffnung ihrer eigenen Angreifer gespielt hatte, wurde kaum ein Wort

verloren, und das selbst dann noch, als die CIA – wenn auch ohne Erfolg – versuchte, nicht nur Osama bin Laden, sondern gleich noch Hekmatyar und Haqqani umzubringen.⁵⁷

Als man ihm vorhielt, er habe die Anfänge von bin Ladens Al-Qaida-Bewegung unterstützt, behauptete Wilson auch weiterhin, man habe in Afghanistan die Sowjetunion »ruhmreich« niedergeworfen und dadurch »die Welt verändert«, doch »dann die Schlussphase vermasselt«.⁵⁸ In Wirklichkeit war der Keim für den entsetzlichen Blowback-Effekt, den der 11. September darstellt, bereits mit der ersten Waffenlieferung nach Afghanistan gelegt worden.

Nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Chalmers Johnson war der eigentliche Afghanistan-Gewinner der militärisch-industrielle Komplex – weil »die Waffen im Wert von mehreren Milliarden Dollar, mit denen Wilson heimlich die Kämpfer versorgt hatte, schließlich gegen uns gekehrt wurden«,⁵⁹ denn jetzt mussten zum eigenen Schutz noch mehr Waffen und Dienstleistungen derselben Unternehmen in Anspruch genommen werden.

Charlie Wilson starb im Alter von sechsundsiebzig Jahren, zwei Tage nach seinem engen Kollegen John Murtha. »Er war ein Gauner, aber er war unser Gauner«, meinte nach Wilsons Ableben der Bürgermeister seiner Heimatstadt Lufkin.⁶⁰

John Murtha wurde einen Monat vor seinem Tod gefragt, was er von Präsident Obamas Vorhaben halte, alle zweckgebundenen Mittel und diskretionären Ausgaben einzufrieren und die Verteidigungsausgaben transparenter gestalten zu wollen. Murtha hatte lachend geantwortet: »Nun, vorhaben kann er das, aber wir sind die Leute, die darüber entscheiden. Daran erinnere ich die anderen immer.«⁶¹

Präsident Obama übernahm beim Amtsantritt die mächtigste Streitmacht der Welt. Sie ist auch die teuerste und vermutlich korrupteste.

Die Vereinigten Staaten sind weltweit der bei weitem größte Hersteller, Käufer und Verkäufer von Rüstungsgütern. Auf ihr Konto gehen rund 40 Prozent aller Waffenverkäufe, 2008 waren es sogar 61 Prozent.⁶² Seit 2001 sind die Kosten für das US-Militär um 81 Prozent gestiegen und betragen inzwischen 43 Prozent aller weltweiten Militärausgaben – sechsmal so viel wie die des zweitplatzierten Landes, China. Mit 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bilden die US-Militärausgaben eine besonders große

wirtschaftliche Belastung – so groß wie sonst höchstens noch im Nahen Osten.⁶³ Anders als in Europa sind daher in den USA für die dortigen Rüstungsfirmen landeseigene Aufträge wichtiger als ausländische. Während im Exportbereich die Korruption aufgrund strengerer Gesetze und schärferer Kontrollen gesunken ist, haben die Bedeutung des Inlandsmarktes sowie das Bestreben der gewählten Volksvertreter, zugunsten ihrer Wähler für Arbeitsplätze zu sorgen und den alle zwei Jahre benötigten Wahlkampftopf zu füllen, zu systematischer, legaler, und damit ungeahndeter, Korruption geführt:

Unsere Korruption ist legal ... Das Pentagon bekommt immer, was es will. Und wir verkaufen an so gut wie jedermann und sind nicht besonders daran interessiert zu erfahren, was nach dem Verkauf passiert. Pakistan, Kolumbien, Taiwan, der Nahe und Mittlere Osten, die Saudis. Oftmals verkaufen wir ihnen die Waffen gar nicht, sondern geben sie ihnen so. Dadurch erkaufen wir uns politischen Einfluss und amerikanische Arbeitsplätze. Das ist die mächtigste Lobby, die es gibt. Ich glaube nicht, dass Obama ihr widerstehen kann.⁶⁴

Der Militarismus ist längst zu einem identitätsstiftenden Faktor im amerikanischen Staat geworden, weshalb er auch fast nie hinterfragt wird.⁶⁵ Er wird genährt von wirtschaftlichen und politischen Interessen, dem sogenannten militärisch-industriellen Komplex, der, genau wie Eisenhower vorausgesehen hat, »übermäßig Macht ausübt« und »unsere demokratischen Prozesse gefährdet«.⁶⁶

Die bedeutendsten US-Rüstungsunternehmen schafften es mithilfe ihrer Regierung, durch Bestechung und aggressiven Wettbewerb bis Ende der siebziger Jahre weltweite Überlegenheit zu erlangen. Der favorisierte Lockheed-Konzern stand der CIA sehr nahe, verkaufte Rüstungsgüter an die mithilfe des Geheimdienstes gestützten Staaten und beteiligte sich aktiv an einigen nicht gerade ehrenhaften CIA-Aktionen in Fernost und in dem fast sprichwörtlichen Dorado für Waffenhändler, Lateinamerika.⁶⁷

Dieser weltgrößte Rüstungskonzern dominiert den Waffenhandel zusammen mit drei anderen Großunternehmen: den zwei amerikanischen Konzernen Boeing und Northrop Grumman und der britischen Firma BAE. Nach schwierigen Anfangsjahren, in denen Lockheed quasi von einer Finanzkrise in die nächste schlitterte, wurde das Unternehmen 1932 von Robert Gross aufgekauft⁶⁸ und gelangte unter seiner Regie zu politischem Einfluss. Lockheed baute Electra-

Transportflugzeuge. Eines davon ist in dem Film *Casablanca* in der Schlusszene zu sehen. Die Transportmaschinenproduktion allein machte die Firma aber noch nicht rentabel. Also kümmerte sich Gross um »Regierungsaufträge für Kampfmaschinen«, obwohl er eigentlich »nicht von den Licht-und Schattenseiten der Politik abhängig sein« wollte.⁶⁹ Seine Bedenken gegen Rüstungsgeschäfte hatten nichts mit moralischen Skrupeln zu tun, wie man etwa daran sehen kann, dass Gross kurz vor dem Zweiten Weltkrieg der japanischen Armee Electras verkaufte und dadurch das faschistische Regime stärkte. In den Jahren 1934 bis 1938 beliefen sich die Flugzeugverkäufe aus den USA nach Europa auf über 42 Millionen Dollar, wobei Maschinen im Wert von jeweils über 2 Millionen Dollar nach Großbritannien, Nazi-Deutschland und ins faschistische Italien gingen. Die Verkäufe nach Japan hatten einen Umfang von 15,5 Millionen Dollar. 1938 bestellte die Royal Air Force von Lockheed zweihundert Hudson-Bomber. Als im September 1939 den US-Bürgern per Gesetz verboten wurde, Rüstungsgüter an kriegsbeteiligte Länder zu liefern, erwarb Lockheed einen Flugplatz, der teils auf amerikanischem, teils auf kanadischem Boden lag. Die Hudson-Bomber wurden zum amerikanischen Teil des Flugplatzes gebracht, mit Zugmaschinen über die Grenze in den kanadischen Teil geschleppt und von dort nach England geflogen. Dieses Geschäft machte Lockheed zu einem führenden Rüstungsunternehmen.

Als dann bei Kriegsende das weitere Wohlergehen der Firma auf dem Spiel stand, suchte Gross die Nähe zur Politik, um dauerhaft ein hohes Budget zur Anschaffung von Militärflugzeugen zu erreichen. Bei einer Anhörung vor dem Senatsausschuss zu Fragen der Landesverteidigung erklärte er: »Mir fällt es sehr schwer, vom Flugzeug als Kriegswaffe zu reden. Dafür zu plädieren, bin ich als Geschäftsmann nicht egoistisch genug, aber als Bürger dieses Staates ist es meine Pflicht, dies zu tun.«⁷⁰

Laut William Hartung, der ein Buch über dieses Unternehmen und seine Rolle bei der Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes verfasst hat, zahlte sich diese Verflechtung von Unternehmens-, Industrie- und Staatsinteressen in den folgenden Jahrzehnten für die Firma Lockheed und ihre Konkurrenten aus. Dass dann die Militärausgaben kräftig flossen, lag letztlich aber nicht an den spitzfindigen Argumenten des Firmenchefs, sondern an einem Krieg: dem Koreakrieg. Lockheed lieferte der US-Armee – mit saftigen Profitraten – nicht

nur verschiedene Rüstungsgüter, sondern auch gleich die Transportmittel dazu.

Der Kalte Krieg wirkte sich ebenfalls gut auf die Geschäfte der Firma aus. Lockheed produzierte Raketen, Raumfahrzeuge und modernste Spionageflugzeuge, mit denen die CIA die militärische Stärke der Sowjetunion auskundschaften konnte. Doch trotz des warmen Geldregens steckte das Unternehmen spätestens 1960 wieder in finanziellen Nöten, die nur dank der von der Kennedy-Regierung betriebenen Aufrüstung beseitigt werden konnten.

Das war aber nicht von Dauer: Wie die meisten anderen Rüstungsunternehmen des Landes auch befand sich Lockheed trotz der verstärkten Aufrüstung des Landes schon bald wieder in Schwierigkeiten. Hauptursache dafür war das größte jemals gebaute Militärflugzeug, die »C-5A Galaxy«. Die US-Luftwaffe benötigte nach eigener Ansicht ein Riesenflugzeug, um große Truppenkontingente und beträchtliche Ausrüstungsmengen in kürzester Zeit an jeden Punkt der Erde bringen zu können. Dieses Flugzeug war die Galaxy – mit einer Länge von rund 80 Metern, fast 70 Metern Flügelspannweite und einem Leitwerk so hoch wie ein sechsstöckiges Haus. Trotz ihrer Größe sollte die Transportmaschine nur eine 1200 Meter lange unbefestigte Piste benötigen.⁷¹

Dieses gigantische Flugzeug, das die USA in die Lage versetzen sollte, bei Bedarf überall in der Welt ad hoc eine Militärbasis zu errichten, stieß bereits in der Planungsphase auf Kritik. Der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses William Fulbright äußerte 1969 die Befürchtung, angesichts solcher Transportkapazitäten würden die Vereinigten Staaten in Versuchung geraten, sich in jeden irgendwo ausbrechenden Konflikt einzumischen.

Wäre es nach den Verantwortlichen im Beschaffungsamt der Luftwaffe gegangen, wäre die Galaxy nie gebaut worden. Sie waren der Ansicht, die von Boeing eingereichten Pläne seien dem Lockheed-Entwurf überlegen, aber Boeings Kostenvoranschlag lag um 400 Millionen Dollar höher. Letztlich behielt die Firma Lockheed die Oberhand und erreichte dank ihrer Lobby-Arbeit sogar, dass sie nachbessern durfte, nachdem sich ihre Planung als fehlerhaft erwiesen hatte. Richard Russell, der Senator für Georgia, wo Teile der Transportmaschine hergestellt werden sollten, leitete sowohl den Streitkräfteausschuss des Senats als auch den Bewilligungsausschuss in Sachen Verteidigungsausgaben. Er war ein enger Freund von Präsident Lyndon B. Johnson. Im Wahlbezirk von

L. Mendel Rivers, dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses, errichtete Lockheed eine Montagefabrik. Dabei wurde schon gespottet, wenn Rivers – der mit Blick auf seine Wähler bedenkenlos eine ähnliche »Futtertrog«-Politik wie Murtha verfolgte – auch nur eine einzige weitere militärrelevante Einrichtung nach Charleston holen würde, versänke dieser Teil von South Carolina unweigerlich im Atlantik.

Als im Lauf des C-5A-Produktionsprozesses enorme Leistungs- und Kostenprobleme auftraten, sorgte Rivers dafür, dass der von ihm geleitete Ausschuss die Angelegenheit nicht ernstlich untersuchte.

Den Zuschlag für die Galaxy-Herstellung erhielt die Firma Lockheed allerdings vor allem deshalb, weil das Pentagon die Lockheed-Fabrik in Georgia als Teil des Rüstungsindustriennetzes in Betrieb halten wollte. Hartung bemerkt dazu:

Beim militärisch-industriellen Komplex werden Aufträge seit Langem mit Blick auf die finanziellen Bedürfnisse der Rüstungsunternehmen vergeben und nicht wegen tatsächlicher Vorzüge eines bestimmten Waffenmodells. Dabei kann es schnell in die Milliarden gehen, wenn man Fabriken ständig auf dem für die moderne Waffenproduktion erforderlichen technischen Stand halten will. Deshalb hat sich zwischen dem Pentagon und seinen Hauptauftragsnehmern ein symbiotisches Verhältnis entwickelt: Man braucht einander, um fortbestehen und gedeihen zu können.⁷²

Mit dem Beschluss, statt des Boeing-Modells die C-5A anzuschaffen, setzte sich die Luftwaffe über die eigene Kommissionsempfehlung hinweg. Eigens für dieses Projekt schuf das Pentagon sogar ein neues Vertragsformular, das den Auftragnehmer zu einem Voranschlag der Forschungs-, Entwicklungs- und Herstellungskosten und zur Einhaltung bestimmter Termine und Leistungsmaßstäbe verpflichtete. Für Terminüberschreitungen waren Konventionalstrafen von bis zu 11 Millionen Dollar vorgesehen – im Vergleich zum Projektbudget ein winziger Betrag, der gut zu den zahlreichen Schlupflöchern im Vertragstext passte. Für den größten Teil etwaiger Mehrausgaben hatte die Regierung geradezustehen. Ganz entscheidend waren auch die Vorgaben zu möglichen Preisänderungen: Falls es bei der ersten C-5A-Charge zu Mehrkosten käme, durften diese mit den Kosten der zweiten Lieferung verrechnet werden. Angesichts der milden Vertragsstrafenregelung konnten sich Preiserhöhungen also durchaus lohnen.

Ein mutiger Mann namens Ernie Fitzgerald, bei der US Air Force für

Kalkulationstragen zuständig, brachte die Widersprüche mehrfach öffentlich zur Sprache und konnte schließlich nicht mehr ignoriert werden. Anfangs hatte man seine Kritik im Pentagon unter Verschluss gehalten, doch dann entdeckte Fitzgerald, dass die ursprünglich veranschlagten Projektkosten inzwischen knapp zwei Milliarden Dollar höher lagen. Das teuerste Flugzeugprojekt, das die USA jemals in Angriff genommen hatte, war dabei, auch in puncto Kostenüberschreitung einen neuen Rekord setzen. Dem Kongress erzählte die Air Force weiterhin, dass alles gut laufe, und kaum jemand auf dem Capitol Hill war daran interessiert, ein Vorhaben ernstlich zu hinterfragen, das Firmen im eigenen Wahlbezirk gut dotierte Aufträge einbrachte.

Eine Ausnahme bildete Senator William Proxmire aus Wisconsin, ein früherer Journalist, dem ein legendärer Ruf als Gegner jeglicher Steuergeldverschwendung durch Regierungsstellen vorauselte. Er nahm keine Wahlkampfspenden an und lehnte mehrere große Projekte für den von ihm vertretenen Bundesstaat ab, weil er sie für schlicht unnötig hielt. Der mit Sparmaßnahmen befasste Kongressunterausschuss, den er leitete, bestellte Fitzgerald zu einer Anhörung ein und erfuhr so, dass eine milliardenschwere Kostenüberschreitung zu befürchten stehe. Die Vorgesetzten schlossen Fitzgerald daraufhin sofort von allen wichtigen Anschaffungs- und Kalkulationsfragen aus, ließen sein Berufs- und Privatleben durchleuchten und veranlassten schließlich ein Jahr nach der Anhörung seine Kündigung. Man sagte ihm, seine Einheit werde aus Einsparungsgründen aufgelöst. Den Luftwaffenbürokraten entging ganz offensichtlich die Ironie ihrer Vorgehensweise – Kündigung ihres Top-Kosteneinsparers aus Einsparungsgründen –, da ihr Hauptinteresse darauf gerichtet war, Fitzgerald loszuwerden, um auch in Zukunft Lockheed und anderen Rüstungsunternehmen Amigogeschäfte anbieten zu können.⁷³ Nach einem langen Gerichtsverfahren wurde Fitzgerald vier Jahre später die Rückkehr ins Pentagon unter eingeschränkten Bedingungen gestattet. Ein Umstand, der in seinem Prozess enthüllt wurde, war besonders erschreckend. Die Entscheidung, ihm zu kündigen, war ganz oben gefallen: US-Präsident Nixon gab zu, eine Anweisung erteilt zu haben, »den Mistkerl loszuwerden«.⁷⁴

Trotz alledem schaffte Fitzgerald es, an wichtige Dokumente heranzukommen und sich der Propagandamaschine der US-Luftwaffe erfolgreich entgegenzustellen. Er deckte nicht nur das Ausmaß der Mehrkosten auf, sondern

enthüllte auch, dass hochrangige Air-Force-Angehörige seit Jahren davon gewusst und den Kongress getäuscht hatten. Unter Druck gestand eine Handvoll Kongressmitglieder das ganze Täuschungsmanöver schließlich ein. Dadurch sah sich die US-Börsenaufsicht zur Einleitung einer Untersuchung veranlasst, bei der sich herausstellte, dass Lockheed-Manager in etwa zum gleichen Zeitpunkt, als Kritik am C-5A-Projekt laut wurde, Firmenaktien verkauft hatten, ohne andere Aktieninhaber entsprechend zu informieren. Erstaunlicherweise urteilte die Börsenaufsicht allerdings, dass kein Gesetz verletzt worden sei und kein Insiderhandel stattgefunden habe.

1969 gelangte eine interne Pentagon-Studie zu dem Schluss, der Kauf einer zweiten C-5A-Charge sei unnötig. Doch erst mit dieser hätte Lockheed die durch die erste Charge verursachten Mehrkosten wieder wettmachen können. 1971 deckte die Rechnungsprüfungskammer auf, dass die Air Force die Flugzeuglieferung trotz erheblicher Fahrwerks-, Flügel- und Bordelektronikmängel akzeptieren wollte. Die Prüfungskammer wies auch darauf hin, dass dieser Flugzeugtyp im Gegensatz zu den Vorgaben nicht auf unbefestigten Pisten landen konnte. Insgesamt wurden fünfundzwanzig Mängel aufgelistet, darunter auch der Umstand, dass die Maschine inzwischen nur noch die Hälfte der vorgesehenen Transportkapazität besaß.

Lösungen, die nach Bekanntwerden der Probleme ab 1966 ins Auge gefasst wurden, verursachten teilweise mehr Schwierigkeiten als die ursprünglichen Mängel. Henry Durham, Lockheed-Fertigungskontrolleur beim C-5A-Projekt, brachte Interna an die Öffentlichkeit. Seinen Angaben zufolge war »Misswirtschaft und Verschwendung« im Lockheed-Werk gang und gäbe, und man kungelte offenbar »mit der US-Luftwaffe, um Arbeitsleistungen anerkannt und bezahlt zu bekommen, die gar nicht erbracht wurden«. ⁷⁵ Nach dieser Äußerung war nicht nur sein Arbeitsplatz in Gefahr, sondern er erhielt auch Morddrohungen, sodass er mit seiner Familie unter Polizeischutz gestellt werden musste. Trotz aller Drohungen stand Durham 1971 Senator Proxmires Ausschuss Rede und Antwort. Dabei schilderte er die Preispolitik der Firma Lockheed, die den Steuerzahler Millionen von Dollar kostete, etwa wenn – und das war nur eines von Dutzenden von Beispielen – für eine einzelne Schraube stolze 65 Dollar in Rechnung gestellt wurden. Diese Praxis sei für Lockheeds Produktionsprozess typisch und habe zu der enormen Kostenüberschreitung

beigetragen. Und oft würden die Flugzeuge in einer solchen Eile produziert, dass am Ende noch wichtige Teile fehlten – und das nur, damit man von der Air Force die je nach Fortschritt vereinbarten Abschlagszahlungen erhalte. Deswegen gebe es auch bei der C-5A eine Menge von Sicherheitsproblemen, erklärte Durham.

Die Hiobsbotschaften im Zusammenhang mit der Transportmaschine rissen nicht ab, und Lockheeds finanzielle Lage verschlechterte sich zusehends. Die US-Luftwaffe versuchte dem Konzern unter die Arme zu greifen, indem sie zusätzliche C-5A-Transporter zu noch günstigeren Bedingungen bestellte. Aufgrund der absurden vertraglichen Vereinbarungen kostete die zweite Charge zwangsläufig 240 Prozent der ursprünglich veranschlagten Summe, weil die aus 53 Maschinen bestehende erste Lieferung den Voranschlag um 100 Prozent überstiegen hatte. Der Konzern wurde also für seine enorme Kostenüberschreitung praktisch belohnt. Wenige Stunden vor einer von Senator Proxmire angesetzten Anhörung zu dem Geschäft bestellte die Air Force im Januar 1969 rasch noch eine zweite Transportercharge, ohne dass der Kongress oder die frisch gewählte Nixon-Regierung darüber informiert gewesen wäre. Dabei waren zu diesem Zeitpunkt von der ersten Charge erst vier Maschinen ausgeliefert worden, und für weitere siebzehn lagen Einzelteile vor.

Als im Kongress versucht wurde, das in der Planung inzwischen auf hundertzwanzig Flugzeuge angewachsene Projekt bei der einundachtzigsten Transportmaschine zu stoppen, sprach sich Senator John Stennis dagegen aus und sagte, eine solche Kürzung werde nur dazu beitragen, die militärische Kapazität der Vereinigten Staaten auszuhöhlen und die USA zu einem »zweitrangigen Staat« zu machen, dem Russland den Rang ablaufe.⁷⁶ Während der Debatte sorgte C-5A-Hauptbefürworter L. Mendel Rivers dafür, dass manche Kritiker des Projekts nur fünfundvierzig Sekunden Redezeit hatten.

Selbst nachdem Ernie Fitzgerald aufgedeckt hatte, dass der Konzern mit den Mehreinnahmen aus dem C-5A-Auftrag seine kränkelnde Passagierflugzeugsparte zu stützen versuchte, war der Kongress noch mit weiteren Zahlungen an Lockheed einverstanden. Manche Befürworter von ungebremsten Zahlungen an Lockheed, so schilderte Fitzgerald, hätten sich angestellt, als würde eine winzige Änderung wie die Zurückhaltung einiger Abschlagszahlungen »den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes«

bedeuten und »den Bolschewiken Tor und Tür zum Pentagon öffnen«.77

Doch trotz der Unsummen, die das Pentagon dem Flugzeugerbauer überwies, kam Lockheed finanziell nicht richtig auf die Beine und musste die US-Regierung schließlich um eine Bürgschaft für einen 250-Millionen-Dollar-Kredit angehen. Dies geschah, nachdem das Unternehmen bereits 757 Millionen Dollar Mehrkosten für das C-5A- und mehrere andere Projekte eingestrichen hatte. Ernie Fitzgerald nannte dies, in Anspielung auf den großen Postzugraub, den »großen Flugzeugraub«.78

Mitten im C-5A-Chaos zeichnete sich, beim Cheyenne-Projekt, für Lockheed eine weitere Katastrophe ab. Bei der Entwicklung dieses neuartigen Flugschraubers, der zu Sturzflügen in der Lage sein sollte wie ein Kampffjet, kam es nicht nur zu einer Verdreifachung der ursprünglich veranschlagten Kosten, sondern auch immer wieder zu technischen Problemen, die im März 1969 zu einem Prototyp-Absturz führten, bei dem die Piloten ums Leben kamen. Fast eine halbe Milliarde Dollar Steuergelder versickerten bei Lockheed, bis schließlich der Vertrag gelöst wurde, weil die Firma die technischen Probleme nicht in den Griff bekam. Verschärft wurde dieses Debakel durch die Enthüllung, dass sich hinter dem Vertrag mit Lockheed ein beträchtlicher Interessenskonflikt verbarg. Willis Hawkins, ein hochrangiger Mitarbeiter der auftragvergebenden Armeestelle, hatte erst zwei Jahre vorher Lockheeds Vorstandsetage verlassen. Ehe er den Posten beim Staat antrat, hatte er zwar seine Firmenaktien verkauft, erhielt von dort aber weiterhin regelmäßige Zuwendungen. Dieser Interessenskonflikt wog umso schwerer angesichts der Tatsache, dass Lockheed bis dahin noch nie Hubschrauber konstruiert hatte. Als das Cheyenne-Projekt sich in Luft auflöste, kehrte Hawkins zu seinem früheren Arbeitgeber zurück. L. Mendel Rivers verteidigte ihn mit den Worten, der Kongress solle »nicht gleich jeden Geschäftsmann vorab verurteilen, der hierherkommt«.79

Dieser Fall war nur die Spitze des Eisbergs. Senator Proxmires Büro hielt in einem Bericht fest, dass 1969 über 2000 Armeeeoffiziere einen neuen Arbeitsplatz bei bedeutenden Rüstungsunternehmen angetreten hatten. An erster Stelle fand sich die Firma Lockheed, die 210 ehemalige Offiziere auf ihre Gehaltsliste gesetzt hatte. Diese Praxis bezeichnete Proxmire als »ernste Bedrohung für das Gemeinwohl, weil sich dadurch das Missbrauchsrisiko

vergrößert«. »Wie hart wird ein Offizier wohl verhandeln, wenn er ein, zwei Jahre vor der Pensionierung steht und das Beispiel von über 2000 Kameraden vor Augen hat, denen es nach dem Ausscheiden aus der Armee richtig gut geht.«⁸⁰

Lockheed-Chef Dan Haughton sagte bei seinem Plädoyer für die staatliche Bürgschaft, das C-5A-Projekt sei ein voller Erfolg, denn es habe zum Bau des »fraglos größten Flugzeugs aller Zeiten« geführt.⁸¹ Der sonst als liberaler Demokrat bekannte Alan Cranston aus Kalifornien, wo die Firma Lockheed schwergewichtig ihre Verkehrsflugzeuge produziert, pries das Unternehmen in den höchsten Tönen. Er rühmte das verdienstvolle Verhältnis zwischen dem Pentagon und den Rüstungskonzernen, die er als »quasi staatliche Unternehmen« bezeichnete, »die stark von Rüstungsaufträgen abhängig sind«, genau wie umgekehrt die USA »in dieser Welt voll hochentwickelter tödlicher Waffen bei der Sicherung und Verteidigung des Landes von ihnen abhängig« seien.⁸²

Genau hier aber liegt die Krux. Diese Pfeiler der freien Marktwirtschaft mit Aktieninhabern, die theoretisch Kontrollfunktionen wahrnehmen, werden massiv staatlich unterstützt und so vor den Wechselfällen des Marktes geschützt und von sinnvoller Kontrolle befreit. Und noch in einem anderen Punkt ähneln sie Staatsbetrieben: Sie sind oft schlecht geführt und geraten immer wieder in finanzielle Schwierigkeiten, obwohl der Staat – gelegentlich mit illegalen Mitteln – bemüht ist, Arbeit für sie aufzutreiben.

Der Mensch ist nun einmal, wie er ist: Er handelt selten selbstlos. Und so finden auch im militärisch-industriellen Komplex nicht zwangsläufig Unmenschen zusammen, sondern angesehene Bürger, die, wie andere Menschen auch, auf ihren Vorteil bedacht sind. Es lässt sich kaum nachweisen, dass alle Beteiligten in diesem Komplex sich bewusst verschworen hätten, um in einem komplexen System die Strippen zu ziehen, doch das ist auch gar nicht nötig. Unter Rüstungsunternehmern, Kongressvertretern und hohen Militärs findet die Korruption eher beiläufig statt. Man schützt Sachzwänge vor, verweist auf die üblichen Gepflogenheiten und hat im Übrigen ja nur die »Sicherheit des Landes« im Sinn. Will man an diesem System etwas ändern, ist es wichtig, nicht nur die korrupten Täter zur Rechenschaft zu ziehen, sondern auch die Fäden zu entwirren, die dieses verworrene Geflecht bilden.⁸³

Ich verabredete mich daher mit dem Pentagon-Insider Chuck Spinney, der die verworrenen Zusammenhänge aus über zwanzigjähriger Berufserfahrung kannte. Von ihm stammt eine umfangreiche Darstellung der fragwürdigen Arbeitsweise des Verteidigungsministeriums. Durch sie hat er sich den Hass der Angehörigen des militärisch-industriellen Komplexes zugezogen, ist aber andererseits auch auf der Titelseite des *Time Magazine* gelandet. Als Pensionär fährt er nun mit einer Yacht um die Welt, doch es gelang mir, ihn bei zwei seiner kurzen Zwischenstopps in den USA persönlich zu sprechen. Beim ersten Mal trafen wir uns in dem hübschen Apartment, das er und seine Frau in Alexandria bei Washington DC besitzen.⁸⁴ Spinney ist ein mittelgroßer, kämpferisch wirkender Mann mit hellbraunem Haar und einem Gesicht, das Entschlossenheit ausstrahlt: kräftiger Kiefer, römische Nase und forschender Blick. Er beschreibt sich selbst als Außenseiter, der zu unorthodoxen Ansätzen neigt und den im Übrigen eine angeborene Skepsis dazu treibt, stets genau nachzufragen. Ihn temperamentvoll zu nennen, wäre eine Untertreibung, und eine Bezeichnung wie Querdenker vermag weder seine Verachtung gegenüber anmaßenden Amtsvertretern noch seinen persönlichen Mut, seine unverbrüchliche Überzeugung oder stahlharte Entschlossenheit zu vermitteln.

Franklin »Chuck« Spinney wurde in die Welt des Militärs praktisch hineingeboren. Als Sohn eines Luftwaffenobersts wuchs er auf der Wright-Patterson-Luftwaffenbasis in Ohio auf. Nach der Ausbildung zum Maschinenbauingenieur arbeitete er zunächst im Aerodynamiklabor der Basis, verließ dann aber das Militär für zwei Jahre. 1977 ging er als ziviler Systemanalytiker zum Pentagon, wo der berühmte Düsenjägerspilot und entschiedene Militärreformer John R. Boyd sein Mentor wurde. Boyd war nicht nur der beste Kampfpilot der Air Force, sondern entwickelte auch eine noch heute angewendete Theorie der Luftkampf-taktik und schrieb eine einflussreiche Arbeit über Flugzeugdesign. Er hatte verschiedene Spitznamen: Einige nannten ihn »Mad Major« wegen seiner fast unheimlich wirkenden Begeisterung, die er für seine Forschungsgegenstände aufbringen konnte; andere nannten ihn »Dschingis John« wegen seiner zuweilen ruppigen Art; für wieder andere war er einfach nur der »Ghetto-Oberst«, weil er so spartanisch und zurückgezogen lebte. »Das Wichtigste im Leben ist es, frei zu sein«, hat Boyd gegenüber Spinney einmal gesagt. »Das lässt sich auf zweierlei Weise erreichen: Entweder

man ist reich, oder man schränkt seine Bedürfnisse auf ein Minimum ein. Reich werde ich nie sein, also mach ich's auf die andere Weise.«

Boyd hatte einen großen Einfluss auf den jungen Spinney, und der lernte schnell. 1975 überlegte man im Pentagon hin und her, was mit dem B1-Bomber geschehen sollte, dessen Kosten sich inzwischen schon auf über 100 Millionen Dollar beliefen. Wollte man diesen hochpreisigen Flop weiter durchziehen, so erkannte Spinney, dann müsste dafür so gut wie alles andere aufgegeben werden – das wäre das Ende der Air Force. Als er seine Stellungnahme dem Leiter des Projektüberprüfungs-Teams, General Chapman, übergab, ging der an die Decke und schrie: »So was können Sie doch nicht vorlegen!« – »Aber so sind nun mal die Zahlen«, erwiderte Spinney. Doch sein Vorgesetzter blieb hart: »Das da werden Sie niemandem sonst zeigen, ich habe nämlich bessere Informationen als Sie, und wir werden mehr Geld bekommen, als Sie meinen. Haben Sie verstanden, Hauptmann?! Ich erteile Ihnen hiermit den Befehl zu tun, was ich für richtig halte.« Bei der anschließenden Präsentation vor den eigentlichen Entscheidungsträgern zeigte Spinney alle denkbaren Optionen auf und brachte dabei verbotenerweise auch die von ihm berechneten Zahlen zur Sprache. Als er gefragt wurde, welcher Option er zuneige, wählte der Vierundzwanzigjährige sein eigenes Szenario. Chapman tobte. Chuck rief sofort Boyd an, um ihm zu sagen, dass er Ärger mit dem General habe. »Auf der anderen Seite der Leitung war es einen Moment lang still, dann brüllte Boyd vor Lachen los. Obwohl er den Hörer von sich weg hielt, konnte ich ihn rufen hören: ›Mein Hauptmann hat gerade Chapman in den Arsch getreten.«⁸⁵

Wegen der von Spinney angesprochenen Budgetauswirkungen fragte man sich im Pentagon schließlich, wie man am besten ein Flugzeug loswerden könnte, das man die ganze Zeit als »für das Überleben der westlichen Welt unverzichtbar« erklärt hatte. Jimmy Carter brachte die Rettung; als frisch gewählter US-Präsident erledigte er den B1-Bomber mit einem Federstrich. Bis dahin hatten dessen Hersteller es zusammen mit ihren Verbündeten im Kongress und dem kalifornischen Gouverneur Ronald Reagan geschafft, das Projekt mithilfe von Geldern am Leben zu halten, die für das Space-Shuttle-Programm bestimmt gewesen waren. Als dann Reagan Präsident wurde, kam der B1 erneut auf die Tagesordnung, diesmal als Unterschallflugzeug.

John Boyd war der führende Kopf einer als »Verteidigungsreformbewegung« (Defense Reform Movement - DRM) bekannt gewordenen Gruppe von Experten

(Defense Reform Movement, DRM) bekannt gewordenen Gruppe von Experten. Die DRM-Leute waren die einzigen Insider, die meinten, dass die Niederlage in Vietnam auf die Kappe des Pentagon ging und nicht auf die der Politiker. Sie wollten die althergebrachte primitive Sichtweise auf den Krieg hinter sich lassen. Sie wollten Waffen mit taktischer und strategischer Zielrichtung entwickeln, die gleichzeitig zur Verteidigung dienen und bezahlbar sein sollten.

Um das zu erreichen, mussten sie sich zunächst einmal darüber im Klaren werden, wie das Pentagon genau funktioniert und welchen schädlichen Einfluss der militärisch-industrielle Komplex auf politische Entscheidungen der USA hat, die nicht nur zu Mehrausgaben, sondern letztlich zu Krieg führen:

Der militärisch-industrielle Komplex ist äußerst vielschichtig und jede seiner Komponenten von widerstreitenden Interessen geprägt – Rivalitäten innerhalb der Unternehmen, des Kongresses und des Militärs. Dadurch ist die Interaktion komplexer als bei einer simplen gemeinsamen Verschwörung. Manchmal ist Zusammenarbeit geboten, ein andermal Konkurrenz. Bei diesem System werden die einzelnen Komplexkomponenten durch ihr Konkurrenzverhalten immer gieriger, wobei die kumulative Wirkung ihres Verhaltens dem System als Ganzem nützt.

Vorangetrieben werden die jeweiligen Rüstungsvorhaben durch eine diffuse Allianz aus Kongressmitgliedern, Pentagon-Beamten und Rüstungsunternehmern. Alle Beteiligten verfolgen eigene Absichten. Der Rüstungsunternehmer will aus verständlichen Gründen, dass das Projekt sich gut verkauft; dem Projektleiter im Pentagon ist es aus Karrieregründen wichtig, und das Kongressmitglied betreibt die Sache, weil es sich davon eine Stärkung des eigenen politischen Einflusses oder einen anderen Vorteil verspricht.

Vertreter der Rüstungsindustrie und des Militärs erörtern, was benötigt wird, und entwickeln ein entsprechendes Produkt. Erstere fügen dann aber alle möglichen für das Pentagon verlockenden Elemente hinzu. Die zu diesem Punkt führende Zusammenarbeit vergrößert leider das Risiko, dass die durch das Militär vertretenen öffentlichen Interessen durch die privaten Unternehmerinteressen verwässert werden.⁸⁶

Ein hoher Offizier im Pentagon schildert seine Beziehung zu Lockheed Martin fast wie ein Eheverhältnis: »Lockheed ist immer dabei, wenn wir Möglichkeiten zur Verbesserung von Abläufen suchen. Wir sind mit der Fabrik und dem Unternehmen aufs Engste verbunden. Material und Know-how beziehen wir hauptsächlich von dort. Lockheed ist an allem, was wir tun, beteiligt. Es ist eine wundervolle Verbindung zwischen Industrie und Militär.«⁸⁷

In enger Verbundenheit arbeiten Offiziere und Unternehmensvertreter einen Vorschlag für ein Waffensystem aus und machen sich dann gemeinsam daran, im Pentagon und im Kongress die entscheidenden Leute auf ihre Seite zu bekommen. Das Pentagon hat hierfür im Wesentlichen zwei Vorgehensweisen entwickelt. Spinney spricht von »Frontloading« und »Political Engineering«.

Bei Ersterem wird die Wirksamkeit des geplanten Waffensystems übertrieben positiv dargestellt, während man die mit ihm verbundenen finanziellen und anderen Kosten kleinredet. Wenn dann die versprochenen Vorteile ausbleiben und die Belastungen höher als vorhergesagt ausfallen, wird ein Sicherheitsnetz gespannt und dadurch verhindert, dass der Geldhahn noch zugedreht werden kann. Das beauftragte Rüstungsunternehmen vergibt ganz gezielt an zahlreiche über möglichst viele Wahlbezirke verstreute Firmen Unteraufträge, damit dann entsprechend viele Senatoren und Abgeordnete im Kongress nachdrücklich und dauerhaft für das betreffende Waffensystem eintreten; so werden diese demokratisch gewählten Kongressmitglieder gegenüber ihren Kollegen auf dem Capitol Hill und gegenüber der Exekutive im Weißen Haus praktisch zu Unternehmensvertretern. Daraus kann nur ein sehr kleiner Prozentsatz von Amerikanern einen Nutzen ziehen, doch durch deren strategische Platzierung ist dafür gesorgt, dass genug Kongressmitglieder besagtes Waffensystem unterstützen müssen.

Fast jeder der Entscheidungsträger profitiert auf die ein oder andere Weise davon, dass er eine Entscheidung trifft. Deshalb nenne ich Washington DC das »Versailles am Potomac«. Die Ähnlichkeit zu Versailles ist groß: Auch hier gibt es Menschen, die parasitär von den – selbstverständlich dumm gehaltenen – Massen leben. Eine Sache, über die man sich meines Erachtens klar sein muss, ist allerdings, dass die Mehrzahl der Leute das nicht mit böser Absicht tut; sie zocken das System nicht bewusst ab. Das soll nicht heißen, dass es im Regierungsapparat oder im Pentagon keine schlechten Menschen gibt – die gibt es dort zur Genüge. Man hat es jedoch vor allem mit einer Menge engagierter und hart arbeitender Leute zu tun. Ich frag mich deshalb immer wieder, wodurch es kommt, dass so viele vernünftige Menschen in bester Absicht ein solches Chaos anrichten können.

1977 hab ich versucht, ein bestimmtes Vorhaben zu Fall zu bringen, und das hab ich auch geschafft. Es ging nicht um ein großes Projekt, nur so 600 oder 800 Millionen Dollar. Ich hab da mit einem guten Ingenieur zusammengearbeitet, der die ganze Sache auf Teufel komm raus durchziehen wollte. Nachdem bei ihm Krebs im Endstadium diagnostiziert worden war, ist er verfrüht in Pension gegangen. Dann hat er gehört, dass das Vorhaben auf mein Einwirken hin so gut wie abgeblasen sei. Das wollte er unbedingt verhindern. Er hat seine Frühpensionierung rückgängig gemacht und ist als todkranker Mann wieder zum Dienst gekommen, nur um mir das Wasser abzugraben. Für ihn persönlich gab es dabei nichts zu gewinnen, rein gar nichts!

Bei solchen Leuten heißt es: »Wir müssen das tun, um das Land zu retten.« Das reden sie sich immer wieder ein und glauben wirklich dran.

Die Vertreter der Rüstungsunternehmen sind da ein bisschen anders, weil zunächst einmal ihre eigene Existenz viel stärker davon abhängt. Die höheren Etagen in der Rüstungsindustrie sind tendenziell korrupter. Und drüben im Kongress versinkt man geradezu in ihrer Propaganda; die Mitarbeiter sorgen dafür. Viele dieser Mitarbeiter würden nur zu gerne für einen Lobbyisten arbeiten oder einen guten Posten im Pentagon angeboten bekommen.

Ich will ein konkretes Beispiel nennen. Ein Freund von mir arbeitet im Kongress für einen

Abgeordneten aus Florida. Mein Freund ist ein sehr gewissenhafter Mensch. Als der Senat seinerzeit die Einstellung der F16-Produktion beschlossen hat, stimmte das Repräsentantenhaus dafür, das Projekt voll zu finanzieren. Der Gedanke dahinter: Man hält die Sache offen, bis ein Kompromiss ausgehandelt ist. Sobald die Abstimmung im Senat negativ ausgefallen war, wurden wie üblich die Lobbyisten von der Leine gelassen und haben Capitol Hill mit Briefen bombardiert. In einem der Schreiben hat General Dynamics verkündet: »Die F-16 ist für die Sicherheit des Landes absolut erforderlich und sorgt außerdem für soundso viele Arbeitsplätze.« Mein Freund hat mich damals empört angerufen und gesagt: »Das ist reine Erpressung.« Anscheinend sollten an die vierundvierzig Bundesstaaten Nutzen aus der Sache ziehen; man hatte wohl alle Kongresswahlbezirke irgendwie bedacht. Ich weiß noch, dass dieser eine Bezirk in Alabama einen Betrag von etwa 132 Dollar zu erwarten hatte. Ach übrigens, was die Jobs angeht: Wenn man Arbeitsplätze schaffen will, sind Rüstungsgelder dafür am schlechtesten geeignet. Bei der Arbeit für Rüstungsfirmen kommt es zu einer enormen ökonomischen Verzerrung, denn dort lernt man im Grund genommen, dass der Gewinn im Prinzip ein Resultat der Kosten ist. Je höhere Kosten man veranschlagt, desto mehr verdient man. Diese Unternehmen sind eine unsichere Angelegenheit, sie sind im Wesentlichen von öffentlichen Zuwendungen abhängig, müssen von staatlicher Stütze leben. Das ist ein weiterer Grund dafür, dass wir das nicht abstellen können, denn ein unverhältnismäßig großer Teil des immer kleiner werdenden Produktionssektors ist mit der Rüstungsindustrie verbunden. Das System hat sich zu einem Monster ausgewachsen, das wir nicht mehr bändigen können und das Eisenhowers schlimmste Befürchtungen noch weit übertrifft.⁸⁸

Dieses System führt zwangsläufig zu einer immer aggressiveren Außenpolitik. Anhaltend hohe Rüstungsausgaben und eine dadurch wachsende Rüstungsindustrie erfordern, dass die Vereinigten Staaten weiterhin die Weltpolizistenrolle ausfüllen und die Freiheit verteidigen, wo immer auf der Welt sie bedroht sein mag. Die Industrie und ihre Lobbyisten, die Kongressmitglieder und das Militär üben auf jeden neuen US-Präsidenten enormen Druck aus, auf dass er ja nicht versucht, den Teufelskreis zu durchbrechen – denn es geht schließlich um die nationale Sicherheit.

Im Namen von Uncle Sam

Die Praxis legaler Bestechung im inneramerikanischen Waffenhandel wird ergänzt durch staatliche Unterstützung der Industrie zur Förderung des Rüstungsexports. Diese Unterstützung tritt in verschiedener Form auf: in Form von Subventionen der heimischen Konzerne, in Form großzügiger Kredite oder finanzieller Beihilfen für potentielle Kunden und in Form von offenem oder verdecktem Druck, der auf ausländische Regierungen und Firmen ausgeübt wird.

Exporte sind nicht nur aus geopolitischen Gründen wichtig, sondern auch, um die Produktionskosten für inländische Waffensysteme zu senken und die Rendite zu steigern. Verkäufe ins Ausland sind für die Hersteller in jedem Fall lukrativer, denn die Kosten für Forschung und Entwicklung werden vom Steuerzahler übernommen, gleichzeitig gehen die Verkäufe für gewöhnlich mit einträglichen Wartungsverträgen einher, und in aller Regel darf man auf baldige Nachrüstung hoffen. Einige Kritiker behaupten, dass auch das Militär und seine Hauptlieferanten Lobby-Arbeit für Waffenverkäufe ins Ausland machen, um auf diese Weise künstlich Nachfrage nach neuen Waffen für die eigene Armee zu schaffen, die besser sind als die ins Ausland verkauften.¹

In den Vereinigten Staaten werden Kredite nicht nur den Herstellern gewährt, sondern auch deren Kunden. So finanzierten Kredite, die die US-Regierung in den siebziger Jahren Chile gewährte, eine Verdreifachung der Militärausgaben des Landes unter General Pinochet, dem die Amerikaner mit einem brutalen Staatsstreich gegen die gewählte Regierung des Sozialisten Salvador Allende zur Macht verholfen hatten. Der Diktator besaß nicht weniger als 125 geheime Privatkonten bei ausländischen Banken, die meisten davon, kaum überraschend, bei der Riggs Bank, bei der er 27 Millionen Dollar gebunkert hatte.² Kein Wunder, dass das Merex-Netzwerk von Pinochets Regime profitierte.

In Argentinien flossen unter der Militärjunta der siebziger Jahre 10 Milliarden Dollar von dem Geld, das die Generäle geliehen hatten, in Waffenkäufe, von denen der größte Teil amerikanischen Herstellern zugute kam. Wie aus dem Protokoll einer Unterredung zwischen Außenminister Henry Kissinger und dem Außenminister der Junta hervorgeht, wusste die Administration nur zu gut, dass die mitten in einer Terrorkampagne der Junta gegen das eigene Volk gewährten Kredite zum Kauf amerikanischer Waffen verwendet würden.³

Auch in Japan wurden in den siebziger Jahren die Regeln ethisch akzeptablen Geschäftsgebarens und Regierungshandelns in eklatanter Weise verletzt. Das illustriert besonders der Fall des TriStar-Deals von Lockheed und Rolls-Royce. Die Affäre führte zu politischen Umwälzungen, wie sie in Japans Nachkriegsgeschichte noch nicht dagewesen waren.

In Japan hatte die Beziehung zwischen Geld und Politik von jeher eine besondere Rolle gespielt: Geld *war* Politik. Gleichzeitig war die Politik immer eng verbunden mit der Rüstungsindustrie, was bereits Basil Zacharoff weidlich auszunutzen verstand. Die japanische Art des Strippenziehens und des Kulissenschiebens in Wirtschaft und Politik hat einen Namen: *kuromaku*, was soviel bedeutet wie »schwarzer Mantel«, hinter dem man hofft, die krummen Machenschaften verbergen zu können.⁴

Lockheeds wichtigster Kontaktmann in Japan war ein gewisser Yoshio Kodama. Nachdem er wegen Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs drei Jahre im Gefängnis gesessen hatte, wurde Kodama (der den Beinamen »das Monster« trug) von den amerikanischen Besatzern freigelassen in der Überzeugung, er würde im Kalten Krieg gegen den Kommunismus gut als Bundesgenosse zu gebrauchen sein. Kodama nahm sein Vermögen, das er während des Krieges mit der Belieferung der japanischen Truppen und dem Verkauf von Diamanten und Platin aus von Japan eroberten Gebieten gemacht hatte, und ließ es in der Politik seines Landes arbeiten. Kodama, Berichten zufolge auch Boss im organisierten Verbrechen und CIA-Agent, war an der Gründung und Finanzierung der herrschenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) beteiligt.⁵

Lockheed hatte in den späten fünfziger Jahren zahlreichen Funktionären Schmiergelder in Höhe von insgesamt 1,5 bis 2 Millionen Dollar gezahlt. Kodama bekam eine Vergütung von 750000 Dollar, um eine Bestellung über

230 Starfighter unter Dach und Fach zu bringen. Über die Details wurde die CIA informiert, die aber lediglich versicherte, dass jeder Schritt von Washington gutgeheißen werde. Lockheed – so wurde es von offizieller Seite gesehen – betrieb amerikanische Außenpolitik.⁶ Der Starfighter wurde weltweit in großen Stückzahlen verkauft. Auch nach Deutschland, wo innerhalb von zehn Jahren 178 Maschinen abstürzten, wobei 85 Piloten ums Leben kamen. Der Starfighter erhielt den Spitznamen »fliegender Sarg« und »Witwenmacher«, und eine Gruppe von fünfzig Witwen verklagte denn auch das Unternehmen.⁷

Mehr als zehn Jahre später arbeitete Lockheed erneut mit Kodama zusammen: diesmal, um vier Mitanbieter aus dem Feld zu schlagen und einen Großauftrag über die Lieferung von TriStar-Jets an Land zu ziehen. Kodama erhielt 5 Millionen Dollar für die Verteilung von Schmiergeldern in Höhe von 7 Millionen Dollar, darunter 1,6 Millionen Dollar für den japanischen Premierminister Kakuei Tanaka. Richard Nixon intervenierte persönlich – ebenso (für Rolls-Royce, den Hersteller der Motoren) der britische Premierminister Ted Heath. Später hieß es, Lockheed habe Wochen nach Abschluss des Vertrages 1 Million Dollar zu Nixons Präsidentschaftswahlkampf von 1972 beigesteuert.⁸

Die Lockheed-Manager behaupteten, nicht zu wissen, wer ihr Geld erhalten hatte, und betonten, dass es sie auch nicht interessiere – Hauptsache, sie hatten ihren Auftrag erhalten. Auf die Fragen von Senator Proxmire hatte Generaldirektor Dan Haughton Folgendes zu sagen:

Vorsitzender: Haben Sie genaue Informationen über die erfolgten Zahlungen? Darüber, an wen Ihr Geld gegangen ist, über die Beamten, die es erhalten haben?

Mr Haughton: Wir wissen genau, dass wir die Provisionen gezahlt haben. Wir haben aber keine genauen Informationen darüber, an wen das Geld letztlich gegangen ist.

V: Sie zahlen Millionen Dollar, ohne zu wissen, an wen?

H: Wir wissen, wem wir das Geld zahlen. Jedenfalls, was die Verträge mit den Beratern angeht. Wo das Geld letztlich landet, wissen wir aber nicht ... Es ist doch so: Wenn Geld gezahlt werden muss, um einen Auftrag zu erhalten, und das Geld wird gezahlt und man erhält den Auftrag, dann beweist uns das, dass das Geld gezahlt werden musste.⁹

Japan war vielleicht die teuerste Front in Lockheeds Bestechungsfeldzug, aber es war keineswegs die erste. Schon Ende der fünfziger Jahre war der Einsatz gut vernetzter Mittelsmänner, die die Entscheidungen wichtiger Regierungsvertreter und anderer Staatsdiener beeinflussen konnten, gang und gäbe.

In Deutschland ließ Lockheed eine ganze Lobby-Streitmacht aufmarschieren, um Verteidigungsminister Franz Josef Strauß zu gewinnen, der später mit Merex-Gründer Gerhard Mertins zusammenarbeiten sollte. 1958 empfahl Strauß im Bundestag die Anschaffung des Starfighters. Es galt weithin als sicher, dass Lockheed Strauß und andere Politiker geschmiert oder ihren Parteien Zuwendungen gemacht hatte, aber da Strauß dafür gesorgt hatte, dass alle mit diesem Geschäft im Zusammenhang stehenden Dokumente vernichtet wurden, konnte nichts bewiesen werden. Ernest F. Hauser, ein Lockheed-Vertreter, der engagiert worden war auf ausdrücklichen Wunsch von Strauß, behauptete, das Unternehmen habe der CSU Zuwendungen in Höhe von 12 Millionen Dollar gemacht. Der Niederländer Fred Meuser, damals Lockheeds Generalvertreter für Europa, erhielt eine Provision von fast 1 Million Dollar. Es wird angenommen, dass er einen Teil davon an deutsche Beamte weitergab.¹⁰

In den Niederlanden klopfte Lockheed weiter oben an. Mit Meusers Hilfe rekrutierte das Unternehmen keinen Geringeren als Prinz Bernhard, den Ehemann von Königin Juliana und Vater der heutigen Regentin Königin Beatrix. Bernhard hatte sein Erwerbsleben bei I. G. Farben begonnen, zunächst als Jurist, dann als Geschäftsführer der Pariser Niederlassung, und soll finanziell von seiner Frau und dem Parlament seines Landes immer kurz gehalten worden sein. Sein Finanzbedarf war jedoch groß, da er einer Mätresse und der gemeinsamen Frucht der Liebe in Paris ein komfortables Leben bieten wollte. Bernhard war Generalinspekteur der Streitkräfte und saß im Aufsichtsrat der staatlichen Fluggesellschaft KLM. Mit seiner Hilfe gelang es Lockheed Ende 1959, den Starfighter an die Niederlande zu verkaufen. Nach Vertragsabschluss verlangte der Prinz von Lockheeds Firmenchef Robert Gross 1 Million Dollar (zu zahlen über einen Mitarbeiter von Fred Meuser via Schweiz).¹¹

Die Beziehung zwischen Bernhard und Lockheed bestand bis Mitte der siebziger Jahre und wurde erst offenkundig im Zuge der Ermittlungen eines Unterausschusses für multinationale Gesellschaften unter Vorsitz von US-Senator und Korruptionsfahnder Frank Church. Bernhard hatte sich in seiner Korrespondenz mit dem Unternehmen wiederholt gerühmt, von 1964 bis 1974 hart daran gearbeitet zu haben, um die Holländer zur Anschaffung des Seeaufklärers Lockheed P-3C Orion zu bewegen. Doch als das Unternehmen beste Aussichten zu haben schien, den Auftrag zu erhalten, schrieb Bernhard

zwei rüde Briefe an Roger Smith, den Firmenjustiziar, in denen er eine Provision von zwischen 4 und 6 Millionen Dollar forderte, kaschiert als Spende für den World Wildlife Fund, dessen Gründungspräsident Bernhard war. Später kam heraus, dass Bernhard und Meuser zur selben Zeit für Lockheeds Konkurrenten Northrop gearbeitet hatten.¹²

In Italien heuerte Lockheed Ovidio Lefebvre d'Ovidio an, seines Zeichens Graf von Balsorano und als solcher ein Mann mit besten Verbindungen. Der Graf teilte dem Firmenchef Carl Kotchian allerdings sogleich mit, dass es ihm »sehr unangenehm« sei, aber »wenn Lockheed in diesem Land Flugzeuge verkaufen wolle, dann seien Zahlungen zu leisten«. Er schlug 120000 Dollar pro Flugzeug vor. Aus einem Brief von Firmenjustiziar Roger Smith, der dem Church-Ausschuss vorlag, ging hervor, dass ein als »Antelope Cobbler« bezeichneter Kontakt den definitiven Betrag nachreichen werde, den die italienischen Beamten benötigten, um das Zustandekommen des Deals garantieren zu können. »Antelope Cobbler« – das belegten andere Lockheed-Unterlagen – war der Codename des italienischen Ministerpräsidenten. Die Ermittlungen blieben am Ende ergebnislos, da sich in Italien während der zwei Jahre, die die Verhandlungen dauerten, drei Ministerpräsidenten abwechselten, doch konnte nachgewiesen werden, dass Schmiergelder in Höhe von 2 Millionen Dollar gezahlt worden waren, um den Vertrag unter Dach und Fach zu bringen; davon gingen 50000 Dollar an den Verteidigungsminister und ein großer Teil des restlichen Geldes an seine Partei und deren führende Mitglieder.¹³

Schmiergelder zahlte das Unternehmen zu dieser Zeit auch in der Türkei, in Indonesien, Kolumbien und natürlich Saudi-Arabien. In Indonesien musste Lockheed 1965 100000 Dollar Bestechungsgeld pro Flugzeug hinblättern. Doch als die CIA wenig später dem rechtsgerichteten General Suharto half, die Regierung von Präsident Sukarno zu stürzen, fürchtete Lockheed, dass die Beziehungen seines Kontaktmannes Isaak Dasaad zum neuen Regime nicht gut genug seien. Es erhellt das Ausmaß der Mitwirkung der amerikanischen Regierung an umstrittenen Waffenverkäufen ins Ausland, dass der Marketingdirektor der Firma notierte, ein Lockheed-Repräsentant habe eigens »die amerikanische Botschaft in Jakarta aufgesucht, um zu fragen, ob Dasaad auch unter dem neuen Regime für Lockheed von Nutzen« sei. Die Botschaft bejahte, worauf man bei Lockheed festhielt, dass »Dasaad den Übergang von

Sukarno zu Suharto anscheinend gut überstanden« habe.¹⁴

Die Firma machte von Dasaad jahrelang weiter Gebrauch, bis sie von der indonesischen Luftwaffe angewiesen wurde, direkt zu zahlen. Dies führte intern zu Bedenken – natürlich nicht zu moralischen, sondern rein technischen. Mit der Verwendung einer dritten Partei sei »zumindest ein nomineller Puffer eingeschaltet. Sollten solche Zahlungen eines Tages publik werden, könnte das Lockheeds Reputation schaden.« Das Unternehmen machte sich auch Sorgen, weil es ohne Mittelsmann »keinen legalen Weg gebe, diese Provisionen von der Steuer abzusetzen. Es könnte sein, dass sie vom Finanzamt nicht als abzugsfähig anerkannt werden.«¹⁵

Die höchsten Provisionen aber wurden für Verträge in Saudi-Arabien gezahlt, wo es im Zuge der gestiegenen Erlöse aus Ölverkäufen in den frühen siebziger Jahren zu wahren Waffenkauf-Orgien kam. Lockheeds Agent war seit 1964 der temperamentvolle Adnan Kaschoggi, schon damals überaus geschickt im Umgang mit wichtigen saudischen Beamten. Sein Vater war einer der Leibärzte von König Saud gewesen, und Adnan war mit König Hussein von Jordanien zur Schule gegangen. Kaschoggi stand auch Prinz Sultan, dem späteren Verteidigungsminister, und Prinz Fahd, dem späteren König, nahe.

Darüber hinaus freundete er sich in den Jahren seines politischen Exils in Paris mit einflussreichen Amerikanern an, unter anderem mit Richard Nixon, den Kaschoggi nicht nur zum Essen einlud, sondern dem er auch versicherte, dass er in den arabischen Hauptstädten immer willkommen sei. All das zahlte sich aus, als Nixon 1968 zum Präsidenten gewählt wurde. Die beiden Freunde trafen sich auch weiterhin privat, und Gerüchten zufolge sollen mehrere Millionen Dollar von Kaschoggi in Nixons Wahlkampf von 1972 geflossen sein.¹⁶

Kaschoggi war Lockheeds Repräsentant bei zahlreichen Verkäufen im Gesamtwert von mehreren Milliarden Dollar. Allein zwischen 1970 und 1975 erhielt er dafür 106 Millionen Dollar an Provisionen, wobei unbekannt ist, wie viel er von diesem Geld in die eigene Tasche steckte und wie viel er weitergab. Lockheeds damaliger stellvertretender Direktor der Abteilung Internationales Marketing bezeichnete Kaschoggi als »für alle praktischen Zwecke geeigneten Marketing-Arm. Durch Adnan hatten wir nicht nur Zugang zu den Entscheidungsträgern, sondern er stand uns auch immer mit Strategien,

Ratschlägen und Analysen zur Seite.«¹⁷ Kaschoggi forderte regelmäßig höhere Vergütungen für seine Dienste und konnte beispielsweise seine Provision für den Verkauf von C-130-Maschinen von 2 auf 8 Prozent steigern, indem er behauptete, er benötige das zusätzliche Geld, »weil mehr Leute als geplant involviert sind und ihre Forderungen erfüllt werden müssen«.¹⁸ Ein Lockheed-Manager notierte: »Wir haben keine Möglichkeit festzustellen, ob die ›verdeckten Provisionen‹ die saudischen Beamten, für die sie angeblich bestimmt sind, jemals erreichen, oder ob das Bankkonto unseres Beraters Endstation für sie ist.«¹⁹ Im August 1968 etwa zeigte sich ein saudischer Beamter »schwer enttäuscht von Kaschoggi«, weil er die vereinbarte Summe von 150000 Dollar nie erhalten hatte.²⁰

Wie Prinz Bernhard der Niederlande, so begann auch Kaschoggi, zusätzlich für Northrop zu arbeiten, und zwar 1970. Der Firma empfohlen hatte ihn Kermit Roosevelt, ein Enkel von Theodore Roosevelt und eine der Schlüsselfiguren bei dem Staatsstreich, mit dem die Amerikaner und Briten 1953 im Iran den Schah an die Macht gebracht hatten. Kermit Roosevelt war Northrop beim Verkauf von Tiger-Jets an die Saudis behilflich gewesen. Beide Firmen wussten, dass Kaschoggi auch für die jeweilige Konkurrenz arbeitete, akzeptierten das ungewöhnliche Arrangement aber stillschweigend, da es im saudischen Königreich für alle mehr als genug zu verdienen gab.²¹

Kaschoggis Privatvermögen wurde Anfang der achtziger Jahre auf 4 Milliarden Dollar geschätzt, womit er zu den reichsten Männern der Welt gehörte. Nicht weniger als zwölf Domizile soll er damals sein Eigen genannt haben, darunter eines mit einem Zweitausend-Hektar-Grundstück in Marbella, außerdem Häuser in Paris, Cannes, Madrid und Monte Carlo. Sein Haus auf der Fifth Avenue in Manhattan war ein Komplex aus sechzehn Einzelwohnungen. Kaschoggi besaß einen Stall voller Araber-Pferde, zweihundert exotische Tiere, hundert Limousinen und eine Jacht im Wert von 75 Millionen Dollar, die *Nabila*, die aus dem Bond-Film *Sag niemals nie* bekannt ist.²²

Kaschoggi finanzierte seinen luxuriösen Lebensstil weitgehend mit den Provisionen, die er für seine saudi-arabischen Geschäfte erhielt (und mit den Schmiergeldern, die dabei für ihn abfielen). Diese Provisionen waren den US-Behörden lange vor dem Church-Unterausschuss bekannt; das Pentagon wusste von ihnen schon, als sie gezahlt wurden. 1973 arrangierte Northrop für

Kaschoggi ein Treffen mit wichtigen Beamten des Pentagon, die für die Vermittlung und Überwachung amerikanischer Waffenverkäufe verantwortlich waren. Kaschoggi erläuterte das Provisionssystem im Detail und behauptete, die Zahlungen seien dafür bestimmt, die mangelnde wirtschaftliche Infrastruktur des Landes auszubauen. Das Geld für die Prinzen sei nicht als materielle Zuwendung, sondern als Loyalitätsbeweis gedacht. Nach dem Treffen bezeichnete David Alne, Leiter des Büros für internationale Handelsbeziehungen im Verteidigungsministerium, Kaschoggi als »ehrlichen und klugen Geschäftsmann«, der ein »nicht zu teures wirtschaftliches Hilfsprogramm« leite.²³

Als die Bestechungspraxis der Rüstungsindustrie infolge der Ermittlungen des Church-Unterausschusses und der Börsenaufsichtsbehörde publik wurde, behaupteten Lockheed-Präsident Carl Kotchian und Generaldirektor Dan Haughton, an ihrem Verhalten nichts Verwerfliches finden zu können; sie meinten, um die Verkäufe anzukurbeln, sei es vollkommen legitim, Schmiergelder zu zahlen. Zunächst hatte Lockheed die Strategie verfolgt, so wenig Informationen wie möglich zur Verfügung zu stellen. Auf Druck der Börsenaufsicht gab das Unternehmen schließlich zu, 22 Millionen Dollar an Schmiergeldern gezahlt zu haben,²⁴ weigerte sich aber, die Empfänger zu nennen, da dies künftige Geschäfte gefährden und ausländischen Personen des öffentlichen Lebens schaden könnte. Das Wort »Schmiergelder« verwendete Haughton allerdings nicht, sondern er sprach ausschließlich von Provisionen und Entschädigungen.

Der oberste Justiziar des Unternehmens war William P. Rogers, der ehemalige Justizminister unter Eisenhower, dann Außenminister unter Nixon. Rogers drängte seinen Nachfolger im Amt des Außenministers, Henry Kissinger, zugunsten der Firma zu intervenieren. Wie der Autor Anthony Sampson belegt, tat Kissinger ihm den Gefallen und teilte Justizminister Edward Levi schriftlich mit, dass die Informationen in den Lockheed-Akten »unbestätigt und möglicherweise schädlich« seien und die Beziehungen der USA zu den betroffenen Ländern stark belasten würden. Doch das konnte nicht verhindern, dass der Untersuchungsausschuss unter Frank Church, den eruierten Sachverhalt publik machte.²⁵

Für die US-Medien waren die Enthüllungen in dieser Zeit unmittelbar nach

Watergate nur ein weiterer Beleg für die fatale Verfilzung von Politik und Wirtschaft. In Japan hingegen brach die Hölle los. Mehr als dreitausend Ermittler wurden losgeschickt, um zwei Dutzend Privathäuser und Büros zu durchsuchen, darunter auch das des kränkenden Yoshio Kodama. Mehr als ein Dutzend Beamte und Agenten wurden wegen Beteiligung an den korrupten Machenschaften angeklagt. Die Vereinigten Staaten folgten Kissingers Beispiel und zeigten sich unkooperativ: Sie weigerten sich, relevante Dokumente zugänglich zu machen, was die Japaner aufbrachte. Ein japanischer Beobachter kommentierte: »Die Vereinigten Staaten sagen uns nur, dass wir einen Dieb im Haus haben, aber nicht, wer es ist.«²⁶ Der ehemalige Premierminister Kakuei Tanaka wurde im Juli 1976 verhaftet; er war der erste japanische Premier, der wegen Bestechlichkeit während seiner Amtszeit angeklagt wurde. Sieben Jahre später wurde er für schuldig befunden, von Lockheed umgerechnet 1,6 Millionen Dollar Schmiergeld angenommen zu haben, und zu vier Jahren Gefängnis sowie einer Geldstrafe von 2,1 Millionen Dollar verurteilt.²⁷

In Italien wurden – erstaunlich genug – zwei Verteidigungsminister angeklagt, während Versuche, die Immunität eines ehemaligen Premierministers aufzuheben, an einer einzigen Stimme scheiterten – nicht zuletzt dank des Abstimmungsverhaltens der Sozialisten.²⁸ In den Niederlanden sah Prinz Bernhard seinen Ruf, aber nicht seine Freiheit bedroht. Einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss gelang es nicht, Beweise für kriminelles Fehlverhalten des Prinzen bei seinen Geschäften mit Lockheed zu finden. Er wurde jedoch scharf kritisiert. Es wurde festgestellt, dass Bernhard »sich bewusst in Situationen begeben habe, die ihn und die niederländische Politik im Zusammenhang mit der öffentlichen Auftragsvergabe ins Zwielficht rücken mussten. Er zeigte sich offen für unehrenhafte Anfragen und Angebote.« Bernhard verlor praktisch all seine Posten in der Privatwirtschaft, in der Armee und in der Regierung und durfte die Uniform seines Landes nicht mehr tragen. Es hieß, er habe sich und die königliche Familie in Verruf gebracht.²⁹

In den meisten übrigen Ländern, die in den Bestechungsskandal verwickelt waren, wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Adnan Kaschoggi machte weiterhin lukrative Geschäfte als Kontaktmann für Saudi-Arabien, und auch die Regierungsbeamten in der Türkei, in Indonesien, Kolumbien und Singapur brauchten keine Konsequenzen zu fürchten.³⁰ In den USA genehmigte Henry

Kissinger als Außenminister unter Präsident Gerald Ford, der die Nachfolge von Richard Nixon angetreten hatte, den Verkauf von Waffen an Diktator Suharto, der sie gegen die Bevölkerung Osttimors einsetzte. Und trotz der langen Liste der Skandale, die mit dem Namen Lockheed verbunden waren, wurde Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nicht müde, den Rüstungskonzern zu rühmen und ihm vor ausländische Regierungen die besten Referenzen zu erteilen.³¹

Immerhin: Daniel Haughton und Carl Kotchian mussten ihre Posten aufgeben, damit die Firma im Gefolge der Enthüllungen nicht zu viele Verträge verlor. Beiden wurden lukrative Beraterverträge angeboten, nachdem sie zurückgetreten waren. Das allerdings sorgte für einen Aufschrei der Empörung in der Öffentlichkeit, und so wurden die Vertragsangebote zurückgenommen. Keiner der beiden Männer äußerte ein Wort des Bedauerns über sein Handeln. In einem Interview mit der *New York Times* bezeichnete sich Kotchian im Juli 1977 als »Sündenbock« und verglich sich mit Richard Nixon: »Die Erfahrung, die ich gemacht habe, hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Watergate. Ich kann das vergleichen, weil eine Menge von dem, was bei Watergate herauskam, gang und gäbe gewesen war – aber mit einem Mal wurden andere Maßstäbe angelegt.«³² Es sei nicht nur gang und gäbe gewesen, so Kotchian, sondern jeder vernünftige Mensch hätte unter denselben Umständen dasselbe getan, was er getan hatte: »Welcher Geschäftsmann schlägt die Bitte eines potentiellen Käufers ab, ihm preislich etwas entgegenzukommen, wenn er auf diese Weise vielleicht das Geschäft des Jahrhunderts abschließen kann?« Kotchian lehnte auch den Begriff »Bestechung« ab: »Manche sprechen von Gratifikationen, andere von verdeckten Zahlungen, wieder andere sprechen von Erpressung. Ich habe all diese Zahlungen für notwendig gehalten, um ein Produkt zu verkaufen. Ich hatte nie das Gefühl, etwas Unrechtes zu tun. Ich habe diese Zahlungen als Provisionen betrachtet; sie waren Standard.«³³ In der Rüstungsindustrie waren sie das zweifellos; aber waren sie deshalb ethisch vertretbar oder korrekt?

Im Zuge der Watergate-Ermittlungen erhielt die Öffentlichkeit Kenntnis von einer ganzen Reihe von Skandalen – so auch von der Existenz von »Schmiergeldkassen« für gezielte Bestechungen im In- und Ausland.³⁴ Die Börsenaufsicht bot Firmen, die sich zu unlauteren oder illegalen Zahlungen bekannten, Straffreiheit an. Mehr als 450 amerikanische Firmen gaben zu, solche

Zahlungen (im Gesamtwert von mehr als 300 Millionen Dollar) an Regierungsbeamte, Politiker und politische Parteien geleistet zu haben.³⁵ Über 100 von ihnen gehörten zu den 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt.³⁶

Trotz der empörenden Berichte nicht nur über Lockheeds Aktivitäten auf der ganzen Welt, sondern auch über ähnliche Machenschaften anderer Firmen,³⁷ waren die Verantwortlichen in den Rüstungsunternehmen nicht bereit, die ethischen Grundsätze des eigenen Handelns zu überdenken. Der Ruf nach strengerer Regulierung und einem Verbot von Schmiergeldzahlungen wurde laut. Die Unternehmen hielten dem entgegen: Derlei Eingriffe würden zu wirtschaftlichen Nachteilen für die Vereinigten Staaten führen.³⁸ Doch die Einwände wurden weitgehend ignoriert, und so wurde 1977 einstimmig der Foreign Corrupt Practices Act (FCPA), ein Gesetz zur Verhinderung der Bestechung ausländischer Amtspersonen verabschiedet.³⁹ Bestechung wurde unter Strafe gestellt, und für alle Firmen galt fortan Buchführungspflicht. A. A. Sommer, ein hoher Beamter der Börsenaufsicht, sagte 1976, ein Jahr vor Inkrafttreten des Gesetzes:

Es gibt sowohl moralische als auch juristische Probleme, die weit über die Frage illegaler Zahlungen an ausländische Amtsträger hinausgehen. Es stellen sich Fragen, die die Rolle multinationaler Konzerne betreffen: welche Verpflichtungen sie gegenüber den Ländern haben, in denen sie tätig sind; dazu gehört der Respekt vor den fremden Gesetzen ebenso dazu wie eine gewisse Vorbildfunktion, mit der sie die Standards in dem anderen Land verbessern helfen können.⁴⁰

Bis in die neunziger Jahre waren die Vereinigten Staaten das einzige Land, das Bestechung im Ausland verbot.⁴¹ Verboten sind nach dem FCPA-Gesetz Zahlungen (oder auch Wertgeschenke) an ausländische staatliche Amtsträger, politische Parteien oder private Unternehmen und Personen, die in staatlichem Auftrag handeln, zu dem Zweck, »Aufträge zu er-oder behalten«. Außerdem gilt eine Dokumentations- und Buchführungspflicht, die gewährleisten soll, dass jede finanzielle Transaktion eine »Papierspur« hinterlässt und Bestechungen so nicht verheimlicht werden können. Dieser zweite Teil des FCPA-Gesetzes betrifft jedoch nur Unternehmen, die in den USA registriert sind und der Börsenaufsicht periodisch Bericht erstatten müssen.⁴² Firmen in Privatbesitz, das heißt solche, die nicht börsennotiert sind, brauchen die Buchführungsvorschriften nicht zu beachten. Daher bleibt wahrscheinlich ein Großteil der Bestechungsvorgänge im Ausland unentdeckt, vor allem bei kleineren Firmen. Eine andere Schwäche des

Gesetzes ist seine begrenzte Reichweite, wenn es um ausländische Tochterunternehmen geht, die nicht vollständig im Besitz einer amerikanischen Muttergesellschaft sind. Des Weiteren gilt: Eine ausländische Firma oder Person verstößt gegen das FCPA-Gesetz, wenn sie in irgendeiner Weise an einer illegalen Zahlung beteiligt ist und sich zur fraglichen Zeit in den Vereinigten Staaten befindet.⁴³ Das Gesetz bezieht sich, wie gesagt, eigentlich nur auf die Bestechung von »Amtsträgern«. Seit dem BAE-Fall schließt dieser Begriff aber auch Mitglieder aus Königshäusern ein.

Diese Gesetzesvorschriften, denen in erster Linie das Justizministerium und die Börsenaufsicht Geltung verschaffen, haben das Verhalten amerikanischer Firmen im Ausland zweifellos verändert. Die Schlupflöcher, die das Gesetz gelassen hat, werden allerdings ausgiebig genutzt. So ist beispielsweise die Gründung ausländischer Joint Ventures ohne Mehrheitsbeteiligung eine beliebte Methode amerikanischer Firmen, um in Saudi-Arabien Bestechungsgelder zahlen zu können. Beobachtet wurde auch, dass es in US-amerikanischen Firmen inzwischen fast überall zur Unternehmenskultur gehört, interne Leitlinien zu formulieren, die zur Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen auffordern, dass aber ausgerechnet Firmen mit ausländischen Tochterunternehmen oft ohne diese arbeiten oder sie nicht in Übersetzung bereitstellen.⁴⁴

Schon bald nach Verabschiedung des Gesetzes gab es massive Bestrebungen von Seiten der Wirtschaft und der Regierung, vor allem während Ronald Reagans Amtszeit, die Anwendbarkeit möglichst zu beschränken. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs im Kongress und auch in späteren Anhörungen 1981 forderten führende Wirtschaftsvertreter, dass die Börsenaufsicht nicht mit der Durchsetzung des Gesetzes betraut werde, angeblich weil dies zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem globalen Markt führe.⁴⁵ Die Reagan-Administration warf der Börsenaufsicht außerdem vor, sie mache von dem FCPA-Gesetz in unzulässiger Weise Gebrauch, indem sie es »als trojanisches Pferd benutze, um eine Ausdehnung der Buchführungsvorschriften auf alle Firmen, auch die im Ausland, durchzusetzen«. ⁴⁶ Zum Beweis wurden krampfhaft Beispiele zusammengesucht für entgangene Geschäfte und gestiegene Geschäftskosten, die auf das Gesetz zurückzuführen seien. Diesen Argumenten wurden jedoch Zahlen des Handelsministeriums entgegengehalten, die belegten,

dass die amerikanischen Exporte in den Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gestiegen waren. In einer Umfrage der Rechnungsprüfungskammer (des Government Accountability Office des Kongresses) unter 200 der 1000 umsatzstärksten Unternehmen der Welt gaben 1981 zwei Drittel dieser Firmen an, dass das FCPA-Gesetz »kaum oder gar keine nachteiligen Auswirkungen auf die Geschäfte« habe.⁴⁷

Fröhliches Treiben mit WC-Brille und Hammer

Die Tatsache, dass die Reagan-Regierung es sich auf ihre Fahnen schrieb, die Industrie und insbesondere den Rüstungssektor massiv zu fördern, spiegelte sich nicht zuletzt in der Haltung, die sie zum Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung, dem Foreign Corrupt Practises Act (FCPA), einnahm. Gegen Ende der Amtszeit von Jimmy Carter befanden sich die Militärausgaben, den Sicherheitsbedürfnissen der USA entsprechend, auf dem seit 1951 niedrigsten Stand. Die Vereinigten Staaten waren an keinem größeren Konflikt beteiligt, und die Entspannung mit der Sowjetunion hatte zu einer ungefähren Atomwaffenparität geführt. Politisch konservative Falken wie der kalifornische Gouverneur Reagan meinten jedoch, im Schatten eines riesigen sowjetischen Militärkolosses eine schwächlich-kleine USA kauern zu sehen.

Der damalige Leiter der CIA, George Bush senior, stellte daraufhin ein sogenanntes Team B zusammen, das die geheimdienstlichen Aufklärungsergebnisse über die militärische Stärke der UdSSR einer Revision unterziehen sollte. Zum Team gehörte unter anderen der Erzfalke Paul Wolfowitz. Mit den neuen Resultaten in der Hand attackierte Reagan im Präsidentschaftswahlkampf von 1980 die Carter-Regierung kontinuierlich mit dem Vorwurf, sie hinke beim Rüstungswettrennen hoffnungslos hinterher. Bekanntermaßen hatte Reagan als Vertreter des General-Electric-Konzerns einen Großteil der fünfziger Jahre damit verbracht, antikommunistische Reden zu schwingen.¹

Nach Amtsantritt begann Reagan, seine Phrasen in die Tat umzusetzen. Zusammen mit seinem Verteidigungsminister, dem Hardliner Caspar

Weinberger, drückte er schon allein in den Jahren 1981 und 1982 zusätzliche Militärausgaben in Höhe von 75 Milliarden Dollar durch; bei einer Obergrenze von 185 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1982 bedeutete das gegenüber 1980 eine Steigerung von 39 Prozent. Bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit verdoppelten sich die Militärausgaben – so viel hatten sie zu Friedenszeiten in der ganzen US-Geschichte noch nie zugenommen. Dem militärisch-industriellen Komplex brachte das einen warmen Geldregen. Lockheed zum Beispiel konnte von 1980 bis 1983 sein Auftragsvolumen für das Pentagon auf 4 Milliarden Dollar pro Jahr verdoppeln.²

Widerstand gegen diese enorme Ausgabensteigerung formierte sich zunächst kaum, im Gegenteil, in breiten Teilen der Bevölkerung wurde Reagans Rüstungspolitik begrüßt. Erst gegen Ende der ersten Amtszeit Reagans wurde Kritik laut. Man hielt der Regierung vor, dass in Zeiten wachsender Defizite und steigender sozialer Erfordernisse die Militärausgaben viel zu hoch seien; außerdem stehe zu befürchten, dass die zunehmende Zahl der Atomwaffen das Risiko einer atomaren Konfrontation zwischen den Supermächten eher verschärfe, als sie bänne. Diese Befürchtung führte zu weltweiten Demonstrationen gegen das atomare Aufrüsten. Aber was die Rüstungsausgaben zunächst tatsächlich verlangsamte, war vor allem der Hinweis der Kritiker auf die absurd hohen Kosten.

Dabei rückten zwei stark überteuerte Gegenstände in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion: ein WC-Sitz für 600 Dollar und eine Kaffeemaschine für 7662 Dollar. Nachdem Caspar Weinberger dem Kongress erklärt hatte, beim größten friedenszeitlichen Militärhaushalt der US-Geschichte gebe es »nicht das kleinste bisschen Verschwendung«, ermöglichte der Skandal um diese als Ersatzteile in Rechnung gestellten Gegenstände eine neue, objektivere Bewertung der Verwendung von zig Milliarden zusätzlich bewilligter Gelder. Verteidigungsminister Weinberger musste sich eine Menge Spott gefallen lassen. *Washington Post*-Karikaturist Herblock zum Beispiel stellte Weinberger wiederholt mit einer WC-Brille um den Hals dar. Passenderweise war besagte Kaffeemaschine für Lockheeds C-5A-Transportflugzeug beschafft worden, dem Paradebeispiel für dürftige Leistung bei explodierenden Kosten.³

Ans Licht gebracht wurden die Skandale hauptsächlich von einer jungen, durch den Pentagon-Insider Ernie Fitzgerald geförderten Journalistin: Dina

Razor machte unter anderem publik, dass bei dem Flugzeugmotorenbauer Pratt & Whitney innerhalb eines Jahres 34 Ersatzteile über 300 Prozent teurer geworden waren. Ein Mitarbeiter im Beschaffungssamt hatte dazu in einem Aktenvermerk bezeichnenderweise festgehalten, dass für Pratt & Whitney Kostenkontrolle bisher keine Rolle gespielt habe und es der Firma »daher schwerfallen werde, das zu lernen«. ⁴ Die US-Luftwaffe verlautbarte, dass die Preiserhöhungen gerechtfertigt seien, und bestätigte damit Fitzgeralds Ansicht, dass die PR-Leute der Air Force »im Allgemeinen instinktiv lügen, selbst wenn sich die Wahrheit für sie auszahlen würde«. ⁵ Noch mehr Geldschneiderei auf Kosten der Steuerzahler betrieb die Firma Gould, die der US-Marine einen einfachen Zimmermannshammer, der im Eisenwarenladen sieben Dollar gekostet hätte, für 435 Dollar lieferte. Die Marine hielt die in Rechnung gestellten Unkosten (37 Dollar für den Kundendienst, 93 Dollar Herstellungszuschlag und eine Gebühr von 56 Dollar, die augenscheinlich allein dem Profit diene) für akzeptabel.

Des Weiteren kam heraus, dass Lockheed dem Pentagon beim C-5A-Transportflugzeug 591 Dollar für eine Uhr und 166000 Dollar für eine Motorabdeckung berechnet hatte. Die überteuerten Kaffeemaschinen erwiesen sich außerdem als stark reparaturanfällig. Über 670 Dollar verlangte Lockheed für eine Armlehnauflage, die die Air Force für weniger als 25 Dollar hätte selbst anfertigen können. Außerdem wurde bekannt, dass ein 181 Dollar teures Blinklicht zwanzig Jahre alte Technik enthielt und im Handel bessere Lösungen für weit weniger Geld zu haben gewesen wären.

Lockheed verteidigte sich mit dem Argument, Ersatzteile machten nur 1,6 Prozent des Verteidigungshaushalts aus, und deutete an, dass die Menschen, die Betrug, Verschwendung und Missbrauch aufgedeckt hatten, Friedens- und Freiheitsgegner seien und angesichts weltweiter Feinde im Interesse nationaler Einigkeit lieber schweigen sollten. Doch Ernie Fitzgerald brachte das Ganze wieder auf eine vernünftige Ebene: Eine überzogene Rechnung bleibe eine überzogene Rechnung, sagte er, und wenn die bei den WC-Sitzen und Kaffeemaschinen beobachtete Beschaffungspraxis auf ganze Flugzeuge wie die C-5A angewendet würde, hätte man es mit »fliegenden Ersatzteilsammlungen« zu tun. ⁶

Razor enthüllte auch die Absicht der Air Force, dem Lockheed-Konzern 1,5

Milliarden Dollar dafür zu zahlen, dass dieser bei der C-5A schwerwiegende Probleme mit den Flügeln behob, die er selbst zu verantworten hatte. Das war nichts anderes als milliarden schwere Unternehmensförderung.⁷

Trotz dieser katastrophalen Leistungsbilanz half die US-Luftwaffe der Firma Lockheed durch geschickte Lobby-Arbeit bei ihrem Bestreben, den Auftrag zum Bau der nächsten Generation von Transportmaschinen an Land zu ziehen. Als im August 1981 dennoch ein Modell von McDonnell Douglas dafür ausgewählt wurde, sorgte man sich bei der Air Force um Lockheeds geplante C-5B. Zwei Wochen dauerte es, dann war die Entscheidung der zuständigen Luftwaffenstellen über den Haufen gestoßen. Rasor konnte kaum fassen, dass die Air Force nun doch die »modernisierte Version einer ihrer peinlichsten Anschaffungen« haben wollte.⁸

Als dann Boeing eine beeindruckende und viel preisgünstigere Alternative auf den Tisch legte und der als »Senator von Boeing« bekannte Henry Jackson seine Kollegen im US-Senat darauf einschwor, wurden Pentagon, Luftwaffe und Lockheed aktiv. Ein 96-seitiges Strategiepapier legte im Einzelnen dar, wie man mithilfe von Generälen, Senatsmehrheitsführer Howard Baker, dem Leiter des Luftwaffenamts, dem stellvertretenden Verteidigungsminister und Präsident Reagan die erforderliche Stimmenzahl im Kongress zu holen gedachte. Der führende Bürgerrechtler und Bürgermeister von Atlanta, Andrew Young, war ausersehen, im Kongress die Mitglieder der afroamerikanischen Interessensgruppe zu bearbeiten.

Entsprechende Aufgaben stimmten Pentagon und Lockheed untereinander ab, wobei der Konzern das eigentliche Sagen hatte – das ging so weit, dass Lockheed das Positionspapier des Verteidigungsministers zum C-5B-Projekt entwarf.^{15*} Die Air Force besorgte unterdessen geeignetes Bildmaterial für eine ganzseitige Anzeige in der *Washington Post*. Zentraler Bestandteil der ganzen PR-Anstrengungen aber war schlichte »Futtertrog«-Politik. So wurden etwa der Abgeordnete Glenn Anderson, Repräsentantenhaussprecher Thomas O'Neill und Senator Carl Levin aus Michigan durch Subunternehmen aus ihren Wahlbezirken für die Sache gewonnen, weil Arbeitsplätze winkten.⁹

Als diese Form der Lobby-Arbeit ruchbar wurde, zeigten sich Lockheed und Luftwaffe keiner Schuld bewusst. »Sie liegen völlig falsch, wenn Sie das hier für ein ungewöhnliches Vorkommnis halten«, erklärte der Leiter des C-5B-Projekts,

Generalleutnant Kelly Burke. »So funktioniere Demokratie nun einmal. Das Ganze läuft genau so ab, wie es sein soll.«¹⁰

Nicht jeder teilte seine Meinung. Ein Bericht der Rechnungsprüfungskammer forderte zu überprüfen, ob es durch Angehörige der Exekutive zu strafrechtlich relevanten Handlungen gekommen sei und ob Absprachen mit Auftragnehmern nicht womöglich bereits eine Gesetzesverletzung darstellten. »Aus der Tatsache, dass der Luftwaffe verboten ist, von sich aus eine PR-Kampagne zu organisieren«, hieß es im Bericht, »folgt konkludent, dass sie sich auch nicht an entsprechenden Aktivitäten eines Netzes von Rüstungsfirmen beteiligen darf.«¹¹ Die Rechnungsprüfungskammer war überzeugt, dass die Gehaltsfortzahlungen, die die Pentagon- und Luftwaffenmitarbeiter während ihrer Beteiligung an der Lockheed-Werbekampagne erhalten hatten, eine Veruntreuung öffentlicher Gelder darstellten. Ernie Fitzgerald glaubte nicht, dass die Befassung des Justizministeriums mit dieser Angelegenheit zu irgendetwas führen würde, und sagte, das sei, als würden »königliche Strafverfolger damit beauftragt, die Männer des Königs dafür zu belangen, dass sie die Aufträge des Königs erledigen«.¹² Forderungen nach einem Sonderermittler wurden ignoriert. Fitzgerald behielt recht.

Dieser Vorfall wirft ein Schlaglicht auf ein strukturelles Problem, unter dem das Beschaffungsverfahren noch heute leidet. William Hartung meint dazu:

Wenn Waffensysteme zur Debatte stehen, ist immer das Gleiche zu beobachten: Industrie- und Pentagon-Lobbyisten fallen scharenweise auf dem Capitol Hill ein; der Druck auf Angehörige der Streitkräfte wächst, ebenso auf Senatoren und Abgeordnete, die dem Bewilligungsausschuss angehören und in deren jeweiligem Bundesstaat beziehungsweise Wahlbezirk meist wichtige Fertigungsanlagen platziert worden sind; die Waffensystemhersteller und deren Subunternehmer lassen wichtigen Kongressmitgliedern großzügige Spenden zukommen; außerdem erscheinen, häufig mit Unternehmerhilfe, amtliche Berichte und Verlautbarungen, die das betreffende Waffensystem einseitig positiv darstellen.¹³

Hier sieht man das »eiserne Dreieck« in Aktion; Folge sind riesige Verteidigungshaushalte und fragwürdige Waffenkäufe.¹⁴ Selbst liberale Parlamentarier, die sonst beim Militäretat Verschwendung und Auswüchse anzuprangern pflegen, fangen plötzlich an, Ausgabenerhöhungen zu befürworten, wenn sich für ihren Wahlbezirk eine Waffenproduktionsmöglichkeit abzeichnet. Zum Beispiel stieß ein Versuch, das

F18-Projekt wegen enormer Kostenüberschreitung und erheblicher Leistungsdefizite zu streichen, bei den bekannten Liberalen Ted Kennedy und Alan Cranston auf heftigen Widerstand. Und zehn Jahre zuvor hatte Cranston jenen Beschluss mitgetragen, der Lockheed finanzielle Rettung brachte.

Reagans Lieblingsprojekt war jedoch der Raketenabwehrschirm. Als er im März 1983 schlechte Umfrageergebnisse hatte und 57 Prozent seiner Landsleute befürchteten, durch ihn in einen Atomkrieg verwickelt zu werden, gelobte Reagan in seiner später so genannten »Star Wars«-Rede, für Technologien zu sorgen, durch die Atomwaffen wirkungslos und überflüssig würden. Außenminister George Shultz hielt diese, auch von dem konservativen Politiker Richard Perle verfochtene Idee für absurd. Heraus kam die sogenannte »strategische Verteidigungsinitiative«, die Strategic Defense Initiative (SDI). Für eine der unzähligen Technologien im Rahmen dieses gigantischen Projekts zeichnete Lockheed verantwortlich und profitierte finanziell entsprechend. Nach drei Fehlversuchen, die das ganze Vorhaben fast hätten scheitern lassen, gelang im Juni 1984 ein Abfangraketen-test. Damit prahlt der Konzern noch heute, obwohl sich inzwischen herausgestellt hat, dass der Test manipuliert wurde, denn zehn Jahre danach hat die Rechnungsprüfungskammer in einem Bericht festgehalten, dass der beim Test verwendete Übungssprengkopf speziell präpariert worden war, um leichter getroffen zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 35 Milliarden Dollar für das »Star Wars«-Projekt geflossen. Wieder einmal war der Konzern gemeinsam mit dem Militär dabei, dem Steuerzahler die Dollarmilliarden aus der Tasche zu ziehen.

Die Reagan-Regierung, die so sehr erpicht darauf war, sich den Rüstungsunternehmen gegenüber finanziell erkenntlich zu zeigen, verfolgte mit demselben Eifer das Ziel, den privaten Sektor von möglichst vielen Beschränkungen zu befreien. Dazu gehörte die Aufweichung von Vorschriften, die im FCPA, dem Anti-Korruptionsgesetz, festgelegt waren. Nach Lobby-Vorstößen von Unternehmerseite sorgte 1988 ein Änderungsgesetz für eine Abschwächung des FCPA. Nun galten für Schmiergeldzahlungen breitere Ausnahmeregelungen, die nicht mehr nur Beamte und leitende Angestellte in nicht weisungsbefugten Positionen betrafen, sondern auch »Amtsträger«, die »verwaltungstechnische Routinetätigkeiten« versahen. Laut Senator Heinz, einem der Hauptbefürworter der FCPA-Novelle, geschah die Gesetzesänderung

in dem Bemühen, in Zeiten eines belastenden Handelsdefizits ein paar Exporthindernisse für US-Firmen zu beseitigen.¹⁵

Aus der Klausel, Zahlungen an Dritte seien verboten, »wenn Gewissheit oder Grund zu der Annahme besteht, dass der ganze Betrag oder ein Teil davon« zur Bestechung ausländischer Beamter benutzt wird, wurden die Worte »oder Grund zu der Annahme« gestrichen, sodass nur noch bei Korruptions-»Gewissheit« Strafe drohte – was sehr viel schwerer nachzuweisen ist. Außerdem wurde die Verbotsklausel mit folgenden Ausnahmen versehen: Nicht strafbar ist, wenn die Zahlung nach den Gesetzen und Regelungen des betreffenden Landes legal ist und wenn es sich bei der Zahlung um eine akzeptable Ausgabe zugunsten eines ausländischen Beamten zwecks Förderung eines Geschäfts oder Vertrags mit einer fremden Regierung oder Behörde handelt.¹⁶ Hohe Relevanz kommt dieser Ausnahmeregelung natürlich immer dann zu, wenn man es mit durch und durch korrupten Ländern wie Saudi-Arabien zu tun hat.

Das FCPA enthält darüber hinaus eine Ausnahmeklausel, die die CIA aus Gründen der »nationalen Sicherheit« vor Verabschiedung des Gesetzes hatte einfügen lassen. Die Klausel besagt, dass Firmen, die an Programmen mitwirken, die nach CIA-Meinung der Sicherheit des Landes dienen, die US-Finanz- und Börsenaufsichtsbehörde (SEC) nicht über Auslandszahlungen zu informieren brauchen. Aus einem Aktenvermerk über ein Treffen im Jahr 1998 zwischen dem Chefjustiziar der CIA und einem Ermittler des Kongresses namens Peter Stockton geht hervor, dass zumindest damals eine »ganze Reihe« von US-Firmen von ihrer Meldepflicht gegenüber der Börsenaufsicht befreit waren. Bei ihnen handelte es sich um Tarnfirmen der CIA. »Wie kann die SEC davon ausgehen, dass solche Firmen ihre Ausnahmestellung nicht missbrauchen?«, schreibt Stockton. »Ist das ein Freibrief für Schmiergeldzahlungen?«¹⁷ Für den Waffenhandel war das Ganze ein großer Segen, und zwar sowohl für die US-amerikanischen Firmen als auch für die vielen Waffenhändler, die in oder mit den Vereinigten Staaten Geschäfte machten. So fielen zum Beispiel die im Zusammenhang mit der Iran-Contra-Affäre getätigten Schmiergeldzahlungen nicht unter das FCPA.¹⁸

Das Iran-Contra-Unternehmen, bei dem es sich nach Aussage eines unabhängigen Gutachters um eine Verschwörung handelte, an der praktisch die gesamte Reagan-Regierung beteiligt war,¹⁹ verletzte das Waffenexport-

Kontrollgesetz und verstieß gegen mindestens ein weiteres vom Kongress verabschiedetes Gesetz. Die Affäre und deren Vertuschung, in die auch die Saudis und Israelis verwickelt waren, führte schließlich zur Verurteilung von elf Mitgliedern der Reagan-Regierung, darunter Verteidigungsminister Caspar Weinberger. Sie alle wurden allerdings begnadigt, nachdem der damalige Vizepräsident George Bush senior selbst Präsident geworden war. Die Iran-Contra-Affäre ist bis heute eines der berühmtesten Beispiele für illegalen Waffenhandel zugunsten politischer und profitgetriebener Bestrebungen.

Nach Überzeugung des Pentagon-Insiders Chuck Spinney bildeten die Reagan-Jahre den Höhepunkt des Rüstungswahns. Seine Kenntnisse, die er als Mitglied der kleinen Gruppe um John Boyd erlangt hatte, fasste Spinney 1980 in einem Thesenpapier zusammen, das er *Defense Facts of Life* nannte, »Rüstungstatsachen«. Darin übt er scharfe Kritik am Zustandekommen des Verteidigungshaushalts und zeigt auf, dass das Streben nach komplexer Technik in der Regel zur Herstellung von wenigen kostspieligen und ineffizienten Waffen führt. Wie ein Drogensüchtiger gebe die US-Luftwaffe für ihre Sucht nach teuren und technisch viel zu komplizierten Waffensystemen so viel Geld aus, dass ihr für deren Unterhalt und Wartung nicht mehr genügend Mittel blieben, erklärt er. Durch den Hang zur Entwicklung und Anschaffung von teuren Hightech-Produkten werde die Verteidigungskraft der USA von innen her geschwächt. Wie töricht dieser Ansatz sei, habe sich bei der Geiselkrise im Iran gezeigt: Die Befreiung der von iranischen Revolutionären festgehaltenen amerikanischen Geiseln sei im April 1980 aufgrund einer Reihe technischer Pannen, die unter anderem zum Absturz zweier amerikanischer Hubschrauber führten, jämmerlich gescheitert.²⁰

Senator Sam Nunn begann sich für die Arbeit der »Verteidigungsreformbewegung« zu interessieren und wollte Spinney sprechen. Das Pentagon sagte Nein und gab erst nach, als Nunn mit einer Vorladung drohte. Der Senator verlangte einen ungeschönten Sachlagebericht. Spinney verbrachte die Weihnachtstage damit, ihn zu Papier zu bringen.

Das neue Jahr läutete die Ära der Reagan-Regierung und des neuen Verteidigungsministers Caspar Weinberger ein. Die Bestätigung Weinbergers durch den Senat erlebte Spinney als »großes Love-in; denn alles, was diese Burschen im Streitkräfteausschuss tun wollen ist dem Pentagon Geld

Darüber im Subkomiteeausschuss für Waffen, ist, dem Pentagon Geld hinterherwerfen«. Zu ihnen zählte Spinney auch Senator Nunn:

Nunn galt als Pentagon-Marionette. Von dem hat niemand was erwartet. Doch dann sagte er: »Ich habe den Bericht hier in der Hand: Je mehr Geld ausgegeben wird, desto schlechter sind die Sachen, die wir dafür kriegen. Und dieser Bericht wird vom Pentagon unterdrückt.« Die Presse tobte und verlangte die Herausgabe des Berichts. Das Pentagon wurde mit Anfragen bestürmt und hat schließlich über 2000 Exemplare gedruckt. Und ich war mit einem Mal eine höchst unerwünschte Person und bekam den Befehl: »Sie arbeiten daran nicht mehr weiter!«, worauf ich ein »Jawohl!« hören ließ. Mir war nämlich inzwischen klar, dass ich mich als Nächstes speziell mit dem Beschaffungswesen befassen musste, also hab ich mich an die Arbeit gemacht.

Spinney begann einen Bericht »Zur Diskrepanz zwischen Planung und Umsetzung« zu erarbeiten.²¹ Thema ist das Missverhältnis zwischen den Zusicherungen, die die Rüstungsindustrie dem Kongress jeweils vor einzelnen Projektbewilligungen macht, und dem tatsächlichen Leistungsvermögen der letztlich gelieferten Produkte. Spinney legt dar, dass bei sinkenden Stückzahlen die Kosten jeweils in die Höhe gehen. Brisant ist, was er über die enorme Kluft zwischen dem beantragten Verteidigungsbudget und der tatsächlich ausgegebenen Summe ans Licht bringt: Reagans wirkliche Verteidigungsausgaben lagen mindestens 500 Milliarden Dollar über der Gesamtsumme, die er beim Haushaltsantrag für 1984 für einen Fünfjahreszeitraum veranschlagt hatte. »Aber so was wollte natürlich niemand hören.« Um Spinney auszubremsen, gaben seine Vorgesetzten eine Überprüfung seines Berichts in Auftrag. Weil sie die Bekanntgabe seiner Ergebnisse verweigerten, machte sich Spinney daran, Pressevertreter abends in Moteljimmern mit einer kurzen Zusammenfassung zu versorgen.

Aus heiterem Himmel ruft bei mir plötzlich ein Bekannter aus dem Büro des Verteidigungsministers an: »Ich hab da was, das ich Ihnen zeigen möchte.« Er gibt mir eine Studie des Luftwaffenamts zu lesen und meint dazu: »Wissen Sie, diese Studie sagt genau das Gleiche wie Sie, zwar mit anderen Worten, aber die Stoßrichtung ist dieselbe.« – »Sieh einer an«, entgegne ich, »davon hätte ich gern eine Kopie.« Was er mit einem »Behalten Sie die da!« quittiert. Da gibt es also dieses nicht geheime, von ein paar pensionierten Dreiund Vier-Sterne-Generälen verfasste Dokument und das sagt im Grunde genommen, dass ein GAU begonnen hat.

Das Pentagon drehte inzwischen langsam durch, weil alle Journalisten meinen Bericht haben wollten, den viele bislang nur kurz zu Gesicht bekommen haben. Wir haben dann den Bericht von der Leine gelassen, und kurz drauf ist der Bericht der Luftwaffe erschienen.

Der frisch gewählte konservative Senator Grassley aus Iowa hat davon gehört und sich sehr interessiert gezeigt. Man darf nicht vergessen: Reagan war damals grad auf dem Höhepunkt seiner Popularität – und Grassley hat den Mut gehabt, sich gegen ihn zu stellen. Der Senator will mich also sprechen, aber

mir wird von oben gesagt, dass ich mich nicht mit ihm treffen darf. Darauf meint John Boyd nur: »Okay, Chuck, ich sag da nichts weiter zu, aber bleib einfach in den nächsten zwei Stunden hier im Büro.« Was ich nicht wusste, war, dass Grassley einfach in sein Auto gestiegen, zum Pentagon gefahren und dort mit den Worten »Ich möchte Chuck Spinney sprechen« ins Büro des Verteidigungsministers geplatzt ist. Ich sei leider grad nicht an meinem Platz, gibt man ihm zur Antwort. Grassley weiß natürlich, dass ich da bin, und ist stinksauer und denkt bei sich: »So was kann man mit mir nicht machen, ich bin Senator!« Er fährt also zurück und erwirkt eine umgehende Anhörung in der Sache. Im März (1983; A. F.) war es schließlich so weit. Ich sollte zur Anhörung vorgeladen werden, doch Weinberger meinte: »Lassen wir ihn einfach hingehen, in ein paar Wochen haben die die ganze Sache wieder vergessen.«

Da beschließt das *Time Magazine*, sich der Geschichte anzunehmen. Man überlegt, wie das Titelbild aussehen soll – vielleicht ein Foto von Boyd, aber der möchte nicht. John meinte vielmehr: »Sie müssen Spinney auf der Titelseite bringen, und das aus einem einfachen Grund: Er ist der David, der da gegen Goliath antritt, und er kann jede Rückendeckung gebrauchen, denn nach dieser Anhörung haben die ihn am Wickel.« Da meinten die: »Okay.« Und er darauf: »Ich will mal sehen, ob Spinney einverstanden ist.« Also fragt er mich am nächsten Tag, ob ich beim *Time Magazine* aufs Titelblatt will. »Himmel, nein!«, ist meine Antwort. »Hör mal«, sagt John, »du weißt doch, was dich mit der Anhörung erwartet; da ist das die beste Rückversicherung, die du kriegen kannst. Denk drüber nach, wir reden morgen weiter.« Ich hab über seine Worte nachgedacht und musste ihm recht geben. Mir blieb keine Wahl. Unterdessen hat das Verteidigungsministerium den Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses des Senats, John Tower, eine Pentagon-Marionette, dazu überredet, die Anhörung auf einen Freitag zu legen. Es ist nämlich so, dass die meisten Leute schon am Donnerstag ins Wochenende fahren, am Samstag steht dann ein bisschen was in der Zeitung, und danach ist die Sache gegessen. Eine alte Taktik des Ministeriums. Außerdem hatte man für die Anhörung nur ein winziges Zimmer vorgesehen. Grassley tobte und setzte durch, dass nun eine gemeinsame Anhörung des Streitkräfte- und des Haushaltsausschusses des Senats stattfinden sollte. Das hatte es noch nie gegeben. Nun, das Ganze läuft schließlich in dem Sitzungssaal ab, in dem seinerzeit schon die McCarthy-Anhörungen stattgefunden hatten. Der Saal ist gestopft voll. Man stelle sich vor, wie dumm das Verteidigungsministerium war: Die Leute vom *Time Magazine* haben in der Woche vor dem Termin den Kongressabgeordneten ordentlich in den Ohren gelegen, haben allen erzählt, dass sie die Anhörung als große Titelgeschichte bringen und so weiter und so fort, und das wollte sich natürlich keiner entgehen lassen. Und das Pentagon hatte nicht die leiseste Ahnung – einfach unglaublich!

Zuletzt hab ich meinen zweistündigen Bericht dann vor acht Fernsehkameras vorgetragen.

Am Montag drauf kam das *Time Magazine* raus. Frühmorgens, bevor es verteilt war, fand in Weinbergers Büro eine Stabssitzung statt. Ein Freund von mir war bei der Sitzung dabei. Er hat mir anschließend erzählt, Marineminister John Layman hätte verkündet: »Also, die Sache mit Spinney ist erledigt. Am Wochenende hat es ein paar Meldungen gegeben, aber mehr kommt dazu nicht.« Als dann das *Time Magazine* mit seiner Titelstory erschien, war der Teufel los. Die Zeitschrift musste gleich Lkw-weise ins Verteidigungsministerium gebracht werden. *Wall Street Journal*-Reporter Walt Mossberg hat mir später bei einem Anruf erzählt: »Der stellvertretende Pressesprecher war grade dabei, mir am Telefon wegen eines meiner Artikel die Leviten zu lesen; der Artikel hatte nichts mit Ihnen zu tun. Während er sich also über das, was ich geschrieben hatte, bei mir beschwert, höre ich ihn auf einmal ›O nein, um Himmels willen!‹ stöhnen. ›Was gibt's denn?‹, will ich wissen. ›Ich hab grad das *Time Magazine* reingereicht bekommen, und Spinney ist auf dem Titelblatt.‹ – ›Na, kommen Sie‹, sag ich darauf, ›da will Sie jemand auf den Arm nehmen!‹ – ›Nein, das ist echt. Ich muss Schluss machen.‹« Mein Freund und Kollege Ray Leopold ist bei uns mit einem ganzen Stapel angerückt und hat die Zeitschrift überall verteilt.

Auch Donald Trump und seine Anhänger haben sich über die Geschichte der Spinney-Anhörung geäußert. Nach

AUCH BOYA, der grad ganz entspannt, fuße auf dem Schreibtisch, dasas, kriegte ein Exemplar. Nach einem kurzen Blick aufs Titelblatt hat er mit den Worten »Das war's dann« die Zeitschrift in die Ecke befördert und mir so zu verstehen gegeben: Das ist keine große Sache, sieh zu, dass dir das Ganze nicht zu Kopf steigt! Die Geschichte hat allerdings einen ziemlichen Aufruhr ausgelöst und der Reformbewegung starken Auftrieb gegeben. Im Senat war von Grassley mehr als einmal zu hören, dass er nur dank dieser Anhörung und unserer Arbeit 1985 genügend Stimmen für eine Haushaltssperre zusammenbekommen hat. Da ist also doch eine große Wirkung erzielt worden.

Nach dieser folgenschweren Intervention ließ man Spinney in Ruhe. Er befasste sich weiterhin mit den Mängeln des Verteidigungswesens, aber niemand wollte von seinen Berichten ernsthaft etwas wissen. »Kurz und gut, ab 88/89 hat man mir einfach nichts mehr zu tun gegeben. Bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2003 hab ich nicht eine einzige offizielle Aufgabe bekommen«, berichtete mir Chuck bei unserem Gespräch in seinem Apartment in Alexandria. »Trotzdem war ich ein vielbeschäftigter Mann: Ich hab in meiner Organisation mehr Sachen zu Papier gebracht als jeder andere.«

Die zu Reagans Regierungszeit herrschende Verschwendung setzte sich unter George Bush senior fort; dessen Militärausgaben durchbrachen 1989 die Schallmauer von 450 Milliarden Dollar.²² Es lag gewissermaßen in der Familie, denn schon seine beiden Großväter hatten nicht nur tatkräftig geholfen, den militärisch-industriellen Komplex zu installieren, sondern waren auch an der Gründung des geheimdienstlichen Anhängsels, der American International Corporation, beteiligt.²³ Der Aufstieg der Familien Walker und Bush ging einher mit der Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes, der Propagierung des »Sicherheitsstaats« nach 1945 und damit mit der Entstehung des von Autor Kevin Phillips beschriebenen »Imperiums des 21. Jahrhunderts«; sie personifizieren diese Entwicklung.²⁴

Auch die Bushs verdanken ihr Vermögen der saudischen Königsfamilie. Nach Berechnungen des Autors Craig Unger (in seinem Buch *House of Bush, House of Saud*) sind zwischen den Häusern Saud und Bush – einschließlich der mit ihnen verbundenen Personen und Firmen – rund 1,4 Milliarden Dollar transferiert worden. Zum »Haus Bush« zählen dabei neben Bush junior und Bush senior auch James Baker, Dick Cheney und die wichtigsten der mit ihnen zusammenhängenden Institutionen, darunter die George-Bush-Präsidentenbibliothek, die Carlyle Group sowie der Halliburton-Konzern. Und

zum »Haus Saud« rechnen hier neben den Mitgliedern der königlichen Familie und den von ihnen beherrschten Unternehmen auch Angehörige der saudischen Kaufmannselite wie die Familien bin Laden und bin Mahfuz, deren Vermögen eng mit dem der Königsfamilie verflochten sind.²⁵

James Bath, ein Luftwaffenkamerad von Georg W. Bush, spielte Türöffner und verschaffte den Saudis Zugang zu den Bushs. Er hatte engen Kontakt zum Handelsimperium der bin Ladens, vor allem zu Salem bin Laden und zu Khalid bin Mahfuz, einem weiteren saudischen Geschäftsmann, den die CIA – wahrscheinlich fälschlicherweise – als Halbbruder von Osama bin Laden identifiziert hat. Bath hatte auch Verbindungen zu einer Reihe von Personen, die in die Iran-Contra-Affäre verwickelt waren. Eine der ersten Ölgesellschaften von Bush senior wurde von Bath mit einer Investition von 50000 Dollar bedacht.²⁶ Später kaufte Harken Energy diese Ölgesellschaft, Bush junior erhielt bei Harken einen Vorstandsposten, und der Saudi Abdullah Taha Baksch wurde drittgrößter Investor der Gesellschaft.²⁷

Das umstrittene Investmentunternehmen The Carlyle Group ist das zweite wichtige Bindeglied zwischen der Familie Bush und der Familie Saud. Mit seiner Gründung im Jahr 1987 bot das Unternehmen ein neues Geschäftsmodell im Bereich Eigenkapitalbeteiligung (Private Equity). Es wurde praktisch gezielt dafür errichtet, sich den »Drehtür«-Effekt zwischen Behörden und Privatfirmen zunutze zu machen.

Die Geschichte der Unternehmens ist ein schlagendes Beispiel für den militärisch-industriellen Komplex. Es unterhält so enge Kontakte zur Regierung, dass es unmittelbar Einfluss nimmt auf die organisatorischen Abläufe der Politik; andererseits nutzt es die berühmten Namen hoher Politiker, die es in seinen eigenen Reihen weiß, um sich in aller Welt ins Gespräch zu bringen und Investoren anzuziehen. »Zugangskapitalismus« hat der Autor Michael Lewis diese Art von Filz genannt. Doch das Konzept ist aufgegangen. Heute ist die Carlyle Group die größte Private-Equity-Firma der Welt. Die Washingtoner Büroräume befinden sich im Haus Nummer 1001 auf der Pennsylvania Avenue, also direkt im Herzen der US-Macht. Im Jahr 2010 hat die Firma 90,6 Milliarden Dollar verwaltet.²⁸

Zur Politprominenz, die unter anderem für die Carlyle Group tätig war, gehören Bush senior, sein ehemaliger Außenminister James Baker, der Carlyle

mit Mitgliedern der königlich-saudischen Familie zusammengebracht haben soll,²⁹ und George Bush junior, der 1990 einen Vorstandssitz bei einer Bordverpflegungsfirma erhielt, die zu den ersten Carlyle-Akquisitionen gehört hatte. Diesen Posten gab er 1992 bei seiner Kandidatur zum texanischen Gouverneur auf.³⁰ Nach erfolgreicher Wahl stand Gouverneur Bush die Ernennung der Vorstandsmitglieder des texanischen Lehrerpensionsfonds zu, und der investierte dann ein paar Jahre später 100 Millionen Dollar in Carlyle.³¹ Der frühere Verteidigungsminister Frank C. Carlucci war bei Carlyle von 1989 bis 2005 Vorsitzender und zuletzt Ehrenvorsitzender,³² während Arthur Levitt, der unter Bill Clinton die Börsenaufsichtsbehörde geleitet hat, bei Carlyle seit 2001 als Chefberater fungiert.³³ Der frühere britische Premierminister John Major kam 1998 als Berater zur Carlyle Group und leitete von 2002 bis 2005 deren Geschäftsbereich Europa.³⁴ Fidel Ramos, ehemaliger Präsident der Philippinen,³⁵ und der später in Abwesenheit wegen Korruption verurteilte zweimalige Premierminister von Thailand, Thaksin Shinawatra, gehörten beide Carlyles Asienbeirat an.³⁶ Die Firmengruppe rühmt sich außerdem, einen früheren Stabschef des Weißen Hauses (unter Clinton)³⁷ und einen ehemaligen Unterstaatssekretär aus dem Finanzamt (unter Bush junior)³⁸ in ihren Reihen zu haben sowie einen langjährigen Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs (unter Clinton)³⁹ und einen Vier-Sterne-General a.D., der außerdem bei BAE Systems Inc. (der amerikanischen Tochter) im Vorstand sitzt.⁴⁰

Die Carlyle Group hat so manches Novum eingeführt. Neu war zum Beispiel, dass ein früherer US-Präsident direkt für ein Rüstungsunternehmen arbeitet. Und zum ersten Mal hat ein ehemaliger US-Präsident seinen Sohn und Amtsnachfolger bei außenpolitischen Entscheidungen beraten, die sich unmittelbar auf beider Finanzvermögen auswirkten.⁴¹

»Noch näher als Carlyle kann man gar nicht an die US-Regierung herankommen«, meinte Charles Lewis, Leiter des Center for Public Integrity, einer Vereinigung kritischer Journalisten. »George Bush senior hat Geld mit Privatfirmen verdient, die für die Regierung gearbeitet haben, der sein Sohn als Präsident vorstand. Man könnte sogar sagen, dass der Präsident durch die Investitionen seines Vaters eines Tages womöglich von eigenen früheren Amtsentscheidungen profitiert.«⁴²

Im Rüstungsgeschäft spielt die Carlyle Group eine herausragende Rolle.

Aufgrund ihrer hohen Investitionen in diesem Bereich hat sie zeitweilig den elften Platz unter den großen Rüstungsunternehmen der USA belegt und ist für die Türkei und Saudi-Arabien zu einem wichtigen Waffenexporteur geworden.⁴³

In Großbritannien beteiligte sich Carlyle an der höchst umstrittenen Privatisierung des Rüstungsforschungsunternehmens QinetiQ; sowohl die Firmengruppe als auch eine ganze Reihe von Beamten erwarben schon vor dem Börsengang QinetiQ-Anteile und konnten so einen enormen Profit einsacken. Zehn Spitzenmanager erzielten einen Investitionsertrag von 1990 Prozent, und es wurde der Vorwurf laut, die Regierung habe die ersten Anteile weit unter Wert verkauft.⁴⁴

Im Oktober 1997 erwarb Carlyle die Firma United Defense Industries (UDI),⁴⁵ die hauptsächlich das US-Militär beliefert, für ihren Bradley-Schützenpanzer bekannt ist und im Jahr 2000 von Bofors den Produktionsbereich Schwere Waffen übernommen hat.⁴⁶ Beim Börsengang dieses Unternehmens im Dezember 2001 in New York behielt die Carlyle Group als Eigner zunächst einen Grundbestand an Aktien, verkaufte ihn aber schließlich und stieg im April 2004 ganz aus der Firma aus.⁴⁷ Im Jahr darauf wurde UDI von BAE übernommen.⁴⁸ Im März 2010 trennte sich Carlyle für 1,44 Milliarden Dollar von einer weiteren bedeutenden Rüstungsfirma: Vought.⁴⁹ Sie stellt Komponenten her, die in F-22- und F-35-Düsenjägern, Black-Hawk-Hubschraubern und Global-Hawk-Drohnen verbaut werden.⁵⁰

Mit 51-prozentiger Mehrheitsbeteiligung gründete Carlyles UDI zusammen mit der saudischen Regierung ein gemeinsames Unternehmen, das für mehrere tausend Bradley-Panzer, die das königlich-saudische Heer nach dem Golfkrieg angeschafft hatte, Taktikschulungen und Wartungsarbeiten durchführte.⁵¹ Eine Zeitlang fungierte Carlyle in Saudi-Arabien auch als offizieller Berater in Sachen Offset-Kompensationsgeschäfte;⁵² in diesem Zusammenhang erstellte er ein Programm, bei dem amerikanische Vertragspartner des saudischen Militärs 35 Prozent ihrer Verkaufsgewinne wieder in den Wüstenstaat investieren sollten.⁵³ Ein saudischer Beamter hat dieses Programm als »Katastrophe« bezeichnet.⁵⁴

Zur engsten Verbindung zwischen Carlyle und der saudischen Militärführung kam es, kurz nachdem Frank Carlucci den Vorsitz der Unternehmensgruppe übernommen hatte. 1990 leitete er den 130 Millionen Dollar teuren Aufkauf von

Braddock, Dunn, McDonald (BDM) ein. Diese Firma war in der Rüstungsbranche vor allem auf Raketensteuerung spezialisiert und verfügte dank ihres Generaldirektors, des engen Carlucci-Freunds Earle Williams, über ein hervorragendes Kontaktnetz. Da der Kalte Krieg beendet war, wurden Rüstungsaufträge zurückgefahren, und so boten sich überall günstige Buyout-Möglichkeiten. Ins Visier von Carlyle geriet auch Vinnell, das vermutlich erste moderne Söldnerunternehmen mit einem Vertrag der US-Regierung.

Anfangs hatte Vinnell während des Vietnamkriegs Start- und Landepisten gebaut; in den siebziger Jahren übernahm das Unternehmen die Ausbildung saudischer Schutztruppen für die dortigen Ölfelder. Ursprünglich war die Ausbildung ausländischer Streitkräfte eine Domäne der US-Regierung gewesen. 1975 jedoch erhielt Vinnell den Zuschlag für einen 77-Millionen-Dollar-Auftrag zur Ausbildung der saudi-arabischen Nationalgarde. Zum ersten Mal wurde eine Privatfirma vollumfänglich mit einer militärischen Dienstleistung für eine ausländische Regierung beauftragt. Der Vertrag ist seither immer wieder erneuert worden und dürfte inzwischen einen Gesamtumfang von knapp 500 Millionen Dollar haben.⁵⁵ Ein anderer, 1998 geschlossener Fünfjahresvertrag beläuft sich auf schätzungsweise 831 Millionen Dollar und umfasst an verschiedenen Orten in Saudi-Arabien insgesamt 280 US-Staatsbedienstete und 1400 Vinnell-Mitarbeiter.⁵⁶

1997 trennte sich die Carlyle Group von ihrer Beteiligung an Vinnell.⁵⁷ Derzeit gehört Vinnell zu Northrop Grumman und hat durch mehr als großzügige Wahlkampfspenden Aufsehen erregt. Von 1990 bis 2002 spendete das Unternehmen insgesamt 8517247 Dollar und landete damit knapp hinter General Electric (8843884 Dollar) auf dem zweiten Platz.⁵⁸

Die engsten Beziehungen zwischen Carlyle und Saudi-Arabien verdanken sich jedoch den direkten Investitionen der königlichen Familie im privatwirtschaftlichen Bereich. Zu Beginn ihrer Tätigkeit in Saudi-Arabien Anfang der neunziger Jahre bediente sich die Firmengruppe der Hilfe des Prinzen Alwalid bin Talal bin Abdul Aziz Al-Saud, eines Neffen von König Fahd.⁵⁹ Inzwischen gehört Alwalid bin Talal in den USA zu den größten ausländischen Investoren und hat beträchtliche Summen in Firmen wie Citicorp (heute Citigroup), Compaq, Walt Disney und Kodak stecken. Im Jahr 2001 bezeichnete ihn ein CNN-Bericht als sechstreichsten Mann der Welt.⁶⁰ Seine

ursprüngliche Vermögensquelle ist unbekannt, man weiß aber, dass er als Mittelsmann zwischen ausländischen Baufirmen und saudischen Unternehmen tätig gewesen ist. Als 1991 die Citicorp im Zuge der Savings-and-Loan-Krise kurz vor dem Zusammenbruch stand, investierte der Prinz 600 Millionen Dollar in die Bankgesellschaft, und Carlyle half, die politischen und regulierungsbedingten Unwägbarkeiten aus dem Weg zu räumen, die unweigerlich mit einer so enormen ausländischen Investition in eine US-Bank verbunden sind.⁶¹ Manche sehen in dieser Finanzierung eine Gegenleistung für die anti-irakische US-Intervention im Golfkrieg.⁶² »Der Deal hat uns in Saudi-Arabien zu einem hervorragenden Profil verholfen«, urteilt Carlyle-Mitgründer Stephen Norris.⁶³ Dank dieses Geschäfts und der durch Prinz Alwalid bin Talal gebotenen Zugangsmöglichkeiten vermochte die Firmengruppe im Königreich außergewöhnlich stark zu expandieren. Im darauffolgenden Jahr kaufte Carlyle Vinnell.

Bei Carlyle haben sich auch Prinz Sultan und Prinz Bandar finanziell engagiert und ihrerseits weitere reiche Saudis ermuntert, dort aus Gefälligkeit für George Bush senior zu investieren.⁶⁴ Nach Firmenangaben belaufen sich die Investitionen saudischer Bürger auf weniger als 1 Prozent des von ihr verwalteten Kapitals. Allerdings hat ein ehemaliger Mitarbeiter durchblicken lassen, dass Carlyle bei einigen Beträgen, die von Steueroasen wie den Kaimaninseln aus geflossen sind, nicht weiß, von wem sie stammen; das Unternehmen hat dies jedoch dementiert.⁶⁵ Einer der für Carlyle wichtigsten saudischen Investoren war die Familie bin Laden, die 1995 mindestens 2 Millionen Dollar in die Firmengruppe steckte.⁶⁶ Zustande kam dieses Geschäft wohl nicht zuletzt dank James Baker, der die Familie »sehr gut kannte« und ihr »Lieblingpolitiker« war, wie der Houstoner Anwalt Charles Schwartz sagt, der die Interessen der Familie bin Laden in Texas wahrgenommen hat.⁶⁷ Bei Carlyle-Konferenzen war die Familie durch Schafik bin Laden vertreten, so auch bei einer Investorenkonferenz in Washington DC am 11. September 2001, dem Tag der Anschläge auf das Pentagon und das World Trade Center.⁶⁸

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Ende der Ära Reagan waren die Karten neu gemischt worden. Oliver North und seine Spießgesellen – darunter Waffenhändler Sam Cummings mit seinen Kontakten zum Merex-Netz –

wurden verurteilt, illegal Waffen an den Iran geliefert zu haben. Ab Anfang der neunziger Jahre reduzierten sich die Verteidigungsausgaben, weil den USA »die Feinde abhanden gekommen« waren, wie Generalstabschef Colin Powell sagte.⁶⁹ Durch die Verkleinerung des Verteidigungshaushalts halbierten sich im Vergleich zu Reagans besten Tagen die Mittel für Waffenbeschaffung und -forschung, und der ganze Industriesektor machte einen beträchtlichen Strukturwandel durch.

Lockheed nutzte die Konsolidierungsphase, um zu wachsen. Durch eine Reihe von Fusionen und Akquisitionen wurde der Konzern zum größten Rüstungsproduzenten der Welt. Die bedeutendste Fusion war jene mit der Martin Marietta Corporation im Jahr 1995, wodurch der Lockheed-Martin-Konzern unter der Leitung von Norman Augustine entstand. Im darauffolgenden Jahr zahlte Augustine für die Rüstungselektronikfirma Loral Corporation die enorme Summe von 9,1 Milliarden Dollar. So wurde der riesige Konzern, der jedes Jahr aufs Neue die Liste der pentagonfinanzierten Firmen anführte, nun auch zur Nummer eins der NASA-Geldempfänger sowie zur Nummer zwei unter den vom Energieministerium registrierten Atomwaffenherstellern und entwickelte sich außerdem für das US-Bundesfinanzamt und die amerikanische Post zu einem wichtigen Warenlieferanten und Dienstleister. Darüber hinaus bot das Großunternehmen in den Neunzigern mehrere Jahre lang Sozialdienstleistungen an.⁷⁰

Unter Augustines Leitung intensivierte der Lockheed-Martin-Konzern seine Lobby-Arbeit mehr als je zuvor. Laut Hartung besaß der Generaldirektor direkte Drähte zu den politischen Entscheidungsprozessen in Washington, »denn während eines Großteils seiner beruflichen Laufbahn hatte er zu jener Handvoll Leuten gehört, die die Grundlagen der amerikanischen Verteidigungspolitik planen und konkret festlegen, wo die entsprechenden Drähte verlaufen«.⁷¹ Augustine lenkte nicht nur den weltgrößten Rüstungskonzern, sondern war auch im Defense Policy Advisory Committee on Trade (DPACT) aktiv, einem Beirat, der den Verteidigungsminister vertraulich in Fragen der Rüstungsexportpolitik berät. Der DPACT-Beirat gehört zu einem Netz wenig bekannter Organisationen, »deren Einfluss auf die Gestaltung des Verteidigungshaushalts oftmals den des US-Kongresses übertrifft«.⁷² Augustine leitete außerdem das Defense Science Board, das als Pentagon-Beratungsgremium die Macht hat,

neue Rüstungsprojekte zu billigen oder zu verwerfen, und er war Präsident der Association of the US Army, einem Verband aus ehemaligen Soldaten und wichtigen Unternehmern.

Das Angebot von Präsident George Bush senior, Verteidigungsminister zu werden, hatte Augustine dankend abgelehnt, er war aber langjähriger Geschäftspartner von William Perry und John Deutch, die ihrerseits unter Präsident Clinton Verteidigungsminister beziehungsweise CIA-Direktor wurden. Augustine nutzte seine Beziehungen ganz unverfroren dazu, alle möglichen politischen Entscheidungen zu beeinflussen und für seinen Konzern neue Aufträge und Subventionen an Land zu ziehen.

An seinen persönlichen Beziehungen und an den Organisationen, in denen er tätig war, lässt sich beispielhaft erkennen, warum das Rüstungsgeschäft in den USA eine Art geschlossene Veranstaltung ist, die nicht im Interesse der Steuerzahler sein kann, sondern in allererster Linie den Privatunternehmen und dem Militärapparat dient.

In den ersten drei Jahren der Clinton-Regierung setzte Augustine sich vehement für mehrere wichtige Initiativen ein, die seinem Konzern zig Milliarden Dollar einbringen sollten. Sein kühnster Schachzug führte zu einer staatlichen Subventionsregelung für Unternehmensfusionen im Rüstungsbereich, wodurch der Lockheed-Martin-Konzern für seinen Zusammenschluss mehrere hundert Milliarden Dollar einstreichen konnte. Der Konzernchef spielte auch eine Schlüsselrolle bei der Schaffung neuer Subventionen für Waffenhändler und deren Vorzugskunden. Und mit Augustines maßgeblicher Beteiligung wurde der US-Kongress dazu gebracht, wichtige Lockheed-Martin-Projekte mit Milliardenbeträgen zu fördern, von der F-22 bis zur Raketenabwehr. Im Kongress hatten die Republikaner unter der Führung von Newton Gingrich die Mehrheit. Die F-22-Maschinen wurden in Georgia hergestellt – in einem Werk, das im Einzugsbereich des Fraktionschefs stand.

Die intensive Lobby-Arbeit von Augustine und seinen Nachfolgern einerseits und die überaus zuvorkommende Haltung der Parlamentarier andererseits machten es – selbst in Zeiten »abhanden gekommener Feinde« – praktisch unmöglich, den Verteidigungshaushalt auf ein vernünftiges Maß zu beschränken.⁷³

Wie weit Augustines Einflussnahme ging, kam bei einer vom US-Kongress

angestregten Untersuchung ans Licht. In der Untersuchung ging es um eine politische Entscheidung der Regierung Clinton, die es Unternehmen wie Lockheed, Boeing und Martin Marietta erlaubt, sich aus einem Pentagon-Topf für »Sanierungskosten« mit mehreren Milliarden Dollar zu bedienen. Eine von John Deutch, damals Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, unterschriebene Weisung genehmigte staatliche Unterstützungszahlungen bei Werksschließungen, Maschinen- und Anlagenverlagerungen sowie bei Abfindungen (bis hin zum »goldenen Händedruck« für Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte). Der stellvertretende Verteidigungsminister Bill Perry hatte die Weisung gegengezeichnet. Aufgrund ihrer Befangenheit wegen der Geschäftsbeziehungen zu Augustine hatte sowohl Deutch als auch Perry eine Ausnahmegenehmigung benötigt, ehe sie die von ihrem Geschäftspartner verfochtene Richtlinienänderung absegnen konnten.⁷⁴

Enthüllt wurde, dass Perrys Firma Technology Strategies Alliances (TSA) bis wenige Monate vor seinem Amtsantritt in der Regierung Clinton vertraglich mit dem Unternehmen Martin Marietta verbunden gewesen war. Und Deutch hatte noch 1992 im Rahmen eines neunjährigen Beratervertrags mit Augustines Firma 42500 Dollar eingestrichen. Der damalige Verteidigungsminister Les Aspin rechtfertigte die Tatsache, dass er Perry und Deutch trotz ihrer Befangenheit gegenüber Martin Marietta eine Ausnahmegenehmigung erteilt hatte, mit den Worten, für beide hätten »die Staatsinteressen im Vordergrund gestanden und schwerer gewogen als die Befürchtung, dass irgendwer ihre Objektivität in Zweifel ziehen könnte«.⁷⁵ Bezeichnenderweise hatten sie die Angelegenheit aber in aller Eile durchgezogen, ohne dass der Kongress benachrichtigt worden oder eine Mitteilung im Bundesregister erschienen wäre, wie bei allen wichtigen Entscheidungen üblich.

Hinter den komplexen Subventionen stand der Gedanke, die von der Regierung für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellten Gelder würden sich für den Staat später beim Kauf von Waffensystemen bezahlt machen. In Wirklichkeit aber gibt es laut Lawrence Korb, Pentagon-Mitarbeiter zur Zeit der Reagan-Regierung, keinerlei Beleg dafür, dass irgendein Waffensystem aufgrund der Fusionssubventionen preiswerter geworden wäre. Vielmehr stiegen anschließend die Waffenkosten. Lockheed Martin sackte dank der Subventionspolitik 1,8 Milliarden Dollar ein. Und größter Nutznießer der

Abfindungsregelung wurde Augustine selbst, obwohl er nach der Fusion den Lockheed-Martin-Konzern als Generaldirektor leitete: Für das »Verlassen« von Martin Marietta konnte er 8,2 Millionen Dollar an Prämienzahlungen einstreichen, von denen knapp 3 Millionen Dollar aus Steuergeldern stammten.⁷⁶ Die über 19000 fusionsbedingt entlassenen Arbeitskräfte erhielten hingegen kaum Unterstützung. Von offizieller Seite war niemand bereit, gegen diese Subventionen Stellung zu beziehen, denn: »Norm Augustine *will* sie«, wie zu hören war, und niemand wollte ihn verärgern.⁷⁷ Der Skandal der »geschmierten Entlassungen« machte deutlich, dass ein Unternehmen wie Lockheed Martin viel zu große Ressourcen und viel zu viele Beziehungen hat, als dass ein durchschnittlicher Abgeordneter und braver Volksvertreter dagegen ankämpfen könnte.

Unter Augustine hatte sich der Lockheed-Martin-Konzern zum Ziel gesetzt, seine Rüstungsexporte innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln. Als echtes Hindernis stand dem entgegen, dass nur wenige Länder sich die mehrere Milliarden Dollar teuren hochentwickelten Waffensysteme des Unternehmens leisten konnten. Als DPACT-Vorsitzender bemühte Augustine sich daher um die Einführung einer neuen Rüstungsexportsubvention: Es sollte ein 15-Milliarden-Dollar-Fonds eingerichtet werden, aus dem den an Waffenkäufen interessierten Ländern Niedrigzinskredite mit US-Bürgschaft zur Verfügung gestellt werden konnten. Dank Newt Gingrichs tatkräftiger Unterstützung im US-Kongress wurde der Fonds bewilligt und im Dezember 1995 mit Präsident Clintons Unterschrift in Kraft gesetzt.

Mit diesem neuen »offenen Scheckbuch für Waffenverkäufe« in Händen setzten Augustine und Lockheeds Vizepräsident Bruce Jackson ihre geschäftlichen Hoffnungen auf eine NATO-Erweiterung, denn die neuen Bündnispartner müssten schließlich ihr aus der Sowjetzeit stammendes Rüstungsmaterial durch neue NATO-kompatible Waffensysteme ersetzen. Augustine bereiste Osteuropa. In Bukarest versprach er, den beträchtlichen Einfluss seines Konzerns in Washington für eine NATO-Kandidatur Rumäniens geltend zu machen, falls das Land ein neues Radarsystem von Lockheed Martin anschaffe. Mit anderen Worten: Ein Rüstungskonzern erklärte sich bereit, für einen Rüstungsauftrag die internationale Sicherheits- und Außenpolitik der USA umzugestalten.

Nachdem Augustine den Chefposten 1998 aufgegeben hatte, blieb er dem Unternehmen weitere sechs Jahre als Aufsichtsratsvorsitzender erhalten. Gleichzeitig diente er der CIA als Berater und richtete für den Geheimdienst eine eigene Risikokapitalgesellschaft namens In-Q-Tel ein. Außerdem gehörte er als einflussreiches Mitglied einem von Verteidigungsminister William Cohen einberufenen Beratungsgremium an. Dieses befasste sich unter anderem mit der Frage, ob der für die Marineinfanterie vorgesehene Flugzeugtyp V-22 angeschafft oder als zu problembehaftet abgelehnt werden sollte. Obwohl Testflüge zu zwei Abstürzen geführt hatten, bei denen dreiundzwanzig Marinesoldaten ums Leben gekommen waren, erklärte Augustine, die V-22 werde sich letztlich »als ausgezeichnetes Flugzeug erweisen«. ⁷⁸ Er machte sich also für dieses eigentlich kurz vor dem Scheitern stehende Vorhaben, einem Projekt der Firma Boeing, stark. Mit Boeing war sein Konzern durch milliardenschwere Gemeinschaftsprojekte wie die Herstellung der F-22 eng verbunden. Doch wie in Washington üblich sprach niemand das Problem der Befangenheit an. 2007 verlieh die Universität Princeton Augustine die Ehrendoktorwürde. Mit keinem Wort wurde der Schaden erwähnt, der dem Steuerzahler dadurch entstanden war, dass der Konzernchef seinen Zugang zur US-Regierung so leicht zur Beschaffung milliardenschwerer Aufträge und Subventionen für sein Unternehmen nutzen konnte.

Augustines Nachfolger, Bruce Jackson, war auch nicht auf den Kopf gefallen, wenn es darum ging, die Regierungspolitik zugunsten von Lockheed Martin zu beeinflussen. Er betätigte sich als Direktor des neokonservativen Project for the New American Century (PNAC), das während der Clinton-Jahre eine an Reagan orientierte »Politik militärischer Stärke und moralischer Klarheit«, aktives Eingreifen gegen widerspenstige Regimes wie das von Saddam Hussein im Irak und natürlich einen entsprechend großen Verteidigungshaushalt forderte. ⁷⁹ Ähnlich militant wie Jackson gaben sich seine PNAC-Kollegen Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld, Dick Cheney, der Lockheed-Martin-Lobbyist und ehemalige Kongressabgeordnete Vin Weber sowie George W. Bushs Bruder Jeb. Während Jackson von außerhalb des Regierungsapparats Einfluss auf die Ausrichtung der Politik nahm, zog im Gefolge von Cheney und Rumsfeld ein ganzer Trupp von Lockheed-Martin-Managern in die Regierung Bush ein. Ehefrau Lynne Cheney hatte von 1994 bis 2001 als Vorstandsmitglied von Lockheed Martin

120000 Dollar im Jahr bezogen; diesen Posten gab sie erst kurz vor dem Amtsantritt ihres Mannes auf, der seinerseits eng mit Halliburton verhandelt war.⁸⁰

Bruce Jackson war allerdings auch ein gestandener Aktivist der Republikanischen Partei; er hatte nicht nur unter anderem John McCain als Wahlkampfberater gedient, sondern saß auch im Bundesausschuss der Partei dem Planungsgremium für die Außenpolitik vor. Im Vorfeld des Parteitag im Jahr 2000, auf dem George W. Bush als Präsidentschaftskandidat nominiert werden sollte, hörte jemand, wie Bush zu Rüstungsunternehmern sagte, sie hätten »nichts zu befürchten«, denn: »Die Außenpolitik steht.«⁸¹ In den neunziger Jahren war Jackson Vorsitzender eines Interessenverbands »US Committee to Expand NATO«, der sich für die Osterweiterung des Nordatlantischen Bündnisses stark machte – und damit für die zu erwartenden neuen Absatzmöglichkeiten für die Rüstungsindustrie. Der Verband spendete massiv, um im Senat genügend Stimmen für ihr großes Ziel zusammenzubekommen – allein in der Legislaturperiode 1995–1996 2,3 Millionen Dollar.⁸²

Es war gut angelegtes Geld. 2003 konnte Lockheed Martin Polen für 3,8 Milliarden Dollar Kampfflugzeuge vom Typ F-16 verkaufen. Der Verkauf ging mit einem subventionierten Kredit einher, der – bei marktunüblich niedrigen Zinsen – die Kosten zu 100 Prozent abdeckte und während der ersten acht Jahre keinerlei Zahlungen erforderte. Für die Vereinigten Staaten umfassten die Kosten nicht nur die Kreditsubvention, vielmehr kamen ungefähr drei Milliarden Dollar an »Nebenkosten« hinzu, zu denen unter anderem auch die Vereinbarung gehörte, die Flugzeugmotoren in Polen herstellen zu lassen. Das heißt, für Lockheed Martin war dies vielleicht ein gutes Geschäft, für andere amerikanische Firmen und die Arbeiter im Land jedoch durchaus nicht.

Das von Polen veranstaltete Ausschreibungsverfahren war von Anfang an von Korruptionsvorwürfen begleitet. Am 7. Juli 2001 erfolgte die Suspendierung des stellvertretenden polnischen Verteidigungsministers Romuald Szeremietiew. Seine rechte Hand, Zbigniew Farmus, wurde am 10. Juli bei dem Versuch verhaftet, per Fähre nach Schweden zu flüchten. Man warf ihm vor, sich illegal Zugang zu Staats- und NATO-Geheimnissen verschafft und sie dann an Bewerber verkauft zu haben. Außerdem habe er Aufträge gegen

Schmiergeldzahlungen angeboten. Im Verdacht der Komplizenschaft bei Schmiergeldannahme und Geheimnisverrat stand der für Waffenbeschaffungen zuständige Szeremietiew.⁸³

Das anschließende revidierte Bietverfahren drehte sich um drei Flugzeugtypen: die F-16 von Lockheed Martins, die Mirage 2000 von Dassault und die Gripen von BAE/Saab. Zum Ergebnis sagte ein polnischer Kommentator: »Nicht Lockheed Martin hat die Ausschreibung gewonnen, sondern die US-Regierung. Das von den Amerikanern geschnürte Angebotspaket konnte man politisch wie wirtschaftlich kaum ablehnen.«⁸⁴

Aus dem Umfeld von Lockheeds Mitbewerbern war zu hören, dass die Amerikaner den Geschäftsabschluss mit nicht ganz sauberen Mitteln erzielt hätten. Unter anderem sollen sie auf das europäische Konsortium einen elektronischen Lauschangriff verübt und sich Zugang zu vertraulichen Informationen von Mitbewerbern verschafft haben. Außerdem hätten die Amerikaner damit gedroht, in Zukunft die Möglichkeiten zur Waffenbeschaffung sowie die Wartung und Modernisierung der in Polen bereits vorhandenen amerikanischen Waffensysteme einzuschränken, falls der aktuelle Auftrag nicht in die Vereinigten Staaten ginge. Es soll auch die Drohung im Raum gestanden haben, man werde finanzielle Unterstützungsquellen trockenlegen und Polen bei der militärischen Planung in Sachen NATO weitgehend ausklammern. Beweisen lassen sich diese Behauptungen allerdings nicht.

Einem Bericht der polnischen Nachrichtenagentur PAP zufolge ist es beim F-16-Projekt seit Vertragsabschluss zu einer ganzen Serie von Pannen gekommen. Schon zweimal hat bei F-16-Maschinen die Bordelektronik versagt, sodass sie notlanden mussten. Und laut *Newsweek Polska* hat die polnische Luftwaffe seit Indienststellung der F-16 im Dezember 2006 an den Kampfflugzeugen und deren Ausrüstung »Dutzende Fehler und Defekte« entdeckt. »Alle Reparaturkosten werden vom polnischen Militär getragen, weil die polnische Regierung versäumt hat, entsprechende Garantieklauseln in den Kaufvertrag aufzunehmen. Bis zum heutigen Tag hat das Verteidigungsministerium für 123 Millionen Dollar F-16-Ersatzteile geordert, die den Bedarf bis zum Jahr 2010 decken sollen.«⁸⁵

Während also Lockheed Martin und der militärisch-industrielle Komplex an der Heimatfront ihr Veronißen hatten setzten sie sich im Ausland mit

der Kommunikation im Vordergrund hatten, setzten sie sich im Austausch mit Ellenbogenhilfe durch. Und die guten Zeiten hatten gerade erst begonnen.

Zu Beginn der Amtszeit von George W. Bush benötigten US-Unternehmen dringend neue Wachstumsmöglichkeiten. Die Dotcom-Spekulationsblase war geplatzt, und der Dow-Jones-Index hatte in den ersten zweieinhalb Monaten ihrer Regierungszeit 824 Punkte eingebüßt. Um Abhilfe zu schaffen, fasste Bush eine Steuersenkung und die Vergabe lukrativer staatlicher Aufträge ins Auge.

Militärtheoretiker und -akteure dominierten die neue Mannschaft des Weißen Hauses und die wichtigsten Ministerien. Mehr als dreißig Führungskräfte und Berater aus der Rüstungsindustrie bekamen im militärischen wie auch im zivilen Teil des Regierungsapparats Schlüsselpositionen.⁸⁶ Diese Praxis erreichte ihren Höhepunkt, als der frühere Geschäftsführer von Lockheed Martin, Peter Teets, stellvertretender Leiter des Luftwaffenamts und Direktor des Militärnachrichtendienstes NRO wurde, ein ehemaliger Enron-Manager Leiter des Heeresamts, ein einstiger Vizepräsident von General Dynamics Leiter des Flottenamts und ein früherer Northrop-Manager Leiter des Luftwaffenamts.⁸⁷

Welchen Einfluss die Rüstungsindustrie in der Bush-Administration besaß, zeigte sich auch daran, dass mehr als ein halbes Dutzend politisch wichtiger Posten mit ehemaligen Führungskräften, Lobbyisten oder Anwälten des Lockheed-Martin-Konzerns besetzt waren. Zu ihnen gehörte Michael P. Jackson, der zunächst die zweithöchste Stelle im Verkehrsministerium bekleidete und dann stellvertretender Heimatschutzminister wurde. Seine unternehmerfreundliche Amtszeit im Heimatschutzministerium habe »den Boden für eine nachlässige Auftragskontrolle bereitet«, urteilte der frühere Generalinspekteur des Ministeriums und kritisierte, dass »Aufträge unzulässigerweise ohne Ausschreibung vergeben« und manche »trotz der aufgewendeten Milliardenbeträge nicht zum versprochenen Resultat führen« würden.⁸⁸ Während Jacksons Zeit im Heimatschutzministerium, die 2007 endete, erhielt Lockheed Martin Aufträge im Wert von über 650 Millionen Dollar.⁸⁹

Als die Clique der Rüstungsindustriemanager in der Regierung fest im Sattel saß, vergab das Pentagon im Oktober 2001 an Lockheed Martin den größten Auftrag in der US-Geschichte mit einem geschätzten Kostenumfang von 382 Milliarden Dollar.⁹⁰ Seither baut der Konzern an der F-35, einem Kampfflugzeug, das vielleicht zur Zeit des Kalten Kriegs nützlich gewesen wäre,

aber den militärischen Erfordernissen des 21. Jahrhunderts kaum angemessen ist.⁹¹ – Mit dem Ende der Amtszeit von Präsident Bush kehrten im Übrigen zahlreiche Angehörige der Regierung einfach wieder in die Rüstungsindustrie zurück. Der Leiter des Beschaffungsamts im Pentagon etwa übernahm noch am Tag seines Ausscheidens einen Vorstandsposten bei Lockheed Martin.

Zum Verteidigungsminister hatte George W. Bush, wie bekannt, den (äußerst unbeliebten) früheren Verteidigungsminister unter Gerald Ford, Donald Rumsfeld, ernannt, obgleich der dienstälteste Verfechter eines neuen Militarismus zweifellos Vizepräsident Dick Cheney war, der zuvor unter Bush senior als Verteidigungsminister gewirkt hatte, ehe er Generaldirektor des Halliburton-Konzerns geworden war. Diese beiden Falken und andere einflussreiche Regierungsmitglieder wie die führenden Neokonservativen Paul Wolfowitz und Richard Perle hatten sich schon seit Jahren für eine Erweiterung der Truman-Doktrin und eine vollständige Privatisierung des Kriegswesens eingesetzt. Zu Beginn der neunziger Jahre war bei ihnen davon die Rede, dass die Welt nun »von einer einzigen Supermacht beherrscht« werden müsse und man keine »neuen Rivalen« aufkommen lassen dürfe.⁹² Besonders radikal wollte Paul Wolfowitz die Truman-Doktrin ausgeweitet sehen: Seiner Überzeugung nach sollten sich die Vereinigten Staaten verpflichten, »eine neue Weltordnung zu schützen ... und mögliche Konkurrenten davon abzuhalten, auch nur eine etwas größere regionale oder globale Rolle spielen zu wollen«. Eine derartige Abschreckung werde »wenn nötig auch den Einsatz von Präventivkriegen« umfassen.⁹³ Die Falken machten sich dafür stark, im Irak militärisch einzugreifen, »um den Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen, vor allem dem Öl am Persischen Golf, sicherzustellen«.⁹⁴

Die konservative Denkfabrik Project for the New American Century (PNAC) verlangte in einem Text, der sich mit der »Wiederherstellung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft« befasste, nach einer »Pax Americana« und einer radikalen Umgestaltung des Militärwesens; aus der schwerfälligen Streitmacht USA sollte eine manövrierfähige, schnelle und flexible Kampftruppe mit möglichst vielen Präzisionslenkwaffen werden.⁹⁵ Viele Unterzeichner dieses Aufrufs hatten in der Bush-Administration hohe Posten inne. Ein Großteil der in dem Dokument geäußerten Thesen wurden zwischen 2002 und 2006 offizielle Regierungspolitik.⁹⁶

Geschrieben hatte den Text Thomas Donnelly, der dann ab 2002 einen Direktorenposten bei Lockheed Martin bekleiden sollte. Der Text forderte unter anderem, es solle mehr Geld für die Beschaffung des – überteuerten und pannenanfälligen – F-22-Kampfflugzeugs aufgewendet werden, und überdies sollten die Militärausgaben innerhalb von fünf Jahren um 75 bis 100 Milliarden Dollar erhöht werden. Man riet, Amerika solle darauf verzichten, die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Kriegs zu genießen, und stattdessen die Schwäche der potentiellen Rivalen dazu nutzen, »das eigene Punktekonto zu erhöhen«, wie Verteidigungsminister Robert Gates es später ausdrückte.⁹⁷

Robert Kagan, einer der bekanntesten Neokonservativen in den USA, verteidigte die Ausrichtung auf eine so aggressive Außenpolitik mit den Worten, Amerika sei von Anfang an ein aggressiveres, imperialistischeres Land gewesen, als viele wahrhaben wollten, und dementsprechend sollten die USA einfach weiterhin das tun, was sie zu einem großen Staat gemacht habe. Es sei zwar richtig, dass die Vereinigten Staaten im Laufe ihrer Geschichte nur elf Mal förmlich den Krieg erklärt hätten, tatsächlich aber hätten sie ihr Militär mehr als hundertmal in Kriegen eingesetzt. Die USA hatten schon immer ein ambivalentes Verhältnis zum Militarismus gehabt; die Bush-Doktrin sollte jetzt das Land in die Lage versetzen, schon bei geringsten Anlässen einen Krieg beginnen zu können, ohne sich dabei groß Gedanken über die möglichen Folgen zu machen.⁹⁸

Der PNAC-Text ging davon aus, dass die Umgestaltung des Militärs in einem »langwierigen Prozess ohne katastrophale, katalysatorische Ereignisse wie etwa ein neues Pearl Harbor« erfolgen werde.⁹⁹ Die Anschläge vom 11. September 2001 waren genau solch ein Ereignis – der ultimative Blowback. Für die neue Regierung war die Tragödie dennoch geradezu ein Glücksfall, der ihr gestattete, die Nation in permanente Kriegsbereitschaft zu versetzen. Der neue Militarismus hatte zwar schon vor den Septemberanschlägen zu einem bedeutenden Anstieg der Verteidigungsausgaben geführt, danach aber nutzten die Neokonservativen die Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Ziele in der Überzeugung, die amerikanische Vorherrschaft könne ab sofort mit allen erforderlichen Mitteln ausgebaut werden.

Der aus einem »Revolutionskrieg gegen ein Weltreich« hervorgegangene

Staat sei »im Laufe der Zeit dazu übergegangen, genau die Fehler zu wiederholen, aus denen er eigentlich hätte lernen sollen«, stellt der Autor Eugene Jarecki fest und nennt im Einzelnen den »außer Kontrolle geratenen Expansionismus bei gleichzeitiger Lösung von den Gründungsprinzipien und die verselbständigte Wachstumsspirale des Militärs, die die Nation in immer größere und komplexere Konflikte stürzen«. ¹⁰⁰ Das offensichtlichste Beispiel dafür ist die schamlose Ausnutzung der durch die Septemberanschläge ausgelösten Emotionen: Man malte die von Saddam ausgehende Bedrohung in schwärzesten Farben, damit die Nation einem Krieg gegen ihn bereitwillig zustimmte. Die Sprache der Kriegsbefürworter erinnerte dabei deutlich an die »Bomber-« und »Raketenlücken«-Rhetorik zu Kennedys Zeiten.

Die Sicherheitspannen, zu denen es im Vorfeld der Anschläge von 2001 gekommen war, wurden von der Regierung Bush als weiterer Beleg für ihre Überzeugung genommen, dass nur Privatfirmen in der Lage seien, den neuen Gefahren investigativ und innovativ begegnen zu können. Durch Bushs neue Verteidigungspolitik wanderten nun Jahr für Jahr mehrere hundert Milliarden Dollar an Steuergeldern in private Hände, wobei den einzelnen Aufträgen häufig keine Ausschreibungen vorausgingen. Das Weiße Haus hat die Septemberanschläge »gleichsam in einem Handstreich« dazu genutzt, die sicherheitsrelevanten Befugnisse der Exekutive enorm auszuweiten, nur um diese anschließend an Privatunternehmen wieder abzugeben, wie es der Politikwissenschaftler Andrew Bacevich ausdrückt. ¹⁰¹

Es heißt, durch die Vorgänge des 11. September 2001 habe sich alles geändert, doch damit wird verschleiert, dass sich für die fundamentalistischen Verfechter der freien Marktwirtschaft und deren Unternehmen nur eines geändert hat: Sie können ihre Vorhaben seither leichter in die Tat umsetzen. Ohne langwierige Kongressdebatten führen zu müssen, konnte das Weiße Haus damals die angeheizte patriotische Stimmung für einen weiteren Militarisierungsschub nutzen und so ein Dorado für die Rüstungsindustrie schaffen. »Ohne dass es eine öffentliche Debatte oder einen förmlichen politischen Beschluss gegeben hätte, hat sich die Rüstungsindustrie praktisch zu einer vierten Regierungsgewalt entwickelt«, meinte die *New York Times* dazu. ¹⁰² Das Bush-Team hat die Rolle der Regierung neu definiert: Jetzt hat der Staat nicht mehr die Aufgabe, selbst für Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen, sondern

nur noch, sie zum Marktwert einzukaufen.

Deutlicher Ausdruck dieser Aufgabenauslagerung ist das seinerzeit geschaffene Ministerium für Innere Sicherheit, das »Heimatschutzministerium« (Department of Homeland Security). Wie sagte noch dessen stellvertretende Direktorin? »Wenn wir es nicht von der Industrie kriegen, kriegen wir es wohl überhaupt nicht.«¹⁰³

Dieser neue Militarismus steckt in der Kriegserklärung gegen den Terrorismus. Die definitorische Festlegung des dauerhaft und umfassend ausgerichteten »War on Terror« dient in allen ihren Aspekten dazu, den Anti-Terrorismuskrieg unter Marktgesichtspunkten möglichst profitabel und nachhaltig zu gestalten. »Heutige Terroristen können praktisch überall, zu jeder Zeit und mit allen möglichen Waffen zuschlagen«, heißt es in einer vom Heimatschutzministerium herausgegebenen Erklärung, und das bedeutet, dass die Sicherheitsdienste an allen möglichen Orten zu allen möglichen Zeiten gegen alle denkbaren Risiken Schutz bieten müssen. Dazu passt Dick Cheneys Ein-Prozent-Doktrin, die besagt: Wenn eine Bedrohungswahrscheinlichkeit von 1 Prozent vorliegt, müssen die Vereinigten Staaten reagieren, als ob eine hundertprozentige Bedrohungsgewissheit bestünde. Zwar ist der Anti-Terrorismuskrieg nicht zu gewinnen, aber aus ökonomischer Sicht ist das Vorhaben unschlagbar.¹⁰⁴

Es sorgte dafür, dass sich nach den Septemberanschlägen aus dem Pentagon ein endloser Strom von Steuergeldern über die Rüstungsindustrie ergoss. Jährlich gingen 270 Milliarden Dollar an Privatunternehmen, das waren 137 Milliarden mehr als im Jahr vor Bushs Amtsantritt. Amerikanische Geheimdienste zahlten jährlich 42 Milliarden Dollar – und somit doppelt so viel wie im Jahr 1995 – dafür, dass manche ihrer Aufgaben von Privatfirmen übernommen wurden. Und vom Heimatschutzministerium flossen 130 Milliarden Dollar in die Privatwirtschaft. Allein im Jahr 2003 gab die Regierung Bush 327 Milliarden Dollar für Verträge mit Privatunternehmen aus – 40 Cent von jedem Dollar.¹⁰⁵

Als Folge daraus übersteigt der Verteidigungshaushalt der Vereinigten Staaten inzwischen die Militärausgaben *aller übrigen Länder zusammen*. Mit 709 Milliarden Dollar waren die Verteidigungsausgaben der USA im Jahr 2008 höher als je zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs.¹⁰⁶ Zusammen mit den

Budgets verschiedener sicherheitsrelevanter Behörden und den Aufwendungen für die wachsende Zahl von Militärbasen und Sicherheitseinrichtungen der USA rund um den Globus beläuft sich die Gesamtsumme der Ausgaben auf knapp eine Billion Dollar.¹⁰⁷

In diesem Zusammenhang spricht der Autor Nick Turse in seinem Buch *The Complex* von der »Invasion des Militarismus in unseren Alltag«. Er zeigt unter anderem, dass Starbucks inzwischen einer der Hauptvertragspartner des US-Verteidigungsministeriums ist, und weist nach, welche Arbeiten die Firma Apple, die sich so gern revolutionär gibt (»Think Different«), für das US-Militär durchführt.¹⁰⁸

Viele Aufgaben, die früher vom Militär selbst erledigt wurden, sind jetzt privatisiert; dazu gehören nicht nur Dinge wie das Ausrüsten der US-Streitkräfte, sondern auch organisatorische Dienstleistungen für militärische Einsätze bis hin zur Teilnahme an Kriegen. Für Bruce Jackson und andere Bündnispartner des Militärs im privatwirtschaftlichen Sektor gab es dadurch immer mehr Geschäftsgelegenheiten. Die Rüstungswirtschaft verzeichnete stark wachsende Gewinne. Insgesamt stieg der Geschäftsumfang der zehn führenden Unternehmen mit dem Pentagon zwischen 2001 und 2003 um fast 75 Prozent, von 46 auf 80 Milliarden Dollar. Der Northrop-Grumman-Konzern zum Beispiel verdoppelte seinen Auftragsumfang von 5,2 auf 11,1 Milliarden Dollar, und Lockheed Martin verbuchte eine 50-prozentige Zunahme, von 14,7 auf 21,9 Milliarden Dollar.¹⁰⁹

Einer Studie von 2006 zufolge hat sich seit Beginn des Anti-Terrorismuskriegs bei den Führungskräften der oberen 34 Rüstungsunternehmen das durchschnittliche Einkommensniveau im Vergleich zu den letzten vier Jahren vor dem Septemberanschlag verdoppelt. Das durchschnittliche Einkommen der Spitzenmanager stieg dort um 106 Prozent, während es bei anderen großen US-Unternehmen zwischen 2001 und 2005 um sechs Prozent zunahm.¹¹⁰

Dank ihrer institutionellen Einbindung in Forschungsinstituten, Interessenverbänden, staatlichen Beratungsgremien sowie Behörden und durch die Lobby- und Spendentätigkeit ihrer Unternehmen haben Manager wie Augustine und Jackson die amerikanische Politik auf zahlreichen Ebenen beeinflusst, um solche Spitzeneinkommen erzielen zu können. Diese vielfältige politische Einflussnahme hat allerdings weit über Lockheed Martin hinaus

politische Einflussnahme hat allerdings weit über Lockheed Martin hinaus Auswirkungen für die USA gehabt.

Der Halliburton-Konzern und sein früheres Tochterunternehmen Kellogg Brown & Root (KBR) sind vielleicht die erstaunlichsten Vertreter der neuen »vierten Regierungsgewalt«. Lyndon B. Johnson war als »Senator von Brown & Root« bekannt, weil die (damals noch so heiende) Firma ihn reichlich mit Spenden bedachte. Nachdem er US-Präsident geworden war, erhielt das Unternehmen lukrative Aufträge zum Bau von Militärbasen in Vietnam.¹¹¹

1992 beschloss das Pentagon, für neun Millionen Dollar prüfen zu lassen, ob die Privatwirtschaft unter Effizienzgesichtspunkten stärker eingebunden werden könnte. Verteidigungsminister war damals Dick Cheney. Den Auftrag vergab er an KBR. Deren Prüfbericht empfahl eine offensive Privatisierung und nannte eine ganze Reihe von Aufgaben, die die Privatwirtschaft übernehmen könnte. Das führte zu einem ganzen Pentagon-Auftragspaket, dem sogenannten Logistics Civil Augmentation Program (LOGCAP), bei dem es nicht nur um die logistische Versorgung des Militärs mit Ausrüstung und Kriegsmaterial ging, sondern auch um organisatorische Dienstleistungen bei Militäreinsätzen.

Eine handverlesene Gruppe von Unternehmen wurde eingeladen, ein Angebot für einen recht vage definierten Logistikauftrag zur Unterstützung der US-Streitkräfte abzugeben. Der finanzielle Auftragsumfang war nicht näher beziffert, es hieß einfach, der Auftragnehmer dürfe fest von einer Kostenübernahme plus garantierter Gewinnspanne ausgehen. Die Vergabeentscheidung fiel am Ende der Amtszeit von Bush senior, und den Zuschlag erhielt – Halliburton. Für den Mutterkonzern der auftragsplanenden Firma kamen so im Laufe der folgenden zehn Jahre 700 bis 800 Staatsaufträge zusammen.¹¹²

Nach seinem Amtsende 1993 übernahm Dick Cheney bei Halliburton den Posten des Generaldirektors, bis er dann im Jahr 2000 zum Vizepräsidenten der USA ernannt wurde. In diesem Zeitraum konnte der Konzern die Zahl der Bundesaufträge verdoppeln, außerdem erhielt er fünfzehnmal mehr Bundeskredite und staatliche Bürgschaften als vorher. Gleichzeitig verdoppelte Halliburton seine Lobby- und Spendenausgaben. Hohe Summen gingen an rechtsgerichtete Forschungsinstitute, die den ausschreibungslos vergebenen Pentagon-Aufträgen, den riesigen Aufwendungen für Abfangraketen und damit

der »Wiederherstellung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft« mit programmatischen Schriften die höheren wissenschaftlichen Weihen verliehen. Cheney war an all diesen Initiativen beteiligt und sah sein Privatvermögen von rund einer Million auf 60 bis 70 Millionen Dollar anwachsen.¹¹³

Halliburton erhielt während Cheneys siebenjähriger Amtszeit als US-Vizepräsident Aufträge im Wert von über 20 Milliarden Dollar – oftmals ohne an einem Bietverfahren teilnehmen zu müssen.¹¹⁴ In dieser Zeit wurde der Konzern wegen überzogener Rechnungsstellung und irreführender Buchhaltungspraktiken zu Geldstrafen verurteilt. Derartige Verstöße können, wie im Fall von BAE gesehen, zu einem vollständigen Auftragsstopp führen.¹¹⁵

Während seiner Amtszeit hat Cheney Halliburton immer wieder öffentlich gelobt und dem Konzern dadurch kostenlos Werbung und Anerkennung verschafft. Als US-Vizepräsident besaß er 1,2 Millionen Aktienoptionen von Halliburton, kassierte dafür jedes Jahr Dividenden in Millionenhöhe und erhielt von dem Unternehmen außerdem ein passives Jahreseinkommen in Höhe von 211000 Dollar. Halliburtons Aktienpreis, der vor dem Irak-Krieg bei 10 Dollar gestanden hatte, stieg auf 41 Dollar. Dieser Sprung um gut 300 Prozent war hauptsächlich auf drastisch erhöhte Energiepreise und die Irakaufträge zurückzuführen, und Ursache für beides war, dass Cheney das Land in einen Krieg gegen den Irak gesteuert hatte. Dieser Krieg ist das bislang profitabelste Ereignis in der Geschichte des Konzerns. Es stellt sich also die Frage, wen Vizepräsident Cheney denn nun vertreten hat – die US-Regierung oder seinen früheren Arbeitgeber, mit dem er weiterhin durch private Finanzinteressen verbunden war?¹¹⁶ »Er sieht keinerlei Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Interessen«, sagte der ehemalige Luftwaffenoberst Sam Gardiner über Cheney.¹¹⁷

Sein ideologisch gleichgesinnter Politikollege Donald Rumsfeld war da nicht anders. Als George W. Bush ihn zum Verteidigungsminister ernannte, sahen sich die Regierungsjuristen mit ihren Ethikregeln zu allen möglichen Verrenkungen veranlasst, weil Rumsfeld so viele Anteile an Rüstungsunternehmen besaß und möglichst alle behalten wollte. Er saß im Vorstand des Flugzeugherstellers Gulfstream und erhielt außerdem jährlich 190000 Dollar als Vorstandsmitglied des Schweizer Elektrotechnikriesen ABB, der auch Nordkorea mit Atomtechnik belieferte. Rumsfeld stieß seine direkten Anteile an Lockheed Martin, Boeing

und anderen Rüstungsunternehmen ab, ließ aber Aktien im Wert von bis zu 50 Millionen Dollar treuhänderisch als »Blind Trust« verwalten. Noch einige Monate lang, als er bereits Minister war, blieb er Eigentümer oder Teileigentümer von Investmentfirmen, die auf Rüstungs- und Biotechnologieaktien spezialisiert waren. Aufgrund solcher anderweitigen Verpflichtungen musste er sich im ersten Amtsjahr anscheinend peinlich oft für seine Abwesenheit bei Sitzungen entschuldigen.¹¹⁸

Beide Männer hätten sich ihrer Firmenanteile leicht entledigen können, dann aber hätten sie keinen Nutzen aus dem von ihnen angestoßenen wirtschaftlichen Boom ziehen können. Was mögen sie wohl von Präsident Roosevelts deutlichen Worten gegen Kriegsgewinnler gehalten haben: »Ich möchte in den USA nicht einen einzigen Menschen aus dieser Katastrophe (dem Zweiten Weltkrieg; A. F.) als Millionär hervorgehen sehen.« Zur Zeit von Präsident Bush bettelten die Kriegsgewinnler nicht bloß um Zugangsmöglichkeiten zu Regierungsstellen, sondern sie waren die Regierung!

Rumsfeld – nach Nixons berühmten Worten ein »skrupelloser kleiner Mistkerl«¹¹⁹ – kam 2001 mit der persönlichen Mission ins Kabinett, den Krieg für das neue Jahrhundert neu zu erfinden. Das breite Spektrum technischer Neuerungen, das er bei seinem umstrittenen Umgestaltungsvorhaben im Auge hatte, ließ erahnen, wie die Kriegführung der USA im 21. Jahrhundert aussehen würde. Statt jährlich neue Anträge auf Erhöhung der verschiedenen Verteidigungsetats stellen zu müssen, wollte er Personalausgaben einsparen und Steuergelder in weit stärkerem Maße als bisher direkt in die Schatullen von Privatfirmen fließen lassen. Er, Cheney und Bush waren der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Regierung sei zu regieren, sondern zu delegieren. Das staatliche Unternehmen »Regierung« sollte daher die Arbeit an private Subunternehmer übertragen, da die Privatwirtschaft natürlich in jeder Hinsicht effizienter arbeite. Das war Rumsfelds Vision. Für ihn war die Privatisierung der Regierung *das* Projekt des 21. Jahrhunderts, wie der Kampf gegen den Kommunismus *das* Projekt des 20. Jahrhunderts war.¹²⁰

1998 hatte ein von Donald Rumsfeld geleiteter Ausschuss einen Bericht veröffentlicht, in dem – allen offiziellen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen zum Trotz – eine nordkoreanische Raketengefahr heraufbeschworen und Panikstimmung verbreitet wurde. Der Bericht der sogenannten »Rumsfeld-

Kommission« diene dann dazu, eine SDI-freundliche Gesetzesnovelle durch den Kongress zu peitschen, obwohl nach wie vor keine Einigkeit darüber bestand, ob ein solcher Raketenabwehrschirm überhaupt praktikabel und finanzierbar wäre. Bei dieser ganzen »Star Wars«-Idee geht es in erster Linie um Opportunismus und das ewige Geben und Nehmen im militärisch-industriellen Komplex: Hohe Militärs reden Politikern nach dem Mund, die sich ehrgeizige Rüstungsprojekte auf die Fahnen geschrieben haben, mit denen sie sich für einen lukrativen Posten in der Rüstungsbranche für ihre Zeit nach der Politik empfehlen wollen. Politiker, Wissenschaftler, Experten, die das System als das raffgierige Täuschungsmanöver durchschauen, das es ist, werden schnell an den Rand gedrängt.¹²¹

Die Feststellung der Rumsfeld-Kommission, Staaten wie der Irak und Nordkorea mit einer »auf Scud-Raketen basierenden« Technologie könnten innerhalb von fünf Jahren eine funktionstüchtige Langstreckenrakete entwickeln, fußte auf Aussagen von Lockheed-Martin-Ingenieuren. Hier ließ man also die Meinung von Mitarbeitern einer Firma, die von der Vorstellung einer größeren Raketengefahr profitieren würde, den einstimmigen Befund der US-Geheimdienste aushebeln. Durch die Rumsfeld-Kommission wurde der Wahn zur Realität erklärt. Während Bush senior über zwei Milliarden Dollar pro Jahr für das »Sternenkriegsprojekt« ausgegeben hatte, bewirkte der Rumsfeldbericht, dass der Haushaltsposten für die Raketenabwehr bis zum Ende der zweiten Amtszeit von Bill Clinton von drei auf fünf Milliarden Dollar im Jahr stieg und allein schon Lockheed Martin Aufträge im Gesamtwert von über einer Milliarde Dollar erhielt. In Anlehnung an das Reagansche Vorbild verdoppelte Bush junior die Aufwendungen für die Raketenabwehr auf 10 Milliarden Dollar.^{122 16*}

Rumsfeld war in der Amtszeit von Präsident Gerald Ford der jüngste US-Verteidigungsminister aller Zeiten gewesen, jetzt unter Bush junior war er der älteste Verteidigungsminister der US-Geschichte. »Er war der militärisch-industrielle Komplex in Person, und seine Mission war es, das Verteidigungsministerium umzumodeln«, urteilt Militärexperte Joseph Cirincione und meint, an Rumsfelds Plan lasse sich studieren, »wie der militärisch-industrielle Komplex nicht nur das Gleichgewicht der Kräfte im Staat und seine Haushaltsprioritäten verschiebt, sondern auch die Kriegführung selbst auf den Kopf stellt«. So komme es zu einem fatalen Zusammenwirken von

fanatischem Militarismus und krasser Fehlkalkulation. »Die ehrgeizige Vorstellung von einem Krieg, der per Knopfdruck aus sicherer Distanz geführt werden kann, ist eine direkte Folge des Erstarkens des militärisch-industriellen Komplexes.«¹²³ Genau das hat den Fehlschlag im Irak bewirkt, wo aus Rumsfelds futuristischer Vision doch nur wieder ein altmodischer Ermüdungskrieg wurde – allerdings geführt mit der Zerstörungswut hochmoderner Waffen.

Der Krieg entwickelte sich zum Desaster, doch die Profitmöglichkeiten waren größer denn je. Während Rumsfeld die Meinung vertrat, die Septemberanschläge hätten die »Transformation« des Militärapparats notwendig gemacht, hält Chuck Spinney den Begriff von der »Transformation« für leeres Gerede und Augenwischerei einer Pentagon-Clique, die im Gegenteil lediglich »den Status quo erhalten« wolle.¹²⁴ Cirincione teilt diese Ansicht:

Nach dem 11. September ist jedes Rüstungsprojekt, das nun (als veraltet) hätte gestrichen werden müssen, einfach umetikettiert worden. Statt beim Militär Kürzungen vorzunehmen oder es neu zu strukturieren, haben wir ihm einfach Geld in den Rachen geworfen. Alles und jedes ist finanziert worden. Obwohl davon die Rede ist, dass wir einen Krieg gegen Terroristen führen, die in Höhlen hausen, kaufen wir Waffen, die dazu gedacht sind, einen modernen Industriestaat in Schutt und Asche zu verwandeln. So sind auf einmal Dinge wie der B2-Bomber – der pro Stück zwei Milliarden Dollar kostet und dafür konzipiert ist, sowjetisches Radar zu überlisten – als Anti-Terrorwaffe gerechtfertigt worden. Die F-22 sollte einst sowjetische Düsenjäger vom Himmel holen, jetzt soll sie Terroristen umlegen. Das ist die »neue militärische Denkweise«. Einfach eine Flagge drumwickeln, und weitermachen wie bisher.«¹²⁵

Weit davon entfernt, das Militärwesen zu revolutionieren, ist die behauptete »Transformation« nur eine neue Ausrede dafür, weiterhin der Rüstungsindustrie dabei zu helfen, die Profite zu maximieren. Die Zahlen sind unfassbar: 2003 vergab die US-Regierung rund 3500 sicherheitsbezogene Aufträge an Privatfirmen; bis Ende 2006 hat das Heimatschutzministerium in einem Zeitraum von zweiundzwanzig Monaten 115000 solcher Aufträge ausgefertigt. Die globale Heimatschutzindustrie ist inzwischen ein 200 Milliarden Dollar schwerer Wirtschaftssektor. Im Jahr 2006 hat die US-Regierung für Innere Sicherheit mehr als 550 Dollar pro Haushalt ausgegeben.¹²⁶

Nach Meinung von Chuck Spinney ist es dazu gekommen, weil das Weiße Haus die Machtbefugnis des Präsidenten immer mehr ausgedehnt und somit dem Kongress die Rolle des ewigen Bittstellers zugewiesen hat. Diese

Machtanhäufung bei der Exekutive gipfelte unter George W. Bush in einem Klügel, den Colin Powells Stabschef, Oberst Lawrence Wilkerson, als eine von Dick Cheney und Donald Rumsfeld angeführte Clique beschreibt, deren abgeschottete, heimliche Vorgehensweise man eher mit einer Diktatur als mit einer Demokratie in Verbindung bringen würde.¹²⁷ »Der militärisch-industrielle Komplex übt inzwischen einen derart großen Einfluss auf die Entscheidungen des Präsidenten aus, dass man Sorge um die Republik haben muss.«¹²⁸

Früher lautete die einhellige Lehrmeinung, dass jedes nachhaltige Wachstum Stabilität und Frieden erfordert. Der Anti-Terrorismuskrieg hat diese Ansicht auf den Kopf gestellt. Weltweit nahmen die Kriege zu, doch gleichzeitig stiegen die Profite – zumindest bis zur Finanzmarktkrise. Von der weltweiten Instabilität profitiert heutzutage nicht nur mancher zwielichtige Waffenhändler, sondern die ganze »Katastrophenkapitalismus-Industrie«, wie es Naomi Klein nennt (also jene Industrie, die aus Naturkatastrophen oder menschengemachten Desastern, vor allem Kriegen, Nutzen zieht), und selbstverständlich die Rüstungsindustrie. Seit dem 11. September 2001 scheinen Terroranschläge gut fürs Geschäft zu sein. Während der Dow-Jones-Index infolge der Anschläge im Jahr 2001 um 685 Punkte abstürzte, blieb der amerikanische Aktienmarkt vier Jahre später, dank boomender Heimatschutzaktien, von dem Terroranschlag am 7. Juli in London unberührt, und die Londoner Börse erholte sich bereits am folgenden Tag.¹²⁹

Die nach 2001 in die Wege geleitete Auslagerung von militärischen, insbesondere heimatschutzbezogenen Arbeitsbereichen in die Privatwirtschaft hat ein neues Lobbyisten-Heer entstehen lassen: Zwischen 2001 und Mitte 2006 wuchs die Zahl von Lobby-Agenturen, die sich dem Thema Innere Sicherheit verschrieben haben, von zwei auf 543.¹³⁰ Zusammen mit ihren Kunden in der Rüstungs- und Militärdienstleistungsindustrie sorgen diese Firmen dafür, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck einer permanenten Bedrohung entsteht, der man nur mit militärischen Mitteln entgegentreten kann. Bei der Pariser Luftfahrtschau 2009 war auffallend, dass alle Rüstungsfirmen ihre Präsentationen ausnahmslos mit Szenen einleiteten, die zeigten, wie gefährlich es heutzutage auf der Welt ist, um im Anschluss die eigenen Waffensysteme vorzustellen, die für unsere Sicherheit garantieren sollen.

Naomi Klein kommt zu dem Schluss, dass die Architekten des Anti-

Terrorismuskriegs Konzernpolitiker sind, für die zwischen Konzerninteressen und Staatsinteressen keinerlei Unterschied besteht. Ein frappierendes Beispiel ist Richard Perle, ein Neokonservativer und enger Vertrauter und Berater von Donald Rumsfeld, der von diesem zum Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat ernannt wurde. Genau wie sein Mentor hat auch Perle seine Stellung für Privatgeschäfte genutzt. Er überredete den Waffenhändler Adnan Kaschoggi, ein Treffen mit saudischen Industriellen zu arrangieren, von denen er dann für seine neu gegründete Sicherheitsinvestmentfirma Trireme 100 Millionen Dollar einwarb. Er versuchte auch, dank seiner Stellung, von der US-Regierung eine Genehmigung zum Verkauf einer Sparte des korrupten und bankrotten Telekommunikationsunternehmens Global Crossing nach China zu erhalten. Doch dieses Geschäft, das fast 1 Million Dollar eingebracht hätte, wurde durch die Beschwerde eines Branchenkonkurrenten verhindert, der sich selbst des Vorwurfs zu erwehren suchte, China geheime Satellitentechnikinformationen geliefert zu haben.¹³¹

Wegen des Vorwurfs, seine Position als Rumsfeld-Berater missbraucht zu haben, musste Perle schließlich den Vorsitz des Streitkräfteausschusses aufgeben. Rumsfeld nannte ihn bei dieser Gelegenheit einen »zutiefst integren und ehrenhaften« Menschen.¹³² Das Center for Public Integrity fand heraus, dass neun der dreißig Mitglieder dieses einflussreichen verteidigungspolitischen Beratungsgremiums mit Rüstungsunternehmen verbunden waren, die im vorherigen Haushaltsjahr vom Pentagon Aufträge im Gesamtwert von über 76 Milliarden Dollar bekommen hatten.¹³³

Wie in so vielen staatlichen Gremien im Verteidigungsbereich sind auch im Streitkräfteausschuss keine klaren Trennlinien erkennbar zwischen »staatlich« und »privat«, was dazu geführt hat, dass die Transparenz bei vielen mit öffentlichen Geldern finanzierten Aktivitäten sehr zu wünschen übrig lässt. Das entspricht durchaus der US-amerikanischen Mentalität, die schon immer der Meinung war, unternehmerisches Handeln habe sich auf dem Markt zu bewähren, ansonsten sei es weder der Öffentlichkeit noch dem US-Kongress rechenschaftspflichtig. So ist denn auch das amerikanische Informationsfreiheitsgesetz nicht auf Privatfirmen anwendbar. Dieser Umstand hat einen demokratischen Abgeordneten aus Illinois zu der Äußerung veranlasst: »Es ist fast so, als wären diese privaten Militärunternehmen in einen geheimen

Krieg verwickelt.«¹³⁴

Durch die Übertragung von zahlreichen öffentlichen Aufgaben auf private Firmen ließ die Regierung Bush einen ganzen Teil der administrativen Vorgänge hinter einem Schleier nichtöffentlicher Firmentätigkeiten verschwinden. Unter solchen Umständen ist sowohl die finanzielle als auch die politische Verantwortlichkeit stark eingeschränkt. Immer wieder kommt es vor, dass Regierungsstellen die Verantwortung abwälzen und behaupten, ein Auftragnehmer habe anders gehandelt als ursprünglich vereinbart.

Dieses undurchsichtige Arbeitsumfeld und die für die Innere Sicherheit erforderliche Geheimhaltung erschweren es ungemein, den militärisch-industriellen Komplex, der die Kriegsbereitschaft des Landes und die zunehmende Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft vorantreibt, kritisch zu analysieren und einer Kritik zu unterziehen. Wenn es denn einmal zu einer eingehenden Untersuchung kommt, konzentriert sie sich meist auf die wenigen ans Licht gekommenen Fälle von Korruption.

In der Amtszeit von Bush junior gab es davon eine ganze Menge.

Illegale Korruption

Nur in den wenigsten Fällen wurde systemische Korruption im Zusammenhang mit Waffengeschäften bisher bestraft. Dabei ist eine Bestrafung nicht nur in juristischer Hinsicht geboten, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht wünschenswert. Dem militärisch-industriellen Komplex wird auf diese Weise signalisiert, dass er nicht in einem rechtsfreien Raum operiert; gleichzeitig wird das ganze Ausmaß der Verflechtungen sichtbar gemacht und ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt.

Im Dezember 2001 bewilligte der Kongress das Leasing von 100 Tankflugzeugen des Typs Boeing KC-767 für einen Zeitraum von zehn Jahren. Kosten: 26 Milliarden Dollar.¹ Solche Maschinen dienen dazu, andere Flugzeuge in der Luft über einen langen Schlauch aufzutanken, was die Reichweite des versorgten Flugzeugs erhöht und die Einsatzdauer beträchtlich verlängert.

Die Entscheidung, die Tankflugzeuge nicht zu kaufen, sondern zu mieten, war bemerkenswert. Das Congressional Budget Office (CBO), die US-Haushaltsbehörde, gelangte zu dem Schluss, dass die Entscheidung für einen Mietvertrag mit Kaufoption die Steuerzahler 5 Milliarden Dollar mehr kosten würde als ein Kauf der Flugzeuge. Senator John McCain sprach von »Kriegsgewinnlertum«.²

Die 100 neuen Flugzeuge sollten die 126 Tankflugzeug vom Typ KC-135E ersetzen, obwohl die amerikanische Luftwaffe bereits 410 nachgerüstete Versionen der »E« besaß,³ die noch bis 2030 oder 2040 einsatzfähig wären. Aus Studien der US Air Force ging hervor, dass die Kosten für Wartung und Instandsetzung der bestehenden Tankflugzeugflotte im Zeitraum von 40 Jahren lediglich um 23 Millionen Dollar jährlich steigen würden. Allerdings waren die

Planer der Luftwaffe zu dem Schluss gelangt, dass es unter bestimmten – geheim gehaltenen – Umständen zu Kapazitätsengpässen kommen konnte. Die Air Force hatte die Flotte eigentlich erst im Jahr 2013 erneuern wollen, aber der 11. September weckte neue Bedenken bezüglich des Alters dieser Flugzeuge.⁴ Man darf sich allerdings fragen, wie modernere Tankflugzeuge Terroranschläge verhindern sollen.

Im Oktober 2001 gab die Air Force eine Prioritätenliste heraus mit den 60 wichtigsten Anschaffungswünschen. Die 100 neuen Tankflugzeuge fehlten in dieser Liste.⁵ Die Luftwaffe war der Ansicht, dass die Flotte im gegenwärtigen Zustand den Erfordernissen genüge, und hatte vier Optionen geprüft:

Erstens konnte man gar nichts tun, das heißt, man konnte sich mit Kosten von 23 Millionen Dollar in den nächsten 40 Jahren und einem gewissen Risiko von Engpässen abfinden. Die zweite Option bestand darin, die 126 »E«-Tankflugzeuge nachzurüsten und die Kapazität der Flotte geringfügig zu erhöhen, was Kosten von 3,2 Milliarden Dollar verursachen würde.⁶ Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs erklärte, die Tankflugzeugflotte sei bei »relativ guter Gesundheit« und habe noch »viele Flugstunden« vor sich. Die Rechnungsprüfungskammer des Kongresses teilte diese Einschätzung und äußerte ernste Bedenken an der dritten und vierten Option.⁷ Die dritte Möglichkeit bestand im direkten Kauf von 100 Tankflugzeugen des Typs Boeing 767 und in der Auflösung der »E«-Flotte, wobei jedes neue Flugzeug etwa 150 Millionen Dollar kosten würde.⁸ Die Gesamtkosten würden bei etwa 18 Milliarden Dollar liegen, und es würde acht bis neun Jahre dauern, die neue Flotte in Dienst zu stellen. Der Vorteil dieser Option würde darin bestehen, dass man ein moderneres Flugzeug mit längerer Lebensdauer bekommen würde, wenn auch die tatsächliche Kapazität der Flotte geringfügig sinken würde.⁹ Doch auf diese Art konnte keines der von der Luftwaffe festgestellten Defizite behoben werden.

Die letzte Option bestand darin, die 100 Boeing 767 in ihrer zivilen Version zu leasen. Das bedeutete, man würde sie umbauen und nach Ablauf des Leasingzeitraums wieder in Passagierflugzeuge umwandeln müssen. Die Gesamtkosten dieser Option, die nur auf zehn Jahre ausgelegt war, würden sich auf 26 Milliarden Dollar belaufen. In diesem Fall würde man dieselbe Ladekapazität bekommen und genauso lange für die Indienststellung der neuen

Flugzeuge benötigen wie bei einem direkten Kauf, wobei man die anfangs etwas geringeren Kosten mit einer Nutzungsdauer von nur zehn Jahren erkaufen würde. Die tatsächlichen Kosten würden also sehr viel höher sein.¹⁰

Der Leasing-Option blieb eine öffentliche Überprüfung erspart, da sie vom Vermittlungsausschuss der beiden Kammern in die Gesetzesvorlage für den Verteidigungshaushalt 2002 eingefügt wurde. Das Programm wurde nicht in den üblichen Ausschüssen behandelt. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Senats, Kent Conrad, schlug vor, auf eine Anwendung jener Regeln zu verzichten, die einzuhalten waren, wenn der Staat statt eines Kaufs ein Leasing erwog. Diese Regeln dienten dazu, die Kosten zu verringern, aber wie die Haushaltsbehörde des Weißen Hauses (OMB) erklärte, erhöhte die Leasing-Option im Fall der Tankflugzeuge die Kosten deutlich, während die Vorteile kaum nennenswert waren.¹¹

Das Geschäft war eindeutig ein Geschenk an Boeing. Das Unternehmen hatte sich darüber beklagt, dass der Absatz von Passagiermaschinen seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 deutlich zurückgegangen war, während sein Konkurrent Lockheed Martin gute Geschäfte machte und den Zuschlag für den neuen »Joint Strike Fighter«, die F-35, erhalten hatte.¹² In der Vorlage des Verteidigungshaushalts, die ein Leasing der Flugzeuge vorsah, war festgehalten, dass der Luftwaffe das Leasing von 100 Tankflugzeugen erlaubt werden sollte – allerdings nur, wenn die Maschinen von Boeing stammten. Boeing hätte diese Zweckbindung selbst nicht besser formulieren können. Und wie sich später herausstellte, hatte sich das Unternehmen seinen Auftrag praktisch selbst geschrieben.

Diese Vorzugsbehandlung war am 12. Februar 2002 Gegenstand einer Untersuchung in einer Anhörung des Streitkräfteausschusses des Senats zum Verteidigungshaushalt. Senator John McCain fragte James Roche, den Leiter des Luftwaffenamts, ob auch mit Boeings Hauptkonkurrenten EADS (zu dem auch Airbus gehört) über diesen Auftrag verhandelt worden sei. Roche antwortete: »Ja. Ich habe bereits im Oktober darauf hingewiesen, dass wir uns sehr freuen würden, wenn Airbus ein Angebot machen würde ... Ich habe mich mit Philippe Camus (dem Chef von EADS; A. F.) getroffen und ihm gesagt, dass er sich jederzeit an mich wenden kann.« McCain hakte nach: »Aber steht im Haushaltsgesetz nicht, dass nur die Boeing 767 in Frage kommt?« Roche

antwortete: »Ja. Aber wenn Airbus ein attraktives Angebot machen würde, würde ich mich noch einmal an den Kongress wenden.«¹³

McCain hatte die Air Force offenbar aufgescheucht. Eine Woche später schickte sie sowohl an Boeing als auch an EADS ein Auskunftsersuchen und gab den beiden Konzernen zwei Wochen Zeit zu antworten. Wie nicht anders zu erwarten, gab Boeing die richtigen Antworten und erhielt den Auftrag.¹⁴

John McCain versuchte, die Leasingvereinbarung zu stoppen, indem er aufdeckte, wie massiv Boeing auf die Politik eingewirkt hatte. Er machte Dokumente öffentlich, aus denen hervorging, dass das Unternehmen und die Luftwaffe mit einer Lobby-Arbeit auf höchster Ebene versucht hatten, Kritiker und Konkurrenten mundtot zu machen, um Boeing eine »Firmensozialhilfe« zu sichern, wie McCain es ausdrückte.¹⁵ E-Mails und interne Schreiben des Unternehmens und der Air Force zeigten, dass die Luftwaffe und Boeing gemeinsam das Projekt entworfen, den Werbefeldzug in Washington geführt und Anforderungen an das Flugzeug festgelegt hatten, die andere Anbieter unmöglich erfüllen konnten. Die Air Force war sogar so weit gegangen, Boeing die Aufgabe zu übertragen, sie mit Argumenten zu versorgen, die bei einflussreichen Kongressmitgliedern, im Weißen Haus und bei den Medien gut ankommen würden.¹⁶

Rudi DeLeon, der frühere stellvertretende Leiter des Luftwaffenamts und stellvertretende Verteidigungsminister, der im Juli 2001 die Leitung des Washingtoner Büros von Boeing übernommen hatte, war der Meinung, die von McCain veröffentlichten E-Mails zeigten lediglich, dass »die Leute, die an dieses Programm glaubten, hart gearbeitet haben, um es durchzusetzen«. Die *Washington Post* berichtete, ein weiterer Vertreter von Boeing habe diese Art von Lobby-Arbeit als übliche Praxis bezeichnet und erklärt, das einzig Ungewöhnliche an diesem Fall sei die Veröffentlichung der E-Mails.¹⁷

James Roche war in der Vergangenheit selbst häufig durch die »Drehtür« gegangen, die Industrie und Politik miteinander verbindet. Er war im Jahr 1983 im Rang eines Hauptmanns aus der Armee ausgeschieden und hatte anschließend bis 1984 den Mitarbeiterstab des Streitkräfteausschusses des Senats geleitet, bevor er zu Northrop Grumman gewechselt war. Bei dem Rüstungskonzern bekleidete er verschiedene Führungspositionen, bis er im Jahr 2001 in die Regierung Bush geholt wurde. Zum Zeitpunkt seiner Ernennung saß

Roche im Vorstand der von Frank Gaffney geleiteten, als ultrakonservativ eingestuften Forschungseinrichtung Center for Security Policy. Im Jahr 2002 hatte diese Einrichtung ein Zitat von Donald Rumsfeld auf das Titelblatt ihres Jahresberichts gesetzt: »Wer irgendeinen Zweifel an der Wirkung Ihrer Ideen hat, der muss nur einen Blick auf die Zahl Ihrer ehemaligen Mitarbeiter werfen, die mittlerweile dieser Regierung – und insbesondere dem Verteidigungsministerium – angehören, um diese Zweifel auszuräumen.«¹⁸

Im Dezember 2001 waren in der Vorlage für den Verteidigungshaushalt Formulierungen aufgetaucht, mit denen das Geschäft bewilligt wurde, ohne dass die Kosten genannt wurden. Eine »jungfräuliche Geburt«. So nennen Kongressveteranen Bestimmungen, die in geschlossenen Sitzungen der Vermittlungsausschüsse in Gesetzesvorlagen aufgenommen werden, *nachdem* diese das Repräsentantenhaus und den Senat passiert haben. Anschließend wird eine Kompromissvorlage von den beiden Kammern abgesehen. Der Kauf kostspieliger Militärsysteme muss üblicherweise Bestandteil der förmlichen Haushaltsvorlagen sein und wird erst nach Anhörungen und Abstimmungen in den Ausschüssen und in den Plenarsälen von Repräsentantenhaus und Senat beschlossen. In diesem Fall fanden weder Anhörungen statt, noch wurde in den Ausschüssen abgestimmt, bevor das Geschäft bewilligt wurde.¹⁹

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für die Bereitstellung von Mitteln, Ted Stevens, der sich seit Langem für die Ausweitung von Leasingverträgen der Bundesregierung stark machte, nahm die Einfügung der neuen Formulierungen für sich in Anspruch. Stevens war es auch, der dafür sorgte, dass die außerordentlichen Haushaltsmittel nur für das Leasing von Boeing-Flugzeugen bereitgestellt werden durften. Einen Monat zuvor hatte Stevens bei einer Spendenveranstaltung in Seattle (bis 2001 Hauptsitz von Boeing) Wahlkampfspenden in Höhe von 21900 Dollar von einunddreißig Boeing-Managern entgegengenommen. Insgesamt stellte das Unternehmen im Jahr 2002 34000 Dollar, den größten Beitrag, für den Wahlkampf von Stevens zur Verfügung.²⁰ Der Senator war eng in die Kampagne für das Geschäft eingebunden. Als Darleen Druyun, eine hochrangige Mitarbeiterin der Beschaffungsabteilung der Luftwaffe, erfuhr, dass in der Haushaltsbehörde des Weißen Hauses ein ehemaliger Mitarbeiter von Stevens tätig war, den der Senator »bearbeiten« konnte, bat sie Boeing, Informationsmaterial

zusammenzustellen, das die Air Force dann an Stevens' Büro weiterleitete. Boeing versuchte sich auch die Unterstützung des Abgeordneten John Murtha zu sichern: Der Konzern signalisierte seine Bereitschaft, einen Subauftrag an eine Firma in Murthas Wahlbezirk zu vergeben.²¹

Gemeinsam planten der Flugzeughersteller und die Luftwaffe eine Kampagne, um die Medien von den Vorzügen des Auftrags zu überzeugen. Diese »Erziehung der Medien« beinhaltete eine kleine Leitartikel-Serie in fünf Folgen, in der angeblich ein Admiral im Ruhestand namens Archie Clemens die Vergabe des Auftrags an Boeing befürwortete. In Wahrheit wurden die Artikel von Boeing geschrieben. Kurze Zeit später bekam Clemens einen Posten als Berater des Unternehmens.²² Richard Perle, der umstrittene Vorsitzende des Defence Policy Board (DPB), eines beratenden Ausschusses für das Verteidigungsministerium, warb in einer Kolumne im *Wall Street Journal* für den Flugzeugauftrag. Boeing hatte 20 Millionen Dollar in Perles Wagniskapitalfirma investiert, die im Rüstungssektor tätig war. Diese Beteiligung wurde in dem Artikel nicht erwähnt.²³

Das Tankflugzeug von Boeing wurde ursprünglich im Jahr 2002 ausgewählt, der Leasingvertrag wurde im Jahr darauf erteilt.²⁴ Doch nach den Protesten von Senator McCain und anderen sah sich die Luftwaffe zu Zugeständnissen gezwungen. Die Lösung bestand darin, 80 Tankflugzeuge zu kaufen und die übrigen 20 zu leasen.

Aber im Dezember 2003 wurde diese Kompromisslösung auf Eis gelegt, nachdem Vorwürfe gegen Boeing und Darleen Druyun laut geworden waren.²⁵

Druyun war seit 1993 zuständig für das Beschaffungswesen in der Luftwaffe. Sie führte die Verhandlungen über den Leasingvertrag für die Boeing-Tankflugzeuge.²⁶ In einem Treffen zwischen Vertretern der Luftwaffe und von Boeing am 1. April – die Entscheidung für Boeing war zu diesem Zeitpunkt bereits gefallen – erklärte Druyun, Boeing solle »immer bedenken«, dass das Angebot von Airbus pro Flugzeug zwischen 5 und 17 Millionen Dollar unter dem für die Boeing 767 lag. Im Jahr 2003 versuchte das Unternehmen, Druyuns Äußerung als Verhandlungsstrategie darzustellen. Druyun sei eine »wirklich harte Verhandlungsführerin« gewesen und habe dem Unternehmen auf diese Art zu verstehen gegeben, dass es sein Angebot nachbessern müsse.²⁷

Druyun stand tatsächlich in dem Ruf, eine harte Verhandlungsführerin zu sein.

Ihr Spitzname war »Dragon Lady«. Doch in den Gesprächen mit Boeing spie sie offenbar kein Feuer. Nach einer Sitzung schrieb ein Manager des Unternehmens in einem von McCain veröffentlichten Dokument: »Die heutigen Preisverhandlungen waren sehr angenehm. Darleen verbrachte die meiste Zeit damit, die Preisvorstellung der Luftwaffe unserer Forderung anzunähern ... Es war ein guter Tag!«²⁸ Aus E-Mails des Flugzeugherstellers geht hervor, dass Druyun herauszufinden versuchte, wie man den Kongress dazu bringen konnte, vom üblichen Procedere bei der Bereitstellung der Finanzmittel abzuweichen, und dass sie den Boeing-Managern Ratschläge gab, wie sie wichtige Parlamentarier auf ihre Seite bringen konnten. Nach Ansicht von Senator McCain beweisen die E-Mails, dass »die Luftwaffe eigentlich nicht mit Boeing verhandelte, sondern sich vielmehr für Boeings Anliegen einsetzte. Das ging so weit, dass man Boeing ein ungewöhnliches Maß an Kontrolle über die Preisgestaltung sowie weitere Vertragsbestimmungen und Bedingungen zugestand.«²⁹

Im November 2001 hatte die Air Force ein Dokument entworfen, in dem dargelegt wurde, welchen Anforderungen die neuen Tankflugzeuge genügen mussten. Oberst Mark Donohue, ein Offizier im Lufttransportkommando, reichte dieses Dokument prompt an Boeing weiter, damit sich der Hersteller vertraulich zu den Vorgaben äußern konnte. Boeing bat um Zugeständnisse, die auch gemacht wurden, denn die Anforderungen mussten den Fähigkeiten der 767 angepasst werden. Besonders wichtig – und ungewöhnlich – war, dass sich die Air Force bereit erklärte, die zentrale Forderung fallen zu lassen, dass die neuen Flugzeuge mindestens ebenso leistungsfähig sein müssten wie die alten.³⁰

Die Lobby-Arbeit von Boeing musste sehr effizient gewesen sein, denn sie gewannen Politiker und Beamte, obwohl die Argumente für die Ersetzung der bestehenden Tankflugzeuge alles andere als überzeugend waren. Das zeigt auch eine E-Mail, die einer der Lobbyisten an die Konzernzentrale schrieb. Darin berichtete er über ein Treffen mit Luftwaffenamtsleiter Roche und Druyuns Vorgesetztem Marvin Sambur, dem Leiter der Beschaffungsabteilung. Sambur, so erklärte der Lobbyist, habe Boeing um Hilfe gebeten: »Er deutet an, dass die Air Force verzweifelt nach einer Begründung dafür sucht, dass sie das 767-Tankflugzeug *jetzt* kaufen soll ... Es war deutlich, dass er nach einem Weg sucht.« Ein weiteres Memo zeigte, wie sich Roche zum Komplizen von Boeing

machte und das Unternehmen zur Lobby-Arbeit ermutigte. Der Lobbyist berichtete über ein Treffen, in dem Roche und weitere Vertreter der Air Force ihn »gedrängt« hatten, Boeings »Freunde im Kongress, Berater usw. dazu zu bewegen, die Argumente für die Tankflugzeuge nachdrücklicher vorzubringen«. Er erklärte weiter, Roche sei sehr für jede Anregung von Seiten des Unternehmens dankbar, »insbesondere, wenn es hilft, McCain zu übertönen«. ³¹

Die Werbekampagne zielte sowohl auf den Kongress als auch auf das Weiße Haus. Boeing wollte den Sprecher des Repräsentantenhauses, den Republikaner J. Dennis Hastert aus Illinois, der ein entschiedener Befürworter des Auftrags war, dazu bewegen, sich bei Präsident Bush und anderen Regierungsmitgliedern für das Projekt einzusetzen. Eine Delegation der Air Force brachte Teile einer verrosteten Tragfläche im Kofferraum eines Autos zum Capitol Hill, wo ein aus Oklahoma eingeflogener General der Luftwaffe bereitstand, um die Kongressmitglieder darüber aufzuklären, dass die bestehenden Tankflugzeuge veraltet seien. Ein Boeing-Lobbyist schrieb: »Wir sind in Kontakt mit Andy Card (dem Stabschef des Weißen Hauses; A. F.) und den politischen Entscheidungsträgern im Weißen Haus. Sie sehen sich wachsendem Druck ausgesetzt und erkennen, dass es politisch schädlich wäre, den Auftrag für die neuen Tankflugzeuge nicht zu erteilen.« ³²

Ein anderer Lobbyist sah beim stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und beim Ressortchef Donald Rumsfeld wachsende Bereitschaft, Boeing unter die Arme zu greifen. Roche teilte dem Unternehmen mit, dass man mit Rumsfelds »»Deckung aus der Luft« für die Air Force« rechnen könne, und fügte hinzu, das funktioniere im Weißen Haus und werde »auch auf dem Capitol Hill« helfen. ³³ Der Stabschef des Weißen Hauses handelte nach Einschätzung von Mitarbeitern der Administration auf Anweisung von Präsident Bush, als er der Air Force und der Haushaltsbehörde OMB riet, ihre Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Dennis Hastert, und der Abgeordnete Norman Dicks, in deren Heimatstaaten wichtige Boeing-Werke ihren Sitz hatten, hatten sich beim Präsidenten nachdrücklich für den Auftrag eingesetzt. ³⁴

Druyun machte sich dafür stark, die Produktion in die Wahlbezirke prominenter Politiker zu verlegen. Nach einem Treffen zwischen Druyun und Boeing-Managern hieß es in einem internen Memo des Unternehmens: »Druyun

sagte auch, die Zuteilung der Produktion könne helfen; was bedeutet, dass Boeing die Zulieferaufträge an Unternehmen in den Wahlbezirken wichtiger Kongressmitglieder vergeben sollte.«³⁵

Boeing war mit gutem Grund besorgt, dass dieser Auftrag die Steuerzahler nicht überzeugen würde. Bob Gordon, ein Bereichsleiter des Unternehmens, äußerte im August 2002 in einer E-Mail die Befürchtung, dass das Unternehmen ein »PR-Risiko« eingehen würde, weil die Behauptung, das Leasing der Maschinen sei einem Kauf vorzuziehen, »in den Zeitungen wenig einleuchtend erscheinen wird«. Und er erklärte, weder Boeing noch eine Investmentbank, die mit den Einzelheiten des Deals vertraut wäre, »würde die Hand auf die Bibel legen und schwören, dass er wirtschaftlich sinnvoll ist«.³⁶ Erschwerend hinzu kam, dass das Institute for Defense Analyses (IDA), eine unabhängige Forschungseinrichtung, dem Pentagon nach einer sorgfältigen Studie mitgeteilt hatte, dass die Luftwaffe für jedes einzelne Flugzeug mindestens 21 Millionen Dollar zu viel ausgeben würde, was gegen die Haushaltsregeln der Bundesregierung verstoße. Jim Albaugh, der bei Boeing den Bereich Verteidigungssysteme leitete, erklärte intern: »Es besteht weiterhin die Sorge, dass wir der Regierung kein faires Geschäft anbieten. Die IDA-Studie und die Haushaltsbehörde des Weißen Hauses schüren diese Bedenken.« Ein anderer Spitzenmanager schrieb, Roche habe Boeing aufgefordert, Druck auf andere Entscheidungsträger im Pentagon auszuüben, damit diese die Ergebnisse der Studie als haltlos bezeichnen. Aber das IDA ließ sich in dieser Angelegenheit nicht beirren.³⁷

Boeing nahm auch Kontakt zu wichtigen Zulieferern auf und drängte sie, »sich an der Debatte zu beteiligen« und Card und andere Regierungsvertreter anzurufen. Boeings politische Verbündete, Hastert und Dicks, wandten sich Ende September 2002 direkt an den Präsidenten. Laut einer Boeing-E-Mail gab Bush daraufhin Card die Anweisung, sich »an vorderster Front« für diesen Rüstungsauftrag einzusetzen. Einen Monat später zitierte Card Roche und andere ins Weiße Haus und forderte sie auf, genaue Angaben dazu zu machen, wie viele Arbeitsplätze dank des Leasingauftrags entstehen würden. Dies war eine wichtige Frage für eine Regierung, unter der 2,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen waren, und es ist seit jeher ein typisches Argument des militärisch-industriellen Komplexes, der jedes Rüstungsvorhaben, und sei es noch so ineffizient und unnötig, mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

rechtfertigt. Am Tag darauf teilte Boeing-Manager Druyun in einer E-Mail mit, dass die Leasingvereinbarung zwischen 25000 und 30000 Arbeitsplätze sichern werde, darunter teilweise bestehende und teilweise neue.³⁸ Am folgenden Tag hübschte Roche diese Zahlen in einem Brief an Card noch einmal auf. Unter Berufung auf Boeing behauptete er, der Auftrag werde allein 39000 neue Arbeitsplätze schaffen, darunter mehr als 11000 bei Boeing und 28000 bei den Zulieferern. Card hielt Sitzungen über das Geschäft ab, traf sich mit Vertretern von Boeing und ließ sich von Norman Dicks und Boeing-Lobbyisten beraten.³⁹

Doch die Haushaltsbehörde des Weißen Hauses lehnte den Auftrag weiterhin ab. Nun erklärte sich Boeing bereit, den Preis des Tankflugzeugs zu senken und dem vom IDA errechneten Wert anzunähern. Doch diese Preissenkung wurde mit weiteren Einschränkungen der Leistungsmerkmale des Flugzeugs erkaufte. Zu dem Entgegenkommen wurde das Unternehmen seinen E-Mails zufolge nicht zuletzt durch das bevorstehende Ausscheiden des wichtigsten Waffenkäufers im Pentagon bewegt: Edward C. Aldridge Jr. Der scheidende Unterstaatssekretär für das Beschaffungswesen im Verteidigungsministerium war ein Befürworter des Rüstungsauftrags. Sein Nachfolger hatte Boeing bereits zu einem großzügigen Preisnachlass gedrängt. Am 23. Mai, seinem letzten Arbeitstag im Pentagon, gab Aldridge eine Einigung mit Boeing über die meisten Vertragsdetails bekannt und sprach von einem Weg, die Tankflugzeuge »sehr viel schneller zu bekommen«, als wenn man sie gekauft hätte – obwohl man es nicht eilig hatte, die alten Maschinen außer Dienst zu stellen, und obwohl es nicht den geringsten Hinweis darauf gab, dass die neuen Flugzeuge dank des Leasingvertrags früher bereitstehen würden als bei einem Kauf.

Die von Aldridge geschlossene Vereinbarung beinhaltete einen Wartungsvertrag über 5 Milliarden Dollar für die neuen Tankflugzeuge und gestand Boeing eine Gewinnspanne von 15 Prozent zu, mehr als doppelt soviel, wie das Unternehmen beim Verkauf von Verkehrsmaschinen verdiente.⁴⁰ Aldridge hatte früher an der Spitze des Rüstungskonzerns McDonnell Douglas gestanden, das später von Boeing übernommen worden war. Nach seinem Ausscheiden aus dem Verteidigungsministerium kam er bei Lockheed Martin unter.⁴¹ Insgesamt bekleidete Aldridge in seiner sechsundvierzigjährigen Laufbahn zwölf hochrangige Posten: sechs bei Rüstungsfirmen, fünf im Pentagon und eine in der Haushaltsbehörde des Weißen Hauses. In seiner neuen

Funktion bei Lockheed Martin wurde er von Donald Rumsfeld in eine Expertenkommission berufen, die das Verteidigungsministerium bei Waffenkäufen berät.⁴² Obwohl Aldridge unablässig zwischen beiden Seiten des Rüstungsgeschäfts hin-und herpendelte, wurde er nie eines Fehlverhaltens beschuldigt.

Günstlingswirtschaft und Geldgeschenke waren die bevorzugten Mittel von Boeing im Kampf um Rüstungsaufträge. Während Darleen Druyun einen Auftrag im Wert von 4 Milliarden Dollar zur Nachrüstung der C-130 Hercules prüfte, rief sie Boeings Finanzchef Mike Sears an und bat ihn, dem Verlobten ihrer Tochter einen Arbeitsplatz zu beschaffen. Der junge Mann namens Michael McKee erhielt unverzüglich einen Posten bei Boeing. Drei Monate später, der Hercules-Auftrag war immer noch auf dem Tisch, meldete sich Druyun erneut bei Sears. Diesmal suchte sie einen Arbeitsplatz für ihre Tochter Heather. Auch diesen Wunsch erfüllte Boeing, ohne eine Frage zu stellen. Absurderweise verboten die Bestimmungen des Pentagon ein solches Verhalten nicht. Dies ist ein schönes Beispiel dafür, dass es im militärisch-industriellen Komplex beträchtlichen Spielraum für unverhohlene Korruption gibt.⁴³

In der heißen Phase der Verhandlungen über den Auftrag für die Tankflugzeuge schickte Tochter Druyun eine E-Mail an Sears, um ihm mitzuteilen, dass ihre Mutter vorhabe, aus der Air Force auszuschneiden, und auf der Suche nach einem »wirklich verantwortungsvollen Job« sei. Darleen Druyun, fuhr die Tochter fort, sei »sehr an einem Gespräch mit Boeing interessiert, aber«, so Sears, »wir müssten ihr etwas anbieten, das sie vom Sockel haut«.⁴⁴ Sears führte mit Druyun Gespräche über mögliche Betätigungsfelder bei Boeing, während diese noch im Pentagon für die Vergabe eines Rüstungsauftrags an Boeing zuständig war. Im Oktober 2002 trafen sich die beiden heimlich am Flughafen von Orlando, um über Druyuns Gehalt, ihre Bonusansprüche und den Termin für ihren Einstieg bei Boeing zu sprechen. Und natürlich sprachen die beiden über den Auftrag für die F-22. Im November 2002 nahm Druyun einen Posten als stellvertretende Geschäftsleiterin der Abteilung für Raketenabwehrsysteme bei Boeing an;⁴⁵ ihr Jahreseinkommen sollte 250000 Dollar betragen, und zum Einstieg gewährte man ihr einen Bonus von 50000 Dollar.⁴⁶

Nach Darstellung von Paul McNulty, der Druyun vor Gericht brachte, war es

nicht ungesetzlich, dass sie Familienmitgliedern Posten zuschanzte. Aber indem sie sich selbst einen Job beschaffte, verstieß sie gegen die gesetzliche Bestimmung zur Offenlegung von Interessenkonflikten.⁴⁷ Marvin Sambur, Druyuns Vorgesetzter, hatte entsprechende Leitlinien in seiner Abteilung korrekt ausgegeben, an die sich Druyun nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst bei der Arbeitsplatzsuche hätte halten müssen. Die beiden hatten per Handschlag vereinbart, dass Druyun einen Managementposten bei Lockheed Martin annehmen konnte. Aber kurz nachdem sie das Verteidigungsministerium verlassen hatte, verzichtete sie auf den Job bei Lockheed (sofern sie ihn je wirklich ins Auge gefasst hatte), um zu Boeing zu gehen.⁴⁸

Doch ihre Karriere bei Boeing endete rasch. Im November 2003 wurde sie nach einer internen Untersuchung gefeuert.⁴⁹ Anfangs versuchte sie, ihre Spuren zu verwischen, aber als sie erkannte, dass sie in Ungnade gefallen war und mit einer fünfjährigen Gefängnisstrafe rechnen musste, beschloss sie, den Ermittlern lieber alles zu erzählen, was sie über die Machenschaften des Unternehmens wusste, und einen Geständnishandel mit der Staatsanwaltschaft zu vereinbaren.⁵⁰ Nach ihrer Verhaftung räumte Druyun ein, noch während ihrer Tätigkeit für die Regierung mit Boeing über einen Posten gesprochen zu haben, aber sie bestritt, das Unternehmen deshalb bevorzugt zu haben. Später gestand sie, das Unternehmen begünstigt zu haben und ihren persönlichen Tageskalender manipuliert zu haben, um den Interessenkonflikt zu vertuschen.⁵¹ Gemäß dem Geständnishandel wurde sie im Oktober 2004 zu einer Haftstrafe von neun Monaten verurteilt, weil sie Boeing eine unzulässige Vorzugsbehandlung gewährt hatte.⁵² Ihre Haftstrafe verbüßte sie von Januar bis Oktober 2005 in Marianna in Florida.⁵³ Sie musste zudem eine Geldbuße von 5000 Dollar zahlen und nach ihrer Haftentlassung auf Bewährung hundertfünfzig Stunden gemeinnütziger Arbeit leisten.⁵⁴

In ihrem Geständnis hatte sie außerdem zu Protokoll gegeben, dass sie Boeing neben dem Auftrag für die Tankflugzeuge im Jahr 2002 auch 100 Millionen Dollar im Rahmen eines NATO-Auftrags zugeschanzt hatte. Sie gab zu, dass die Zahlung geringer hätte ausfallen können, dass sie das Unternehmen jedoch bevorzugt hatte, weil ihre Tochter und ihr Schwiegersohn dort beschäftigt waren und sie ebenfalls eine Tätigkeit für den Konzern in Erwägung gezogen hatte. Außerdem war sie für die Vergabe eines Auftrags zur Modernisierung der

Bordelektronik der C-130J im Wert von 4 Milliarden Dollar an Boeing im Jahr 2001 verantwortlich gewesen. In diesem Fall hatte sie Boeing vier weiteren Anbietern vorgezogen, weil das Unternehmen kurz zuvor ihren Schwiegersohn eingestellt hatte. Und im Jahr 2000 hatte sie eingewilligt, dem Unternehmen zur Beilegung eines Vertragsstreits bei einem Auftrag für C-17-Maschinen 412 Milliarden Dollar zu zahlen – als Grund gab sie an, zu jener Zeit sei ihr Schwiegersohn auf Arbeitssuche gewesen.⁵⁵ Druyun wurde auch schuldig gesprochen, die Vergabe weiterer Beschaffungsaufträge des Verteidigungsministeriums manipuliert zu haben, um Boeing einen Vorteil gegenüber anderen Bietern zu verschaffen.

Trotz ihrer Schmach und obwohl ihr korruptes Verhalten den Staat Milliarden gekostet hat, ist davon auszugehen, dass Druyun weiterhin eine Beamtenpension bezieht.⁵⁶ Mike Sears von Boeing, der mit Druyun vereinbart hatte, die Unwahrheit über ihre Verhandlungen zu sagen, wurde im November 2003 gefeuert und zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt.⁵⁷

Eine wichtige Frage aber blieb ungeklärt: Wie viele andere Mitarbeiter von Boeing wussten von der Beziehung des Unternehmens zu Druyun? Über das Treffen am Flughafen von Orlando informierte Sears die Unternehmensführung in einer E-Mail an das »Büro des Vorstands«. Darin stand: »Hatte gestern ein ›Nicht-Treffen‹ ... Positive Reaktion auf Posten, Standort, Gehalt. Empfehle Erstellung eines förmlichen Angebots.«⁵⁸ Das deutet darauf hin, dass hochrangige Manager wussten, was vorging. Was auch immer er wusste oder nicht wusste: Dieses belastende Indiz kostete Boeing-Chef Philip Condit seinen Job. Er trat im Dezember 2003 zurück.

Auch Luftwaffenamtsleiter James Roche hatte in dieser Affäre während jeder Phase die Finger im Spiel. Doch am Ende wurde er lediglich wegen zwei Regelverstößen vorgeladen. Möglicherweise wollte er tatsächlich die drängenden Budgetprobleme der Air Force lindern, indem er die hinausgeschobenen Kosten des Leasings den unmittelbaren Kosten eines Kaufs vorzog. Aber er beschränkte sich nicht darauf, Boeing unter der Hand dabei zu helfen, die Öffentlichkeit, den Kongress, das Verteidigungsministerium und den Präsidenten von dem Rüstungsgeschäft zu überzeugen. So tauschten Roche und die beigeordnete Leiterin der Haushaltsbehörde des Weißen Hauses, Robin Cleveland, zum Beispiel im Jahr 2003 vielsagende E-Mails aus. Am 9. Mai jenes

Jahres schickte Cleveland, die für die Zuteilung von Haushaltsmitteln an Programme im Bereich der inneren Sicherheit zuständig war, Roche einen Lebenslauf ihres Bruders und schloss eine kleine Bitte an: »Ich wäre Ihnen sehr dankbar für jede Hilfe bei NG« – das heißt bei Northrop Grumman, jenem Rüstungsunternehmen, in dem Roche früher einmal eine Spitzenposition bekleidet hatte. Mit dieser Bitte trat Cleveland genau zu der Zeit an Roche heran, als das Weiße Haus über die Boeing-Tankflugzeuge entscheiden musste, die von anderen hochrangigen Vertretern der Haushaltsbehörde als Geldverschwendung eingestuft worden waren. Roche leitete die E-Mail an einen hochrangigen Justiziar von Northrop weiter und empfahl ihm ausdrücklich den Bruder der Staatsbediensteten. Roche schrieb daraufhin an Cleveland: »Alles klar. Sie können sich entspannen. Und jetzt her mit den Tankern. (Hoppala, habe ich das wirklich geschrieben?)« Northrop stellte Clevelands Bruder dann doch nicht ein. Roche beteuerte im Nachhinein, bei seinem Schreiben an den Northrop-Mitarbeiter habe es sich um eine persönliche Mitteilung an einen Freund gehandelt; doch dieses »Empfehlungsschreiben« war offiziell von der Luftwaffe geschickt worden. Roche wurde wegen des Vorwurfs vorgeladen, er habe sein öffentliches Amt missbraucht, um jemandem einen persönlichen Vorteil zu verschaffen, und gegen die internen Regeln des Pentagon für die persönliche Nutzung der EDV-Systeme verstoßen.⁵⁹

Roche trat im Januar 2005 zurück, kurz bevor ein Bericht über den Tankflugzeugskandal zu dem Schluss gelangte, er habe gegen die Ethikregeln verstoßen.⁶⁰ Im Jahr 2003 war er für den Posten des Heeresamtsleiters nominiert worden. John McCain kritisierte seine Nominierung: »Staatssekretär Roche hat trotz aller Gutachten, die zu anderen Ergebnissen geführt hatten, unermüdlich die Mängel und Probleme der vorhandenen Tankflugzeuge übertrieben, um den Leasingvertrag durchzusetzen. Wenn dies die Reformen im Beschaffungswesen und die Veränderungen im Verteidigungssektor sind, die wir von einem Heeresamtsleiter Roche erwarten dürfen, dann möge Gott dem Heer und dem amerikanischen Steuerzahler beistehen.«⁶¹ Roche wurde nicht in dem neuen Amt bestätigt.⁶²

Unmittelbar nach seinem Rücktritt trat Roche in den Vorstand der Orbital Sciences Corporation ein, ein Unternehmen, das Satelliten und Raketen entwickelt.⁶³ Im September 2008 wurde er in das Leitungsgremium von

Compudyne berufen, das sich selbst als »Branchenführer im Bereich fortschrittlicher Sicherheitsprodukte und -technologie für öffentliche Sicherheitseinrichtungen« bezeichnet.⁶⁴

Die Air Force hielt lange Zeit an der Behauptung fest, Druyun sei im Boeing-Skandal eine Einzeltäterin gewesen, aber die Untersuchungen ergaben, dass es weitere Beteiligte im Pentagon gab, darunter Roche, sowie eine ganze Reihe von politischen Beauftragten, Regierungsvertretern und Kongressmitgliedern, die sich wider besseres Wissen für das Leasing der Tankflugzeuge stark gemacht hatten. Unter diesen Personen war auch der Leiter der Beschaffungsabteilung der Luftwaffe, Druyuns Vorgesetzter Sambur, der vor seinem Amtsantritt im Jahr 2001 die 1,5 Milliarden Dollar schwere militärische Sparte des Telekommunikationsgiganten ITT geleitet hatte. Angesichts der Kritik an seiner Rolle im Boeing-Debakel trat er im Januar 2005 zurück.⁶⁵

Boeing schloss im Mai 2006 einen Vergleich und zahlte 615 Milliarden Dollar für sein Fehlverhalten im Skandal um die Tankflugzeuge und dafür, dass es widerrechtlich Tausende Seiten vertraulicher Dokumente seines Konkurrenten Lockheed Martin in seinen Besitz gebracht und benutzt hatte, um Ausschreibungen zu gewinnen.⁶⁶ Eine Woche nach Bekanntgabe des Vergleichs gelangte eine unzensurierte Version eines Berichts des Generalinspektors des Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2005 an die Öffentlichkeit. Wie sich herausstellte, war der ursprüngliche Bericht »gesäubert« worden, um wesentliche Informationen zu verheimlichen. Der Generalinspekteur Joseph Schmitz hatte seinen Bericht vor der Veröffentlichung dem Weißen Haus vorgelegt, doch dort hatte man alle nachteiligen Informationen herausgestrichen.⁶⁷ In der Version, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, waren E-Mails von Boeing und zahlreiche Bezugnahmen auf das Unternehmen umgeschrieben worden. Auf Anfrage gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz war zu erfahren, dass nicht nur das Weiße Haus, sondern auch Boeing und verschiedene Regierungsbehörden vor der Freigabe Zugang zu dem unredigierten Bericht erhalten hatten. Namentliche Nennungen von Kongressmitgliedern und ihren Mitarbeitern waren ebenfalls redigiert und durch unbestimmte Hinweise ersetzt worden. Einige der Streichungen bezogen sich auf eine Vereinbarung zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress, die dazu diente, der Öffentlichkeit bestimmte Informationen vorzuenthalten, und

wurden mit dem folgenden Hinweis gerechtfertigt: »Der Bericht enthält nicht den vollständigen Text dieser E-Mail im Wortlaut, da die Rechtsberater des Weißen Hauses ihre Absicht bekundet haben, sich auf eine Vereinbarung zwischen dem Kongress und dem Weißen Haus über die E-Mails in Zusammenhang mit den Tankflugzeugen zu berufen. Die Aufnahme dieser E-Mails im Wortlaut in den unabhängigen Bericht des Generalinspektors hätte der Vereinbarung widersprochen.«⁶⁸

Der Bericht von Schmitz enthielt keinerlei Stellungnahme von Donald Rumsfeld oder Paul Wolfowitz, da diese nach Ansicht des Generalinspektors nichts »Relevantes« gesagt hatten. Die *Washington Post* kommentierte dies in einem Leitartikel so: »Wenn dem so ist, können die Befrager nicht die richtigen Fragen gestellt haben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Roche berichtete, Rumsfeld habe ihn im Juli 2003 angerufen, um mit ihm über seine bevorstehende Nominierung zum Leiter des Heeresamts zu sprechen, und klargestellt, dass er nicht wünsche, dass Roche in der Frage des Tankflugzeug-Leasing nachgebe.«⁶⁹ Aus einer Niederschrift der Befragung Rumsfelds durch das Büro des Generalinspektors ging hervor, dass der Minister auf die Frage, ob er den Rüstungsauftrag trotz zahlreicher Verstöße gegen die Vorschriften des Vergabeverfahrens genehmigt habe, geantwortet hatte: »Ich kann mich nicht erinnern, ihn genehmigt zu haben. Ich mich kann allerdings auch nicht erinnern, ihn nicht genehmigt zu haben. Also, bitte.« Rumsfeld war auch gefragt worden, was er davon halte, dass Präsident Bush im Jahr 2002 Andy Card aufgefordert hatte, sich in die Gespräche des Pentagon mit Boeing einzuschalten. Rumsfelds Antwort: »Man hat mir gesagt, dass die Gespräche mit dem Präsidenten und mit seinen unmittelbaren Mitarbeitern vertraulich sind.« Ein Großteil der übrigen Niederschrift war geschwärzt worden, und keine einzige Passage daraus war in den öffentlichen Bericht aufgenommen worden.⁷⁰ Das Untersuchungsteam von Schmitz hatte es auch unterlassen, irgendjemanden außerhalb des Verteidigungsministeriums zu befragen, obwohl mehrere Parlamentarier, Regierungsvertreter und sogar der Präsident in den Skandal verwickelt waren.⁷¹

Senator Chuck Grassley kritisierte in einem Schreiben an Schmitz dessen Entscheidung, »einen Bericht des Generalinspektors den Rechtsberatern des Weißen Hauses zur Prüfung vorzulegen«. Grassley war der Ansicht, dass die von Schmitz angesprochene Rechtsbefugnis »nicht anwendbar und ungültig« sei,

dass die Vereinbarung zwischen Weißem Haus und Kongress »keine wie auch immer geartete Rechtsgültigkeit« habe und dass Schmitz »nicht an das Protokoll gebunden« sei. Darüber hinaus erklärte Grassley, durch die redaktionellen Eingriffe habe das Weiße Haus »potentielle Verdächtige davor geschützt, zur Rechenschaft gezogen zu werden«. ⁷²

John McCain nahm Schmitz in einer Senatsanhörung zu dem Skandal in die Mangel. Zur Rolle von Edward Aldridge, dem Verantwortlichen für Waffenkäufe im Pentagon, der das Geschäft kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt bewilligt und die erforderlichen Genehmigungen nicht eingeholt, jedoch behauptet hatte, sie seien erteilt worden, erklärte McCain: »Mr Aldridge hat schlicht und einfach gelogen.« Schmitz erwiderte: »Wir wissen, dass er und andere in der Air Force und dem Büro des Verteidigungsministers versuchten, die Aussagen zur Verwendung der Mittel so zu formulieren, als wären zahlreiche Rechtsvorschriften nicht anwendbar.« McCain war verblüfft: »Denken Sie nicht, dass es wichtig gewesen wäre, ihn zu befragen?« Die Antwort von Schmitz: »Meine Mitarbeiter konnten ihn nicht erreichen.« Diese Aussage quittierte McCain mit der spöttischen Bemerkung: »Sie konnten ihn bei Lockheed Martin nicht erreichen? Ich denke, das kann nicht so schwer sein.« An dieser Stelle meldete sich Senator John Warner zu Wort: »Er sitzt im Vorstand eines großen Rüstungskonzerns. Ich würde meinen, dass man ihn aufreiben kann.« ⁷³ Es war sogar noch leichter, als Warner vermutete, denn Schmitz' Bruder, der ehemalige stellvertretende Rechtsberater von George H. W. Bush, war zu der Zeit, als das Boeing-Geschäft geschlossen und untersucht wurde, als eingetragener Lobbyist für Lockheed Martin tätig. ⁷⁴

Im Jahr 2005 legte Joseph Schmitz sein Amt als Generalinspekteur des Verteidigungsministeriums zurück. Zu diesem Zeitpunkt musste er sich gegen Vorwürfe verteidigen, er habe nicht nur in der Untersuchung des Boeing-Falls, sondern auch in anderen politisch heiklen Untersuchungen eine unzulässige politische Einflussnahme des Weißen Hauses zugelassen. Einige Jahre früher hatte Schmitz Dokumente ignoriert, die bewiesen, dass sich Kellogg Brown & Root (KBR) des Menschenhandels schuldig gemacht hatte, Ausweise von ausländischen Arbeitern beschlagnahmt und sie bedroht hatte, ihnen Nahrung und Wasser vorzuenthalten, um sie zu zwingen, in den Irak zu gehen. ⁷⁵ Kurz nach seinem Rücktritt nahm Schmitz einen Posten bei Blackwater (heute Xe

Services) an, einer der größten privaten Sicherheits- und Militärfirmen, die vor allem durch ihr Engagement im Irak in die Schlagzeilen geriet.⁷⁶

Der Auftrag für die Tankflugzeuge wurde im Jahr 2007 neu ausgeschrieben und ein Jahr später einem Konsortium von Northrop Grumman und EADS zugesprochen, das Tankflugzeuge auf der Basis des Airbus 330 bauen wollte. Boeing erhob Einspruch gegen die Entscheidung und erklärte, in dem Wettbewerb sei das größere Flugzeug von Airbus ungerechterweise bevorzugt worden, die Bewertungskriterien seien manipuliert worden und die Prioritäten für die Festlegung der wichtigsten Systemanforderungen seien unklar gewesen.⁷⁷ Die Rechnungsprüfungskammer des Kongresses gab Boeing recht und empfahl eine Neuausschreibung des Wettbewerbs.⁷⁸ Im Juli 2008 wurde ein »beschleunigtes Vergabeverfahren« eingeleitet, im September jedoch erneut abgebrochen, weil unklar war, ob das Verfahren bis zum Jahresende abgeschlossen werden konnte. Der Auftrag wurde bis nach der Kongresswahl auf Eis gelegt.⁷⁹

Im September 2009 wurde das Ausschreibungsverfahren erneut eröffnet. Diesmal wurde ein Auftrag über die Lieferung von 179 Flugzeugen im Wert von 35 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von vierzig Jahren ausgeschrieben. Und nun zog sich Northrop unter Protest zurück, da das Unternehmen der Meinung war, die Bedingungen der Ausschreibung seien auf Boeing zugeschnitten.⁸⁰ EADS entschloss sich trotz Northrops Ausstieg, ein Angebot vorzulegen.⁸¹ Die beiden Bieter beschuldigten einander, von illegalen staatlichen Subventionen zu profitieren. Die Welthandelsorganisation WTO entschied zunächst, dass Airbus unzulässige Finanzhilfen erhalten habe, um anschließend eine Zwischenbewertung vorzulegen, in der es hieß, Boeing habe ebenfalls illegale Subventionen erhalten, wenn auch in geringerem Umfang als Airbus.⁸²

Diese ganze Farce zeigt, welche Interessenkonflikte im militärisch-industriellen Komplex toben, in dem die Übergänge zwischen Regierung und Rüstungssektor fließend sind. Und sie zeigt, dass die Beteiligten selbst in den seltenen Fällen, in denen sie zur Rechenschaft gezogen werden, weitgehend ungeschoren davonkommen, weshalb die Korruptionsbekämpfung kaum abschreckende Wirkung hat.

Im Jahr 2009, als der Auftrag für die Tankflugzeuge zum dritten Mal ausgeschrieben wurde, traf ich auf der Pariser Luftfahrtmesse den für die Ausschreibungen zuständigen Boeing-Mitarbeiter. Ich sagte ihm, dass die

Ausschreibungen zuständige Boeing Mitarbeiter. Ich sagte ihm, dass die Bestechungen bei der ersten Ausschreibung seinem Unternehmen zweifellos mehr geschadet als genützt haben. Der hoch aufgeschossene ehemalige Offizier lief rot an und schien mir mit den Fäusten antworten zu wollen, als sich ein entschlossener PR-Mann des Unternehmens zwischen uns stellte.

Im Juni 2005 wurde bekannt, dass der Kongressabgeordnete Randy »Duke« Cunningham aus Kalifornien, ein Vietnamveteran und Mitglied jenes Ausschusses des Repräsentantenhauses, der für die Zuteilung von Haushaltsmitteln für die Verteidigung zuständig ist, mehr als 1 Million Dollar von Rüstungsunternehmen erhalten und ihnen im Gegenzug zu einer Vorzugsbehandlung durch das Pentagon verholfen hatte. Cunningham legte sein Mandat nieder und wurde wegen Bestechlichkeit und Betrug zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilt. Die Medien schlachteten Berichte über feuchtfröhliche Champagnerpartys auf Luxusjachten mit weiblichen Gästen und Prostituierten aus. Dies ist nicht die einzige, aber zweifellos eine der turbulentesten Geschichten über korrupte Politiker, die sich vom Geld der Rüstungsindustrie verführen ließen.

Cunningham war am 10. Mai 1972 zu Berühmtheit gelangt. An diesem Tag schoss der Kampfpilot über Vietnam drei feindliche MiGs ab, nachdem er zuvor schon zwei Abschüsse geschafft hatte. Das machte ihn zum ersten Fliegerass seit dem Koreakrieg.⁸³ In einem allseits verhassten Krieg erregte dieses Ereignis Aufsehen und gab Cunninghams Leben eine andere Richtung. Der Spitzname »Duke« passte gut zu diesem stets um Aufmerksamkeit bemühten, selbstverliebten Mann. »Meiner Meinung nach hörte Randy am 10. Mai 1972 auf, sich als Mensch weiterzuentwickeln«, erklärte Jackensch, ein Pilot, der mit Cunningham Einsätze geflogen war und nach einem Abschuss sieben Monate in Kriegsgefangenschaft verbracht hatte. »Er blieb in der Zeit stehen ... Ich sage immer, es war ein Teil meines Lebens, es war nicht mein Leben. Für Andy wurde es sein Leben. Und man konnte sehen, dass es auch das Ende seines Lebens war.«⁸⁴

Cunningham verwandelte seinen Kampfeinsatz in einen Mythos, der sein Wesen prägte. Er schrieb eine Autobiographie, in der er die Rolle seiner Gegner derart ausschmückte, dass sich sein Ghostwriter nach weiteren Recherchen gezwungen sah, die historischen Angaben zu berichtigen.⁸⁵ Als Fliegerass war

Cunningham ein Liebling der Presse in Saigon. Unmittelbar nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten brach er zu einer zweiwöchigen Vortragstour auf, die am Ende fünf Monate dauerte und sich in eine Medienkampagne mit Auftritten in drei Städten pro Tag verwandelte.⁸⁶ Cunningham liebte es, im Rampenlicht zu stehen. Er besorgte sich für seinen Sportwagen ein persönliches Kennzeichen, auf dem »MIG ACE« stand, und lud einen Fotoreporter ein, ihn bei der Montage zu fotografieren. Das Bild erschien in fünfzig Zeitungen.⁸⁷

Er wurde auf den Stützpunkt Miramar versetzt, wo die Marine ihre Kampfpiloten ausbildete, und stieg zum Kommandanten der Kampffliegerschwadron 126 auf. (Miramar wurde durch den Film *Top Gun* berühmt.) Cunningham war zwar ein talentierter Pilot, aber ein schlechter Kommandant. Er glaubte, höchste Ansprüche stellen zu können, und hielt sich für unangreifbar.⁸⁸

Diese Einstellung war schon früh sichtbar geworden, genauso wie Cunninghams Gier. Nach seinem dritten Luftkampfsieg sollte ihm das Navy Cross verliehen werden, die höchste Auszeichnung der amerikanischen Kriegsmarine. Doch kurz vor der Zeremonie teilte Cunningham dem Kommandanten des Stützpunkts mit, dass er und sein Kopilot das Ehrenkreuz ablehnten und lieber auf eine höhere Auszeichnung warteten, nämlich die Medal of Honour. Sein Vorgesetzter entgegnete: »Die Medal of Honour bekommt man nicht, indem man darauf wartet, sondern indem man dafür stirbt. Sie werden die Medal of Honour nicht bekommen. Ich sage Ihnen, was wir jetzt machen: Als Erstes werdet ihr beiden euch die Haare schneiden lassen. Dann werdet ihr eure Kampfanzüge reinigen lassen und eure Schuhe auf Hochglanz polieren. Und morgen früh um zehn Uhr wird eine dankbare Nation zwei ihrer hochfliegenden Helden mit Lob überhäufen und ihnen das Navy Cross zugestehen. Und ihr beiden werdet die Auszeichnung dankbar und ergriffen akzeptieren. Haben wir uns verstanden? Und jetzt raus aus meinem Büro.«⁸⁹ Cunningham hatte noch etwas zu sagen: »Eigentlich hatte ich mit dem Geld gerechnet«. Gemeint war eine monatliche Rente von 100 Dollar samt einer kleinen Steuervergünstigung, die den Trägern der Medal of Honour zustand.

Der »Duke« behauptete oft, der Film *Top Gun* beruhe auf seiner Geschichte. Diesen Anspruch erhob er sogar auf seiner Website im Kongress. Der Autor des

Drehbuchs, Jack Epps, bezeichnet Cunninghams Behauptung als lächerlich: »Das ist ein Mythos. Ich habe nie ein Wort mit Randy Cunningham gesprochen, nicht ein einziges. Und mit seiner Geschichte habe ich mich keinen Augenblick beschäftigt.« Das hinderte Cunningham nicht daran, im Jahr 1988 eine Firma namens Top Gun Enterprises zu gründen, die vom Erfolg des Films profitieren sollte, um sein Buch und seine Auftritte zu vermarkten.⁹⁰

Cunningham war derart bekannt – was er nicht zuletzt seiner Tätigkeit als Kommentator für CNN verdankte –, dass er ein Rednerhonorar von 10000 Dollar verlangen konnte.⁹¹ Er kam in Kontakt mit Prominenten, unter denen mehrere republikanische Politiker waren, und kandidierte schließlich im Jahr 1990 in San Diego für einen Sitz im Kongress. Er legte sich die amerikanische Flagge um die Schultern, absolvierte Wahlkampfauftritte in seiner alten Fliegerjacke und bezeichnete seinen Widersacher Jim Bates als »eine MiG, die abgeschossen werden muss«. Als Bates beschuldigt wurde, Mitarbeiterinnen sexuell belästigt zu haben, verunglimpfte der »Duke« ihn als »Perversen, der so schuldig ist wie die Sünde selbst«.⁹² Im Verlauf des Wahlkampfs stellte sich heraus, dass Cunningham von 1966 (damals war er 25 Jahre alt) bis 1988 nicht als Wähler registriert gewesen war. Seine erste Frau erklärte später, er habe ihr verboten, sich ins Wählerregister eintragen zu lassen, da er befürchtet habe, dann höhere Steuern zahlen zu müssen. Dennoch setzte sich Cunningham mit einem knappen Vorsprung von 1659 Stimmen durch.⁹³

Im Kongress fiel er vor allem durch die ungute Neigung auf, bei jeder Gelegenheit in Tränen auszubrechen: Wenige Tage nach seiner Vereidigung weinte er bei einer Abstimmung zur Bewilligung des Golfkriegs zum ersten Mal. Er heulte, als Newt Gingrich das Amt des Sprechers des Repräsentantenhauses niederlegte. Er schluchzte bei der Eröffnung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Bill Clinton. Er vergoss bittere Zähren über Ronald Reagans Tod. Er erlitt einen Weinkrampf, als sein Sohn wegen Drogenhandels verurteilt wurde. Er konnte nur mit gebrochener Stimme über seine Mutter sprechen, und er wimmerte, als die Vereinigten Staaten Vietnam anerkannten. Und an die Geschehnisse am 10. Mai 1972, die er regelmäßig im Plenarsaal des Repräsentantenhauses, im Fernsehen und (gewinnbringend) bei Lobbyisten-, Wahlkampf- und Spendenveranstaltungen erwähnte, konnte er sich ebenfalls nur unter Tränen erinnern.⁹⁴

Er war auch bekannt dafür, dass er politische Dispute gern in persönliche Auseinandersetzungen verwandelte und Widersacher regelmäßig mit seinem durch sein Heldenimage gefestigten Selbstvertrauen einschüchterte. Gönnerhaft erklärte er »den Leuten, die nie in der Armee waren« – das heißt sämtlichen Demokraten und jedem, der einen republikanischen Verteidigungshaushalt ablehnte –, die Zusammenhänge. Zu Beginn seiner Laufbahn im Kongress wies er die Demokratin Beverly Byron aus Maryland, die der Freigabe von Haushaltsmitteln für den Ankauf eines Flugzeugs nicht zustimmen wollte, in die Schranken: Byron habe noch nie im Cockpit eines Kampfflugzeugs gesessen und besitze daher nicht »das erforderliche Hintergrundwissen«, um über das Flugzeug zu sprechen. Doch Byron kam aus einer Familie von Militärs und hatte selbst als Testpilotin neue Prototypen geflogen. Sie erwiderte: »Ich kann Ihnen versichern, dass ich schon oft in einem Cockpit gesessen habe. Ich habe je elf Katapult- und Senkrechtstarts in einem A-6 und einem F-14 von der USS *Kennedy* absolviert. Zufällig bin ich auch die einzige Frau, die je in einer SR-71 schneller als Mach 3,2 geflogen ist.« Der Jubel, den diese Abfuhr unter den Demokraten auslöste, ließ Cunningham, als der ungehobelte Rüpel, der er war, vollkommen ungerührt.⁹⁵

Bei einer Veranstaltung für ehemalige Krebspatienten bezeichnete Cunningham seine Erfahrung eines rektalen Eingriffs wegen eines Prostatatumors als »einfach nicht normal, es sei denn, man ist Barney Frank«. Das angesehene Kongressmitglied Barney Frank, ein bekennender Homosexueller, erwiderte später, Cunningham habe anscheinend »größeres Interesse an der Homosexualität als die meisten Homosexuellen«.⁹⁶ Am Ende der Veranstaltung zeigte Cunningham einem vierundsiebzigjährigen Mann im Publikum, der sich für Kürzungen am Verteidigungshaushalt ausgesprochen hatte, den Schmutzfinger und rief ihm »*Fuck you!*« zu.⁹⁷

Aber auf dieses verstand sich Cunningham sehr gut. Er war ein Meister darin, Spenden für republikanische Kollegen zu sammeln. Er brüstete sich, im Jahr 1996 mehr als 1 Million Dollar für sechzig Kandidaten seiner Partei beschafft zu haben. Und er wollte unbedingt in den Unterausschuss, der für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Verteidigungssektor zuständig war. Im Jahr 1997 arrangierte Newt Gingrich das für ihn, obwohl der Ausschussvorsitzende dagegen protestierte, dass Cunningham dienstälteren Kollegen vorgezogen

wurde. Im Jahr 2001 gelang es ihm obendrein, einen Platz im Geheimdienstausschuss zu ergattern. Und im Jahr darauf festigte er seine Position in der republikanischen Fraktion weiter: Eine Wahlkreisverschiebung sicherte ihm den 50. Wahlbezirk in Kalifornien, in dem die Republikaner eine solide Mehrheit hatten.⁹⁸ In den Ausschüssen saß Cunningham am richtigen Hebel, um sein Wahlvolk mit »Earmarks« – mit Geld aus zweckgebundenen Mitteln – zu versorgen. Aber über seinem Kopf brauten sich dunkle Wolken zusammen.

Mitte Mai 2005 fiel Marcus Stern, einem Redakteur der kleinen lokalen Nachrichtenagentur Copley, ein kurz zuvor veröffentlichter Bericht in die Hände über Reisen von Kongressmitgliedern, die von der Privatwirtschaft finanziert worden waren. Der Bericht hatte für einiges Aufsehen gesorgt, denn er zeigte, dass Interessengruppen, Lobbyisten und Waffenhersteller den Parlamentariern Reisen in Firmenjets und Aufenthalte in schicken Hotels und Feriendomizilen im Wert von 50 Millionen Dollar spendiert hatten. Stern interessierte sich besonders für den Politiker aus jenem Wahlbezirk, über den Copley berichtete: Randy Cunningham. Er war offenkundig einer der aktiveren Abgeordneten und hatte zwischen Januar 2000 und Juni 2005 sechs Ausflüge unternommen, die insgesamt 25572 Dollar gekostet hatten. Zwei dieser Reisen fielen dem Journalisten besonders auf, denn sie hatten Cunningham nach Saudi-Arabien geführt. Die Rechnungen hatte jedoch nicht die saudische Regierung bezahlt – wie man bei einem Besuch zur Förderung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien hätte erwarten dürfen –, vielmehr stammte das Geld aus der Tasche eines saudischen Geschäftsmanns, der in den Vereinigten Staaten lebte. Stern machte sich daran, diese Reisen zu untersuchen, aber er konnte keine Verbindungen zwischen Cunningham und den Saudis finden. Also entschloss er sich, den Lebenswandel des Politikers ein wenig genauer unter die Lupe zu nehmen, um herauszufinden, ob dieser Mann mehr Geld hatte, als er hätte haben sollen. Was Stern entdeckte, sollte einen gewaltigen politischen Skandal auslösen.⁹⁹

Der Journalist stieß auf eine nationale Immobiliendatenbank, aus der hervorging, dass sich Cunningham eine Villa in einem Nobelparadies von Santa Fe gekauft hatte. Eigentlich musste der Kongressabgeordnete von seinem Jahreseinkommen von 154700 Dollar und dem Gehalt seiner Frau als

Schulleiterin leben. Aber für das Luxusanwesen hatte er 2,55 Millionen Dollar bezahlt. Er hatte zwei Hypotheken über 500000 und 595000 Dollar aufgenommen, aber die restlichen 1455000 Dollar hatte er praktisch bar auf den Tisch gelegt. Es war anzunehmen, dass Cunningham mit dem Verkauf seines früheren Hauses Geld eingenommen hatte. Dieses Haus hatte er im Jahr 1988 für 425000 Dollar mit einer Hypothek von 315000 Dollar erworben und fünfzehn Jahre später für 1675000 Dollar verkauft. Das wäre genug gewesen, um die Eigenmittel für das neue Haus aufzubringen. Doch beim Studium der Papiere fiel Stern etwas Sonderbares auf: Das Haus war nicht an eine Privatperson, sondern an ein Unternehmen verkauft worden.

Der Käufer war eine Firma namens LCC in der New Hampshire Avenue Nr. 1523, deren Vorsitzender den Namen Mitch Wade trug. Dieser Wade war auch Chef einer Firma namens MZM Inc., und die hatten ihren Sitz ebenfalls in der New Hampshire Avenue Nr. 1523 in Washington DC. Und MZM hatte sich seit 2003 aus dem Nichts in eines der hundert größten Rüstungsunternehmen der Vereinigten Staaten verwandelt. Bis 2003 hatte die Firma keinen einzigen wichtigen Rüstungsauftrag erhalten, doch in den beiden folgenden Jahren waren MZM Aufträge im Wert von 100 Millionen Dollar zugeteilt worden.¹⁰⁰

Ein genauerer Blick auf die Immobiliendaten zeigte, dass Wade das frühere Haus des Kongressmitglieds sofort nach dem Erwerb wieder zum Verkauf angeboten hatte. Er hatte 1,68 Millionen Dollar verlangt, nur wenig mehr, als seine Firma dafür bezahlt hatte. Das Haus stand acht Monate zum Verkauf, bevor es für nur 975000 Dollar wieder den Eigentümer wechselte. LLC hatte also einen Verlust von 700000 Dollar gemacht. Es lag auf der Hand, dass die Firma Cunningham sehr viel mehr für das Haus bezahlt hatte, als es wert war. Dieser überhöhte Preis war zwar interessant, aber er war nicht illegal und bewies nicht, dass hier etwas Gesetzwidriges geschehen war. Nun galt es, Beweise für eine Gegenleistung des Kongressmitglieds zu finden, der in einflussreichen Ausschüssen für Rüstungs- und Geheimdienstfragen saß, die einem verblüffend erfolgreichen Rüstungsunternehmen Aufträge zugeteilt hatten.¹⁰¹

Stern rief Mitch Wade an, um ihn direkt auf das Immobiliengeschäft anzusprechen. Der Pressesprecher der Firma erklärte ihm, MZM habe einen Umzug nach San Diego in Erwägung gezogen und weder beim Kauf noch beim Verkauf des Hauses einen besseren Preis erzielen können. Cunningham

seinerseits behauptete, er habe das Haus so teuer wie möglich verkauft, und verwies darauf, dass der Preis von seinem Immobilienmakler festgesetzt worden sei. Er räumte jedoch ein, sich für die Vergabe von Rüstungsaufträgen an MZM ausgesprochen zu haben – allerdings habe er sich in diesem Fall nicht anders verhalten als gegenüber anderen Unternehmen, deren Angebote er befürwortet habe, weil sie mit San Diego verbunden seien, darunter Qualcomm, Titan, SAIC und TRW. Cunningham behauptete, für diese Unternehmen nicht mehr getan zu haben, als »Empfehlungsschreiben zu verfassen und zu sagen, ich unterstütze dieses Programm von General Soundso, oder Admiral Soundso unterstützt dieses Programm. Aber ich entscheide nicht darüber, was finanziert wird und was nicht. Das hängt von den militärischen Erfordernissen ab. Von der nationalen Sicherheit.« Selbstverständlich entsprach das im Fall der Zweckbindungen nicht der Wahrheit. Cunningham erzählte dem Journalisten sogar, wie es Charlie Wilson gelungen war, sein Lieblingsprojekt durchzusetzen.¹⁰²

Die Entdeckung des ungewöhnlichen Hauskaufs hatte zur Folge, dass zahlreiche Journalisten, Blogger, Amateurdetektive und Strafverfolgungsbeamte begannen, sich genauer mit Cunningham und seinen Wahlkampfspenden, mit der Bewertung seines Hauses und auch mit weiteren Parlamentariern zu beschäftigen, die von der Zusammenarbeit mit Mitch Wade profitiert hatten. Mehrere Journalisten erhielten Hinweise, die sie zu zwei Yachten führten: Das neuere der beiden Boote war auf Wades Namen registriert, trug jedoch den Namen *Duke-Stir* und wurde offensichtlich ausschließlich von Cunningham genutzt. Es sickerte durch, dass auch die Wartungskosten der Yacht, die Mitgliedschaft im Yachtclub und die Liegegebühren auf Wades Rechnung gingen. Wenige Tage, nachdem die ersten Vorwürfe bekannt geworden waren, nahm das FBI Ermittlungen gegen Cunningham auf. Und bald willigte Mitch Wade in den Deal ein, als Gegenleistung für eine Strafminderung mit den Ermittlern zu kooperieren.¹⁰³

Cunningham unternahm einen ungeschickten Versuch, die Beweise für die langjährige Bestechung verschwinden zu lassen. Er versuchte einen Antiquitätenhändler, bei dem er regelmäßig einkaufte, zu der Aussage zu bewegen, dass Wade seine Rechnungen bezahlt habe und sich später das Geld von Cunningham wiedergeholt habe. Außerdem bat der Kongressabgeordnete den Händler, einige kostspielige Gegenstände, die er ihm abgekauft hatte, in

einem Lager zu verstecken. Seinen Immobilienmakler forderte Cunningham auf, die Festsetzung des Verkaufspreises für das Haus auf seine Kappe zu nehmen und falsche Angaben zum Marktwert der Immobilie zu machen. Und der »Duke« fabrizierte einen Brief, der beweisen sollte, dass er überrascht darüber gewesen war, dass Wade das Haus nur mit Verlust hatte weiterverkaufen können. Die Ermittler sprachen von »wiederholten, zum Teil absurden Versuchen, Beweise zu fälschen und Zeugen zu beeinflussen«. In der Nacht vor seiner Verhaftung stellte Cunningham vor der Haustür der Frau, die bald seine Exfrau sein sollte, mehrere Koffer und Seesäcke ab, in denen, zwischen schmutziger Unterwäsche, 32000 Dollar in bar versteckt waren.¹⁰⁴

Die ungeschickten Vertuschungsversuche scheiterten, die Beweislast war erdrückend. Randy Cunningham wurde zu acht Jahren und vier Monaten Gefängnis und zu einer Steuernachzahlung von 1804031 Dollar auf seine illegalen Gewinne verurteilt. Diese Strafe würde er aus den Renten bezahlen müssen, die er trotz seiner Straftaten vom Kongress und von der Navy bezog.¹⁰⁵

Mitch Wade, der den Ermittlern geholfen hatte, Cunningham hinter Schloss und Riegel zu bringen, wurde zu einer Haftstrafe von dreißig Monaten und einer Geldbuße von 250000 Dollar verurteilt. Er war mit betrügerischen Rüstungsaufträgen im Umfang von 150 Millionen Dollar reich geworden; die Rechnung würden die Steuerzahler begleichen müssen.¹⁰⁶ Bevor er im Jahr 1993 MZM gründete, hatte Wade verschiedene zivile, militärische und nachrichtendienstliche Funktionen im Pentagon. Er hatte Zugang zu streng vertraulichen Dokumenten gehabt, pflegte gute Kontakte und kannte sich in der Welt des Militärs und der Geheimdienste sehr gut aus.¹⁰⁷

Im Jahr 1998 war er an einem Auftrag beteiligt, den Brent Wilkes betreute, der als Steuerexperte für Firmen wie Deloitte und Arthur Andersen gearbeitet hatte, bevor er im Jahr 1984 sein eigenes Unternehmen, World Finance Group Ltd, gründete. Der Name dieses Unternehmens, das Immobilientransaktionen durchführte und Ausrüstung und Flugzeuge vermietete, hatte eine verdächtige Ähnlichkeit mit einer Tarnorganisation der CIA, die am Fiasko in der Schweinebucht beteiligt gewesen war. Einer seiner größten Kunden war South Pacific Islands Airlines, eine Gesellschaft, die Militärpersonal aus den USA und anderen Ländern in der Pazifikregion beförderte. Wilkes war auch in El Salvador und Honduras tätig und unterhielt enge Beziehungen zur besseren Gesellschaft

von Tegucigalpa.¹⁰⁸ Außerdem betreute er regelmäßig Kongressmitglieder und Firmenvertreter bei Besuchen in Mittelamerika und organisierte verschwenderische Partys samt Prostituierten, damit sich die Besucher von den Reises Strapazen erholen konnten.¹⁰⁹

Wilkes hatte einen Jugendfreund namens Kyle Foggo, besser bekannt unter dem Namen »Dusty«, der bei der CIA Karriere gemacht hatte. Als »Money Man« des Auslandsnachrichtendienstes handelte er in Honduras und Panama Verträge aus und kümmerte sich um logistische Fragen. Es ging das Gerücht, dass Wilkes Verbindungen zur CIA unterhielt, wo er angeblich mit Foggo zusammenarbeitete, der am Kampf der Contras gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas beteiligt gewesen war.¹¹⁰

Wilkes mysteriöse Reisen nach Mittelamerika hatten im Jahr 1987 aufgehört, etwa zur Zeit des Iran-Contra-Skandals, als er auch seine Firma World Finance Group dichtgemacht hatte. Im Jahr 1992 hatte er sich als politischer Berater etabliert und verdiente viel Geld, indem er für seine Klienten Wahlkampfspenden im großen Stil unter die Politiker brachte. Einige dieser Spenden erwiesen sich als illegal. Im Auftrag einer Digitalisierungsfirma überzeugte er einen Parlamentarier, die Zweckbindung für ein Projekt an einer Gesetzesvorlage vorzunehmen, um das kalifornische Verkehrsministerium zu zwingen, seine Karten und Pläne zu digitalisieren. Er hatte Cunninghams Amtsvorgänger als Lobbyist betreut und seinen Wahlkampf für eine zweite Amtszeit im Kongress unterstützt und spendete für andere bekannte Politiker wie John Murtha, damit diese die Zweckbindung von Geldern für die militärische Nutzung der Digitalisierungstechnologie durchsetzten. Wilkes hatte noch weitere Kongressmitglieder in der Tasche, die Zweckbindungen für ihn vornahmen. Im Jahr 1995 erwarb er die Rechte am Digitalisierungssystem für Dokumente eines Konkurrenzunternehmens, stellte Softwareingenieure ein und rief ein neues Unternehmen namens ADCS ins Leben. Er begann, Cunningham zu hofieren, um seine Unterstützung bei der Vergabe von Haushaltsmitteln zu gewinnen. Er lud ihn in Luxusrestaurants ein und kaufte ihm im Jahr 1997 für 11255 Dollar ein Jetboot. Cunningham setzte sich für ADCS ein und sicherte der Firma zusätzliche Aufträge aus dem Verteidigungsministerium.¹¹¹

Cunningham nutzte die für Dezember 1999 vorgesehene Rückgabe des Panamakanals an Panama, um sich für die Digitalisierung strategisch

bedeutsamer Dokumente über die Wasserstraße einzusetzen. Da ADCS noch nicht als vorrangiger Auftragnehmer der Regierung eingestuft war, versuchte das Unternehmen über einen qualifizierten Auftragnehmer des Veteranenministeriums an den Auftrag heranzukommen. Obwohl dieses Ministerium nichts mit der Digitalisierung der Panama-Dokumente zu tun hatte, sorgte Wilkes dafür, dass ein wohlgesonnener Abgeordneter, der im Unterausschuss für die Mittelzuweisungen an die Kriegsveteranen saß, Geld für seinen Wahlkampf erhielt. Kurze Zeit später erhielten ADCS und sein Partnerunternehmen den Zuschlag für das Digitalisierungsprojekt. Nun übernahm Cunningham die Aufgabe, die Programmbeauftragten im Ministerium zu bedrängen, unbegründete und teilweise offen falsche Rechnungen für die Projekte abzuzeichnen, und bedrohte widerspenstige Beamte.¹¹² Mitch Wade war im Jahr 1997 engagiert worden, um Führungspersonal mit einer hohen Sicherheitseinstufung für das ADCS-Projekt anzuwerben. So lernte er Randy Cunningham kennen.

Nach dem Terrorangriff vom 11. September und dem Beginn des »Kriegs gegen den Terror« gab es praktisch keine Grenzen mehr für Aufträge in den Bereichen Militär und Nachrichtendienste. Mit Cunninghams Hilfe sicherte sich MZM staatliche Aufträge im Wert von 163 Milliarden Dollar, die fast alle aus einer einzigen Quelle stammten und geheim waren.¹¹³ Das Unternehmen erhielt auch den Zuschlag für einen sogenannten »Blanko-Kauf« in Höhe von 225 Millionen Dollar. Diese umstrittene Vergabemethode diente dazu, umfangreiche Staatsaufträge für alltägliche Erfordernisse zu vereinfachen, aber sie war kaum kontrollierbar und undurchschaubar und beseitigte den Wettbewerb.¹¹⁴ MZM erzielte mit diesen zweifelhaften Aufträgen riesige Gewinne. Beispielsweise ergänzte Cunningham einen Auftrag für die Spionageabwehr um die Zweckbindung von Geldern für Speichermedien, die nicht beantragt worden waren und nicht benötigt wurden. 6 Millionen Dollar wurden auf diese Weise abgezweigt. Wilkes und Wade kauften die entsprechenden Geräte für 700000 Dollar. Die Gewinnmarge betrug 850 Prozent. MZM war auch an Aufträgen im Irak beteiligt, aber die Details dieser Projekte sind geheim.¹¹⁵

MZM und Wade spendeten den Wahlkampforganisationen zahlreicher Kongressmitglieder Tausende Dollar, wobei Wade oft MZM-Mitarbeitern, die

unter Druck gesetzt wurden, damit sie individuelle Spenden leisteten, ihre Auslagen zurückerstattete – was ein Gesetzesverstoß war.¹¹⁶

Wilkes hatte Cunningham seit 1996 mit Prostituierten versorgt, ihm Reisen in Privatjets bezahlt und Limousinen zur Verfügung gestellt. Er machte dem Kriegsveteranen Geschenke im Wert von 700000 Dollar und erhielt als Gegenleistung millionenschwere Regierungsaufträge. Die Bestechungsgelder ließen Wade und Wilkes ihrem Komplizen teils direkt zukommen, teils verbargen sie sie hinter fingierten Käufen wie dem Haus, den Booten, Antiquitäten und einem Rolls-Royce.¹¹⁷

Leistungen und Gegenleistungen waren klar geregelt. Bei der Durchsuchung von Cunninghams Haus und seinen Booten fanden die Ermittler ein Dokument, das Aufschluss über seine Abmachung mit Wade gab: das »Bestechungsmenü«. Bei einem Mittagessen in einem Restaurant hatte Cunningham mit Wade über seine Preise für Regierungsaufträge gefeilscht. Für einen nicht mit der Sachlage vertrauten Betrachter ein wenig kryptisch, zeigte das auf einem offiziellen Notizbogen des Kongresses geschriebene »Menü«, dass Cunningham für die ersten 16 Millionen Dollar an Verträgen eine Jacht im Wert von 140000 Dollar und für jede weitere Million jeweils 50000 Dollar wollte. Sobald die Schwelle von 340000 Dollar Schmiergeld für Verträge mit einem Gesamtumfang von 20 Millionen Dollar erreicht war, sollte der Preis für jede weitere Million an Aufträgen auf 25000 Dollar gesenkt werden.¹¹⁸



16	BT	140
17	50	
18	50	
19	50	
20	50	
21	29	
22	AG	
23	20	
24	RA	
15		

RANDY DUKE¹¹ CUNNINGHAM
U.S. HOUSE OF REPRESENTATIVES
WASHINGTON, D.C. 20515
(202) 225-5452
(760) 737-8438
WWW.HOUSE.GOV/CUNNINGHAM

Randy Cunninghams Bestechungsmenü

Abgesehen von der einträglichen Zusammenarbeit mit Cunningham bekannte sich Mitch Wade vor Gericht schuldig, illegale Wahlkampfspenden an weitere Politiker geleistet zu haben, obwohl das angeblich ohne deren Wissen geschehen war. Und er hatte einen hochrangigen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums sowie andere Personen in diesem Ressort bestochen, damit sie bei der Zuerkennung von Aufträgen behilflich waren. Die Mitarbeiter des Pentagon wurden in den Gerichtsakten nicht erwähnt.¹¹⁹ Brent Wilkes wurde wegen Bestechung, Verschwörung, Betrugs und illegaler Abhöraktionen zu zwölf Jahren Haft verurteilt, beteuert aber weiterhin seine Unschuld. Im Januar 2009 erhielt er bis zu seinem Berufungsverfahren Haftverschonung gegen Kaution. Er ist immer noch auf freiem Fuß und gewann im Juli 2010 10000 Dollar bei einem Pokerturnier.¹²⁰

Kyle Foggo versah bis 2006 bei der CIA das Amt des Executive Director. In

dieser Funktion, der dritthöchsten in der Hierarchie, war er für sämtliche externen Aufträge des Nachrichtendienstes zuständig. Er wurde als verdeckter Logistikexperte beschrieben, der sich wenig um die internen Regeln scherte und Berichten zufolge die geheimen Nachschublinien von Europa in abgelegene Regionen Afghanistans und des Irak organisierte.¹²¹ Im Jahr 2008 bekannte sich Foggo vor Gericht schuldig, seinem Freund Wilkes CIA-Aufträge zugeschanzt zu haben, darunter einen über die Lieferungen von Flaschenwasser in den Irak und nach Afghanistan, obwohl Wilkes' Unternehmen keinerlei Erfahrung in diesem Bereich hatte. Der Auftragswert lag zwischen 2 und 3 Millionen Dollar. Foggo bezog von Wilkes Bestechungsgeld und ließ sich zu einem Urlaub in Honolulu einladen. Außerdem bot Wilkes ihm einen Spitzenposten in einem seiner Unternehmen an.¹²² Im Februar 2009 wurde Foggo zu einer Haftstrafe von drei Jahren und einem Monat verurteilt.¹²³

Und schließlich war da noch Thomas Kontogiannis, ein griechischer Inhaber einer Bauträgerfirma mit ausgezeichneten politischen Verbindungen, der ebenfalls zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er Cunningham bestochen hatte. Kontogiannis half bei der Finanzierung von zwei Häusern für den Kongressabgeordneten, obwohl er wusste, dass das Geld für die Käufe mit einiger Sicherheit aus illegalen Quellen stammte. Er kaufte Cunningham auch eine Yacht für einen unangemessen hohen Preis ab. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hatte der verdiente Kriegsveteran im Gegenzug Kontakte zu wichtigen Politikern für Kontogiannis hergestellt, darunter zu Präsident George W. Bush und zum saudischen Kronprinzen, Verteidigungsminister Prinz Sultan.¹²⁴

Am 20. Mai 2010 holte sich Mark Critz die Schlüssel zum Büro seines früheren Chefs, John Murtha, im Kapitol ab. Zwei Tage zuvor war Murtha gestorben und hatte Critz den Sitz für Johnstown vererbt. Viele Rüstungsfirmen, die von Murthas Fähigkeit profitiert hatten, Pentagon-Aufträge zu beschaffen, standen in der Schlange, um Mark Critz unter die Arme zu greifen. Und Critz versprach ihnen, er werde ebenso hart wie sein Mentor daran arbeiten, Bundesgelder in den 12. Wahlbezirk von Pennsylvania zu schleusen. In den ersten Tagen seines Wahlkampfes spendeten ihm Rüstungsfirmen und andere Unternehmen aus Pennsylvania sowie Lobbyisten 142400 Dollar. Dazu kamen 21400 Dollar von

großen Rüstungskonzernen. Auch vier frühere Lobbyisten der in Ungnade gefallenen PMA Group ließen es sich nicht nehmen, ihren Beitrag zu leisten.¹²⁵ Als Bezirksleiter von Murthas Büro in Johnstown hatte Critz eine wichtige Rolle gespielt, denn er war dafür zuständig gewesen, Murtha jene Unternehmen zu empfehlen, denen zweckgebundene Haushaltsmittel zufließen sollten.¹²⁶

Damit niemand auf den Gedanken kommt, John Murtha sei womöglich ein Einzelfall: Zwölf von sechzehn Mitgliedern des Senatsausschusses, der für die Zuteilung von Haushaltsmitteln im Verteidigungssektor zuständig ist, ahmten die Vorgehensweise des Vorsitzenden nach und führten Steuergelder gezielt Rüstungsfirmen zu, die von ehemaligen Mitarbeitern und Freunden vertreten wurden.¹²⁷ Obwohl Präsident Obama versprochen hatte, die zweckgebundenen Haushaltsmittel, oder »Earmarks«, drastisch zu senken, wurde zu dem Zeitpunkt, als Critz seinen früheren Boss beerbte, bestätigt, dass die Summe der vom Kongress zu verteilenden zweckgebundenen Gelder im Haushaltsjahr 2010 auf fast 16 Milliarden Dollar steigen würde.¹²⁸

Das »Earmark«-System war seit der Reagan-Ära erheblich ausgeweitet worden. Als Reagan im Jahr 1981 ins Weiße Haus einzog, enthielt der Bundeshaushalt für den Verkehrssektor nach Angabe der konservativen Heritage Foundation weniger als zehn »Earmarks«. Im Jahr 1988 legte Präsident Reagan sein Veto gegen die Gesetzesvorlage ein, weil sie 121 »Earmarks« enthielt. Doch bis 1991 stieg die Zahl der Projekte, für die Haushaltsmittel zweckgebunden wurden, auf 538. Im Jahr 1998 waren es bereits 1850, und im Jahr 2005 wurden nach Angabe der Verbraucherschutzorganisation Taxpayers for Common Sense für 6373 derartige Ausgabenposten 24,2 Milliarden Dollar zweckgebunden.¹²⁹ Vier Jahre später waren in der offiziellen Datenbank der Haushaltsbehörde des Weißen Hauses stolze 11124 »Earmark«-Projekte aufgelistet, für die 15,2 Milliarden Dollar zugesagt worden waren.¹³⁰ Abgesehen davon, dass zweckgebundene Zuwendungen einem Abgeordneten größere Unterstützung in seinem Wahlbezirk sichern, erhält er dafür, dass er Unternehmen in seiner Heimat Aufträge sichert, eine Gegenleistung, normalerweise in Form von Wahlkampfspenden. So kann nach außen behauptet werden, dass es keinerlei Bestechung gebe, aber in der Realität fördert die Praxis der »Earmark«-Zuteilungen die Korruption. Indirekt bestätigte auch John Murtha diesen Zusammenhang, als er gegenüber einem nicht namentlich

genannten Lobbyisten erklärte: »Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir helfen, damit ich Ihnen weiterhin helfen kann.«¹³¹

Es wurden schon viele Anläufe unternommen, diese Form der Korruption zurückzudrängen. Im März 2010 wurde die Regel vereinbart, keine zweckgebundenen Mittel mehr an Organisationen mit Gewinnzweck zu vergeben, obwohl dies weiterhin die Möglichkeit offen lässt, das Geld durch gemeinnützige Einrichtungen zu schleusen. Es wurde auch versucht, die »Earmark«-Praxis transparenter zu gestalten. Mit dem Earmark Transparency Act sollen sämtliche Lobbyisten und Interessengruppen gemeinsam mit ihren »Earmarks« auf einer öffentlich zugänglichen Website genannt werden. Das Gesetz wird gegenwärtig im Kongress diskutiert.¹³²

Die Aufmerksamkeit, die John Murtha, Charlie Wilson, Darleen Druyun, Randy Cunningham und den von ihnen ausgelösten Skandalen zuteil wurde, ist zu begrüßen. Aber wir müssen uns klar machen, was diese Vorgänge über das politische und wirtschaftliche System aussagen: Sie sind nicht die Ausnahme von der Regel, sondern Teil der üblichen Praxis im Parlament und im Rüstungssektor. Nicht erwähnt werden aus naheliegenden Gründen die ungezählten kleinen Skandale, Interessenkonflikte und Verstöße, die kein öffentliches Aufsehen erregen und nicht strafrechtlich verfolgt werden. Leute wie Cunningham, Murtha und Druyun helfen auch dem System der eher unauffälligen legalen Bestechung, die zum Tagesgeschäft des militärisch-industriellen Komplexes gehört.

Nach dem Ende der Rüstungsutopie: Grund zur Hoffnung?

Die US-amerikanischen Waffenhersteller haben das Ende der Rüstungsutopie unter George W. Bush und den Übergang zur potentiell problematischen Regierung Obama ohne größere Schwierigkeiten bewältigt.

Im Wahlkampf und zu Beginn seiner Präsidentschaft sprach Barack Obama eine klare Sprache und kündigte grundlegende Veränderungen im Verhältnis zwischen Staat und Rüstungsindustrie an. Doch die Veränderungen sind geringfügig geblieben und betreffen nur Randbereiche. Im Großen und Ganzen läuft im militärisch-industriellen Komplex alles wie gewohnt. Von Einsparungen zum Beispiel keine Spur: Der ordentliche Militärhaushalt für das Jahr 2011 – das heißt der Etat ohne die Ausgaben für die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak – deckt sich vielmehr mit dem letzten Haushalt der Regierung Bush, und zwar einschließlich der voraussichtlichen Ausgabenerhöhungen in der Zukunft. Insgesamt standen dem Verteidigungsministerium im Jahr 2011 sogar mehr als im letzten Basisbudget der Regierung Bush zur Verfügung, nämlich 513 Milliarden Dollar. Für die Militäreinsätze im Jahr 2011 wurden vorläufig 159 Milliarden Dollar veranschlagt, geringfügig mehr als im Jahr 2010 (155 Milliarden). Addiert man diesen Betrag zum ordentlichen Haushalt des Pentagon, so kommt man für 2011 auf Verteidigungsausgaben von 672 Milliarden Dollar.

Berücksichtigt man auch die in anderen Abschnitten des Bundeshaushalts untergebrachten militärischen Ausgaben (beispielsweise die Mittel für die Atomwaffen, die vom Energieministerium verwaltet werden) sowie vermischte Verteidigungsausgaben, die nicht vom Pentagon getragen werden – das waren

zuletzt etwa 17 Milliarden Dollar –, so kommt man auf einen Verteidigungshaushalt von etwa 689 Milliarden Dollar unter Präsident Obama.¹

Da überrascht es nicht, dass Verteidigungsminister Robert Gates, den Präsident Obama aus der Regierung Bush übernahm, nach der Veröffentlichung der vorläufigen Budgetzahlen gegenüber Journalisten erklärte: »In Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes würde ich sagen, dass dies ein klares Bekenntnis zur nationalen Sicherheit ist.«² Für das Jahr 2012 ist ein Verteidigungshaushalt von 703 Milliarden Dollar geplant.³

Jeder Versuch, die Verteidigungsausgaben zu senken, wird im Kongress und beim Militär, das die geballte Lobbymacht der Rüstungsunternehmen und militärischen Dienstleister auf seiner Seite hat, auf erbitterten Widerstand stoßen. Das Ausmaß der Macht und des Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes wurde in der Auseinandersetzung über die F-22 Raptor deutlich, des wichtigsten Waffensystems von Lockheed Martin. Die F-22 ist mit einem Stückpreis von 350 Millionen Dollar das teuerste Kampfflugzeug aller Zeiten. An der Herstellung sind mehr als 1000 Zulieferer in 44 Staaten beteiligt.⁴ Am 20. Januar 2009 unterzeichneten 200 Mitglieder des Repräsentantenhauses und 40 Senatoren eine Petition, die Barack Obama beim Betreten des Oval Office auf seinem Tisch vorfinden sollte. Das Schreiben begann mit den Worten: »Herr Präsident, retten Sie die F-22.« In der Petition hieß es, die F-22 sichere den Vereinigten Staaten jedes Jahr 12 Milliarden Dollar aus wirtschaftlicher Tätigkeit. Zwölf Gouverneure setzten ihre Unterschrift unter ein ähnliches Schreiben. Doch selbst wenn diese zweifelhafte Behauptung zuträfe, würde das nichts daran ändern, dass diese wirtschaftliche Tätigkeit einen hohen Preis hat, denn dafür werden 70 Milliarden Dollar in ein Kampfflugzeug gesteckt, für das in keinem denkbaren Kriegsszenario Platz wäre.⁵

Begleitet wurden die Petitionen der Parlamentarier und Gouverneure von einer massiven Werbekampagne von Lockheed Martin unter dem Slogan »Schutz für 300 Millionen, Arbeit für 95000«.⁶ Auf die Frage, wo denn genau sich die 95000 Arbeitsplätze befänden, erklärte das Unternehmen, diese Information sei vertraulich. Dazu der Autor William Hartung: »Es ist unerheblich, dass Lockheed Martin fast sein gesamtes Geld mit Staatsaufträgen verdient. Wenn es um die Frage geht, wie es unsere Steuergelder verwendet, erklärt uns das Unternehmen stets, dass uns das nichts angehe.«⁷

Schließlich musste das Unternehmen die Behauptung von den angeblichen 95000 Arbeitsplätzen zurückziehen und klarstellen, dass mehr als 70 Prozent dieser Jobs nur indirekt mit dem Bau der F-22 zu tun hätten. Wenn die korrigierten Zahlen stimmen, sind allenfalls 25000 Arbeitskräfte tatsächlich mit der Herstellung des Flugzeugs beschäftigt.⁸ Auffällig ist, dass fast alle anderen Ausgabenformen – einschließlich Steuersenkungen – mehr Arbeitsplätze schaffen als Rüstungsaufträge. Tatsächlich gehen Arbeitsplätze verloren, wenn die F-22 finanziert wird und andere öffentliche Investitionen entsprechend verringert werden.⁹

Dem Argument, dieses Kampfflugzeug sei ein wesentliches Instrument für den »Krieg gegen den Terror«, entzog Verteidigungsminister Gates im Jahr 2008 die Grundlage: »Tatsächlich führen wir zwei Kriege, einen im Irak und einen in Afghanistan, und die F-22 wurde in keinem dieser Konflikte auch nur ein einziges Mal eingesetzt.«¹⁰ Das Flugzeug war überhaupt noch nie im Kampfeinsatz.¹¹ Williamson Murray vom Army War College glaubt, dass die F-22 »das beste Kampfflugzeug der Welt ist, daran kann kein Zweifel bestehen. Aber es gibt keine Gegner für sie. Es ist etwa so, als würde man in einer Schule einen Boxwettkampf veranstalten und die Halbwüchsigen gegen Mike Tyson antreten lassen.«¹²

Dies war nicht der erste Versuch, die F-22 aufs Abstellgleis zu schieben. Im Jahr 1999 hatten sich John Murtha und der Republikaner Jerry Lewis überraschend zusammengetan, um aus Protest gegen die gewaltigen Mehrkosten des Programms die Mittel für die Produktion des Flugzeugs einzufrieren. Sie hatten nicht die Absicht, der F-22 den Garaus zu machen, sondern wollten lediglich dem Hersteller und der Luftwaffe die Rute ins Fenster stellen. Daraufhin machte Lockheed Martin mobil und warf eine Armee von ehemaligen Kongressmitgliedern und Lobbyisten in die Schlacht. Sei es in der Promi-Loge im Baseballstadion der Baltimore Orioles oder im Dampfbad des Fitness-Centers des Repräsentantenhauses, zu dem auch ehemalige Abgeordnete Zugang haben: Überall wurde die Botschaft verbreitet, schon eine geringfügige Verzögerung der Finanzierung werde der nationalen Sicherheit und der Volkswirtschaft irreparablen Schaden zufügen. Der ehemalige Senator Dale Bumpers bezeichnete die Lockheed-Aktion als die heftigste Lobby-Kampagne, die er je erlebt habe. Die Luftwaffe, der es eigentlich untersagt ist, auf den Kongress

Einfluss zu nehmen, bildete ein »Raptor-Rettungsteam«, um der Kongressführung klarzumachen, dass »die Air Force und das Land dieses Flugzeug brauchen«.¹³

Zu jenem Zeitpunkt hatte die Air Force vor, 339 Flugzeuge zu einem voraussichtlichen Preis von mehr als 62 Milliarden Dollar zu erwerben. Ursprünglich hatte man 750 Flugzeuge für 25 Milliarden Dollar kaufen wollen, das heißt mehr als doppelt so viele Maschinen für den halben Preis. Entstanden war diese absurde Situation dadurch, dass Lockheed Martin die Kosten in seinem anfänglichen Angebot extrem niedrig angesetzt hatte, obwohl es wusste, dass das Flugzeug sehr viel mehr kosten würde. Diese Unterbietungspraxis ist ein bewährtes Verfahren, um sich Aufträge zu sichern; hinterher kann man dann noch immer den Preis schrittweise heraufzusetzen. Hier geschah dies allerdings im Einverständnis mit dem Auftraggeber. Tatsächlich begann die Luftwaffe sofort, »Goldbeschläge« zu verlangen, das heißt sie schraubte die Leistungsanforderungen immer weiter hinauf, als sich das Flugzeug bereits in der Produktion befand. Am Ende wusste niemand mehr, über welches Flugzeug man eigentlich den Vertrag abgeschlossen hatte. Lockheed Martin trug gezielt zur Verwirrung bei und stellte dem Pentagon regelmäßig neue Rechnungen über Nachbesserungen und zusätzliche Leistungen.¹⁴

Der Pentagon-Mitarbeiter Chuck Spinney beschreibt die Vorgehensweise:

Wenn man ein Waffenprogramm einleitet, lautet das vorrangige Ziel, eine Ablehnung zu erschweren. Man muss sich das als Prozess des Risikomanagements vorstellen: Da ist zunächst ein Leistungsrisiko. Dieses Risiko tragen die Soldaten, die mit der Waffe kämpfen werden. Sodann ist da ein wirtschaftliches Risiko, das von den Leuten getragen wird, die für die Waffe bezahlen, also von den Steuerzahlern. Und da ist ein Programmrisiko, das heißt das Risiko, dass ein Programm aus irgendwelchen Gründen gestrichen wird. Mit diesen drei Risiken sind sowohl Privatunternehmen als auch öffentliche Einrichtungen konfrontiert. Sehen wir uns das programmatische Risiko an. Dieses Risiko tragen die Personen, die mit der Einführung und Fortsetzung des Programms zu tun haben und davon profitieren. Dazu zählen die Militärs und Zivilpersonen, deren Karriere mit dem Erfolg des Programms verknüpft ist, und der Kongressabgeordnete, in dessen Wahlbezirk sich der Produktionsstandort befindet, und natürlich die Hersteller. In der herkömmlichen Entwicklung werden zuerst Prototypen entworfen und getestet. Um das Leistungsrisiko zu verringern, wird die Waffe gebaut und getestet, umgebaut und erneut getestet, wieder umgebaut und so weiter. Auf diese Art gelangt man zum brauchbarsten Design, das manchmal deutlich vom ursprünglichen Konzept abweicht. Diese Vorgehensweise verringert auch das wirtschaftliche Risiko, da Mängel frühzeitig behoben werden und das effizienteste Produktionsverfahren gefunden wird. Doch dieser Prozess erhöht das Programmrisiko, das heißt, die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass das Projekt abgebrochen werden muss, weil es sein Ziel verfehlt oder zu teuer wird.

Aber im Pentagon geht es vor allem darum, dafür zu sorgen, dass den am Programm interessierten Parteien weiterhin Geld zufließt. Daher umgehen wir die klassische Prototypenphase und beginnen sofort mit der Produktion der fertigen Waffe, bevor das Resultat feststeht. Die Zulieferer werden so früh wie möglich über das ganze Land verteilt, um ein politisches Sicherheitsnetz für das Programm zu knüpfen. Aber diese widersinnige Vorgehensweise erhöht die wirtschaftlichen und technischen Risiken, weil man sich für ein Design entscheidet, ohne die zukünftigen Konsequenzen dieser Entscheidung zu kennen. Das ist verrückt. Würden wir unser eigenes Geld ausgeben, so kämen wir nie auf die Idee, so vorzugehen, aber es ist ja das Geld anderer Leute, und wir sind es auch nicht, die mit dieser Waffe kämpfen müssen – wir riskieren das Blut anderer Leute. Der Schutz des Programms und des Geldes erhält also Vorrang vor der Verringerung der Risiken. Deshalb verzichten wir auf die Prototypenentwicklung; deshalb sagen wir die Unwahrheit über die Kosten, und deshalb bekommen die Soldaten Waffen in die Hand, die nicht wie versprochen funktionieren. In der Bundesregierung ist Geld gleichbedeutend mit Macht. Um diese Macht zu erhalten, muss man Störfaktoren beseitigen, die den Geldfluss unterbrechen könnten. Bei der F-22 hätten wir einen kampftauglichen Prototyp bauen sollen. Aber der Kalte Krieg ging zu Ende, und die Air Force befahl so etwas wie Torschlusspanik.¹⁵

Das Heer verbündete sich in dieser Angelegenheit im Übrigen mit Lewis und Murtha gegen die Luftwaffe. Die Rivalität zwischen den Teilstreitkräften erhöht die Komplexität des militärisch-industriellen Komplexes; denn natürlich geht es Heer, Luftwaffe und Marine nicht in erster Linie darum, wie viel Geld ausgegeben werden soll, sondern vor allem darum, *wer* das Geld bekommt. Wie auch immer: Im Oktober 1999 wurden Lockheed Martin weitere 2,5 Milliarden Dollar für das F-22-Programm zugestanden.¹⁶

Die Bedenken wegen der hohen Kosten waren auch in den ersten Monaten der Regierung Bush noch nicht ausgeräumt, aber der massive Anstieg der Militärausgaben und die neue Einstellung zu Sicherheitsfragen nach dem 11. September retteten die F-22 und andere bedrohte Projekte. Wie ein Spitzenmanager von Boeing erklärte: »Der Geldhahn ist offen, und jedes Mitglied des Kongresses, das nicht für die Mittel stimmt, die wir brauchen, um dieses Land zu verteidigen, kann sich nach den Wahlen einen neuen Job suchen.«¹⁷

Es wurde allgemein angenommen, dass die Lobby-Macht von Lockheed Martin das Überleben der F-22 auch unter der Regierung Obama sichern würde. Aber im April 2009 gab Verteidigungsminister Robert Gates bekannt, dass die Produktion des Flugzeugs nach der Auslieferung der letzten von 187 bestellten Maschinen im Jahr 2011 eingestellt werde. Andererseits kündigte Gates eine Erhöhung der Ausgaben für Militärpersonal um 13 Milliarden Dollar und

zusätzliche Investitionen von 2 Milliarden Dollar für Drohnen an. Und er stellte eine Anhebung der Ausgaben für Waffensysteme in Aussicht, darunter zusätzliche 4 Milliarden Dollar für die F-35, ein weiteres Flugzeug von Lockheed Martin.

Aber das Versprechen zusätzlicher Mittel konnte eine wütende Reaktion des Kongresses nicht verhindern. Zunächst verlangte der für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zuständige Senatsausschuss, die Luftwaffe solle die Möglichkeit prüfen, eine Exportversion des Kampfflugzeugs zu entwickeln, die an Japan und Australien verkauft werden könne.¹⁸ Und der Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses stellte 369 Millionen Dollar zur Verfügung, mit denen in einem Zeitraum von zwei Jahren Teile für den Bau von zwölf weiteren Flugzeugen gekauft werden sollten.¹⁹

Lockheed Martin selbst schien sich damit abgefunden zu haben, dass die Entscheidung unwiderruflich war. William Hartung enthüllt in seinem Buch, dass sich Gates in den Wochen vor seiner Ankündigung mit Unternehmenschef Robert Stevens getroffen und ihm sinngemäß Folgendes gesagt hatte: »Wenn ihr in dieser Sache Front gegen mich macht, mache ich euch fertig.« Lockheeds Führung beschloss daraufhin, die Lobby-Kampagne für die F-22 einzustellen, um es sich nicht mit seinem wichtigsten Kunden zu verscherzen.²⁰ Auch Gates setzte das Argument der Arbeitsplatzbeschaffung wirksam ein, ohne die Zahlen belegen zu können, mit denen er jonglierte: Er erklärte, die Beschleunigung des F-35-Programms werde die Verluste durch die Aufgabe der F-22 mehr als ausgleichen. Er behauptete, während die Zahl der Beschäftigten in der Produktion der F-22 zwischen 2009 und 2011 um 11000 sinken werde, würden im F-35-Programm im selben Zeitraum 44000 neue Arbeitsplätze entstehen.²¹

Die Debatten im Kongress ließen sich damit nicht zum Schweigen bringen. Der Widerstand gegen das Ende der F-22 war parteienübergreifend. An die Spitze der Verweigerer setzten sich jene Senatoren, deren Heimatstaaten am meisten von der Produktion des Jets profitierten. Der Streitkräfteausschuss des Senats stimmte für den Bau von sieben weiteren Flugzeugen, um die Produktion aufrechtzuerhalten, und stellte für das folgende Jahr weiteres Geld in Aussicht. Das Abstimmungsergebnis von 13 zu 11 zeigte, wie erbittert die innenpolitische Auseinandersetzung geführt wurde. In einer von den Interessen der einzelnen Wahlkreise geprägten Abstimmung im Streitkräfteausschuss des

Repräsentantenhauses wurde die Bereitstellung von weiteren 369 Milliarden Dollar für das Programm beschlossen. Und so lief alles auf eine entscheidende dramatische Abstimmung im Senatsplenum hinaus.

Dann erklärte Präsident Obama, er werde sein Veto gegen einen Verteidigungshaushalt einlegen, der zusätzliche Mittel für die F-22 enthalte. Das war ein beispielloser und kühner Vorstoß, dem der Präsident eine entschlossene PR-Kampagne der Regierung folgen ließ. Weniger als eine Woche vor der Abstimmung hielt Verteidigungsminister Gates in Chicago eine Rede, in der er den Kongress rügte und den Zuhörern in Erinnerung rief, dass das Verteidigungsbudget gegenüber dem letzten der Regierung Bush erhöht worden war und dass die Vereinigten Staaten mehr für die Verteidigung ausgaben als die übrige Welt zusammen: »Nur im Washingtoner Paralleluniversum kann man auf die Idee kommen, das als Todesstoß für die Verteidigung zu bezeichnen«, erklärte der Verteidigungsminister kämpferisch.

Zu den unerschütterlichen Verteidigern der F-22 zählte Senator Daniel Inouye, ein Demokrat aus Hawaii, der seit mehr als zwei Jahrzehnten im Unterausschuss für die Bewilligung von Mitteln für den Verteidigungssektor sitzt und sich selbst als »die Nummer eins in Sachen ›Earmarks‹« bezeichnet. Allein im Jahr 2009 hatte Inouye mehr als 206 Millionen Dollar für seinen Heimatstaat abgezweigt und im Gegenzug über 117000 Dollar an Wahlkampfspenden von Unternehmen erhalten, die von seinen »Earmarks« profitierten. Die Hälfte der Spenden stammte von Lockheed Martin.²² William Hartung schreibt über ihn: »Inouye hat noch nie ein Waffensystem gesehen, das ihm nicht gefallen hätte.« Obamas Widersacher im Rennen um das Weiße Haus, John McCain, löste sich von der unbestimmten Haltung, die er im Wahlkampf an den Tag gelegt hatte, und besann sich auf seine Wurzeln als Verfechter von Reformen. Sein überzeugendes Argument lautete: »Im Grunde geht es um die Frage, ob wir uns wie gehabt damit abfinden wollen, dass ein Waffensystem, sobald die Produktion einmal angelaufen ist, nicht mehr zu stoppen ist, oder ob wir die nötigen Schritte unternehmen wollen, um unsere staatlichen Beschaffungsverfahren zu reformieren.«²³

Lockheed Martins Lobby-Macht hatte die F-22 gegen alle Widerstände am Leben erhalten, und obwohl der Rüstungskonzern diese Schlacht schließlich verloren geben musste, verläuft der Krieg weiterhin zu seinem Vorteil.

Tatsächlich wird Lockheed von Gates' Haushaltspaket zusätzlich profitieren, denn das F-35-Programm dürfte sich in das größte in der Geschichte der militärischen Luftfahrt verwandeln. Dem Kongress wurde ein Stückpreis von 62 Millionen Dollar versprochen, aber mittlerweile ist der Preis des Flugzeugs auf 111 Millionen Dollar gestiegen, was Mehrkosten von 81 Prozent entspricht.²⁴ In Obamas erstem Verteidigungshaushalt wurden zusätzliche 4,4 Milliarden Dollar für die F-35 bereitgestellt.²⁵ Zwar ist dieses Flugzeug billiger als die F-22, aber allein die Vereinigten Staaten und Großbritannien wollen mehr als 3000 Maschinen kaufen; dazu kommen 600 bis 700 Stück für verbündete Länder. Für Mickey Blackwell, einen Manager von Lockheed Martin, war dies »die Super Bowl, der große Wurf, das Flugzeugprogramm des Jahrhunderts«.²⁶ Auch Northrop Grumman und BAE wurden an der Produktion beteiligt, ein Zugeständnis, das breit gefächerte Interessengruppen und nicht zuletzt die Briten gewogen stimmte.

Natürlich haben sich bei der Entwicklung der F-35 längst haufenweise Probleme ergeben, wie stets bei solchen Projekten: Das geplante Gewicht der Maschine ist um 2000 Pfund überschritten worden, die Tests waren unzureichend, und mittlerweile hinkt das Programm so weit hinter dem Zeitplan her, dass die Kosten über einen Zeitraum von fünf Jahren um 16,6 Milliarden Dollar steigen könnten, womit sie sich auf mehr als 380 Milliarden Dollar belaufen würden.²⁷ Und Betrieb und Wartung werden die amerikanischen Steuerzahler während der Nutzungsdauer der Flugzeuge rund 1 Billion Dollar kosten.²⁸ Chuck Spinney äußerte daher die Vermutung, die F-35 werde »ein sehr viel kostspieligerer Flop werden als die F-22«. Ein besonders vernichtendes Urteil über die F-35 fällte Pierre Sprey, der früher als Waffenanalyst und -entwickler im Pentagon tätig war und der erklärte, Lockheed Martin sei stets das »mieseste« Rüstungsunternehmen gewesen und baue »miserable Flugzeuge«. Die F-35 bezeichnete Sprey als »reinen Schrott«; sie sei »sehr viel schlechter als das Flugzeug, das sie ersetzen soll«.²⁹

Die Amtszeit von George W. Bush und das erste Jahr der Regierung Obama waren auch gute Zeiten für die amerikanischen Waffenexporteure. Der Umfang der großen Waffenverkäufe amerikanischer Unternehmen an ausländische Regierungen stieg zwischen 2001 und 2008 um mehr als das Doppelte auf über

31 Milliarden Dollar. In dieser Zeit bauten die USA auch ihren Anteil am globalen Waffenhandel deutlich aus. Im Jahr 2008 gingen mehr als zwei Drittel der weltweiten neuen Aufträge für Waffenlieferungen an amerikanische Unternehmen.³⁰

Ländern, die amerikanische Waffen kaufen, wird weiterhin großzügig finanziell unter die Arme gegriffen. Abgesehen davon, dass die Verteidigungsausgaben und die Mittel für die militärische Zusammenarbeit mit anderen Ländern eine neue Rekordhöhe erreicht haben (diese Mittel, etwa 5 Milliarden Dollar im Jahr 2003, werden oft für den Kauf amerikanischer Waffen verwendet),³¹ geben das Außenministerium und das Pentagon pro Jahr durchschnittlich gut 15 Milliarden Dollar für Sicherheitskooperationen aus, und ein Großteil dieses Geldes dient zur Finanzierung amerikanischer Waffen und Ausbildungsprogramme.³² Zudem erhalten Nationen, die als Käufer amerikanischer Waffen in Frage kommen, von der amerikanischen Regierung gedeckte, zinsgünstige Kredite. Ein solches Kreditprogramm gab es schon in den siebziger und achtziger Jahren, aber es wurde beendet, nachdem Kredite über insgesamt 10 Milliarden Dollar nie zurückgezahlt oder den Schuldnern erlassen worden waren – das Programm hatte sich in eine weitere Wundertüte verwandelt, aus der sich amerikanische Rüstungsfirmen und ihre ausländischen Kunden nach Belieben bedient hatten.³³ Trotz dieser Erfahrung unterzeichnete Präsident Bill Clinton im Jahr 1995 ein Gesetz über die Einrichtung eines weiteren Kreditfonds, nachdem die Rüstungsindustrie unter der Führung von Lockheed-Martin-Chef Norm Augustine sechs Jahre lang darauf gedrängt hatte.³⁴

Oft üben das Pentagon und das Weiße Haus direkten Druck aus, um ein Geschäft durchzusetzen. Beispielsweise verlangte die amerikanische Regierung im Jahr 2002 von Südkorea, bei einem Auftrag über 4,5 Milliarden Dollar dem Anbieter Boeing den Vorzug vor einem französischen Konkurrenten zu geben. Aus dem südkoreanischen Verteidigungsministerium sickerte durch, dass das französische Flugzeug dem amerikanischen Produkt in allen Belangen überlegen war und obendrein 350 Millionen Dollar weniger kosten würde. Aber der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz ließ die Südkoreaner wissen, dass sie bei einem Kauf des französischen Flugzeugs nicht nur riskierten, die politische Unterstützung der USA zu verlieren, sondern dass ihnen

das amerikanische Militär auch die neuesten IFF-Geräte (Sekundärradare zur Freund-Feind-Identifizierung) oder die amerikanischen Luft-Luft-Raketen vorenthalten werde, die in dieser Maschine zum Einsatz kamen. Der Auftrag ging an Boeing.³⁵

Ein anderes Beispiel: Als Kolumbien darüber nachdachte, ein leichtes Jagdflugzeug nicht in den USA, sondern in Brasilien zu kaufen, teilte der oberste amerikanische Kommandeur in der Region der Regierung in Bogotá schriftlich mit, dass eine solche Entscheidung den Kongress nicht gerade dazu animieren werde, weitere Militärhilfe für Kolumbien zu bewilligen. Das Geschäft mit Brasilien kam nicht zustande.³⁶

Von allen Ausgaben der USA für außenpolitische Belange stammen 93 Prozent aus dem Verteidigungsministerium. Nur 7 Prozent werden vom Außenministerium verwaltet. Das zeigt nicht nur, welche Unterstützung die Waffenlieferanten genießen, sondern verrät auch einiges darüber, warum die Vereinigten Staaten so oft zu militärischen Mitteln greifen, um internationale Konflikte zu lösen.³⁷

Am meisten profitiert natürlich Lockheed Martin von dieser Entwicklung, und einer der größten Exportschlager der Firma ist die F-16. Seit 2006 hat das Unternehmen für dieses Flugzeug Aufträge im Wert von fast 13 Milliarden Dollar aus Rumänien, Marokko, Pakistan und der Türkei erhalten. Relativ neu ist der für Lockheed noch einträglichere Export moderner Raketenabwehrsysteme. In den Jahren 2007 und 2008 schloss das Unternehmen Verträge mit einem Gesamtwert von 24 Milliarden Dollar über die Lieferung von einem oder mehreren dieser Systeme mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei, Deutschland und Japan. Das Transportflugzeug C-130J ist an Israel, den Irak, Indien und Norwegen verkauft worden, was Lockheed fast 5 Milliarden Dollar einbringt. Weitere Milliardenereinnahmen erzielt das Unternehmen mit dem Verkauf von Hellfire-Raketen, Apache-Kampfhubschraubern und verschiedenen Bomben- und Raketensystemen.³⁸

Zu den umstrittensten Waffengeschäften von Lockheed Martin in den letzten Jahren zählte ein 6-Milliarden-Dollar-Vertrag mit Taiwan, der die Lieferung von 114 PAC-3-Raketen zum Preis von 2,8 Milliarden Dollar beinhaltete.³⁹ Das Geschäft löste eine wütende Reaktion der Chinesen aus, die mit einem Abbruch der militärischen Kooperation mit den Vereinigten Staaten und der Verhängung

von Sanktionen über jene US-Firmen drohten, die Ausrüstung zu der Lieferung beisteuern würden. Bisher wurden die angedrohten Sanktionen nicht verhängt, und die militärischen Beziehungen zwischen China und den USA funktionieren durchaus gut.

Lockheed Martin argumentiert, seine Waffenexporte trügen zur internationalen Stabilität bei, indem sie potentielle Angreifer abschreckten, aber Kritiker sind der Meinung, dass Waffenexporte das Wettrüsten anfachen und die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte erhöhen: Braucht Rumänien F-16-Kampfflugzeuge für 4,5 Milliarden Dollar? Wird Pakistan seine F-16 nicht eher gegen Indien einsetzen als gegen Al-Qaida oder die Taliban? Schützt der Erwerb von Raketenabwehrsystemen im Wert von 15 Milliarden Dollar die Vereinigten Arabischen Emirate, oder dient dieser Waffenkauf eher dazu, Washington gewogen zu stimmen?

Beispielsweise standen die an die Türkei gelieferten F-16 nicht einfach nur auf einem Flugfeld herum, sondern kamen in brutalen Militäreinsätzen gegen die kurdischen Separatisten der PKK zum Einsatz. Im Lauf dieses seit fünfzehn Jahren tobenden Kriegs sind Tausende Dörfer zerstört und Zehntausende Menschen getötet worden. 375000 Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben wurden, konnte noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren.⁴⁰ Obwohl die F-16 keineswegs die einzige Waffe war, die zur Unterdrückung der Kurden eingesetzt wurde, wurde sie für Luftangriffe in der Türkei sowie gegen angebliche Rückzugsgebiete der PKK im Iran und im Nordirak verwendet, die den Boden für intensivere Angriffe mit Kampfhubschraubern, Panzerfahrzeugen, Handfeuerwaffen und panzerbrechenden Waffen bereiteten. Joel Johnson, ein Lobbyist des US-amerikanischen Verbands der Luftfahrtindustrie (Aerospace Industries Association, AIA), in der Lockheed Martin aktiv ist, versuchte die türkischen Bombenangriffe auf kurdische Siedlungen damit zu rechtfertigen, dass dies nun einmal übliche Praxis sei:

Es sollte einmal gesagt werden, dass die Türken die massiven Luftoffensiven nicht erfunden haben. Wir haben B-52-Bomber eingesetzt, um unser Guerillaproblem in Vietnam zu lösen. Die Russen setzten in Afghanistan sehr große Waffensysteme ein. Und die Israelis reagieren auf Angriffe der Hisbollah regelmäßig, indem sie F-16-Staffeln in den Südlibanon schicken. Man würde sich wünschen, dass so etwas nicht geschehe. Wenn man friedlich in seinem Büro sitzt, würde man gern allen vier Ländern sagen, dass das, was sie tun, falsch ist. Aber es ist sehr viel leichter, das von hier aus zu sagen, als wenn man sich im Krieg befindet und die eigenen Soldaten zu Hackfleisch gemacht werden.⁴¹

Zu den wichtigen internationalen Kunden von Lockheed Martin zählt auch Israel, dessen Beispiel deutlich zeigt, wie schwierig es ist, den Einsatz einmal gelieferter Waffen zu kontrollieren, und zwar selbst dann, wenn der Empfänger ein enger Verbündeter ist (siehe Kapitel 17).

Eine weitere wichtige Einnahmequelle für Lockheed Martin sind Raketenabwehrsysteme. Dass das Unternehmen in diesem Bereich fast überall seine Finger im Spiel hat, wurde im September 2009 deutlich, als sich Präsident Obama entschloss, den Plan der Regierung Bush zur Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Polen und der Tschechischen Republik aufzugeben. Für den Boeing-Konzern, der das in der Tschechischen Republik zu stationierende Radarsystem hätte liefern sollen, ein ziemlicher Schlag. Doch Lockheed Martin schien überraschenderweise als Gewinner aus der neuen Situation hervorzugehen. Denn es stellte sich heraus, dass die Regierung Obama den Raketenschutzschild in Europa keineswegs aufgibt, sondern nur umstrukturiert. Aus Pentagon-Dokumenten, die an die Öffentlichkeit gelangten, geht hervor, dass sich die Zahl der in Europa zu stationierenden Abfangraketen im neuen Plan womöglich vervierfachen könnte.⁴² Und im Januar 2010, nur drei Monate nach der Bekanntgabe der Umstrukturierung, kündigte Obama das Vorhaben an, in Polen Abfangraketen des Typs PAC-3 von Lockheed Martin zu stationieren. Anfang Februar gab der rumänische Präsident Traian Băsescu bekannt, dass sein Land Gespräche mit den Amerikanern aufgenommen habe, um ebenfalls PAC-3-Raketen zu stationieren.

Wie im Fall der Beendigung des F-22-Programms zeigt sich auch hier, dass ein Unternehmen wie Lockheed Martin groß und diversifiziert genug ist, um mit Kürzungen und Streichungen, die das Pentagon je nach Großwetterlage beschließt, locker fertig zu werden. Was das Pentagon dem Rüstungskonzern mit der einen Hand nimmt, gibt es ihm mit der anderen zurück – und legt noch etwas drauf.

Aber das größte Wachstumspotential hat das Unternehmen vermutlich an der Heimatfront, wo es an allen möglichen Projekten beteiligt ist, von der inneren Sicherheit bis zur Volkszählung 2010. Beim Heimatschutz erlebte Lockheed Martin allerdings unlängst das schlimmste Fiasko seit Jahren, als es versuchte, die amerikanische Küstenwache (in der Folge der Ereignisse vom 11. September) komplett neu auszustatten. Die Coast Guard war als

Teilstreitkraft bislang immer vernachlässigt worden. Jetzt wurde das mit 17 Milliarden Dollar ausgestattete »Deepwater«-Programm ins Leben gerufen. Der Plan war, eine Miniaturmarine mit mehr als 90 Schiffen, 124 Schnellboten, fast 200 neuen oder umgerüsteten Hubschraubern und Flugzeugen sowie fast 50 Drohnen aufzubauen und mit einem integrierten Überwachungs- und Kommunikationssystem auszustatten.⁴³

Die erste Phase von Deepwater scheiterte derart kläglich, dass die Küstenwache nur noch mehr geschwächt wurde. Den Wettbewerb für das Deepwater-Projekt hatten Lockheed Martin und Northrop Grumman für sich entschieden. Die beiden Unternehmen sollten eine Partnerschaft bilden und nicht nur ihre jeweiligen Teile des Auftrags erfüllen, sondern auch die Arbeit aller anderen am Programm beteiligten Unternehmen überwachen. Dieser »innovative« Zugang sollte Bürokratie abbauen und effizienter sein als eine Projektleitung durch die Küstenwache selbst. Doch es stellte sich heraus, dass Privatunternehmen bei der Durchführung von Großprojekten mitunter sehr viel ineffizienter arbeiten als staatliche Einrichtungen. Anthony D'Armiento, ein Ingenieur, der in dem Projekt sowohl für die Küstenwache als auch für Northrop Grumman arbeitete, gelangte zu dem Schluss, hier werde »Amerika über den Tisch gezogen. Es ist das schlechteste Projekt, das ich in mehr als zwanzig Jahren als Schiffbauingenieur gesehen habe«. ⁴⁴ Zunächst wurden acht Schiffe für 100 Millionen Dollar gebaut. Doch sie waren unbrauchbar: Die Rümpfe rissen auf, und die Maschinen funktionierten nicht richtig. Das zweitgrößte Schiff bestand nicht einmal einen einfachen Test im Wassertank, sein Bau musste eingestellt werden. Das größte Schiff, das mehr als eine halbe Milliarde Dollar kostete, war ebenfalls mit Rissen im Rumpf übersät, weshalb befürchtet wurde, die Außenhülle könne den Bedingungen auf hoher See nicht standhalten.

Im Mai 2005 kürzte der Kongress das Budget für Deepwater um die Hälfte, was die übliche Flut von Beschwerdebriefen, Lobbyisten-Kampagnen und Wahlkampfspenden auslöste. Das Ergebnis war, dass nicht nur die Kürzungen an dem gescheiterten Programm zurückgenommen, sondern obendrein zusätzliche Mittel von etwa 1 Milliarde Dollar pro Jahr zur Verfügung gestellt wurden, womit die Gesamtkosten auf 24 Milliarden Dollar stiegen. Schließlich wurde den Rüstungsfirmen im April 2007 die Projektleitung wieder entzogen, und die Küstenwache übernahm die Federführung. Die ersten Schiffe sollten irgendwann

im Jahr 2011 einsatzbereit sein, zehn Jahre nach dem Terrorangriff vom 11. September, der den Anstoß zur Modernisierung der Küstenwache gegeben hatte.⁴⁵

Doch wie im militärisch-industriellen Komplex üblich, hat man Lockheed sofort die Möglichkeit gegeben, die Scharte auszuwetzen – mit einem anderen Schiffbauprojekt: Ein Littoral Combat Ship (LCS) wurde angefordert, das in Küstengewässern eingesetzt werden soll, um »asymmetrischen Bedrohungen« wie Piraten, Drogenschmugglern und Angriffen in Schnellbooten zu begegnen. Nachdem sich die Kosten für die ersten Versionen des Schiffs mehr als verdreifacht hatten, organisierte Verteidigungsminister Robert Gates das Programm neu und lud Lockheed Martin und Northrop Grumman zu einem Wettbewerb um die nächsten Schiffe ein. Im Dezember 2010 wurde Lockheed Martin und Austal USA der Auftrag zugesprochen, zunächst vier Schiffe zu bauen, aus denen bis 2015 vermutlich zehn werden sollen.⁴⁶ Die Gesamtkosten werden auf etwa 37 Milliarden Dollar geschätzt.⁴⁷

Deepwater ist keineswegs das einzige Projekt von Lockheed Martin im Bereich der inneren Sicherheit. Das Unternehmen ist der achtgrößte Auftragnehmer des Heimatschutzministeriums und entwickelt unter anderem Screening- und Biometrietechnologie für Flughäfen. Diese Technologie wird auch von der Finanzbehörde eingesetzt, sodass Lockheed nicht nur Fingerabdrücken nachspürt, sondern auch an der Verarbeitung von Steuerformularen, an der Zählung von Einwohnern und am Sortieren von Briefen beteiligt ist.⁴⁸

Im Jahr 2010 erhielt das Unternehmen einen Auftrag über 5 Milliarden Dollar für Logistikdienste für Spezialeinheiten, die nach Afghanistan und in andere gegenwärtige oder potentielle Konfliktgebiete entsandt werden. Das Unternehmen ist auch auf dem Markt für Drohnen aktiv und baut mit Kameras und Sensoren ausgestattete Kleinluftschiffe, mit denen ein Gebiet überwacht werden kann, ohne einen Piloten in Gefahr zu bringen.⁴⁹

Lockheed Martin ist weiterhin der größte private Auftragnehmer des amerikanischen Staates. Allein im Jahr 2008 hatte der Konzern staatliche Aufträge im Wert von 36 Milliarden Dollar, das heißt etwa 260 Dollar pro steuerlich erfasstem Privathaushalt – deshalb spricht William Hartung von der »Lockheed-Martin-Steuer«. Mit 29 Milliarden Dollar an Aufträgen des Pentagon

ist Lockheed offenkundig der größte Rüstungskonzern. Und dieses Unternehmen besitzt mehr Einfluss und Geld als jeder andere Waffenhersteller, weshalb es sich in den Revierkämpfen mit Konkurrenten in einer dominanten Position befindet. Allein im Jahr 2009 gab Lockheed Martin mehr als 15 Millionen Dollar für Lobby-Arbeit und Wahlkampfspenden aus (die Beiträge seiner 140000 Mitarbeiter nicht eingerechnet); bei den Wahlen im Jahr 2010 investierte der Konzern den gleichen Betrag. Mit fünfzig Fällen von »kriminellen, zivilrechtlichen oder administrativen Verstößen« nimmt das Unternehmen den ersten Platz in einer Rangliste von privaten Auftragnehmern ein, denen Fehlverhalten nachgewiesen wurde.⁵⁰

Im Jahr 2004 erklärte Lockheed-Chef Robert Stevens in einem Gespräch mit der *New York Times*: »Unsere Branche hat zu einem Wandel der Menschheit beigetragen.« Er erwähnt nicht, ob es seiner Meinung nach ein Wandel zum Besseren war.

Obwohl Präsident Obama erkannt hat, dass die im Staatsauftrag tätigen Unternehmen nicht ausreichend überwacht werden, ist es ihm nicht gelungen, wesentliche Veränderungen herbeizuführen. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist, dass im Modell der privatisierten Verteidigung viele an die Privatwirtschaft vergebene Projekte auch von Privatunternehmen überwacht werden, was so weit geht, dass Privatfirmen sogar die Verträge entwerfen und die Leistungen anderer Auftragnehmer aus dem Privatsektor bewerten. Die Folge ist, dass die Kontrolle über die Hunderte von Milliarden Dollar, die vom amerikanischen Militär und seinen Auftragnehmern ausgegeben werden, in der Regel Pfuschwerk ist.

Alle Bemühungen um eine wirksame Kontrolle des Verteidigungsministeriums und der Rüstungsunternehmen durch den Kongress werden dadurch untergraben, dass die Günstlingswirtschaft, der Druck auf ausländische Käufer, die »Drehtür« zwischen Politik und Rüstungsindustrie sowie die Sehnsucht der Volksvertreter nach Rüstungsstandorten in ihren Heimatstaaten einen undurchdringlichen Filz gebildet haben. Dazu kommt, dass sich die Beteiligten regelmäßig erfolgreich auf die nationale Sicherheit berufen, um sich einer öffentlichen Kontrolle der Beziehungen zwischen Politik und Industrie zu entziehen. Das Resultat ist, dass sie praktisch keine Rechenschaft über die Verwendung der öffentlichen Gelder ablegen müssen, die in alle

möglichen militärischen Projekte fließen. Das Magazin *Insight* hat berichtet, dass der stellvertretende Generalinspekteur im Pentagon im Jahr 2001 einräumte, »dass in den Büchern des Verteidigungsministeriums Korrekturen im Umfang von 4,4 Billionen Dollar vorgenommen werden mussten, um die geforderten Finanzausweise zusammenstellen zu können, und dass 1,1 Billionen Dollar einfach verschwunden waren, ohne dass man mit Sicherheit sagen könnte, wann dieses Geld wohin geflossen war.«⁵¹ Das ist mehr, als der amerikanische Staat in jenem Jahr an Steuern einnahm.

Bemerkenswert ist, dass das Pentagon seit mehr als zwanzig Jahren keine Buchprüfung über sich hat ergehen lassen müssen und kürzlich bekannt gegeben hat, es werde vermutlich bis zum Jahr 2017 für eine Prüfung gerüstet sein,⁵² eine Ankündigung, die eine parteiübergreifende Gruppe von Senatoren für wenig glaubwürdig hält.⁵³ Würden in einem Entwicklungsland solche Zustände herrschen, so erhielte es keine amerikanische Entwicklungshilfe.

Im Jahr 2008 fanden staatliche Wirtschaftsprüfer in einer ersten Studie heraus, dass Dutzende Waffenprogramme, die das Pentagon in Auftrag gegeben hat, ihr Budget um mehrere Milliarden Dollar überschritten haben und Jahre hinter dem Zeitplan herhinken. Tatsächlich ist bei 95 Waffensystemen, deren Entwicklung sich bisher um durchschnittlich zwei Jahre verzögert hat, das veranschlagte Budget um insgesamt 259 Milliarden Dollar überzogen worden.⁵⁴ Ein Insider aus der Rüstungsindustrie mit ausgezeichneten Verbindungen zum Pentagon erklärte mir, das öffentliche Beschaffungssystem in den Vereinigten Staaten sei »ein schlechter Scherz. Jede neue Regierung erklärt, das Beschaffungswesen müsse reformiert werden, aber es geschieht nichts«. Robert Gates verkündete nach seiner erneuten Ernennung zum Verteidigungsminister im Kongress: »Wir müssen unser Beschaffungswesen einer schonungslosen Prüfung unterziehen.« Aber das sagte derselbe Politiker, der im Juni 2008 den Vorschlag der Regierung Bush unterstützt hatte, mit Großbritannien und Australien ein Abkommen über den ungehinderten Austausch von Waffen und Verteidigungssystemen zu schließen. Eine Verwirklichung dieses skandalösen Vorhabens würde die Kontrolle über das Beschaffungswesen zusätzlich unterwandern, aber in den Medien weckte das kaum Interesse. Robert Gates stand an der Spitze des Verteidigungsressorts, als die Vereinbarung im September 2010 vom zuständigen Ausschuss abgesehen wurde.⁵⁵

Angesichts der Herausforderungen nach dem 11. September 2001 und insbesondere während der Kriege im Irak und in Afghanistan wurde die Rechenschaftspflicht im Beschaffungswesen zweifellos vernachlässigt, da zahlreiche neuartige Sicherheitsprogramme eingeführt wurden, deren Betreiber der Meinung waren, die üblichen Anforderungen gälten für sie nicht. Der Generalinspekteur der US-Bundesregierung hat erklärt, dass bei den Einsätzen im Irak und in Afghanistan der Verbleib ungezählter Waffen und riesiger Geldbeträge einfach nicht belegt ist. Allein beim Wiederaufbau des Irak sind mindestens 125 Milliarden Dollar missbräuchlich verwendet worden oder tauchen erst gar nicht in den Büchern auf.⁵⁶

In den letzten zwei Jahren hat der Irak Waffensysteme im Wert von mehr als 3 Milliarden Dollar bestellt. Nach Angabe von Amnesty International ist der Verbleib von 360000 an die irakischen Sicherheitskräfte gelieferten Schusswaffen, von denen viele aus den USA und Großbritannien stammten, ungeklärt. Außerdem seien etwa 64000 Kalaschnikow-Sturmgewehre aus Bosnien in den Irak geschickt worden, und über Großbritannien seien Tausende italienische Beretta-Pistolen in das Land geschleust worden, von denen viele in die Hände von Al-Qaida-Kämpfern gefallen seien.⁵⁷ Ein Insider aus der Rüstungsindustrie erklärte mir: »Das ganze irakische Programm ist durch und durch korrupt. Es gibt keinerlei Rechenschaftspflicht. Aufträge bekommt man dort nicht, weil man kompetent ist, sondern weil man Verbindungen hat. Verbindungen in republikanischen Kreisen. Sehen Sie sich nur Kellogg Brown & Root (KBR) an. Pakistan hat ebenfalls Milliarden Dollar für den Kampf gegen die Taliban bekommen, und auch dort gibt es gewaltige Probleme mit der Transparenz.«

Dank der mangelnden Rechenschaftspflicht und den Versuchen der Regierung Bush, das Militär zu privatisieren, ist es einer Reihe von dubiosen Unternehmen gelungen, riesige Aufträge des Verteidigungsministeriums im Irak und in Afghanistan an Land zu ziehen. Seinen Höhepunkt erreichte das Chaos im militärischen Beschaffungswesen mit dem Kauf von Munition für die afghanischen Sicherheitskräfte.

Die Firma AEY Inc. wurde in einem unscheinbaren Einzimmerbüro in Miami Beach von einem einundzwanzigjährigen Mann namens Efraim Diveroli geführt, der einen gefälschten Führerschein besaß und wegen häuslicher Gewalt in

Konflikt mit dem Gesetz geraten war. Sein vier Jahre älterer Kumpel David Packouz war ein arbeitsloser Masseur und Herumtreiber. Die beiden verbrachten den Großteil ihrer Zeit auf Partys, rauchten Marihuana und waren auch Kokain und Acid nicht abgeneigt.⁵⁸ Das Unternehmen und sein junger Chef wurden des Waffenschmuggels verdächtigt und standen auf der schwarzen Liste des Außenministeriums. Das hinderte die amerikanischen Streitkräfte nicht daran, AEY im Januar 2007 zum wichtigsten Munitionslieferanten für die afghanischen Sicherheitskräfte zu machen. Auftragsvolumen: 298 Millionen Dollar.⁵⁹

Die US Army hatte eine Privatperson namens Ralph Merrill um eine unabhängige Bewertung des Unternehmens gebeten. Merrill zauberte einen Lobgesang auf AEY und Firmenchef Diveroli aus dem Hut. Wie sich später herausstellte, war Merrill finanziell an AEY beteiligt, nannte sich sogar Vizepräsident.⁶⁰ Der Auftrag war vage formuliert und enthielt kaum einschränkende Bestimmungen.⁶¹

Natürlich wollte Diveroli die Munition so billig wie möglich einkaufen. Also sah er sich in Osteuropa um und fand heraus, dass die Preise in Albanien am günstigsten waren. Außerdem war das Umfeld dort besonders flexibel. Als das einzelgängerische kommunistische Nachkriegsregime Albaniens Anfang der neunziger Jahre in sich zusammengebrochen war, war ein Land zurückgeblieben, in dem es mehr Waffen und Munition pro Einwohner gab als in jedem anderen Land Europas. Der paranoide Diktator Enver Hoxha hatte aus Furcht vor einer »imperialistisch-revisionistischen Invasion« mehr für die Verteidigung ausgegeben als für alles andere. Albanien war bis an die Zähne bewaffnet, es wimmelte von Waffen und militärischem Zubehör, und die Landschaft war gespickt mit 600000 Betonbunkern und Befestigungsanlagen für wenig mehr als drei Millionen Einwohner. Ein Großteil des Waffenarsenals stammte aus sowjetischer Produktion. Aber in den sechziger und siebziger Jahren waren auch große Waffen- und Munitionslieferungen aus China eingetroffen, das zu jener Zeit Albaniens engster Verbündeter war. Obendrein hatte Albanien in den sechziger Jahren selbst mit der Produktion von Munition begonnen.⁶²

Nachdem das Land den Kommunismus abgeschüttelt hatte, verlegte sich der albanische Geheimdienst auf den Waffenschmuggel zur Versorgung der italienischen Mafia, palästinensischer und irischer Terroristen und anderer

Gruppen. Im Jahr 1991 rief Albanien ein »autonomes« Unternehmen ins Leben, das seine gewaltigen Rüstungsvorräte unter die Leute bringen sollte. Die von Ylli Pinari geführte »Militärische Export-Import-Gesellschaft« (MEICO) arbeitete eng mit dem Eisengroßhändler Mihal Delijorgji zusammen, der auch Präsident des Fußballvereins Dinamo Tirana war. Delijorgji hatte regelmäßig Ärger mit den Zollbehörden und war häufig gesehener Gast in den Gerichtssälen. Im Jahr 2004 wurde er in den VIP-Räumen des Dinamo-Stadions unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung verhaftet. Doch noch während die Untersuchung gegen ihn lief, erteilte ihm das Verteidigungsministerium einen Auftrag über die Verschrottung von Kampfpanzern und Panzerfahrzeugen. Schließlich zahlte er eine Zollstrafe von 122 Millionen Lek (etwa 1 Million Euro) und wurde wegen Fälschung von Zollstempeln und Dokumenten zur Zahlung einer weiteren Geldbuße verurteilt. Aber ein Jahr später stellte ihm das Militärberufungsgericht eine »Unschuldbescheinigung« aus.

Pinari schlug ausländischen Unternehmen stets Delijorgji als Partner vor. Das albanische Heer war die Gans, die goldene Eier für Delijorgji und andere hochrangige Figuren im Verteidigungssektor legte. Auch Pinari wurde vom Militär gut versorgt und besaß Grundstücke und Wohnungen in Albanien sowie »ein luxuriöses Haus« in Philadelphia.⁶³

Ein Jahr vor dem Genozid in Ruanda wurden albanische Waffen in das afrikanische Land geliefert. Die Albaner belieferten auch die Demokratische Republik Kongo im Jahr 2005 sowie den Sudan zwischen 2004 und 2006. Albanien verkaufte während der Invasion des Gazastreifens im Jahr 2009 Waffen an die Israelis und belieferte Armenien, Georgien und den Iran.⁶⁴ Der Umfang dieser Waffenlieferungen dürfte vergleichsweise gering gewesen sein, aber sie sind Beispiele für jenen ungezwungenen Umgang mit dem illegalen Waffenhandel, den sich Efraim Diveroli mit Freuden zunutze machte.

Im Jahr 1997 kam es in Albanien zu heftigen Unruhen, nachdem mehrere Schneeball-Anlagesysteme kollabiert waren, in die viele Albaner ihre mageren Ersparnisse gesteckt hatten. In dem allgemeinen Chaos wurden zahlreiche alte Waffenarsenale geplündert. Die Waffen wurden von Verbrecherbanden im In- und Ausland eingesetzt, was Europa und die Welt mit ganz neuen Problemen konfrontierte. Die Vereinten Nationen und die NATO, die zu jener Zeit über eine Aufnahme Albaniens nachdachte, unternahmen Versuche, die über das Land

verstreuten Waffen-und Munitionsvorräte aufzuspüren und zu zerstören. Das erfolgreichste derartige Projekt wurde von der amerikanischen Firma SAIC durchgeführt, die weltweit führend in der Verschrottung von Waffensystemen war und von Randy Cunningham unterstützt wurde. MEICO war an den Entwaffnungsbemühungen beteiligt, wenn auch nur »zum Zweck der Korruption«, wie ein leitender Mitarbeiter der größten Anlage für die Waffenzerstörung erklärte.⁶⁵

Die Führung von MEICO erkannte, dass mit der Beseitigung der Waffenarsenale viel Geld zu verdienen war, und nahm Kontakt zu der amerikanischen Firma Southern Ammunition Company (SAC) auf, einem kleinen Unternehmen, das eigentlich auf Sportwaffen spezialisiert war. Es kann nur vermutet werden, dass SAC angesprochen wurde, weil ein amerikanischer Partner in Albanien bei diesem Deal politische Deckung gab, und zufällig hatten seine Initialen große Ähnlichkeit mit denen des angesehenen amerikanischen Stilllegungsunternehmens SAIC. Der Präsident von SAC, Patrick Henry, reiste mehrfach nach Albanien, wo er auf Anweisung von MEICO mit Mihal Delijorgji ein Joint Venture namens Albademil gründete. Im Gegenzug verlangte SAC, dass die Preise für die Munition festgeschrieben würden und das Militär die Transportkosten zur Entsorgungsstätte in der Nähe von Tirana übernehme.⁶⁶

Der albanische Verteidigungsminister Fatmir Mediu hatte Patrick Henry in Tirana getroffen und anschließend im Kabinett durchgesetzt, dass die Entsorgung der Munition einem Privatunternehmen übertragen wurde. Das Finanzministerium hatte sich dieser Entscheidung zunächst widersetzt und eine ordentliche Ausschreibung des Auftrags verlangt, aber dieser Widerstand wurde mit Unterstützung des Büros des Ministerpräsidenten überwunden. Der vom Ministerpräsidenten unterzeichnete Beschluss verstieß gegen mindestens zwei albanische Gesetze. Mediu rief auch eine staatliche Preisbehörde ins Leben, die den Verkauf zum mit Henry vereinbarten Preis genehmigte, obwohl das Unternehmen nicht für die Munition zahlte.⁶⁷

Als er die Entscheidung durch das Kabinett peitschte, vergaß Mediu zu erwähnen, dass er und der Geschäftsmann vorhatten, die Armee kostenlos für das Einsammeln und die Beförderung der Munition einzusetzen, was den albanischen Staat mindestens eine halbe Million Dollar kosten würde. Mediu verschwieg auch, dass sich der private Auftragnehmer mit seiner Zustimmung

geweigert hatte, eine Unfallversicherung abzuschließen, die der mit Abstand teuerste Aspekt der Entsorgung war. Mediu wurde beschuldigt, sich an dem Auftrag bereichert zu haben. Diese Enthüllung sorgte allerdings kaum für Überraschung. Mediu, der dem Präsidenten und späteren Ministerpräsidenten Sali Berisha nahe stand, war im Jahr 1998 auf dem Mailänder Flughafen von der italienischen Polizei verhaftet worden, weil er einen albanischen Kriminellen, der in Italien wegen Menschenhandels und internationalen Drogenhandels gesucht wurde, mit einer falschen Identität und einem Diplomatenausweis ausgestattet und in eine Delegation aufgenommen hatte, die auf dem Weg zu einer EU-Ratsversammlung über das organisierte Verbrechen war. Mediu wurde wegen Beihilfe zur Flucht zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wurde vom Mailänder Berufungsgericht bestätigt, dann jedoch vom Obersten Gerichtshof kassiert. Nach den Wahlen im Juli 2005 wurde Mediu von Berisha zum Verteidigungsminister ernannt.⁶⁸

Der Minister genehmigte die Umwandlung einer alten Panzerkaserne in einer Ortschaft namens Gerdec in eine Entsorgungsanlage. Gerdec lag günstig auf halber Strecke zwischen Tirana und dem internationalen Flughafen. In der Anweisung wurden weder Erfordernisse für den Transport noch Sicherheitsmaßnahmen für die Anlage erwähnt, die keine Genehmigung für die Lagerung und Entsorgung von Munition hatte. Selbst der Kommandeur der albanischen Streitkräfte hielt den Standort für ungeeignet. Die Arbeiten in Gerdec begannen mit einer Verspätung von einigen Wochen, vermutlich weil George W. Bush Tirana besuchte. Die albanischen Behörden schienen kein Bedürfnis zu haben, die Amerikaner über eine Operation zu informieren, an der eine amerikanische Firma beteiligt war. Im April 2007 begann ein Unternehmen von Mihal Delijorgji mit dem Umbau der Anlage.⁶⁹

In der Zwischenzeit hatte Efraim Diveroli, der festgestellt hatte, dass er in Albanien, wo er auf großes Entgegenkommen stieß, die billigste Munition für Afghanistan beschaffen konnte, mit MEICO einen lächerlich geringen Preis von 22 Dollar für 1000 Projektile ausgehandelt. Als Diveroli erwähnte, dass ihm die amerikanischen Gesetze den Handel mit chinesischer Munition verboten, zeigten ihm seine albanischen Partner Fotos, die zeigten, wie leicht das »Made in China« entfernt werden konnte. Allerdings würde er die Munition neu verpacken müssen. MEICO würde dann albanische Ursprungsbescheinigungen fälschen.

Pinari und Diveroli wussten genau, dass sie Projektile nach Afghanistan schicken würden, die bis zu vierzig Jahre alt, teilweise schadhaft, teilweise unbrauchbar waren und zu einem großen Teil aus chinesischer Produktion stammten. Man einigte sich auf die Lieferung von 100 Millionen Projektilen.⁷⁰

Die wichtige Neuverpackung der Munition vertraute Diveroli einem Unternehmer namens Kosta Trebicka an, dem Platzhirsch auf dem albanischen Verpackungsmarkt. Doch als im Juni die Arbeit im Werk in Gerdec beginnen sollte, teilte Pinari Diveroli mit, er müsse die Patronen zum Preis von 40 Dollar bei einer in Zypern ansässigen Firma namens Evdin kaufen und Trebickas Firma durch jene von Delijorgji ersetzen. Trebicka war mutig genug, Dokumente über die verschiedenen Transaktionen zu veröffentlichen und zu beweisen, dass Evdin eine Tarnfirma war, deren einziger Zweck darin bestand, Geld zu albanischen Beamten und Politikern umzuleiten. Die Albaner verkauften 1000 Stück Munition für 22 Dollar an Evdin, und Evdin verkaufte sie für fast das Doppelte an AEY weiter. Den Differenzbetrag, so Trebickas Verdacht, teilten sich Delijorgji und albanische Regierungsvertreter, darunter Pinari und Verteidigungsminister Fatmir Mediu.⁷¹ Der Sohn von Ministerpräsident Sali Berisha hatte sich Berichten zufolge bei mindestens einer Gelegenheit mit Delijorgji und Pinari getroffen, was Spekulationen über eine Beteiligung des Regierungschefs an dem Geschäft auslöste.⁷²

Die zypriotische Firma Evdin war von dem Schweizer Waffenhersteller und -händler Heinrich Thomet gegründet worden, der in der Vergangenheit von verschiedener Seite, unter anderem von Amnesty International, beschuldigt wurde, über wechselnde Firmennamen illegale Waffengeschäfte getätigt zu haben. Thomet und Evdin stehen auf der schwarzen Liste der für die Überwachung von Waffengeschäften zuständigen Abteilung des amerikanischen Außenministeriums. Hugh Griffiths von der Arms Transfer Profile Initiative, einer privaten Organisation, die illegalen Waffenhandel untersucht, beschreibt Thomet als einen Mittelsmann mit Kontakten in frühere Ostblockstaaten, die über große Waffenvorräte und Produktionsstätten verfügen.⁷³ Thomet begann noch vor seinem zwanzigsten Lebensjahr mit Waffen zu handeln. Er wurde beschuldigt, Waffen nach Simbabwe geschmuggelt zu haben, und geriet wegen Waffenlieferungen von Serbien in den Irak ins Fadenkreuz amerikanischer Ermittler.⁷⁴ Seine Beteiligung an den Munitionskäufen von AEY weckte weitere

Zweifel daran, dass das Pentagon die in seinem Namen abgewickelten Geschäfte sorgfältig genug überwachte. Griffiths erklärte: »Einfach ausgedrückt, spielen viele der Leute, die am Waffenschmuggel nach Afrika beteiligt sind, auch eine Rolle in vom Pentagon unterstützten Transaktionen, etwa bei den Lieferungen von AEY nach Afghanistan und in den Irak.«⁷⁵

Diveroli erklärte sich mit den neuen Regelungen einverstanden. In einem Gespräch mit Trebicka räumte er ein: »Pinari braucht einen Mittelsmann wie Henri Thomet, der sich um ihn und seine Kumpels kümmert. Das geht mich nichts an. Ich will über diese Dinge nichts wissen.« Und Diveroli schlug Trebicka vor, sich den Auftrag zurückzuholen, indem er »eines seiner Mädchen« als Sexspielerin zu Pinari schickte. Er war auch der Meinung, dass ein wenig Geld helfen könnte. »Machen Sie ihn glücklich, vielleicht gibt er Ihnen eine zweite Chance. Wenn er 20000 Dollar von Ihnen bekommt ...« An diesem Punkt schien Diveroli die Entscheidung für Albanien zu bereuen. »Es ging immer weit hinauf, bis zum Ministerpräsidenten und seinem Sohn«, erklärte er. »Ich konnte gegen diese Mafia nichts ausrichten. Die Sache war aus dem Ruder gelaufen. Sämtliche Tiere waren aus dem Gehege gelassen worden.«⁷⁶

Während der Korruptionskuchen verteilt wurde, begann Delijorgjis Schwager Dritan Minxolli, der neu ernannte Leiter der Entsorgungsanlage in Gerdec, im Sommer Arbeiter einzustellen, darunter auch Kinder. Die Arbeitskräfte wurden weder sozial-noch krankenversichert. Bis Oktober wurden in Gerdec etwa 60 Millionen Projektilen aus jahrzehntealten Kisten geholt, gereinigt und neu verpackt, um 36 Lieferungen falsch bezeichneter Geschosse für Afghanistan zusammenzustellen.⁷⁷

Nun übergab Trebicka einem Journalisten namens Nick Wood, der in Tirana für die *New York Times* arbeitete, seine aufschlussreichen Dokumente über das Geschäft. Als Wood begann, Nachforschungen anzustellen, gerieten die Beteiligten in Aufruhr. Fatmir Mediu suchte sogar Rat beim amerikanischen Botschafter, um seine Spuren zu verwischen. Der amerikanische Militärattaché in Albanien behauptete später, der Botschafter John L. Withers habe die Albaner bei dem Versuch unterstützt, die chinesische Herkunft der Munition zu vertuschen. Der Botschafter traf sich wenige Stunden vor Nick Woods Besuch im Betrieb des Auftragnehmers in Tirana mit Mediu. An diesem Treffen am späten Abend des 19. November 2007 nahm auch der Attaché Oberst Larry D.

Harrison teil. Er behauptet, Mediu habe den Botschafter um Hilfe gebeten, da er befürchtete, der Journalist der *Times* werde enthüllen, dass er beschuldigt worden war, sich an Waffengeschäften bereichert zu haben. Der Minister meinte, die US-Regierung sei ihm »etwas schuldig«, da er stets alles getan habe, um die Vereinigten Staaten, die ein enger Verbündeter seien, zu unterstützen. Mediu wies den Kommandeur der albanischen Streitkräfte an, vor dem Besuch des Journalisten sämtliche Kisten mit chinesischer Munition aus der Anlage zu entfernen, und wie Harrison später vor einem Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses aussagen würde, stimmte der Botschafter zu, da dies »dem Verdacht eines Gesetzesverstoßes entgegenwirken« werde. Der Botschafter bestritt die Vorwürfe später und behauptete, er habe Mediu lediglich geraten, eine Gegendarstellung herauszugeben, sollte die Zeitung einen Artikel über die Vorgänge veröffentlichen.⁷⁸ Das Justizministerium sprach den Botschafter, der mittlerweile in den Ruhestand getreten ist, von dem Vorwurf frei, er habe sich an der Verschleierung strafbarer Handlungen beteiligt.⁷⁹

Die Berichte der *New York Times* lösten eine Untersuchung des Betrugskomplotts aus. Diveroli wurde beschuldigt, in krimineller Absicht verbotene chinesische Munition an das Verteidigungsministerium verkauft zu haben, und wurde wegen Betrugs und Verschwörung angeklagt. Im Jahr 2009 bekannte er sich vor Gericht der Verschwörung schuldig und wurde zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt.⁸⁰ Dennoch entschied die Bundesstaatsanwaltschaft, dass dem Verurteilten das beschlagnahmte Eigentum im Wert von 4,2 Millionen Dollar einschließlich eines neuen Mercedes S550 zurückzugeben sei.

Da die von den irakischen und afghanischen Sicherheitskräften verwendete Ausrüstung sowjetischer Herkunft ist und Ersatzteile in verschiedenen früheren Ostblockstaaten beschafft werden müssen, müssen die verschiedenen amerikanischen Militärkommandos und Behörden einschließlich des Außenministeriums bei der Beschaffung unterschiedliche Qualitätsstandards anwenden. Dennoch ist schwer zu verstehen, dass ein derart großer Rüstungsauftrag einem offenkundig vollkommen ungeeigneten Unternehmen und einer derart zwielichtigen Person wie Efraim Diveroli zugesprochen wurde. Die laxen Normen, der völlige Mangel an Kontrolle und die ungenügende Sachkenntnis der für die Auftragsvergabe zuständigen Personen waren praktisch eine Garantie dafür, dass die Armee in ein Desaster schlittern würde. In Albanien

eine Garantie dafür, dass die Family in ein Desaster schlittern würde. In Arabien sollte das furchtbare Folgen für unschuldige Menschen haben.

Feruzan Durdaj war im Jahr 1993 aus einem Dorf im Süden des Landes nach Gerdec gezogen. Seine drei Kinder waren in diesem kleinen Ort zur Welt gekommen. Durdaj war stolz auf das Haus, das er in jahrelanger harter Arbeit für seine Familie gebaut hatte. Der Ort ist arm, aber die Menschen halten zusammen und helfen einander. Auf einem Hügel oberhalb von Gerdec stehen fünf niedrige Bunker aus schmutzigem Beton, die heute als Ställe für Schafe und Ziegen genutzt werden.⁸¹

Am Samstag, dem 15. März 2008, hielt es Erison Durdaj, Feruzans siebenjähriger Sohn, nicht mehr im Haus aus. Er hatte seine Hausaufgaben gemacht und hatte sich fleißig auf alle Fächer vorbereitet. Er war ein aufgeweckter Junge, gesprächig und voller Energie. Nichts liebte er so sehr, wie auf dem neuen Fahrrad, das er zum siebten Geburtstag geschenkt bekommen hatte, durch den Ort zu radeln. Sein Vater war noch nicht von der Arbeit heimgekehrt, die Mutter war damit beschäftigt, das Haus aufzuräumen. Und seine Schwester war in ein Buch vertieft. Erison verstaute seine Schulsachen in seiner Schultasche und beschloss, seine Vettern zu besuchen, die keine fünfzig Meter entfernt wohnten. Er stieg auf sein Fahrrad und fuhr los. Als er das Gartentor erreichte, verließen sein Vetter Roxhens und seine Kusine Erida gerade das Haus, um ihrer Mutter das Mittagessen in die Fabrik zu bringen. Erison schloss sich ihnen an.

Seine Tante Rajmonda arbeitete in der neuen Fabrik, die im Ort eröffnet worden war. Im April 2007 hatten auf dem Gelände der verfallenen Panzerkaserne im Ortskern die Arbeiten begonnen, und bis Juni war aus Fertigbauteilen ein Werksgebäude entstanden, das von einem wackeligen Zaun umgeben war. Von da an fuhren Tag und Nacht Militärtransporte ein und aus. Erst als die ersten Anwohner Arbeit in der Fabrik erhielten, erfuhren sie, was dort gearbeitet wurde. Was dort vor sich ging, widersprach allen Umweltschutz- und Sicherheitsvorschriften. Die Leute glaubten, es handle sich um eine staatliche Fabrik, obwohl in den ersten Tagen einige Amerikaner auftauchten, die den Einsatz der Maschinen überwachten. In kürzester Zeit wurden Dutzende unqualifizierte Arbeiter eingestellt: Männer, Frauen und auch Kinder. Und jeden Tag drängten sich draußen am Zaun Leute, die auf einen Arbeitsplatz hofften. Sie warteten, bis der Werksleiter herauskam und mit einem langen Stock auf

jene Kandidaten zeigte, die ihm am kräftigsten erschienen – wie ein Plantagenbesitzer, der auf einem Sklavenmarkt aus der neuesten Lieferung aus Afrika geeignete Ware aussuchte.

Die Arbeit war gefährlich. Ein Arbeiter erzählte, dass die Projektile manchmal explodierten und die Maschinen in Brand gerieten. Anfangs konnten die Brände leicht unter Kontrolle gebracht werden, da nur mit kleinkalibriger Munition gearbeitet wurde. Einige Arbeiter erlitten leichte Verbrennungen. Die Geschosshülsen und das Schießpulver waren leicht zu entfernen.

Im Sommer und Herbst 2007 wurden in Gerdec etwa 60 Millionen Patronen zerlegt. Und Dutzende Millionen weitere wurden neu verpackt. Am Jahresende erteilten die Behörden der Werksleitung die Genehmigung, auch großkalibrige Munition zu zerlegen, obwohl keines der beteiligten Unternehmen Erfahrung mit solchen Arbeiten hatte. Abgesehen von den fehlenden werkseigenen Sicherheitsvorkehrungen hätte eine solche Anlage selbstverständlich nie in einem Wohngebiet betrieben werden dürfen. Im Januar 2008 trafen die ersten 55 Tonnen großkalibriger Granaten ein. Bis Mitte März hatte ein unablässiger Strom von Militärfahrzeugen 8900 Tonnen Munition in der Anlage abgeladen. Ein Zehntel der gesamten Munitionsvorräte der albanischen Streitkräfte wurde in Gerdec entsorgt.

Die rastlose Aktivität lockte auch Arbeitswillige aus den Dörfern der Umgebung an. Die Arbeit bestand darin, die Bestandteile der Granaten aus den Kisten zu holen und die Geschosshülse zu öffnen, um den Zünder und den Sprengstoff zu entfernen. All das wurde auf denkbar primitive Art bewerkstelligt, nämlich von Hand. Das einzige mechanisierte Gerät in der Anlage war ein Militärbulldozer, mit dem Berge von Geschosshülsen weggeschoben wurden. Sie füllten zwei Felder mit einer Fläche von etwa 2000 Quadratmetern. Der Sprengstoff wurde in Säcke geschüttet, die Zünder in Kisten verstaut und in einem der alten Kasernengebäude gelagert. Die Geschosshülsen, die so alt waren, dass die Arbeiter in den verschimmelten Transportkisten Mäuse fanden, wurden mit Reinigungsmitteln und Öl gereinigt. Die mit der Reinigung beschäftigten Frauen säuberten auch die montierten Granaten. Die zusammengesetzten und gesäuberten Granaten wurden abtransportiert. Zurück blieben hunderte Tonnen Sprengstoff und Tausende Zünder und zerlegte Granaten.

Am 12., 13. und 14. März luden Armeelastwagen mehr als 460 Tonnen Granaten in Gerdec ab. Auf dem Gelände lagen jetzt mehr als 1000 Tonnen Sprengstoff, über 286000 Zünder und fast 4400 zerlegte oder intakte Granaten, die rund 800 Tonnen TNT enthielten. Tausende Projektile waren mit dem Bulldozer weggeschoben oder auf das Feld getragen worden, und die kurz zuvor gesäuberten Granaten lagen aufgeschichtet in einer separaten Hütte. Sämtliche verfügbaren Behälter und ein Großteil der größten Werkshalle waren mit Sprengstoff gefüllt, der teilweise in nicht versiegelten Plastiksäcken auf der Freifläche herumlag, auf der die Arbeiter mit dem Zerlegen der Granaten beschäftigt waren. Die Geschosshülsen waren seit zehn Tagen nicht mehr entfernt worden.

Erison Durdaj und seine jungen Vettern machten sich auf den Weg zur Fabrik, die keine zweihundert Meter von ihrem Spielplatz entfernt war. Sie brauchten nur fünf Minuten bis zum Werkstor. Der Wachmann ließ sie nicht hinein, nahm ihnen jedoch das Essen ab, um es Rajmonda zu bringen. »Pass auf, dass du nichts verschüttest«, sagte Roxhens zu dem Wachmann, »es sind eingelegte Oliven.« Der Wärter nickte und machte sich auf den Weg, um Rajmonda zu suchen. Die Kinder brachen zum Spielplatz auf. Erison sprang über einen Graben auf dem Feld und blieb stehen, um auf das Fahrrad zu steigen. Roxhens drehte sich nach ihm um, als er einen riesigen Feuerball sah, der sich mit einem ohrenbetäubenden Brüllen hinter Erison öffnete wie eine monströse Rose. »Eri! Eri! Eri!«, schrie er, als die tödliche Blume die drei Kinder umhüllte.

Feruzan war an seinem Arbeitsplatz in Tirana, als um fünf vor zwölf seine Frau anrief, um ihm mitzuteilen, dass es eine Explosion gegeben habe. Er brüllte ins Telefon: »Lauf! Nimm die Kinder und lauf so weit weg wie möglich!« Seine Frau antwortete, sie habe nur zwei der Kinder bei sich. Erison spiele draußen mit seinen Freunden. Feruzan sprang ins Auto und raste nach Hause. Die Polizei hatte die Zufahrt zum Ort gesperrt, aber er erreichte sein Haus auf einem Schleichweg über die Felder. Auf der Straße kamen ihm seine Frau und die beiden älteren Kinder entgegen. Seine Tochter weinte immer noch, denn genau vor ihnen war ein Geschoss explodiert. Er lud acht Personen in sein Auto und brachte sie ins Krankenhaus. Dann raste er zurück, um seinen Sohn zu finden. Man ließ ihn nicht in den Ort. Er fuhr zurück zum Krankenhaus, um dort nach Erison zu suchen.

Um vier Uhr nachmittags erfuhr er von einem Vetter, dass sein Sohn nach Tirana ins Krankenhaus gebracht worden sei. Er eilte in die Hauptstadt und suchte das Krankenhaus nach dem Kind ab. Er lief an seinem Sohn vorbei, ohne ihn zu erkennen. Seine Frau entdeckte den Kleinen. »Ich war zum Spielen draußen«, wimmerte das Kind. »Ich weiß nicht, woher das Feuer gekommen ist.« Als sein Vater Erison sah, verlor er jede Hoffnung: Der kleine Junge hatte furchtbare Verbrennungen erlitten. »Es tut mir leid«, sagte Erison leise. »Ich bin ohne Erlaubnis hinausgegangen.« Am nächsten Tag begleitete Feruzan seinen Sohn nach Italien. Dort verfolgte er den Todeskampf des Kindes im Krankenhaus durch ein Fenster. Nach achtzehn Tagen weckten sie Feruzan in der Nacht, um ihm zu sagen, dass sein Sohn gestorben war. Er hatte Erisons Stimme nicht mehr gehört.⁸²

An dem verhängnisvollen Tag hatten sich die Explosionen noch bis um zwei Uhr nachts fortgesetzt und waren noch in mehr als hundertfünfzig Kilometern Entfernung zu hören. Feruzan verlor bei dem Unfall auch seine Schwägerin Rajmonda. Vierundzwanzig weitere Einwohner des Ortes starben. Ein Verwandter Feruzans, der in dem Haus lebte, das der Fabrik am nächsten gelegen war, überlebte wie durch ein Wunder: Uran Deliu verlor seine Mutter, seinen Vater, seinen dreijährigen Sohn, seine schwangere Frau, seinen Bruder und seine Schwiegermutter, die gerade zu Besuch war. Mehr als 300 Menschen wurden verletzt. 318 Häuser wurden vollkommen zerstört, fast 400 weitere beschädigt.⁸³ Die Opferzahlen wären noch höher gewesen, hätten sich nicht viele Einwohner außerhalb aufgehalten und wäre es nicht Hunderten Menschen gelungen, sich auf die Anhöhe zu flüchten, wo einige Schutz in Enver Hoxhas surrealen Bunkern fanden.

Sechs Monate nach der Explosion in Gerdec wurde unweit von Korça die Leiche von Kosta Trebicka aufgefunden, der den Mut gehabt hatte, das Korruptionsnetz und die kriminelle Fahrlässigkeit in Gerdec publik zu machen. Es hieß, er sei bei einem Autounfall gestorben. Doch die widersprüchlichen Darstellungen des Vorfalls weckten Zweifel an dieser Behauptung, auch erfuhr man, dass er bedroht worden war.⁸⁴

Als ich mit Feruzan auf dem Hügel oberhalb von Gerdec, in dessen Ortskern noch immer die beiden zerstörten Werkshallen als Symbole des Leidens seiner Einwohner standen, fragte ich ihn, wie das Leben in diesem Ort zwei Jahre nach dem Unfall aussähe. Zwischen den zerfallenen Bunkern trotteten Ziegen umher

dem Ort ausser. Zwischen den zerfallenen Balken hockten Ziegen an. Andere Dorfbewohner, die uns umringten, nickten zustimmend, als dieser gut aussehende, würdevolle und vom Leid gezeichnete Mann erwiderte: »Wir leben jede Minute an jedem Tag auf einem Friedhof.«

Wenn das Verteidigungs- und das Außenministerium offenkundig nicht in der Lage sind, ihre Auftragnehmer zu überprüfen und zu kontrollieren, und wenn der Kongress seine Aufsichtsfunktion, wie es scheint, nicht wahrnehmen will, so bleiben nur das Justizministerium, die ihm unterstellten Behörden und die Börsenaufsichtsbehörde SEC als Bollwerke gegen die völlige Anarchie im Waffenhandel. Doch das Justizministerium verfügt nur über begrenzte Mittel und zeigt in aller Regel wenig Begeisterung, wenn es um die Untersuchung von Korruption in der Waffenindustrie geht.

Das wurde mir im Jahr 2008 bei einem Treffen mit einem erfahrenen Ermittler in Sachen Korruption beim FBI klar. Ich wartete vor dem J. Edgar Hoover Building in der Pennsylvania Avenue auf ihn. Der Sitz des FBI ist ein imposantes, wenn auch etwas bedrohlich wirkendes Gebäude. Mein Gesprächspartner war an mich herangetreten, weil er meine Recherchen zu dem südafrikanischen Waffengeschäft verfolgt hatte und sich für meinen Informationsstand in Bezug auf die Korruption in der amerikanischen Rüstungsindustrie interessierte. Ein groß gewachsener Mann, der jünger war, als seine Stimme am Telefon hatte vermuten, näherte sich der Bank, auf der ich saß, und gab mir zu verstehen, ihm zu folgen. Wir gingen sechs Blocks weit, bis er ein kleines Café betrat.

Wir ließen uns in einer etwas versteckten Ecke nieder. Er war nervös. Er sprach, ohne Atem zu holen, seine Frustration war spürbar: »Sehen Sie sich Nigeria an. Sehen Sie sich dieses amerikanische Unternehmen X an. Diese Leute betreiben Korruption, die jedoch als geringfügig betrachtet wird. Sie unterzeichnen nie einen Vertrag mit einem Umfang von mehr als 70 Millionen Dollar. Für jeden Auftrag zahlen sie Schmiergelder in Höhe von 1 bis 2 Millionen. Geschäfte dieser Größenordnung werden nie untersucht, dafür fehlen uns die Kapazitäten. Erst wenn sie zehn oder fünfzehn solcher Geschäfte abschließen, werden wir aktiv. Wir müssen uns auf die großen Aufträge konzentrieren, weil nie genug Mitarbeiter für ausländische Korruptionsfälle im Waffenhandel oder allgemein im Militärssektor zur Verfügung stehen.« Er war

der Meinung, dass die Korruption bei Waffengeschäften trotz der geltenden Gesetze ein großes Ausmaß habe.

Wir vereinbarten, in Kontakt zu bleiben und regelmäßig Informationen auszutauschen.

Meine Quelle hatte mir bestätigt, dass das Anti-Korruptionsgesetz, der Foreign Corrupt Practices Act (FCPA), mit dem die Bestechung ausländischer Amtspersonen durch amerikanische Firmen bekämpft werden sollte, in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten seiner Existenz nicht konsequent angewandt worden sei. Zwischen 1977 und 2001 wurden nur 21 Unternehmen und 26 Einzelpersonen wegen Verstößen gegen dieses Gesetz verurteilt.⁸⁵ Im Jahr 2002 urteilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Zahl der Ermittlungen und zivilrechtlichen Vollzugsmaßnahmen aufgrund von Verstößen gegen den FCPA sei »nicht hoch gewesen«.⁸⁶ Doch ab 2002 stieg die Zahl der verfolgten Korruptionsfälle, da den Behörden mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden; in diesem Zuge wurde auch ein fünfköpfiges Anti-Korruptionsteam gebildet, das seither stark gewachsen ist.⁸⁷ Ende des Jahres 2009 untersuchten das Justizministerium und die Börsenaufsicht gemeinsam in 120 Fällen wegen Bestechung und Korruption.⁸⁸ Auch die Zahl der Verfahren, in denen gegen mehrere Unternehmen gleichzeitig ermittelt werden, ist gestiegen.⁸⁹ Doch obwohl das zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung ist, wird immer noch viel zu wenig getan.

Zur Durchsetzung der Anti-Korruptionsgesetze werden sowohl straf-als auch zivilrechtliche Sanktionen ergriffen. Die SEC setzt Geldbußen und in vielen Fällen auch die Abschöpfung von Vermögen aus korrupten Geschäften ein, und sowohl die SEC als auch das Justizministerium streben im Umgang mit Rechtsbrechern zunehmend Vergleiche und Verständigungen an, um langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren zu vermeiden. Beide Einrichtungen glauben, mit solchen »Deals« eher strukturelle Veränderungen in den betroffenen Unternehmen bewirken zu können.⁹⁰ Eine Strafverfolgung kann zum Verlust von Exportprivilegien und zum Ausschluss von amerikanischen Regierungsaufträgen führen, obwohl es nur selten so weit kommt.⁹¹

Im Zeitraum zwischen 1978 und 2002 wurden von den insgesamt dreizehn Untersuchungen, die die SEC einleitete, zwei ohne Sanktionen eingestellt.

Zwischen 1978 und 1996 wurden sogar in sieben dieser dreizehn Fälle keine Geldbußen oder Strafen verhängt, sondern die betroffenen Unternehmen kamen mit einem gerichtlichen Unterlassungsbefehl davon, das heißt mit einem Klaps auf die Finger. Fast zehn Jahre lang leitete die SEC keinerlei Untersuchungen wegen Verstößen gegen die vom FCPA geforderten Dokumentationsvorschriften ein.⁹² Wenn Geldbußen verhängt wurden, fielen sie im Allgemeinen sehr gering aus.⁹³ Die Geldstrafen bewegten sich im Zeitraum von 1978 bis 2001 zwischen 1500 Dollar und 3,5 Millionen Dollar; nur Lockheed musste im Jahr 1994 eine saftige Strafe von 21,8 Millionen Dollar zahlen. Im selben Zeitraum wurden über Einzelpersonen Geldbußen zwischen 2500 und 309000 Dollar verhängt, und bis 1994 wurde kein einziger Gesetzesbrecher zu einer Haftstrafe verurteilt.⁹⁴

Der Lockheed-Fall von 1994 betraf seine Aktivitäten in Ägypten, wo eine gewisse Dr. Leila Takla zwischen 1980 und 1990 für das Unternehmen als Beraterin im Bereich Markterschließung und Absatzförderung tätig war. Im Jahr 1987 wurde Takla ins ägyptische Parlament gewählt, wo sie ihren Einfluss im Verteidigungsministerium geltend machte, um Lockheed zahlreiche Aufträge zuzuschancen – unter anderem einen über drei C-130-Transportflugzeuge. Im Verlauf der Vertragsverhandlungen für diese Flugzeuge erklärte sich Suleiman Nassar, der Leiter des Nahostbereichs von Lockheed International, zu monatlichen Zahlungen an Takla bereit. Lockheed überwies insgesamt 129000 Dollar an eine Gesellschaft namens Takla Inc., deren Prokurist Taklas Ehemann war, ein Polizeigeneral. Außerdem übermittelte das Unternehmen falsche Angaben zu den Bestechungsgeldern an die Defense Security Assistance Agency, die für die Zusammenarbeit mit verbündeten Staaten zuständige Behörde des Verteidigungsministeriums.

Schließlich erhielt Lockheed den Zuschlag für einen Auftrag mit einem Wert von fast 79 Millionen Dollar. Nach der Vertragsunterzeichnung zahlte das Unternehmen Takla eine Provision von 1 Million Dollar.⁹⁵ Takla saß, nebenbei gesagt, im Vorstand der Suzanne Mubarak Women's International Peace Movement, war Vorsitzende des Freiwilligen-Fonds der Vereinten Nationen und der Union of the World's Parliament.

Die Zusammenbrüche von Enron, Worldcom, Tyco International, Peregrine und Adelphia sowie das Platzen der Dotcom-Blase zwangen die Parlamentarier, die auf die Wut ihrer Wähler reagieren mussten sowohl den rechtswidrigen

die auf die Wahl ihrer Wähler reagieren mussten, sowohl den rechtswidrigen Auslandsabenteuern amerikanischer Unternehmen als auch dem Konzernschamanismus, der die Märkte ergriffen hatte, einen Riegel vorzuschieben. Im Jahr 2000 wurde der International Anti-Corruption and Good Governance Act (IAGGA) verabschiedet, ein Gesetz, das amerikanische Unternehmen davon abhalten sollte, ausländische Regierungen oder Beamte zu bestechen. Im Jahr 2002 folgte der Sarbanes-Oxley Act (SOX), mit dem Unternehmen zu einer verlässlichen Berichterstattung gezwungen werden sollten.

Die Regierung gab ihre Absicht bekannt, die Wirtschaftskriminalität in den Mittelpunkt ihres »Kriegs gegen das Verbrechen« zu rücken, womit sie einen tief greifenden Wandel in der Vorgehensweise von SEC und Justizministerium herbeiführte. Begünstigt wurde dieser Kurswechsel durch die Notwendigkeit, im Rahmen des »Kriegs gegen den Terror« gegen die Geldwäsche vorzugehen, sowie dadurch, dass der in diesem Zusammenhang verabschiedete Patriot Act die Überwachung und Rückverfolgung von Geldströmen erleichterte.

All diese neuen Gesetze änderten nichts am Foreign Corrupt Practices Act (FCPA), aber die möglichen Strafen wurden erheblich verschärft. Und die neuen Rechtsvorschriften zwangen die Unternehmen zu einer transparenteren Buchführung, zu einer besseren Beachtung der Sorgfaltspflicht und zu strengeren Prüfungsstandards. Geschäftsführern und Finanzchefs drohen bei schweren Verstößen nun Geldstrafen von bis zu 5 Millionen Dollar und Haftstrafen von bis zu zwanzig Jahren. Die Androhung solcher Strafen hat zweifellos etwas bewirkt.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Untersuchungen und Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Anti-Korruptionsgesetz gestiegen, und auch die großen Konzerne scheinen nicht gegen solche Untersuchungen gefeit zu sein. Es sind Großunternehmen untersucht worden, und die Ermittlungsbehörden sind eher zu gemeinsamen Untersuchungen bereit. Die großen FCPA-Untersuchungen der amerikanischen Bundesregierung werden in letzter Zeit auch häufiger von parallelen Untersuchungen in anderen Ländern begleitet, etwa in Großbritannien im Fall von BAE und in Frankreich und Nigeria im Fall von Halliburton. Auch die Strafen sind verschärft worden. Anfang 2009 wurde KBR mit einer Geldbuße von 402 Millionen Dollar belegt und musste gemeinsam mit seinem ehemaligen Mutterunternehmen Halliburton eine Abschöpfung

illegitimer Vermögensvorteile in Höhe von 177 Millionen Dollar hinnehmen.⁹⁶ Und soweit wir wissen, willigte BAE schließlich ein, 400 Millionen Dollar Strafe zu bezahlen, weil das Unternehmen die amerikanische Regierung über seine korrupten Geschäfte in Saudi-Arabien und Osteuropa belogen hatte.

Obwohl diese Strafen sehr viel höher ausfielen als bei früheren Verstößen gegen das Anti-Korruptionsgesetz, waren sie eigentlich nie dem Ausmaß der Korruption angemessen. Beispielsweise dürften in der Bestechungskampagne von BAE für den Al-Yamamah-Vertrag mit Saudi-Arabien, der einen geschätzten Umfang von 43 Milliarden Pfund hatte, nicht weniger als 6 Milliarden Pfund an Schmiergeldern geflossen sein. Gemessen daran ist eine Geldbuße von 400 Millionen Dollar etwa so schmerzhaft wie ein Strafzettel wegen Falschparkens. Und wenige Tage nach Bekanntgabe des BAE-Vergleichs erhielt das Unternehmen einen Rentenzuschuss von 269 Millionen Pfund, womit drei Viertel der Geldbuße wieder wettgemacht waren. In jenem Geschäftsjahr meldete BAE einen Umsatz von 21,5 Milliarden und einen Gewinn von 2,2 Milliarden Pfund.⁹⁷

Mike Koehler, der an der Butler University Wirtschaftswissenschaften unterrichtet, bemerkte dazu spöttisch: »Wenn ein Unternehmen eine Strafe von 400 Millionen oder 180 Millionen Dollar zahlen muss, denken die Leute: ›Mann, die haben aber wirklich einen auf den Deckel bekommen!‹ Sieht man sich jedoch die Vorwürfe an, die das Justizministerium gegen das Unternehmen erhoben hat, und rechnet den Betrag der Schmiergeldzahlung und den Betrag zusammen, den das Unternehmen dank dieser Bestechungsgelder verdiente, so stellt man fest, dass sich der Verstoß trotzdem gelohnt hat.«⁹⁸

Welchem Ziel dienen solche Geldstrafen? Sollte der Staat ein Unternehmen auch bestrafen, wenn die Strafe seinen Zusammenbruch herbeiführen könnte? Ist es gerecht, dass Aktionäre und Beschäftigte, die nichts von Bestechungspraktiken wissen, infolge einer hohen Strafe ihr Geld oder ihren Arbeitsplatz verlieren? Sollten die Regierungen straffällig gewordene Unternehmen abhängig von der Schwere des Verstoßes für einen bestimmten Zeitraum von öffentlichen Aufträgen ausschließen, selbst wenn dies die Grundlagen der Industrie oder im Fall des militärisch-industriellen Komplexes die nationale Sicherheit bedrohen würde? Inwieweit sollten Unternehmen für die Handlungen einzelner Mitarbeiter zur Verantwortung gezogen werden, und inwieweit sollte ein Mitarbeiter für seine Beteiligung an Korruptionspraktiken

inwiefern sollte ein Mitarbeiter für seine Beteiligung an Korruptionspraktiken seines Unternehmens bestraft werden?

Zu beurteilen, wie hart eine Strafe wirklich ist, wird dadurch zusätzlich erschwert, dass kaum Informationen über FCPA-Fälle in die Medien gelangen. Die Untersuchungen finden nur selten öffentlich statt, und die Vorwürfe werden zumeist außergerichtlich beigelegt, damit die Unternehmen sich nicht wochenlang mit schlechter Presse herumschlagen müssen und um sich hohe Anwaltsgebühren zu ersparen. Tatsächlich ziehen es die meisten Unternehmen vor, reinen Tisch zu machen und sich zumindest den Anschein von einem Neubeginn zu geben, indem sie ein paar Mitarbeiter demonstrativ auf die Straße setzen – wie es Lockheed mit Kotchian und Haughton tat – und Nachsicht mit dem Unternehmen fordern. Dies mag den Untersuchungsbehörden und dem Unternehmen durchaus das Leben erleichtern, aber es dient nicht gerade der Transparenz und macht eine Überprüfung durch die Öffentlichkeit unmöglich. Ein überzeugendes Argument gegen diese Vorgehensweise lautet, dass der demokratische Prozess zur Verbesserung oder Änderung von Gesetzen nicht richtig funktionieren kann, wenn im Dunkeln bleibt, wie das Gesetz angewandt wird.

Oft räumen Unternehmen ihre Schuld ein und erklären sich zur Kooperation mit den Untersuchungsbehörden bereit, sobald klar ist, dass die Ermittler stichhaltige Beweise für ihre Vorwürfe in der Hand haben. Nur sehr selten sind Unternehmen so stur wie der BAE-Konzern, der sich bis zum Schluss weigerte, mit den Behörden zusammenzuarbeiten, sodass die Ermittler sich schließlich gezwungen sahen, die BAE-Spitzenmanager Mike Turner und Nigel Rudd auf amerikanischen Flughäfen festzuhalten und den Inhalt ihrer Laptops, Telefone, Organizer und Unterlagen zu kopieren, bevor sie ihnen erlaubten, ihren Weg fortzusetzen. Die Befugnis, sämtliche ins Land eingeführten Daten zu untersuchen und zu kopieren, war den amerikanischen Strafverfolgungsbehörden mit den Anti-Terrorgesetzen gewährt worden, um ihnen die Aufdeckung von Anschlagplänen und die Verfolgung anderer Vergehen wie Kinderpornographie und Urheberrechtsverletzungen zu erleichtern.⁹⁹

Das Anti-Terrorgesetz des FCPA folgt dem Prinzip »Respondeat superior«, was bedeutet, dass ein Unternehmen in seiner Gesamtheit der Bestechung schuldig gesprochen werden kann, wenn einer seiner Mitarbeiter diese Straftat begeht, selbst wenn dieser Mitarbeiter auf einer niedrigen Ebene tätig ist oder

gegen die offizielle Firmenpolitik verstößt. Somit genügt ein Mindestmaß an Beweisen zur Verurteilung des Unternehmens wegen Bestechung.¹⁰⁰ Das im Juli 2010 verabschiedete Finanzreformgesetz (offiziell »Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act«) enthält Bestimmungen, die Mitarbeitern, die Verstöße ihres Unternehmens gegen die FCPA-Vorschriften anzeigen, einen Anteil an den Vergleichszahlungen oder Geldstrafen zusichern. Die SEC zahlt Informanten mindestens 10 und bis zu 30 Prozent von Geldstrafen über 1 Million Dollar, die in einem erfolgreichen Strafverfahren über ein Unternehmen verhängt werden. In Anbetracht des Umfangs der jüngsten FCPA-Vergleiche dürften Mitarbeiter daher durchaus ein Interesse daran haben, korrupte Praktiken des eigenen Unternehmens publik zu machen.¹⁰¹

Es liegt auf der Hand, dass es in der Rüstungsindustrie mehr Fälle von Bestechung und Korruption gibt als publik werden. Die meisten Verstöße werden bewusst aus Gründen der nationalen Sicherheit in den Mantel der Verschwiegenheit gehüllt. Einige Unternehmen erstatten aber auch tatsächlich Selbstanzeige und ergreifen Abhilfemaßnahmen, die das Justizministerium oder die Börsenaufsicht davon überzeugen, dass der Gerechtigkeit in hinreichendem Maße Genüge getan worden ist.¹⁰² In den Fällen von BAE und KBR/Halliburton bestand allerdings zweifellos die Absicht, das illegale Verhalten zu vertuschen.

Berühmt geworden ist die Äußerung des BAE-Managers Mike Turner gegenüber dem britischen Serious Fraud Office (SFO), mit der er die maßlosen Bestechungssummen seines Unternehmens zu rechtfertigen versuchte. Turner sagte, das ausgedehnte Netz von Briefkastenfirmen, mit deren Hilfe Bestechungsgelder gewaschen wurden, sei erforderlich gewesen, um die Vertraulichkeit der Geschäfte zu wahren und neugierige Journalisten und Rüstungsgegner fernzuhalten.¹⁰³ Die systematische und langjährige Fälschung von Zahlungen, gedeckt von einer Konzernführung, die genau wusste, was sie tat, war illegal und hätte eine sehr viel höhere Strafe gerechtfertigt.

Im Fall von KBR bediente man sich des französischen Anlagebauunternehmens Technip, das seinerseits Strohfirmer in Gibraltar und Japan einsetzte, um nigerianischen Beamten Schmiergeld zukommen zu lassen.¹⁰⁴ Technip wurde mit einer Geldbuße von 240 Millionen Dollar und einer Gewinnabschöpfung von 98 Millionen Dollar bestraft.¹⁰⁵ Zwar fielen die Strafen auch in diesem Fall deutlich höher aus als in der Vergangenheit, aber dem

Unternehmen schadete dies wenig, denn Technip machte im Jahr 2009 trotzdem einen Gewinn von 417,3 Millionen Dollar.¹⁰⁶ Nach Ansicht der Ermittler war der Konzern bewusst so aufgebaut, dass sich KBR »der rechtlichen Verantwortung für die Bestechung nigerianischer Regierungsvertreter durch die Bevollmächtigten des Joint Ventures entziehen konnte«. Der geschäftsführende Vorsitzende des Unternehmens, Albert »Jack« Stanley, erhielt eine siebenjährige Haftstrafe. Zwei britische Bürger, Jeffrey Tesler und Wojciech Chodan, die in den Vereinigten Staaten wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der Verschwörung angeklagt und in Großbritannien verhaftet wurden, warten gegenwärtig auf ihre Auslieferung an die amerikanischen Behörden. Verblüffend ist, dass man sich im Fall von KBR dazu entschloss, einzelne Personen strafrechtlich zu verfolgen, während man im Fall von BAE darauf verzichtete.

Die Zahl der Fälle, in denen Einzelpersonen belangt werden, ist gestiegen – im Jahr 2009 wurde drei Gerichtsverfahren wegen Bestechung ausländischer Regierungsvertreter eingeleitet, in denen sich vier Personen verantworten mussten, was ebenso viel Strafprozesse waren wie in den vorangegangenen sieben Jahren zusammen¹⁰⁷ – aber auch das ist keine beeindruckende Zahl, und die großen Rüstungsunternehmen waren nicht betroffen. Das deutet darauf hin, dass Bestechung und Korruption auf der höchsten Ebene der Rüstungsindustrie weiterhin geduldet werden.

Kein Unternehmen ist einem Ausschluss von Rüstungsaufträgen näher gekommen als BAE, dessen amerikanische Exportprivilegien während der Untersuchung durch das US-Außenministerium zeitweilig aufgehoben wurden.¹⁰⁸ Anscheinend werden spezifische Maßnahmen ergriffen, um die Ausschlussregeln nicht auf große Waffenhersteller anwenden zu müssen. Insbesondere werden den Unternehmen wie im Fall von BAE Verstöße zur Last gelegt, die nicht unter die FCPA-Bestimmungen fallen.¹⁰⁹ Es wurde eine Gesetzesinitiative eingeleitet, um Blackwater (Xe) aufgrund seiner FCPA-Verstöße von staatlichen Aufträgen auszuschließen. Im Mai 2010 wurde im Kongress eine Gesetzesvorlage eingebracht, die vorsah, jedes Unternehmen, das gegen den FCPA verstößt, von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Bundesbehörden, die mit derart sanktionierten Unternehmen zusammenarbeiten, sollten gezwungen werden, ihre Vorgehensweise in einem Bericht an den Kongress zu rechtfertigen.¹¹⁰

Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit von Regierung, Kongress und

... Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit von Regierung, Kongress und Rüstungsunternehmen sind in der Praxis sogar Wiederholungstäter »zu wichtig«, um sie von Staatsaufträgen auszuschließen. Beispielsweise konnte der Staat KBR in der Praxis unmöglich ausschließen, da diesem Unternehmen militärische Funktionen im Wert von mehreren Milliarden Dollar übertragen worden waren. Ähnlich lagen die Dinge im Fall von BAE, dessen Arbeit an neuen Rüstungsprojekten bei einem Ausschluss ebenso gefährdet gewesen wäre wie die Instandhaltung der bereits von den amerikanischen Streitkräften verwendeten BAE-Ausrüstung.

Es gibt auch das Argument, es sei ungerecht, eine derart harte Strafe über Unternehmen zu verhängen, die fast vollkommen auf Regierungsaufträge angewiesen seien: In den riesigen Rüstungsunternehmen machten sich nur sehr wenige Personen der Bestechung schuldig, und die Beschäftigten und Aktionäre dürften nicht für die Verbrechen einiger weniger Manager bestraft werden. Doch der Status quo ist eine Straffreiheitsgarantie für die Rüstungsindustrie und schützt sogar Serientäter vor Strafen, die ihrem Geschäft ernsthaften Schaden zufügen könnten.

Kleinere Waffenhersteller müssen bei gesetzwidrigen Praktiken sehr viel eher harte Konsequenzen fürchten, insbesondere seitdem die FCPA-Bestimmungen vor einigen Jahren umgekrempelt wurden, um in Ermittlungen gegen Rechtsbrecher auch Lockvogeloperationen zuzulassen. Der Einsatz von Lockvögeln wird in der Öffentlichkeit zumeist mit der Jagd auf Drogenhändler assoziiert. Doch solche Täuschungsmanöver, die von Journalisten seit vielen Jahren zur Aufdeckung illegaler Waffengeschäfte eingesetzt werden, zählen seit einiger Zeit auch zur Ermittlungspraxis der US-Drogenbehörde DEA und des Heimatschutzministeriums.

Lockvogeloperationen wurden von den amerikanischen Strafverfolgungsbehörden eingesetzt, um Monzer al-Kassar, Viktor But und Amir Ardebili das Handwerk zu legen.¹¹¹

Die Operation gegen den iranischen Waffenhändler Amir Ardebili wurde von der Einwanderungs- und Zollbehörde (Immigration and Customs Enforcement, ICE) des Heimatschutzministeriums vier Jahre lang geplant. Die ICE baute eine Reihe von falschen Rüstungsunternehmen auf, um die Mitglieder des iranischen Waffenbeschaffungsnetzes in eine Falle zu locken.¹¹²

John Shiffman, der Journalist, der die Operation im *Philadelphia Inquirer* an die Öffentlichkeit brachte, beschreibt Ardebili als einen kleinen Waffenhändler, der das Internet nutzte, um, trotz Embargo, von amerikanischen Unternehmen Zivil- und Militärtechnologie zu kaufen und an seinen einzigen Kunden weiterzuverkaufen – die iranische Regierung. Ardebili war ein ganz gewöhnlicher junger Mann. Er war Ende zwanzig und lebte noch bei seinen Eltern in der Millionenstadt Schiras im Südiran. Auf den Geschmack gekommen war er in seinem unterbezahlten Job in einem staatlichen Betrieb, wo er dafür zuständig war, bei iranischen Waffenmaklern Bestellungen aufzugeben vor allem über amerikanische und europäische Waffen, die unter das Embargo fielen.

Shiffman beschreibt das raffinierte Logistiksystem, das dabei zum Einsatz kam. Wie so oft in der Schattenwelt des Waffenhandels wurde die Ware von den USA aus zu einem sicheren Hafen verschifft, in der Regel in Europa oder im Nahen Osten – Amsterdam, Dubai oder Beirut waren bevorzugte Ziele. In diesem zweiten Hafen wurde die Ware dann neu deklariert, manchmal sogar neu verpackt, und von dort ging sie als neue Bestellung zu einem Verbindungsmann im Iran, der die Ware an den staatlichen Betrieb weiterleitete, der sie schließlich den iranischen Streitkräften zur Verfügung stellte.

Obwohl Ardebili seinen Job in dem Betrieb gut machte, verdiente er lediglich 650 Dollar in der Woche. Um sein Einkommen aufzubessern, ergriff er Anfang des Jahres 2004 die Initiative und eröffnete ein kleines Büro in Schiras. Seine ehemaligen Mitarbeiter in dem Staatsbetrieb freuten sich, dass sie seine Dienste als Mittelsmann in Anspruch nehmen konnten. Ardebili legte sich zu diesem Zweck eine Internet-Identität zu: Er nannte sich »Alex Dave« und verwendete eine Kontaktadresse in Dubai. Interessanterweise, so Shiffman, verriet Ardebili seinen Kunden nie, wo sein Unternehmen seinen Sitz hatte, und sie fragten auch nur selten nach. Seine Kundendatei wuchs rasant, das Geschäft florierte.

Der ICE-Agent, der die Operation gegen den Iran leitete, war Patrick Lechleitner, der aufgrund früherer Tätigkeiten als Polizist, Navy-Analyst und Ermittler der National Security Agency prädestiniert war für dieses komplexe, kostspielige und riskante Unternehmen.

Lechleitner trat als Waffenmakler auf und richtete sich eine entsprechende Website ein. Er durchforstete Internetforen nach dubiosen Anfragen. Außerdem befragte er amerikanische Unternehmen, ob sie verdächtige Anfragen aus dem

beruhte er amerikanische Unternehmen, ob sie verdächtige Anfragen aus dem Ausland erhielten.

Shiffman beschreibt, wie sich im April 2004 ein kleiner Fabrikeigentümer an Lechleitner wandte. Er hatte eine angeblich aus Dubai stammende Anfrage nach Ersatzteilen für Kampfflugzeuge erhalten. »Der Mann war völlig baff wegen der Unverblümtheit der E-Mail«, berichtete Lechleitner dem Journalisten. Der Agent und der Unternehmer waren sich einig, dass mit der Anfrage etwas nicht stimmte. Lechleitner vermutete, dass sie nicht aus Dubai, sondern aus dem Iran kam.

Der Iran ist seit Jahren verzweifelt bemüht, an amerikanische Waffen und Militärtechnologie zu kommen, denn die veraltete militärische Infrastruktur des Landes stammt überwiegend aus den Vereinigten Staaten – dies ist das Vermächtnis amerikanischer Waffenlieferungen im Wert von vielen Milliarden Dollar in den sechziger und siebziger Jahren. Aber der Iran hat es nicht nur auf Ersatzteile abgesehen. Das Land versucht, seine Streitkräfte auch mit dem Equipment auszustatten, das für einen Krieg im 21. Jahrhundert unverzichtbar ist: Radar, Sonar, Schutzwesten, Bordcomputer, Lenkwaffentechnologie. Nach Angaben amerikanischer Regierungsvertreter beliefert das theokratische Regime des Holocaust-Leugners Mahmud Ahmadinedschad darüber hinaus auch Feinde der USA und versorgt die Taliban, die Hisbollah und Aufständische im Irak und in Afghanistan mit Militärausrüstung.

Die vermeintlich aus Dubai stammende Anfrage war eine vielversprechende Fährte, der Lechleitner nachging. Er bat den amerikanischen Unternehmer, in Kontakt mit dem Kunden zu treten und ihn an die Scheinfirma von Lechleitner zu verweisen. Solche »Weiterempfehlungen« sind völlig normal in der Welt des Waffenhandels und erregen keinerlei Aufsehen.

Lechleitner beobachtete den Iraner und stellte fest, dass »Alex Dave« sehr aktiv war. Er schickte derart viele Preisanfragen, dass ein Mitarbeiter von Lechleitner über ihn sagte: »Der Bursche wird so oft zitiert wie Shakespeare!« Von da an war »Alex Dave« für die amerikanischen Ermittler nur noch »Shakespeare«, und die Untersuchung wurde als »Operation Shakespeare« bezeichnet.

Als Amir Ardebilis Aktivitäten immer weiter zunahmen, beschloss die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE einzuschreiten. Die Beamten schalteten einen weiteren Undercover-Agenten namens »Darius« ein, der im Baltikum eine

fingierte amerikanische Waffenfirma betrieb. Die CIA hatte für 100 Millionen Dollar elf solche »Schaufenster« im Ausland ins Leben gerufen, doch bis auf diese eine waren alle gescheitert. Über einen britischen Waffenmakler, der es für die ICE übernahm, dem Iraner zu empfehlen, sich vertrauensvoll an »Darius« zu wenden, wurde der Kontakt hergestellt. Die Ereignisse nahmen ihren Lauf.

»Alex Dave« telefonierte mit »Darius« mehrfach per Handy. Als der Iraner bei einem solchen Gespräch Nachtsichtgeräte bestellte, tat sein Gesprächspartner besorgt wegen des US-Embargos und wies darauf hin, dass der Handel illegal sei. Ardebili versuchte, die Bedenken seines neuen Geschäftspartners zu zerstreuen. Er erklärte ihm sein System der Verschiffung, das er perfektioniert hatte und das es ihm erlaubte, das eigentliche Ziel, den Iran, geheimzuhalten. Solche Transaktionen habe er schon häufig gemacht, und nie habe es Probleme gegeben.

Nach monatelanger Korrespondenz vereinbarten die beiden ein Treffen in der georgischen Hauptstadt Tiflis. Dort trafen sie sich mit verdeckten Ermittlern der ICE, die Mikrochip-Radareinheiten und Gyroskope mitbrachten, die der Iraner angefordert hatte, um ihm zu beweisen, dass sie die Ware tatsächlich liefern konnten. Ardebili wurde auf Video und Tonband aufgenommen, als er über seine umfangreichen Aktivitäten berichtete. Anschließend wurde er von der georgischen Polizei verhaftet. Sein Laptop wurde beschlagnahmt.

Nach zähen Verhandlungen bewilligten die Behörden Monate später seine Ausweisung. Er wurde in die USA ausgeflogen, wo man ihm den Prozess machte.

Unterdessen hatten die Ermittler eine erstaunliche Menge an Informationen auf Ardebilis Laptop gefunden. Shiffman schreibt, dass mithilfe dieser Informationen das Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security, DHS), dem die ICE untersteht, siebzig amerikanische Unternehmen ermitteln konnte, die illegale Waffengeschäfte mit dem Iran getätigt hatten, sechzehn davon waren wichtige Auftragnehmer des Pentagon. Man stieß darüber hinaus auf Daten, anhand derer man dreiundreißig Banküberweisungen zurückverfolgen konnte: Das Geld war von Teheran aus über Europa auf die Konten von amerikanischen Herstellern überwiesen worden. Auch konnte man über zwanzig Iraner identifizieren, die sich wie Ardebili an der Beschaffung amerikanischer Rüstungsgüter beteiligt hatten, außerdem rund fünfzig staatliche Unternehmen im Iran, die für die iranischen Streitkräfte Waffen und Bauteile

vermittelten.

Während Ardebili unter Geheimhaltung in einem Gefängnis in Philadelphia weggesperrt war, eigneten sich die Agenten seine Online-Identität an und begannen, als Waffenmakler Alex Dave aus Schiras Verhandlungen mit hundertfünfzig amerikanischen Unternehmen aufzunehmen. Die Sache entwickelte sich zu einer der größten Operationen des Ministeriums für Innere Sicherheit. Man konnte auf diese Weise rund zwanzig Firmen ermitteln, in den USA, in Dubai und in Europa, die illegale Geschäfte mit dem Iran machten.

Bei seinem Prozess im Jahr 2009 brach Ardebili, nach zwei Jahren Einzelhaft, zusammen. Laut Schiffman behauptete er unter Tränen, er sei kein internationaler Waffenhändler. »Ich habe nichts Böses getan«, so seine Worte, »ich habe weder meinem Volk noch meiner Regierung geschadet. Ich wollte nur ein anständiges Leben führen können ... Sie nennen mich einen internationalen Waffenhändler, aber das ist einfach nicht wahr. Ich bin niemand.« Der Richter gelangte zu der Überzeugung, dass Ardebili aufrichtige Reue zeige und vermutlich nie in den Iran zurückkehren werde. »Sie sind tatsächlich ein Mann ohne Heimat.«

Mithilfe der Daten von Ardebilis Computer konnten das Ministerium für Innere Sicherheit und andere Behörden rund hundert Untersuchungen einleiten, die bislang in vier Fällen zu Anklagen geführt haben. Weitere werden folgen. Aber nur die wenigsten Fälle wurden publik gemacht. Die anderen sind weiterhin Verschlussachen, um die Ermittlungen nicht zu gefährden.

In zahlreichen Fällen haben die Strafverfolgungsbehörden auf eine Anklage verzichtet, weil sie nicht zweifelsfrei beweisen können, dass die beteiligten amerikanischen Unternehmen wussten, für welches Land ihre Erzeugnisse bestimmt waren. In diesen Fällen statteten die Ermittler den Unternehmensführungen diskrete Besuche ab, warnten sie inoffiziell vor weiteren derartigen Geschäften und forderten sie auf, in Zukunft die Behörden zu informieren, wenn ihnen etwas verdächtig vorkam.

In einem ganz andersartigen Fall, der sich auf amerikanischem Boden abspielte, nahm im Januar 2010 ein Großaufgebot von zweihundertfünfzig FBI-Agenten an der Verhaftung von fünfundzwanzig Personen teil, die sich bereit erklärt hatten, hohe Bestechungsgelder zu zahlen, um an erfundene Verträge zur Ausrüstung der Garde des Präsidenten von Gabun zu gelangen.¹¹³ Diese Lockvogeloperation

dauerte zweieinhalb Jahre und endete am 17. Januar 2010 mit der Verhaftung von einundzwanzig Waffenhändlern bei einer Waffenmesse in Las Vegas. Der Verdächtige Nummer Zweiundzwanzig wurde in Miami dingfest gemacht.¹¹⁴ FBI-Agenten filmten die Waffenhändler dabei, wie sie einem Agenten, der sich als Vertreter des Verteidigungsministers von Gabun ausgegeben hatte, eine Provision von 20 Prozent versprochen. Die Verhafteten waren allesamt leitende Angestellte von kleinen oder mittelständischen Waffenherstellern. Während in Las Vegas die Handschellen klickten, schwärmten FBI-Agenten im ganzen Land aus, um in den Unternehmen der Verhafteten Durchsuchungen durchzuführen.

Mit dieser Lockvogeloperation wurden zum ersten Mal überhaupt in einer FCPA-Untersuchung verdeckte Ermittlungen durchgeführt. Bei den Ermittlungen nahm das FBI auch internationale Unterstützung in Anspruch und übertrug der Londoner Polizei sieben Durchsuchungsbefehle in Großbritannien.¹¹⁵

Den Waffenhändlern wurde gesagt, sie müssten ihr Preisangebot durch eine »Provision« von 20 Prozent aufstocken, wenn sie den Auftrag erhalten wollten. Die Hälfte des Geldes werde an den Verteidigungsminister von Gabun gehen, der Rest werde unter anderen Regierungsvertretern verteilt. Drei Verhaftete arbeiteten für britische Waffenhersteller, ein weiterer war bei einem israelischen Unternehmen angestellt.¹¹⁶ Die Händler versuchten, den angeblichen Einkäufern aus Gabun alles von Pistolen über Granatwerfer und Tränengasgeschosse bis zu Sprengstoffdetektionsgeräten zu verkaufen.¹¹⁷

Einer der Beschuldigten wurde gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt. Bei Saul Mishkin, einem Peruaner, sah ein Richter keine Fluchtgefahr, obwohl die Anklagevertretung anderer Meinung war. In den Anhörungen legte die Staatsanwaltschaft Tonbandaufnahmen vor, in denen Mishkin über die Bestechung von Regierungsvertretern in Peru, Kolumbien, Georgien und Botswana sprach, um Aufträge für Tränengas, gepanzerte Mannschaftsfahrzeuge und andere geländegängige Fahrzeuge sowie Lebensmittelkonserven zu erhalten. Gegenüber den FBI-Agenten, die sich als potentielle Käufer ausgaben, hatte Mishkin eingewilligt, die geforderte Provision zu zahlen, um an einen Auftrag zur Lieferung von Ausrüstung zur Unterdrückung von Unruhen zu kommen. Er legte zwei Preisangebote vor: Eins enthielt nur die tatsächlichen Kosten der Lieferung, das andere zusätzlich die Bestechungsgelder.¹¹⁸

Pat Caldwell, der siebzehn Jahre für den Secret Service gearbeitet hatte, hatte erst fünf Monate, bevor die FBI-Agenten an ihn herantraten, die Leitung der Verkaufs- und Marketingabteilung von Protective Products of America (PPA) übernommen, einem in Florida ansässigen Hersteller von Schutzausrüstung. In der Hoffnung, den Auftrag der afrikanischen Regierung über etwa 15 Millionen Dollar an Land ziehen zu können, erklärte er sich mit der 20-prozentigen Provision einverstanden. Nachdem 18000 Dollar für eine Testlieferung auf das Konto von PPA überwiesen worden waren, wurde am 16. Juli, dem Tag von Caldwell's Beförderung zum Geschäftsführer, die erste Lieferung von fünfzig kugelsicheren Westen abgeschickt. Doch Caldwell stand nur kurze Zeit an der Spitze des Unternehmens: Am 17. Januar wurde er verhaftet.¹¹⁹

Möglich geworden ist diese verdeckte Operation dank der Mitarbeit des Managers eines Waffenherstellers, der in einem anderen Fall wegen Bestechung ausländischer Beamter angeklagt war. Richard Bistrong, der frühere Leiter des internationalen Vertriebs bei Armor Holdings (seit 2007 zu BAE Systems gehörend), muss sich wegen des Vorwurfs verantworten, von 2001 bis 2006 Bestechungsgelder gezahlt zu haben, um an Ausrüstungsaufträge für die Friedenstruppen der Vereinten Nationen sowie Regierungsbehörden in den Niederlanden und Nigeria heranzukommen. Dank seiner Beteiligung an der Lockvogeloperation darf Bistrong im Fall einer Verurteilung auf ein mildes Urteil hoffen. Unter den im Verlauf dieser Operation verhafteten Personen ist Jonathan Spiller, der bei Armor Holdings Bistrongs Chef war. Bistrong war von 2004 bis 2008 mit Nancy Soderberg verheiratet, die von 1993 bis 1997 ein hochrangiges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats unter Präsident Clinton und von 1997 bis Januar 2001 Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen war.¹²⁰

Bistrong übernahm eine wichtige Rolle in der Lockvogeloperation: Er gab den beiden verdeckten Ermittlern des FBI, die als Vertreter des Verteidigungsministeriums auftraten, eine persönliche Empfehlung. Im Mai begann eine Reihe von Treffen im Mandarin-Oriental-Hotel in Miami und im Restaurant *Clyde's* in Washington,¹²¹ und bald erhielten die angeblichen Regierungsvertreter aus Gabun erste Zahlungen per Scheck und Überweisung.¹²² Alle zweiundzwanzig Waffenhändler versammelten sich in einem Hotel in Washington DC, wo sie erst einmal zusammen anstießen, um den Mann feiern,

der sie zusammengebracht hatte. Die fröhliche Gesellschaft wurde auf Video festgehalten, wenn auch ohne Wissen der Feiernden.¹²³ Insgesamt nahmen die Ermittler über fünftausend Telefongespräche auf und dokumentierten sämtliche Treffen zwischen den Verdächtigen und den Undercover-Agenten.¹²⁴

Die Beschuldigten werden sich damit verteidigen, dass sie zu einer Straftat verleitet wurden. Im Mittelpunkt dieser Verteidigungsstrategie steht die Frage nach der subjektiven Prädisposition des Täters: War er schon zu einer Straftat bereit, als sich ihm die Gelegenheit bot, oder wurde er dazu bewegt, etwas zu tun, was er ansonsten nicht getan hätte?¹²⁵ Die Staatsanwaltschaft vertritt die Auffassung, die Waffenhändler seien allesamt Bestandteil einer einzigen Verschwörung gewesen. Ihnen drohen bis zu fünf Jahren Haft für jeden Verstoß gegen die FCPA-Bestimmungen. Wenn sie wegen Geldwäsche verurteilt werden, müssen sie mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwanzig Jahren rechnen.¹²⁶ Ihre Verteidiger werden Bistrongs Vertrauenswürdigkeit in Zweifel ziehen. Sie haben die Offenlegung seiner Steuererklärungen, der internen Kommunikation zwischen Justizministerium und FBI über seine Behandlung sowie der Exportgenehmigungen verlangt, die ihm von der Bundesregierung erteilt wurden.¹²⁷ Es besteht auch die Möglichkeit, dass die Klage abgewiesen wird, da de facto ja keine ausländischen Regierungsvertreter bestochen wurden.¹²⁸

Der Waffenhändler Daniel Alvirez, ehemaliger Geschäftsführer des Waffenherstellers ALS Technologies, wird sich schuldig bekennen, Bestechungsgelder gezahlt zu haben, um sich Aufträge für Munition, Granaten und Granatwerfer zu sichern.¹²⁹ Alvirez und Lee Allen Tolleson, der Leiter der Beschaffungsabteilung von ALS, überwies 16200 Dollar auf ein Bankkonto, das angeblich der Regierung des afrikanischen Landes gehörte. Zwei Tage später überwies die beiden Manager die zwanzigprozentige »Provision« auf das Konto eines der beiden verdeckten FBI-Ermittler. Im Oktober trafen sich Alvirez und Tolleson erneut im *Clyde's* mit den Undercover-Agenten, um eine zweite, noch einträglichere Transaktion zu vereinbaren.¹³⁰

Mittlerweile haben sich auch mehrere andere Beschuldigte schuldig bekannt. Vier von ihnen stehen gegenwärtig vor Gericht, während die Mehrheit weiter auf ihren Prozess wartet. Die Anwälte der ersten vier Angeklagten haben sich auf Bistrongs Charakter konzentriert. Sein Betreuer beim FBI musste einräumen,

dass Bistrong Drogenprobleme hat und mit Prostituierten verkehrt hat.¹³¹ Doch unabhängig vom Ausgang der Gerichtsverfahren wird sich der Fall auf den Vollzug des FCPA-Gesetzes auswirken.¹³²

Zu dem Zeitpunkt, als die Lockvogeloperation gestartet wurde, arbeiteten Berichten zufolge zwanzig FBI-Agenten ausschließlich an FCPA-Fällen.¹³³ Im Juni 2010 erklärte ein Vertreter der Behörde, das FBI baue sein FCPA-Team aus und erhöhe die Zahl der leitenden Sonderermittler von drei auf sieben, wobei jeweils einer für eine Weltregion verantwortlich sein werde.¹³⁴ Im Justizministerium sind acht Ermittler ausschließlich mit FCPA-Verstößen beschäftigt. Unterstützt werden sie von vierundfünfzig Ermittlern aus dem Bereich Betrugsbekämpfung.¹³⁵

Lockvogeloperationen, bei denen den Ermittlern Leute wie Monzer al-Kassar, Viktor But und die »Las-Vegas-Nummer 22« ins Netz gegangen sind, sind selbstverständlich zu begrüßen. Doch in den Augen der Giganten der Waffenindustrie dürften die FCPA-Bestimmungen nichts weiter als ein (unbedeutendes) Kostenproblem darstellen. Die großen Unternehmen, die über die nötigen Beziehungen zur Politik verfügen, können die möglichen Strafen problemlos einkalkulieren. Unser Wirtschaftssystem fordert von Unternehmen, Gewinne zu maximieren. Hinter dieser Forderung treten alle anderen Forderungen zurück – menschliche und moralische und, wenn es sein muss, auch immer wieder rechtliche. In diesem Kontext wird die Selbstregulierung, die im FCPA-Vollzug im Vordergrund steht, nie genügen, um die Plage der Korruption auszurotten.

Doch der Gesetzesvollzug muss sich überdies mit bedeutsamen Veränderungen in der Industrie auseinandersetzen.

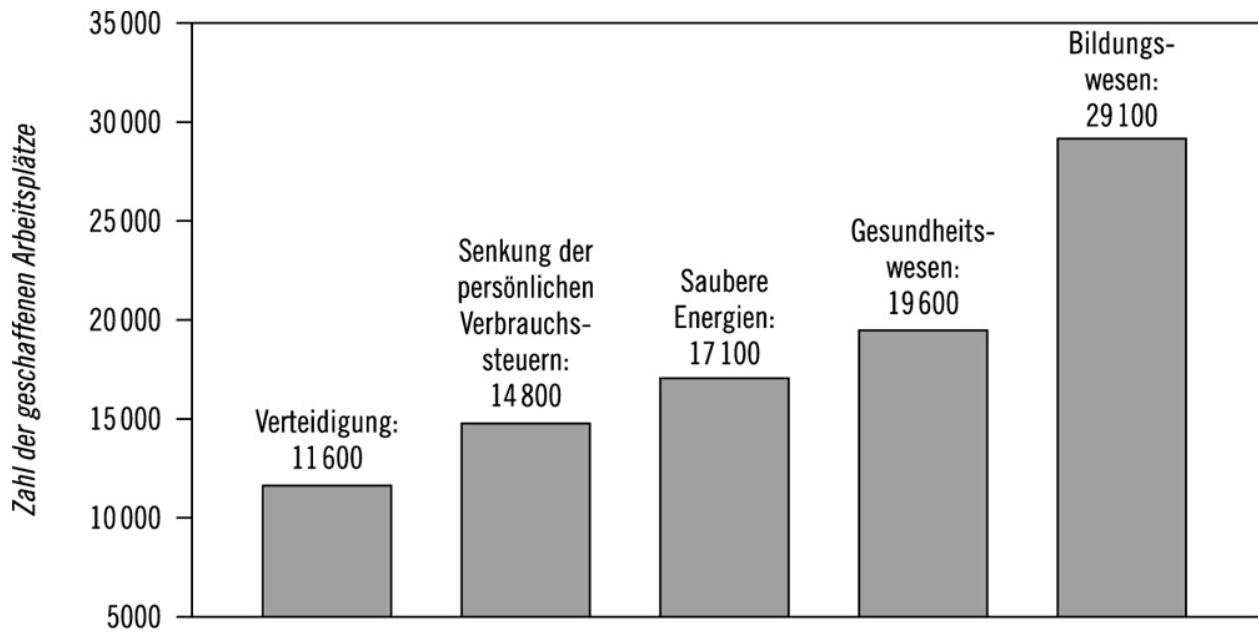
Am 2. Dezember 2002, dem Tag, an dem Donald Rumsfeld das berüchtigte Memorandum unterschrieb, mit dem die Vorgänge in Abu Ghraib und anderswo »abgesegnet« wurden, hielt sich auch Präsident Bush im Pentagon auf, um das größte Verteidigungsbudget der Geschichte zu unterzeichnen. In sieben aufeinanderfolgenden Jahren waren damit die Verteidigungsausgaben erhöht worden, was zum stärksten Anstieg seit dem Zweiten Weltkrieg führte. Können die Streitkräfte gezwungen werden, mit weniger Geld auszukommen? Im letzten Kongress der Ära Bush setzten sich nur der Abgeordnete Barney Frank und

einige wenige Kollegen für umfassende Kürzungen im Verteidigungshaushalt ein.

Es ist weiterhin unklar, ob Präsident Obama willens oder imstande ist, der mächtigsten und massivsten Interessengruppe im Land die Stirn zu bieten. Die Verlautbarungen des Präsidenten zur Rolle der Vereinigten Staaten klingen durchaus nicht mehr so martialisch wie die der Regierung Bush. Aber die neue Wortwahl hat nichts daran geändert, dass die Rüstungsindustrie anscheinend für unantastbar gehalten wird. Hat Ronald Reagans Aussage »Die Verteidigung ist kein Budgetposten« auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten Gültigkeit?

Seit mehreren Generationen hat keine Regierung mehr ernsthaft über eine Senkung der Verteidigungsausgaben nachgedacht. Robert Reich erinnert sich, dass ihm als Leiter von Bill Clintons wirtschaftlichem Übergangsteam klar wurde, dass Kürzungen im Verteidigungshaushalt keine politische Option waren.¹³⁶

Um das Ausmaß und die Arbeitsweise der amerikanischen Rüstungsindustrie zu rechtfertigen, werden üblicherweise zwei Argumente ins Feld geführt: die nationale Sicherheit und die Beschäftigung. Dabei ist längst gezeigt worden: In diesem Sektor Arbeitsplätze zu schaffen, ist sehr viel teurer als in anderen Wirtschaftsbereichen. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen von der öffentlichen Hand massiv subventioniert werden. Wirtschaftswissenschaftler der University of Massachusetts haben im Jahr 2009 in einer Studie nachgewiesen, dass man mit Investitionen von einer Milliarde Dollar in unterschiedliche innenpolitische Bereiche – saubere Energien, Bildung und Gesundheitswesen – mehr Arbeitsplätze schaffen würde als mit demselben Betrag im Verteidigungssektor.¹³⁷



Hinweis: Die Schätzungen beinhalten direkte, indirekte und mittelbar induzierte Arbeitsplätze

Schaffung von Arbeitsplätzen im Verteidigungssektor und anderen Sektoren in den USA

Mit einer Milliarde Dollar, die in die Verteidigung investiert wird, werden 8555 Arbeitsplätze geschaffen. Mit dem gleichen Betrag könnten im Gesundheitswesen 12883 und in der Bildung sogar 17687 Arbeitsplätze geschaffen werden, das heißt gut doppelt so viele wie im Verteidigungssektor.¹³⁸

Dennoch wurde der Rüstungsindustrie mit Obamas erstem Budget für das Jahr 2010 ihr eigenes wirtschaftliches Konjunkturpaket zugestanden. Das Verteidigungsministerium erhielt knapp unter 700 Milliarden Dollar. Offenbar bleibt die Rüstungsindustrie trotz der kritischen Wirtschaftslage nahezu immun gegen Budgetkürzungen. Sie profitiert von der fest verwurzelten Überzeugung, Rüstungsausgaben kurbelten die Volkswirtschaft an.¹³⁹ Eine verbreitete Einschätzung lautet, der Zweite Weltkrieg und die mit den Rüstungsanstrengungen einhergehenden Produktionsstimuli hätten die Vereinigten Staaten aus der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre herausgeführt. Heute scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Die »Kriegswirtschaft« hat dazu beigetragen, die USA in die gegenwärtige missliche wirtschaftliche Lage zu bringen. In den Jahren der Wirtschaftsblüte steuerten sich die Vereinigten Staaten in eine schwere Finanzkrise, was nicht zuletzt daran

lag, dass sich das Land in unnötige, kostspielige Kriege stürzte. In dieser Zeit senkte Präsident George W. Bush die Steuern mehr als in Krisenzeiten und »borgte sich Geld wie ein Spielsüchtiger in einer Pechsträhne, um seine Kriege zu finanzieren, darunter den globalen Krieg gegen den Terrorismus«. ¹⁴⁰ So waren die Vereinigten Staaten anders als zum Zeitpunkt des Börsencrashes im Jahr 1929 beim Ausbruch der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bereits in einen globalen Krieg verwickelt. In einem aufgeklärteren politischen System hätte der Zustand der amerikanischen Wirtschaft zweifellos sofort die Debatte »Brot statt Waffen« angefacht, die von zwei Generationen vernachlässigt worden ist.

In den guten Zeiten feierten die Rüstungsunternehmen, die die ersten drei Plätze auf der Auftragsliste des Pentagons einnahmen – Lockheed Martin, Boeing und Northrop Grumman –, ein rauschendes Fest, ähnlich wie die Finanzinstitute, die die Subprime-Hypotheken finanzierten. Im Jahr 2002, dem ersten Jahr des »Kriegs gegen den Terror«, erhielten diese drei Konzerne Aufträge über 42 Milliarden Dollar, das heißt mehr als zwei Drittel der insgesamt 67 Milliarden Dollar, die unter den zehn größten Auftragnehmern des Pentagon verteilt wurden. ¹⁴¹ Im Jahr 2007, dem letzten Jahr, für das umfassende Auftragsdaten vorliegen, teilten die »großen Drei« Rüstungsaufträge im Umfang von 69 Milliarden Dollar untereinander auf. Das war mehr, als die zehn größten Auftragnehmer des Verteidigungsministeriums nur fünf Jahre früher *zusammen* erhalten hatten. Die größten zehn Rüstungsunternehmen bekamen im Jahr 2007 Aufträge im Wert von 121 Milliarden Dollar, das heißt 80 Prozent mehr als im Jahr 2002. Der Anteil von Lockheed Martin stieg zwischen 2002 und 2007 um sage und schreibe 64 Prozent von 17 Milliarden auf 26 Milliarden Dollar. Wenn man diese Zahlen sieht, wird klar, wie es möglich war, dass das Grundbudget des Militärs – ausschließlich des Geldes für die tatsächliche Kriegführung – in den Bush-Jahren von etwa 300 Milliarden auf mehr als 500 Milliarden Dollar answoll. ¹⁴² Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise gerieten die Rüstungsgiganten kurz in Schwierigkeiten, aber gegenwärtig hat allein Lockheed Martin Aufträge über 81 Milliarden Dollar in den Büchern, womit der Konzern auch ohne einen einzigen neuen Auftrag noch zwei weitere Jahre beschäftigt wäre. ¹⁴³

Hätten diese Rüstungsausgaben tatsächlich die Wirtschaft angekurbelt, so hätte die Finanzkrise keine Rezession ausgelöst. Aber diese Ausgabenpolitik dient nach wie vor lediglich den Aktienkursen der Rüstungsunternehmen – und

natürlich den Kriegstreibern rund um den Globus. Der neue Verteidigungshaushalt gewährleistet, dass die guten Zeiten für die Rüstungsindustrie andauern werden, selbst wenn sich der wirtschaftliche Nutzen dieser gewaltigen Investitionen in die Streitkräfte als sehr gering erweist und in anderen, vor allem sozialen Bereichen chronischer Geldmangel herrscht.

Nach seinem Amtsantritt beauftragte Präsident Obama die Oberste Haushaltsbehörde des Weißen Hauses mit einer detaillierten Analyse des Verteidigungshaushalts. In seinen Reden sprach Obama die verschwenderischen und unnötigen Rüstungsausgaben an. Am 5. März 2009 erklärte er auf seiner Website, die Zeiten, in denen die Rüstungsunternehmen einen Blankoscheck erhalten hätten, seien vorüber. Er verwies auf eine Studie der Rechnungsprüfungskammer (des Government Accountability Office, GAO) aus dem Jahr 2008, aus der hervorging, dass fünfundneunzig Rüstungsprojekte ihr Budget um insgesamt 295 Milliarden Dollar überschritten hatten. Obama versprach, diesem Missstand ein Ende zu bereiten.¹⁴⁴

Doch im Verteidigungshaushalt 2010 fanden sich keinerlei Hinweis auf entsprechende Kürzungen. Leider werden diese Ausgaben die wirtschaftliche Erholung entgegen den Behauptungen der Rüstungsunternehmen, ihrer Medienvertreter und Lobbyisten vermutlich bremsen. Beispielsweise erklärte der Verband der Luftfahrtindustrie AIA im Januar 2009: »Unsere Industrie ist bereit und imstande, das Land aus der Wirtschaftskrise zu führen.« Die AIA schätzt, dass Rüstungs- und Luftfahrthersteller jährlich Güter im Wert von 97 Milliarden Dollar ausführen und 2 Millionen Arbeitsplätze erhalten. Nach Ansicht des Bureau of Labour Statistics (BLS) ist diese Zahl gewaltig übertrieben. Nach Schätzung des BLS lag die Zahl der Beschäftigten in Wirtschaftszweigen, in denen zumindest ein Fünftel der Produkte mit der Verteidigung zu tun haben, im Jahr 2006 bei weniger als 650000.¹⁴⁵ Es gibt wohl nur einen Bereich, in dem die Rüstungsindustrie wirklich Arbeitsplätze schafft: im Lobby-Sektor. Im Jahr 2010 gaben die Waffenhersteller fast 150 Millionen Dollar für die Dienste von Interessenverbänden, Denkfabriken und PR-Agenturen aus, um ihren Argumenten im Kongress und in der Regierung Nachdruck zu verleihen.¹⁴⁶

Aber warum subventioniert der Staat derart kostspielige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen? Ist der Grund wirklich die nationale Sicherheit? Selbstverständlich gibt es geopolitische Fragen, die sich auf die

Waffenexporte und die innenpolitischen Prioritäten auswirken. Chuck Lewis vom Center for Public Integrity meint, dass »alle großen Unternehmen sogenannte politische Aktionskomitees betreiben, für die jeder Angehörige des Unternehmens Geld spendet, das er oft mit einer kleinen Extrazahlung im nächsten Gehaltspaket zurückbekommt. Unter George W. Bush wurden diese Beiträge mit nummerierten Schecks bezahlt, damit vollkommen klar war, wer wie viel gegeben hatte.«¹⁴⁷ Der Biograph von Donald Rumsfeld, Andrew Cockburn, erklärte mir, die meisten Wahlkampfspenden seien »Bestechungsgelder unter einem anderen Namen«.¹⁴⁸

Diese Vorgänge dienen den Interessen von Politikern, Herstellern, Lobbyisten und Streitkräften, aber es ist fraglich, ob sie einen Nutzen für den amerikanischen Steuerzahler haben oder ob sie den Maßstäben der Rechenschaftspflicht genügen, die an die führende Demokratie der Welt angelegt werden.

Chuck Lewis erklärt, das Rüstungssystem sei Teil des Machtgleichgewichts. Nicht einmal Obama auf dem Höhepunkt seiner Popularität konnte es sich erlauben, die Rüstungskonzerne zu vergraulen, wenn er an der Macht bleiben wollte. »Denn die können dich politisch fertigmachen.«¹⁴⁹ Chuck Spinney hat den militärisch-industriellen Komplex als »eine sich selbst leckende Eiswaffel« bezeichnet.¹⁵⁰ Spinney glaubt, dass sich unter Präsident Obama wenig geändert hat:

Diese »Denkfabriken« und ihre Auftragnehmer sind im Grunde Aufbewahrungsstätten für die politischen Amtsträger in den öffentlichen Verwaltungen, weshalb man dort im Grunde immer wieder dieselben Leute oder Klone dieser Leute sehen wird, Protégés dieser Leute. Ein klassisches Beispiel ist Bill Perry. Er saß unter Carter im Pentagon, dann saß er unter Clinton im Pentagon, und viele der Leute im gegenwärtigen Pentagon sind seine Schützlinge, darunter Ashton Carter, der Staatssekretär für das Beschaffungswesen, und Michèle Flournoy, die Staatssekretärin für politische Fragen im Verteidigungsministerium. Die Kontinuität, die hier herrscht, hat üblicherweise mit Geld zu tun, und die Leute, die von diesem Geld profitieren, bewegen sich hin und her zwischen Industrie, Denkfabriken und Pentagon. Das gilt insbesondere für die sogenannten politischen Vordenker, die vielbeachtete Wälzer zu globalen Themen schreiben, die aber nicht das Geringste mit der Realität zu tun haben. Obama ist besonders empfänglich für ihren schädlichen Einfluss.¹⁵¹

Das Urteil über die Regierung Obama fällt diesbezüglich nicht ganz klar aus. Dass Obama anfangs Verteidigungsminister Robert Gates aus der Regierung Bush übernahm, deutete darauf hin, dass er Kontinuität wahren wollte. Spinney meint: »Gates ist ein alalatter Bürokrat er ist kein Reformier alles andere als

ment. »Gates ist ein ausgezeichneter Darsteller, er ist kein Reformist, alles andere als das. Ich vermute, dass er nicht mehr allzu lange an Bord sein wird, denn er dürfte schlaue genug sein, um zu erkennen, dass dieses Schiff bald sinken wird.«

Der Autor William Hartung hat beobachtet, dass die Vorgehensweise von Gates in erster Linie darauf beruhte, Geld hin und her zu schieben, anstatt tatsächlich die Rüstungsausgaben zu senken. Gates und seine Mannschaft haben ein neues Effizienzprogramm angekündigt, um in einem Zeitraum von fünf Jahren 100 Milliarden Dollar einzusparen (das heißt 20 Milliarden pro Jahr bei einem jährlichen Verteidigungsbudget von 700 Milliarden Dollar). Die 100 Milliarden Dollar sollen durch eine Verschlankung der Bürokratie eingespart werden (weniger Generäle und Admirale, Beseitigung des Joint Forces Command, Einschränkung der Zusammenarbeit mit privaten Lieferanten). Aber selbst wenn diese Einsparungen gelingen sollten, hat Gates vor, das Geld wieder der »Kriegführung« zukommen zu lassen, was gleichbedeutend mit weiteren Rüstungsausgaben ist. Mit einem solchen Kurswechsel können die Waffenhersteller gut leben.¹⁵²

Das Konzept von Gates wird seinem Nachfolger einleuchten: Man dämmt die Verschwendung ein, sofern das möglich ist, man hängt an die große Glocke, dass man »Effizienz« anstrebt und sich bemüht, jeden Dollar klug zu verwenden, und dann versucht man mit dem Hinweis auf diese Bemühungen, den Ausgabenrückgang zu drosseln – sofern es einen realen Rückgang gibt. Gates strebte eine Erhöhung des größten Verteidigungsbudgets seit dem Zweiten Weltkrieg um jährlich 1 Prozent an – das kann man kaum als Sparkurs bezeichnen.¹⁵³

Als die Hoffnung auf Veränderungen nach Obamas Amtseintritt noch groß war, kündigte der neue Präsident an, er werde den Verteidigungssektor genau unter die Lupe nehmen. Er wollte Transparenz schaffen, den »Drehtür«-Effekt drosseln, die Nichtausschreibung von Aufträgen abschaffen und eine strengere Rechenschaftspflicht in der Beschaffung durchsetzen. Einer seiner Berater teilte mir vertraulich mit: »Seine Leute haben das Gefühl, dass die Dinge aus dem Ruder gelaufen sind, aber ob sie noch gegensteuern können, ist politisch unklar.«

Die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak sind zwei naheliegende Bereiche, in denen die Nichtausschreibung zurückgefahren werden könnte. Aber als der afghanische Präsident Karzai, der regelmäßig mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert ist, vorschlug, alle privaten Sicherheitsfirmen aus seinem Land zu

verbannen, stellte sich die Regierung Obama schützend vor die eigenen Landsleute. Viele dieser Unternehmen haben Wirtschaftsverbrechen im großen Stil begangen und massiv gegen Menschenrechte verstoßen. Die amerikanische Regierung erklärte, die Aufgaben der privaten Sicherheitsfirmen sollten natürlich dem afghanischen Staat übertragen werden, aber der Zeitpunkt dafür sei noch nicht gekommen.¹⁵⁴

Als der Ruf der Konservativen nach einer Verringerung des Haushaltsdefizits immer lauter wurde, gab Präsident Obama sein Vorhaben bekannt, den Fehlbetrag in einem Zeitraum von zwölf Jahren um 4 Billionen Dollar zu senken, und erklärte, dass dieses Ziel nur erreicht werden könne, wenn man auch die Verteidigungskosten verringere. Er ordnete eine umfassende Überprüfung der militärischen »Missionen und Kapazitäten und der Rolle Amerikas in der Welt« an.¹⁵⁵ Doch Winslow Wheeler, ein erfahrener Experte für die Verteidigungshaushalte, wies darauf hin, dass eine solche Überprüfung bereits im Jahr 2010 mit geringer Begeisterung durchgeführt worden sei, was darauf hindeute, dass das Pentagon die jüngste Forderung mit einer weiteren »Simulation« erfüllen werde.¹⁵⁶

Die Ernennung des früheren CIA-Chefs Leon Panetta zum Nachfolger von Robert Gates im Sommer 2011 war ein interessanter Schachzug des Präsidenten, denn Panetta besitzt große Erfahrung in Sachen Budgetverhandlungen. Offen ist, ob er den Verteidigungshaushalt durch die Senkung der Personalkosten, Einsparungen in der Gesundheitsfürsorge oder andere »weiche« Maßnahmen verringern wird oder ob er tatsächlich den politischen Willen hat, unnötige Rüstungsprogramme zu streichen.¹⁵⁷

Die weiterhin exorbitant hohen Verteidigungsausgaben bewegten den Kommentator Tom Engelhardt zu der Frage, warum sich die Amerikaner »monatelang auf die Anhebung der Schuldenobergrenze konzentriert haben, während kaum jemand die naheliegende Frage gestellt hat: Wäre es nicht an der Zeit, Amerikas Kriegsobergrenze zu senken?«¹⁵⁸

Der problematische »Drehtür«-Effekt zwischen Rüstungsindustrie und Politik ist verringert worden, aber die Tür steht nicht still. Auch Präsident Obama hat nicht verhindert, dass sich Generäle und Admirale in Lobbyisten für Rüstungsunternehmen verwandelt haben. Die Einführung neuer Ethikregeln war lobenswert, aber sie werden bisher nicht wirksam angewendet. Ein Beispiel für

einen offenkundigen Verstoß gegen die Regel, dass zwischen einem Wechsel von der Politik in die Wirtschaft oder umgekehrt zwei Jahre verstreichen müssen, ist die Ernennung von William J. Lynn zum stellvertretenden Verteidigungsminister. Lynn war acht Jahre als Lobbyist für den Waffenhersteller Raytheon tätig. Das Unternehmen erhielt im Jahr 2008 Aufträge im Wert von 10 Milliarden Dollar von der Behörde, die Lynn jetzt leitet.¹⁵⁹ Larry Duncan, einer von Obamas wichtigsten langjährigen Spendensammlern, hat als Lobbyist für Lockheed Martin ein Vermögen verdient. Dasselbe gilt für den Fundraiser Mark Alderman, dessen Rechtsanwaltskanzlei im Jahr 2007 fast 1 Million Dollar mit der Vertretung von Klienten verdiente, zu denen Lockheed Martin zählt.¹⁶⁰

Das Center for a New American Security (CNAS), ein Interessenverband der Demokraten, wurde von Rüstungsunternehmen finanziert, unter denen auch Lockheed Martin war. Seine Gründer, Michèle Flournoy und Kurt Campbell, wurden mit hohen Funktionen in der Obama-Administration betraut: Flournoy wurde Staatssekretärin für politische Fragen im Verteidigungsministerium (der dritthöchste Posten im Pentagon), Campbell assistierender Staatssekretär für fernöstliche Angelegenheiten im Außenministerium. Als Campbell in der Anhörung vor dem Ausschuss, der seine Ernennung bestätigen musste, nach möglichen Interessenkonflikten gefragt wurde, erklärte er, die Finanzierung des CNAS durch Rüstungsunternehmen sei unproblematisch, da in den Veröffentlichungen des Verbands, die in der Öffentlichkeit viel Lob erhielten, nie von Waffensystemen die Rede sei. William Hartung hat nachgewiesen, dass diese Aussage unrichtig war. In einem Bericht mit dem Titel »Arsenal's End: American Power and the Global Defense Industry« aus dem Februar 2010 trat das CNAS nachdrücklich für Investitionen in Waffen wie die F-35 von Lockheed Martin ein und sprach das Unternehmen von jeder Verantwortung für Kostenüberschreitungen frei. Hartung zieht daraus folgenden Schluss: »Eine bessere Analyse im Sinne Lockheeds ist kaum vorstellbar.«¹⁶¹

Chuck Spinney drückt vermutlich aus, was viele Kritiker des militärisch-industriellen Komplexes über Obama denken: »Ich bin sehr ernüchert. Was die Verteidigungspolitik angeht, ist er eine einzige Enttäuschung.«¹⁶² Und sagt weiter: »Obama setzt die auf Krieg ausgerichtete Außenpolitik seines Vorgängers fort ... und er hält an der althergebrachten Praxis des Establishments

fest, die ohnehin knappen Mittel in ein aufgeblasenes Verteidigungsbudget zu pumpen, was die Vereinigten Staaten früher oder später in den Ruin treibt.«¹⁶³ Ich fragte Chuck nach seiner Meinung über das gegenwärtige Verteidigungsministerium. »Es ist heute schlimmer als vorher«, sagte er. »Die Lage ist dramatischer denn je.«¹⁶⁴ Er sagt, er habe es noch immer mit derselben Korruption zu tun, die er seit dreiunddreißig Jahren bekämpft.

Sollte Präsident Obama nach seiner ersten zahmen Amtszeit womöglich zu jenem Veränderungswillen zurückfinden, der den Kandidaten Obama beflügelte hatte, so wird er sich mit einem militärisch-industriellen Komplex auseinandersetzen müssen, der mehr denn je an Milliardenbudgets gewöhnt ist, die mit übertriebenen globalen Bedrohungen und haltlosen wirtschaftspolitischen Behauptungen begründet werden, doch im Grunde nur das Resultat einer größenwahnsinnigen Verschwendungssucht sind. Es bedarf nicht nur einer Verringerung der Verteidigungsausgaben, sondern auch einer sehr viel größeren Kontrolle des Beschaffungswesens sowie der Rüstungsindustrie und ihrer Lobbyisten. Fest steht, dass der Rüstungssektor die amerikanische Demokratie untergräbt und der eigentliche Nutznießer der legalen Korruption ist, die sich im Kongress ausgebreitet hat. Der Rüstungssektor treibt sein Unwesen hinter dem Schleier der Geheimhaltung, der eine verantwortliche und transparente Regierungsführung verhindert. Von Präsident Obamas Umgang mit der Rüstungsindustrie und mit dem Thema Waffenhandel wird es abhängen, ob es ihm gelingen wird, sein Versprechen einzulösen und »die Art zu verändern, wie wir Politik machen«.

Amerikas Schaufenster

Die israelische Waffenindustrie nimmt eine einzigartige Stellung in der Welt ein, denn sie ist ein wichtiger Produzent und auch ein großer Abnehmer und ist obendrein als Vermittler tätig für andere Länder, insbesondere für die Vereinigten Staaten. Ronen Bergman, ein israelischer Journalist mit guten Kontakten zu den Geheimdiensten des Landes, nennt Israel den verlängerten Arm der Vereinigten Staaten im Nahen Osten und das Schaufenster der amerikanischen Rüstungsindustrie.¹

Und die israelische Waffenindustrie ist ein beeindruckendes Schaufenster. Die Regierung hat zwar keine Zahlen zu ihren Waffenexporten in den Jahren 2007 und 2008 veröffentlicht, aber sie hat bekannt gegeben, dass sie im Jahr 2008 Rüstungsaufträge im Wert von mehr als 6,3 Milliarden Dollar abgeschlossen hat. Das ist der siebthöchste Wert der zweiunddreißig Länder, für die Informationen vorliegen.² In den Jahren 2005 bis 2010 nahm Israel den elften Rang unter den größten Waffenimporteuren ein; in diesem Zeitraum stiegen seine Einfuhren um 102 Prozent.³ Und die realen Zahlen dürften sehr viel höher sein als die offiziellen Angaben.

Ein großer Teil des israelischen Verteidigungshaushalts einschließlich der Beschaffungszahlen ist geheim und wird nur einer kleinen Gruppe von Personen zugänglich gemacht, die zur Einsicht in Dokumente mit höchster Sicherheitsstufe berechtigt sind. Daher ist der wirkliche Umfang des Verteidigungsbudgets unbekannt. Israel gibt 8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für seine Verteidigung aus. Zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten sind es 4,5 Prozent.⁴ In den meisten Ländern liegt der Anteil bei etwa 1 Prozent. In Israel sind die Verteidigungsausgaben stets der größte Budgetposten, obwohl die Ausgaben für den Inlandsgeheimdienst Schin Bet

(Schabak) und den Mossad, deren Budgets geheim sind, nicht in diesem Posten berücksichtigt sind. In den achtziger Jahren behauptete der Wirtschaftswissenschaftler Tal Wolfzon, Israel berechne die Verteidigungsausgaben nicht richtig und gebe in Wahrheit 12,3 Prozent seines BIP für die Verteidigung aus, womit es in diesem Bereich die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben der Welt hätte.⁵

In den ersten zwei Jahrzehnten der Existenz des modernen Israel war die kleine Rüstungsindustrie des Landes in den Händen des Staates, aber mittlerweile ist sie weitgehend privatisiert. Nur wenige Großunternehmen sind immer noch zur Gänze oder teilweise im Staatsbesitz. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung war das Land hauptsächlich auf Einfuhren angewiesen. Nach der Eroberung großer Gebiete im Sechstagekrieg von 1967 und infolge eines französischen Waffenembargos musste Israel eine eigene Rüstungsindustrie aufbauen. Da die Besatzung der im Krieg eroberten Gebiete international nicht anerkannt wurde, sah sich das Land insbesondere in der Waffenproduktion zur Selbstversorgung gezwungen. Nach dem Jom-Kippur-Krieg im Jahr 1973 begannen die USA, Israel hauptsächlich militärisch zu unterstützen. Von nun an flossen rund 3 Milliarden Dollar jährlich nach Israel.⁶

Der Aufbau der eigenen Rüstungsindustrie erwies sich als schwieriges Unterfangen. Eine nur für den Binnenmarkt bestimmte Produktion war extrem kostspielig und genügte nicht, um den Bedarf des Landes zu decken. So musste etwa die Produktion des Kampfflugzeugs Lavi noch im Jahr 1987 wegen der exorbitant hohen Kosten eingestellt werden. Als die Israelis erkannten, dass sie sich eine ausschließlich für den eigenen Bedarf bestimmte Waffenproduktion nicht leisten konnten, begannen sie, eine Exportindustrie aufzubauen, um ihre eigene Rüstungsmaschine finanzieren zu können. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre nahm Israel den achten bis zehnten Rang unter den Exporteuren ein und verkaufte große Mengen an Waffen an mittel- und südamerikanische Militärregimes, an den Iran unter dem Schah und an Südafrika. In den achtziger Jahren schrumpfte die israelische Industrie aufgrund der massiven US-Exporte nach Mittel- und Südamerika unter Reagan und des Sturzes des Schah. In dieser Zeit schlitterte Israel in eine Wirtschaftskrise und verlor Märkte, aber aufgrund hoher Investitionen in der Mitte des Jahrzehnts gelang es dem Land, einen der weltweit fortschrittlichsten Hochtechnologiesektoren aufzubauen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die »Normalisierung« der Beziehungen zu

wurde diese Entwicklung durch die „Normalisierung“ der Beziehungen zu seinen arabischen Nachbarn infolge des Oslo-Friedensprozesses, die Israel aus der Isolation befreite und zu einem akzeptablen Partner für die militärische Kooperation machte.

In den neunziger Jahren gelang es dem Land, sich als zehntgrößter Waffenexporteur zu etablieren; unter den Lieferanten der Entwicklungsländer nahm es sogar den vierten Rang ein. Zu seinen Kunden zählten »Paria-Staaten« in Afrika, Lateinamerika und sogar im Nahen Osten.⁷ Über weite Strecken des vergangenen Jahrzehnts war Indien der größte Abnehmer für israelische Waffen, gefolgt von der Türkei, China und den Vereinigten Staaten. Gegenwärtig läuft Brasilien der Türkei den Rang ab, und auch Russland verwandelt sich in einen wichtigen Importeur israelischer Rüstungsgüter. Singapur ist gemessen an seiner Größe mittlerweile seit Jahrzehnten ein bedeutender Markt und wurde im Jahr 1978 als erstes Land mit israelischen Drohnen beliefert. Auch die Schweiz ist ein wichtiger Abnehmer.

Ein gemeinsames Merkmal der größten Importeure israelischer Rüstungsgüter ist, dass sie die Waffen zur Bekämpfung von Unruhen und kleinen Widerstandsgruppen eingesetzt haben. Das hat damit zu tun, dass sich Israel aufgrund seiner Marginalisierung weniger Gedanken über die diplomatischen Konsequenzen der Aufrüstung solcher Länder machen muss und dass sich die israelische Rüstungsindustrie seit jeher besonders auf den Aspekt innere Sicherheit und Terrorbekämpfung spezialisiert hat.⁸

Anfangs wurden die neuen Rüstungsunternehmen von ehemaligen Armeeingehörigern geführt, was eine Elite hervorbrachte, die das öffentliche und private Leben in Israel dominierte. Aber ökonomische Analysen, die zeigten, dass die Industrie nicht mit der nötigen Effizienz arbeitete, sowie der Beginn der Globalisierung bewegten die Regierung dazu, die Waffenindustrie zu privatisieren und in professionelle Hände zu legen.⁹

Die israelische Volkswirtschaft lebt von der Militarisierung wie kaum ein anderes Land. Die Aktienkurse an der Börse in Tel Aviv haben allen Prognosen im vergangenen Jahrzehnt getrotzt und sind bis zum Ausbruch der Kreditkrise trotz Kriegen und einer Zunahme der Terroranschläge in Israel auf Rekordwerte gestiegen. Israelische Unternehmen haben eine Vorreiterrolle in der Entwicklung von Technologie für die innere Sicherheit übernommen und beherrschen diesen Sektor mittlerweile. Die israelische Sicherheitsindustrie setzt sich aus über

600 Unternehmen zusammen, die etwa 25000 Menschen beschäftigen. Mehr als 300 dieser Unternehmen exportieren Produkte und Dienstleistungen.¹⁰

Auf der Pariser Luftfahrtmesse 2009 zählte Elbit Systems zu den Ausstellern, die die meisten Besucher anlockten. Dieses Unternehmen war unter anderem mitverantwortlich für die Errichtung der 2,5 Milliarden Dollar teuren Sperranlage zwischen Israel und dem Westjordanland und sollte gemeinsam mit Boeing den Auftrag für den Bau einer geplanten Mauer zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko erhalten (das Projekt wurde Ende Januar 2011 wieder aufgegeben). Auf einer riesigen IMAX-Leinwand zeigte das Unternehmen Filmaufnahmen von einem simulierten Angriff auf ein palästinensisches Dorf, um für sein unbemanntes Überwachungs- und Angriffsflugzeug zu werben. Zahlreiche Verkäufer umschwirrten potentielle Käufer und versuchten sie mit dem Hinweis auf die jahrzehntelange Erfahrung des Unternehmens »mit Waffentests unter realen Konfliktbedingungen« zu ködern.

Als die israelische Wirtschaft nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahr 2000 in ihre schlimmste Krise seit Anfang der fünfziger Jahre geriet, reagierte die Regierung erneut mit einer Anhebung der Militärausgaben um 10,7 Prozent und ermutigte die Hochtechnologieunternehmen, sich auf Sicherheit und Überwachung zu spezialisieren.

Nach dem 11. September rechnete die israelische Regierung fest mit einem Nachfrageboom im Bereich der inneren Sicherheit. Bis 2004 erholte sich die Wirtschaft, und im Jahr darauf überflügelte Israel die meisten westlichen Industriestaaten.¹¹ Das Land hatte sich in ein Einkaufszentrum für Heimatschutztechnologie verwandelt. Das Verkaufsargument war einfach: »Wir führen seit der Geburt unseres Staates einen Kampf gegen den Terror, und wir werden euch zeigen, wie er funktioniert.«¹²

Die Terrorbekämpfungsindustrie trug wesentlich zur Rettung der krisengeschüttelten israelischen Wirtschaft bei. Ein bekannter israelischer Investmentexperte erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift *Forbes*, die Sicherheit sei wichtiger als der Frieden. Die Autorin Naomi Klein meint, es sei kein Zufall, dass die Entscheidung, Verteidigung und Terrorbekämpfung in den Mittelpunkt der israelischen Wirtschaftsstrategie zu rücken, mit dem Abbruch der Friedensverhandlungen und der Entscheidung zusammenfiel, den Konflikt

mit den Palästinensern nicht als Kampf gegen eine nationalistische Bewegung, sondern als Bestandteil des globalen Kampfes gegen den Terrorismus zu betrachten.¹³

Das ändert nichts an der Tatsache, dass Israel vom Frieden sehr profitieren würde: Zwar würde die Wirtschaft des Landes kurzfristig unter den nötigen Anpassungen leiden, aber die Ressourcen könnten in produktivere Aktivitäten umgeleitet werden, und der Handel mit den arabischen Ländern würde exponentiell wachsen.

Aber die Manager der Waffenfirmen verschwenden keinen Gedanken an den Frieden. Die fehlgeschlagene Invasion des Libanon im Jahr 2006 war eine bis zu einem gewissen Grad missratene Zurschaustellung israelischer und amerikanischer Waffen, aber die israelischen Unternehmen unterstützten die Angriffe nicht nur, sondern finanzierten sie auch, indem sie unter ihren Markennamen Werbeanzeigen für den Krieg schalteten. Auf dem Höhepunkt des Libanonkriegs im August 2006 stiegen die Aktienkurse in Tel Aviv. In diesem Jahr wuchs die israelische Wirtschaft um fast 6 Prozent, während die blutigen Auseinandersetzungen im Westjordanland und im Gazastreifen eskalierten. Die Bombenangriffe auf Gaza Ende 2008 und Anfang 2009 waren auch eine grausame Marketingkampagne, denn sie bewiesen die gewaltige Zerstörungskraft von Elbits Drohnen, die die Verluste der israelischen Armee minimierten, während sie die Zahl der palästinensischen Opfer deutlich erhöhten und verheerende Schäden in Gaza anrichteten.¹⁴ Nach der Invasion des Gazastreifens veranstalteten die Israelis für eine geschlossene Gesellschaft eine Waffenmesse, um ihren Kunden zu zeigen, wie gut die neuen Waffen im Straßenkampf funktioniert hatten.¹⁵

Obwohl der Rüstungssektor die wichtigste Säule der israelischen Wirtschaft ist, ist er immer noch nicht imstande, sämtliche Erfordernisse der Streitkräfte zu erfüllen. Flugzeuge, größere Schiffe und U-Boote werden ausnahmslos importiert. Es überrascht nicht, dass die Vereinigten Staaten der größte Lieferant sind, und zwar zu für Israel vorteilhaften Bedingungen. Israel ist seit Anfang der siebziger Jahre der größte Begünstigte amerikanischer Unterstützung im Sicherheitssektor. Damals erhöhte die Regierung Nixon die Militärhilfe für das Land deutlich und legte den Grundstein für die enge Beziehung, die bis heute Bestand hat. Henry Kissinger soll gesagt haben: »Auf jeden Panzer, den wir

Israel schenken, kommen vier, die uns seine Nachbarn abkaufen.«¹⁶

In den letzten Jahren sind sowohl die amerikanische Militärhilfe als auch die Waffenlieferungen erhöht worden. Gleichzeitig sind auch die israelischen Militäroperationen intensiver und rücksichtsloser geworden. In diesen Einsätzen wird die tödliche Wirkung amerikanischer Waffen und militärischer Ausrüstung jeder Größe zur Schau gestellt.¹⁷ Zwischen 2002 und 2007 bezog Israel von der Regierung Bush 19 Milliarden Dollar an direkter Militärhilfe, und im August 2007 unterzeichneten die Regierungen der Vereinigten Staaten und Israels eine auf zehn Jahre ausgelegte Absichtserklärung über amerikanische Militärhilfe im Umfang von 30 Milliarden Dollar.¹⁸ Bei der feierlichen Unterzeichnung bezeichnete Nicholas Burns, Staatssekretär im Außenministerium, diesen Betrag als »Investition in den Frieden« und betonte das »bleibende Interesse« der Vereinigten Staaten an der Sicherheit Israels.¹⁹ Auch die Waffenlieferungen aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien sind bedeutend, wenn auch weniger umfangreich.²⁰ Im ersten Vierteljahr 2008 genehmigte die britische Regierung Waffenverkäufe im Wert von fast 19 Millionen Pfund an Israel.²¹

Den Großteil der amerikanischen Militärhilfe bezieht Israel durch das Finanzierungsprogramm Foreign Military Financing (FMF) des US-Außenministeriums. Dabei handelt es sich um Bundeszuschüsse für Waffenkäufe. Mindestens ebenso wertvoll ist die Vorzugsbehandlung, die mit diesen milliardenschweren Zuschüssen einhergeht: Israel ist das einzige Land, das die amerikanische Militärhilfe zum Aufbau seiner eigenen Rüstungsindustrie verwenden kann – einschließlich der Entwicklung eigener Waffensysteme auf der Grundlage amerikanischer Pläne. Außerdem dürfen die FMF-Gelder zum Kauf von Material von israelischen Firmen sowie für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Zusätzlich fließen amerikanische Gelder in die gemeinsame militärische Forschung und Produktion, etwa von anti-ballistischen Raketenabwehrsystemen und sogar Kampfflugzeugen. Während die FMF-Zuschüsse an andere Länder in vierteljährlichen Tranchen ausgezahlt werden, erhält Israel den gesamten Betrag zu Jahresbeginn – eine Praxis, die der amerikanischen Regierung eine Zinslast aufbürdet, da sie sich das Geld vom Finanzministerium leihen muss, lange bevor der Kongress die Zuschüsse tatsächlich freigibt. Gemeinsam mit einer Handvoll weiterer Länder genießt Israel bei Waffenkäufen den sogenannten »Überholspur-Status«, was bedeutet,

dass es die Vermittlung des Pentagon, die lästige Verfahren und Verzögerungen mit sich bringt, umgehen und sich direkt an die Hersteller wenden kann.

Zwischen 1998 und 2008 wendete Israel Schätzungen zufolge 75 Milliarden Dollar für die Verteidigung auf. Die FMF-Zuschüsse beliefen sich im selben Zeitraum auf fast 25 Milliarden Dollar, deckten also ein Drittel der israelischen Verteidigungsausgaben. Aus einer Mitteilung des Amerikanisch-israelischen Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten (American Israel Public Affairs Committee, AIPAC) geht hervor, dass Israel seinen Verteidigungshaushalt im kommenden Jahrzehnt auf 150 Milliarden Dollar verdoppeln will.²²

Mit der milliardenschweren amerikanischen Militärhilfe für Israel wurde ein verblüffendes Sortiment amerikanischer Waffen und Ausrüstung für die israelischen Streitkräfte gekauft. Israel besitzt 226 F-16-Kampfflugzeuge, mehr als 700 M-60-Kampfpanzer, 6000 gepanzerte Mannschaftswagen²³ sowie ungezählte Transportflugzeuge, Kampfhubschrauber und Nutz- und Ausbildungsflugzeuge, ganz zu schweigen von riesigen Mengen von Bomben und taktischen Raketen jeder Art. Zudem stehen der israelischen Armee verschiedenste Arten von Munition zur Verfügung, darunter Clusterbomben und Phosphorbomben. Israel ist ein zuverlässigerer Waffenkäufer als die meisten anderen Länder und hat in den letzten zehn Jahren, für die vollständige Daten vorliegen (das heißt für die Haushaltsjahre 1997 bis 2007), Verträge über den Kauf amerikanischer Waffen im Wert von 10,59 Milliarden Dollar unterzeichnet. Von den sechs größten Abnehmern der amerikanischen Rüstungsindustrie investierte lediglich Saudi-Arabien mehr (nämlich 10,7 Milliarden Dollar).²⁴

Die militärische Beziehung Israels zu den Vereinigten Staaten geht weit über den Kauf von Waffen hinaus. Sie erstreckt sich auf die Nahostpolitik und berührt zahlreiche geopolitische Fragen. Ein Insider der Nahostpolitik, der mit Israel sympathisiert, sagte mir: »Israel bekommt von den USA mindestens 2 bis 3 Milliarden Dollar für den Kauf amerikanischer Waffen. Einen Teil dieser Waffen setzt es selbst ein, aber mit einem anderen Teil rüstet es mit Duldung der Amerikaner Länder auf, die die USA nicht bewaffnen können.« Das extremste Beispiel für diese Vorgehensweise war der Verkauf von Waffen an den Iran.

Wie bekannt hatte Israel sich in den siebziger Jahren der Politik der

Vereinigten Staaten angeschlossen und unterstützte den Schah sowohl politisch als auch militärisch. Noch kurz vor dem Sturz des Schahs schloss Israel mit dem Iran einen Waffenvertrag und wurde dafür bezahlt. Doch nach der von Ayatollah Khomeini geführten Revolution weigerten sich die Israelis, die Waffen zu liefern. Khomeini brach die Beziehungen zu Israel ab und verklagte das Land auf 5 Milliarden Dollar. Das internationale Schiedsgerichtsverfahren läuft seit 1983.²⁵

Weniger bekannt ist, dass die israelische Regierung und ihre Waffenmakler zu einer Zeit, als der Westen und zeitweilig auch die Sowjetunion Saddam Hussein in seiner Auseinandersetzung mit der Islamischen Republik Iran unterstützten, im Auftrag der Vereinigten Staaten hunderte Tonnen Waffen und Ausrüstung an den Iran lieferten, um der geschwächten Armee, die kurz vor einer Niederlage gegen die Iraker stand, wieder auf die Beine zu helfen. Einige Jahre nach der Einstellung der Waffenlieferungen an den Iran trat ein französischer Mittelsmann an die Israelis heran und vereinbarte mit ihnen den Verkauf von Waffen an Khomeinis Regime in einer Geheimoperation, die unter dem Codenamen »Seashell« (»Muschelschale«) lief. Die Israelis glaubten, dieses Geschäft werde eine Annäherung an das iranische Regime ermöglichen und den Irak und letztlich auch den Iran schwächen. Genauso wichtig war jedoch, dass die Waffenindustrie Geld verdienen wollte. Eine Schlüsselfigur der Operation »Seashell« erinnert sich: »Ich kann mich nicht an eine einzige Diskussion über die ethische Dimension der Angelegenheit erinnern. Uns interessierte nur, wie wir möglichst viele Waffen an sie verkaufen konnten, damit sie sich möglichst alle gegenseitig umbrachten.«²⁶

Über einen portugiesischen Waffenhändler namens George Pinole, der falsche Frachtbriefe beschaffte und Mitarbeiter einer argentinischen Fluglinie bestach, damit sie die Ware beförderten, erreichten Waffen im Wert von 75 Millionen Dollar den Iran. Nachdem eines der Flugzeuge abgestürzt war, arrangierte Pinole einen Transport auf dem Seeweg. Auf iranischer Seite wurde die Operation von Dr. Sadeq Tabatabai geleitet, einem entfernten Verwandten und engen Vertrauten Khomeinis. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass Tabatabai aufgrund des Erfolgs der Operation »Seashell« im Regime aufstieg und schließlich eine führende Rolle in der iranischen Vertretung im Libanon übernahm, wo er zu den Schöpfern der Hisbollah zählte, die heute einer der

gefährlichsten Feinde Israels ist. Tabatabai steckte auch hinter der Entführung von zwei israelischen Soldaten durch ein Hisbollah-Kommando, einer Aktion, die den Krieg im Sommer 2006 auslöste. Und die Geschichte nahm noch eine weitere Wendung, mit der die Israelis kaum gerechnet haben dürften: Nachdem die gestärkte iranische Armee im Krieg mit dem Irak einen Waffenstillstand erzwungen hatte, begann sie, einen Teil der aus Israel gekommenen Waffen an die Hisbollah zu schicken.²⁷

Der israelische Journalist und Autor Ronen Bergman hat neue Informationen über den Iran-Contra-Skandal enthüllt, die einiges über die Leichtgläubigkeit der Israelis und Amerikaner im Umgang mit Waffenhändlern verraten.²⁸ Haschemi Rafsandschani, der gemäßigte Vorsitzende des iranischen Parlaments und zukünftige Präsident der Islamischen Republik, war um eine pragmatischere Außenpolitik bemüht, um sich westliche Unterstützung im Krieg mit dem Irak und Zugang zu westlichen Waffen zu sichern. Doch die Regierung Reagan wies die iranischen Avancen im Jahr 1984 zurück. Daraufhin nahmen die Iraner über zwei Mittelsmänner Kontakt zu Israel auf. Diese Männer waren Manucher Ghorbanifar, ein iranischer Waffenschieber und Betrüger aus dem Umfeld von Rafsandschani, sowie der saudische Waffenhändler und Milliardär Adnan Kaschoggi. Die Iraner wollten die Israelis dazu bewegen, ihnen Waffen zu verkaufen und zwischen ihnen und den Amerikanern zu vermitteln. Ghorbanifar reiste mit einem griechischen Pass nach Israel, um eine Lieferung von Kampfausrüstung im Wert von 50 Millionen Dollar an den Iran auszuhandeln. Einige der Beteiligten auf israelischer Seite gaben später zu, dass sie vor allem den finanziellen Aspekt der Angelegenheit vor Augen hatten.

Die Amerikaner begannen sich für die Operation zu interessieren, weil es gerade zu einer Welle von Entführungen amerikanischer Staatsbürger im Libanon durch die vom Iran unterstützte Hisbollah gekommen war, die sie auf diese Weise beenden wollten. Sie fassten verschiedene parallele Maßnahmen ins Auge: Der amerikanische Geheimdienst hatte ein Tarnunternehmen namens GMT aufgebaut, das sowohl zur Unterminierung des iranischen Regimes beitragen als auch die anti-sowjetischen Kräfte in Süd- und Mittelamerika unterstützen sollte. Zu diesen Kräften zählten auch die Contras in Nicaragua, eine konservative Widerstandsgruppe, die gegen die Sandinisten kämpfte, die das Somoza-Regime gestürzt und im Jahr 1984 die Wahlen gewonnen hatten.

Die CIA bildete die Contras aus und belieferte sie über GMT mit Waffen. Aber der Geheimdienst wollte die Operation ausweiten: Wenn es gelang, überschüssige NATO-Ausrüstung von Europa nach Israel zu bringen, um die israelischen Waffen zu ersetzen, die deutlich über dem Marktpreis an den Iran verkauft werden sollten, konnte der amerikanische Geheimdienst den Gewinn zur Finanzierung der Contras verwenden. Und gleichzeitig konnten die Vereinigten Staaten die Beziehungen zum Iran verbessern und die Geiseln im Libanon befreien.²⁹

Auf dem Landsitz des Verteidigungsministers Ariel Scharon in der Negev-Wüste wurde eine Vereinbarung zwischen GMT und der israelischen Regierung über die Abwicklung der Operation und die Aufteilung von Gewinnen und Provisionen unterzeichnet. CIA-Direktor William Casey wurde über die Vereinbarung darüber und auch darüber informiert, wie das Geld über geheime Bankkonten in der Schweiz weitergeleitet werden sollte. Im Sommer 1985 gab die israelische Regierung grünes Licht. Es wurde beschlossen, die Durchführung den inoffiziellen Mittelsmännern zu überlassen. Ghorbanifar sollte die Iraner repräsentieren, Kaschoggi die Barzahlungen übernehmen. Im August 1985 begannen die Lieferungen. Doch die von Israel geschickten Raketen waren mangelhaft, da sie veraltet waren. Es ist immer noch unklar, wer den Befehl gegeben hatte, mangelhafte Waffen an die Iraner zu liefern. Dennoch erhielt Israel als Gegenleistung für die Lieferung Ersatzausrüstung von den USA. Eine amerikanische Geisel wurde freigelassen.³⁰

Unter dem Deckmantel der vermeintlichen Geiselbefreiung wurden in der Folge noch weitere geheime Geschäfte zwischen den Vereinigten Staaten, Israel und dem Iran abgeschlossen. Der Iran erhielt 600 Tonnen Munition, Waffen und Ausrüstung. Eine an den Geschäften beteiligte Person erklärte: »Fast alle machten mit: Wer den Iranern nur irgendwas Brauchbares verkaufen konnte, tat es. Das betraf die staatliche Rüstungsindustrie ebenso wie Privatunternehmen.«³¹ Die internen Dokumente der israelischen Seite, zu denen Ronen Bergman Zugang gehabt hat, zeigen, dass Israel auch direkt an die mittelamerikanischen Rebellen Waffen verkaufte.

Als es nicht gelang, mehr als eine Geisel im Libanon freizubekommen, betrauten die Israelis Amiram Nir, den Anti-Terrorberater des Ministerpräsidenten, mit der Leitung der Operation, die sich in die zweite Phase der Iran-Contra-Affäre verwandelte. Sein Gesprächspartner auf amerikanischer

der Iran sollte diese verwenden. Sein Gesprächspartner auf amerikanischer Seite war Oberst Oliver North, ein etwas übereifriger Berater des Nationalen Sicherheitsrats. Nir war der Meinung, dass mit den Iranern genau vereinbart werden müsse, wie viele Geiseln für eine bestimmte Menge Material freizulassen seien. Als zusätzlichen Anreiz versprach man Teheran einen Dialog mit Washington und die Freilassung von neununddreißig Schiiten, die von den pro-israelischen Milizen im Südlibanon festgehalten wurden. Diese Geste konnten die Iraner auch benutzen, um die Freilassung der amerikanischen Geiseln durch die Hisbollah zu erklären und die Waffenlieferungen zu verschleiern.

Nir traf sich mit North und anschließend mit Ghorbanifar und Kaschoggi. Präsident Reagan gab grünes Licht. Es wurden Tarnfirmen und Bankkonten in der Schweiz und Liechtenstein eingerichtet. Ghorbanifar hinterlegte 10 Millionen Dollar auf einem Schweizer Bankkonto, und am 16. Februar 1986 wurden 1000 Raketen nach Israel gebracht, in ein El-Al-Frachtflugzeug umgeladen, dessen Kennzeichen übermalt worden war, und anschließend von einer amerikanischen Besatzung nach Teheran geflogen. Zwei Tage später verstieß die Hisbollah gegen die sorgfältig ausgearbeitete Vereinbarung und entführte im Libanon zwei israelische Soldaten. Der Zweck der Aktion bestand offenbar darin, die Israelis zu weiteren Waffenlieferungen an den Iran zu nötigen. Nach einem – durch Nir und North vermittelten – Briefwechsel zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten und dem amerikanischen Präsidenten und der Hinterlegung von weiteren 15 Millionen Dollar begann eine zweite Lieferung. Aus den Dokumenten geht hervor, dass nicht nur Israel mangelhafte Waffen an den Iran lieferte; anscheinend versuchten die Vereinigten Staaten aus bisher ungeklärten Gründen, dasselbe mit Israel zu tun.³²

Als sich George Bush senior für das Präsidentenamt bewarb, bestritt er entschieden, etwas von dieser dubiosen Affäre gewusst zu haben, die sich während seiner Amtszeit als Vizepräsident abgespielt hatte. Doch aus Nachrichtendienstdokumenten geht hervor, dass er im Juli 1986 von Nir in einem persönlichen Gespräch über die Operation aufgeklärt worden war. In einem späteren Bericht über das Treffen erklärte Nir gegenüber Ministerpräsident Schimon Peres, Israel müsse alles tun, um die Vereinigten Staaten vor einer Bloßstellung zu schützen, obwohl die Operation auf ausdrückliches Ersuchen der Amerikaner eingeleitet worden war. Nir beschrieb

Bushs Ton in dem Gespräch als ermutigend und zuversichtlich.³³

Doch im Jahr 1986 gelangten erste Informationen über die geheimen Transaktionen in die Öffentlichkeit. Im November veröffentlichte die libanesische Zeitschrift *Asch-Schiraa* eine Artikelserie über das Geschäft »Waffen gegen Geiseln«. Bald wurde bekannt, dass die gewaltigen Gewinne aus dem Verkauf von Waffen an den Iran zur Finanzierung der Contras verwendet worden waren. Der Kongress, der eine solche Unterstützung ausdrücklich untersagt hatte, reagierte empört. Der Sprecher des Weißen Hauses schob die Schuld auf die Israelis. Diese waren erbost, beschlossen jedoch, auf eine öffentliche Stellungnahme zu verzichten, da sie immer noch Kontakt zu Ghorbanifar hielten und auf die Freilassung der Geiseln hofften. Auf diese Art stärkten sie Reagans Position angesichts der bevorstehenden Untersuchung im Kongress und erleichterten es ihm, die Operation zu rechtfertigen.

Doch dann fand die *Washington Post* heraus, dass die CIA zur selben Zeit, als sie Geheimverhandlungen mit dem Iran führte, den Irak mit nachrichtendienstlichen Informationen über Schlüsselziele im Iran versorgt hatte. Daraufhin brach das iranische Regime jeglichen Kontakt ab. Nir wurde den Medien als Sündenbock präsentiert und blieb relativ isoliert in Israel, bevor er im Jahr 1988 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben kam. Das Flugzeug gehörte angeblich der Tarnfirma der CIA, die die Waffen in den Iran gebracht hatte.³⁴

Verbindungen zwischen Geheimdienstagenten und Waffenschiebern sind an der Tagesordnung. Es liegt in der Natur der Sache, dass Waffenhändler sehr viel eher Zugang zu vertraulichen Informationen haben als normale Geschäftsleute. Die israelischen Geheimdienste wissen, wie sie diese Geschäftsleute für ihre Zwecke einsetzen können. In dem Maße aber, wie sie in die Waffentransaktionen eingebunden werden, diese womöglich noch absegnen, entstehen zugleich höchst unangenehme Abhängigkeiten mit zuweilen fatalen Folgen.³⁵ Das hat oft katastrophale Folgen.

Nahum Manbar, der Verbindungen zum Mossad hatte und mit Waffengeschäften Millionen verdiente, verkaufte chemische Waffen an die Iraner, woraufhin einige Leute in der CIA argwöhnten, dass die Israelis, die die Vereinigten Staaten immer wieder zu entschlossenem Vorgehen gegen den Iran

aufriefen, eine Operation hinter dem Rücken ihres Verbündeten durchführten.³⁶

Manbar, der im Mossad den Decknamen »Termite« hatte, war in einem Kibbuz zur Welt gekommen, an dessen Aufbau seine Familie beteiligt gewesen war. Er kämpfte in den Kriegen von 1967 und 1973, bevor er ins Waffengeschäft einstieg. Er tat sich mit Bari Haschemi (alias Farschi) zusammen, einem Beschaffungsagenten des iranischen Verteidigungsministeriums, der eine Firma in Wien leitete. Manbar kaufte anfangs Waffen, die oft aus Beständen der polnischen Armee stammten, um sie an die Iraner weiterzuverkaufen. Er verkaufte ihnen auch Schutzrüstung gegen ABC-Waffen und gründete in Polen eine Fabrik, in der er solche Ausrüstung herstellte. Manbar behauptet, die israelischen Behörden seien über seine Aktivitäten informiert gewesen. Er schwört Stein und Bein, den Israelis auch Bericht erstattet zu haben, als die Iraner an ihn herantraten, um sich Chemiewaffen zu beschaffen. Die Israelis hätten ihn gebeten, Einzelheiten über die Wünsche der Iraner in Erfahrung zu bringen. »Ich verlangte Baupläne von den Iranern und gab das gesamte Material an die Israelis weiter.«³⁷

Der Waffenhandel hatte Manbar reich gemacht. Viele Personen und Unternehmen wollten an dem Geschäft beteiligt sein. Über seinen Kontaktmann, den Brigadegeneral Amos Kotzer, bot Manbar dem israelischen Geheimdienst an, Informationen über militärische Themen sowie über den verschleppten israelischen Piloten Ron Arad zu liefern. Arad war im Oktober 1986 in die Hände schiitischer Milizen gefallen, nachdem er während eines Luftangriffs auf Ziele der PLO gezwungen gewesen war, den Schleudersitz zu bedienen. Manbar glaubte, dank seiner ausgezeichneten Kontakte im Iran werde es möglich sein, den Piloten zu befreien. Doch seine Hinweise erwiesen sich letzten Endes als wertlos.³⁸

Ende des Jahres 1990 unterzeichnete Manbar einen Vertrag mit Madschid Abbaspur, einem Sonderberater des iranischen Präsidenten, der noch heute zu den Schlüsselfiguren im Beschaffungswesen der iranischen Streitkräfte zählt. In der Vereinbarung ging es um die Lieferung von Know-how für die Produktion von Substanzen für chemische Waffen, um den Aufbau einer Produktionsanlage und um die Ausbildung der benötigten Fachleute. Manbar sollte für seine Dienste 16,23 Millionen Dollar erhalten. Doch im Jahr 1992 traten israelische Experten für innere Sicherheit an ihn heran und forderten ihn auf, diese

Aktivitäten einzustellen und alle mit dem Waffenprogramm zusammenhängenden Dokumente auszuhändigen. In den folgenden sechs Jahren genoss Manbar seine Millionen in seinen Villen an der schweizerisch-italienischen Grenze und an der Côte d'Azur, wo er viele Angehörige der politischen Elite Israels zu Gast hatte. Er war seinerseits regelmäßig in Israel zu Besuch, investierte in israelische Basketballklubs und ließ sich unter anderem gemeinsam mit dem damaligen Außenminister Schimon Peres, dem zukünftigen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und Jitzchak Rabins Frau Leah fotografieren.³⁹

Der britische Auslandsgeheimdienst MI6 versuchte, sich Manbars Kontaktnetz zu bedienen, um die iranische Rüstungsindustrie zu infiltrieren. Die Mission wurde einem jungen Agenten namens Richard Tomlinson anvertraut. Er erklärte, der MI6 habe »nie die Absicht gehabt, sich in Manbars Arbeit einzumischen. Ganz im Gegenteil, es war eine klassische britische Nachrichtendienstoperation: Man erlaubt tatsächlichen Geschäftsleuten, Beziehungen zu feindlichen Ländern aufzunehmen, und infiltriert später ihre Netzwerke, um Informationen über das Zielland zu sammeln.«⁴⁰ Tomlinson, der ins Gefängnis musste, weil er versuchte, einen Sensationsbericht über seine Erfahrungen zu veröffentlichen, ist fest davon überzeugt, dass Manbar seine Waffengeschäfte mit dem Iran im Auftrag des israelischen Geheimdienstes betrieb: »Wir haben keinen Zweifel daran. Offiziell hat der Mossad nie bestätigt, dass Manbar in seinem Auftrag handelte, aber es war klar, dass die Israelis jeden seiner Schritte kannten.« Tomlinson behauptet auch, der Mossad habe versucht, die Arbeit der Briten zu stören, und habe nicht alle Dokumente ausgehändigt, die in seinem Besitz gewesen seien.⁴¹ Die CIA war ebenso wie der MI6 davon überzeugt, dass Manbar für den Mossad arbeitete, was die Beziehung zwischen den beiden Geheimdiensten belastete.

Manbar behauptet, im Jahr 1993 habe er auf Drängen der Israelis sämtliche Kontakte zum Iran abgebrochen. Er gibt jedoch zu, Außenminister Peres im Jahr 1995 eine Visitenkarte von Abaspur gegeben zu haben; Peres habe die Karte genommen und ihm gesagt, »man werde sich um die Sache kümmern«.⁴² Zwei Wochen später spendete Manbar 200000 Dollar für Peres' Wahlkampffonds.

Im März 1997 wurde er in Israel verhaftet. Eine Nachrichtensperre verhinderte, dass die Medien über die Einzelheiten des Falls berichteten. Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, und ein Großteil der

Zeugenaussagen blieb geheim. Manbars Anwälte behaupteten, die israelische Rüstungsindustrie – einschließlich israelischer Geschäftsleute, die offensichtlich mit Duldung der Sicherheitsbehörden agierten – habe große Mengen an militärischem Material an den Iran verkauft und tue das auch weiterhin. Die Richter akzeptierten dieses Argument teilweise und übten scharfe Kritik am Verhalten der Behörden. Manbar wurde zu sechzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Richard Tomlinson meint: »Es geschah etwas, das zur üblichen Praxis von Nachrichtendiensten gehört. Der Mossad entschloss sich, Manbar loszuwerden, die Verbindungen zu kappen und ihn zum Sündenbock zu machen. Gleichzeitig hielt der Geheimdienst alle Dokumente zurück, die Manbars Unschuld hätten beweisen können.«⁴³

Der Konflikt zwischen Georgien und Russland wurde mit israelischen Waffen ausgetragen, die nach Meinung vieler Experten mit amerikanischer Rückendeckung geliefert wurden.⁴⁴

Als die russischen Truppen im August 2008 in Georgien einmarschierten, war der Verteidigungssektor des Landes von Israelis beherrscht, obwohl eine Reihe von israelischen Waffenherstellern gleichzeitig Geschäfte mit den Russen machte.⁴⁵ Die dominierende Rolle der Israelis war darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Georgier nach Israel ausgewandert waren und dort im Rüstungssektor arbeiteten. Und der georgische Verteidigungsminister Dawit Keseraschwili war ein ehemaliger israelischer Staatsbürger. Nach Auskunft eines georgischen Informanten mit guten Kontakten in der georgischen Regierung wurden Geschäfte mit israelischen Waffenherstellern stets »sehr schnell abgewickelt, was vor allem an der persönlichen Beteiligung des Verteidigungsministers lag«.⁴⁶ Unter den Israelis, die Georgien mit militärischer Ausrüstung im Wert von 500 Millionen Dollar versorgten, waren Roni Milo, ehemaliger Bürgermeister von Tel Aviv, sein Bruder Schlomo, ein ehemaliger Generaldirektor von Israel Military Industries, Brigadegeneral Gal Hirsch und Generalmajor Jisrael Ziv.⁴⁷ Hirsch hatte die israelischen Streitkräfte im zweiten Libanonkrieg befehligt, hatte jedoch zurücktreten müssen, nachdem ihm mangelhafte Führungskompetenz vorgeworfen worden war. Er gründete ein Unternehmen und begann, Waffenverkäufe nach Georgien zu vermitteln. Er redeten den Georgier ein, dass sie mit israelischen Waffen die Russen besiegen

könnten.⁴⁸ Hirsch beschreibt sich selbst nicht als Waffenhändler, sondern als Militärausbilder, aber er sagte den Georgiern genau, welche Ausrüstung sie brauchten und wo diese zu beschaffen war.⁴⁹

Das israelische Rüstungsunternehmen Aeronautics Defense Systems versorgte vor dem Krieg sowohl die georgischen als auch die russischen Sicherheitskräfte, und im Fall der Russen wurde die Zusammenarbeit auch nach dem Krieg fortgesetzt. Die Waffengeschäfte israelischer Hersteller in Georgien wurden allesamt vom Verteidigungsministerium abgesegnet. Doch der Flugzeugbauer Israel Aerospace Industries lehnte es ab, die Georgier zu beliefern, da das Unternehmen die Russen nicht verärgern wollte, mit denen es an der Nachrüstung von Kampfflugzeugen arbeitete, die noch aus sowjetischer Produktion stammten. Daher entschlossen sich die Israelis, Georgien nur mit defensiven Waffensystemen zu beliefern. Wie schwierig dieser diplomatische Balanceakt war, verdeutlichen die Kommentare eines weiteren jüdischen Ministers in der georgischen Regierung, der am Vorabend der russischen Invasion die Vereinten Nationen »und unsere Freunde unter der Führung der Vereinigten Staaten und Israels« um dringende Hilfe ersuchte.⁵⁰

Mitte des Jahres 2011 bewarb sich Generalmajor Zivs Firma Global CST um einen Auftrag der abtrünnigen georgischen Republik Abchasien, die unter anderem von der Hamas unterstützt wird.⁵¹ Sollte Global CST einen Auftrag erhalten, so würden in einem weiteren Krieg zwischen Georgien und Abchasien Streitkräfte einander gegenüberstehen, die vom selben Unternehmen ausgebildet wurden. Zu Abchasien haben die israelischen Rüstungsunternehmen auch deshalb Zugang, weil die militärischen Beziehungen zu Russland nach wie vor gut sind. Abchasien, dessen Markt den Israelis früher verschlossen gewesen wäre, steht unter dem Schutz Russlands.

Die Geschehnisse in Georgien sind keineswegs untypisch. Ehemalige israelische Offiziere bilden überall in der Welt Militärs aus. Diese Ausbildungsaufträge werden oft von Waffenhändlern angeboten. Es werden alle möglichen Kniffe angewandt, um das eigentliche Ziel zu erreichen: den Verkauf von Waffen und Sicherheitsausrüstung. Wie weit dies geht, zeigt das Beispiel des Unternehmens New Horizon Consultants (NHC), das ein Konzept entwickelt hat, das afrikanischen Ländern auf ihrem Weg in die Demokratie helfen soll. Unter den Mitgliedern von NHC sind der Generalsekretär des Likud und

ehemalige Wahlkampfleiter von Ariel Scharon und Benjamin Netanjahu, ein Kommandeur im Ruhestand der Anti-Terroreinheit der israelischen Polizei und früherer Befehlshaber der Bodentruppen der israelischen Armee. NHC bietet einen umfassenden Service an: von der Gründung einer politischen Partei bis zur Führung eines Wahlkampfs. Wobei demokratische Wahlen selbstverständlich »zu Instabilität führen können«, was eine Stärkung der »bestehenden Polizeistrukturen« erforderlich macht. Und selbstverständlich »braucht eine starke Demokratie auch eine starke Armee, um ihre Grenzen zu beschützen«. NHC bietet dafür die nötige Ausbildung und Ausrüstung. Der Aufbau von Bodentruppen und Anti-Terroreinheiten, das Training von Polizeihunden, der wirksame Schutz vor ABC-Waffen und vieles andere mehr ist inklusive. Und selbstverständlich ist der Anbieter dieses Pakets spezialisiert auf die »Lieferung von Verteidigungssystemen und -ausrüstung an die israelische Regierung und die internationale Gemeinschaft«. ⁵²

Das aggressive Vorgehen der Israelis beim Export von Waffen und Know-how hat Konsequenzen für die Vereinigten Staaten, da die beiden Länder in der technologischen Entwicklung und in der Herstellung zusammenarbeiten. Die enge Verflechtung bringt die ständige Gefahr mit sich, dass amerikanische Technologie an nicht freundlich gesinnte Länder weitergegeben wird. Um nur einen Fall zu nennen: Die chinesische Luftwaffe verwendet ein Flugzeug namens Jian-10, das große Ähnlichkeit mit der israelischen Lavi hat, die eine gemeinsame Entwicklung von Israelis und Amerikanern auf der Grundlage der F-16 war. Obwohl die gemeinsame Produktion dieses Kampfflugzeugs im Jahr 1987 eingestellt wurde, weil die Kosten des Flugzeugs außer Kontrolle geraten waren und weil die Amerikaner eine direkte israelische Konkurrenz auf den Exportmärkten verhindern wollten, landeten Design und Technologie des Flugzeugs in Peking. Tatsächlich ist Israel nach Russland der zweitgrößte Waffenlieferant Chinas.

Trotz der engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und China sind die beiden Länder militärische Rivalen, und in den meisten konventionellen Kriegsszenarien der Pentagonplaner für die Zukunft spielen die Chinesen eine Rolle als Gegner. Daher dürfte es den Amerikanern einiges Kopfzerbrechen bereiten, dass ihr engster Verbündeter einem »nahezu ebenbürtigen« Rivalen dabei hilft, in den Besitz modernster Waffentechnologie zu gelangen. Chinas

Rolle als Waffenexporteur ist allgemein bekannt und löst in Washington immer wieder Kritik aus. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt gab das UN-Register für konventionelle Waffen bekannt, dass China von Israel und den USA entwickelte Technologie an andere Länder weitergegeben habe, unter anderem auch an den Iran und den Irak.⁵³

Wie wir gesehen haben, wimmelt es in der Schattenwelt von israelischen Mittelsmännern, Agenten und Händlern. Das Land hat beunruhigend vielen Waffenschiebern, die überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, die Staatsbürgerschaft angeboten und ihnen damit die Möglichkeit gegeben, ungehindert zu reisen und Bankgeschäfte zu tätigen. Jossi Melman, ein angesehener Journalist und Autor, macht gern einen Scherz über die zweigeteilte israelische Unternehmerschaft: »Da gibt es die einen, die mit Waffen handeln, und da gibt es die anderen, die es nicht zugeben mögen.«

Präsident Teodoro Obiang regiert Äquatorialguinea seit einem blutigen Staatsstreich im Jahr 1979. In seiner Zeit an der Spitze eines der korruptesten Regimes auf dem afrikanischen Kontinent soll er die Ermordung Tausender Bürger angeordnet haben. Vor einigen Jahren fanden amerikanische Ermittler heraus, dass Obiang auf Konten bei der Washingtoner Filiale der Riggs Bank etwa 700 Millionen Dollar geparkt hatte. Die Konten wurden eingefroren, weil der Verdacht bestand, es handle sich um Bestechungsgelder. Eine israelische Unternehmerin namens Jardena Ovadia freundete sich nach einem Besuch in dem verarmten Land mit Obiang an. Im Jahr 2008 vermittelte Ovadia Waffenlieferungen im Wert von mehr als 100 Millionen Dollar an Äquatorialguinea. Zu den Auftragnehmern zählten Israel Shipyards und Israel Military Industries. Schon zuvor war Ovadia mit Waffenlieferungen für Obiang in Verbindung gebracht worden, an denen der Brigadegeneral Schlomo Ilia und der in Südafrika stationierte Israeli Boaz Badihi beteiligt waren.⁵⁴

Es ist oft schwer zu beurteilen, ob Waffenschieber Einzelgänger sind und auf eigene Faust handeln oder ob sie die Rückendeckung von Staaten genießen. Bei vielen gibt es Gerüchte über Beziehungen zu Spitzenpolitikern und zu den Nachrichtendiensten. Die Sonderstellung des israelischen Staates, seine ständige Verwicklung in Kriege und seine legendären Verbindungen zu geächteten Regimes wie dem südafrikanischen Apartheidregime, dem Israel Waffen und

Atomtechnologie lieferte, zu Pinochets Chile, zu Mugabes Simbabwe und zu allen drei Konfliktparteien im angolanischen Bürgerkrieg⁵⁵ erschweren zusätzlich die Beurteilung von israelischen Waffenhändlern wie Jardena Ovadia, Arcadi Gaydamak, Leonid Minin, Jair Klein, Schimon Jelenik und anderen. Jimmy Johnson von der Bürgerrechtsbewegung Israeli Committee Against House Demolitions bezeichnet die Aktivitäten von Leuten wie Minin, Klein, Jelenik und den israelischen Diamantenhändlern in Afrika und anderen Weltgegenden rundheraus als »Kriegsverbrechen«, er spricht von »Kriegsgewinnlertum, Korruption und Gier«, prangert aber darüber hinaus an, dass »die Israelis, die Hisbollah und Al-Qaida trotz aller ideologischen Unterschiede im Grunde Hand in Hand arbeiten, wenn es ihnen um gewinnbringende Geschäfte geht«.⁵⁶

Die Beziehung Israels zu Südafrika war besonders bizarr, wenn man bedenkt, dass das rassistische Apartheidregime keinen Hehl aus seiner Sympathie für den Nationalsozialismus machte. Geradezu surreal war das Bild des südafrikanischen Ministerpräsidenten und brutalen früheren Justizministers Balthasar Johannes Vorster, der den Opfern des Holocaust in der Gedenkstätte Jad Waschem Tribut zollte, denn Vorster war während des Zweiten Weltkriegs wegen seiner Sympathien für Nazi-Deutschland interniert gewesen. Sasha Polakow-Suransky hat jüngst in einem Buch dokumentiert, wie das Engagement der blühenden israelischen Waffenindustrie und die internationale Isolation Südafrikas ein nur teilweise verborgenes Militärbündnis hervorbrachten, das sogar noch Bestand hatte, nachdem Israel im Jahr 1980 Sanktionen über das Land am Kap verhängt hatte. Diese ungewöhnlichen Verbündeten tauschten extrem brisantes Material (Atombombentechnologie inklusive) im Wert von Milliarden von Dollar aus, was der israelischen Wirtschaft in einer schweren Krise beträchtlichen Auftrieb gab und auf der anderen Seite die Position des bedrängten Apartheidregimes festigte. Die von Polakow-Suransky zutage geförderten Dokumente über zahllose Waffengeschäfte bestätigen, dass Israel seit Jahrzehnten eine Atommacht ist, eine Tatsache, die Washington nicht auszusprechen wagt.⁵⁷

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass Israel eine zentrale Rolle in der Schattenwelt spielt: Der erste ist das jedem Juden garantierte Recht zur Niederlassung in Israel,⁵⁸ das zweite die umfassende Militarisierung und die immer wieder für Korruption anfällige Bürokratie. Das macht Israel zum idealen

Schlupfwinkel für Waffenhändler, die anderswo in rechtliche Schwierigkeiten geraten, und zum geeigneten Umfeld für internationale Waffengeschäfte.

Israel hat mit der Korruption zu kämpfen. Als der frühere Ministerpräsident Ehud Olmert im August 2009 wegen Betrugs angeklagt wurde, war er bereits der vierte hochrangige Politiker, dem im Lauf von nur einem Jahr kriminelle Machenschaften vorgeworfen wurden. Gegen seine drei Amtsvorgänger waren ebenfalls Korruptionsvorwürfe erhoben worden, obwohl sich keiner von ihnen vor Gericht hatte verantworten müssen. Die Bürgerrechtsbewegung Movement for Quality Government in Israel ist der Meinung, die Korruption in der Regierung habe »einen Punkt erreicht, an dem sie eine strategische Bedrohung für Israel darstellt«. ⁵⁹ Das illegale Vorgehen staatlicher Einrichtungen bei verdeckten Operationen einschließlich der Verwendung falscher oder gestohlener Identitäten, nicht verfolgbarer Waffen *etc.* ist ebenfalls eine übliche Praxis. ⁶⁰ Das macht das Land für kriminelle Waffenschieber attraktiver.

Die Militarisierung der israelischen Gesellschaft hat die Grenzen zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor nicht nur durchlässig gemacht, sondern aufgehoben. Das zeigt sich zum Beispiel daran, mit welcher Leichtigkeit sich ehemalige Armeeangehörige in Waffenhändler verwandeln. Schir Hever, ein Ökonom und Militärexperte, hat erklärt, das Genehmigungssystem sei derart lasch, dass hochrangige Armeeoffiziere über ihre Verbindungen fast immer problemlos in den Besitz einer Lizenz für den Waffenhandel gelangten. Das Ruhestandsalter in der israelischen Armee ist sehr niedrig: Mitglieder kämpfender Einheiten scheiden mit vierzig, Nicht-Kombattanten und Offiziere mit fünfundvierzig Jahren aus der Armee aus. Das heißt, israelische Armeeangehörige machen sich im Alter von fünfundvierzig Jahren auf die Suche nach einem neuen Posten. Oft verwandeln sie sich in hochrangige Manager von Rüstungsunternehmen.

Viele dieser Veteranen verstehen sich vor allem auf Kampfeinsätze und die Kontrolle von Unruhen. Es liegt also nahe, dass sie Waffenfirmen gründen. ⁶¹ Sie erfinden ein Produkt und bitten ihre Freunde in der Armee, ein paar Stück davon zu kaufen. Der Einsatz durch die Streitkräfte ist ein wichtiges Marketinginstrument. »Wo auch immer wir ein Produkt anbieten, die Kunden wollen wissen, ob es in der israelischen Armee zum Einsatz kommt.« Und diese Unternehmer sind nicht wählerisch, was die Abnehmer anbelangt. Ihr einziges

Kriterium ist der Gewinn. Im Jahr 2006 wurden im Libanon entführte israelische Soldaten mit Waffen aus israelischer Produktion erschossen. Diese Waffen waren an den Iran verkauft und von dort aus an die Hisbollah weitergeleitet worden. Da man in Israel so leicht an eine Lizenz zum Waffenhandel kommt, gerät das System außer Kontrolle, und israelische Unternehmer verkaufen auf diese Weise – indirekt – Waffen an die Hisbollah.⁶²

Jossi Melman ist der Meinung, dass zwielichtige Geschäfte möglich werden, weil Israel »ein kleines Land ist, dessen Funktionsweise auf einem unzureichend überwachten System persönlicher Verbindungen beruht. Ein harmloses ›Geschäft unter Freunden‹ kann das Leben eines ehemaligen Offiziers verändern. Und die Verantwortlichen in der Armee sagen nicht Nein, da sie in Zukunft möglicherweise für ihn arbeiten möchten.« Die Lizenz ist sein größtes Kapital, denn nun kann er »kampferprobte israelische Waffen« verkaufen. Früher war die für die Vermarktung von Waffen zuständige Abteilung im Verteidigungsministerium auch für die Erteilung von Exportgenehmigungen und für die Überwachung der Waffenhändler zuständig. Dazu Melman: »Man kann Waffengeschäfte nicht überwachen, wenn man gleichzeitig dafür verantwortlich ist, sie zu fördern.« Im Jahr 2007 wurden Vermarktung und Überwachung getrennt, und in der Theorie werden Waffenexporte heute genau kontrolliert. Doch die neuen Regeln werden nur halbherzig angewandt.⁶³ »Die Trennung zwischen Rüstungssektor und Verwaltung ist immer noch ungenügend, weshalb die Probleme weiterhin bestehen. Und es herrscht Gleichgültigkeit gegenüber der Korruption. Im Militär- und Sicherheitssektor ist die Korruption vielleicht auch nicht zu bekämpfen, da das Gefühl der Kameradschaft unter den Ehemaligen sehr stark ist.«⁶⁴

Ein früherer Waffenverkäufer eines israelischen Unternehmens sagte mir, dass in einer derart militarisierten Gesellschaft wie der israelischen alle Schlüsselfiguren in der Rüstungsindustrie ehemalige Armeeangehörige seien. Daher stehe das Verteidigungsministerium unter großem Druck seitens der Industrie, nicht nur Rüstungsaufträge zu erteilen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Unternehmen ungehindert und ohne übertriebene Kontrollen arbeiten können. Das Ausmaß der Kriminalität sei derart groß, dass sogar innerhalb der Unternehmen ein doppeltes Spiel gespielt werde. Mein Informant berichtete, dass ein mit ihm bekannter Waffenhändler ein legitimer Vertreter eines großen

Rüstungsunternehmens sei, gleichzeitig jedoch den Genehmigungsprozess umgehe, um den Preis des Unternehmens in illegalen Geschäften, von denen die Unternehmensspitze nichts erfahre, um 20 Prozent zu unterbieten. Wie in Großbritannien und den Vereinigten Staaten werden die großen Waffenhersteller auch in Israel selten gründlich untersucht und müssen sich nur in Ausnahmefällen vor Gericht rechtfertigen.⁶⁵

Wie Mearsheimer und Walt in ihrem Buch *The Israel Lobby and US Foreign Policy* erklärt haben, übt Israel übermäßig großen Einfluss auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten aus, was nicht immer im amerikanischen Interesse ist. Die Autoren gelangen zu dem Schluss, dass die Lobby sogar die langfristige Sicherheit der USA und Israels untergrabe, indem sie eine bedingungslose finanzielle und diplomatische Unterstützung für Israel einfordere (ich würde die militärische Unterstützung hinzufügen).⁶⁶ Trotzdem hat sich die militärische Unterstützung in den letzten fünf Jahren noch verstärkt, und die Intensität und Rücksichtslosigkeit der israelischen Militäroperationen hat zugenommen.

Beim Angriff auf den Libanon im Juli 2006 und beim Vorstoß in den Gazastreifen von Dezember 2008 bis Januar 2009 setzte die israelische Armee mit verheerender Wirkung amerikanische Waffen ein, darunter F-16-Kampfflugzeuge von Lockheed Martin und GBU-39-Präzisionsbomben von Boeing. Hauptleidtragende der Angriffe waren Zivilisten. Bei der Intervention im Libanon im Sommer 2006 wurden F-16-Kampfflugzeuge eingesetzt, um die Hisbollah anzugreifen, während das Mehrfachraketenwerfersystem MLRS (Multiple-Launch Rocket System) von Lockheed Clusterbomben auf den Feldern des Südlibanon aussäte. Eine Cluster-oder Kassettenbombe ist im Grunde ein großer Behälter – der mehr als vier Meter lang sein und bis zu zweitausend Pfund wiegen kann –, der hunderte »Bomblets« oder Submunitionen enthält, die ein Gebiet von der Größe dreier Fußballfelder verwüsten können und dabei Schrapnelle verstreuen.⁶⁷

Es darf nicht vergessen werden, dass die Hisbollah zuvor Raketen auf Nordisrael abgefeuert hatte, darunter mindestens hundert mit Streumunition gefüllte Geschosse chinesischer Herkunft, aber entscheidend ist die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der israelischen Reaktion, die die Zivilbevölkerung einem unnötigen Risiko aussetzte. Die israelische Luftwaffe flog im Verlauf der

Kampfhandlungen mehr als 7000 Einsätze. Die Bomben trafen Straßen, Brücken, Flughäfen, Fabriken und Stromkraftwerke, töteten mehr als 1000 Menschen, verletzten über 4300 und vertrieben fast eine Million Einwohner aus ihren Häusern. Unter den Todesopfern waren mindestens 860 Zivilisten. Die von der Hisbollah abgefeuerten Raketen töteten 55 Israelis, darunter 43 Zivilisten.⁶⁸ Die scheinbar wahllosen israelischen Angriffe waren derart verheerend, dass Amnesty International von »Kriegsverbrechen« und der Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen, Jan Egeland, von einem »Verstoß gegen das internationale Menschenrecht« sprach.⁶⁹

Im Verlauf der Operation »Gegossenes Blei« im Gazastreifen an der Jahreswende 2008/09, der nach einer Zählung 1400 Zivilisten zum Opfer fielen, wurden F-16-Kampfflugzeuge für die Bombenangriffe eingesetzt.⁷⁰ Mindestens 121 Frauen und 288 Kinder wurden getötet. Auf israelischer Seite waren 13 Tote zu beklagen, darunter zwei Zivilisten. Vier der getöteten elf Soldaten wurden Opfer des Feuers aus den eigenen Reihen.⁷¹

So verheerend die Luftangriffe im Libanon und im Gazastreifen auch gewesen sein mögen, die größte internationale Aufmerksamkeit erregte der Einsatz von Streubomben amerikanischer Herkunft. Diese Bomben dienen eigentlich dazu, den Vormarsch feindlicher Einheiten zu bremsen, Flugfelder zu zerstören und Boden-Luft-Raketenwerfer auszuschalten. Da Clusterbomben Menschen in einem großen Umkreis töten oder verwunden können, ist die Gefahr, Zivilisten zu treffen, bei ihrem Einsatz besonders groß. Außerdem können große Mengen nicht detonierter Submunition zurückbleiben, die später bei Erschütterung explodieren – wenn jemand darauf tritt, ein Kind damit spielt oder ein Pflug darüber fährt. Nachdem Israel während des fünfundvierzig Tage dauernden Kriegs im Libanon Millionen Cluster-»Bomblets« abgeworfen hatten, blieben Hunderttausende nicht detonierte Sprengsätze zurück. Human Rights Watch schätzt, dass diese Munition mindestens 200 Menschen getötet und Hunderte verwundet hat.⁷²

Die Bomblets können so klein wie eine Getränkedose oder eine Taschenlampenbatterie sein und sehen für den Laien nicht besonders bedrohlich aus. Das kann verheerende Folgen haben. Der elfjährige Ramy Shibleh verlor seinen rechten Arm, als er ein Bomblet aufhob, das unter den Karren geraten war, auf dem er und sein Bruder Pinienzapfen transportierten. Die

Flächenbombardements fügten auch der Landwirtschaft im Südlibanon erheblichen Schaden zu, wo nicht explodierte Clustermunition Felder und Obstplantagen in wahre Minenfelder verwandelten. Ein Kommandeur einer israelischen Raketenwerfereinheit erklärte gegenüber der Tageszeitung *Haaretz*, die Bombenkonzentration im Libanon sei »monströs«: »Wir haben ganze Orte mit Clusterbomben zugedeckt.«⁷³ Die Empörung über den Einsatz dieser unmenschlichen Waffen wuchs, als sich herausstellte, dass die Israelis noch weiter Clusterbombenteppiche über dem Libanon abgeworfen haben, als sie bereits über einen Waffenstillstand verhandelten. Nach Aussage von Jan Egeland fanden 90 Prozent der Angriffe mit Clusterbomben in den letzten 72 Stunden der Kampfhandlungen statt, »als klar war, dass es eine Einigung geben würde«. Egeland bezeichnete die Angriffe als »schockierend und unmoralisch«.⁷⁴

Das Mehrfachraketenwerfersystem von Lockheed Martin spielte eine zentrale Rolle in den Clusterbombenangriffen auf den Libanon. Nach dem Krieg fanden Experten große Mengen von M-26-Raketen, die mit den MLRS-Systemen abgeschossen worden waren. Mit jeder Salve verstreute ein MLRS mehr als 7700 Cluster-Bomblets über das Gelände.⁷⁵

Das Beispiel der israelischen Streitkräfte zeigt deutlich, wie schwierig es ist, den Einsatz einmal gelieferter Waffen zu kontrollieren, selbst wenn der Käufer ein Verbündeter ist. Die Organisation Landmine Action deckte eine Geheimvereinbarung zwischen den USA und Israel über den Einsatz von Clusterbomben aus amerikanischer Produktion auf, in der es heißt, diese Waffen dürften »nur zu Verteidigungszwecken gegen befestigte Ziele eingesetzt werden, und zwar nur bei einem Angriff von zwei oder mehr arabischen Staaten«. Außerdem sei nur ein Einsatz gegen »reguläre Einheiten eines souveränen Staates« zulässig. Das amerikanische Außenministerium gelangte in einer Untersuchung zu dem vorläufigen Ergebnis, dass es »wahrscheinlich zu Verstößen« gegen die Vereinbarung gekommen sei, aber die abschließenden Ergebnisse der Untersuchung sind geheim.⁷⁶

Obwohl Israel gegen die Geheimvereinbarung mit den Vereinigten Staaten verstoßen hatte, drängte der Kongress nicht auf eine umfassende Untersuchung. Stattdessen verabschiedeten beide Kammern des Kongresses Resolutionen zur Unterstützung der israelischen Offensive, während die Zahl der zivilen Todesopfer stieg.

Gegen das von Israel stets aufs Neue vorgebrachte und von den USA stets aufs Neue nachgebetete Argument, die Offensive diene der Selbstverteidigung, sprechen der unverhältnismäßige Gewalteinsetz und die Tatsache, dass der Militärschlag bereits geplant war und ausgelöst wurde, als die Palästinenser ein Argument dafür lieferten. In einem Brief an Außenministerin Condoleezza Rice (dies war die einzige Forderung eines amerikanischen Parlamentariers nach einer Untersuchung) schrieb der Abgeordnete Dennis Kucinich im Januar 2009, dass »die israelischen Angriffe weder die innere Sicherheit erhöhen noch ›legitime‹ Akte der Selbstverteidigung darstellen. Hingegen ›erhöhen sie die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs oder der Eskalation eines Konflikts‹, da sie eine weitgehend unverhältnismäßige Antwort auf die Provokation darstellen und da die palästinensische Bevölkerung gemessen am Verlust von Menschenleben und Eigentum sehr viel mehr als die israelische unter diesen Militärschlägen leidet.«⁷⁷

Auch die Planung des Vorgehens widerspricht der Behauptung, es habe sich um Selbstverteidigung gehandelt. Im März 2007 machte Ministerpräsident Ehud Olmert in seiner Aussage vor der von der israelischen Regierung eingesetzten Winograd-Kommission zur Untersuchung der Vorgehensweise im Libanonkrieg klar, dass die Regierung »mindestens vier Monate im Voraus« beschlossen hatte, auf jede weitere Entführung israelischer Truppen an der Grenze mit einer Militärintervention zu reagieren. Was die Offensive im Gazastreifen im Jahr 2009 anbelangt, so gibt es überzeugende Beweise dafür, dass die Operation »Gegossenes Blei« lange im Voraus geplant und nach einem Angriff der Hamas in Gang gesetzt wurde. Der Analyst Barak Ravid zitierte in einem Artikel in *Haaretz* Quellen im israelischen Verteidigungssektor, die erklärt hätten, dass »Verteidigungsminister Ehud Barak die Streitkräfte vor mehr als sechs Monaten anwies, sich auf die Operation vorzubereiten, das heißt zu einem Zeitpunkt, als Israel Verhandlungen mit der Hamas über einen Waffenstillstand aufgenommen hatte«.⁷⁸

Die Vereinigten Staaten haben mehrfach die Waffenlieferungen an Israel für kurze Zeit ausgesetzt, so etwa im Jahr 1982 während einer früheren israelischen Invasion des Libanon, als die Regierung Reagan jegliche Militärhilfe für Israel unterbrach, weil sie zu dem Schluss gelangt war, dass Israel möglicherweise gegen einen militärischen Beistandspakt aus dem Jahr 1952 verstoßen hatte (der

die Vereinbarung enthielt, amerikanisches Militärmaterial dürfe nur »der Wahrung der inneren Sicherheit und der legitimen Selbstverteidigung« dienen, nicht jedoch einem »etwaigen Angriffskrieg«). Eine zehnjährige Untersuchung der Frage, ob Israel die Waffen für »Verteidigungszwecke« eingesetzt hatte, brachte kein klares Ergebnis, weshalb das Verbot wieder aufgehoben wurde. Dies war die schärfste Zurechtweisung Israels wegen unangemessener Militäroperationen, zu der sich die Vereinigten Staaten im vergangenen Vierteljahrhundert durchringen konnten.⁷⁹

Mein Informant, der ehemalige israelische Waffenverkäufer, verriet mir, im Jahr 2007 sei die Lieferung von Nachtsichtgeräten des amerikanischen Herstellers ITT an Israel unterbunden worden.⁸⁰ Selbst bereits bestellte Nachtsichtbrillen seien nicht mehr ausgeliefert worden. Doch dann hätten amerikanische Soldaten nach einem Gefecht mit Taliban-Kämpfern in einer Höhle in Afghanistan Nachtsichtbrillen gefunden. Die Seriennummern hätten gezeigt, dass diese Geräte trotz Embargo an die israelischen Streitkräfte geliefert worden waren und von dort zu den Taliban weitergeschleust wurden, die vermutlich einen hohen Aufpreis dafür gezahlt haben. Mein Informant erklärte, dies sei ein Beispiel dafür, dass amerikanische Waffenexportbeschränkungen im Fall Israels einfach ignoriert würden.⁸¹

Die Vereinigten Staaten sträuben sich dagegen, Israel für Rechtsverstöße gegen die bilateralen Vereinbarungen zur Rechenschaft zu ziehen. Während seines Militärdienstes verwendete mein Informant Munition, die aus den USA stammte, dort jedoch noch nicht zugelassen war. Beim Hersteller ALS durchlief diese Munition noch die Testphase, aber die israelische Armee setzte sie bereits gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete ein.⁸²

Auf diese Art dulden die Vereinigten Staaten nicht nur den illegalen Einsatz amerikanischer Waffen durch die israelischen Streitkräfte, sondern unterstützen auch Militäreinsätze, bei denen Zivilisten getötet werden. Während der Libanon-Invasion gab das Pentagon der israelischen Forderung nach Militärtreibstoff im Wert von 210 Millionen Dollar statt. Zwei Tage nach Beginn der Operation »Gegossenes Blei« berichtete die *Jerusalem Post*, dass die israelische Luftwaffe kurz zuvor gelieferte GBU-39-Bomben einsetze, um die unterirdischen Raketenabschussrampen der Hamas zu zerstören. Die zweihundertfünfzig Pfund schweren, per GPS gesteuerten Präzisionsbomben aus dem Hause Boeing

können verstärkte Betonwände von mehr als einem Meter Durchmesser durchdringen. Auf dem Höhepunkt der Operation versuchten die USA, neue Waffen bereitzustellen: Am 9. Januar 2009 meldete Reuters, die amerikanischen Behörden hätten versucht, ein Handelsschiff zu chartern, um Hunderte Tonnen Waffen von Griechenland aus nach Israel zu bringen.⁸³

Barack Obama hatte ursprünglich vor, einen anderen außenpolitischen Kurs als sein Vorgänger einzuschlagen. Einige Monate lang äußerte er sich kritisch über die rechte israelische Regierung unter dem Likud-Hardliner Benjamin Netanjahu. Aber im März 2010, als der israelische Ministerpräsident im Weißen Haus zu Gast war und, wie man vermutete, den Zorn der Regierung Obama zu spüren bekam, weil er sich weigerte, den Bau illegaler Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem zu stoppen – einem der Hauptstreitpunkte im Nahost-Friedensprozess –, sprach man vielmehr über letzte Details eines Waffenvertrags über 3 Milliarden Dollar, der Israel drei neue Flugzeuge des Typs Hercules C-130J beschere wird, die speziell für seine Bedürfnisse von Lockheed Martin gebaut werden.⁸⁴ Im Oktober 2010 wurde bekannt gegeben, dass Israel vom selben Unternehmen auch zwanzig F-35 kaufen wird und eine Option auf den Kauf von fünfundsiebzig weiteren Flugzeugen hat.⁸⁵

Israel steht heute an der Spitze der Entwicklung von militärischer Hochtechnologie und investiert nicht nur für seine eigenen Unternehmen, sondern auch für amerikanische Konzerne und das Pentagon gewaltige Beträge in Forschung und Entwicklung. Nach Ansicht von Schir Hever ist Israel das einzige Land, das mit amerikanischen Hilfgeldern Waffen bei seinen eigenen Unternehmen kauft, indem es amerikanische Tochtergesellschaften gründet. Auf diese Art fließt die Technologie in beide Richtungen.⁸⁶

Mein Informant, der Ex-Waffenverkäufer, ist der Meinung, die neueste, fortschrittlichste Ausrüstung werde nie verkauft, sondern sei ausschließlich für die israelischen und amerikanischen Streitkräfte bestimmt. Unter anderem spielt Israel eine Vorreiterrolle in der Entwicklung von unbemannten Bulldozern, Jeeps, Drohnen (hier ist Israel Weltmarktführer), Überwachungsausrüstung und Schiffen. Die Sperranlage zum Westjordanland ist mit unbemannten, bewaffneten Beobachtungsposten ausgestattet, die von Personal aus sicherer Entfernung gesteuert werden, um Angreifer zu lokalisieren, zu identifizieren und unter Beschuss zu nehmen. Hier entsteht eine auf die Robotik gestützte

unter Beschuss zu nehmen. Hier entsteht eine auf die Roboter gestützte Kriegführung, welche die Entmenschlichung vorantreibt, weil sie den Menschen die Verantwortung für die Tötung anderer Menschen abnimmt. Genau diese Form der Entmenschlichung machten die Massenmorde und Genozide von Auschwitz bis Kigali möglich.

Als Sohn eines Überlebenden des Holocaust wünsche ich mir sehnlich, dass die Vereinigten Staaten und Israel erkennen, dass sie dem Leiden der Juden im Holocaust einen würdigeren Tribut zollen würden, wenn sie die Greuelthaten verurteilten, die erst durch dubiose Waffengeschäft ermöglichten werden, ob sie nun Juden oder Nicht-Juden betreffen, von Israel verübt werden oder gegen Israel gerichtet sind. Ein transparenter, aufrichtiger Umgang mit der Herstellung und dem Verkauf von Waffen kann dazu beitragen, der Unterdrückung eines Volkes durch das andere und der Verfolgung der einen Gruppe durch die andere entgegenzuwirken.

Ein Mordsgeschäft: Irak und Afghanistan

Die Entscheidung, gegen den Irak Krieg zu führen, krönte das Lebenswerk vieler Leute in der Regierung von George Bush junior. Sie fiel nicht zuletzt auf Drängen von Prinz Bandar und aufgrund der vorbehaltlosen Rückendeckung Tony Blairs. Der Krieg sollte zu einem Desaster werden, für die Vereinigten Staaten, für das irakische Volk und für die Geopolitik insgesamt. Zu Recht wurde betont, dass dieser keine drei Monate dauernde Feldzug gegen Saddam Hussein allen nur geschadet habe. Mit einer Ausnahme: Für Waffenhändler, Rüstungsunternehmen und Anbieter militärischer Dienstleistungen war der Irak-Krieg ein Mordsgeschäft.

Es überrascht nicht, dass jemand wie Bruce Jackson von Lockheed Martin am Irak und seiner »Befreiung« interessiert war – man war schließlich Geschäftsmann und ein neokonservativer dazu. Obwohl Jackson im Jahr 2002 bei Lockheed Martin ausschied, prägten die zehn Jahre in diesem Unternehmen seine Vorstellungen von der nationalen Sicherheit. Er agiert auch weiterhin im Interesse seines früheren Arbeitgebers. Als Mitbegründer des Committee for the Liberation of Iraq (CLI) arbeitete Jackson bei der »Vermarktung« des Kriegs eng mit der Regierung Bush zusammen. Er nimmt sogar für sich in Anspruch, das Weiße Haus habe ihn aufgefordert, »für den Irak zu tun, was ich für die NATO getan hatte«.¹ Unmittelbar nachdem Colin Powell den Vereinten Nationen vorgetragen hatte, warum dieser Krieg eine moralische Verpflichtung sei, entwarf Jackson einen Brief, der von zehn mittel- und osteuropäischen Regierungschefs unterschrieben wurde. In dem Schreiben sprachen sich diese Regierungschefs für eine Invasion des Irak aus.

Jackson pflegte derart enge Beziehungen zu den rechtsgerichteten Interessenverbänden, dass ihn ein prominenter Sympathisant als »das Bindeglied zwischen der Rüstungsindustrie und den Neokonservativen« bezeichnete. »Er übersetzt uns ihre Botschaften und ihnen unsere.«² Erleichtert wurde ihm die Arbeit dadurch, dass einige seiner Kollegen im Project for the New American Century (PNAC) wichtige Positionen in der Bush-Administration einnahmen. Allesamt zählten sie zu den frühen Befürwortern der Invasion und führten die amerikanische Öffentlichkeit gezielt in die Irre, um den Krieg zu legitimieren.

Die Arbeit des PNAC, das für eine größere Militärmacht und höhere Verteidigungsbudgets eintrat, wurde durch die des CLI, des »Irak-Befreiungskomitees«, ergänzt. Das CLI drängte auf eine Intervention im Irak. Einer der leidenschaftlichsten Fürsprecher der Intervention in den Medien war Barry McCaffrey, ein General a.D., der im Vorfeld und nach der Invasion als Berater für NBC arbeitete. Er absolvierte mehr als tausend Fernsehauftritte, in denen er die Notwendigkeit und die guten Erfolgsaussichten des Kriegs darlegte. Er erwähnte jedoch nicht, dass er mehrere hunderttausend Dollar als Berater von Rüstungsunternehmen einnahm, die mit einem Krieg im Irak Geld verdienen wollten. Die *New York Times* gelangte nach umfangreichen Recherchen zu dem Schluss, dass McCaffrey eine zentrale Figur in einem vom Pentagon entwickelten Plan war, ehemalige Offiziere – von denen viele Verbindungen zur Rüstungsindustrie unterhielten – dazu zu bewegen, ihre zahlreichen Medienauftritte zu nutzen, um für den von der Regierung angestrebten Militäreinsatz zu werben. Sie wurden vom Pentagon in speziellen Briefings mit Argumenten versorgt. Mitte des Jahres 2007 trat McCaffrey in den Dienst von Defense Solutions, einem Unternehmen, das einen Auftrag für die Lieferung gebrauchter Panzerfahrzeuge aus Osteuropa an die Streitkräfte im Irak an Land ziehen wollte.³

Trotz der massiven Medienkampagne gelang es der Regierung nicht, die Mehrheit der Amerikaner von der Existenz einer Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al-Qaida zu überzeugen, geschweige denn davon, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze. Paul Wolfowitz räumte später in einem Interview mit *Vanity Fair* ein, dass sich die Regierung für diese Argumentation entschieden hatte, weil sie darin den besten Weg sah, die amerikanische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen.⁴ Selbst als

feststand, dass es im Irak keine Massenvernichtungswaffen gab, hielt das PNAC an dieser Rechtfertigung fest und veröffentlichte im April 2005 einen Bericht mit dem Titel *Iraq: Setting the Record Straight*, in dem es hieß, diese Waffen könnten immer noch auftauchen.

Chuck Spinney erklärt, die engen Beziehungen zwischen Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin, ihren Verbündeten in der Regierung, den Interessenverbänden und dem Pentagon führe nicht nur zur Verschwendung (das betreffe Toilettensitze für 800 Dollar ebenso wie Ausgaben von 70 Milliarden Dollar für unnötige F-22-Kampfflugzeuge), sondern erhöhe aufgrund der Verquickung der Interessen und der Vormachtstellung der Exekutive gegenüber der Legislative auch die Wahrscheinlichkeit kriegischer Auseinandersetzungen. Die Macht des Präsidenten nimmt stetig zu und damit auch die politische Patronage. Die Regierung kann bestimmen, in welche Kongresswahlbezirke das Geld fließt, sei es direkt (durch die Finanzierung von Rüstungsprogrammen) oder indirekt (durch die Regierungsbehörden). Ohne Patronage geht heute angesichts der immensen Wahlkampfkosten nichts mehr. Ein Abgeordneter, in dessen Wahlkreis es Produktionsstandorte von Rüstungsunternehmen gibt, kann sich kaum einem Präsidenten widersetzen, der in den Krieg ziehen will.

Den Rüstungskonzernen Lockheed Martin und Halliburton konnte dies nur recht sein: Sie waren die großen Gewinner dieses Krieges. Lockheed erhielt allein im Jahr 2005 25 Milliarden Dollar an Steuergeldern. Dieser Betrag überstieg das Bruttoinlandsprodukt von mehr als hundert Ländern. Der Börsenwert von Lockheed verdreifachte sich zwischen 2000 und 2005. Der MSCI-Sammelindex für die Unternehmen des US-Rüstungssektors stieg zwischen 2001 und 2006 um durchschnittlich 15 Prozent im Jahr, das war das Siebeneinhalbfache des S&P-Indexes. Die Rüstungsunternehmen zählten zu jenen, die der Kreditkrise am besten widerstanden. Lockheed war auch der größte Geldgeber für Wahlkämpfe unter den Waffenherstellern und steuerte fast 200000 Dollar zum Wahlkampf von Präsident Bush im Jahr 2004 bei.⁵

Die Vereinigten Staaten und einige ihrer Verbündeten hatten Saddam Hussein lange Jahre unterstützt, sei es mit Krediten, Waffen oder anderem Kriegsmaterial. Und das, obwohl Hussein seit seiner Machtergreifung im Jahr

1979 ein autoritäres, repressives Regime führte. Vor allem die beispiellose Grausamkeit, mit der er die Kurden im Norden des Landes verfolgte, rief in den späten achtziger Jahre weltweit Empörung in den Medien hervor. Dem Völkermord fielen zwischen 50000 und 100000 Menschen zum Opfer; in Halabdscha etwa starben Tausende Zivilisten nach einem Giftgasangriff, wie es ihn in der Geschichte noch nicht gegeben hatte.⁶

Die Arabische Sozialistische Baath-Partei hatte im Jahr 1968 die Militärregierung des Landes gestürzt, und im Jahr 1979 war Saddam Hussein Präsident geworden. Er wurde von den Vereinigten Staaten und der westlichen Welt unterstützt, weil seine Regierung säkular war und westliche Unternehmen im Allgemeinen freundlich aufnahm. Zudem war der Irak ein wichtiges Bollwerk gegen das theokratische Regime im Iran, das den von den USA unterstützten Schah gestürzt hatte.

Im Irak hielt die sunnitische Minderheit die meisten Machtpositionen, weshalb das Land besorgt auf die Entwicklung im Iran reagierte, wo die Sunniten die Macht an die schiitische Mehrheit verloren hatten. Im Jahr 1980 nahm der Irak Streitigkeiten über eine Wasserstraße im Grenzgebiet zum Anlass, um dem Iran den Krieg zu erklären.⁷ Die Iraker waren der Meinung, das Nachbarland habe sich noch nicht von der Schwächung durch die islamische Revolution erholt.⁸ Der achtjährige Krieg zwischen dem Iran und dem Irak, der von September 1980 bis August 1988 dauerte, kostete mindestens eine halbe Million Menschen das Leben. Keine der beiden Seiten konnte sich durchsetzen, was zum Teil an offener und verdeckter Militärhilfe aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und vor allem den USA lag.⁹

Am 4. August 1989 durchsuchten FBI-Agenten in Atlanta nach einem Hinweis von Unternehmensinsidern die Büros der in Rom ansässigen Banca Nazionale del Lavoro (BNL). Die Beamten beschlagnahmten Tausende Dokumente, die bewiesen, dass die amerikanische Regierung Saddam Hussein Geld hatte zukommen lassen.¹⁰ In den folgenden drei Jahren durchforstete der Abgeordnete Henry B. Gonzales die Dokumente, um die Vorgänge zu rekonstruieren. Das Weiße Haus unter George Bush senior, das den Skandal fürchtete, versuchte seine Ermittlungen zu torpedieren. Im Jahr 1992 gelang es Gonzales schließlich, ein einigermaßen klares Bild zusammzusetzen: BNL hatte sich in Saddam Husseins größten Gläubiger verwandelt und dem Irak

zwischen 1985 und 1989 mit Unterstützung der CIA und mächtiger Leute in Washington Kredite von mehr als 5,5 Milliarden Dollar zukommen lassen.¹¹ Die amerikanische Regierung hatte Kreditgarantien gewährt, wobei sie sich zur Tarnung der Commodity Credit Corporation bedient hatte, einer landwirtschaftlichen Krediteinrichtung, deren Aufgabe es war, amerikanische Nahrungsmittelexporte zu fördern. Als der Irak später die Kreditrückzahlung einstellte, musste der amerikanische Steuerzahler die Rechnung bezahlen.¹²

Die über die BNL in den Irak geschleusten Gelder erleichterten es Saddam Hussein sehr, seine militärischen Ambitionen zu verwirklichen – und dienten den Bestrebungen der Vereinigten Staaten. Im langjährigen Krieg zwischen dem Irak und dem Iran erklärten sich die Vereinigten Staaten offiziell für neutral, doch hinter den Kulissen schlossen sie Vereinbarungen mit beiden Seiten. Im Rahmen des von Oberst Oliver North geleiteten und von Präsident Reagan unterstützten illegalen Iran-Contra-Programms, an dem sich auch Israel und Saudi-Arabien beteiligten, schleusten die Amerikaner Waffen in den Iran, fürchteten aber doch zugleich die Folgen, falls das anti-westliche islamistische Teheraner Regime sich tatsächlich gegen den Irak durchsetzen sollte. Der Irak seinerseits nutzte das zur Verfügung gestellte Geld, um sich auf Einkaufstour zu begeben und vor allem in Europa für mehrere Milliarden Dollar Waffen einzukaufen.¹³ Die Vereinigten Staaten stellten nicht nur das Geld zur Verfügung, sondern ließen dem Irak auch tonnenweise Material mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use) zukommen, darunter wertvolles virologisches Material, das zur Erzeugung biologischer Waffen verwendet werden konnte.¹⁴

Zwischen 1980 und 1990 investierte Saddam Hussein mindestens 50 Milliarden Dollar in konventionelle Waffen und fast 15 Milliarden Dollar in verdeckte Programme zur Entwicklung von biologischen und Atomwaffen.¹⁵ Die Vereinigten Staaten achteten darauf, dem Irak keine konventionellen Waffen zukommen zu lassen, lieferten ihm jedoch Dual-Use-Güter im Wert von rund 1,5 Milliarden Dollar, die teilweise ausdrücklich für den Einsatz in diesen Geheimprogrammen bestimmt war. Allein in den Jahren 1985 bis 1989 genehmigte das amerikanische Handelsministerium nach Erkenntnissen der Rechnungsprüfungskammer (GAO) 771 Dual-Use-Exporte in den Irak.¹⁶ Auf der Liste gefährlicher chemischer Substanzen, die in dieser Zeit an das arabische Land geliefert wurden, standen nach Aussage des Journalisten Stephen Brown

Sarin, Soman, Tabun, VX, Chlorcyan, Cyanwasserstoff (Blausäure), Hautkampfstoffe, Senfgas, *Bacillus anthracis* (Milzbrand-Erreger), *Clostridium botulinum*, *Histoplasma capsulatum*, *Brucella melitensis* (Brucellose-Erreger), *Clostridium perfringens* (Gasbrand-Erreger), und *Escherichia coli*.¹⁷ Eine konventionellere Lieferung umfasste 60 Hubschrauber von Bell, von McDonnell Douglas und von Hughes. Vordergründig sollten die Hubschrauber zum Spritzen von Pestiziden auf Feldern dienen. In Wahrheit wurden sie sofort nach der Ankunft im Irak für militärische Zwecke umgerüstet. Möglicherweise wäre das amerikanische Handelsministerium früher argwöhnisch geworden, wenn es sich ein wenig näher mit dem Mann beschäftigt hätte, der das Geschäft für den Irak abwickelte: Sarkis Soghanalian.¹⁸

Soghanalian war einer der berüchtigsten Waffenschieber im Kalten Krieg. Geboren 1929 oder 1930 in Syrien, wuchs er im Libanon auf. Im Jahr 1944 trat er als Panzerführer in die französische Armee ein. Anfang der siebziger Jahre fing er an, mit Waffen zu handeln. Damals beteiligte er sich an der Lieferung amerikanischer Waffen an den Libanon. Kurze Zeit später ließ sich Soghanalian in den USA nieder und knüpfte Kontakte zur CIA und zum FBI. Bevor er seine Tätigkeit im Irak aufnahm, belieferte er mit aktiver Unterstützung der CIA verschiedenste Regimes, etwa in Nicaragua, Ecuador, Argentinien und Mauretanien. Zu seinen Kunden zählten auch der libysche Staatschef Muammar Gaddafi, dem Soghanalian im Jahr 1987 ein C-130-Transportflugzeug verkaufte, und Mobutu Sese Seko, der Diktator von Zaire.¹⁹

Doch seine größten Geschäfte schloss er im Irak ab, wo er Berichten zufolge Waffenlieferungen über 1,6 Milliarden Dollar abschloss. Obwohl er behauptete, mit dem Einverständnis der CIA gehandelt zu haben, wurde er im Jahr 1991 verhaftet und von einem Gericht zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, weil die Verkäufe an den Irak ohne behördliche Genehmigung erfolgt waren. Da er sich bereit erklärte, dem FBI bei der Zerschlagung eines libanesischen Fälscherrings zu helfen, der 100-Dollar-Noten herstellte, wurde seine Haftstrafe auf zwei Jahre reduziert. Eine seiner spektakulärsten Aktionen nach dem Kalten Krieg war der Abwurf von zehntausend AK-47-Sturmgewehren über Peru – wie es heißt, mit dem Segen der CIA. Von Peru aus wurden die Waffen nach Kolumbien gebracht und an die »Revolutionären Streitkräfte« FARC verkauft. Im Jahr 2001 wurde Soghanalian erneut verurteilt, wegen Scheckbetrugs, wurde

jedoch unverzüglich wieder auf freien Fuß gesetzt nach der Intervention des Justizministers, der erklärte, Soghanalian arbeite in einer nicht genannten Untersuchung mit den Bundesbehörden zusammen.²⁰

Auch Großbritannien lieferte große Mengen an Dual-Use-Material an den Irak. Technisch bestand seit 1984 ein Exportverbot für »tödliche« Stoffe und Materialien, aber zahlreiche fragwürdige »nicht tödliche« Produkte durften in den Irak geschickt werden. Unter dem von den Briten gelieferten Material befanden sich modernste Elektronikkomponenten, militärische Land-Rover-Fahrzeuge, Uniformen, Militärradare und Maschinenbauausrüstung.²¹ Die Handelsbeziehungen waren so gut, dass sich der Irak sogar in britische Unternehmen einkaufen konnte. Im Jahr 1989 erwarb der irakische Staat das in Coventry ansässige Unternehmen Matrix Churchill, eine angesehene britische Maschinenbaufirma, die Präzisionsteile und -maschinen herstellte, mit denen die Iraker eine eigene Waffenproduktion aufbauen konnten.²² Im Jahr 1992 wurden zwei Direktoren von Matrix Churchill wegen Verstößen gegen die Zollbestimmungen vor Gericht gestellt. Die Anklage brach jedoch in sich zusammen, als sich herausstellte, dass Matrix Churchill das Material mit dem Wissen und mit tatkräftiger Unterstützung der Konservativen Partei geliefert hatte.²³ Im Jahr 2001 wurden den beiden Direktoren hohe Entschädigungen zugesprochen, weil sie zu Unrecht beschuldigt worden waren.²⁴

Bei der konventionellen Aufrüstung konnte der Irak auf die Unterstützung fast aller Länder zählen. Auf die Frage »Wer bewaffnete Saddam?« gab Anthony Cordesman, ein Experte für das irakische Militär, die unverblühte Antwort: »Alle, die Waffen hatten.«²⁵ Der mit Abstand größte Teil der irakischen Waffen – darunter ein komplettes Arsenal an Sturmgewehren – stammte aus der Sowjetunion, die gut 50 Prozent der militärischen Ausrüstung des Landes lieferte.²⁶ Den Rest lieferten weitere Länder, wobei Frankreich und Deutschland die wichtigsten europäischen Lieferanten waren. Deutsche Unternehmen und Wissenschaftler spielten eine wesentliche Rolle im irakischen Programm zur Entwicklung ballistischer Raketen, indem sie technische Ausrüstung und Fachwissen bereitstellten. Französische Unternehmen wie Dassault, Thomson-CSF und Aérospatiale verdienten viel Geld mit dem Verkauf verschiedenster Waffen an das irakische Regime.²⁷ Zwischen 1979 und 1990 lieferte Frankreich Dutzende Mirage F-1C, 150 gepanzerte Autos, zahlreiche Hubschrauber vom

Typ Puma und Gazelle, 2360 Boden-Luft-Raketensysteme und über 300 Exocet-Seezielflugkörper an die Iraker.²⁸ Im Jahr 1989 fand in Bagdad die erste internationale Waffenmesse statt, bei der die Franzosen die seit Jahrzehnten größte Ausstellung französischer Waffentechnologie außerhalb des eigenen Landes inszenierten.²⁹

Doch ein Jahr nach Bekanntwerden des BNL-Skandals schickte der Irak eine Invasionsarmee nach Kuwait, das ein enger Verbündeter der USA war. Damit verwandelte sich der Mann, den die Vereinigten Staaten und die Welt aufgerüstet hatten, in Amerikas größten Feind. Ein weiteres Beispiel für den so häufig eintretenden Blowback-Effekt nach Waffenlieferungen.

Die von Präsident George Bush senior entsandten amerikanischen Streitkräfte vertrieben Saddam Husseins gewaltiges Heer von einer Million Soldaten mit bemerkenswerter Leichtigkeit aus dem Land. Dreizehn Jahre später zog George Bush junior erneut gegen Saddam Hussein in den Krieg. Die beiden Kriege hätten nicht unterschiedlicher verlaufen können: Die amerikanische Militäroperation in Kuwait im Jahr 1990 wurde auf breiter Basis von der Staatengemeinschaft unterstützt und mit einem Mandat der Vereinten Nationen durchgeführt. Jetzt im Jahr 2003 verfolgten große Teile der Weltöffentlichkeit mit Entsetzen, wie George W. Bush seine kleine Koalition der »Willigen« auf einen Angriffskrieg einschwor, den die UNO ausdrücklich ablehnte. Rund um den Erdball gingen Millionen Menschen auf die Straße, um die Vereinigten Staaten zum Einlenken zu bewegen. Doch vergeblich. Die USA waren fest entschlossen, ihre Vormachtstellung im Nahen Osten zu festigen und die weltpolitische Landkarte in ihrem Sinne neu zu gestalten. Es war ein ideologischer Krieg, und er wurde weitgehend von Privatunternehmen geführt. Die Folge war ein Geldregen für die am Kriegsgeschäft beteiligten Unternehmen. Doch zu welchem Preis? Keine zwei Jahre nach den Anschlägen vom 11. September wuchs der Hass der islamischen Welt auf den Westen, und die Terrorgefahr nahm zu.

Was die USA antrieb, war tatsächlich nicht nur das Öl, denn mindestens ebenso wichtig waren zwei Aspekte, die gewissermaßen den ideologischen Überbau der Regierung Bush bildeten: der Glaube an die amerikanische Militärmacht und an das Recht der USA, die Welt zu gestalten, und ein beinahe religiöser Glaube an die Effizienz und Produktivität des ungehemmten freien Marktes. Ein Glaube

die Effizienz und Produktivität des unregulierten freien Marktes, ein Staat, der von der amerikanischen Rüstungsindustrie geteilt und im eigenen Interesse aktiv gefördert wurde.

Beide Aspekte tauchen auf in einem PNAC-Thesenpapier, das unter dem Titel *Statement of Principles 1997* erschien. Die Reagan-Jahre werden darin als Jahre der Sorglosigkeit geschildert, die vorüber seien. Das Gebot der Stunde sei es, »die Verantwortung für Amerikas einzigartige Rolle bei der Erhaltung und Verbreitung einer Weltordnung zu übernehmen, die unserer Sicherheit, unserem Wohlstand und unseren Prinzipien dient«. ³⁰ Daraus, so das PNAC, ergebe sich die Notwendigkeit, »die Verteidigungsausgaben deutlich zu erhöhen, damit wir unserer globalen Verantwortung heute gerecht werden und unsere Streitkräfte in Zukunft modernisieren können«. ³¹

Unter den Unterzeichnern dieser Absichtserklärung waren viele jener Personen, die sich einige Jahre später an die Spitze der Kampagne für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan setzen sollten: Jeb Bush, der Bruder von George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, »Scooter« Libby und Salmay Khalilzad, der nach den Invasionen sowohl in Afghanistan als auch im Irak als amerikanischer Botschafter dienen sollte.

Drei Jahre später richteten die anmaßenden Neokonservativen all ihre Hoffnungen auf den kommenden neuen Machthaber im Weißen Haus. Im September 2000 gab das PNAC den Bericht *Rebuilding America's Defenses* heraus. Die so kurz vor den Wahlen veröffentlichten Thesen hatten großen Einfluss auf George Bushs Verteidigungspolitik. Die Autoren erklärten, die Schlagkraft und globale Präsenz der amerikanischen Militärmacht halte andere Staaten davon ab, die Vormachtstellung und die Werte der Vereinigten Staaten zu bedrohen. Und sie warnten, sollte diese Macht schwinden, so werde die von ihr begründete vorteilhafte Stellung der USA unausweichlich untergraben. ³² Die einfach verständliche Botschaft lautete: Die Vereinigten Staaten müssen ihre Verteidigungsausgaben massiv erhöhen.

Die Autoren der Streitschrift äußerten nicht explizit, wen sie für die größte Bedrohung des USA hielten, doch in Andeutungen machten sie unmissverständlich klar, dass sie den Irak im Visier hatten. Zwei Jahre zuvor, am 26. Januar 1998, hatte das PNAC einen »offenen Brief« an Bill Clinton geschickt, der von vielen der Personen unterzeichnet war, die das *Statement of Principles* herausgegeben hatten. In diesem Brief wurde der Präsident vor der

Bedrohung durch Saddam Husseins angebliche Programme zur Entwicklung von Atom- und Bio-Waffen gewarnt (die von den Vereinigten Staaten früher unterstützt, nach dem irakischen Debakel in Kuwait jedoch von Saddam Hussein aufgegeben worden waren). Und die Autoren forderten Clinton auf, einen Regimewechsel im Irak herbeizuführen. Man probte bereits für den zukünftigen Krieg im Irak.³³

Zur selben Zeit, als die Regierungsmannschaft von George W. Bush die Grundzüge ihrer Außenpolitik entwarf und auf eine Invasion des Irak drängte, verdienten viele Unterzeichner des *Statement* ein Vermögen in der Rüstungsindustrie. Dick Cheney war, wie berichtet, Geschäftsführer von Halliburton, und es wird geschätzt, dass Donald Rumsfeld bei seinen Ausflügen in den Privatsektor insgesamt etwa 12 Millionen Dollar verdient hat.³⁴ Sie waren die Bannerträger des politischen Unternehmertums und Wegbereiter des neuen Katastrophenkapitalismus.

Es überrascht nicht, dass die Vereinigten Staaten schließlich in dem festen Glauben in den Krieg zogen, eine Auslagerung der militärischen Funktionen an den Privatsektor sei nicht nur effizient und vernünftig, sondern praktizierter Patriotismus.

Als es am 11. September 2001 zu den Anschlägen auf das World Trade Center kam, war der Boden für den neuen Militarismus jedenfalls längst bereit, der jetzt den Namen »Krieg gegen den Terror« erhielt. Kein Monat war seit der Tragödie vergangen, da griffen die Vereinigten Staaten Afghanistan an, um das Regime der Taliban zu stürzen, deren Vorläufer sie unter der Führung von Charlie Wilson so nachdrücklich unterstützt hatten. Angesichts der amerikanischen Militärmacht zogen sich die Taliban in die Berge zurück, von wo aus sie im folgenden Jahrzehnt einen Guerillakrieg von geringer Intensität führen würden. Doch zu jener Zeit war ein Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit positiv überrascht, wie mühelos das Taliban-Regime beseitigt worden war. Die amerikanische Militärmacht wirkte unüberwindlich, und zukünftigen Feldzügen schien der Erfolg gewiss. Nun war die Zeit reif, um den Traum der Neokonservativen zu verwirklichen und Saddam Hussein zu Fall zu bringen.

Am 20. März 2003 griffen die US-Streitkräfte mit Unterstützung kleinerer Kontingente von Verbündeten, der »Koalition der Willigen«, den Irak an. In

weniger als fünfzig Tagen stürmte die amerikanische Streitmacht durch das Land und besetzte die Hauptstadt Bagdad. Saddam Hussein musste fliehen, wurde später nur mit einer Pistole bewaffnet in einem Erdloch in der Nähe seiner Heimatstadt aufgespürt, vor Gericht gestellt, zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet. Am 1. Mai 2003 wandte sich George W. Bush in einem Fernsehauftritt, der zum lächerlichen Sinnbild seiner Präsidentschaft werden sollte, an Bord der *USS Abraham Lincoln* an die Weltöffentlichkeit und verkündete: »Die größeren Kampfhandlungen im Irak sind abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben in der Schlacht um den Irak gesiegt.«³⁵ In Wahrheit hatte der Krieg gerade erst begonnen.

Die scheinbar leichten und schnellen Siege in Afghanistan und im Irak erweckten den Eindruck, als hätten die amerikanischen Streitkräfte einen perfekt geplanten effizienten Feldzug durchgeführt. Für den eigentlichen Einmarsch mochte diese Einschätzung auch zutreffen. Doch es zeigte sich, dass die Planung für die Zeit danach weit weniger durchdacht war. Schon bald stand fest, dass die Koalitionstreitkräfte sich auf einen längeren Aufenthalt gefasst machen mussten. Die Verwaltung im Land war zusammengebrochen, die Besatzer hatten keine Lösungen parat, man geriet von einer Krise in die andere. Es herrschte eine »Adhocratie«:³⁶ Mit kurzfristigen Lösungen wurde versucht, tausend Brandherde zu löschen, ohne dass sich jemand Gedanken über die Konsequenzen gemacht hätte. Da ihnen nur eine kleine Invasionsstreitmacht zur Seite stand, waren die Übergangsverwaltung der Koalition (Coalition Provisional Authority, CPA) und ihre Nachfolgeeinrichtungen gezwungen, sich immer wieder an die Privatwirtschaft zu wenden, um die Löcher zu stopfen, was die Kosten des Kriegs in die Höhe trieb und den Unternehmen, die gebraucht wurden, gewaltige Einkünfte sicherte – eine Situation, die Cheney, Rumsfeld und ihre Gefolgsleute, die bereits vorher massiv auf Privatisierung gedrängt hatten, restlos glücklich machen musste.

Die Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan erwiesen sich als Kriege der »Dienstleister«. Die Vereinigten Staaten hatten schon in anderen Kriegen Teile der Aufgaben Privatunternehmen übertragen, aber nie in einem solchen Ausmaß. Im Ersten Weltkrieg kam auf 20 amerikanische Soldaten ein privater Dienstleister, im Zweiten Weltkrieg lag das Verhältnis bei 7 zu 1 und im

Vietnamkrieg bei 6 zu 1.³⁷ Im März 2010 waren im Irak und in Afghanistan 207553 Mitarbeiter von privaten Firmen und 175000 reguläre Soldaten im Einsatz, womit auf jeden Soldaten 1,18 Beschäftigte von Privatunternehmen kamen. Nimmt man nur die Zahlen für Afghanistan, so war die Abhängigkeit von den Dienstleistern noch größer: 112000 Mitarbeiter von Privatfirmen unterstützten 79000 Soldaten, was einem Verhältnis von 1,42 privaten Auftragnehmern pro Soldat entspricht.³⁸ Bemerkenswert ist, dass im März 2010 im Irak 11610 Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen eingesetzt waren. Das war ein schweigendes Eingeständnis, dass die amerikanische Armee das Land nicht ohne die Hilfe einer großen Söldnertruppe kontrollieren konnte.³⁹

Es ist schwierig, Aussagen über die Gesamtkosten der Tätigkeiten zu machen, die im Irak und in Afghanistan von Privatunternehmen übernommen wurden, aber einige Zahlen liefern durchaus aufschlussreiche Hinweise. Zwischen 2003 und 2007 erteilten amerikanische Regierungsbehörden der Privatwirtschaft Aufträge über 85 Milliarden Dollar im Irak.⁴⁰ Aus anderen Zahlen geht hervor, dass das Auftragsvolumen seit damals exponentiell gestiegen ist. In einer Studie gelangte die Rechnungsprüfungskammer (GAO) zu dem Ergebnis, dass im Haushaltsjahr 2008 und in der ersten Jahreshälfte 2009 in den beiden Ländern 84719 Aufträge über insgesamt 39 Milliarden Dollar an Privatunternehmen vergeben wurden, das heißt mehr als 2 Milliarden Dollar pro Monat oder 26 Milliarden Dollar pro Jahr.⁴¹ Das deutet darauf hin, dass die privaten Dienstleister im Irak und in Afghanistan bis 2010 deutlich mehr als die ursprünglich veranschlagten 100 Milliarden Dollar verdient hatten.

Der vermutlich größte Auftrag ging an Kellogg Brown & Root (KBR), ein Unternehmen, das bis zu seinem Verkauf im Juni 2007 für Anlagenbau und Logistik bei Halliburton zuständig war. Es war Dick Cheney, der in einer umstrittenen Entscheidung KBR das komplette Infrastruktur-Entwicklungsprogramm, das seit den achtziger Jahren bestehende Logistic Civil Augmentation Program (LOGCAP), übertrug, an dem zuvor viele verschiedene Firmen beteiligt waren. Bis März 2004 verdiente KBR an diesem »Omnibus-Kontrakt« 31,4 Milliarden Dollar.⁴² Nicht enthalten ist in dieser Zahl der größte Auftrag, den das Ingenieurskorps des amerikanischen Heeres im Irak vergab: KBR erhielt – wieder unter Federführung von Dick Cheney und selbstverständlich ohne Ausschreibung – den 7-Milliarden-Dollar-Auftrag für

den Wiederaufbau der im Krieg beschädigten Ölförderanlagen. Halliburton/KBR revanchierte sich auf seine Weise und machte auch hier noch einmal richtig Kasse, indem es die Projekte schlecht betreute, die Preise aufblähte, das Budget sprengte und der Regierung seine Leistungen doppelt in Rechnung stellte.⁴³

Richard Bruce »Dick« Cheney war von 1989 bis 1993 Verteidigungsminister unter George Bush senior gewesen. Drei Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wurde Cheney geschäftsführender Direktor von Halliburton. Seither erhielt Halliburton mehr Regierungsaufträge denn je. In den fünf Jahren zuvor hatte das Unternehmen von der Regierung lächerliche 100 Millionen Dollar an Kreditgarantien erhalten. In den fünf Jahren unter Cheneys Führung wurde dem Unternehmen das Fünfzehnfache dieses Betrags zugestanden: 1,5 Milliarden Dollar.⁴⁴ Cheney wurde für seine Dienste fürstlich entlohnt: Für achtundfünfzig Monate an der Spitze des Unternehmens bekam er 45 Mio. Dollar.⁴⁵ Ab 2001 war Cheney Vizepräsident unter Bush junior. Bekanntlich erhielt er einige der Zahlungen von Halliburton noch in dieser Zeit.⁴⁶ Charles Lewis, der Leiter der Organisation Center for Public Integrity, hat die Vorgänge scharfzüngig kommentiert:

Hier geht es nicht um die »Drehtür«, um Leute, die die Fronten wechseln. Es gibt keine Tür. Es gibt keine Fronten. Ich könnte nicht sagen, wo der eine Bereich endet und der andere beginnt. Da gibt es Generäle a.D., die Zugang zu geheimen Dokumenten haben, an vertraulichen Sitzungen teilnehmen, für Unternehmen arbeiten und geheime Milliarden-Dollar-Aufträge erhalten. Und die Offenlegung ihrer Aktivitäten ist tabu. Schließlich haben sie nichts anderes gemacht, als sie noch in der Regierung saßen! Wo ist der Unterschied, abgesehen davon, dass sie jetzt im Privatsektor sind?⁴⁷

Es passt ins Bild, dass Halliburton einer der größten Geldgeber für den Wahlkampf von George W. Bush war. Zwischen 1998 und 2003 flossen der Republikanischen Partei 1146248 Dollar aus dem Lobby-Fonds von Halliburton zu. Die Demokraten erhielten im selben Zeitraum einen eher symbolischen Betrag von 55600 Dollar.⁴⁸

Der erste große Skandal wurde wenige Monate nach Beginn des Irak-Kriegs bekannt.⁴⁹ Im Lauf der folgenden Jahre wurde klar, dass das Missmanagement und das Fehlverhalten bei KBR kein Ausrutscher, sondern sozusagen systemimmanent, ja geradezu Teilprinzip war. Die Vorgänge enthüllen die unangenehme Doppelmoral der konservativen Privatisierungseiferer: Die freie Marktwirtschaft und das private Unternehmertum wurden als Ausdruck von

Patriotismus hingestellt, aber die Marktteilnehmer wurden nicht von einer idealistischen Vorstellung von der patriotischen Pflicht motiviert, sondern einzig und allein vom Gewinnstreben.

Diesen Eindruck jedenfalls gewann David Wilson, ein fünfzigjähriger Vietnamveteran, der eine Stelle bei KBR annahm. Er war schockiert, als er bei seiner Schulung zu hören bekam, dass man »wegen des Geldes« in den Irak gehe. Der Ausbilder sagte den Rekruten, dass es nicht ihre Aufgabe sei, den Truppen oder dem irakischen Volk oder ihrem Vaterland zu helfen. Vielmehr gingen sie »wegen des Geldes« dorthin. Das wurde den Neulingen als Parole eingepflegt. Im Irak angekommen, stellte Wilson fest, dass seine schlimmsten Befürchtungen begründet gewesen waren: Missmanagement, Verschwendung und Inkompetenz kosteten sechs Fahrer von KBR und zwei Soldaten das Leben.⁵⁰

KBR konnte sich nur so verhalten, weil das Unternehmen nicht kontrolliert wurde, denn die amerikanische Armee und die Regierung sahen sich außerstande, diese Kontrollfunktion zu übernehmen. Im Jahr 2009 veröffentlichte eine überparteiliche Untersuchungskommission für die Auftragsvergabe im Krieg, die eingerichtet worden war, um die schlimmsten Missstände unter den privaten Dienstleistern in Zukunft zu vermeiden, einen Zwischenbericht, aus dem hervorging, dass die Regierung dem Militär und seinen Dienstleistern zwar bereitwillig Hunderte Milliarden Dollar in die Hand gedrückt hatte, jedoch sehr viel knauseriger gewesen war, als es darum ging, die Überwachung oder Regelung dieser Aktivitäten zu finanzieren. Für die Überwachung von neunzehn Aufträgen hatte ein einziger Militärangehöriger zur Verfügung gestanden – der diese Aufgabe zusätzlich zu seinen normalen Pflichten als Soldat hatte erfüllen müssen.⁵¹ Ähnlich bedenklich war die Tatsache, dass die für die Überprüfung der vom Verteidigungsministerium erteilten Aufträge verantwortliche Behörde, die Defence Contract Audit Agency (DCAA), während der Einsätze in Afghanistan und dem Irak lange Zeit unter Personalmangel litt: Der Personalstand blieb unverändert, während die Zahl der an Privatunternehmen vergebenen Aufträge um 328 Prozent stieg.⁵²

Bei der Untersuchung der im Zuge des »Kriegs gegen den Terror« vergebenen Aufträge stellte die DCAA fest, dass Milliardenbeträge völlig sinnlosweise versickert waren. Insgesamt empfahl die Behörde bis zum Ende des

Haushaltsjahrs 2008 eine Verringerung der in Rechnung gestellten Kosten um 7 Milliarden Dollar – und um weitere 6,1 Milliarden Dollar hatten die Dienstleister »bei ihren Kostenvoranschlägen danebengelegt«. ⁵³ Bei einer Teilprüfung von KBRs LOGCAP-Auftrag stellte sich heraus, dass für Ausgaben von 3,2 Milliarden Dollar nur unzureichende Belege vorlagen. Weitere 1,5 Milliarden Dollar konnten die Dienstleister überhaupt nicht belegen. ⁵⁴

Noch empörender war, dass die von der amerikanischen Regierung im Irak und in Afghanistan beauftragten Unternehmen in vielen Fällen regelrechten Pfusch abgeliefert hatten, womit sie den amerikanischen Missionen in beiden Ländern erheblichen Schaden zufügten. ⁵⁵

Nicht nur unter dem objektiven Pfusch beim Wiederaufbau des Landes hat das Ansehen der USA in der ganzen Region sehr gelitten, sondern auch durch das Verhalten der privaten Sicherheitsfirmen, die man besser als das bezeichnet, was sie sind: Söldnertrupps. Söldner sind die Geier, die die Waffenindustrie umkreisen und mit ihr von Krisengebiet zu Krisengebiet ziehen. Und manchmal beteiligen sie sich auch indirekt oder direkt am Waffengeschäft.

Mit der Invasion des Irak begannen goldene Jahre für die Söldner in aller Welt. ⁵⁶ Es wurden Privatunternehmen benötigt, um die Löcher zu stopfen, die sich überall auftaten, weil die amerikanische Streitmacht im Land zu klein für eine Besatzung war. Also wurden im großen Stil Sicherheitsfirmen eingesetzt, um Stützpunkte, Botschaften und sonderbarerweise auch örtliche und ausländische Amtsträger zu schützen. Sogar der erste Leiter der amerikanischen Übergangsverwaltung im Irak, Paul Bremer, wurde von einem Söldnerteam beschützt, das von der umstrittensten Sicherheitsfirma überhaupt gestellt wurde: Blackwater.

Zum rasanten Anstieg des privaten Sicherheitspersonals trug auch die Tatsache bei, dass die amerikanische Armee die Sicherheit der anderen privaten Dienstleister nicht gewährleisten konnte, weshalb diese gezwungen waren, zu ihrem Schutz Söldner zu engagieren. Schon bald verschlangen die Kosten der privaten Sicherheitsdienste bei vielen Wiederaufbauprojekten zwischen 10 und 25 Prozent des Budgets. ⁵⁷

Dazu kommt, dass die Söldnertruppen derart eng in die Kriegführung eingebunden wurden, dass die Todesopfer unter dem Personal privater Firmen

im September 2010 im Irak und in Afghanistan mehr als 25 Prozent der gesamten Verluste der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten ausmachten.⁵⁸ In seinem Buch *Blood Money* betont T. Christian Miller, dass »die privaten Auftragnehmer zum ersten Mal in der amerikanischen Militärgeschichte nicht einfach die Militäroperationen unterstützten, sondern Teil davon waren und an der Seite der Soldaten kämpften und starben«.⁵⁹

Die Männer, die von den Sicherheitsfirmen zu Jahresgehältern von 200000 Dollar eingestellt wurden, weckten schon früh ernste Bedenken. Unter diesen Leuten waren Südafrikaner, die noch aus den Sicherheitskräften der Apartheid-Ära stammten,⁶⁰ außerdem ehemalige Angehörige serbischer Spezialeinheiten, deren Schule der grausame Balkankonflikt gewesen war, von denen einige im Verdacht standen, sich am Völkermord beteiligt zu haben.⁶¹ Ein britisches Unternehmen namens Aegis erhielt im Jahr 2004 einen Auftrag für Sicherheitsdienste im Wert von knapp 300 Millionen Dollar.⁶² An der Spitze des Unternehmens stand Oberst Tim Spicer, ein zwielichtiger Ex-Offizier des britischen Heeres, der auch Sandline International leitete, eine Söldnertruppe, die in zahlreiche umstrittene Konflikte und dubiose Waffengeschäfte verwickelt war. Im Jahr 1998 war Sandline von Ahmed Kabbah, dem gestürzten Präsidenten von Sierra Leone, engagiert worden, um ihm bei der Rückeroberung der Macht zu helfen. Sandline brachte fünfunddreißig Tonnen bulgarischer AK-47-Sturmgewehre nach Sierra Leone, obwohl über das Land ein Waffenembargo verhängt worden war.⁶³ Spicer behauptete später, er habe die Waffen mit Genehmigung des britischen Außenministeriums importiert, eine Darstellung, die später tatsächlich bestätigt wurde.⁶⁴ Eine Untersuchung des außenpolitischen Ausschusses des britischen Unterhauses förderte zutage, dass die Waffenlieferung von Peter Penfold, dem britischen Hochkommissar für Sierra Leone, in »gewisser Weise gutgeheißen« worden war. Penfold, der die lächerliche Behauptung aufstellte, die Waffenlieferung habe nicht gegen das Embargo verstoßen, wurde seines Postens enthoben und in eine andere Abteilung versetzt.⁶⁵ Als Spicers Vergangenheit bekannt wurde, forderten mehrere demokratische Abgeordnete im US-Kongress Donald Rumsfeld in einem Schreiben auf, den Vertrag mit Aegis zu lösen. Rumsfeld und das Verteidigungsministerium lehnten dies ab.⁶⁶

Da Söldner eigentlich überall auf Misstrauen stoßen, hätte man meinen sollen,

ihre Aktivitäten wären schärfsten kontrolliert worden. Doch weit gefehlt. Am 27. Juni 2004 erließ Paul Bremner in einer seiner letzten Amtshandlungen als Leiter der Übergangsverwaltung die rechtskräftige »Order 17«,⁶⁷ die sämtliche Personen, die im Dienst der alliierten Streitkräfte und ihrer Dienstleister standen, der irakischen Gerichtsbarkeit entzog.⁶⁸ Diese Anweisung sollte bis zur ausdrücklichen Aufhebung durch die irakische Regierung in Kraft bleiben. Nun bewegten sich Dienstleister wie Aegis und Blackwater also im rechtlichen Niemandsland, da sie auch nicht der amerikanischen Militärgerichtsbarkeit unterworfen waren, der die regulären US-Armeeangehörigen unterstanden.⁶⁹ Auch war nicht klar, ob amerikanische Gerichte für Straftaten zuständig waren, die private Sicherheitskräfte auf fremdem Boden begingen. Somit hatten die Mitglieder der Sicherheitsdienste de facto eine »Lizenz zu töten«.⁷⁰

Verfasst worden war die »Order 17« von einem gewissen Lawrence Peter, der zu jener Zeit für die Überwachung der Aktivitäten des irakischen Innenministeriums zuständig war.⁷¹ Kurz nachdem der umstrittene Erlass ergangen war und die Macht an die neu gewählte irakische Regierung übergeben wurde, womit die Übergangsverwaltung der Koalition aufgelöst wurde, fand Peter anderswo Arbeit: Er wurde Lobbyist und Verbindungsmann für den Verband der privaten Sicherheitsfirmen im Irak. »Im neuen Irak«, urteilte der angesehene Journalist Sidney Blumenthal, »war eine ›Drehtür‹ eingebaut worden.«⁷²

Blackwater und andere gediehen unter den Bedingungen der Gesetzlosigkeit prächtig. Die im Jahr 1996 gegründete Firma wurde von dem früheren Navy-Seal-Angehörigen Erik Prince geleitet, einem Mann mit ausgezeichneten Beziehungen zur Republikanischen Partei.⁷³ Als Blackwater nach dem Terrorangriff am 11. September 2001 seine Expansion vorantrieb, bemühte sich das Unternehmen sehr, Personen mit guten Verbindungen in sein Leitungsgremium zu holen. Eine dieser Personen war J. Cofer Black, der achtundzwanzig Jahre für die CIA gearbeitet und dort zuletzt das Terrorbekämpfungszentrum geleitet hatte, das die Praxis der sogenannten »außerordentlichen Überstellung« von Terrorverdächtigen entwickelt hatte. Black erhielt den Posten des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden.⁷⁴ Ein weiterer einflussreicher Neuzugang war der Betriebsleiter Joseph Schmitz, der im September 2005 zu Blackwater stieß. Noch einen Monat vorher war er als

Generalinspekteur im Verteidigungsministerium für die Überprüfung sämtlicher von diesem Ressort vergebenen Aufträge verantwortlich gewesen. Dieses Amt hatte er jedoch zurückgeben müssen, nachdem ihm vorgeworfen worden war, er sei an der Erteilung dubioser Aufträge beteiligt gewesen oder habe unzulässig politische Interventionen zugelassen. Unter anderem wurde er verdächtigt, bei dem Debakel mit den Boeing-Tankflugzeugen seine Finger im Spiel gehabt und nicht zuletzt dem Unternehmen Blackwater Millionenaufträge zugeschanzt zu haben.⁷⁵ Verblüffenderweise wurde Schmitz und Blackwater im September 2010 ein Exklusivvertrag für die unabhängige Überwachung des Büros des Außerordentlichen Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR) zugeteilt, um Mängel in der Untersuchungsabteilung des Büros zu beheben.⁷⁶

In Anbetracht dieser Verbindungen wird der kometenhafte Aufstieg von Blackwater leichter verständlich. Bis zum 11. September 2001 hatte das Unternehmen einen einzigen Bundesauftrag im Wert von 1 Million Dollar. Anschließend erhielt es bis zum Jahresende 2009 für Söldnerdienste im Irak und in Afghanistan sowie in anderen Konfliktgebieten rund 1,5 Milliarden Dollar vom Pentagon.⁷⁷ Der Name dieses Unternehmens wurde zum Synonym für exzessive Gewaltanwendung, nachdem Blackwater-Leute an der willkürlichen Tötung von mindestens achtzehn irakischen Zivilisten bei zwei verschiedenen Vorfällen teilgenommen hatten.⁷⁸

Kurz nachdem Blackwater wegen seiner Verwicklung in die Schießereien in Bagdad aus dem Irak verbannt worden war, gründete sich das Unternehmen als Xe Services neu, um weiterhin an Ausschreibungen für Staatsaufträge in Krisengebieten außerhalb des Irak (unter anderem in Afghanistan) teilnehmen zu können. Wie sich herausstellte, hatte Xe Services in 289 Fällen gegen die Bestimmungen zur Kontrolle von Waffenexporten verstoßen, weshalb der Firma eine strafrechtliche Verfolgung drohte.⁷⁹ Im August 2010 schloss das Unternehmen einen Vergleich mit dem Außenministerium und zog sich mit der Zahlung eines Bußgelds von 42 Millionen aus der Affäre. Damit kam der Dienstleister sehr billig davon, denn es hat eine Strafe von bis zu 288 Millionen Dollar im Raum gestanden.⁸⁰ Indem das Unternehmen ein Gerichtsverfahren vermied, wahrte es seine Chance auf weitere Regierungsaufträge.⁸¹ Auf diese Weise darf ein Unternehmen, dessen Beitrag zum heiklen

Demokratisierungsprozess im Irak darin bestanden hatte, das Chaos im Land und das Leid der Menschen zu vergrößern, weitermachen wie gehabt.

Obwohl es eine Fülle von Beweisen für Gesetzesverstöße, Fehlverhalten und Korruption gibt, wurde keiner der privaten Dienstleister im Irak mit einem Ausschluss bedroht. Ganz im Gegenteil: KBR hat im Zeitraum von zehn Jahren allein mit einem geringfügig reformierten LOGCAP-IV-Programm 50 Milliarden Dollar verdient.⁸²

Auch die konventionellen Rüstungsunternehmen – die Waffenhersteller, Waffenhändler und Mittelsmänner – lebten in den Boom-Jahren nach dem 11. September wie die Maden im Speck. Während die Aktivitäten von Unternehmen wie KBR und Blackwater die Medienberichterstattung und die Analysen beherrschten, fanden die riesigen Gewinne der Akteure im herkömmlichen Waffengeschäft oder in der Schattenwelt nur geringe Aufmerksamkeit. Sehr viel Geld verdiente etwa das Netz von Maklern, Händlern, Gangstern und Geldwäschern im Umfeld von Merex.

Es ist schwierig, genaue Schätzungen anzustellen, wie viel die amerikanischen Streitkräfte für die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan ausgegeben haben, aber sicher ist, dass es ein gigantischer Betrag ist. Der mit Abstand größte Posten der Beschaffungskosten in direktem Zusammenhang mit diesen Kriegen entfällt auf die bloße Instandhaltung (Reset), das heißt auf die laufende Reparatur, Nachrüstung oder Ersetzung der bei den militärischen Einsätzen verwendeten Ausrüstung. Die Ausrüstung und die Einheiten, die das Material einsetzen, müssen wieder in einen einsatzfähigen Zustand gebracht werden. Dieses massive Instandhaltungsprogramm läuft seit 2005 auf Hochtouren. Im Jahr 2006 stellte die Haushaltsbehörde des Kongresses fest, dass rund 20 Prozent der gesamten Ausrüstungsbestände der amerikanischen Streitkräfte in den Irak, nach Afghanistan und in die angrenzenden Regionen verlegt worden waren.⁸³ Allein das Heer hatte Anfang 2007 Ausrüstung im Wert von 30 Milliarden Dollar in diesen beiden Einsatzgebieten stationiert.⁸⁴

Unter den harten Witterungsbedingungen in der Region ist der Verschleiß besonders hoch, was häufige Reparaturarbeiten und den Austausch von Bauteilen nötig macht. Die US Army geht davon aus, dass jedes Jahr zahlreiche im Irak und in Afghanistan eingesetzte Waffen ersetzt – nicht repariert – werden

müssen, um die Bestände auf dem Vorkriegsniveau zu halten. Schätzungen zufolge müssen jedes Jahr 6 Prozent der Hubschrauber, 5 Prozent der Kampffahrzeuge und 7 Prozent der Lastfahrzeuge ersetzt werden.⁸⁵ Blicke der Umfang der Ausrüstung unverändert, so müssten bis 2020 sämtliche im Irak und in Afghanistan eingesetzten Hubschrauber ersetzt werden. Diese Möglichkeit besteht durchaus, denn trotz des offenkundigen Interesses von Präsident Obama an einem raschen Abzug enthielten die Budgetanträge für 2010 Pläne für eine temporäre Aufstockung der Truppen in Afghanistan bis 2020. In diesem Fall würden nicht weniger als 20 Prozent des gesamten Militärapparats ersetzt werden – eine höchst verlockende Aussicht für den militärisch-industriellen Komplex.

Berücksichtigt man neben dem Austausch auch die Reparaturen an Fahrzeugen und Ausrüstung, wird das ganze Ausmaß des Unterfangens deutlich, denn diese Reparaturen finden in den Werkstätten in den USA statt. Die Haushaltsbehörde des Kongresses hat berichtet, dass nach zweijährigem Einsatz im Irak *sämtliche* Abrams-Kampfpanzer und Bradley-Schützenpanzer zur Reparatur in die Vereinigten Staaten gebracht werden mussten. Die Reparatur eines Bradley-Schützenpanzers kostet eine halbe Million Dollar, die eines Abrams-Panzers 800000 Dollar.⁸⁶ Allein die jährliche Reinigung dieser Fahrzeuge von Sand und Staub verursacht Kosten zwischen 700 Millionen und 1,2 Milliarden Dollar.⁸⁷

Wie angesichts dieser Zahlen nicht anders zu erwarten, sind die Kosten von Beschaffung und Wiederherstellung der Ausrüstung in Afghanistan und im Irak dramatisch gestiegen. Im Jahr 2004 wurden in den Ergänzungshaushalten zur Finanzierung der Militäreinsätze 7,2 Milliarden Dollar für die Beschaffung bereitgestellt. Im Jahr 2008 erreichten diese Kosten mit 61,5 Milliarden Dollar einen Höhepunkt. In den sechs Jahren zwischen 2004 und 2010 mussten für diesen Posten 215 Milliarden Dollar veranschlagt werden, und für das Jahr 2011 wurden weitere 21,4 Milliarden Dollar beantragt.⁸⁸

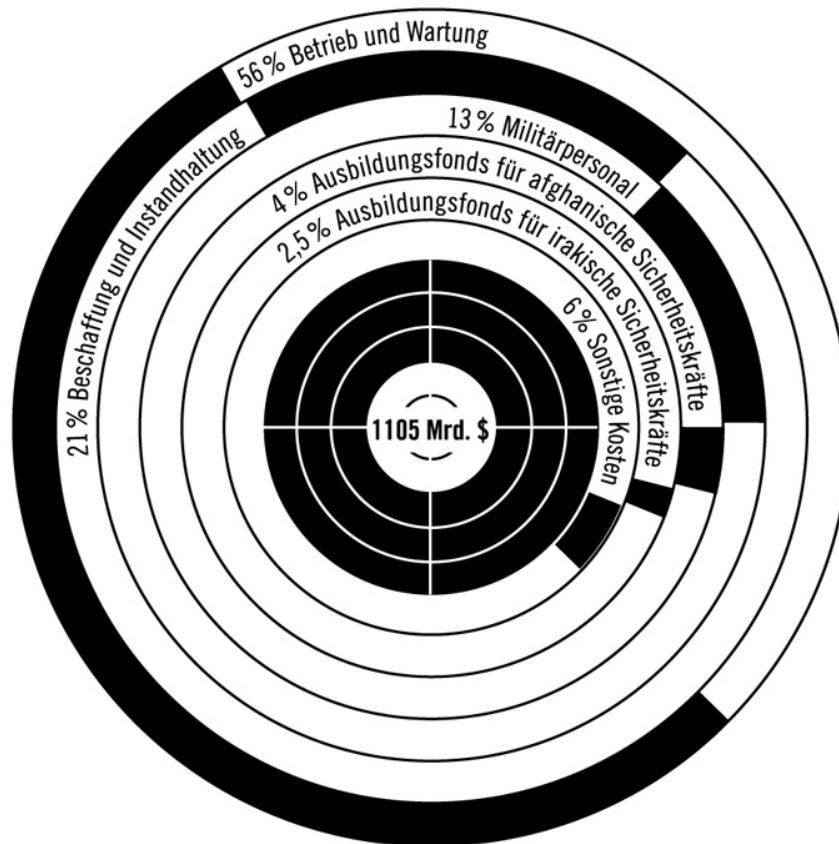
Die Kosten des Kriegs im Irak sind seit 2004 stetig gestiegen. In jenem Jahr kostete der Militäreinsatz jeden Monat rund 4,4 Milliarden Dollar. Bis 2006 stieg der Betrag auf 7,2 Milliarden Dollar, um sich in den Jahren 2007 und 2008 noch einmal auf 10,2 Milliarden beziehungsweise 11,1 Milliarden Dollar pro Monat zu erhöhen.⁸⁹ Die Ausgaben stiegen zwischen 2006 und 2007/08

sprunghaft (um etwa 40 Prozent), obwohl die Truppenstärke unverändert blieb. Der Anstieg der Kriegskosten war fast ausschließlich auf die bloße Instandhaltung der Ausrüstung zurückzuführen, die im Jahr 2007 erst richtig begann.⁹⁰ Das heißt: Mit Einsetzen des Instandhaltungsprogramms stiegen die Gesamtkosten des Militäreinsatzes im Irak um mindestens 40 Prozent. Wenn der Truppenabzug aus dem Irak abgeschlossen ist, dürfte die Instandhaltung der Ausrüstung mindestens 40 Milliarden Dollar kosten und etwa zwei Jahre dauern – und zwar zusätzlich zum zuvor beschriebenen jährlichen Aufwand.⁹¹ Daher ist der »Reset-Effekt« nach Ansicht der Autoren Joseph Stiglitz und Linda Bilmes der »vielleicht bedeutsamste« unter allen Faktoren, die zur Kostenexplosion in der Kriegführung beigetragen haben.⁹²

Die genannten Kosten fielen *zusätzlich* zum ordentlichen Verteidigungshaushalt an, der während des »Kriegs gegen den Terror« unter George W. Bush und zumindest auch in den ersten beiden Jahren der Regierung Obama gewaltig aufgebläht wurde.

Wohin das Geld fließt –

Aufschlüsselung des Kriegsbudgets des Verteidigungsministeriums 2004–2011



Budget



Gesamtes Kriegsbudget
1105 Mrd. \$

Betrieb und Wartung
587 Mrd. \$

Beschaffung und Instandhaltung
236,4 Mrd. \$

Militärpersonal
141,9 Mio. \$

Ausbildungsfonds für
afghanische Sicherheitskräfte
39,8 Mrd. \$

Ausbildungsfonds für
irakische Sicherheitskräfte
26,2 Mrd. \$

Sonstige Kosten gesamt
73,7 Mrd. \$

Verteidigungshaushalt der USA und Ausgaben für die Kriege im Irak und in Afghanistan

Im Jahr 2007 führte die Haushaltsbehörde des Kongresses eine Studie über die

Kosten der Instandhaltung im Irak und in Afghanistan durch. Dabei fand sie heraus, dass mehr als 40 Prozent der Ausgaben für die Instandhaltung tatsächlich entweder in die Nachrüstung bestehender Systeme statt in die Wiederherstellung ihres Vorkriegszustands flossen oder überhaupt für den Kauf neuer Ausrüstung verwendet wurde, »um teilweise seit Langem bestehende Defizite in den Beständen der Armee auszugleichen«.⁹³ Das Verteidigungsministerium tat also sehr viel mehr, als bloß das bestehende Ausrüstungsniveau zu halten: Es gab gewaltige Summen aus, um *aufzurüsten* – und bezahlte das aus den speziell für den Militäreinsatz im Irak bereitgestellten Mitteln. Beispielsweise entschloss man sich im Jahr 2006, unter der Rubrik »Instandhaltung« sämtliche 18 000 Humvees, also geländegängige Fahrzeuge, gegen neuere Modelle auszutauschen, die besser gegen die sogenannten unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) geschützt sein würden.⁹⁴

Das Pentagon schmuggelte auch einen Auftrag über zwei F-35 »Lightning II« (Joint Strike Fighter) in den Budgetantrag 2007 für die Einsätze im Irak und in Afghanistan – obwohl diese Kampfflugzeuge unmöglich rechtzeitig fertig werden konnten, um sie in einem dieser Konflikte einzusetzen.⁹⁵ Indem es seine Bestände mit den für die Militäreinsätze bestimmten Haushaltsmitteln auffüllte, konnte das Heer die Beschaffung von Ausrüstung finanzieren, für die im bereits riesigen Militärhaushalt des Verteidigungsministeriums kein Platz war. Sogar die Budgets für die Einsätze im Irak und in Afghanistan wurden mit Projekten gefüllt, die der Versorgung von Interessengruppen dienten. »Es ist ein Wettlauf zu den Futtertrögen«, klagte ein an der Budgeterstellung beteiligter Mitarbeiter des Heeres: »Mit dem Nachtragshaushalt kaufen wir uns jetzt das Militär, das wir gerne hätten.«⁹⁶

Noch bedenklicher ist, dass diese »Futtertrog-Projekte« durch die Aufnahme in die Kriegsbudgets jeder Kontrolle entzogen werden können, womit es unter Umständen unmöglich wird, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies ist ein Ergebnis des absurden Budgetierungsprozesses für die beiden Militäreinsätze. Nachtragshaushalte werden vom Kongress verabschiedet. Es handelt sich hier um Notfallmaßnahmen, mit denen Geld für außerordentliche Erfordernisse bereitgestellt wird. Diese Haushalte werden sehr schnell durchgedrückt, wobei viele Budgetposten angesichts der Erfordernisse des Kriegs im guten Glauben abgeseget werden: In einem Fall wurden die

Ausgaben in einem Antrag über 33 Milliarden Dollar im Nachtragshaushalt für den Irak auf lächerlichen fünf Seiten begründet.⁹⁷ Linda Bilmes, Budgetexperte von der Kennedy School of Government, erklärt, dies sei »nicht die beste Funktionsweise für das amerikanische – oder irgendein – Haushaltssystem. Nachtragshaushalte dienen dazu, einen wirklich dringenden Bedarf zu erfüllen ... Die späte Übermittlung zusätzlicher Anträge im Verlauf des Budgetierungsprozesses führt dazu, dass der Kongress diese Posten weniger sorgfältig prüft und dass die Standards für einen detaillierten Nachweis der Ausgaben gegenüber der regulären Bereitstellung gesenkt werden.«⁹⁸ Die US-Rechnungsprüfungskammer (GAO) ist ähnlicher Ansicht: »Der Einsatz von Anträgen für Notfallmittel und Haushaltsergänzungen für über einen bestimmten Zeitraum laufende Operationen verringert die Transparenz, verhindert die notwendige Prüfung der Investitionsprioritäten, beeinträchtigt eine fundierte Debatte über Prioritäten und Zugeständnisse und schadet letzten Endes der Glaubwürdigkeit.«⁹⁹

Alle großen Rüstungsunternehmen waren sehr gut positioniert, um die in den beiden Kriegen eingesetzten Waffen bereitzustellen. Wie erwähnt, bot Lockheed Martin eine Vielzahl verschiedener Produkte für den »Krieg gegen den Terror« an. Dazu gehörten Mehrfachraketenwerfersysteme, mit denen irakische Truppen großflächig mit Clusterbomben angegriffen wurden (und die nicht detonierte Bomben zurückließen, die später sowohl irakische als auch amerikanische Soldaten töteten oder verwundeten).¹⁰⁰ Die F-16-Kampfflugzeuge von Lockheed kamen in den ersten Angriffswellen aus der Luft zum Einsatz, und die Hellfire-Luft-Boden-Raketen wurden eingesetzt, um irakische Panzerfahrzeuge auszuschalten.¹⁰¹ Auch die Kommunikationsausrüstungen des Unternehmens wurden umfassend genutzt und regelmäßig ausgetauscht.¹⁰²

Lockheed war auch so vorausschauend gewesen, in der Bereitstellung lukrativer Dienste für das Militär aktiv zu werden. So hatte sich das Unternehmen in eine eigene vertikal integrierte Kriegsindustrie verwandelt. »Lockheed Martin ist jetzt in der Lage, auf allen Ebenen vom Krieg gegen den Terror zu profitieren, von der Zielerfassung bis zur Intervention und von der Besatzung bis zum Verhör«, erklärte William Hartung im Jahr 2005.¹⁰³ Dank der Übernahme von Sytex im März 2005 und einer Beteiligung an Affiliated Computer Services (ACS) konnte Lockheed dem Verteidigungsministerium

Verhörungsspezialisten und Analysten zur Verfügung stellen. Einige der Verhör-Experten wurden nach Abu Ghraib geschickt, andere nach Guantanamo. Lockheed war auch gut positioniert, um sich seinen Teil am Geschäft des »nachrichtendienstlich-industriellen Komplexes« zu sichern, dem die amerikanischen Nachrichtendienste jedes Jahr Aufträge über 50 Milliarden Dollar erteilen – und fast drei Viertel dieses Geldes gingen an private Auftragnehmer.¹⁰⁴ Lockheed war der größte private Nachrichtendienstanbieter, der für die amerikanische Regierung arbeitete, womit es zum »weltweit größten Rüstungsunternehmen und größten Marktteilnehmer im Bereich der privaten Nachrichtendienste« wurde.¹⁰⁵ Und Lockheed Martin war der nach KBR größte Auftragnehmer der amerikanischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan.

BAE seinerseits lieferte fast alle Bradley-Schützenpanzer, für die das Unternehmen im Jahr 2007 einen neuen Auftrag über 2,3 Milliarden Dollar erhielt.¹⁰⁶ Nachdem der britische Rüstungsgigant im Jahr 2007 für 4,5 Milliarden Dollar Armor Holdings gekauft hatte, konnte er sich auch ein Stück von dem Kuchen sichern, den das Pentagon bereitstellte, um 18000 Humvees durch Fahrzeuge zu ersetzen, die besser gegen Minen geschützt sein würden. Auf solche Fahrzeuge war Armor spezialisiert.¹⁰⁷ Auch für die Produkte von Northrop Grumman gab es große Nachfrage, insbesondere für seine B-2-Bomber, die intensiv eingesetzt wurden, um für »Angst und Entsetzen« (»shock and awe«) zu sorgen, wie es offiziell hieß. Northrop hat gemeinsam mit dem israelischen Unternehmen Elbit Systems auch eine Führungsrolle beim Bau von Drohnen übernommen, also unbemannten Luftfahrzeugen, die im Irak, in Afghanistan und Pakistan eingesetzt werden, um Aufständische und Terroristen aufzuspüren und auszuschalten.¹⁰⁸

Da die Budgets jeweils in kürzester Zeit durchgepeitscht werden, ist es fast unmöglich, genau zu verfolgen, welche Beträge aus den Kriegsbudgets und den Haushalten der Nachrichtendienste in die herkömmliche Rüstungsindustrie fließen. Es gibt kaum Zweifel daran, dass die Jahre nach den Terroranschlägen von 2001 außergewöhnlich einträglich für die Waffenhersteller gewesen sind. Ein Anzeichen dafür ist der rasante Kursanstieg der Aktien der größten Rüstungsunternehmen. Ein Beispiel: Im Januar 2003 lag der monatliche Durchschnittskurs der BAE-Aktie an der Londoner Börse bei 1,13 Pfund. Bis September 2010 stieg er auf 3,41 Pfund. Ähnlich entwickelte sich die Aktie von

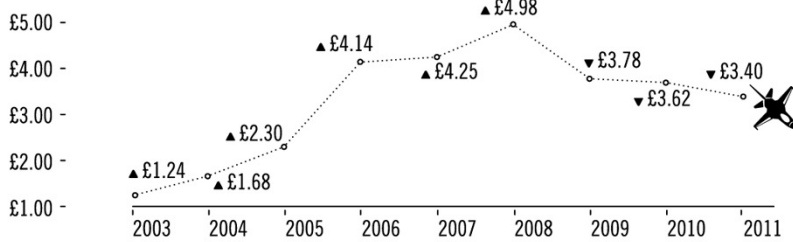
Lockheed Martin. Im Januar 2000 lag ihr durchschnittlicher Kurs bei 15,32 Dollar. Bis September 2010 stieg er auf 71,28 Dollar. Im selben Zeitraum verdreifachte die Aktie von Northrop Grumman ihren Wert von 19,76 auf 60,63 Dollar.¹⁰⁹ Sowohl die Aktie von BAE als auch jene von Northrop Grumman stieg also um mehr als 300 Prozent, und der Börsenwert von Lockheed Martin erhöhte sich im Verlauf des »Kriegs gegen den Terror« um beispiellose 465 Prozent.¹¹⁰

Die höchsten »Instandhaltungskosten« im Verlauf der beiden Militäreinsätze wurden in den Jahren 2008 und 2009 in die Haushalte aufgenommen, wobei im zweiten Jahr mehr als 60 Milliarden Dollar veranschlagt wurden.¹¹¹ Die Aktienkurse fast aller großen Rüstungsunternehmen erreichten in diesen Jahren die höchsten Werte im Lauf des Jahrzehnts. Beispielsweise schoss der Kurs der BAE-Aktie im Dezember 2006 auf über 4 Pfund, wo er bis Oktober 2008 verharrte. Seinen historischen Höchststand erreichte er mit 4,98 Pfund im Dezember 2007 – das war ein Wertzuwachs von 440 Prozent gegenüber dem Kurs vom Januar 2003.¹¹² Auch der Kurs der Aktie von Lockheed Martin stieg deutlich, nämlich von 65 Dollar im Mai 2006 auf einen Höchststand von 109 Dollar im August 2008.¹¹³ Im Oktober 2008 stürzten die Aktienkurse von BAE und Lockheed ab – einen Monat bevor der neue Präsident Barack Obama den Rückzug aus dem Irak ankündigte. Die Kursrückgänge setzten sich fort, als die Beschaffungskosten im Nachtragshaushalt von 61,5 Milliarden Dollar im Jahr 2008 auf 32 Milliarden Dollar im Jahr 2009 gekürzt wurden.¹¹⁴

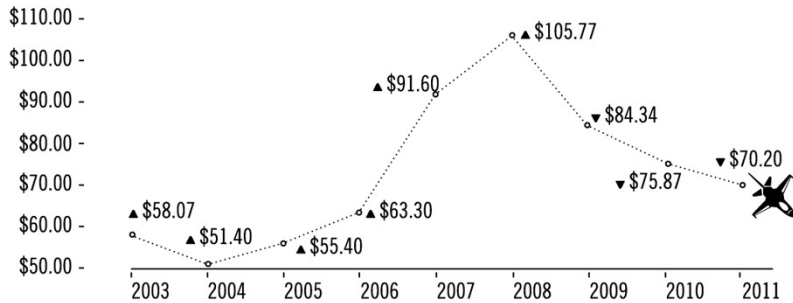
Nicht nur die Großunternehmen haben von der mangelhaften Kontrolle der Verteidigungsausgaben – und der Eile, mit der gigantische Finanzierungsprojekte durchgedrückt wurden – profitiert, sondern auch »private« Waffenhändler und Makler. Die frühen militärischen Operationen im Irak ebneten den Weg für jenen Mann, der als Personifizierung des illegalen Waffenhandels gilt: Viktor But.

Eröffnungskurse
am 1. Januar jedes Jahres seit 2000

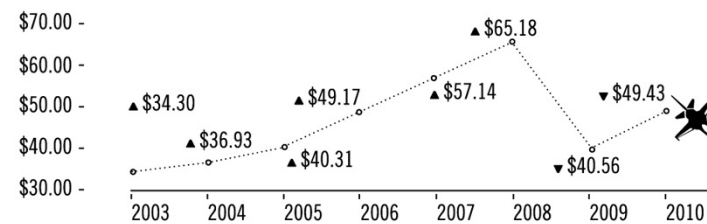
BAE Systems (Börse London)



Lockheed Martin (Börse New York)



Northrop Grumman*



* Bereinigte Schlusskurse

Entwicklung der Aktienkurse von BAE, Lockheed Martin und Northrop Grumman

Im Frühjahr 2003, kurz nach Beginn der Invasion im Irak, standen die amerikanischen Streitkräfte vor einem großen Problem: Zwar war es ihnen gelungen, einige strategisch wichtige Flughäfen unter ihre Kontrolle zu bringen,

aber die zivilen Dienstleister waren dort weiterhin großen Gefahren ausgesetzt. So wurde beispielsweise der internationale Flughafen von Bagdad immer wieder aus den umliegenden Vororten unter Mörserbeschuss genommen, und die über die Vororte anfliegenden Flugzeuge mussten oft Luftabwehrraketen ausweichen. Daher wurde zivilen Luftfrachtunternehmen davon abgeraten, den Irak anzufliegen. Es entstand ein großes Defizit, da dringend Frachtflugzeuge für die größte Versorgungsoperation aus der Luft seit der Berliner Luftbrücke gebraucht wurden.¹¹⁵

Um Abhilfe zu schaffen, wandten sich die Streitkräfte und ihre privaten Dienstleister an verschiedene Luftfrachtunternehmen in aller Welt. Von 2003 bis mindestens Ende 2005 war Irbis Air regelmäßig im Irak im Einsatz. Diese Fluglinie gehörte Viktor But. Allein in den Jahren 2003 und 2004 flog Irbis Air Hunderte Male Bagdad und andere irakische Hochsicherheitsflughäfen an, um dort alles von Zelten und Stiefeln über militärische Ausrüstung bis zu Munition abzuliefern. Zwischen Januar und Mai 2004 landete Irbis 92-mal in Bagdad und flog auch andere irakische Flughäfen an. Zwischen März und August 2004 wurden nach Angabe der Defense Logistics Agency allein in Bagdad 142-mal Maschinen von Irbis Air aufgetankt.¹¹⁶ Viktor But verdiente nicht schlecht mit diesen Flügen. Bei einem Preis von 60000 Dollar pro Flug dürfte er zwischen 2003 und 2005 etwa 60 Millionen Dollar eingenommen haben – und obendrein wurden reguläre Frachtflugzeuge von der Armee kostenlos aufgetankt.¹¹⁷

Wenn man bedenkt, dass But als »Händler des Todes« bezeichnet wird, ist die Liste seiner Kunden im Irak ebenso faszinierend wie empörend:

Vertreter der US-Armee erklärten, Irbis sei wiederholt als sekundärer militärischer Subauftragnehmer engagiert worden, um Zelte, Fertignahrung und andere elementare Produkte für die amerikanischen Firmen zu liefern, die für die US Army und die US Marines arbeiteten. Das But-Flaggschiff war auch ein Dienstleister der dritten Ebene des US-Lufttransportkommandos und beförderte Lieferungen von Federal Express im Rahmen einer Vereinbarung mit Falcon Express Cargo Airlines, einer in Dubai ansässigen Spedition. Und Irbis flog auch im Rahmen von Wiederaufbauverträgen mit dem Petrochemie-Riesen Fluor sowie mit Kellogg Brown & Root.¹¹⁸

Für Chris Walker, der für die Überwachung des zivilen Güterverkehrs am Flughafen Bagdad verantwortlich war, war das Engagement von But eine unangenehme Überraschung. Walker hatte angenommen, alle Fluglinien, die in den Monaten nach der Invasion eingesetzt wurden, seien gründlich überprüft

worden. Wie sich herausstellte, hatte die CIA Einspruch gegen Buts Fluglinie erhoben – aber die entsprechende E-Mail hatte den zuständigen Mitarbeiter der Übergangsverwaltung nicht erreicht.¹¹⁹ Nun befand sich Walker in einer Zwickmühle: Obwohl But vermutlich bald auf der Liste von Personen landen würde, deren Vermögen eingefroren werden sollte, und obwohl er sowohl vom FBI als auch von der CIA gesucht wurde, würde Walker die ohnehin überbeanspruchten Nachschublinien unterbrechen müssen, wenn er die Flüge von Irbis unterband – die Folgen waren unkalkulierbar. So kam es, dass Buts Flugzeuge Mitte des Jahres 2005 immer noch im Irak landeten. Als bestätigt wurde, dass das US-Finanzministerium die Beschlagnahme des Vermögens von But und seiner Fluglinien verlangte, bat das Oberkommando der US-Armee um einen Aufschub von einer Woche. Dieser wurde gewährt, so dass But eine letzte Ladung von Waffen, Munition und anderem Nachschub liefern konnte. »So wurde gewährleistet, dass private Dienstleister weiterhin Buts Netzwerk bezahlten, während jede andere amerikanische Firma dafür strafrechtlich belangt worden wäre.«¹²⁰

Der Russe verdiente ein Vermögen mit direkten US-Aufträgen, aber die Militäreinsätze eröffneten den Waffenhändlern noch andere Möglichkeiten. Eine der dringendsten Aufgaben bestand darin, die militärische Ausrüstung der irakischen Sicherheitskräfte, die im Verlauf der Invasion zum Großteil verschwunden war, wieder herzustellen. Die rasche Aufrüstung der von Baath-Kadern gesäuberten Einheiten war von großer Bedeutung, da die Koalitionstruppen hofften, die Iraker würden ihnen im Kampf gegen die Aufständischen und bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung zur Seite stehen. Millionen Tonnen an Handfeuerwaffen und Munition wurden in die beide Länder geschafft, vor allem in den Irak. Zwischen 2003 und 2007 wurden etwa 115 Waffenlieferungen für die irakischen Sicherheitskräfte bestellt. Gesamtkosten: 217 Millionen Dollar.¹²¹ Im Juli 2007 bestätigte das amerikanische Ausbildungskommando, dass 701000 Waffen für die irakischen Sicherheitskräfte importiert worden waren.¹²² Dabei handelte es sich überwiegend um »Infanteriewaffen sowjetischen Typs«, darunter AK-47-Sturmgewehre, tragbare Maschinengewehre, Granatwerfer und Pistolen. Leider wurden diese Geschäfte oft mithilfe dubioser Mittelsmänner abgewickelt – und endeten teilweise wahrscheinlich damit, dass genau jene Leute mit Waffen

versorgt wurden, gegen die die Koalitionsstreitkräfte kämpften.¹²³

Zu den regelmäßig herangezogenen Lieferanten zählt Taos Industries, das gegenwärtig eine Tochtergesellschaft von Agility and Defense Services ist¹²⁴ und gemeinsam mit Yncorp und einem anderen Unternehmen im Rahmen von LOGCAP-IV einen einjährigen Vertrag über 643,5 Millionen Dollar erhalten hat.¹²⁵ Taos hat sich auf die Beschaffung von »nicht standardmäßigem Material« einschließlich von »Ausrüstung für Sicherheitskräfte, ausländische Militärsysteme und schwer erhältlich Bauteile« spezialisiert.¹²⁶ Ein Auftrag des Unternehmens lautete, 99000 Kilogramm an AK-47-Sturmgewehren für die irakischen Sicherheitskräfte zu liefern.¹²⁷ Die Waffen sollten in Bosnien beschafft werden, das nach den Balkankriegen in den neunziger Jahren über große Waffenvorräte verfügte. Für diesen Auftrag sicherte sich Taos die Dienste eines Spediteurs namens Aerocom.¹²⁸

Im Jahr 2004 besaß Aerocom keine gültige Zulassung als Luftfrachtunternehmen, da es nur ein Jahr vorher an einem besonders zwielichtigen Geschäft beteiligt gewesen war: Im Jahr 2003 hatten die Vereinten Nationen berichtet, dass Aerocom den Präsidenten von Liberia, Charles Taylor, mit großen Mengen an Handfeuerwaffen und Munition versorgt hatte. Dem Bericht zufolge hatte das Unternehmen von Temex Industries den Auftrag erhalten, das von den Vereinten Nationen über Liberia verhängte Waffenembargo zu umgehen und die Waffen von Serbien nach Monrovia zu bringen.¹²⁹ Aerocom unterhielt auch Beziehungen zu Viktor But. Aus den Aufzeichnungen geht hervor, dass Aerocom und Jet Line (ebenfalls in But's Besitz)¹³⁰ einander immer wieder Flugzeuge vermietet oder Lizenzen ausgetauscht hatten, um Lieferungen durchführen zu können.¹³¹

Eine weitere Transaktion von Taos Industries lieferte Hinweise darauf, dass eine große Zahl von Waffen, die für die irakischen Sicherheitsdienste gekauft worden waren, möglicherweise bei den Aufständischen landete. Im Jahr 2004 wurde Taos von den Amerikanern aufgefordert, eine Waffenlieferung für die Iraker zu organisieren. Taos seinerseits beauftragte eine in London ansässige Firma namens Super Vision International,¹³² die sich entschloss, die Waffen in Italien zu beschaffen. Super Vision kaufte von Beretta 20318 Pistolen des Typs 92S.¹³³ Die Ladung wurde von Italien nach Exeter geschickt, von dort aus ging sie nach Bagdad. Doch die italienische Polizei war nicht erfreut, als sie

herausfand, dass Beretta die Waffen ohne die erforderliche Lizenz verkauft hatte. Die alten Pistolen hatte man dem italienischen Innenministerium abgekauft und sie instand gesetzt, bevor sie nach Großbritannien weiterverkauft wurden. Aber Beretta hatte keine Genehmigung für den Verkauf von instand gesetzten Waffen. Außerdem hatte das Unternehmen die Pistolen in den Ausfuhrdokumenten als »zivile« Produkte deklariert, obwohl es sich nach italienischem Gesetz um »Kriegswaffen« handelte. Indem Beretta die Pistolen als zivile Waffen deklarierte, hatte sich das Unternehmen zahlreiche Kontrollen erspart, die bei militärischer Ausrüstung unumgänglich gewesen wären.¹³⁴

Obwohl die Waffen im Juli 2004 in Bagdad eintrafen, wurden sie erst am 18. April 2005 offiziell zugelassen.¹³⁵ Der Grund für die Verzögerung ist unklar. Allerdings informierte die CIA im Februar 2005 die italienische Polizei darüber, dass Angehörige von Al-Qaida, die im Irak festgenommen worden waren, im Besitz von Pistolen des Typs Beretta 92S waren – angeblich stammten diese Waffen aus derselben Lieferung, die Beretta im Auftrag von Super Vision und Taos Industries nach Exeter geschickt hatte.¹³⁶ Die gefangenen Kämpfer unterstanden Abu Musab al-Sarkawi, dem »Statthalter« von Al-Qaida im Irak. Es ist nicht vollkommen geklärt, wie die Waffen in die Hände von Al-Qaida gelangten, obwohl es seit langem Gerüchte über eine Infiltration der irakischen Polizei durch Aufständische gab. Die italienische Polizei handelte rasch und beschlagnahmte Tausende Pistolen, die immer noch in italienischen Lagerhäusern auf den Versand nach Großbritannien warteten.¹³⁷

Das Beretta-Geschäft zeigt, dass die Vorkehrungen, die gewährleisten sollten, dass für das irakische Militär bestimmte Waffen nicht in die Hände von Aufständischen gelangten, unzureichend waren – sofern sie überhaupt existierten. Im Juli 2007 veröffentlichte die Rechnungsprüfungskammer des US-Kongresses einen Bericht, der trotz seines explosiven Inhalts kaum Aufmerksamkeit erregte. Rechnungsprüfer und Ermittler der Behörde waren in den Irak gereist, um sich vor Ort anzusehen, wie die Übergabe von Waffen geregelt wurde und wie die amerikanische Armee verfolgte, wo die für die irakischen Sicherheitsdienste beschafften Waffen landeten. Wie sich herausstellte, hatte die für die Ausbildung und Bewaffnung der Iraker verantwortliche Einrichtung »keine zentrale Datei, in der das an die irakischen Sicherheitskräfte weitergegebene Material erfasst worden wäre«; folglich »ließ

sich nicht überschauen, wann die Ausrüstung eingetroffen war, welche Mengen geliefert oder welche irakischen Einheiten damit ausgerüstet worden waren.«¹³⁸

Es war ein Berg von Waffen verloren gegangen. Bis September 2005 hatten die irakischen Sicherheitskräfte 185000 AK-47-Sturmgewehre, 170000 Pistolen, 215000 Schutzwesten und 140000 Helme erhalten. Doch die für die Verteilung der Ausrüstung zuständige Einrichtung konnte den Verbleib von 110000 AK-47-Sturmgewehren, 80000 Pistolen, 135000 Schutzwesten und 115000 Helmen nicht klären.¹³⁹ Mehr als die Hälfte der kostspieligen Ausrüstung war nicht auffindbar. Dass die Empfänger des Materials nicht ermittelt werden konnten, bedeutete nicht unbedingt, dass die Waffen und Ausrüstungsgegenstände komplett auf dem Schwarzmarkt gelandet sind: Ein Teil ist vermutlich einfach »vom System geschluckt worden«. Aber wie David Isenberg, ein Marine-Veteran und Analyst des Forschungsinstituts British American Security Information Council, nach der Veröffentlichung des Rechnungshofberichts erklärte, sei es »durchaus wahrscheinlich, dass ein Teil der fehlenden Waffen gegen amerikanische Soldaten im Irak eingesetzt« wurden. »Da der am leichtesten zugängliche Schwarzmarkt für diese gestohlenen Waffen der Irak ist, werden einige davon an Aufständische verkauft worden sein.«¹⁴⁰

In Anbetracht des Umfangs der Waffenlieferungen an die irakischen Sicherheitskräfte – und der Zahl der Logistik- und Wiederaufbauaufträge – überrascht es nicht, dass Händler des Merex-Netzwerks im Irak tätig geworden sind. Merex und die Familie Mertins waren in den beiden großen amerikanischen Kriegen des letzten halben Jahrhunderts – dem Kalten Krieg und dem »Krieg gegen den Terror« – wichtige Verbündete der USA. Und Joe Hovsepian war stets an ihrer Seite.

Normalerweise verlässt sich Hovsepian auf seine guten Kontakte zur Unterwelt, im Irak und in Afghanistan jedoch genoss er Protektion von ganz oben. Das Gespräch, das ich mit ihm führte, eröffnete der gebürtige Libanese mit der Bemerkung, die Amerikaner seien »die größten Terroristen auf dem Planeten«. Dann setzte er ein ironisches Grinsen auf, als er mir seine Ausweise des US-Verteidigungsministeriums und der US-Behörde für internationale Zusammenarbeit (USAID) zeigte, die ihm die Möglichkeit gaben, als Dienstleister im Irak tätig zu werden. Er zeigte mir auch einen Brief vom 6. April 2005, in dem USAID seine Ernennung zum Sicherheitsberater im Irak

bestätigte. Hovsepien erklärte, beide Ausweise seien abgelaufen, aber der von USAID schien noch bis 2011 gültig zu sein. Weder das Verteidigungsministerium noch USAID waren bereit, die Namen ihrer Berater in Konfliktgebieten zu bestätigen.

Im Irak arbeitete Hovsepien für KBR, da dieses Unternehmen »immer Aufträge für ganze Projekte bekommt. Sie übernehmen sogar Projekte, die gar nicht existieren.« Er war auch Sicherheitsberater von vier weiteren Unternehmen im Irak: Najran Co. Ltd, Dahab Al E'amar Co. Ltd, Jawhart Al-Eman Co. Ltd und Jawharat Al-Mahabba Co. Ltd.

Er erklärte seine Methode, Ausrüstung in den Irak zu bringen, ohne von Aufständischen abgefangen zu werden: Zunächst schickte er Lastwagen in einer bestimmten Farbe mit der Fracht zur Grenze. Da die Aufständischen an der Grenze Informanten hatten, lud er nach der Abfertigung durch die Zöllner die Fracht auf der anderen Seite der Grenze heimlich in andersfarbige Fahrzeuge um. Nun hielten die Aufständischen, die im Hinterhalt lagen, nach Lastwagen Ausschau, die nie auftauchten. Hovsepien traf sich auch regelmäßig mit Stammesführern, wobei er stets die traditionelle Tracht trug. Das verringerte ebenfalls die Wahrscheinlichkeit von Angriffen auf seine Fahrzeuge. Manchmal bezahlte er die Stammesältesten auch dafür, dass sie seinen Transporten Schutz gewährten.

Im Verlauf des Interviews beharrte Hovsepien darauf, dass Helmut Mertins, der Sohn des Merex-Gründers Gerhard Mertins, im Irak aktiv sei. Hovsepien forderte mich auf, das selbst zu überprüfen, und gab mir eine E-Mail-Adresse sowie die Anschrift von Helmut Mertins' Sitz im Irak. Ich schrieb ihn an, aber er war nicht bereit, sich mit mir zu treffen. Seine E-Mail-Adresse war allerdings aufschlussreich: Sie deutete darauf hin, dass Mertins für ein Unternehmen namens Sweet Analysis Services Inc. (SASI) tätig war. SASI hat seinen Sitz in Alexandria in Virginia – und Alexandria ist der gegenwärtige Wohnort von Helmut Mertins und die Operationsbasis der amerikanischen Merex-Niederlassung.

SASI ist nach seinem Gründer Patrick Sweet benannt, der sich selbst als Veteran der US Army bezeichnet. Das 1990 gegründete Unternehmen unterhält gegenwärtig auch Büros in Kiew und Bukarest. In der Ukraine hat sich Sweet mit einigen mächtigen Leuten angefreundet. Aus einer Pressemitteilung aus dem

Jahr 2009 geht hervor, dass er zu jener Zeit im Vorstand des U.S.-Ukraine Business Council saß.¹⁴¹ Auf seiner Website gibt SASI an, einer seiner Geschäftsbereiche sei »der Kauf und der Verkauf von ausländischer Militärausrüstung«. ¹⁴² Die Liste der Waffen, die SASI für seine Klienten beschafft, ist beeindruckend. Sie beinhaltet Aerosolbomben, reaktive Panzerbüchsen, Seezielflugkörper, Panzer, Infanteriewaffen, klein- und großkalibrige Munition, Radarsysteme und Drohnen.¹⁴³

Patrick Sweet hatte früher für Vector Microwave Research gearbeitet, einem Unternehmen, das Geheimaufträge für die CIA und die amerikanischen Streitkräfte ausführte. Das Netz der Verbindungen dieses Unternehmens war weit gespannt: Sein Gründer, Donald Mayes, unterhielt Geschäftsbeziehungen zum staatlichen chinesischen Raketenhändler und kaufte gleichzeitig heimlich chinesische Waffen für das amerikanische Verteidigungsministerium. Als Vector Ende der neunziger Jahre den Betrieb einstellte, tauchten Firmendokumente auf, die zeigten, dass es auch illegalen Geschäften auf eigene Rechnung nachgegangen war. So hatte sich das Unternehmen in China um eine Ladung nordkoreanischer Raketen bemüht, und um sein Angebot attraktiver zu machen, hatte es China im Gegenzug vertrauliche technische Spezifikationen für die Luftabwehrrakete Stinger in Aussicht gestellt.

Aus Informationen des Verteidigungsministeriums geht hervor, dass die amerikanische Regierung die Dienste von SASI und vermutlich auch jene von Helmut Mertins während der Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan bei mindestens sechzehn Gelegenheiten in Anspruch genommen hat. Zwischen 2000 und 2009 erhielt SASI vom Verteidigungsministerium Aufträge im Wert von 45 Millionen Dollar, zumeist über Munition und Handfeuerwaffen. Der mit Abstand größte Auftrag wurde im Jahr 2004 erteilt und lief bis Februar 2007: SASI lieferte für mehr als 35 Millionen Dollar »diverse Waffen« an das US Army Material Command Acquisition Center, die Beschaffungsabteilung des Logistikzentrums der US-Armee in Fort Belvoir in Virginia.¹⁴⁴

Ein besonders spektakuläres und zugleich düsteres Kapitel in der Geschichte der Waffengeschäfte im Irak und in Afghanistan schrieb Dale Stoffel. Am 8. Dezember 2004 wurde Stoffel, ein bulliger Kerl von einem Draufgänger, am Stadtrand von Bagdad erschossen. Sein Kollege Joseph Wemple, der am Steuer

von Stoffels Wagens saß, wurde aus großer Entfernung in den Kopf getroffen – vermutlich von einem Heckenschützen.¹⁴⁵ Stoffel wurde mehrfach in Brust und Rücken getroffen. Sein Laptop und weiterer persönlicher Besitz wurden gestohlen. Der Tatort bot ein Bild des Grauens: Die Sitzpolster des Autos waren blutgetränkt, der Kühler infolge des Zusammenstoßes mit dem Fahrzeug der Mörder heftig eingeknautscht, in der Windschutzscheibe zahlreiche Einschusslöcher.¹⁴⁶

Dale Stoffels tragische Geschichte ist ein Beispiel für die tägliche Gewalt und das unberechenbare Kräftespiel im Irak, aber auch für die Korruption und das Chaos, das mit dem Waffenhandel immer einherzugehen pflegt.

Dale Stoffel meldete sich als junger Mann zur Armee, um sein Studium zu finanzieren, und machte rasch Karriere als Techniker mit einem Universitätsabschluss in Mathematik. Im Jahr 1987 machte er seinem guten Ruf alle Ehre, als er das Wrack der USS Stark, die im Persischen Golf versenkt worden war, untersuchte. Er las in den Raketentrümmern wie im Kaffeesatz und erkannte, dass das Schiff nicht von einer, sondern von zwei Raketen getroffen worden war – woraus man schloss, dass es sich nicht um einen versehentlichen Treffer, sondern um einen gezielten Angriff gehandelt hatte.¹⁴⁷ Im Jahr 1989 schied Stoffel aus der Armee aus und begann für verschiedene Rüstungsunternehmen zu arbeiten, darunter Raytheon und Mesa/Envisioneering.¹⁴⁸ Er entdeckte für sich ein Spezialgebiet: Stoffel kannte sich bestens mit Ostblockwaffen aus und konnte fortschrittliche Waffensysteme beschaffen, die nach dem Fall der Berliner Mauer verfügbar geworden waren. Diese Waffen wurden von ihm intensiv studiert, und die Analysen lieferten der amerikanischen Armee wertvolle Informationen.

Sechs Jahre später entschloss sich Stoffel, auf eigene Rechnung als Waffenhändler tätig zu werden. Im Jahr 1995 gründete er ein Unternehmen namens Miltex. Auch hier blieb er seinem Spezialgebiet treu: Er vertrieb ausschließlich Waffen aus dem ehemaligen Ostblock. Im Jahr 1999 sah er sich gezwungen, den Namen Miltex aufzugeben, nachdem Human Rights Watch über eine Lieferung bulgarischer Waffen an ein nicht genanntes afrikanisches Land berichtet hatte, über das zu jener Zeit ein Embargo verhängt war.¹⁴⁹ In den Frachtpapieren der Ladung, die noch in Bulgarien abgefangen wurde, war Miltex als Makler des Geschäfts ausgewiesen.¹⁵⁰ Stoffel bestritt, an der Transaktion

beteiligt gewesen zu sein, und behauptete, ein anderer Händler müsse seinen Namen und den Firmenstempel verwendet haben. Eine durchaus nicht ganz abwegige Behauptung; den skrupellosen osteuropäischen Mittelsmännern, mit denen Stoffel täglich zu tun hatte, wäre so etwas durchaus zuzutrauen gewesen.¹⁵¹ Jedenfalls gab er den Namen Miltex auf und benannte sein Unternehmen in Wye Oak Technologies um.

Mit Wye Oak versuchte Stoffel, im Irak das große Geld zu machen. Im Jahr 2003 sicherte er sich die Dienste von BKSH,¹⁵² einer erfolgreichen Lobby-Agentur in Washington, die Teil von Burson-Marsteller war, dem größten PR-Unternehmen in den Vereinigten Staaten.¹⁵³ Zu den Klienten von BKSH gehörten auch mehrere Institutionen, die über großen Einfluss im Irak verfügten, darunter der von Ahmad Tschalabi geführte Irakische Nationalkongress (INC). Tschalabi, einer der führenden irakischen Exilpolitiker, hatte in den Vereinigten Staaten enge Beziehungen zu führenden Republikanern und zu den Nachrichtendiensten geknüpft, die ihm zutrauten, nach dem Sturz Saddam Husseins die Führung im Irak zu übernehmen. Die amerikanische Regierung unterstützte den INC mit rund 40 Millionen Dollar, und Tschalabi setzte sich nachdrücklich für eine amerikanische Intervention in seinem Heimatland ein.¹⁵⁴

Wie wichtig Tschalabi für die Regierung Bush war, zeigte sich im Februar 2003, als Colin Powell seine unglückselige Rede vor der UNO hielt, in der er nachrichtendienstliche Erkenntnisse über irakische Massenvernichtungswaffen vorlegte und ein militärisches Vorgehen gegen Saddam Hussein als unausweichlich bezeichnete.¹⁵⁵ Ein wichtiger Beweis war die Aussage von Mohammad Harith, einem angeblichen irakischen Überläufer, der behauptete, mobile Produktionsstätten für biologische Waffen entwickelt zu haben. Aber nach Aussage des Enthüllungsjournalisten Aram Roston war Harith ein »bekannter Hochstapler«, der den amerikanischen Nachrichtendiensten von Tschalabi untergejubelt worden war, der verzweifelt nach »Geheimdienstinformationen« suchte, die den Anstoß zu einer Invasion des Irak geben würden.¹⁵⁶ »Tschalabi und seine Spießgesellen lieferten dem Weißen Haus gefälschte Informationen über Massenvernichtungswaffen, und das Verteidigungsministerium schluckte den Köder samt der Leine und dem Schwimmer«, äußerte der demokratische Abgeordnete Jay Inslee im Jahr 2004 vor dem Senat.¹⁵⁷

Im Januar 2004 ließ sich Stoffel von der BKSH-Mitarbeiterin Riva Levinson dazu überreden, in den Irak zu reisen, um sich dort lukrative Aufträge zu sichern. Wenige Wochen später traf er in Bagdad ein, wo sich Margaret »Peg« Bartel seiner annahm, die im Auftrag von BKSH amerikanischen Neuankömmlingen bei der Suche nach einer Unterkunft und bei der Orientierung im Irak half. Stoffel schloss sich rasch dem von BKSH und dem Irakischem Nationalkongress aufgebauten Netzwerk an und war häufig in Gesellschaft von Ghasi Allawi zu sehen,¹⁵⁸ einem Verwandten von Ahmad Tschalabi und Mitglied der mächtigen Familie Allawi, die nach der Invasion zahlreiche Kabinettsposten in der neuen Regierung besetzte: Ghasis Vetter Ajad Allawi wurde im Mai 2004 zum Interimsministerpräsidenten ernannt. Sein Bruder Ali Allawi war von Mitte 2003 bis Mitte 2004 Verteidigungsminister im vom irakischen Regierungsrat gebildeten Kabinett und von 2005 bis 2006 Finanzminister. Nach den von zahlreichen Terroranschlägen überschatteten Wahlen im März 2010 spielte Ajad als Führer der stärksten Partei erneut eine Schlüsselrolle in der irakischen Politik.

Ghasi Allawi war eine Zeitlang mit Leonid Minins ehemaligem Partner Erkki Tammivuori an einem panamaischen Unternehmen beteiligt, dessen Name Central Iraq Trading Company darauf hindeutet, dass der Finne auch an Geschäften im Irak interessiert war.¹⁵⁹

Trotz seiner guten Verbindungen fiel es Stoffel zunächst schwer, auf dem irakischen Waffenmarkt Fuß zu fassen. Er brauchte sechs Monate, um sein erstes Geschäft unter Dach und Fach zu bringen. Im Juni 2004 suchte das Multi-National Security Transition Command Iraq (die vor allem für Sicherheitsfragen zuständige Abteilung der Multinationalen Truppe im Irak) nach Lösungen für die Probleme mit den irakischen Waffenbeständen.¹⁶⁰ Große Mengen an Waffen waren in den Wüsten des Landes verrostet und unbrauchbar geworden, während ein Teil noch zu retten war. Der Plan war, die noch taugliche Ausrüstung wieder instand zu setzen: Um die Kosten zu senken, wollte man die unbrauchbaren Waffen als Schrott verkaufen. Es winkten gewaltige Gewinne. Stoffel hatte den Wert des Schrottmetalls der irakischen Waffen auf etwa 1 Milliarde Dollar oder mehr geschätzt.¹⁶¹ Mit Zustimmung von General David Petraeus, dem Kommandeur der Multinationalen Truppe, setzte das irakische Verteidigungsministerium das Projekt in Gang. Für eine Bestandsaufnahme der

Ausrüstung erhielt Stoffel Zugang zu mehreren Stützpunkten, und im August 2004 erteilte ihm das irakische Verteidigungsministerium den Auftrag. Für seine Vermittlerdienste sollte Stoffel 10 Prozent der Instandsetzungskosten und der Erträge aus dem Schrottverkauf erhalten.¹⁶² Staatsaufträge mit solchen prozentualen Beteiligungen sind in den Vereinigten Staaten nicht zulässig, doch im Irak sind sie erlaubt.¹⁶³ Stoffel winkte ein Verdienst von 100 Millionen Dollar oder mehr. Er hatte das große Los gezogen.

Doch schon bald liefen die Dinge aus dem Ruder. Der irakische Verteidigungsminister erklärte, die Bestimmungen der Vereinbarung machten es unmöglich, dass Stoffel direkt bezahlt werde. Stattdessen müsse eine dritte Partei das Geld vom Ministerium erhalten und Stoffel auszahlen. Dieser Dritte im Bunde war die von dem libanesischen Geschäftsmann Raymond Zayna geleitete General Investment Group.¹⁶⁴ Dem Management des Unternehmens gehörte Mohammed abu Darwish an, der ehemalige außenpolitische Sprecher der Forces Libanaises, einer christlichen Partei.¹⁶⁵ Darwish wurde später vom Pentagon auf die Schwarze Liste gesetzt, weil er versucht hatte, die Vereinigten Staaten um mehrere Millionen Dollar zu betrügen.¹⁶⁶

Im Oktober 2004 legte Stoffel der irakischen Regierung seine erste Rechnung über nicht ganz 25 Millionen Dollar für die bis Januar 2005 geleisteten Instandsetzungsarbeiten vor. Aber er erhielt kein Geld. Aufgebracht und verärgert kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück und suchte Hilfe bei seinem Abgeordneten, dem Republikaner Rick Santorum. Santorum schrieb einen Brief an Donald Rumsfeld, der sich zu einem Gespräch mit Stoffel bereit erklärte, das im Dezember 2004 stattfinden sollte.¹⁶⁷ Wenige Tage später wurde Stoffel vom Kommando der Koalitionstruppen »eingeladen-Schrägstrich-aufgefordert«, in den Irak zurückzukehren.¹⁶⁸ Am 5. Dezember fand in Bagdad ein weiteres Treffen mit hochrangigen irakischen und amerikanischen Militärangehörigen statt, in dem die Probleme mit der Zahlung ausgeräumt werden sollten. Nach einer hitzigen Diskussion willigte Zayna ein, Stoffel sofort 4 Millionen Dollar auszusahlen. Weitere Zahlungen sollten folgen. Ein Mitarbeiter Stoffels erinnert sich: »Er hinterließ mir eine Nachricht auf meiner Voicebox. Er war bester Laune. Anscheinend war alles geklärt.«¹⁶⁹ Drei Tage später war Stoffel tot.

Wenige Monate später übernahm eine irakische Gruppe, die sich als »Rafidan – Politisches Komitee des Zentralkommandos der Mudschaheddin«

bezeichnete, in einem Bekennervideo die Verantwortung für den Mord an Stoffel. Die Gruppe behauptete, »der Teufel Stoffel« sei die »Graue Eminenz der CIA« im Irak gewesen, und stellte Dokumente aus Stoffels Laptop auf ihre Website. Stoffel sei ermordet worden, um ihn daran zu hindern, das Vermögen des irakischen Volkes zu stehlen. Insbesondere ein Dokument warf ein sehr unvorteilhaftes Licht auf den US-Bürger: Es handelte sich um eine auf den 20. Juni 2004 datierte »Absichtserklärung«, in der Stoffel, Ghasi Allawi, Mohammad Tschalabi und der türkischen Waffenhändler Ahmet Ersavci¹⁷⁰ vereinbarten, »Mr Stoffel in Zusammenhang mit allen militärischen Waffen einschließlich von Lagerbeständen und Beschaffung als exklusiven Vermittler für das irakische Verteidigungsministerium durchzusetzen«. ¹⁷¹ Mit anderen Worten, Dale Stoffel hätte der Exklusivmakler von Waffengeschäften mit dem Irak werden sollen. Zu diesem Zweck hätte er ein von Ahmet Ersavci gegründetes Unternehmen namens Newco leiten sollen. ¹⁷² Newco hätte eine »Vermittlungsgebühr« von 10 Prozent an sämtlichen Transaktionen verdienen sollen – ein astronomisch hoher Betrag. ¹⁷³ Von dieser Provision hätten 50 Prozent im Unternehmen verbleiben und die andere Hälfte zwischen Stoffel und den übrigen Partnern aufgeteilt werden sollen. Und Stoffel hätte 60 Prozent der ausgeschütteten Beträge erhalten sollen. ¹⁷⁴ Wenn dieses Dokument echt ist, dann hatte Stoffel einen Vertrag geschlossen, der ihm und einer Reihe von politisch gut vernetzten Irakern gewaltige Einkünfte gesichert hätte.

Mit dem Bekennervideo von Rafidan schien das Geheimnis von Stoffels Tod gelöst. Aber es blieben Zweifel. Von den »Rafidan-Mudschaheddin« hatte noch nie jemand gehört. Und auch nach der Ermordung Stoffels trat eine solche Gruppe nie wieder in Erscheinung. Dass die Dokumente, ordentlich wie die Beweise eines Anwalts, ins Internet gestellt wurden – samt einem Video, in dem den Besuchern der Seite die Dokumente erläutert wurden –, wollte so gar nicht zu der üblichen Vorgehensweise der Aufständischen passen. Ghasi Allawi war im Monat vor Stoffels Ermordung zwölf Tage lang entführt gewesen, und auch zu dieser Tat hatte sich eine bis dahin unbekannte Gruppe namens Ansar al-Dschihad (»Partisanen des heiligen Kriegs«) bekannt. Nach Allawis Freilassung geriet die Sache in der Öffentlichkeit rasch in Vergessenheit. ¹⁷⁵

Fest steht, dass Stoffel im Irak mehr Feinde hatte als bloß jene ominöse Gruppe von Aufständischen.

Als er Anfang 2004 so frustriert war, weil er keinerlei Aufträge erhielt, betätigte Stoffel sich vorerst als Informant für das US-Verteidigungsministerium, dem er jede Menge Unregelmäßigkeiten meldete. Wohin er auch sah, erblickte er nichts als Betrug und Korruption. Er überlegte, einzelne Personen anzuzeigen. Aus späteren eidesstattlichen Erklärungen von Familienmitgliedern geht hervor, dass Dale Stoffel in dieser Zeit »mit Mr Stuart Bowen zusammenarbeitete«. ¹⁷⁶ Bowen arbeitete im Büro des Generalinspektors für den Irak, einer unabhängigen Aufsichtsbehörde, die Fälle von Korruption im Irak untersuchte. Im Jahr 2009 berichtete die *New York Times*, dass Stoffel am 20. Mai 2004 eine Vereinbarung mit dem Generalinspekteur unterzeichnet hatte, die ihm als Gegenleistung für Informationen einen beschränkten Schutz vor Strafverfolgung zusicherte. ¹⁷⁷ Es fällt auf, dass sich Stoffel am 10. Dezember mit Bowen treffen sollte, um über Geschehnisse in Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für das irakische Verteidigungsministerium zu sprechen. Zwei Tage vor diesem Treffen wurde er ermordet. ¹⁷⁸

Im Jahr 2009 tauchten Hinweise auf jene Personen auf, die Stoffel möglicherweise hatte anzeigen wollen. Im Februar berichtete die *New York Times*, der Generalinspekteur habe begonnen, sich eingehender mit den Korruptionsvorwürfen gegen Mitglieder der Übergangsverwaltung zu befassen. Diese Untersuchung beinhalte nach Aussage amerikanischer Vertreter im Irak eine erneute Prüfung der von Stoffel erhobenen Korruptionsvorwürfe. ¹⁷⁹ Zur selben Zeit wurde berichtet, dass zwei hochrangige Mitglieder der Übergangsverwaltung im Rahmen einer Untersuchung über Bestechungsgelder und Provisionszahlungen unter Strafandrohung aufgefordert worden waren, ihre Bankauszüge vorzulegen. Einer dieser Mitarbeiter war Oberst Anthony Bell, der zwischen Juni 2003 und März 2004 als Beschaffungsoffizier für die Übergangsverwaltung in Bagdad tätig gewesen war. ¹⁸⁰ Den Dokumenten zur Begründung der Vorladung war eine Erklärung von James J. Crowley beigelegt, einem »Sonderermittler« des Generalinspektors. Darin bestätigte Crowley, dass der Generalinspekteur »von einem Informanten darüber in Kenntnis gesetzt worden war, dass Anthony Bell und eine weitere Person in Zusammenhang mit bestimmten Aufträgen im Irak unzulässige Provisionen kassierten. Der Informant wurde im Irak getötet, nachdem er sich mit Vertretern der amerikanischen Behörden getroffen hatte.« ¹⁸¹ Es wird angenommen, dass es sich

bei diesem Informanten um Stoffel handelte.

Wer wirklich für Dale Stoffels Tod verantwortlich ist, bleibt vorerst ungeklärt. In einem von Gier, Korruption, Täuschung und Gewalt geprägten Land wollte er wie viele andere das ganz große Geld machen. Doch der Krieg, von dem er profitieren wollte, forderte von ihm einen hohen Preis. Den höchsten.

Inzwischen hat Präsident Obama eine deutliche Verringerung der Truppen im Irak eingeleitet – dies aber nur, um die Kontingente nach Afghanistan umzuleiten, wo die Truppen nach wie vor aufgestockt werden. Befürworter der Aufstockung erklären, Afghanistan sei das Land, von dem die größte Terrorgefahr für die USA ausgeht. Kritiker beklagen, dass die Vereinigten Staaten nach einem Jahrzehnt noch immer nicht exakt sagen können, wie hoch die Kosten des Krieges wirklich sind und weiterhin sein werden.

Am leichtesten sind noch die eigentlichen Ausgaben zu ermitteln. Im September 2010 veröffentlichte der Forschungsdienst des Kongresses folgende Zahlen: Die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan haben bis dahin 1,092 Billionen Dollar gekostet.¹⁸² Der Großteil des Geldes, nämlich 751 Milliarden Dollar, war in den Irak-Krieg geflossen, während der Afghanistan-Einsatz bisher 336 Milliarden Dollar gekostet hat.¹⁸³ Nicht berücksichtigt wurde in diesen Zahlen ein Nachtragshaushalt in Höhe von 171 Milliarden Dollar für 2011, womit wir bei einem unfassbaren Betrag von 1,3 Billionen Dollar wären.¹⁸⁴ Der Truppenabzug aus dem Irak brachte keine Einsparungen: Das Geld wurde einfach nach Afghanistan umgelenkt, das mittlerweile 60 Prozent der Mittel erhält.¹⁸⁵

Im Jahr 2011 ermittelt eine Gruppe von zwanzig Ökonomen und Sozialwissenschaftlern der Brown University, dass bei Berücksichtigung der zusätzlichen Kosten die tatsächlichen Ausgaben für die beiden Militäreinsätze bis 2011 bei einer »konservativen« Schätzung bei 3,2 Billionen Dollar und bei einer »moderaten« Schätzung bei 3,9 Billionen Dollar liegen würden. In diese Zahlen sind auch die zusätzlichen Veteranen-Versorgungsleistungen bis 2051 berücksichtigt. Ein größerer Teil von etwas mehr als 1 Billion Dollar entfällt auf die Zinszahlungen für die Kredite, die zur Finanzierung der Kriege im Irak und in Afghanistan aufgenommen wurden (185 Milliarden Dollar), auf zusätzliche Mittel für den Verteidigungshaushalt (326 Milliarden Dollar), auf Ergänzungen

der Budgets von USAID und Außenministerium (74 Milliarden Dollar), auf bis 2011 gezahlte Leistungen für versehrte Veteranen (32 Milliarden Dollar) und vor allem auf zusätzliche Mittel für die Terrorbekämpfung durch das Heimatschutzministerium (401 Milliarden Dollar). Die Gesamtkosten der Militäreinsätze bis zum Jahr 2020 schätzen die Wissenschaftler auf mindestens 4 Billionen Dollar.¹⁸⁶

Nicht berücksichtigt sind in diesen Berechnungen die Opportunitätskosten und die langfristigen indirekten Kosten des Kriegs. Zu diesen Kosten zählt das wachsende Staatsdefizit der USA. Die Autoren Stiglitz und Bilmes haben darauf hingewiesen, dass die Regierung zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte in Kriegszeiten die Steuern gesenkt hat. Das Ergebnis war ein ausschließlich auf Pump finanzierter Krieg.¹⁸⁷ Zwischen März 2003 und 2008, kurz vor Beginn der Bankenkrise, schwoll das amerikanische Staatsdefizit von 6,4 Billionen auf 10 Billionen Dollar an.¹⁸⁸ Die Folge war, dass der amerikanischen Regierung weitgehend die Hände gebunden waren, als den Finanzmärkten im Jahr 2008 die Luft ausging und eine Weltwirtschaftskrise ausbrach. Stiglitz und Bilmes sind der Ansicht, der globale Abschwung und die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten könnten direkt und indirekt mit den Kriegen im Irak und Afghanistan erklärt werden:

Die globale Finanzkrise war zumindest teilweise auf den Krieg zurückzuführen. Höhere Ölpreise bedeuteten, dass für den Import von Erdöl mehr Geld ausgegeben werden musste, das nun auf dem Binnenmarkt fehlte. Gleichzeitig gaben die Kriegsausgaben der Wirtschaft weniger Impulse, als es andere Ausgaben vermocht hätten. Die Bezahlung ausländischer Dienstleister im Irak war weder ein wirksamer kurzfristiger Anreiz (jedenfalls nicht verglichen mit Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder Technologie) noch eine Grundlage für langfristiges Wachstum ... Aufgrund von zwei kostspieligen Kriegen, die auf Kredit finanziert wurden, war unsere Finanzlage schon vor der Finanzkrise miserabel – und diese Kriege verstärkten den Abschwung.¹⁸⁹

Ausdrücklich ausgeklammert wurden in dieser Diskussion die Opportunitätskosten, das heißt die Frage, was man sonst mit all diesem Geld hätte kaufen oder finanzieren können. Das Projekt »Costs of War« der Brown University gelangte zu dem Schluss, dass mit 1 Million Dollar (inflationsbereinigte Werte für 2011), die für das Militär ausgegeben wurden, 8,3 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Ein sehr magerer Ertrag. Hätte man dieselbe Summe in die öffentliche Bildung investiert, so hätte man 15,5 Arbeitsplätze

schaffen können. Im Gesundheitswesen wären 14,3 Arbeitsplätze entstanden, im Bereich energiesparende Häusersanierung 12 und im Bereich erneuerbare Energien etwa dieselbe Zahl. Mit Investitionen von 1 Million Dollar in den Bausektor hätte man 11,1 direkte und indirekte Arbeitsplätze schaffen können.¹⁹⁰ Wäre der Betrag, der für die Militäreinsätze im Irak, in Afghanistan und in Pakistan ausgegeben wurde, in andere Sektoren geflossen, so wären also deutlich mehr Arbeitsplätze entstanden. Beispielsweise hätten mit diesem Geld im Baugewerbe *pro Jahr* 936000 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Wäre derselbe Betrag ins Gesundheitswesen investiert worden, so wären jährlich 780000 Arbeitsplätze entstanden. Investitionen in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz einschließlich des öffentlichen Verkehrs, der erneuerbaren Energien und der Sanierung von Häusern hätten jedes Jahr 500000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Doch es sind die sogenannten »menschlichen Kosten«, die sowohl den Vereinigten Staaten als auch den angegriffenen Ländern den größten Schaden zufügen. Die Berechnung der exakten Opferzahlen ist ungemein schwierig. Die neueste Schätzung wurde ebenfalls im Juni 2011 von dem Forscherteam der Brown University veröffentlicht. Demnach wurden im Irak, in Afghanistan und in Pakistan zusammen mindestens 137000 Zivilisten getötet. Pakistan, das im Krieg gegen den Terror oft außer Acht gelassen wird und militärisch von amerikanischen Finanzhilfen abhängt, hat etwa gleich viele Opfer zu beklagen wie Afghanistan. Auf amerikanischer Seite sind zwar »nur« 6000 Soldaten gefallen, aber die Zahl der Kriegsversehrten ist sehr viel höher: Bis Herbst 2010 gingen beim Veteranenministerium 550000 Anträge auf Versehrtenrenten ein. Die Zahl der getöteten Soldaten im Irak, in Afghanistan und in Pakistan zusammen wird mit 225000 angegeben, darunter sind reguläre Soldaten und andere Kämpfer. Mindestens 7,8 Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern, Dörfern und Städten vertrieben, viele von ihnen flohen ins Ausland. (Das entspricht der gesamten Bevölkerung von Connecticut und Kentucky.)¹⁹¹ Hinzu kommt, dass der Iran und Afghanistan heute übersät sind mit »Kriegsgerät, das noch für lange Zeit Tod und Elend über die Menschen bringen wird: Waffen, Munition, Minen«.¹⁹²

Ebenfalls zu berücksichtigen sind die »politischen Kosten«, die allerdings weniger leicht zu berechnen sind. Aber wie so oft hat sich auch dieser Versuch,

eine Region mit militärischen Mitteln »umzugestalten«, als Fehlschlag erwiesen. Die Menschen in der arabischen Welt stehen den Vereinigten Staaten heute ablehnender denn je gegenüber. Im Jahr 2004 zeigten Umfragen im Irak, dass 51 Prozent der Bevölkerung die US-Besatzung ablehnten.¹⁹³ Drei Jahre später wünschten sich 78 Prozent einen Abzug der Amerikaner.¹⁹⁴

Noch immer verfügen weder Afghanistan noch der Irak über eine funktionierende Verwaltung. Afghanistan leidet unter Korruptionsskandalen und politischer Erstarrung.¹⁹⁵ Im Irak haben dezidiert anti-amerikanische Parteien an Einfluss gewonnen. Im Oktober 2010 spielte Muktada al-Sadr bei der Regierungsbildung nach den Wahlen die Rolle des Königsmachers. Der entschiedene anti-amerikanische Geistliche war der einzige Politiker, der bei den Wahlen im März 2010 seinen Stimmenanteil erhöhen konnte. Auch in Pakistan haben die Militäreinsätze nichts zum Besseren gewendet. Der Staat steht kurz vor dem Zusammenbruch, die machtlose Regierung ist von Korruption zerfressen, Armee und Geheimdienste (die von den Vereinigten Staaten unterstützt werden) treiben nach wie vor ein doppeltes Spiel und unterstützen teils stillschweigend, teils unverhohlen die islamischen Extremisten, die in den Grenzregionen Unterschlupf finden. Nichts führt an der Feststellung vorbei, dass die amerikanische Intervention die gesamte Region instabiler gemacht hat: Der Irak hat sich zu einem Zentrum für militante Islamisten verwandelt, und auf Pakistan als Verbündeten im »Krieg gegen den Terror« ist heute weniger denn je Verlass. Das zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass Osama bin Laden jahrelang unbehelligt in einem Vorort von Islamabad leben konnte. Der leitende Anti-Terrorberater von Präsident Obama hält es für »undenkbar«, dass bin Laden in Pakistan kein Netzwerk von Unterstützern hatte; anders wäre es ihm nicht möglich gewesen, mit seiner Familie ein ruhiges Leben in der Nähe der Hauptstadt zu führen.¹⁹⁶

Der »Krieg gegen den Terror« hat der amerikanischen Demokratie schweren Schaden zugefügt. Die Macht der Zentralregierung wurde weiter gestärkt und das Militär weitgehend privatisiert, womit Missständen aller Art Tür und Tor geöffnet wurde, Korruption, Waffenhandel, Menschenrechtsverletzungen. Kontrollmechanismen wurden geschwächt oder umgangen. Die »Folter«, obwohl international geächtet, wurde als Mittel der Verbrechensbekämpfung gezielt eingesetzt und von höchster Stelle autorisiert, und mit dem Patriotic Act wurden die individuellen Freiheitsrechte der Amerikaner erheblich

wurden die individuellen Freiheitsrechte der Amerikaner ebenfalls eingeschränkt.

Patrick Cockburn schrieb einmal treffend: »Im Irak wird mittlerweile einer jener Kriege geführt, die Frankreich in den fünfziger Jahren in Algerien und die Sowjetunion in den achtziger Jahren in Afghanistan führten und die den Besatzern nur geschadet haben.«¹⁹⁷

In dieser Hinsicht haben die Neokonservativen durchaus Recht behalten: Die Kriege im Irak und in Afghanistan haben die Welt verändert. Wir leben heute in einer sehr viel instabileren, gefährlicheren, weniger demokratischen, ärmeren Welt, die den Vereinigten Staaten und jenen westlichen Staaten, die die Militärinterventionen unterstützt haben, feindseliger gegenübersteht. Stiglitz und Bilmes ziehen das Fazit: »Der einzige Sieger in diesem Krieg ist die Rüstungsindustrie, die maßlose Gewinne erzielt hat.«¹⁹⁸ Rüstungskonzerne haben hohe Geldbeträge investiert, um für den Krieg zu werben, und diese Investitionen haben sich mehr als bezahlt gemacht: Gemeinsam mit den Bewohnern der Schattenwelt haben sich diese Leute eine goldene Nase verdient.

FÜNF

Die Schlachtfelder

Tränen für einen geliebten Kontinent

Der moderne Waffenhandel ist ein global verzweigtes Netzwerk. Die Beziehungen der Akteure untereinander sind oft eng und dauerhaft, manchmal lose und flüchtig. Unternehmen, Händler und Mittelsmänner mögen bei einem Geschäft Konkurrenten sein, um dann beim nächsten zu kooperieren. Ich habe bisher drei dieser Netzwerke beschrieben: das des deutschen Unternehmens Merex, in dem sich lange Jahre nicht zuletzt Altnazis tummeln, sowie die des britischen Rüstungsgiganten BAE und des US-Pendants Lockheed Martin, die beide mächtige Verbündete im militärisch-industriellen Komplex der jeweiligen Regierungen haben. Drei Beispiele von vielen. Tatsächlich gibt es Tausende solcher Netzwerke. Sie sind ständig im Wandel, formieren sich immer neu und passen sich perfekt den jeweiligen geopolitischen Gegebenheiten an.

Es überrascht nicht weiter, dass Afrika zu den fruchtbarsten Böden der Schattenwelt gehört. Die koloniale Vergangenheit, der Freiheitskampf, die Schlachten des Kalten Krieges, die mangelhafte Infrastruktur, die Kriegsherren und Diktatoren, die skrupellos zur eigenen Bereicherung ihre Nationen ausplündern, haben für fortwährende Konflikte, Gewalt und Armut gesorgt. Zwar ist die leichte Verfügbarkeit von Handfeuerwaffen und mobilen Waffensystemen zweifellos auch eine Folge dieser Gewalt, zugleich aber doch auch eine ihrer auslösenden Ursachen. Der problemlose Nachschub von Waffen verschärft die herrschenden Konflikte auf dramatische Weise. In einigen Fällen haben sich so aus harmlosen Animositäten ausgewachsene Kriege entwickelt. Es ist kein Geheimnis, dass einigen der ungeheuerlichsten Gewaltakte auf dem afrikanischen Kontinent ein massiver Zustrom von Kriegsmaterial vorausging. Der Waffenhandel hat in Afrika den sozialen Konflikt militarisiert, und wenn so etwas eintritt, dann bleiben Massenmord, Armut, Verschleppung und andere Menschenrechtsverletzungen nicht aus

Menschenrechtsverletzungen nicht aus.

Afrikas Hauptkrisenherde – in Liberia und Sierra Leone, Ruanda, Angola, Somalia sowie die im Kongo und im Sudan, aber man denke auch an die jüngsten Unruhen und Aufstände in Ägypten, Libyen und an der Elfenbeinküste – sind Ausdruck dieser Dynamik. Die Rolle der USA als einziger Waffensupermacht ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Bildung des Regionalkommandos der »US-Streitkräfte Afrika« (US Africa Command, AFRICOM) Anfang 2007 hat daher auch Anlass zur Sorge gegeben hinsichtlich einer weiteren Militarisierung des US-amerikanischen Engagements in Afrika.¹

»Tod den Kakerlaken«: der ruandische Genozid

Der Völkermord in Ruanda, bei dem sich Regierungstreue und vermeintliche Regierungsgegner gegenüberstanden (zu denen alle Tutsi und einige Hutu mit »falscher« Herkunft gehörten), war eines der grausamsten Ereignisse des an grausamen Ereignissen so reichen 20. Jahrhunderts und ein tragisches Beispiel dafür, wie Waffen Konflikte schüren und eskalieren lassen.

Die Vorgeschichte des Konflikts reicht weit zurück in die Geschichte. Bereits im 15. Jahrhundert war das Land ein Königreich. Es herrschte die Minderheit der Tutsi über die ackerbautreibenden Hutu, die rund 85 Prozent der Bevölkerung stellten. Ende des 19. Jahrhunderts wurde Ruanda deutsche, im Ersten Weltkrieg belgische Kolonie. Beide Kolonialmächte waren ein Herrschaftsbündnis mit den Tutsi eingegangen, was den existierenden ethnischen Konflikt noch verschärfte. Aber erst 1959 wurde die herrschende Tutsi-Monarchie von den Hutu gewaltsam gestürzt. Belgien wechselte in dieser Situation die Fronten und stellte sich hinter die Hutu und billigte ihnen das Recht zu, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Als Belgien 1962 seine Kolonie aufgab, hinterließ es ein Land, in dem sich eine politisch bedeutungslos gewordene Hutu-Minderheit den Repressalien einer regierenden Tutsi-Mehrheit auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sah.²

Im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit starben bei gewaltsamen Auseinandersetzungen 20000 Tutsi, fast 300000 flüchteten in benachbarte Länder, wo sie sich in Widerstandsgruppen organisierten und die Rückeroberung Ruandas planten.³ (Allein 1994 wurde die Zahl der Tutsi-Flüchtlinge aus Ruanda

auf fast 500000 geschätzt.)⁴ Als die Unruhen 1973 überhandzunehmen drohten, übernahm Juvénal Habyarimana durch einen Staatsstreich die Macht. Er versprach eine Politik der Ausgewogenheit und Gleichberechtigung für Tutsi und Hutu. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Habyarimana regierte mit diktatorischer Macht, vergab Posten und Mittel an Familienmitglieder und Angehörige seines Klans. Das Land wurde zu einem militanten Ein-Parteien-Staat, in dem Habyarimanas Mouvement Républicain National pour la Démocratie et le Développement (MRND) das Sagen hatte.⁵

Ende der achtziger Jahre brach der Kaffeepreis ein; mit der Wirtschaft des Landes ging es bergab. Für Habyarimana begann die Situation bedenklich zu werden.⁶ Die ruandischen Bürger verlangten politische Veränderungen.⁷ Im Juni 1990 gab Habyarimana bekannt, Ruanda in eine Demokratie verwandeln zu wollen, ein Schritt, zu dem er sich aufgrund des internationalen Drucks genötigt sah. Nicht weniger bedrohlich für sein Regime war, dass sich im benachbarten Uganda die ruandischen Exilbewegungen mit der Regierung von Präsident Yoweri Museveni verbündet hatten. Als Museveni, der bereits am Sturz von Idi Amin beteiligt gewesen war, 1985 nach der Macht griff, hatte er Hilfe durch exilierte ruandische Banjaruanda gehabt. Im Gegenzug dafür erlaubte er den Banjaruanda, größtenteils Tutsi, den Eintritt in die ugandische Nationalarmee, wo sie bewaffnet und ausgebildet wurden.⁸ 1987 formierte sich die vorwiegend aus Tutsi bestehende Ruandische Patriotische Front (RPF) mit dem Ziel einer baldigen Invasion in Ruanda.

Im Oktober 1990 marschierte die RPF in Ruanda ein, und sie kam dabei zügig voran. Gestoppt wurde ihr Vormarsch erst, als Ruanda militärische Unterstützung durch Zaire (heute die Demokratische Republik Kongo) und, wichtiger noch, Frankreich erhielt. Im März 1991 unterzeichneten die RPF und das Habyarimana-Regime einen Waffenstillstand, in dem sich der Präsident bereit erklärte, auf eine Mehr-Parteien-Demokratie hinzuarbeiten. Doch große Energien verwendete er nicht darauf. Nach zweijähriger Wartezeit marschierte die RPF im Februar 1993 erneut ein. Diesmal erreichte man die Außenbezirke der Hauptstadt Kigali, wo der Vormarsch zum Stillstand kam. Unter beträchtlichem internationalem Druck unterzeichneten die Bürgerkriegsparteien einen Friedensvertrag. Das sogenannte Arusha-Abkommen sollte Ruandas Roadmap sein auf dem Weg zur wahren Demokratie.⁹

Doch die Chancen standen nicht gut, dass es zu einer friedlichen Umsetzung des Demokratisierungsplans kommen würde. Ruandas herrschende Elite, vor allem der geheime Akazu-Klan, dem unter anderem Habyarimanas Frau angehörte,¹⁰ widersetzte sich allen Versuchen, am Status quo etwas zu ändern. Man war nicht bereit, Macht abzugeben, und schon gar nicht an die verhassten Tutsi. Stattdessen bereitete man – mit der Unterstützung ranghoher Politiker und Armeeingehöriger – Ruanda planmäßig auf den Völkermord vor. Man wollte der »Bedrohung« durch die Tutsi mit einem entscheidenden Schlag ein für alle Mal ein Ende bereiten.

Der Plan sah zwei Schritte vor. In einem ersten Schritt wurde eine Medienkampagne gestartet, um den Hass auf die RPF und alle Tutsi in Ruanda zu schüren. Man streute Gerüchte, die RPF verfolge in Wahrheit die totale Vernichtung der Hutu und es sei nur Notwehr, wenn man den Tutsi mit einem Präventivschlag zuvorkomme. Die Tutsi wurden als Krebsgeschwür dargestellt, eine Bedrohung für das Gemeinwesen, die es auszumerzen galt. Die extremistische *Kangura*, die populärste Zeitung im Land, heizte die Angst vor den Tutsi immer schamloser an. In einer Ausgabe des Blatts erschienen die »Zehn Hutu-Gebote«. »Ein Verräter ist jeder, der einen Tutsi zum Freund hat, einstellt oder heiratet«, lautete eines der Gebote.¹¹ Die Zeitung war auch für die Verbreitung des Ausdrucks »Kakerlake« für alle ruandischen Tutsi verantwortlich: »Eine Kakerlake bringt eine Kakerlake zur Welt ... die Geschichte Ruandas zeigt uns deutlich, dass ein Tutsi immer derselbe bleibt, dass er sich nie verändert hat ... Die Kakerlaken, die im Oktober 1990 angegriffen haben und in den sechziger Jahren, sind alle aus ein und demselben Holz ... Sie sind einer wie der andere böse.«¹²

Auch Ruandas erster Privatsender, Radio-Télévision Libres des Mille Collines (RTL), goss Öl in die Flammen des Hasses. 1993 gegründet, verschrieb RTL sich ganz dem politischen Extremismus. Täglich strahlte man Programme aus, in denen die Tutsi verunglimpft wurden. Unablässig war von den »Kakerlaken« die Rede; zwischen Jingles und Popsongs liefen kurzgefasste Geschichtslektionen über die ewige Niederträchtigkeit der Tutsi. Der größte Aktionär des Senders war Habyarimana selbst, zusammen mit Geschäftsleuten, Politikern, Bankdirektoren und Armeegenerälen, die seine wichtigste Bastion bildeten, den Akazu-Klan.¹³

Der zweite Schritt des Plans sah eine möglichst rasche Militarisierung des Landes vor. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es ohne diese Aufrüstung zu einem Genozid von den apokalyptischen Ausmaßen gekommen wäre, wie ihn das Land dann 1994 erlebte. Als Reaktion auf die Angriffe der RPF im Oktober 1990 setzte die herrschende Elite einen »Zivilschutzplan« um. Dieser Zivilschutz bestand darin, das Volk in allen Teilen des Landes militärisch auszubilden und zu bewaffnen, um eine schlagkräftige, in Dörfern und Gemeinden regional geführte Miliz aufzubauen. Aus diesem Programm erwuchs die berüchtigte »Interahamwe«, eine der Regierungspartei unterstellte Jugendmiliz, die die Stoßtruppen des Völkermords bilden sollte.¹⁴ Gleichzeitig stockte man die ruandischen Truppen innerhalb von drei Jahren von knapp 10000 auf 35000 Mann auf.¹⁵

Teil zwei des Plan barg nur ein Problem: die Waffenknappheit im Land. Zwischen 1980 und 1988 hatte das Habyarimana-Regime gerade mal 5 Millionen Dollar für Rüstungsimporte ausgegeben.¹⁶ Zwischen 1990 und 1994 wurden tonnenweise Waffen und Munition ins Land geschafft und verteilt. Der Einkaufsrausch machte Ruanda, rüstungstechnisch auf dem Kontinent eben noch völlig unbedeutend, zwischen 1992 und 1994 zu Afrikas drittgrößtem Waffenimporteur. Man gab dabei über 112 Millionen Dollar aus, zwanzigmal so viel, wie man in den gesamten achtziger Jahren für Waffen ausgegeben hatte.¹⁷ Von 1990 an gab Ruanda 70 Prozent seines Jahresbudgets für Rüstungsimporte aus und erhöhte dabei seine Staatsverschuldung um über 100 Prozent.¹⁸ Bis 1994 hatte man geschätzte 85 Tonnen Waffen und Munition im Land verteilt; eine ungeheure Menge, wenn man bedenkt, dass Ruanda gerade mal 7 Millionen Einwohner hat.¹⁹ Die Kommandeure der Milizen bestellten Kalaschnikows nebst Munition per Anforderungsschein; Handgranaten bedurften keiner lästigen Zertifikate. 1994 waren Handgranaten so verbreitet, dass sie für drei Dollar auf dem örtlichen Gemüsemarkt zu kaufen waren.²⁰

Ruanda verfügte über mehrere Bezugsquellen für Waffen. Südafrikas staatseigener Rüstungsbetrieb, Armscor, versorgte 1992/93 Habyarimanas Regime mit Waffen und Munition im Wert von 5,9 Millionen Dollar.²¹ Nicht nur half die Lieferung südafrikanischer Waffen nach Ruanda, das Land auf seinem Weg zum Völkermord zu militarisieren, es stellte auch eine Verletzung des gegen Südafrika verhängten Waffenembargos dar, das erst nach den

demokratischen Wahlen von 1994 aufgehoben werden sollte.²² Über die 3000 Sturmgewehre vom Typ Vektor R4 nebst Munition hinaus lieferten die Südafrikaner leichte Maschinengewehre vom Typ SS77, schwerere Browning-MGs, eine Million Schuss Munition, siebenzig halbautomatische Granatwerfer mit 10000 Granaten, 100 60-mm-Mörser und 10000 M-26-Splitterhandgranaten.²³ Zwischen Oktober 1990 und Juni 1992 kaufte Ruanda für 12 Millionen Dollar Waffen von Ägypten, darunter sechs schwere Feldhaubitzen, 70 Mörser verschiedener Kaliber nebst 10000 Granaten, 2000 Granaten für Panzerbüchsen (RPGs), 2000 Landminen, 450 ägyptische Kalaschnikows, 200 Kilogramm Plastiksprengstoff und 3,3 Millionen Schuss Munition.²⁴

Koordiniert wurde dieser Kaufrausch von Paris aus, wo im 17. Arrondissement in einem siebengeschossigen Gebäude der Botschafter Ruandas residierte.²⁵ Frankreich war nicht nur der größte Lieferant von Habyarimanas Regime, es spielte auch eine Rolle bei der Beschaffung der Waffen aus Südafrika und Ägypten. Die ägyptischen Waffen wurden mit einer Bankgarantie der Crédit Lyonnais bezahlt, und die Franzosen, die auch über einen langen Zeitraum heimlich das Apartheidregime beliefert hatten, traten bei dem Deal mit Südafrika als Vermittler auf.²⁶

Für Frankreich war dies eine Gelegenheit, seinen Einfluss in Afrika auszuweiten. Die Franzosen sahen in Ruanda einen verlässlichen Verbündeten und waren nicht gewillt hinzunehmen, dass die Regierung in Kigali von den Tutsi militärisch in Bedrängnis gebracht werden sollte – von einer Widerstandsbewegung, die vom englischsprachigen Uganda finanziert und unterstützt wurde.²⁷ Die Franzosen leiteten ihre Afrikapolitik seit Beginn der 5. Republik direkt vom französischen Präsidialamt aus, dessen Leiter in den späten achtziger Jahren Jean-Christophe Mitterrand war, der Sohn des französischen Staatspräsidenten.²⁸

Schließlich trat Frankreich auch noch aktiv in den Krieg gegen die RPF ein. Man schickte Truppen zur Unterstützung sowie zur Ausbildung der ruandischen Regierungskräfte. Das französische Engagement war, durch »Bewaffnung und Ausbildung, unmittelbar für das exponentielle Anwachsen der Forces Armées Rwandaises (FAR) mitverantwortlich.«²⁹ Außerdem wurde den Franzosen vorgeworfen, sich an der ideologischen Gehirnwäsche beteiligt zu haben, die dem Völkermord vorausging. Unteroffizier Jean Kuburare von der Interahamwe

erinnerte sich, dass »die Franzosen den Rekruten sagten, der Feind, das seien die Tutsi. Nach ein paar Tagen Ausbildung händigte man jedem der Rekruten eine Waffe aus.«³⁰

Neben dem dringend benötigten Know-how brachten die französischen Truppen vor allem beträchtliche Feuerkraft mit. Dass man zum Beispiel in den frühen Phasen des Bürgerkriegs den Vormarsch der RPF überhaupt stoppen konnte, war größtenteils das Verdienst französischer Artillerie-Einheiten. Der Einsatz von Kampfhubschraubern mit französischen Piloten gegen die Nachschublinien der RPF unterminierte die Anstrengungen der Rebellen während der erbitterten Gefechte Anfang 1991 erheblich. Diese Hubschrauberangriffe waren es, die die RPF dazu zwangen, den traditionellen militärischen Ansatz aufzugeben und zum Guerillakrieg überzugehen.³¹

Während Belgien nicht bereit war, Ruanda mit Waffenlieferungen weiter zu destabilisieren, hatten die Franzosen damit offensichtlich keine Probleme. Zwischen Februar 1990 und April 1994 exportierte Frankreich Waffen und Munition im Gesamtwert von 136 Millionen Francs.³² Außerdem kam es zu direkten Waffentransfers, bei denen man Ruanda Waffen aus französischen Beständen überließ – kostenlos. Diese Transfers waren besonders beliebt, weil sie der Verwaltung viel Papierkram ersparten. In den vier Jahren vor dem Völkermord tätigte Frankreich 36 solcher direkter Waffentransfers im Wert von 43 Millionen Francs.³³ Eine Aufstellung dieser Gratistransfers liest sich erschreckend:

Frankreich erklärte sich zu einem Transfer folgender Waffen bereit – und hat diese vermutlich auch geliefert –: drei Gazelle-Hubschrauber, sechs Rasura-Radarsysteme, einen Alouette-II-Hubschrauber, sechs 68-mm-Raketenwerfer (mit 1397 68-mm-Raketen), zwei Milanstarter, 70 schwere MG im Kaliber 12,7 mm (mit 132400 Schuss Munition), acht 105-mm-Geschütze (mit 15000 Granaten), sechs 120-mm-Granatwerfer (mit 11000 Granaten), 3570 90-mm-Granaten (für Panzerwagen des Typs AML-90, die bereits im Einsatz waren), 8850 60-mm-Mörsergranaten, 4000 81-mm-Mörsergranaten, 2040 Schuss 20-mm-Munition, 256500 Schuss 9-mm-Munition, 145860 Schuss 7,62-mm-Munition und 1256059 Schuss 5,56-mm-Munition, darüber hinaus zahlreiche Handfeuerwaffen und Ersatzteile für Hubschrauber und Panzerfahrzeuge.³⁴

Das besinnungslose Aufrüsten musste schließlich in der Katastrophe enden. Am 6. April 1994 brachte Raketenfeuer vor dem Flughafen der Hauptstadt Kigali die ruandische Präsidentenmaschine zum Absturz, mit Juvénal Habyarimana und dem Hutu-Präsidenten von Burundi, Cyprien Ntaryamira, an Bord. Tags darauf

machte man mit dem Völkermord ernst – eine »Vergeltungsmaßnahme« für einen feigen Angriff der Tutsi, wie es hieß, gegen Ruandas politische Führung. Es ist bis heute unklar, wer die Präsidentenmaschine zum Absturz gebracht hat. Hutu-Milizen und Vertreter der Regierung gaben den Tutsi die Schuld. Andere Stimmen äußerten, die Maschine sei in Wahrheit von einer extremen Hutu-Fraktion abgeschossen worden, die befürchtete, Habyarimana könnte einer Teilung der Macht mit der RPF schließlich doch zustimmen.³⁵ Ein ruandischer Untersuchungsausschuss befand im Januar 2010, dass die auf Habyarimanas Flugzeug abgefeuerten Raketen sehr wohl französischer Herkunft gewesen sein könnten. Der ruandische Jurist Jean Mutsinzi, der den Abschlussbericht formulierte, fügte hinzu, »es gibt außerdem Informationen, die wahrscheinlich machen, dass Frankreich die Forces Armées Rwandaises (FAR) mit SA-16-Flugabwehrlenkwaffen beliefert hat, die 1988 vom Irak gekauft und von Frankreich dann im Golfkrieg sichergestellt worden waren. Der Untersuchungsausschuss hat außerdem Belege dafür, dass Ruanda zwischen 1992 und 1993 von Frankreich 150 Boden-Luft-Raketen mittlerer Reichweite und 12 Abschussgeräte angefordert hat.«³⁶ Dass Frankreich jede, und sei es auch nur indirekte, Beteiligung an dem Vorfall weit von sich weist, versteht sich von selbst, aber es gibt auch andere ausländische Stimmen, die an der Beweiskraft des Mutsinzi-Berichts zweifeln und für sehr wahrscheinlich halten, dass die RPF für den Abschuss verantwortlich war. Das Rätsel wird wohl vorerst ungeklärt bleiben.³⁷

Zu sagen, dass die internationale Gemeinschaft auf die Situation in Ruanda nur zögerlich reagiert, ist noch zu viel gesagt. Erst im Mai 1994, einen Monat nach Beginn des Mordens, verhängte die UNO ein zwingendes Waffenembargo über das Land. Für die Hutu-Truppen bedeutete das aber noch lange nicht, auf den Zustrom von Waffen verzichten zu müssen. Die Regierung wandte sich einfach an die stets präsente Schattenwelt der Waffenhändler, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Insbesondere an eine Firma in der englischen Grafschaft Sussex, die im Unterlaufen des Embargos gegen Ruanda besonders erfolgreich war.

Im November 1996 tauchten Papiere auf, die flüchtende Hutu in der Eile zurückgelassen hatten.³⁸ Aus den Unterlagen ging klar hervor, dass eine Firma namens Mil-Tec die ruandische Armee von Mitte April 1994 bis Mitte Juli 1994

mit Waffen versorgte – genau die Zeit, in die der Völkermord fiel.³⁹ Chef von Mil-Tec war ein gewisser Anoop Vidyarthi, ein Kenianer asiatischer Herkunft, der die Firma von einem schäbigen Büro über einem Aromatherapieladen in der Nordlondoner Vorstadt Hendon aus leitete.⁴⁰ Insgesamt schaffte die Firma während dieser beiden blutigen Monate Waffen im Wert von 5,5 Millionen Dollar nach Ruanda. Die meisten stammten aus Bulgarien und Israel.⁴¹ Unter dem gelieferten Kriegsmaterial befanden sich Munition im Wert von 1,3 Millionen Dollar, 2500 Kalaschnikows, 2000 Mörsergranaten und 100 Raketen für Panzerbüchsen (RPGs).⁴² Vidyarthi tauchte sofort unter, als entsprechende Berichte in den Zeitungen auftauchten. Nur hatte Mil-Tec noch nicht einmal gegen britische Gesetze verstoßen, da sie auf der Isle of Man eingetragen war. Aufgrund schlampiger Gesetzgebung hatte das Vereinigte Königreich es versäumt, das UNO-Waffenembargo auf die britischen Protektorate auszudehnen, zu denen die Isle of Man als direkter Kronbesitz gehört. Dazu kam es erst im Dezember 1996, einen Monat nachdem die Mil-Tec-Story in den Medien für Aufsehen gesorgt hatte.⁴³

Noch am selben Tag, an dem man Präsident Juvénal Habyarimanas Flugzeug abschoss, strömten im ganzen Land mit Feldwerkzeugen und Schusswaffen bewehrte Milizen aus, um systematisch alle Tutsi und alle gemäßigten Hutu zu töten, die sich dem Völkermord in den Weg stellten. Das Radio hetzte sie dabei zu immer exzessiverer Gewalt auf. Im Verlauf von nur drei Monaten wurden nach Schätzungen etwa eine Million Menschen umgebracht, wenigstens 400000 davon Frauen und Kinder.⁴⁴ Aber dies wurde in seinen Dimensionen erst erahnbar, als die RPF das Hutu-Regime im Juli 1994 schließlich stürzte. Ganze Familien waren von ihren Nachbarn umgebracht worden, es war zu Massenexekutionen in Kirchen gekommen, die Straßen waren voll von verwesenden Leichen, überall stieß man auf Massengräber.

Die Bilder vom ruandischen Genozid, die um die Welt gingen, suggerierten, in dem unvorstellbaren Blutrausch habe sich gewissermaßen die jahrhundertealte Rivalität zweier Völker anfallartig entladen. Das Gegenteil war der Fall. Der Völkermord war akribisch organisiert, mit dem Ziel, so viele Menschen zu töten wie nur irgend möglich.⁴⁵ Auf breiter Front wurden dazu Macheten eingesetzt, doch daneben kamen Schusswaffen zum Einsatz, um gezielt vor allem junge Männer umzubringen, von denen man fürchtete, sie könnten den Hutu-Milizen

Widerstand entgegensetzen. Auch bei den Massenhinrichtungen in Schulen und Fußballstadien wurden sehr bewusst Schusswaffen und Handgranaten eingesetzt, um die angestrebte hohe Tötungsrate zu erreichen.⁴⁶

Die Einfuhr von Waffen nach Ruanda war nicht die Ursache für den Völkermord, aber das Morden hätte in dieser Form nicht stattfinden können, wenn es einem diktatorischen Regime in einer Krisenregion nicht so leicht gemacht worden wäre, sich diese Waffen zu besorgen.

Die schamlose Jagd nach der Beute: die Demokratische Republik Kongo

Seit Jahrhunderten wurde der Kongo – ein Land von der Größe Westeuropas – heimgesucht von Ausbeutern und Tyrannen. Erst kamen die Sklavenhändler, dann der belgische König Leopold II.⁴⁷ In unseren Tagen sind es erfolgreiche Geschäftsleute wie der BAE-»Agent« Joseph Bredenkamp oder skrupellose Waffenhändler wie Viktor But, die hier auf Jagd gehen nach den reichlich vorhandenen kostbaren Rohstoffen, von Holz über Gold, Diamanten und Uran bis hin zu Coltan, einem Erz, aus dem unter anderem Tantal gewonnen wird, das für die Mikroelektronik von großer Bedeutung ist. Die ersten freien Wahlen, die den Namen verdienen, fanden 2006 statt. Sie fielen zusammen mit dem partiellen Ende des blutigsten Konflikts, den das Land seit über fünfzig Jahren erlebt hat und der im östlichen Teil des Landes noch wütet, nicht zuletzt weil der Waffennachschub dort unvermindert anhält.

Als ab Mitte des 20. Jahrhunderts weltweit die Kolonien begannen, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen, kam es Ende der fünfziger Jahre auch in Kongo zu Unruhen. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit gab Belgien dem Land im Juni 1960 schließlich die Unabhängigkeit zurück. Der populäre Patrice Lumumba wurde Ministerpräsident der neuen Republik.⁴⁸ Er war ein glühender Demokrat und mitreißender Redner und wurde sowohl von den Belgiern wie auch von den Amerikanern, die ebenfalls ein großes Interesse an dem Land hatten, mit feindseligem Misstrauen betrachtet.⁴⁹ Einen Monat nach Lumumbas Amtsantritt meuterten die Streitkräfte. Mithilfe der Belgier, die erpicht darauf waren, ihre alten Bergbaubeteiligungen weiter zu nutzen, sagte sich die große

Provinz Katanga im Süden des Landes von der restlichen Republik los. Lumumba bat die Westmächte um Hilfe. Doch vergeblich. Frustriert wandte er sich an die Sowjetunion, von der er im Handumdrehen beträchtliche materielle Unterstützung bekam.⁵⁰ Damit gerieten Lumumba und sein Land mitten zwischen die Fronten des Kalten Kriegs. Der amerikanische Botschafter in der Hauptstadt Leopoldville macht den Ministerpräsidenten verächtlich, indem er ihn »Lumumbawitsch« nannte.⁵¹ Die Verbindungen zur Sowjetunion belasteten auch die Beziehungen zwischen Lumumba und dem Präsidenten der Republik, Joseph Kasavubu. Im September 1960 beendete Kasavubu Lumumbas kurze Regierungszeit durch Präsidialerlass, den Lumumba zurückwies. Beide Männer wandten sich an den Chef der kongolesischen Streitkräfte, Joseph-Désiré Mobutu, mit der Bitte zu intervenieren. Mobutu, von Lumumba selbst ernannt, war ein kluger Kopf, ein ehemaliger Journalist, der nach wie vor enge Kontakte zum Westen hatte und Lumumba mit Misstrauen gegenüberstand.

Am 14. September stellte Mobutu Lumumba unter Hausarrest. Der floh, wurde aber verhaftet und im Januar 1961 schließlich ermordet. Es ist nach wie vor unklar, wer genau den Mord begangen hat, aber vieles deutet auf eine Beteiligung Belgiens und der CIA hin.⁵² Die junge Demokratie des Kongo war schwer angeschlagen; sie schleppte sich noch vier Jahre hin, de facto lag die Macht jetzt aber beim Militär. 1965 versetzte Joseph-Désiré Mobutu der Republik mit einem Staatsstreich den Gnadestoß. Mit Unterstützung des Westens sollte er das Land fast drei Jahrzehnte lang als selbstherrlicher Diktator regieren. Jede politische Aktivität war ab sofort verboten. In Leopardenfellkappe, gestützt auf einen Spazierstock mit einem aufsteigenden Adler als Knauf, betrieb er eine Politik der »Authentizität«, die auf eine oberflächliche »Afrikanisierung« aller belgischen Einflüsse im Land hinauslief.⁵³ Entsprechend taufte er das Land in Zaire um und nannte sich selbst Mobuto Sese Seko.⁵⁴ Er verstaatlichte auch den größten Teil der Industrie, sah sich aber drei Jahre später gezwungen, diese Entscheidung rückgängig zu machen, nachdem die Wirtschaft des Landes praktisch zusammengebrochen war.⁵⁵ Als er 1997, krank und geächtet, endlich die Macht abgab, hatte er angeblich 5 Milliarden Dollar auf die Seite geschafft und in verschiedenen Steueroasen versteckt.⁵⁶

Durch die Unterstützung des Westens war Mobutus Regime lange Jahre unantastbar. Die USA pumpen fast 300 Millionen Dollar Militärhilfe in die

Republik, vor allem in Form von Waffen, nicht zuletzt um das Land als Basis für die Unterstützung der angolischen Rebellenorganisation UNITA nutzen zu können. Doch im Innern löste sich der Staat praktisch auf.⁵⁷ Jede Regung von Opposition wurde brutal im Keim erstickt, wobei Mobutu es besonders liebte, seine Gegner aus fliegenden Hubschraubern werfen zu lassen.⁵⁸ Er schürte ethnische Spannung und besetzte Regierungsposten größtenteils mit Mitgliedern seines Klans.⁵⁹ Seine wichtiger Rückhalt im Land war das Militär. Doch auch hier kriselte es. Das stehende Heer murrte, weil es schlecht bezahlt wurde, während Mobutus Präsidialgarde im Luxus lebte. Als nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks die Unterstützung durch den Westen nachließ, begann Mobutus unaufhaltsamer Abstieg.

1994 kam es zu den grauenvollen Ereignissen in Ruanda. Sie besiegelten auch Mobutus Schicksal. Als die RPF in Kigali die Macht ergriff, flohen viele Hutu über Ruandas Westgrenze nach Zaire – nicht ohne ihre Waffen mitzunehmen. Bis 1996 hatten sich bereits fast eine Million Hutu im östlichen Teil von Zaire niedergelassen, die meisten in eilig errichteten Flüchtlingslagern. Zur großen Beunruhigung von Ruanda und Uganda, dem Verbündeten der RPF, hatte der Kern der Hutu-Kampforganisation Interahamwe im Osten von Zaire überlebt. Mit den Waffen, die Frankreich ihnen so großzügig überlassen hatte, begann die Interahamwe sich neu zu formieren und auf einen Militärschlag gegen die neue ruandische Regierung unter Paul Kagame vorzubereiten. Mobutu, ein alter Freund des Regimes von Juvénal Habyarimana, drückte beide Augen zu, als die frisch eingetroffenen Hutu-Flüchtlinge Teile der Tutsi-Bevölkerung angriffen, die sich schon vor langer Zeit im Osten Zaires angesiedelt hatten. Angeblich haben sich die Oberen von Kivu und die zairischen Streitkräfte aktiv an diesen Gewalttaten beteiligt, aber Beweise gibt es dafür bislang nicht.⁶⁰

Im September 1996 führten die Banjamulenge, die älteste Tutsi-Gruppe im östlichen Kongo, einen »Präventivschlag« gegen die gerade eingetroffenen Hutu-Migranten. Ruandas neue Regierung und Musevenis Uganda eilten den Banjamulenge zu Hilfe. Die ruandische Regierung behauptete damals, der Militärschlag sei Notwehr gewesen. Jüngste Berichte weisen eher auf Rachedurst und ethnisch motivierten Hass als Beweggründe hin. Später tauchten weitere Berichte über Gräueltaten der RPF im Kongo auf,⁶¹ aber erst 2010 erfuhr man aus einem eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmten vorläufigen

UNO-Bericht, dass die Aktion ruandischer und ugandischer Kräfte im östlichen Kongo kaum weniger grauenhaft war als der ruandische Genozid. Dem Bericht zufolge trieben ruandische Soldaten die Hutu – Männer, Frauen und Kinder – in großen Gruppen zusammen und töteten sie dann mit Hacken, Äxten, Hämmern und Schusswaffen. Er kam zu dem Schluss, dass »die systematischen und ausgedehnten Angriffe ganz darauf hindeuten, dass hier der Strafbestand des Völkermordes vorliegt«. ⁶² Ruandische Behörden wiesen diese Behauptungen zurück, und es heißt, die UNO hätte die nächste Version des Berichts weniger scharf formuliert. ⁶³

Es waren diese blutigen Kämpfe, die das Ende für Mobutus Regime einläuteten. Seine Streitkräfte, schlecht ausgebildet und schlecht motiviert, hatten gegen die Truppen aus Ruanda und Uganda keine Chance. Mit ihrer Flucht nach Westen schwappte eine Welle von Terror und Plünderungen über das Land. Ursprünglich war es nur als ein Ausfall ins östliche Zaire gedacht, doch es wurde für die Verbände aus Ruanda und Uganda zu einem Feldzug. Dabei nahmen sie die Hilfe eines gewissen Laurent Kabila an, eines kleinen Banditen und Schmugglers, der sich in Zaire als revolutionärer Militärführer verstand. Kabila war es gelungen, während Mobutus Präsidentschaft in Süd-Kivu eine schlagkräftige kleine Truppe zu unterhalten – was sowohl ein Zeichen für sein Geschick war als auch für die Schwäche des zairischen Staats und dafür, wie leicht Waffen im Land verfügbar waren. Die vereinten Kräfte von Kagame, Kabila und Museveni unternahmen einen »langen Marsch« durch Zaire, erreichten die Hauptstadt, die sie mühelos einnahmen. Im Mai 1997, nur sechs Monate nachdem ugandische und ruandische Kräfte in das Land eingefallen waren, gab es Zaire nicht mehr. Nach Eroberung der Hauptstadt erklärte Kabila das Land wieder zur Demokratischen Republik Kongo und ernannte sich selbst zum Übergangspräsidenten.

Zunächst begrüßten die Kongolesen Kabilas Herrschaft voller Hoffnung. Aber die Ernüchterung kam rasch. Seine politischen Umerziehungskampagnen, die er bereits in der abtrünnigen Provinz Katanga praktiziert hatte, stießen vielen Kongolesen unangenehm auf. ⁶⁴ Und das Schnecken tempo, mit dem es in Richtung Wahlen ging, sorgte für Unmut nicht nur im Volk, sondern auch bei seinen Bündnispartnern, die ihn an die Macht gebracht hatten. Nur wenige Monate nachdem man die Kräfte aus Ruanda und Uganda als Befreier gefeiert

hatte, betrachteten die Kongolosen, vor allem die Bewohner Kinshasas, die Ausländer mit zunehmendem Argwohn – sie befürchteten, ihre Befreier könnten sich in ihre Unterdrücker verwandeln.⁶⁵ In Ruanda und Uganda setzte sich langsam die Ansicht durch, Kabila werde zu mächtig und dass die Bedrohungen ihrer Länder aus dem östlichen Kongo ihn nicht genug interessierten; dort kämpften immer noch Guerillagruppen und eine Sezessionsbewegung namens Mai-Mai. Mitte 1998 kam man in Ruanda zu der Ansicht, dass die ausbleibenden Erfolge im Kampf gegen die Interahamwe auf politische Protektion zurückzuführen seien, und man behauptete sogar, Kabila rekrutiere Kämpfer der Interahamwe für die neue kongolesische Armee, die FAC.⁶⁶

Im August organisierten ruandische und ugandische Kräfte einen Aufstand gegen Kabila und marschierten auf Kinshasa. Unfähig, den Angriffen einer überlegenen Armee etwas entgegenzusetzen, ging Kabila regionale Partner um Hilfe an. Simbabwe, Namibia und Angola erklärten sich bereit, Soldaten zu schicken, um den Angriff zurückzuschlagen. Auch der Sudan, der Tschad und Libyen kamen Kabila zu Hilfe. Auch wenn die vereinten Truppen Kinshasa retten konnten, Ruanda und Uganda übernahmen die Kontrolle über den östlichen Teil des Kongo. 1999 bekamen die Führungen von Ruanda und Uganda miteinander Streit, hauptsächlich über die Kontrolle der mineralischen Rohstoff-Ressourcen. Es kam zum Krieg. Damit kämpfte nun jede Partei an zwei Fronten. Keine der Parteien war indes stark genug, einen militärischen Sieg zu erringen, und selbst innerhalb der jeder Gruppe zugeteilten Terrains rangen kleinere Milizen um die Kontrolle.⁶⁷

Von 1998 bis 2003 kam es in dieser Situation zum Zweiten Kongokrieg, der auch »Afrikas erster Weltkrieg« genannt wurde. Das Leid, das über die Menschen hereinbrach, ist nicht zu beschreiben: Bis Ende 2003, so schätzt man, kamen in Kampfhandlungen sowie durch Hunger und Krankheit 3,3 Millionen Menschen ums Leben.⁶⁸ Die Überlebenden standen vor dem Nichts. In Teilen des östlichen Kongo lebten die Menschen durchschnittlich von weniger als 18 Cent am Tag.⁶⁹ Über 2,3 Millionen Kongolesen sahen sich gezwungen, innerhalb des Landes umzusiedeln, während weitere 330000 Zuflucht außerhalb der Grenzen suchten.⁷⁰ Fast 400000 Kinder waren auf der Flucht.⁷¹ Die Soldaten gingen mit unendlicher Grausamkeit vor: Vergewaltigungen waren an der Tagesordnung.⁷² Minderjährige Mädchen wurden versklavt. Denen, die sich

wehrten, hieb man Gliedmaßen ab.⁷³ Wie in Sierra Leone setzte man in großem Umfang Kindersoldaten ein, die mit vorgehaltener Waffe in den Dienst gezwungen wurden. Der Anblick zehnjähriger Jungen mit Kalaschnikows war nichts Ungewöhnliches.⁷⁴ Es gab rituelle Feiern, in denen Soldaten sich mit den Eingeweiden der Besiegten schmückten.⁷⁵ Es war die Hölle auf Erden.

Dass dieser Krieg in einem Gebiet, so groß wie Westeuropa, fünf Jahre lang mit gleichbleibender Härte geführt werden konnte, war einzig und allein möglich durch den ungehinderten stetigen Zustrom von Waffen. Bezahlt wurden diese mit der maßlosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes. Die ungeheuren Summen, die die Funktionäre aller Parteien dabei verdienten, wurden zu einem der vorherrschenden Gründe für die Fortsetzung dieses Kriegs – sie boten sowohl die Mittel für weitere Kämpfe als auch Möglichkeiten zur Selbstbereicherung. Ruanda zum Beispiel brachte zwischen 2003 und 2006 80 Prozent seines gesamten Militärbudgets durch die Ausbeutung von Ressourcen im Kongo auf.⁷⁶ Alle Konfliktparteien nutzten Chaos und Waffengewalt, um die Bergwerke in ihren Regionen zu kontrollieren. Und schließlich »konzentrierten sich die Kämpfe um jene regionalen Gebiete mit Gold- und Coltan-Minen«.⁷⁷

In diesen Gebieten herrschte jeweils die »Elite« der kriegführenden Parteien. Sie bestand aus führenden Politikern, Militärkommandeuren und prominenten Geschäftsleuten, die Milliarden an Steuergeldern hinterzogen, die eigentlich in die Staatskasse der Demokratischen Republik Kongo hätten fließen sollen. Sie sicherten sich »die Lebensfähigkeit ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten durch die Kontrolle über Militär und andere Sicherheitskräfte, die sie zur Einschüchterung sowie zu Androhung oder Durchführung selektiver Gewaltakte einsetzten«.⁷⁸ Der Waffenhandel spielte dabei eine zentrale Rolle: Er verhalf ihnen zu den Mitteln dieser Einschüchterungspolitik. Betrieben wurde er mithilfe eines Netzes von Schmugglern und Lieferanten, die nicht nur die Waffen lieferten, sondern im Gegenzug die geschürften Mineralien und anderen Rohstoffe gleich in Empfang nahmen. Zwei Prominente boten dieses Rundum-sorglos-Paket besonders erfolgreich an: John Bredenkamp von BAE und Viktor But, der »Händler des Todes«.

Bredenkamp hatte von Gécamines, dem staatlichen Bergbauunternehmen, sechs Konzessionen bekommen.⁷⁹ Seine Firma, Tremalt Ltd, konnte während

einer Laufzeit der Konzessionen von 25 Jahren 2,7 Millionen Tonnen Kupfer abbauen und 325000 Tonnen Kobalt, deren Gesamtwert auf eine Milliarde Dollar geschätzt wurde. Dafür bezahlte Tremalt lächerliche 400000 Dollar, also gerade mal 1 Prozent dessen, was die Konzessionen ihm jedes Jahr einbringen würden.⁸⁰ Die Kababankola Mining Company, die für den eigentlichen Bergbau zuständig war, gehörte angeblich zu 80 Prozent Tremalt und zu 20 Prozent Gécamines. Laut einem geheimen Memorandum des Verteidigungsministers von Simbabwe an den Präsidenten Robert Mugabe sollten die Profite aus den Konzessionen durch drei geteilt werden: Tremalt sollte 32 Prozent des Nettoprofits bekommen, die Demokratische Republik Kongo und Simbabwe jeweils 34 Prozent.⁸¹ Außerdem erklärte Tremalt sich bereit, Pkw, Lkw und Busse zu kaufen und Zahlungen an die Militärs von Kongo und Simbabwe zu leisten – in bar. Diese Kosten sollten von ihrem Anteil der Profite abgezogen werden.⁸² Bredenkamp war Simbabwe so wichtig, dass man sich bei Tremalt zu einem monatlichen »Forum« traf, um mit Simbawwes Brigadier Moyo und General Zvinavashe sowie anderen Vertretern der Kababankola Mining Company über militärstrategische Fragen im Kongo zu sprechen.⁸³

Aber Bredenkamp ist kein gewöhnlicher Geschäftsmann. Der Tabakmagnat gilt als einer der hundert reichsten Menschen Großbritanniens.⁸⁴ Sein Vermögen machte er damit, Rhodesien bei der Umgehung der gegen das Land verhängten Waffensanktionen zu helfen.⁸⁵ Als Rhodesien das unabhängige Simbabwe wurde, wechselte Bredenkamp die Fronten und wurde ein Vertrauter von Robert Mugabe und dessen Kreis.⁸⁶ Als Waffenhändler hat er allerbeste Beziehungen. Aviation Consultancy Services (ACS), eine Firma, an der er beteiligt ist, war als Agent nicht nur für BAE tätig, sondern auch für Dornier in Frankreich und Agusta in Italien.⁸⁷ Laut den Vereinten Nationen hat er Simbabwe bei seinen Kriegsanstrengungen im Kongo wesentliche Hilfe geleistet: »Mr Bredenkamps Vertreter behaupten, seine Firmen hätten sich an die Sanktionen der Europäischen Union gegen Simbabwe gehalten, aber es wurden Anfang 2002, unter Bruch dieser Sanktionen, Ersatzteile von British Aerospace für Hawk-Jets (der simbabwischen Armee; A. F.) geliefert.«⁸⁸ Darüber hinaus weist die UNO darauf hin, dass er, selbst wenn er Simbabwe nicht zu den Ersatzteilen verholfen haben sollte, in Gesprächen mit hochrangigen Staatsvertretern angeboten habe, »Verkäufe von militärischem Gerät aus der Produktion von British Aerospace an

die Demokratische Republik Kongo zu vermitteln«.⁸⁹

Bredenkamp hat jede Verwicklung in Waffenlieferungen an die Republik Kongo bestritten und Anstoß an der Behauptung genommen, für seine Konzessionen zu wenig bezahlt zu haben. In einem weiteren UNO-Bericht, von 2003, heißt es, er und seine Firmen hätten die strittigen Punkte »klären können«⁹⁰ – eine Entscheidung, die, wie Bredenkamp gern verkündete, seine Unschuld beweise. Außerdem behauptet er in einer Korrespondenz mit dem Autor, das UNO-Gremium habe ihm zugeredet, weiterhin in die Republik Kongo zu investieren, obwohl er das Land 2003 verlassen habe.

Inwieweit Bredenkamp die offenen Fragen »geklärt« hat, darauf geht der Bericht nicht näher ein. In der Regel wird der Begriff »resolved« aber benutzt im Sinne einer Aufforderung, in Zukunft für mehr Transparenz zu sorgen.⁹¹ Der Bericht enthielt darüber hinaus einen wichtigen Vorbehalt: »Es sollte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass dies keinesfalls als Zurücknahme früherer Befunde dieses Gremiums hinsichtlich der Aktivitäten der fraglichen Personen zu interpretieren ist. Es bedeutet vielmehr, dass es gegenwärtig keinen Klärungsbedarf gibt.«⁹²

Zu einem eindeutigeren Urteil über Bredenkamps Geschäftsethos kam es 2008, als das US-amerikanische Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen ihn auf die Sanktionsliste setzte und sowohl seine persönlichen als auch seine Firmenguthaben einfrohr.⁹³ In der Begründung hieß es, Bredenkamp sei »ein enger Vertrauter Mugabes«, der in diverse geschäftliche Aktivitäten mit dem Regime verwickelt gewesen sei, darunter »Tabakhandel, Waffenhandel auf dem grauen Markt, Waffenschmuggel, Kapitalinvestitionen, Ölverteilung, Tourismus, Sportmanagement und Diamantenabbau. Mithilfe eines weitverzweigten Netzes von Unternehmen stützte Bredenkamp das Regime und verschaffte vielen hochrangigen Vertretern des Regimes in verschiedenen Bereichen Vergünstigungen.«⁹⁴ Er steht außerdem auf der Liste finanzieller Sanktionen der Europäischen Union.

Anders als Bredenkamp, der in diesem Krieg ausschließlich Beziehungen zum Kongo-Regime pflegte, schaffte es Viktor But, mit allen drei Konfliktparteien Geschäfte zu machen. Nachdem Uganda und Ruanda 1999 ihre Streitkräfte entflochten hatten, soll er für Ugandas Luftwaffe israelische Ausbilder besorgt

haben. Vermutlich war er auch in großem Umfang in Transfers von Waffen, Ausrüstung und Mineralien verwickelt. Zwischen 1998 und 2002 registrierte man im ugandischen Entebbe 97 Flüge in den Kongo von Maschinen, die für But im Einsatz waren.⁹⁵ Die Maschinen flogen unter der Flagge von Okapi Air, einer Firma, die But aufgekauft hatte und die sich Flugzeiten und Zeitnischen (für Start und Landung) mit Planet Air teilte, einer ugandischen Luftspedition, die der Frau eines einflussreichen ugandischen Generals gehörte.⁹⁶

Man geht davon aus, dass But mindestens seit dem Jahr 2000 Kontakt zum Stabschef der ruandischen Streitkräfte gehabt hat. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen von 2002 wurden Buts Maschinen »zu verschiedenen Zwecken eingesetzt, unter anderem zum Transport von Coltan und Kassiterit, zum Transport von Material für Bergwerke sowie für Militärmaterial und Gerät«. ⁹⁷ But gründete für seine ruandischen Aktionen eine eigene Fluglinie, Bakavu Aviation Transport.⁹⁸ Die UNO fand sogar Rechnungen von Buts Firmen an die ruandische Regierung.⁹⁹ Und um das Dreieck seiner Handelsbeziehungen zu vervollständigen, soll But darüber hinaus noch im Jahr 2000 eine Lieferung bulgarischer Waffen an die Regierung des Kongo in Kinshasa arrangiert haben. Dafür benutzte er San Air, eine weitere seiner vielen Firmen.¹⁰⁰

Die mutmaßlichen Aktivitäten von But und Bredenkamp waren nur die Spitze des Eisbergs im Kongo. Es gab einen lückenlosen Zustrom billiger Waffen in jeder gewünschten Menge, von Raketenwerfern bis hin zur allgegenwärtigen Kalaschnikow. Wie die meisten Waffen, die nach dem Kalten Krieg nach Afrika gelangten, stammten sie aus Heeresbeständen des ehemaligen Ostblocks. Zwischen Juni 2002 und Juni 2003, um nur ein Beispiel zu nennen, als der Kongokrieg angeblich am Abklingen war, importierte Ruanda alleine 400 Tonnen Munition aus Albanien.¹⁰¹ Außerdem importierte Mugabes Simbabwe tonnenweise Waffen, um an der Seite der Republik Kongo Krieg zu führen. Einige davon wurden von Simbawwes eigenem parastaatlichen Unternehmen Zimbabwe Defence Industries (ZDI) hergestellt, das 2001 ein Joint Venture mit einer kongolesischen Firma eingegangen war, um »den Transport von Waffen und Verpflegung zu fördern«. ¹⁰² In einem dokumentierten Geschäft erklärte sich eine tschechische Firma, Arms Moravia, bereit, 1000 Panzerbüchsen und 500 Maschinengewehre im Wert von 1,2 Millionen Dollar

an die Streitkräfte Simbabwe und des Kongo zu liefern.¹⁰³ Simbabwe hat im Kongo Hawk-Jets von BAE eingesetzt.¹⁰⁴ Simbabwe ist in Sachen Waffen und Kriegsgerät in hohem Maße von China abhängig. 2008 stammten 39 Prozent aller importierten Waffen aus Fernost, gefolgt von 35 Prozent aus der Ukraine und 27 aus Libyen.¹⁰⁵

Da es keinen Mangel gab an Waffen und an Firmen, die nach Schürfrechten gierten, sah es ganz so aus, als würde der Zweite Kongokrieg ewig dauern. 2001 jedoch wurde der Präsident der Republik Kongo, Laurent Kabila, von einem seiner Leibwächter ermordet. Sein Sohn Joseph übernahm sein Amt. In dieser schwierigen Lage bewies der gerade einmal Dreißigjährige großes Geschick. Er verringerte die Anzahl ausländischer Truppen im Land und machte sich für eine diplomatische Lösung des Konflikts stark. Im Dezember 2002 kamen Vertreter der kriegführenden Parteien im ehemals noblen südafrikanischen Freizeitkomplex Sun City zusammen, wo man einen »umfassenden und vollständigen Vertrag für eine Übergangszeit der Demokratischen Republik Kongo« unterzeichnete. Dieses Sun-City-Abkommen verpflichtete alle Parteien – auch die von Uganda und Ruanda geleiteten Stellvertreterkräfte –, die Feindseligkeiten einzustellen, und die benachbarten Länder dazu, ihre Truppen aus dem Kongo vollständig abzuziehen.¹⁰⁶ Außerdem sah es die Bildung einer Übergangsregierung bis zu den ersten demokratischen Wahlen vor, zu denen es denn auch im Juli 2006 kam.¹⁰⁷

Doch auch wenn diese Vereinbarungen zu einem begrenzten Frieden im Landesinnern der Republik Kongo führten, zu einer Stabilisierung der östlichen Regionen trugen sie nicht bei. Sowohl Uganda als auch Ruanda operierten in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu weiter, mithilfe verbündeter Milizen wie dem kongolesischen »Zusammenschluss für Demokratie / Goma-Fraktion« (Rassemblement Congolais pour la Démocratie, RCD-Goma). Der groß gefeierte Abzug der Truppen beider Länder erwies sich als trügerisch: Die Stellvertretermilizen waren dafür ausgebildet, weiterhin im Osten des Kongo die Minen, die sich in Rebellenhand befanden, zu schützen und zu überwachen.¹⁰⁸ Im Januar 2010, so schätzte man, waren noch 50 Prozent aller Minen im östlichen Kongo in der Hand staatsunabhängiger Milizen.¹⁰⁹ Bei den Gewalttaten, die den fortgesetzten Konflikt begleiteten, floss viel Blut. Bis 2010 waren in der Republik Kongo seit Beginn des Zweiten Kongokriegs 1998

5,4 Millionen Menschen ums Leben gekommen,¹¹⁰ 2,1 Millionen davon seit dem offiziellen Ende des Kriegs im Dezember 2002.

Und es sieht nicht so aus, als würde der Konflikt sich legen. Im Januar 2010 berichtete eine UNO-Beobachtungskommission, der Kampf der kongolesischen Streitkräfte gegen die Demokratischen Befreiungskräfte Ruandas (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda, FDLR) im östlichen Kongo ziehe sich hin.¹¹¹ Allein in der benachbarten Region Kongo-Brazzaville haben 116000 Flüchtlinge aus diesem Landesteil Zuflucht gesucht.¹¹² Im September 2010 veröffentlichte die UNO einen Bericht, in dem von der Vergewaltigung von mindestens 303 Zivilisten innerhalb von vier Tagen im östlichen Kongo die Rede war. Das »Ausmaß und die Brutalität« der Massenvergewaltigung von 235 Frauen, 52 Mädchen, 13 Männern und 3 Jungen vor allem durch Mai-Mai-Milizen »ist unfassbar«, sagte die UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay.¹¹³

Die seit so vielen Jahren anhaltenden Kämpfe haben dafür gesorgt, dass das Land heute in Kleinwaffen schwimmt, und immer noch gehen Lieferungen an die kriegführenden Parteien. Und es kommt zu diesen Lieferungen trotz eines von den Vereinten Nationen 2003 (*nach* offizieller Beendigung des Kriegs) über das Land verhängten Waffenembargos. Bemerkenswerterweise hatte die UNO keinen Grund gesehen, dieses Embargo früher zu verhängen, sodass alle beteiligten Parteien straffrei Waffen importieren konnten. Und das gegenwärtige Embargo ist praktisch nicht durchsetzbar, da beträchtliche Teile des Landes unregiert und unregierbar sind. Unklarheiten gibt es auch beim Konzept des Embargos selbst. Zwar untersagte man allen Parteien, die das Sun-City-Abkommen 2002 nicht unterzeichnet hatten, den Waffenimport, aber einflussreiche Rebellengruppen wie die RCD-Goma konnten weiterhin nach Belieben importieren.¹¹⁴ Und dann betraf das Embargo auch nur die beiden Kivu-Provinzen sowie die nahegelegene Provinz Ituri. In den Rest der Republik Kongo konnte man Waffen frei importieren; und von dort gelangten sie in die Konfliktgebiete.¹¹⁵

2005 erkannten die Vereinten Nationen die Vergeblichkeit eines solchen Embargos und weiteten es auf sämtliche Waffenlieferungen in den Kongo aus; ausgenommen waren nur die Regierungstruppen.¹¹⁶ Aber auch so bestand kaum Hoffnung auf Erfolg, da das Embargo weder Ruanda noch Uganda betraf. So

können deren Streitkräfte sich – mit dem Geld aus dem Verkauf kongolesischer Mineralien – uneingeschränkt auf dem internationalen Markt mit Waffen eindecken, die, da es praktisch keine Kontrollen gibt, leicht in den Kongo zu schmuggeln sind. Ebeso problematisch ist es, die Regierungstruppen der Republik Kongo auszunehmen, da sie angeblich staatsunabhängige Milizen in den Kivu-Provinzen mit Nachschub versorgen, vor allem die Mai-Mai.¹¹⁷

Die Demokratische Republik Kongo bleibt in einem Teufelskreis aus Gewalt und Armut gefangen. Ein unaufhörlicher Nachschub an Waffen facht die Flammen dieses mit unvorstellbarer Gewalt geführten Konflikts an, der durch die industrielle Ausbeutung von Minen finanziert wird – von denen viele praktisch mit Sklavenarbeit betrieben werden, von Menschen, die während der Arbeit in den Lauf einer Waffe sehen. Kabila junior hat seinen demokratischen Elan inzwischen eingebüßt. Er zeigt wenig Entschlossenheit, die von ihm kontrollierten Regionen verantwortungsvoll zu regieren; mit politischen Gegnern verfährt er ebenso brutal wie einst Mobutu.¹¹⁸ Die Machthaber wechseln; was bleibt, ist die Not und das Elend der Bevölkerung. Doch auch hier gilt: Zu einer solchen Verelendung wäre es nicht gekommen, wenn man es verstanden hätte, den Zufluss von Waffen in den Kongo einzudämmen oder gar zu stoppen.

»Geld tötet, Geld ruiniert, Geld verdirbt das Gewissen der Menschen«: der Bürgerkrieg in Angola

Angola ist ein Opfer des Öfluchs. Nachdem man in den fünfziger Jahren große Ölvorkommen auf dem Festland entdeckt hatte, kam es zu einer Reihe von kräftezehrenden Kämpfen, zunächst gegen die portugiesischen Kolonialherren, dann untereinander, als es um die Regierungsbildung ging. Was folgte, war die Herrschaft eines autoritären Kleptokraten, der sich maßlos bereichert hat, während seine Bürger in Armut dahinvegetieren. »Das Ausmaß von Korruption und Misswirtschaft in Angola ist immens.«¹¹⁹ Milliarden von Dollar an Öleinkommen sind spurlos verschwunden und damit für jeden Versuch, das unterentwickelte Land zu modernisieren, verloren. So sind zum Beispiel zwischen 1997 und 2002 geschätzte 4,7 Milliarden aus Angolas Staatskasse verschwunden: ein Betrag, der genau der Gesamtsumme an Auslandshilfe

entspricht, die im selben Zeitraum an das Land ging.¹²⁰ Trotz des Umstands, dass das Bruttosozialprodukt seit 1997 um das Zehnfache, auf 83,4 Milliarden im Jahr 2008, gestiegen ist,¹²¹ bleibt Angola eines der rückständigsten Länder der Welt: Es steht auf Platz 143 der 183 Länder auf dem Weltentwicklungsindex der UNO.¹²² Die Lebenserwartung eines gesunden Neugeborenen liegt bei gerade mal 47 Jahren, und 70,2 Prozent der Bevölkerung leben von weniger als zwei Dollar am Tag, und das obwohl das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bei 5385 Dollar liegt.¹²³ Die Geschichte Angolas ist eine Geschichte der Gier und Gewalt, und der Waffenhandel spielt darin eine zentrale Rolle.

Schon im 15. Jahrhundert machten portugiesische Händler Geschäfte mit den Bewohnern Angolas. Vor allem der Sklavenhandel florierte. Die Händler lieferten die Menschenware nach Brasilien, in ihre Kolonie in Übersee, und die angolanischen Oberhäupter verdienten nicht schlecht daran.¹²⁴ Vom 16. Jahrhundert an unterhielt Portugal eine ständige Handelsniederlassung in Angola, obwohl es noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts dauern sollte, bis zur Kongokonferenz 1884/85 in Berlin – bei der die europäischen Kolonialmächte Afrika unter sich aufteilten –, dass Angola, mit nunmehr festen Grenzen, als portugiesischer Besitz bestätigt wurde.¹²⁵

In den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts kämpften in Angola im Wesentlichen drei nationalistische Widerstandsbewegungen. Da war zunächst die 1956 gegründete Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA); die Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) wurde 1961 gegründet und schließlich die União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA), die 1966 entstand.¹²⁶ Die drei Gruppen kamen nur mäßig voran in ihrem Bemühen um Unabhängigkeit, bis 1974 in Portugal eine linke Regierung an die Macht kam und allen Kolonien des Landes die Unabhängigkeit gab.

Doch Angola war 1975 alles andere als bereit für die Unabhängigkeit und ein demokratisches Miteinander.¹²⁷ Jede der Widerstandsbewegungen hatte ihre eigene regionale Basis. Nach einer ersten Runde kriegerischer Auseinandersetzungen gelang der MPLA, die den größten Rückhalt bei der Bevölkerung hatte, unter der Führung von Agostinho Neto die Bildung einer Quasiregierung in der Hauptstadt Luanda. Die eher städtisch als ländlich orientierte MPLA hatte nach und nach zu einer marxistischen Ideologie

gefunden und erhielt damit Unterstützung von der Sowjetunion, aber auch sonst internationale diplomatische Anerkennung – außer seitens der USA und Südafrikas.¹²⁸ Die FNLA, die unter der Führung von Holden Roberto ihre eigenen nationalistischen Ambitionen hegte, war gegen die marxistischen Tendenzen der MPLA und schien anfänglich sogar in der Lage, ihr die Macht in der Hauptstadt streitig zu machen.

Im Lauf der Zeit jedoch erwies sich die UNITA als die eigentliche Herausforderung für die MPLA. Ihr Führer, der charismatische Jonas Savimbi, der sich ideologisch nie ganz festlegen wollte, war früher Maoist gewesen – das offizielle Motto der »Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas« lautete »Sozialismus, Demokratie und Négritude«¹²⁹ – nicht eben das, was man von einer Organisation erwarten würde, die Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten erhält. Savimbi hatte keine geringeren Ambitionen, als unangefochtener Präsident von Angola zu werden. Um sich maximale Unterstützung zu sichern, wandte er sich ziemlich wahllos an alle Mächtigen der Welt: »Suchte er China um Militärhilfe an, behauptete er, einen maoistischen Staat aufbauen zu wollen, der – irgendwie – die lokale Kultur zu integrieren verstand«, schrieb der *Economist*. »Seinen südafrikanischen Verbündeten dagegen präsentierte er sich als Bollwerk gegenüber dem kommunistischen Imperialismus. Wenn er Reagan umwarb, posierte er als Demokrat und glühender Anhänger der freien Marktwirtschaft.«¹³⁰

Fünfzehn Jahre lang sollten die drei Organisationen sich befehden und agierten dabei nicht zuletzt als Marionetten der beiden Blöcke des Kalten Krieges. Der marxistische Einschlag der MPLA sicherte ihr beträchtliche Mittel aus Russland und Kuba, wobei vor allem Castros Regime zu den Kriegsanstrengungen der angolanischen Regierung beitrug. Von 1975 an überschwemmte Kuba das Land mit Truppen, Ausbildern und Kriegsgerät. 1975 schickte es 5500 Soldaten nach Angola,¹³¹ ein Kontingent, das bis 1988, als die MPLA eine ihrer größten Offensiven gegen die UNITA startete, auf 50000 aufgestockt worden war.¹³² Allein 1984 unterstützte die Sowjetunion Angola mit Militärhilfen im Wert von 2 Milliarden Dollar.¹³³

UNITA und FNLA verließen sich derweilen auf die Unterstützung der Antikommunisten. 1975 begann die US-Regierung unter Gerald Ford als direkte Folge der neuen Unabhängigkeit Angolas mit ihrer Militärhilfe für die UNITA.

Innerhalb von drei Monaten erhielten Savimbis Leute knapp 40 Millionen Dollar verdeckte Hilfe von den USA.¹³⁴ Sie hätten auch noch mehr bekommen, hätten nicht Journalisten und Politiker die heimliche Unterstützung publik gemacht, was mit dem »Clark Amendment« vom Januar 1976 zu einer Gesetzesänderung führte, die amerikanische Waffenlieferungen an jedwede militärische Gruppierung in Angola ohne ausdrückliche Genehmigung des Kongresses verbot. 1985 sorgte Ronald Reagan für eine Rücknahme des Amendments und nahm die verdeckte militärische Unterstützung wieder auf. Im Lauf der nächsten drei Jahre bekam die UNITA schätzungsweise 250 Millionen Dollar an verdeckter Hilfe und Waffentransfers.¹³⁵ Die verdeckte Hilfsmission in Angola war die zweitgrößte der amerikanischen Geschichte; nur die Unterstützung der Mudschaheddin in Afghanistan sollte die USA noch mehr kosten.¹³⁶

Die bei Weitem größte Unterstützung jedoch erfuhren UNITA und FNLA durch das Apartheidregime in Südafrika. Die Südafrikaner beobachteten den Erfolg der MPLA mit größter Besorgnis. Nicht nur war die MPLA eingeständenermaßen kommunistisch, sie hegte auch unverhohlene Sympathien für den Erzgegner der Apartheid, Nelson Mandelas Afrikanischen Nationalkongress (ANC), und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO). Letztere führte einen verbissenen Krieg gegen das Apartheidregime in Südwestafrika (Namibia). Während der nächsten fünfzehn Jahre war Angola Stützpunkt sowohl für den ANC als auch für die SWAPO, die hier militärische Hilfe erhielten und von hier aus ihre Angriffe auf südafrikanische Ziele planten. Nichts fürchtete der Apartheidstaat daher mehr, als dass die MPLA die Kontrolle über ganz Angola erlangen könnte, also auch über den damals von der UNITA beherrschten Süden.

Die Unterstützung durch Südafrika hatte zwei Dimensionen. Zunächst einmal sorgte man für einen steten Zustrom von Waffen und Munition. Mitte der achtziger Jahre war die Unterstützung Südafrikas für die UNITA auf grob geschätzt jährlich 200 Millionen Dollar angewachsen.¹³⁷ Außerdem stationierte Südafrika aber auch noch eigene Truppen in Angola, mit dem Ziel, die Kräfte der UNITA im Kampf gegen die MPLA direkt zu unterstützen. Von 1975 bis 1988 beteiligte Südafrika sich an mehreren militärischen Kampagnen, deren brutalste die »Operation Protea« von 1981 war. Das Ziel von »Protea« bestand darin, den Süden von Angola als Hochburg der UNITA zu konsolidieren. Mit

seinem größten Panzeraufgebot seit dem Zweiten Weltkrieg fiel Südafrika in das Land ein und nahm die Provinz Cunene ein – ein Gebiet von etwa 50000 Quadratkilometern. Dörfer, die sich der Einnahme durch die Südafrikaner widersetzen, nahm man aus großer Entfernung unter Beschuss, bevor die Luftwaffe sie mit Bombenteppichen belegte. Schließlich wurden sie von der Infanterie gestürmt und eingenommen. Die »Operation Protea« verwüstete Cunene und zwang über 120000 Angolaner zur Flucht. Die Truppen von SWAPO und MPLA verloren etwa 2000 Mann. Die Südafrikaner mit ihrer technischen Überlegenheit verzeichneten nur vierzehn.

Als die Sowjetunion in der Folge der von Michail Gorbatschow losgetretenen Veränderungen ihren militärischen Verbündeten die Unterstützung zu entziehen begann, reduzierte auch Südafrika, nach einem gescheiterten Angriff auf die Stadt Cuito Cuanavale, 1988 seine Unterstützung für die UNITA, und auch die USA fuhren das Budget für ihre versteckte Unterstützung zurück. Jonas Savimbi stimmte daher 1989 einem Waffenstillstand zu, der im September 1992 zu Wahlen führte. Die MPLA gewann haushoch und erreichte die absolute Mehrheit im Parlament. Ihr Präsidentschaftskandidat, José Eduardo dos Santos, erhielt aber nur eine relative Mehrheit.¹³⁸ Dies hätte zu einer Stichwahl zwischen dos Santos und Savimbi führen müssen.¹³⁹ Doch Savimbi, der sich keine Chancen ausrechnete, diese Wahl zu gewinnen, reagierte empört, sprach von Wahlmanipulation und ging wieder in den Untergrund. Die internationale Staatengemeinschaft, auch die USA unter Bill Clinton, erkannte die MPLA unterdessen als offizielle Regierung Angolas an. 1993 verhängte die UNO ein zwingendes Waffenembargo über die UNITA, das jede Lieferung von Waffen und petrochemischen Produkten an Savimbi gesetzlich verbot.¹⁴⁰ Das rief umgehend die Waffenhändler auf den Plan, die hier ein großes Geschäft witterten.

Zwischen 1992 und 1994 ging eine Gewaltwelle über das Land, wie sie selbst Angola noch nicht erlebt hatte. Die UNITA verhängte über ohnehin schon notleidende Dörfer den Ausnahmezustand, wenn sie sich ihrer Herrschaft widersetzen. Die MPLA reagierte darauf mit Bombenflügen, bei denen man kaum zwischen Zivilbevölkerung und Militär unterschied.¹⁴¹ In zwei Jahren starben 300000 Menschen in direkter Folge der Kampfhandlungen. Einen grausamen Höhepunkt erreichten die Kämpfe zwischen Mai und Oktober 1993;

in dieser Zeit starben über 1000 Angolaner täglich – das war weit mehr als bei irgendeinem anderen Konflikt zu der Zeit.¹⁴²

Die problemlose Verfügbarkeit von Waffen und der fortgesetzte Zugang der UNITA zu Rüstungsgütern waren die entscheidenden Faktoren, die diese Eskalation ermöglichten. Das gegen die UNITA verhängte Waffenembargo und die internationale Ächtung der Organisation hatten keinerlei Auswirkung. Die Kräfte der UNITA waren durch ihre früheren Helfer, die USA und Südafrika, bestens ausgerüstet. Jetzt überfielen sie regelmäßig die Waffenlagern der neuen angolanischen Armee und bedienten sich dort.¹⁴³ Dabei erbeuteten sie nicht nur leichte Waffen. So nahmen die Rebellen den Kräften der MPLA eine ganze Reihe von Panzern ab, und da sich Ersatzteile und Zubehör auf dem offenen Markt kaufen ließen, konnte man diese auch wieder gefechtsfähig machen.¹⁴⁴

Nach einem größeren militärischen Sieg im diamantenreichen Tal des Cuango-Flusses Ende 1992 konnte sich die UNITA darüber hinaus auch an die bereitstehenden Vertreter der Schattenwelt wenden, die ihnen die Waffen ihrer Wahl lieferten.¹⁴⁵ Anfangs war die Diamantenproduktion eher gering gewesen, weil den UNITA-Kämpfern das Know-how fehlte. Man erlaubte daher bald internationalen Unternehmen, den Abbau der Steine zu industrialisieren. UNITA bot Sicherheit und Claims im Austausch für 50 Prozent der gefundenen Diamanten.¹⁴⁶ Die Ausbeute war gigantisch. Zwischen 1992 und 1997 erbrachten die von den Rebellen kontrollierten Minen 10 Prozent der weltweiten Diamantenproduktion.¹⁴⁷ Der südafrikanische Konzern De Beers gab zu, der UNITA allein 1992 Diamanten im Wert von 500 Millionen Dollar abgekauft zu haben.¹⁴⁸ 1996 war das profitabelste Jahr: Savimbis Organisation verdiente geschätzte 730 Millionen am Diamantenverkauf.¹⁴⁹

In den ersten Jahren ihrer Diamantenoperation tat die UNITA sich mit zwei südafrikanischen Brüdern zusammen, die sich auf das so beliebte Tauschgeschäft »Diamanten gegen Waffen« verstanden. Während des zweijährigen Bürgerkriegs, der 1992 begann, erledigten die Südafrikaner Ronnie und Joe de Decker den Löwenanteil der Waffenkäufe der UNTIA.¹⁵⁰ Ronnie war für den Ankauf der Waffen verantwortlich, während Joe, ehemals ein von De Beers lizenzierter Diamantenhändler und Inhaber der Firma De Decker Diamonds, sich um den Verkauf der Steine kümmerte. Die Brüder reisten zusammen im Learjet zu einem UNITA-Stützpunkt in Andulo. Ronnie – der sich

»Watson« riefen ließ – traf sich mit UNITA-Kommandeuren, mit denen er die Einkaufsliste besprach. Joe schätzte darauf die Diamanten, die man ihm in Paketen zu 4 bis 5 Millionen Dollar übergab. »Watson« akquirierte den größten Teil der Waffen in Osteuropa, darunter »Mörsergranaten, Panzerabwehrwaffen, Boden-Luft-Raketen, Handgranaten, Munition verschiedenen Typs und eine Reihe von Klein- und Leichtwaffen«. ¹⁵¹ Angola war damit das erste Land, das nach dem Kalten Krieg Waffen aus den Beständen des ehemaligen Ostblocks bezog.

Doch auch die MPLA verhielt sich kaum besser. 1993 kam es zu einem Skandal, der als »Angolagate« bekannt wurde. In dem von UNITA und MPLA 1991 unterzeichneten Friedensabkommen (dem »Abkommen von Bicesse«) hatten sich die Konfliktparteien zur Entwaffnung bereit erklärt. Die MPLA hatte dies durchaus ernst genommen. ¹⁵² Große Teile ihrer Truppen wurden aufgelöst und legten die Waffen nieder; ohnehin hatte man kaum Mühe darauf verwandt, die Soldaten der neuen Armee in Gefechtsbereitschaft zu versetzen. Darüber hinaus war der Zustrom von Waffen und Know-how aus Kuba und der Sowjetunion mit dem Fall der Berliner Mauer versiegt; man glaubte also, dass von der UNITA keine Gefahr mehr ausging. Als Savimbi dann gegen die Abkommen verstieß und den Kampf wieder aufnahm, war die angolische Regierung hoffnungslos schlecht ausgerüstet. Die UNITA konnte viel Terrain gewinnen und wenigstens fünf Provinzhauptstädte und mehrere bedeutende Diamantenregionen erobern. ¹⁵³

In seiner Not wandte sich Präsident dos Santos an Frankreich, um seinen in Bedrängnis geratenen Truppen Waffen zu beschaffen. Dos Santos kontaktierte Jean-Bernard Curial, den ehemaligen Südafrika-Experten der französischen Sozialisten, der nach Luanda reiste, um sich einen Eindruck von der Lage verschaffen. Curial war gewillt zu helfen, aber in Frankreich herrschte ein »Cohabitation«-Pakt: Der Sozialist François Mitterrand war auf die Unterstützung des konservativen Premiers Édouard Balladur angewiesen. Und während Mitterrand der Sache der angolischen Regierung durchaus wohlwollend gegenüberstand, kam für die Rechte in Frankreich eine Zusammenarbeit nicht in Frage. Curial wandte sich an Jean-Christophe Mitterrand, den Sohn des Präsidenten, bis 1992 der wichtigste Berater seines Vaters in Afrika-Fragen. Mitterrand junior schlug Curial vor, Kontakt zu einem gewissen Pierre Falcone aufzunehmen

gewissen Pierre Falcone dazuzurechnen.

Falcone war gebürtiger Algerier und hatte es mit den verschiedensten Geschäften – Werbung, Öl, Waffen – zu einem Vermögen gebracht. Als er im altehrwürdigen Familiensitz der Rothschilds die glamouröse Bolivianerin Sonia Montero heiratete, befand sich auch ein guter Freund unter den geladenen Gästen – Jean-Christophe Mitterrand. Falcone macht äußerlich nicht viel her: von kleiner Statur, mit angehender Glatze, wirkte er eher wie ein Versicherungsvertreter denn wie ein gefährlicher Waffenhändler.¹⁵⁴ Er arbeitete als Berater für Sofremi, ein staatliches Unternehmen, das im Namen des Innenministeriums französisches Know-how im Bereich Sicherheitstechnik sowie Polizeiausrüstung exportierte. Sofremi unterstand damit Innenminister Charles Pasqua, und der befürchtete, Angolas Ölreserven könnten mit dem Fall der Berliner Mauer unter den Einfluss anglo-amerikanischer Interessen geraten. Er hatte daher ein offenes Ohr für alles, was den französischen Interessen in dem afrikanischen Staat nützen konnte.¹⁵⁵

Falcone handelte rasch, um sich einen Vertrag mit Angola zu sichern, und unterzeichnete im November 1993 einen ersten Vertrag über die Lieferung von Munition, Mörsern und Artillerie im Wert von 47 Millionen Dollar.¹⁵⁶ Bis 1994 war der Vertrag enorm angewachsen: Das Gesamtvolumen der von Falcone organisierten Waffentransfers betrug jetzt 633 Millionen Dollar.¹⁵⁷ Zur Begleichung dieser Summe ließ Angola sich auf ein kompliziertes Vorfinanzierungsarrangement auf der Basis seiner Ölförderung ein: Mit 20000 Barrel pro Tag über vier Jahre sollten sie den Kredit bezahlen.¹⁵⁸ Dafür bekam Angola ein wahrhaft üppiges Waffenarsenal: sechs Kriegsschiffe, zwölf Hubschrauber, 420 Panzer, 150000 Granaten, 170000 Landminen, eine große Menge an Klein- und Leichtwaffen sowie mehrere Millionen Schuss Munition.¹⁵⁹ Eingekauft wurde die Ware in Osteuropa und dann über eine slowakische Firma, ZTS-Osos, nach Afrika geschleust. Um die Verträge mit ZTS auszuhandeln, tat Falcone sich mit einem gewissen Arcadi Gaydamak zusammen.¹⁶⁰ Der gebürtige Russe mit israelischem, französischem und kanadischem Pass hatte bereits wegen Betrugs und Geldwäsche vor Gericht gestanden. Er war ein enger Vertrauter des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu und kandidierte 2008 – wenn auch erfolglos – für das Amt des Bürgermeisters von Jerusalem.¹⁶¹ Ausgesprochen nützlich bei den Verhandlungen um den Vertrag mit dem slowakischen Lieferanten waren Gaydamaks gute Verbindungen zu

Russland: Gaydamak war nicht nur Vorsitzender einer russischen Bank, sondern auch mit dem Stabschef der russischen Streitkräfte gut bekannt.¹⁶²

Falcone und Gaydamak wurden Intimfreunde von Präsident dos Santos, dessen systematische Plünderung der Staatskasse ihn Berichten zufolge zu einem der fünfzig reichsten Männer der Welt gemacht hat. Die beiden Männer bekamen einen Anteil an praktisch jedem Schlüsselsektor der angolanischen Wirtschaft, von der Nahrungsmittelindustrie über Diamanten bis hin zum Öl. Außerdem hatten sie großen politischen Einfluss im Land. Laut Gaydamak verlieh man sowohl ihm als auch Falcone die angolanische Staatsbürgerschaft und stattete sie mit Diplomatenpässen aus; sie dienten als Berater der Regierung und bekamen hochrangige Posten im Außenministerium.¹⁶³

Das alles änderte nichts daran, dass die Waffengeschäfte gegen das angolanische Friedensabkommen sowie das UNO-Waffenembargo verstießen, die zwei Monate vor dem ersten »Angolagate«-Vertrag in Kraft getreten waren.¹⁶⁴ Zwar war das Embargo in erster Linie auf die UNITA gemünzt, es hieß in der Resolution jedoch ausdrücklich, »dass alle Staaten Folgendes verhindern werden: den Verkauf oder die Lieferung, durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben sowie von Erdöl und Erdölprodukten ... in das Hoheitsgebiet Angolas, ausgenommen über genau bestimmte Grenzübergangsstellen, die in einer Liste enthalten sind, welche die Regierung Angolas dem Generalsekretär übermittelt«. ¹⁶⁵ Darüber hinaus war der Generalsekretär der UNO über alle Waffenlieferungen – egal an welche der Streitkräfte im Land – in Kenntnis zu setzen. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die UNO *nicht* in Kenntnis gesetzt wurde, dass man ganz im Gegenteil große Mühe darauf verwandte, den Deal so geheim wie nur möglich abzuwickeln.

Obwohl die Waffen selbst nicht über Frankreich gingen, wurden die wichtigsten Verträge des Abkommens in Paris unterzeichnet und unterstanden damit französischer Gerichtsbarkeit. Womit man gegen jede Menge Gesetze verstieß. Zwei davon fordern, dass alle Waffenexporte des Landes vom Verteidigungsministerium genehmigt werden müssen und dass man, um als Waffenhändler tätig zu sein, über eine entsprechende Lizenz verfügen muss.¹⁶⁶

Es bestand außerdem der Verdacht, dass Falcone und Gaydamak sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben, da sie die Einkünfte aus den Geschäften am französischen Fiskus vorbeigeschleust hatten.¹⁶⁷

In dem Prozess, bei dem zweiundvierzig Personen angeklagt waren, stellte sich dann heraus, dass Falcone ganz offensichtlich auch französische Politiker geschmiert hatte, damit sie seine Geschäfte deckten, aber vielleicht auch, damit sie Angolas Interessen auf internationaler Bühne vertraten. Einer derjenigen, die Geld in Empfang genommen hatten, war Jean-Christophe Mitterrand, der von Falcone 2,2 Millionen Dollar erhielt. Mitterrand behauptete allerdings, die Zahlungen hätten mit diesen Geschäften nicht das Geringste zu tun. Auch Innenminister Charles Pasqua sollte angeblich Geld erhalten haben, für seine Wahlkampagne für das Europaparlament. Pasqua konterte: Das sei eine Unterstellung, die von Jacques Chirac und anderen in die Welt gesetzt worden sei, um ihm zu schaden.¹⁶⁸ Darüber hinaus erfuhr man, dass Falcone und seine Frau große Verehrer von George W. Bush waren und der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten deshalb Geld zukommen ließen.¹⁶⁹

Der »Angolagate«-Prozess war eine Sensation, nicht nur in Frankreich. Im Oktober 2009 kam das Gericht zu einem Urteil. Sechsendreißig Angeklagte wurden in der einen oder anderen Sache für schuldig befunden. Jean-Bernard Curial, der Mann, der sich so vertrauensvoll an Mitterrand junior gewandt hatte, wurde wegen Komplizenschaft bei einem illegalen Waffengeschäft zu zwei Jahren auf Bewährung und zu einer Geldbuße von 100000 Euro verurteilt.¹⁷⁰ Jean-Christophe Mitterrand wurde freigesprochen, was die Vorwürfe wegen Waffenhandels anging, bekam aber zwei Jahre auf Bewährung und eine Geldstrafe von 375000 Euro wegen Veruntreuung von Gesellschaftsmitteln.¹⁷¹ Pierre Falcone wurde im Sinne fast aller Anklagepunkte schuldig gesprochen: Waffenhandel, passive Bestechung und Veruntreuung von Gesellschaftsmitteln. Er bekam eine Haftstrafe von sechs Jahren.¹⁷² Ebenfalls sechs Jahre bekam Arcadi Gaydamak; er wurde des Waffenhandels, der Steuerhinterziehung, der Geldwäsche und der passiven Bestechung in Abwesenheit schuldig gesprochen. Mit seinen guten Beziehungen in Russland und in Israel, wo er mindestens bis 2008 ungehindert auf freiem Fuß lebte, hat er sich der Verhaftung bis heute entziehen können. Charles Pasqua bekam wegen Komplizenschaft und passiver Bestechung eine Haftstrafe von drei Jahren, von denen einundzwanzig Monate

zur Bewährung ausgesetzt wurden.¹⁷³

Ironischerweise war es ausgerechnet der französische Präsident François Mitterrand, der 1971 beim dritten Jahreskongress der französischen Sozialisten verkündet hatte: »Geld korrumpiert, Geld kauft, Geld zerstört, Geld tötet, Geld ruiniert, Geld verdirbt das Gewissen der Menschen.«¹⁷⁴ Er hatte damals nicht ahnen können, wie bedeutsam seine Worte einmal für ihn selbst werden würden.

Nicht zuletzt dank der im Rahmen des »Angolagate«-Vertrags gelieferten Waffen gelang es dos Santos, den Vormarsch der UNITA zu stoppen und die verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Savimbi endgültig zu besiegen gelang ihm dennoch nicht. Die Situation war verfahren, und so einigten sich beide Seiten 1994 im sogenannten Lusaka-Protokoll auf Friedensbemühungen. Der Vertrag setzte einen Waffenstillstand durch und forderte die Entwaffnung und Demobilisierung der UNITA-Truppen, die in die angolansische Armee integriert werden sollten. Das von der UNO 1993 verhängte Waffenembargo wurde bekräftigt und galt weiter.¹⁷⁵ Tatsächlich nutzten beide Seiten den Waffenstillstand allerdings nur, um ihre Truppen wieder aufzustocken und ihr Waffenarsenal auszubauen. Die Regierung tat dies über die »Angolagate«-Kontaktleute, die Ende 1994 in großen Mengen zu liefern begannen. Außerdem arbeitete man ab sofort mit dem berüchtigten Viktor But zusammen, der sich aus eigener Initiative erst vor kurzem an die angolansische Regierung gewandt hatte. Vier Jahre lang lieferte But über die belgische Firma Air Charter Waffen und Material im Wert von 325 Millionen Dollar an die angolansische Luftwaffe.¹⁷⁶ Aber natürlich belieferte er nicht nur die angolansische Regierung; denn Viktor But hatte sich ebenfalls vertrauensvoll an die UNITA gewandt. Nachdem die angolansische Regierung hinter sein doppeltes Spiel gekommen war, brach man die Beziehung zu ihm ab; er blieb jedoch weiterhin Lieferant der UNITA.¹⁷⁷

Als legitime Regierung Angolas konnte dos Santos' Regime weiterhin zahlreiche Waffengeschäfte abwickeln, und das ohne allzu große Hindernisse. Zwischen 1994 und 2002 bezog die Regierung Waffen von fünfzehn verschiedenen Ländern.¹⁷⁸ Der Umfang des erworbenen Arsenal grenzte ans Absurde: zwischen 1994 und 2002 kaufte die Regierung 349 Panzer, die fast ausschließlich aus osteuropäischen Ländern kamen. Außerdem kaufte man aus Osteuropa 393 Kampffahrzeuge für die Infanterie. Man erwarb 92 Haubitzen in Kalibern zwischen 122 und 152 mm und 86 Mehrfachraketenwerfer, auch diese

in Osteuropa.¹⁷⁹ Was das alles gekostet hat, ist nicht ganz klar; aber es war mit Sicherheit eine astronomische Summe im Vergleich zu der, die Angola in den Aufbau des Landes zu investieren bereit war.

Auch die UNITA hatte keine allzu großen Schwierigkeiten, an Waffen heranzukommen, da die Einkünfte aus den industriell bewirtschafteten Diamantenminen mehr als ausreichend waren, um sowohl Waffen zu kaufen als auch eine beträchtliche Anzahl von Leuten zu schmieren. Unterstützung fand Savimbi bei seiner Suche nach Waffen in Zaire bei Mobutu Sese Seko. Von Ende 1994 bis zu Mobutus Sturz 1997 deponierte die UNITA ihre Waffen stets zunächst in Zaire, von wo aus man sie an die jeweiligen Bestimmungsorte in Angola transportierte: »Diese Maschinen landeten meistens nachts, man entlud die militärische Ladung und verpackte sie in Säcke, um sie als Nahrungsmittel oder Kleidung zu tarnen. Teile der Ladung wurden in Lagerhäusern in Kinshasa untergebracht ... und nach Andulo in Angola transportiert.«¹⁸⁰

Auch versorgte Mobutu im Fall der Waffen für Angola die Waffenhändler mit falschen Endnutzerbescheinigungen, in denen Zaire als Bestimmungsort stand.¹⁸¹ 1995 stellte Mobutu Savimbi einen gewissen Imad Kabir vor, einen libanesischen Waffenhändler aus Mobutus Entourage. Kabir wurde »der wichtigste Makler für den Import von Waffen und Militärgerät« für die UNITA bis 1999.¹⁸² Die Vorgehensweise war bemerkenswert einfach: Savimbi ließ den Diktator wissen, welche Waffen er brauchte, und forderte die nötigen Zertifikate an. Im Gegenzug dafür bekam Mobutu große Mengen an Diamanten und Bargeld. Die Endnutzerbescheinigungen gingen an Imad Kabir, der dann den Ankauf der Waffen in Osteuropa und ihre Lieferung nach Kinshasa arrangierte, von wo aus dem Weitertransport nach Angola nichts mehr im Wege stand.¹⁸³

Mit dem Transport wurden zahlreiche verschiedene Luftspediteure betraut, aber die bei weitem aktivsten waren Air Cess und Air Pass – beides Unternehmen von Viktor But.¹⁸⁴ Einem ehemaligen Angestellten von Air Pass zufolge ging Kabir in Buts Büros ein und aus; außerdem habe man ihn mit »außergewöhnlicher Ehrerbietung« behandelt.¹⁸⁵ But operierte damals vom Flughafen Lanseria in der Nähe von Johannesburg aus. Um die Zielbestimmung seiner Flüge zu verschleiern, wies er seine Piloten oft an, Sambia zu überfliegen, bevor man die jeweiligen Absetzpunkte in Angola anflog.¹⁸⁶

Kabirs Zusammenarbeit mit But währte jedoch nicht lange. Savimbi hegte

schon bald Zweifel an Kabirs Verlässlichkeit; er hatte ihn im Verdacht, von Lieferungen Waffen abzuzweigen.¹⁸⁷ Savimbi bat um ein persönliches Treffen mit But, zu dem es im Februar 1998 in Andulo, der Hauptoperationsbasis der UNITA, kam. Danach war Kabir aus dem Geschäft, und But kam seiner Rolle als wichtigster Lieferant Savimbis und der UNITA ohne Zwischenmakler nach.¹⁸⁸

Savimbi hatte darüber hinaus einen zweiten Plan, für den Fall, dass die Masche mit Zaire auffliegen sollte. 1993 schickte er einen seiner engsten Vertrauten zu Präsident Eyadéma in Togo. Im Gegenzug dafür, dass Eyadéma für falsche Endnutzerbescheinigungen sorgte und den Kindern des UNITA-Führers einen sicheren Hafen gewährte, erklärte Savimbi sich bereit, dem klammen Staat einen Teil der Lieferungen zu überlassen. Eyadéma bekam darüber hinaus zum Dank eine Lieferung Diamanten aus Angola.¹⁸⁹ Nach Mobutus Sturz 1997 bezog die UNITA den größten Teil ihrer Waffen über Togo, und Eyadéma bekam 20 Prozent davon ab.¹⁹⁰ Wenigstens eine der Lieferungen erfolgte über Buts Firma Air Cess mit einer togoischen Endnutzerbescheinigung.¹⁹¹ But bediente sich auch solcher Bescheinigungen aus anderen Ländern. 2002 zum Beispiel machte er einige Lieferungen von einem Rüstungsbetrieb namens Joy Slovakia in der Republik Moldawien aus. Die Endnutzerbescheinigung lautete auf Guinea. Die Waffen landeten bei der UNITA.¹⁹²

Mit diesem steten Nachschub an Waffen hielt die UNITA der angolanischen Regierung weitere vier Jahre stand. Doch dann endete dieser bittere, langwierige Konflikt völlig überraschend, ja praktisch über Nacht. Am 22. Februar 2002 wurde Jonas Savimbi von angolanischen Regierungskräften aufgegriffen und ermordet.¹⁹³ Sein Stellvertreter starb vierzehn Tage später an Diabetes.¹⁹⁴ Ohne ihren charismatischen Führer fiel die UNITA auseinander. Man erklärte sich daher bereit, den Kampf aufzugeben. Sechs Wochen nach Savimbis Tod unterzeichnete die Parteien einen Waffenstillstand, der den Bürgerkrieg in Angola beendete.¹⁹⁵ Savimbi war ein kluger Kopf, verbissen und voll manischer Energie. Doch bei aller Energie hätte er diesen jahrelangen brutalen Krieg nie allein mit seinen Anhängern in der UNITA führen können. Dafür brauchte es mächtigere Kollaborateure, erst im Westen, dann in der Schattenwelt von Waffenhändlern, Industriellen und korrupten Präsidenten. Wären sie nicht bereit

gewesen, UNITA und MPLA mit Waffen zu versorgen, der Angolakonflikt hätte nicht 500000 Menschen das Leben gekostet,¹⁹⁶ hätte nicht über 70000 Menschen mit verstümmelten Gliedern zurückgelassen,¹⁹⁷ hätte nicht 4,5 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen und ihrer Heimat beraubt.¹⁹⁸

Der Waffenbasar: Somalia

Der Staat Somalia existiert nicht mehr. Nach einem brutalen Bürgerkrieg und dem Sturz des diktatorisch regierenden Präsidenten Siad Barre 1991 ist es dem Land nicht mehr gelungen, sich auf eine Regierung zu einigen.¹⁹⁹ Stattdessen kontrollieren lokale Kriegsherren große Teile des Landes. Sie regieren Ministaaten, die einzig und allein auf Banditentum und Entrechtung basieren. Ein Land, das einst als einziger eigentlicher Nationalstaat Afrikas angesehen wurde, ist in alte Stammesstrukturen zurückgefallen; Klans und Unterklassen fordern ihre Rechte vom Einzelnen und geben einen letzten Halt.²⁰⁰ Die vielfältigen Kräfte, die in einem Land von der Größe Somalias wirken, sich gegenseitig lähmen und das Land verkümmern lassen, sind für Außenstehende kaum zu durchschauen. Klar ersichtlich aber ist, dass die massenhafte Verbreitung von Kleinwaffen den Auflösungsprozess in dramatischer Weise beschleunigt hat. Mit wenig Geld und minimaler logistischer Unterstützung lässt sich leicht eine Miliz aufstellen. Die einfachen Bürger sehen sich pausenlos streunenden Privatarmeen gegenüber, ohne Hoffnung auf Schutz durch den Staat oder auf internationale Hilfe. Somalias militarisierte Gesetzlosigkeit und der fehlende Wille, sich auch nur dem Schein nach an die von der UNO verhängten Waffenembargos zu halten, haben das Land mit seiner grassierenden Piraterie und der zunehmenden Bereitschaft, das Terrornetzwerk Al-Qaida zu unterstützen, längst auch zur Bedrohung für die globale Sicherheit gemacht.

Im Zuge der Dekolonisationswelle in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts erhielten auch zwei Gebiete ihre Unabhängigkeit, die zuvor von Großbritannien und Italien kontrolliert worden waren: Britisch-Somaliland im Norden und Italienisch-Somaliland im Süden und Osten. Beide Landesteile bildeten einen Bund, der das heutige Somalia hervorbrachte.²⁰¹ Doch von Anfang an herrschten Spannungen. Die Somali im Norden befürchteten, die Regierung

in der Hauptstadt Mogadischu könnte sich mehr um die Interessen des Südens kümmern und den Norden vernachlässigen. Klans im Süden, wie die Hawiye und die Darod, argwöhnten, man würde die Macht in Mogadischu zentralisieren und nicht mehr auf sie hören. 90 Prozent aller Bewohner des riesigen Landes sind Somalier, aber ein geeintes Somalia hat es nie gegeben: Es gab eine derartige Vielzahl von Ideologien und Interessengruppen, dass bei den ersten Wahlen des Landes sechzig Parteien antraten.²⁰²

Die Streitigkeiten zwischen Parteien und Klans fanden 1969 ein abruptes Ende, als ein Militärputsch Mohamed Siad Barre an die Macht brachte. Er herrschte zweiundzwanzig Jahre lang, bis auch er gestürzt wurde. Somalias geographische Lage an der Ostküste Afrikas, mit seinem Zugang zu den großen Schifffahrtsstraßen und seiner relativen Nähe zum Mittelmeer, machte es zum Spielball der Großmächte. Bereits ab 1962 wurde das Land von der Sowjetunion unterstützt, die in beträchtlichem Umfang Hilfsgüter lieferte, vor allem militärischer Art. Nachdem Barre Präsident geworden war, stockten die Sowjets diese Militärhilfe auf, und bald schwamm das Land in Waffen. Allein zwischen 1973 und 1977 soll die Sowjetunion Waffen im Wert von 260 Millionen an Barres Regime geliefert haben.²⁰³ Als Somalia 1977 Krieg um das äthiopische Ogadengebiet führte, stellte sich die Sowjetunion auf die Seite des kommunistischen Äthiopien. Somalia wandte sich daraufhin den USA zu und erhielt auch hier Unterstützung. Trotz vorliegender Beweise für die Brutalität von Barres repressivem Regime lieferten die USA Somalia zwischen 1981 und 1991 Waffen im Wert von 154 Millionen Dollar.²⁰⁴ Die bei weitem größte Hilfe kam jedoch von der ehemaligen Kolonialmacht Italien. Italien lieferte Barre in den vier Jahren nach 1978 Waffen im Wert von 380 Millionen Dollar, fast 100 Millionen Dollar pro Jahr.²⁰⁵ Auf diese Weise verfügte Somalia schließlich über eine der größten und mächtigsten Streitkräfte auf dem afrikanischen Kontinent.

Barre war angetreten, um einen »wissenschaftlichen Sozialismus« im Land durchzusetzen. Tatsächlich verfolgte er nur ein größtmögliche Konzentration der Macht.²⁰⁶ Zur Machtsicherung diente ihm ein mit sowjetischer Hilfe grotesk angeschwollener Militärapparat. Das Land versank unterdessen in Misswirtschaft: 1975 kam es zu einer Hungersnot, bei der 20000 Menschen starben. 20 Prozent der Landbevölkerung Somalias flüchteten in Hilfslager.²⁰⁷

Als Barre sich dem Westen zuwandte (und dafür reich belohnt wurde), war das Land praktisch am Ende.²⁰⁸ In den achtziger Jahren gab Barre die Planwirtschaft auf, liberalisierte den Handel, verzichtete sogar auf Devisenkontrollen: Ab sofort konnten Kaufleute in jeder beliebigen Währung, die sich über dunkle Kanäle beschaffen ließ, Güter ein- und ausführen.²⁰⁹ Das Regime hielt sich hauptsächlich mithilfe militärischer und humanitärer Hilfe aus dem Ausland über Wasser. 80 Prozent der Hilfe (die 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachten) wurde dabei nachweislich für militärische Ausgaben abgezweigt.²¹⁰ Die Regierung, wenn man von einer solchen noch sprechen konnte, war nur noch am Machterhalt interessiert, und dafür war sie bereit, die notleidende Bevölkerung vollends auszubluten.²¹¹

Bereits ab Ende der siebziger Jahre hatten sich mehrere Widerstandsbewegungen gegen das Barre-Regime formiert. Ende der Achtziger hatten sie seine Macht fast gebrochen. Klans im Norden und Süden des Landes profitierten von der großzügigen Militärhilfe von Äthiopien. Mit dem Ende des Kalten Krieges ließ überdies die Unterstützung aus dem Westen nach, die zuletzt Barres wichtigste Einkommensquelle gewesen war. Von 1988 an tobten in ganz Somalia Kämpfe. Im Januar 1991 ergriff Siad Barre schließlich die Flucht.

Nachdem Barre vertrieben war, begann der Kampf der Klans um die Kriegsbeute. Lokale »starke Männer« nutzten ihre relativen Machtpositionen zum Aufbau von Milizen. Man begann, das Land im großen Stil auszuschlachten. Die Verwaltung wurde demontiert, staatliche Einrichtungen an private Interessenten verkauft.²¹² Das Geld diente der Aufrüstung einer immer größere Kriegsmaschinerie.

Besonders hart waren die Auswirkungen des Bürgerkrieges für die Bevölkerung. Während der Kämpfe zwischen 1988 und 1991 kamen allein im Norden von Somalia 100000 Menschen ums Leben, größtenteils durch wahllose Bombenflüge und den Artilleriebeschuss von Städten.²¹³ Die Infrastruktur wurde gezielt vernichtet: Brunnen wurden mit Leichen vergiftet, Wasserspeicher unter Beschuss genommen, Märkte geschlossen. Der Viehbestand des Landes wurde um die Hälfte dezimiert – mit verheerenden Auswirkungen für eine größtenteils agrarische Ökonomie.²¹⁴ Völlig hilflos war die Bevölkerung daher 1991 einer Dürreperiode ausgesetzt, bei der in der Region um Baidoa zwischen 300000 bis 500000 Menschen starben. Die Betroffenen erhielten keine nennenswerte Hilfe,

da die drei sich befehrenden Kriegsherren der Region das Gebiet, das als »Todesdreieck« bekannt wurde, eingekesselt hatten.²¹⁵ Hunderttausende Menschen flohen. Im Süden des Landes waren es über 1,7 Millionen, ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Region. Einige siedelten sich in Mogadischu an, wo in begrenztem Rahmen Hilfsgüter zur Verfügung standen. Als die kriegführenden Parteien auf Mogadischu marschierten, sahen die Flüchtlinge sich erneut zur Flucht gezwungen.²¹⁶

1992 bereits ertrank Somalia in Waffen, eine Situation, an der sich bis heute nichts geändert hat, obwohl die UNO noch im selben Jahr ein Waffenembargo über das Land verhängte. Waffen gehören zum Alltag; 64 Prozent der Somalier besitzen ein Gewehr oder mehrere.²¹⁷ Es gibt sogar Waffenmärkte unter freiem Himmel. Der größte dieser Waffenbasare ist der Huwaika-Markt in Mogadischu.²¹⁸ Dort stehen zu jedem beliebigen Zeitpunkt wenigstens vierhundert Waffenhändler, die Waffen in großen Mengen zu erschwinglichen Preisen feilbieten: 25 Dollar für Handgranaten, 100 Dollar für Landminen und 140 bis 600 Dollar für alle Arten von Kalaschnikows.²¹⁹ Es ist ein äußerst lukratives Geschäft. »Ich bin gerade mal fünf Jahre im Waffengeschäft«, berichtete einer dieser Waffenhändler einem Reporter von Reuters, »aber ich konnte mir schon drei Häuser bauen, und ich habe auch Geschäfte für meine beiden Frauen aufgemacht.«²²⁰

Daher können die Führer der Klans auf die einfachste Weise eine Miliz auf die Beine stellen und ausrüsten. Tricks, um internationale Kontrollen zu umgehen, müssen nicht angewendet werden. Viele Milizen finanzieren sich durch Plünderung: Sie stehlen so viel, wie sie brauchen, um über den Tag zu kommen und um bei den Waffenhändlern vor Ort ein Magazin neue Munition zu kaufen.²²¹ Andere errichten Straßensperren und erheben Mautgebühren. Eine wichtige Einnahmequelle ist darüber hinaus der Handel mit Khat – einer hochgradig suchterzeugenden pflanzlichen Droge, die man im ganzen Land kaut.²²²

Bei Bürgerkriegen rund um die Welt stellt sich immer wieder die Frage, woher die Massen von Waffen kommen; im Fall von Somalia ist die Antwort klar: Das größte Kontingent stammt aus den Arsenalen des gestürzten Barre-Regimes.²²³ Als Barres Macht schwand, plünderten Soldaten die Waffenkammern und verkauften sie an Händler, um nicht zu verhungern. Die maßlose Militärhilfe aus

dem Westen diene auf diese Weise dazu, die verschiedenen Gruppen von Banditen und Milizen zu bewaffnen, die heute das Land dominieren. Seit 2006 sind große Mengen an Waffen aus Äthiopien hinzugekommen, vor allem zur Unterstützung jener Milizen, die gegen die islamistische Gruppierung Al-Schabaab kämpfen.²²⁴ Auch UNO-Soldaten, die hier und da als Friedenstruppe im Land stationiert wurden, hat man dabei beobachtet, wie sie ihre von den Vereinten Nationen ausgegebenen Waffen an die Händler vor Ort verkauften.²²⁵

Das Fehlen jeglicher Polizeigewalt in Somalia macht es internationalen Waffenhändlern leicht, neue Waffen ins Land zu bringen, trotz des UNO-Embargos, das nach wie vor gilt. »Es kommt zu zahlreichen und regelmäßigen Verstößen gegen das Embargo – durch Einzelpersonen, Gruppierungen und politische Führer, lokale und regionale Regierungen sowie Akteure von außerhalb«, beklagte ein UNO-Bericht von 2002. »Die Verstöße sind genau genommen so zahlreich, dass jeder Versuch einer Dokumentation aller Aktivitäten sinnlos wäre.«²²⁶

Zwei Beispiele mögen einen Eindruck davon vermitteln, wie die Waffenhändler operieren. Im Juni 1992, kaum sechs Monate nach Inkrafttreten des Waffenembargos, organisierte und finanzierte einer der berüchtigtsten Waffenhändler der Welt, Monzer al-Kassar, eine große Lieferung Waffen in die vom Krieg zerrissene Region.²²⁷ Al-Kassar hatte in den achtziger Jahren gute Kontakte zu polnischen Waffenfabrikanten aufgebaut. Viele der Waffen, mit denen er die nicaraguanischen Rebellen während der Iran-Contra-Affäre belieferte, kamen aus Polen.²²⁸ In den neunziger Jahren schmuggelte al-Kassar polnische Waffen nach Kroatien, unter Verstoß gegen das damals über den Balkan verhängte Embargo. Sein wichtigster Kontakt in Polen war ein gewisser Jerry Dembrowski, Direktor der polnischen Rüstungsfirma Cenrex.²²⁹ Dembrowski verkaufte UNO-Berichten zufolge die Waffen an al-Kassar, der sie dann mit gefälschten Endnutzerbescheinigungen der Volksdemokratischen Republik Jemen nach Kroatien schmuggelte. Wohlgemerkt: die »Volksdemokratische« Republik existierte zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr, genau genommen seit dem Mai 1990, als sie sich mit der »Arabischen Republik Jemen« zur »Republik Jemen« zusammenschloss.²³⁰

Im Mai 1992 plante al-Kassar die Lieferung eines zweiten Kontingents Waffen, diesmal nach Somalia. Die Situation gestaltete sich in diesem Fall etwas

komplizierter. Seine Dokumente hatten in Polen ausnahmsweise doch Verdacht erregt, und die Behörden sahen sie sich genauer an. Zum Glück für al-Kassar und Dembrowski hatte Polen sich zu ebenjener Zeit bereit erklärt, den frischgebackenen Streitkräften Lettlands eine beträchtliche Menge Waffen zu schenken. Dembrowski freundete sich mit dem Chef der Heeresbeschaffung im lettischen Verteidigungsministerium, Janis Dibrancs, an. Dibrancs erklärte sich bereit, Dembrowski aus der Klemme zu helfen, und lieferte ihm Dokumente, laut denen die für Somalia gedachten Waffen für Lettland bestimmt waren. Im Gegenzug versprach Dembrowski dem Letten, das Waffengeschenk der Polen würde noch großzügiger ausfallen. Am 10. Juni 1992 erteilte der polnische Zoll der MS *Nadia* die Auslaufgenehmigung, und das Schiff fuhr nach Lettland. Nur ein Bruchteil der Waffen wurde dort gelöscht, aber Dibrancs unterschrieb eine Quittung, aus der hervorging, dass er die Waffen erhalten habe. Dann setzte der Rest der Ladung die Reise fort: 1000 Maschinenpistolen, 100 Handgranaten, 300 Kalaschnikows, 150 Panzerbüchsen, 10000 Mörsergranaten und 3450000 Schuss Munition für die Kalaschnikows. Von Litauen nahm die MS *Nadia* Kurs auf einen vereinbarten Liegeplatz vor der Küste Somalias, wo die Waffen von einem anderen Schiff abgeholt und ans Festland transportiert wurden.²³¹

Geliefert wurden die Waffen an Ali Mahdi Mohamed, einen der bekanntesten Milizenführer. Vor dem Krieg hatte Mohamed ein Vermögen in der Baubranche verdient. Außerdem verfügte er über gute politische Beziehungen – nach Barres Sturz ernannte man Mohamed zum Präsidenten von Somalia. In dieser Position verkaufte er in großem Stil Staatseigentum, um Geld für sich und seine Miliz aufzutreiben, die große Teile des somalischen Südens unter ihre Kontrolle zu bringen versuchte.²³² 1991 verkaufte er die gesamte somalische Staatsflotte: fünf Schiffe, die unter der Flagge der Somali High Seas Fishery Corporation (SHIFCO) gefahren waren. Die Flotte, die in den achtziger Jahren ein Geschenk italienischer Werften gewesen war, ging für die lächerliche Summe von 500000 Dollar an Omar Munye, einen somalischen Politiker mit Verbindungen zum Jemen.²³³

So war es denn auch ein Schiff aus der SHIFCO-Flotte, das al-Kassars Lieferung vor der Küste in Empfang nahm und ans Festland lieferte.²³⁴

Der Fall steht für die ganze Tragödie Somalias: Zum Erwerb von Waffen wird Staatseigentum enteignet und die Infrastruktur des Landes zerstört um

Staatseigentum geplündert und die Infrastruktur des Landes zerstört, um schließlich mit dem Einsatz der erworbenen Waffen das Land nur noch mehr zu zerstören.

Ein zweites Beispiel: Im Juni 2010 standen im Süden des amerikanischen Bundesstaats Florida zwei Männer vor Gericht: Chanoch Miller und Joseph O'Toole. O'Toole, ein US-Bürger, hatte im Iran-Contra-Skandal Waffen geliefert.²³⁵ Miller ist ein bekannter israelischer Waffenhändler, der früher eine leitende Position bei der israelischen Firma Radom Aviation bekleidet hat.²³⁶ O'Toole und Miller arbeiteten zusammen von verschiedenen Operationsbasen in den USA und Israel aus, um eine Luftfracht von grob geschätzt 24 Tonnen Kleinwaffen und Munition aus Bosnien nach Somalia zu schaffen.²³⁷ Miller war vor allem dafür zuständig, die falschen Endnutzerbescheinigungen zu organisieren. Die Lieferung war, den Papieren nach, für den Tschad bestimmt, der nicht von einem Waffenembargo betroffen war. O'Toole sollte eine kleine Kommission von gerade mal 4000 Dollar dafür bekommen, den Kontakt zwischen Miller und einem Spediteur zu vermitteln.²³⁸

Der Mann, an den sie sich wegen des Transports wandten, war ein Informant des amerikanischen Zolls. Im Verlauf von zwei Monaten tauschten O'Toole und Miller E-Mails mit dem Informanten aus und schickten ihm dann Verträge, um den Deal zu besiegeln, für den der Informant 142000 Dollar pro Flug erhalten sollte.²³⁹ Miller prahlte in einer Mail damit, »genügend Fracht für 100 Flüge« zu haben, falls der erste erfolgreich über die Bühne ging.²⁴⁰ Das hätte bedeutet, dass er etwa 1200 Tonnen Material bereitliegen hatte. Als sich die erste Lieferung verzögerte, setzte Miller sich mit dem Informanten in Verbindung und organisierte einen anderen Deal, bei dem er die Kalaschnikows direkt über den Informanten zu beschaffen gedachte, die dann über Panama nach Somalia gehen sollten.²⁴¹ Mitte Juni 2010 verhaftete man die beiden Männer und stellte sie wegen Waffenhandels in sieben Fällen vor Gericht. Im Falle einer Verurteilung mussten Miller und O'Toole mit Geldbußen von bis zu 500000 Dollar und bis zu zwanzig Jahren Haft rechnen.

Im Oktober 2010 gingen Joseph O'Toole und Chanoch Miller einen Geständnishandel mit den Behörden ein. Im Gegenzug dafür, dass man einen großen Teil der Vorwürfe fallenließ, gestanden O'Toole und Miller, »Verteidigungsmaterial aus den Vereinigten Staaten nach Somalia, einem mit einem Embargo belegten Staat, exportiert zu haben, ohne eine Lizenz oder

schriftliche Genehmigung vom US-Außenministerium einzuholen«. Sie schilderten, wie sie bei ihrem Versuch, in Bosnien siebenhundert Kalaschnikows zu erwerben und mithilfe gefälschter Endnutzerbescheinigungen nach Somalia zu schicken, gescheitert waren. Darauf hatten sie sich an den Informanten gewandt, der die Waffen aus Depots in Panama und den USA selbst zu beschaffen versprach. Nachdem sie dies gestanden hatten, drohten den beiden Angeklagten nur noch maximal fünf Jahre Gefängnis. Tatsächlich bekam O'Toole dann eine Haftstrafe von einem Jahr und einem Tag und eine Geldbuße von 100 Dollar. Dazu kam nach der Haft eine Bewährungszeit von zwei Jahren, in denen er sich nichts zuschulden kommen lassen darf, sonst wird die durch die Bewährung erwirkte Milde der Strafe hinfällig.²⁴² Miller bekam achtzehn Monate Haft und ebenfalls eine Geldstrafe von 100 Dollar. Er darf sich danach drei Jahre nichts zuschulden kommen lassen.²⁴³

Die Situation in Somalia betrifft die westliche Welt heute mehr denn je. Aus dem regionalen Konflikt hat sich längst eine weltweite Bedrohung entwickelt. Seit 2007 ist die Anzahl von Piratenüberfällen auf die internationale Schifffahrt am Horn von Afrika drastisch gestiegen (zwischen 2007 und 2010 um 220 Prozent).²⁴⁴ Wie die Milizen an Land, so haben auch die Piraten technisch aufgerüstet und sind jetzt in der Lage, größere Schiffe anzugreifen, selbst Zehntausend-Tonnen-Frachtschiffe und Öltanker.²⁴⁵ Außerdem operieren sie nicht mehr nur vor der Küste, sondern unternehmen Raubzüge, die sie mitunter bis zu den Seychellen führen.²⁴⁶

Am 25. September 2008 enterte eine Gruppe von zweiundsechzig Männern einen ukrainischen Frachter, die MS *Faina*.²⁴⁷ Die Piraten verlangten ein Lösegeld von 20 Millionen Dollar für die Herausgabe des Schiffes, das 2320 Tonnen Militärgerät und Munition geladen hatte, darunter 33 Panzer aus russischer Produktion.²⁴⁸ Nicht auszudenken, was geschehen würde, wenn diese Panzer in die falschen Hände gerieten. Ein Freikauf war also dringend geboten. Nach monatelangen angespannten Verhandlungen erklärten die Piraten sich schließlich im Februar 2009 bereit, das Schiff für ein Lösegeld von angeblich 3,2 Millionen Dollar herauszugeben.²⁴⁹ Es ist nicht ganz klar, für wen die Waffen bestimmt waren. Kenia reklamierte die Ladung für sich und betonte, die Waffen seien legal gekauft worden; das Ladungsverzeichnis schien jedoch darauf hinzudeuten, dass die Waffen für den südlichen Sudan bestimmt waren.²⁵⁰

Piraterie und Schmuggel – seit jeher wichtige Einnahmequellen für Somalias Wirtschaft – hatten nach dem Zusammenbruch des Barre-Regimes 1991 massiv zugenommen, da die Häfen, heftig umkämpft von den Milizen, für jeden zugänglich geworden worden.²⁵¹ Angesichts der Tatsache, dass viele der Milizen kaum mehr als kriminelle Banden waren, konnten Piraten ungestraft operieren. Die Waffen, mit denen Somalia seit 1992 überschwemmt wurde, haben »die Schlagkraft der Piraten um ein Vielfaches erhöht«. ²⁵² Rob de Wijk, ein Experte in Sachen Piraterie, erklärte: »Während Piraten in der Vergangenheit mit Messern und Faustfeuerwaffen arbeiteten, sind sie heute mit Sturmgewehren vom Typ AK-47 oder M-16 und RPGs ausgerüstet.«²⁵³

Wie die meisten von Somalias kriminellen Klans und Milizen können auch die Piraten sich auf Waffenlieferungen aus dem Jemen verlassen oder kaufen sie auf den lokalen somalischen Waffenmärkten, um ihre Arsenale zu füllen. Einige der Händler auf diesen Märkten helfen sogar beim Transport. So nehmen Waffenhändler in Mogadischu Anzahlungen von Piraten über das Hawala-Finanzsystem an und bringen die Waffen dann mit Lkw zu den Verstecken der Piraten, die größtenteils in der Provinz Puntland liegen. Bei Erhalt ist der Rest des Betrags fällig.²⁵⁴ Abgesehen davon, dass die Händler von Mogadischu den Piraten damit einen stetigen Nachschub an Waffen garantieren, ersparen sie den Piraten auch die Reise in Gebiete, in denen sie eventuell mit Gefangennahme oder Bestrafung rechnen müssten.

Neben der Piraterie ist es vor allem das Erstarken der islamistischen Al-Schabaab-Organisation, die international mit Sorge betrachtet wird. »Schabaab« bedeutet »Jugend«, und der vollständige Name der militanten Gruppierung lautet »Bewegung der Mudschaheddin-Jugend«. Al-Schabaab war früher Teil der fundamentalistischen Union Islamischer Gerichte (ICU) gewesen, die im Jahr 2006 Mogadischu und weite Teile des Südens unter ihre Kontrolle bringen konnte. Im selben Jahr hatte sich Al-Schabaab von der ICU abgespalten, weil sie den Dachverband für zu gemäßigt hielt. Seither ist Al-Schabaab im Wachsen begriffen. 2010 zählte die Organisation bereits an die 10000 Kämpfer und hat weite Teile Süd- und Zentralsomalias in ihrer Hand.²⁵⁵ Heute ist Al-Schabaab die »mächtigste bewaffnete Gruppierung im Land und kontrolliert ein größeres Gebiet als jede andere Gruppierung«. ²⁵⁶ Im August 2010 eroberten Al-Schabaab-Milizen Teile der Hauptstadt Mogadischu und marschierten Ende August

schließlich auf den Präsidentenpalast. Nur im letzten Moment konnten sie von der Friedenstruppe der Afrikanischen Union (AMISOM) gestoppt werden, die angerückt war, um der ICU beizustehen, die in der Region seit einigen Jahren wenigstens für annähernd stabile Verhältnisse sorgte.²⁵⁷ Selbst US-Präsident Obama hat sich bereit erklärt, der ICU 40 Tonnen Waffen für die Verteidigung zu liefern.²⁵⁸ Ein bemerkenswerter Schritt: Al-Schabaab ist eine derart ernste Bedrohung für den internationalen Frieden geworden, dass eine anti-demokratische Organisation wie die ICU dagegen wie ein Bollwerk der Freiheit wirkt.

Wie die meisten somalischen Milizen bezieht Al-Schabaab seinen steten Waffennachschub vor allem aus afrikanischen Ländern, deren Grenzen so vorteilhaft durchlässig sind. Einer ihrer größten Lieferanten ist Eritrea, das in Al-Schabaab einen Verbündeten gegen Äthiopien gesucht und gefunden hat. Äthiopien war 2006 in Somalia einmarschiert, um den islamistischen Einfluss zurückzudrängen, der auf die eigene Bevölkerung überzuschwappen drohte. Der Einmarsch hatte einen sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen von Al-Schabaab zur Folge.²⁵⁹ Eritrea und Äthiopien stehen sich seit Langem feindlich gegenüber – Somalia ist da nur eine weitere Front.²⁶⁰

Das Leben unter dem Regime von Al-Schabaab ist unerbittlich. Die Gruppe garantiert ihren Anhängern ein gewisses Maß an Ordnung und Stabilität, doch man erkaufte sie zu einem hohen Preis. Es gibt keine Versammlungs-, Meinungs- oder Religionsfreiheit; Bespitzelungen sind an der Tagesordnung; sich politisch zu betätigen ist ebenso verboten wie rauchen. Jedes »Vergehen« wird nach den Regeln der Scharia bestraft – es gibt öffentliche Auspeitschungen, Amputationen, Steinigungen. Frauen müssen die Kleidervorschriften des Islam beachten und dürfen nicht in der Öffentlichkeit arbeiten – was vielen somalischen Familien zum Verhängnis geworden ist, deren Männer entführt oder getötet wurden.²⁶¹

Aber Al-Schabaabs wachsender Einfluss auf die Bevölkerung Somalias bedroht nicht nur das Leben der Menschen im Land. Die Gruppe wird immer wieder mit Al-Qaida in Verbindung gebracht. Wenn auch nicht alle Mitglieder von Al-Schabaab Radikal-Islamisten sind, große Teile sind es gewiss. Das bestätigen die Ereignisse vom Dezember 2009.²⁶² Am ersten Weihnachtsfeiertag schlug ein Bombenattentat auf eine Maschine der KLM während ihres Flugs von

den Niederlanden in die USA fehl. Eine mit Al-Qaida verbündete Gruppe im Jemen übernahm die Verantwortung. Als man befürchtete, die USA könnten mit Angriffen im Jemen Vergeltung üben, bot Al-Schabaab Al-Qaidas jemenitischen Zellen Kämpfer zur Unterstützung an.²⁶³ Osama bin Laden erwähnte Al-Schabaab in verschiedenen Botschaften und lobte die Aktivitäten der Gruppe. Al-Schabaab steht heute in den USA auf der Liste der Terrororganisationen; man befürchtet, die Gruppe könnte zur Ausbildungsorganisation für Terroristen werden. Es ist bekannt, dass eine kleine Gruppe von Kämpfern, die zum Kern von Al-Schabaab gehören, nicht aus Somalia stammt, sondern vorher in radikal-islamistischen Bewegungen in Ländern wie Pakistan und Afghanistan aktiv war.²⁶⁴ Im September 2010 vermeldete der Chef des britischen Geheimdienstes MI5, dass sich über hundert britische Staatsbürger in Somalia aufhielten, wo sie sich Al-Schabaab angeschlossen hätten, um sich zu Kämpfern ausbilden zu lassen. Seither geht für Großbritannien die größte potentielle Terrorgefahr von Somalia aus.²⁶⁵

Im Sommer 2011 herrschte in Teilen Somalias die schlimmste Dürre seit sechzig Jahren, Hunderttausende litten unter einer Hungersnot. Den betroffenen Menschen Hilfsgüter zukommen zu lassen gestaltete sich schwierig, nicht zuletzt deshalb, weil die US-Regierung Al-Schabaab als Terrororganisation eingestuft hatte. Susan Rice, die amerikanische Botschafterin bei der UNO, wies hingegen die Hauptschuld Al-Schabaab zu, da die Organisation gezielte Hilfsmaßnahmen im Land erschwere, zum Teil unmöglich mache.²⁶⁶

Vielleicht wäre es zu der fatalen Situation nie gekommen, wenn die internationale Gemeinschaft, insbesondere Großbritannien und die USA, sich bereits früher der Probleme der somalischen Menschen angenommen und allem voran den Zufluss von Waffen unterbunden hätte. Ein hochrangiger Politiker, der die Region gut kennt, sagte mir: »Somalis in den Golfstaaten sind Multimillionäre. Einige haben Verbindungen zu den Saudis. Die Behörden in den USA haben den Zustrom von Waffen zugelassen, manchmal weil sie nicht wussten, wie sie intervenieren sollten, aber oft genug, weil sie aus nachrichtendienstlichen Gründen keinen Bedarf sahen, zu intervenieren. Sie haben ihren Kontakt zu ein paar wichtigen Leuten, und den wollen sie nicht aufs Spiel setzen. Somalia ist ein besonders drastisches Beispiel für einen Blowback-Effekt, unter dem wir nun leiden.«²⁶⁷

»Du bist nichts ohne Kalaschnikow«: Sudan und Darfur

Darfur geriet im Jahr 2003 in den Fokus der Weltöffentlichkeit, als der seit langem schwelende Konflikt zwischen schwarzafrikanischen Stämmen im Süden des Landes und der vorwiegend aus Sudanarabern bestehenden Regierung mit unvorstellbarer Grausamkeit ausbrach. Die Regierung ging mit solcher Härte gegen die um mehr Mitbestimmung kämpfenden Bewohner der Darfur-Region vor, dass im Juli 2010 vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Haftbefehl gegen Präsident al-Baschir erlassen wurde – wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Verdachts auf Völkermord. Es ist dies der erste Haftbefehl, der gegen einen amtierenden Staatschef erlassen wurde. Al-Baschir wird seither »gesucht«.

Anders als Somalia ist der Sudan ein ausgesprochener Vielvölkerstaat mit über hundert Ethnien und Sprachen.²⁶⁸ Der Norden ist vorwiegend muslimisch, seine politische Elite größtenteils arabisch, während der Süden vorwiegend aus Schwarzafrikanern besteht, von denen nur einer geringerer Teil muslimisch ist.²⁶⁹ In der Region Darfur stammt die Bevölkerung größtenteils vom Volk der Fur ab (daher »Darfur«, was »Land der Fur« bedeutet). Die Menschen sehen sich als schwarzafrikanisches Hirtenvolk, das – im Gegensatz zu den Menschen weiter im Süden – vor allem aus Muslimen besteht.²⁷⁰ Die Grenzen waren willkürlich von den Kolonialmächten gezogen worden; heute leben die Darfuris auch in den Nachbarländern, zum Beispiel im Tschad. Das hat zur Folge, dass sudanesishe Konflikte auch immer die Nachbarländer betreffen und umgekehrt.²⁷¹

Seit das Land 1956 die Unabhängigkeit von den britischen Kolonialherren erhalten hat, dominiert die Elite des Nordens das politische Geschehen. Die Sudanaraber folgen damit nur der Tradition der Briten, die es vorgemacht hatten, dass der Norden regiert und der Süden zu gehorchen hat. Dies führte im Süden schließlich zu Unmut. Die Menschen bezeichneten sich als »innerlich kolonialisiertes Volk«.²⁷² Doch die Regierung war nicht bereit, dem Süden relative Autonomie und mehr Rechte in einem föderalistischen Bund zuzugestehen. Die Entdeckung von Öl im Süden besserte nichts, verschärfte die Lage nur.²⁷³

Die Spannungen führten zu zwei grausamen Bürgerkriegen, von 1955 bis

1972 und von 1991 bis 2005. Letzterer hat Schätzungen zufolge fast zwei Millionen Menschen das Leben gekostet. Die meisten Opfer stammen aus dem Süden, wo der größte Teil der Kampfhandlungen stattfand. 300000 Menschen flohen ins benachbarte Ausland.²⁷⁴

Wie in Somalia, so hat auch im Sudan der Kalte Krieg für eine unnötige Verlängerung des Bürgerkriegs gesorgt. Zunächst erhielt der Sudan sowjetische Unterstützung; als Mitte der siebziger Jahre die Beziehung zur UdSSR abgekühlte, war es damit zu Ende. Danach kam die Militärhilfe von verschiedenen westlichen Staaten, vor allem von den USA. Wiederum wussten die USA um die eklatanten Menschenrechtsverletzungen im Land, und doch war der Sudan bis in die späten achtziger Jahre, dem US-Außenministerium zufolge, der »größte Einzelempfänger US-amerikanischer Entwicklungs- und Militärhilfe in Schwarzafrika.«²⁷⁵

Trotz aller Hilfe aus dem Ausland hatte die sudanesisch Regierung in Khartum Mühe, den anhaltenden Krieg zu finanzieren, worunter auch die Kampfmoral der Truppe litt. General Abdel Rahman Suwar al-Dahab verkündete 1985 daher eine neue Strategie für die Miliz: Die Regierung heuerte im Süden des Sudan Gruppierungen an, die den Unabhängigkeitsbestrebungen ablehnend gegenüberstanden, und bewaffnete diese. Diese Milizen sollten die Stoßtruppen der Regierung sein und hatten Befehl, »Gemeinden zu verwüsten«, die die Rebellen im Süden des Sudan unterstützten.²⁷⁶ Diese »ethnisch ausgerichteten Tötungen« fanden in einem »quasi rechtsfreien Raum statt.«²⁷⁷ Sie waren ein grausiger Probelauf für die späteren Massaker an den Dafuris. Da die Regierung die als Murahalin bekannten Milizen nicht bezahlte, sondern sie anwies, sich ihren Lohn durch Plünderung zu holen, gingen sie besonders brutal und schonungslos vor. Wie in Somalia fanden Waffen und Militärhilfe aus dem Westen ihren Weg in die Hände von skrupellosen Milizen, die für grausamste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren.

Der Nord-Süd-Konflikt blieb bestimmend für alle kriegerischen Auseinandersetzungen im Land. So auch in Darfur. Die Region ist ethnisch heterogen. Die Mehrheit der Fur bezeichnet sich als schwarzafrikanische Muslime. Die Zaghawa sind ebenfalls einheimische Afrikaner, die – wie die kleinere Gruppe der Masalit – Gebiete im Tschad beanspruchen. Alle drei Gruppen sind teils Bauern, teils Hirten; sie züchten und verkaufen Vieh, und die

meisten von ihnen sind Muslime.²⁷⁸ Eine Minderheit in Darfur sind arabische Hirten und Nomaden. Seit jeher gibt es Spannungen zwischen den arabischen Nomaden und der agrarischen afrikanischen Bevölkerung in Darfur; meist geht es um die Nutzung von Weideland und von Quellen. Historisch hat man diese Konflikte, die in Zeiten der Dürre verschärft auftreten, in aller Regel durch Vermittlung und Schlichtung gelöst.²⁷⁹ Doch Ende der achtziger Jahre hatten die Konflikte sowohl an Häufigkeit wie auch an Gewalttätigkeit zugenommen – was nicht zuletzt auf das Dahinschwinden nutzbarer Landflächen zurückzuführen war, das mit der Ausbreitung der Sahara einhergeht. Nicht weniger wichtig waren jedoch die Einmischung Libyens und der daraus resultierende Zustrom ungeheurer Mengen von Waffen nach Darfur. Oberst Gaddafis Traum von einem panarabischen Raum in Afrika war lange genug Theorie gewesen.²⁸⁰ 1975 begann er seine Vision umzusetzen, indem er einen nördlichen Streifen des Tschad annektierte und, wenn auch ohne großen Erfolg, den Rest des Landes anzugreifen begann. Zehn Jahre später wandte er sich an die Regierung des Sudan, ob er nicht Darfur als Stützpunkt für Angriffe auf den Tschad benutzen könne. Die sudanesishe Regierung, so wohlwollend sie Gaddafis panarabischer Vision gegenüberstehen mochte, war wohl eher von seinem Angebot an Öl und Waffen motiviert. Gaddafi wandte sich an diejenigen von Darfurs Arabern, die seiner Vision gegenüber offen waren, und bewaffnete sie. Eine ausgewählte Gruppe von ihnen ließ er in Libyen militärisch ausbilden und indoktrinierte sie mit seiner Lehre von der Überlegenheit der arabischen Völker. Etliche in Libyen ausgebildete Kommandeure taten sich später als Anführer der Dschandschawid-Milizen hervor, die für viele der grausamsten Taten in Darfur verantwortlich sind.²⁸¹

Libyens Einmischung hatte zur Folge, dass Waffen in der Region allgegenwärtig wurden. Bereits 1990 konnte man auf einem Markt in Darfur Kalaschnikows zu 40 Dollar das Stück erstehen. Ein populärer Slogan dokumentiert auf erschütternde Weise, wie sich die Gesellschaft verändert hatte: »*Kalash au bilash, Kalash begim al cash*«. ²⁸² »Ohne Kalaschnikow bist du nichts, mit Kalaschnikow machst du *cash*.«

Mit den Waffen kam die Propaganda. Es wurde gezielt das Vorurteil geschürt, dass die Afrikaner in Darfur, selbst wenn sie Muslime sein mochten, den arabischen Muslimen gegenüber ethnisch minderwertig seien. Ende der

achtziger Jahre erschien in Darfur eine Hetzschrift mit dem Titel *Qoreish 1*. Verantwortlich zeichnete die »Arabische Vereinigung«, die »Tadschammu al-Arabi«, die einen guten Draht zur Regierung hat. Die Schrift war ein Schlachtruf, eine Absichtserklärung gegen die afrikanische »Dominanz« in Darfur. Man beklagte den Mangel an arabischen Vertretern in der Lokalregierung Darfurs: »Sollte die Vernachlässigung der arabischen Rasse anhalten und man den Arabern weiterhin ihren Anteil an der Regierung verwehren, fürchten wir, dass die Macht der Kontrolle weiser Männer entgleiten und dem Pöbel zufallen könnte. Dann könnte es zur Katastrophe kommen, mit furchtbaren Konsequenzen.«²⁸³ Ein Jahrzehnt später, 1999, erschien *Qoreish 2*. Die Schrift skizzierte einen Plan, große Teile des Sudan und des Tschad für arabische Hirten und Nomaden zu übernehmen.²⁸⁴

Angesichts des unkontrollierten Zustroms von Waffen in die Gegend und der neuen militanten Ideologie konnte es nicht ausbleiben, dass die Gewalt eskalierte. Die örtliche afrikanische Bevölkerung, vor allem die Masalit, beklagten, von gewalttätigen arabischen Stoßtrupps überfallen worden zu sein. Widerstandsbewegungen bildeten sich, was die Regierung dazu veranlasste, den lokalen arabischen Milizen noch mehr Waffen zu liefern und die Eskalation der Gewalt noch zu schüren. Im Jahr 2000 erklärte der sudanesishe Präsident Omar al-Baschir Darfur zum Notstandsgebiet, was massive Repressalien gegen die dortigen Dissidenten zur Folge hatte.²⁸⁵

Die lokale afrikanische Bevölkerung war verzweifelt und gelangte zunehmend zu der Überzeugung, dass Khartum ihre Forderungen und die Not der Überfallenen bewusst übersah. Anfang des neuen Jahrtausends formierten sich in Darfur aus Protest gegen al-Baschirs militärische und politische Elite aus dem Norden zwei Widerstandsbewegungen: die Sudanesishe Befreiungsarmee (Sudan Liberation Army/Movement, SLA/M) und die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (Justice and Equality Movement, JEM).²⁸⁶ Wie in Somalia konnte auch hier der Widerstand sich reichlich aus lokalen Arsenalen bewaffnen.²⁸⁷ Die Waffen, die Libyen an Darfurs Araber geschickt hatte, sollten nun gegen Libyens Verbündete eingesetzt werden. Anfang 2003 begann die Widerstandsbewegung mit Angriffen gegen die sudanesishe Regierung. Im April zerstörten die Rebellen mit nur einem schweren Maschinengewehr und einer Panzerbüchse vom Typ SPG-9 fünf Kampfhubschrauber sowie zwei

Flugzeuge, Antonow-Frachtmaschinen, die für Bombenflüge und Öltransporte benutzt worden waren.²⁸⁸

Die Regierung in Khartum geriet in Panik. Man befürchtete einen zusätzlichen militärischen Konflikt, während man noch mit den Rebellen im Süden des Landes beschäftigt war. Al-Baschirs Regierung wandte sich in dieser Situation an die arabischen Gruppen in Darfur, die SLA und JEM feindlich gegenüberstanden, insbesondere die Reseigat, ein Nomadenvolk, das Khartum bereits früher für seine Kriege eingespannt hatte. Die arabischen Kämpfer wurden als »Dschandschawid« (»berittene Teufel«) bekannt,²⁸⁹ da sie ihre Angriffe zu Pferde ausführten und dabei mit Sturmgewehren um sich feuerten.²⁹⁰ Gleichzeitig befahl man in der Region eine Generalmobilmachung des mit einem übermächtigen Arsenal konventioneller Waffen ausgestatteten sudanesischen Militärs. Zusammen bildeten Regierungstruppen und Dschandschawid eine Streitmacht des Grauens. Angriffe begannen oft mit dem Bombardement von Darfur-Enklaven; dann rückten die Dschandschawid an und töteten alles, was noch lebte.²⁹¹

Ab 2003 nahm das Töten unfassbare Dimensionen an. Schätzungen zufolge sind während der letzten sieben Jahre im Darfur-Konflikt 300000 Menschen gestorben.²⁹² Seit 1991 sind als direkte Folge des Konflikts und des Bürgerkriegs im Süden des Sudan 2,2 Millionen sudanesischer Bürger umgekommen. Etwa 2,7 Millionen Menschen sind aus ihrer angestammten Heimat geflohen.²⁹³ Und auch wenn das massenhafte Abschlachten in den letzten Jahren aufgehört hat; vor allem seit dem Waffenstillstand zwischen SLA/M und der Regierung in Khartum 2005 sind blutige Zusammenstöße noch immer an der Tagesordnung.

Auch dieses an Völkermord grenzende Töten war nur möglich durch den problemlosen Zugang zu Waffen. Omar al-Baschirs Regime hatte von 1999 an massiv aufgerüstet. Bezahlt wurden die Waffen mit Geld aus den Ölfeldern im Süden, die früher wegen des anhaltenden Bürgerkriegs nicht zugänglich gewesen waren.²⁹⁴ Um die Ölfelder ausbeuten zu können, bildete der Sudan eine enge Allianz mit China. Von den neun profitablen Erdölblocks des Landes hat China Bohrkonzessionen für acht.²⁹⁵ Der asiatische Konzern liefert die Infrastruktur für Förderung und Verarbeitung des Öls und investiert in Maschinen, Straßen und Flugplätze.²⁹⁶ Was folgte, war eine Explosion sudanesischer Ölexporte nach China und im Gegenzug ein ungeheurer Zufluss chinesischen Geldes ins Land.

2001 zum Beispiel exportierte der Sudan Öl im Wert von knapp einer Milliarde Dollar nach China; bis 2006 waren diese Exporte auf über vier Milliarden Dollar gestiegen.²⁹⁷ Im Gegenzug dafür erklärte sich China zur Lieferung praktisch grenzenloser Kontingente billiger Leichtwaffen bereit. Zwischen 1999 und 2003 teilten China und der Iran sich 95 Prozent aller Kleinwaffenimporte des Sudan.²⁹⁸ Und zwischen 2003 und 2006 zeichnete China allein für 90 Prozent aller sudanesischen Kleinwaffenimporte verantwortlich – Waffen im Wert von 55 Millionen Dollar.²⁹⁹

Chinas Unterstützung des Al-Baschir-Regimes folgt allein wirtschaftlichen Interessen. Der Iran hingegen engagiert sich im Sudan aus ideologischen und regionalpolitischen Gründen. Die Zusammenarbeit der beiden Länder hat Tradition. 1991, um nur ein Beispiel zu nennen, besuchte der iranische Präsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani den Sudan, nachdem er gerade dem Beispiel al-Baschirs gefolgt war und auch in seinem Land die Scharia verschärft hatte. Er kam in Begleitung von hundertfünfzig Funktionären und erklärte, dass »die islamische Revolution im Sudan neben der Pionierleistung der Revolution im Iran zweifelsohne die Inspirationsquelle revolutionärer Bewegungen in der ganzen islamischen Welt sein wird.«³⁰⁰ Rafsandschani erklärte sich bereit, seinen Worten Taten folgen zu lassen: Kurz nach dem Besuch wurden rund zweitausend Angehörige der iranischen Streitkräfte in den Sudan geschickt, um al-Baschirs Soldaten auszubilden. Außerdem sicherte man dem Land finanzielle Hilfe in Millionen-Dollar-Höhe zu.³⁰¹

Wie viel Militärhilfe der Iran dem Sudan insgesamt hat zukommen lassen, ist nicht klar. Dass der Sudan zwischen 2004 und 2006 im Iran für 18 Millionen Dollar militärisches Gerät und Handfeuerwaffen gekauft hat,³⁰² ist sicher, aber über die Zeit danach ist wenig bekannt. Unbestritten ist, dass weiterhin Waffen geliefert wurden. Im März 2008 unterzeichneten Iran und Sudan einen Vertrag über eine erweiterte militärische Zusammenarbeit, in dem sich beide Seiten zum Austausch von Know-how auf verschiedenen Gebieten verpflichteten.³⁰³ Und im Juni 2010 berichtete ein sudanesisches Oppositionsblatt, es bestehe die Möglichkeit, dass der Iran eine Fabrik zur Herstellung von Leichtwaffen im Sudan errichtet habe.³⁰⁴ Dies vielleicht infolge der Schwierigkeiten, die der Iran hatte, Waffen aus seinen eigenen Fabriken zu liefern, nachdem mehrere Lieferungen abgefangen worden waren.³⁰⁵ Eine solche Waffenschmiede würde

es dem Iran außerdem erlauben, Waffen für seine Verbündeten in der Region, vor allem Somalia, zu produzieren. Auch wenn der Bericht über die Möglichkeit des Baus einer solchen Fabrik unbestätigt bleibt, die Nachricht traf definitiv einen wunden Punkt: Die Zeitung, *Opinion of the People*, wurde verboten, und ihr Betreiber verschwand auf Veranlassung des Präsidenten in einem Gefängnis.³⁰⁶

Seit Anfang der neunziger Jahre haben noch zwei andere Länder Bereitschaft gezeigt, Waffen an den Sudan zu liefern: Weißrussland und Russland. Russland erwies sich dabei als besonders nützliche Quelle für komplexere Waffensysteme. Die Kassen mit Geld aus dem Ölexport prall gefüllt, kaufte der Sudan im Jahr 2000 von Russland dreißig Schützenpanzer vom Typ BTR-80A (mit 30-mm-Kanone) für seine Infanterie und sechzehn Mil-Mi-24-Kampfhubschrauber, die immer wieder zum Einsatz kamen, um Siedlungen in Darfur für den Angriff der Dschandschawid sturmreif zu schießen.³⁰⁷ 1996 berichtete Weißrussland von der Lieferung von sechs Kampfhubschraubern vom Typ MI-24V und neun weißrussischen T-55-Panzern. 1999 wurden weitere T-55AM2-Panzer geliefert. 2002 bestellte man zwölf Mehrfachraketenwerfer und vierundzwanzig Feldhaubitzen.³⁰⁸

Angesichts der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Land waren diese Waffenkäufe empörend. 2004 verhängte der UNO-Sicherheitsrat denn auch ein Embargo – das jedoch nur den Transfer von Waffen nach Darfur betraf. Sanktionen gegen das sudanesisches Regime gab es keine. Khartum konnte weiterhin ungehindert Waffen importieren.³⁰⁹ Eine Neuauflage des Embargos 2005 versuchte dieses offensichtliche Versäumnis zu übertünchen, aber letztlich bat man nur alle Staaten, die den Sudan mit Waffen belieferten, sich vom Sudan das Versprechen geben zu lassen, diese nicht in Darfur einzusetzen.³¹⁰ Erst zwei Jahre später erkannte man, wie illusorisch das war. Jetzt mussten die Exportländer vom Sudan eine Endnutzerbescheinigung einholen, in der schriftlich erklärt wurde, dass die Waffen nicht in Darfur eingesetzt würden. Angesichts der Zahl von falschen oder irreführenden Endnutzerbescheinigungen bei Waffentransfers war diese »Verbesserung« entweder ganz bewusst Augenwischerei oder erstaunlich naiv. Darüber hinaus stellte man keinerlei Strafe in Aussicht, falls der Sudan der Erklärung in der Bescheinigung zuwiderhandelt. Das Embargo war damit nicht nur sinnlos, es war eine Farce.³¹¹

Weiterhin gelangten Waffen ungehindert nach Darfur. Zwischen 2003 und 2007 lieferten Russland und China eine beträchtliche Anzahl moderner Waffensysteme an den Sudan, darunter Frachtmaschinen, Hubschrauber und Kampfflugzeuge. Russland lieferte zwei Kontingente Hubschrauber, zwölf Kampfhubschrauber vom Typ Mil Mi-24, fünfzehn Mehrzwecktransporthubschrauber vom Typ Mil Mi-8. Diese Lieferungen erfolgten nach dem Ankauf von zwölf russischen MiGs im Jahr 2004. Auch zwei Kontingente von Antonow-Transportern wurden geliefert, eines im März 2004 und ein weiteres im September 2006. Diese Flugzeuge dienen nicht nur zum Transport von Soldaten und Gütern, sie eignen sich aufgrund ihrer hohen Nutzlast auch dafür, Gebiete mit Bombenteppichen zu belegen.³¹²

China hat eine Reihe verschiedener Kampffjets geliefert: 2008 zum Beispiel K-8-Karakorum-Trainingsjets, die angeblich mit Bordkanonen und Raketen ausgerüstet waren, sechzehn F-7M-Militärjets, ebenfalls im Jahr 2006, und mehrere A5-Fantan-Jets, die seit dem Januar 2007 in Darfur gesichtet wurden.³¹³ Darüber hinaus dominiert China weiterhin das Kleinwaffengeschäft im Sudan. Seit 2003 lieferte China etwa 70 Prozent der vom Sudan gekauften Kleinwaffen, aber auch nach wie vor Fahrzeuge wie etwa die 212 militärischen Lastkraftwagen, die 2005 in den Sudan gingen.³¹⁴ Immer wieder hat die UNO auf den Schlachtfeldern von Darfur Waffen chinesischer und russischer Herkunft entdeckt.³¹⁵ Die exakten Kosten für diese Waffen sind unklar; man schätzt jedoch, dass der Sudan bis zu 80 Prozent seiner Einkünfte aus dem Ölexport für den Ankauf von Waffen benutzt.³¹⁶ 2006 hat der Sudan an seinen Ölexporten nur nach China über 4 Milliarden Dollar verdient.³¹⁷ Man kann also davon ausgehen, dass das Al-Baschir-Regime seit 2003 weit über 10 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben hat.

Seit dem 9. Juli 2011 ist der Südsudan eine unabhängige Republik, nachdem es im Januar zu einem weitgehend friedlich verlaufenden Volksentscheid gekommen war, bei dem sich über 99 Prozent der Menschen der seit 2005 autonomen Region für die Sezession aussprachen.³¹⁸ Die strukturellen Probleme sind natürlich nicht über Nacht verschwunden. Vor allem kontrolliert der Norden nach wie vor die Pipelines, die das Öl aus dem Süden heraufschaffen, was Anlass zu der Befürchtung gibt, dass es früher oder später wieder zu einem Krieg um das schwarze Gold des Landes kommen könnte.

Die Verstöße gegen das Waffenembargo halten unterdessen an. Im Oktober 2009 etwa hat die Sachverständigengruppe des UN-Sicherheitsrates für den Sudan bestätigt, dass »fast alle Seiten des Konflikts es versäumt haben, den ihnen aus den Sanktionen des Sicherheitsrates erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen und mit der Sachverständigengruppe zusammenzuarbeiten«. ³¹⁹ Es ist einfach zu viel Geld im Spiel. Obwohl die Situation vor Ort sich nach wie vor »normalisiert«, besteht wenig Zweifel daran, dass das Regime in Khartum, sollte der Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden noch einmal aufflammen, kein Problem damit hätte, seine Truppen bis an die Zähne zu bewaffnen.

Das bedeutet durchaus nicht, dass die internationale Staatengemeinschaft bereit ist, den Militarismus im Sudan einfach zu akzeptieren. Im März 2009 stellte der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Präsident Omar al-Baschir wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen aus. Die Entscheidung, inwieweit der Vorwurf des Völkermords erhoben werden kann, steht noch aus. ³²⁰ Al-Baschir ist bis heute nicht verhaftet worden, da der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) kein unabhängiges Vollstreckungsinstrument hat; er ist in diesem Punkt auf die Rechtshoheit der Unterzeichnerstaaten des Rom-Statuts zum IStGH angewiesen, die nur allzu oft die diplomatischen Folgen solcher Eingriffe scheuen. Im August 2010 kam es zur Kontroverse, als al-Baschir zur Verabschiedung der neuen kenianischen Verfassung nach Kenia flog. Kenia gehört zu den Unterzeichnerstaaten des Rom-Statuts, wäre also verpflichtet gewesen, al-Baschir zu verhaften. Es geschah jedoch nichts. ³²¹

»Blowback« großgeschrieben: Ägypten, Libyen und Côte d'Ivoire

Am 17. Dezember 2010 übergoss sich der Tunesier Mohammed Bouazizi, ein Gemüsehändler, mit Benzin und setzte sich in Brand. Zwei Wochen später starb er. Mit seiner Selbstverbrennung wollte Bouazizi gegen die Zustände in seinem Land protestieren – die hohe Arbeitslosigkeit, die Menschenrechtsverstöße, die politische Zensur. ³²² Sein Tod löste heftige Reaktionen aus. Es kam landesweit zu Unruhen in einem Maße, wie es niemand vorausgeahnt hätte – nicht in

Afrikas vermeintlich stabilstem Staat. Neun Tage später sah sich der seit dreiundzwanzig Jahren amtierende Präsident Zine al-Abidine Ben Ali zur Flucht genötigt. Der Sturz des tunesischen Regimes löste den »arabischen Frühling« aus.³²³

Insbesondere in Ägypten war die tunesische Revolution ein Weckruf für alle Kritiker von Präsident Husni Mubarak, der das Land länger regiert hatte als irgendein Staatsoberhaupt vor ihm. Elf Tage nach dem Sturz von Tunesiens Führung kam es auch in Ägypten zu Massenprotesten.³²⁴ Millionen gingen auf die Straße, ignorierten die vom Militär verhängten Ausgangssperren, weigerten sich, Ruhe zu geben, bevor man nicht ihre Stimmen gehört hatte. In Kairo versammelten sich Zigtausende auf dem Tahrir-Platz und harrten aus, bis Vizepräsident Omar Suleiman am 11. Februar 2011 den Rücktritt von Staatspräsident Mubarak bekanntgab.³²⁵ In weniger als zwei Monaten hatte sich die gesamte politische Lage Nordafrikas und damit des Nahen Ostens fundamental verändert.

Für Kenner der politischen Szene in Ägypten kam das Ende Mubaraks nicht so unerwartet, wie es für viele den Anschein haben mochte, denn schon seit längerem bröckelte die Machtbasis des Präsidenten. Mubarak war 1981 als Nachfolger von Anwar as-Sadat an die Regierung gekommen, nachdem dieser einem Attentat zum Opfer gefallen war, mit dem islamische Fundamentalisten auf den Friedensvertrag reagierten, den Sadat 1979 mit Israel geschlossen hatte. Mubarak sah sich in der Nachfolge von Oberst Abdel Nasser, der zusammen mit der Bewegung der »Freien Offiziere« 1952 König Faruk gestürzt und eine konstitutionelle Monarchie nach britischem Muster durch eine Militärdiktatur nach sowjetischem Vorbild ersetzt hatte. Nassers »Gesellschaftsvertrag« war einfach: »Politische Entmündigung und beschränkte politische Teilnahme für Bauernschaft und arbeitende Klassen, im Gegenzug wird eine gewisse Grundversorgung durch den Staat gewährleistet.«³²⁶

Dies war auch Mubaraks Programm. Wer sich nicht fügte, musste mit Repressalien rechnen. Mitte 2010 saßen 17000 politische Gefangene in ägyptischen Gefängnissen ein.³²⁷ Nominell fanden zwar Wahlen statt, aber sie ähnelten mehr PR-Veranstaltungen, boten der Regierung Gelegenheit, sich in Szene zu setzen. Einfluss auf die politische Zukunft des Landes hatten sie nicht. Und dennoch gelang Mubarak nicht, was Nasser gelungen war: die Stabilität

einer Militärherrschaft in ökonomischen Nutzen für das Land umzumünzen. 1991, nach dem Golfkrieg, stimmte Ägypten einer Reihe struktureller Anpassungen unter Anleitung der Weltbank zu. Sie fanden im Westen den Zuspruch der konservativen Technokraten und der Anhänger von Milton Friedman, änderten aber kaum etwas an der Armut vieler Ägypter.³²⁸ Im Gegensatz zu Nasser, der den Bauern Zugang zu mehr Ackerland ermöglichte, zwang die Liberalisierung der Landwirtschaft viele dazu, ihre Höfe zu verlassen, und legte die Macht zurück in die Hände von Großgrundbesitzern.³²⁹ Die Arbeitslosigkeit hielt sich hartnäckig bei 26 Prozent, und über die Hälfte des ägyptischen Weizens wird heute importiert.³³⁰ Zwar konnte die Wirtschaft von 2005 an ein enormes Wachstum von wenigstens 5 Prozent im Jahr verzeichnen, aber der Durchschnittsägypter hat davon noch nichts zu spüren bekommen.

Auch Ägyptens Israelpolitik stieß im Land in letzter Zeit verstärkt auf Unmut. Mit dem Friedensvertrag von 1979 hatte sich Ägypten bereit erklärt, die Grenze zum Gazastreifen zu sichern. Nachdem von Gaza aus Raketenangriffe auf den Süden Israels geflogen worden waren, hatte Israel Ägypten vorgeworfen, mitverantwortlich an der Eskalation der Gewalt in der Region zu sein. Pro-palästinensische Stimmen in Ägypten fordern seither eine größere Distanz zu Israel.³³¹

Die Vetternwirtschaft in der Politik tat ein Übriges, um den Zorn der Menschen zu erregen. So baute Mubarak etwa seit Ende der neunziger Jahre seinen Sohn Gamal Mubarak als seinen Nachfolger auf. Gamal Mubarak ist im Volk äußerst unbeliebt, und die Vorstellung, nach dreißig Jahren Husni Mubarak weitere dreißig Jahre von seinem Sohn regiert zu werden, war für viele Menschen unerträglich.

Und dann waren da noch die Korruptionsvorwürfe. Hussein Salem, ein Unternehmer und enger Vertrauter von Mubarak (und mutmaßlicher Strohmännchen für die Geschäfte des Präsidenten), geriet 1970 in die Schlagzeilen, als Ägypten – nachdem man sich von der Sowjetunion abzuwenden begann – erste Waffenlieferungen aus Amerika erhielt. Ohne dass man hätte sagen können, wie, bekam Salem den Exklusivvertrag für den Transport der kostbaren Fracht. Ein Auftrag, den Salem dazu benutzt haben soll, 8 Millionen Dollar für sich und seine Geschäftspartner herauszuschlagen.³³² Einige Jahre später geriet Salem in die Fänge der amerikanischen Behörden, worauf er sich zum Eingeständnis

seiner Schuld und zur Rückzahlung von 3 Millionen Dollar gezwungen sah.³³³ In jüngerer Zeit arbeitete Salem mit dem israelischen Geschäftsmann Yosef Maiman einen Deal im Wert von 1,5 Milliarden Dollar über Erdgaslieferungen an Israel aus. Viele behaupten, der Preis pro Einheit sei erstaunlich niedrig, was einem Ausverkauf von Ägyptens Wirtschaft gleichkäme. Als die ersten Demonstranten sich auf dem Tahrir-Platz versammelten, setzte Salem sich klammheimlich ins Ausland ab. Angeblich hat es ihn mit einer Barschaft von 500 Millionen Dollar nach Dubai verschlagen.³³⁴

Mubarak und zwei seiner Söhne, Gamal und Alaa, müssen gegenwärtig – wie Hussein Salem auch – mit einem Prozess wegen Korruption rechnen.³³⁵ Husni und Salem Mubarak stehen darüber hinaus Anklagen im Zusammenhang mit Waffenexporten und dem Verkauf von Waffen aus dem jährlichen militärischen Hilfspaket der USA ins Haus. Interpol sucht sie aus denselben Gründen.³³⁶

Mubaraks Macht stützte sich auf das Militär und den gefürchteten Staatssicherheitsdienst. Die rund 500000 Soldaten³³⁷ und insbesondere das Offizierskorps hielt Mubarak durch Gratifikationen, Vergünstigungen und andere Privilegien bei Laune. Zum Glück für Mubarak und das herrschende Militär konnte man sich außerdem stets auf die Unterstützung des Westens verlassen, vor allem auf die der USA. Die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten war allerdings eng mit Ägyptens Israelpolitik verknüpft. Nach dem Friedensvertrag vom März 1979 war Ägypten einer der wenigen arabischen Staaten, die zu einer friedlichen, ja freundschaftlichen Koexistenz mit Israel bereit waren. Unter Mubarak hielt man an dieser Beziehung fest und baute sie aus – in wirtschaftlicher und nachrichtendienstlicher Hinsicht. Mubaraks größter Feind im Innern war die islamistische Bewegung, gegen die er immer wieder mit äußerster Härte vorgegangen war.

Für seine Israelpolitik wurde Ägypten von den Vereinigten Staaten reich belohnt. Von 1979 an erhielt Ägypten durchschnittlich 2 Milliarden Dollar jährlich an Wirtschafts- und Militärhilfe.³³⁸ In jüngster Zeit stand die wirtschaftliche Hilfe hinter der militärischen zurück. 2011 beantragte die Regierung Obama insgesamt 1,552 Milliarden Dollar Hilfe für Ägypten – 1,3 Milliarden für das Militär und vergleichsweise geringe 250 Millionen für Ägyptens darbenende Massen.³³⁹ Während die Gesamtsumme der Hilfe seit 1998 abgenommen hat, blieb die Militärhilfe stabil – nur die wirtschaftliche

Unterstützung wurde reduziert.³⁴⁰ 2010 bekam Ägypten insgesamt 1,55 Milliarden Dollar an Hilfe (1,3 Milliarden davon für das Militär), was Ägypten hinter Afghanistan, Israel, Pakistan und Haiti zum fünftgrößten Empfänger amerikanischer Hilfe macht.³⁴¹ Aber das war nichts im Vergleich zu der Zeit davor: Zwischen 1979 und 2010 war Ägypten der zweitgrößte Empfänger US-amerikanischer Auslandshilfe, nach Israel.³⁴²

Die US-Militärhilfe und die Verteidigungsbudgets haben über Jahre hinweg den Ankauf von erheblichen Mengen von Waffen finanziert. Zwischen Mubaraks Machtübernahme 1981 und 2010 hat Ägypten insgesamt 28,4 Milliarden Dollar in Kriegsgerät investiert.³⁴³ Der bei Weitem größte Lieferant waren dabei die Vereinigten Staaten: Deren Verkäufe in Höhe von 21,17 Milliarden Dollar entsprechen knapp 75 Prozent aller von Ägypten seit Mubaraks Amtsübernahme gekauften Waffen.³⁴⁴ Nur zwei andere Länder haben die Grenze von 1 Milliarde Dollar überschritten: China mit 2,3 Milliarden und Frankreich mit 1,5 Milliarden Dollar.³⁴⁵ Die beiden nächstgrößten Lieferanten sind Russland mit 878 Millionen und das Vereinigte Königreich mit 482 Millionen Dollar.³⁴⁶

Von diesem Boom im Bereich der Militärausgaben haben größtenteils die amerikanischen Rüstungsunternehmen profitiert, die großen wie die kleinen. Eine Liste sämtlicher Waffentransfers nimmt in der einschlägigen Datenbank des Stockholm International Peace Research Institute »SIPRI« sechs engbedruckte Seiten ein.³⁴⁷ Darunter finden sich zum Beispiel über hundert Abrams-Panzer, die jetzt in der Vorstadt von Kairo unter der Aufsicht von General Dynamics zusammengebaut werden,³⁴⁸ außerdem Kampfflugzeuge des Typs F-16 von Lockheed Martin, Chinook-Hubschrauber von Boeing und Black-Hawk-Hubschrauber von Sikorsky Aircraft.³⁴⁹ Für all diese Firmen hat sich die Ägypten-Hilfe als ein wahrer Geldsegen erwiesen. In den letzten paar Jahren hat Lockheed Martin 3,8 Milliarden Dollar, General Dynamics 2,5 Milliarden und Boeing immerhin noch 1,7 Milliarden Dollar von dem Kuchen abbekommen.³⁵⁰

Nicht weniger wichtig waren die Transfers von Material zur Aufstandsbekämpfung, von leichten Waffen und Tränengas, das man immer wieder bei kleineren amerikanischen Herstellern kaufte. Reporter des amerikanischen Senders ABC fanden in der Gegend um den Tahrir-Platz leere Tränengaspatronen, auf denen ein stolzes »Made in USA« prangte.³⁵¹ Die

Patronen stammten von der Firma Combined Systems Inc. (CSI), einer relativ kleinen Firma mit Sitz in Pennsylvania.³⁵² Doch scheinen auch bei diesem Geschäft noch mächtigere Interessen im Spiel gewesen zu sein: Zu den vielen Aktionären von CSI gehört auch die Carlyle Group, das große US-Investmentunternehmen, das 2006 einen Minderheitsanteil an der Firma erworben hat.³⁵³

Im Vereinigten Königreich brachten einige Parlamentsabgeordnete ihre Empörung darüber zum Ausdruck, dass die Regierung 2009/10 Lizenzen für den Waffenexport in einige politisch zweifelhafte Länder vergeben hatte. Darunter war auch eine Lieferung von »Maschinengewehren, Wärmebildkameras, Geräten für elektronische Kriegführung und Komponenten für Selbstladepistolen« im Wert von 16,8 Millionen Pfund für Ägypten.³⁵⁴ Noch ärgerlicher war die Ägyptenreise von Tory-Premier David Cameron nach Mubaraks Rücktritt – der erste offizielle Besuch eines ausländischen Würdenträgers. Auf dem Tahrir-Platz lobte Cameron die demokratischen Ideale der ägyptischen Demonstranten, die er »wahrhaft inspirierend« fand.³⁵⁵ Die Protestierenden, so schwärmte er, seien kein Haufen islamistischer Extremisten, sondern »Menschen, die dieselben Freiheiten genießen wollen, die für uns im Vereinigten Königreich selbstverständlich sind«. ³⁵⁶ Cameron vergaß zu erwähnen, dass es Rüstungsunternehmen des freien Westens gewesen waren, die seit 1981 dem ägyptischen Regime die Mittel dazu geliefert hatten, das Volk um den Genuss dieser Freiheit zu bringen. Vielleicht war der Premier sich der abgründigen Ironie nicht einmal bewusst, denn er war in Begleitung eines ganzen Trupps hochrangiger Vertreter ebenjener Rüstungsindustrie angereist. Unter anderem war BAE-Chef Ian King mit von der Partie, der internationale Direktor von QinetiQ, Alastair Bisset, sowie Rolls-Royce-Regionaldirektor Rob Watson.³⁵⁷

Nach Mubaraks Rücktritt wurde fieberhaft überlegt, wie man das ägyptische Militär dazu bringen konnte, die Macht aus den Händen zu geben. Ein Anfang April vom Militär rat verabschiedetes Gesetz ließ nichts Gutes ahnen: Streiks und Demonstrationen sollten kriminalisiert werden. Demonstranten und Streikenden drohten Geld- und Haftstrafen. Zwar hat der Rat das Gesetz Ende des Jahres wieder zurückgenommen, doch es zeigt deutlich, dass Ägyptens Militär, aber auch viele Vertreter aus Politik und Wirtschaft im Westen es am liebsten sähen, wenn der Status quo im Land erhalten bliebe: Milliarden Dollar an Militärhilfe

wenn der Status quo im Land erhalten bliebe. Milliarden Dollar an Militärausgaben könnten noch fließen, tonnenweise Waffen gekauft werden, die Räder des »Kumpelkapitalismus« würden sich weiterdrehen. Eine zivile Regierung, zumal eine, die auf Distanz zu Israel geht, ist eine Bedrohung für das System, könnte sie doch dem Filz aus Wirtschaft und Politik ein Ende bereiten, der Ägypten und den Westen zusammenhält.

Nicht nur die Ägypter wurden durch die Ereignisse in Tunesien wachgerüttelt und erhoben sich gegen eine seit Jahrzehnten währende Diktatur: Am 15. Februar 2011, nur wenige Tage nach dem Rücktritt Mubaraks, kam es auch zu Massenprotesten in Libyen. Auch sie verliefen zunächst friedlich, doch dann eskalierte die Situation. Sicherheitskräfte gingen gewaltsam gegen die Demonstrierenden vor. Es formierte sich eine Rebellenarmee, der sich bald auch Teile der Streitkräfte anschlossen. Ab März schritten die Vereinten Nationen ein. Die Erklärung eines Flugverbots sowie die Bombenflüge der NATO gegen libysche Ziele läuteten das Ende von Muammar Gaddafi ein, der sich nach dem Fall von Tripolis im August auf der Flucht befand. Im September wurde er in der Stadt Sirte von Aufständischen aufgegriffen und getötet.

Seit seiner Machtübernahme 1969 liebte Muammar al-Gaddafi die Selbststilisierung. Doch während er feurige Reden schwang und gegen Kolonialismus und Unterdrückung wettete, herrschte er im eigenen Land als monomanischer Despot. Er verbot bei Todesstrafe die Bildung politischer Parteien.³⁵⁸ Die Presse wurde verstaatlicht.³⁵⁹ Oppositionelle verschwanden in Folterkellern. Doch Gaddafis Ambitionen beschränkten sich nicht auf das eigene Land. Sein Versuch, die Geschicke Afrikas zu lenken, hat überall auf dem Kontinent Spuren der Zerstörung hinterlassen. Er betätigte sich als Waffenlieferant, als Ausbilder von Terroristen und förderte Massenmörder wie Charles Taylor und seine Nationale Patriotische Front von Liberia (NPFL) ebenso wie Foday Sankoh und die Revolutionäre Vereinigte Front (RUF) in Sierra Leone. Durch den Einfall in den benachbarten Tschad sorgte Gaddafi dafür, dass die Spannungen zwischen dem muslimischen Norden und dem afrikanischen Süden eskalierten, und schürte einen langwierigen, grausamen Kampf um die Kontrolle des Landes. Auch die Dschandschawid-Milizen, die im Sudan systematischen Völkermord betrieben, sind mit Gaddafi in Verbindung zu bringen: Viele von ihnen waren Mitglieder der Islamischen Legion gewesen,

jener bunt zusammengewürfelten Söldnerarmee, die Gaddafi geschaffen hatte, um sich seine Vision eines panarabischen Bunds quer über Nordafrika zu erfüllen.³⁶⁰

Dass der Konflikt in Libyen nach nur etwa neun Monaten beendet war, ist ein großes Glück. Ebenso leicht hätte er sich zu einem langwierigen Krieg entwickeln können wie im Iran oder in Afghanistan. Das nötige Rüstungspotential war im Land jedenfalls vorhanden. Seit 1970 – und obwohl zwischen 1992 und 2003 ein UN-Waffenembargo über das Land verhängt war – gab Libyen 30 Milliarden Dollar für Rüstung aus.³⁶¹ Die meisten Waffen kamen aus der Sowjetunion (nach dem Ende der UdSSR aus Russland). Ihr Wert beläuft sich auf 22 Milliarden Dollar. Nicht weniger bedeutend waren die Lieferungen modernster Waffen aus dem Westen, die einen enormen Kräftermultiplikator darstellen. Frankreich und Deutschland machten die größten Geschäfte dabei: Sie haben an Gaddafi 3,2 beziehungsweise 1,4 Milliarden Dollar verdient.³⁶² Libyen ist das einzige Beispiel, wo die USA in Sachen Waffenverkauf ganz unten auf der Rangliste stehen: Die Verkäufe der Amerikaner haben sich hier seit 1970 auf gerade mal 227 Millionen Dollar belaufen.³⁶³

Allein die Menge an Waffen, die da gekauft wurde, ist so absurd wie beängstigend. Nur aus Russland importierte Libyen über 2000 Panzer, 2000 gepanzerte Fahrzeuge, 350 Artilleriewaffen, Dutzende von Schiffen und mehrere Flugzeugflotten.³⁶⁴ Libyen hat so viele Waffen gekauft, dass es einen Großteil nie und nimmer hätte einsetzen können. Anthony Cordesman, Militärexperte und Autor, schrieb, dass Libyens Importe »Ende der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren ein absurdes Niveau erreichten und eine ungeheure Vergeudung bedeuteten, da man für die Maschinen weder die nötigen Mannschaften noch die Fachkräfte zur Instandhaltung hatte.«³⁶⁵ So sah sich Gaddafi gezwungen, den größten Teil seiner Luftflotte ungenutzt im Hangar stehen zu lassen, ebenso seine über tausend Panzer.³⁶⁶

Auch im Fall Gaddafi hatte es jahrelange Diskussionen gegeben, ob man dem Diktator den Zugang zum internationalen Waffenmarkt versperren sollte oder nicht. Als man sich dann endlich dazu entschloss, war es längst zu spät. 1986 fokussierte Gaddafi seinen Hass auf die USA und begann anti-amerikanische Terroristen mit Geld, Waffen und Know-how zu versorgen. Am 5. April 1986 explodierte eine von libyschen Terroristen gelegte Bombe in der Berliner

Diskotheek La Belle, ein Anschlag, bei dem US-Soldaten ums Leben kamen, die dort regelmäßig verkehrten. Die USA reagierten mit Bombenflügen gegen Libyen und einem Waffenembargo, dem europäische Länder sich anschlossen.³⁶⁷ Zwei Jahre später deponierten libysche Agenten Sprengstoff im Frachtraum einer Pan-Am-Maschine, die von Deutschland nach Amerika flog. Die Maschine explodierte über dem schottischen Lockerbie; 270 Menschen kamen dabei ums Leben.³⁶⁸ Nur wenige Monate später sprengte über dem zum Tschad gehörigen Teil der Sahara eine Bombe ein Loch in den Rumpf einer französischen UTA-Maschine und riss 171 Menschen in den Tod. Als dann bekannt wurde, dass Gaddafi heimlich an der Entwicklung von Atom- und Chemiewaffen arbeitete, reagierte man schnell. 1992 – dreiundzwanzig Jahre nachdem Muammar al-Gaddafi an die Macht gekommen war – reagierte die UNO endlich mit einem Waffenembargo und weitreichenden Sanktionen.³⁶⁹

Die Reaktion der Vereinten Nationen markierte den Beginn einer elfjährigen Isolation für Gaddafi. Die Sanktionen sorgten für einen erheblichen Rückgang des Ölgeschäfts, und das Waffenembargo erwies sich als überraschend effektiv: Berichten zufolge importierte Gaddafi zwischen 1992 und 2003 Waffen für weniger als 10 Millionen Dollar im Jahr.³⁷⁰ Jüngste Enthüllungen freilich könnten diese Angaben durchaus unterminieren. 2010 behauptete das Institute for Security and Development Policy, dass Weißrussland – die Heimat von Alexander Lukaschenko, Europas letztem Diktator – eingeräumt habe, zwischen 1996 und 2006 Waffen im Wert von 1,1 Milliarden Dollar nach Libyen exportiert zu haben.³⁷¹ Das kleine, küstenlose Land in Osteuropa ist dafür bekannt, bevorzugt Waffen an »Paria-Staaten« in der ganzen Welt zu liefern. Da das Land auf einem riesigen Waffenlager aus alten Sowjet-Beständen sitzt und über eine der moderneren der ehemaligen Sowjet-Ökonomien verfügt, hat es sich nach dem drastischen Rückgang russischer Waffenkäufe nach anderen Exportmärkten umgesehen. Weißrussland missachtet konsequent internationale Verträge. So entschloss sich das Land auch, die Reste von Gaddafis auf 70 bis 100 Milliarden Dollar geschätztem Privatvermögen zu verstecken, das man in der westlichen Welt eingefroren hatte, was Weißrussland zur alleinigen Anlaufstelle für Waffen-, Bank- und Transportgeschäfte des libyschen Diktators machte.³⁷² So überrascht es denn auch nicht, dass Weißrussland die letzte Nation war, die Libyen mit Nachschub – vermutlich Söldnern – versorgte, bevor man

2011 ein erneutes Embargo verhängte.³⁷³

Größtenteils infolge ökonomischer Schwierigkeiten – in Libyen schätzt man die Verluste durch Wirtschaftssanktionen auf 33 Milliarden Dollar³⁷⁴ – begann Gaddafi nach der Jahrtausendwende andere Töne anzuschlagen. 1999 bekannte er sich zur freien Marktwirtschaft und begrüßte die Globalisierung; er werde »Hindernisse zwischen Menschen nicht mehr akzeptieren«, erklärte er mit großer Geste. »Freie Märkte und Investitionen sind heute angesagt.«³⁷⁵ Im Jahr darauf ließ Gaddafi erkennen, dass die Entwicklungen in der Welt nicht spurlos an ihm vorbeigegangen waren. »Wir befinden uns in der Ära von Ökonomie, Konsum, Märkten und Investitionen. Das ist es, was Menschen über ihre Sprachen, Religion und Nationalitäten hinweg vereint.«³⁷⁶ In diesem Zuge gab er bekannt, er habe sein Programm zur Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen offiziell eingestellt, und erklärte sich bereit, dabei mitzuhelfen, alle am Lockerbie-Attentat Beteiligten vor Gericht zu stellen, ja, 2003 kündigte er sogar an, den Hinterbliebenen des Attentats eine Entschädigung zu zahlen.

Das bedeutete das Ende von Gaddafis Isolation. 2003 hob die UNO das Waffenembargo und die Sanktionen wieder auf.³⁷⁷ Ein Jahr später folgten EU und USA.³⁷⁸ Kaum jemand sprach damals über die eklatanten Menschenrechtsverletzungen im Land oder seine Verwicklung in andere afrikanische Konflikte. Stattdessen wurde Gaddafi von europäischen Unternehmern und Politikern hofiert – geradezu mit einer gewissen Unterwürfigkeit, wie der eine oder andere fand. Im August 2009 entließ man den libyschen Gefangenen Abdul Basit Ali Mohammed al-Megrahi, der wegen der mutmaßlichen Beteiligung am Lockerbie-Attentat verhaftet worden war, aus humanitären Gründen aus dem schottischen Gefängnis. Er durfte nach Libyen zurückkehren.³⁷⁹ Es war Prostatakrebs diagnostiziert worden; angeblich hatte er noch höchstens drei Monate zu leben. Er lebte aber noch wesentlich länger. Erst Ende August 2011 gingen Bilder um die Welt, die den Mann im Koma zeigten. Entsprechend vermutete man damals vielerorts, dass es sich um einen politischen Zug der britischen Regierung gehandelt habe, um Zugang zu libyschen Schlüsselmärkten zu erhalten. Und tatsächlich hatte British Petroleum kurz nach der Haftentlassung einen Deal über 900 Millionen Dollar zur Erforschung libyscher Ölfelder unterschrieben.³⁸⁰

Aber es war nicht nur die Ölindustrie, die Morgenluft witterte. Waffenfabrikanten, besonders aus Europa, bemühten sich nachdrücklich um Geschäfte mit Libyen. 2009, nur Wochen nach Megrakis Entlassung, gab Richard Paniguan von der UK Trade & Investment Defence & Security Organisation (UKTI DSO) bekannt, dass »es zu politischen Interventionen auf höchster Ebene« gekommen sei, »oft hinter den Kulissen, an Orten wie Libyen, Oman, Indien und Algerien«,³⁸¹ vermutlich um der DSO bei ihrer Kampagne zur Vermarktung britischer Waffen zu helfen. In der Downing Street erläuterte man die Aussage mit dem lakonischen Hinweis, es sei »kaum verwunderlich, dass UKTI DSO versuche, Rüstungsgüter zu verkaufen – dazu sind sie da«.³⁸² Auch andere politische Größen eilten in Libyens weit ausgebreitete Arme. Nicolas Sarkozy zum Beispiel flog nach Libyen, um französische Exporte und Geschäfte zu fördern, und Russland gab 2010 bekannt, man habe einem größeren Waffengeschäft mit Libyen zugestimmt, das Panzer, Kampffjets und Flugabwehrsysteme umfasse.³⁸³ Erst zwei Jahre zuvor hatte Russland sich bereit erklärt, Libyens Schulden über 4,5 Milliarden Dollar aus alten Waffengeschäften zu vergessen.³⁸⁴

Der Umfang des Geschäfts unterschied sich nicht allzu sehr von der Gesamtsumme europäischer Waffenexporte nach Libyen zwischen 2005 und 2009 (aktuellere Zahlen liegen nicht vor). In diesen Jahren haben Staaten der Europäischen Union Waffenexporte in einer Höhe von knapp über 834 Millionen Euro nach Libyen gemeldet.³⁸⁵ Italien hat dabei mit 276 Millionen Euro zwischen 2006 und 2009 besonders gut abgeschnitten;³⁸⁶ das Land exportierte unter anderem Hubschrauber, die Berichten zufolge 2011 bei Angriffen auf Rebellen eingesetzt wurden.³⁸⁷ Frankreich folgte mit einer Gesamtsumme von 210 Millionen Euro, während die britischen Exporte sich auf 119,35 Millionen Euro beliefen.³⁸⁸ Natürlich war BAE mit von der Partie, in Form von 200 Panzerabwehrraketen vom Typ Milan. Hersteller dieser Raketen ist das auf Lenkflugkörper spezialisierte Unternehmen MBDA, das BAE zu über einem Drittel gehört; verkauft wurden sie 2007, geliefert 2009/10.³⁸⁹ Ironischerweise handelt es sich dabei um dieselben Milan-Raketen, die im April 2010 von Katar aus an die libyschen Rebellen geliefert wurden.³⁹⁰ Zu den EU-Lieferungen an Libyen gehörten auch Schutzausrüstung, Kleinwaffen, Munition, Militärflugzeuge und elektronisches Gerät – wie zum Beispiel Störsender aus

Deutschland, die vermutlich in Libyen dazu verwendet wurden, Mobiltelefone und Internetzugänge zu blockieren, um den Rebellen den Zugang zu sozialen Netzwerken und Blogs zu verwehren.³⁹¹

Insgesamt hat Libyen aus der EU zwischen 2005 und 2009 Militärflugzeuge im Wert von 278 Millionen Dollar importiert, Handfeuerwaffen für knapp unter 100 Millionen und elektronisches Gerät für 85 Millionen Dollar.³⁹² Weiter südlich konnte Libyen sich an Südafrika wenden, dessen Präsident Jacob Zuma angeblich von Gaddafi finanzielle Unterstützung für seinen Wahlkampf bekommen hatte; er hatte anfänglich auch heftig gegen die Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen protestiert, bevor er seine Position – zweimal – änderte. 2010 exportierte Südafrika Waffen im Wert von 70 Millionen Rand (etwa 6,5 Millionen Euro) nach Libyen, nachdem der südafrikanische Ausschuss für Waffenexporte von 2003 bis 2009 Exporte im Wert von 80,9 Millionen Rand (7,5 Millionen Euro) genehmigt hatte.³⁹³ BAE sollte von einem amerikanischen Vertrag über fünfzig Schützenpanzer für Gaddafi profitieren. Der auf 77 Millionen Dollar geschätzte Pentagon-Deal war erst einige Monate vor Ausbruch der Unruhen zustande gekommen und soll an BAE und die türkische Firma Nurol gegangen sein. Das Projekt wurde Berichten zufolge erst Ende Februar 2011 gekippt.³⁹⁴ Aber da war es für ein Waffenembargo natürlich längst zu spät. Die Rebellen bekamen die geballte Schlagkraft von Gaddafis Arsenalen zu spüren, und die USA und ihre europäischen Verbündeten befanden sich wieder einmal in der absurden Lage, dass sie gegen ihre eigenen Waffen kämpften.

Im April 2011, als die Kämpfe in Libyen noch in vollem Gange waren, wurde ein anderer erbittert geführter Bürgerkrieg, in Westafrika, offiziell für beendet erklärt. Nach zehn Jahren despotischer Herrschaft über die Elfenbeinküste hatte Laurent Gbagbo kapituliert, nachdem die Soldaten unter der Führung seines Rivalen, Alassane Ouattara, mit Unterstützung französischer Panzer Gbagbos Festung in der Hauptstadt Abidschan umzingelt hatten.³⁹⁵ Gbagbo wurde unter UNO-Aufsicht gestellt, Ouattara als rechtmäßiger neuer Präsident eingesetzt. Ob der Frieden dauerhaft ist, hängt davon ab, ob es Ouattara gelingt, die Bürgerkriegsparteien zu vereinen. Sollten sich die Rebellen des Ex-Präsidenten erneut zum Kampf entschließen, hätten sie jedenfalls keine Probleme, sich

reichlich mit Waffen zu versorgen.

Auch dieser Konflikt hat seine Wurzeln tief in der Vergangenheit. Seit die Elfenbeinküste – die République de Côte d’Ivoire – 1960 ihre Unabhängigkeit von Frankreich erlangt hatte, wurde sie von dem westlich orientierten Félix Houphouët-Boigny regiert, der bis zu seinem Tod 1993 im Amt blieb und die Nation entscheidend prägte. Houphouët-Boigny sorgte für eine massive Expansion der Wirtschaft. Die Republik war über Jahrzehnte einer der reichsten Staaten Westafrikas; man sprach vom »Wunder Elfenbeinküste«.³⁹⁶ Die zwar autokratisch geführte, aber stabile Regierung und allem voran die Nachfrage nach dem Ausführprodukt Nummer eins des Landes, Kakao, führten zu einem Boom, den der Staat für Investitionen in Bildung und Gesundheit zu nutzen verstand.³⁹⁷ Als die Kakaopreise 1978 in den Keller gingen, geriet die Wirtschaft ins Wanken. Obwohl es schien, als würde es sich nur um eine vorübergehende Phase handeln, gewährten internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds dem Land die dringend benötigten Kredite nur unter der Bedingung, dass Houphouët-Boigny längst überfällige Reformen umsetzte.³⁹⁸ Man warf dem Präsidenten Misswirtschaft vor. Auch kam es zu Unruhen in der Bevölkerung; Forderungen nach einem Mehrparteiensystem wurden laut. Die hastig umgesetzten Reformen hatten aber nicht den gewünschten Effekt. Der Rückzug des Staates leitete den Kollaps der sozialen Einrichtungen ein. Die allein auf den Export ausgerichtete Wirtschaft erholte sich nicht, nachdem der niedrige Preis für Kakao nicht nur nicht stieg, sondern sank, der zudem nicht mehr durch staatliche Zuschüsse und Zölle geschützt war. Dem »Wunder« folgte die Ernüchterung: War das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1960 und 1978 um 3,9 Prozent jährlich gewachsen, schrumpfte es zwischen 1978 und 1993 um durchschnittlich 3,7 Prozent.³⁹⁹

Mit dem Tod von Houphouët-Boigny im Jahr 1993 brachen die Konflikte, die seit Langem unter der Oberfläche gegärt hatten, offen aus.⁴⁰⁰ Sein Nachfolger, Henri Konan Bédié, tat alles, um oppositionelle Kräfte zu unterdrücken. Er verfolgte eine nationalistische Politik, die sich unter dem Schlagwort »Ivoirite« offen fremdenfeindlich gebärdete. Man gab die Schuld an den ökonomischen Problemen den Ausländern und Migranten, die seit langem im Land lebten, vor allem im vorwiegend muslimischen Norden.⁴⁰¹ Entsprechend sollten auch nur *echte* Ivorer wählen dürfen. 1995 wurde der Präsidentschaftskandidat der

Opposition, Ouattara, von der Wahl ausgeschlossen, weil man herausgefunden hatte, dass seine Mutter aus Burkina Faso stammte. Ouattara ging ins Exil. Bédié gewann die Wahl, die von der Opposition weitgehend boykottiert wurde.⁴⁰²

Mit seiner demagogischen Hetze konnte sich Bédié aber nicht auf Dauer halten. Nach der Wahl von 1999, der wiederum große Teile der Bevölkerung aus Protest fernblieben, wurde er in einem Militärputsch entmachtet.⁴⁰³ Der populäre General Robert Guéï, der drei Jahre zuvor entlassen worden war, nachdem er sich geweigert hatte, gegen Oppositionsführer Ouattara vorzugehen, trat im Jahr 2000 zur Wahl an, verlor aber gegen Laurent Gbagbo.⁴⁰⁴ Dieser regierte die Republik Côte d'Ivoire ganz im Geist der von Bédié propagierten Ivoirité – allerdings seit 2005 nur noch kommissarisch, da er die Wahlen wegen des Bürgerkriegs immer wieder verschob. Als es 2010 schließlich doch zur Wahl kam, errang Alassane Ouattara laut der unabhängigen Wahlkommission eine knappe Mehrheit. Gbagbo weigerte sich, seine Niederlage anzuerkennen.⁴⁰⁵

In den zehn Jahren seiner Amtszeit hatte Gbagbo das Land nie vollständig im Griff gehabt. 2002 hatten Rebellen Gruppen Abidschan unter ihre Kontrolle zu bringen versucht. Zwar scheiterten sie, dafür brachten aber drei separate Rebellen Gruppen, die sich später unter dem Banner der Forces Nouvelles zusammenschlossen, den muslimischen Norden des Landes in ihre Gewalt.⁴⁰⁶ Charles Taylor, der leicht verdientes Geld witterte, entsandte Truppen, um die Plantagen im Westen zu nehmen, wo die berüchtigten liberianischen Söldner Angst und Schrecken unter der Bevölkerung verbreiteten.⁴⁰⁷ Von 2003 an war das Land praktisch geteilt; nur eine Schutztruppe, die aus Blauhelmen und französischen Armeeangehörigen bestand, verhinderte fürs Erste den offenen Krieg.⁴⁰⁸ Doch im Jahr darauf kam es dennoch zur Katastrophe, als Regierungstruppen die Rebellen im Norden aus der Luft angriffen. Die französischen Truppen sahen sich zum Einschreiten gezwungen. Zur selben Zeit drängten Flüchtlinge ins Land, um dem Konflikt in Liberia zu entgehen. Sie stießen auf Tausende von Ivorern, die in die entgegengesetzte Richtung flohen. Der Bürgerkrieg brach mit unverminderter Grausamkeit wieder aus. Auch hier kam es zum Einsatz von Kindersoldaten, vor allem im westlichen von den Söldnern Liberias und Sierra Leones kontrollierten Teil des Landes.⁴⁰⁹

Wie in den anderen afrikanischen Ländern wurde auch hier der bewaffnete Kampf, auf beiden Seiten, mit Rohstoffen finanziert, in diesem Fall mit Kakao⁴¹⁰

und mit Rohdiamanten,⁴¹¹ die aus dem Land geschmuggelt wurden, um Geld für Waffenkäufe zu beschaffen. 2004 verhängte die UNO ein zwingendes Waffenembargo,⁴¹² doch zwei Jahre nach Beginn der Kämpfe kam es, wie so oft, zu spät. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Parteien längst ihre Arsenale aufgestockt, mithilfe der üblichen Schmuggelnetzwerke, die den gesamten Kontinent überziehen. Als der Vorsitzende der von der UNO zur Überwachung des Embargos eingesetzten Expertengruppe das Land 2005 besuchte, kam er zu der wenig überraschenden Einsicht, dass es »ernstzunehmende Anzeichen« dafür gäbe, dass der Bevölkerung »große Mengen Waffen zur Verfügung stehen«.⁴¹³

Zwischen 2002 und 2004 waren Waffen vor allem aus ehemaligen Ostblockstaaten wie der Ukraine, Rumänien, Bulgarien und Weißrussland ins Land gelangt.⁴¹⁴ Zahlreiche Flüge aus diesen Ländern mit Ladungen leichter Waffen an Bord machten Zwischenstopp in der Republik Côte d'Ivoire. So notierte man 2002 29 dieser Transitflüge, 2003 35 und 16 im Jahr 2004.⁴¹⁵ Der bei Weitem größte Lieferant war Weißrussland, von dem die Republik eine Reihe ehemals sowjetischer Kampffahrzeuge, Granatwerfer, Kampf- und Transportflugzeuge sowie Ersatzteile bezog.⁴¹⁶

Aber natürlich machen in der Elfenbeinküste nicht nur die Waffenmakler und Schmuggler Profit, sondern nicht minder die Rüstungskonzerne. Besonders eine Firma, Darkwood, mit Sitz in Togo, gilt als Hauptlieferant der ivoirischen Regierung. 2008 war Amnesty International auf eine Einkaufsliste mit Waffen gestoßen, die Darkwood Gbagbos Truppen angeboten hatte, von denen Amnesty zufolge ein Teil kurz vor Inkrafttreten des Embargos geliefert worden sein dürfte. Unter anderem standen auf dieser Liste 5000 Kalaschnikows, 200 Maschinengewehre, 200 Raketenwerfer, 100 Mörser, 5 Millionen Schuss Munition für die Kalaschnikows, 2000 Granaten für Panzerbüchsen, zwei Kampfflugzeuge, eine Transportmaschine vom Typ Antonow-12, eine Reihe von gepanzerten Fahrzeugen und sage und schreibe 7000 Boden-Luft-Raketen.⁴¹⁷

2005 erklärte die UN-Expertengruppe für die Elfenbeinküste zwar, dass »seit den vom Sicherheitsrat verhängten Maßnahmen die Regierung sich hinsichtlich der Beschaffung von Waffen und Munition in Zurückhaltung übt«, musste aber bekennen, dass dies »an dem intensiven Beschaffungsprogramm vor dem Embargo liegt und dem begrenzten Einsatz von Waffen und Munition während der relativ kurzen Periode intensiver Kämpfe im Jahr 2004. Gegenwärtig besteht

keine dringliche strategische Notwendigkeit für Neubeschaffungen ... Dasselbe gilt für die Forces Nouvelles, die im September 2002 große Mengen an Waffen und Munition erbeuteten und gut ausgerüstet sind«. ⁴¹⁸ Ein zweijähriger Einkaufsrausch, mit anderen Worten, genügte allen beteiligten Parteien für acht Jahre Krieg, Folter und Menschenrechtsverletzungen.

Ende 2010 begannen die ivorischen Arsenale dann allerdings doch zur Neige zu gehen. Als Gbagbo nach seiner Wahlniederlage nicht kampfflos weichen wollte, musste er sich daher nach geeigneten Lieferanten umsehen. Er nutzte seine guten Kontakte zu zwei »Paria-Staaten«. Im März 2011 enthüllten geheime UN-Ermittlungen, dass Simbabwe Robert Mugabe Waffen an Gbagbos Kräfte lieferte. ⁴¹⁹ Warum Mugabe sich entschlossen hatte, Gbagbo zu helfen, ist klar, abgesehen davon, dass er vielleicht einfach instinktiv die Politik der UNO und der Westmächte zu untergraben versucht, wo immer er kann. ⁴²⁰ Gleichzeitig, so berichtet die UNO, hatte Weißrussland Ende Februar ein Kontingent Waffen geliefert. Zu dem Paket gehörten unter anderem drei Kampfhubschrauber – die in einem Low-Tech-Konflikt wie dem an der Elfenbeinküste wichtige »Kräftemultiplikatoren« darstellen. ⁴²¹ Das heißt, das man Ende Februar in Weißrussland ziemlich beschäftigt gewesen sein dürfte, denn etwa um dieselbe Zeit wurden weißrussische Frachter mit Rüstungsgütern bestückt, die für Muammar Gaddafi in Tripolis bestimmt waren.

Gbagbo sitzt inzwischen hinter Gittern; Ouattara hat das Amt übernommen, zu dem er sich seit dem Tod von Houphouët-Boigny berufen fühlt. Er sieht sich ungeheuren Herausforderungen gegenüber, deren größte es ist, die sich bekriegenden Parteien dazu zu bringen, eine Zivilregierung zu akzeptieren. Noch immer besteht die Gefahr, dass unzufriedene Rebellen oder ivorische Generäle die Geburt der Demokratie in der Elfenbeinküste mit Gewalt verhindern. Mit den vorhandenen Waffen im Land wäre ihnen das leicht möglich.

SECHS

Endspiel

»Der Welt Frieden bringen«

Mit dem bemerkenswerten Mangel an Selbstironie, ohne den es bei erfolgreichen Waffenhändlern nicht zu gehen scheint, verschickte Adnan Kaschoggi 1986, dem Jahr, in dem er im Rahmen des Iran-Contra-Geschäfts ein Vermögen verdiente, eine Weihnachtskarte. In goldenen Lettern stand darauf:¹

Während dieser festlichen Zeit bitten wir inständig alle Menschen, die eine Verantwortung dafür verspüren, der Welt Frieden zu bringen, ihre Herzen in Gebet und Tat zu erheben, auf dass die Welt sich zur Feier der Gemeinschaft aller Menschen die Hände reicht.

Kaschoggi war nie der reichste Mann der Welt, aber er schürte gern das Gerücht, und die Welt nahm es ihm gern ab. Sein Lebensstil schien dazu zu passen: Er besaß Jachten, Flugzeuge, ein Dutzend Häuser, er machte protzige Geschenke, gab exzessive Partys, pflegte Umgang mit Filmstars und anderen Prominenten, war gut Freund mit Königen und anderen Oberhäuptern weltweit. Die Maßlosigkeit seines Lebens stellte selbst die seiner großen Gönner, der königlichen Familie von Saudi-Arabien, in den Schatten. Schließlich wurde sein zur Schau gestellter Hedonismus selbst den Saudis peinlich, was schließlich zur Entfremdung führte. Gegen Ende der maßlosen achtziger Jahre begann Kaschoggis Stern zu sinken; seine Jacht, seine Flugzeuge und die Villen hatte er bereits nach und nach aufgeben müssen, sein Ruf war dahin.²

Am 19. Juli 1989 traf er in einer Maschine der Swissair aus Genf in New York ein, erster Klasse zwar, aber in Begleitung einiger Schweizer Polizisten und in Handschellen wie ein gewöhnlicher Krimineller. Man brachte ihn ins Bundesgerichtsgebäude am Foley Square, wo man ihm zur Last legte, seinen Freunden Ferdinand und Imelda Marcos dabei geholfen zu haben, ihre philippinische Heimat um 160 Millionen Dollar zu bestehlen, indem er für sie

als Strohmann bei Immobilienkäufen auftrat. Beim Versuch, der neuen philippinischen Regierung etwas von der Marcos-Beute zurückzugeben, hatten die amerikanischen Behörden festgestellt, dass die Eigentumsrechte an vier New Yorker Geschäftsimmobilien an Adnan Kaschoggi übergegangen waren. Den Papieren nach schien man die Gebäude 1985 verkauft zu haben, aber wie die Behörden später behaupteten, hatte man die Dokumente in betrügerischer Weise zurückdatiert. Darüber hinaus bewahrte Kaschoggi über dreißig Gemälde im Gesamtwert von 200 Millionen Mark für das ehemalige Diktatorenpaar auf – darunter Werke von Rubens, El Greco, Picasso und Degas; Imelda Marcos hatte sie angeblich dem Metropolitan Museum in Manila gestohlen. Wie sich herausstellte, hatte man die Bilder in dem Versuch, ihre Herkunft zu verschleiern, an Kaschoggi verkauft.³ Im Zuge mehrerer Geständnis-Deals mit Staatsanwaltschaft und Börsenaufsicht zog man diese Vorwürfe später jedoch wieder zurück.

Anfang 2000 hatte Kaschoggi wieder mit der Justiz zu tun, diesmal in Thailand und Los Angeles; es ging um angebliche Aktienmanipulationen und Betrug.⁴ 2010 ermittelte die Börsenaufsicht gegen Kaschoggi wegen Aktienbetrugs. Man einigte sich auf eine außergerichtliche Regelung ohne Schuldbekennnis. Kaschoggi und die Geschäftsleitung der betroffenen Firma erklärten sich zu dieser Einigung bereit, ohne die Vorwürfe zu bestreiten oder einzugestehen; man untersagte Kaschoggi und dem Vorstandsvorsitzenden der Firma für fünf Jahre jeden Posten in der Geschäftsleitung eines Unternehmens, das registrierte Wertpapiere ausgibt.⁵ Donald Trump, der Kaschoggis Jacht als Schnäppchen gekauft hatte, als der Waffenhändler in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten begann, sagte dazu: »Kaschoggi war ein hervorragender Makler, aber ein lausiger Geschäftsmann. Er beherrschte die Kunst, Leute zusammenzubringen und einen Deal in die Wege zu leiten – dieses ganze Tamtam, das zum Geschäft gehört, Leute bequatschen, sie bei Laune halten –, aber er hatte keine Ahnung, wie man sein Geld investiert. Hätte er seine Kommissionen (aus den Waffengeschäften; A. F.) auf eine Schweizer Bank geschafft, er wäre heute noch immer ein reicher Mann, aber er hat das Geld investiert, und seine Entscheidungen waren immer daneben.«⁶ Zu diesen Entscheidungen gehörte ein großes Immobilienprojekt in Salt Lake City, das den Bach runterging, und eine börsennotierte Internetfirma, die bei der Implosion der

Dotcom-Blase auf der Strecke blieb.⁷

Es waren aber nicht nur ein paar falsche Anlageobjekte, die Kaschoggis Leben im Luxus ein Ende bereiteten. In der »Räuberhöhle«, die die Schattenwelt internationaler Waffenhändler letztendlich ist, gibt es einen merkwürdigen Kodex, und gegen den hatte Kaschoggi verstoßen. Laut Joe Hovsepien hatte Kaschoggi nicht nur Waffen aus zweiter Hand als neu verkauft – was schon nicht gern gesehen wird –, sondern weit schlimmer: er hatte mehreren Leuten in der Branche Schmiergelder versprochen und nicht bezahlt. Das war sein Ende. Er musste sich – unter Androhung von Gewalt – verpflichten, nie wieder mit Waffen zu handeln. Heute führt er ein stilles Leben in Marbella – in Umständen, die nur verglichen mit seinem früheren Lebensstil als bescheiden zu bezeichnen sind. Von der *New York Times* zu seiner Laufbahn befragt, sagte er: »Was ich falsch gemacht habe? Nichts ... Okay, ich habe mich unmoralisch verhalten, aus moralischen Gründen.«⁸

Hovsepien selbst ist nach wie vor gut im Geschäft. Nachdem er – trotz seiner Antipathie gegen Amerika – für das amerikanische Verteidigungsministerium, für USAID und das National Democratic Institute im Irak, in Afghanistan und Liberia gearbeitet hatte, macht er jetzt gute Geschäfte im hochexplosiven Jemen. So hat er die Jemeniten mit Rüstungsgütern aus Südafrika und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion beliefert. Sein besonderes Interesse gilt der jemenitischen Küstenwache. Er bietet in ihrem Namen gegen Bezahlung sicheres Geleit für Schiffe und verkauft ihr dabei auch gleich Waffen und Radarsysteme. Darüber hinaus leistet er Entwicklungshilfe, denn er versorgt »die Dritte Welt mit Waffen und Munition für Kriege oder die Polizei«.⁹

Die amerikanische Merex wurde eine Weile von Gerhard Mertins' Sohn JT geleitet, der das Geschäft laut Hovsepien jedoch bald verließ, um zur Polizei zu gehen. JTs Bruder Helmut, mit dem er sich nicht versteht, ist nach wie vor im Waffengeschäft. Er arbeitet von Alexandria im Bundesstaat Virginia aus. Hovsepien behauptet, Helmut arbeite nebenbei auch für die CIA, die ihm dafür zu Geschäften verhelfe.^{17*}

Hovsepien wurde einmal bei einem Waffendeal im Jemen von Monzer al-Kassar ausgestochen, der seinen Einstand in der Branche über die jemenitische Regierung bekommen hatte. Al-Kassar hat eine lange und erfolgreiche Karriere im Waffenhandel hinter sich; er hatte auch bei der Iran-Contra-Affäre die Finger

im Spiel. Mit den Amerikanern verdarb er es sich, als er Öl ins Feuer des Aufstands im Irak zu gießen begann. 2006, als die neue Regierung des Irak eine Liste der meistgesuchten Verbrecher herausgab, war al-Kassar die Nummer 26 – »eine der Hauptquellen«, wie ein irakischer Beamter sich ausdrückte, »finanzieller und logistischer Unterstützung« für die Aufständischen.¹⁰

Im Februar 2009 stellten ihm US-Ermittlungsbehörden eine Falle. Man lockte ihn aus seinem palastartigen Haus in Marbella und verhaftete ihn. Man befand ihn der Verschwörung zum Mord an amerikanischen Staatsbürgern für schuldig. Nach dreißig Jahren als Prinz von Marbella wird al-Kassar – »der Pfau« – die nächsten dreißig Jahre – oder solange er eben noch lebt – in einer amerikanischen Zelle verbringen.¹¹

Während des Prozesses gegen ihn wollten al-Kassars Anwälte Beweise vorlegen, die die Zusammenarbeit ihres Mandanten mit den US-Behörden bewiesen hätten, aber das Justizministerium erhob Einspruch mit der Begründung, diese Beweise enthielten geheimes Material. Das Gericht entschied schließlich, dass die Beweise ohnehin irrelevant seien. Einige von al-Kassars Freunden und Geschäftspartnern bestätigten, dass er der CIA im Lauf der Jahre ausgeholfen hatte, er und Ghassan, sein Bruder und Mentor im Waffengeschäft. Bei der CIA wollte man das weder bestätigen noch bestreiten.¹²

Man benutzt Waffenhändler immer wieder als Instrumente der Politik, und al-Kassar gab sich alle Mühe, sich nützlich zu machen. Viele Länder, auch die Vereinigten Staaten, kaufen heimlich Waffen von internationalen Maklern, wenn der Einsatz von Waffen aus eigenen Beständen auf ihre Verwicklung in verdeckte Operationen weisen könnte. »Staaten, die solche Dienstleistungen erhalten haben, ›drücken für gewöhnlich beide Augen zu‹, was die illegalen Aktivitäten der Brüder angeht.«¹³ Ghassan al-Kassar blieb ein enger Vertrauter seines Bruders Monzer und bis zu seinem – natürlichen – Tod 2009 im Waffenhandel aktiv. Man kann nur spekulieren, dass Monzer den Amerikanern in seiner Unterstützung der Aufständischen im Irak zu weit gegangen war und die Konsequenzen zu tragen hatte.

Ein anderes Mitglied des Netzwerks, Nicholas Oman, sitzt noch in einem australischen Gefängnis, aber nicht etwa wegen diverser illegaler Waffengeschäfte, sondern wegen Pädophilie. 2006 hatte er zugegeben, während seiner zahlreichen Besuche in Liberia Anfang der neunziger Jahre mehrere

Minderjährige missbraucht zu haben.¹⁴ Er bekam lebenslänglich. Slowenien versucht nach wie vor, seine Auslieferung zu erwirken.¹⁵

Der ehemalige liberianische Präsident Charles Taylor wurde 2006 von Monrovia nach Den Haag überstellt, wo er sich wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verstößen gegen die Genfer Konventionen und gegen internationales Völkerrecht zu verantworten hat. Er ist immer noch in Den Haag im Gefängnis und beteuert nach wie vor seine Unschuld. So elegant gekleidet, wie er ist, und angesichts seines Teams hochkarätiger Verteidiger kann man davon ausgehen, dass er immer noch Zugang zu wenigstens einem Teil seines unrechtmäßig erworbenen Reichtums hat. Das britische Model Naomi Campbell wurde vorgeladen, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob sie bei einer Veranstaltung für Nelson Mandelas Children's Foundation 1997 von Taylor mehrere Blutdiamanten geschenkt bekommen habe. Sie bestätigte dies, gab aber an, sie habe weder gewusst, worum es sich bei den (ungeschliffenen) Steinen gehandelt habe, noch woher sie gekommen seien, eine Behauptung, der ein anderer Gast der Veranstaltung, die Schauspielerin Mia Farrow, in ihrer Zeugenaussage widersprach. Nachdem sie darüber geklagt hatte, wie »ungelegen« ihr die Vorladung komme, behauptete Campbell, nie zuvor von Taylor gehört zu haben, noch nicht einmal von Liberia.¹⁶ Der konservative TV-Prediger Pat Robertson war ebenfalls ein Verbündeter des Diktators; er hatte sich für ihn in den Vereinigten Staaten eingesetzt – als Dankeschön für eine Goldkonzession in Liberia. Robertsons Sprecher bestritten, dass seine Unterstützung etwas mit der Goldmine zu tun gehabt hätte; ihm sei es um den Schutz von Christen in Liberia gegangen.¹⁷ Taylors angebliche Verbindungen zu US-Geheimdiensten kamen vor dem Sondertribunal in Den Haag nicht zur Sprache.

Viktor But, der ebenfalls für die Amerikaner gearbeitet hat, bevor er bei ihnen in Ungnade fiel, sitzt im Metropolitan Correctional Center in Lower Manhattan, wo er auf seinen Prozess wartet. Während seiner letzten Wochen in Thailand vor seiner Überführung gelang es mir, einen Mitarbeiter von ihm in Bangkok zu kontaktieren. Jeff, der eine Website zur Unterstützung von But betreibt, behauptet, der Russe habe nie etwas anderes als legale Speditionsaufträge übernommen. Buts Prozess begann im Oktober 2011; Andrew Smulian, Buts alter Geschäftspartner, war der Hauptbelastungszeuge. Anfang November wurde

But in allen Punkten für schuldig befunden: der Verschwörung zur Tötung von US-Staatsbürgern, zur Tötung von US-Regierungsmitarbeitern, zum Abschuss von Flugzeugen sowie wegen Waffenhandel. Das Urteil wird im Februar 2012 erwartet.¹⁸

Leonid Minin ist nach wie vor ein freier Mann und hält sich in Rom auf. Nach allem, was man weiß, hat der jahrelange Drogenkonsum aber seinen Tribut gefordert. Minin soll nur noch ein Schatten seiner selbst sein.

Roger D'Onofrio, die Geheimwaffe der CIA, hat sich – mit knapp neunzig Jahren – das Leben genommen. Erkki Tammivuori, Taylors und Minins Verbündeter, ist immer noch im Geschäft und lebt in Lausanne in der Schweiz.

Gus Kouwenhoven wartet auf seinen zweiten Prozess. Die Ankläger beraten noch, wie man zusätzliches Beweismaterial zusammentragen könnte, ohne auf dieselben Probleme zu stoßen wie beim ersten Verfahren.

Graf Alfons Mensdorff-Pouilly lebt weiterhin das Leben eines Aristokraten in Österreich, nachdem der britische Staat ihm 372000 Pfund Entschädigung wegen Freiheitsberaubung zugestanden hat.¹⁹ Seine Geschäftsbeziehungen zu dem Rüstungsunternehmen sind aufgelöst. Ende 2010 wurden in Tschechien die Ermittlungen gegen Mensdorff-Pouilly wieder aufgenommen. Ein Amtshilfeersuchen an die USA wurde gestellt,²⁰ anscheinend im Zuge der Dienstsuspendierung des Staatssekretärs im Finanzministerium und Verteidigungsministers der Übergangsregierung Fischer, der im Zusammenhang mit dem Fall BAE genannt worden war. Ein ehemaliger Botschafter und Geschäftsführer des tschechischen Automobilherstellers Tatra hat behauptet, Martin Barták habe »Millionen von Dollar verlangt«, um Probleme des Unternehmens bei der Bewerbung um ein millionenschweres Geschäft mit der tschechischen Armee aus der Welt zu schaffen.²¹

Während die Ermittlungen in Ungarn laut Auskunft eines Informanten auf der Stelle zu treten scheinen, wird die Causa Mensdorff-Pouilly in Österreich unvermindert weiterverfolgt. Eine Schlüsselfunktion nimmt inzwischen die Liechtensteiner »Kate«-Stiftung ein, wo, so wird vermutet, Mensdorff die Millionenbeträge der Provisionen gebunkert haben könnte. Doch die Stiftung verweigert der Staatsanwaltschaft Einsicht in die Akten. Liechtensteiner Diskretion eben.²²

Im Mai 2011 hat BAE sich mit einer US-Behörde auf einen weiteren

Kuhhandel geeinigt, diesmal mit dem Außenministerium. Für das Schuldbekennnis, in mehreren Fällen gegen Waffenexportgesetze verstoßen zu haben, und gegen die Zahlung einer Geldbuße von insgesamt 79 Millionen Dollar – zusätzlich zu den 400 Millionen vom Vorjahr – kaufte BAE sich von jeder weiteren Strafverfolgung frei. Die zweite Einigung zielte de facto darauf ab, das vorübergehende Embargo aufzuheben, das BAE den Export von Rüstungsgütern aus den USA untersagt. Die »Anklageschrift« wirft dem Unternehmen 2591 Verstöße gegen das Waffenexport-Kontrollgesetz und die Regelung des Internationalen Waffenhandels (ITAR) vor.²³ Darin heißt es unter anderem, dass die Firma Red Diamond 1998 eingerichtet wurde, »um u.a. Maklerbeziehungen zu verschleiern«.²⁴ Sie bestätigt, dass BAE zwischen 1998 und 2007 etwa hundert Zahlungen an »Broker« leistete, während über Red Diamond weitere geschätzte tausend Zahlungen an »nicht autorisierte Waffenmakler« gingen.²⁵ Bei Ermittlungen, die Aktivitäten von Red Diamond betreffend, stellte das US-Außenministerium fest, dass das Unternehmen schätzungsweise 350 verdeckte Absprachen mit 299 Maklern getätigt hat.²⁶

Festzuhalten ist, dass BAE Zahlungen an wichtige Personen und Unternehmen getätigt hat, denen wir im vorliegenden Buch nachgegangen sind. Hinsichtlich Südafrika hat man zugegeben, dass »Red Diamond Zahlungen an Makler leistete, die in die Sicherung des Verkaufs involviert waren«.²⁷ In einer Offenlegung im März 2010 gestand BAE darüber hinaus, acht bis dahin unbestätigte Berater eingestellt zu haben, um sich Leasing/Verkaufs-Verträge für das Kampfflugzeug Gripen mit der Tschechischen Republik und Ungarn zu sichern. Zu diesen Beratern gehörten Alfons Mensdorff-Pouilly, Valurex, CEC, Laris Overseas, Jan Hasek, Dubový Mlýn, Manor Holdings und Omnipol.²⁸ BAE tätigte über Red Diamond auf diese Weise Zahlungen von über 135 Millionen Pfund und 14 Millionen Dollar an »Marketing-Berater und Agenten«.²⁹ Das »Geständnis« von BAE zeigt auch, dass der Konzern sich sehr wohl der dubiosen Art dieser Zahlungen bewusst war:

Nach Mai und November 2001 tätigte BAE Zahlungen an gewisse Berater über Briefkastenfirmen, obwohl in bestimmten Situationen die hohe Wahrscheinlichkeit bestand, dass Teile dieser Zahlungen dazu dienen würden, BAE eine bevorzugte Berücksichtigung bei den Entscheidungen ausländischer Regierungen über Einkäufe von Verteidigungsartikeln zu sichern.«³⁰

Im Rahmen des Geständnishandels gab BAE also vieles von dem zu, was das

Unternehmen lange geleugnet hatte: dass man sich Hunderte von »Vermittlern«, »Vertretern« und »Maklern« hielt, an die man enorme Summen gezahlt hatte; dass die Zahlungen größtenteils über die Firma Red Diamond liefen; dass Red Diamond eigens dafür gegründet wurde, die Beziehungen zwischen BAE und seinen Mittelsmännern zu verschleiern; und dass wenigstens ein Teil der Zahlungen »trotz« der »hohen Wahrscheinlichkeit« geleistet wurden, dass sie dazu dienten, BAE eine bevorzugte Berücksichtigung bei den Entscheidungen über Einkäufe von Rüstungsgütern in den jeweiligen Ländern zu sichern.

Das Außenministerium führte darüber hinaus erschwerende Faktoren im Verhalten des Unternehmens an, unter anderem, dass »bestimmte Verstöße von der Geschäftsleitung abegesenet waren; dass die Verstöße systemisch waren, flächendeckend und über zehn Jahre anhielten; dass nur drei von den Verstößen offengelegt wurden, und dies unfreiwillig, auf Verlangen des Ministeriums; und dass alle anderen Verstöße nie offengelegt, sondern erst durch die Ermittlungen des Ministeriums enthüllt wurden«. ³¹

Das amerikanische System des »Geständnishandels«, des »Plea Bargaining«, ist ein Kuhhandel, bei dem der Beschuldigte einen Teil der Anklagepunkte gesteht und der Fall damit insgesamt ad acta gelegt wird. Das heißt, es werden nicht alle Anklagepunkte verhandelt. Für BAE bedeutete dies, dass damit der direkte Vorwurf der Bestechung vom Tisch war.

Am 9. September 2010 erstattete eine Gruppe schwedischer Friedensorganisationen nach der Veröffentlichung eines Buches über Saabs Südafrika-Waffenvertrag in Schweden Strafanzeige gegen Saab. ³² Im November 2010 traf ich mich mit der schwedischen Staatsanwaltschaft, um ihr die Informationen über den Waffenvertrag auszuhändigen, die ich hatte. Befragungen der Staatsanwaltschaft führten im Juni 2011 schließlich zu dem Eingeständnis des Rüstungskonzerns, dass man dem ehemaligen politischen Berater des damaligen südafrikanischen Verteidigungsministers, Fana Hlongwane, zig Millionen Rand gezahlt hatte, was die Kontroverse um den Südafrika-Vertrag sowohl in Südafrika als auch in Schweden wieder aufflammen ließ. Saabs Eingeständnis wurde weitgehend als Beweis dafür gedeutet, dass der Konzern bestochen hatte, ³³ obwohl durchaus nicht klar ist, wer letztlich dafür verantwortlich ist, Saab oder BAE, oder ob die Unternehmen in Absprache gehandelt haben.

Unterdessen kam durch eine Indiskretion eine interne Untersuchung des Ferrostaal-Konzerns, des deutschen Unternehmens, das in Zusammenhang mit dem südafrikanischen Waffenhandel der Korruption bezichtigt worden war, zum Vorschein. In dem Papier heißt es, dass Ferrostaal in der Tat 300 Millionen Rand für »dubiose Zahlungen« ausgegeben habe, um sich den U-Boot-Auftrag zu sichern. Dieselbe Untersuchung zeigt angeblich auch, dass die Firma Bestechungsgelder an Muammar Gaddafi gezahlt hat.³⁴

Diesen Enthüllungen waren bereits mehrere skandalöse Enthüllungen um Ferrostaal vorausgegangen. Im März 2010 war behauptet worden, die Firma habe knapp 83 Millionen Euro³⁵ an griechische Spitzenpolitiker gezahlt, um U-Boote nach Griechenland liefern zu können.³⁶ Ähnlich skandalumwittert war Ferrostaals Lieferung von zwei U-Booten im Wert von einer Milliarde Dollar an die portugiesische Marine, ein Deal, bei dem ebenfalls Korruptionsvorwürfe laut wurden. Der schwerwiegendste betrifft Jürgen Adolff, Portugals Honorarkonsul in München.³⁷ Im Januar 2003 hatte Ferrostaal einen Beratervertrag mit Adolff abgeschlossen, der ihm eine Beteiligung von 0,3 Prozent des Gesamtvolumens zusicherte. Insgesamt erhielt Adolff damit 1,6 Millionen Euro.³⁸ Darüber hinaus ging Ferrostaal Dutzende weiterer Vermittlerverträge ein, darunter auch einen mit einem Konteradmiral der portugiesischen Marine.³⁹ Im März 2010 stießen die portugiesischen Behörden auf eine Rechnung über 30 Millionen Euro, von der man annimmt, dass es sich um einen Schein-Vermittlervertrag handelt, der den Fluss von Millionen von Euro an portugiesische Politiker erleichtern sollte.⁴⁰ Konzernvorstand Klaus Lesker wurde Mitte März 2010 festgenommen, und auch gegen zwei ehemalige Konzernvorstände wird ermittelt wegen des Verdachts auf »Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr in einem besonders schweren Fall«.⁴¹

Ebenfalls 2010 musste der französische Konzern Thales, der zusammen mit der halbstaatlichen Marinewerft DCNS in Korruptionsaffären auf höchster Ebene in Südafrika verwickelt war, eine Geldbuße von über 800 Millionen Dollar an Taiwan bezahlen, nachdem man das Unternehmen für schuldig befunden hatte, durch Bestechung den Preis von mehreren, 1991 im Rahmen eines 2,8-Milliarden-Dollar-Geschäfts gelieferten Fregatten in die Höhe getrieben zu haben.⁴² Abgesehen von der Verwicklung des Unternehmens in den Taiwan-Skandal steht DCNS in Frankreich eine separate Untersuchung wegen

angeblicher Schmiergeldzahlungen an einen Freund des malaysischen Premiers ins Haus.⁴³ Im Juni 2002 schloss DCNS einen Vertrag über U-Boot-Lieferungen an Malaysia im Wert von 1,2 Milliarden Euro ab.⁴⁴ Später kam heraus, dass man 114 Millionen Euro an »Vermittlerhonoraren« an eine Firma gezahlt hatte, deren Hauptaktionär die Frau eines engen Bekannten des damaligen Verteidigungsministers – und heutigen Premiers – war.⁴⁵ Die französische Staatsanwaltschaft hat 2010 eine Ermittlung in dem Fall eingeleitet; Malaysia selbst hat die Korruptionsvorwürfe nie untersucht.⁴⁶ Darüber hinaus wurde ein Dolmetscher der malaysischen Delegation, die den Vertrag aushandelte, ermordet, nachdem er angekündigt hatte, Einzelheiten bekanntgeben zu wollen, was die Bedrohung korrupter Waffengeschäfte für die Rechtsstaatlichkeit noch unterstreicht.⁴⁷

2009 verschwand Prinz Bandar bin Sultan plötzlich von der Bildfläche. Es gab die unterschiedlichsten Gerüchte. Einige behaupteten, er leide an Depressionen, andere wollten wissen, er sitze nach einem Putschversuch innerhalb der Königsfamilie hinter Gittern. Im September 2010 tauchte er »aus Agadir in Marokko kommend« wieder auf und wurde am Flughafen von Angehörigen des saudischen Geheimdienstes abgeholt, von seinem Vater Prinz Sultan und anderen Prinzen sowie Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats, dessen Generalsekretär er ist.⁴⁸ Es besteht Grund zu der Annahme, dass Prinz Bandar eine Weile in einer Klinik verbracht hat. Worunter er immer leiden mag, Krebs, Depressionen oder Alkoholsucht, er wird gewiss die denkbar beste ärztliche Behandlung erhalten haben, bei einem geschätzten Vermögen von 20 Milliarden Dollar – zu dem die Steuerzahler in Großbritannien und den USA in erheblichem Maße beigetragen haben.⁴⁹

Er scheint sich gut erholt zu haben; jedenfalls nahm er seine Arbeit als internationaler Diplomat wieder auf. Nach Saudi-Arabiens Intervention in Bahrain im März 2011, bei der man die saudische – in Großbritannien ausgebildete⁵⁰ – Nationalgarde einsetzte, um eine pro-demokratische Erhebung im benachbarten Königreich niederzuschlagen, schickte man Bandar auf Goodwill-Tour nach Pakistan, China und Indien. In Pakistan handelte Prinz Bandar Berichten zufolge die Unterstützung pakistanischer Truppen aus für den Fall, dass der »arabische Frühling« auch Saudi-Arabien blühen sollte.⁵¹

Nachdem in zahlreichen Berichten darauf hingewiesen wurde, dass britische

Waffen gegen die Aufständischen in den arabischen Ländern eingesetzt wurden, setzte Großbritannien Waffenexporte in mehrere Länder aus. Obwohl dieser Schritt etwas spät kam – schließlich befanden sich die Waffen bereits in den Händen repressiver Regierungen –, war er doch zu begrüßen. Auf der Liste der mit Embargos belegten Staaten fehlt allerdings ein Name: Saudi-Arabien – obwohl deren Nationalgarde in Bahrain interveniert hatte und dabei mit Panzerfahrzeugen des Typs Tactica von BAE gegen die aufständischen Schiiten vorgegangen war. Die Campaign Against the Arms Trade (CAAT) hat gegen dieses »Versäumnis« mittlerweile vor Gericht geklagt.⁵²

Auch dem Syrer Wafic Said, der sein Vermögen mit den Saudis gemacht hatte, scheint es bestens zu gehen. Er lebt nach wie vor in London und Monte Carlo und geht in den besten Häusern ein und aus. Ich erhielt einen sehr höflichen Brief von ihm, aber über Waffenhandel wollte er nicht mit mir sprechen.

Mohammed Safadi bleibt Minister in der Interimsregierung des Libanon.

Mark Thatcher gilt vielen als Wichtigster, und es gibt Grund zu der Annahme, dass er obendrein ein korrupter Wichtigster ist. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Äquatorialguinea kündigte Simon Mann an, er werde gegen Thatcher aussagen, denn er solle für sein Mitwirken an dem versuchten Staatsstreich zur Verantwortung gezogen werden.⁵³ Dass man Mark Thatcher in Großbritannien vor Gericht stellt, ist allerdings ebenso unwahrscheinlich, wie dass BAE jemals in vollem Umfang für seine Bestechungen verurteilt wird.

BAE war im Jahr 2009 vorübergehend der größte Rüstungskonzern der Welt; wenigstens für kurze Zeit konnte er den mächtigen Marktführer Lockheed Martin überholen.⁵⁴

Kurz nach dem umstrittenen Vergleich, mit dem sich der Konzern und die britische Justiz »gütlich geeinigt« hatten, verließ einer der leitenden Ermittler das Serious Fraud Office (SFO) – ein stummer Protest gegen SFO-Chef Richard Alderman. Im Oktober kündigte das Accountancy and Actuarial Discipline Board (AADB), das britische Aufsichtsgremium für Wirtschaftsprüfer und Versicherer, an, es werde Ermittlungen einleiten, das Verhalten des Prüfungskonzerns KPMG im Umgang mit BAE in den Jahren 1997 bis 2007 betreffend – mit besonderer Berücksichtigung »der von BAE gezahlten Provisionen«.⁵⁵ Auch wenn damit eingeräumt wird, dass Provisionen gezahlt

wurden, angesichts der eher passiven Haltung des AADB hinsichtlich der Rolle seiner Mitglieder bei der Implosion im Bankensektor ist ein schonungsloses Durchgreifen eher unwahrscheinlich.

Dem SFO bietet sich inzwischen eine neue Gelegenheit, die Korruption im Zusammenhang mit dem Saudi-Deal zu untersuchen. Es hat sich ein Informant gemeldet, der behauptet, im Fall eines Liefervertrags für militärische Kommunikationseinrichtungen im Wert von zwei Milliarden Pfund zwischen einer Tochter von EADS und der saudischen Nationalgarde seien Schmiergelder gezahlt worden. Man beförderte das Zustandekommen des Vertrags, der über das britische Verteidigungsministerium ging, angeblich mit Luxusautos, Schmuck und Aktenkoffern voll Bargeld für saudische Amtsträger.⁵⁶ Ob die Führung des SFO diesmal beherzter zu Werke gehen wird als beim letzten Mal – ungeachtet des Drucks, dem die Ermittler wieder ausgesetzt sein werden?

Als Reaktion auf die Bedenken seitens der britischen Wirtschaft, das Anti-Bestechungsgesetz sei zu strikt, hat die Koalitionsregierung prompt Änderungen vorgenommen.⁵⁷ Der überarbeitete Bribery Act mit neuen Durchführungsbestimmungen bietet jetzt noch mehr Schlupflöcher für Bestechung im Ausland. Der Chef von Transparency International UK hat die Änderungen scharf verurteilt: »Der Bribery Act, wie vom letzten Parlament verabschiedet, ist eines der besten Anti-Bestechungsgesetze der Welt. Aber die Durchführungsbestimmungen dazu werden seinen Anspruch ins Gegenteil verkehren. Die Bestimmungen lesen sich eher wie ein Leitfaden zur Umgehung des Gesetzes als zur Entwicklung innerbetrieblicher Verfahrensweisen, die seine Einhaltung garantieren. Es ist bedauerlich, dass die seit letztem Jahr am Entwurf der Durchführungsbestimmungen vorgenommenen und jetzt verankerten Änderungen in mehreren Bereichen von international bewährten Verfahren abweichen. Mit diesen endgültigen Durchführungsbestimmungen, die das Gesetz sowohl unterminieren als auch seine Wirksamkeit einschränken, hat das Justizministerium sein Mandat überschritten. Es besteht jetzt ein erhebliches Risiko, dass Bestechung unbestraft bleibt.«⁵⁸

Auf dem von Transparency International jährlich herausgegebenen sogenannten »Korruptionsindex« – einer Staaten-Rangliste nach dem Grad der wahrgenommenen Bestechlichkeit – landete das Vereinigte Königreich 2010 auf Platz 20 (von insgesamt 180 erfassten Staaten); damit ist es weit abgerückt vom

Feld der »oberen Zehn«, zu denen es noch vor vier Jahren gehört hat.⁵⁹ Die Politiker und Firmenbosse, die am meisten zu diesem Abstieg beigetragen haben, haben sich inzwischen andere Betätigungsfelder gesucht: Ex-BAE-Chef Dick Evans (mittlerweile Sir Richard) ist Vorsitzender der kasachischen Staatsholding Samruk. Man sagt ihm engste Beziehungen zu Quasi-Diktator Nursultan Nasarbajew nach, dessen Familie fest installiert ist im Kollektiv von Staatskonzernen, aus dem Samruk besteht.⁶⁰ Kasachstan steht mit kläglichen 2,9 von 10 möglichen Punkten auf Platz 105 des TI-Korruptionsindex.⁶¹ Evans, der Kasachstan als zweites Zuhause bezeichnet, bemerkte dazu: »Als einer, der den größten Teil seines Berufslebens in der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie zugebracht hat, kenne ich mich mit Korruption aus.«⁶² Julian Scopes, Leiter des Osteuropageschäfts von BAE, übernahm 2008 vorübergehend die lukrativen indischen Operationen des Rüstungskonzerns.⁶³ Er zog sich 2009 aus dem Unternehmen zurück.

Keiner von ihnen sah sich von der Justiz zur Rechenschaft gezogen. Die gegenwärtige Konzernleitung weigert sich, den ganzen Umfang der Korruption anzuerkennen. Chef Dick Olver lehnte mein Ersuchen um eine offizielle Stellungnahme von BAE ab. Vom amerikanischen Justizministerium gezwungen, einen unabhängigen »Compliance-Wächter« zu ernennen, um sicherzustellen, dass die Firma nicht noch einmal gegen amerikanisches oder britisches Recht verstößt, entschied BAE sich für David Gold, einen Seniorpartner der Anwaltssozietät Herbert Smith, zu dessen renommierten Mandanten auch Prinz Bandar gehört.⁶⁴

Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair und Gordon Brown, die sich so verdient um die BAE-Bilanzen gemacht haben, haben sich inzwischen aus dem politischen Leben zurückgezogen. Keiner von ihnen hat je Bedauern darüber geäußert, dass sie sich zu Bütteln eines inhumanen Kriegsgeschäfts gemacht haben. Im Gegenteil: John Major wurde nach seinem Rückzug in den Ruhestand 1998 Mitglied des europäischen Beirats der Carlyle Group und im Mai 2001 schließlich Vorsitzender von Carlyle Europe. Im August 2004 zog er sich aus der einst ganz auf das Waffengeschäft konzentrierten privaten Beteiligungsgesellschaft zurück.⁶⁵

2010 war Tony Blair der unbeliebteste Labour-Politiker der jüngeren Zeit.⁶⁶ Ein Schlag gegen sein Ego, den ein geschätztes Nettovermögen von

20 Millionen Pfund sicher milderte.⁶⁷ Er hat mehrmals vor der Carlyle Group Reden gehalten, für etwa 250000 Dollar pro Rede.⁶⁸ Von den Hedgefonds-Managern Lansdowne Partners bekommt er etwa 2000 Pfund die Minute dafür, dass er sich so seine Gedanken über Geopolitik macht.⁶⁹ In Zeiten, in denen es für andere wirtschaftlich eng geworden ist, hat er einen Job bei J. P. Morgan Chase für 2,5 Millionen Dollar an Land gezogen und verdient dem Vernehmen nach 2 Millionen Dollar bei Zurich Financial Services.⁷⁰ Ehrenamtlich ist er in einer eher nicht eindeutig definierten Funktion als »Friedensbotschafter« des Nahost-Quartetts unterwegs, ein Titel, der angesichts von Blairs Rolle im Irak-Krieg und im Fall von BAE an Orwell erinnert. Seine eigene kommerzielle Beraterfirma, Tony Blair Associates (TBA), berät in strategischen Fragen – zum Beispiel die Regierung in Kuwait und den in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässigen Staatsfonds Mubadala. Außerdem ist TBA ins »Boutique«-Banken-Geschäft eingestiegen; bei der britischen Finanzaufsichtsbehörde hat man sich eingetragen, um »Investmentgeschäfte anzubahnen«, und das in ganz Europa, auch in einigen Steueroasen. Jonathan Powell, Blairs ehemaliger Stabschef, mittlerweile geschäftsführender Direktor bei Morgan Stanley, ist bei einer von Blairs Firmen als Berater eingetragen.⁷¹

Schon vor seinem Rücktritt hatte Blair ein auffallend üppiges Immobilienportfolio zusammen. Er hatte für 3,65 Millionen Pfund ein Haus am Connaught Square in Westlondon gekauft und 5,6 Millionen Pfund für ein Landhaus in Buckinghamshire hingelegt, das einmal dem Schauspieler Sir John Gielgud gehört hatte. Seine Frau, Cherie, gab mehr als 250000 Pfund aus, um das Anwesen aus dem 18. Jahrhundert mit georgianischen und Regency-Möbeln einzurichten. Außerdem erstanden die beiden für 800000 Pfund einen Altbauwohnkomplex neben ihrem Haus am Connaught Square und waren in der Lage, für ein ähnliches Objekt, das sie, ebenfalls in London, für ihren Sohn kauften, 1,13 Millionen Pfund in bar zu bezahlen.⁷²

Sherard Cowper-Cowles, der britische Botschafter in Saudi-Arabien, der eine so entscheidende Rolle dabei spielte, die Ermittlungen des SFO in Sachen Al-Yamamah-Vertrag zu boykottieren, wurde im Februar 2011 Direktor der Abteilung Internationale Geschäftsentwicklung bei BAE.⁷³

Die Riggs Bank, das altehrwürdige Washingtoner Finanzinstitut, ist nicht mehr. Mit dem Vorwurf, die unrechtmäßig erworbenen Vermögen von Augusto

Pinochet und Charles Taylor versteckt und Geld für saudische und andere Diplomaten gewaschen zu haben, verhängte man schließlich eine Geldbuße von 25 Millionen Dollar gegen Riggs, was die Bank an den Rand des Ruins brachte.⁷⁴ 2007 übernahm sie ein aufstrebender Jungbanker, und das Logo mit dem hochfliegenden goldenen Adler wich dem unscheinbar-funktionellen Abzeichen ihres neuen Besitzers. Die meisten anderen großen Banken rund um die Welt machen selbstverständlich weiterhin ihre Mordsgeschäft mit dem Waffenhandel, vor allem Lloyds TSB, die im Augenblick de facto dem britischen Staat gehört, und Barclays-Bank, bei der einst Charles Taylors Bruder angestellt war.

Mit Ausnahme von Randy »Duke« Cunningham, der augenblicklich in einem minimal gesicherten Außenlager des Bundesgefängnisses von Tucson in Arizona einsitzt, Darleen Druyun, die kurz inhaftiert war, sowie Efraim Diveroli kamen alle übrigen der hier vorgestellten Akteure ungeschoren davon und genießen ihr Leben im Luxus.

Während das Schicksal der meisten der im Rahmen der auch als »Catch-22« bekannt gewordenen verdeckten Operation Angeklagten bislang noch unklar ist, drängten sich im Mai 2011 viele Größen des Justizministeriums in einen Washingtoner Gerichtssaal, um sich den Prozess gegen einige der Angeklagten anzuhören.⁷⁵ Wie immer der Prozess ausgehen wird – das Urteil wird entscheidenden Einfluss auch auf das Anti-Korruptionsgesetz selbst haben, da es zur Zeit in der amerikanischen Handelskammer auf der Abschussliste steht.⁷⁶

Erik Prince, der anscheinend unantastbare König von Xe (der ehemals als Blackwater bekannten Söldnerfirma), hat seine Millionen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten abgezogen, da er, laut Aussage eines Kollegen, »einen Urlaub von Amerika braucht«.⁷⁷ Ted Wright, einer der Toppleute bei KBR, wurde im Juni 2011 zum Vorstandschef des Konzerns ernannt,⁷⁸ John Ashcroft, der umstrittene ehemalige Generalbundesanwalt unter George W. Bush, wurde »Chefberater in ethischen Fragen«.⁷⁹ Er war die treibende Kraft hinter den umfassenden Überwachungsvollmachten im Rahmen des US Patriot Act. Seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst hat er mehr als dreißig im Bereich Heimatschutz tätigen Unternehmen, darunter Israel Aircraft Industries International, als Berater und Lobbyist gedient.⁸⁰

Oliver North, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, »Scooter« Libby,

George W. Bush und die zahllosen anderen grauen Eminenzen der Rüstungsindustrie sind die verehrten Ikonen des erstarkenden rechten Flügels im Land.

Lockheed Martin mit seinem gigantischen F-35-Projekt, um nur einen von vielen Multimilliarden-Dollar-Aufträgen zu nennen, bleibt der wesentliche Nutznießer des militärisch-industriellen Komplexes.

Jahre nachdem der Konzern durch Bestechung an den ursprünglich gekippten Auftrag gekommen war, bekam Boeing im Februar 2011 ganz ordnungsgemäß den Auftrag für den Bau einer Flotte von Tankflugzeugen mit einem Volumen von 35 bis 100 Milliarden Dollar.⁸¹ Dieser mit massiver Unterstützung durch den Kongress und die üblichen Interessenverbände und Lobbyisten errungene Sieg ist der unwiderlegbare Beweis für die Gesetzlosigkeit der amerikanischen Waffenbranche.

Einige Monate zuvor, im Oktober 2010, gab Präsident Obama bekannt, die USA würden Saudi-Arabien im Lauf der kommenden fünfzehn bis zwanzig Jahre Waffen im Wert von 60 Milliarden Dollar liefern.⁸² Es handelt sich dabei offiziell um das größte einzelne Waffengeschäft, das die USA je mit einem fremden Staat abgeschlossen haben.⁸³ In diesem Zusammenhang war zu erfahren, dass dem Kongress 2010 potentielle Auslandswaffengeschäfte der USA im Volumen von 102,5 Milliarden Dollar gemeldet wurden – das ist das Vierfache des Durchschnitts der vergangenen zehn Jahre.⁸⁴ Der Deal umfasst unter anderem 84 Boeing-F-15 mit zusätzlichen Upgrades für die siebzig F-15, die die Saudis bereits haben, über hundertfünfzig Hubschrauber, eine ganze Palette von Raketen aller Art sowie helmintegrierte Ziel- und Nachtsichtsysteme.⁸⁵ Obwohl der bei weitem größte Anteil der Aufträge an Boeing geht, fällt bei dem Deal auch Arbeit für Lockheed Martin, Raytheon, General Electric, ITT Aerospace, MD Helicopters und Sikorsky ab.⁸⁶

Nicht dass Boeing sein Verhalten geändert hätte. Im Juli 2011 berichtete der Generalinspekteur des US-Verteidigungsministeriums, die Firma habe der US Army bei Ersatzteillieferungen für Hubschrauber in Höhe von 23 Millionen Dollar zirka 13 Millionen zu viel berechnet. Die Army sträubte sich jedoch dagegen, das Geld von Boeing zurückzufordern.⁸⁷

Remy Nathan, Vizepräsident des amerikanischen Verbands der Luftfahrtindustrie, AIA, demonstrierte sowohl die Arroganz der

Rüstungsindustrie als auch ihren Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik, als er sofort nach Bekanntgabe des Saudi-Deals vorschlug, Weißes Haus und Kongress sollten »den Gedanken an internationale Verkäufe früher in die Planung unserer Außen-und nationalen Sicherheitspolitik einbeziehen«. ⁸⁸

Das Ausmaß der Änderungen in der internationalen Politik, seit Prinz Bandar zum ersten Mal im Ringen mit der Israel-Lobby die Zustimmung für Waffengeschäfte zwischen den USA und Saudi-Arabien bekam, illustriert bei dem neuen Waffenvertrag der Umstand, dass man die Israelis auf »hoher Ebene« miteinbezog, sodass das Geschäft mit Zustimmung Israels zustande kam. ⁸⁹ Andrew Shapiro, Staatssekretär im Außenministerium, der eine Ansprache zur Feier des Vertragsabschlusses hielt, versprach, der Auftrag werde »ein starkes Signal an die Länder in der Region senden, dass wir die Unterstützung unserer wichtigsten Bündnispartner im arabischen Golf und im weiteren Nahen Osten ernst nehmen«. ⁹⁰

Da überraschte es denn auch nicht weiter, dass Präsident Obama auf die Ereignisse des »arabischen Frühlings« mit einer großen Ansprache über den Nahen Osten reagierte, in der er Libyen, Syrien und selbst Bahrain darauf hinwies, dass »der Status quo nicht länger tragfähig« sei, während er Saudi-Arabien mit keinem Wort erwähnte. Er sagte, dass »wir die Chance ergreifen müssen, zu zeigen, dass Amerika die Würde des Straßenverkäufers in Tunesien höher schätzt als die rohe Gewalt des Diktators ... Nachdem wir jahrzehntelang die Welt in der Region akzeptiert haben, wie sie ist, haben wir jetzt die Chance, auf eine Welt hinzuarbeiten, wie sie sein sollte«. ⁹¹ Kein Wort von Saudi-Arabien, nicht einmal zwischen den Zeilen eine Anspielung auf den korrupten autokratischen Öllieferanten, der bei den Amerikanern für Milliarden von Dollar Waffen einkauft.

Die Saudis reagierten auf die Demonstrationen des Volks auf ihre eigene unnachahmliche Weise, indem sie 130 Milliarden Dollar für die Anhebung des Lohnniveaus ausgaben, für den Hausbau und die Finanzierung religiöser Einrichtungen, um so zu versuchen, jede Opposition vor ihrer eigenen Haustür zu neutralisieren. ⁹²

Der neue Waffenvertrag mit den Saudis ist eine Erinnerung daran, dass alle großen im militärisch-industriellen Komplex zusammengeschlossenen Firmen trotz der vermehrten Aktivitäten des Justizministeriums gegen die Korruption in

diesem Sektor nach wie vor Aufträge in schwindelerregender Höhe an Land ziehen. Es hat ganz den Anschein, als könnte nichts, kein Missbrauch, kein Gesetzesbruch, keine Verschwendung, in welchem Maß auch immer, je zu einem offiziellen Ausschluss von Firmen führen. Die auffallende Zunahme anonymer »Wahlkampfspenden« in den Vereinigten Staaten in Kombination mit Präsident Obamas Unvermögen, für eine sinnvolle Reform des Beschaffungsprozesses zu sorgen – von seinen politischen Schwierigkeiten mit dem Erstarken des rechten Flügels ganz zu schweigen –, ist vielmehr das untrügliche Zeichen für das Erstarken des militärisch-industriellen Komplexes.

Ganz in der Tradition John Murthas nutzte der Fraktionschef der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, laut *Salon.com* seinen politischen Einfluss dazu, der amerikanischen Abteilung von BAE 2010 17 Millionen Dollar an zweckgebundenen Mitteln zuzuschancen. Und eine Tochter des Konzerns, United Defense, spendete 500000 Dollar für ein nach McConnell benanntes Stipendienprogramm an der University of Louisville, Kentucky, das ganz zufällig ebenfalls Nutznießerin von McConnells zweckgebundenen Mitteln ist. Ganz im Sinne seines »politischen Führungsstils« räumte McConnell seine Einflussnahme bei der Verteilung der Mittel erst ein, nachdem der Abgeordnete Charles Rangel in ähnlichem Zusammenhang wegen mehrerer Verstöße gegen Kongressregeln gerügt wurde⁹³ – Regeln bezüglich »legaler Korruption«.

Und all die politischen Führer rund um den Globus, die durch den Waffenhandel korrumpiert wurden, haben ebenfalls Grund zur Freude.

Es sieht ganz so aus, als würde Robert Mugabe sein Amt erst zusammen mit seiner sterblichen Hülle aufgeben. Es dürfte den Despoten aus Simbabwe einigermaßen beruhigt haben, dass ihm Charles Taylors Anwalt beim Sondergerichtshof in Den Haag seine Unterstützung anbot – sollte er je in Holland hinter Gittern landen.⁹⁴ Aber die Chancen auf ein diesbezügliches Mandat für den in London eingetragenen Kronanwalt stehen gering. Auch John Bredenkamp, der BAE-»Vertreter« aus Simbabwe, lebt – trotz seiner Schwierigkeiten mit europäischen und amerikanischen Behörden, weiterhin auf freiem (und großem) Fuß. Seine Rolle bei dem Südafrika-Waffenvertrag im Auftrag von BAE wird ihn mit Sicherheit nicht vor Gericht bringen, dank der Kleinmütigkeit des SFO und der Ankündigung der »Hawks«, der

südafrikanischen Einheit gegen Schwerstkriminalität, dass man die Untersuchung der Angelegenheit einstellen werde – eine schmachvolle Entscheidung, auf die der ANC fast ein Jahrzehnt hingewirkt hat.

Die Begründung zur Rechtfertigung der Entscheidung ist ein peinliches Machwerk, voller sachlicher Fehler, absurder Schlussfolgerungen und Widersprüche. So empfiehlt man in einem Absatz, die Ermittlungen mangels Beweisen einzustellen, um dann weiter hinten zu behaupten, eine Fortführung der Untersuchung wäre zu beschwerlich, weil dazu Berge von Beweismaterial zu sichten wären.⁹⁵

Die Enthüllung, dass Saab in Südafrika Provisionen gezahlt hatte, führte zu erneuten Appellen an die »Hawks«, die Ermittlungen wieder aufzunehmen, sowie zu der Forderung, in Südafrika eine gerichtliche Untersuchungskommission ermitteln zu lassen. Ende Juli 2011 hieß es seitens der »Hawks«, man habe das SFO und schwedische Behörden um Informationen gebeten, aufgrund derer man entscheiden wolle, ob hinreichend Anlass zur Wiederaufnahme der Ermittlungen bestünde. Hält man sich das Verhalten des SFO in der Vergangenheit vor Augen, ganz zu schweigen von dem politischen Druck seitens des ANC auf die »Hawk«-Ermittler, dann darf man skeptisch sein, dass etwas dabei herauskommt.

Jacob Zuma, als Präsident von Südafrika quasi unantastbar, ist Chef einer Regierung, die – was sie nicht einmal leugnet – von Korruption zerfressen ist und darüber hinaus eindeutig nicht in der Lage, auch nur für die grundlegendsten Bedürfnisse ihrer Bürger zu sorgen. Unentwegt arbeitet er an der Aushöhlung ebenjener demokratischen Einrichtungen, für die er einst gekämpft hat. Thabo Mbeki, der verdrießliche Präsidenten-Philosoph hinter dem Waffengeschäft und seiner Vertuschung, den man in einem unblutigen Parteiputsch losgeworden war, gründete Ende 2010 ein Institut zur Ausbildung von Führungskräften.

José Eduardo dos Santos setzt seine kleptokratische Herrschaft in Angola fort, und die Urteile, die im Anschluss an »Angolagate« gesprochen worden waren, bestanden auch nicht lange. Kurz nach ihrer Verurteilung gingen die meisten der Angeklagten in Berufung. Im April 2011 wurden viele der Schuldsprüche wieder kassiert. Charles Pasqua wurde in allen Punkten freigesprochen;⁹⁶ es ist das siebte Mal, dass er mit schweren Anklagen wie Korruption und anderen Verbrechen davonkommt.⁹⁷ Sowohl Gaydamak als auch Falcone sahen ihr

Strafmaß erheblich reduziert. Der Hauptvorwurf gegen die beiden – illegaler Waffenhandel – wurde abgebügelt, obwohl man geringere Vorwürfe – wie Zweckentfremdung von Firmengeldern – beibehielt.⁹⁸ Falcone war, so befand man, rechtmäßiger Vertreter Angolas und konnte damit im Namen des Staates Waffengeschäfte aushandeln.⁹⁹ Gaydamaks Urteil wurde von sechs Jahren auf drei halbiert, Falcones Urteil von sechs Jahren auf dreißig Monate.¹⁰⁰ Gaydamak, nach wie vor auf der Flucht,¹⁰¹ erschien noch nicht einmal zum Berufungsverfahren. Falcone reiste kurz nach seiner Entlassung nach Angola, um sich mit dos Santos zu treffen. Er sei, so behauptete er, immer fest entschlossen gewesen, für die Aufdeckung der Wahrheit zu kämpfen, »diesen großen Tag des Sieges für die Regierung in Angola, für Präsident José Eduardo dos Santos, für meine Familie und Gefährten, die man zu Unrecht angeklagt hat«. ¹⁰² Es war dies wahrlich kein großer Tag für das angolische Volk.

Ende 2010 erschütterte ein weiterer Waffenskandal die französische Öffentlichkeit. Diesmal ging es um versteckte Bestechungsgelder bei einem Geschäft mit Pakistan. Französische Ermittler waren Anschuldigungen im Zusammenhang mit der »Karatschi-Affäre« nachgegangen, einem Waffenvertrag aus dem Jahr 1994, während der Regierungszeit von Édouard Balladur. Im Zusammenhang mit der Lieferung dreier U-Boote im geschätzten Gesamtwert von 950 Millionen Dollar waren über Vermittler angeblich erhebliche Bestechungsgelder an pakistanische Politiker und Militärs geflossen, eine Praxis, die damals keinesfalls illegal war. Zu den an dem Geschäft beteiligten Mittelsmännern gehören die libanesischen Waffenhändler Abdul Rahman al-Assir und Ziad Takieddine. Nun kam ein Beratervertrag ans Licht, laut dem Takieddine eine Kommission von 4 Prozent bekommen hatte.¹⁰³

Im Rahmen des Plans flossen angeblich Gelder in Höhe von zwei Millionen Euro zurück in die Kasse von Balladurs erfolglosem Wahlkampf von 1995. Der gegenwärtige Präsident Sarkozy war Haushaltsminister in der Regierung Balladur und damit verantwortlich für die Absegnung der finanziellen Seite des Deals. Darüber hinaus fungierte Sarkozy bei Balladurs Kampagne als Schatzmeister und Sprecher. Falls es also tatsächlich zu derartigen Zahlungen gekommen war, musste Sarkozy davon gewusst haben. Bei einer Untersuchung der Luxemburger Polizei stellte sich heraus, dass Sarkozy zu dieser Zeit die Gründung zweier Firmen in Luxemburg veranlasste.¹⁰⁴

Nach Jacques Chiracs Sieg über Balladur demonstrierte er das Kommissionssystem und ordnete den Stopp von Bestechungszahlungen an. 2002 flog in Karatschi, wo die U-Boote gebaut wurden, ein Bus mit Arbeitern in die Luft, wobei fünfzehn Menschen umkamen, darunter elf französische Ingenieure. Pakistan und Frankreich beschuldigten Al-Qaida, für den Anschlag verantwortlich zu sein, aber Ende 2010 kam ein französischer Richter nach eingehender Untersuchung der Angelegenheit zu dem Schluss, der Anschlag sei eine Folge der eingestellten Bestechungszahlungen gewesen. Chiracs ehemaliger Verteidigungsminister bestätigte kürzlich, dass bei dem Deal Provisionen im Spiel gewesen seien.¹⁰⁵

Von Reportern darauf angesprochen, bezeichnete Sarkozy die Anschuldigungen wütendbrannt als »lächerlich« und als »groteske Ammenmärchen«. Laut den Hinterbliebenen der Opfer des Anschlags werden die Ermittlungen von höchsten staatlichen Stellen behindert, die die Kooperation oder die Herausgabe geheimer Dokumente verweigern. Sollten sich die Anschuldigungen als wahr erweisen, könnte dem französischen Staat ein politisches Unwetter drohen, gegen das sich »Angolagate« wie ein warmer Regen ausnimmt.¹⁰⁶

Omar al-Baschir, Kriegsherr und Präsident des Sudan in Personalunion, bleibt trotz der Anklagen wegen Kriegsverbrechen in Den Haag Chef seines geschrumpften Staats. 2010 kündigte die neue britische Regierung in der Frage ihrer Beziehung zum Sudan den Beginn einer »neuen Epoche« an – was nichts anderes bedeutet, als dass man ab sofort wieder über Geschäftliches reden wird, statt sich mit moralischen Bedenken aufzuhalten. Obwohl nach wie vor amerikanische Sanktionen gegen das Land bestehen, empfing man in London eine Handelsdelegation des Sudan, zu der führende Mitglieder von al-Baschirs Partei gehörten; die britische Delegation war mit führenden Leuten der Regierung und Wirtschaftskapitänen hochkarätig besetzt. Die Tageszeitung *The Independent* brachte es so auf den Punkt: Wenn *Den Haag* al-Baschir wegen des Völkermords in Darfur sucht und gleichzeitig der britische Außenminister *William Hague* einen Handelspartner sucht – dann geht William vor.¹⁰⁷

Der Kabinettsminister in Tansania, der wegen des korrupten Waffengeschäfts zu einer Geldbuße verurteilt worden war, wurde im November 2010 wieder ins Parlament gewählt. Andrew Chenge berät die herrschende Partei darüber hinaus

in Rechtsfragen und sitzt ihrem Ethikausschuss vor.¹⁰⁸ BAE lässt sich im Übrigen nach wie vor Zeit, was die Bezahlung der Entschädigung an Tansania angeht. Der Konzern brauchte über ein Jahr, um eine »unabhängige Expertengruppe« zusammenzustellen, die darüber entscheiden soll, wer Geld bekommt und wie viel. Dominiert wird das Gremium von britischen BAE-Leuten. Ob sie irgendwelche Erfahrung in Fragen afrikanischer Entwicklungspolitik mitbringen, ist mir nicht bekannt. Im Juli 2011 warf ein britischer Parlamentsausschuss BAE »Verschleierung« und »fehlende Legitimität« vor, da der Konzern eine gemeinsame Empfehlung des britischen Entwicklungsministeriums und der Regierung in Tansania ignoriert habe, das Geld für Schulmöbel, Lehrbücher und Lehrerunterkünfte zu verwenden, und das unter kontrollierten und transparenten Bedingungen. Auf die Frage, ob BAE in dieser Angelegenheit denn überhaupt nicht an das »Gemeinwohl« denke, antwortete ein BAE-Sprecher, »wir benutzen diesen Begriff nicht«.¹⁰⁹

Husni Mubarak musste nach seinem Sturz die Demütigung über sich ergehen lassen, auf einer Krankentrage in Gefängniskleidung vor Gericht zu erscheinen. Er bestritt sämtliche gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Am Horn von Afrika, einer der gefährlichsten und gefährdetsten Regionen der Welt, sehen sich 11 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Wenn man nicht unverzüglich handelt, so Jeffrey Sachs, ist die weitere Ausbreitung von Gewalt in dieser von extremer Armut, Hunger und den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffenen Region unvermeidlich. Die Allgegenwart von Waffen in Somalia und den umliegenden Ländern verschärft die Situation.¹¹⁰

Fatmir Mediu, der albanische Verteidigungsminister, der für Planung und Durchführung der kriminellen Unternehmung in Gerdec verantwortlich war, ist nach der Explosion des Munitionsdepots zurückgetreten. Gerade mal ein Jahr später holte Premier Sali Berisha den Mann, der mit seinen Handlangern Ylli Pinari und Mihal Delijorgji und den amerikanischen Waffenhändlern Efraim Diveroli und Patrick Henry von dem Plan profitieren wollte, wieder in sein Kabinett zurück – als Umweltminister. Berisha, der Oberkommandierende der Streitkräfte, dessen Kabinett die maßgeblichen Befugnisse für die Operation in Gerdec erteilte, übernahm keinerlei Verantwortung, weder für den Missbrauch von Albaniens militärischem Arsenal noch für das Desaster. Er behauptet, von der Existenz der zwanzig Kilometer von seinem Büro entfernten Anlage nichts

gewusst zu haben.¹¹¹

Die Korruption und die kriminelle Vernachlässigung jeder Sorgfaltspflicht des albanischen Staats, aber auch das höchst fragwürdige Beschaffungswesen des US-Verteidigungsministeriums hat den Tod des kleinen Erison Durdaj und von fünfundzwanzig anderen unschuldigen Menschen verschuldet. Die USA haben nichts unternommen, um den Menschen von Gerdec Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Niemand aus den Reihen der US-Regierung wurde in dem Fall belangt, obwohl – wie der *Rolling Stone* schrieb – »Amtsträger sowohl im Pentagon wie im Außenministerium wussten, dass AEY Munition aus chinesischer Produktion nach Afghanistan verschob. Das Prinzip der Regierung Bush, seine Kriege zu privatisieren, hat Unternehmen wie AEY in die Welt des illegalen Waffenhandels gelockt, und als die Geschichte dann schiefging, wandte diese Regierung sich in selbstgerechter Entrüstung von ihnen ab.«¹¹²

In Albanien selbst hat man erst gar keine Gerichtsverfahren gegen die hochrangigen Politiker, die indirekt für den Tod der Menschen in Gerdec verantwortlich waren, zugelassen. Die Gemeinde Gerdec versucht mittlerweile, ihren Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen. Efraim Diveroli, der wegen des Handels mit chinesischen Waffen vier Jahre bekommen hat, ist vor seinem Prozess gegen Kautionsfreilassung worden, sodass er bis zu seinem Prozess weiter mit Waffen handeln konnte.¹¹³

Im August 2010 wurde er wieder festgenommen, man warf ihm unerlaubten Waffenbesitz vor; er war schließlich vorbestraft und stand wegen eines anderen Delikts unter Anklage. Laut der eidesstattlichen Erklärung, die zu seiner Verhaftung geführt hatte, betrieb er eine Briefkastenfirma, Advanced Munitions, über die er an Waffengeschäfte herankommen wollte. Er hat jedoch keine Lizenz als Waffenmakler und darf als Vorbestrafter nicht im Besitz von Waffen sein. Angeblich ging Diveroli im Juli 2010 einen lizenzierten Waffenhändler um Munition, Magazine und Maschinengewehre an, die er in der Gegend von Miami weiterverkaufen wollte. Der Händler alarmierte die Behörden, die eine Untersuchung einleiteten. Man zeichnete später ein Gespräch Diverolis mit verdeckten Ermittlern auf, in dem er sich für den Berater einer Firma ausgab, die Hilfe »beim Import von 100-Schuss-Trommelmagazinen« von einer Fabrik in Südkorea brauche. Er hoffe, davon 120000 Stück jährlich in die Vereinigten Staaten zu importieren. Diveroli bot darüber hinaus Büchsenpatronen zum

Verkauf an, darunter eine »Probebestellung« aus einem Bestand von »fünf oder sechs Millionen Schuss«. ¹¹⁴ Nach seiner Verhaftung bemerkte er einem der Agenten gegenüber: »Einmal Waffenschieber, immer Waffenschieber.« ¹¹⁵

Der Prozess gegen Diveroli steht noch aus, aber man hat ihn für vierzehn Jahre von Geschäften mit der Bundesregierung ausgeschlossen. Die US-Armee hat darüber hinaus eine zehnjährige Sperre gegen einige von Diverolis Geschäftspartnern und ihre Firmen verhängt. ¹¹⁶ David Packouz kooperierte mit den Staatsanwälten und wurde zu sieben Monaten Hausarrest verurteilt. ¹¹⁷ Ralph Merrill erhielt wegen schweren Betrugs und Computerbetrugs eine Haftstrafe von vier Jahren. ¹¹⁸ Patrick Henry steht bislang nicht unter Anklage.

Es ist nicht leicht für staatliche Ermittler, Verbrechen zu ahnden, die in der Schattenwelt des Waffenhandels begangen werden – zu groß ist die Macht der Rüstungsfirmen, der Lobbyisten und Politiker, die jene unterstützen und schützen, und der Kampf wäre oft aussichtslos ohne die Hilfe unerschrockener Journalisten, ohne die Informanten oder »verkappten Patrioten«, wie Ernie Fitzgerald sie nennt, die die Wahrheit ans Licht zerren und dabei persönliche – private wie berufliche – Risiken nicht scheuen.

Die eigentlichen Verlierer sind jedoch die Menschen, die Steuerzahler, die für die Verschwendung, die Korruption und die empörende Zweckentfremdung ihres sauer verdienten Geldes aufkommen müssen, sowie die unschuldigen Opfer in den Krisenregionen dieser Welt, deren Lage sich mit dem Eintreffen jeder neuen Waffenlieferung noch verschärft – von Sanaa bis Ciudad Juárez, von Gerdec bis Gaza, von Mogadischu bis Mullaitivu, von Rangun bis Ramallah und von Kivu bis Kabul.

Ein Schritt nach vorn

Nun, da die Arbeit am vorliegenden Buch abgeschlossen ist, kann ich mich daranmachen, die Dokumente, Archive und andere Quellen, die ich im Lauf der letzten zehn Jahre über den internationalen Waffenhandel zusammengetragen habe, Hunderttausende von Seiten, an die zuständigen Ermittlungs- und Anklagebehörden überall auf der Welt weiterzugeben. Nicht dass ich mir allzu viele Hoffnungen mache, etwas damit zu erreichen – nicht, nachdem ich mit eigenen Augen zusehen musste, wie die Ermittlungen im Fall des südafrikanischen Waffenvertrags abgewürgt wurden, wie das SFO vor BAE kapitulierte, wie ähnliche Verfahren gegen den unerlaubten Handel mit Waffen in Italien, Schweden, Deutschland, Indien und Albanien einfach im Sande verliefen. Israel, Angola, Russland und China ermitteln ohnehin kaum, wenn überhaupt in Fällen von Korruption in dieser Branche.

Die Rüstungsindustrie nimmt unter allen Wirtschaftszweigen eine Sonderstellung im Staat ein. Viele der führenden Konzerne waren früher staatlich, einige sind es heute noch. Aber selbst die, die privatisiert wurden, erfahren in vielerlei Hinsicht heute noch die privilegierte Behandlung von einst. Der enge Kontakt zu und der enorme Einfluss auf Verteidigungsministerien gehören in der Rüstungsindustrie zum Geschäftsalltag. Amtsträger wie Minister fungieren mit demselben Eifer als »Verkäufer« für private Rüstungsfirmen wie für Staatsbetriebe. Das liegt daran, dass man sie einerseits als Teil der nationalen Sicherheits- und Außenpolitik sieht, andererseits als maßgeblichen Wirtschaftsfaktor. In vielen, vielleicht allen Ländern spielen Rüstungsbetriebe und Waffenhändler eine entscheidende Rolle bei der nachrichtendienstlichen Aufklärung, was so weit geht, dass sie immer wieder an »schwarzen«, das heißt geheimen Operationen beteiligt sind. Die ständig in Bewegung befindliche

»Drehtür« zwischen Behörden, Rüstungsindustrie, Geheimdiensten und Interessenverbänden trägt ebenfalls dazu bei, dass die Fronten verschwimmen. Hierher gehören auch die materiellen wie immateriellen »Zuwendungen« für politische Parteien sowohl in den Verkäufer- als auch in den Käuferländern, denn sie führen dazu, dass Firmen, aber auch Einzelpersonen in dieser Branche einen unverhältnismäßigen – und für gewöhnlich nicht friedensstiftenden – Einfluss auf die Politik ausüben, in wirtschaftlichen Fragen ebenso wie in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit.

Daher kommt es, dass Rüstungskonzerne, aber auch einzelne Waffenhändler so selten zur Rechenschaft gezogen werden, noch nicht einmal für Verstöße, die nicht das Geringste zu tun haben mit etwaigen, wie auch immer gearteten höheren Interessen der »Staatsräson«. Politische Interventionen, nicht selten im Namen der nationalen Sicherheit, sorgen dafür, dass der Waffenhandel in seiner eigenen privilegierten Schattenwelt operiert, immun gegenüber gesetzlichen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten, denen sich andere Firmen ausgesetzt sehen. Selbst wenn ein beherzter Ankläger gegen einen Rüstungskonzern oder einen einzelnen Waffenhändler Ermittlungen einleitet, ja selbst wenn es zu einer Anklage kommen sollte, wird die Angelegenheit ausnahmslos beigelegt, ohne dass es zu einer vollständigen Offenlegung kommt, und nur selten gesteht irgendjemand ein Fehlverhalten ein.

Auch wenn die großen Rüstungskonzerne wie BAE und Lockheed Martin uns weiszumachen versuchen, sie hätten nichts zu tun mit der zwielichtigen Welt der Waffenschieber der Schwarz- und Graumärkte und man dürfe sie daher nicht mit diesen in einen Topf werfen – die Wahrheit sieht anders aus. Denn auch hier sind die Grenzen fließend, und die gegenseitige Abhängigkeit ist groß.

Die Grau- und Schwarzhändler bilden einen eigenen, inoffiziellen Markt für Waffen und Kriegsgerät, der sich selbstverständlich aus der Produktion der offiziellen Industrie speist. Wie es an der Londoner Börse den Alternative Investment Market gibt, so gibt es neben dem offiziellen Waffenmarkt den inoffiziellen, den Grau- und Schwarzmarkt, der weniger (oder nicht) organisiert und reguliert ist. Die grauen und schwarzen Waffenmärkte verlängern die Lebensdauer der Produkte und sorgen entsprechend dafür, dass ihr Anfangswert höher angesetzt wird, als dies sonst der Fall wäre. Außerdem schaffen sie einen Markt für mangelhafte Produkte und solche, die die Qualitätskontrolle für den

offiziellen Markt nicht bestehen. Entscheidend ist, dass er, wie wir gesehen haben, fast überall auf der Welt Individuen, Gruppen, Länder und Firmen beliefert, mit denen die großen Konzerne oder Länder, sei es aus rechtlichen, politischen oder diplomatischen Gründen, keine Geschäfte machen können. Leute, die in der Schattenwelt operieren, werden von den offiziellen Unternehmen immer wieder als Kontakte, als Berater und Makler eingesetzt. Mag das Finanzvolumen der Schattenwelt auch relativ klein sein im Vergleich zum offiziellen Handel – seine Funktion, die Preise auf einem hohen Niveau zu halten, ist nicht zu unterschätzen. Und nicht zu unterschätzen ist ebenfalls die Funktion des Schwarzmarkts, Konflikte anzuheizen und in die Länge zu ziehen, sodass letztlich wieder neue Märkte für den offiziellen Waffenmarkt entstehen.

Sicher, in einer gefährlichen und unberechenbaren Welt wie der unseren geht es nicht ohne irgendeine Form von Rüstungsindustrie, aber das rechtfertigt nie und nimmer allein die Kosten, die dem Normalbürger und Steuerzahler entstehen – weil die Rüstungsindustrie die erwähnten Privilegien genießt und weidlich ausnutzt, wie das Beispiel Lockheed Martin gezeigt hat.

Ein kaum zu schätzender, aber erheblicher Teil öffentlicher Gelder fließt ins Waffengeschäft. Und ich spreche hier nicht nur von direkten staatlichen Ausgaben, die jährlich in die Billionen gehen,¹ sondern auch von der massiven staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, Exporten und anderen Anreizen, von rausgeschmissenem Geld für völlig unnötige Waffensysteme, von völlig überzogenen Ausgaben seitens der Konzerne bis hin zu Rettungsaktionen für Firmen, die in Schieflage geraten. Selbst die von der Rüstungsindustrie geschaffenen Arbeitsplätze kosten bedeutend mehr als jeder andere Arbeitsplatz, ob die Rüstungsgüter nun mit eingenommenen Steuern bezahlt werden oder durch Kreditaufnahme.

Darüber hinaus sind die sozio-ökonomischen Opportunitätskosten des Waffenhandels, insbesondere (wenn auch nicht ausschließlich) in den Entwicklungsländern, kaum zu ermessen. Die Erfahrung Südafrikas war extrem, aber keineswegs ein Einzelfall. Gegen Ende der Nullerjahre, als die Industrieländer sich gezwungen sahen, ihre öffentlichen Ausgaben zu reduzieren, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen, die die Banken hineingefahren hatten, hatte das praktisch keinen Einfluss auf die Rüstungsausgaben. Gekürzt wurde vielmehr bei der Unterstützung für die

Ärmsten, bei Bildung, Gesundheit und öffentlichen Dienstleistungen.²

Außerdem hat der Waffenhandel in seiner jetzigen unregulierten Form – sei es als Teil des industriell-militärischen Komplexes, sei es als Teil des Grau- und Schwarzmarkts –, fatale gesamtgesellschaftliche Folgen: Er schwächt die Demokratie – sofern sie überhaupt existiert – und stärkt undemokratisch-repressive Regierungen wie in Saudi-Arabien und im Iran. Die undurchsichtige Art und Weise, in der Waffenverkäufe über die Bühne gehen, für gewöhnlich innerhalb kleiner, von Partikularinteressen motivierten Cliques, macht es für die Bürgerinnen und Bürger unmöglich, zu beurteilen, ob Unsummen ihrer Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden oder nicht. Die enge Partnerschaft zwischen Regierungen und Rüstungskonzernen sowie der »Imperativ« der nationalen Sicherheit untergraben sogar jede sinnvolle Aufsicht durch die Justiz. Verschlimmert wird das durch den Mangel an unabhängiger Kontrolle durch Medien und gemeinnützige Organisationen. Immer wieder werden nationale Sicherheitsinteressen, so legitim sie im Einzelfall auch sein mögen, vorgeschoben, um Informationen über strafbare Handlungen zu vertuschen, die in keiner Weise dazu angetan wären, die nationale Sicherheit zu gefährden. Die Gesetze zur Überwachung des Waffenhandels sind hoffnungslos unzulänglich, und in vielen Ländern gibt es sie noch nicht einmal. Eine Debatte über eine solche Gesetzgebung wird selten auch nur in Erwägung gezogen.

Dies alles macht unsere hart erkämpften Demokratien weniger transparent, weniger rechtsstaatlich, weniger menschlich.

Auch wenn man akzeptiert, dass Waffen unserer Sicherheit dienen, die Waffenindustrie in ihrer jetzigen Form dient unserer Sicherheit durchaus nicht. Andersherum gilt, dass das Geld, das ausgegeben wird für Kampfflugzeuge, die nicht funktionieren, oder für gigantische Transportmaschinen, die ihren Zweck nicht erfüllen, an anderer Stelle verwendet viel effizienter unserer Sicherheit hätte dienen können; ganz abgesehen von den Blowback-Effekten, die auftreten, wenn die mit unseren Steuergeldern produzierten Waffen in die falschen Hände gelangen, wie das in der undurchsichtigen, unregulierten Schattenwelt des Waffenhandels zwangsläufig immer wieder passiert – nicht zuletzt, weil Politiker, Militärangehörige und Geheimdienstmitarbeiter offensichtlich immer bereit sind, mit korrupten Waffenproduzenten und -händlern zusammenzuarbeiten, in der Ansicht, sie könnten sie für ihre Zwecke

einspannen. Sie sollten lieber endlich einsehen, dass Waffenhändler wie Rüstungsunternehmen stets nur ihren eigenen Intentionen folgen (und denen ihrer Aktionäre) und ihre Ziele in aller Regel auch erreichen.

Der unregulierte Waffenhandel verlängert nicht nur Kriege, er ist auch Wasser auf die Mühlen des organisierten Verbrechens, das weltweit während der letzten beiden Jahrzehnte massiv angewachsen ist.³ Ein Blick auf die grausamen Auswirkungen eines praktisch grenzenlosen Nachschubs amerikanischer Waffen bei den mexikanischen Drogenkriegen ist ein einschlägiges Beispiel dafür.

Die Waffenhandelsbranche hat sich verändert. Durch das Ende des Kalten Krieges haben sich die Märkte verschoben, doch die eigentliche Veränderung kam mit dem Internet. Heute kann man leicht direkt bei der Fabrik online Waffen und Munition bestellen, womit wiederum eine mögliche Kontrollinstanz wegfällt. Andererseits wurden seit den Anschlägen vom 11. September finanzielle und andere Kontrollen erheblich verschärft. Joe Hovsepian ist darüber gar nicht glücklich: »Das Geschäft war früher einfacher. Die Leute kamen mit 5 Millionen Dollar in Cash. Jetzt müssen Sie Hunderte von Formularen ausfüllen, wenn Sie irgendwo über 15000 Dollar einzahlen oder abheben wollen!«⁴ Das macht zwischenstaatliche Waffenhandelsabkommen wichtiger denn je. Sie sind inzwischen der Lebensnerv der Branche. Was wiederum zur Folge hat, dass selbst die kleineren Unternehmer jetzt die Verbindung zu den großen staatlichen Akteuren brauchen, was zu einer noch dichteren Vernetzung von offiziellem Waffenhandel und Schattenwelt führt, wie wir das im Irak und in Afghanistan erlebt haben. Entscheidend sei, so fügt Hovsepian hinzu, dass »man sich jetzt mit den Amerikanern gut stellen muss, sonst können Sie Ihre Kundschaft nicht mehr beliefern. Und auch mit den Israelis, die jeden beliefern, der zahlt«.⁵

Der kommende große Kunde im Waffengeschäft aber ist China, und angesichts der Unbedenklichkeit, mit der sich das bevölkerungsreichste Land der Erde über Menschenrechtsverletzungen hinwegsetzt, wird das eine ohnehin tendenziell skrupellose Branche gewiss nicht zu verantwortungsvollerem Handeln bewegen. Schätzungen zufolge steht das Land in Sachen Rüstungsausgaben an zweiter Stelle der Weltrangliste und ist der siebtgrößte Exporteur von Waffen und Kriegsmaterial.⁶ Abgesehen davon, dass China

während der letzten zehn Jahre Afrikas größter Waffenlieferant geworden ist, seit es sein Augenmerk in diplomatischer Hinsicht verstärkt auf den Schwarzen Kontinent gelenkt hat, gehören zu seinen Kunden Pakistan, Ägypten, Bangladesch und Indien. Und mittlerweile ist auch Südamerika ein angestrebter Markt für chinesische Waffenverkäufe. Die Militärjunta in Burma war in den neunziger Jahren ein guter Kunde, zieht mittlerweile jedoch russische, ukrainische und indische Hersteller vor.⁷ Seit vielen Jahren schon beliefert China den Iran, den Sudan und Simbabwe. Darüber hinaus lieferte China Sri Lanka »Hilfe im Wert von einer Milliarde Dollar, darunter Kampfflugzeuge«⁸ – in dem Jahr vor dem Massaker der sri-lankischen Armee an Zehntausenden von tamilischen Rebellen und Zivilisten zwischen Januar und Mai 2009.

Noch bis vor Kurzem blieben chinesische Waffen hinter den technischen Standards sowjetischer oder westlicher Waffen zurück. Die mangelnde Klasse machte man durch Masse wett. Man steckte Milliarden in die Rüstungsindustrie und hatte so bis 1993 einen weitläufigen Komplex aus über zweitausend Firmen mit drei Millionen Beschäftigten aus dem Boden gestampft.⁹ Seit Ende der neunziger Jahre hat man die Branche einer umfassenden Restrukturierung unterzogen, und auch wenn nicht alle Probleme beseitigt sind, so hat man doch auch hinsichtlich der technologischen Kapazitäten ungeheure Fortschritte gemacht.¹⁰

2011 enthüllte China mit großem öffentlichem Pomp seinen neuen Tarnkappen-Kampfjet – eine ziemlich beeindruckende Leistung, wenn man bedenkt, dass die Vereinigten Staaten gegenwärtig die Einzigen sind, die Tarnkappenjets im Einsatz haben.¹¹ Experten sind geteilter Meinung darüber, ob die rasanten Fortschritte, die für die Produktion des Jets vorausgesetzt werden dürfen, überhaupt von der chinesischen Verteidigungsindustrie stammen können. Skeptiker gehen davon aus, dass die Technologie aus dem Wrack eines amerikanischen Tarnkappenflugzeugs entwickelt wurde, das 1999 über Serbien abgestürzt war.¹²

China North Industries Corporation (Norinco) ist der bekannteste von Chinas Rüstungskonzernen, während »private« Firmen wie Huawei größtenteils mit der Produktion von sowohl militärisch als auch zivil nutzbaren Technologien beschäftigt sind.¹³ China verkauft seine Ware zu »Freundschaftspreisen«, um die nach wie vor mindere Qualität einiger seiner Produkte wettzumachen. Sicher ist,

dass Chinas Bedeutung in der Branche weiter in beängstigendem Tempo zunehmen wird; immerhin wird das Land mehr und mehr zu einer imposanten ökonomischen und politischen Macht. Es ist nicht abzuschätzen, ob sein wachsender Status als Supermacht einen positiven Einfluss auf seine Haltung gegenüber den Menschenrechten haben wird.¹⁴

Dubai hat sich zu einer wichtigen Drehscheibe des Waffenhandels entwickelt. Das Zentrum des arabischen Markts befindet sich aber nach wie vor in Beirut. Indien und Brasilien sind dagegen die beiden attraktivsten Schwellenmärkte für den Verkauf.

In den Siebzigern, auf dem Höhepunkt der Militärdiktaturen, versank Lateinamerika geradezu in der Korruption, die mit dem Waffenhandel einhergeht. Der Kontinent ist im Augenblick sauberer, aber die Korruption ist nicht verschwunden. Chinesische Waffen sind in Peru, Bolivien und Kolumbien aufgetaucht. Schätzungen zufolge gibt Bolivien gerade 100 Millionen Dollar für Waffen aus Russland aus. Brasilien, dessen eigene Industrie weiter wächst, hat seine Verteidigungsausgaben im Zuge von Modernisierung und wirtschaftlichem Wachstum aufgestockt. Chile hat noch immer ein Gesetz aus der Ära Pinochet, das vorsieht, 10 Prozent aller Einnahmen aus seinen Kupferminen für die Landesverteidigung auszugeben. Mexiko kauft Waffen, um sich der Drogenkartelle zu erwehren, und zwar aus den USA und aus Mittelamerika, nicht anders als die Kriegsherren. Kolumbien verfügt über die fünftgrößte Hubschrauberflotte der Welt, die man gegen die FARC einsetzt und um ein Auge auf den Rivalen Venezuela zu halten. Die FARC selbst beziehen ihre Waffen vor allem aus China. Hugo Chávez befürchtet Angriffe seiner direkten Nachbarn und aus dem Norden und gibt entsprechend viel für Hubschrauber, Panzer und Raketen aus, vor allem aus russischer Produktion. Mitte 2011 soll in Venezuela die erste eigene Kalaschnikow vom Band gehen.¹⁵

Indien und Pakistan sind bis an die Zähne bewaffnet, und zwar mit jeder Waffengattung inklusive Atomwaffen. Die Pakistani werden heute unterstützt von den Chinesen, Franzosen und Amerikanern. Seit den Anschlägen vom 11. September ist Pakistan der drittgrößte Empfänger amerikanischer Militärhilfe. Die Blowback-Effekte bei diesen Lieferungen waren schon immer besonders groß, da Kriegsmaterial seinen Weg zwangsläufig in die Grenzregionen von Afghanistan findet, die von militanten Gruppen mit engen

Beziehungen zu Pakistans Geheimdiensten bevölkert sind. Nachdem sich herausgestellt hat, dass Osama bin Laden in den vergangenen Jahren nicht versteckt in den Bergen, sondern in einer Villa vor der Toren der Hauptstadt gelebt hat, ist die Beziehung zwischen den USA und Pakistan deutlich abgekühlt. Nach wie vor steht jedes Waffengeschäft im Land in dem Geruch massiver Korruption.¹⁶

Indiens neuer Reichtum führte jüngst zu einem erheblichen Anstieg seiner Rüstungseinkäufe; die Militärausgaben erreichten 2009 36,6 Milliarden Dollar, Entwicklungen im nuklearen Bereich ausgenommen. Seine Waffenkäufe machte das Land zuzeiten zum größten Waffeneinkäufer aller Entwicklungsländer.¹⁷ Zusätzlich zu den 25 Milliarden Dollar, die Indien zwischen 2007 und 2011 für Waffen ausgab, verhandelt das Land gegenwärtig über Rüstungseinkäufe in Höhe von 42 Milliarden Dollar.¹⁸ Das hat Indien definitiv in den Mittelpunkt des Interesses der großen westlichen Rüstungsbauer gerückt. Und dann ist da natürlich noch Russland, historisch gesehen schon immer Indiens größter Lieferant. Die USA haben in jüngerer Zeit an Boden gewonnen. Es sieht jedoch ganz so aus, als hätten die Inder im Fall einer Bestellung von Kampfflugzeugen im Wert von 11 Milliarden Dollar Russland, den USA und Schweden einen Korb erteilt zugunsten des europäischen Eurofighter-Konsortiums.¹⁹ Aber die grassierende Korruption, die im Zuge des Bofors-Skandals so offensichtlich wurde, ist nicht verschwunden, trotz einiger Anläufe, korrupte Unternehmen von der Börse auszuschließen. Ein Informant hat mir anvertraut, dass ein hochrangiger Offizier im indischen Beschaffungssamt keinen Waffenhändler vorließ, der nicht eine Kiste Johnnie Walker Blue Label dabei hatte. »Was ist eigentlich Blue Label?«, wollte der Informant wissen. »Nicht ganz deine Preisklasse, mein Junge«, bekam er zur Antwort.^{18*}

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das weltweite Verlangen nach Waffen in absehbarer Zeit abklingen würde; daran ändern auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Industrieländern der letzten Jahre nichts. Da die Waffen nun einmal da sind und um ihren potentiellen Schaden auf ein Minimum zu begrenzen, arbeiten verschiedene Organisationen daran, der Rüstungsbranche, die ihre Gewinne in Millionen Dollar zählt und ihre Verluste in Menschenleben, längst überfällige Regeln zur Kontrolle des Waffenhandels aufzuzwingen. Unter

Federführung unter anderem von Amnesty International, Saferworld, IANSA und Oxfam hat man sich in den letzten Jahren vor allem auf die Erarbeitung eines multilateralen Verhaltenskodex konzentriert. Infolge dieser Bemühungen verpflichtete die UNO sich 2009 zur Erarbeitung eines globalen Waffenhandelsabkommens (International Arms Trade Treaty, ATT), das 2012 verhandelt und unterzeichnet werden soll. Es wird, falls es denn zustande kommt, zweifelsohne ein wichtiger Schritt nach vorn sein. Es würde die Frage der Aufrüstung erneut zur Diskussion stellen und den wichtigen Aspekt des Waffenhandels in den Mittelpunkt rücken, der im Zuge der Anschläge vom 11. September etwas aus dem Blick geraten ist. Und es würde den Bürgern ein zusätzliches Werkzeug an die Hand geben, ihren Staat zur Verantwortung zu ziehen.

Leider wird das ATT allein nicht ausreichen, um das Problem der »legalen Korruption« in den Griff zu bekommen, auf der das US-Waffengeschäft praktisch aufbaut. Und dann ist es auch sehr unwahrscheinlich, dass Simbabwe, Nordkorea, der Iran oder Burma ein derartiges Abkommen unterzeichnen werden; auch China, Russland, Pakistan und möglicherweise sogar Indien und Brasilien könnten sich weigern, ein Papier zu unterschreiben, das ihre Waffengeschäfte tatsächlich einschränken könnte. Was die Frage aufwirft, ob ein schwaches oder gar bedeutungsloses Abkommen nicht womöglich mehr Schaden anrichtet als überhaupt keines, da es den untragbaren Zuständen im internationalen Waffenhandel den Anschein von Legitimität geben würde.

Um wirklich etwas zu bewirken, müsste das ATT durchsetzbare Anti-Korruptionsmechanismen zur Verfügung stellen; es müsste den Export von Waffen in Regionen stoppen, in denen sie Konflikte verschärfen oder negative Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation und/oder die sozio-ökonomische Entwicklung haben könnten; es müsste größere Kontrolle über den Transport von Waffen ermöglichen; es müsste Kompensationsgeschäfte (Offsets) entweder verbieten oder sie strengeren Kontrollen unterwerfen; es müsste Staaten wie Konzerne zu mehr Transparenz zwingen, auch zur Offenlegung der Zahlen, wie viel und wofür Berater, Vermittler, Makler bezahlt wurden. Zusätzlich müsste ein koordiniertes internationales Gremium mit Polizeifunktion eingerichtet werden, das die Einhaltung des Abkommens durchsetzt und überwacht. Falls tatsächlich im Einzelfall die Notwendigkeit bestehen sollte bestimmte Aspekte

zusammen im Einzelnen die Notwendigkeit bestehen sollte, bestimmte Aspekte eines Waffengeschäfts geheim zu halten, sollte diese Information einer Gruppe hoher Richter vorgelegt werden, die über die Stichhaltigkeit dieses Geheimhaltungswunsches befinden soll. Aufgrund der engen Verbindungen zwischen Staaten und Händlern sowie der heiklen Natur des verkauften Produkts sollten Spenden an politische Parteien oder Zahlungen an Politiker durch Waffenkonzerne oder ihnen verbundene Firmen grundsätzlich verboten werden.

Waffenhersteller, die wiederholt gegen Gesetze und Regeln verstoßen, sollten von staatlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden, bis sich ihre Praktiken nach Meinung unabhängiger »Compliance-Wächter« gebessert haben. Darüber hinaus sollten Waffenkonzerne und deren Vertreter sowohl nach nationalem wie internationalem Strafrecht belangt werden können, wenn ihr Produkt zu einem späteren Zeitpunkt zur Begehung eines Verbrechens eingesetzt wird – und das nicht nur, wenn ein solches Verbrechen intendiert war, sondern auch wenn sie sich einer erheblichen Wahrscheinlichkeit bewusst sein müssen, dass ihr Produkt zur Begehung eines solchen Verbrechens verwendet werden könnte.²⁰

Zwar wurden 2010 erfreulicherweise die Verhandlungen über dieses Internationale Abkommen zum Waffenhandel eröffnet, aber im selben Jahr erreichten die Enthüllungen über die Korruption der Branche auch gerade wieder einen traurigen Höhepunkt.²¹ Unbestritten gilt, dass es nie zu Veränderungen im Verhalten der Waffenbranche kommen wird, wenn nicht der größte Produzent und Konsument von Waffen, die USA, zu einer Veränderung bereit ist. Ist ein Präsident im heutigen Amerika in der Lage, etwas gegen die Verantwortungslosigkeit und Korruption in dieser Branche zu tun? Kann er sich dem Würgegriff von Macht und Einflussnahme entziehen? Kann er die Verflechtung des militärisch-industriellen Komplexes auflösen? Oder sind wir dazu verurteilt, in einer Welt zu leben, die von selbstsüchtigen Interessenvertretern statt von gewählten Volksvertretern bestimmt wird?

Im 20. Jahrhundert starben 231 Millionen Menschen in kriegerischen Konflikten, die der Waffenhandel entweder erst ermöglicht oder aber verschärft hat.²² Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts deutet darauf hin, dass diese Zahl noch einmal überboten werden soll.

Ein grundsätzliches Bekenntnis zu Menschenrechten, zu Gleichheit und Gerechtigkeit sowie zu der Überzeugung, dass es besser ist, einen hungrigen Magen zu füllen, als ein Leben durch die Produktion einer weiteren tödlichen

Waffe zu vernichten, setzt eines voraus: den Entschluss, dieses Gewerbe nicht weitermachen zu lassen wie bisher, nicht in dieser weitgehend unregulierten, unkontrollierten Form.

Anhang

Danksagung

Dieses Projekt hätte niemals das Licht der Welt erblickt ohne David Godwin, meinen begnadeten Agenten, der nicht nur mein Denken geprägt, sondern auch dafür gesorgt hat, dass das Projekt sein bestmögliches Zuhause findet. Dieses Zuhause ist Hamish Hamilton/Penguin, wo Simon Prosser das Buch nicht nur gekauft, sondern sich mit großem Engagement dafür eingesetzt hat. Er war bei diesem Projekt Partner und Verleger zugleich. Seine kluge und anregende Redaktion war mir eine unschätzbare Hilfe.

Auch Eric Chinski und Jonathan Galassi bei Farrar, Straus und Giroux haben dem Projekt Zeit, Energie, Intellekt und Leidenschaft gewidmet. Mein alter Verleger in Südafrika, Jonathan Ball, hat mir einmal mehr auf meinem »Heimatmarkt« alle Ehre gemacht. Jonathan und Jeremy Borraine sind die idealen Verleger für ein politisches Buch auf einem hoch politisierten Markt.

Was Hamish Hamilton/Penguin anbelangt, würde ich mich auch gerne bei Anny Kelly (und Sharmila Woollam) bedanken sowie bei Joe Pickering sowohl für ihre Begeisterung, ihre Geduld als auch für ihr Können. Dasselbe gilt für Gabrielle Doob und Kathy Daneman bei FSG und Anika Ebrahim und Ingeborg Pelser bei Jonathan Ball. Mein Dank geht auch an das gesamte Team von DGA. David Hirst hat großartige Arbeit dabei geleistet, das Buch auf bemerkenswert schmerzlose Weise auf juristische Probleme abzuklopfen, Mark Handsley war ein ebenso fähiger wie forensisch begabter und einfühlsamer Redakteur. Beide haben erheblich zur endgültigen Fassung des Textes beigetragen.

Ich hätte ein Buch über ein so weitläufiges Thema nicht ohne erhebliche Unterstützung bei der Recherche schreiben können. Hier hatte ich das Vergnügen, mit Paul Holden und Barnaby Pace arbeiten zu dürfen. Barnabys Aktivismus, seine intime Kenntnis der britischen Waffenbranche und seine

Entschlossenheit, auch die letzte Information aufzuspüren, waren von unschätzbarem Wert. Pauls Kenntnisse als Historiker, Archivar und Autor waren nicht zu ersetzen. Nicht nur hat er, wie Barnaby, Berge von undurchsichtigem Material und Informationen zu interpretieren verstanden, er schrieb auch die ersten Entwürfe der Abschnitte über das Merex-Netzwerk, über Afrika, den Irak und Afghanistan.

Sie sind übrigens, wie auch alle anderen hier genannten, nicht verantwortlich für etwaige Irrtümer im endgültigen Produkt. Die gehen allein auf mein Konto. Auf der anderen Seite wurzelt der größte Teil dessen, was gut ist an diesem Buch, in ihrer Arbeit.

Mein Dank auch an Ben King, der in den USA recherchierte.

Tim Salmon übersetzte Laurent Legers faszinierendes Buch über den französischen Waffenhandel, Christina Massaccese lieferte erstklassige Übersetzungen schwieriger italienischer Dokumente. Elisabeth Scheder-Bieschin, Judith Leeb und Bigna Pfenninger haben bei den Übersetzungen aus dem Deutschen geholfen.

Michael Healy und Sally Crawford haben lange Interviews transkribiert.

Eine große Zahl von Journalisten, Rechercheuren, Geschäftsleuten und Aktivisten rund um die Welt waren eine unschätzbare Hilfe: David Leigh, Misha Glenny, Amira Hass, Doug Farah, Andrew Cockburn, Mary Jacoby, Christopher Matthews, Ardian Klosi, Lorenc Vangjell, Leart Kola und all die anderen bei Mjaft, Yllka Lamce, Claudio Gatti, Lowell Bergman, Dina Rasor, Frida Berrigan, Ken Silverstein, Laurent Leger, Joe Roeber, Mark Pyman, Laurence Cockroft, Paul Dunne, Gary Busch, Mark Hollingsworth, Anthea Lawson, Erick Kabandera, Markus Dettmer, Martin Staudinger, Brian Wood, Brian Johnson-Thomas, Peter Danssaert, Alan Bacarese, Matt Schroeder, Inigo Guevara, James Stewart, Adam Isaacson, Jeff Halper, Ronen Bergman, Jossi Melman, Nick Wood, Aram Roston, Rachel Stohl, Roy Isbister, Oistein Moskvil Thorsen, Magnus Walan, Rolf Lindahl, Nils Resare, Per Hermanrud, Erik Dalunde, Otfried Nassauer, Wendela de Vries, Ann Feltham, Ian Prichard, Sarah Waldron, Nick Gilby, Nick Hildyard, Sarah Sexton, Sam Perlo-Freeman, Paul Holtom, Hugh Griffiths, Mark Bromley, Susan Jackson, Joey Fox, Abi Dymond, Helen Close, Chris Rossdale, Pierre Sprey, Winslow Wheeler und Sue Hawley.

Dank auch an Joe Der Hovsepian, Alfons Mensdorff-Pouilly und an seine Assistentin, Susanne Luka, und alle diejenigen, die lieber anonym bleiben

wollten, sich aber dennoch ausgiebig mit mir unterhielten und auch danach noch in Kontakt blieben, trotz unserer unterschiedlichen Haltungen gegenüber dem Waffengeschäft.

Viele entscheidende Informationen habe ich von William Hartung und seinen Arbeiten vor allem über Lockheed Martin. Durch seine Bücher, die Gespräche mit ihm und durch seine E-Mail-Korrespondenz war er mir eine nie versiegende Quelle und eine große Unterstützung. Ich habe mir darüber hinaus Chuck Spinneys Erfahrung im Pentagon zunutze gemacht, um hier ein Bild vom militärisch-industriellen Komplex zu zeichnen.

Die südafrikanischen Sympathisanten, die den Kampf nach wie vor nicht aufgegeben haben: Terry Crawford-Browne, Gavin Woods, Raenette Taljaard, Patricia de Lille, Richard Young, Sam Sole, Stefaans Brummer, Mzilikazi wa Afrika, Adriaan Basson, Zackie Achmat und Hennie van Vuuren.

Dank an das Fähnlein der Aufrechten, die die Netzwerke aufrechterhalten: Mungo Soggott, der mich unter anderem dem großen Paulo Fusi vorgestellt hat, der mir großzügig einen wahren Schatz von Material über die Schattennetzwerke zur Verfügung stellte, und Alex Yearsley, der darüber hinaus einige toskanische Abenteuer arrangiert hat.

Außerdem möchte ich Jonny Steinberg und Mark Gevisser erwähnen, Südafrikas talentierteste Sachbuchautoren, die mir immer mit Rat, Freundschaft und Liebe zur Seite stehen.

Ein besonderes Dankeschön an die Ermittler, Staatsanwälte, Gesetzeshüter und Agenten, die bereit waren, sich mit mir zu unterhalten.

Und Dank an alle, die ich hier aufgrund der verschwiegenen Natur der Branche und der Rachsucht von Regierungen und einigen Unternehmen nicht nennen kann. Ich danke ihnen für Einsicht, Rat und vor allem für ihren Mut. Sie sind die »heimlichen Patrioten«, denen dieses Buch gewidmet ist.

Und schließlich Feroz Durdaj und der Gemeinde Gerdec dafür, dass sie bereit waren, sich mit mir zu unterhalten, sowie für ihre Kraft und ihre Überzeugung.

Ich hätte dieses Projekt nicht vollenden, ja noch nicht einmal über die erste Idee hinaus entwickeln können ohne die großzügige Unterstützung des Open Society Institute and Foundations, das mich achtzehn Monate mit einem großzügigen Stipendium unterstützt hat. Die Menschen, die sich im Netzwerk der Open Society zusammengefunden haben, sind wirklich außergewöhnlich; sie

haben es mir ermöglicht, Länder und Ideen zu erforschen, auf die ich sonst nicht gekommen wäre. Ein Dankeschön an Jonas Rollet dafür, mir Albanien zu zeigen und das ganz erstaunliche Büro in Tirana vorzustellen, insbesondere Andi Dubroshi und Llukan Tako, die Teams in Brüssel, Bulgarien, Budapest, Cape Town, Johannesburg, London und natürlich Washington DC. Mein Dank an Anthony Richter, Tom Kellogg, Sandi Colliver, Sarah Pray und Ken Hurwitz, der mir ein geschätzter Kollege und Mitarbeiter geworden ist. Und ein besonderes Dankeschön an das bemerkenswerte Fellowship-Team – Lenny Bernardo, Steve Hubbell, Bipasha Ray, Lisena de Santis und Alia Ahmed – für Unterstützung, Rat, Anregung und Freundschaft. Und für die wunderbare Gruppe von Fellows, die sie mich vorgestellt haben.

Meiner Familie in Cape Town, bei der ich immer Unterschlupf, Nahrung, Unterstützung und Liebe fand: Lesley, David, Emma und Julia Unite.

Meiner New Yorker Familie, für die dasselbe gilt und die dieses Projekt über das Buch hinaus noch zu etwas ganz anderem macht: Anadil Hossain, Driss Benyakleef, Joslyn Barnes und Ashish Segal.

Und schließlich meiner Familie: meinem »Hausherrn« Kishon Khan, meinem »Technikguru« Viquar Chamoun sowie Paps und Mama für endlose Liebe und Unterstützung und in Mamas Fall für ihr Talent als Turbo-Netwerkerin.

Und Simone, Misha und Maya, die mehr als andere Opfer zu bringen hatten, damit sich das Projekt realisieren ließ. Ich danke euch für Liebe, Verständnis, Geduld und Toleranz. Ihr seid meine Welt ohne Schatten.

Um Entschuldigung bitte ich alle, die ich womöglich übersehen habe. Mir alle Menschen ins Gedächtnis zu rufen, die mir bei meiner zehnjährigen Arbeit über den Waffenhandel geholfen haben, war fast so schwer wie die Arbeit selbst. Mein Dank an euch alle.

Anmerkungen

Prolog

- 1 Diese Darstellung stützt sich auf Daniel Bergner, *Soldiers of Light*, London: Penguin 2004; Lansana Gberie, *A Dirty War in West Africa*, London: Hurst & Company 2005; sowie auf Berichte von Human Rights Watch.

Einleitung

- 1 *SIPRI Yearbook 2011*, Oxford: Oxford University Press 2011; US Census Program, *World POPClock Projection*, Stichtag 1. Januar 2011, www.census.gov/ipc/www/popclockworld.html; die Angabe für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) basiert auf *CIA World Factbook*, www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html: »World Factbook«, »Guide to Country Comparisons«, »Economy«; demnach betrug 2010 das Welt-BIP in Kaufkraftparität 74,48 Billionen Dollar.
- 2 Center for Strategic and Budgetary Assessments, 14. Februar 2011, www.csbaonline.org/publications/2011/02/fy-2012-base-defensebudget-represents-a-turning-point/
- 3 Joe Roeber, »Hard-Wired for Corruption«, *Prospect*, 28. August 2005.
- 4 Das Diktum wird dem amerikanischen Waffenhändler Sam Cummings zugeschrieben; siehe auch Anthony Sampson, *Die Waffenhändler. Von Krupp bis Lockheed. Die Geschichte eines tödlichen Geschäfts*, deutsch von Margaret Carroux, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1977.
- 5 Andrew Feinstein, *After the Party*, Jeppestown: Jonathan Ball 2007, London: Verso 2009; Andrew Feinstein, Paul Holden, Barnaby Pace, »Corruption and the Arms Trade: Sins of Commission«, *SIPRI Yearbook 2011*, Oxford: Oxford University Press 2011.
- 6 Roeber, »Hard-Wired for Corruption«.
- 7 Zu den Kosten: »Lockheed Martin F-35 Operating Costs May Reach 1 Trillion«, *Bloomberg*, 21. April 2011; das Zitat ist einem Interview entnommen, das ich im Mai 2011 mit Pierre Sprey, einem ehemaligen Waffenanalysten und -entwickler des Pentagon, geführt habe.
- 8 C. Wright Mills, *Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten*, deutsch von Hans Stern, Heinz Neunes, Bernt Engelmann, Hamburg: Holsten-Verlag 1962, S. 154 u. 190.
- 9 Abschiedsrede, gehalten am 17. Januar 1961.
- 10 Chalmers Johnson, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, deutsch von Hans Freundl, Thomas Pfeiffer, München: Blessing 2003; Nick Turse, *The Complex*, London: Faber and Faber 2008.
- 11 Turse, *Complex*.

- 12 David Bromwich, »The Co-President at Work«, *New York Review of Books*, 20. November 2008, Bd. LV, Nr. 18.
- 13 Gary K. Busch, »The Chinese Military-Commercial Complex: The Globalisation of the Chinese Military Corporations« (unveröffentlicht).
- 14 Gary K. Busch, »A Spectre is Haunting Europe: Putin, the Siloviki and Vampire Communism« (unveröffentlicht).
- 15 Siehe Kapitel 19.
- 16 »EU Arms Exports to Libya: Who Armed Gaddafi?«, www.guardian.co.uk/news/datablog/2011/mar/01/eu-arms-exportslibya#data.
- 17 Siehe etwa David Hambling, *Weapons Grade. Revealing the Links between Modern Warfare and Our High-Tech World*, London: Constable 2005.
- 18 Gespräch mit Professor James Stewart, einem ehemaligen Berufungsanwalt an der Anklagebehörde des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien und führenden Gelehrten auf dem Gebiet der unternehmerischen Verantwortung für internationale Verbrechen.

EINS

Das zweitälteste Gewerbe

1 Wer zahlt, hat recht

- 1 Bernard Shaw, *Major Barbara*. Komödie, deutsch von Helene Ritzerfeld, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1990.
- 2 Ebd.
- 3 Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 52.
- 4 Diese Darstellung von Zacharoffs Leben und Wirken stützt sich auf zahlreiche Quellen; neben dem bereits zitierten Buch von Sampson auf Donald McCormick, *Pedlar of Death*, London: MacDonald 1965; Bernt Engelmann, *Meine Freunde, die Waffenhändler. Kleine Kriege, große Geschäfte*, Bergisch Gladbach: Lübbe 1964; Richard Lewinsohn, *Sir Basil Zaharoff*, London: Victor Gollancz 1929; Robert Neumann, *Sir Basil Zaharoff, der König der Waffen*, Zürich: Bibliothek Zeitgenössischer Werke 1934 (Neuausgabe Frankfurt am Main: Wunderkammer-Verlag, 2011); H. C. Engelbrecht und F. C. Hanighen, *Merchants of Death*, New York: Dodd Mead & Company 1934; Guilles Davenport, *Zaharoff, High Priest of War*, Boston: Lothrop, Lee and Shepard Company 1934; George Tallas, *Peddler of Wars*, AuthorHouse 2007. Für weitere Informationen über Zacharoffs Leben und Wirken siehe www.theshadowworld.com.
- 5 *London Sunday Chronicle*, 29. November 1936.
- 6 Engelmann, *Meine Freunde, die Waffenhändler*, S. 240.
- 7 Ebd., S. 242.
- 8 Ebd., S. 241.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd., S. 242.
- 11 Beweise dafür wurden bei einer offiziellen Anhörung vorgelegt; siehe die Zitate in McCormick, *Pedlar of Death*, S. 74.
- 12 McCormick, *Pedlar of Death*, S. 77–79 und 88.
- 13 Ebd., S. 62–68.
- 14 Zitiert in Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 52.

- 15 Ebd., S. 53.
- 16 Engelmann, *Meine Freunde, die Waffenhändler*, S. 244.
- 17 Lewinsohn, *Sir Basil Zaharoff*, S. 102.
- 18 McCormick, *Pedlar of Death*, S. 118.
- 19 Ebd., S. 120.
- 20 Ebd., S. 143.
- 21 Zitiert in Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 55.
- 22 Engelmann, *Meine Freunde, die Waffenhändler*, S. 245.
- 23 Ebd.
- 24 Dieser Abschnitt stützt sich weitgehend auf die autoritative Darstellung in Sampson, *Die Waffenhändler*.
- 25 *Royal Commission 1935–6*, Protokoll S. 544, Q3989.
- 26 Zitiert in Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 69.
- 27 Ebd., S. 69f.
- 28 J. D. Scott, *Vickers: A History*, London: Weidenfeld and Nicolson 1962, S. 144.
- 29 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 73f.
- 30 Ebd., S. 75.
- 31 Ebd.
- 32 *Chicago Daily News*, 3.–5. August 1933, zitiert in Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 75.
- 33 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 76.
- 34 Zitiert ebd., S. 77.
- 35 Ebd.
- 36 Zitiert ebd.
- 37 Zitiert ebd.
- 38 Ebd., S. 80.
- 39 *Royal Commission 1935–6*, Protokoll S. 536, B3866.
- 40 Ebd., S. 300–370, B3866.
- 41 Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 86f.
- 42 Diese Darstellung des Waffenhandels nach dem Zweiten Weltkrieg stützt sich unter anderem auf Sampson, *Die Waffenhändler*.
- 43 J. L. Sutton, G. Kemp, *Arms to Developing Countries 1945–65*, London: Institute for Strategic Studies, 1966, Schaubilder 1 und 2.
- 44 Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 104.
- 45 Siehe den *Plowden Report: Enquiry into the Aircraft Industry*, London: Her Majesty's Stationery Office 1965, Command 2853.
- 46 Dieses Porträt stützt sich auf Robert L. Perry, *A Dassault Dossier*, Santa Monica: Rand Corporation 1973.
- 47 Siehe Charles Gardner, *British Aircraft Corporation: A History*, London: B. T. Batsford Ltd. 1981, S. 16.
- 48 Ebd., S. 278.
- 49 »Rolls-Royce and BAE in secret plea to Downing Street«, *The Sunday Times*, London, 16. März 2008.
- 50 Siehe die Rubrik »Historie« auf der Website von Heckler & Koch: www.heckler-koch.de.
- 51 »Milestone for BAE as its trade with America outstrips MoD business«, *The Times*, London, 10. August 2007.
- 52 Siehe Robert Lacey, *Inside the Kingdom*, London: Hutchinson 2009.
- 53 US Energy Information Administration, *Independent Statistics and Analysis*,

- <http://205.254.135.24/countries/country-data.cfm?fips=SA>; es bestehen allerdings durchaus Zweifel, ob die Vorkommen tatsächlich so groß sind, wie behauptet wird: siehe John Vidal, »How much oil does Saudi Arabia actually have?«, Environment-Blog des *Guardian*, 15. Februar 2011, www.guardian.co.uk/environment/blog/2011/feb/15/oil-saudi-arabia-reserves?INTCMP=SRCH; und Paul Mobbs, *Energy Beyond Oil*, Leicester: Matador Publishing 2005.
- 54 »Russia becomes leading oil producer, BP says«, BBC, 9. Juni 2011, www.bbc.co.uk/news/10275183.
- 55 *CIA World Factbook*, www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html.
- 56 Daniel Yergin, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*, deutsch von Gerd Hörmann und Regine Laudann, Frankfurt am Main: S. Fischer 1991, S. 380.
- 57 Lacey, *Inside the Kingdom*, S. 10.
- 58 »Amnesty Report 2009 Saudi-Arabien«, www.amnesty.de/jahresbericht/2009/saudi-arabien. Gekürzter Auszug.
- 59 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 152f.
- 60 John Stonehouse, *Death of an Idealist*, London: W. H. Allen 1975, S. 50.
- 61 Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 154; Zitat aus den »Multinational Hearings«, Teil 12, S. 693, 697.
- 62 Ebd., Kap. 11.
- 63 Siehe *Guardian*, »BAE in Saudi Arabia«. Der Artikel basiert auf einem BAC-Dokument, das als Download zur Verfügung steht unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/28/ch05doc01.pdf.
- 64 »How to Sell an Air Force«, *World in Action*, Granada TV, 2. Teil, 26. Januar 1976.
- 65 Zitiert in Mark Phythian, *The Politics of British Arms Sales since 1964*, Manchester: Manchester University Press 2000, S. 87.
- 66 BAC-Dokument; siehe Anm. 63.
- 67 Laut *Guardian* werden die Schriftstücke FCO 8/2346, FCO 8/2347 und FCO 8/2345, die diesen Streitfall dokumentieren, vom Außenministerium geheim gehalten. »Die Beamten behaupten, dass die Veröffentlichung der Dokumente den Beziehungen zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien schaden würde, »nicht zuletzt aufgrund der widerstreitenden Forderungen von Mr Edwards und Prinz Abdul Rahman. Außerdem enthalten sie Informationen über Saudi-Arabiens Wehrfähigkeit.« Laut Außenministerium »wurde Prinz Abdul Rahmans Forderung vom Kläger nicht weiter verfolgt und daher zurückgezogen. Mr Edwards' Forderung wurde 1975 zurückgezogen.« Siehe: www.guardian.co.uk/world/2007/jun/08/bae32?INTCMP=SRCH.
- 68 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 157.
- 69 UK Foreign and Commonwealth Office: FO 371/185496, Jeddah to FO, 1. August 1966.
- 70 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 156f.
- 71 »BAE in Saudi Arabia«, *The Guardian*, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/bae/files; und: Phythian, *Politics of British Arms Sales*, S. 213.
- 72 »BAE in Saudi Arabia«, Brief von Douglas Henley an Frank Cooper vom 12. Januar 1977, Download des Dokuments unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/29/ch05doc04.pdf.
- 73 Der oberste Rechnungsprüfer, Sir Douglas Henley, kam zu dem Befund: »Die Transaktionen laufen über die Konten des Ministeriums ... Die Summe der Beraterhonorare übersteigt wahrscheinlich 30 Millionen Pfund ... Die Rechnungsprüfer, die im Auftrag des Ministeriums die Kosten der BAC prüften, haben erklärt, sie hätten keine Möglichkeit, die Identität der Empfänger zu ermitteln. Durch die Zustimmung des Ministeriums zu den besonderen Provisionen mit Bezug auf die Bürgschaft für die Zahlungen der BAC und durch seine Beurteilung der Höhe dieser Provisionen als »zulässige Kosten« war das Ministeriums, so muss ich schließen, an diesen Arrangements beteiligt.« Ebd.
- 74 Aus Willie Morris' vertraulicher Depesche zum Abschied aus Saudi-Arabien; das Dokument als

- Download unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/29/ch04doc01.pdf.
- 75 Brief von Willie Morris an H. J. L. Suffield vom 11. Februar 1970; Dokument als Download unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/28/ch04doc03.pdf.
- 76 Depesche der britischen Botschaft in Dschidda an David Owen, 3. Mai 1977; Dokument als Download unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/28/ch04doc04.pdf.
- 77 »The culture of bribery that became government policy«, *The Guardian*, 8. Juni 2007, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/08/bae10; die Cooper-Direktive als Download unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/06/01/ch08doc09.pdf.
- 78 »BAE's secret money machine«, *The Guardian*, 8. Juni 2007, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/baefiles/page/0,,2095840,00.html.
- 79 Die Anfrage stellte der Autor und erhielt am 18. März 2010 folgende Antwort: »Ich kann Ihnen zunächst mitteilen, dass wir keine Dokumente über Revisionen der Cooper-Direktive gefunden haben, die nach der Revision vom 9. November 1994 vorgenommen worden wären. Die genannte Revision wurde von Sir Christopher France, dem damaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, für den Leiter der Rüstungsexportbehörde DESO (Defence Export Services Organisation) vorgenommen. Sie spiegelte Änderungen in der Rolle der DESO wider, die in vielerlei Hinsicht von der Behörde in ihrer früheren Form unterschieden ist und bisher weder Unterhändler beschäftigt noch Provisionen gezahlt hat.«
- 80 Das wörtliche Zitat von Premierminister James Callaghan findet sich in »Britain blocks reform«, *The Guardian*, 8. Juni 2007, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/baefiles/page/0,,2095820,00.html.
- 81 *The Guardian*, 23. Oktober 1975; *Sunday Telegraph*, 26. Oktober 1975.
- 82 *Financial Times*, 16. September 1977.
- 83 Memorandum von H. J. L. Suffield, dem Leiter der Rüstungsexportbehörde (Defence Sales Organization, DSO, der späteren Defence Export Services Organization, DESO), für Frank Cooper, 23. Juni 1976; Download des Dokuments unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/29/ch05doc06.pdf.
- 84 Ebd.
- 85 Ebd.

2 Alte Kameraden

- 1 John R. Boker jr., »Report of Initial Contacts with General Gehlen's Organization«, 1. Mai 1952, in C. Ruffner (Hg.), *Forging an Intelligence Partnership. CIA and the Origins of the BND, 1945–1949*; erarbeitet für: CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, European Division, Directorate of Operations, 1999; veröffentlicht im Mai 2002.
- 2 »Statement of Gerhard Wessel on Development of the German Organisation«, undatiert, in Ruffner (Hg.), *Forging an Intelligence Partnership*.
- 3 Ebd.
- 4 Boker, »Report of Initial Contacts«.
- 5 Ebd.
- 6 Neal Ascherson, »Our Man in Pullach«, *New York Review of Books*, 1. Juni 1972.
- 7 »Eine ›zweite Entnazifizierung‹«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. März 2010.
- 8 Ken Silverstein, *Private Warriors*, New York: Verso 2000, S. 110.
- 9 Interview mit Joe Der Hovsepian, Amman (Jordanien), 14. Mai 2010.
- 10 Ebd.; siehe auch »Veterans' Attitude towards Rearmament«, 22. August 1951, Information Memorandum No. 84, Office of the United States High Commissioner for Germany: Office of

- Intelligence, Reports and Analysis Division.
- 11 Ebd.
 - 12 Silverstein, *Private Warriors*, S. 111. Nachdem die SRP 1951 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen schockierende 11 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, verbot das Bundesverfassungsgericht die Partei als verfassungswidrige Organisation.
 - 13 Ebd., S. 112.
 - 14 »A mini-Krupp in Kenwood«, *Washington Post*, 28. April 1968.
 - 15 Silverstein, *Private Warriors*, S. 118.
 - 16 George Thayer, *War Business. Geschäfte mit Waffen und Krieg*, deutsch von Ulla Leippe, Hamburg: Hoffmann und Campe 1970, S. 280.
 - 17 Silverstein, *Private Warriors*, S. 118.
 - 18 Ebd.
 - 19 Genau genommen besaß Mertins mehrere Firmen mit ähnlichen Namen: So war die Merex GmbH (Bonn) ein Ableger der in Vevey ansässigen Merex AG, und weitere Tochterfirmen wurden später unter den Namen Deutsche Merex sowie – in den Vereinigten Staaten – Merex Corp. gegründet. In den nächsten drei Jahrzehnten ordnete Mertins die einzelnen Firmen immer wieder anderen Transaktionen zu, wobei jede Firma zu bestimmten Zeitpunkten zur Merex-Hauptfirma wurde. Zum leichteren Verständnis bezeichnen wir Mertins' europäische Präsenz als Merex und seine amerikanische als Merex Corp. Siehe die *Executive Sessions of the Senate Foreign Relations Committee* sowie die *Joint Sessions with the Senate and Services Committee*, Vol. XIX, 90th Congress, 1967, www.fas.org.
 - 20 »A mini-Krupp in Kenwood«, *Washington Post*, 28. April 1968.
 - 21 Anthony Sampson, *Die Waffenhändler*, deutsch von Margaret Carroux, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1977, S. 55f.
 - 22 »Samuel Cummings – Obituary«, *The Economist*, 9. Mai 1998; »Samuel Cummings, 71, trader in weapons on a grand scale«, *The New York Times*, 5. Mai 1998.
 - 23 »Samuel Cummings, 71, trader in weapons on a grand scale«, *The New York Times*, 5. Mai 1998.
 - 24 Russell Warren Howe, *Weapons. The International Game of Arms, Money and Diplomacy*, New York: Doubleday 1980, S. 407f.
 - 25 Tom Gervasi, *Arsenal of Democracy II. American Military Power in the 1980s and the Origins of the Cold War with a Survey of American Weapons and Arms Exports*, London: The Book Service 1981, S. 120f.
 - 26 Thayer, *War Business*, S. 116.
 - 27 Silverstein, *Private Warriors*, S. 120; »Prozente für Pfadfinder«, *Der Spiegel*, 23. März 1987; »Fall Merex: Rechtsbruch durch Tarnung«, *Der Spiegel*, 22. Dezember 1975.
 - 28 Thayer, *War Business*, S. 106; »Prozente für Pfadfinder«, *Der Spiegel*, 23. März 1987; Gervasi, *Arsenal of Democracy II*, S. 50f.
 - 29 »Prozente für Pfadfinder«, *Der Spiegel*, 23. März 1987.
 - 30 Thayer, *War Business*, S. 106; »Prozente für Pfadfinder«, *Der Spiegel*, 23. März 1987; Gervasi, *Arsenal of Democracy II*, S. 50f.
 - 31 Ebd.
 - 32 Ebd.
 - 33 Thayer, *War Business*, S. 106.
 - 34 Silverstein, *Private Warriors*, S. 120; »Fall Merex: Rechtsbruch durch Tarnung«, *Der Spiegel*, 22. Dezember 1975.
 - 35 Silverstein, *Private Warriors*, S. 123 und 130.
 - 36 »A mini-Krupp in Kenwood«, *Washington Post*, 28. April 1968.

- 37 Ebd.
- 38 Howe, *Weapons*, S. 409.
- 39 Ebd.
- 40 Silverstein, *Private Warriors*, S. 121f.
- 41 »Lieber Christian Putsch«, *Junge Welt*, 16. Juli 1998.
- 42 Siehe O. Abegunrin, *Nigerian Foreign Policy under Military Rule, 1966–1999*, Westport: Praeger Publishers 2003, S. 50–53.
- 43 K. J. Beattie, *Egypt during the Sadat Years*, London: Palgrave MacMillan 2000, S. 124f.
- 44 Silverstein, *Private Warriors*, S. 125–127.
- 45 Siehe A. Delgado, *Counterfeit Reich. Hitler's Secret Swindle*, Maryland: PublishAmerica 2006, S. 147.
- 46 Hilton M. Linklater, Neal Ascherson, *The Nazi Legacy. Klaus Barbie and the International Fascist Connection*, London: Henry Holt & Co. 1985, S. 238.
- 47 Silverstein, *Private Warriors*, S. 125f.
- 48 »Special Article: Freikorps Deutschland«, undatierter Bericht des US-Armeegeheimdienstes; vom Sicherheitsstab USAINSCOM als »nicht (länger) geheim« eingestuft am 13. Januar 1997.
- 49 Ebd.
- 50 Silverstein, *Private Warriors*, S. 127.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd., S. 127f.
- 53 Peter Levenda, *Unholy Alliance. A History of the Nazi Involvement with the Occult*, New York: Continuum Publishing 2002, S. 319. Townley wurde später in den Vereinigten Staaten des Mordes an Orlando Letelier, einem liberalen Wirtschaftswissenschaftler und prominenten Politiker, der Salvador Allende als Botschafter in Washington gedient hatte, für schuldig befunden.
- 54 »Secrets of ex-Nazi's Chilean fiefdom«, *BBC News*, 11. März 2005.
- 55 »Fugitive Nazi cult leader arrested«, *The Guardian*, 12. März 2005.
- 56 Brief von G. Bauch (Merex Corp.) an Tongsun Park vom 8. Dezember 1969, *Investigation into Korean-American Relations. Appendixes to the Report of the Subcommittee on International Organizations of the Committee on International Relations*, US House of Representatives, Washington: Govt. Printing Office 1978, S. 343. 2005 wurde Park vorgeworfen, in den Skandal um das den Irak betreffende Öl-für-Lebensmittel-Programm der Vereinten Nationen verwickelt zu sein. Tatsächlich wurde er zwei Jahre später für seine Beteiligung an dem Versuch, im Auftrag Saddam Husseins Beamte der UN zu bestechen, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. (»Park sentenced to 5 years in U.N. oil-for-food bribery scandal«, *The Washington Post*, 23. Februar 2007.)
- 57 Howe, *Weapons*, S. 409.
- 58 Silverstein, *Private Warriors*, S. 132.
- 59 »Waffenexporte unter SPD-Regie«, *Die Tageszeitung*, 22. Dezember 1986; »Die Oktoberfest-Connection«, *Jungle World*, Nr. 48, 22. November 2000.
- 60 Silverstein, *Private Warriors*, S. 133f.
- 61 Bilanz der Merex AG vom 1. Januar 1980.
- 62 Silverstein, *Private Warriors*, S. 137; Interview mit Joe Der Hovsepian, Amman (Jordanien), 14. Mai 2010.
- 63 Beweise wurden vorgelegt in dem Verfahren *Merex AG gegen Fairchild Weston Systems Inc.*, United States Southern District of New York, 1992.
- 64 »Prozente für Pfadfinder«, *Der Spiegel*, 23. März 1987.
- 65 Brief von Gerhard Mertins an Zhao Fei (NORINCO) vom 10. Januar 1984, *Merex AG gegen Fairchild Weston Systems Inc.*, Prozessakten.

ZWEI

Ein schöner Auftrag, wenn man ihn bekommen kann 3 Die Saudi-Connection

- 1 *The Sunday Times*, 20. August 2006.
- 2 Laut Michael Stewart, der 1968 britischer Außenminister war, war das schon seit Längerem eine Taktik der Franzosen: »Die französische Politik der Unterstützung für die Araber dient hauptsächlich dazu, ihnen die Möglichkeit zu geben, Nutzen aus der Konkurrenzsituation zu ziehen.« PRO:CAB 148/38/OPD(68)/66, »Sale of Chieftain Tanks to Israel«, Note by the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs.
- 3 *Flight*, 8. Dezember 1984.
- 4 *Flight*, 16. Februar 1985; *Financial Times*, 12. März 1985.
- 5 *Flight*, 22. April 1985.
- 6 *Financial Times*, 22. April 1985.
- 7 *The Observer*, 10. Mai 1992.
- 8 David Ottaway, *The King's Messenger: Prince Bandar Bin Sultan and America's Tangled Relationship with Saudi Arabia*, New York: Walker & Company 2008, S. 81; Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 4. März 1996.
- 9 *The Observer*, 19. März 1989.
- 10 *The Times*, 18. September 1985.
- 11 Chrissie Hirst, *The Arabian Connection: The UK Arms Trade to Saudi Arabia*, London: CAAT 2000.
- 12 Tim Webb, *Bribing for Britain*, CAAT Goodwin Paper, Nr. 5, Oktober 2007, S. 13.
- 13 Mark Phythian: *British Arms Sales since 1964*, Manchester: Manchester University Press 2000, S. 221.
- 14 Ebd., S. 222.
- 15 *Jane's Defence Weekly*, 5. Februar 1994, S. 27.
- 16 *The Guardian*, 8. Mai 1986; und Hirst, *The Arabian Connection*.
- 17 Luke Harding, David Leigh, David Pallister, *The Liar: The Fall of Jonathan Aitken*, London: Penguin Books 1997, S. 64.
- 18 *Financial Times*, 27. November 1989; und *The Sunday Times*, 10. Dezember 1989.
- 19 Anthony H. Cordesman, *Saudi Arabia: Guarding the Desert Kingdom*, Boulder/Colorado, London: Westview Press 1997, S. 157.
- 20 William Simpson, *The Prince: The Secret Story of the World's Most Intriguing Royal Prince, Bandar Bin Sultan*, New York: HarperCollins 2006, S. 147.
- 21 Zit. nach Mark Hollingsworth, Paul Halloran, *Thatcher's Fortunes: The Life and Times of Mark Thatcher* (Edinburgh: Mainstream Publishing 2005), S. 199f.
- 22 Phythian, *British Arms Sales*, S. 225.
- 23 *The Sunday Telegraph*, 25. November 1990; Phythian, *British Arms Sales*, S. 226, und Anm. S. 256.
- 24 *Jane's Defence Weekly*, 1. September 1990.
- 25 *The Sunday Times*, 30. September 1990.
- 26 *The Times*, 25. Oktober 1991; siehe auch »Secrets of Al Yamamah«, *The Guardian*, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/baefiles/page/0,,2095831,00.html.
- 27 *Jane's Defence Weekly*, 6. Mai 1995, S. 33.
- 28 *The Independent*, 16. November 1988; *The Sunday Times*, 18. Januar 1990; *BAE Quarterly*, Herbst 1989.

- 29 Terry Macalister, »Profile: Dick Evans«, *The Guardian*, 5. Februar 2010, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/world/2010/feb/05/dick-evans-bae-arms-deal.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Elsa Walsh, »The Prince«, *The New Yorker*, 24. März 2003.
- 33 The Saudi Network, »King Abdul Aziz Al Saud«, www.the-saudi.net/al-saud/abdulaziz.htm.
- 34 Walsh, »The Prince«.
- 35 Ebd.
- 36 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 25.
- 37 Ebd., S. 26.
- 38 Simpson, *The Prince*, S. 15; Zitat aus einem Interview mit General Faisal Mifgai in Marrakesch, Marokko, 26. Juni 2004.
- 39 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 26, Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar, 28. März 1996.
- 40 Simpson, *The Prince*, S. 16.
- 41 Ebd., S. 21; Zitat aus einem Interview mit Sergeant Ken Adams in Leasington, Lincolnshire, 14. Januar 2004.
- 42 Ebd., S. 26; Zitat aus einem Interview mit John Waterfall in Brighton, Sussex, 26. Februar 2006.
- 43 Ebd., S. 27; Zitat aus »Cranwell Course Report on Flight Cadet Sultan prepared by his flying instructor, Flight Lieutenant Tony Yule«.
- 44 Ebd., S. 33f.
- 45 Simpson, *The Prince*, S. 34.
- 46 David Leigh, »Arms and the Man«, *New Statesman*, 28. Juni 2007, www.newstatesman.com/books/2007/06/prince-bandar-saudi-mandela.
- 47 Simpson, *The Prince*, S. 34.
- 48 Ebd., S. 378; zitiert nach William Gildea, »Saudi Prince Bandar has cowboy spirit«, *The Washington Post*, 20. Juni 1994.
- 49 Ebd., S. 41.
- 50 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 28. Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 28. März 1996.
- 51 Ebd., S. 23.
- 52 Ebd., S. 24.
- 53 Ebd.
- 54 Ebd., S. 25.
- 55 Ebd., S. 29. Zitate aus »Memorandum: F-15s to Saudi Arabia – A Threat to Peace«.
- 56 Ebd., S. 30.
- 57 Ebd.
- 58 Zur weiterführenden Lektüre über den enormen Einfluss der Israel-Lobby auf Amerikas Außenpolitik und Waffenexporte siehe John J. Mearsheimer, Stephen M. Walt, *The Israel Lobby and US Foreign Policy*, New York: Farrar, Straus and Giroux 2007.
- 59 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 31, Zitat aus: Tagebuch, Nachlass John C. West, »Sonntag, 23. April 1978«.
- 60 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 33; Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 28. März 1996.
- 61 Ebd.; Bandar behauptete weiter, die *Los Angeles Times* habe die Story am nächsten Tag gebracht, unter der Schlagzeile »Reagan unterstützt Carter bei F-15 für Saudi-Arabien«. Laut Ottaway hat sich aber weder in der *Los Angeles Times* noch in einer anderen Zeitung ein solcher Artikel finden lassen. Auch in John Wests Tagebuch wird die Episode nicht geschildert.

- 62 Ebd., S. 35; Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 30. November 2001.
- 63 Ebd., S. 31; Zitat aus einem Brief von John C. West an Prinz Fahd ibn Abdul Aziz vom 6. Juni 1978, Nachlass John C. West.
- 64 Ebd., S. 39; Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 28. März 1996.
- 65 Ebd., S. 40; Quelle: Tagebuch von John C. West, 19. April 1978.
- 66 Ebd.; Zitat aus: »Memorandum for: Dean Robert Osgood, the Johns Hopkins University, School of Advanced International Studies. From: David E. Long«, 18. Mai 1979, Box 10, Nachlass John C. West.
- 67 Ebd., S. 41; Quelle: Tagebuch John C. West, 15. September 1980.
- 68 State Department, »Saudi Regional Role«, schriftliche Stellungnahme, Mai 1977, Box 36, Staff Offices Counsel, Lipshutz's Files, Middle East: Saudi Arabia 10/77–6/78, (CF O/A 712) Jimmy Carter Library.
- 69 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 42.
- 70 Ebd.; Zitate nach »John C. West letter to President Carter«, 6. Juli 1979, Box 10, Nachlass John C. West.
- 71 Ebd., S. 44; Quelle: Tagebuch John C. West, 14. Dezember 1979.
- 72 Ebd., S. 45; Zitat aus John C. West, handschriftliche Notiz vom 8. Juni 1998 im Anhang zu »Draft. Letter to Crown Prince Fahd from President Carter«, 3. April 1980, Box 10, Nachlass John C. West.
- 73 Harding, Leigh, Pallister, *The Liar*, S. 36.
- 74 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 47; Zitat aus: Tagebuch John C. West, 28. September 1980.
- 75 Ebd., S. 47, 4. Oktober 1980.
- 76 Ebd., S. 48, 13. Oktober 1980.
- 77 Ebd., S. 50; Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 28. März 1996.
- 78 Ronald Reagan, *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, deutsch von Till R. Lohmeyer, Dirk Muelder, Hedda Pänke, Christel Rost und Klaus-Dieter Schmidt, Berlin/Frankfurt am Main: Propyläen 1990, S. 424.
- 79 Richard F. Grimmett, Executive-Legislative Consultation on U.S. Arms Sales, 1982, S. 33–35.
- 80 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 52; Zitate aus Melinda Beck, John J. Lindsay: »Trying to Patch the AWACS Deal«, *Newsweek*, 5. Oktober 1981.
- 81 Ebd., S. 53; Quelle: Associated Press, 25. September 1981, Adams: »Saudi Prince, Reagan, Senators Discussing AWACS Compromise«; United Press International, 25. September 1981.
- 82 Ebd., S. 50 u. 57; Quelle: Interview mit Prinz Bandar vom 28. März 1996.
- 83 Ebd., S. 60.
- 84 Patrick Tyler, Interview mit dem israelischen Botschafter Moshe Arens, *A World of Trouble: America in the Middle East*, London: Portobello Books 2009, S. 304.
- 85 Lawrence Walsh, *Firewall: The Iran-Contra Conspiracy and Cover-Up*, New York: W. W. Norton & Co. 1997, S. 19.
- 86 Ebd., S. 390.
- 87 Zitiert nach: Steve Coll, *Die Bin Ladens. Eine arabische Familie*, deutsch von Werner Roller, Stephanie Singh, Violeta Topalova (München: Deutsche Verlags-Anstalt 2008), S. 25.
- 88 Tyler, *World of Trouble*.
- 89 Ebd., S. 312f.
- 90 Walsh, *Firewall*, S. 390.
- 91 Ebd., S. 391.
- 92 Ebd., S. 392.
- 93 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 61.
- 94 Leigh, »Arms and the Man«.

- 95 Simpson, *The Prince*, S. 119f.
- 96 Zitat aus Ottaway, *King's Messenger*, S. 77. Quelle: Samantha Sparks, »Angola: Saudi aid to rebels may be ›brother‹ of Irangate scandal«, Inter Press Service (IPS), 1. Juli 1987; auf diesem Text beruht diese Darstellung.
- 97 Bob Woodward, *Geheimcode VEIL. Reagan und die geheimen Kriege der CIA*, deutsch von Gabriele Burkhardt, Reiner Pfeleiderer, Wolfram Ströle, München: Droemer Knauer 1987, S. 515.
- 98 Ebd.
- 99 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 63; Zitat aus einem Interview mit William Wilson vom 4. Januar 2002.
- 100 Simpson, *The Prince*, S. 100.
- 101 Leigh, »Arms and the Man«.
- 102 Woodward, *Geheimcode VEIL*, S. 512–515.
- 103 Bill Moyers, »Target America«, Public Broadcast Service (PBS), *Frontline*, 4. Oktober 2001.
- 104 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 64; Quelle: »Spotlight: Bandar Survives Casey Book, But Saudi Arms Battle Looms«, *Mideast Markets*, 12. Oktober 1987.
- 105 Simpson, *The Prince*, S. 123.
- 106 Robert Lacey, *Inside the Kingdom*, London: Hutchinson 2009, S. 194.
- 107 Ottaway, *The King's Messenger*, S. 79; Zitat aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 30. November 2001.
- 108 Ebd., S. 81; Zitate aus einem Interview mit Prinz Bandar vom 4. März 1996.
- 109 Quelle: Hollingsworth, Halloran, *Thatcher's Fortunes*, S. 212.

4 »Zur Verteidigung der Menschlichkeit«

- 1 Interview mit Joseph Der Hovsepien, Amman (Jordanien), 14. Mai 2010.
- 2 Aus Merex-Buchungsunterlagen geht hervor, dass Hovsepien dem Unternehmen 1980 18000 DM geschuldet haben soll (Jahresabschluss der Merex AG, 1. Januar 1980).
- 3 Ebd.
- 4 Statuten: Deutsche Merex GmbH, UR Nr. 1254/1990, vom 12. Juni 1990; Statuten: Deutsche Merex GmbH, UR Nr. 1022/1990, vom 15. Mai 1990; Amtsgericht, Merex AG und Gut Buschhof Hotel und Sport Center AG, 9. April 1979 bis 12. März 1996, Auszug aus dem Deutschen Handelsregister vom 18. Februar 2010.
- 5 Ebd.
- 6 Handelsregister für die Thomasberg und Sportanlagen Betriebsgesellschaft, eingesehen am 8. Juni 2010; siehe auch »Kur-Investor für eine Fünf-Sterne-Herberge in Thomasberg«, *General-Anzeiger*, 16. Januar 2004.
- 7 Steve Coll, *Ghost Wars: The Secret History of the CIA, Afghanistan, and Bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001*, London: Penguin Books 2004, S. 71–73.
- 8 Ebd., S. 79.
- 9 *BBC News*, 20. Juli 2005; und »Prince Turki Al-Faisal resigns as Saudi Ambassador to US«, *Arab News*, 13. Dezember 2006.
- 10 Coll, *Ghost Wars*, S. 71ff.
- 11 Interview mit Hovsepien, Amman, Jordanien, 14. Mai 2010.
- 12 Vernehmung von Lorenzo Mazzega, Tribunale Civile e Penale di Venezia, 3. Februar 1994.
- 13 Vernehmung von Franco Giorgi, Torre Annunziata, im Rahmen der »Cheque to Cheque«-Ermittlungen, 25. Juni 1995.

- 14 Ebd.
- 15 Vernehmung von Lorenzo Mazzega, Tribunale Civile e Penale di Venezia, 3. Februar 1994; sowie »Bericht über Angelos Scordas/Merex«, Bayerisches Landeskriminalamt, Aktenzeichen Ausl. 142/96, Bd. M-4581–96, 11. Januar 2005.
- 16 C. Carr, »The Security Implications of Microdisarmament«, The Counterproliferation Papers Future Warfare Series No. 5 (USAF Counterproliferation Centre, Air War College, 2000), S. 14; siehe auch Untersuchungsausschuss zum mutmaßlichen Waffenhandel zwischen Armscor und Eli Wazan, »Cameron Commission«, 15. Juni 1995, Abschnitt 4, www.polity.org.za/polity/govdocs/commissions/cameron.html.
- 17 »Cameron Commission«.
- 18 Ebd.
- 19 Vernehmung von Franco Giorgi, 25. Juni 1995.
- 20 Waffenlieferungen an alle jugoslawischen Konfliktparteien waren nach den Bestimmungen der UN-Resolution 713 verboten; siehe S/RES/171/1991; einzusehen unter www.un.org.
- 21 Vernehmung von Franco Giorgi; siehe auch das Verfahren Beverly Overseas SA gegen Privredna Banka Zagreb, 28. März 2001, Schweizerisches Bundesgericht, Az: 4C.172/200; einzusehen unter www.bger.ch.
- 22 Vernehmung von Franco Giorgi.
- 23 Siehe »The woman who paid \$2bn into foreign accounts«, *Nacional* (Kroatien), 7. November 2006. Die Beteiligung Martinovićs wurde von Terezija Barbarić geschildert, die als Beraterin von Martinović fungierte, als er Geschäftsführer der Privredna-Bank war und während seiner Amtszeit als Finanzminister. Barbarić erinnerte sich, dass ungefähr 2 Milliarden Dollar auf verdächtige ausländische Bankkonten transferiert wurden, während sie und Martinović im Amt waren.
- 24 »Cameron Commission« (siehe Anm. 16).
- 25 Ebd.
- 26 Vernehmung von Franco Giorgi sowie Interview mit Hovsepian.
- 27 Schuldschein: Privredna Banka Zagreb, Inhaber: Intersystems Inc., unterzeichnet Martin Katičić and Jozo Martinović, 11. Mai 1992. Vorgelegt als Beweisstück in der Sache Beverly Overseas SA gegen Privredna Banka Zagreb, 28. März 2001, Schweizerisches Bundesgericht, Az: 4C.172/200; das Dokument kann eingesehen werden unter: www.theshadowworld.com.
- 28 Interview Hovsepian sowie Kontoauszug: Intersystems Inc. adressiert an H. E. Jozo Martinović, 4. August 1992, vorgelegt als Beweisstück in der Sache Beverly Overseas SA gegen Privredna Banka Zagreb, 28. März 2001, Schweizerisches Bundesgericht Az: 4C.172/200; einzusehen unter: www.bger.ch.
- 29 Vernehmung von Franco Giorgi.
- 30 Ebd.
- 31 Vernehmung von Lorenzo Mazzega, Tribunale Civile e Penale di Venezia, 3. Februar 1994.
- 32 Ebd. und Interview mit Hovsepian.
- 33 Vernehmung von Lorenzo Mazzega.
- 34 Interview mit Hovsepian.
- 35 Ebd.
- 36 In der Schweiz, weil der Gerichtsstand des Schuldners in der Schweiz war.
- 37 Thomas Koller, »Internationaler Waffenhandel und das schweizerische Anweisungsrecht. Zu den Auswirkungen eines evident sittenwidrigen Valutaverhältnisses auf das Leistungsverhältnis«, *Aktuelle Juristische Praxis (AJP)*, 2002, S. 467.
- 38 Ebd., S. 468.
- 39 Befragung von Nicholas Oman, Regione Carabinieri Campania: Stazione di Vico Equense (»Cheque

- to Cheque«-Ermittlungen), 7. November 1996.
- 40 Ebd.
- 41 Fax von Interpol Canberra an Interpol Wien, betr. Oman, Nicholas Born 28/10/1943, Ref: IP/0167/92/2–42, 4. März 1994.
- 42 Aus den »Cheque to Cheque«-Akten, 30. Juni 1998, S. 455f.
- 43 B. A. Cook (Hg.), *Europe Since 1945: An Encyclopaedia*, Bd. I, New York: Garland Publishing 2001, S. 433.
- 44 Siehe auch P. Ginsborg, *Italy and Its Discontents: Family, Civil Society, State, 1980–2001*, New York: Palgrave Macmillan 2003, S. 144.
- 45 Cook, *Europe Since 1945*, S. 433.
- 46 Vernehmung von Nicholas Oman.
- 47 Ebd.
- 48 Vernehmung von Jernej Cepin, Interpol Rom, 26. Juli 1996; »Cheque to Cheque«-Akten: 30. Juni 1998.
- 49 Vernehmung von Nicholas Oman.
- 50 Haftbefehl, ausgestellt von Interpol Ljubljana, 10. Februar 1998, Ref: 0225–19– 92IP-7456/96.
- 51 Vernehmung von Jernej Cepin.
- 52 Vernehmung von Nicholas Oman.
- 53 Vernehmung von Lorenzo Mazzega.
- 54 »Table 1: List of individuals and corporate entities that the TRC holds responsible for economic crimes«, *Republic of Liberia Truth and Reconciliation Commission: Volume III (Appendices), Economic Crimes and the Conflict: Exploitation and Abuse*, 2009.
- 55 Vernehmung von Nicholas Oman.
- 56 Ebd.
- 57 Ebd.
- 58 Diese Herkunftsangabe war glaubwürdig, da NATO-Streitkräfte die Blowpipe, die in Großbritannien hergestellt und im Falkland-Krieg eingesetzt worden war, benutzt hatten.
- 59 Rechnung Nr. 91716 von Orbal Marketing Services (Kroatien) an das Verteidigungsministerium (Kroatien), z. Hd. von Josip Vukina.
- 60 Mitteilung der Kriminalpolizei, Ministrstvo za Notranje Zadeve, Ljubljana, Slowenien an Interpol Rom, betr. Oman, Nicholas, Handel mit Kriegsmaterial, 3. Juli 1996.
- 61 Ebd.; siehe auch »War diplomacy – controversial armaments trade«, *Aim* (Slowenien), 29. April 1998.
- 62 Vernehmung von Fulvio Leonardi, »Cheque to Cheque«-Ermittlungen, 5. Juni 1996.
- 63 *Nacional* (Kroatien), Nr. 352, 13. August 2002.
- 64 »An old tale of swindle resurfaces in Bosnia«, *The New York Times*, 14. Dezember 1997; und »Main news summary«, bereitgestellt von der NATO-Stabilisierungstruppe (SFOR), Bosnien, 26. Mai 2004, einzusehen unter: www.nato.int.
- 65 Siehe »Serbs threaten to unleash deadly ›secret weapon‹«, *The Independent*, 15. Februar 1994.
- 66 »The world: Here comes the clown. No joke«, *The New York Times*, 6. November 1994; *Sunday Times*, 16. Juni 1996; *Delo* (Ljubljana), 6. April 1996; *Kurier*, 6. Dezember 1996; und *Süddeutsche Zeitung*, 12. Juni 1996.
- 67 *Nacional* (Kroatien), Nr. 352, 13. August 2002.
- 68 »Der Kardinal und die Dealer«, *Focus*, 18. Juli 1996.
- 69 Vernehmung von Franco Giorgi.
- 70 »An old tale of swindle resurfaces in Bosnia«, *The New York Times*, 14. Dezember 1997.
- 71 Vernehmung von Franco Giorgi.
- 72 Ebd.

- 73 Aussage von Branislav Lainović, »Cheque to Cheque«-Ermittlungen, 17. November 1995.
 74 *Nacional* (Kroatien), Nr. 352, 13. August 2002.
 75 »Cameron Commission« (siehe Anm. 16).
 76 Ebd.
 77 Ebd.
 78 Ebd.
 79 Interview mit Hovsepan.
 80 »Cameron Commission«.
 81 Ebd.
 82 Ebd.
 83 Ebd.
 84 Ebd.
 85 Interview mit Hovsepan.

5 Das ultimative Geschäft oder das ultimative Verbrechen?

- 1 Fidelity National Financial, »Riggs Bank signs long-term agreement with Fidelity Information Services«, fnf.client.shareholder.com/releasedetail.cfm?releaseid=112302.
 2 George Washington University, The PNC Riggs Collection, www.gwu.edu/gelman/spec/exhibits/pnc_riggs/dc_community.html.
 3 Ebd.
 4 Professional Risk Managers' International Association, »Riggs Bank Summary«.
 5 David Montgomery, »The Bank of Dad«, *Washington Post*, 23. April 2004, www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A62544-2004Jun22.html.
 6 Kathleen Day, »Web site cites Bush–Riggs link«, *Washington Post*, 15. Mai 2004, www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A28396-2004May14.html.
 7 *Newsweek*, 2. Dezember 2002.
 8 »Riggs Bank fined \$25M for Saudi transactions«, *USA Today*, 14. Mai 2004, www.usatoday.com/money/industries/banking/2004-05-14-riggs-fine_x.htm; und Timothy L. O'Brian, »At Riggs Bank, a tangled path led to scandal«, *The New York Times*, 19. Juli 2004, query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9507E4DC133AF93AA25754C0A9629C8B63&pagewanted=1.
 9 *The 9/11 Commission Report*, 22. Juli 2004, S. 498, govinfo.library.unt.edu/911/report/911Report_Notes.pdf.
 10 Professional Risk Managers' International Association, »Riggs Bank Summary«.
 11 »The CIA and Riggs Bank«, *Slate*, 7. Januar 2005.
 12 O'Brian, »At Riggs Bank, a tangled path led to scandal«.
 13 »Black Money«, *Frontline*, PBS, www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/blackmoney/view/, Skript als Download unter: www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/blackmoney/etc/script.html.
 14 »Secrets of Al Yamamah«, *The Guardian*, www.guardian.co.uk/baefiles/page/0,,2095831,00.html.
 15 *Panorama*, BBC, 11. Juni 2007; *The Guardian*, 7.–12. Juni 2007; sowie Kopien ausgewählter Riggs-Bank-Konten der saudischen Botschaft in Washington und von Prinz Bandar.
 16 »Secrets of Al Yamamah«, *The Guardian*.
 17 David Leigh, Rob Evans, »BAE accused of secretly paying £1bn to Saudi prince«, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae1.
 18 M. Hollingsworth, / P. Halloran, *Thatcher's Fortunes: The life and Times of Mark Thatcher*,

- Edinburgh: Mainstream Publishing 2005.
- 19 Die Darstellung stützt sich auf Tim Webb: »Bribing for Britain«, CAAT Goodwin Paper, Nr. 5, S. 12, Oktober 2007, unter Bezugnahme auf das Interview des Autors mit Said Aburish; siehe Webb, *The Armour Plated Ostrich*, Kent: Comerford & Miller 1998, S. 101.
 - 20 Christopher Hope, »Twenty years of smokescreen over Saudi deal«, *The Daily Telegraph*, 21. Juni 2006, www.telegraph.co.uk/finance/2941537/Twenty-years-of-smokescreen-over-Saudi-deal.html.
 - 21 *The Guardian*, 21. Oktober 1985.
 - 22 Ebd.
 - 23 Brief von P. F. Ricketts, dem persönlichen Referenten des Außenministers, an Charles Powell, den persönlichen Berater von Margaret Thatcher, sowie an Richard Mottram im Verteidigungsministerium; veröffentlicht in: *The Guardian*; Download des Dokuments unter: <http://image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/06/01/ch07doc05.pdf>.
 - 24 Plenarprotokoll (Hansard), 18. Oktober 1994, Absatz 235, www.parliament.uk/business/publications/hansard.
 - 25 Leigh, Evans, »Subcontractor corruption«, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae16.
 - 26 David Pallister, Richard Norton-Taylor, Owen Bowcott, »Rolls-Royce in firing line on Saudi deal«, *The Guardian*, 7. Februar 1998, www.guardian.co.uk/world/1998/feb/07/bae; sowie Leigh, Evans: »Subcontractor corruption«.
 - 27 Plenarprotokoll, 24. Januar 1996, Absatz 455. Vosper-Thorneycroft wurde im Juli 2010 von Babcock International Group aufgekauft.
 - 28 Ebd.; sowie Gerald James, *In the Public Interest*, London: Little Brown and Company 1995, S. 119f.; sowie The Statement of facts for 786 F. Supp. 65 (1992) Thomas F. Dooley, Plaintiff, vs. United Technologies Corp., et al., Defendants. Civ. A. No. 91–2499. United States District Court, District of Columbia, 10. März 1992; Download unter: http://scholar.google.co.uk/scholar_case?case=494935081094814999&hl=en&as_sdt=2&as_vis=1&oi=scholarr.
 - 29 Norton-Taylor, Pallister, »Millions in secret commissions paid out for Saudi arms deal«, *The Guardian*, 4. März 1999, www.guardian.co.uk/politics/1999/mar/04/uk.davidpallister1.
 - 30 Ebd.
 - 31 Luke Harding, David Leigh, David Pallister, *The Liar: The Fall of Jonathan Aitkens*, London: Guardian Books 1999, S. 166.
 - 32 »We did it their way«, *The Daily Telegraph*, 10. Juni 2007, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1554076/We-did-it-their-way.html.
 - 33 Ebd.
 - 34 Diese Darstellung basiert auf einem Interview mit David Leigh und Rob Evans am 26. April 2010 und mehreren vorbereitenden Gesprächen.
 - 35 Zitiert in Harding, Leigh, Pallister, *The Liar*, S. XIII.
 - 36 PRO, WO32/21301: Protokoll einer Besprechung von Lord Shackleton und Sir Donald Stokes, 7. Juli 1965.
 - 37 The National Archives, AVIA 65/1670: Protokoll einer Sitzung der Staatssekretäre, 14. Juli 1965.
 - 38 The National Archives, AVIA 65/1670, Stokes Report.
 - 39 Nicola Stanbridge, »Arms deal fraud allegations«, *The Today Show*, BBC, 12. November 2003, www.bbc.co.uk/radio4/today/reports/politics/bae_20031112.shtml.
 - 40 Ebd.
 - 41 Ebd.
 - 42 Leigh, Evans, »Diplomat linked to BAE slush fund claims«, *The Guardian*, 13. September 2003, www.guardian.co.uk/uk/2003/sep/13/saudiarabia.armstrade.

- 43 Evans, Leigh, »Homes for executive's mistress bought from BAE fund«, *The Guardian*, 15. September 2003, www.guardian.co.uk/uk/2003/sep/15/freedomofinformation.saudi Arabia.
- 44 In dem Schreiben eines Rechtsanwalts von 1993 an Winship heißt es: »Sie haben mir gegenüber angegeben, dass die Überweisung dazu dient, dass British Aerospace das Schiff für Herrn Nasser anmietet.« Es gab allerdings keinen Beleg dafür, dass Prinz Turki überhaupt etwas von der ganzen Angelegenheit wusste; der *Guardian* geht davon aus, dass Nasser ohne seine Kenntnis einfach benutzt wurde.
- 45 Brief des SFO an Kevin Tebbit (Verteidigungsministerium), 8. März 2001; Download des Dokuments unter: <http://image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2003/09/11/wright1.pdf>.
- 46 Brief von Kevin Tebbit an Robert Wardle, 12. September 2003, »Robert Lee International Ltd – British Aerospace«; Download unter: http://image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2003/10/10/doc_12sept2003.pdf.
- 47 Nicola Stanbridge, »Arms deal fraud allegations«.
- 48 Ebd.
- 49 Leigh, Evans, »Arms firm's £60m slush fund«, *The Guardian*, 4. Mai 2004, www.guardian.co.uk/uk/2004/may/04/politics.saudi Arabia.
- 50 Ian Gallagher, »Prince Turki, the RAF Wing Commander, a secret £60m BAE slush fund ... and me«, *Daily Mail*, 7. April 2007.
- 51 Leigh, Evans, »Arms firm's £60m slush fund«.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 David Leppard, »BAE paid for luxury Saudi honeymoon«, *The Sunday Times*, 17. Juni 2007.
- 55 *Trail of the Dove*, Al Jazeera, 13. Mai 2007, www.youtube.com/watch?v=lnPrbCURHEU.
- 56 »Black Money«, siehe Anm. 13; sowie Leigh, Evans, »BAE chairman named in ›slush fund‹ files«, *The Guardian*, 5. Mai 2004, www.guardian.co.uk/uk/2004/may/05/armstrade.politics; sowie »BAE Chief linked to slush fund«, *The Guardian*, 5. Oktober 2004, www.guardian.co.uk/uk/2004/oct/05/saudi Arabia.armstrade; siehe auch Michael Robinson, »BBC lifts the lid on secret BAE slush fund«, BBC, 5. Oktober 2004, news.bbc.co.uk/1/hi/business/3712770.stm.
- 57 Leigh, Evans, »Homes for executive's mistress«.
- 58 Leigh, Evans, »Arms firm's £60m slush fund«.
- 59 Leigh, Evans, »Dismay at BAE as fraud office comes calling«, *The Guardian*, 4. November 2004, www.guardian.co.uk/business/2004/nov/04/themilitary.freedomofinformation.
- 60 Leigh, Evans, »MoD official took BAE gifts«, *The Guardian*, 6. April 2004, www.guardian.co.uk/uk/2004/apr/06/politics.military.
- 61 »Black Money«, siehe Anm. 13.
- 62 Ebd.; und Interview mit David Leigh und Rob Evans, London, 26. April 2010.
- 63 *CIA World Factbook*, www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/vi.html.
- 64 Brief an Rob Evans (*The Guardian*), vom 10. November 2003.
- 65 Eidesstattliche Erklärung; nach Mitteilung des Serious Fraud Office (SFO).
- 66 Novelmight Ltd, Directors Report and Financial Statements; Download unter: <http://image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2007/05/29/ch08doc02.pdf>.
- 67 Auskunft der Finanzbehörde der britischen Jungferninseln auf Anfrage von Rob Evans (*The Guardian*).
- 68 »BAE's secret money machine«, *The Guardian*, 8. Juni 2007, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/baefiles/page/0,,2095840,00.html; sowie Leigh, Evans, »BAE accused of hiding cash paid to win deals«, *The Guardian*, 5. Dezember 2003.
- 69 Ebd.

- 70 Ebd.
- 71 Ebd.
- 72 »BAE's secret money machine«, *The Guardian*, siehe Anm. 68.
- 73 Leigh, Evans, »BAE accused of hiding cash paid to win deals«, *The Guardian*, 5. Dezember 2003.
- 74 Ebd.
- 75 Auskunft der Finanzbehörde der britischen Jungferninseln vom 24. Januar 2006; siehe auch »BAE's secret money machine«, *The Guardian*, siehe Anm. 68.
- 76 Leigh, Evans: »BAE accused of hiding cash«.
- 77 »BAE's secret money machine«, siehe Anm. 68.
- 78 Nicholas Gilby, ein Mitarbeiter der Bürgerinitiative »Campaign Against the Arms Trade« (CAAT), konnte Dokumente aus dem Archiv der britischen Regierung ausfindig machen, die belegten, dass der Preis für ein Tornado-Kampfflugzeug künstlich um 32 Prozent erhöht wurde, damit eine Provision von 600 Millionen Pfund herauspringen konnte. Ein erster Versuch, Tornados an das saudische Königreich zu verkaufen, wurde im Jahr 1984 von James Blyth unternommen, dem damaligen DESO-Leiter. Damals war vorgeschlagen worden, dass Großbritannien die zuvor an Saudi-Arabien verkauften Kampfflugzeuge vom Typ Lightning, die pro Stück 1,5 Millionen Pfund gekostet hatten, zurücknehmen und stattdessen zwanzig neue Tornados zu je 16,3 Millionen Pfund sowie zwanzig Hawk-Trainingsflugzeuge zu je 4 Millionen an die Saudis verkaufen solle (siehe den Geheimbericht von einem Treffen im Januar 1986, betreffend die Verhandlungen über das AlYamamah-Abkommen; Download: image.guardian.co.uk/sys-files/Politics/documents/2006/10/27/J5_40RiyadhreportconclusionJan86.pdf). Der Preis zeigt eine bemerkenswerte, wenngleich nicht unangemessene Preiserhöhung. Die Royal Airforce hatte vergleichsweise nur 13,2 Millionen Pfund für einen Tornado zahlen müssen. Jedoch zum Zeitpunkt, als der AlYamamah-Vertrag abgeschlossen wurde, war der Preis des Tornado auf 21,5 Millionen Pfund pro Stück gestiegen und die anderen 52 Tornados sollten bereits 25,3 Millionen pro Flugzeug kosten; siehe auch Leigh, Evans, »Kew's alYamamah files«, *The Guardian*, 7. Juli 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae.nationalarchives.
- 79 Ebd.
- 80 »Nobbling the Police«, *The Guardian*, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/baefiles/page/0,,2098531,00.html.
- 81 Andrew Alderson, »Do I deserve to be labelled a Syrian terrorist?«, *The Daily Telegraph*, 18. März 2001, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1326942/Do-I-deserve-to-be-labelled-a-Syrian-terrorist.html.
- 82 Giles Worsley, »The English country house rises once more«, *The Daily Telegraph*, 2. November 2004, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1475634/The-English-country-house-rises-once-more.html.
- 83 David Hellier, »The Mark Thatcher Affair: Saudi contact named as key player: David Hellier profiles the alleged middle-man who became a friend of the Thatcher family«, *The Independent*, 10. Oktober 1994.
- 84 Leigh, Evans, *Wafic Said*, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae17.
- 85 »Mr Wafic Rida Said gives £25 million to Oxford«, The Campaign for Oxford University, 28. Mai 2008, www.campaign.ox.ac.uk/news/news/wafic_rida_sad.html.
- 86 John Arlidge, »The Secretive Billionaire who began in a kebab shop«, *Evening Standard*, 1. Dezember 2006.
- 87 M. Hollingsworth, P. Halloran, *Thatcher's Fortunes*, S. 204.
- 88 Gerald James, *In the Public Interest*, S. 107.
- 89 Siehe Alderson.

- 90 Ebd.
- 91 Valerie Grove, »My battle with the dons«, *The Times*, 13. November 1996.
- 92 James, *In the Public Interest*, S. 62; siehe auch *The Sunday Times*, 9. Oktober 1994, sowie Garry Murray, *Enemies of the State*, London: Simon & Schuster 1993.
- 93 Ebd.
- 94 Ebd.
- 95 Ebd.; siehe auch Tim Kelsey, Peter Koenig, »Scott seeks Iraq link to AlYamamah: Inquiry to ask for details of arms shipments«, *The Independent*, 12. Oktober 1994, www.independent.co.uk/news/uk/scott-seeks-iraq-link-to-alyamamah-inquiry-to-ask-for-details-of-arms-shipments-tim-kelsey-and-peter-koenig-report-1442401.html?cmp=ilc-n.
- 96 Hollingsworth, Halloran, S. 216.
- 97 Mary Colvin, Adrian Levy, »»An opportunist on a gravy train« – How Thatcher made his millions«, *The Sunday Times*, 9. Oktober 1994.
- 98 Stephen Castle, Paul Routledge, Brian Cathcart, »Mark Thatcher accused: Sources say he got 12m pounds from arms deal signed by his mother«, *The Independent*, 9. Oktober 1994, www.independent.co.uk/news/mark-thatcher-accused-sources-sayhe-got-12m-pounds-from-arms-deal-signed-by-his-mother-1441851.html.
- 99 Hollingsworth, Halloran, S. 215.
- 100 *The Sunday Times*, 9. Oktober 1994.
- 101 Hollingsworth, Halloran, S. 208.
- 102 Siehe Colvin, Levy, »»An opportunist on a gravy train««.
- 103 Hollingsworth, Halloran, S. 208.
- 104 James, *In the Public Interest*, S. 105f.
- 105 Hollingsworth, Halloran, S. 220.
- 106 James, S. 120; ich habe kein Beweismaterial für diese Behauptung finden können.
- 107 »Profile: Mark Thatcher«, BBC, 26. August 2004, news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/3597196.stm.
- 108 Kevin Maguire, Michael White, »Scratcher, the millionaire fixer«, *The Guardian*, 26. August 2004, www.guardian.co.uk/politics/2004/aug/26/uk.southafrica.
- 109 Ebd.
- 110 David Pallister, »Thatcher was integral to coup plot, Mann tells court«, *The Guardian*, 18. Juni 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/jun/18/equatorialguinea.southafrica.
- 111 Ebd.; im gleichen Interview behauptete Mann, dass der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki den geplanten Staatsstreich befürwortet habe, genauso wie die südafrikanische und die spanische Regierung; er behauptete weiterhin, dass das Pentagon, die CIA sowie namhafte amerikanische Ölkonzerne den Staatsstreich in dem ölreichen Land, das von der Obiang-Familie beherrscht wird, tatkräftig unterstützt hätten; die wichtigste Hilfe kam laut Mann indes von Ely Calil, einem libanesisch-stämmigen Inhaber einer Bauträgergesellschaft in London, der ihm nach seinen Worten 12 Millionen Dollar geboten hatte, um den Staatsstreich zu organisieren.
- 112 Hollingsworth, Halloran, S. 209; sowie Leigh, Evans, »Wafic Said«. Es ist nicht geklärt, ob Thatcher die Wohnung über die Firma gekauft hat oder ob die Firma die Wohnung kaufte und sie dann Thatcher gab; fest steht, dass er sie für zwei Jahre bewohnte, bevor er sie wieder verkaufte.
- 113 Hollingsworth, Halloran, S. 213.
- 114 Webb, S. 99.
- 115 Deirdre Hipwell, »Investors cash in on Libya's post-sanction era«, *Property Week.com*, 5. April 2007, www.propertyweek.com/story.asp?storycode=3084341.
- 116 Holly Watt, Robert Winnett, »Company with links to Tony Blair adviser in Libya tourism deal«, *The Daily Telegraph*, 7. November 2009,

- www.telegraph.co.uk/news/newsttopics/politics/6515524/Companywith-links-to-Tony-Blair-adviser-in-Libya-tourism-deal.html.
- 117 Siehe die Website von Wafic Said sowie der Said-Stiftung: www.waficsaid.com/Said_foundation.htm.
- 118 Siehe die Website der Said Business School, Rubrik »Our Benefactors« www.sbs.ox.ac.uk/about/Pages/benefactors.aspx.
- 119 Siehe die Website der Said Business School: www.waficsaid.com/said_business_school.htm.
- 120 Rachel Sylvester, »The fixer who keeps a foot in both camps«, *The Daily Telegraph*, 17. März 2001, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1326784/The-fixer-who-keeps-a-foot-in-both-camps.html.
- 121 Charlie Bain, »Oxford dons vote against business school project«, *The Independent*, 6. November 1996, www.independent.co.uk/news/oxford-dons-vote-against-businessschool-project-1350919.html?cmp=ilc-n.
- 122 »Climber cleared of trespass offence«, *The Oxford Mail*, 20. Februar 2002, archive.oxfordmail.net/2002/2/20/44121.html.
- 123 Siehe die Website des Centre for Lebanese Studies, Rubrik »About the Centre«, »Who we are«, www.lebanesestudies.com/7/About%20the%20Centre%20%3E%20Who%20we%20are.html.
- 124 Siehe die Website von Wafic Said, Rubrik »Profile«, www.waficsaid.com/profile.htm.
- 125 Alderson, »Do I deserve to be labelled a Syrian terrorist?«
- 126 Robert Winnett, Jonathan Calvert, »Cameron took £100,000 from Saudi arms dealer«, *The Sunday Times*, 26. März 2006.
- 127 Seine Tochter Rasha Said, zu dem Zeitpunkt neunzehn Jahre alt und Studentin, sowie seine Frau Rosemary spendeten laut Berichten im Jahr 2005 viermal an die Konservative Partei; dabei besaß Rasha, laut Aussage ihres Vaters, damals selbst nicht mehr als 200 Pfund (!); siehe auch Robert Winnett, »Tories face investigation into donations from Syrian millionaire's family«, *Daily Telegraph*, 31. März 2009, www.telegraph.co.uk/news/newsttopics/politics/conservative/5084166/Tories-face-investigation-into-donations-from-Syrian-millionaires-family.html; und David Hencke, »Labour MP asks Electoral Commission to investigate Tory donor«, in *The Guardian*, 18. November 2009, www.guardian.co.uk/politics/2008/nov/18/conservatives-bae. Die Konservative Partei musste schließlich zugeben, dass »2005 mehrere Spenden von Rosemary Said fälschlicherweise bei der Wahlkommission als Spenden ihrer Tochter Rasha angemeldet worden waren«. Trotz der Versicherung, dass es sich lediglich um einen »Schreibfehler« gehandelt habe, forderte ein Labour-Abgeordneter, dass die Spende in Höhe von 47000 Pfund von der Wahlkommission näher untersucht werden solle.
- 128 Chris Blackhurst, »Whitehall alarm over Mandelson's meetings in Syria«, in *The Independent*, 16. Februar 2001, www.independent.co.uk/news/uk/politics/whitehall-alarm-over-mandelsons-meetings-in-syria-692007.html?cmp=ilc-n.
- 129 Ebd.
- 130 Evan Leigh, Ewan McAskill, »Lebanese billionaire is drawn into BAE arms deal inquiry«, *The Guardian*, 2. Dezember 2006, www.guardian.co.uk/world/2006/dec/02/bae.armstrade.
- 131 Siehe die Website von Mohammed Safadi, übersetzt ins Englische unter Verwendung von »Google translate«, die Rubrik »Biographie«: translate.google.co.uk/translate?js=y&prev=_t&hl=en&ie=UTF-8&layout=1&eotf=1&u=http%3A%2F%2Fwww.mohammad-safadi.com%2Fwhy.php&sl=auto&tl=en.
- 132 Leigh, Evans: *Mohammed Safadi*, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae6.
- 133 »Lebanon's unity government«, Al Jazeera, 9. November 2009, english.aljazeera.net/news/middleeast/2009/11/2009119194612926893.html; siehe auch »Safadi urges boycott of Israeli goods in Arab markets«, *Daily Star Lebanon*, 28. April 2010,

- www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=3&article_id=114295#axzz0u7qnaQfs.
- 134 Siehe Leigh, Evans, MacAskill 135 Leigh, Evans, *Mohammed Safadi*, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae6.
- 136 Siehe die Website von TAG Aviation, www.tagaviation.com/TagFarnboroughAirport/tabid/84/Default.aspx.
- 137 Leigh, Evans, *Mohammed Safadi*.
- 138 Ebd.
- 139 Leigh, Evans, *Wafic Said*.
- 140 Zitiert nach Simpson, *The Prince*, S. 149.
- 141 Freigegebener Bericht des US-Außenministeriums, 7. Mai 2004, Download unter: www.pbs.org/frontlineworld/stories/bribe/images/pdf/helicopter.pdf.
- 142 Ebd.
- 143 Ebd.
- 144 »Black Money«, siehe Anm. 13.
- 145 Ebd.

6 Diamanten gegen Waffen

- 1 *Bericht über den griechischen Staatsbürger Angelos Scordas / Merex*, Bayerisches Landeskriminalamt, Aktenzeichen: 142/96, Band M-4581–96, Düsseldorf, 11. Januar 2005.
- 2 S. Ellis, *The Mask of Anarchy*, New York: New York University Press 2006, S. 67.
- 3 »Charles Taylor: Africa's monster«, *The Independent*, 1. April 2006.
- 4 Ellis, *Mask of Anarchy*, S. 67.
- 5 Ebd.
- 6 »Charles Taylor: Africa's monster«, *The Independent*.
- 7 Ellis, *Mask of Anarchy*, S. 67.
- 8 »Charles Taylor claims US helped spring him from Plymouth Jail«, *Boston Globe*, 16. Juli 2009.
- 9 Ebd.
- 10 »Ex-leader of Liberia cites CIA in jailbreak«, *The New York Times*, 17. Juli 2009.
- 11 Ebd.; und »How Taylor escaped US prison«, *Inquirer*, Liberia, Juli 2009.
- 12 »Ex-leader of Liberia cites CIA in jailbreak«, *The New York Times*.
- 13 Ellis, *Mask of Anarchy*, S. 67–69.
- 14 »Charles Taylor and the Assassination of Sankara«, *Pambazuka News*, 19. Juni 2008, Nr. 382.
- 15 »Ghaddaffi, Compaore named external actors in Liberian conflict«, *Daily Observer*, Liberia, 14. Dezember 2009; D. Farah, *Blood From Stones: The Secret Financial Network of Terror*, New York: Broadway Books 2004, S. 10.
- 16 Farah, *Blood From Stones*, S. 24.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ellis, *Mask of Anarchy*, S. 78.
- 20 »Troubled past of Africa's first republic«, *BBC News*, 12. August 1999.
- 21 »A bad man in Africa«, *Daily Telegraph*, 29. Juni 2003.
- 22 »Liberia: The politics of brute force«, *Perspective*, 17. Juli 2000.
- 23 »Liberia: TRC's most notorious«, *New Democrat*, 6. Juli 2009.
- 24 *Republic of Liberia Truth and Reconciliation Commission: Final Report Volume II*, S. 127f.
- 25 Ebd., S. 128.

- 26 Ellis, *Mask of Anarchy*, S. 90–91.
- 27 A. Adebajo, *Liberia's Civil War: Nigeria, Ecomog and Regional Security in West Africa*, Boulder/Colorado: L. Rienner Publications 2002, S. 90.
- 28 Greg Campbell, *Tödliche Steine. Der globale Diamantenhandel und seine Folgen*, Hamburg: EVA 2003. S. 91–92.
- 29 Eine überaus authentische Schilderung des Lebens eines Diamanten-und Waffenkuriers findet sich in *Tödlich Steine*, S. 79–80.
- 30 Ebd., S. 42.
- 31 Ebd., S. 60.
- 32 Bericht der Sachverständigengruppe bezüglich der Resolution 1343 (2001) des UN-Sicherheitsrats, Absatz 19, betreffend Liberia, S/2001/1015, 17. Oktober 2001; Abs. 153, S. 35.
- 33 Laut Informationen der Website des Australian Government Information Service, www.info.dfat.gov.au.
- 34 Firmenregister: Orbal Marketing Services, Australian Securities and Investment Commission.
- 35 »Firm offers Liberian diamonds despite ban«, *Rapaport*, 14. Januar 2003; und Bericht der Sachverständigengruppe bezüglich Absatz 4 der Resolution 1458 (2003) des UN-Sicherheitsrats, betreffend Liberia, United Nations Security Council, S/2003/498, 24. April 2003, S. 36.
- 36 Befragung von Roger D'Onofrio, Regione Carabinieri Campania: Stazione di Vico Equense, 6. Dezember 1995.
- 37 »Taylor, Ghadafi, Ex-CIA Agent Organized Arms, Diamonds Smuggling Company«, Truth and Reconciliation Commission of Liberia, Pressemitteilung, 18. Februar 2009; Download unter: www.trcofliberia.org.; außerdem »Appendix A: Chronology of Nuclear Smuggling Incidents«, *The Continuing Threat from Weapons of Mass Destruction*; Tischpapier, vorgelegt 1996 während der Congressional Hearings on Intelligence and Security, Central Intelligence Agency (CIA), undatiert; als Download unter: www.cia.gov.
- 38 Befragung von Roger D'Onofrio, Regione Carabinieri Campania: Stazione di Vico Equense, 6. Dezember 1995.
- 39 S. Jenkins, »Whose Terrorists? Libya and State Criminality«, *Contemporary Crises 1988*, Vol. 12, S. 14.
- 40 »In Italy: A Subtle Mixture of Intimidation and Seduction«, *Le Monde*, 22./23. April 1984, S. 4.
- 41 Ebd.; siehe auch »The Burden of Billy«, *Time (US)*, 4. August 1980.
- 42 »In Italy: A Subtle Mixture of Intimidation and Seduction«, *Le Monde*, 22./23. April 1984, S. 4.
- 43 »The Burden of Billy«, *Time (US)*, 4. August 1980.
- 44 Ebd.; siehe auch V. Pisano, »Libya's Foothold in Italy«, *The Washington Quarterly*, 1982, Bd. 5, Nr. 2, S. 179–180.
- 45 Ebd.
- 46 Befragung von Roger D'Onofrio, Regione Carabinieri Campania: Stazione di Vico Equense, 6. Dezember 1995.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Ebd.; siehe auch *Republic of Liberia Truth and Reconciliation Commission: Volume III (Appendices), Economic Crimes and the Conflict: Exploitation and Abuse*, 2009; Abs. 113–115.
- 51 Ebd.
- 52 *Bericht über den griechischen Staatsbürger Angelos Scordas/Merex*, Bayerisches Landeskriminalamt, Aktenzeichen: 142/96, Band M-4581–96, Düsseldorf, 11. Januar 2005.
- 53 »Agreement No. 002A between Swift International Business Services Canada Inc. (Montreal),

- Battisto Elmo (Milan) and IBC International Business Consult (Monrovia)«, undatiert; »Agreement No. 002A between Swift International Business Services Canada Inc. (Montreal), Battisto Elmo (Milan) and IBC International Business Consult (Monrovia)«, 25. Februar 1994 (Unterzeichner: Dennis Moorby, Battisto Elmo und Dr. Rudolf Meroni); »Agreement No. 001A between Swift International Business Services Canada Inc. (Montreal), Battisto Elmo (Milan) and IBC International Business Consult (Monrovia)«, 2. März 1994 (Unterzeichner: Dennis Moorby, Battisto Elmo, Dr. Rudolf Meroni und Carlo Galeazzi); die Dokumente wurden von der italienischen Polizei im Rahmen der »Cheque to Cheque«-Ermittlung zusammengetragen.
- 54 »Informativa di Reato Relativa all'operazione ›Cheque to Cheque‹«, Regione Carabinieri Campania: Stazione di Vico Equense, 30. Juni 1998, S. 308.
- 55 Memo zur Übertragung der entsprechenden Vollmacht an Francesco Elmo, Swift International Business Services Canada Inc., unterzeichnet von Dennis Moorby, Zürich, 8. April 1994; die Dokumente wurden von der italienischen Polizei im Rahmen der »Cheque to Cheque«-Ermittlung zusammengetragen.
- 56 Befragung von Roger D'Onofrio, Regione Carabinieri Campania: Stazione di Vico Equense, 6. Dezember 1995; siehe auch *Republic of Liberia Truth and Reconciliation Commission: Volume III (Appendices), Economic Crimes and the Conflict: Exploitation and Abuse*, 2009; Abs. 113.
- 57 M. Hibbs, »Plutonium, Politics and Panic«, *Bulletin of Atomic Scientists*, November / Dezember 2004, S. 25.
- 58 »A master plan drawn in blood«, *The New York Times*, 2. April 2006.
- 59 Ellis, *Mask of Anarchy*, S. 109.
- 60 Jimmy Johnson, »Israelis and Hezbollah haven't always been enemies«, 11. September 2006, www.williambowles.info/syria_lebanon/israel_hezbollah.html.
- 61 Befragung von Fernando Robleda, 6. Juni 2000, Juzgado Central de Instrucción (Ermittlungsgericht), Madrid; und Befragung von Vadim Semov, 25. April 2002, Juzgado Central de Instrucción, Madrid, sowie Befragung von Leonid Minin, 8. Juli 2001, Procura della Repubblica (Staatsanwaltschaft) Monza.
- 62 »Minin Leonid Efimovic«, Anneso »1«, Comando Generale dell'Arma dei Carabinieri, Ufficio Criminalita Organizzata, Roma, 17. März 1996 (»Cheque to Cheque«-Akten).
- 63 »Mafia Ucraina *Ukrainian Organized Crime*«, *Servizio Centrale Operativo Della Polizia di Stato; Bericht eines Symposiums in Rom*, 7.8. Oktober 1998.
- 64 Ebd.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Ebd.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Befragung von Leonid Minin, Gefängnis von Busto Arsizio, 7. Juli 2001.
- 71 Befragung von Fernando Robleda, 6. Juni 2000, und Befragung von Vadim Semov, 25. April 2002, Untersuchungsgericht Madrid; sowie Befragung von Leonid Minin, 8. Juli 2001, Staatsanwaltschaft Monza.
- 72 »Articles of Incorporation of Exotic Tropical Timber Enterprises«, Monrovia, Liberia, 25. Februar 1997.
- 73 »Plantation Harvesting Rights and Investment Incentive Contract between the Government of the Republic of Liberia and Exotic Tropical Timber Enterprises«, unterzeichnet von Mary Mamie Howe, Monrovia, Liberia, 15. Mai 1997.
- 74 Ebd.

- 75 Ebd.
- 76 Aussage von Fernando Robleda, 6. Juni 2000, Untersuchungsgericht Madrid.
- 77 Befragung von Leonid Minin, 8. Juli 2001, Staatsanwaltschaft Monza.
- 78 Protokoll der Sitzung der Geschäftsleitung von Exotic Tropical Timber Enterprises, 10. Dezember 1998, Hotel Africa.
- 79 »Forest Products Utilization Contract between the Government of the Republic of Liberia and Exotic Tropical Timber Enterprises«, 14. Dezember 1998.
- 80 Bericht der Sachverständigengruppe bezüglich der Resolution 1306 (2000) des UN-Sicherheitsrats, Absatz 19, betreffend Sierra Leone, S/2000/1195, Dezember 2000, Abs. 211, S. 35; Befragung von Leonid Minin, 10. September 2001, Staatsanwaltschaft Monza; Minin bestritt jede Verwicklung in den Deal, und das trotz umfassender Belege für seine Mitwirkung.
- 81 Gberie, *Dirty War in West Africa*, S. 129; siehe auch Berichte von Human Rights Watch.
- 82 Ebd.
- 83 »Anatomy of two arms dealers«, *Asia Times*, 19. Juni 2004.
- 84 »Dead on Time – Arms Transportation, Brokering and the Threat to Human Rights«, Amnesty International, 2006, 30. August 2006.
- 85 Bericht der UN-Sachverständigengruppe (siehe Anm. 80); siehe auch den Bericht der UN-Sachverständigengruppe betreffend Liberia (Anm. 32), Abs. 212, S. 47.
- 86 »War crimes trial resumes for former leader of Liberia«, *The New York Times*, 8. Januar 2008.
- 87 »The Tammivuori family has long advanced Finnish exports«, *Helsingin Sanomat*, 2. Juli 2002.
- 88 Befragung von Leonid Minin, 8. Juli 2001, Staatsanwaltschaft Monza.
- 89 Fax von Erkki Tammivuori an Leonid Minin, 20. März 1999, Minin Archives / Docs.
- 90 Befragung von Leonid Minin, 8. Juli 2001, Staatsanwaltschaft Monza.
- 91 Fax von Erkki Tammivuori an Leonid Minin (Limad AG Zug), Betreff: »Consulting Agreement Structure«, 24. Juni 1999.
- 92 Fax von Erkki Tammivuori adressiert an »Dear Leo«, undatiert; Betreff: »Summary Report on the Meetings with a Checklist for Items Expected from the Liberian Side«.
- 93 »Minin Esame Documenti Sequestri«, italienische Übersetzung und Zusammenfassung von Dokumenten, die die italienische Polizei im August 2000 bei Leonid Minin beschlagnahmte; 23. Mai 2001.
- 94 Fax von Erkki Tammivuori an Leonid Minin, 23. März 1999, Minin Archives / Docs.
- 95 Ebd.
- 96 Fax von Erkki Tammivuori (Met A. S.) an Leonid Minin, 27. Juli 1999, Minin Archives / Papers.
- 97 »Finnish businessman implicated in weapons smuggling from Europe to Liberia«, *Helsingin Sanomat*, 2. Juli 2002.
- 98 UN-Sachverständigenbericht betreffend Liberia (siehe Anm. 32), S/2001/1015, 17. Oktober 2001, Abs. 218.
- 99 »Dead on Time – Arms Transportation, Brokering and the Threat to Human Rights«, Amnesty International, 2006.
- 100 Ken Silverstein, »Comrades in Arms«, *Washington Monthly*, Januar / Februar 2002.
- 101 »Sierra Leone: Gunrunners«, Transkript einer Sondersendung auf PBS über den Waffenhandel, Mai 2002, www.stimson.org.
- 102 »From factory to firing line: the story of one bullet«, *Sunday Herald Online*, 9. Oktober 2005.
- 103 Silverstein, *Comrades in Arms*.
- 104 Befragung von Leonid Minin, 8. Juli 2001, Staatsanwaltschaft Monza.
- 105 Ebd.
- 106 Fax von Fernando Robleda an Vadim Semov, 19. März 1999; italienische Gerichtsdokumente im Fall

Minin.

- 107 *Logs of War: The Relationship between the Timber Sector, Arms Trafficking and the Destruction of the Forests in Liberia*, Greenpeace, März 2001, S. 17–18.
- 108 »Buyer beware: the stamps that fooled a nation«, *The Independent*, 13. Mai 2006.
- 109 Gespräch mit einem Informanten.
- 110 »The deadly convenience of Viktor Bout«, *International Relations and Security Network (ISN)* der ETH Zürich, 24. Juni 2008.
- 111 »Viktor Bout: Times Topics«, *The New York Times*, 11. August 2009.
- 112 »The deadly convenience of Viktor Bout«, ISN ETH Zürich, 24. Juni 2008. Diese Behauptung wurde von Buts Frau Alla als barer Unsinn zurückgewiesen; sie nannte Artikel, die diese Verbindung gezogen hatten, »hysterisch«: »Das ist völliger Unsinn, mein Vater war nur ein gewöhnlicher Schullehrer, kein KGB-General.«
- 113 »Background: the life of Viktor Bout«, *The Guardian*, 6. März 2009.
- 114 Doug Farah, Stephen Braun, *Merchant of Death*, London: John Wiley & Sons 2007, S. 32–33.
- 115 Ebd., S. 132–136.
- 116 »Following Taylor’s Money: A Path of War and Destruction«, *Coalition for International Justice*, Mai 2005, S. 16–22.
- 117 Ebd., S. 45–49.
- 118 Doug Farah, Stephen Braun, »The Merchant of Death«, *Foreign Policy*, 10. Oktober 2006; der britische Nachrichtendienst MI5 schätzt den Gewinn auf »nur« 30 Millionen Dollar; siehe auch »A merchant of death or decent businessman?«, *Moscow Komsomolskaya Pravda*, 27. Februar 2002.
- 119 Ebd.
- 120 Farah, Braun, *Merchant of Death*, S. 49–51.
- 121 Ebd.
- 122 Ebd., S. 81–82.
- 123 »Victor Bout: Africa’s merchant of death«, *The Guardian*, 23. Dezember 2000; siehe auch den Abschlussbericht des UN-Sicherheitsrats betreffend den Überwachungsmechanismus zur Einhaltung der Angola-Sanktionen, 21. Dezember 2000, S/2000/1225.
- 124 Farah, Braun, *Merchant of Death*, S. 41; die liberianische Meldestelle für die zivile Luftfahrt hatte ihren Sitz viele Jahre in London, und nicht einer ihrer Flugpläne noch sonstige Dokumente sind je ordentlich ausgewertet worden.
- 125 Bericht der UN-Sachverständigengruppe (siehe Anm. 80), Abs. 224.
- 126 »South Africa: The Merchant of Death«, Centre for Public Integrity, 20. November 2000; als Download unter: www.allafrica.com; Ruprah bestreitet jede Verbindung zu Executive Outcomes.
- 127 »Private Military Companies: Soldiers Inc.«, *Janes Defence Weekly*, 22. Mai 2002.
- 128 Bericht der Sachverständigengruppe (siehe Anm. 80), Abs. 225.
- 129 Bericht der Sachverständigengruppe (siehe Anm. 32), Abs. 59–61.
- 130 Ebd.
- 131 Bericht der Sachverständigengruppe (siehe Anm. 80), Abs. 232.
- 132 Ebd., Abs. 234.
- 133 Ebd., Abs. 233.
- 134 »The International Dealers in Death«, *The Guardian*, 9. Juli 2001.
- 135 Farah, Braun, »The Merchant of Death«, *Foreign Policy*, 10. Oktober 2006.
- 136 »Following Taylor’s Money: A Path of War and Destruction«, *Coalition for International Justice*, Mai 2005, S. 26.
- 137 *Republic of Liberia Truth and Reconciliation Commission: Volume III (Appendices), Economic Crimes and the Conflict: Exploitation and Abuse*, 2009, Abs. 94.

- 138 Doug Farah, *Blood From Stones: The Secret Financial Network of Terror*, New York: Broadway Books 2004, S. 5.
- 139 Ebd., S. 6 u. 113–116.
- 140 »For a Few Dollars More: How al Qaeda moved into the Diamond Trade«, Global Witness, April 2003, S. 41.
- 141 Farah, *Blood From Stones*, S. 56.
- 142 Ebd., S. 53–59.
- 143 »Steckbrief«: Rewards for Justice Program, US-Außenministerium: www.rewardsforjustice.net/english/index.cfm?page=Abdullah.
- 144 »For a Few Dollars More«, S. 41.
- 145 Ebd.
- 146 Ebd.
- 147 »Al Qaeda’s Growing Sanctuary«, *The Washington Post*, 14. Juli 2004.
- 148 »For a Few Dollars More«, S. 47.
- 149 Ebd.
- 150 H. Anders, A. Vines, »Sanction and Enforcement«, *Developing a Mechanism to Prevent Illicit Brokering in Small Arms and Light Weapons – Scope and Implications*, United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR), 2007, S. 131.
- 151 »For a Few Dollars More: How al Qaeda moved into the Diamond Trade«, Global Witness, April 2003, S. 53–59; Jelenik findet sich auch in der Schreibweise Yelnik.
- 152 Ebd.
- 153 Ebd.
- 154 Farah, *Blood From Stones*, S. 56.
- 155 Es ist nicht ganz sicher, ob Gus (oder Guus) Kouwenhoven in Rotterdam oder Den Bosch geboren ist; einige Gerichtsprotokolle sind sich da nicht einig.
- 156 »Crimes Against Humanity: Anatomy of an Arms Dealer«, *The Independent*, 19. Mai 2006.
- 157 Ebd.
- 158 »Profile: Guus Kouwenhoven«, *BBC News Online*, 10. März 2008.
- 159 »Crimes Against Humanity: Anatomy of an Arms Dealer«, *Independent*, 19. Mai 2006.
- 160 Ebd.
- 161 Ebd.
- 162 Bericht der Sachverständigengruppe (siehe Anm. 32), Abs. 333.
- 163 Ebd., Abs. 334.
- 164 *Africa South of the Sahara 2004*, London: Europa Publications 2004, S. 614–615.
- 165 »The Usual Suspects: Liberia’s Weapons and Mercenaries in Cote d’Ivoire and Sierra Leone«, Global Witness, März 2003, S. 24.
- 166 Bericht der Sachverständigengruppe (siehe Anm. 32), Abs. 334–335.
- 167 Urteil im Fall Gus Kouwenhoven, Rechtsbank (Gerichtshof, Sektor Strafrecht) in Den Haag, LJN: AY5160/ 09/750001–05, 7. Juni 2006.
- 168 Ebd.
- 169 Ebd.
- 170 Ebd.
- 171 Ebd.
- 172 Ebd.
- 173 »Security Council Committee on Liberia Updates Assets Freeze List«, UN Security Council, SC/8570, 30. November 2005.
- 174 »Back to the Brink: War Crimes by Liberian Government and Rebels«, Section III: Lurd Forces,

- Human Rights Watch, Bd. 14, Nr. 4(a), Mai 2002; außerdem Stephen Ellis, E-Mail-Korrespondenz 19. Juni 2011.
- 175 »Cote d'Ivoire: The War is Not Yet Over«, *International Crisis Group*, Africa Report Nr. 72, 28. November 2003; außerdem Stephen Ellis, E-Mail-Korrespondenz 19. Juni 2011.
- 176 *Africa South of the Sahara 2004*, London: Europa Publications 2004, S. 607–609.
- 177 Im Dezember veröffentlichte die liberianische »Wahrheitskommission« ihren abschließenden Bericht (*Final Report*); Download unter: www.trcofliberia.org; dieser Bericht klärt auch das Zustandekommen der »Wahrheitskommission« und die gesetzlichen Rahmenbedingungen, unter denen sie arbeitete.
- 178 »Nigeria Will End Asylum for Warlord«, *New York Times*, 25. März 2006.
- 179 »Taylor's New Nigerian Home«, *BBC News*, 11. August 2003; und »Taylor's Nigerian Gilded Cage«, *BBC News*, 28. März 2006.
- 180 »Following Taylor's Money: A Path of War and Destruction«, Coalition for International Justice, Mai 2005, S. 16–22.
- 181 Ebd.
- 182 Ebd., S. 6f.
- 183 »Nigerian to Hand Over Liberian Ex-Leader«, *Los Angeles Times*, 26. März 2006.
- 184 »Ex-Liberian Warlord Behind Bars«, *CBS News*, 29. März 2006; und »Charles Taylor Caught in Nigeria«, *BBC News*, 29. März 2006.
- 185 »Charles Taylor »Duped« By Nigeria«, *BBC News*, 10. November 2009.
- 186 Genaue Zahlen für die im Liberia-Konflikt umgekommenen Menschen sind schwer zu beschaffen. Diese Zahl von Ellis, *The Mask of Anarchy*, Annex A: »Casualties of the Liberian War, 1989–1997«, S. 315f.

7 Kotau vor Bandar

- 1 »Romania«, *The Guardian*, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae10.
- 2 Über die zitierten Quellen hinaus basiert dieses Kapitel auf Gesprächen mit mehreren Informanten.
- 3 Christopher Hope, »Twenty years of smokescreen over Saudi deal«, *The Daily Telegraph*, 21. Juni 2006, www.telegraph.co.uk/finance/2941537/Twenty-years-of-smokescreen-over-Saudi-deal.html.
- 4 Ebd.
- 5 »Government falsely claimed that NAO report cleared »Al Yamamah« of bribery allegations«, FOIA Centre, 21. Juni 2006, www.foiacentre.com/news-al-yamamah-060621.html.
- 6 Christopher Hope, James Kirkup, »Extravagance uncovered during Saudi arms probe«, *The Daily Telegraph*, 10. April 2008, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1584599/Extravagance-uncovered-during-Saudi-arms-probe.html.
- 7 Gerald James, *In the Public Interest*, London: Little, Brown and Company 1995, S. 56. Bourne trat schließlich von seinem Posten zurück, jedoch nicht weil seine Glaubwürdigkeit im Fall AlYamamah angeschlagen gewesen wäre, sondern weil er innerhalb von drei Jahren Reisekosten von 365000 Pfund und einen Verpflegungsaufwand von 27000 Pfund geltend gemacht hatte. (*The Daily Telegraph*, 26. Oktober 2007, und Robert Winnett, »How unsackable Sir John Bourn sealed his fate«, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1567357/How-unsackable-Sir-John-Bourn-sealed-his-fate.html.)
- 8 David Leigh, Rob Evans, »Nobbling the Police«, *The Guardian*, »The BAE Files«, www.guardian.co.uk/bae/files/page/0,,2098531,00.html.
- 9 Robert Wardle, Zeugenaussage am 17. Dezember 2007 im Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof zwischen Campaign Against Arm Trades (CAAT) und The Corner House als Kläger und dem Direktor des SFO als Angeklagtem sowie BAE Systems PLC als beteiligter Partei, CO/1567/07;

Download der Zeugenaussage:

www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/WardleWitState.pdf.

- 10 Dokument 3 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Brief vom 7. November 2005 von Michael Lester an Lord Goldsmith QC; Download:
www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/SecondRedactDocsRW4.pdf.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions, angenommen bei der Verhandlungskonferenz vom 21. November 1997, Download unter: www.oecd.org/dataoecd/4/18/38028044.pdf; die Konvention wurde in Deutschland am 10. September 1998 durch das Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung in nationales Recht umgesetzt; Download einer deutschen Übersetzung:
www.antikorruption.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.181527.de 17 Siehe Anm. 10.
- 18 Dokument 2 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Schreiben vom 10. November 2005 von Jonathan Jones an Michael Lester; Download:
www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/SecondRedactDocsRW4.pdf.
- 19 Dokument 4 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Schreiben vom 11. November 2005 von Michael Lester an Jonathan Jones; Download wie Anm. 18.
- 20 Dokument 6 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Schreiben vom 15. November 2005 von Matthew Cowie an Jonathan Hitchin; Download wie Anm. 18.
- 21 Robert Wardle, Zeugenaussage vom 17. Dezember 2007.
- 22 Dokument 1 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, Schreiben von Jonathan Jones an Gus O'Donnell und andere, 6. Dezember 2005; Download:
www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/RedactedDocsRW2.pdf.
- 23 Robert Wardle, Zeugenaussage, 17. Dezember 2007.
- 24 Dokument 2 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, Schreiben von Gus O'Donnell an Jonathan Jones, 16. Dezember 2005; Download wie Anm. 22.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Dokument 7 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Aktennotiz von Robert Wardle vom 22. Dezember 2005 über die Aufnahme eines Gesprächs am 7. Dezember 2005 mit Michael Lester; Download wie Anm. 18.
- 28 Dokument 8 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, E-Mail von Jonathan Hitchin an Matthew Cowie vom 8. Dezember 2005; Download wie Anm. 18.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Dokument 9 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Bericht des Direktors, geschrieben von Matthew Cowie, 19. Dezember 2005; Download wie Anm. 18.
- 32 Auszug aus Dokument 10 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Protokoll einer Sitzung am 11. Januar 2006; Download wie Anm. 18.
- 33 Robert Wardle, Zeugenaussage 17. Dezember 2007.
- 34 David Leigh, Rob Evans, »Nobbling the Police«.
- 35 Auskunft des Generalstaatsanwalts vom 4. April 2007 auf eine Anfrage des *Guardian* gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz; Download unter:

- web.archive.org/web/20080407230917/http://www.attorneygeneral.gov.uk/attachments/Sample+SFO+
- 36 Dokument 1 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, Schreiben von Gus O'Donnell an Jonathan Jones, 29. September 2006; Download wie Anm. 22.
- 37 Dokument 11 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4, Brief von Helen Garlick, stellvertretende Direktorin des SFO, an Jonathan Jones, Rechtsreferent in der Generalstaatsanwaltschaft, 27. Oktober 2006; Download wie Anm. 18.
- 38 Ebd.
- 39 Auszug aus Dokument 11 im Verfahren CO/1567/07.
- 40 Siehe Anm. 35; nimmt Bezug auf die Antwort des Generalstaatsanwalts auf eine parlamentarische Anfrage von Lord Avebury vom 22. Januar 2007.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 David Leigh, Rob Evans, »Nobbling the Police«, *The Guardian*, »The BAE Files«.
- 44 David Leppard, »Blair hit by Saudi ›bribery‹ threat«, *The Sunday Times*, 19. November 2006.
- 45 Benedict Brogan, »50000 British jobs at risk if vital defence deal is lost«, *Daily Mail*, 24. November 2006.
- 46 David Leigh, Rob Evans, »Brutal politics lesson for corruption investigators«, *The Guardian*, 16. Dezember 2006, www.guardian.co.uk/uk/2006/dec/16/armstrade.saudiarabia2.
- 47 Ebd.
- 48 Christopher Hope, »Halt inquiry or we cancel Eurofighters«, *The Daily Telegraph*, 1. Dezember 2006, www.telegraph.co.uk/news/uknews/1535683/Halt-inquiry-or-we-cancel-Eurofighters.html.
- 49 Isabel Oakeshott, »MPs demand Blair save Saudi weapons deal«, *The Sunday Times*, 3. Dezember 2006.
- 50 Christopher Hope, »Pressure grows to resolve fraud inquiry into Saudi arms deal«, *The Daily Telegraph*, 4. Dezember 2006, www.telegraph.co.uk/finance/2951813/Pressure-grows-to-resolve-fraud-inquiry-into-Saudi-arms-deals.html.
- 51 James, *In the Public Interest*, S. 104.
- 52 Ebd., S. 115; siehe auch »Pergau Dam Affair: ›Sweeteners‹ row sparked trade ban«, *The Independent*, 8. September 1994.
- 53 »Black Money«, *Frontline*, PBS, www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/blackmoney/view/, Skript als Download unter: www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/blackmoney/etc/script.html.
- 54 Ebd.
- 55 David Leigh, Rob Evans, »Brutal politics lesson for corruption investigators«, *The Guardian*, 16. Dezember 2006.
- 56 Dokument 2 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, Schreiben von Gus O'Donnell an Jonathan Jones, 16. Dezember 2005; Download wie Anm. 22.
- 57 David Leigh, Rob Evans, »Brutal politics lesson for corruption investigators«.
- 58 Ebd.
- 59 Ewen MacAskill, Rob Evans, »Britain ›agreed in secret‹ to expel Saudis during £40bn arms talks«, *The Guardian*, 28. September 2005, www.guardian.co.uk/uk/2005/sep/28/saudiarabia.armstrade.
- 60 Richard Norton-Taylor, »Britain and the Saudis finally sign £4.43bn Eurofighter deal«, *The Guardian*, 18. September 2007, www.guardian.co.uk/uk/2007/sep/18/saudiarabia.armstrade.
- 61 CAAT, »Control BAE«-Website, www.caat.org.uk/campaigns/controlBAE/.
- 62 Ian Davis, Emma Mayhew, »What Happens When A White Elephant Meets a Paper Tiger? The Prospective Sale of Eurofighter Typhoon Aircraft to Saudi Arabia and the EU Code of Conduct on Arms Exports«, *Basic Papers*, Occasional Papers on International Security Policy, Nr. 49, Dezember 2005, kms1.isn.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/17188/ipublicationdo

- cument_singledocument/ceba82f1-3083-4138-a0-ee-83f6ba56e3d7/en/BASIC+PAPERS.pdf.
- 63 Select Committee on Public Accounts (Parlamentarischer Ausschuss für öffentliche Ausgaben), 43. Bericht, 2004, Kap. 1: »The impact of the large cost overruns and delays«.
- 64 Plenarprotokoll (Hansard), 9. März 1989, House of Commons Daily Debates, Abs. 1055, www.parliament.uk/business/publications/hansard.
- 65 Ian Davis, Emma Mayhew, »What Happens When A White Elephant Meets a Paper Tiger?«
- 66 Plenarprotokoll (Hansard), 9. Juli 1997, Abs. 855, www.parliament.uk/business/publications/hansard.
- 67 Sylvia Pfeifer, »Oman in talks to buy Eurofighter Typhoons«, *The Financial Times*, 3. April 2010.
- 68 Ian Davis, Emma Mayhew, »What Happens When A White Elephant Meets a Paper Tiger?«
- 69 Flight International, »BAE steps up Saudi effort«, 21. Juni 2005, www.flightglobal.com/articles/2005/06/21/199774/bae-steps-upsaudi-effort.html.
- 70 Ian Davis, Emma Mayhew, »What Happens When A White Elephant Meets a Paper Tiger?«
- 71 David Leigh, Rob Evans, »Brutal politics lesson for corruption investigators«, *The Guardian*, 16. Dezember 2006.
- 72 Dr. John Jenkins (FCO), Zeugenaussage im Verfahren CO/1567/07, Download unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Politics/documents/2008/07/09/JenkinsStatement.pdf.
- 73 *The Sunday Times*, 10. Juni 2007.
- 74 David Leigh, Rob Evans, »BAE: secret papers reveal threats from Saudi prince«, *The Guardian*, 15. Februar 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/feb/15/bae.armstrade.
- 75 Michael Settle, »French connection to axed inquiry Fears Paris could snatch a new deal lay behind the U-turn, finds Michael Settle«, *The Herald Scotland*, 16. Dezember 2006, www.heraldscotland.com/sport/spl/aberdeen/french-connection-to-axed-inquiry-fears-paris-could-snatch-a-new-deal-lay-behind-the-u-turn-finds-michael-settle-1.1971.
- 76 The Corner House, »Documents reveal that Blair urged end to BAE-Saudi corruption investigation«, 21. Dezember 2007, www.thecornerhouse.org.uk/item.shtml?x=559591; Protokoll einzusehen unter: www.theshadowworld.com.
- 77 Dokument 7 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, erste Anlage zum Memorandum des Premierministers: Schreiben nebst Anmerkungen von Sir Richard Mottram, Staatssekretär für Nachrichtendienste, Sicherheit und Stabilität, 23. November 2006; Download wie Anm. 22.
- 78 Dokument 8 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, zweite Anlage zum Memorandum des Premierministers: Schreiben von Sir Peter Ricketts an Oliver Robbins Esq., Sekretariat, 10 Downing Street, 24. November 2006; Download wie Anm. 22.
- 79 David Leigh, Rob Evans, »Nobbling the Police«, *The Guardian*; siehe Anm. 8.
- 80 The Corner House, »Documents reveal that Blair urged end to BAE-Saudi corruption investigation«.
- 81 Dokument 9 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW2, Brief von Sir Oliver Robbins an Jonathan Jones, 12. Dezember 2006; Download wie Anm. 22.
- 82 Dokument 12 im Verfahren CO/1567/07, Beweisstück RW4; Anmerkungen vom 14. Dezember 2006 zur Sitzung im Amt des Generalstaatsanwalts, 13. Dezember 2006; Download wie Anm. 10.
- 83 Ebd.
- 84 Auskunft des Generalstaatsanwalts vom 4. April 2007 auf eine Anfrage des *Guardian* gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz; Download unter: web.archive.org/web/20080407230917/http://www.attorneygeneral.gov.uk/attachments/Sample+SFO+ nimmt Bezug auf die Antwort des stellvertretenden Generalstaatsanwalts auf eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Susan Kramer vom 19. Januar 2007.
- 85 Diese Darstellung folgt Aussagen von Informanten, die zwischen 2004 und 2010 regelmäßig interviewt wurden; ich bat auch um eine Stellungnahme von Lord Goldsmith, erhielt aber auf mehrere E-Mails keine Antwort.

- 86 Auskunft des Generalstaatsanwalts vom 4. April 2007 auf eine Anfrage des *Guardian* gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz (siehe Anm. 35).
- 87 Ebd., S. 8.
- 88 Verlautbarung vom 14. Dezember 2006, Plenarprotokoll (Hansard), Abs. 1712, und Plenarprotokoll (Hansard), 14. Dezember 2006, Abs. 1119.
- 89 Mark Milner, »City shrugs off investigation into bribery allegations at BAE as earnings soar to £1.2bn«, *The Guardian*, 23. Februar 2007;
www.guardian.co.uk/business/2007/feb/23/politics.freedomofinformation.
- 90 »Arms and the man«, *The Guardian*, 15. Dezember 2006,
www.guardian.co.uk/commentisfree/2006/dec/15/labour.partyfunding.
- 91 »MI6 and Blair at odds over Saudi deals«, *The Guardian*, 16. Januar 2007.
- 92 »Blair: I pushed for end to Saudi arms enquiry«, *The Times*, 15. Dezember 2006.
- 93 *The Guardian*, 13. März 2007 und 14. März 2007.
- 94 *The Guardian*, 24. April 2007.
- 95 *The Guardian*, 11. Juni 2007.
- 96 *The Guardian*, 7. Juni 2007.
- 97 »Police Hunt Arms Trail in Downing Street«, *The Times*, 20. Mai 2007.
- 98 Das Schreiben ist einzusehen auf www.theshadowworld.com.
- 99 »Hermes enters BAE probe fray«, *Financial Times*, 22. Dezember 2006.
- 100 »F&C express concern over dropping of BAE case«, *The Guardian*, 22. Dezember 2006.
- 101 Verfahren CO/1567/07, Urteilsbegründung, 10. April 2008; Download unter:
www.thecornerhouse.org.uk/pdf/document/JR-Judgment.pdf.
- 102 Ebd.
- 103 Ebd.
- 104 »BAE: secret papers reveal threats from Saudi prince«, *The Guardian*, 15. Februar 2008.
- 105 Verfahren CO/1567/07, Urteilsbegründung, 10. April 2008.
- 106 Peter Walkler, »SFO wrong to drop BAE inquiry, court rules«, *The Guardian*, 10. April 2008.
- 107 AC Grayling, »The law triumphant«, *The Guardian*, 15. April 2008.
- 108 »Can we stop grovelling to the Saudis?«, *Daily Mail*, 11. Juni 2007,
www.dailymail.co.uk/debate/columnists/article-461108/Can-stop-grovelling-Saudis.html.
- 109 »Keeper of the Saudi Secrets«, *The New York Times*, 14 June 2007,
www.nytimes.com/2007/06/14/opinion/14thu3.html?_r=2.
- 110 David Howarth, »Mystery of the Saudi ›threat‹«, *The Guardian*, 1. August 2008,
www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/aug/01/bae.saudiarabia.
- 111 Robin Cook, *Point of Departure*, London: Simon & Schuster 2003.
- 112 David Leigh, »Woolf commands fact-free zone with aplomb«, *The Guardian*, 6. Mai 2008,
www.guardian.co.uk/world/2008/may/06/bae.baesystemsbusiness1.
- 113 ir.baesystems.com/investors/storage/woolf_report_2008.pdf; Eveline Lubbers, Wil van der Schans, »The Threat Response Spy Files«, November 2004, www.evel.nl/spinwatch/TRFrontpage.htm; und CAAT, »2005 CAAT Steering Committee statement on spying«, www.caat.org.uk/about/spying.php.
- 114 David Leigh, »Woolf commands fact-free zone with aplomb«, *The Guardian*, 6. Mai 2008
- 115 Ebd.
- 116 David Leigh, »The unanswered questions«, *The Guardian*, 7. Mai 2008,
www.guardian.co.uk/world/2008/may/07/bae.armstrade.
- 117 Persönliche Notizen von der BAE-Jahreshauptversammlung, Queen Elizabeth Conference Centre, 7. Mai 2008.
- 118 David Robertson, Matt Spence, »BAE pleads guilty to US criminal charge«, *The Times*, 1. März 2010,

- business.timesonline.co.uk/tol/business/industry_sectors/engineering/article7046011.ece.
- 119 »BAE announces surprise departure of former chief Sir Dick Evans«, *The Times*, 30. März 2010.
- 120 »BAE goes big on ›green‹ weapons«, BBC, 26. Oktober 2006, news.bbc.co.uk/1/hi/technology/6081486.stm.
- 121 Ebd.
- 122 Ebd.
- 123 Mark Townsend, »BAE drops plans to make ›green bullets‹«, *The Guardian*, 24. August 2008, www.guardian.co.uk/business/2008/aug/24/baesystems.military.
- 124 David Leigh, Terry Macalister, »New BAE investigation doomed to failure, claims chairman«, *The Guardian*, 8. Mai 2008, www.guardian.co.uk/business/2008/may/08/baesystemsbusiness; zu einer ähnlichen Reaktion kam es 2009 nach Behauptungen, BAE sei ein »ethisches« Unternehmen: Terry Macalister, »Critics attack BAE Systems over attempt to become ›ethical‹ arms firm«, *The Guardian*, 6. Mai, 2009, www.guardian.co.uk/business/2009/may/06/baesystems-arms-trade.
- 125 David Leigh, »New head of Serious Fraud Office defies talk of crisis«, *The Guardian*, 18. April 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/apr/18/bae.foreignpolicy.
- 126 Simon Bowers, »Senior SFO prosecutors quit as new director changes priorities«, *The Guardian*, 10. Juni 2008, www.guardian.co.uk/business/2008/jun/10/3.
- 127 David Leigh, »Law lords: fraud office right to end bribery investigation in BAE case«, *The Guardian*, 31. Juli 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/jul/31/bae.armstrade.
- 128 Ebd.
- 129 Ebd.
- 130 »Not the last word«, *The Guardian*, 31. Juli 2008. www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/jul/31/baesystemsbusiness.saudiarabia.
- 131 »Law lords: fraud office right to end bribery investigation in BAE case«, *The Guardian*.
- 132 Ebd.
- 133 »Black Money«, *Frontline*, PBS, www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/blackmoney/view/; Skript als Download unter: www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/blackmoney/etc/script.html.
- 134 Aus einer Reihe von Gesprächen mit Leuten, die bei der Feier zugegen waren, sowie Trevor Maggs, »Has staff morale collapsed at the SFO?«, trevormaggs.com, 31. März 2010.

8 Und Gerechtigkeit für keinen 1 Siehe zum Problem der Beweislast vor allem Larissa van den Herik, »The Difficulties of Exercising Extraterritorial Criminal Jurisdiction: The Acquittal of a Dutch Businessman for Crimes Committed in Liberia«, *International Criminal Law Review*, Leiden: Brill 2009, Bd. 9, S. 211–226.

- 2 Doug Farah, Stephen Braun, *Merchant of Death*, London: John Wiley & Sons 2007, S. 192–203.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 202f.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd., S. 203.
- 7 Farah, Braun, »The Merchant of Death«, *Foreign Policy*, 1. November 2006.
- 8 »Viktor Bout's Last Deal«, *Mother Jones*, 18. März 2008.
- 9 Siehe Farah, Braun, *Merchant of Death*, Kapitel 14; sowie »Flying Anything to Anybody«, *The Economist*, 18. Dezember 2008; und »Merchant of Death denies arming terror«, *The Guardian*, 15. März 2009.
- 10 »W Sieci Terroru«, *Tygodnik Nasza Polska*, Nr. 42 (663), Warschau 2008.

- 11 »Monzer Al Kassar: The Prince of Marbella – Arms to All Sides«, Frontline World, Public Broadcasting Service (PBS), Mai 2002, www.pbs.org/frontlineworld/stories/sierraleone/alkassar.html; siehe auch *DEA Investigation Nets International Arms Dealer with Ties to Terrorist Organization*, DEA Public Affairs (Presseerklärung der US-Drogenbekämpfungsbehörde), 8. Juni 2007, www.justice.gov/dea/pubs/states/newsrel/nyc060807.html.
- 12 »Meet the ›Prince of Marbella‹ – is he really supporting Iraq’s insurgency?«, *The Observer*, 1. Oktober 2006.
- 13 Eine ausgezeichnete Darstellung der verdeckten Ermittlung, die zu alKassars Verhaftung führte, findet sich bei P. R. Keefe, »The Trafficker«, *The New Yorker*, 8. Februar 2010.
- 14 »International Arms Trafficker Monzer Al Kassar and Associate Sentenced on Terrorism Charges«, Presseerklärung der US-Staatsanwaltschaft, 24. Februar 2009.
- 15 Ebd.
- 16 »Taking Down Arms Dealer Viktor Bout«, *Men’s Journal*, 12. Dezember 2008.
- 17 »Mystery Briton is Key Witness in ›Merchant of Death‹ Arms Sting«, *The Sunday Times*, 8. Februar 2009.
- 18 Geheime Anklageschrift im Fall Vereinigte Staaten von Amerika gegen Viktor But (Victor Bout und andere Schreibweisen), Verstoß nach dem 18. Titel des Bundesgesetzbuchs (US Code), Sektion 2339B und 3238; Southern District of New York, 27. Februar 2008, Absatz 5.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd., Absatz 7.
- 22 Ebd., Absatz 8.
- 23 »Missile System Designed to Destroy Aircraft«, US Code, Teil I, Kapitel 113 B, § 2332g.
- 24 Anklageschrift, wie Anm.18, Absätze 12f.
- 25 Ebd., Absatz 16.
- 26 Ebd., Absatz 19.
- 27 Ebd., Absatz 22 and 24.
- 28 Eidesstattliche Erklärung von C. Hanley.
- 29 Ebd., Absatz 28.
- 30 »Taking Down Arms Dealer Viktor Bout«, *Men’s Journal*, 12. Dezember 2008.
- 31 »Smulian, Accused Partner of Viktor Bout, Is Held«, www.Bloomberg.com, 11. März 2008.
- 32 Siehe Anm. 17.
- 33 Eidesstattliche Erklärung von J. Milione; Fall Nr. 08, Cr. 365, 17. Februar 2009.
- 34 Urteilsbegründung, Verstoß gegen das Gesetz zur Auslieferung im Fall des Oberstaatsanwalts von Thailand und Viktor But, Strafgericht Bangkok, 11. August 2009, Aktenzeichen 3/2551.
- 35 Ebd.
- 36 Zit. nach *ABC World News*, 24. Oktober 2009.
- 37 »Viktor Bout Wonders Why the US Wants Him So Badly«, *Bangkok Post*, 16. August 2009.
- 38 Siehe Anm. 34.
- 39 »The Notorious Mr Bout«, *The Washington Post*, 13. August 2009.
- 40 E. Royce u.a., Brief an Generalstaatsanwalt Eric Holder und an Außenministerin Hillary Clinton, 11. Februar 2009.
- 41 »Alleged Arms Dealer Protected by Russia«, *Christian Science Monitor*, 24. Oktober 2009.
- 42 »Why the ›Merchant of Death‹ Might Not Stand Trial«, *Foreign Policy*, New York, 11. August 2009.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Siehe Anm. 34.

- 46 »Merchant of Death« Could Face New Charges», *The Taipei Times*, 19. Februar 2010.
- 47 Geheime Anklageschrift, Vereinigte Staaten von Amerika gegen Viktor But und Richard Chichakli, Bezirksgericht Southern District of New York, Fall Nr. S1 09 Cr. 1002, März 2010.
- 48 »Suspected Russian arms dealer Viktor Bout to be extradited to US«, *The Guardian*, 20. August 2010.
- 49 Ebd.
- 50 »Arms Suspect Vows to Win Case in U.S. After Extradition Order«, *The New York Times*, 20. August 2010.
- 51 Siehe »Viktor Bout has a chance to be back to Russia«, *The Voice of Russia*, 13. November 2010.
- 52 »Viktor Bout, suspected Russian arms dealer, extradited to New York«, *The Guardian*, 16. November 2010.
- 53 Der Abschnitt basiert auf Gesprächen mit Informanten im amerikanischen Justiz- und Außenministerium, die der Autor im November 2008 und im Februar 2010 geführt hat.
- 54 »U.S., Russia face off over alleged arms trafficker«, *The Washington Post*, 23. August 2010.
- 55 »The Inner Circle of the Taylor Regim«, *The Perspective*, Liberia, 1. Januar 2001.
- 56 Der ausführliche Untersuchungsbericht zu Kouwenhoven ist nachzulesen unter: *Global Witness, The Perspective and the UN*, vgl. *Dead on Time: Arms Transportation, Brokering and the Threat to Human Rights*, Amnesty International and TransArms, ACT 30/08/2006, 2006.
- 57 Urteil im Fall Gus Kouwenhoven, Gerichtshof in Den Haag (Sektor Strafrecht), LJN: AY5160/09/750001–05, 7. Juni 2006.
- 58 Ebd., Absatz 2.
- 59 Ebd.
- 60 Ebd., Absatz 6.
- 61 Ebd., Absatz 7.
- 62 Ebd.
- 63 Ebd.
- 64 Ebd., Absatz 8.
- 65 Urteil im Berufungsverfahren, verkündet vor dem Bezirksgericht in Den Haag am 7. Juni 2006 im Strafverfahren gegen Gus Kouwenhoven, 10. März 2008, LJN: BC7373, 09–750001–05.
- 66 L. van den Herik, »The Difficulties of Exercising Extraterritorial Criminal Jurisdiction: The Acquittal of a Dutch Businessman for Crimes Committed in Liberia«, *International Criminal Law Review*, Leiden, Bd. 9, 2009, S. 218f.
- 67 Ebd., S. 219f.
- 68 *Tussenhandel in wapens onvoldoende aangepakt*, Campagne tegen Wapenhandel, Pressemitteilung, 13. Mai 2009.
- 69 Urteil im Berufungsverfahren des Gerichts von Den Haag am 10. März 2008, Nr. 22/004337–06 in der Strafsache gegen Gus Kouwenhoven, Oberster Gerichtshof, S. Nr. 08/01322, 20. April 2010.
- 70 »Anatomy of Two Arms Dealers«, *Asia Times*, 19. Juni 2004.
- 71 Walter Mapelli, Gesuch um Verlängerung der Untersuchungshaft, Staatsanwaltschaft: Tribunale Civile di Monza (Bezirksgericht), Aktenzeichen 8644/00 / Formular 21, 11. Juni 2001.
- 72 Ebd.
- 73 Ebd.
- 74 Die Angaben beruhen auf einem schriftlichen Interview per E-Mail mit Walter Mapelli, August 2010.
- 75 K. Silverstein, »Comrades in Arms«, *Washington Monthly*, Januar / Februar 2002.
- 76 Interview mit Walter Mapelli.
- 77 *Dead on Time: Arms Transportation, Brokering and the Threat to Human Rights*, Amnesty International und TransArms, ACT 30/08/2006, 2006, S. 60–63.
- 78 Ebd.

- 79 B. Wood, »The Prevention of Illicit Brokering of Small Arms and Light Weapons: Framing the Issue«, *Developing a Mechanism to Prevent Illicit Brokering in Small Arms and Light Weapons*, Genf: UNIDIR 2007, S. 4–6.
- 80 Darstellung nach Auskünften von Informanten aus dem Umkreis der Ermittlung, mit denen ich im Dezember 2009 in Italien sprach.
- 81 M. Brunwasser, »Leonid Efimovich Minin: From Ukraine, A New Kind of Arms Trafficker«, *Frontline*, PBS, Mai 2002, www.pbs.org/frontlineworld/stories/sierraleone/minin.html.
- 82 Interview mit Walter Mapelli.

DREI

Business as usual

9 Das Alte stürzt – mithilfe von BAE

- 1 Diese Zahl basiert auf den ausgewiesenen Kosten (in Rand) des Waffenvertrags bis 2008 (nur diese Zahlen wurden angegeben), zuzüglich des Betrags, der für die verbliebenen Zahlungen bis 2011 in der Haushaltsplanung vorgesehen war. Zinszahlungen werden bis 2018 erfolgen. Zu dieser Zahl wurden die geschätzten »versteckten« Kosten hinzugezählt, die aus Daten im South African Treasury's Affordability Report und aus Daten, die vom südafrikanischen Rechnungshof (South African Auditor-General) zur Verfügung gestellt wurden, errechnet wurden. (2008 Estimates of National Expenditure, Vote 19: Defence', S. 379, www.treasury.gov.za.)
- 2 Die Einzelheiten des Deals und nähere Ausführungen zu den hier gemachten Behauptungen finden sich in meinen Büchern *After the Party: A Personal and Political Journey Inside the ANC*, Jeppestown: Jonathan Ball 2007, und *After the Party: Corruption, the ANC and South Africa's Uncertain Future*, London: Verso 2009; siehe auch Paul Holden, *The Arms Deal in your Pocket*, Jeppestown: Jonathan Ball 2008, der diese Behauptungen bestätigt und weiter ausführt; Holden war es auch, der die wichtigsten Recherchen zu diesem Buch durchführte. Für eine wissenschaftliche Einschätzung des Deals und seiner Konsequenzen siehe A. Feinstein, P. Holden, B. Pace, »Corruption and the Arms Trade: Sins of Commission«, *SIPRI Yearbook 2011*, Oxford: OUP 2011.
- 3 »Navy Fires First Salvo In Push to Keep Afloat«, *Sunday Times*, 8. Mai 1994.
- 4 »Guns vs. butter? Corvettes decision looms for new SA«, *Weekend Argus* (Cape Town), 26. Februar 1995.
- 5 »BAE and the arms deal: Part 1«, *Moneyweb*, 14. August 2007, www.moneyweb.co.za.
- 6 Ebd.
- 7 »Strategic Defence Packages: Draft Report of the Auditor-General«, Kapitel 5: »Advanced Light Fighter Aircraft (ALFA) and Lead-In Fighter Trainer (LIFT)«, undatiert, Richard Young / C²I² Personal Archive (PAIA Requests); mit freundlicher Genehmigung von Richard Young.
- 8 Ebd.
- 9 »Strategic Defence Packages: Joint Report«, 2001, Kapitel 4, www.info.gov.za; siehe auch »BAE and the arms deal: Part 1«, *Moneyweb*.
- 10 »Strategic Defence Packages: Joint Report, 2001«, Kapitel 4, Absatz 4.3.6.3., www.info.gov.za.
- 11 Ebd.
- 12 »BAE and the arms deal: Part 1«, *Moneyweb*.
- 13 »Strategic Defence Packages: Joint Report«, 2001, Kapitel 4, Absatz 4.5.1.10., www.info.gov.za.
- 14 Ebd., Absätze 4.5.3.6 and 4.5.5.3.
- 15 Aufschlussreiche Studien über die Rolle von Kompensationsgeschäften im Handel mit Rüstungsgütern finden sich in J. Brauer, J. P. Dunne (Hgg.), *Arms Trade and Economic Development: Theory, Policy and cases in Arms Trade Offsets*, London: Routledge 2004.
- 16 »DA Wants Review of Arms Deal Offsets«, *Pretoria News*, 14. September 2010.
- 17 »South African Unions Threaten to Escalate Strike«, *BBC News*, 26. August 2010.
- 18 P. Holden, H. van Vuuren, *The Devil in the Detail*, Jeppestown: Jonathan Ball 2011.
- 19 »National Assembly: Questions and Replies«, Plenarprotokoll (Hansard, Bd. 43A), 10. Oktober 2001, S. 4103.
- 20 Undatierter Entwurf des Untersuchungsberichts; persönliches Archiv von Dr. Richard Young.
- 21 »PE Set To Become Viking Mecca«, *Eastern Province Herald*, 2001; und »Local Firms Line Up for Foreign Gain in Arms Deal«, *Business Report*, 6. November 2002.
- 22 Y. Jonson, N. Resare, »Tourists Pay for Jas/Gripen Fighter Jets«, 6. Februar 2007; freundlicherweise

- aus dem schwedischen Original übersetzt von Fredrik Sperling.
- 23 Ebd.
- 24 »BAE and the arms deal«, *Moneyweb*, 14. August 2007, www.moneyweb.co.za.
- 25 S. Sole, E. Groenink, »Pierre Steyn speaks out about the arms deal«, *Mail & Guardian*, 2. Februar 2007.
- 26 »MK boss was bought«, *Noseweek*, Nr. 52, Dezember 2003; P. Kirk, »Three foresightful architects«, *Citizen*, 16. Dezember 2003; und E. Groenink, S. Sole, »The musketeers who bought the jets«, *Mail & Guardian*, 2. Februar 2007.
- 27 South African Government Information Service, »National Industrial Participation (NIP) – Defence Summary: Project Description«, September 1999, www.info.gov.za/issues/procurement/background/nip.htm.
- 28 »MK boss was bought«; siehe auch Kirk; sowie Sole, Groenink.
- 29 »Soldiering ahead in business«, *Saturday Star*, 6. November 1999; und »How Modise wrangled SA’s jet fighter deal«, *Mail & Guardian*, 3. November 2001.
- 30 »After the Party«, S. 176.
- 31 Ebd., S. 177.
- 32 G. Murphy, eidesstattliche Erklärung; Serious Fraud Office (SFO), vorgelegt als Anlage JDP-SW12 beim Obersten Gerichtshof Südafrika (High Court of South Africa, Transvaal Provincial Division) in dem einseitigen Verfahren des Staatsanwalts (Antragsteller), betr. Antrag auf Erlass von Durchsuchungsbefehlen gemäß Paragraph 29 Abs. 5 und 29 Abs. 6 des Gesetzes über die Nationale Strafverfolgungsbehörde, Nr. 32 von 1998, in der novellierten Fassung von 2008, Anhang B, S. 8.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 »The arms dealer who could bring down zuma«, *The Independent*, 27. November 2008; »Millionaire accused of propping up Mugabe«, *The Guardian*, 27. November 2008; und »Smoke, sex and the arms deal«, *Mail & Guardian*, 28. Oktober 2008.
- 38 »Treasury Designates Mugabe Regime Cronies«, Presseerklärung des US-Finanzministeriums, 25. November 2008; und Beschluss des Europäischen Rats 2011/101/CFSP vom 15. Februar 2011 über restriktive Maßnahmen gegen Zimbabwe, *Official Journal of the European Union*, 16. Februar 2011; und US-Finanzministerium (Office of Foreign Assets Control), »Specially Designated Nationals and Blocked Persons«, 21. Juni 2011; Download unter: www.treasury.gov/ofac/downloads/t11sdn.pdf.
- 39 G. Murphy, eidesstattliche Erklärung, Serious Fraud Office (SFO).
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Stefaans Brümmer, Sam Sole, »The house the arms deal bought«, *Mail & Guardian*, 3. Dezember 2010.
- 43 Ebd.
- 44 Holden, van Vuuren, *The Devil in the Detail*.
- 45 *After the Party*; siehe auch www.theshadowworld.com: »Memorandum from Thyssen-Krupp Executive Confirming Bribe to ›Chippy‹ Shaik, head of Procurement in the South African National Defence Force«.
- 46 »Ruling was not Mpshe’s to Make«, *Cape Argus*, 8. Mai 2009.
- 47 »Action against Schabir Shaik welcomed«, *Mail & Guardian*, 14. März 2011.
- 48 »Estimating the Lost Benefits of Antiretroviral Drug Use in South Africa«, *JAIDS* online, 16. Oktober 2008. Pride Chigwedere, MD, George Seage III, ScD, MPH, Sofia Gruskin, JD, MIA, Tun-Hou Lee,

ScD, and Max Essex, DVM, PhD.

- 49 Holden, van Vuuren, *The Devil in the Detail*; außerdem »R70 000 000 000«, *City Press*, 10. April 2011.
- 50 Ebd.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 »SA groaning under the weight of patronage and corruption«, *Business Day*, 22. Juni 2009.
- 55 *Mail & Guardian*, Leitartikel, 12. Januar 2007.
- 56 »Funds Pinch May Ground SA's R10bn Gripen Fleet«, *Business Day*, 26. Oktober 2010.
- 57 »Air Force Boss Slams Poor State of Affairs«, *The Times* (Johannesburg), 4. April 2010.
- 58 Ebd.
- 59 Abgeleitet aus den Verträgen LGS/S2010/4406 und ELGS/2006/193 (einschließlich jährlicher Verlängerungen).
- 60 »The Dud Sub«, *The Times*, 3. August 2008.
- 61 Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses stand Tansania auf dem UN-Index der menschlichen Entwicklung an 151. Stelle von 173.
- 62 »BAE in new corruption probe as Tanzanian minister resigns«, *Daily Mail*, 21. April 2008, www.dailymail.co.uk/news/article-561000/BAE-new-corruption-probe-Tanzanian-minister-resigns-500-000-bribery-claim.html.
- 63 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*, 15. Februar 2010, www.thisday.co.tz/?l=10648.
- 64 »Tanzania«, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae9.
- 65 Clare Short, »BAE's government-backed rip-off«, *The Guardian*, 1. Oktober 2009, www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/oct/01/bae-deal-blair-sfo.
- 66 »BAE: The Tanzanian connection«, BBC Radio 4, *Today*, 1. Oktober 2009, news.bbc.co.uk/1/hi/today/newsid_8284000/8284510.stm.
- 67 Rob Evans, Paul Lewis, »BAE deal with Tanzania: Military air traffic control – for country with no airforce«, *The Guardian*, 6. Februar 2010, www.guardian.co.uk/world/2010/feb/06/bae-tanzania-arms-deal.
- 68 »Tanzania«, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae9.
- 69 »Tanzania radar sale »waste of cash««, BBC, 14. Juni 2002, news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/2044206.stm.
- 70 »BAE: The Tanzanian connection«, BBC.
- 71 »Tanzania radar sale »waste of cash««, BBC.
- 72 »Tanzania »needs costly radar system««, BBC, 21. Dezember 2001, news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/1723728.stm.
- 73 »Tanzania radar sale »waste of cash««, BBC.
- 74 »BAE: The Tanzanian connection«, BBC.
- 75 Ebd.
- 76 Charlotte Denny, »Backlash over costly hi-tech for Tanzania«, *The Guardian*, 21. Dezember 2001, www.guardian.co.uk/world/2001/dec/21/tanzania.politics.
- 77 »Radar sale threatens aid to Tanzania«, BBC, 20. März 2002, news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/1882651.stm.
- 78 »Tanzania«, *The Guardian*, 7. Juni 2007.
- 79 »BAE: The Tanzanian connection«, BBC.
- 80 David Hencke, Charlotte Denny & Larry Elliot, »Tanzania aviation deal »a waste of money««, *The*

- Guardian*, 14. Juni 2002, www.guardian.co.uk/uk/2002/jun/14/politics.tanzania.
- 81 »Tanzania ›needs costly radar system‹«, BBC.
- 82 Ebd.
- 83 Patrick Wintour, Charlotte Denny, »Overruled: Short loses in aid row«, *The Guardian*, 20. Dezember 2001, www.guardian.co.uk/politics/2001/dec/20/uk.Whitehall.
- 84 David Hencke, »Ministers at odds over £28m deal«, *The Guardian*, 20. März 2002, www.guardian.co.uk/politics/2002/mar/20/armstrade.foreignpolicy.
- 85 »Tanzania responds to air traffic furore«, BBC, 29. Januar 2002, news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/1788922.stm; »Backlash over costly hi-tech for Tanzania«, *The Guardian*; und »Overruled: Short loses in aid row«, *The Guardian*, 20. Dezember 2001.
- 86 »Overruled: Short loses in aid row«, *The Guardian*.
- 87 »Tanzania radar sale ›waste of cash‹«, BBC, 14. Juni 2002.
- 88 Clare Short, »BAE's government-backed rip-off«, *The Guardian*, 1. Oktober 2009.
- 89 Ebd.
- 90 »Radar sale threatens aid to Tanzania«, BBC. Als der Skandal immer höhere Wellen schlug, versuchte das Oberhaus ein Gesetz zu novellieren und eine Bestimmung einzufügen, wonach bei jedem Rüstungsexportgeschäft zwingend eine Prüfung erfolgen sollte, ob dieses mit nachhaltiger Entwicklung vereinbar sei, wie diese im Gemeinsamen Standpunkt der EU enthalten sei. Patricia Hewitt und Geoff Hoon wollten diesen Zusatz streichen, wieder mit der Begründung, die Erhaltung britischer Arbeitsplätze sei wichtiger als alles andere. Sie verwiesen auch darauf, dass die Ausfuhrgenehmigung für Tansania widerrufen würde, wenn die Novellierung erfolgreich wäre. Das Gesetz, das schließlich verabschiedet wurde, war, wie so oft, ein fauler Kompromiss.
- 91 »Short to visit Tanzania as fraud claims fly«, *The Guardian*, 26. Juni 2002, www.guardian.co.uk/politics/2002/jun/26/tanzania.foreignpolicy.
- 92 David Leigh, »The arms deal, the agent and the Swiss bank account«, *The Guardian*, 15. Januar 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jan/15/bae.freedomofinformation 93 Ebd.
- 94 »10 questions that Tanil Somaiya should answer«, *This Day*, www.jamiiforums.com/jukwaa-la-siasa/28304-tanil-somaiya-kukutana-na-waandishi-5.html.
- 95 David Leigh, »The arms deal, the agent and the Swiss bank account«.
- 96 »10 questions that Tanil Somaiya should answer«, *This Day*.
- 97 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*.
- 98 »Tories launch challenge over corruption claims in \$40m radar sale to Tanzania«, *The Guardian*, 30. Januar 2007, www.guardian.co.uk/politics/2007/jan/30/conservatives.foreignpolicy.
- 99 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*.
- 100 Ebd.
- 101 Leigh, »The arms deal, the agent and the Swiss bank account«.
- 102 Ebd.
- 103 »Tories launch challenge over corruption claims in \$40m radar sale to Tanzania«, *The Guardian*, 30. Januar 2007.
- 104 »10 questions that Tanil Somaiya should answer«, *This Day*.
- 105 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*.
- 106 »10 questions that Tanil Somaiya should answer«, *This Day*.
- 107 »93bn Military trucks deal«, *Jamiiforums*, www.jamiiforums.com/jukwaa-la-siasa/2740-93bn-military-trucks-deal-2.html.
- 108 Ebd.
- 109 »10 questions that Tanil Somaiya should answer«, *This Day*.
- 110 »Tanzania«, *The Guardian*, 7. Juni 2007.

- 111 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*; und »Tanzanian minister quits over BAE investigation«, *The Guardian*, 22. April 2008, www.guardian.co.uk/politics/2008/apr/22/defence.bae.
- 112 Ebd.
- 113 Kto.-Nr.: 59662999; BLZ: 204505
- 114 »Dr Edward Hosea corners SFO«, *Jamiiforum*, 14. Februar 2010, www.jamiiforums.com/habari-na-hoja-mchanganyiko/52982-dr-edward-hosea-corners-sfo.html.
- 115 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*, 15. Februar 2010, <http://www.thisday.co.tz/?l=10648>.
- 116 Ebd.
- 117 Lewis Madorsky aus Cleveland, Ohio, in den USA, und Goodman Derrick LLP, in Großbritannien.
- 118 »Military radar probe: The key suspects ... And the case against them«, *This Day*.
- 119 Ebd.
- 120 »Your office may have been bugged by BAE, investigators told MP«, *Daily Mail*, 3. Oktober 2009, www.dailymail.co.uk/news/article-1217919/Your-office-bugged-BAE-investigators-told-MP.html.
- 121 »BAE Systems: »Liberal Democrat Norman Lamb's bugging claim is preposterous«, *The Daily Telegraph*, 4. Oktober 2009, www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/industry/6259700/BAESystems-Liberal-Democrat-Norman-Lamb-bugging-claim-is-preposterous.html.
- 122 »Your office may have been bugged by BAE, investigators told MP«, *Daily Mail*.
- 123 »Tories launch challenge over corruption claims in \$40m radar sale to Tanzania«, *The Guardian*.
- 124 »BAE's Dick Olver rejects Government's UK trade post«, *The Daily Telegraph*, 16. Juli 2010, www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/epic/badot/7893149/BAEs-Dick-Olver-rejects-Governments-UK-trade-post.html.
- 125 »US embassy cables: BAE's »dirty deal« to sell radar to Tanzania revealed«, *The Guardian*, 19. Dezember 2010, www.guardian.co.uk/world/us-embassy-cables-documents/116436.

10 Im Osten nichts Neues

- 1 Interview mit Alfons Mensdorff-Pouilly, Wien, 3. September 2010.
- 2 »Austrian count claims small underpants breached his human rights«, *The Daily Telegraph*, 12. Februar 2010, www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/austria/7222007/Austrian-count-claims-small-underpants-breached-his-human-rights.html.
- 3 »BAE »bribery« lobbyist faces new investigations«, *Austrian Times*, 24. März 2010.
- 4 Interview mit dem Autor John Besant auf Uppdrag Granskning (Sveriges Television) und Dagens Eko (Sverige Radio); außerdem: »Brigadier Timothy Landon: The extraordinary life of the white sultan«, *The Independent*, 12. Juli 2007, »Brigadier Tim Landon«, *Daily Telegraph*, 12. Juli 2007, und »Brigadier Tim Landon«, *The Times*, 20. Juli 2007.
- 5 Interview mit Alfons Mensdorff-Pouilly.
- 6 BAE-Urteilsbeschluss, Strafsache Nr. 1:10-cr-035 (JDB), Justizministerium der Vereinigten Staaten, Bezirksgericht Columbia; Download unter: www.justice.gov/criminal/pr/documents/03-01-10%20bae-sentencing-memo.pdf.
- 7 Sam Sole, »BAE's global bribing campaign«, *Mail and Guardian* (Südafrika), 12. Februar 2010, www.mg.co.za/article/2010-02-12-baes-global-bribing-campaign.
- 8 David Leigh, Rob Evans, »BAE chiefs »linked to bribes conspiracy«, *The Observer*, 7. Februar 2010, www.guardian.co.uk/world/2010/feb/07/bae-chiefs-linked-bribes-conspiracy.

- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Vaclav Havel, *The Art of the Impossible: Politics as Morality in Practice*, New York: Knopf 1997.
- 12 Sven Bergman, Joachim Dyfvermark, Fredrik Laurin, »Gripen – the secret agreements«, Uppdrag Granskning, 20. Februar 2007; Skript als Download unter svt.se/content/1/c8/01/44/71/73/The%20Secret%20Agreement.pdf.
- 13 Rob Evans, Ian Traynor, »US accuses British over arms deal bribery bid«, *The Guardian*, 12. Juni 2003, www.guardian.co.uk/uk/2003/jun/12/politics.military.
- 14 Mark Milner, »BAE contract swept away by Czech floods«, *The Guardian*, 20. August 2002, www.guardian.co.uk/business/2002/aug/20/naturaldisasters.weather.
- 15 Magnus Bennett, »UK may give air force free fighter planes«, *The Prague Post*, 15. Mai 2003, www.praguepost.com/archivescontent/37288-uk-may-give-airforce-free-fighter-planes.html.
- 16 David Leigh, Rob Evans, »Czech Republic«, *The Guardian*, 7. Juni 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/jun/07/bae23.
- 17 Magnus Bennett, »Jet deal criticized for lack of tender«, *The Prague Post*, 24. April 2003, www.praguepost.com/archivescontent/37153-jet-deal-criticizedfor-lack-of-tender.html.
- 18 US Department of State, Briefing Memorandum, to: EB – E. Anthony Wayne, From: EB/IFD – Janice F. Bay; Download unter: image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2010/04/23/BAETebbitWayne.pdf.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Nelson D. Schwartz, Lowell Bergman, »Payload: Taking Aim at Corporate Bribery«, *The New York Times*, 25. November 2007, www.nytimes.com/2007/11/25/business/25bae.html?pagewanted=3&_r=2.
- 24 Rob Evans, Ian Traynor, »US accuses British over arms deal bribery bid«, *The Guardian*, 12. Juni 2003, www.guardian.co.uk/uk/2003/jun/12/politics.military.
- 25 Sven Bergman, Joachim Dyfvermark, Fredrik Laurin, »Gripen – the secret agreements«, Uppdrag Granskning.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ben Schiller, »Agency investigates Senate Gripen vote«, *The Prague Post*, 20. November 2002, www.praguepost.com/archivescontent/36226-agency-investigatessenate-gripen-vote.html.
- 29 »Postview«, *The Prague Post*, 23. Dezember 2003, www.praguepost.com/archivescontent/38465-postview.html.
- 30 František Bouc, »Dark Clouds«, *The Prague Post*, 5. Mai 2005, www.praguepost.com/archivescontent/40980---dark-%3Cbr%3E%3Cbr%3Eclouds.html. Außerdem sollten rund 20 Prozent der Offset-Investitionen in Umweltprojekte fließen, 16 Prozent in Elektronikfirmen, 11 Prozent in den Verkehrssektor und 10 Prozent in den Eisen- und Stahlsektor. Wirtschafts- und Handelsminister Urban erklärte, etwa die Hälfte der Projekte werde den Export tschechischer Industrieerzeugnisse ankurbeln, während 40 Prozent der Projekte der Stärkung der heimischen Wirtschaft dienen und 10 Prozent in Forschung und Entwicklung investiert werden sollten.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.

- 34 »Gripen – the secret agreements«, Uppdrag Granskning, 20. Februar 2007.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Die Wiedergabe folgt den Informationen, die mir Fredrik Laurin zukommen ließ.
- 40 Uppdrag Granskning, 20. Februar 2007.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 David Leigh, Rob Evans, »Count named in BAE corruption inquiry«, *The Guardian*, 21. Februar 2007, www.guardian.co.uk/business/2007/feb/21/arms.uknews.
- 44 Uppdrag Granskning, 20. Februar 2007.
- 45 Ben Schiller, »BAE confirms Omnipol purchase«, *The Prague Post*, 8. Mai 2003, www.praguepost.com/archivescontent/37257-bae-confirms-omnipol-purchase.html.
- 46 Wiedergabe nach Informationen, die mir Fredrik Laurin zukommen ließ.
- 47 David Leigh, Rob Evans, »Czech Republic«, *The Guardian*, 7. Juni 2007.
- 48 Uppdrag Granskning, 20. Februar 2007.
- 49 Ebd.
- 50 Ebd.
- 51 Diese Gesellschaft wurde auch bei einem gemeinschaftlichen Betrugsdelikt benutzt, mit dem Jelinek nichts zu tun hatte; siehe Anklage der Vereinigten Staaten gegen Frank Dolney, Nick Pirgousis, Quentin Quintana, Joseph Ferragamom, John Donadio, Rocco J. Donadio, William G. Brown, Gary Todd, Mario Casias, Vladimir Ziskind, Vlad Goldenberg, CR No. 04–159; Download unter: www.justice.gov/usao/nye/vw/PendingCases/CR-04-159_Indictment_US_v_FRANK_DOLNEY.pdf.
- 52 Uppdrag Granskning, 20. Februar 2007.
- 53 David Leigh, Rob Evans, »Count named in BAE corruption inquiry«, *The Guardian*, 21. Februar 2007.
- 54 Wiedergabe der Provisionsvereinbarung nach Informationen, die mir Fredrik Laurin zukommen ließ.
- 55 »Brigadier Timothy Landon: The extraordinary life of the white sultan«, *The Independent*, 12. Juli 2007, und Ulla Schmid, Martin Staudinger, »Die einfachen Geschäftsverbindungen des kleinen Bauern Alfons M.«, *Profil*, 15. Februar 2010, www.profil.at/articles/1006/560/261899/die-geschaeftsverbindungen-bauern-alfons-m.
- 56 Angaben des SFO; zitiert in Ulla Schmid, Martin Staudinger, »Die einfachen Geschäftsverbindungen des kleinen Bauern Alfons M.«
- 57 Angaben des SFO; zitiert in Ulla Schmid, Martin Staudinger.
- 58 David Leigh, Rob Evans, »Austria set to prosecute over BAE arms sales«, *The Guardian*, 19. Juni 2009, <http://www.guardian.co.uk/world/2009/jun/19/austria-bae-armssales> 59 Ulla Schmid, Martin Staudinger, »Die einfachen Geschäftsverbindungen des kleinen Bauern Alfons M.«, und »Tote reden nicht«, *Profil*, 9. März 2009.
- 60 Ulla Schmid, »Der Fall Mensdorff-Pouilly: Neue Spuren führen nach Liechtenstein«, *Profil*, 24. Januar 2011, www.profil.at/articles/1104/560/287153/der-fall-mensdorff-pouilly-neue-spuren-liechtenstein.
- 61 Ebd.
- 62 »Die einfachen Geschäftsverbindungen des kleinen Bauern Alfons M.« und »Tote reden nicht«; Hamsa starb 2007 mit Anfang vierzig an einem Herzinfarkt.
- 63 Ebd.; siehe auch G. Murphy, eidesstattliche Erklärung, Serious Fraud Office (SFO), vorgelegt als Anlage JDP-SW12 beim Obersten Gerichtshof Südafrika (High Court of South Africa, Transvaal

Provincial Division) in dem einseitigen Verfahren des Staatsanwalts (Antragsteller), betr.: Antrag auf Erlass von Durchsuchungsbefehlen gemäß Paragraph 29 Abs. 5 und 29 Abs. 6 des Gesetzes über die Nationale Strafverfolgungsbehörde, Nr. 32 von 1998, in der novellierten Fassung von 2008, Anhang B, S. 8.

- 64 Auf Grundlage des Artikels in *Profil*, 15. Februar 2010.
- 65 Sven Bergman, Joachim Dyfvermark, Fredrik Laurin, »Gripen – Under Cover«, Uppdrag Granskning, 27. Februar 2007; Download unter svt.se/content/1/c8/01/44/71/73/Transcript%20Jan%20Kavan.pdf.
- 66 Ebd.
- 67 Ebd.
- 68 »Case of Kavan’s safe shelved – press«, *CTK Daily News*, 11. Februar 2003; »The trials and more trials of Jan Kavan«, *Prague Post*, 22. Juli 1998, www.praguepost.com/archivescontent/28792-the-trials-trials-and-more-trials-of-jan-kavan.html; und »Murky case of the hitman and her leaves Czechs shaken«, *Scotsman*, 13. August 2002.
- 69 Bergman, Dyfvermark, Laurin, »Gripen – Under Cover«.
- 70 Ebd.
- 71 Ebd.
- 72 Ebd.
- 73 Ebd.
- 74 Ebd.
- 75 Ebd.
- 76 Kavan in einem Brief und mündliche Mitteilung an die schwedische öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt SVT, 19. Februar 2007.
- 77 Bergman, Dyfvermark, Laurin, »Gripen – Under Cover«.
- 78 Ebd.
- 79 »Bribery rumours« (Leserbrief), *The Guardian*, 16. März 2007, www.guardian.co.uk/politics/2007/mar/16/freedomofinformation.uk; und František Bouc, »Gripen corruption probe deepens«, *The Prague Post*, 7. März 2007, www.praguepost.com/archivescontent/3169-gripen-corruption-probe-deepens.html.
- 80 Sven Bergman, Joachim Dyfvermark, Fredrik Laurin, »Gripen – the secret agreements«.
- 81 Ebd.
- 82 Ebd.
- 83 Ebd.
- 84 Ebd.
- 85 Sven Bergman, Joachim Dyfvermark, Fredrik Laurin, »Gripen – the Hungarian deal«, Uppdrag Granskning, 5. Juni 2007; Skript als Download unter: svt.se/content/1/c8/01/44/71/73/Gripen%20Hungary.pdf.
- 86 Sven Bergman, Joachim Dyfvermark, Fredrik Laurin, »The Gripen – Valurex International«, Uppdrag Granskning, 27. Februar 2007; Skript als Download unter: svt.se/content/1/c8/01/44/71/73/Valurex.pdf.
- 87 Ebd.
- 88 Ebd.
- 89 »Fraud complaint against Mensdorff-Pouilly in Eurofighter case«, *Austrian Times*, 22. Dezember 2008.
- 90 Ebd.; außerdem William Green, »Mensdorff-Pouilly family grave vandalised«, *Austrian Times*, 3. September 2009, www.austriantimes.at/news/General_News/2009-09-03/16082/Mensdorff-Pouilly_family_grave_vandalised.
- 91 »Fraud complaint against Mensdorff-Pouilly in Eurofighter case«, *Austrian Times*, 22. Dezember

- 2008.
- 92 »BAE bribery Count's jail time extended«, *Austrian Times*, 16. März 2009, www.austriantimes.at/news/Business/2009-03-16/11827/BAE_bribery_Count%20s_jail_time_extended.
- 93 »New investigation calls as BAE lobbyist walks free«, *Austrian Times*, 8. Februar 2010, www.austriantimes.at/news/Business/2010-02-08/20407/New_investigation_calls_as_BAE_lobbyist_walks_free.
- 94 Interview mit Alfons Mensdorff-Pouilly, Wien, 3. September 2010.
- 95 Antwort auf die Anfrage von Vince Cable, Unterhausabgeordneter, Plenarprotokoll (Hansard), 23. Januar 2007, Abs. 1666W.
- 96 Rob Evans, »Fraud investigators raid BAE agent's Austria home«, *The Guardian*, 30. September 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/sep/30/bae.
- 97 »BAE Systems lobbyist held on bribery charges«, *Bloomberg*, 28. Februar 2009, gulfnews.com/business/general/baesystems-lobbyist-held-on-bribery-charges-1.55459.
- 98 »Former BAE agent charged with corruption«, Presseerklärung, SFO, 29. Januar 2010, www.sfo.gov.uk/press-room/latest-press-releases/pressreleases-2010/former-bae-agent-charged-with-corruption.aspx.
- 99 Rob Evans, David Leigh, »Gummer backs count's plea for bail in BAE case«, *The Guardian*, 4. Februar 2010, www.guardian.co.uk/business/2010/feb/04/bae-austrian-bribes-gummer-mensdorff.
- 100 David Leigh, Rob Evans, »Austria set to prosecute over BAE arms sales«, *The Guardian*, 19. Juni 2009, www.guardian.co.uk/world/2009/jun/19/austria-bae-armssales; und Interview mit österreichischem Staatsanwalt, Wien, 3. September 2010.
- 101 »FBI to probe Gripen scam«, *CzechNews*, 25. November 2009, aktualne.centrum.cz/czechnews/clanek.phtml?id=653955.
- 102 Klára Jiříčková, »Gripen inquiry ordered reopened«, *The Prague Post*, 5. Mai 2010, www.praguepost.com/news/4332-gripen-inquiry-ordered-reopened.html.
- 103 David Leigh, Rob Evans, »Meeting of prosecutors increases BAE pressure«, *The Guardian*, 3. Mai 2007, www.guardian.co.uk/world/2007/may/03/bae.armstrade.
- 104 »JAS Gripen – inquiry is dropped«, Uppdrag Granskning, 17. Juni 2009, svt.se/2.101059/1.1597705/jas_gripen_-_inquiry_is_dropped.
- 105 Ebd.
- 106 Ebd.
- 107 Ebd.
- 108 Ebd.
- 109 E-Mail-Korrespondenz mit dem Büro von Vaclav Havel, 17. September 2010.
- 110 Nelson D. Schwartz, Lowell Bergman, »Payload: Taking Aim at Corporate Bribery«, *The New York Times*, 25. November 2007.
- 111 *Népszabadság* (Ungarn), 2. März 2009.
- 112 Ebd.
- 113 »New York Times alleges bribery in Hungarian Gripen purchases«, *Politics.Hu*, 27. November 2007, www.politics.hu/20071127/new-york-times-alleges-bribery-in-hungarian-gripen-purchases.
- 114 »Hungary inks Gripen Lease MoU«, *Defence Daily*, 27. November 2001, findarticles.com/p/articles/mi_6712/is_38_212/ai_n28875765/.
- 115 Leigh, Evans, »Austria set to prosecute over BAE arms sales«.
- 116 Bergman, Dyfvermark, Laurin, »Gripen – The Hungarian deal«.
- 117 Ebd.
- 118 Ebd.

- 119 Ebd.
- 120 »Hungary to probe Gripen deal«, *The Local* (AFP), 18. Juni 2007, www.thelocal.se/7643/20070618/.
- 121 »New York Times alleges bribery in Hungarian Gripen purchases«, *Politics.Hu*, 27. November 2007, www.politics.hu/20071127/new-york-times-alleges-bribery-in-hungarian-gripen-purchases; und www.budapesttimes.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=2326&Itemid=134.
- 122 Interview mit Alfons Mensdorff-Pouilly, Wien, 3. September 2010.
- 123 Ebd.
- 124 Ebd.
- 125 Ebd.
- 126 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*.
- 127 SIPRI-Datenbank, Militärausgaben, milexdata.sipri.org; im Jahr 2010 war Schweden der siebtgrößte Waffenlieferant der Welt.
- 128 Zitiert in *The New York Times*, 11. April 2008.
- 129 »India Rejects Saab Gripen fighter bid«, *The Local*, 28. April 2011.
- 130 Swedish Peace and Arbitration Society, *As the Carousel Spins Weapons: A Report on the Swedish Military-Industrial Complex and 10 of Its Most Powerful Players*, September 2010.
- 131 Siehe u.a. das *Forbes*-Magazin vom 30. Juli 1997, *Merinews* vom 5. März 2007, *The New York Times* vom 1. März 1997.
- 132 Zitiert in »Bofors has risen again«, *The Hindu*, 6. Januar 2011.
- 133 »Bofors: BJP wants PM to apologise«, *The Hindu*, 5. Januar 2011.
- 134 Zitiert in »Bofors has risen again«.
- 135 »Cong unfazed; BJP wants SIT probe into Bofors kickbacks«, *Indian Express*, 4. Januar 2011.
- 136 »No political pressure on Bofors gun: army chief«, *Indo-Asian News Service*, 26. September 2001.
- 137 Pranay Gupte, Rahul Singh, »Money! Guns! Corruption!«, *Forbes*, 7. Juli 1997, www.forbes.com/forbes/1997/0707/6001112a.html.
- 138 Interview mit Thomas Tjäder im ISP in Stockholm, 25. November 2010.
- 139 Celsius war ein Staatsbetrieb, der später von Saab gekauft wurde.
- 140 Swedish Peace and Arbitration Society, *As the Carousel Spins Weapons*, September 2010.

11 Kapitulation auf ganzer Linie 1 SFO, Presseerklärung, 5. 2. 2010, »BAE Systems plc«, www.sfo.gov.uk/press-room/latest-press-releases/pressreleases-2010/baesystems-plc.aspx.

- 2 »Director of the Serious Fraud Office Summary Grounds for Contesting the Claim«, Abs. 18, Download unter: www.caat.org.uk/issues/bae/jr/SFO_Grounds_2010-3-10.pdf.
- 3 Persönliche Mitteilungen von Informanten.
- 4 Strafzumessung im Fall Nr. 1:10-cr-035 (JDB); Download unter: [www.justice.gov/criminal/pr/documents/03-01-10 %20bae-sentencing-memo.pdf](http://www.justice.gov/criminal/pr/documents/03-01-10%20bae-sentencing-memo.pdf).
- 5 Zitiert in »BAE admits guilt over corrupt arms deals«, *The Guardian*, 6. Februar 2010.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 »Attorney General's Guidelines on Plea Discussions in cases of Serious or Complex Fraud« (Leitlinien der Generalstaatsanwaltschaft über Prozessabsprachen in Fällen von schwerem oder komplexem Betrug) vom 18. März 2009.
- 9 Dieser Kommentar stammt von einem angesehenen Rechtsanwalt, der in die Ermittlungen des SFO involviert war.

- 10 »Courts could tear up BAE Plea Bargain«, *Daily Mail*, 8. Mai 2010; und Susan Hawley, »Innospec ruling forces major change to SFO approach to dealing with overseas corruption«, *Corruption Watch*, 19. April 2010.
- 11 Fall Regina gegen BAE Systems PLC, 20/12/2010, »Antrag (Note for Opening)«, Southwark Crown Court, www.sfo.gov.uk/media/133543/bae%20opening%20statement%2020.12.10.pdf, »Richterliche Entscheidung (Judgement)«, Southwark Crown Court, www.judiciary.gov.uk/media/judgments/2010/r-v-baesystems-plc.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Zitiert in »Arms deal details consigned to dark«, *Business Day*, 8. Februar 2010.
- 18 Ebd.
- 19 Andrew Feinstein, *After the Party: Corruption, the ANC and South Africa's Uncertain Future*, London: Verso 2010, S. 260–263.
- 20 Ebd., S. 282.
- 21 Ebd., S. 285.
- 22 Ebd., S. 284.
- 23 Ebd.; und »Why I Let Fana Hlongwane Off the Hook – Simelane«, *Politicsweb*, 21. März 2010; siehe auch »Hlongwane Order Dropped«, *News24* (Südafrika), 19. März 2010.
- 24 Dieses Dokument kann eingesehen werden unter www.theshadowworld.com.
- 25 »Result of Saabs Ongoing Internal Investigation Regarding South African Consultant Contract«, Presseerklärung, Saab Group, 20. Mai 2011, www.saabgroup.com.
- 26 »Saab Completes Internal Investigation Regarding Consultant Contract in South Africa«, Presseerklärung, Saab Group, 16. Juni 2011.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 David Maynier, »The Fana Hlongwane Documents – David Maynier«, *Politicsweb*, 23. Juni 2011.
- 30 Dieses Dokument kann eingesehen werden unter www.theshadowworld.com
- 31 Abduel Elinanza, »Dar to Probe Radar Scandal Despite \$46m Payout«, *AllAfrica*, 15. Februar 2010, allafrica.com/stories/201002150075.html.
- 32 »Dr. Edward Hosea corners SFO«, *Guardian on Sunday*, 14. Februar 2010, www.jamiiforums.com/habari-na-hoja-mchanganyiko/52982-dr-edward-hosea-corners-sfo.html.
- 33 »Confirmed: Radar billions destined to local charities«, *The Guardian on Sunday*, 14. März 2010, www.ippmedia.com/frontend/index.php?l=14439.
- 34 »Chenge gets clean bill on radar scam«, *The Citizen*, 9. November 2010; Chenge wurde nicht zum Parlamentspräsidenten gewählt.
- 35 »Chenge case not yet closed, says UK«, *The Citizen*, 11. November 2010.
- 36 Thomas Hochwarter, »MPs anger over Mensdorff-Pouilly«, *Wiener Zeitung*, 8. Februar 2010, www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4082&Alias=wzo&cob=470621.
- 37 Michael Peel, »BAE deal saw count's bribes case dropped«, *The Financial Times*, 21. April 2010.
- 38 Ebd.
- 39 Der Oberste Gerichtshof, Campaign Against The Arms Trade (CAAT) und The Corner House gegen den Direktor des SOF, BAE Systems und Graf Alfons Mensdorff-Pouilly, »Reply to defendants and first interested party's summary grounds«, 17. März 2010, Download unter: www.caat.org.uk/issues/bae/jr/Reply_2010-03-17.pdf.

40 »Money! Guns! Corruption!«, *Forbes*, 7. Juli 1997.

VIER

Die Waffensupermacht

12 Legale Korruption

- 1 Nach Eugene Jarecki, *The American Way of War*, New York: Free Press 2008, S. 52; aus dieser Veröffentlichung wurde für den ganzen 4. Buchabschnitt geschöpft.
- 2 E. Jarecki, *Why We Fight*, Sony Pictures Classics, 2005.
- 3 Nach Jarecki 2008.
- 4 Ebd., und Garry Wills, *Bomb Power. The Modern Presidency and the National Security State*, New York: Penguin 2010.
- 5 Ebd.
- 6 Nach dem Verteidigungshaushaltentwurf des Pentagon auf der Grundlage konstant inflationsbereinigter Dollarwerte von 2005 berechnet.
- 7 Jarecki, *Why We Fight*.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd., S. 140.
- 10 Aus *War is a Racket*, zitiert in Jarecki, S. 145.
- 11 Jarecki, *Why We Fight*.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Nach dem Verteidigungshaushaltentwurf des Pentagon auf der Grundlage konstant inflationsbereinigter Dollarwerte von 2005 berechnet.
- 16 Nach Jarecki, *Why We Fight*.
- 17 Ebd.; außerdem James Ledbetter, *Unwarranted Influence. Dwight D. Eisenhower and the Military-Industrial Complex*, New Haven: Yale University Press 2010.
- 18 »Unindicted and Misunderstood«, *Slate*, 9. Februar 2010.
- 19 »Murtha's Earmarks Keep Airport Aloft«, *The Washington Post*, 19. April 2009.
- 20 »John Murtha Dies«, *The Washington Post*, 9. Februar 2010.
- 21 »Unindicted and Misunderstood«, *Slate*, 9. Februar 2010.
- 22 »The Murtha Method«, *The Center for Public Integrity*, 8. September 2009.
- 23 »PMA Lobbyist Pleads Guilty«, *The Center for Public Integrity*, 27. September 2010.
- 24 »Murtha's Nephew got Defense Contracts«, *The Washington Post*, 5. Mai 2009.
- 25 Ebd.
- 26 »Nephew Mentioned Rep. Murtha in Dealings as Contractor«, *The Washington Post*, 12. Mai 2009.
- 27 Ebd.
- 28 »Bribery Plea in firm with Murtha ties«, *The Washington Post*, 8. Juli 2010
- 29 »John Murtha Dies«, *The Washington Post*, 9. Februar 2010.
- 30 »Murtha Defends Earmarks to his District«, *The Washington Post*, 30. Mai 2009.
- 31 »Critics claim John Murtha is capitalizing on a corrupt system, but he's not apologizing«, *Pittsburgh Post-Gazette*, 29. September 2010.
- 32 »Murtha's Earmarks Keep Airport Aloft«, *The Washington Post*, 19. April 2009.
- 33 »Rep. Murtha's Earmarks Lead to Fewer Jobs than Promised«, *The Washington Post*, 31. Dezember 2009.
- 34 Siehe »John Murtha: The Old Soldier who said ›Bring the Troops Home‹«, *The Nation*, 8. Februar 2010.
- 35 Rachel Slajda, »Lockhead Martin Takes Out Full-Page Ad Memorializing Murtha«, *TPM*, 12. Februar

- 2010.
- 36 Ken Silverstein, *Turkmeniscam: How Washington Lobbyists Fought to Flack for a Stalinist Dictatorship*, London: Random House 2008.
- 37 George Crile, *Charlie Wilson's War*, London: Atlantic Books 2007, S. 82.
- 38 Ebd.
- 39 »Murtha and the FBI: The Director's Cut«, *The American Spectator*, 29. September 2006. In dem Artikel heißt es außerdem, Murtha habe seine Rolle bei dem Betrugsfall durchaus nicht wahrheitsgemäß dargestellt. Tatsächlich habe er versucht, mit dem angeblichen Scheich eine langfristige Vereinbarung zu schließen, um diesem und angeblichen weiteren Scheichs zu helfen, in die USA einreisen zu können, statt die Angelegenheit dem FBI oder der Ethikkommission, der er selbst angehörte, zu melden.
- 40 Crile, *Charlie Wilson's War*.
- 41 Ebd.; sowie »Charlie Wilson«, *The Economist*, 18. Februar 2010.
- 42 Siehe Crile, *Charlie Wilson's War*.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 »Charlie Wilson«, *The Economist*, 18. Februar 2010.
- 47 Crile, *Charlie Wilson's War*.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Steve Coll, *Ghost Wars: The Secret History of the CIA, Afghanistan, and Bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001*, London: Penguin 2004.
- 51 Chalmers Johnson, *Dismantling the Empire. America's Last Best Hope*, New York: Metropolitan Books 2010.
- 52 Crile, *Charlie Wilson's War*.
- 53 Ebd.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd.
- 56 Johnson, *Dismantling the Empire*.
- 57 Crile, *Charlie Wilson's War*, S. 521.
- 58 Ebd.
- 59 Johnson, *Dismantling the Empire*.
- 60 »Charlie Wilson and the political uses of being a ›character‹«, *Crosscut.com*, 11. Februar 2010.
- 61 »John Murtha Dies«, *The Washington Post*, 9. Februar 2010.
- 62 R. Grimmett, »Conventional Arms Transfers to Developing Nations 2002–2009«, Congressional Research Service, 10. September 2010, S. CRS-71.
- 63 Dr. Sam Perlo-Freeman, Projektleiter »SIPRI Military Expenditure«, www.sipri.org/media/pressreleases/milex.
- 64 Gespräch mit einem erfahrenen Insider des Kongresses, der sich seit vielen Jahren mit Fragen des Waffenhandels befasst, Washington DC, November 2008.
- 65 A. Bacevich, *The New American Militarism*, London: Oxford University Press 2005; und Interview am 14. November 2008 in Boston.
- 66 Präsident Dwight D. Eisenhower bei seiner Abschiedsrede im Fernsehen am 17. Januar 1961.
- 67 Anthony Sampson, *The Arms Bazaar*.
- 68 William D. Hartung, *Prophets of War*, New York: Nation Books 2011.
- 69 Ebd.

- 70 Ebd.
- 71 Die Darstellung der Geschichte der »C-5A Galaxy« beruht hauptsächlich auf Hartung, 2011.
- 72 Ebd.
- 73 Fitzgeralds dienstlicher Nachfolger war Mitinhaber der für Lockheeds Buchführung hauptverantwortlichen Firma Arthur Young & Co. und an der Vertuschung der Kostenüberschreitung bei der C-5A beteiligt. Über seine Ernennung hieß es empört, das sei, als würde man eine Bulldogge ein Stück Fleisch bewachen lassen. Nach heftigen Protesten im Kongress wurde die Ernennung rückgängig gemacht.
- 74 Hartung, *Prophets of War*.
- 75 Ebd.
- 76 Ebd.
- 77 Ebd.
- 78 Ebd.
- 79 Ebd.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd.
- 82 Ebd.
- 83 Diese Darstellung basiert teilweise auf Eugene Jarecki, *The American Way of War*, Free Press 2008.
- 84 Diese Darstellung beruht auf einem Gespräch mit Spinney am 1. März 2010 in Alexandria (Virginia) und anschließender E-Mail-Korrespondenz; außerdem auf Jarecki, *The American Way of War*.
- 85 Interview mit Chuck Spinney am 1. März 2010 in Alexandria.
- 86 Spinney nach Jarecki, *The American Way of War*.
- 87 Nach Jarecki.
- 88 Interview mit Chuck Spinney am 1. März 2010 in Alexandria.

13 Im Namen von Uncle Sam

- 1 Chalmers Johnson, »Death Spiral at the Pentagon«, TomDispatch.com, 2. Februar 2009.
- 2 Naomi Klein, *The Shock Doctrine*, London: Penguin Books 2004; *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, deutsch von Hartmut Schickert, Michael Bischoff, Karl Heinz Silber, Frankfurt am Main: S. Fischer 2007, S. 220f.
- 3 Ebd., S. 222f.
- 4 Dieses Beispiel stammt aus Anthony Sampson, *Die Waffenhändler. Von Krupp bis Lockheed. Die Geschichte eines tödlichen Geschäfts*, deutsch von Margaret Carroux, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1977, Kap. 13.
- 5 William D. Hartung, *Prophets of War: Lockheed Martin and the Making of the Military-Industrial Complex*, New York: Nation Books 2010, S. 115f.
- 6 Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 218.
- 7 Hartung, *Prophets of War*.
- 8 Sampson, *Die Waffenhändler*, Kap. 13.
- 9 Zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
- 10 Hartung, *Prophets of War*, und eine anonyme deutsche Quelle.
- 11 Sampson, *Die Waffenhändler*, Kap. 6.
- 12 Ebd., S. 132ff.
- 13 Ebd., S. 130ff.; die Angaben basieren auf Dokumenten des Church-Ausschusses.
- 14 Aktenvermerk von Marketingdirektor D. D. Stone, zitiert in Hartung, *Prophets of War*.

- 15 Mitteilungen aus der firmeninternen Korrespondenz zwischen Dobbins, Cleland und Mitchell, zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
- 16 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 186.
- 17 Zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
- 18 Ebd.
- 19 Beweisstück des Church-Unterausschusses, zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
- 20 Ebd.
- 21 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 187.
- 22 David Leigh, Rob Evans, »Adnan Khashoggi«, *The Guardian*, 7. Juni 2007; www.guardian.co.uk/world/2007/jun/08/bae52.
- 23 Zitiert in Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 190f.
- 24 Siehe Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 262f.
- 25 Ebd., S. 264.
- 26 Zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Siehe Hartung, *Prophets of War*, und Sampson, *Die Waffenhändler*, S. 264f.
- 30 Hartung, *Prophets of War*.
- 31 Siehe Andrew Cockburn, *Rumsfeld: His Rise, Fall, and Catastrophic Legacy*, New York: Scribner 2007.
- 32 Zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
- 33 Ebd.
- 34 Siehe etwa »Again, Political Slush Funds«, *Time Magazine*, 24. 3. 1975, www.time.com/time/magazine/article/0,9171,946547,00.html.
- 35 Henry H. Rossbacher und Tracy W. Young, »The Foreign Corrupt Practices Act Within the American Response to Domestic Corruption«, *Dickinson Journal of International Law*, 15. Jg. (1997), S. 509, 518.
- 36 House Report (Ausschussbericht vor dem Kongress), 1977, Unlawful Corporate Payments Act, Nr. 114, 95. Kongress, 1. Sitzung.
- 37 Ben R. Rich, Leo Janos, *Skunk Works: A Personal Memoir of My Years at Lockheed*, New York: Little, Brown 1994.
- 38 Miriam F. Weismann, »The Foreign Corrupt Practices Act: The Failure of the Self-Regulatory Model of Corporate Governance in the Global Business Environment«, *Journal of Business Ethics*, Bd. 88, Nr. 4 (2009), S. 615–661.
- 39 Zum FCPA-Gesetz siehe Website des Justizministeriums: www.justice.gov/criminal/fraud/fcpa.
- 40 Zitiert im FCPABlog, »There are moral problems«, 23. 8. 2007, www.fcpablog.com/blog/tag/ethics?currentPage=14.
- 41 Alvaro Cuervo-Cazurra, »The effectiveness of laws against bribery abroad«, *Journal of International Business Studies*, Bd. 39, Nr. 4 (2008), S. 634–651.
- 42 Siehe den 15. Titel des Bundesgesetzbuchs (US Code), die Paragraphen 78c (a) (8), 78dd-1 (a) (Sektion 30A des Securities and Exchange Act von 1934).
- 43 Ebd., § 78dd-3 (a), (f) (1).
- 44 OECD, 02, »United States: Phase 2, Report on Application of the Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Actions and the 1997 Recommendation on Combating in International Business Transactions«; Download unter: www.oecd.org/dataoecd/52/19/1962084.pdf; und Weismann, »The Foreign Corrupt Practices Act: The Failure of the Self-Regulatory Model of Corporate Governance in the Global Business Environment«.

- 45 Ausschussbericht vor dem Kongress, 1977, Unlawful Corporate Payments Act, Nr. 114, 95. Kongress, 1. Sitzung, S. 6.
- 46 Anhörungen vor dem Unterausschuss für Telekommunikation, Verbraucherschutz und Finanzwirtschaft des Ausschusses für Energie und Handel, Repräsentantenhaus, 97. Kongress, 1982, S. 256.
- 47 Ebd., S. 265.

14 Fröhliches Treiben mit WC-Brille und Hammer 1 Kapitel 14 stützt sich vor allem auf William D. Hartung, *Prophets of War*, New York: Nation Books 2011.

- 2 Zahlenangaben nach Hartung, S. 135.
- 3 Ebd., S. 136f.
- 4 Ebd., S. 137.
- 5 Ebd., S. 138ff.
- 6 Ebd., S. 145.
- 7 Ebd., S. 149.
- 8 Ebd., S. 151f.
- 9 Ebd., S. 152f.
- 10 Ebd., S. 153.
- 11 Ebd., S. 154.
- 12 Ebd., S. 155.
- 13 Ebd., S. 155ff.
- 14 Siehe Gordon Adams, *The Iron Triangle: The Politics of Defense Contracting*, New York: Council on Economic Priorities, 1981.
- 15 Steven R. Salbu, »Bribery in the global market: A critical analysis of the Foreign Corrupt Practices Act«, *Washington and Lee Law Review*, Winter 1997.
- 16 Jack G. Kaikati u.a. »The Price of International Business Morality: Twenty Years Under the Foreign Corrupt Practices Act«, *Journal of Business Ethics*, 26. April 2000, S. 213–222.
- 17 »Corruption: U.S. Firms Handicapped«, *Intelligence Newsletter*, 21. März 1996, S. 7.
- 18 W. Cragg und W. Woof, »The U.S. Foreign Corrupt Practices Act: A study of its effectiveness«, *Business and Society Review*, 107 (1), 2002, S. 98–144.
- 19 Lawrence Walsh, *The Iran-Contra Conspiracy*.
- 20 Interview mit Chuck Spinney am 1. März 2010 in Alexandria; außerdem E. Jarecki, »Why We Fight«, Sony Pictures Classics, 2005.
- 21 Die Arbeit wurde 1985 von Westview Press unter dem Titel »Defense Facts of Life: The Plans/Reality Mismatch« veröffentlicht.
- 22 Chalmers Johnson, »Death Spiral at the Pentagon«, *TomDispatch.com*, 2. Februar 2009.
- 23 Kevin Phillips, *American Dynasty*, London: Allen Lane 2004.
- 24 Ebd.
- 25 Siehe Craig Unger, *Die Bushs und die Sauds*, deutsch von Helmut Dierlamm, Hans Freundl u.a., München: Piper 2004; und William Simpson, *The Prince: The Secret Story of the World's Most Intriguing Royal*, New York: Regan 2006.
- 26 Craig Unger, *Die Bushs und die Sauds*.
- 27 Larry Gurwin, Adam Zagorin, »All That Glitters«, *Time Magazine*, 6. November 1995.
- 28 Die statistischen Angaben stammen von der Website der Carlyle-Gruppe, »Firm Profile«, www.carlyle.com/company/item1676.html.

- 29 Melanie Warner, »What Do George Bush, Arthur Levitt, Jim Baker, Dick Darman, And John Major Have In Common? (They All Work For The Carlyle Group.) What exactly does it do? To find out, we peeked down the rabbit hole«, *Fortune*, 18. März 2002.
- 30 Tim Shorrock, »The Carlyle Group – Crony Capitalism Goes Global«, *The Nation*, 26. März 2002.
- 31 Oliver Burkeman, Julian Borger, »The ex-presidents’ club«, *The Guardian*, 31. Oktober 2001.
- 32 Steve Lohr, »Gerstner to Be Chairman of Carlyle Group«, *The New York Times*, 22. November 2002.
- 33 Carlyle-Website, »Arthur Levitt, Senior Advisor«, www.carlyle.com/team/item5771.html.
- 34 Dan Briody, *The Iron Triangle: Inside the Secret World of the Carlyle Group*, New York: John Wiley & Sons 2003, S. XIII; sowie Jason Lewis, »Revealed: How protection teams claim thousands of pounds of taxpayers’ money to guard former Prime Ministers«, *Daily Mail*, 4. Juli 2010.
- 35 »Three Former Leaders Leave Posts at Carlyle Group«, *The New York Times*, 6. August 2004.
- 36 Tim Shorrock, »Carlyle’s tentacles embrace Asia«, *Asia Times*, 20. März 2002.
- 37 Carlyle-Website, »Thomas F. (Mack) McLarty, Senior Advisor«, www.carlyle.com/team/item5871.html.
- 38 Carlyle-Website, »Randal K. Quarles, Managing Director«, www.carlyle.com/team/item9821.html.
- 39 Center for Public Integrity, Laura Peterson, United Defence Industries L.P., <http://projects.publicintegrity.org/wow/bio.aspx?act=pro&ddlC=60>.
- 40 Website von BAE Systems, »U.S. Board of Directors«, www.baesystems.com.
- 41 Dan Briody, *The Iron Triangle*.
- 42 Zitiert in Eric Leser, »Carlyle Empire«, *Le Monde*, 29. April 2004.
- 43 Tim Shorrock, »The Carlyle Group – Crony Capitalism Goes Global«, *The Nation*, 26. März 2002.
- 44 National Audit Office (Rechnungshof des Vereinigten Königreichs), »The Privatisation of QinetiQ«, 23. November 2007.
- 45 Kenneth N. Gilpin, »Military Contractor Sold to Buyout Firm«, *The New York Times*, 27. August 1997.
- 46 »United defense in deal for Bofors weapon systems«, *The New York Times*, 16. Juni 2000.
- 47 Global Security Website, »United Defence Industries«, www.globalsecurity.org/military/industry/udi.htm.
- 48 Andrea Rothman, Edmond Lococo, »BAE Buys United Defense to Tap U.S. Military Sales«, *Bloomberg*, 7. März 2005.
- 49 Bob Cox, »Pennsylvania company buys Vought for \$1.4 billion«, *Star Telegram*, 23. März 2010.
- 50 Website von Triumph Group Inc., »Military Programs: Triumph Aerostructures – Vought Aircraft Division«, www.triumphgroup.com.
- 51 Tim Shorrock, »The Carlyle Group – Crony Capitalism Goes Global«, *The Nation*, 26. März 2002.
- 52 Tim Shorrock, »US-Taiwan: The guiding hand of Frank Carlucci«, *Asia Times*, 19. März 2002.
- 53 David B. Ottaway, *The King’s Messenger: Prince Bandar Bin Sultan and America’s Tangled Relationship with Saudi Arabia*, New York: Walker & Company 2008, S. 164.
- 54 Robert G. Kaiser, »Enormous Wealth Spilled into American Coffers«, *The Washington Post*, 11. Februar 2002.
- 55 Laura Peterson, »Privatizing Combat, the New World Order«, *Center for Public Integrity*, 28. Oktober 2002.
- 56 Global Security, »Office of the Program Manager Saudi Arabian National Guard Modernization Program«, www.globalsecurity.org/military/agency/dod/opm-sang.htm.
- 57 Eric Leser, »Carlyle Empire«, *Le Monde*, 29. April 2004.
- 58 Center for Public Integrity, »Windfalls of War: Campaign Contributions of Post-war Contractors«.
- 59 Said Aburish, *The Rise, Corruption and Coming Fall of The House of Saud*, London: Bloomsbury Publishing 2005, S. 82; sowie Dan Briody, *The Iron Triangle*, S. 51.

- 60 »2001 Global Influentials, 18. Prince Al-Waleed«, Time/CNN.
- 61 Tim Shorrock, »The Carlyle Group – Crony Capitalism Goes Global«.
- 62 Dan Briody, *The Iron Triangle*, S. 51–59.
- 63 Ebd.
- 64 Kaiser, »Enormous Wealth Spilled into American Coffers«.
- 65 Ebd.
- 66 Dan Briody, S. 145; sowie Oliver Burkeman, Julian Borger, »The ex-presidents' club«.
- 67 Steve Coll, *The Bin Ladens, Oil, Money Terrorism and the Secret Saudi World*, London: Penguin Books 2008, S. 424.
- 68 Ebd., S. 520.
- 69 Nach Hartung.
- 70 Ebd., S. 169.
- 71 Ebd., S. 170.
- 72 Ebd.
- 73 Ebd.
- 74 Ebd.
- 75 Ebd.
- 76 Nachdem ein Kongressmitglied in dem Zusammenhang von »geschmierten Entlassungen« sprach, erklärte Augustine sich bereit, den Steuergeldanteil seiner Abfindungsprämie für einen wohltätigen Zweck zu spenden.
- 77 Hartung, *Prophets of War*, S. 173.
- 78 Ebd., S. 188.
- 79 Ebd., S. 191.
- 80 Hartung, *How Much are You Making on the War, Daddy?*, New York: Nation Books 2003, S. 40.
- 81 Hartung, *Prophets of War*, S. 193.
- 82 Ebd., S. 197.
- 83 Vom Vorwurf der Bestechung wurde Farmus freigesprochen; das Gericht urteilte, er habe zwar kein Schmiergeld angenommen, aber einigen Bietverfahrensbeteiligten unrechtmäßigweise ein vertrauliches Dokument zugänglich gemacht (*PolenForum*, 29. Januar 2007). Szeremietiew musste anschließend zurücktreten und wurde nach mehreren Gerichtsverfahren schließlich im November 2010 in allen Anklagepunkten freigesprochen (www.wyborcza.pl, 9. November 2010).
- 84 Barre R. Seguin, »Why did Poland Choose the F-16«, George C. Marshall European Center for Security Studies, Juni 2007, Nr.11; Clare McManus-Czubinska, William L. Miller, Radoslaw Markowski, Jacek Wasilewski, »Why is Corruption in Poland »a serious cause for concern«?, *Crime, Law and Social Change*, 41 (2), 2004, S. 107–132; Gregory Filipowicz, »An Existentialist Shift: The F-16 Reaching Into Iraq«, *Dedefensa.org*, 11. Juni 2005; außerdem Mohammed Ahmedullah, »Arms Sales: The U.S.–French Tug of War«, *Bulletin of the Atomic Scientists*, Bd. 59, Nr. 5, September/Oktober 2003.
- 85 »Emergency Landing of Polish F-16s«, *Polish News*, 2. Oktober 2007.
- 86 Zahlen ermittelt nach Johnson, *Death Spiral at the Pentagon*, sowie Nick Turse, *The Complex*, London: Faber and Faber 2008.
- 87 C. Johnson, *The Sorrows of Empire*, Verso: London 2006, S. 62f.
- 88 Siehe Hartung, *Prophets of War*, S. 192f.
- 89 Ebd., S. 193.
- 90 *The Economist*, 14. Juli 2011.
- 91 Johnson, *The Sorrows of Empire*, S. 63.
- 92 Siehe Paul Wolfowitz, Scooter Libby, »Defence Planning Guidance for the 1994–1999 Fiscal Years«;

- in Auszügen einsehbar unter www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/etc/wolf.html 93 Ebd.
- 94 Zitiert bei Jarecki, *American Way of War*, S. 12.
- 95 »Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources For a New Century«, Project for the New American Century (PNAC), September 2000; Download unter: <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>.
- 96 Siehe den jährlichen Bericht der Regierung zur außenpolitischen nationalen Sicherheitsstrategie, »The National Security Strategy of the USA«, von 2002; in seiner Ansprache zur Lage der Nation vor dem Kongress im folgenden Jahr brachte Bush dann zur Begründung der politischen Neuausrichtung das Schlagwort von der »Achse des Bösen« ins Spiel.
- 97 Hartung, *Prophets of War*, S. 209.
- 98 Jarecki, *American Way of War*, S. 25–28.
- 99 PANC, »Rebuilding America's Defenses«.
- 100 Jarecki, *American Way of War*.
- 101 Interview mit Andrew Bacevich am 14. November 2008 in Boston.
- 102 *The New York Times*, 4. Februar 2007.
- 103 Nach Naomi Klein, *The Shock Doctrine* (London: Penguin Books 2004, S. 300), von der einige der hier wiedergegebenen Überlegungen stammen (*Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, Frankfurt am Main: S. Fischer 2007).
- 104 Ebd.
- 105 Diese Zahlen beruhen auf verschiedenen Quellen, u.a. N. Klein, E. Jarecki, T. Sharp, sowie auf Gesprächen mit Informanten aus Regierungs- und Rüstungsindustriekreisen.
- 106 Travis Sharp, »Fiscal Year 2010 Pentagon Defense Spending Request: February ›Topline««, Center for Arms Control and Non-Proliferation, 26. Februar 2009.
- 107 Turse, *The Complex*.
- 108 Ebd.
- 109 »The Ties that Bind: Arms Industry Influence in the Bush Administration and Beyond«, World Policy Institute, Oktober 2004.
- 110 Klein, *Shock Doctrine*.
- 111 Pratap Chatterjee, *Halliburton's Army*, New York: Nation Books 2009.
- 112 Klein, *Shock Doctrine*.
- 113 David Bromwich, »The Co-President at Work«, *The New York Review of Books*, 20. November 2008.
- 114 L. Dubose, J. Bernstein, *Vice: Dick Cheney and the Hijacking of the American Presidency*, New York: Random House 2006; und Turse, *The Complex*.
- 115 Diese Ausführungen beruhen auf einem Gespräch mit dem Gründer des Center for Public Integrity, Chuck Lewis.
- 116 Klein, *Shock Doctrine*.
- 117 Zitiert ebd.
- 118 Ebd. und Gespräche mit verschiedenen Informanten.
- 119 Nixon sagte über Rumsfeld, 1971 (im Gespräch mit seinem Stabschef im Weißen Haus): »He's a ruthless little bastard, you can be sure of that.«
- 120 Klein, *The Shock Doctrine*.
- 121 Siehe etwa Hartung »Reagan Redux: The Enduring Myth of Star Wars«, *World Policy Journal*, Bd. 15, 1998.
- 122 Zahlen nach Hartung, *Prophets of War*.
- 123 Nach Jarecki, *American Way of War*.
- 124 Ebd.
- 125 Ebd.

- 126 Rachel Monahan, Elena Herrero Beaumont, »Big Time Security«, *Forbes*, 8. März 2006.
- 127 Siehe Jarecki, *American Way of War*.
- 128 Ebd.
- 129 »U.S. Stocks Rise, Erasing Losses on London Bombings; Gap Rises«, *Bloomberg*. 7. Juli 2005.
- 130 Klein, S. 302; und Rachel Monahan, Elena Herrero Beaumont, »Big Time Security«, *Forbes*, 3. August 2006.
- 131 Klein, *The Shock Doctrine*.
- 132 Hartung, *How much are you making on the War, Daddy?*, Nation Books: New York 2003. Perle erklärte in seinem Rücktrittsschreiben, er wolle »nicht von dringenden Aufgaben ablenken« und könne »die auf faktischen Irrtümern beruhende Kritik an mir« nicht zum Verstummen bringen (*Newsmax.com*, 24. März 2003).
- 133 Hartung, *How much are you making on the War, Daddy?*
- 134 Nach Klein, *The Shock Doctrine*.

15 Illegale Korruption

- 1 »Fill 'Er Up: Back-Door Deal for Boeing Will Leave the Taxpayer on Empty«, Project on Government Oversight (POGO), 7. Mai 2002, www.pogo.org/pogo-files/reports/national-security/back-door-deal-for-boeing/ns-btld-back-door-deal-for-boeing.html.
- 2 Leslie Wayne, »Documents show extent of lobbying by Boeing«, *The New York Times*, 3. September 2003. www.nytimes.com/2003/09/03/business/documents-show-extent-oflobbying-by-boeing.html.
- 3 Eine Variante der Boeing KC-135R.
- 4 Rechnungsprüfungskammer (General Accounting Office *Government Accountability Office*, GAO), Mai 2002, *Stellungnahme vor dem Streitkräfteausschuss des Senats*, »Preliminary Information on Air Force Tanker Leasing Issues«, Download unter: www.pogoarchives.org/m/cp/cp-boeing767c.pdf.
- 5 »Fiscal Year 2002 Air Force Unfunded Priority List«, vorgelegt von General John P. Jumper, Stabschef der Luftwaffe, 22. Oktober 2001; Download unter: www.pogoarchives.org/m/cp/cp-boeing767e.pdf.
- 6 Schriftliche Stellungnahme von Mitchell E. Daniels, Direktor der Obersten Haushaltsbehörde des Weißen Hauses (Office of Management and Budget, OMB), an Senator John McCain vom 3. Mai 2002, Download unter: www.pogoarchives.org/m/cp/cp-boeing767b.pdf.
- 7 Rechnungsprüfungskammer (GAO), Mai 2002, Stellungnahme vor dem Streitkräfteausschuss des Senats.
- 8 Schriftliche Mitteilung von Mitchell E. Daniels, Direktor des OMB, an Senator John McCain vom 18. Dezember 2001; Download unter: www.pogoarchives.org/m/cp/cp-boeing767a.pdf.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Mitchell E. Daniels (OMB) an Senator Kent Conrad, 2. November 2001, Download unter: www.pogoarchives.org/m/cp/cp-boeing767d.pdf.
- 12 William D. Hartung, *How much are you making on the war, Daddy?*, New York: Nation Books 2003, S. 126.
- 13 »Fill 'Er Up: Back-Door Deal for Boeing Will Leave the Taxpayer on Empty«, Project on Government Oversight, 7. Mai 2002.
- 14 Brief und Bericht von Joseph E. Schmitz, Generalinspekteur, Verteidigungsministerium, an Senator John McCain vom 3. Mai 2002, Download unter: www.pogoarchives.org/m/cp/cp-boeing767f.pdf.
- 15 R. Jeffrey Smith, Renae Merle, »Rules Circumvented on Huge Boeing Defense Contract«, *The*

- Washington Post*, 27. Oktober 2003.
- 16 Wayne, »Documents show extent of lobbying by Boeing«.
 - 17 Smith, Merle, »Rules Circumvented on Huge Boeing Defense Contract«.
 - 18 Center for Security Policy, *Precision-Guided Ideas: 2002 Annual Report*, Download unter: web.archive.org/web/20030630032717/www.centerforsecuritypolicy.org/Center2002AR.pdf.
 - 19 Smith, Merle, »Rules Circumvented on Huge Boeing Defense Contract«.
 - 20 William D. Hartung, *How much are you making on the war, Daddy?*, S. 129.
 - 21 Smith, Merle, »Rules Circumvented on Huge Boeing Defense Contract«.
 - 22 Ebd.
 - 23 Caroline Daniel, James Harding, Joshua Chaffin, Marianne Brun-Rovet, »A cosy relationship: Boeing's Pentagon Deal Bears Testament to Its Skilful Lobbying Efforts«, *Financial Times*, 8. Dezember 2003.
 - 24 Dan Cook, »Boeing Given Nod on Tanker Lease«, *Military Aerospace Technology*, 1, 2002.
 - 25 Tirpak, John, »Tanker Twilight Zone«, *Air Force Magazine*, Februar 2004, <http://www.airforce-magazine.com/MagazineArchive/Pages/2004/February%202004/0204tanker.aspx>.
 - 26 Kimberley Palmer, »Former Air Force acquisition official released from jail«, *Government Executive.com*, 3. Oktober 2005, www.govexec.com/dailyfed/1005/100305k2.htm.
 - 27 Rebecca Leung, »Cashing In For Profit?«, *60 Minutes*, CBS, 5. Januar 2005, www.cbsnews.com/stories/2005/01/04/60II/main664652.shtml; sowie Wayne, »Documents show extent of lobbying by Boeing«.
 - 28 Wayne, »Documents show extent of lobbying by Boeing«.
 - 29 Smith, Merle, »Rules Circumvented on Huge Boeing Defense Contract«.
 - 30 Ebd.
 - 31 Wayne, »Documents show extent of lobbying by Boeing«.
 - 32 Ebd.
 - 33 Ebd.
 - 34 Smith, Merle, »Rules Circumvented on Huge Boeing Defense Contract«.
 - 35 Ebd.
 - 36 Ebd.
 - 37 Ebd.
 - 38 Ebd.
 - 39 Ebd.
 - 40 Ebd.
 - 41 Renae Merle, »Lockheed Adds Director Fresh From the Pentagon«, *The Washington Post*, 27. Juni 2003.
 - 42 National Corruption Index, »Edward Aldridge«, www.nationalcorruptionindex.org, 19. Mai 2008.
 - 43 Leung, »Cashing in for profit?«
 - 44 Ebd.
 - 45 Palmer, Kimberley, »Former Air Force acquisition official released from jail«, *Government Executive.com*, 3. Oktober 2005, www.govexec.com/dailyfed/1005/100305k2.htm.
 - 46 Leung, »Cashing in for profit?«
 - 47 Ebd.
 - 48 Renae Merle, »Pentagon's Druyun thrust herself into role of power«, *The Washington Post*, 21. November 2004.
 - 49 Alan Bjerga, »Ex-Boeing CFO pleads guilty in tanker deal scandal«, *The Seattle Times*, 16. November 2004, seattletimes.nwsourc.com/html/business/technology/2002091816_webboeing16.html.
 - 50 »An Anxious Time for Boeing As a Fired Worker Starts to Talk«, *The New York Times*, 16. Juni 2004.

- 51 George Cahlink, »Ex-Pentagon procurement executive gets jail time«, *Government Executive.com*, 1. Oktober 2004, www.govexec.com/dailyfed/1004/100104g1.htm.
- 52 »Ex-Official Goes to Prison«, *The New York Times*, 5. Januar 2005.
- 53 Cahlink, »Ex-Pentagon procurement executive gets jail time«.
- 54 Palmer, »Former Air Force acquisition official released from jail«.
- 55 Cahlink, »Ex-Pentagon procurement executive gets jail time«.
- 56 Palmer, »Former Air Force acquisition official released from jail«.
- 57 Ebd.
- 58 Leung, »Cashing in for profit?«
- 59 R. Jeffrey Smith, »Roche Cited for 2 Ethics Violations«, *The Washington Post*, 10. Februar 2005, www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A12344-2005Feb9?language=printer.
- 60 Right Web, www.rightweb.irc-online.org, »Profiles«: James Roche.
- 61 Büro von Senator John McCain, »McCain Deplores Boeing Tanker Scheme«, Pressemitteilung, 23. Mai 2003, www.globalsecurity.org/military/library/news/2003/05/mil-030523-dod0.htm.
- 62 Right Web, 1. August 2009, Profil: James Roche.
- 63 Orbital, »Orbital Names Dr. James G. Roche To Board Of Directors«, 25. Mai 2005.
- 64 »Dr. James G. Roche Joins CompuDyne's Board of Directors«, *Businesswire*, 9. September 2008.
- 65 George Cahlink, »Two top Air Force officials to resign«, *Government Executive.com*, 17. November 2004, www.govexec.com/dailyfed/1104/111704g2.htm.
- 66 Peter Pae, »US: Boeing to Pay Fine of \$615 Million«, *Los Angeles Times*, 16. Mai 2006, www.corpwatch.org/article.php?id=13582.
- 67 Mike Allen, »Details on Boeing deal sought: Senators raise questions about White House involvement«, *The Washington Post*, 8. Juni 2005, www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/06/07/AR2005060701751.html.
- 68 »Defense Inspector General Originally Hid Boeing Role in Scandal Report: White House and Congress' Roles in Tanker Lease Deal Still Unclear«, Project On Government Oversight (POGO), 25. Mai 2006, www.pogo.org/pogo-files/alerts/government-secrecy/gs-foia-20060525.htm.
- 69 »Holes in the Tanker Story«, *The Washington Post*, 20. Juni 2005, www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/06/19/AR2005061900705.html.
- 70 Mike Allen, »Details on Boeing deal sought: Senators raise questions about White House involvement«, *The Washington Post*, 8. Juni 2005.
- 71 »Holes in the Tanker Story«.
- 72 »Defense Inspector General Originally Hid Boeing Role in Scandal Report: White House and Congress' Roles in Tanker Lease Deal Still Unclear«, Project On Government Oversight (POGO), 25. Mai 2006, www.pogo.org/pogo-files/alerts/government-secrecy/gs-foia-20060525.html.
- 73 Anhörung des Streitkräfteausschusses des Senats, 7. Juni 2005.
- 74 Jeremy Scahill, *Blackwater: The rise of the world's most powerful mercenary army*, London: Serpents Tail 2008, S. 387.
- 75 Cam Simpson, »Commander: Contractors violating U.S. Trafficking Laws«, *Chicago Tribune*, 23. April 2006, www.corpwatch.org/article.php?id=13513; Scahill, *Blackwater*, S. 384.
- 76 Ebd., S. 388.
- 77 »Boeing Protests U.S. Air Force Tanker Contract Award«, Pressemitteilung von Boeing, 11. März 2008, boeing.com/news/releases/2008/q1/080311b_nr.html.
- 78 »Statement Regarding the Bid Protest Decision Resolving the Aerial Refueling Tanker Protest by the Boeing Company«, Government Accountability Office (GAO), 18. Juni 2008, Download unter: web.archive.org/web/20080625201918/http://www.king5.com/sharedcontent/northwest/pdf/gao_boein
- 79 Dana Hedgpeth, »Pentagon Postpones Tanker Competition«, *The Washington Post*, 11. September

- 2008, www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/09/10/AR2008091000986.html?hpid=sec-business.
- 80 Jon Ostrower, »Northrop Grumman declines to bid on latest KC-X RFP«, *Flight International*, 9. März 2010, www.flightglobal.com/articles/2010/03/09/339205/northrop-grumman-declines-to-bid-on-latest-kc-x-rfp.html.
- 81 Überraschenderweise stieg ein dritter Bieter in den Wettbewerb ein. Das Angebot von US Aerospace und dem ukrainischen Hersteller Antonov wurde jedoch ausgeschlossen, da es fünf Minuten nach Ablauf der Frist eingereicht wurde. US Aerospace protestierte, aber die Rechnungsprüfungskammer (GAO) bestätigte im Oktober 2010 den Ausschluss.
- 82 Andrea Shalal-Esa, »EADS backer charges politics in tanker«, Reuters, 21. September 2010, www.reuters.com/article/idUSTRE68J54R20100921.
- 83 Als Fliegerass wird ein Pilot bezeichnet, der fünf feindliche Maschinen abgeschossen hat.
- 84 Marcus Stern, Jerry Kammer, Dean Calbreath, George Condon, *The Wrong Stuff*, New York: Public Affairs 2007, S. 25 u. S. 289.
- 85 Jerry Ethell, Alfred Price, *One Day in a Long War*, New York: Random House 1989, S. 110; Marcus Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 33.
- 86 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 50.
- 87 Ebd.
- 88 Ebd., S. 58.
- 89 Ebd., S. 6.
- 90 Ebd., S. 241.
- 91 Kitty Kelley, »Ace in the Hole: Duke Cunningham's Wife Tells All«, *New Republic Online*, 17. August 2006.
- 92 Bates wurde schließlich von der Ethikkommission des Repräsentantenhauses gerügt und vor weiterem Fehlverhalten gewarnt; siehe auch »Ethics Panel Gives Rep. Bates Light Penalty in Sexual Harassment Case: Congress: Woman who brought charges against San Diego lawmaker is ›disgusted‹«, *The Los Angeles Times*, 19. Oktober 1989.
- 93 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 65.
- 94 Ebd., S. 68.
- 95 Ebd., S. 74.
- 96 Dana Wilkie, »Cunningham Version of Weekend Confrontation Disputed«, Copley News Service, 8. September 1998.
- 97 »Cunningham Exchanges Angry Words with Constituent«, Associated Press, 6. August 1998.
- 98 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 80.
- 99 Ebd., S. 215.
- 100 Ebd.
- 101 Ebd.
- 102 Ebd., S. 213–223.
- 103 Marcus Stern, Joe Cantlupe, »Ties Between Contractor, Congressman Questioned«, Copley News Service, 17. Juni 2005.
- 104 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 253–261; Kelley, »Ace in the Hole: Duke Cunningham's Wife Tells All«.
- 105 »Cunningham Moving to Arizona Prison«, *Washington Post*, 5. Januar 2007, www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/01/05/AR2007010501858.html.
- 106 Seth Hettena, »Mitch Wade's sentence«, www.sethhettenna.com, 15. Dezember 2008.
- 107 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 165.
- 108 Ebd., S. 44.

- 109 Ebd., S. 47.
- 110 Judy Bachrach, »Washington Babylon«, *Vanity Fair*, August 2006, www.vanityfair.com/politics/features/2006/08/washington200608?currentPage=all.
- 111 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 101–127.
- 112 Ebd., S. 129–142.
- 113 Ebd., S. 166.
- 114 Ebd., S. 170.
- 115 Ebd., S. 177.
- 116 Ebd., S. 169.
- 117 Ebd., S. 181–195.
- 118 Ebd., S. 3.
- 119 »Defense contractor pleads guilty to bribery«, *msnbc.com*, 24. Februar 2006, www.msnbc.msn.com/id/11535676/.
- 120 Teri Figueroa, »Congressman’s briber finally makes bail«, *North County Times*, 6. Januar 2009; Rachel Slajda, »Duke Cunningham Briber Rakes In \$10K At Poker Tourney«, *Talking Points Memo Muckraker*, 28. Juli 2010.
- 121 David Johnston, »Ex-CIA Official Admits Corruption«, *The New York Times*, 29. September 2008.
- 122 Judy Bachrach, »Washington Babylon«, *Vanity Fair*, August 2006.
- 123 Zachary Roth, »Foggo Sentenced To Over Three Years In Prison«, *Talking Points Memo Muckraker*, 26. Februar 2009.
- 124 Zachary Roth, »Cunningham Crony Charged In \$92 Million Mortgage Fraud«, *Talking Points Memo Muckraker*, 4. Juni 2009.
- 125 »Cash pours in for Murtha’s top aide in Pa. race for seat«, *The Washington Post*, 26. April 2010; sowie »Anti-government? Not in Rep Murtha’s old district«, *The Washington Post*, 20. Mai 2010.
- 126 »Cash pours in ...«, *The Washington Post*. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass diese Zuwendungen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften illegal waren oder dass sich der Abgeordnete Critz irgendein rechtswidriges Verhalten hat zuschulden kommen lassen.
- 127 »Murtha’s Earmarking Not Unusual Among Subcommittee Members«, *The Washington Post*, 9. November 2009.
- 128 »Value of congressional earmarks increased in fiscal 2010«, *The Washington Post*, 18. Februar 2010.
- 129 Taxpayers for Common Sense, »Earmark database for HR 3«, 10. August 2005; Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 85.
- 130 Office of Management and Budget (OMB), »Fiscal Year 2009 Earmarks by Appropriations Subcommittee«, earmarks.omb.gov/earmarks-public/2009-appropriations-by-spend-com/summary.html.
- 131 Stern u.a., *The Wrong Stuff*, S. 87.
- 132 Govtrack.us, S. 3335: Earmark Transparency Act, 111. Kongress, 2009–2010, www.govtrack.us/congress/bill.xpd?bill=s111-3335.

16 Nach dem Ende der Rüstungsutopie: Grund zur Hoffnung?

- 1 Zu den Verteidigungsausgaben siehe Rebecca Williams, »House Appropriations Releases FY12 Spending Caps«, *The Will and the Wallet*, Washington DC, Stimson Center, 12. Mai 2011, thewillandthewallet.squarespace.com/blog/2011/5/12/house-appropriations-releases-fy12-spending-caps.html; zu den Kriegskosten siehe Amy Belasco, *The Cost of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11*, Congressional Research Service, 29. März 2011, Tabelle 2,

- S. 8.
- 2 Frida Berrigan, »How Shovel-ready is the Pentagon?«, *TomDispatch.com*, 12. März 2009.
 - 3 »Fiscal Year 2012 Base Defense Budget Represents a Turning Point«, Center for Strategic and Budgetary Assessments, 14. Februar 2011, www.csbaonline.org/publications/2011/02/fy-2012-base-defensebudget-represents-a-turning-point/.
 - 4 Berrigan, »How Shovel-ready is the Pentagon?«
 - 5 Chalmers Johnson, »Death Spiral at the Pentagon«, *TomDispatch.com*, 2. Februar 2009.
 - 6 William D. Hartung, *Prophets of War: Lockheed Martin and the Making of the Military-Industrial Complex*, New York: Nation Books 2010.
 - 7 Ebd.
 - 8 Berrigan, »How Shovel-ready is the Pentagon?«
 - 9 Hartung, *Prophets of War*.
 - 10 Zitiert in S. Freedberg, *GovernmentExecutive.com*, 20. März 2008.
 - 11 Hartung, *Prophets of War*.
 - 12 Ebd.
 - 13 Ebd.
 - 14 Ebd.
 - 15 Interview mit Chuck Spinney.
 - 16 Ebd.
 - 17 Interview mit Harry Stonecipher im *Wall Street Journal*, zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
 - 18 *AboveTopSecret.com*, 2. Juni 2009.
 - 19 *Defence Talk*, 22. Juni 2009.
 - 20 Hartung, *Prophets of War*.
 - 21 Zahlen zitiert in Hartung.
 - 22 Ebd.
 - 23 Zitiert in Hartung.
 - 24 Tony Capaccio, »Lockheed F-35 Program Faces \$1 Billion Cut in U.S. Senate Spending Measure«, *Bloomberg*, 16. Dezember 2010.
 - 25 Johnson, »Death Spiral at the Pentagon«.
 - 26 Hartung, *Prophets of War*.
 - 27 Tony Capaccio, »Lockheed Martin F-35 Operation Costs May Reach \$1 Trillion«, *Bloomberg*, 21. April 2011.
 - 28 Ebd.
 - 29 Interview mit Pierre Sprey, Washington DC, Mai 2011.
 - 30 Angaben des Congressional Research Service; zitiert in Hartung, *Prophets of War*.
 - 31 Federation of American Scientists, Arms Sales Monitoring Project.
 - 32 Siehe »US Weapons at War 2008«, *New America Foundation*, Dezember 2008, www.newamerica.net/publications/policy/u_s_weapons_war_2008_0.
 - 33 Hartung, *Prophets of War*.
 - 34 Ebd.
 - 35 Johnson, »Death Spiral at the Pentagon«.
 - 36 Ebd.
 - 37 Ebd.
 - 38 Hartung, *Prophets of War*.
 - 39 Ebd.
 - 40 Ebd.
 - 41 Zitiert in Hartung.

- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 »LCS Contracts Awarded to Lockheed Martin, Austal USA«, *DefenseNews*, 29. Dezember 2010, www.defensenews.com.
- 47 »Lockheed, Austal's Littoral Ships to Cost At Least \$37 Billion«, *Bloomberg*, 19. April 2011, www.bloomberg.com.
- 48 Siehe Hartung, *Prophets of War*.
- 49 Ebd.
- 50 Alle Zahlen aus Hartung. Die drei größten Rüstungsunternehmen erhielten im Jahr 2008 zusammen 75 Milliarden Dollar, die größten zehn zusammen 152 Milliarden.
- 51 *Insight-Mag.com*, August 2001.
- 52 »Building Affordability«, *DefenseNews*, 26. Juli 2010; »Pentagon Says It's Moving Toward Being ›Audit Ready‹«, CNN, 25. Februar 2011.
- 53 »Senators Call For An Audit of the Pentagon«, *RT.com*, 16. Mai 2011.
- 54 »GAO Blasts Weapons Budget«, *The Washington Post*, 1. April 2008.
- 55 »U.S.–U.K.–Australian Trade Treaties Finally Pass Committee«, *Defense News*, 21. September 2010.
- 56 »Missing Iraq Reconstruction Billions«, *The Independent*, 16. Februar 2009.
- 57 Ebd.
- 58 Guy Lawson, »Arms and the Dudes«, *Rolling Stone*, 31. März 2011.
- 59 »AEY Inc.«, *Talking Points Memo (TPM)*, Juli 2008.
- 60 A. Tilghman, »Army awarded AEY contract after ›recommendation‹ from firm's financial backer«, *TPM Muckraker*, 24. Juni 2008.
- 61 »Supplier Under Scrutiny on Arms for Afghans«, *The New York Times*, 27. März 2008.
- 62 Ardian Klosi, *The Gerdec disaster: Its Causes, Culprits and Victims*, Tirana: K&B 2010.
- 63 Ebd.
- 64 Ebd.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Ebd.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 »Supplier Under Scrutiny on Arms for Afghans«, *The New York Times*, 27. März 2008.
- 72 Ardian Klosi, *The Gerdec disaster*.
- 73 Interview with Hugh Griffiths, Stockholm, November 2010.
- 74 Lawson, »Arms and the Dudes«.
- 75 Interview mit Hugh Griffiths, Stockholm, November 2010; sowie »Supplier Under Scrutiny on Arms for Afghans«, *The New York Times*, 27. März 2008.
- 76 »Supplier Under Scrutiny on Arms for Afghans«, *The New York Times*, 27. März 2008.
- 77 Klosi, *The Gerdec disaster*.
- 78 Ebd.; sowie »American Envoy is linked to Arms Deal Cover-up«, *The New York Times*, 24. Juni 2008.
- 79 »U.S. ambassador to Albania cleared in ammo cover-up«, *The Los Angeles Times*, 19. März 2009.
- 80 »Miami Gun Runner Gets 4 Years«, *TPM*, 4. Januar 2011.
- 81 Diese Darstellung beruht auf einem Interview mit Feruzan Durdaj in Gerdec am 26. Mai 2010; siehe auch Klosi, *The Gerdec disaster*.

- 82 Interview mit Feruzan Durdaj.
- 83 Klosi, *The Gerdec disaster*.
- 84 Ebd.
- 85 Miriam F. Weismann, »The Foreign Corrupt Practices Act: The Failure of the Self-Regulatory Model of Corporate Governance in the Global Business Environment«, *Journal of Business Ethics*, 2009.
- 86 »United States: Phase 2, Report on Application of the Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Actions and the 1997 Recommendation on Combating in International Business Transactions«, OECD, 2002; Download unter: www.oecd.org/dataoecd/52/19/1962084.pdf.
- 87 Nelson D. Schwartz, Lowell Bergmann, »Payload: Taking Aim at Corporate Bribery«, *The New York Times*, 25. November 2007, www.nytimes.com/2007/11/25/business/25bae.html.
- 88 Jeffrey Cramer, »The FCPA game has changed: trends in enforcement«, *Main Justice*, 23. April 2010, www.mainjustice.com/2010/04/23/commentary-the-fcpa-game-has-changed-trends-in-enforcement/.
- 89 Shearer & Sterling LLP, *FCPA Digest of Cases and Review Releases Relating to Bribes to Foreign Officials under the Foreign Corrupt Practices Act of 1977* (Stand: 13. Februar 2008), Danforth Newcomb & Philip Urofsky Partners, Shearman & Sterling LLP, New York.
- 90 Brandon L. Garrett, »Structural Reform Prosecution«, *Virginia Law Review*, Bd. 93 (2007), S. 853, 860, 886, 890.
- 91 Richard L. Cassin, *Bribery Everywhere: Chronicles from the Foreign Corrupt Practices Act*, Lulu.com, 2009, S. 10.
- 92 »United States: Phase 2, Report on Application of the Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Actions and the 1997 Recommendation on Combating in International Business Transactions«, OECD, 2002, S. 23; Download unter: www.oecd.org/dataoecd/52/19/1962084.pdf.
- 93 Ebd., S. 16.
- 94 »United States: Phase 2, Follow up report on the implementation of the Phase 2 Recommendations on the Application of the Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Actions and the 1997 Recommendation on Combating in International Business Transactions«, OECD, 2005; Download unter: www.oecd.org/dataoecd/7/35/35109576.pdf.
- 95 Shearman & Sterling LLP, »US vs Lockheed Corporation«, fcpa.shearman.com/?s=matter&mode=form&id=38.
- 96 Cassin, *Bribery Everywhere*, S. 10.
- 97 Tom Mcghie, Jenny Little, »BAE pension windfall wipes out £285m fine«, *Daily Mail*, 13. Februar 2010.
- 98 Dan Margolies, »Cocktails and wiretaps signal new anti-bribery era«, Reuters, 5. April 2010.
- 99 »New rules on US airport laptop searches«, Reuters, 28. August 2009, <http://www.pcpro.co.uk/news/enterprise/351172/new-rules-on-us-airport-laptop-searches>.
- 100 Cassin, *Bribery Everywhere*, S. 54.
- 101 McKenna, Long & Aldridge LLP, »Financial reform bill includes FCPA whistleblower provision«, *Lexology*, 26. Juli 2010.
- 102 Cassin, *Bribery Everywhere*, S. 141.
- 103 Stefaans Brümmer, Sam Sole, »How arms-deal ›bribes‹ were paid«, *The Mail and Guardian* (Südafrika), 5. Dezember 2008, www.mg.co.za/article/2008-12-05-how-arms-deal-bribes-were-paid.
- 104 KBR bediente sich seines Joint Venture mit Technip, Snamprogetti Netherlands B. V. (einer Tochtergesellschaft von Saipem SpA aus Italien) und JGC (Japan), um die Transaktionen über drei Strohfirmer im portugiesischen Madeira abzuwickeln, die Beraterverträge mit Mittelsmännern hatten, die Bestechungsgelder an nigerianische Regierungsvertreter weiterleiteten. Die Eigentumsverhältnisse

- wurden mittels einer indirekten Beteiligung der britischen Tochter von KBR, M. W. Kellogg Ltd, vertuscht. Die drei Strohfirmer trugen die Namen Madeira Company 1, 2 und 3. In den Vorständen von 1 und 2 saßen US-Amerikaner, aber in Company 3, welche die Beraterverträge abgeschlossen hatte, nicht; was »ebenfalls KBRs Absicht diente, sich jeglicher Haftung wegen Verstößen gegen das FCPA zu entziehen« (R. L. Cassin, *Bribery Everywhere*, S. 37).
- 105 Steptoe & Johnson LLP, »French companies prepare to pay hundreds of millions to U.S. authorities in foreign corruption matters«, *Lexology*, 15. Juli 2010.
- 106 Tara Patel, »Technip Poised to Win Contracts as Shares Top CAC (Update2)«, *Bloomberg*, 31. Dezember 2009.
- 107 Fiona Phillip, »7-year prison term for engineering executive illustrates new reach of anti-bribery law«, *Main Justice*, 30. April 2010.
- 108 »Debarment for BAE«, *The FCPA Blog*, 4. März 2010, www.fcpcbog.com/blog/2010/3/4/debarment-for-bae.html.
- 109 Cassin, *Bribery Everywhere*, S. 23.
- 110 Leah Nylen, »FCPA debarment bill introduced in house«, *Main Justice*, 25. Mai 2010.
- 111 Für eine genaue Darstellung der Lockvogeloperation, mit der Ardebili dingfest gemacht wurde, siehe den Bericht von John Shiffman, »Shadow War: Hunting Iranian Arms Brokers«, *Philadelphia Inquirer*, 17. September 2010.
- 112 Diese Darstellung ist eine Zusammenfassung der ausführlichen Beschreibung von Shiffman, »Shadow War: Hunting Iranian Arms Brokers«.
- 113 Margolies, »Cocktails and wiretaps signal new anti-bribery era«.
- 114 Dan Margolies, Jeremy Pelofsky, »UPDATE 2-US charges 22 with bribery involving arms sales«, Reuters, 19. Januar 2010.
- 115 Margolies, »Cocktails and wiretaps signal new anti-bribery era«.
- 116 Neal Keeling, »Millionaire businessman held by FBI in arms »sting««, *Manchester Evening News*, 3. Februar 2010.
- 117 Margolies und Pelofsky, »UPDATE 2-US charges 22 with bribery involving arms sales«.
- 118 Dan Margolies, »US request to detain arms sting defendant denied«, Reuters, 22. Januar 2010.
- 119 Ken Stier, »U.S. Cashes In on Corporate Corruption Overseas«, *Time Magazin*, 7. April 2010.
- 120 »The Sting Part II: Foreign Bribery Investigation Claims Another Contractor Scalp«, Project On Government Oversight (POGO), 27. Januar 2010, pogoblog.typepad.com/pogo/2010/01/the-sting-part-ii-foreign-bribery-investigation-claims-another-contractor-scalp.html.
- 121 Stier, »U.S. Cashes In on Corporate Corruption Overseas«.
- 122 Bruce Carton, »FCPA Enforcement in 2010: Prepare for Blastoff«, *Securities Docket*, 10. März 2010.
- 123 Ebd.
- 124 »Defense Wants Information on Informant in Dramatic FCPA White-Collar Sting Case«, *Crime in the Suites*, 16. Juli 2010, crimeinthesuites.com/defense-wants-information-on-informant-in-dramatic-fcpa-white-collar-sting-case/.
- 125 Peter J. Henning, »Going Undercover for a White-Collar Sting«, *The New York Times*, 21. Januar 2010, dealbook.blogs.nytimes.com/2010/01/21/going-undercover-for-a-white-collar-sting/.
- 126 Warren Richey, »FBI sting nets 22 executives charged with paying bribes abroad«, *Christian Science Monitor*, 19. Januar 2010.
- 127 »Defense Wants Information on Informant in Dramatic FCPA White-Collar Sting Case«, *Crime in the Suites*.
- 128 »Africa Sting Updates«, FCPA Professor Blog, 7. April 2010, fcpprofessor.blogspot.com/search/label/Gabon.
- 129 Dan Margolies, »Defendant to plead guilty in arms sting case«, Reuters, 5. März 2010.

- 130 Richey, »FBI sting nets 22 executives charged with paying bribes abroad«.
- 131 »Defendants Attack Cooperator's Drug Addiction in Huge Foreign Bribery Case«, *Main Justice*, 7. Juni 2011.
- 132 »Africa Sting Updates«, FCPA Professor Blog, 7. April 2010, fcpprofessor.blogspot.com/search/label/Gabon.
- 133 Margolies und Pelofsky, »UPDATE 2-US charges 22 with bribery involving arms sales«.
- 134 »FBI's anti-corruption unit to expand«, *Main Justice*, 24. Juni 2010.
- 135 Ken Stier, »U.S. Cashes In on Corporate Corruption Overseas«, *Time Magazine*, 7. April 2010.
- 136 Robert Reich, *Locked in the Cabinet*, New York: Vintage Books 1997.
- 137 R. Pollin, H. Garrett-Peltier, »The US Employment Effects of Military and Domestic Spending Priorities: An Updated Analysis«, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts, Amherst, Oktober 2009.
- 138 Ebd.
- 139 Die Darstellung in diesem Abschnitt beruht auf: Berrigan, »How Shovel-ready is the Pentagon?« und Gesprächen mit weiteren führenden Experten für das Verteidigungswesen.
- 140 Berrigan, »How Shovel-ready is the Pentagon?«
- 141 Alle Zahlen Berrigan.
- 142 Ebd.
- 143 *Barron's*, 2. März 2009.
- 144 Berrigan, »How Shovel-ready is the Pentagon?«
- 145 Zitiert in Berrigan.
- 146 »Remembering Soldiers and Defense Lobbying, T-Paw's Mideast Slipup and More in Capital Eye Opener: May 30«, Centre for Responsive Politics Opensecrets.org, 30. Mai 2011, www.opensecrets.org/news/2011/05/ceo-5-30-2011.html.
- 147 Gespräch mit Chuck Lewis, Dezember 2008; Untersuchungen des Center for Public Integrity: »Outsourcing the Pentagon«, projects.publicintegrity.org/pns/report.aspx?aid=385.
- 148 Gespräch mit Andrew Cockburn, Washington DC, Dezember 2008.
- 149 Gespräch mit Chuck Lewis, Washington DC, Dezember 2008.
- 150 Gespräch mit Chuck Spinney, Washington DC, Dezember 2008.
- 151 Interview mit Chuck Spinney.
- 152 Auf der Grundlage von Gesprächen mit William Hartung und Korrespondenz.
- 153 Ebd.
- 154 Siehe etwa »Karzai issues decree disbanding private security firms«, CNN, 17. Oktober 2010.
- 155 »Obama announces framework for cutting deficit by \$4 trillion over 12 years«, *The Washington Post*, 13. April 2011.
- 156 E-Mail-Mitteilung von Winslow Wheeler, 14. April 2011.
- 157 Siehe etwa »Panetta Comes Armed With Background in Budget Fights«, *The New York Times*, 27. April 2011.
- 158 »Lowering America's War Ceiling?«, *TomDispatch.com*, 2. August 2011.
- 159 »The Swamp«, *Chicagotribune.com*, 22. Januar 2009.
- 160 *USA Today*, 16. April 2008.
- 161 Zitiert in: Hartung, *Prophets of War*.
- 162 Interview mit Chuck Spinney, Washington DC, Dezember 2008.
- 163 Zitiert in: W. T. Wheeler (Hg.), *The Pentagon Labyrinth*, CDI, World Security Institute 2011.
- 164 Interview mit Chuck Spinney, Washington DC, Dezember 2008.

17 Amerikas Schaufenster

- 1 Ronen Bergman, »The Secret War with Iran«, *OneWorld*, 2008. Eine ähnliche Einschätzung äußerte das US Marine Corps im Jahr 1990; siehe Major Cozy E. Bailey, »U.S. Policy Towards Israel: The Special Relationship«, CSC 1990, www.globalsecurity.org/military/library/report/1990/BCE.htm.
- 2 Nicht inbegriffen sind Aufträge im Bereich der inneren Sicherheit sowie Verträge zwischen Regierungen, Ausbildungsverträge zwischen Polizeibehörden und militärische Dienstleistungsverträge.
- 3 *SIPRI Yearbook 2010*, Oxford: Oxford University Press 2010, S. 286 und 320f.
- 4 *OECD Reviews of Labour Market and Social Policies*, OECD Publishing, Januar 2010, S. 18.
- 5 Aus einem Interview mit dem Ökonomen und Militäranalysten Schir Hever, Jerusalem, Mai 2010.
- 6 Ebd.
- 7 Diese Darstellung beruht auf einem Interview mit Schir Hever, Jerusalem, Mai 2010, und der E-Mail-Korrespondenz mit dem Verteidigungsanalysten Jimmy Johnson.
- 8 Interview mit Schir Hever.
- 9 Ebd.
- 10 Neve Gordon, »Israel – homeland security capital«, in: Lyo Zureik, Abu-Laban (Hg.), *Surveillance and Control in Israel/Palestine: Population, Territory and Power*, London: Routledge 2011, S. 163.
- 11 Interview mit Schir Hever.
- 12 Siehe etwa »With grateful thanks to Al-Qaida and the Taliban«, *GlobesOnline*, 19. August 2009.
- 13 Naomi Klein, *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, deutsch von Hartmut Schickert, Michael Bischoff, Karl Heinz Silber, Frankfurt am Main: S. Fischer 2007.
- 14 Ebd.
- 15 Interview mit Schir Hever.
- 16 Ebd.
- 17 Frida Berrigan, »Made in the USA: American Military Aid to Israel«, *Journal of Palestine Studies*, Bd. XXXVIII, Nr. 3, Frühjahr 2009, S. 6–21.
- 18 »Arms unto the Nations«, *Globes Online*, 29. April 2003.
- 19 Zitiert in Berrigan, »Made in the USA«.
- 20 »Fuelling conflict«, Amnesty International, 23. Februar 2009.
- 21 *New Statesman*, 26. Januar 2009.
- 22 Berrigan, »Made in the USA«.
- 23 Obwohl viele gepanzerte Mannschaftswagen nicht mit FMF-Mitteln beschafft, sondern von israelischen Herstellern geliefert werden.
- 24 Berrigan, »Made in the USA«.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Die folgende Darstellung beruht vor allem auf Bergman, »The Secret War with Iran«.
- 29 Zur Israels Rolle im Iran-Contra-Skandal siehe: www.negedneshek.org/2011/03/operation-tipped-kettle/.
- 30 Siehe Bergman, »The Secret War with Iran«.
- 31 Zitiert in Bergman, »The Secret War with Iran«.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Interview mit Ronen Bergman, Tel Aviv, Mai 2010.

- 36 Siehe Bergman, »The Secret War with Iran«.
- 37 Zitiert in Bergman.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Zitiert in Bergman.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 »Fear of Russia ends Israeli support for Georgia«, *Israel Today*, 11. August 2008.
- 45 Siehe A. Egozi, »War in Georgia: The Israeli Connection«, *YNet News*, 10. August 2008.
- 46 Zitiert in Egozi.
- 47 Ebd.; siehe auch »Israel's Military on Display in Georgia«, *Forward*, 11. September 2008.
- 48 Interview mit dem Militärexperten Schir Hever, Mai 2010.
- 49 Interview mit dem israelischen Journalisten Josi Melman, Mai 2010.
- 50 Ebd.
- 51 »Why does Israel have links to a breakaway state supported by Hamas?«, *Haaretz*, 5. Mai 2011; sowie »Israeli Security Firm Executives in Abkhazia«, *Georgian Daily*, 15. April 2011.
- 52 Siehe Broschüre unter: www.theshadowworld.com.
- 53 Berrigan, »Made in the USA«.
- 54 »Sources: Israeli businesswoman brokering E. Guinea arms sales«, *Haaretz*, 12. November 2008.
- 55 »Arms unto the Nations«, *Globes Online*, 29. April 2003.
- 56 J. Johnson, »Israelis and Hezbollah Haven't Always Been Enemies«, 11. September 2006, www.williambowles.info/syria_lebanon/israel_hezbollah.html.
- 57 Sasha Polakow-Suransky, *Unspoken Alliance: Israel's Secret Relationship with Apartheid South Africa*, New York: Pantheon Books 2010.
- 58 Jeder Jude hat Anspruch darauf, sich in Israel niederzulassen und die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben, ein Recht, das sehr nützlich sein kann, um in Europa ungehindert zu reisen und Bankgeschäfte zu betreiben.
- 59 »Olmert's Corruption Indictment Latest in Host of Israeli Cases«, *Bloomberg*, 30. August 2009.
- 60 Ein Beispiel war die Verwendung gestohlener britischer Identitäten bei der Ermordung eines Hamas-Vertreters in Dubai im Januar 2010.
- 61 Wie Jimmy Johnson erklärt, liegt das auch daran, dass in der zivilen israelischen Wirtschaft tatsächlich nur für eine begrenzte Zahl von ehemaligen Militärangehörigen Platz ist.
- 62 Interview mit Schir Hever, Jerusalem, Mai 2010.
- 63 Interview mit Jossi Melman, Jerusalem, Mai 2010.
- 64 Ebd.
- 65 Interview mit einem früheren Waffenverkäufer, Jerusalem, Mai 2010.
- 66 John J. Mearsheimer, Stephen M. Walt, *The Israel Lobby and US Foreign Policy*, New York: Farrar, Straus and Giroux 2008.
- 67 Aus William D. Hartung, *Prophets of War: Lockheed Martin and the Making of the Military-Industrial Complex*, New York: Nation Books 2010.
- 68 Berrigan, »Made in the USA«.
- 69 Zitiert bei Berrigan.
- 70 Zahlen aus Hartung, *Prophets of War*.
- 71 Berrigan, »Made in the USA«.
- 72 Ebd.
- 73 Zitiert in Hartung, *Prophets of War*.

- 74 Berrigan, »Made in the USA«.
- 75 Zahlen aus Hartung, *Prophets of War*.
- 76 Zitiert in Hartung.
- 77 Berrigan, »Made in the USA«.
- 78 Ebd.
- 79 Ebd.
- 80 Das Verbot galt von 2007 bis 2010; siehe »State Department lifts ban on exports of night-vision goggles«, *The Washington Times*, 24. Februar 2010.
- 81 Das Interview mit diesem Informanten wurde im Mai 2010 geführt.
- 82 Ebd.
- 83 Berrigan, »Made in the USA«.
- 84 »Despite row, U.S. and Israel sign massive arms deal«, *Haaretz*, 25. März 2010.
- 85 »US-Saudi arms deal ripples from Iran to Israel«, *Miami Herald*, 21. Oktober 2010; sowie »Israel's Barak approves US F-35 fighters purchase«, Reuters, 15. Oktober 2010.
- 86 Interview mit Schir Hever, Jerusalem, Mai 2010.

18 Ein Mordsgeschäft: Irak und Afghanistan 1 Zitiert in William D. Hartung, *Prophets of War: Lockheed Martin and the Making of the Military-Industrial Complex*, New York: Nation Books 2010.

- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Hartung, *Prophets of War*; Naomi Klein, *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, deutsch von Hartmut Schickert, Michael Bischoff, Karl Heinz Silber, Frankfurt am Main: S. Fischer 2007.
- 6 Human Rights Watch, »Genocide in Iraq: The Anfal Campaign Against the Kurds«, 1993, www.hrw.org/legacy/reports/1993/iraqanfal/.
- 7 Roger Hardy, »The Iran-Iraq war: 25 years on«, BBC, 22. September 2005, news.bbc.co.uk/1/hi/4260420.stm.
- 8 Derek Hopwood, »British Relations with Iraq«, BBC, 2. Oktober 2003, www.bbc.co.uk/history/recent/iraq/britain_iraq_01.shtml.
- 9 Ala Friedman, *Spider's Web: The Secret History of How the White House Illegally Armed Iraq*, Bantam Books 1993.
- 10 »Gonzales' Iraq Expose – Hill Chairman Details US Prewar Courtship«, *The Washington Post*, 22. März 1992.
- 11 W. Hartung, *And Weapons For All*, New York: Harper Perennial 1995.
- 12 »The Arsenal: Who Armed Baghdad«, *Time Magazine*, 11. Februar 1990.
- 13 »Rumsfeld's Account Book: Who Armed Saddam?«, *Counterpunch*, 24. Februar 2003.
- 14 Ebd.
- 15 »The Arsenal: Who Armed Baghdad«, *Time Magazine*, 11. Februar 1990.
- 16 »Rumsfeld's Account Book: Who Armed Saddam?«, *Counterpunch*, 24. Februar 2003.
- 17 Ebd.
- 18 Anthony Sampson, *The Arms Bazaar in the Nineties: From Krupp to Saddam*, Kent: Coronet 1991, S. 367f.
- 19 »Sarkis Soghanalian«, *Frontline World*, Public Broadcasting Service (PBS), Mai 2002, im Rahmen

- des *Frontline World Special*: »Gallery of International Arms Dealers«.
- 20 Ebd.
- 21 Sampson, *The Arms Bazaar in the Nineties*, S. 363f.
- 22 Siehe R. Scott, *Report of the Inquiry into the Export of Dual-Use Goods to Iraq and Related Prosecutions*, 1996, Bd. 3.
- 23 Ebd.; sowie »Arms-to-Iraq Pair Welcome Payout«, *BBC News*, 9. November 2001.
- 24 Ebd.
- 25 »The Arsenal: Who Armed Baghdad«, *Time Magazine*, 11. Februar 1990.
- 26 Ebd.
- 27 Sampson, *The Arms Bazaar in the Nineties*, S. 367f.
- 28 Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), »Database of Weapons Transfers«, www.sipri.org/contents/armstrade/at_data.html.
- 29 Sampson, *The Arms Bazaar in the Nineties*, S. 369.
- 30 »Statement of Principles«, Project for the New American Century (PNAC), 3. Juni 1997; einzusehen unter: www.newamericancentury.org.
- 31 Ebd.
- 32 *Rebuilding America's Defences*, PNAC, September 2000; einzusehen unter: www.newamericancentury.org.
- 33 »Open Letter from the Project for the New American Century to The Honourable William J. Clinton«, 26. Januar 1998; einzusehen unter: www.newamericancentury.org.
- 34 Naomi Klein, *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, deutsch von Hartmut Schickert, Michael Bischoff, Karl Heinz Silber, Frankfurt am Main: S. Fischer 2007.
- 35 »President Bush Announces Major Combat Operations in Iraq Have Ended«, Erklärung des Präsidenten an Bord der USS *Abraham Lincoln*, 1. Mai 2003; einzusehen unter: georgewbush-whitehouse.archives.gov.
- 36 Siehe Stuart Bowen, *Hard Lessons: The Iraq Reconstruction Experience, A Report from the Special Inspector General for Iraq Reconstruction (SIGIR)*, 2009, Kapitel 27, S. 8; einzusehen unter: documents.nytimes.com/hard-lessons-the-iraq-reconstruction-experience.
- 37 Siehe D. Trautner, »A Personal Account and Perspective of the US Army Logistics Civil Augmentation Programme (LOGCAP)«, Conference of Army Historians (Thesenpapier), Arlington, Virginia, 15. Juli 2004; sowie T. Christian Miller, *Blood Money*, New York: Back Bay Books 2007, S. 75.
- 38 M. Schwartz, *Department of Defence Contractors in Iraq and Afghanistan: Background and Analysis*, Congressional Research Service, R40764, 2010, S. 5; einzusehen unter: www.crs.gov.
- 39 Ebd., S. 8.
- 40 *Contractor's Support of US Operations in Iraq*, Congressional Budget Office (Haushaltsbehörde des Kongresses, CBO), August 2008, S. 1–3.
- 41 *Contingency Contracting: Department of Defense, State and USAID Continues to Face Challenges Tracking Contractor Personnel and Contracts in Iraq and Afghanistan*, US Government Accountability Office (Rechnungsprüfungskammer), GAO-10–1, Oktober 2009, S. 19; einzusehen unter: www.gao.gov.
- 42 *At What Cost? Contingency Contracting in Iraq and Afghanistan*, Zwischenbericht der Commission on Wartime Contracting (Untersuchungskommission für die Auftragsvergabe im Krieg), Juni 2009, S. 44.
- 43 Siehe etwa »Kellogg Brown and Root (KBR) to Pay \$8m to Settle Allegations of Fraud«, Pressemitteilung des amerikanischen Justizministeriums, 29. November 2006; einzusehen unter www.usdoj.gov; außerdem P. Chatterjee, *Halliburton's Army*, New York: Nation Books 2009,

- S. 63ff.; sowie »Halliburton's Questioned and Unsupported Costs in Iraq Exceed \$1.4 billion«, Joint Report Prepared for Rep. Henry A. Waxman and Sen. Byron L. Dorgan, United States House of Representatives: Committee on Government Reform (Minority Staff), 27. Juni 2005, S. 15; einzusehen unter: dpc.senate.gov.
- 44 J. Mayer, »Contract Sport«, *The New Yorker*, 16. Februar 2004.
- 45 »Halliburton's Boss From Hell«, *Salon*, 21. Juli 2004.
- 46 »Cheney is Still Paid by Pentagon Contractor«, *The Guardian*, 12. März 2003.
- 47 S. Chatterjee, *Halliburton's Army*, New York: Nation Books 2009, S. 72.
- 48 J. Stiglitz, L. Bilmes, *The Three Trillion Dollar War*, London: Penguin Books 2009, S. 15 (*Die wahren Kosten des Krieges: Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts*, deutsch von Thorsten Schmidt, München: Pantheon 2008).
- 49 »Halliburton's Gasoline Overcharges«, Report Prepared for Reprs. Henry A. Waxman and John D. Dingell, United States House of Representatives: Committee on Government Reform (Minority Staff), 21. Juli 2004. Zugänglich unter: dpc.senate.gov.
- 50 Zitiert in D. Rasor, R. Bauman, *Betraying Our Troops: The Destructive Results of Privatizing War*, New York: Palgrave Macmillan 2008, S. 59–67; sowie Miller, *Blood Money*, S. 142–148.
- 51 *At What Cost? Contingency Contracting in Iraq and Afghanistan*, S. 10f.
- 52 Ebd., S. 13.
- 53 Aussage von April Stephenson, Direktorin der Defence Contract Audit Agency (DCAA) vor der Commission on Wartime Contracting (Untersuchungskommission für die Auftragsvergabe im Krieg), 4. Mai 2009; einzusehen unter: www.wartimecontracting.gov.
- 54 Ebd.
- 55 Bowen, *Hard Lessons: The Iraq Reconstruction Experience, A Report from the Special Inspector General for Iraq Reconstruction (SIGIR)*, S. 17. Zugänglich unter: www.nytimes.com.
- 56 Siehe Jeremy Scahill, *The Rise of the World's Most Powerful Mercenary Army*, London: Serpent's Tail 2007, S. 145–166.
- 57 Ebd., S. 155.
- 58 »This Year, Contractor Deaths Exceed Military Ones in Iraq and Afghanistan«, *Propublica*, 23. September 2010.
- 59 Miller, *Blood Money*, S. 76.
- 60 »Hired Guns from SA Are Flooding Iraq«, *Cape Times*, 4. Februar 2004.
- 61 »Balkans Soldiers Find Fortune in Baghdad«, *IPSNews*, 12. Mai 2004.
- 62 »The Enforcer«, *The Guardian*, 20. Mai 2006.
- 63 D. Campbell, »Marketing the New Dogs of War«, Centre for Public Integrity, 30. Oktober 2002; einzusehen unter: www.publicintegrity.org.
- 64 Ebd.
- 65 Ebd.
- 66 »Tim Spicer's World«, *The Nation*, 29. Dezember 2004.
- 67 »The Rule of Order 17«, *Newsweek*, 28. Juni 2006.
- 68 Coalition Provisional Authority Order No. 17, Abschnitt 4, Abs. 3 (27. Juni 2004); einzusehen unter: www.iraqcoalition.org/regulations.
- 69 »Lawyers, Guns and Money«, *UPI.com*, 4. April 2008.
- 70 »The Rule of Order 17«, *Newsweek*, 28. Juni 2006.
- 71 »Red, White and Mercenary in Iraq«, *Salon*, 4. Oktober 2007.
- 72 Ebd.
- 73 Siehe Scahill, *Blackwater*, S. 145–166.
- 74 »The Bush Administration's Ties to Blackwater«, *Salon*, 2. Oktober 2007.

- 75 Ebd.
- 76 »POGO Joins Bi-Partisan Group of Senators in Demanding Obama Oust the SIGAR«, 23. September 2010, www.pogo.org/pogo-files/alerts/government-oversight/go-igi-20100923.html.
- 77 »Blackwater Set Up \$1m Hush Fund After Iraq Shootings«, *The Sunday Times*, 12. November 2009.
- 78 Ebd.; »3 Blackwater Guards Called Baghdad Shootings Unjustified«, *The New York Times*, 16. Januar 2010; sowie »Blackwater in Baghdad: ›It was a Horror Movie‹«, *Salon*, 14. Dezember 2007.
- 79 Vergleichsvereinbarung: Xe Services LLC (Xe) (vorher Blackwater Worldwide), US-Außenministerium: Konsensvereinbarung (Consent Agreement), 18. August 2010, sowie Verfügung (Consent Order) im Fall United States Department of State Bureau of Political and Military Affairs und Xe Services LLC, 8./13. August 2010; beide einzusehen unter: www.pmdtdc.state.gov.
- 80 Ebd.
- 81 Siehe den Brief von Edolphus Towns (Vorsitzender des US Congress Committee on Oversight and Government Reform) an Hilary R. Clinton (Außenministerin), 26. August 2010; einzusehen unter: www.oversight.house.gov.
- 82 *At What Cost? Contingency Contracting in Iraq and Afghanistan*.
- 83 *Replacing and Repairing Equipment Used in Iraq and Afghanistan: The Army's Reset Programme*, Bericht des Congressional Budget Office (CBO), September 2007, S. X; einzusehen unter: www.cbo.gov.
- 84 Ebd.
- 85 Ebd., S. 18–22.
- 86 Ebd., S. XII.
- 87 Ebd., S. 14.
- 88 A. Belasco, *The Cost of Iraq, Afghanistan and Other Global War on Terror Operations Since 9/11*, Thesenpapier für den Congressional Research Service, 2. September 2010, Tabelle 7, S. 30; einzusehen unter: www.crs.gov.
- 89 Ebd., S. 24.
- 90 Ebd.
- 91 C. Schumer, C. Maloney, »War at Any Price: The Total Economic Costs of the War Beyond the Federal Budget«, Bericht des Joint Economic Committee, 13. November 2007; einzusehen unter: www.cfr.org.
- 92 Stiglitz, Bilmes, *The Three Trillion Dollar War*, S. 15f.
- 93 *Replacing and Repairing Equipment Used in Iraq and Afghanistan: The Army's Reset Programme*, Bericht des Congressional Budget Office (CBO), September 2007, S. IX; einzusehen unter: www.cbo.gov; siehe auch: Belasco, *The Cost of Iraq, Afghanistan and Other Global War on Terror Operations Since 9/11*, S. 25.
- 94 Stiglitz, Bilmes, *The Three Trillion Dollar War*, S. 16.
- 95 »Pentagon Redefines ›Emergency‹«, *Wall Street Journal*, 3. Januar 2007.
- 96 Ebd.
- 97 »Estimated Costs of US Operations in Iraq and Afghanistan and Other Activities Related to the War on Terrorism«, Erklärung von Robert A. Sunshine, stellvertretendem Direktor für Budgetanalyse des Congressional Budget Office (CBO) vor dem Committee on the Budget des US-Repräsentantenhauses, 31. Juli 2007; einzusehen unter: www.budget.house.gov.
- 98 T. Sharp, »Problems with Using Supplemental Budget Process to Fund Ongoing Military Operations in Iraq and Afghanistan«, Centre for Arms Control and Non-Proliferation, März 2008; einzusehen unter: armscontrolcenter.org.
- 99 *Department of Defense Needs to Take Action to Encourage Fiscal Discipline and Optimize the Use of Tools Intended to Improve Global War on Terror Cost Reporting*, Bericht des Government

- Accountability Office, GAO-08-68, November 2007, S. 33; einzusehen unter: www.gao.gov.
- 100 Hartung, *Prophets of War*, S. 213.
- 101 Ebd.
- 102 Ebd.
- 103 S. Chatterjee, »Meet the New Interrogators: Lockheed Martin«, *CorpWatch*, 4. November 2005, www.corpwatch.org.
- 104 Hartung, *Prophets of War*, S. 214–219.
- 105 Tim Shorock, *Spies for Hire: The Secret World of Intelligence Outsourcing*, New York: Simon & Schuster 2008, S. 12.
- 106 »BAE Systems Benefits from Iraq, Afghanistan Armoured Vehicles«, *The Telegraph*, 15. Oktober 2008.
- 107 »BAE Systems Completes Acquisition of Armor Holdings, Inc.«, Pressemitteilung Ref. 204/2007, 31. Juli 2007, www.baesystems.com.
- 108 »Drone Wars«, *Forbes*, 6. Januar 2009.
- 109 Die Aktienkurse wurden anhand von Online-Werkzeugen auf den Websites der NYSE und der FTSE ermittelt.
- 110 Ebd.
- 111 Belasco, *The Cost of Iraq, Afghanistan and Other Global War on Terror Operations Since 9/11*, S. 30.
- 112 Die Aktienkurse wurden anhand von Online-Werkzeugen auf den Websites der NYSE und der FTSE ermittelt.
- 113 Ebd.
- 114 Belasco, *The Cost of Iraq, Afghanistan and Other Global War on Terror Operations Since 9/11*, S. 30.
- 115 D. Farah, S. Braun, *Merchant of Death*, New Jersey: John Wiley & Sons 2007, S. 214–217.
- 116 Ebd., S. 225.
- 117 Ebd., S. 226.
- 118 Ebd., S. 221.
- 119 Ebd., S. 232.
- 120 Ebd., S. 249.
- 121 *Blood at the Crossroads: Making the Case for a Global Arms Treaty*, Amnesty International, ACT/30/011/2008, S. 45.
- 122 Ebd.
- 123 Ebd.
- 124 Siehe www.agilitylogistics.com.
- 125 »Taos Industries Team Wins Logcap IV Task Order in Afghanistan«, *Business Wire*, 13. Juli 2009.
- 126 Siehe www.agilitylogistics.com.
- 127 *Dead on Time – Arms Transportation, Brokering and the Threat to Human Right*, Amnesty International, 2006, ACT/30/008/2006, S. 104.
- 128 *Blood at the Crossroads: Making the Case for a Global Arms Treaty*, Amnesty International, ACT/30/11/2008, S. 46; sowie B.Wood, »International Initiatives to Prevent Illicit Brokering of Arms and Other Related Materials«, *Disarmament Forum*, Nr. 3, 2009, S. 10.
- 129 Bericht der Sachverständigengruppe bezüglich Absatz 4 der Resolution 1458 (2003) des UN-Sicherheitsrats betreffend Liberia, S/2003/498, 24. April 2003, S. 19ff.
- 130 »British Businessman to Testify Against »Merchant of Death««, *The Independent*, 27. Juli 2008; sowie Farah, Braun, *Merchant of Death*.
- 131 »Case Studies: Aerocom«, Stockholm International Peace Research Institute, ohne Datum, www.sipri.org.
- 132 *Blood at the Crossroads: Making the Case for a Global Arms Treaty*, Amnesty International,

- ACT/30/11/2008, Kapitel 7.
- 133 Ebd.; sowie »UK Guns in Al Qaeda Hands«, *The Guardian*, 19. März 2006.
- 134 Ebd.
- 135 Ebd.
- 136 Ebd.
- 137 Ebd.
- 138 *Stabilizing Iraq: Department of Defense Cannot Ensure that US-Funded Equipment has Reached Iraqi Security Forces*, Bericht des Government Accountability Office, GAO-07-711, Juli 2007, S. 8; einzusehen unter: www.gao.gov. Die für das Programm verantwortliche Einrichtung war das Multinational Security Transition Command-Iraq (MSTC-I).
- 139 Ebd., S. 11.
- 140 »Missing US Arms Probe Goes Global«, *Asia Times*, 17. August 2007.
- 141 »Chevron Joins the US-Ukraine Business Council«, Pressemitteilung des U.S.–Ukraine Business Council, 5. August 2009; einzusehen unter: www.usubc.org.
- 142 Siehe die Firmenwebsite: www.sasi-corp.com.
- 143 Ebd.
- 144 Alle Informationen über den Auftrag stammen aus dem Federal Procurement Data System, www.fdps.gov. Der Auftrag bestand aus einer Reihe getrennter kleinerer Bestellungen. Der größte Einzelauftrag belief sich auf nicht ganz 28 Millionen Dollar und wurde am 22. Februar 2007 unterzeichnet; siehe Auftragsnummer/IDV: W91CRB04D0024.
- 145 Aram Roston, »The Unquiet American«, *The Washington Monthly*, 5. Juni 2005.
- 146 Ebd.
- 147 Miller, *Blood Money*, S. 230.
- 148 »Dale Stoffel«, Dokument von der gestohlenen Festplatte, am 26. April 2005 vom »Political Committee Mujahideen Central Command« ins Internet gestellt (www.albasrah.net).
- 149 Human Rights Watch, *Bulgaria: Money Talks – Arms Dealing with Human Rights Abusers*, 1. April 1999, D1104; einzusehen unter: www.unhcr.org.
- 150 Ebd.
- 151 Ebd.; außerdem Roston, »The Unquiet American«; sowie Miller, *Blood Money*, S. 231.
- 152 Roston, »The Unquiet American«.
- 153 R. Perucci, E. Wysong, *The New Class Society: Goodbye American Dream?* Maryland: Rowman & Littlefield 2003, S. 124.
- 154 »Iran Used Chalabi to Dupe US, Says Report«, *The Seattle Times*, 22. Mai 2004.
- 155 Aram Roston, *The Man Who Pushed America to War*, New York: Nation Books 2008, S. 248.
- 156 Ebd.
- 157 Plenumsprotokoll: Proceedings and Debates of the 108th Congress, Second Session, 2. Juni 2004, US Government Printing Office: Washington, S. 11322.
- 158 Roston, »The Unquiet American«.
- 159 Laut Eintragung im zentralen Firmenregister von Panama.
- 160 Wye Oak Technology Inc. gegen die Republik Irak, Klage vor dem US-Bezirksgericht Eastern District of Virginia, eingereicht von John Quinn und David Stoffel am 20. Juli 2009, Rechtssache Nr. 1:09CV793, Abs. 10–14.
- 161 »Iraq: Corruption, Missing Millions and Two Dead Contractors«, Associated Press, 28. Januar 2006.
- 162 Beweisstück 2, eingereicht in der Anlage zur Klage Wye Oak Technology Inc. gegen die Republik Irak.
- 163 »US Army Failed to Investigate Warnings of Corruption«, *The Los Angeles Times*, 14. März 2005.
- 164 Wye Oak Technology Inc. gegen die Republik Irak, Abs. 18.

- 165 »Salameh: Government Cannot Force Return of Iraqi Money«, *Daily Star* (Libanon), 6. Februar 2004.
- 166 »US Army Failed to Investigate Warnings of Corruption«, *The Los Angeles Times*, 14. März 2005;
sowie »Contractor Accused of Fraud in Iraq«, *The Seattle Times*, 9. Oktober 2004.
- 167 Wye Oak Technology Inc. gegen die Republik Irak, Abs. 27.
- 168 Roston, »The Unquiet American«.
- 169 Ebd.
- 170 »Memorandum of Understanding« (»Absichtserklärung«), 20. Juni 2004, Dokument von der gestohlenen Festplatte, am 26. April 2005 vom »Political Committee Mujahideen Central Command« ins Internet gestellt; www.albasrah.net; einzusehen unter: www.theshadowworld.com.
- 171 Ebd.
- 172 Es wird angenommen, dass der Name »Newco« lediglich ein Platzhalter war.
- 173 »Memorandum of Understanding«.
- 174 Ebd.
- 175 msnbc, 12. November 2004.
- 176 Wye Oak Technology Inc. gegen die Republik Irak, Abs. 29.
- 177 »Inquiry on Graft in Iraq Focuses on US Officers«, *The New York Times*, 14. Februar 2009.
- 178 Wye Oak Technology Inc. gegen die Republik Irak, Abs. 29.
- 179 »Inquiry on Graft in Iraq Focuses on US Officers«.
- 180 »Response to Motion for Order Pursuant to Customer Challenge Provisions of Right to Financial Privacy Act«, Rechtssache Anthony B. Bell (Antragsteller) gegen Sonderausschuss Generalinspekteur für den Wiederaufbau des Irak (Antragsgegner), US-Bezirksgericht Northern District of Georgia, Zivilklage Nr. 3:09-mi-00003 sowie 3:09-mi-00002, 2. März 2009.
- 181 »»Declaration of Special Agent James J. Crowley« submitted as supporting evidence in »Response to Motion for Order Pursuant to Customer Challenge Provisions of Right to Financial Privacy Act«, Rechtssache Anthony B. Bell (Antragsteller) gegen Sonderausschuss Generalinspekteur für den Wiederaufbau des Irak (Antragsgegner).
- 182 Amy Belasco, *The Cost of Iraq, Afghanistan and Other Global War on Terror Operations Since 9/11*, Congressional Research Service, 24. März 2011.
- 183 Ebd.
- 184 Ebd.
- 185 Ebd.
- 186 Eisenhower Study Group / Eisenhower Research Project, »The Costs Of War Since 2001: Iraq, Afghanistan, and Pakistan«, Watson Institute for International Studies, Brown University: Juni 2011; eine Zusammenfassung unter: www.costsofwar.org, Rubrik: »Economic Cost Summary: Costs of War«.
- 187 Linda Bilmes, Joseph Stiglitz, »The True Cost of the War: \$3Trillion and Beyond«, *The Washington Post*, 5. September 2001.
- 188 Ebd.
- 189 Ebd.
- 190 www.costsofwar.org, Rubrik: »Potential Jobs«.
- 191 www.costsofwar.org, Rubrik: »Economic Cost Summary: Costs of War«.
- 192 *Blood at the Crossroads: Making the Case for a Global Arms Trade Treaty*, Amnesty International, 2008, Abschnitt 7, www.amnesty.org; »Afghanistan: Arms Proliferation Fuels Further Abuse«, Amnesty Internatinoal Public Briefing, 2008, www.amnesty.org; M. Bhatia, »Small Arms Flows Into and Within Afghanistan«, in M. Bhatia, M. Sedra, *Afghanistan, Arms and Conflict*, Small Arms Survey: Oxon 2008, S. 38.
- 193 Patrick Cockburn, *The Occupation: War and Resistance in Iraq*, London: Verso 2007, S. XXII.

- 194 Ebd.
- 195 Für eine ausgezeichnete Darstellung der Korruptionsskandale, in die Karzais Regierung verwickelt ist, siehe S. Chatterjee, »Paying off the Warlords: Anatomy of a Culture of Corruption«, in N. Turse (Hg.), *The Case for Withdrawal From Afghanistan*, London: Verso 2010.
- 196 »Woman said to have been used as human shield for bin Laden«, *The Washington Post*, 2. Mai 2011.
- 197 Cockburn, *The Occupation*, S. XXII.
- 198 Stiglitz, Bilmes, *The Three Trillion Dollar War*, S. 15.

FÜNF

Die Schlachtfelder

19 Tränen für einen geliebten Kontinent 1 »President Bush Creates a Department of Defense Unified Command for Africa«, Erklärung des Weißen Hauses, 6. Februar 2007; georgewbush-whitehouse.archives.gov. Seit dem Oktober 2008 ist Africom voll operationsfähig und für alle Operationen der US Army auf dem afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Ägypten verantwortlich.

- 2 Richard H. Robins, *Global Problems and the Culture of Capitalism*, Boston: Allyn & Bacon 2002.
- 3 Damien Fruchart, »United Nations Arms Embargoes: Their Impact on Arms Flow and Target Behaviour. Case Study: Rwanda, 1994 Present«, Bericht des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2007, S. 2–5.
- 4 »Arming Rwanda: The Arms Trade and Human Rights Abuses in the Rwandan War«, Human Rights Watch, 1. Januar 1994.
- 5 Ebd.
- 6 Eine exzellente Analyse der Beziehung zwischen dem Völkermord in Ruanda und der durch den Verfall der Kaffeepreise ausgelösten Wirtschaftskrise findet sich bei Philip Verwimp, »The Political Economy of Coffee, Dictatorship and Genocide«, *European Journal of Political Economy*, Bd. 19, Ausgabe 2, Juni 2003, S. 161–181.
- 7 Fruchart, »United Nations Arms Embargoes«.
- 8 »Arming Rwanda«, Human Rights Watch.
- 9 Ebd.
- 10 »Profile: Agatha Habyarimana, The Power Behind the Hutu Presidency«, *The Guardian*, 2. März 2010.
- 11 Linda Melvern, *Conspiracy to Murder: The Rwandan Genocide*, Verso: London 2006, S. 50.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd., S. 55f.
- 14 Ebd., S. 20–31.
- 15 Ebd., S. 20–22.
- 16 Paul Mangarella, »Explaining Rwanda’s 1994 Genocide«, *Human Rights and Human Welfare*, 2001, Bd. 2, Ausgabe 1.
- 17 Mel McNulty, »French Arms, War and Genocide«, *Crime, Law & Social Change*, 2000, Bd. 33, S. 107.
- 18 Fruchart, »United Nations Arms Embargoes«, S. 5–10.
- 19 Nelson Alusala, »The Arming of Rwanda and the Genocide«, *African Security Review*, 2004, Bd. 13, Nr. 2, S. 138.
- 20 Ebd.
- 21 »Arming Rwanda«, Human Rights Watch.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Fruchart, »United Nations Arms Embargoes«, S. 5–10.
- 25 Melvern, *Conspiracy to Murder*, S. 57f.
- 26 Ebd.
- 27 McNulty, »French Arms, War and Genocide«, S. 109.
- 28 »France’s Shame?«, *The Guardian*, 11. Januar 2007; sowie Stephen Ellis, E-Mail-Korrespondenz, 19. Juni 2011.
- 29 McNulty, »French Arms, War and Genocide«, S. 110.

- 30 Ebd.
- 31 Ebd., S. 110–111.
- 32 Fruchart, »United Nations Arms Embargoes«, S. 6f.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 »Rwanda’s Mystery That Won’t Go Away«, *BBC News*, 29. November 2006; siehe auch »Habyarimana Killed By His Own Forces«, *The New Times* (Kigali), 12. Januar 2010, sowie »Habyarimana Killed by His Own Army – UK Experts«, *The East African*, 10. Januar 2010.
- 36 »Committee of Experts Investigation of the April 6, 1994 Crash of President Habyarimana’s Dassault Falcon-50 Aircraft«, Pressemitteilung, Republik Ruanda, Januar 2010, S. 5–6; Download unter: mutsinzireport.com 37 Zach Dubinsky, »The Lessons of Genocide«, *Essex Human Rights Review*, 2005, Bd. 2, Nr. 1, S. 112; sowie »Rwanda Leader Defiant on Killing Claim«, *BBC News*, 30. Januar 2007.
- 38 »Bloody Trade that Fuels Rwanda’s War«, *The Independent*, 23. November 1996.
- 39 Mark Phythian, »The Illicit Arms Trade: Cold War and Post-Cold War« in M. Phythian (Hg.), *Under the Counter and Over the Border: Aspects of the Contemporary Trade in Illicit Arms*, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 2000, S. 21–24.
- 40 »Arming Africa: Who Is the Second Largest Supplier of Weapons on the World? China? France? Russia? No, It’s Britain«, *The Independent*, 19. November 1996.
- 41 Ebd., sowie Fruchart, »United Nations Arms Embargoes«, S. 17.
- 42 Ebd.
- 43 Phythian, »The Illicit Arms Trade«.
- 44 »Rwanda: How the Genocide Happened«, *BBC News*, 18. Dezember 2008, sowie »OAU Sets Inquiry Into Rwandan Genocide«, *Africa Recovery*, Bd. 12, Nr. 1, August 1998.
- 45 Siehe Philip Verwimp, »Machetes and Firearms: The Organization of Massacres in Rwanda«, *Journal of Peace Research*, 2006. Bd. 43, Nr. 1.
- 46 Ebd.
- 47 Eine umfassende Darstellung kolonialer Herrschaft im Kongo findet sich in Adam Hochschild, *King Leopold’s Ghost*, London: Pan MacMillan 2006.
- 48 Siehe etwa Robin McKown, *Lumumba: A Biography*, New York: Doubleday 1969; Ludo De Witte, *The Assassination of Lumumba*, London: Verso 2001; sowie Leo Zeilig, *Lumumba: Africa’s Lost Leader*, London: Haus Publishing 2008.
- 49 Richard A. Fredland, *Understanding Africa: A Political Economy Perspective*, Illinois: Burnham Inc., S. 128.
- 50 *Country Profile: The Democratic Republic of Congo*, Action for Southern Africa Report, www.actsa.org.
- 51 »Who Killed Lumumba?«, *BBC News*, 21. Oktober 2000.
- 52 Siehe Ludo De Witte, *The Assassination of Lumumba*; außerdem »US Role in Lumumba Murder Revealed«, *AllAfrica* und *Washington Post*, 22. Juli 2002. Dieser Artikel von Dr. Stephen Weissman, Afrika-Experte im US-Kongress, hat darauf hingewiesen, dass die Ermordung Lumumbas zeitlich mit dem sogenannten »Project Arrow« der CIA zusammenfiel, einer Kampagne zur Finanzierung von Lumumbas Gegnern, bei der Zahlungen an die Generale gingen, die Lumumba schließlich ermordeten. Ein einseitiges Memorandum, das die CIA 2007 freigab, spricht von einem »Projekt, das die Ermordung Patrice Lumumbas, des gewesenen Ministerpräsidenten der Republik Kongo, zum Ziel hatte ... Als Mordwerkzeug wurde angeblich Gift gewählt«. (»CIA Releases Files on Past Misdeeds«, *The Washington Post*, 27. Juni 2007.) Im Jahr 2002, einundvierzig Jahre nach dem Mord, entschuldigte sich Belgien offiziell für seine Rolle bei Lumumbas Tod. (»Lumumba Apology:

- Congo's Mixed Feelings«, *BBC News*, 6. Februar 2002).
- 53 Mel McNulty, »The Collapse of Zaire: Implosion, Revolution or External Sabotage?«, *Journal of Modern African Studies*, 1999, Bd. 37, Nr. 1, S. 59.
- 54 Sein voller afrikanisierter Name lautete Mobutu Sese Seko Nkuku Ngbendu Wa Za Banga, was so viel bedeutet wie »Der allmächtige Krieger, der mit Ausdauer und Siegeswillen flammenden Schrittes von Eroberung zu Eroberung geht«.
- 55 Herbert Weiss, »War and Peace in the Democratic Republic of the Congo«, *Current African Issues*, 2000, Nr. 22.
- 56 »Mobutu Sese Seko, 66, Longtime Dictator of Zaire«, *New York Times*, 8. September 1997.
- 57 Siehe McNulty, »The Collapse of Zaire: Implosion, Revolution or External Sabotage?«, S. 59.
- 58 Joe Bavier, »Congo's New Mobutu«, *Foreign Policy*, 29. Juni 2010.
- 59 Michela Wrong, »The Emperor Mobutu«, *Transition*, 2000, Nr. 81/82, S. 99–102.
- 60 Weiss, »War and Peace in the Democratic Republic of the Congo«.
- 61 Siehe Howard French, »Kagame's Hidden War in the Congo«, *New York Review of Books*, 24. September 2009.
- 62 »Leaked UN Report Accuses Rwanda of Possible Genocide in the Congo«, *The Guardian*, 26. August 2010, sowie »UN Discovers Possible DRC (Democratic Republic of Congo) Genocide«, *News24* (Südafrika), 26. August 2010.
- 63 »UN revises DRC ›genocide‹ report«, *Al Jazeera*, 1. Oktober 2010.
- 64 Weiss, »War and Peace in the Democratic Republic of the Congo«, *Current African Issues*, 2000, Nr. 22.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Damien Fruchart, »Case Study: Democratic Republic of Congo, 2003–2006«, *United Nations Arms Embargoes: Their Impact on Arms Flows and Target Behaviour*, SIPRI, Stockholm 2007, S. 2–3.
- 68 Adam Hochschild, »Heart of Sadness: Congo«, *Amnesty Magazine*, www.amnestyusa.org.
- 69 *Democratic Republic of Congo: Children At War*, Amnesty International, September 2003, AFR62/034/2003, S. 4, Fußnote 8.
- 70 J. Murison, »The Politics of Refugees and Internally Displaced Persons in the Congo War« in John F. Clark (Hg.), *The African Stakes of the Congo War*, New York: Palgrave MacMillan 2002, S. 228.
- 71 *Democratic Republic of Congo: Children At War*, S. 1.
- 72 »DR Congo's Women in the Frontline«, *BBC News*, 6. November 2002.
- 73 Ebd.
- 74 *Democratic Republic of Congo: Children At War*.
- 75 Hochschild, »Heart of Sadness: Congo«.
- 76 Fruchart, »Case Study: Democratic Republic of Congo, 2003–2006«.
- 77 Ebd., S. 3.
- 78 Bericht der Expertenrunde des UN-Sicherheitsrats zur Untersuchung der illegalen Ausbeutung von Ressourcen aus der Demokratischen Republik Kongo, 16. Oktober 2002, S/2002/1146, Abs. 12–24.
- 79 Ebd., Abs. 39.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd., Abs. 40.
- 82 Ebd.
- 83 Ebd.
- 84 »The Arms Dealer Who Could Bring Down Zuma«, *The Independent*, 27. November 2008; sowie »Millionaire Accused of Propping Up Mugabe«, *The Guardian*, 27. November 2008.

- 85 Ebd.; außerdem »Smoke, Sex and the Arms Deal«, *Mail & Guardian* (Südafrika), 28. Oktober 2008.
- 86 Ebd., siehe Kapitel 9. Bredenkamp bestreitet, bei BAE eine wesentliche Rolle gespielt zu haben, und auch seine Beziehung zu Mugabe.
- 87 Bericht der Expertenrunde (siehe Anm. 78), Abs. 56.
- 88 Ebd.
- 89 Ebd.
- 90 Ebd., Anhang II, Kategorie II.
- 91 Abschlussbericht der Expertenrunde des UN-Sicherheitsrats zur Untersuchung der illegalen Ausbeutung von Ressourcen aus der DR Kongo, 23. Oktober 2003, S/2003/1027, Abs. 22–29.
- 92 Ebd., Abs. 23.
- 93 Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) beim amerikanischen Finanzministerium verhängt und vollstreckt wirtschaftliche und Handelssanktionen auf der Basis der amerikanischen Außenpolitik und von durch die nationale Sicherheit definierten Zielen gegen bestimmte Länder und Regimes, gegen Terroristen, internationale Drogenhändler, gegen Personen, die zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und anderen Bedrohungen der nationalen Sicherheit der USA, ihrer Außenpolitik oder ihrer Wirtschaft beitragen, www.ustreas.gov/offices/enforcement/ofac.
- 94 »Treasury Designates Mugabe Regime Cronies«, Begründung des US-Finanzministeriums, 25. November 2008; siehe auch »Council Decision 2011/101/CFSP of 15 February 2011 concerning restrictive measures against Zimbabwe«, *Official Journal of the European Union*, 16. Februar 2011; sowie die Mitteilung des US-Finanzministeriums, »Specially Designated Nationals and Blocked Persons«, 21. Juni 2011, also Download unter: www.treasury.gov/ofac/downloads/t11sdn.pdf.
- 95 *Democratic Republic of Congo: Arming the East*, Amnesty International, Juli 2005, AFR62/006/2005, S. 53–54.
- 96 Bericht der Expertenrunde (siehe Anm. 78), 16. Oktober 2002, S/2002/1146, Abs. 107.
- 97 Ebd., Abs. 72.
- 98 *Democratic Republic of Congo: Arming the East*, Amnesty International, Juli 2005, AFR62/006/2005.
- 99 Ebd.
- 100 Ebd.
- 101 Fruchart, »Case Study: Democratic Republic of Congo, 2003–2006«, S. 5.
- 102 Peter Danssaert, Brian Johnson-Thomas, *Zimbabwe – Arms and Corruption: Fuelling Human Rights Abuses*, International Peace Information Service, Juli 2009, www.ipisresearch.be.
- 103 Ebd.
- 104 Tom Cooper, Pit Weinert, »Zaire/DRC since 1980«, ACIG.org, www.acig.org/artman/publish/printer_190.shtml; sowie Ryan Dilley, »The ›trainer‹ jet the UK loves to Hawk«, BBC, 29. Mai 2002, news.bbc.co.uk/1/hi/uk/2012743.stm.
- 105 »Zimbabwe–China relations: Who benefits?«, Ansprache von Wilf Mabanga an der Universität Witwatersrand, 8. April 2011.
- 106 Siehe »Global and Inclusive Agreement on Transition in the Democratic Republic of the Congo: Inter-Congolese Dialogue«, unterzeichnet in Pretoria am 16. Dezember 2002; Download unter: www.reliefweb.int.
- 107 Ebd.
- 108 Siehe Danssaert, Johnson-Thomas, *Greed and Guns: Uganda's Role in the Rape of the Congo*, International Peace Information Service, 2005; Download unter: www.ipisresearch.be.
- 109 *Conflict Minerals and the Democratic Republic of Congo*, 2010, Bericht des Verbandes »Business for Social Responsibility«, S. 1. Eine detaillierte Geschichte des Bergbaus im Kongo von der Kolonialzeit bis in die Gegenwart findet sich in *The Role of the Exploitation of Natural Resources in Fuelling and Prolonging Crises in the Eastern DRC*, International Alert, 2009.

- 110 Ebd.
- 111 Bericht der Beobachtungskommission in der Demokratischen Republik Kongo, 30. Juni 2010, S/2010/288, Abs. 3–6.
- 112 Ebd., Abs. 8.
- 113 »UN: DRC mass rapes defy belief«, *Mail & Guardian* (Südafrika), 24. September 2010.
- 114 Resolution 1493, 4797. Sitzung des UN-Sicherheitsrats, 28. Juli 2003 S/RES/1493 (2003).
- 115 Fruchart, »Case Study: Democratic Republic of Congo, 2003–2006«, S. 9–11.
- 116 Resolution 1596, 5163. Sitzung des UN-Sicherheitsrats, 18. April 2005, S/RES/1596 (2005), und Resolution 1807, 5861. Sitzung des UN-Sicherheitsrats, 31. März 2008, S/RES/1807 (2008).
- 117 *Democratic Republic of Congo: Arming the East*, Amnesty International, Juli 2005, AFR62/006/2005, S. 66–70.
- 118 Joe Bavier, »Congo’s New Mobutu«, *Foreign Policy*, 29. Juni 2010.
- 119 *Transparency and Accountability in Angola: An Update*, 2010, Human Rights Watch, New York, S. 1.
- 120 Ebd.
- 121 Ebd., S. 2.
- 122 »Human Development Report 2009 – HDI Rankings«, hdr.undp.org/en/statistics.
- 123 »Human Development Indicators – Angola (Rank 143)«, 2009, hdr.undp.org.
- 124 Zu Angolas kolonialem Erbe siehe etwa M. Newitt, »Angola in Historical Context«, in P. Chabal, N. Vidal, (Hg.), *Angola: The Weight of History*, New York: Columbia University Press 2008, S. 28–33; eine detailliertere Geschichte des Sklavenhandels in Angola bietet *Way of Death* von Joseph C. Miller (University of Wisconsin Press 1997).
- 125 Ebd.
- 126 Tony Hodges, *Angola: From Afro-Stalinism to Petro-Diamond Capitalism*, International African Institute and James Currey, Norway and Indiana, 2001, S. 6–8.
- 127 Ebd.
- 128 *Angola: Arms Trade and Violations of the Laws of War Since the 1992 Elections*, Human Rights Watch Arms Project and Human Rights Watch/Africa, 1994, S. 8. Siehe auch: W. Minter, *Apartheid’s Contras*, Witwatersrand University Press: Johannesburg 1994.
- 129 »Jonas Savimbi – Obituary«, *The Independent*, 25. Februar 2002.
- 130 »Jonas Savimbi«, *The Economist*, 28. Februar 2002.
- 131 Ali A. Mazrui, *The Warrior Tradition in Modern Africa*, Leiden: Brill 1977, S. 227.
- 132 *Angola: Arms Trade and Violations of the Laws of War Since the 1992 Elections*, Human Rights Watch Arms Project and Human Rights Watch/Africa, 1994, S. 9; sowie D. Herbstein, D. Evenson, *The Devils Are Among Us: The War for Namibia*, New York: Zed Books 1989, S. 175.
- 133 Colin Legum, *Africa Contemporary Record: Annual Survey and Documents*, Bd. 18, Holmes & Meier 1987, S. 1–33.
- 134 Christopher Andrew, *For the President’s Eyes Only*, London: Harper Collings 1995, S. 412; siehe auch Richard Immerman, Athan Theoharis, *The Central Intelligence Agency: Security Under Scrutiny*, Santa Barbara: Greenwood Press 2006, S. 412.
- 135 Alex Vines, *Angola Unravels: The Rise and Fall of the Lusaka Peace Process*, Human Rights Watch 1999, S. 7.
- 136 Siehe John Stockwell, *In Search of Enemies: A CIA Story*, New York: Norton 1978.
- 137 Jakkie Potgieter, »Taking Aid from the Devil Himself: Unita’s Support Structures« in Jakkie Cilliers, Christian Dietrich (Hg.), *Angola’s War Economy*, Institute for Security Studies, Pretoria und Cape Town, 2000, S. 260.
- 138 Alex Vines, »Angola: Forty Years of War« in P. Batchelor, K. Kingama, G. Lamb, (Hg.),

- Demilitarisation and Peace-Building in Southern Africa*, Aldershot / Burlington: Ashgate Publishing 2004, S. 78.
- 139 Ebd.
- 140 Resolution 864, 3277. Sitzung des UN-Sicherheitsrats, 15. September 1993, S/RES/864 (1993).
- 141 Vines, »Angola: Forty Years of War«.
- 142 Ebd.
- 143 Bericht der Sachverständigengruppe über Verstöße gegen die vom Sicherheitsrat gegen die UNITA verhängten Sanktionen, 10. März 2000, S/2000/203.
- 144 Ebd., Absatz 49.
- 145 Christian Dietrich, »UNITA's Diamond Mining and Exporting Capacity«, in Jakkie Cilliers, Christian Dietrich (Hg.). *Angola's War Economy*, Institute for Security Studies, Pretoria and Cape Town, 2000, S. 274.
- 146 Ebd., S. 278.
- 147 Ebd.
- 148 Jake H. Sherman, »Profit vs Peace: The Clandestine Diamond Economy of Angola«, *Journal of International Affairs*, 1. April 2001, S. 2–3.
- 149 A. Vines, *Angola Unravels: The Rise and Fall of the Lusaka Peace Process*, Human Rights Watch, 1999, Kap. IX.
- 150 Bericht der Sachverständigengruppe, Abs. 16–17.
- 151 Ebd.
- 152 *All the Presidents Men*, Global Witness, März 2002, S. 11.
- 153 Ebd.
- 154 Ken Silverstein, »The Arms Dealer Next Door«, *In These Times*, 22. Dezember 2001.
- 155 *All the Presidents Men*, Global Witness, März 2002, S. 11.
- 156 Ebd., S. 12.
- 157 Ebd.
- 158 Elizabeth Allen, Nicole Intalan, »Anatomy of a Scandal«, *World Policy Journal*, 2010. Bd. 27, Nr. 1, S. 14–15.
- 159 Ebd.
- 160 Ebd.; siehe auch *All the Presidents Men*, Global Witness, März 2002, S. 11.
- 161 »Profile of Arcadi Gaydamark«, *BBC News*, 13. Juli 2007.
- 162 Urteil, Tribunal de Grande Instance de Paris (Zivilgericht), 11. Kammer, 3. Sektion, Fall Nr. 0019292016, S. 206.
- 163 Silverstein, »The Arms Dealer Next Door«.
- 164 Urteil, Tribunal de Grande Instance de Paris, Fall Nr. 0019292016, S. 170f.
- 165 Resolution 864, UN-Sicherheitsrat, 15. September 1993, S/RES/864, Abs. 19; in deutscher Übersetzung in »Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats 1993«, Vereinte Nationen, New York 1995, S. 75.
- 166 Urteil, Tribunal de Grande Instance de Paris, Fall Nr. 0019292016, S. 170f.
- 167 *All the Presidents Men*, Global Witness, März 2002, S. 11.
- 168 »French Establishment Players Convicted Over Arms to Angola Scandal«, *The Sunday Times*, 28. Oktober 2009; außerdem Estelle Shirbon, »French Power Brokers Convicted Over Arms To Angola«, *Reuters*, 27. Oktober 2009; sowie »France ex-minister Pasqua Acquitted Over Angola Arms«, *BBC News*, 24. April 2011.
- 169 Silverstein, »The Arms Dealer Next Door«. Die Republikanische Partei gab die Spenden nach Falcones Inhaftierung zurück.
- 170 E. Allen, N. Intalan, »Anatomy of a Scandal«, *World Policy Journal*, 2010. Bd. 27, Nr. 1, S. 14–15.

- 171 Ebd.
- 172 Ebd.
- 173 Ebd.
- 174 Auf dem Parteitag in Epinay, am 13. Juni 1971.
- 175 A. Vines, *Angola Unravels: The Rise and Fall of the Lusaka Peace Process*, Human Rights Watch, 1999. S. 7.
- 176 Doug Farah, Stephen Braun, *Merchant of Death*, London: John Wiley & Sons 2007, S. 80–84.
- 177 Ebd.
- 178 Weißrussland, Brasilien, Bulgarien, Kanada, Tschechien, Ungarn, Kasachstan, Moldawien, Peru, Polen, Russland, Slowakei, Südafrika, Spanien and Ukraine; siehe dazu die SIPRI-Datenbank zum Waffenhandel (»armstrade«), www.sipri.org.
- 179 Ebd.
- 180 Bericht der Sachverständigengruppe, Abs. 18–20.
- 181 Ebd.
- 182 Ebd.
- 183 Ebd.
- 184 *For a Few Dollars More*, Global Witness, April 2003, S. 21–23.
- 185 »Revealed: Ex-Soviet Officer Turns Sanction Buster«, *The Financial Times*, 10. Juli 2000.
- 186 Bericht der Sachverständigengruppe über Verstöße gegen die vom Sicherheitsrat gegen die UNITA verhängten Sanktionen, 10. März 2000, S/2000/203, Abs. 28–31.
- 187 *For a Few Dollars More*, Global Witness, April 2003, S. 23.
- 188 Ebd.
- 189 »Africa's Gems: Warfare's Best Friend«, *The New York Times*, 6. April 2000.
- 190 Bericht der Sachverständigengruppe, Abs. 28–31.
- 191 Ebd.
- 192 Bericht der Sachverständigengruppe, Abs. 17–18.
- 193 »Jonas Savimbi: Obituary«, *The Guardian*, 25. Februar 2002.
- 194 *Africa South of the Sahara 2004*, Europa Publications, London 2004, S. 45.
- 195 Ebd.
- 196 »Angola Rebel Leader's Death Confirmed«, *BBC News*, 24. Februar 2002.
- 197 *Angola's Wealth: Stories of War and Neglect*, September 2001, Oxfam Briefing Paper, S. 6; und »Digging Up Angola's Deadly Litter«, *Christian Science Monitor*, 27. Juli 2001.
- 198 V. Britain, »Angola: What Kind of Peace After Decades of War?«, *Conflict, Security & Development*, Bd. 2, Nr. 2.
- 199 Ken Menkhous, »Governance Without Government in Somalia«, *International Security*, 2007, Bd. 31, Nr. 3 (Winter 2006/07), S. 74.
- 200 Eine detaillierte Analyse der Rolle der Klans in der somalischen Politik findet sich in H. Adam, »Militarism, Warlordism or Democracy?«, *Review of African Political Economy*, 1992, Nr. 54, Juli.
- 201 Ismael I. Ahmed, Reginald Herbold Green, »The Heritage of War and State Collapse in Somalia and Somaliland: Local-Level Effects, External Interventions and Reconstruction«, *Third World Quarterly*, 1999, Bd. 20, Nr. 1, S. 115f.
- 202 Ebd.
- 203 Bericht der Sachverständigengruppe Somalia bezüglich der Resolution 1425 des UN-Sicherheitsrates (2002), S/2003/223, S. 13.
- 204 Ebd.
- 205 Ebd.
- 206 Khalid M. Medani, »Financing Terrorism or Survival?: Informal Finance and State Collapse in

- Somalia and the US War on Terrorism«, *Middle East Report*, Nr. 223, 2002, S. 7.
- 207 Ahmed, Green, »The Heritage of War and State Collapse in Somalia and Somaliland, S. 116f.
- 208 Ebd., S. 116–120.
- 209 Medani, »Financing Terrorism or Survival?«, S. 6–10.
- 210 Ahmed, Green, »The Heritage of War and State Collapse in Somalia and Somaliland«.
- 211 K. Menkhaus, »Governance Without Government in Somalia«, *International Security*, 2007, Bd. 31, Nr. 3 (Winter 2006/07), S. 80.
- 212 Bericht der Sachverständigengruppe Somalia.
- 213 Ismail, Green, »The Heritage of War and State Collapse in Somalia and Somaliland«, S. 119.
- 214 Ebd.
- 215 Ebd., S. 119f.
- 216 Ebd.
- 217 Lionel Cliffe, »Armed Violence and Poverty in Somalia«, Centre for International Cooperation and Security and University of Bradford, Department for Peace Studies, März 2005, S. 7.
- 218 »Somalia: In the Market for War«, *The Guardian*, 7. Juni 2010.
- 219 »Arms Dealers Revel in Somali War Business«, Reuters, 9. Juni 2009.
- 220 Ebd.
- 221 Cliffe, »Armed Violence and Poverty in Somalia«, S. 8f.
- 222 Bericht der Sachverständigengruppe Somalia, Abs. 118–137.
- 223 Cliffe, »Armed Violence and Poverty in Somalia«, S. 8f.
- 224 »Arms Dealers Revel in Somali War Business«, Reuters, 9. Juni 2009.
- 225 »Peacekeepers Sell Arms to Somalis«, *BBC News*, 23. Mai 2000.
- 226 Bericht der Sachverständigengruppe Somalia, Abs. 21.
- 227 Ebd., Abs. 41.
- 228 Ebd., Abs. 42.
- 229 Ebd., Abs. 43.
- 230 Ebd.
- 231 Ebd., Abs. 43–47.
- 232 Ebd.
- 233 »Somalia: Continuation of War by Other Means?«, Report No. 88, International Crisis Group/Crisis Group Africa, 2004, S. 7.
- 234 Bericht der Sachverständigengruppe Somalia, Abs. 48. Munye selbst bestreitet, Beziehung zum Waffenhandel zu haben.
- 235 »Israeli, American Indicted for Gun Running to Somalia«, *politico.com*, 28. Juni 2010.
- 236 »Inside Intel: A Man, A Plan, A Near Kidnapping, Panama«, *Haaretz*, 15. Juli 2010.
- 237 Anklage im Fall United States of America gegen Joseph O’Toole und Chanoch Miller, Bezirksgericht Southern District of Florida, Fall-Nr. CR-COHN, 17. Juni 2010.
- 238 Ebd.
- 239 Ebd.
- 240 Ebd.
- 241 Ebd.
- 242 Urteil im Fall USA gegen Joseph O’Toole, Bezirksgericht Fort Lauderdale, Fall-Nr. 0:10CR60177-COHN-1, 14. Dezember 2010.
- 243 Urteil im Fall USA gegen Chanoch Miller, Bezirksgericht Fort Lauderdale, Fall-Nr. 0:10CR60177-COHN-1, 14. Dezember 2010.
- 244 Rob de Wijk, »The New Piracy: The Global Context«, *Survival*, 2010, Bd. 52, Nr. 1, Februar/März, S. 40.

- 245 Ebd., S. 40–42.
- 246 Ebd.
- 247 »Somali Pirates Living the High Life«, *BBC News*, 28. Oktober 2008.
- 248 »Somali Pirates Capture Ukrainian Cargo Ship Loaded with Military Hardware«, *The Guardian*, 27. September 2008.
- 249 »Somali Pirates »Free Arms Ship«, *BBC News*, 5. Februar 2009.
- 250 Ebd.
- 251 David M. Anderson, »The New Piracy: The Local Context«, *Survival*, 2010. Bd. 52, Nr. 1, February/March.
- 252 de Wijk, »The New Piracy: The Global Context«, S. 42.
- 253 Ebd.
- 254 »Somali Pirates Living the High Life«, *BBC News*, 28. Oktober 2008.
- 255 US Counter-Terrorism Calender 2010, nctc.gov/site/groups/al_shabaab.html; außerdem »Al-Shabaab: Backgrounder«, Council on Foreign Relations, 28. Juli 2010, www.cfr.org.
- 256 *Harsh War, Harsh Peace: Abuses by al-Shabaab, The Transitional Federal Government and ANISOM in Somalia*, 2010, Human Rights Watch, S. 2.
- 257 »Somalia's Al Shabaab Rebels Push Towards Palace«, Reuters, 25. August 2010.
- 258 »Letter from Somalia«, *The New Yorker*, 14. Dezember 2009.
- 259 »UN Report: Eritrea Delivering Arms to Al-Shabaab to Overthrow Government in Puntland«, *Associated Press*, 19. August 2010.
- 260 Ebd.
- 261 *Harsh War, Harsh Peace: Abuses by al-Shabaab*, S. 27–32.
- 262 Ebd., S. 17.
- 263 Ebd., S. 17f.
- 264 Ebd.
- 265 »MI5 Chief Warns of Terror Threat From Britons Trained in Somalia«, *The Guardian*, 17. September 2010.
- 266 »Somalia: famine, Al-Shabaab complicate U.S. food delivery in face of severe malnutrition«, *The Huffington Post*, 21. Juli 2011.
- 267 Der Politiker, mit dem ich Anfang 2010 in der US-Bundeshauptstadt sprach, möchte anonym bleiben.
- 268 Eine exzellente Studie über den modernen Sudan und Darfur, die Frage der nationalen Identität und die Bedeutung der Bodenschätze bietet Julie Flint, Alex de Waal, *Darfur: A New History of a Long War*, London: Zed Books 2008.
- 269 Ebd.
- 270 Julie Flint, *Beyond »Janjaweed«: Understanding the Militias of Darfur*, Genf: Small Arms Survey 2009.
- 271 A. Vines, »Counter-Insurgency on the Cheap«, *Review of African Political Economy*, 2004, Bd. 31, Nr. 2, S. 720.
- 272 I. Gambari, »Situation in Sudan«. Bericht der Amerikanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen auf der Model-United-Nations-Konferenz (MUN), New York, 2005; Download erhältlich unter www.un.org.
- 273 *Sudan, Oil and Human Rights*, 2003, Human Rights Watch.
- 274 »Millions Dead in Sudan Civil War«, *BBC News*, 11. Dezember 1998, und »Sudan: Nearly 2 Million Dead as a Result of the World's Longest Running Civil War«, US-Ausschuss für Flüchtlinge, 2001.
- 275 »Background Note: Sudan«, Büro für Afrikanische Angelegenheiten, US-Außenministerium, 29. Juni 2010, www.state.gov.
- 276 Flint, *Beyond »Janjaweed«*, S. 16.

- 277 Ebd.
- 278 Gambari, »Situation in Sudan«, S. 3f.; Download unter: www.un.org.
- 279 Ebd.
- 280 Vines, »Counter-Insurgency on the Cheap«, S. 720f.
- 281 Ebd.
- 282 de Waal, Flint, *Darfur: A New History of a Long War*, S. 47.
- 283 Ebd., S. 50.
- 284 Ebd., S. 50–52.
- 285 T. Dagne, B. Everett, »Sudan: The Darfur Crisis and the Status of North-South Negotiations«, Bericht für den US-Kongress, vorgelegt vom Congressional Research Service / Library of Congress, 2004, S. 2.
- 286 P. Wezeman, »Case Study: Darfur, Sudan, 2004–2006«, *United Nations Arms Embargoes: Their Impact on Arms Flows and Target Behaviour*, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm 2007, S. 2f.
- 287 Ebd., S. 3f.
- 288 Flint, *Beyond »Janjaweed«*, S. 18f.
- 289 Dagne, Everett, »Sudan«, S. 2f.
- 290 Gambari, »Situation in Sudan«, S. 4f.
- 291 »Q & A: Sudan's Darfur Conflict«, *BBC News*, 23. Februar 2010.
- 292 Ebd.
- 293 Ebd.
- 294 »Investing in Tragedy: China's Money, Arms and Politics in Sudan«, *Human Rights First*, März 2008, S. 3–5, www.humanrightsfirst.org.
- 295 Ebd.
- 296 Ebd.
- 297 Ebd., S. 13.
- 298 Ebd., S. 3–13.
- 299 »Investing in Tragedy«, S. II.
- 300 »A Deadly Love Triangle«, *Weekly Standard*, 6. August 2008; und »The Islamic Republic of Sudan?«, *Foreign Policy*, 10. Juni 2010.
- 301 Ebd.
- 302 »Arms Sales to Sudan«, *Human Rights First*, www.stoparmstosudan.org.
- 303 »Sudan, Iran Sign Military Cooperation Agreement«, *Sudan Tribune*, 8. März 2008.
- 304 »The Islamic Republic of Sudan?«, *Foreign Policy*, 10. Juni 2010.
- 305 Ebd.
- 306 »Iran President Hails »Strategic Ties« With Sudan«, *Sudan Tribune*, 16. September 2010.
- 307 Diese Informationen wurden mithilfe der SIPRI-Datenbank zum internationalen Waffenhandel generiert; www.sipri.org.
- 308 Ebd.
- 309 *Blood at the Crossroads: Making the Case for a Global Arms Trade Treaty*, Amnesty International Publications: United Kingdom, 2008, S. 88f.; siehe auch: P. Wezeman, »Case Study: Darfur, Sudan, 2004–2006«, *United Nations Arms Embargoes: Their Impact on Arms Flows and Target Behaviour*, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2007.
- 310 Ebd.
- 311 Ebd.
- 312 *Blood at the Crossroads: Making the Case for a Global Arms Trade Treaty*, Amnesty International Publications: United Kingdom, 2008, S. 94.

- 313 Ebd., S. 94f.
- 314 Ebd.
- 315 Siehe zum Beispiel den Bericht der Sachverständigengruppe bezüglich der Resolution 1591 des UN-Sicherheitsrates (2005) betreffend den Sudan, S/2009/562, 29. Oktober 2009, S. 32–52.
- 316 *Investing in Tragedy: China's Money, Arms and Politics in Sudan*, Human Rights First, März 2008, S. 3–5.
- 317 Ebd.
- 318 »Over 99 percent of South Sudan Vote to separate«, *Mail & Guardian* (Südafrika), 30. Januar 2011.
- 319 Bericht der Sachverständigengruppe bezüglich der Resolution 1591 des UN-Sicherheitsrates, S. 3.
- 320 Siehe »Al Baschir Case: The Appeals Chamber Directs Pre-Trial Chamber to Decide Anew on the Genocide Charge«, Presseerklärung des Internationalen Strafgerichtshofs, 3. Februar 2010, ICC-CPI-20100203-PR494.
- 321 »Court Worry at Omar al-Bashir's Kenya Trip«, *BBC News*, 28. August 2010.
- 322 »Tunisia Suicide Protestor Mohammed Bouazizi Dies«, *BBC News*, 5. Januar 2011.
- 323 »Tunisia: President Zine al-Abidine Bel Ali Forced Out«, *BBC News*, 15. Januar 2011.
- 324 »Egypt Protests: Three Killed in Day of Revolt«, *BBC News*, 26. Januar 2011.
- 325 »Egypt's Last Pharaoh? The Rise and Fall of Hosni Mubarak«, *Time Magazine*, 12. Februar 2011.
- 326 Ray Bush, »Politics, Power and Poverty: Twenty Years of Agricultural Reform and Market Liberalisation in Egypt«, *Third World Quarterly*, 2007. Bd. 28, Nr. 8, S. 1601.
- 327 A. Shatz, »Mubarak's Last Breath«, *London Review of Books*, 1. Mai 2010, Bd. 32, Nr. 10.
- 328 Bush, »Politics, Power and Poverty«.
- 329 Ebd.
- 330 Shatz, »Mubarak's Last Breath«.
- 331 Ebd.
- 332 »Where's Hosni Mubarak's Money? Ask Front Man Hussein Salem«, *ABC News Radio*, 2. März 2011.
- 333 Ebd.
- 334 »Hussein Salem Caught in Dubai with \$500m«, *Globes*, 31. Januar 2011.
- 335 »Hosni Mubarak detained over corruption allegations«, *The Guardian*, 13. April 2010.
- 336 »Egypt asks Interpol to arrest businessman Hussein Salem«, *Egypt News*, 22. März 2010; »Fate of the ousted president inches further along«, *Ahram Online*, 24. Mai 2011.
- 337 »Egypt's Arms Industry Depends on U.S.«, *Aol News*, 15. Februar 2011.
- 338 J. Sharp, *Egypt: The January 25 Revolution and Implications for U.S. Foreign Policy*, Congressional Research Service, RL33003, 2011, S. i., www.crs.gov.
- 339 Ebd.
- 340 Ebd.
- 341 Ebd., S. 24.
- 342 Ebd.
- 343 SIPRI Arms Transfers Database, www.sipri.org.
- 344 Ebd.
- 345 Ebd.
- 346 Ebd.
- 347 Ebd.
- 348 P. Chatterjee, »Egypt's Military-Industrial Complex«, *The Guardian*, 4. Februar 2011.
- 349 Ebd.
- 350 Ebd.
- 351 »Egyptian Police Using U.S.-Made Tear Gas Against Demonstrators«, *ABC News*, 28. Januar 2011.

- 352 P. Chatterjee, »Egypt's Military-Industrial Complex«.
- 353 »Egypt Protest Pictures Highlight The Arms Trade's Unintended Consequences«, 29. Januar 2011, www.warisbusiness.com.
- 354 »Arms Export Deals: MPs Criticise UK's Stance«, *BBC News*, 5. April 2011.
- 355 »David Cameron Visits Egypt with Arms Industry Group to Help Civilian ›Transition««, *The Scotsman*, 22. Februar 2011.
- 356 Ebd.
- 357 »Cameron Attacked for Egypt Visit With Defence Sales Team in Tow«, *The Independent*, 22. Februar 2011.
- 358 M. Eljahmi, »Libya and the US: Gaddafi Unrepentant«, *Middle East Quarterly*, Winter 2006, S. 11–14.
- 359 »Libya: Words to Deeds«, Human Rights Watch, 24. Januar 2006. www.hrw.org/en/node/11480/section/11.
- 360 »Sudan's Shadowy Arab Militia«, *BBC News*, 10. April 2004.
- 361 SIPRI Arms Transfers Database, www.sipri.org.
- 362 Ebd.
- 363 Ebd.
- 364 Anthony H. Cordesman, *A Tragedy of Arms: Military and Security Developments in the Mahgreb*, Westport: Praeger 2002, S. 208.
- 365 Ebd.
- 366 A. Cordesman, A. Nerguizian, »The North African Military Balance: Force Developments and Regional Changes«, Center for Strategic and International Studies (CSIS), 2010, S. 34. www.csis.org.
- 367 Cordesman, *A Tragedy of Arms*, S. 185–186.
- 368 Ebd.
- 369 Ebd.
- 370 SIPRI Arms Transfers Database, www.sipri.org.
- 371 K. Kego, A. Molcean, G. Nizhikau, »Belarus Arms Trade«, Policy Brief (Kurzdossier) Nr. 60, Institute for Security and Development Policy, 14. März 2011.
- 372 »Belarus Defence Industry«, *Global Security*, 2005, www.globalsecurity.org; »Lukashenko: The Dictator in the Dock«, *The Independent*, 9. März 2011; sowie »Libyan Cash Finds Use in Belarusian Arms«, *RT*, 1. März 2011.
- 373 »The Tyrant of Belarus: Gaddafi's Friend Far, Far to the North?«, *Time Magazine*, 2. März 2011.
- 374 R. Takeyh, »The Rogue Who Came In From the Cold«, *Foreign Affairs*, 2001, Bd. 80, Nr. 3, S. 64.
- 375 Ebd.
- 376 Ebd., S. 66.
- 377 SIPRI Arms Embargoes Database, »EU arms embargo on Libya«, www.sipri.org.
- 378 »EU Lifts Weapons Embargo on Libya«, *BBC News*, 11. Oktober 2004.
- 379 »Lockerbie Bomber Megrahi Living in Luxury Villa Six Months after Being at Death's Door«, *The Telegraph*, 20. Februar 2010.
- 380 »Secret Letters Reveal Labour's Libyan Deal«, *The Sunday Times*, 30. August 2009.
- 381 Campaign Against Arm Trade (CAAT), laut Auskunft nach einer Anfrage gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz.
- 382 »Political Help Behind Libya's Arms Trade, Says Official«, *The Times*, 5. September 2009.
- 383 »Libya, Russia Agree \$1.8bn Arms Deal: Putin«, *Reuters*, 30. Januar 2010.
- 384 Ebd.
- 385 »EU Arms Exports to Libya: Who Armed Libya?«, www.guardian.co.uk, »Datablog«, und nach Berechnungen des Autors.

- 386 Ebd.
- 387 »Libyan Arms Deals Come Back to Haunt Europe«, *Spiegel Online*, 24. Februar 2011.
- 388 »EU Arms Exports to Libya: Who Armed Libya?«, www.guardian.co.uk.
- 389 »BAE Systems to share £200 million arms deal with Libya«, *Daily Mail*, 3. August 2007.
- 390 »Libyan rebels receiving anti-tank weapons from Qatar«, *The Guardian*, 14. April 2011.
- 391 »Libyan Arms Deals Come Back to Haunt Europe«, *Spiegel Online*, 24. Februar 2011.
- 392 »EU Arms Exports to Libya: Who Armed Libya?«, www.guardian.co.uk.
- 393 »SA Sold R70m in Arms to Libya«, *The Times* (Südafrika), 10. April 2011.
- 394 »Libya army transport deal frozen after US approval«, *Daily Herald*, 12. März 2011; und »Uprising puts an abrupt end to recent surge in U.S. military exports to Libya«, *WorldTribune.com*, 8. März 2011.
- 395 »Ivory Coast: Gbagbo Held After Assault on Residence«, *BBC News Africa*, 11. April 2011.
- 396 Brian Klaas, »From Miracle to Nightmare: An Institutional Analysis of Development Failures in Cote d'Ivoire«, *Africa Today*, 2008, Bd. 55, Nr. 1.
- 397 Ebd., S. 113.
- 398 Ebd.
- 399 Ebd., S. 114.
- 400 Daniel Balint-Kurti, »Ready for Peace, Ready for War«, *The World Today*, 2007. Bd. 63, Nr. 5, Mai, S. 25.
- 401 Ebd.
- 402 Ebd.
- 403 »Robert Guei: Deposed Ruler«, *BBC News*, 20. Oktober 2000; A. Vines, »Peace on a Precipice«, *The World Today*, 2005, Bd. 61, Nr. 1, Januar, S. 23.
- 404 Ebd.
- 405 »Ivory Coast: Gbagbo Held After Assault on Residence«, *BBC News Africa*, 11. April 2011.
- 406 Balint-Kurti, »Ready for Peace, Ready for War«.
- 407 Ebd.
- 408 A. Vines, »Peace on a Precipice«, *The World Today*, 2005, Bd. 61, Nr. 1, Januar, S. 23.
- 409 *Cote d'Ivoire: The Human Rights Cost of the Political Impasse*, Human Rights Watch, 21. Dezember 2005, www.hrw.org.
- 410 *Hot Chocolate: How Cocoa Fuelled the Conflict in Cote d'Ivoire*, 2007, Global Witness, www.globalwitness.org.
- 411 Siehe *Making it Work*, Global Witness, 2005, S. 8–15, www.globalwitness.org.
- 412 UN-Sicherheitsrat, Resolution 1572, November 2004; einzusehen unter www.sipri.org.
- 413 Bericht des Vorsitzenden der Sachverständigengruppe zur Resolution 1572 bezüglich Côte d'Ivoire, S/2005/790, Abs. 68, www.un.org.
- 414 *Blood at the Crossroads – Making the Case for a Global Arms Trade Treaty*, 2008, Amnesty International, S. 28–32, www.amnesty.org.
- 415 Bericht der Expertengruppe bezüglich Abs. 7 der Resolution 1584 bezüglich Côte d'Ivoire, 2005, S/2005/699, Abs. 11.
- 416 *Blood at the Crossroads – Making the Case for a Global Arms Trade Treaty*, 2008, Amnesty International, S. 28–32, www.amnesty.org.
- 417 Ebd.
- 418 Bericht der Expertengruppe bezüglich Abs. 7 der Resolution 1584, Abs. 85–86.
- 419 »UN Investigates Zimbabwe-Ivory Coast Arms Trade Claims«, *The Guardian*, 4. März 2011
- 420 Ebd.
- 421 »Belarus Breaks Ivory Coast Arms Embargo – UN Chief«, *BBC News*, 28. Februar 2011.

SECHS

Endspiel

20 »Der Welt Frieden bringen«

- 1 Anthony Sampson, *The Arms Bazaar in the Nineties: From Krupp to Saddam*, Kent: Coronet 1991.
- 2 »Khashoggi's Fall: A Crash in the Limo Lane«, *Vanity Fair*, September 1989.
- 3 Ebd.; und »Swiss extradite Khashoggi to US«, *The New York Times*, 20. Juli 1989.
- 4 Seymour Hersh, »Lunch with the Chairman«, *The New Yorker*, 17. März 2003.
- 5 »Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission) gegen Ramy Y. El-Batrawi, GenesisIntermedia, Inc., Ultimate Holdings, Ltd., Adnan M. Khashoggi, Richard J. Evangelista, Wayne Breedon und Douglas E. Jacobson, Zivilklage-Nr. CV-06-2247 (MRP) (C.D. Ca.)«, *Targeted News Service*, 2. April 2010; und »Saudi financier Adnan Khashoggi settles SEC lawsuit«, *Bloomberg*, 31. März 2010.
- 6 Zitiert in »Khashoggi's Fall: A Crash in the Limo Lane«, *Vanity Fair*, September 1989.
- 7 Hersh, »Lunch with the Chairman«.
- 8 »An Arms Dealer Returns, Now Selling an Image«, *The New York Times*, 14. November 2009.
- 9 Interview mit Joe Der Hovsepian, Amman (Jordanien), 14. Mai 2010.
- 10 Patrick Radden Keefe, »The Trafficker«, *The New Yorker*, 8. Februar 2010.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 »Child Sex Abuse Guilt«, *Herald Sun* (Australien), 21. November 2006.
- 15 »Slovenia to Ask Australia for Extradition of Nicholas Oman«, Slovenian Press Agency, 23. November 2006.
- 16 *The Guardian*, 5./9. August 2010. Campbell hatte die Rohdiamanten nach Erhalt sofort dem damaligen Vorsitzenden der Mandela Children's Foundation als »Spende« übergeben; zu ihrer Überraschung erfuhr sie ein Jahr später, dass die Steine sich noch immer in dessen Obhut befanden.
- 17 »The Televangelist and the Warlord«, *The Nation*, 11. August 2010.
- 18 Paul Harris, Karen McVeigh, »Russian arms dealer Viktor Bout found guilty of selling weapons to Farc rebels«, *The Guardian*, 2. November 2011.
- 19 »Mensdorff Pouilly paid £372,000 compensation by UK for imprisonment«, *Croatian Times*; 27. Mai 2011 und »Mensdorff wins £400,000 in damages from UK taxpayer«, *The Telegraph*, 27. Mai 2011.
- 20 Bill Lehane, »U.S. help sought in Gripen probe«, *The Prague Post*, 18. August 2010.
- 21 »Czech Corruption Busting Promise Tested«, *Wall Street Journal*, 12. November 2010.
- 22 Martin Staudinger, »Der Fall Mensdorff-Pouilly: Neue Spuren führen nach Liechtenstein«, *profil online*, 24. Januar 2011.
- 23 »Proposed Charging Letter« (Anklageschrift) in Sachen: Ermittlung gegen BAE Systems plc betr. Verstoß gegen das Waffenexport-Kontrollgesetz und die Regelung des Internationalen Waffenhandels, Mai 2011; einzusehen unter: www.pmdtc.state.gov/compliance/consent_agreements/baes.html.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 »Statement of Offence« (Anklage) im Fall United States of America gegen BAE Systems plc, Vergehen nach dem 18. Titel des Bundesgesetzbuchs (US Code), Sektion 371, Bezirksgericht Columbia, Abs. 18-29.

- 30 Ebd.
- 31 Amt für politisch-militärische Angelegenheiten im US-Außenministerium, »Proposed Charging Letter« (Anklageschrift), 17. Mai 2011.
- 32 »Criminal charges filed against defense firm Saab«, *The Swedish Wire*, 9. September 2010. Bei dem Buch handelt es sich um Nils Resare, *Bribery, Power and Aid – Jas and the South Africa affair*, Stockholm: Natur & Kultur 2010.
- 33 In vielen Zeitungsartikeln war unverhüllt von »Bestechung« die Rede; siehe etwa »Saab Admits Bribes Paid in SA arms deal«, *News24* (Südafrika), 6. Juni 2011.
- 34 »Schmiergeld für Gaddafis Regime«, *Süddeutsche Zeitung*, 14. Juli 2011; und »More dirty arms deal money«, *The Citizen*, 5. August 2011.
- 35 »Submarine cash revealed«, *Kathimerini*, 12. April 2010.
- 36 C. Rhodes, »The submarine deals that helped sink Greece«, *Wall Street Journal*, 10. Juli 2010; »Probe into German-Greek arms deals reveals murky side of defence sales«, 12. August 2010; und Jörg Schmitt, »How German companies bribed their way to Greek deals«, *Spiegel Online International*, 11. Mai 2010.
- 37 »Algarve businessman embroiled in international scandal«, *Algarve Resident*, 9. April 2010.
- 38 J. Schmitt, »Germany's Ferrostaal suspected of organizing bribes for other firms«, *Spiegel Online International*, 30. März 2010.
- 39 Ebd.
- 40 »Submarine scandal continues«, *Algarve Resident*, 29. April 2010.
- 41 J. Schmitt, »Schmutzige Vermittler«, *Der Spiegel*, 29. März 2010.
- 42 »Taiwan wins arms suit«, *Straits Times* (Singapur), 5. Mai 2010. DCNS hieß vor 2007 DCN.
- 43 »Defence scandals: Taiwan wins, Malaysia waits«, *Malaysian Mirror*, 6. Mai 2010.
- 44 DCNS, »Second Scorpene SSK arrives in Malaysia«, *Defence Talk*, 13. Juli 2010; und S. M. Kamal, »Government says spent RM6.7bn on Scorpene submarines«, *Malaysia Insider*, 22. Juni 2010.
- 45 J. Manthorpe, »The prime minister, the private investigator, the murder of a Mongolian model, and 114 million euros«, *Vancouver Sun*, 15. November 2010; Manthorpe, »Ghost of Mongolian model continues to haunt Malaysian Government«, *Vancouver Sun*, 5. Juli 2010; und A. Miller, »Casualties of warfare«, *Southeast Asia Globe*, 7. Juli 2010.
- 46 »Malaysia's submarine deal surfaces in France«, *Asia Sentinel*, 16. April 2010.
- 47 Manthorpe, »The prime minister« sowie »Ghost of Mongolian model«, und Miller, »Casualties of warfare«.
- 48 »Saudi Prince Bandar, Standing and Role«, *Tactical Report*, 29. September 2010.
- 49 »Bandar lawsuit dismissed, appealed«, *Aspen Daily News*, 22. Januar 2009.
- 50 »UK training Saudi forces used to crush Arab spring«, *The Guardian*, 28. Mai 2011.
- 51 »Bandar's Return«, *Foreign Policy*, 22. April 2011.
- 52 »Saudi Arabia uses UK-made armoured vehicles in Bahrain crackdown on democracy protesters«, Pressemitteilung der Campaign Against Arms Trade (CAAT), 16. März 2011; »UK government challenged over failure to revoke arms exports to Saudi Arabia«, Pressemitteilung CAAT, 24. Juni 2011.
- 53 »Freed mercenary calls for Mark Thatcher to 'face justice'«, *The Independent*, 4. November 2009.
- 54 *SIPRI Yearbook 2010*.
- 55 AADB, Pressemitteilung, www.frc.org.uk/aadb/press/pub2407.html.
- 56 SFO probes EADS defence contract with Saudi Arabia«, *The Daily Telegraph*, 29. Mai 2011.
- 57 »Exports warning as bribery law is delayed«, *The Financial Times*, 31. Januar 2011.
- 58 »Kenneth Clarke denies weakening new anti-bribery law«, *The Guardian*, 30. März 2011.
- 59 »Corruption Perception Index (Korruptionswahrnehmungsindex) 2010«, Transparency International,

26. Oktober 2010.
- 60 »Ex-BAE chairman is recruited by Kazakhstan«, *The Guardian*, 4. Dezember 2006.
- 61 »Corruption Perception Index 2010«, Transparency International, Oktober 2010.
- 62 *The Daily Telegraph*, 10. Juni 2010.
- 63 BAE Systems, News Release (Pressmitteilung), 1. September 2008.
- 64 Mike Koehler, »Is BAE’s Monitor Independent?«, FCPA Professor Blog, 2. September 2010.
- 65 Diverse Artikel auf www.carlyle.com.
- 66 Greenberg Quinlan Rosner Research, UK Post-election Frequency Questionnaire, 7.–9. Mai 2010.
- 67 »Tony Blair: ›I’m basically a public service guy‹«, *The Daily Telegraph*, 6. September 2010.
- 68 »Lectures see Tony Blair earnings jump over £12m«, *The Times*, 29. Oktober 2008.
- 69 »Tony Blair to boost earnings as paid speaker for Mayfair hedge fund«, *The Guardian*, 25. Januar 2010.
- 70 »Tony Blair: ›I’m basically a public service guy‹«, *The Daily Telegraph*.
- 71 »Tony Blair’s new ›bank‹ for super-rich«, *The Australian*, 22. August 2010.
- 72 Ebd.
- 73 »BAE Systems hires Britain’s former envoy to Saudi Arabia«, *The Guardian*, 8. Februar 2011.
- 74 *Washington Post*, 16. Juli 2004.
- 75 »DOJ notables crowd courtroom as Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) sting trial begins«, *Main Justice*, 18. Mai 2011.
- 76 »The Chamber of Commerce, the FCPA and Rupert Murdoch«, *Main Justice*, 14. Juli 2011, www.mainjustice.com/justanticorruption/2011/07/14/the-chamber-of-commerce-the-fcpa-and-rupert-murdoch/.
- 77 »Blackwater Founder Moves to Abu Dhabi, Records Say«, *The New York Times*, 17. August 2010.
- 78 »Xe, formerly Blackwater, announces new chief«, CNN, 1. Juni 2011.
- 79 »Blackwater’s new ethics chief«, *Wired.com*, 4. Mai 2011; www.wired.com/dangerroom/2011/05/blackwaters-new-ethics-chief-john-ashcroft/.
- 80 »Ashcroft finds private-sector niche«, *The Washington Post*, 12. August, 2006.
- 81 Loren Thompson, »How Boeing Won the Tanker War«, *Forbes*, 28. Februar 2011.
- 82 »US-Saudi Arms Plan Grows to Record Size«, *Wall Street Journal*, 14. August 2010; »US Confirms \$60bn Plan to Sell Saudi Arabia Arms«, *BBC News*, 20. Oktober 2010.
- 83 »US to Sell \$60bn in Advanced Arms to Saudi Arabia«, *The Daily Telegraph*, 20. Oktober 2010.
- 84 Diese Zahl beinhaltet lediglich die vom Verteidigungsministerium vermittelten Verträge; private Geschäfte wären hier also noch hinzuzurechnen. »Proposed US Arms Sales Reach New Heights«, *Arms Control Today*, März 2011.
- 85 »Boeing May Earn \$24 billion from Saudi Aircraft and Helicopter Orders«, *Defpro.daily*, 21. Oktober 2010; »US Signs \$60bn Saudi Arms Deal as Iran’s Influence Grows«, *The Belfast Telegraph*, 22. Oktober 2010; siehe auch die Meldungen vom 20. Oktober 2010 auf www.dsca.mil/sc_news/archive-2010.htm#November.
- 86 Ebd.; außerdem »\$60 billion arms sale to Saudi Arabia a Needed Boost For Defence Firms«, *The Hill*, 24. Oktober 2010.
- 87 Nick Schwellenbach, »Despite Getting Ripped off, Army Rallies to Defense of Boeing«, Project on Government Oversight (POGO), 7. Juli 2011.
- 88 Ebd.
- 89 »US Signs \$60bn Saudi Arms Deal as Iran’s Influence Grows«, *The Belfast Telegraph*, 22. Oktober 2010.
- 90 »US Congress Notified Over \$60bn Arms Sale to Saudi Arabia«, *The Guardian*, 21. Oktober 2010.
- 91 »Barack Obama throws full US support behind Middle East uprisings«, *The Guardian*, 19. Mai 2011.

- 92 »In Saudi Arabia Royal Funds Buy Peace for Now«, *The New York Times*, 8. Juni 2011.
- 93 »Why Mitch McConnell is worse than Charles Rangel«, *Salon.com*, 16. November 2010.
- 94 »I'd definitely defend Mugabe at the Hague – Charles Taylor's lawyer«, *The Sunday Telegraph*, 26. September 2010.
- 95 »The memo that sank the arms probe«, *Mail & Guardian* (Südafrika), 3. Juni 2011.
- 96 »France ex-minister Pasqua acquitted over Angola arms«, *BBC News*, 24. April 2011.
- 97 »Op-Ed: Charles Pasqua, the politician no one dares to send to jail«, *Digital Journal*, 24. Juli 2010.
- 98 »Angolagate: Pasqua acquitted on appeal«, AFP, 24. April 2011.
- 99 Ebd.
- 100 »French ex-minister acquitted in ›Angolagate‹ trial«, *SAPA/Business Report*, 29. April 2011.
- 101 Ebd.
- 102 »Head of State, Pierre Falcon discusses Angolagate outcome«, *Angola Presss*, 18. Mai 2011.
- 103 Siehe »Sarkozy urged to testify to inquiry into Pakistan arms sale kickbacks«, *The Guardian*, 18. November 2010; außerdem »Pakistan, Chirac a bien bloqué les com' des intermédiaires balladuriens«, *bakchich.com*, 19. Juni 2009.
- 104 Ebd.
- 105 Ebd.
- 106 Ebd.
- 107 »UK hails ›new epoch‹ in relations with regime accused of war crimes«, *The Independent*, 1. Oktober 2010.
- 108 Die Information stammen von dem tansanischen Journalisten Erick Kabendera; November 2010.
- 109 »BAE criticised by UK MPs over Tanzania corruption«, *BBC News*, 19. Juli 2011; außerdem: mündliche Aussage vor dem Parlamentsausschuss, 19. Juli 2011, International Development Committee, HC 847-I; Protokoll einzusehen unter: www.publications.parliament.uk/pa/cm201012/cmselect/cmintdev/uc847-i/uc84701.htm.
- 110 Jeffrey Sachs, »The Horn of Africa crisis is a warning to the world«, *The Guardian*, 28. Juli 2011.
- 111 Ardian Klosi, *The Gerdec disaster: Its Causes, Culprits and Victims*, Tirana: K&B 2010.
- 112 Guy Lawson, »Arms and the Dudes«, *Rolling Stone*, 31. März 2011.
- 113 »Armed Again«, *Miami New Times*, 5. Februar 2009.
- 114 »Arms Dealer Faces New Charges«, *The New York Times*, 23. August 2010.
- 115 »Enfant terrible of arms dealing in prison after sting operation«, *The Independent*, 25. August 2010.
- 116 »›Stoner Arms Dealer‹ Gets 14-Year Ban from Federal Contracting«, Project On Government Oversight (POGO), 2. Juni 2011.
- 117 Lawson, »Arms and the Dudes«.
- 118 »Munitions supplies sentenced on defence procurement fraud and lying to Army on government munitions contract«, Pressemitteilung, United States Attorney's Office, Südflorida, 23. März 2011.

21 Ein Schritt nach vorn

- 1 Nimmt man alle Ausgaben für Landesverteidigung und nationale Sicherheit zusammen, geben die USA allein über eine Billion Dollar im Jahr aus; der Rest der Welt gibt etwa noch einmal dasselbe aus; siehe Nick Turse (Hg.), *The Case for Withdrawal from Afghanistan*, London: Verso 2010.
- 2 Näheres zu den unverhältnismäßig geringen Auswirkungen der globalen Krise auf die Verteidigungsausgaben in »Report: Global military spending so far unaffected by economic downturn but expected to slow«, *San Francisco Examiner*, 30. März 2010; sowie *SIPRI Yearbook 2010*, vor allem die Einleitung zum 5. Kapitel. Während man bei den allgemeinen Ausgaben des amerikanischen

- Staates 2010/11 eine Steigerung von mageren 3 Prozent erwartet, errechnet man bei den Verteidigungsausgaben für denselben Zeitraum ein Anwachsen um 4,2 Prozent (»Obama's 2011 Budget«, www.guardian.co.uk, »Datablog«). Im Vereinigten Königreich werden die allgemeinen Ausgaben um 14 Prozent gekürzt, die Verteidigungsausgaben um 8 Prozent (»Spending Review 2010: Q&A«, *The Daily Telegraph*, 20. Oktober 2010). Frankreich wird die allgemeinen Ausgaben der öffentlichen Hand 2011 um 5 Prozent kürzen und um 10 Prozent in den Jahren 2011 bis 2013; die Verteidigungsausgaben werden um weniger als 4 Prozent gekürzt (»French Premier Outlines Spending Cuts«, *The Wall Street Journal*, 6. Mai 2010, und »France to Slash Defense Spending«, *Defense News*, 1. Juli 2010). Deutschland will seinen Verteidigungshaushalt um 3 Prozent kürzen, während bei den allgemeinen Ausgaben eine Kürzung von 3,8 Prozent vorgesehen ist (»Changes Coming as Bundeswehr Faces Budget Cuts«, *Defense News*, 27. Mai 2010).
- 3 Siehe zum Beispiel Misha Glenny, *McMafia: Die grenzenlose Welt des organisierten Verbrechens*, deutsch von Sebastian Vogel, München: DVA 2008; und www.fbi.gov/about-us/investigate/organizedcrime.
 - 4 Interview mit Joe Der Hovsepian, 14. Mai 2010.
 - 5 Ebd.
 - 6 Statistiken über chinesische Verteidigungsaktivitäten sind schwer zu bekommen, aber das Land berichtet, dass es 2009 100 Milliarden Dollar für sein Militär ausgegeben hat, was Experten für erheblich untertrieben halten. (Chinese Ministry of Finance, »Report on the implementation of the central and local budgets for 2008 and on the draft central and local budgets for 2009«, 5. März 2009). SIPRI schätzt, dass China 2010 119 Milliarden Dollar für sein Militär ausgegeben hat (SIPRI Military Expenditure Database, www.sipri.org); die Waffenexporte zwischen 2005 und 2010 werden auf 4,338 Milliarden Dollar geschätzt (konstante US-Dollars 1990), was China zum siebtgrößten Exportland macht; aber auch hier dürfte es sich um ein Understatement handeln (SIPRI Arms Transfers Database, Zahl für 2010).
 - 7 Richard Bitzinger, »The Return of the King: China's Re-emergence as an Arms Dealer«, *Jamestown, China Brief*, 7. September 2009.
 - 8 Jon Lee Anderson, »Death of the Tiger: Sri Lanka's Brutal Victory over its Tamil Insurgents«, *The New Yorker*, 17. Januar 2011.
 - 9 M. Gurtoy, »Swords Into Market-Shares: China's Conversion of Military Industry to Civilian Production«, *The China Quarterly*, 1993, Nr. 134 (Juni), S. 216.
 - 10 Siehe E. Medeiros, R. Cliff, K. Crane, J. Culverson, *A New Direction for China's Defence Industry*, RAND Report for Project Air Force, 2005; einsehbar unter: www.rand.org.
 - 11 »China Stealth Fighter a »Masterpiece« of Homegrown Technology«, *The Telegraph*, 25. Januar 2011, und »China Stealth Fighter »Copied From Parts from Downed US Jet«, *BBC News*, 24. Januar 2011.
 - 12 Ebd.
 - 13 Gary K. Busch, »The Chinese Military-Commercial Complex: The Globalisation of the Chinese Military Corporations« (unveröffentlicht).
 - 14 Weitere Details über die Geschichte und den gegenwärtigen Status des chinesischen Waffenhandels finden sich auf www.theshadowworld.com.
 - 15 Diese Darstellung basiert auf einem Gespräch mit Adam Isaacson vom Lateinamerikabüro Washington, Juli 2010; siehe auch *SIPRI Yearbook 2010*.
 - 16 Weitere Details über die Geschichte und den gegenwärtigen Status des pakistanischen Waffenhandels finden sich auf www.theshadowworld.com.
 - 17 »India tops weapons purchase table«, BBC, 31. August 2005.
 - 18 »Indian defence deals worth \$42 billion up for grabs«, *The Times of India*, 27. Februar 2011.
 - 19 »India takes a NAM-style route on \$11bn fighter contract«, *The Independent*, 28. April 2011.

- 20 Diskussion mit Professor James Stewart, ehemals Appeals Counsel bei der Anklagebehörde am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und führender Akademiker auf dem Gebiet unternehmerischer Verantwortung für internationale Verbrechen.
- 21 Siehe A. Feinstein, P. Holden, B. Pace, »Corruption and the Arms Trade: Sins of Commission«, *SIPRI Yearbook 2011*, Oxford: Oxford University Press 2011.
- 22 Milton Leitenberg, »Deaths in Wars and Conflicts in the 20th Century«, Cornell University Peace Studies Program, Occasional Paper No. 29, 3rd Edition (2006). Die Erfassung von Todesfällen infolge bewaffneter Gewalt oder von Konflikten gestaltet sich begrifflicherweise schwierig, da es zahlreiche Arten der Klassifizierung von Kriegsopfern gibt. Leitenberg versucht nicht nur die auf dem Schlachtfeld gefallenen Soldaten zu erfassen, sondern auch die »indirekten Toten« unter Zivilisten, die überwiegend auf den Konflikt zurückzuführen sind, obwohl eindeutige Zahlen darüber spärlich sind, was laut Keith Krause, Robert Muggah und Achim Wennmann (»Global Burden of Armed Violence«, Geneva Declaration Secretariat, September 2008) dazu führt, dass man sie grundsätzlich zu niedrig ansetzt. Man schätzt in jüngsten Konflikten das Verhältnis von indirekten und direkt durch den Konflikt verursachten Toten vorsichtig auf vier zu eins. Diese Zahl berücksichtigt auch die Millionen Menschen, die durch »menschliche Entscheidung« (»human decision«) umgekommen sind; dazu gehören Menschen, die in Friedenszeiten etwa durch politische »Entscheidungen« starben, zum Beispiel bei der Internierung in den sowjetischen Gulags oder im Zuge von Chinas »Umerziehungskampagnen«. Es lässt sich argumentieren, dass der Waffenhandel in seiner modernen Form, wie ihn das vorliegende Buch beschreibt, beginnend im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, die Rolle übernommen hat, die Mittel für diese Art von Tötung bereitzustellen.

1* Dieses Buch befasst sich in erster Linie mit dem Handel mit (großen und kleinen) konventionellen Waffen, die im Unterschied zu Massenvernichtungswaffen legitime Mittel staatlicher Gewaltanwendung sind. Militärfahrzeuge, Flugzeuge, Schiffe, U-Boote, Hubschrauber, Raketen und Bomben gehören ebenso dazu wie Handfeuerwaffen und Munition. Auf Atomwaffen gehe ich nur insoweit ein, wie sie bei der Darstellung der konventionellen Waffenindustrie und des Handels mit den Gütern, die sie herstellt, in den Blick geraten. Als »Waffenhandel« bezeichne ich in diesem Buch allein den Handel mit konventionellen Waffen.

2* Diese Zahl schwankt beträchtlich von Jahr zu Jahr. Der Handel mit Handfeuerwaffen hat einen Umfang von jährlich etwa 4 Milliarden Dollar, aber Auswirkungen, die diesen Geldwert weit übersteigen, weil kleine und leichte Waffen leicht zu gebrauchen und instandzuhalten und außerdem im Überfluss erhältlich sind (R. Stohl und S. Grillot, *The International Arms Trade*, Cambridge: Polity Press 2009).

3* Als Waffenmakler werden Händler bezeichnet, die die gelieferten Waffen nur vermitteln – für Geld oder Rohstoffe wie Diamanten, Öl oder Holz –, während Waffenhändler im engeren Sinn die Waffen kaufen, um sie mit Gewinn weiterzuverkaufen.

4* Natürlich sind nicht alle Waffenverkäufe illegal. Und oft sind sie es auch nur gemessen an bestimmten, allein zum Zeitpunkt ihrer Durchführung geltenden nationalen und internationalen gesetzlichen Vorschriften. Der gesetzliche Rahmen, in dem ein Geschäft getätigt wird, kann manchmal unklar sein, weil Fragen der Rechtsprechung strittig sind oder gesetzliche Vorschriften sich während der Abwicklung des Geschäfts ändern. Daher müssen Begriffe wie »Bestechung«, »Korruption«, »Vorteilsannahme« *etc.* stets aus dem Kontext heraus interpretiert werden; sie bezeichnen nicht in jedem Fall einen Gesetzesbruch. Und natürlich ist nicht jeder, der direkt oder indirekt mit dem Waffenhandel zu tun hat, in kriminelle Aktivitäten verwickelt, sei es auch nur dadurch, dass er sie deckt oder billigt.

5* Diese vermeintlich »saubere« Form der Kriegführung wird kritisiert, weil sie die Zahl getöteter Unschuldiger nicht wesentlich reduziert hat. Sie wirft darüber hinaus die moralische Frage auf, ob ein Einsatzleiter, der manchmal Hunderte von Kilometern von einem Krisengebiet entfernt ist, aus dieser physischen und

psychischen Distanz nicht schneller bereit ist, zu töten. Befürworter wenden ein – besonders im Hinblick auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki –, dass gezieltes Töten die Zahl der Toten minimieren könne.

6* Der Konzern hieß ursprünglich British Aerospace (BAe) und wurde erst nach der Fusion mit Marconi Electronic Systems in BAE Systems umbenannt; ich verwende für beide Unternehmen das Kürzel BAE.

7* Die beiden letztgenannten Länder werden vor allem von China mit Waffen beliefert.

8* Dt.: »Rückstoß« (Anm. d. Übers.).

9* Dieses Geschäft bedeutete das Ende der Beziehung von Bauch und Mertins, da Bauch meinte, von Mertins nicht gebührend an den Provisionen beteiligt worden zu sein – ein Vorwurf, den Mertins häufiger zu hören bekam.

10* Es war zwar ein staatliches Abkommen zwischen den Regierungen der beiden Königreiche, aber BAE (und die Zulieferer Rolls-Royce, Plessey, Ferranti, GEC und Dowty) lieferten die Rüstungsgüter, und BP und Shell erhielten das Öl.

11* Mitarbeiter der staatlichen Rüstungsexportbehörde DESO, bezahlt aus Mitteln der Saudis, wickelten das Geschäft ab. Noch bis 2008 erhielten über einhundert Staatsbedienstete und eine ähnliche Anzahl Militärangehöriger insgesamt 41,8 Millionen Pfund von der saudischen Regierung. (CAAT, Auskunft nach einer Anfrage gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz, 15. Juli 2009; www.caat.org.uk/campaigns/controlBAE/)

12* Interessanterweise schickte Bandar drei seiner eigenen Söhne nach Eton.

13* Zur Zeit der Niederschrift dieses Buches hatte Bredenkamp seinen Wohnsitz in Simbabwe, und er hatte dort allem Anschein nach keine juristischen oder politischen Schwierigkeiten. Außerdem steht Bredenkamp, wie weiter unten, in Kapitel 19, ausgeführt, auf der Foreign Assets Control (OFAC)-Sanktionsliste der Vereinigten Staaten und der Finanzsanktionsliste der EU, und er wird in beiden als ein Günstling Mugabes beschrieben. Bredenkamps ausführliche Selbstrechtfertigung ist nachzulesen unter www.johnbredenkamp.co.za.

14* In der Sowjetzeit wurde Ungarn auch die »angenehmste Kaserne« im Ostblock genannt, da hier in begrenztem Umfang marktwirtschaftliche Aktivitäten zugelassen waren und insgesamt eine positivere Menschenrechtssituation herrschte als in den anderen sowjetischen Satellitenstaaten.

15* Das Verbindungsbüro des Verteidigungsministeriums im US-Kongress, das eigentlich nur dazu da ist, Informationen zur Verfügung zu stellen, setzte einen Brief an die »lieben Kollegen« auf, was sonst nur Abgeordnete machen, wenn sie mit anderen Kongresskollegen kommunizieren.

16* Laut William Hartung belaufen sich die Kosten für alle Teilprojekte im Rahmen des geplanten Raketenfrühwarn- und -abwehrsystems inzwischen auf insgesamt über 100 Milliarden Dollar. Von dieser Summe sind mindestens 63 Milliarden erst nach 2008 ausgegeben worden, davon über 23 Milliarden Dollar für das Frühwarnsystem SBIRS (Space-Based Infrared System) von Lockheed Martin. Obwohl Prototypen der Abfangrakete getestet wurden, steht immer noch nicht fest, ob das Vorhaben wirklich umsetzbar ist; deshalb hat Präsident Obama kürzlich Bereitschaft signalisiert, die Idee eines Raketenabwehrschirms in Europa fallen zu lassen.

17* Diese Behauptung ließ sich nicht verifizieren, da die CIA grundsätzlich keine Auskünfte über Agenten oder Geschäftspartner gibt. Helmut Mertins hat auch auf wiederholte Bitte um ein Interview nicht reagiert.

18* Der Waffenhandel in China, Lateinamerika sowie Indien und Pakistan verdient jeweils ein eigenes Buch. Weitere Details und Material über den Waffenhandel in diesen Ländern finden sich auf www.theshadowworld.com.